DIE WERKE DER DR. ALEXANDER WACKER GESELLSCHAFT FÜR ELEKTROCHEMISCHE INDUSTRIE IN MÜCKENBERG.

UNTERNEHMENSPOLITIK ZWISCHEN MARKT UND STAAT IN DEN UMBRÜCHEN DER ERSTEN HÄLFTE DES 20. JAHRHUNDERTS

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät

der

Julius-Maximilians-Universität Würzburg

vorgelegt von

Stephanie Eichinger

aus Schwandorf

Schwandorf

2021

Erstgutachter: Professor Dr. Dietmar Grypa

Zweitgutachter: Professor Dr. Winfried Müller

Tag des Kolloquiums: 3. August 2017

Inhaltsverzeichnis

VORWORT **4**

A) EINLEITUNG **5**

1. Fragestellung und Aufbau der Arbeit **5**

2. Forschungsstand **15**

3. Quellenstand **19**

B) DIE DR. ALEXANDER WACKER GESELLSCHAFT FÜR ELEKTROCHEMISCHE INDUSTRIE **24**

1. Alexander Wacker und die Gründung des Familienunternehmens **24**
1.1 Vom Textilhandel zur Elektrotechnik 24
1.2 Der Übergang zur Elektrochemie 34
1.3 Die Errichtung des Stammwerkes Burghausen 36
1.4 Die Nachfolge im Familienunternehmen 44

2. Standorte und Beteiligungen **48**
2.1 Carbidwerk Lechbruck 50
2.2 Alzkanal und Alzwerke GmbH 54
2.3 Elektrochemische Werke Breslau GmbH 58
2.4 Salzbergwerk Stetten 60
2.5 Acetylenwerk Röthenbach 65
2.6 Unternehmensbeteiligungen 67

3. Unternehmensleitung und Entscheidungshierarchien **76**
3.1 Die Gesellschafter 77
3.1.1 Die Umstrukturierung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie 1920 / 1921 77
3.1.2 Gesellschafterversammlung und Gesellschafterbeschlüsse 89
3.2 Die Geschäftsleitung 103
3.2.1 Johannes Hess 106
Johannes Hess und die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie 113
Die Umstrukturierung des Verbandswesens 115
Die Amtszeit von Johannes Hess (1937-1942) 121
3.2.2 Wolfgang Freyer 131
3.3 Das Direktorium und die Hauptverwaltung 132
3.4 Werkleiter 138
3.4.1 Gruppenmerkmale 139
3.4.2 Kurzbiographien 141
Ludwig Hörmann 141
Richard Behles 144
Adolf Vogt 145
Otto Papp 146
Josef Heckmaier 146

C) PRODUKTION UND STANDORTERWEITERUNG 148

1. Die Ferrowerk GmbH – Etablierung der Wacker-Chemie im Ferrolegierungsgeschäft 148
1.1 Standort Mückenberg 149
1.2 Das Ferrowerk der Firma Beer, Sondheimer & Co. 159
1.3 Vom Ferrosilicium-Syndikat zum Kauf der Ferrowerk GmbH 166
1.4 Energielieferabkommen als Grundlage der frühen Expansion 182
1.5 Standortpolitik in der Krise 191
1.6 Die Liquidation der Ferrowerk GmbH 1936 205

2. Grundlagen der Produktion 208
2.1 Ressourcenmangel und Transportprobleme 209
2.2 Das Beispiel Chromerz 221
2.2.1 Der Chromerzmarkt vor dem Zweiten Weltkrieg 221
2.2.2 Die Einkaufsspezialisten der Wacker-Chemie 229
2.2.3 Die Chromerzversorgung in den Kriegsjahren 232
Streit um das mazedonische Chromerz 237
Im Auftrag der Reichsstelle 241
Die Wacker-Chemie als Betreuungsfirma mazedonischer Chromerzgruben und Gruppenimporteur der Bewirtschaftungsstelle (1941-1945) 251
Preise, Empfänger, Umsatz und Gewinn 256
Die Aufgabe der mazedonischen Gruben im Herbst 1944 262
Weitere Chromerz-Lieferungen an die Wacker-Chemie in Mückenberg 264
2.3 Arbeitskräfte 266
2.3.1 Belegschaftsentwicklung und Struktur 267
Größe und Entwicklung 267
Arbeiter und Angestellte 270
Herkunft und Wohnsitz 273
Frauenanteil 274
Führungskräfte 276
Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel 278
Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft: Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene, Wehrmachtsstrafgefangene 285
Einberufungen und Umsetzungen 286
Ausländische Arbeitskräfte 290
Zahl und Herkunft 292
Arbeitsverhältnis 300
Entlohnung 304
Unterbringung und Versorgung 308
Behandlung und Vergünstigungen 314
2.3.2 Wehrmachtsstrafgefangene 318

3. Produktionsentscheidungen und Standortexpansion 322
3.1 Investitionstätigkeit 322
3.2 Ein neues Produkt – Siliciumcarbid 326
3.2.1 Ein verlockendes Angebot 326
3.2.2 Von Kempten nach Mückenberg 331
3.2.3 Die Siliciumcarbid-Produktion in den Kriegsjahren 336
3.2.4 Nachkriegszeit 344
3.3 Ferrolegierungen für die Stahlindustrie (1934 / 1935) 345
3.3.1 Erste Verhandlungen 346
3.3.2 Ferrosilicium 351
3.3.3 Ferrochrom 357
3.3.4 Aluminiumlegierungen und Calciumsilicium 362

3.4 Ein neues Werk am gleichen Standort – das Chemowerk ... 366
3.4.1 Vorverhandlungen ... 370
3.4.2 Ein Gespräch mit Carl Krauch – Die Spritanlage wird zum Vierjahresplan-Projekt ... 376
3.4.3 Eine Frage des Preises? Finanzierungsdebatte und Vierjahresplan ... 381
3.4.4 Vertragsvarianten und Auftragserteilung ... 387
3.4.5 Bauphase und Produktionsbeginn ... 392
3.4.6 Acetaldehyd statt Carbidsprit ... 395
3.4.7 Wiederinbetriebnahme der Alkohol-Erzeugung ... 402
3. 5 Chlor und Chlorkohlenwasserstoffe ... 405
3.5.1 Die Errichtung der „E-Anlage“ als Teil des Ferrowerkes ... 406
3.5.2 Chlor ... 411
3.5.3 Ätznatron ... 418
3.5.4 Chlorkohlenwasserstoffe ... 422
Die Mückenberger „Trifabrik“ ... 424
Chlorkohlenwasserstoffe in der Kriegswirtschaft ... 428

4. Kriegsende und Nachkriegsjahre (1945-1953) ... 435
4.1 Luftschutzmaßnahmen und Bombenschäden ... 435
4.2 Das Kriegsende in Mückenberg ... 439
4.3 Das Erbe der IG Farben ... 444
4.4 Demontage ... 449
4.5 Enteignung ... 454
4.6 Fortbestehen als volkseigener Betrieb ... 458

D) SCHLUSSBETRACHTUNGEN ... 462

E) QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS ... 475

1. Ungedruckte Quellen ... 475

2. Gedruckte Quellen ... 490

3. Literatur ... 491

F) ANHANG ... 513

Tabellenverzeichnis ... 513

Abbildungsverzeichnis ... 514

Abkürzungsverzeichnis ... 515

Vorwort

Das vorliegende Buch beruht auf einer im Sommersemester 2017 von der Philosophischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg angenommen Dissertation, die für den Druck anschließend leicht überarbeitet wurde. Sie ist im Rahmen eines Forschungsprojektes zur Geschichte der Chemischen Industrie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts an der Professur für Neuere und Neueste Geschichte, Bayerische Landesgeschichte unter der Betreuung von Professor Dr. Dietmar Grypa entstanden. Ihm möchte ich meinen Dank für sein stetes Interesse am Fortgang der Arbeit, seinen fachlichen Beistand und seine Geduld aussprechen, mit der er die Entstehung dieser Schrift als mein akademischer Lehrer in den letzten Jahren begleitet hat. Zudem gilt meine Dankbarkeit Herrn Professor Dr. Winfried Müller aus Dresden, der so freundlich war, das Zweitgutachten zu übernehmen.

Bei meinen Studien habe ich darüber hinaus von vielen Seiten wichtige Hilfe und Unterstützung erfahren. Ein besonderer Dank geht daher zunächst an die Wacker Chemie AG, ohne deren finanzielle Förderung diese Arbeit gar nicht erst zustande gekommen wäre. Danken möchte ich zudem den zahlreichen Archivaren und Mitarbeitern der verschiedenen staatlichen wie unternehmenshistorischen Archive, die mir stets mit Rat und Tat zur Seite standen. Ohne ihre Hilfestellung wäre der Band ebenfalls nicht entstanden. Außerordentliche Unterstützung erfuhr ich bei meinen Recherchen im Unternehmensarchiv der Wacker Chemie AG. Dessen Leiter Dr. Christian Finger und seinen beiden Mitarbeiterinnen Mirjam Mack und Helga Kleinschwätzer sei an dieser Stelle noch einmal herzlich für die gute Arbeitsatmosphäre, ihr großes Engagement und die umfassende Betreuung gedankt, die weit über das übliche Maß hinausging. Dank gebührt nicht zuletzt auch Professor Dr. Erwin Weiß (†), der mir als Gesprächspartner und Zeitzeuge wertvolle Hinweise gab.

Ein spezielles Dankeschön verdienen zudem alle Korrekturleser und Freunde für ihr schier unerschöpfliches Wohlwollen, ihre Ausdauer und ihren moralischen Beistand sowie nicht zuletzt mein Ehemann, der mir in dieser Zeit eine wichtige Stütze war und für den nötigen Ausgleich sorgte.

Schwandorf, im Juli 2019 Stephanie Eichinger, geb. Krauß

A) Einleitung

1. Fragestellung und Aufbau der Arbeit

Kurz nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges gründete Alexander Wacker in Traunstein ein Familienunternehmen, das sich zunächst auf die elektrochemische Herstellung von Carbid und dessen Derivate spezialisierte. Durch eine erfolgreiche Unternehmenspolitik und vor allem durch die geschickte Diversifikation der eigenen Produktpalette entwickelte sich die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie in der Folgezeit zu einem der größten bayerischen Chemieunternehmen. Zwischen 1914 und 1945 wuchs nicht nur das Sortiment, auch die Zahl der Betriebsstätten und Mitarbeiter vergrößerte sich stetig. Nach dem Kauf eines kleinen Ferrolegierungsbetriebes in Mückenberg verfügte die Wacker-Chemie, die ihren Geschäftssitz inzwischen nach München verlegt hatte, ab 1926 schließlich über Betriebsstätten in Oberbayern (Stammwerk Burghausen), Schlesien (Elektrochemische Werke Breslau), der Niederlausitz (Ferrowerk Mückenberg), Mittelfranken (Acteylenwerk Röthenbach), im Ostallgäu (Carbidwerk Lechbruck) und Stetten bei Haigerloch (Salzbergwerk). Zum Konzern gehörten ferner mehrere Forschungseinrichtungen, Verkaufsstellen und Unternehmensbeteiligungen. Bis Mitte der 1930er Jahre hatte sich der Wert des Unternehmens bereits vervierfacht.[1] Die Mitarbeiterzahl stieg zwischen 1916 und 1944 von knapp 500 auf über 5.500 an, einen noch größeren Sprung verzeichnete der Umsatz, der 1944 bei über 116 Millionen Reichsmark lag. Diese rasante Expansion basierte auf mehreren Erfolgsfaktoren, von denen einer der kontinuierliche Ausbau des Standortes Mückenberg war.

Die vorliegende Arbeit richtet daher ihren Blick gezielt auf die Mikroebene. Sie möchte anhand der von der Geschäftsleitung für den Standort Mückenberg getroffenen Entscheidungen die Unternehmenspolitik des Gesamtkonzerns untersuchen und dabei die wesentlichen Faktoren des Unternehmenserfolges herausarbeiten.[2] Dabei erstreckt sich die im Stil einer quellenbasierten, klassischen Unternehmensgeschichte verfasste Studie auf einen Untersuchungszeitraum, der die Umbrüche der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts umfasst und mit der Enteignung der Werke in Mückenberg 1948 endet. Im Zentrum der Betrachtung stehen

[1] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937, S. 9.
[2] Einen ähnlichen Ansatz verfolgt Alexander Donges bei seiner unternehmenshistorischen Untersuchung aus dem Bereich der Stahlindustrie, der sich jedoch auf die Zeit nach der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 konzentriert (vgl. Donges, Vereinigte Stahlwerke).

dabei die unternehmerischen Entscheidungsprozesse im jeweiligen, sich wandelnden Kontext der Zeit sowie die Frage, in wie weit diese von den äußeren Rahmenbedingungen – Markt und Staat – beeinflusst wurden. Ausgehend von der Standortebene ist es möglich, Entscheidungsfindungsprozesse nicht nur im Ergebnis zu betrachten, sondern diese in ihrer ganzen Komplexität darzustellen. Dabei versteht die Untersuchung die Zeit des ausgehenden Kaiserreiches und die Weimarer Republik keinesfalls nur als Vorgeschichte des Nationalsozialismus, denn trotz aller Zäsuren waren es gerade Kontinuitäten, wie etwa die Sozialisation der Akteure oder Mechanismen der Marktgestaltung, die die Unternehmensgeschichte der Wacker-Chemie nachhaltig prägten. Es erscheint daher umso wichtiger, den zeitlichen Rahmen weiter zu spannen, und ihn keinesfalls auf die Jahre zwischen 1933 und 1945 zu beschränken. Er umfasst vielmehr das Ende des Kaiserreiches, den Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedensproduktion nach dem Ersten Weltkrieg, den Boom der 1920er Jahre, die Weltwirtschaftskrise, aber auch die Anpassung an den nationalsozialistischen Staat und die Wirren der ersten Nachkriegsjahre. Jede dieser Phasen erzeugte unterschiedliche Rahmenbedingungen und erforderte von dem Unternehmen unterschiedliche Anpassungs- und Lösungsstrategien. Die Studie geht dabei unabhängig vom jeweils untersuchten Zeitraum von der Prämisse aus, dass unternehmerisches Handeln auf die Sicherstellung der Geschäftsexistenz, Unternehmenswachstum und die Erwirtschaftung von Gewinnen zielt.[3] Unternehmen agieren dabei weder willkürlich noch losgelöst von äußeren Faktoren. Sie bewegen sich in einem Bedingungsgefüge, das ihnen einen Rahmen für ihre Entscheidungen vorgibt. Das wirtschaftliche Handeln ist stets durch die Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren, die aktuelle Marktsituation – Angebot und Nachfrage – bzw. durch Prognosen und Erwartungshaltungen sowie technische Innovationen bestimmt. Zu diesen Faktoren tritt der Staat, der den rechtlichen Rahmen definiert, in dem die Unternehmen legal und unabhängig wirtschaften können. Das gilt heute ebenso, wie es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt. Doch wandelten sich mit den wirtschaftlichen und politischen Zäsuren auch die jeweiligen Rahmenbedingungen für die Entscheidungen der Akteure.

Zu Beginn steht ein Einblick in die Unternehmensstruktur und -Verfassung. In ihm werden neben der Firmengründung im Jahr 1914 die Eigentumsverhältnisse, die Entscheidungsstrukturen und -hierarchien sowie die damit verbundenen Probleme thematisiert. Aus Liquiditätsproblemen und Gründen der Effizienz erfolgte bereits 1921 die erste

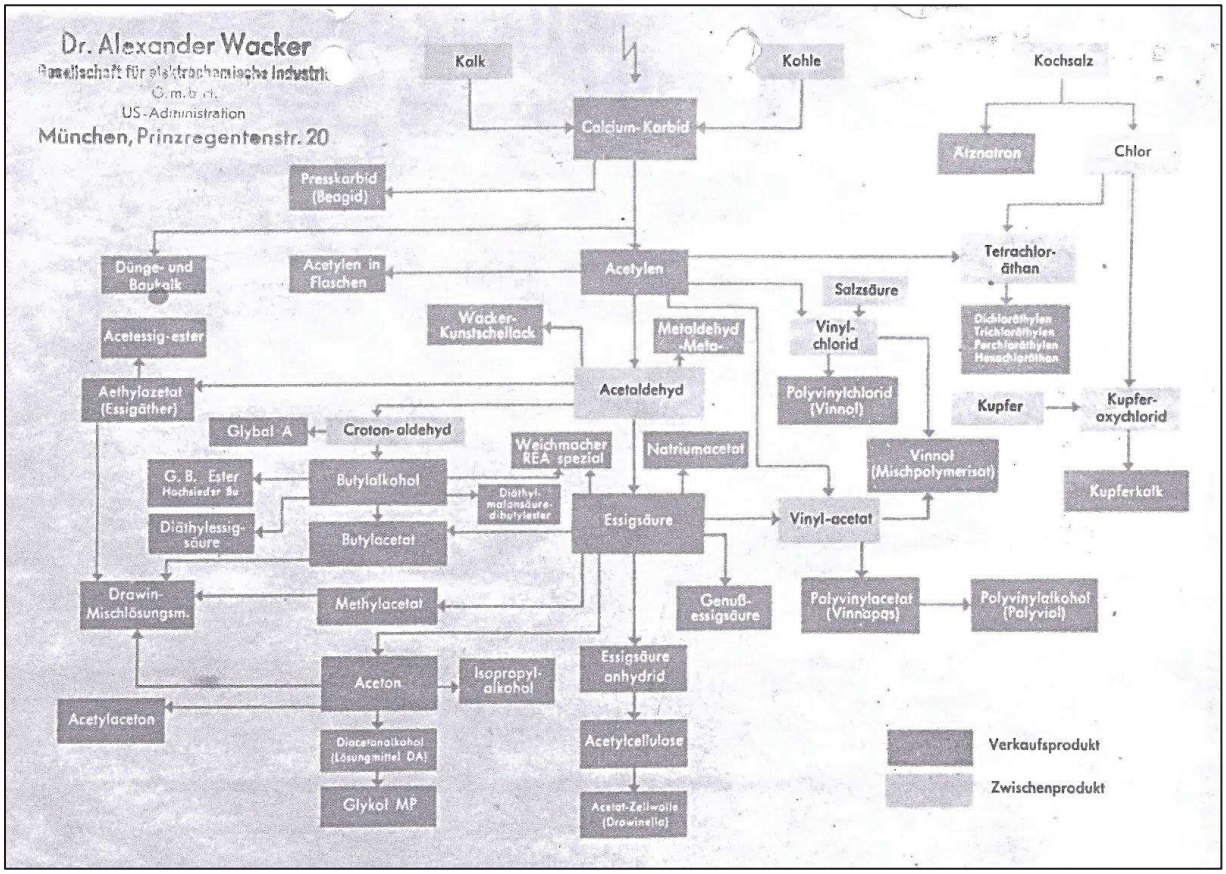
[3] Unternehmensziele sind laut Wöhe definiert als „Maßstäbe, an denen unternehmerisches Handeln gemessen werden kann“ (vgl. Wöhe / Döring, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 69. Zur Einteilung und Merkmalen von Unternehmenszielen vgl. auch S. 70-76).

einschneidende Umstrukturierung der Gesellschaft: Die Personengesellschaft wurde zur Kapitalgesellschaft, an deren Spitze nach wie vor eine Familiengesellschaft (Wacker Erben GmbH) stand. Allerdings sah sich der Firmengründer kurz vor seinem Tod gezwungen, einen weiteren Gesellschafter in das Unternehmen aufzunehmen. Miteigentümer wurde die Farbwerke Hoechst AG, die sich noch im selben Jahr zu fünfzig Prozent an der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie beteiligte. Nach der Gründung der IG Farben AG im Jahr 1925, in die auch die Farbwerke Hoechst und damit ihre Beteiligung an der Wacker-Chemie eingingen, wurde der Frankfurter Großkonzern zunehmend zu einem weiteren, wichtigen Faktor auf die Unternehmenspolitik der Wacker-Chemie. Das Verhältnis der beiden Unternehmen zueinander muss aufgrund der engen Verzahnung von Konkurrenz, Mitsprache, Abhängigkeit und Unabhängigkeit als komplex und ambivalent bezeichnet werden. Es reichte von Marktabsprachen, dem gemeinsamen Agieren gegenüber dritten, insbesondere gegenüber staatlichen wie militärischen Stellen, bis hin zu Preiskämpfen und Patentstreitigkeiten. Umso wichtiger erscheint die personelle Untersuchung der verschiedenen konzerninternen Leitungsebenen. Erst sie ermöglicht den Anschluss an das Corporate-Governance-Konzept und legt die Erwartungshaltungen der Entscheidungsträger – Führungskräfte, Werkleiter, Direktoren, Geschäftsführer und Gesellschafter – offen, die ihrerseits einen nicht zu unterschätzenden Einflussfaktor auf die Unternehmenspolitik darstellten.

Zum einführenden Kapitel gehört zudem ein Überblick über die Standorte der Wacker-Chemie und die dort erzeugten Produkte. Den Ausgangspunkt aller weiterer Entwicklungen bildete das aus Kalk und Kohle gewonnene Carbid und dessen Derivate, wobei sich die Wacker-Chemie nicht mit der Herstellung von Kalkstickstoff, sondern mit chemischen Zwischenprodukten wie Acetylen, Acetaldehyd, Essigsäure oder Aceton beschäftigte (vgl. Abbildung 1). Zur Acetylenchemie traten in der Folgezeit Ferrolegierungen wie Ferrosilicium und Ferrochrom, die Grundchemikalie Chlor und Chlorkohlenwasserstoffe. Nicht alle Erzeugnisse der Wacker-Chemie waren dabei für den Verkauf bestimmt. Einige Produkte wie Acetaldehyd dienten primär als Rohstoff für die nächste Verarbeitungsstufe, zum Beispiel für die Herstellung von Essigsäure. Andere wie das Carbid erfüllten eine doppelte Funktion – sie waren sowohl Verkaufsprodukt, als auch Zwischenprodukt für die Weiterverarbeitung im Unternehmen. Die meisten Erzeugnisse der Wacker-Chemie gingen bei ihren Kunden als Roh- oder Betriebsstoff in den Herstellungsprozess ein. Die Wacker-Chemie fungierte daher in der Regel als Zulieferer. Nur wenige Produkte, wie etwa der zur Schädlingsbekämpfung

eingesetzte Kupferkalk oder Presscarbid zu Schweißzwecken, bedurften keiner weiteren Verarbeitungsstufe und konnten daher direkt an den Endverbraucher vertrieben werden.

Abbildung 1: Übersicht Produktpalette der Wacker-Chemie (aus HUW 1 C 26, ohne Datum)



Die Produktpalette der Wacker-Chemie (vgl. Abbildung 1) erfuhr insbesondere am Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft[4] und in der Weltwirtschaftskrise, die sich vor allem in den Jahren 1931 und 1932 durch Umsatzeinbußen und Preissenkungen bemerkbar machte, einen deutlichen Wandel. Wie das Unternehmen, das sich zu Beginn der Depression in einer expansiven Phase befand, auf die veränderten Rahmenbedingungen reagierte und welche Maßnahmen die Geschäftsleitung ergriff, um die Produktionskapazitäten auch bei schlechter Konjunkturlage gewinnbringend zu nutzen, soll am Beispiel des Standortes Mückenberg verdeutlicht werden. Die größte Zäsur im Untersuchungszeitraum stellte jedoch die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 dar. Sie veränderte die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in einem bis dato noch nicht gekannten Ausmaß.[5] Zwar bedurfte der nationalsozialistische Staat der Industrie zur Verwirklichung seiner politischen Ziele, da nur

[4] Einschlägig ist die Studie van de Kerkhofs für den Bereich der Stahlindustrie vgl. van de Kerkhof, Unternehmensstrategien.

[5] Einen Überblick zur rechtlichen Umgestaltung bietet Kahn, Steuerung; zur Einführung vgl. auch die ältere Schrift von Erbe, Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik.

sie über die notwendigen wirtschaftlichen wie technischen Ressourcen für die geplante militärische und territoriale Expansion Deutschlands verfügte, doch hatten sich die Unternehmen dabei den Bedürfnissen des Staates anzupassen und den politischen Erfordernissen unterzuordnen:

> „Der nationalsozialistische Staat beansprucht für sich die Führung auf allen Gebieten des völkischen Lebens. Damit ist es der Wirtschaft nicht mehr möglich, ein Eigendasein zu führen: Sie muss sich dem Staat, seinen Zielen und Notwendigkeiten grundsätzlich unterordnen. Nach demselben Grundsatz darf auch die Wirtschaftspolitik niemals im Selbstzweck enden, sondern muss immer ein Bestandteil der Gesamtpolitik sein. Wie aber diese Gesamtpolitik ausschließlich eine Sache der Staatsführung ist, liegt in deren Händen auch die Leitung der Wirtschaftspolitik. Wirtschaftslenkung wird damit zu einer der wichtigsten Angelegenheiten nationalsozialistischer Staatsführung, wie überhaupt aller wirtschaftlich hochentwickelten Staaten unseres Jahrhunderts.“[6]

Der staatliche Dirigismus wurde damit für die Industrie zu einer Herausforderung ganz neuer Art. Um die Unterordnung der Wirtschaft unter die nationalsozialistischen Ziele zu erreichen, wurde die staatliche Reglementierung durch behördliche Anordnungen und gesetzliche Regelungen derart forciert, dass die unternehmerische Freiheit sowie der unternehmerische Entscheidungsspielraum kontinuierlich verringert wurden. Eingriffe in den Warenverkehr, Verschärfung der Bewirtschaftung und die stetig zunehmende Lenkung des Wirtschaftslebens durch staatliche oder parteiliche Instanzen beschnitten den Aktionsradius der Entscheidungsträger auf Unternehmensebene erheblich. Zuwiderhandlungen wurden empfindlich bestraft. Durch die sukzessive Indienstnahme der Wirtschaft für die Rüstungs- und Kriegsziele des nationalsozialistischen Staates verschob sich zugleich der Unternehmenszweck der Betriebe. Der betriebswirtschaftliche Selbstzweck wurde, wie der Leiter der Reichswirtschaftskammer Albert Pietzsch (1874-1957) betonte, durch die Kategorie „Relevanz für die von staatlicher und militärischer Seite festgelegten deutschen Wirtschaftsziele“ ersetzt und die Firmen dementsprechend in ein kompliziertes Gefüge unterschiedlicher Dringlichkeitskategorien, Zuständigkeiten und Hierarchien eingeordnet. Die Abhängigkeit der Unternehmen von Staat und Politik wuchs parallel zur Anzahl der erlassenen Verordnungen und Vorgaben. Da sich das Blickfeld des Unternehmers aus Sicht der Nationalsozialisten nur auf seinen eigenen Betrieb, auf die unmittelbare Umgebung, die Region oder die eigene Branche erstrecke, war der Unternehmer demzufolge nicht dazu in der Lage, alle Entwicklungen und Notwendigkeiten selbst zu überschauen. Für die größeren, insbesondere politischen Zusammenhänge fehlte ihm laut dem Leiter der Reichswirtschafts-kammer schlichtweg der nötige Blick, so dass er seine Entscheidungshoheit zum Wohl der

[6] Pietzsch, Organisation, S. 5.

Allgemeinheit aufgeben musste. Nach Kriegsbeginn verschärfte sich die ohnehin schon angespannte Situation noch einmal. Unternehmenspolitische Entscheidungen konnten nun entsprechend diesem Grundsatz meist nicht mehr frei von staatlichen Einflüssen getroffen werden. Das sollten sie nach nationalsozialistischem Verständnis aber auch gar nicht:

> "Die neue Zeit hat zugleich mit einer tiefgreifenden Umwandlung des gesamten Weltbildes besonders auch die Verhältnisse in der Wirtschaft von Grund auf geändert. Es ist deshalb heute bei aller Anerkennung eines freien, schöpferischen Unternehmertums nicht mehr möglich, daß der einzelne Unternehmer selbst das Schicksal seines Unternehmens bis ins letzte bestimmen und leiten könnte."[7]

Am Primat der Politik über die Wirtschaft besteht für die Zeit des Nationalsozialismus in der modernen Geschichtswissenschaft folglich kaum noch ernsthafter Zweifel.[8] Allerdings herrscht über die Größe der unternehmerischen Handlungsspielräume nach 1933 oder spätestens nach der Verkündung des Vierjahresplanes 1936[9] nach wie vor Uneinigkeit. Jüngere Studien zur Unternehmensgeschichte belegen, dass selbst der Marktmechanismus im Nationalsozialismus keinesfalls vollständig ausgeschaltet war.[10] Trotz aller Restriktionen wurde der Grundsatz des Privateigentums im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem nicht angetastet. Vertragsfreiheit, Rechtssicherheit und Wettbewerb blieben zu großen Teilen erhalten. Gewinnerwartungen und Expansionschancen determinierten nach wie vor die unternehmerischen Entscheidungsprozesse, wenngleich der Staat selbst mitunter die größte Nachfrage generierte. Finanzielle Anreize, wie etwa die Kostenübernahme bei Bauprojekten oder Abnahmegarantien, wurden zu einem besonders wichtigen staatlichen Lenkungsinstrument, dem sich auch die Wacker-Chemie nicht entzog. Weniger der Einsatz direkten Druckes, als die Belohnung gewünschten Verhaltens, ermöglichte es den zentralen staatlichen Instanzen, die Unternehmen zu Investitionen und Produktionsentscheidungen im Rüstungsbereich zu bewegen, die diese Firmen sonst vermutlich nicht getroffen hätten.[11] Die

---

[7] Ebd.

[8] Vgl. Turner, Unternehmer, S. 16-17. Die Diskussion um das Primat der Wirtschaft bzw.das Primat der Politik prägte die historische Debatte über das Verhältnis von Wirtschaft und nationalsozialistischen Staat nachhaltig. Die von der marxistischen Geschichtsforschung vertretene These, die Wirtschaft habe mit ihren kapitalistischen Zielsetzungen die politischen Entscheidungen dominiert, setzte sich nicht durch. Zur Diskussion um das Primat der Politik vgl. Scholl, Begrenzte Abhängigkeit, darin vor allem die Einleitung zum Kapitel „Primat der Politik" und „Politisierung der Wirtschaft"? Bestimmungen des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik im Nationalsozialismus, S. 180-185. Zur Einführung in die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik vgl. zudem die beiden Sammelbände Abelshauser / Hesse / Plumpe, Wirtschaftsordnung und Frei / Schanetzky, Historisierung.

[9] Grundlegende Studien zum Vierjahresplan, den damit verbundenen Autarkiebemühungen und der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik legte Dietmar Petzina bereits in den 1960er Jahren vor (vgl. unter anderem Petzina, Vierjahresplan und Petzina, Autarkiepolitik). Die Denkschrift Hitlers zum Vierjahresplan untersuchte Treue, Hitlers Denkschrift.

[10] Vgl. die Zusammenfassung im Aufsatz von Ziegler, Kohlewirtschaft 1933 bis 1937, S. 253-255 und 274-275.

[11] Zur Investitionspolitik im Nationalsozialismus vgl. Scherner, Analyse und Scherner, Industriepolitik sowie Gaul, Industrielle Anlageinvestitionen.

Höhe staatlicher Investitionssummen sowie die von der Industrie zu erreichenden Soll-Zahlen wurden im Laufe der Jahre zunehmend und nach Kriegsbeginn fast ausschließlich durch zentrale Bewirtschaftungs- und Planungsinstanzen festgelegt und waren somit Ausdruck des verschärften staatlichen Dirigismus.

Die Wacker-Chemie investierte unter diesen Bedingungen zwischen 1934 und 1940 rund 50 Millionen Reichsmark in den Ausbau ihrer Produktionskapazitäten. Zusätzliche 23 Millionen sollten in den weiteren Kriegsjahren folgen. Die Studie untersucht daher im zweiten Kapitel die Auswirkung der staatlichen Anreiz- und Subventionspolitik auf die Produktions- und Investitionsentscheidungen der Wacker-Chemie für den Standort Mückenberg sowie die Bereitstellung der dafür benötigten Rohstoffe und Arbeitskräfte. Zur Klärung der Frage, wieviel Handlungsspielraum dem Unternehmen bei derartigen Entscheidungen verblieb, wird der jeweilige Investitionsimpuls, die Art der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Staat sowie die konkrete vertragliche Ausgestaltung der mit staatlicher Unterstützung realisierten Projekte untersucht. Zu Vergleichszwecken greift die Arbeit daneben Entscheidungsprozesse vor 1933 auf und betrachtet einzelne Produktlinien im chronologischen Längsschnitt. Von (Anpassungs-)Zwang – so viel sei an dieser Stelle vorweggenommen – kann im Falle der Produktions- und Investitionsentscheidungen der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie auf jeden Fall nicht die Rede sein.

Für die Analyse der unternehmerischen Handlungsspielräume erscheint die Betrachtung des Beschaffungsmarktes, von dem das Unternehmen seine elementaren Produktionsfaktoren – Werkstoffe, Betriebsmittel und Arbeitskräfte – bezog, daher umso wichtiger. Denn gerade, was das nationalsozialistische Wirtschaftssystem und die Kriegswirtschaft anbelangt, kann von Beschaffungsmarkt im eigentlichen Wortsinne keine Rede mehr sein.[12] Nicht mehr Angebot und Nachfrage regelten den Markt, sondern staatliche Lenkung, Rüstungs- und Kriegsrelevanz.[13] Die unternehmerische Existenz hing nun ausnahmslos von der Wichtigkeit der eigenen Produktion für die deutsche Kriegswirtschaft ab. War diese nicht gegeben, drohte dem Betrieb durch fehlende Rohstoffzuteilungen, Arbeitskräfteentzug und Betriebsstill-legungen das wirtschaftliche Aus. Trotz ihrer kriegswichtigen Produktion galten die

[12] Die Produktion in der Kriegswirtschaft haben beispielsweise Martin Pesch für die Fahrzeugindustrie (vgl. Pesch, Kriegswirtschaft ab 1942, insbesondere S. 57-174), Günter Brehmer für die elektrotechnische Branche (vgl. Brehmer, Lenkung) und Lutz Budraß für die Luftfahrtindustrie (vgl. Budraß, Flugzeugindustrie) untersucht.

[13] Die Bewirtschaftung des Eisenmarktes analysierte Geer, Eisenkontingentierung.

Mückenberger Werke im zeitgenössischen Terminus nicht als Rüstungsbetriebe. Was dies für die Bereitstellung von Rohstoffen, Baumaterial und Arbeitskräften im Nationalsozialismus bedeutete, soll anhand einzelner Mückenberger Produktlinien erörtert werden.

Die Verteilung der Produktionsfaktoren und Produktionsmengen auf die einzelnen Erzeuger erfolgte jedoch auch im Nationalsozialismus nach wie vor zumeist auf der Basis von Aushandlungsprozessen. Die Soll-Zahlen und Lieferanteile einzelner Firmen wurden ebenso wie die Produktionsschwerpunkte oder der Ausbau von Kapazitäten häufig informell im Rahmen mehr oder weniger erfolgreicher Interessenvertretung der Unternehmen bei den staatlichen wie militärischen Stellen festgelegt. Für die bewirtschafteten chemischen Produkte fanden regelmäßig offizielle Besprechungen und Sitzungen der zuständigen Planungsgremien in Berlin statt, bei denen Vertreter aus der Industrie gemeinsam mit den staatlichen Amtsträgern am Verhandlungstisch saßen und die Realisierung der Vorgaben erörterten. So stellte selbst die Regulierung des Marktes in mehrfacher Hinsicht eine Kontinuität dar. Einerseits stammten einige zentrale Regulierungsansätze, wie etwa die der Devisenbewirtschaftung, noch aus den Krisenjahren der späten Weimarer Republik, andererseits war der Markt für chemische Produkte auch vor 1934 über weite Strecken nicht „frei“, sondern bis ins Detail ausgestaltet. Die Marktaufteilung erfolgte vor der nationalsozialistischen Machtergreifung jedoch auf freiwilliger Basis, in Absprache durch die Produzenten selbst und trat in Form von Preisabsprachen, Syndikaten und Kartellen hervor.[14] Das Handeln der Beteiligten war dabei geprägt von Branchenspezifika, Grundsätzen und Verfahrensweisen, die sich über Jahrzehnte entwickelt hatten und nun im Nationalsozialismus, wenngleich unter veränderten Rahmenbedingungen, fortwirkten. Trotz der staatlichen Einwirkung auf die unternehmerischen Entscheidungsprozesse und dem damit verbundenen Wandel des Produktions- und Investitionsverhaltens der Industrie lagen den Entscheidungen folglich nach wie vor Regeln zugrunde, die sich in der Branche bereits lange vor 1933 herausgebildet hatten. Zudem lassen sich zahlreiche personelle Kontinuitäten in wichtigen Schlüsselpositionen nachweisen, die vor und nach 1933 mit marktgestalterischen Funktionen und Befugnissen ausgestattet waren. Zu denken ist hierbei etwa an die zahlreichen Vertreter der Chemischen Industrie in den Organen der gewerblichen Selbstverwaltung oder der Vierjahresplan-Behörde Hermann Görings (1893-1946). Die Studie wird an verschiedener Stelle auf diese zu sprechen kommen. Das bekannteste Beispiel hierfür dürfte das Vorstandsmitglied und der spätere Aufsichtsratsvorsitzender der IG Farben, Carl Krauch

[14] Für das chemische Zwischenprodukt „Calciumcarbid“ vgl. die Studie von Eckert, Carbid-Vereinigung.

(1887-1968), sein, der unter Göring zunächst zum Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, dann zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (Gebechem) und schließlich zum Präsidenten des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau ernannt wurde. Auch Führungskräfte aus den Reihen der Wacker-Chemie übernahmen Aufgaben im Bereich der Wirtschaftslenkung. Dem Beispiel des technischen Geschäftsführers Johannes Hess, der ab 1937 die Aufgabe des Leiters der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie übernahm, ist ein eigenes Unterkapitel gewidmet. Hess war nach dem Tod des Firmengründers zur zentralen Figur innerhalb des Konzerns avanciert. Er stand nicht nur aufgrund seiner guten Vernetzung zur Führungsriege der IG Farben, sondern auch durch sein Engagement für die deutsche Forschungslandschaft in enger Verbindung zur Wissenschafts- und Wirtschaftselite[15] seiner Zeit. Die biografische Auseinandersetzung mit den Geschäftsführern und Gesellschaftern der Wacker-Chemie schlägt so die Brücke zur Elitenforschung.[16] Die Betrachtung ausgewählter Chemiker, deren Verfahren und Patente das Wachstum am Standort Mückenberg ermöglicht oder besonders geprägt haben, liefert weitere empirische Erkenntnisse zur Wissenschafts- und Technikgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Unternehmerische Handlungsspielräume im Nationalsozialismus und die ihre individuelle Ausgestaltung durch die beteiligten Akteure gehören zu den zentralen Themen moderner Unternehmensforschung.[17] Im Fokus der Aufmerksamkeit steht dabei meist der Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener in der deutschen Industrie. Zu dieser Problematik sind in den letzten Jahren zahlreiche Publikationen erschienen.[18] Auch die Wacker-Chemie in Mückenberg beschäftigte in den Kriegsjahren ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene. Bei der Übernahme durch die Wacker-Chemie im Jahr 1926 galt das Ferrolegierungswerk mit seinen 70 Arbeitnehmern noch als Kleinbetrieb. Mit mehr als 2.000 Arbeitskräften, von denen in den Kriegsjahren gut ein Drittel aus dem Ausland stammte, zählten die beiden Mückenberger Werke der Wacker-Chemie 1944 schließlich zu

[15] Grundlegende Erläuterungen zu den Begriffen „Manager“, „Elite“ und Netzwerkspezialisten“ lassen sich im einführenden Kapitel von Münzel, Wirtschaftselite, S. 29-72 finden.

[16] Zur Elitenforschung in der Wirtschaftsgeschichte vgl. Erker, Industrieeliten; Erker, Industrie-Eliten im 20. Jahrhundert, S. 1-18 und den Sammelband von Berghahn / Unger / Ziegler, Deutsche Wirtschaftselite. Zur Anwendung des Begriffes im Kontext biographischer, unternehmenshistorischer Untersuchungen vgl. beispielsweise Lorentz, Dräger.

[17] Vgl. etwa Lillteicher, Deutsche Unternehmen sowie den vom Fritz Bauer Institut herausgegebenen Sammelband Osterloh / Wixforth, Wirtschaftseliten.

[18] Die Untersuchung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener während des Zweiten Weltkrieges ist heute fester Bestandteil unternehmenshistorischer Publikationen. Zu den frühen Studien zählte beispielsweise Mommsen / Grieger, Volkswagenwerk; zu den jüngeren Arbeiten hingegen gehört die Veröffentlichung zum Thyssen-Konzern vgl. Urban, Zwangsarbeit.

den Großbetrieben der Region.[19] Mit der Analyse der Belegschaftsentwicklung und -struktur des Ferro- und Chemowerkes möchte die vorliegende Studie daher gleichfalls einen Beitrag zur Erforschung des Arbeitseinsatzes ausländischer Arbeitskräfte leisten.

Abschließend wird nach dem Erfolg der Unternehmensentscheidungen zu fragen sein. Mit Hilfe betriebswirtschaftlicher Kennziffern – Umsatz, Gewinn und Umsatzrentabilität – soll geklärt werden, ob und wenn ja, in welchem Umfang die Vergrößerung der Produktionskapazitäten zu Umsatzsteigerungen und schließlich zu Gewinnerhöhungen führten.[20] Neben Wirtschaftlichkeit und Gewinnerzielung ist Wachstum eines der Grundziele jedes Unternehmens. In der Regel wird dies durch die Errichtung neuer Standorte oder den Erwerb von Unternehmensbeteiligungen erzielt. Die Wacker-Chemie verfolgte im Untersuchungszeitraum mehrere Expansionsstrategien: Sie errichtete, kaufte oder pachtete neue Produktionsstätten und erhöhte die Zahl ihrer Unternehmensbeteiligungen. Diese stiegen von 18 im Jahr 1927 auf 26 im Jahr 1943 an. Die nationalsozialistische Politik eröffnete in diesem Kontext besondere Handlungsspielräume. Nach 1933 standen mit der Übernahme jüdischen oder ausländischen Besitzes neue Wege offen, zu besonders günstigen Konditionen Konkurrenzunternehmen zu kaufen, die unter normalen Umständen nicht zu erwerben gewesen wären, oder sich durch Unternehmensbeteiligungen neue Tätigkeitsfelder zu erschließen.[21] Es handelte es sich hierbei aber um unternehmenspolitische Entscheidungen, die nicht in direktem Zusammenhang mit der Geschäftsexistenz oder dem Unternehmenszweck standen. Sie waren vielmehr fakultative, durch den Staat geschaffene Angebote. Diese konnten, mussten aber nicht angenommen werden. Beide Möglichkeiten nutzte die Wacker-Chemie zurückhaltend. Eine Übernahme der von ihr betreuten englischen Allatini-Mines in Jugoslawien strebte sie beispielsweise nie an, eine Beteiligung am jugoslawischen Chromerz-Bergbau lehnte sie sogar grundsätzlich ab. Aktiv engagierte sie sich hingegen bei der Einfuhr und Verteilung von Chromerzen aus Jugoslawien, einem der wichtigsten Rohstoffe für die Ferrolegierungsproduktion in Mückenberg. Ebenfalls mitgewirkt hätte die Wacker-Chemie bei der staatlich anvisierten Übergabe skandinavischer Werke in deutsche Hände. Zumindest hatte man sich in München bereits auf diejenigen norwegischen Werke festgelegt, an deren Leitung die Wacker-Chemie Interesse zeigen wollte.

[19] Im vorletzten Kriegsjahr arbeiteten – die gut 2.000 zum Kriegsdienst einberufenen Mitarbeiter eingeschlossen – mehr als 6.600 Personen für den Gesamtkonzern. Damit zählte die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie zwar zur deutschen Großchemie, gehörte jedoch nicht zum Kreis der größten Arbeitgeber (vgl. hierzu Fiedler, Unternehmen).

[20] Zur Entwicklung der Eigenkapitalrentabilität deutscher Aktiengesellschaften vgl. Spoerer, Eigenkapitalrentabilität.

[21] Zur Verdrängung der jüdischen Wirtschaftselite vgl. Münzel, Wirtschaftselite, S. 121-286.

Die Auswahl wurde zwar an die entsprechenden Behörden weitergeleitet, von einer Realisierung dieses Vorhabens ist jedoch nichts bekannt. Während die Arisierung der Chemischen Fabrik M. Bloch in Aubing, die gemeinsam mit der Betriebsgruppe Niederrhein der IG Farben geplant war, nicht umgesetzt wurde, beteiligte sich die Wacker-Chemie im Rahmen des Essigsäure-Syndikates jedoch an der Übernahme der Firma Hirsch in Schweinfurt. Von einem besonders engagierten Vorgehen oder einer Eigeninitiative der Wacker-Chemie in diesen Bereichen kann jedoch nicht ausgegangen werden – die Optionen wurden in der Regel von außen, etwa durch Behörden oder andere Unternehmen, an die Wacker-Chemie herangetragen und dort meist nur recht zögerlich aufgegriffen. Die Option, Konkurrenzunternehmen auf dem Gebiet der Elektrochemie zu erwerben, wie dies etwa im Falle Hirschfeldes möglich gewesen wäre, wurde in den Gesellschafterversammlungen gar nicht erst diskutiert. Die Geschäftsleitung legte im gesamten Untersuchungszeitraum vielmehr Wert darauf, ihr Kerngeschäft auszubauen und die eigene Position am Markt zu sichern. In neue Produktionsfelder eindringen, wollte man in München indes nicht. So lehnte Hess beispielsweise auch ein Projekt ab, das im Interesse Hermann Görings lag – die Untersuchung der Wolfram-Vorkommen in den Hohen Tauern – und vermittelte es stattdessen an die IG Farben weiter.[22]

2. Forschungsstand

Unternehmensgeschichte steht heute als Teildisziplin der Wirtschafts- und Sozialgeschichte mehr denn je im Interesse einer breiten Öffentlichkeit.[23] Die Zwangsarbeiterdebatte und die damit verbundenen internationalen Entschädigungsforderungen führten ab den späten 1990er Jahren dazu, dass sich deutsche Unternehmen verstärkt mit der eigenen Vergangenheit, insbesondere mit der Zeit des Nationalsozialismus, auseinandersetzten.[24]

[22] Die Wacker-Chemie war bereits 1934 von unbekannter Seite aufgefordert worden, sich mit der Ferrolegierung Ferrowolfram zu beschäftigen, die auch in das Arbeitsgebiet der IG Farben fiel (vgl. HUW 4 B 7, Meyer-Küster an Hess, 29. Mai 1934). Um eine Auseinandersetzung zwischen den Ferrolegierungsproduzenten zu vermeiden, wurde eine Vereinbarung getroffen, welche die Interessensgebiete beider Unternehmen klar voneinander abgrenzte. Zwei Jahre später untersuchte die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie ein Wolframerz-Vorkommen in den österreichischen Tauern (vgl. HUW 7 B 2, Niederschrift der Gesellschafter-Versammlung vom 23. April 1936, S. 15). Johannes Hess vermittelte das Projekt jedoch nach kurzer Zeit an die IG Farben weiter (vgl. LASA Mers. I 506/544, Brief Saffert an Göring, 20. April 1937, fol. 156).

[23] Für eine allgemeine Einführung in die Wirtschaftsgeschichte sei auf Ambrosius/Petzina/Plumpe, Moderne Wirtschaftsgeschichte und Buchheim, Einführung sowie Spoerer/Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte verwiesen. Einen Überblick über die Entwicklung der Teildisziplin „Unternehmensgeschichte“ bietet Pierenkemper, Einführung, S. 25-82; zur Unternehmensgeschichte vgl. auch Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte.

[24] Vgl. Spiliotis, Stiftungsinitiative.

Angesichts der zahlreichen, daraufhin entstandenen Publikationen zum Thema Zwangsarbeit kann der Einsatz von Kriegsgefangenen, ausländischen Zivilarbeitern und KZ-Häftlingen in der deutschen Kriegswirtschaft heute als verhältnismäßig gut erforschtes Feld gelten.[25] Ein transparenter Umgang mit der eigenen Firmengeschichte wurde in der jüngsten Vergangenheit für viele Unternehmen zu einer wesentlichen Voraussetzung für ein positives Geschäftsimage. Zugleich wurde die Betonung einer erfolgreichen Unternehmenstradition auch zu einem Aspekt moderner Marketingstrategie. Firmengeschichte wurde so zu einem attraktiven Werbeargument, das Beständigkeit und Qualität suggeriert. Daher sind in diesem Sinne heute Historie und Tradition nicht nur in Familienunternehmen wesentliche Merkmale der eigenen Unternehmenskultur.[26] Im Zuge dieser Entwicklung öffneten zahlreiche Firmen ihre Archive und betrauten Historiker mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer Geschichte. Ein Trend, der sich bis heute fortsetzt.[27] Zu den frühesten Studien dieser Art zählte die Untersuchung der Daimler-Benz AG aus dem Jahr 1986.[28] Doch eine Vielzahl der seit den 1980er Jahren veröffentlichten Schriften sah sich mit heftiger Kritik konfrontiert, die nicht nur den wissenschaftlichen Wert der zumeist im Auftrag der Unternehmen erstellten Studien, sondern auch ihre Unabhängigkeit zur Diskussion stellte. Die Kritik war nicht unberechtigt, mangelte es den frühen Schriften zur Chemischen Industrie bzw. zur IG Farben, die wahlweise von einem anklagenden oder apologetischen Charakter geprägt waren, mitunter tatsächlich an der nötigen Distanz.[29] Zeitgleich diskutierte das Fach Unternehmensgeschichte seine methodischen Ansätze und seine Verortung zwischen Wirtschafts- und Geschichtswissenschaft.[30] Fragen zu spezifischen Zugriffsmustern und neue methodische Ansätze begleiten die eigene Standortbestimmung in Abgrenzung zur unternehmerischen Fest- und Jubiläumsschriftkultur. Neben kulturwissenschaftlichen Fragestellungen[31] haben

[25] Vgl. die Zusammenfassung des Forschungsstandes bei Lemmes, Ausländereinsatz.

[26] Familienunternehmen wurden in der Forschung lange Zeit vernachlässigt. Die Unternehmensform, ihre Spezifika und der damit verbundene Unternehmenserfolg rücken erst allmählich in den Fokus des unternehmensgeschichtlichen Interesses (so etwa bei Junggeburth, Stollwerck; Zeumer, Familienunternehmen oder mit Blick auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts auch bei Lubinski, Familienunternehmen).

[27] Vgl. etwa Spoerer, C & A; Bähr / Erker, NetzWerke; Beleidick, Ruhrgas; Bähr / Erker / Rieder, KraussMaffei oder Karlsch u. a., Adidas.

[28] Pohl/Habeth/Brüninghaus, Daimler-Benz AG.

[29] Vgl. Borkin, I.G. Farben oder die Schrift des langjährigen IG Farben-Vorstandsmitgliedes Ter Meer, I.G.-Farben-Industrie-Aktiengesellschaft.

[30] Zum Methodenstreit und Neuausrichtung der Unternehmensgeschichte vgl. Spoerer/Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 9-21; Erker, Unternehmensgeschichte, S. 321-365; Plumpe, Perspektieven; Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 15-31; Pohl, Replik, S. 150-163; Schröter, Institutionalisierung, S. 30-48; Erker, "New Business History", S. 557-604 und erneut Pierenkemper, „Moderne“ Unternehmensgeschichte, S. 70-85.

[31] Vgl. das Einleitungskapitel der Herausgeber in Berghoff/Vogel, Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte, S. 9-41 sowie die Umsetzung der theoretischen Grundlagen in der unternehmenshistorischen Studie zum Musikinstrumentenhersteller Hohner (vgl. Berghoff, Hohner) sowie den von Berghoff herausgegebenen Sammelband: Berghoff, Marketinggeschichte.

sich in jüngster Zeit Konzepte aus den Wirtschaftswissenschaften als vielversprechend erwiesen.[32] Dies gilt vor allem für den Corporate-Governance-Ansatz der Neuen Institutionenökonomik[33], der bereits in zahlreichen jüngeren Forschungen zur Unternehmens- und Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts aufgegriffen wurde und dessen methodische Fragestellungen auch in dieser Untersuchung berücksichtigt werden.[34] Die Methodendiskussion der Unternehmensgeschichte hat bis heute noch keinen Abschluss gefunden, doch sie trug maßgeblich zu einer Verankerung wissenschaftlicher Standards bei, denen sich auch die vorliegende Studie verpflichtet fühlt.

Aufgrund der Schlüsselrolle, die die Chemische Industrie für die deutsche Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg, für die nationalsozialistischen Aufrüstungspläne und die deutsche Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg spielte, rückte sie bereits früh in das Blickfeld der Forschung.[35] Die Branche wurde zum Gegenstand zahlreicher Studien, die sich jedoch in erster Linie auf den damals weltweit größten Chemiekonzern, die Interessengemeinschaft Farbenindustrie Aktiengesellschaft (IG Farben), und ihre Gründerfirmen konzentrierten.[36] Eine erste differenziertere Studie, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die Situation der Chemieunternehmen mit wissenschaftlichen Standards zu analysieren, publizierte Friedrich Stratmann im Jahr 1985.[37] Ein anderer Teil der Literatur zur Chemischen Industrie konzentrierte sich vorwiegend auf die Errungenschaften der Technik- und Innovationsgeschichte und blendete dabei die mit dem Nationalsozialismus verbundenen Thematiken weitgehend

[32] Kulturwissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Ansatz stehen sich dabei mitunter konträr gegenüber vgl. Kocka, Bodenverluste und Chancen, S. 501-504; gegen die „Marginalisierung der Wirtschaftsgeschichte“ spricht sich auch Tooze, Ökonomie, S. 11 aus.

[33] Zur Neuen Institutionenökonomie, in deren Zentrum der Zusammenhang und die Interaktion von Akteuren und Institutionen stehen, wobei auch die dabei entstehenden Transaktionskosten Berücksichtigung finden, vgl. einführend Richter/Furubotn, Neue Institutionenökonomik oder auch Göbel, Neue Institutionenökonomik; Zur Einbeziehung der institutionalistischen Theorien in die Unternehmensgeschichte vgl. einführend Wischermann/Patzel-Mattern/Lutz/Jungkind, Studienbuch; darin vor allem den Beitrag von Wischermann, Neue Institutionenökonomik, S. 20-32.

[34] Im Zentrum des Corporate-Governance-Ansatzes stehen die Leitungs-, Kontroll- und Überwachungsstrukturen eines Unternehmens, die in der jeweiligen Unternehmensverfassung grundgelegt sind sowie das Verhältnis der Eigentümer zur Geschäftsführung bzw. zum Management (zur Einführung vgl. Hofmann, Corporate Governance). Berücksichtigung findet dieser methodische Ansatz beispielsweise in den Untersuchungen von Lorentz / Erker, Chemie und Politik; Bähr, „Corporate Governance“, S. 61-80; Werner, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit und Balcar, Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938-1950.

[35] Eine Übersicht der Entwicklung der deutschen Rüstungswirtschaft ab 1918 erstellte Georg Thomas (1890-1946), der von 1939 bis 1942 Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes gewesen war (vgl. Thomas, Wehr- und Rüstungswirtschaft. Zur Rüstungswirtschaft vor Kriegsbeginn vgl. auch den Sammelband von Forstmeier/Volkmann, Wirtschaft und Rüstung; Blaich, Wirtschaft und Rüstung und Bagel-Bohlan, Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung. Zur deutschen Kriegswirtschaft ab 1939 vgl. die grundlegenden Studien von Eichholtz, Kriegswirtschaft, erschienen in drei Bänden 1971, 1985 und 1996 sowie die Schrift des Leiters des Heereswaffenamtes Leeb, Heereswaffenamt oder aber auch Wagenführ, Industrie 1939-1945.

[36] Vgl. unter anderem Teltschik, Großchemie.

[37] Vgl. Stratmann, Chemische Industrie.

aus.[38] Was die Studien zur Geschichte der IG Farben anbelangt, so standen in der Regel vor allem die Beteiligung des Großkonzerns an den nationalsozialistischen Verbrechen, seine politische Ausrichtung, die Frage nach der persönlichen Schuld exponierter IG Farben-Führungskräfte sowie die Nürnberger Prozesse, in denen eben jene Fragen eine Klärung hätten finden sollen, im Zentrum der Aufmerksamkeit.[39] Den einzelnen Gründerfirmen der IG Farben widmen sich beispielsweise die Untersuchungen von Werner Abelshauser zur Badischen Anilin- und Sodafabrik, Paul Erker und Bernhard Lorentz zur Hüls AG, Dirk Hackenholz zu den elektrochemischen Werken Bitterfeld oder Stephan Lindner zu den Farbwerken Hoechst.[40] Den Standort Bitterfeld greifen zudem die als Sammelband veröffentlichten Studien zur Geschichte der Filmfabrik Wolfen und der IG Farbenindustrie AG in Mitteldeutschland von Rainer Karlsch und Helmut Maier auf.[41] Regionale Untersuchungen zur Rüstungs- und Kriegswirtschaft befassen sich zwar ebenfalls mit der Chemischen Industrie, legen ihren Fokus jedoch meist auf andere Branchen wie etwa die Stahl- oder Kohleindustrie.[42] Erst seit kurzem stehen darüber hinaus nicht nur die großen Forschungseinrichtungen, wie etwa das Kaiser-Wilhelm-Institut,[43] im Fokus historischer Forschungen, sondern auch die Rolle der Chemiker und ihrer Berufsverbände in der Zeit des Nationalsozialismus, mit der sich unter anderem Helmut Maier auseinandersetzt.[44]

Im Gegensatz zu den bereits genannten Großunternehmen der Chemischen Industrie stand die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie – heute Wacker Chemie AG – noch nicht im Zentrum wissenschaftlicher Forschung. Einzige Ausnahme bilden die Studien von Dietmar Grypa, die jedoch bewusst nur Teilaspekte der Unternehmensgeschichte der Wacker-Chemie aufgreifen.[45] Weder für den Konzern in seiner Gesamtheit, noch für das Stammwerk in Burghausen oder eine der anderen zahlreichen Niederlassungen liegen Untersuchungen vor. Für den Standort Mückenberg ist auf die heimatgeschichtliche Arbeit

[38] Vgl. etwa Welsch, Geschichte.
[39] Vgl. Hayes, Industry and Ideology; Plumpe, IG Farbenindustrie AG; Stokes, Divide and Prosper; Stokes, Primat; Heine, Verstand & Schicksal und Omgus, Ermittlungen.
[40] Vgl. Abelshauser, BASF; Lorentz/Erker, Chemie und Politik; Hackenholz, Bitterfeld 1914-1945 und Lindner, Hoechst.
[41] Vgl. Karlsch/Maier, Filmfabrik Wolfen.
[42] Vgl. Rauh-Kühne/Ruck, Regionale Eliten; Sikora, Waffenschmiede und Balcar, Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938-1950.
[43] Aus einem Forschungsprojekt zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sind nach der Jahrtausendwende zahlreiche Schriften erschienen, darunter etwa Hachtmann, Wissenschaftsmanagement; Maier, Rüstungsforschung; Heim, Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung; zu weiteren Forschungseinrichtungen im Nationalsozialismus vgl. zudem auch Kohl, Präsidenten oder Flachowsky, Reichsforschungsrat.
[44] Vgl. Maier, Chemiker, aber auch Wagner-Kyora, Erfahrungsgeschichte deutscher Chemiker und Ingenieure und Kahlert, Chemiker unter Hitler.
[45] Vgl. Grypa, Studien; ders., Fremdarbeiter und Kriegsgefangene; ders., Kriegsende und Neuanfang oder ders., Kampfzeit und Machtergreifung.

von Herbert Lorenz aus dem Jahr 2003 zu verweisen, die jedoch auf einer vergleichsweise dünnen Literatur- und Quellenbasis fußt. Auf die Biographie des Firmengründers konzentriert sich hingegen Wolfgang Smolka, der über weite Strecken jedoch die nötige Wissenschaftlichkeit vermissen lässt.[46] So ist vor allem auf das umfangreiche Firmen- und Jubiläumsschriftgut[47] zurückzugreifen, das zwar zahlreiche Informationen bietet, die sich allerdings in Ermangelung eines Anmerkungsapparates zumeist nicht oder nur sehr aufwendig verifizieren lassen.[48]

3. Quellenstand

Von zentraler Bedeutung zur Beantwortung der Leitfrage nach der Unternehmenspolitik der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie in den Jahren 1926-1948 sind die (Ergebnis-)Protokolle der Gesellschafterversammlung des Konzerns. Im Historischen Unternehmensarchiv der Wacker Chemie AG (HUW), zu dessen Beständen der Zugang jederzeit uneingeschränkt gewährt wurde, sind insgesamt 52 derartige Niederschriften (HUW 7 B 1 und 2) überliefert, die den Zeitraum zwischen 1921 und 1943 abdecken. Durch diesen Bestand und den teilweise erhaltenen Briefwechsel der Geschäftsführer mit den Gesellschaftern lassen sich die Entscheidungsprozesse im Unternehmen auf oberster Ebene detailliert nachvollziehen. Über die Eigentümer des Konzerns, insbesondere über die Familie des Firmengründers sowie die Familiengesellschaft Wacker Erben GmbH, die im Untersuchungszeitraum als Gesellschafter des Konzerns aktiv an der Ausgestaltung der Unternehmenspolitik beteiligt waren, erfährt man aus den Akten des Unternehmensarchives jedoch nur wenig. Ein Teil der Unternehmensüberlieferung des zweiten Gesellschafters, der IG Farben, liegt im Bundesarchiv Berlin (R 8128). Dieser erwies sich für Fragen zur inneren Struktur des Großkonzerns oder zur Genehmigung von Investitionen (Gesellschafterkredite der Wacker-Chemie) als hilfreich. Als durchweg gut lässt sich hingegen die Quellenlage bei Fragen zur Durchführung der auf den Leitungsebenen getroffenen Entscheidungen und zur Ausgestaltung der Unternehmenspolitik durch die beiden Geschäftsführer Hess und Freyer bezeichnen. Hierbei konnte vor allem auf die zentrale Überlieferung der Geschäftsleitung und

[46] Smolka, Wacker.

[47] Zu nennen wären hier vor allem Freiesleben, Wacker-Chemie (HUW 1 C 26); Wacker-Chemie, Bildchronik und der zum 100. Firmenjubiläum erschienene Band der Wacker-Chemie, Erfolgsformel.

[48] Dies gilt insbesondere für die von Mitarbeitern der Wacker-Chemie verfassten älteren Chroniken und Aufzeichnungen, die sich in der Regel durch ihr großes Detailwissen auszeichnen, das jedoch stark vom persönlichen Standpunkt oder einer bestimmten Erzählhaltung geprägt ist (vgl. Fahnler, Organisation des Karbid-Verkaufes unter HUW 10 C 11; ders., Elektrobosna unter HUW 1 A 25; Voege, Chronik unter HUW 1 B 1 und Hohenleitner, Chronik unter HUW 1 D 15).

die Akten der Hauptverwaltung in München zurückgegriffen werden. Als äußerst ertragreich erwies sich zudem die unternehmensinterne Berichtserstattung, die in Form von Technischen (HUW 27 A 8 und 9) und Kaufmännischen Berichten (HUW 7 E 41) chronologisch fortlaufend – offensichtlich lückenlos – vorhanden ist. Erweitert werden diese durch den Schriftwechsel und die Aktenvermerke der technischen Abteilung VIII (HUW 39 A 7), in deren Aufgabenbereich die Projektierung der Neuinvestitionen und die Ausführung der Baumaßnahmen lag. Auch dieser ist beinahe lückenlos erhalten. Allerdings verfügt das Historische Unternehmensarchiv über keine Nachlässe. Autobiographische Dokumente, die Anhaltspunkte zur persönlichen Motivation und Einstellung der Akteure liefern könnten, fehlen, was besonders im Falle der beiden Geschäftsführer Johannes Hess und Wolfgang Freyer bedauerlich ist.

Eine wichtige Rolle bei der Analyse nahm zudem das firmeninterne Quellenmaterial zum Mückenberger Standort der Wacker-Chemie ein. Allerdings gelangte nur ein Bruchteil der ursprünglich in Mückenberg verwahrten Akten und Unterlagen vor der Enteignung der Betriebe im Jahr 1948 in die Hauptverwaltung nach München oder in das Stammwerk Burghausen, was die großen Überlieferungslücken in diesem Bestand erklärt. Die restlichen Akten sind im Zuge der Besatzung und Beschlagnahmung vermutlich verloren gegangen. Einen Einblick in die Standortperspektive gewähren daher primär die zahlreichen Besprechungsniederschriften und Reiseberichte der Hauptverwaltung. Leerstellen lässt das Archivmaterial dennoch vor allem für das 1938 errichtete Mückenberger Chemowerk, während für das 1926 erworbene Ferrowerk deutlich mehr Material erhalten ist. Organigramme, Telefonverzeichnisse, Organisationspläne oder Abteilungsübersichten sind für die Zeit vor 1945 weder für die Hauptverwaltung noch für die Mückenberger Werke erhalten. Unternehmensstrukturen und Entscheidungshierarchien mussten daher aus anderen Beständen des Firmenarchives rekonstruiert werden. Als besonders schwierig erwies sich die Überlieferungssituation im Bereich des Personalwesens. Für beide Werke sind weder die Personalkartei, noch Lohnkarten oder Arbeitsbücher erhalten.[49] Während für das Ferrowerk mehrere Ordner mit Personalunterlagen (vor allem Schriftwechsel zu Lohnfragen und einige Personalbögen) erhalten sind, konnten für das Chemowerk keine vergleichbaren Personalunterlagen ermittelt werden. Bis auf wenige Ausnahmen, die sich jedoch meist auf

[49] Die Lohnkarteikarten des Ferrowerkes aus den Jahren 1938 bis 1943 wurden bei der Räumung der Werke im Februar bis April 1945 nicht wie viele andere Materialien nach Burghausen gesandt, sondern bei einer Privatperson, dem damaligen Lagerhalter Künnert, in Wurzen eingelagert. Nach der Verstaatlichung des elterlichen Speditionsbetriebes 1949 flüchtete Künnert nach Mönchengladbach (vgl. HUW 36 D 11, In der Nähe von Mückenberg verlagertes Eigentum des Ferrowerkes, ohne Datum).

den Kreis der Führungskräfte beschränken, lassen sich daher keine Aussagen über die Mitarbeiter des Chemowerkes oder dessen innere Struktur treffen. Soweit möglich wurde versucht, diese Lücken in den Firmenbeständen mit Hilfe der Gegenüberlieferung bei Geschäftspartnern, staatlichen Behörden, nationalsozialistischen Einrichtungen oder militärischen Dienststellen zu schließen.

Bei der Rekonstruktion biographischer Informationen zu deutschen Mitarbeitern konnte das Archivmaterial des ehemaligen Berlin Document Center (BDC) im Bundesarchiv Berlin weiterhelfen. Eine andere wichtige Quelle stellten die Entnazifizierungsunterlagen auf Landesebene – insbesondere die Spruchkammerakten – dar. Was den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Mückenberg betrifft, so brachte die Gegenüberlieferung der Reichs-, Provinz-, Kreis- oder Gemeindeebene nur wenig Aufschluss. Lediglich in den Unterlagen der Industrie- und Handelskammer Halle im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg (LASA Mers.) und des Rüstungskommandos Halle im Militärarchiv Freiburg finden die Mückenberger Werke der Wacker-Chemie vereinzelt Erwähnung. Die für den Einsatz von ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen relevanten Bestände des Bundesarchives wurden in die Untersuchung miteinbezogen. Hier fand sich jedoch kein Hinweis auf diese Werke.[50] Auch die Recherche in den dort vorhandenen Sterbelisten und Opferverzeichnissen verlief ohne Ergebnis.[51] Gleiches gilt für die Unterlagen zum Kriegsgefangenenwesen im Militärarchiv Freiburg. Den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener bei der Wacker-Chemie in Mückenberg bestätigten indes eine Anfrage im Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau und die Unterlagen der Kreisverwaltung im Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg. Die Akten des zuständigen Arbeitsamtes in Torgau existieren nicht mehr. Auch die Suche nach relevanten Unterlagen in den Beständen des Landeswirtschaftsamtes Magdeburg, des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland, der Gauwirtschaftskammer Magdeburg oder des Reichstreuhänders der Arbeit Mitteldeutschland ergab keine Treffer. Gleiches gilt für die Gauverwaltung der DAF, die Gestapo Leitstelle Halle, das Polizeipräsidium Halle oder das zuständige Gesundheits- und Gewerbeaufsichtsamt. Ebenfalls ohne nennenswerten Erfolg verlief die Anfrage beim zuständigen Stadtarchiv Lauchhammer. Die im Landeshauptarchiv Brandenburg überlieferten Zweitschriften der standesamtlichen Sterbeverzeichnisse konnten im Bearbeitungszeitraum

[50] Beispielsweise die Bestände des Reichsarbeitsministeriums (R 3901) oder der Deutschen Arbeitsfront (NS 5).
[51] Die Durchsicht der Aufstellungen und Verzeichnisse der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) unter BArch DY 55 oder der „Sammlung Konzentrationslager und Haftanstalten der NS-Zeit“ des Ministeriums des Innern der DDR (DO 1), die auch Zwangsarbeiter erfasste, verlief ohne Erfolg.

aufgrund von Umbaumaßnahmen nicht eingesehen werden,[52] was sich allerdings durch die Sichtung der Sterberegisterzweitschriften in Merseburg kompensiert ließ.

Die Investitions- und Produktionsentscheidungen, die im Zentrum der unternehmenspolitischen Untersuchung stehen, sind sowohl von Konzernseite, als auch auf behördlicher Ebene umfassend dokumentiert. Dies trifft im Übrigen auch weitgehend auf die Bewirtschaftung von Rohstoffen zu. In Hinblick auf die von den unterschiedlichen staatlichen Dienststellen mit der Wacker-Chemie geführten Verhandlungen und geschlossenen Verträge sowie auf die staatliche Produktionsplanung und zentrale Lenkung waren die Bestände des Bundesarchives äußerst ergiebig. Das aus dem Firmenschriftgut gewonnene Bild erfuhr mit Hilfe der staatlichen Gegenüberlieferung eine Überprüfung und konnte vielfach um weitere Informationen ergänzt werden. Mit Hilfe der Überlieferung des Reichswirtschafts-ministeriums, des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition bzw. ab 1943 des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, des Reichsamtes für Wirtschafts-ausbau, der Reichsstelle Chemie, der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie oder des Reichsfinanzamtes ließen sich nicht nur die staatlichen Rahmenbedingungen für die Unternehmenspolitik der Wacker-Chemie herausarbeiten, die Bestände ermöglichten vielmehr, die für den Standort Mückenberg von der Geschäftsführung getroffenen Produktions- und Investitionsentscheidungen in den Kontext der staatlichen Gesamtplanung einzuordnen. In Hinblick auf die unterschiedlichen Lieferbeziehungen der Wacker-Chemie, insbesondere was den Import jugoslawischer Chromerze betrifft, stellten die Akten der Vierjahresplanbehörde eine besonders ergiebige Quelle dar. Ergebnislos verlief hingegen die Suche im Bestand der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, von dem bisher nur ein geringer Teil erschlossen ist, der sich zudem meist auf die Organisation der Behörde beschränkt.

Erstaunlicherweise erwiesen sich auch die Recherchen in den Archiven ehemaliger Kunden der Wacker-Chemie als wenig ertragreich. Die Suche nach der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie führte in diesen Archiven im Allgemeinen kaum zu weiterführenden Ergebnissen. So ließen sich weder im Historischen Archiv Krupp der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung in Essen, noch im ThyssenKrupp Konzernarchiv in Duisburg oder bei der BASF in Ludwigshafen Angaben zu Verträgen mit der Wacker-Chemie, gemeinsamen Besprechungen, Liefermengen, Lieferzeitpunkten etc.

[52] Vgl. Email des Brandenburgischen Landeshauptarchives Potsdam an Stephanie Krauß, 28. Juni 2015.

ermitteln. Der Bestand der Buna-Werke Schkopau, dem wichtigsten Abnehmer für den Mückenberger Acetaldehyd sowie der Chemischen Werke Bitterfeld – beide Betriebe gehörten zur IG Farben – befinden sich im Landeshauptarchiv Merseburg und ergaben einige hilfreiche Treffer, die sich vor allem auf den Bereich Ferrolegierungen bezogen. In Merseburg ist zudem der Bestand der Mückenberger Braunkohle- und Brikett-Industrie AG archiviert, der jedoch aufgrund von Feuerschäden an den Archivalien nur eingeschränkt benutzbar war. Die Bestände des Landesarchives Sachsen-Anhalt in Merseburg und Magdeburg erwiesen sich letztlich auch für Fragestellungen zur Besatzung, Demontage und Enteignung der Wacker-Werke in Mückenberg als ertragreich.

B) Die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie

1. Alexander Wacker und die Gründung des Familienunternehmens

Obwohl die Unternehmensgeschichte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie mit der Aufnahme in das Handelsregister Traunstein am 14. Oktober 1914 beginnt, reichen die Wurzeln der oberbayerischen Firma weit in das ausgehende 19. Jahrhundert zurück und sind, wie das folgende Kapitel aufzeigen wird, auf das Engste mit den Anfängen der deutschen Elektrotechnik und Elektrochemie in Deutschland verbunden.

1.1 Vom Textilhandel zur Elektrotechnik

Der Firmengründer, Alexander Karl Philipp Wacker, erblickte als zweites Kind der Eheleute Sebastian Anton Alexander und Katharina Wacker, geborene Morath, am 29. Mai 1846 in Heidelberg das Licht der Welt. Der Vater, ein Absolvent der Hohenheimer Landwirtschaftsschule, war bereits Monate vor der Geburt des Jungen verstorben. Die Vormundschaft für den Halbweisen übernahm daher der Heidelberger Buchhändler Ernst Mohr.[53] Die Mutter heiratete erneut. So gesellten sich zur Familie, die zwischenzeitlich in München und Bayreuth, schließlich in Stuttgart lebte, drei weitere Kinder.[54] Sowohl die Biographie Smolkas als auch die unternehmensinterne Firmengeschichtsschreibung betonen, dass Alexander nach dem Besuch der sogenannten Höheren Bürgerschule gerne studiert hätte.[55] Die finanzielle Situation der Familie gestattete dies jedoch nicht.[56] Als seine Mutter ihm eine Ausbildungsstelle im Schweriner Handelshaus Kahl & Voss vermitteln konnte, verließ Alexander noch vor seinem Schulabschluss die Bürgerschule und absolvierte eine

[53] Sohn des bekannten Verlegers der Romantik, Jakob Christian Benjamin Mohr (1778-1854), in dessen Verlag neben Werken von Joseph Görres oder Jean Paul auch die Liedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“ von Clemens Brentano und Ludwig Achim von Arnim erschienen sind (vgl. Becker, Mohr, S. 709).

[54] Smolka, Wacker, S. 21.

[55] Gemeint ist das heutige Helmholtz-Gymnasium Heidelberg. Es wurde 1835 gegründet, 1884 erhielt es den Rang einer Realschule, 1896 den einer Oberrealschule, die zum Studium ausgewählter naturwissenschaftlicher Fächer befähigte. Bei der Aussage, Wacker hätte zwischen 1852 und 1861 das Lyzeum in Heidelberg besucht (vgl. etwa HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum), muss es sich demzufolge um einen Fehler handeln.

[56] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 7; Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 173 und Smolka, Wacker, S. 23. Abgesehen von der angespannten finanziellen Situation, hätte der Abschluss der Höheren Bürgerschule zu dieser Zeit ohnehin nicht zum Studium befähigt.

vierjährige kaufmännische Ausbildung. Während seiner Ausbildungszeit erlernte er neben dem Umgang mit Stoffen und Kurzwaren wichtige betriebswirtschaftliche Grundlagen, zudem knüpfte er erste Kontakte in der Geschäftswelt. Akademische Ehren erhielt Alexander Wacker schließlich viele Jahre später durch die Verleihung des Ehrendoktortitels der Georg-Augusta-Universität Göttingen sowie der Rupertus-Carola Universität Heidelberg.[57]

Als Kommis und Vertreter für Seide und Tücher blieb Wacker der Textilbranche nach dem Ende seiner Ausbildung zunächst treu. Abgesehen von einer kurzen Episode als Mitbesitzer einer Firma für Seidenmanufakturen, Mode- und Schwarzwaren in Kassel, lag sein Lebensmittelpunkt in dieser Zeit in Leipzig. Mit der Übernahme eines kleinen Vertriebes von landwirtschaftlichen Maschinen aller Art und Gasmotoren, das den Namen Alexander Wacker, Leipzig trug, wechselte der noch nicht ganz Dreißigjährige dort im Jahr 1875 vom Textil- zum Maschinenhandel.[58] Ein Schlüsselerlebnis für seine weitere berufliche Entwicklung stellte das Zusammentreffen mit dem gleichaltrigen Sigmund Schuckert (1846-1895) auf der Leipziger Messe im Jahr 1877 dar.[59] Schuckert, der mit Werner von Siemens (1816-1892) zu den Begründern der deutschen Starkstromtechnik zählte, hatte eine Flachringdynamomaschine konzipiert und leitete nach seiner Rückkehr aus den USA einen eigenen feinmechanischen Betrieb.[60] Das kleine Unternehmen, in dessen Werkstätten zunächst zwölf Gehilfen und drei Lehrlinge beschäftigt waren, fertigte ab 1873 als offene Handelsgesellschaft Elektromotoren und Dynamos in der Nürnberger Schwabenmühle.[61] Das Jahr 1877 stellte auch für Schuckert ein wichtige Zäsur dar: Einerseits konnte der gelernte Feinmechaniker mit der Markteinführung seiner ersten, mit Hilfe eines Dynamos betriebenen Einzellicht-Bogenlampe einen wichtigen unternehmerischen Erfolg verbuchen,[62] andererseits wurde im selben Jahr das deutsche Patentrecht ins Leben gerufen, das großen Einfluss auf die gesamte Branche haben sollte. So führte das neue Patentrecht in der Folgezeit besonders in innovativen Branchen wie der Chemischen Industrie oder der Elektrotechnik zu einem massiven Wettstreit der Unternehmen, die darauf mit einer Intensivierung ihrer

[57] Vgl. HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum.
[58] Vgl. Smolka, Wacker, S. 36-38.
[59] Zum Leben und Wirken Schuckerts vgl. Stadler, Schuckert; Zahn, Schuckert sowie Keuth, Schuckert.
[60] In den USA hatte Schuckert unter anderem auch für Thomas Alva Edison gearbeitet (vgl. HUW 1 C 25, Kurzer Lebensabriss von Schuckert und Wacker, 20. Februar 1947). Eine Abbildung der ersten Dynamomaschine Schuckerts aus dem Jahre 1875 befindet sich in der Festschrift der EAG vormals Schuckert aus dem Jahre 1898 auf S. 10.
[61] Eine frühe Fotografie der Schwabenmühle aus der Zeit um 1880 bietet Stadler, Schuckert, S. 20. Auch die Festschrift der EAG vormals Schuckert enthält eine ebensolche auf S. 9.
[62] Vgl. Stadler, Schuckert, S. 27.

Forschungsleistung reagierten. Dieser Konkurrenzkampf wiederum trug maßgeblich zum weiteren Aufschwung der noch jungen Elektrobranche bei.

Schuckert experimentierte in Nürnberg ebenso wie Werner von Siemens in Berlin erfolgreich an der Betreibung eines Elektromotors, dessen Besonderheit es war, aus dem Strom eines Dynamos gespeist zu werden.[63] Diese innovativen Methoden zur Energiespeicherung und Kraftübertragung vergrößerten die damaligen technischen Möglichkeiten enorm, was die Verkaufszahlen Schuckerts dementsprechend rasch ansteigen ließ. Angesichts der wachsenden Nachfrage wurden die Werkstätten Schuckerts bald zu klein. Aus Platzgründen zog die Firma 1879 daher in den Nürnberger Vorort Steinbühl um, wo sie sich in der sogenannten Mesthalersche Fabrik ansiedelte.[64] In der Folgezeit expandierte der Betrieb Schuckerts weiterhin stark. Während die Belegschaft 1879 noch aus zwanzig Arbeitern und vier sogenannten höheren Angestellten[65] bestand, stieg die Zahl der Mitarbeiter binnen kürzester Zeit auf 170 Arbeiter und 39 Angestellte im Jahr 1885 an.[66] Mit der Übernahme der Generalvertretung für die Fabrikate Schuckerts im mittel- und norddeutschen Raum durch Alexander Wacker hatte das Zusammentreffen beider Geschäftsleute bereits 1879 erste Früchte getragen.[67]

Die fortschreitende Elektrifizierung Deutschlands ermöglichte dem Nürnberger Unternehmen einen enormen wirtschaftlichen Zuwachs. Das Herstellungsprogramm des feinmechanischen Betriebes passte sich dem positiven Trend an und vergrößerte sich merklich. Gefertigt und selbst vertrieben wurden nun neben Maschinen, Dynamos und Bogenlampen auch Scheinwerfer, Schaltgeräte, Zähler, elektrische Messgeräte sowie anderes Zubehör für die Elektrobranche. Nachdem Schuckert, der sich zuvor erfolgreich in einem Patentstreit gegen Siemens durchgesetzt hatte, Projekte wie die Beleuchtung des Münchner Hauptbahnhofes oder des Schlosses Linderhof übernommen hatte, präsentierte er 1880 in Leipzig die erste elektrische Großanlage für Beleuchtungszwecke, die aus sechzehn Bogenlampen bestand.[68] Obwohl Schuckert 1881 nach dem Besuch der Pariser Weltausstellung auch die Installation von Glühbirnen in sein Tätigkeitsfeld aufgenommen hatte, feierte die Firma weiterhin ihre größten Erfolge mit der Errichtung großer Bogenlampen-Systeme. Langfristig konnten sich

[63] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 38. Zur Entwicklung des Siemens-Konzerns vgl. auch von Weiher / Goetzeler, Siemens-Werke.
[64] Vgl. Stadler, Schuckert, S. 32.
[65] Leitende Angestellte, Führungskräfte.
[66] Vgl. Feldhaus, Schuckert, S. 616 und Kölbel, Schuckert, S. 627-628. Keuth nennt abweichend für das Jahr 1879 eine Belegschaft von „zwölf Gehilfen und drei Lehrlinge“ (Keuth, Schuckert, S. 40).
[67] Vgl. HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum.
[68] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 42; Smolka, Wacker, S. 39 und 51.

diese Systeme zum Nachteil Schuckerts allerdings nicht gegen den Einsatz von Glühbirnen durchsetzen.

Das stetige Unternehmenswachstum bedingte personelle Umstrukturierungen und eine Vergrößerung des Mitarbeiterstabes, die auch den Leipziger Handelsvertreter Alexander Wacker betrafen. Aufgrund seiner Verkaufserfolge bot Schuckert ihm 1884 den Posten eines kaufmännischen Leiters an. Wacker stimmte zu und verlegte seinen Wohnsitz daraufhin nach Nürnberg.[69] Kurze Zeit später traf Wacker eine weitere, wichtige Entscheidung: Er kaufte sich in das expandierende Unternehmen Schuckerts ein. Zum 31. Dezember 1885 erfolgte schließlich die offizielle Eintragung Wackers als Teilhaber in das Nürnberger Handelsregister womit zudem eine Änderung des Firmennamens verbunden war. Das Unternehmen firmierte fortan als Schuckert & Co. Das Leipziger Geschäft Wackers wurde zur ersten Zweigniederlassung. Auch das Sortiment erweiterte sich in dieser Zeit noch einmal deutlich: Hinzu kamen nun große Parabol-Spiegel-Scheinwerfer, die besonders in der Seefahrt gefragt waren. Ferner übernahm das Unternehmen die Installation elektrischer Straßenbahnen, die Konzeption kompletter Elektrizitätswerke und wenig später auch Aufgaben aus dem Bereich des Transformatorenbaus.[70] Schuckert stellte seine Neuentwicklungen nicht nur auf Industrieausstellungen in ganz Deutschland vor, darunter auch bei Präsentationen in Frankfurt und München, sondern arbeitete an der Internationalisierung des aufstrebenden Unternehmens. Für den Vertrieb in Großbritannien errichtete die Firma mit der British Schuckert Electric Co. Ltd. sogar eine eigene Tochtergesellschaft.[71] Daneben gliederte Schuckert & Co. mit Hilfe von Geschäftsneugründungen auch die Finanzierung anstehender Großprojekte aus. Eine derartige Aufgabe übernahm beispielsweise die von Wacker etablierte und zum Schuckert-Unternehmen gehörende Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen.[72] Sie finanzierte mit der Installation elektrischer Bahnen einen Geschäftsbereich, der maßgeblich zur weiteren Erfolgsgeschichte des Nürnberger Unternehmens beitrug. Zu den wichtigsten Aufträgen zählte beispielsweise die Lieferung der ersten elektrischen Straßenbahn in München im Jahr 1886.[73] Noch vor der Jahrhundertwende versorgte das Unternehmen mehrere Werke der elektrochemischen Industrie mit Gleichstromdynamos, darunter die Betriebe der Electron in Griesheim und Bitterfeld, aber

[69] Die Familie Wacker bezog daraufhin in Nürnberg ein Bürgerhaus am Laufertorgraben 3 (vgl. Smolka, Wacker, S. 61).
[70] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 49-50.
[71] Vgl. Hagen, Direktinvestitionen, S. 114.
[72] Vgl. Smolka, Wacker, S. 129-131.
[73] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 7.

auch ausländische Standorte, wie etwa das französische Lamotte oder das spanische Flix.[74] Am Auftragsvolumen gemessen zählte Schuckert & Co. gemeinsam mit Siemens & Halske sowie den aus der Edison-Gesellschaft hervorgegangenen Allgemeinen Elektrizitätswerken (AEG) Emil Rathenaus (1838-1915) zu denjenigen Unternehmen, die die Entwicklung der modernen Elektrotechnik maßgeblich prägten und der Elektrifizierung Deutschlands den Weg bereiteten.[75]

Zwar boomte die junge Elektroindustrie um 1900, doch verschärfte der wachsende Konkurrenzdruck den bereits bestehenden Wettbewerb spürbar. Die Branche geriet aufgrund ihres enormen Kapitalbedarfes zunehmend in die Krise. Auch Schuckert & Co. hatten investiert und in den 1890er Jahren bereits kontinuierlich ihre Fertigungswerkstätten ausgebaut. Die Erweiterung der Produktion samt Vergrößerung der Anlagen sowie die hohen Forschungs- und Entwicklungskosten führten nicht nur in Nürnberg zu einem massiven Liquiditätsproblem, das häufig nur schwer und wenn, dann nur mit finanzieller Hilfe von außen zu bewältigen war. Nicht zuletzt deshalb entschieden sich Schuckert und Wacker Ende 1892, wenngleich äußerst ungerne, für einen erneuten Wechsel der Gesellschaftsform. Es folgte der bei erhöhtem Finanzbedarf übliche Wandel der Unternehmensform: Aus der Personengesellschaft wurde eine Kapitalgesellschaft. Die neue Aktiengesellschaft brachte frisches Kapital und sollte die Wettbewerbsfähigkeit des Nürnberger Unternehmens sichern. Mit Hilfe eines Bankenkonsortiums[76] wurde aus der S. Schuckert & Co. Kommanditgesellschaft die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (EAG), die ihre Arbeit mit einem Aktienkapital von zwölf Millionen Mark offiziell zum 1. April 1893 aufnahm. Damit einher ging eine weitere Neuerung: Bislang hatten Schuckert und Wacker als Komplementäre persönlich gehaftet, während sich die Haftung der neu hinzugetretenen rheinländischen und bayerischen Kommanditisten auf die Höhe ihrer jeweiligen Einlage beschränkte. Das Aktienkapital wurde nicht frei gehandelt, sondern lag in den Händen der Kommanditisten, die nun gemeinsam mit der Kommanditgesellschaft zu den Gründern der neuen Aktiengesellschaft geworden waren. Unter den Kommanditisten der EAG befanden sich bekannte Wirtschaftsgrößen, wie etwa der bayerische Fabrikant und Freund von Alexander

[74] Vgl. HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum und Festschrift EAG vormals Schuckert, S. 16.
[75] Zur Geschichte der Elektrotechnik vgl. Kloss, Elektrizität; speziell zu Bayern vgl. Götschmann, Wirtschaftsgeschichte, S. 210-218.
[76] An der Spitze des Konsortiums stand der Schaaffhausensche Bankverein Köln, des Weiteren gehörten ihm die Kommerz- und Diskontbank Hamburg, Ladenburg & Söhne sowie das Bankhaus von Heydt-Kersten an (vgl. Smolka, Wacker, S. 110).

Wacker, Hugo von Maffei (1836-1921)[77], Langen & Söhne, Emil Guilleaume (1846-1913), Otto Steinbeis (1839-1920)[78] oder der Direktor der Süddeutschen Bodenkreditanstalt Friedrich von Schauß (1832-1893).[79] Noch während dieser Neuorientierung schied der Firmengründer Sigmund Schuckert, der wie Wacker einen Sitz im Aufsichtsrat der EAG besessen hatte, aus dem gemeinsamen Unternehmen aus. Der an einem Nervenleiden erkrankte Firmengründer hatte sich bereits seit 1891/92 sukzessive aus dem Alltagsgeschäft und der Geschäftsleitung zurückgezogen. Die entstandene Lücke schloss Alexander Wacker, der sich zuvor auf die betriebswirtschaftlichen Belange des Unternehmens konzentriert hatte.[80]

Die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Schuckert und das in dieser Zeit gewonnene Know-how auf dem Gebiet der Elektrotechnik versetzten Wacker in die Lage, die neuesten technischen Errungenschaften auf die Bedürfnisse der industriellen Großproduktion auszurichten. Unter seiner Führung entwickelte sich die EAG zwischen 1892 und 1900 zu einem international operierenden Großkonzern, der um die Jahrhundertwende nicht nur rund 6.000 Mitarbeiter (vgl. Tabelle 1), sondern auch 36 Werke, Niederlassungen und technische Büros weltweit umfasste.[81] Unter den Neugründungen befanden sich zwei Standorte, Hafslund in Norwegen und Jajce in Bosnien, die aufgrund ihrer geographischen Lage besonders prädestiniert dafür waren, mittels günstiger Wasserkraft energieintensive elektrochemische Produkte zu erzeugen. Dort sollten daher zwei Fabriken zur Herstellung von Carbid entstehen, deren technische Einrichtung die EAG konstruierte.

Auch die Elektrochemie war ein junger, kurz vor der Jahrhundertwende entstandener Industriezweig. In dieser Branche verbanden sich die Fortschritte auf dem Gebiet der Elektrotechnik geschickt mit den Ergebnissen moderner chemischer Forschung. Gerade die junge elektrochemische Industrie profitierte in der Folgezeit von den technischen Neuerungen der Elektrotechnologie und umgekehrt. Im Gegenzug förderte die elektrochemische Industrie

[77] Zu Hugo von Maffei vgl. Winterstein, von Maffei, S. 41-46; Keuth, Schuckert, S. 83 und 86 sowie Smolka, Wacker, S. 169.
[78] Vgl. Krauss, Kommerzienräte, S. 670.
[79] Eine Übersicht des Vorstands- und Aufsichtsrates Stand 1898 ist in der Festschrift der EAG vormals Schuckert auf S. 27 zu finden.
[80] Schuckert, gesundheitlich stark angegriffen, verlegte seinen Wohnsitz zunächst nach Baden-Baden, dann nach Wiesbaden. Bereits drei Jahre später, am 17. September 1895, verstarb der Nürnberger Pionier der Elektrotechnik (vgl. Keuth, Schuckert, S. 69; HUW 1 C 25, Kurzer Lebensabriss von Schuckert und Wacker, 20. Februar 1947 und Smolka, Wacker, S. 74, 109-112).
[81] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 84. Eine Übersicht aller Werke, Niederlassungen, Beteiligungen und „Unternehmen die von der Firma Schuckert ins Leben gerufen wurden“ findet sich in der Festschrift der EAG vormals Schuckert, S. 39-47.

mit ihrer Nachfrage nach geeigneten technischen Einrichtungen wiederum die Weiterentwicklung der Elektroindustrie.[82] Im Zentrum der Elektrochemie stand das aus Kohle und Kalk per Schmelzprozess im Elektro-Ofen gewonnene Calciumcarbid (im Folgenden Carbid)[83], für dessen Erzeugung in dieser Zeit weltweit zahlreiche Werke entstanden. Es gab zwei große Verwendungsgebiete für Carbid: Zum einen wurde es zur Erzeugung von Kalkstickstoff verwendet, zum anderen durch eine Reaktion mit Wasser in gasförmiges Acetylen umgewandelt, das dank seiner Reaktionsfreudigkeit wiederum verschiedene chemische Verbindungen eingehen konnte. Carbid und Acetylen wurden zu den Grundprodukten der sogenannten Acetylenchemie, einem neuen, von Wacker anfänglich nur gering geschätztem Betätigungsfeld.[84]

Jahr	Arbeiter	Angestellte und Führungskräfte
1879	20	4
1885	170	39
1890	629	136
1895	1.558	360
1898	5.329	660

Tabelle 1: Beschäftigtenzahl der Firma Schuckert & Co. bzw. EAG

Mit Hafslund und Jajce sowie dem Schweizer Werk Gampel der Lonza AG übernahm die EAG unter der Leitung Wackers die Ausstattung der drei damals weltweit größten Carbidfabriken.[85] Im nächsten Schritt erwarb das Unternehmen selbst Anteile an den jeweiligen Betrieben und legte so den Grundstein für ihren Einstieg in die elektrochemische Industrie.[86] Als erfolgreich erwiesen sich zudem sowohl der österreichische als auch der russische Ableger der EAG. Nur fünf Jahre später hatte die EAG in 50 Städten weltweit etwa 760 Kilometer Straßenbahnschienen verlegt und diese mit 1.100 Motorwagen ausgestattet.[87]

[82] Der erste Carbid-Ofen der Welt wurde 1895 in Nordamerika in Betrieb gesetzt (vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 173).

[83] Calciumcarbid (CaC_2) zählt zur Gruppe der Carbide. Obwohl es von Edmund Davy und Friedrich Wöhler bereits 1836 bzw. 1862 dargestellt wurde, hatten Thomas L. Wilson in Amerika und Henri Moissan in Paris erst 1892 Erfolg mit der Erzeugung im elektrischen Ofen. Zur Herstellung einer Tonne Carbid benötigte man rund 3.300 Kilowattstunden Strom. Zur Energiebilanz aus zeitgenössischer Perspektive vgl. Wildhagen, Calciumcarbid, S. 81-90. Aufgrund des energieintensiven Herstellungsprozesses wurde die industrielle Produktion des Carbids erst mit der (Weiter-)Entwicklung der Elektrodynamik möglich. Wacker und die EAG nahmen auf diesem Gebiet eine Vorreiterstellung ein. Zur Herstellung des Carbids, seiner industriellen Erzeugung und Verwendungsmöglichkeiten vgl. Taussig, Industrie; Hellmond / Schnurpfeil, Acetylenchemie und Eckert, Carbid-Vereinigung, hier insbesondere S. 16-29.

[84] Vgl. Smolka, Wacker, S. 192.

[85] Vgl. HUW 1 C 25, Kurzes Memorandum über die Entstehung und Entwicklung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, 10. Dezember 1948.

[86] Vgl. Smolka, Wacker, S. 192.

[87] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 81-84.

Der Umsatz des Konzerns stieg folglich sprunghaft an: Er lag 1895 bei 18.100.000 Mark,[88] bis zum Geschäftsjahr 1898 hatte er sich mit 46,5 Millionen Mark jedoch bereits mehr als verdoppelt. Im selben Jahr produzierte die EAG unter der Leitung Wackers 4.550 Stromerzeuger und Motoren, 440 Transformatoren, 11.000 Bogenlampen, 130 Glas-Parabol-Spiegel, 80 Schweinwerfer, 5.100 Messinstrumente und 8.000 Elektrizitätszähler.[89] Unternehmensschwerpunkt der EAG blieb neben der Errichtung elektrischer Straßenbahnen nach wie vor die Starkstrom-Sparte. Bis 1900 nahm die EAG europaweit insgesamt 120 Elektrizitätswerke in Betrieb. Das waren mehr, als die beiden Konkurrenten Siemens & Halske und AEG zusammen errichtet hatten. Kurz vor der Jahrhundertwende lagen die EAG und Siemens & Halske mit 45 Millionen Mark Firmenkapital damit etwa auf gleicher Höhe, während die AEG mit 60 Millionen Mark weiterhin Spitzenreiter in der Branche war.[90]

Obwohl Wacker sich vorrangig als Unternehmer betätigte, leitete ihn zugleich ein reges Interesse an naturwissenschaftlicher Forschung, insbesondere an der Mathematik und Physik, was ihn wohl auch dazu bewog, Mitglied in der Göttinger Vereinigung zur Förderung der Angewandten Physik und Mathematik zu werden.[91] Diesem Interesse geschuldet forcierte er in den Folgejahren nicht nur die Nutzung der in Norwegen, der Schweiz, dem Balkan und in Süddeutschland vorhandenen Wasserkräfte zur Herstellung von Carbid, er gründete zudem in Nürnberg ein Laboratorium zur planmäßigen Erforschung dieses chemischen Zwischenproduktes. Aufgaben des Laboratoriums waren ferner die anwendungsorientierte Optimierung der Herstellungsprozesse und die Erprobung neuer Acetylen-Verbindungen, wobei vor allem an der Reaktion des Acetylens mit anderen chemischen Stoffen und den daraus ableitbaren Acetylen-Derivaten wie Essigsäure[92] oder Acetaldehyd geforscht wurde. Die Arbeiten des Laboratoriums waren vielversprechend und bildeten so den Grundstock für die weitere Expansion der EAG auf dem elektrochemischen Gebiet.[93] Die Nutzbarmachung der Wasserkräfte für die chemische Industrie und die Forschungen im Bereich der Acetylenchemie liefen kurz vor der Jahrhundertwende zeitlich parallel und verstärkten sich

[88] Vgl. Feldhaus, Schuckert, S. 616.
[89] Vgl. Festschrift EAG vormals Schuckert, S. 31.
[90] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 83-84.
[91] Vgl. die Namensnennung Wackers in einem Fotoalbum der Göttinger Vereinigung aus dem Jahre 1912, zitiert nach http://kalliope-verbund.info/de/query?q=ead.otherroles.gnd%3D%3D%22117086207%22 [zuletzt am 28. November 2018]. Zudem stand Wacker in Kontakt zu führenden Naturwissenschaftlern wie Arnold Sommerfeld, dessen Nachlass heute im Deutschen Museum München verwahrt wird (vgl. den Schriftwechsel mit Arnold Sommerfeld, zitiert nach http://sommerfeld.userweb.mwn.de/PersDat/00183.html [zuletzt am 28. November 2018]).
[92] Zur Geschichte der Essigsäure bei der Wacker-Chemie vgl. Neumann, Essigsäure, S. 6-20.
[93] Vgl. HUW 1 C 25, Das Verhältnis der Wackerchemie zur I.G., 28. Juli 1947.

quasi als positive Rückkopplungseffekte selbst. Diesem Erfolg verdankte Wacker 1896 schließlich auch die Ernennung zum königlich bayerischen Kommerzienrat.[94]

Während die EAG zunächst Vorrichtungen für elektrische Schmelzöfen geliefert hatte, ging sie Ende der 1890er Jahre zur Ausstattung ganzer Carbidfabriken über. Laut einer Festschrift der Lonza AG war es ebenfalls die EAG gewesen, die Schweizer Finanzkreise zur Errichtung einer Carbidfabrik und damit zur Gründung der Lonza veranlasste. Der ehemalige Schuckert-Konzern brachte hierfür ein eigenes, von seinem Nürnberger Laboratorium entwickeltes Verfahren zur Herstellung von Carbid in die Unternehmensneugründung ein, wofür er anschließend „die Zusicherung für die Lieferung der elektrischen Einrichtungen" erhielt.[95] Da es sich bei all diesen Projekten um sehr kapitalintensive Vorhaben handelte, stießen sie meist auf wenig Zustimmung bei den EAG-Aufsichtsratsmitgliedern.[96] Ihre Bedenken waren berechtigt, so litt die EAG trotz der Expansion der Firma zu Beginn des 20. Jahrhunderts bereits unter einer enormen Kapitalknappheit, die ihr aus der Planung und dem Bau der Elektrizitätswerke und weiteren Großprojekten erwachsen war. Von den 42 Millionen Mark Unternehmenskapital waren 41 Millionen in den Beteiligungen und Tochterunternehmen gebunden. Angesichts des drängenden Liquiditätsproblems diskutierte die Geschäftsführung der EAG daher eine Zusammenarbeit mit einem Berliner Bankenkonsortium. Die Verhandlungen wurden schließlich zur Zerreißprobe für den Aufsichtsrat und endeten mit dem Scheitern der geplanten Fusion sowie dem Rückzug des Schaaffhausener Bankenvereins, der damit seinen Platz bei der EAG aufgab.[97] Von derartigen Finanzierungsschwierigkeiten war nicht nur die EAG, sondern die gesamte Branche betroffen. Die Unternehmen der Elektroindustrie reagierten darauf mit Konzentrationsprozessen, die dieser negativen Entwicklung Einhalt gebieten sollten. Auch zwischen Siemens & Halske, der AEG, Felten & Guilleaume sowie Schuckert & Co. fanden daher in der Folgezeit langwierige Verhandlungen statt, die schließlich im Jahr 1900 in einem Kooperations-Abkommen mündeten.[98] Eine weitere Strategie die sogenannte Elektrokrise in den Griff zu bekommen, bestand darin, Konkurrenzbetriebe gezielt aufzukaufen, um damit den eigenen Konzern zu stärken und ihn

[94] Vgl. Krauss, Kommerzienräte, S. 173-174, 692.
[95] Obgleich die Lonza AG bereits am 29. Oktober 1897 gegründet wurde, gingen die von der EAG konzipierten Carbid-Öfen erst nach einigen Anlaufschwierigkeiten am 27. August 1898 in Betrieb (vgl. Wanner, Lonza, S. 7).
[96] Vgl. ebd., S. 147.
[97] Vgl. Smolka, Wacker, S. 136-145.
[98] Vgl. von Peschke, Siemens 1847-1914, S. 88, 108-120.

langfristig wettbewerbsfähiger zu machen.[99] Ein weiteres Großprojekt Wackers, der Aufbau einer Carbidfabrik im bosnischen Jajce, machte der EAG besondere Schwierigkeiten. So musste die EAG nach dem Konkurs der Leipziger Bank, dem Hauptinvestor des Vorhabens, im Geschäftsjahr 1901 dessen Aktien übernehmen. Der Aktienkurs des Konzerns sank daraufhin rapide ab. Diese sogenannte Jajce-Krise wurde angesichts der schon bestehenden Liquiditätsprobleme zu einer ernstzunehmenden Bedrohung für die EAG und mündete schließlich in Fusions-Verhandlungen mit der AEG.[100] Diese Gespräche wurden zur Zerreißprobe für die Unternehmensspitze der EAG. Wacker selbst und seine Unternehmenspolitik als Generaldirektor der EAG erfuhren in diesem Kontext herbe Kritik. Nach einigen internen Auseinandersetzungen blieb Wacker zwar Aufsichtsratsmitglied der EAG, vom Posten des Generaldirektors trat er jedoch mit Wirkung zum 1. April 1902 zurück.[101]

Inzwischen war der Umsatz der EAG bereits um ein Drittel eingebrochen. Damit schwand das Interesse der AEG an einem Zusammenschluss, die Gespräche wurden abgebrochen, die geplante Fusion war gescheitert. Ein neuer Partner musste gefunden werden. Da man zu diesem Zeitpunkt bei Siemens einen Ausbau der Starkstrom-Sparte anstrebte, zeichnete sich schnell eine neue Verbindung ab. Es dauerte nur wenige Wochen, bis die EAG eine Einigung mit Siemens erzielte, und die Bedingungen des Zusammenschlusses ausgehandelt waren. Mit der Fusion Anfang März 1903 wurde schließlich ein neues Unternehmen, die Siemens-Schuckertwerke (SSW), ins Leben gerufen, das seinen Hauptsitz in Berlin und einen Nebensitz in Nürnberg haben sollte. Die SSW, unter deren Dach die Starkstromsparten beider Unternehmen vereint wurden, verfügte über ein Gesellschaftskapital in Höhe von 90 Millionen Mark, das von beiden Vertragspartnern zu etwa gleichen Teilen gestellt wurde. Die von Siemens mehr eingezahlten 100.000 Mark wurden durch eine zeitlich befristete, geringere Gewinnbeteiligung der EAG ausgeglichen. Die EAG selbst bestand noch bis ins Jahr 1939

[99] Die AEG übernahm beispielsweise die Felten & Guilleaume-Lahmeyerwerke, Siemens schloss sich mit der EAG, vormals Schuckert & Co., zusammen und kontrollierte ab 1912 zudem den Bergmann-Konzern (vgl. von Peschke, Siemens 1847-1914, S. 122-123).

[100] Um das Jajce-Problem zu lösen, kaufte ein Konsortium, das aus den beiden befreundeten Geschäftsmännern Wacker und Maffei bestand, die Aktien des angeschlagenen Unternehmens auf (vgl. Keuth, Schuckert, S. 84-85 und Smolka, Wacker, S. 153-178).

[101] Zu dieser für die Schuckertwerke äußerst problematischen Phase vgl. HUW 1 B 1, Voege-Chronik, S. 88-104 und Smolka, Wacker, S. 168 und 172.

fort. Unter ihr waren die Unternehmungen und Beteiligungen der restlichen Schuckertwerke vereint, wobei ihr Kerngebiet der Bau von Straßenbahnen und Überlandzentralen blieb.[102]

1.2 Der Übergang zur Elektrochemie

Wacker hatte schon lange mit dem Erwerb der Bosnischen Elektrizitäts-AG (Elektrobosna) geliebäugelt. Da die elektrochemischen Unternehmungen der EAG, darunter auch die Carbidfabriken, nicht Bestandteil des Vertrages mit Siemens waren, bot sich ihm nun mit dem Kauf dieser Werke die Gelegenheit, eine eigene Unternehmensgruppe zu gründen. Die Unternehmensgruppe sollte sich künftig auf eine Sparte konzentrieren: die elektrochemische Erzeugung von Produkten aus dem Bereich der Acetylenchemie mit Hilfe von Wasserkraft. Der Kaufpreis belief sich auf insgesamt sechs Millionen Reichsmark, die Wacker jedoch nur mit der finanziellen Hilfe seines Freundes, Hugo von Maffei, der selbst Kommanditist, dann Aufsichtsratsvorsitzender der EAG gewesen war und jahrelang erfolgreich mit Wacker zusammengearbeitet hatte, aufbringen konnte.

Zentrum des neuen Konzerns, der sich nach den Anfangsbuchstaben der Mitglieder ELH-Gruppe nannte, waren die Elektrobosna mit Hauptsitz in Wien, die Schweizer Lonza AG sowie die norwegische Aktieselskabet Hafslund.[103] Zu dem Unternehmen, das bereits durch seine Zusammensetzung international ausgerichtet war, zählten im Jahr 1913 zwölf Fabriken in ganz Europa, darunter Standorte in Norwegen, Südfrankreich und auf dem Balkan.[104] Die unter dem Dach der ELH-Gruppe vereinten Firmen behielten in der Folgezeit ihren eigenen Charakter und setzten weiterhin unterschiedliche Arbeits- oder Produktionsschwerpunkte: Während die Elektrobosna nach wie vor größere Mengen an Verkauf-Carbid produzierte und den Vertrieb von Acetylen zu Schweißzwecken förderte, arbeitete die Lonza schon früh an der Etablierung einer eigenen Kalkstickstoff-Produktion bzw. an der Erzeugung von Carbidsprit, deren Abnehmer die Schweizer Monopolgesellschaft war.[105] Die Gruppe glich

[102] Vgl. Keuth, Schuckert, S. 85-87 und von Weiher / Goetzeler, Siemens-Werke, S. 59. Zur Geschichte der SSW vgl. die im Jahr 1953 von der Siemens Schuckertwerke AG herausgegebene Festschrift, Die Entwicklung der Starkstromtechnik.
[103] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 9.
[104] Vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 174.
[105] Vgl. Wanner, Lonza, S. 9.

folglich eher einem losen Zusammenschluss, dessen verbindendes Element ihr Eigentümer Alexander Wacker war.[106]

Nachdem sich das Nürnberger Laboratorium der EAG bestens bewährt hatte, sollte die neue Unternehmensgruppe Wackers ebenfalls mit einer eigenen Forschungsabteilung ausgestattet werden. Im März 1903 nahm das Consortium für elektrochemische Industrie Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Nürnberg seine Arbeit auf, das personell wie strukturell eng mit der 1896 gegründeten Forschungseinrichtung der EAG verbunden war.[107] Aufgabe des selbständig firmierenden Laboratoriums war es primär, die Grundlage für das künftige Herstellungsprogramm des Wacker-Konzerns zu liefern. Dabei konzentrierte sich der kleine Kreis von Chemikern zunächst auf das Gebiet der Acetylenchemie. Gesucht waren vor allem Carbid- bzw. Acetylenderivate, die sich zur Produktion in Großanlagen eigneten. Zu Gesellschafter des Consortiums wurden die drei zentralen Unternehmen der ELH-Gruppe (Elektrobosna, Lonza AG und Aktieselskabet Hafslund) ernannt.

Carbid bzw. seine gasförmige Form, das Acetylen,[108] hatte lange als Alternative zu Petroleum gegolten, woraufhin nach dem Auslaufen des Bullier-Patentes zahlreiche neue Werke entstanden waren. Entgegen den Hoffnungen der ELH-Gruppe setzte sich die Beleuchtung mit Carbid jedoch nicht dauerhaft gegen die fortschreitende Elektrifizierung und die Verbreitung des elektrischen Lichtes durch. Infolgedessen wurden die inzwischen aufgebauten Überkapazitäten zu einem Problem für die gesamte Branche.[109] Da die elektrochemischen Betriebe aufgrund dieser Entwicklung mit einem starken Einbruch der Carbid-Nachfrage und sinkenden Preisen zu kämpfen hatten, wurden die Forschungsergebnisse des Laboratoriums von Anfang an dringend benötigt. Für das überschüssige Carbid mussten schnell neue Verwendungsmöglichkeiten gefunden werden. Angesichts dieser Situation zahlte sich die Entscheidung Wackers für die Intensivierung der Forschungsarbeit besonders aus. Das Consortium entwickelte in der Folgezeit zahlreiche, zur Anwendung in

[106] Zum Verhältnis der Schweizer Lonza AG zur ELH-Gruppe vgl. HUW 1 B 4, Schriftvermerke aus dem Jahr 1964 und Schreiben zum Abgleich der Bestände in den Unternehmensarchiven der Lonza AG und der Wacker-Chemie, 18. März 1964; zur Geschichte der Elektrobosna ist im Firmenarchiv der Wacker-Chemie unter HUW 1 A 25 die unveröffentlichte Schrift von Karl Fahnler, Die Elektrobosna. Wiege der Wacker-Chemie. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte, in 2. verbesserter Auflage erhalten.

[107] Zur allgemeinen Entwicklung der Forschungseinrichtungen in der Chemischen Industrie vgl. Marsch, Industrieforschung, insbesondere S. 49-68.

[108] Das Gas entsteht durch die chemische Reaktion von Calciumcarbid und Wasser, die Acetylen und Calciumhydroxid (gelöschter Kalk) hervorbringt ($CaC_2 + 2\ H_2O \rightarrow C_2H_2 + Ca(OH)_2$).

[109] Vgl. Taussig, Industrie, S. 406-413.

der Großproduktion geeignete Verfahren und meldete diese erfolgreich zum Patent an.[110] Dank ihrer Innovationsfähigkeit konnte die ELH-Gruppe so ihre Position innerhalb der Branche während der Krise stabilisieren.

Das Consortium spielte in dieser frühen Unternehmensphase darüber hinaus eine wichtige Rolle bei der Absatzorganisation. So übernahm es für das Kernprodukt Carbid innerhalb der ELH-Gruppe einen Teil des Verkaufes und fungierte ab Mai 1905 gemäß einem Vertrag mit der Allgemeinen-Carbid-Verkaufsgesellschaft als Verkaufsbüro für die Region Süddeutschland. Diese Vereinbarung war dem Umstand geschuldet, dass sich die Werke Gampel und Thusis der Lonza AG, die Elektrobosna mit ihren Betrieben in Jajce, Meran und Lechbruck, die Aktieselskabet Hafslund sowie die Carbidwerk Deutsch-Matrei AG im April 1904 zur Förderung des Carbid-Absatzes zusammengeschlossen und das Nürnberger Consortium zu ihrer Verwaltungs- und Verrechnungsstelle ernannt hatten.[111]

1.3 Die Errichtung des Stammwerkes Burghausen

Alexander Wacker war von der Idee geleitet, seinen ausländischen Werken auch in Deutschland einen elektrochemischen Betrieb zur Seite zu stellen. Angedacht war die Errichtung eines Wasserkraftwerkes und der Bau einer modernen Industrieanlage.[112] Dafür ließ der inzwischen fast Sechzigjährige nach seinem Austritt aus der EAG untersuchen, welche süddeutschen Orte zur Errichtung eines derartigen Projektes in Frage kamen. Die Standortsuche übernahm das Wasserbaubüro der ELH-Gruppe, das daraufhin seinen Sitz von Genf nach München verlegte. Der gesuchte Standort sollte zum Stammwerk des geplanten Familienunternehmens werden und Produkte der Acetylenchemie erzeugen, deren Bedarf zu dieser Zeit immer noch weitgehend aus dem Ausland gedeckt wurde.[113] Da die Erzeugung von Carbid, Acetylen und deren Derivate äußerst energieintensiv war, wurde eine ebenso dauerhafte wie mengenmäßig hohe und kostengünstige Stromversorgung zum entscheidenden Faktor der Standortsuche. Fernab der großen Kohlereviere, implizierte dies vor allem die Nutzung der voralpenländischen Wasserkräfte.

[110] Zur frühen Geschichte des Consortiums vgl. Best, Consortium; zudem: Wick, Consortium unter HUW 1 C 50.
[111] HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, S. 83.
[112] HUW 1 B 1, Voege-Chronik, S. 256.
[113] Vgl. Vogel / Schulze-Altenburg, Carbid und Acetylen, S. 3.

Das erste Konzept Wackers sah vor, die Wasserkraft des Lechs zu nutzen und das kleine, bereits bestehende Carbidwerk der ELH-Gruppe in Lechbruck zu erweitern, was die bayerische Regierung jedoch strikt ablehnte.[114] Stattdessen legte man dem Unternehmer den Erwerb einer Konzession, also einer öffentlich-rechtlichen Erlaubnis zur Verwertung der Wasserkraft, für die 150 Kilometer lange Alz, einem Chiemsee-Abfluss, nahe. Wacker erklärte sich mit diesem Kompromiss einverstanden. Die Projektphase begann im Jahr 1913. Um den Höhenunterschied zur direkt in der Nähe verlaufenden, aber deutlich niedriger liegenden Salzach optimal zu nutzen, konzipierte das Baubüro einen Kanal vom Margarethenberg zum Steilufer der Salzach nördlich von Burghausen. Das dortige Gefälle von 63 Metern schuf die Grundlage für ein Wasserkraftwerk in Burghausen, zu dessen Errichtung Wacker am 26. Juni 1913 die offizielle Erlaubnis erhielt. Seit dem Beginn der Standortsuche waren inzwischen fünf Jahre vergangen. Aus wirtschaftlichen Gründen war es sinnvoll, das neue Werk in unmittelbare Nähe zur geplanten Wasserkraftanlage zu errichten, so dass diese Wahl gleichfalls nur auf den Standort Burghausen fallen konnte. Bei der Projektierung verließ sich Alexander Wacker auf einen Stamm erfahrener Techniker und Ingenieure aus den Reihen der Elektrobosna und des Consortiums für elektrochemische Industrie. Aus ihrem Kreis rekrutierte er wenig später auch die Führungsriege der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, zu der etwa der spätere Geschäftsführer, Johannes Hess,[115] oder der Leiter der technischen Abteilung, Hermann Hiller,[116] zählten.

Als die Vorarbeiten weitgehend abgeschlossen waren, erfolgte kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges, am 14. Oktober 1914, die Eintragung der Wacker-Chemie in das Handelsregister. Unternehmenssitz war Traunstein, ab 1916 firmierte die Kommandit-gesellschaft jedoch in München, wo sie bis heute ihren Hauptsitz hat. Damit fiel die Errichtung

[114] Siehe auch Kapitel B. 2.1.

[115] Zu seiner Person und Rolle im Unternehmen siehe Kapitel B.3.2, insbesondere 3.2.2 und 3.2.3.

[116] Hermann Hiller wurde am 7. August 1881 in Teplitz (Sudetenland) geboren. Er hatte Maschinenbau an der Technischen Hochschule Prag und der Elektrotechnik in Karlsruhe studiert, bevor er 1907 in die Elektrobosna eintrat, wo er zunächst an den Standorten Matrei und Meran eingesetzt war. Im Ersten Weltkrieg diente er als Artillerieoffizier in der österreichischen Armee. Als Wacker ihn dringend für die Errichtung und Leitung eines Werkes im schlesischen Tschechnitz benötigte, bewirkte er dessen Entlassung aus dem Militärdienst. Im Jahr 1919 wechselte Hiller aus der Werkleitung von Tschechnitz in die Münchner Direktion. In der Folgezeit war er als Leiter der technischen Abteilung VIII der Hauptverwaltung maßgeblich am Aufbau der Mückenberger Werke beteiligt, er zählte zudem zum engsten Mitarbeiterkreis um Johannes Hess. Obwohl Hiller kein NSDAP-Mitglied gewesen war und seine politische Beurteilung neutral ausfiel, ernannte ihn Hess zum stellvertretenden Betriebsführer und Abwehrbeauftragten. Im Entnazifizierungsverfahren als politisch Unbelasteter eingestuft, wurde er von der amerikanischen Militärverwaltung zum custodian für die Wacker-Chemie ernannt. Hiller verstarb am 10. Januar 1969 (vgl. Südbayerische Chemie 17 (1941); HUW 10 A 6, Kurzer Lebenslauf, 24. Juli 1947 und BArch PK E 0213, Hiller).

des neuen Werkes in die Kriegsjahre, was den Aufbau der Industrieanlage deutlich schwerer als erwartet gestaltete. Die Bau- und Produktionsentscheidungen lagen kriegsbedingt nicht mehr ausschließlich in den Händen des Unternehmers, stattdessen übten sowohl das Militär als auch die Ministerien und ihre nachgeordneten Stellen auf der Landes- und Reichsebene Einfluss auf die unternehmenspolitischen Entscheidungen aus. In der Praxis bedeutete dies für die Projektleitung zahlreiche Auflagen und starke Einschränkungen. Zwei Jahre nach der Gründung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie begann schließlich der Bau des ersten Werkes, dem Burghausener Stammwerk. Als Gelände hatte der Firmengründer das Burghausener Holzfeld am Steilufer der Salzach erworben.[117] Nachdem man bereits 1915 erste Rodungsarbeiten auf diesem Grundstück durchgeführt hatte, begann das Unternehmen nun unter Zuhilfenahme von Eisenbahnpionieren mit dem Bau einer kleinen Eisenbahnlinie. Diese führte von der nächstgelegenen Eisenbahnstation Pirach direkt in das Werk. Von Pirach aus wiederum hatte man Anschluss an die Bahnstrecke Tüssling-Burghausen und somit an den Fernverkehr.[118] Die eigentlichen Bauarbeiten am Werk begannen einige Zeit später, im Mai 1916. Im Januar desselben Jahres hatte das mit der Durchführung betraute Technische Büro bereits in den Münchner Räumlichkeiten des Wasserbaubüros der ELH-Gruppe seine Arbeit aufgenommen.[119] Mit den Planungen für das neue Werk betraute Alexander Wacker erneut seinen langjährigen engen Vertrauten, den ehemaligen Chefingenieur der ELH-Gruppe, Johannes Hess.

Die bauliche Gestaltung der Betriebsgebäude oblag dem Wiener Architekten und Gründer der sogenannten Wiener Werkstätte, Josef Hoffmann (1870-1956), der für die Elektrobosna bereits das Werk in Jaice konzipiert hatte.[120] Wacker lernte Hoffmann über den Direktor der Elektrobosna, Hugo Koller (1867-1949), kennen. Koller war promovierter Mediziner, Physiker, Kunstmäzen und Industrieller.[121] Er hatte, ebenso wie die Söhne Wackers, die

[117] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 14.
[118] „Der Reichsbahn richtete man 15. Mai 1922 eine eigene Tarifstation auf dem Werksgelände ein“ (Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 15 und 26).
[119] Der Umzug der Hauptverwaltung von der Münchner Karlstraße in die Prinzregentenstraße erfolgte erst 1919 (vgl. ebd., S. 12 und 18-19).
[120] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 12.
[121] Hugo Koller stammte aus einer österreichischen Arztfamilie. Er studierte in Wien und München Medizin und Physik, wobei sein besonderes Interesse der Elektrochemie galt. Im Jahr 1896 heiratete er die Künstlerin Bronislawa Pineles, die unter ihrem Künstlernamen Bronica Pinell bekannt wurde. Beide hatten sich im Umfeld Anton Bruckners kennengelernt. Nach der Konversion Kollers zählte das Paar zum jüdischen Großbürgertum Wiens. Zum Freundeskreis gehörte neben Egon Schiele (1890-1918) auch der Architekt und Designer Josef Hoffmann. Koller erhielt eine Anstellung auf der Führungsebene der Schuckertwerke in Nürnberg. Nach der Fusion mit Siemens übernahm Koller die Leitung der Elektrobosna in Wien. Zudem betrieb er das erste Elektrizitätswerk Niederösterreichs (vgl. Krasny, Geschlecht, S. 52-53 und Beyer, Bronica Koller, S. 26-34 und 64-65).

Dienste Hoffmanns für die Inneneinrichtung seiner Villa in Anspruch genommen und danach den Kontakt zur Elektrobosna hergestellt. Hoffmanns Stil war geprägt von einer „strenge[n] Architektursprache mit neo-klassizistischen Giebeln und Pfeilern“, [122] was sich auch auf die Gestaltung des Burghausener Stammwerkes ausgewirkt haben soll. Mit Hermann Pierstorffs übernahm ebenfalls ein langjähriger Mitarbeiter Wackers den Posten des ersten Werkleiters. Er übte diese Aufgabe vom 1. Oktober 1916 bis zum 14. April 1934 aus.[123]

Das Werk war zwar „auf dem Grundsatz aufgebaut, die Wasserkraft für elektrochemische Zwecke so gut wie möglich auszunutzen“, praktisch bedeutete dies jedoch eine hohe Abhängigkeit von der saisonal stark schwankenden Wasserkraft.[124] Die Herstellungsmenge war dementsprechend schwer kalkulierbar, ein flexibler Umgang mit Nachfrage- und Marktschwankungen folglich kaum möglich. Stattdessen mussten die wasserreichen Monate voll ausgenutzt und die Überschussproduktion gegebenenfalls kostenintensiv eingelagert werden, was nicht nur große Lagerkapazitäten erforderte, sondern auch dringend benötigtes Kapital band. Ein weiterer Standortnachteil des Stammwerkes in Burghausen war seine Lage am Rande Oberbayerns. Aufgrund der weiten Entfernung zu den Rohstoff- und Absatzmärkten fielen für das Unternehmen dementsprechend hohe Transportkosten an, die ebenfalls in den Preiskalkulationen berücksichtigt werden mussten und folglich die Erzeugnisse der Wacker-Chemie verteuerten.

Ausgangsprodukt der Wacker-Chemie Burghausen sollte nach wie vor das per Schmelzprozess im Elektro-Ofen gewonnene Carbid sein, das weiter zu Acetaldehyd, Essigsäure (sogenanntes 1. Wacker-Verfahren) oder Aceton verarbeitet wurde. Hierbei konnte der Konzern auf die Erfahrungen der ELH-Gruppe in Norwegen, Bosnien und Lechbruck zurückgreifen. Zudem hatte das Consortium ein wirtschaftliches Herstellungsverfahren zur Großproduktion von Aceton über Acetylen, Acetaldehyd und Essigsäure entwickelt, dass der Wacker-Chemie 1914 anwendungsbereit vorlag.[125] Der Zeitpunkt war günstig, denn Aceton war ein chemisches Produkt, das im Ersten Weltkrieg als Rohstoff bei der chemischen

[122] Hölz, Villa Wacker, S. 61.

[123] Hermann Pierstorff, geboren am 7. November 1875, verstarb am 20. Juli 1936 an den Folgen eines Verkehrsunfalles. Pierstorff gehörte mit Johannes Hess und dem Chemiker Martin Mugdan zu den drei Dienstältesten der Wacker-Chemie. Als die drei 1935 das Ehrenzeichen für treue Arbeit erhielten, blickten sie bereits auf 32 Jahre Betriebszugehörigkeit zurück (vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, S. 129 und 132 sowie Südbayerische Chemie 16 (1936), S. 1).

[124] Hess, Dr. Alexander Wacker Gesellschaft, S. 359-367.

[125] Zuvor wurde Aceton aus Graukalk, ein bei der Holzverkohlung anfallendes Kalziumsalz, gewonnen. Der Großteil des Graukalkes, 1913 immerhin 97 Prozent des Bedarfes, mussten zu dieser Zeit aus den USA importiert werden (vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 176).

Erzeugung von Kautschukersatzprodukten eingesetzt wurde und so beispielsweise bei der Herstellung von Akkumulatorenkästen für U-Boote Verwendung fand. Aceton und dessen industrielle Synthese durch die Wacker-Chemie wurden aufgrund ihrer militärischen Bedeutung daher als kriegswichtig eingestuft. Erst dieser Status ermöglichte es, im streng reglementierten Kriegsrohstoffsystem staatliche und militärische Förderung für das Bauprojekt zu erhalten. Nur so konnte die Errichtung des Stammwerkes in Burghausen noch während des Ersten Weltkrieges realisiert werden. Der hohen Relevanz der Wacker-Erzeugnisse für die deutsche Kriegsindustrie trug schließlich auch der Besuch des bayerischen Kriegsministers Philipp von Hellingrath (1862-1939) Rechnung, der das Burghausener Werk am 1. Juni 1917 in Begleitung von General Harlander, Oberstleutnant Freiherr von Kress, Freiherr von Speidel, Hauptmann Müller und Geheimrat Haubenschmied besichtigte.[126] Eine große Ehre und Auszeichnung stellte für den Unternehmer auch der Besuch des letzten bayerischen Königs Ludwig III. (1845-1921) gut ein Jahr später, am 8. Juli 1918, in Burghausen dar.[127]

Nach Erhalt der gewerbepolizeilichen Genehmigung zur Errichtung einer Acetonfabrik am 16. Oktober 1916 konnte die Industrieanlage trotz des kriegsbedingten Rohstoffmangels binnen kürzester Zeit errichtet werden. Die ersten Anlagen begannen ihre Arbeit schließlich bereits wenige Wochen später, im Dezember 1916. Ein Jahr nach Abschluss der ersten Aceton-Lieferverträge (3. Dezember 1915) nahmen weitere Betriebsteile – Acetylen und Acetaldehyd – ihre Arbeit auf. Ihnen folgte wenige Tage später, am 12. Dezember 1916, die Essigsäure-Erzeugung. Damit war in Burghausen die erste Anlage zur industriellen Synthese dieser chemischen Erzeugnisse in Deutschland in Betrieb gegangen.[128] Die Aceton-Produktion begann Anfang Januar 1917, noch bevor der Carbid-Betrieb oder das Wasserkraftwerk ihren Betrieb aufgenommen hatten.[129] Das fehlende Carbid musste zunächst aus Lechbruck angeliefert werden. Bereits am Ende des ersten Betriebsjahres umfasste das Herstellungsprogramm der Wacker-Chemie die Produkte Acetaldehyd, Essigsäure, Eisessig,

[126] Vgl. HUW 6 E 18, Firmeninternes Schreiben zur Besichtigung der Anlage Burghausen, 4. Juni 1917. Im selben Jahr trat Wacker in die Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) ein. Diese, am Ende des Kaiserreiches entstandene konservative und national ausgerichtete Partei sprach sich unter anderem für einen Siegfrieden und umfangreiche Annexionen aus, was sie letztlich zum Sammelbecken der politischen Rechten machte (zitiert nach https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Vaterlandspartei_(DVLP),_1917/18 [zuletzt am 28. November 2018] sowie Gruber, Gratwanderungen, S. 352).

[127] Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 18.

[128] Vgl. HUW 1 D 11, Schreiben des Wacker-Firmenarchives an das Werksarchiv der Hoechst AG, 11. November 1966; Wacker-Chemie, Erfolgsformel, S. 57 und HUW 38 E 51, IX. Historische Daten, ohne Datum.

[129] Vgl. HUW 1 C 6, Beitrag zur Geschichte des Wackerwerkes Burghausen, auch Gruber-Chronik genannt, S. 1.

Aceton und Tetrachlorkohlenwasserstoff (vgl. Tabelle 2).[130] Mit der Inbetriebsetzung des ersten Carbid-Ofens hatte der Ausbau des Werkes im Frühjahr des Folgejahres bereits eine zweite Stufe erreicht.[131] Ebenfalls 1918 wurden die ersten Erweiterungen der Betriebsanlagen in den Bereichen Acetaldehyd, Rohessigsäure und Aceton durchgeführt.[132] Da die eigene Acetaldehyd-Erzeugung zu diesem Zeitpunkt jedoch nicht ausreichte, um die Essigsäureanlage, wie vom Militär gewünscht, auszulasten, musste Acetaldehyd von den IG Farben hinzugekauft werden. Im April 1918 verlegte schließlich auch das Consortium seinen Geschäftssitz von Nürnberg nach München, wo in der Prinzregentenstraße zeitgleich die Hauptverwaltung des jungen Konzerns entstand. Nachdem die internationale Ausrichtung in den Kriegsjahren ohnehin zum Problem geworden war, entschied sich Alexander Wacker dazu, seine Beteiligungen an den ausländischen Standorten der ELH-Gruppe zugunsten der Finanzierung des Wasserkraftwerkes zu verkaufen. Gleichzeitig schieden die ausländischen Gesellschafter (Elektrobosna und Aktieselkabet Hafslund) aus der Geschäftsleitung des Consortiums aus, so dass aus der ursprünglich multinationalen ELH-Gruppe während des Ersten Weltkrieges die deutsche Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie geworden war.[133]

Das Ende des Ersten Weltkrieges stellte für das noch junge Unternehmen einen großen Einschnitt dar: Während des Krieges hatte die Wacker-Chemie ihre gesamte Produktion an Bayer in Leverkusen geliefert. Andere Kunden gab es nicht, so dass das junge Unternehmen nach Kriegsende nicht nur vor der Herausforderung stand, seine Produktion auf Friedenswirtschaft umzustellen, es musste sich zunächst auch einen eigenen Kundenstamm aufbauen. Da die Produktion der Wacker-Chemie in den Kriegsjahren zudem ausschließlich an die Bedürfnisse des Militärs, konkret an die Marine, angepasst war, beschränkte sich das Erzeugungsprogramm auf eine überschaubare Zahl von Carbid-Folgeprodukten, was die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zusätzlich einschränkte. Während des Ersten Weltkrieges waren mit Hilfe staatlicher Förderung zahlreiche neue chemische Betriebe entstanden, so dass der Markt Ende 1918 nicht nur durch hohe Rohstoffpreise, sondern auch von einem großen Überangebot dominiert wurde. Zur scharfen Konkurrenzsituation trugen

[130] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1921, S. 16.
[131] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1918, S. 1.
[132] Die Errichtung der Carbidfabrik war eng mit der Energieversorgung gekoppelt, so dass sie erst nach der Anbindung des Burghausener Werkes an das Saalachwerk in Angriff genommen werden konnte. Die Inbetriebnahme fand jedoch noch während des Ersten Weltkrieges statt (vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 179).
[133] Vgl. HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum und HUW 4 A 26, Nachruf Hess auf Heinrich Rosenbaum, ohne Datum.

zahlreiche inländische wie ausländischer Anbieter bei, die das ohnehin schon schlechte Preisniveau zusätzlich senkten. Zudem erforderte die kriegsbedingte Bauweise[134] schon bald umfassende Sanierungsmaßnahmen. Mit Kriegsende brach jedoch nicht nur die Nachfrage nach Aceton schlagartig weg, auch der Absatz von Carbid bereitete aufgrund der kriegsbedingt aufgebauten Überkapazitäten Schwierigkeiten, so dass sich die Wacker-Chemie gezwungen sah, ihre bisherige Produktpalette kritisch zu hinterfragen.[135] Infolgedessen wurde die Erzeugung von Aceton komplett stillgelegt. Ebenfalls erwogen wurde die Stilllegung der Acetaldehyd- bzw. Rohessigsäureproduktion, für die jedoch neue Verwendungsgebiete gefunden werden konnten. Hierbei spielten die vom Consortium entwickelten Verfahren zur Gewinnung von Acetylen-Derivaten und deren profitable Umsetzung in der industriellen Großproduktion eine entscheidende Rolle.

Produkt	**1917**	**1920**
Carbid	-	5.310
Kalkschlamm	-	22.900
Acetaldehyd	1.847	3.778
Essigsäure	2.575	4.094
Eisessig	1.448	3.431
Essigäther	-	230
Aceton	1.014	-
Natriumacetat	-	5
Bleiacetat	-	278
Paraldehyd (roh)	-	122
Chlorkohlenwasserstoffe:		
Tetra	8	114
Tri	-	3055
Penta	-	59
Per	-	44
Di	-	16
Aluminiumchlorid	-	7,5

Tabelle 2: Produktpalette der Wacker-Chemie 1917 und 1920, Angaben in Jahrestonnen

Zudem reagierte die Wacker-Chemie auf die sich abzeichnende Krise bereits im Frühjahr 1918 mit der Einführung einer neuen Sparte: Chlor und Chlorkohlenwasserstoffe. Bei der Elektrolyse wurde aus Steinsalz, das die Wacker-Chemie aus ihrem Bergwerk in Stetten

[134] Das Werk war schnell, „ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit und sanitäre Erfordernisse“ errichtet worden (HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1918, S. 1 und HUW 1 C 6, Beitrag zur Geschichte des Wackerwerkes Burghausen, Gruber-Chronik, S. 1-2).

[135] Carbid konnte unter anderem zu Kalkstickstoff verarbeitet werden, der nicht nur als Düngemittel, sondern auch als Ersatz für ausländische Salpetersäure bei der Pulver- und Munitionsproduktion im Ersten Weltkrieg Verwendung fand (vgl. Waeser, Luftstickstoff-Industrie; zu den deutschen Fabriken vgl. hier insbesondere S. 13-29).

bezog,[136] Chlor (Cl_2), Wasserstoff (H_2) und Natriumhydroxid (NaOH)[137] gewonnen. Während das Chlor zur Weiterverarbeitung im eigenen Produktionskreislauf benötigt wurde, verkaufte die Wacker-Chemie die Natriumlauge an die Textilindustrie, wo sie der Herstellung von Zellwolle[138] diente. Mit der Errichtung einer Chlorelektrolyse nach dem Billiter-Verfahren[139] im Jahr 1919 legte das Unternehmen so den Grundstein zu einer zweiten, deutlichen Verbreiterung seiner Produktpalette. In den Folgejahren wurde nicht nur das Herstellungsprogramm den vielversprechenden Forschungsergebnissen des Consortiums angepasst, auch die Produktionsmengen stiegen kontinuierlich. Wie stark sich die erwähnten Diversifikationsmaßnahmen auf die Produktion des Unternehmens auswirkten, zeigt eine Gegenüberstellung der Burghausener Erzeugung der Jahre 1917 und 1920 (vgl. Tabelle 2).[140]

Arbeitnehmer	**Ende 1916**[141]	**1921**	**1925**	**1928**
Arbeiter	403 (Burghausen)	978 (davon 200 Männer einer Bautruppe)	1.107	1.680
Angestellte	51 (Burghausen) + 20 (München)	160 (Burghausen) + 115 (München)	304	355
Gesamt	**474**	**1.253**	**1.411**	**2.035**

Tabelle 3: Belegschaftszahlen 1916-1928 anhand der 75. Jahres-Chronik und den Angaben der technischen Berichte

Mit der Erweiterung der Produktion und der Expansion des Gesamtkonzerns in den 1920er Jahren ging eine deutliche Zunahme der Belegschaftszahlen einher (vgl. Tabelle 3). Eine Zäsur stellte hier erst die Weltwirtschaftskrise dar.

[136] Siehe auch Kapitel B.2.4.
[137] Auch Ätznatron oder kaustisches Soda genannt.
[138] Bei Zellwolle, auch Viskosefasern oder kurz Viskose genannt, handelt es sich um industriell erzeugte Chemiefasern, zu deren Herstellung neben Cellulose, Wasser und Schwefelkohlenstoff auch Natronlauge benötigt wird.
[139] Bei der Elektrolyse kamen zu dieser Zeit zwei Verfahren in Frage: das Amalgamverfahren mit Quecksilber oder das Billiter-Verfahren, ein Diaphragma-Verfahren. Die Billiter-Elektrolyse war älter und anfälliger bei Betriebsstörungen. Es reagierte unter anderem empfindlich auf Schwankungen in der Stromzufuhr oder Betriebsstillständen. In Burghausen wurde die Anlage erst nach dem Zweiten Weltkrieg auf das modernere Amalgamzellen-Verfahren umgestellt (vgl. BArch R 8-VIII/17, Bericht der Besichtigung des Werkes Burghausen, 11. Februar 1942 und HUW 1 C 57, Elektrolyse Chlor-C, S. 2-6). Seit 2000 wird bei der Wacker Chemie in der Elektrolyse das umweltschonende quecksilberfreie Membranverfahren verwendet.
[140] Hinzu kam lediglich noch die Carbid- und Beagid-Erzeugung in Lechbruck (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1921, S. 16).
[141] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 12-13.

1.4 Die Nachfolge im Familienunternehmen

Offensichtlich war es für den Familienvater und Unternehmer von besonderer Wichtigkeit die Führung des Konzerns auch nach seinem Tod in den Händen der Familie zu wissen. Wacker selbst hatte sich nach Kriegsende zunehmend aus dem operativen Geschäft zurückgezogen und baute stattdessen auf einen kleinen Kreis altgedienter Führungskräfte, denen er die Geschäftsführung anvertraute. An ihrer Spitze stand der technische Geschäftsführer Johannes Hess. Zwar zeigte Wacker in seiner letzten Lebensphase wenig persönliche Präsenz, doch ließ er sich regelmäßig Bericht erstatten und gestaltete die Unternehmensentscheidungen weiterhin nach seinen Vorstellungen. Auch die Nachfolgeregelungen tragen deutlich seine Handschrift.[142] Über das Privatleben von Alexander Wacker ist wenig bekannt. Er hatte am 31. Oktober 1879 die zehn Jahre jüngere Tochter des Leipziger Verlegers Franz Reinhard Wagner, Caroline Elisabeth (1856-1938), geheiratet, mit der er sechs Kinder aufzog:[143]

Wacker bereitete zunächst seinen ältesten, am 18. Juli 1882 in Leipzig geborenen Sohn, (Franz) Alexander Wacker, auf die Nachfolge im Unternehmen vor.[144] Alexander hatte Chemie und Geographie in Straßburg und Göttingen studiert, bevor er ein umfassendes Traineeprogramm im ELH-Konzern des Vaters absolvierte, bei dem er praktisch an allen Standorten des väterlichen Unternehmens einige Zeit verbrachte. Dabei übernahm er beispielsweise Verantwortung beim geplanten Ausbau der Carbidfabrik Lechbruck. Im Jahr 1910 erfolgte seine Ernennung zum Verwaltungsratsmitglied der Lonza AG. Sein Erbe antreten konnte er jedoch nicht, denn Alexander verstarb bereits am 3. Januar 1914.[145]

Nach dem Tod des Stammhalters war die am 3. August 1884 in Nürnberg geborene Tochter Marie (Ottilie Wilhelmine) das älteste Kind der Eheleute Wacker. Ihr Ehemann Carl Eberth (1877-1952), der bei der Hochzeit im April 1904 noch Leutnant des 8. königlich-bayerischen Feldartillerieregiments gewesen war, machte Karriere im Generalstab der bayerischen Armee und übernahm so als Mittelsmann und Schnittstelle zum bayerischen Militär eine wichtige Funktion im Unternehmen. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde er zum Hauptmann

[142] Im Laufe seines Lebens wurden Alexander Wacker zahlreiche Ehrungen zuteil, darunter auch die Verleihung des bayerischen Ritterkreuzes am 8. Juli 1918; mit dem königlichen Verdienstkreuz war das persönliche Adelsprivileg verbunden, der Geheime Kommerzienrat nannte sich nun Dr. Alexander Ritter von Wacker.
[143] Die älteste, 1881 geborene Tochter Wackers erreichte das Erwachsenenalter nicht, sie verstarb mit knapp fünf Jahren (vgl. HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum). Zur Ehe Wackers auch Hölz, Gründerzeit und Jugendstil, S. 58.
[144] Vgl. Smolka, Wacker, S. 241.
[145] Vgl. HUW 1 E 52, Lieferung Schaab, handschriftliche Notizen und Zeichnungen, ohne Datum.

befördert, während des Krieges erhielt er sein Majors-Patent. Von 1920 bis 1922 fungierte er als Chef des Stabes des Wehrkreis-Kommandos VII. Im Jahr 1934 wechselte er die Waffengattung und bekam am Ende seiner Zeit als Befehlshaber im Münchner Luftkreis V den Rang eines Generals der Flieger verliehen. Die letzte Beförderung wurde ihm während seiner Zeit in der Führerreserve des Oberkommandos des Heeres (OKH) Ende 1942/Anfang 1943 zuteil, als man ihn zum General der Artillerie ernannte.[146] Auch Marie Eberth, die firmenintern den Beinamen „die Generalin" erhielt, engagierte sich als Ehrenmitglied und Ehrenvorsitzende des Aufsichtsrates aktiv im Unternehmen. Die mehrfache Mutter verstarb am 25. Dezember 1971.[147]

Der zweite Sohn des Firmengründers (Otto) Franz Wacker wurde am 30. Januar 1886 geboren. Nachdem er das dem Vater zuliebe begonnene Maschinenbau-Studium abgebrochen hatte, wechselte er die Studienrichtung und studierte Biologie. Er spezialisierte sich dabei auf die Bereiche Zoologie und Botanik. Eine Karriere oder Führungsposition im Wacker-Konzern, für den er zeit seines Lebens nie gearbeitet hatte, strebte er nicht an. Im Jahre 1912 heiratete er Ida Keller, mit der er drei Kinder bekam. Franz Wacker wurde bereits im Ersten Weltkrieg schwer verletzt und verstarb 1945 „beim Vormarsch der Russen".[148]

Der dritte Sohn (Richard Sigmund) Otto Wacker, geboren am 27. Oktober 1887, absolvierte ein Studium der Volkswirtschaft und des Handelsrechtes in Straßburg und Bern. Anschließend sammelte er erste Berufserfahrung als Volontär bei der Elektrobosna in Wien, zudem beteiligte er sich am Aufbau des Burghausener Werkes. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schloss er die Handelshochschule in München ab und leitete ab 1922 die Personalabteilung der Münchner Hauptverwaltung. Aus seiner ersten Ehe mit Mathilde Radó entsprangen drei Kinder, aus seiner zweiten Verbindung mit Gerda Hellwege ein weiterer Sohn. Seine dritte Ehe blieb kinderlos. Zwei seiner Söhne, Karl-Heinz Wacker und Horst Günther Wacker, der Vater des heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden Peter-Alexander Wacker, übernahmen wichtige Führungspositionen im Unternehmen und der Familiengesellschaft. Otto wurde keine sechzig Jahre alt und verstarb am 28. Juni 1939.

Der jüngste Sohn (Hermann Otto) Wolfgang wurde am 7. Dezember 1891 geboren. Er studierte Physik, Mathematik, Chemie und Philosophie in Straßburg, München und Wien, bevor er das Studium durch den Militärdienst im Ersten Weltkrieg unterbrechen musste. Das

[146] Vgl. Hildebrand, Generale, S. 228-229.
[147] Vgl. Datenchronik der Wacker-Chemie, Eintrag vom 25. Dezember 1971.
[148] HUW 1 E 52, Lieferung Schaab, handschriftliche Notizen und Zeichnungen, ohne Datum.

Chemiestudium beendete er schließlich in Heidelberg. Nach seiner Promotion arbeitete er als Betriebschemiker bei der Wacker-Chemie in Burghausen. Im Jahr 1930 erhielt er Prokura.[149] Aus seiner ersten Ehe mit Eleonore Müller gingen zwei Kinder hervor, die zweite Ehe mit Johanna Reiter blieb kinderlos. Dr. Wolfgang Wacker, der unter anderem im Aufsichtsrat der Hoechst AG saß, verstarb am 23. März 1982.[150]

Von den drei noch lebenden Söhnen waren nach Kriegsende also nur zwei im Unternehmen des Vaters tätig oder hatten zu dessen Lebzeiten bereits Karrieren eingeschlagen, die auf eine spätere Mitarbeit im Konzern schließen ließen. Dem Ziel Wackers entsprechend, den Fortbestand des Unternehmens langfristig zu sichern und dabei den Einfluss der Familie nachhaltig zu stärken, entschloss sich der Firmengründer dazu, die Interessen der Familie künftig nicht mehr durch die jeweiligen Einzelpersonen selbst, sondern durch eine eigens für diesen Zweck gegründete Familiengesellschaft vertreten zu lassen. Am geeignetsten erschien ihm hierfür eine juristische Person, die in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung die Familie in ihrer Gesamtheit repräsentieren und dennoch die Interessen aller einzelnen Familienmitglieder berücksichtigen sollte. Den juristischen Rahmen bildete ein Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 1920. Als Gesellschafter und Gründer der neuen Dr. Alexander Wacker Familiengesellschaft GmbH waren darin Dr. Alexander von Wacker, seine Ehefrau Elisabeth von Wacker und ihre noch lebenden Kinder Franz Wacker, Otto Wacker, Wolfgang Wacker und Marie Eberth, geborene Wacker, vorgesehen.[151] Sitz der Gesellschaft, die über ein Stammkapital von vier Millionen Mark verfügte, war München. Gesetzlich vorgeschriebene Organe einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) waren damals bereits die Bestellung eines oder mehrerer Geschäftsführer sowie die Einberufung regelmäßiger Gesellschafterversammlungen als Abstimmungsgremium. Wie im Gesellschaftsvertrag geregelt sollte die Berufung oder Entlassung der bzw. des Geschäftsführer(s) durch Dr. Alexander von Wacker erfolgen, nach seinem Tod würde diese Aufgabe seiner Witwe zufallen. Zunächst bestimmte sich Dr. Alexander von Wacker jedoch selbst zum ersten (Gesellschafts-)Geschäftsführer der Familiengesellschaft. Zugleich führte er den Vorsitz in den Gesellschafterversammlungen.[152]

Die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie Kommanditgesellschaft schuldete ihrem Firmengründer zu diesem Zeitpunkt eine

[149] Vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, S. 82.
[150] Vgl. HUW 1 E 52, Lieferung Schaab, handschriftliche Notizen und Zeichnungen, ohne Datum.
[151] Vgl. HUW 1 B 10, Kopie des Gesellschaftsvertrages vom 10. Dezember 1920, S. 2-3.
[152] Vgl. ebd., S. 6 und 9.

Darlehenssumme in Höhe von mehr als elf Millionen Mark. Von diesen Forderungen brachte er selbst 2,8 Millionen Mark in die Familiengesellschaft ein. Seine Stammkapitaleinlage überstieg damit die der anderen Gesellschafter um ein Vielfaches. Aus der Darlehenssumme trat er zudem 300.000 Mark an seine Ehefrau und jeweils 225.000 Mark an Franz, Otto, Wolfgang und Marie ab, die diese Summe als ihren Anteil am Stammkapital in die Familiengesellschaft einbrachten. Als Unternehmensgegenstand wurde „die Beteiligung an elektrochemischen Unternehmungen“ sowie der „Erwerb und die Verwaltung von Aktien und anderen Vermögensgegenständen, insbesondere aus Familienbesitz“ festgelegt.[153] Beschlüsse der mindestens einmal jährlich tagenden Gesellschafterversammlung benötigten Stimmenmehrheit, wobei jeweils 1.000 Mark Einlage eine Stimme ergab. Somit war klar, dass Dr. Alexander von Wacker prinzipiell nicht von den anderen Familienmitgliedern überstimmt werden und gegen seinen Willen keine Entscheidung gefällt werden konnte. Auch der erzielte Gewinn wurde entsprechend der Stimmverhältnisse auf die Gesellschafter verteilt.[154] Zusätzliche Vereinbarungen erschwerten den Verkauf oder die Verpfändung von Gesellschaftsanteilen (Paragraph 8 des Gesellschaftervertrages). Diese Transaktionen waren nur mit Zustimmung aller Gesellschafter möglich. Die Aufteilung von Gesellschaftsteilen unter den Erben eines Verstorbenen war jedoch erlaubt. Eine Änderung des Gesellschaftsvertrages oder gar die Auflösung der Familiengesellschaft erforderten gleich zwei Voraussetzungen: Zum einen musste bei der Abstimmung mindestens Dreiviertel des Stammkapitals vertreten sein, zum anderen bedurfte der Beschluss selbst einer Dreiviertel-Mehrheit.[155]

Nachdem er am 2. April 1922 einen Schlaganfall erlitten hatte, verstarb der Firmengründer nur wenige Tage später, am 6. April 1922, im Alter von 75 Jahren in seiner Villa in Schachen.[156] Daraufhin hätte die Witwe Elisabeth von Wacker die Geschäftsführung der Familiengesellschaft, die nach dem Tod von Dr. Alexander von Wacker in Wacker Erben GmbH umbenannt worden war, übernehmen können. Zudem fiel ihr laut Gesellschaftsvertrag wie bereits erwähnt das Recht zu, die Geschäftsführer zu bestimmen oder selbst diese Funktion auszufüllen. Offensichtlich nutzte sie diese Optionen jedoch nicht. So stimmte an ihrer Stelle ihr Sohn Wolfgang im Namen der Familiengesellschaft der Bilanz für das Geschäftsjahr 1921 zu.[157] Wolfgang war es auch, der gemeinsam mit seinem Bruder Otto in

[153] Ebd., S. 3.
[154] Vgl. ebd., S. 9.
[155] Vgl. ebd., S. 11.
[156] Vgl. HUW 1 C 25, Nachruf anlässlich des Todes des Herrn Dr. Alexander v. Wacker, ohne Datum.
[157] Vgl. HUW 7 B 1, Erklärung der Gesellschafter, 10. und 15. August 1922.

den Folgejahren die Wacker Erben GmbH als Gesellschafter der Wacker-Chemie vertrat. Mit dem Tod Ottos im Jahr 1939 wurde Wolfgang Wacker zum alleinigen Geschäftsführer der Familiengesellschaft, die er bis 1961 leitete.[158]

2. Standorte und Beteiligungen

In den ersten Betriebsjahren erweiterte sich der Kreis der zur Wacker-Chemie gehörenden Betriebsstätten und Verkaufsstellen stetig (vgl. Tabelle 4). Im Jahr 1929 bestand der Konzern schließlich aus dem Stammwerk in Burghausen, dem Carbidwerk in Lechbruck, dem Mückenberger Ferrowerk, dem Röthenbacher Acetylenwerk, den elektrochemischen Werken Tschechnitz in der Nähe von Breslau, dem Salzbergwerk Stetten sowie vier Verkaufsstellen für den deutschlandweiten Vertrieb der chemischen Produkte.[159]

Bei ihrer Unternehmensexpansion bediente sich die Wacker-Chemie verschiedener Strategien: Im Falle Lechbrucks wurde eine bereits bestehende Betriebsstätte aus dem Besitz der ELH-Gruppe direkt in die 1914 neu gegründete Gesellschaft übernommen, das Ferrolegierungswerk in Mückenberg hingegen wurde 1926 gekauft und anschließend modernisiert. Zudem investierte die Wacker-Chemie zwischen 1915 und 1938 große Summen in die Errichtung vollkommen neuer Produktionsstätten. Eine weitere Methode war die mittel- oder langfristige Pachtung von Betrieben wie sie etwa im Fall von Tschechnitz oder Stetten praktiziert wurde. Das Werk in Burghausen sowie das Alzwerk, das der Stromversorgung des Stammwerkes diente, wurden noch vor Beginn des Ersten Weltkrieges durch den ELH-Konzern geplant und projektiert. Sie wurden zusammen mit dem Betrieb in Tschechnitz während des Ersten Weltkriegs erbaut und bildeten somit den ältesten Kern der Wacker-Chemie (vgl. Tabelle 4).

Die einzelnen Standorte unterschieden sich nicht nur hinsichtlich des Grades ihrer Bindung an den Gesamtkonzern, sondern auch bei ihrer Energieversorgung. Während die süddeutschen Standorte in Burghausen und Lechbruck mit Hilfe von Wasserkraft betrieben wurden, stützten sich das schlesische Werk in Tschechnitz[160] und das Mückenberger Werk in der Niederlausitz auf Kohle aus den nahegelegenen Kohlerevieren. Da es sich bei der Produktion elektrochemischer Erzeugnisse in der Regel um sehr energieintensive Herstellungsverfahren

[158] Vgl. hierzu die Protokolle der Gesellschafterversammlungen von 1921 bis 1945 unter HUW 7 B 1 und HUW 7 B 2.
[159] Vgl. Hess, Dr. Alexander Wacker Gesellschaft, S. 359-367.
[160] Tschechnitz wurde zwischen 1936 und 1945 deutsch Kraftborn genannt.

handelte, hatte die jeweilige Energieversorgung einen großen Einfluss auf das Produktionsprogramm und die weitere Entwicklung des Standortes. Verfügbare Energiemenge und Energiepreis wurden zu den entscheidenden Faktoren für die Inbetriebnahme oder Stilllegung eines Produktionszweiges bzw. Betriebsteiles. Entsprechend dem jeweiligen Tätigkeitsfeld variierten auch die Größe und Mitarbeiterzahl der Standorte. Dabei dienten die kleineren Betriebsstätten und Beteiligungen vor allem der Bereitstellung von Rohstoffen und Energie oder der Verkaufsorganisation.

Standort	Konzern-zugehörigkeit seit	Art	Besitzer bzw. Vorbesitzer	Produktions-schwerpunkt
Burghausen	1915	Neugründung	-	Gesamte Produktpalette
Alzwerk	1918	Neugründung	-	Energie-erzeugung
Stetten	1924	Pacht	- Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Preussag)	Steinsalz für Chlorlektrolyse
Lechbruck	1903	Pacht	ELH (Elektrobosna), dann Alexander Wacker	Carbid / Beagid
Kempten	1933	Kauf	Gruppe sächsischer Kaufleute	Siliciumcarbid
Röthenbach	1929	Neugründung	-	Acetylen
Ferrowerk Mückenberg	1926	Kauf	- Beersond	Legierungen, Carbid & Beagid, Chlorkohlenwasserstoffe
Chemowerk Mückenberg	1938	Neugründung	-	Carbid, Acetaldehyd & Derivate, Sprit, Lösungsmittel
Tschechnitz	1917	Neugründung Pacht Kauf	Elektrochemische Werke Breslau, Besitz Wacker Erben Kauf durch die Wacker-Chemie	Carbid & Beagid, Legierungen, Versuchsbetrieb

Tabelle 4: Standortübersicht der Wacker-Chemie (1916-1945)

Burghausen blieb während des gesamten Untersuchungszeitraumes der größte Standort des Wacker-Konzerns. Ihm folgte Mückenberg mit dem 1926 von der Wacker-Chemie erworbenen Ferrowerk bzw. dem ab 1938 neu errichteten Chemowerk. Platz drei belegte das Elektroschmelzwerk Kempten, das zwar eigenständig firmierte, aber durch die Übernahme fast aller Geschäftsanteile ebenfalls in den Händen der Wacker-Chemie lag.[161] Auch dieser

[161] Zum Erwerb des Ferrowerkes siehe Kapitel C.1; zum Kauf des Elektroschmelzwerkes Kempten siehe Kapitel B.2.3.

Standort, der sich im Laufe der Zeit auf die Produktion von Ferrolegierungen konzentrierte, wies zumeist eine Mitarbeiterzahl im dreistelligen Bereich auf (vgl. Tabelle 5).

Standort	31.12.1925	31.12.1930	31.12.1935	31.12.1940[162]
Röthenbach	-	6	8	19
Burghausen	994	1.184	1.733	2.423
Stetten	40	52	49	48
Tschechnitz	156	56	113	191
Alzwerk	27	37	64	37
Mückenberg	-	237	565	1.535
Kempten	-	-	138	303
Gesamt	1.217	1.572	2.670	4.556

Tabelle 5: Belegschaftszahlen nach Standorten 1925-1940

2.1 Carbidwerk Lechbruck

Das kleine am Lech gelegene Carbidwerk Lechbruck gehörte zur Elektrobosna und zählte so zum Kreis derjenigen Firmen und Werke, die sich bereits beim Austritt Alexander Wackers aus der EAG als ELH-Gruppe zusammengeschlossen hatten. Mit der Gründung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie übernahm die neue Gesellschaft den Pachtvertrag für Lechbruck und führte den Betrieb in ihrem Namen, jedoch ohne die internationalen Partner der ELH-Gruppe fort.

Die Wurzeln dieser nördlich von Füssen gelegenen industriellen Ansiedlung gehen auf den Floß- und Holzhandel zurück, zu dem sich ab 1830 der holzverarbeitende Betrieb der Familie Keller gesellte. Knapp 60 Jahre später wurde die Wasserkraft des Lechs an der gleichen Stelle zur Erzeugung von Holzstoff für die Papierherstellung genutzt. Kurz vor der Jahrhundertwende, im Jahr 1898, erschien dem Besitzer, Jakob Knappich,[163] die Umstellung der Anlagen auf die Herstellung von Carbid vielversprechend, so dass er den Betrieb dementsprechend umbauen ließ. Nach dreijähriger Umbauphase nahm die Carbidfabrik in Lechbruck schließlich 1901 ihren Betrieb auf. Das Werk, das als Aktiengesellschaft Carbidwerk Lechbruck firmierte, war die dritte Carbidfabrik in Deutschland.[164] Bereits zwei

[162] Ohne Berücksichtigung der zur Wehrmacht einberufenen Gefolgschaftsmitglieder.

[163] Jakob Knappich, Mitgründer und Besitzer der Augsburger Maschinenfabrik Keller & Knappich, engagierte sich für die Verwendung von Acetylen zu Beleuchtungszwecken und errichtete große Beleuchtungsanlagen, wie etwa die Acetylen-Ortszentrale für Haßfurt am Main 1900. Im Jahr 1897 war Knappich Mitbegründer des Calciumcarbid –und Acetylengasvereins, der sich im Folgejahr mit dem Verein für Acetylen und Carbid zum Deutschen Acetylenverein zusammenschloss (vgl. Seherr-Thoß, Knappich, S. 157-158).

[164] Während von Seher-Thoß die Carbidfabrik Lechbruck als dritte ihrer Art in Deutschland bezeichnet, war sie laut der firmeninternen Chronik Fahnlers die erste Carbidfabrik Deutschlands (vgl. HUW 1 A 25, Fahnler, Elektrobosna, S. 33 und Seherr-Thoß, Knappich, S. 157).

Jahre später wurde das kleine Werk an die ELH-Gruppe Wackers verpachtet, die zur selben Zeit auf der Suche nach geeigneten Standorten für die Errichtung elektrochemischer Industrieanlagen in Süddeutschland war. Da die Carbidfabrik Lechbruck zunächst der Bosnischen Electricitäts-A.G. zugeordnet war,[165] erwarb Alexander von Wacker selbst Aktienanteile an der Aktiengesellschaft und brachte diese wiederum 1921 in den mit Hoechst geschlossenen Gesellschaftervertrages ein.[166]

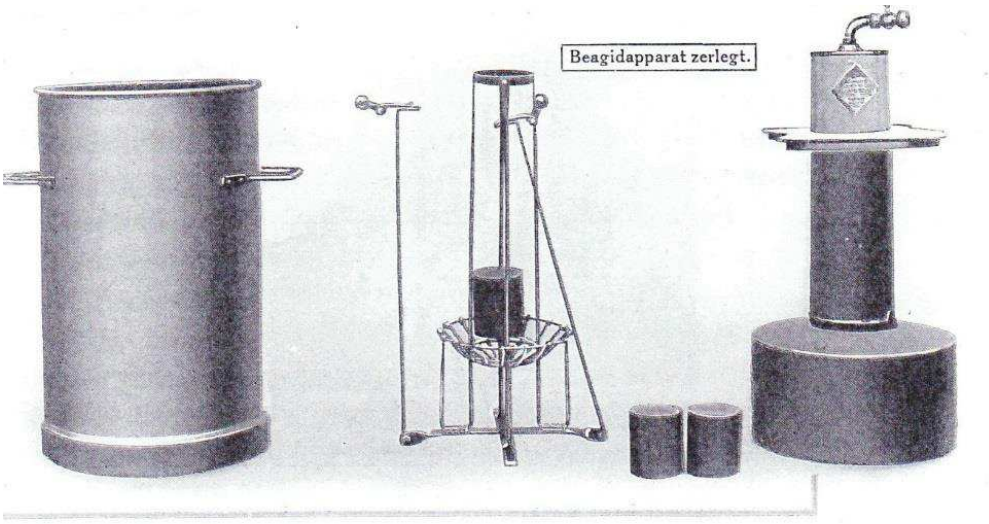
Das direkt am Lech gelegene Lechbruck schien für die Errichtung eines neuen elektrochemischen Werkes geradezu prädestiniert zu sein. Die weiteren Planungen übernahmen Franz Alexander Wacker und Johannes Hess, der in der Projektierungsphase zwischen 1903 und 1908 zugleich Leiter der Fabrik war. Voraussetzung für den Baubeginn war die Einholung einer Erlaubnis zur Nutzung der Wasserkräfte. Diese wurde bei der bayerischen Regierung beantragt, die im Falle ihrer Zustimmung Konzessionen an die Antragsteller ausgab. Die von Alexander Wacker ab 1907 für den Standort Lechbruck gemachten Eingaben blieben jedoch erfolglos. Die Zustimmung zum Bau eines Kraftwerkes am Lech wurde ihm trotz mehrerer Anfragen nicht erteilt. Nichtsdestotrotz hatte die bayerische Regierung sowohl ein reges Interesse an der Nutzbarmachung der bayerischen Wasserkräfte als auch an der Ansiedlung von Industrieanlagen, so dass man dem Unternehmer stattdessen eine Konzession zur Nutzung der Alz-Wasserkraft anbot. Wacker stimmte zu, womit sich das Projekt schließlich nach Burghausen verlagerte.[167]

Nach der Ablehnung der Lechkonzession verließ Johannes Hess Lechbruck und wechselte in das Baubüro an der Alz. Die Leitung der Lechbrucker Fabrik fiel daraufhin an Gustav Hirzel zurück, der dem Betrieb bereits ab 1899 vorgestanden hatte.[168] Das Werk produzierte für die Wacker-Chemie in der Folgezeit primär das Kernprodukt Carbid. Dabei arbeitete der Betrieb bis zur Errichtung eines modernen Dreiphasenofens im Jahr 1918 mit vier MAN-Zwillings-Francis-Turbinen und acht Öfen, die bei guten Wasserverhältnissen eine Leistung von 7.000 Kilogramm Carbid täglich erzeugten.[169]

[165] Vgl. HUW 2 A 12, Prospekt der Bosnischen Elektricitäts-Aktiengesellschaft, ohne Datum.
[166] Vgl. Scan des Vertrages Wacker-Hoechst vom 18. Januar 1921, Paragraph 6.
[167] Vgl. Wacker-Chemie, Werk und Wirken 1 (1998), S. 36; Wacker-Werkzeitung 5 (1962), S. 2; Wacker-Werkzeitung 6 (1950), S. 1 und Flößermuseum Lechbruck, Industriestandort, ohne Seitenangaben.
[168] Gustav Hirzel wurde am 7. Februar 1872 geboren. Er leitete laut mündlicher Auskunft des Firmenarchives den Lechbrucker Betrieb von 1899 bis 1903, sowie von 1908 bis 1937.
[169] HUW 1 B 1, Voege-Chronik, S. 257.

Neben Carbid gehörte zur Produktpalette Lechbrucks auch geformtes und präpariertes Carbid, sogenanntes Presscarbid oder Beagid[170]. Mit Bindemitteln wie Zucker und Schwefel bearbeitet, in Zylinderform gepresst und anschließend in Patronen verpackt diente es als Betriebsstoff für Beagid-Apparate. In diesen, ebenfalls von der Wacker-Chemie hergestellten Geräten reagierte das Beagid bei Wasserkontakt und erzeugte Acetylengas, das zu Beleuchtungszwecken oder beim innovativen Autogen-Schweißen Verwendung fand. Passend zu beiden Anwendungsgebieten stellte die Wacker-Chemie in Lechbruck sowohl Entwickler für Schweiß- als auch für Beleuchtungszwecke her (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Beagid-Entwickler, gefertigt in Lechbruck, in der Mitte die zylinderförmigen Beagid-Patronen



Durch intensive Werbemaßnahmen etablierte sich das bis dahin relativ unbekannte Beagid als Konkurrenzprodukt für das weitverbreitete Petroleum, das im Gegensatz zum Beagid jedoch wesentlich mehr Hitze entwickelte und durch seinen unangenehmen Geruch auffiel. Die Lechbrucker Fachkräfte übernahmen in der Folgezeit auch die Installation der Entwickler-Anlagen, die als besonders einfach zu bedienen, sicher und günstig in der Anschaffung galten.[171] Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges stieg sowohl die Carbid- als auch die Beagid-Produktion kontinuierlich an (vgl. Tabelle 6). Ab Mitte der 1920er Jahre waren die Absatzmengen jedoch wieder rückläufig. Dabei dürfte sich die geringere Nachfrage vor allem auf das Beagid für Beleuchtungszwecke bezogen haben, da sich Beagid auf diesem Gebiet

[170] Die Bezeichnung setzte sich aus den Anfangsbuchstaben der ursprünglichen Herstellerfirma Bosnische Elektrizitäts-AG und dem „id“ von „Carbid“ zusammen. Zur Geschichte des Beagid bei der Wacker-Chemie vgl. die Unterlagen aus den Jahren 1937-1964 zur Erstellung einer firmeninternen Beagidchronik unter HUW 2 A 4.

[171] Vgl. HUW 2 A 12, Prospekt der Bosnischen Elektricitäts-Aktiengesellschaft, ohne Datum, S. 3-5.

nicht durchsetzen konnte und schließlich nur noch in wenigen Bereichen, wie etwa im Bergbau, Verwendung fand.

Jahr	Carbid	Beagid	Apparateverkauf (Stück)
1919	1.951	581	931
1920	2.050	731	1.276
1921	2.223	1.198	2.063
1922	2.557	1.819	1.763
1923	2.451	1.598	999

Tabelle 6: Produktion Lechbruck in Tonnen, zusammengestellt aus den Technischen Berichten

Den Stand von 1922 erreichten die Lechbrucker Produktionszahlen erst wieder 1928, als sie mit einer Produktionsmenge von 2.682 Tonnen zugleich ihren Höchststand erreichten.[172] Während die Nachfrage nach Entwicklern für Beleuchtungszwecke in den 1920er Jahren trotz der verhältnismäßig geringen Brennkosten von Anfang an rückläufig war, stieg der Bedarf an autogenen Schweißgeräten und mit ihm der Bau und Vertrieb von Wacker-Beagid-Entwicklern kontinuierlich an (vgl. Tabelle 7). Einzige Ausnahme stellt das Jahr 1926 dar.

Jahr	Entwickler für Beleuchtungszwecke	Entwickler für Schweißzwecke
1925	294	1.166
1926	238	987
1927	200	2.649
1928	145	2.880
1929	121	2.804

Tabelle 7: Apparate-Verkauf 1925-1929

Im Krisenjahr 1931 wurde der Carbid-Betrieb in Lechbruck zunächst eingestellt. Nachdem Ende Juli 1931 zudem der Pachtvertrag ausgelaufen war, gab die Wacker-Chemie den Standort Lechbruck schließlich ganz auf. Im Geschäftsjahr 1932 verlagerte der Konzern schließlich auch den letzten Produktionsbereich, die Fertigung von Beagid-Apparaten, nach Burghausen. Dorthin hatte inzwischen auch ein Großteil der Lechbrucker Belegschaft gewechselt. Neuer Besitzer der Lechbrucker Carbidfabrik wurden die Allgäuer Überlandwerke Kempten. Sie modernisierten die Anlage und bauten sie zu einem Wasserkraftwerk um. Das ehemalige Carbidwerk Lechbruck diente fortan der regionalen

[172] Zur Höhe der Beagid-Fertigung in Lechbruck können ab 1924 keine konkreten Angaben mehr gemacht werden, da dieses Produkt ab Mitte der 1920er Jahre nicht mehr ausschließlich in Lechbruck, sondern an insgesamt drei Standorten der Wacker-Chemie hergestellt wurde. Die Unternehmensstatistik nennt jedoch nur die Gesamtmenge des erzeugten Beagids und differenziert nicht nach Standorten, was eine Zuteilung auf die jeweiligen Fertigungsorte unmöglich macht (vgl. die Technischen Berichte der Wacker-Chemie unter HUW 27 A 8).

Stromversorgung.[173] Das Beagid- und Apparategeschäft der Wacker-Chemie entwickelte sich auch in der Folgezeit ausgesprochen positiv weiter, so meldete die Beagid-Abteilung bereits 1937 den Verkauf des 50.0000 Wacker-Beagidentwicklers und den Absatz von insgesamt 61.000 Tonnen Beagid seit Beginn der Verkaufsstatistik im Jahre 1907.[174]

2.2 Alzkanal und Alzwerke GmbH

Die bayerische Regierung plante zur Nutzbarmachung der Wasserkräfte und der Ansiedlung neuer Industrieanlagen den Bau zweier Stufen am Unterlauf der Alz. Neben Alexander Wacker interessierten sich auch die Bayerischen Stickstoffwerke für dieses Vorhaben.[175] Gemeinsam führten beide Unternehmen im Juni 1911 eine Begehung des Abschnittes durch. Nachdem für das Projekt in Burgkirchen an der Alz ein Baubüro eingerichtet worden war, reichte Wacker am 11. November 1912 ein Konzessionsgesuch bei der Regierung ein, das im darauffolgenden Jahr genehmigt wurde.[176] Die Konzessionsurkunde datierte auf den 26. Juli 1913. Den Ausbau der ersten Stufe bei Burghausen mit rund 25.000 PS übernahm zunächst das Wasserbaubüro der Elektrobosna, ab 21. November 1918 dann die neu gegründete Alzwerke GmbH unter der Leitung von Johannes Hess.[177] Die Nutzbarmachung der zweiten Stufe Margarethenberg mit etwa 18.000 PS sollte von den Bayerischen Stickstoffwerken durchgeführt werden.[178] Bei einem mittleren Nutzgefälle von 61,5 Metern ergab sich für die Stufe der Wacker-Chemie eine Nutzleistung von 40.000 PS. Dies bedeutete, die Wacker-Chemie konnte in einem Jahr mit durchschnittlicher Wasserführung eine Leistung von 28.000 PS oder rund 170 Millionen Kilowattstunden aus den Alzwerken erwarten.[179] Im Jahr 1914 erwarb das Unternehmen die benötigten Grundstücke – ein komplexer Vorgang, denn abgesehen von den auf staatlichem Grund gelegenen Flächen mussten hierfür von weiteren 78 Besitzern, verteilt auf acht Gemeinden, Grundstücke abgekauft werden. Die Kosten beliefen sich dabei auf rund einer halben Million Mark.[180]

---

[173] Vgl. HUW 38 E 31, Aktenvermerk Alzwerke, ohne Datum; Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 34 und Wacker-Werkzeitung 6 (1950), S. 1.
[174] Vgl. HUW 2 A 4, Beagid-Abteilung an Direktorium, 31. Dezember 1937 mit einer Aufstellung aller Apparate- und Beagidverkäufe seit dem Jahr 1907.
[175] Am Oberlauf der Alz waren mit Trostberg und Schalchen bereits zwei Kraftwerke entstanden (vgl. Grypa, Alzwerke).
[176] Vgl. HUW 1 E 7, Kurze Chronik der Wackerchemie aus dem Nachlass von Richard Behles, ohne Datum.
[177] Vgl. HUW 38 E 4, Chronik des Wasserbaubüros München der Elektrobosna in Wien, 26. Januar 1917.
[178] Vgl. HUW 1 C 26, Niederschrift über die Prüfung der Abrechnung der Farbwerke Höchst am 17. und 20. Januar 1922.
[179] Vgl. HUW 1 D 15, Sonderdruck aus der Geschichte der bayerischen Industrie – Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH München aus dem Jahr 1927, S. 2.
[180] Vgl. HUW 37 E 37, Besprechung in Wien über Alz-Angelegenheiten, 23. Mai 1914.

Die Stromversorgung des Burghausener Stammwerkes erfolgte zu dieser Zeit noch über zwei eigene Dampfturbinen, die dem tatsächlichen Bedarf jedoch nicht im Entferntesten gerecht werden konnten. Da das Alzkraftwerk nicht wie ursprünglich geplant gleichzeitig mit den Industrieanlagen fertiggestellt wurde, erhielt die Wacker-Chemie zur Inbetriebnahme ihrer Produktion ab Oktober 1917 zusätzliche Stromlieferungen aus dem Saalachwerk (bei Bad Reichenhall). Diese Lieferungen gaben schließlich auch den Anlass für die Installation der ersten Hochspannungsleitung in Bayern, die zwischen Bad Reichenhall und Burghausen verlief.[181] Eine zweite Leitung, die Burghausen mit dem zwischen Hallein und Fuschl gelegenen Hochdruckspeicherwerk Wiestal der Stadt Salzburg verband, stellte die Energieversorgung des Burghausener Stammwerkes schließlich sicher.[182]

Obwohl das Projekt Unterstützung durch das bayerische Kriegsministerium erfuhr und auf der Baustelle des Alzkanals zeitweise bis zu 3.000 Personen arbeiteten, verzögerte sich die Fertigstellung kriegsbedingt enorm. Zum Hauptproblem war die schlechte Versorgung mit Baumaterial geworden. Die Bereitstellung von Zement, Eisen und Kohle, die vom Kriegsministerium in München freigegeben werden mussten, aber auch die Versorgung mit Arbeitskräften, die ebenfalls nur mit Unterstützung der bayerischen Ministerialbürokratie zugeteilt wurden, erwies sich als äußerst schwierig. Um dem Arbeitermangel entgegenzuwirken, wurden beim Bau des Kanals daher auch Kriegsgefangene eingesetzt.[183] Zeitgleich fanden Verhandlungen mit dem Reichsschatzamt über eine mögliche Reichsbeteiligung an den Alzwerken statt. Auch das bayerische Kriegsministerium zeigte sich interessiert und stellte dem Konzern seine Unterstützung in Aussicht.[184] Der Geschäftsführer der Wacker-Chemie Hess schlug den Vertretern des bayerischen Kriegsministeriums daraufhin „eine Kombination mit Elektrowerken und Reichswerken und Einbeziehung in das Stickstoff-Programm“ vor.[185] Als Ende November 1918 schließlich eine Einigung erzielt werden konnte, sah diese eine fünfzigprozentige staatliche Beteiligung an dem Wasserkraft-Projekt der Wacker-Chemie vor.[186] Bedingung des Vertragsabschlusses war jedoch die Aufnahme in den Gesellschaftsvertrag der Alzwerke GmbH. Der Staat trat nun als zweiter Gesellschafter neben die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie

[181] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 16.
[182] Vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 179.
[183] Vgl. HUW 6 E 18, Besprechungsniederschrift im Kriegsministerium München, 26. Juni 1918.
[184] „Führt Herr Oberst Bouhler aus, dass das Kriegsministerium das grösste Interesse an der Sache nähme und uns auch zur gegebenen Zeit nach Möglichkeit unterstützen würde.“ (HUW 6 E 18, Besprechungsniederschrift Kriegsministerium München, 26. Juni 1918).
[185] Ebd.
[186] Vgl. HUW 1 E 52, Lieferung Schaab, handschriftliche Notizen und Zeichnungen, ohne Datum.

Kommanditgesellschaft.[187] Die Baukosten des neuen Kraftwerkes wurden auf 30 Millionen Mark veranschlagt, wobei die vom Staat zu zahlende Summe auf die Hälfte dieser 30 Millionen begrenzt war.[188] Als Gegenleistung erhielt der Staat die Hälfte der erzeugten Strommenge. Das Stammkapital der Alzwerke GmbH betrug drei Millionen Mark. Der Vertrag räumte der Wacker-Chemie ferner das Recht ein, den Anteil des Staates an der Alzwerke GmbH 15 Jahre nach Beginn der Stromlieferungen zu übernehmen.[189]

Schnell zeichnete sich jedoch ab, dass sich das ganze Projekt aufgrund der steigenden Geldentwertung enorm verteuern würde. Die neuen Gesamtkosten beliefen sich auf 200 Millionen Mark.[190] Angesichts der enormen Preissteigerung war die Regierung nicht bereit, sich an diesen Mehrkosten zu beteiligen und berief sich auf die vertraglich festgelegte Obergrenze von 15 Millionen Mark, es sei denn, die Wacker-Chemie würde auf ihr Rückkaufrecht nach 15 Jahren verzichten. Die Situation war ein Dilemma für das Unternehmen: So war dieser Vorschlag einerseits inakzeptabel für die Wacker-Chemie, andererseits hatte sie die nötigen Finanzmittel nicht, um die Mehrkosten selbst zu tragen. Einziger probater Ausweg schien folglich ein Zusammenschluss der Wacker-Chemie mit den Farbwerken Hoechst zu sein, mit denen man schon seit geraumer Zeit in Verhandlungen stand.[191] Die Farbwerke stimmten zu und wurden Gesellschafter der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie. In einem Zusatzvertrag zum Gesellschaftervertrag erklärten sich die Farbwerke bereit, den Wacker-Anteil an der Überteuerung als „verlorenen Zuschuss“ (50 Millionen) und Darlehen (35 Millionen) zu übernehmen.[192] Damit eröffneten sich der Wacker-Chemie ganz neue Perspektiven: Nun mit ausreichend Finanzmittel ausgestattet bot die Wacker-Chemie der Regierung an, die gesamten Mehrkosten zu tragen, wenn ihr im Gegenzug ein weiteres Drittel des Stromes zugestanden werde. Unter diesen Umständen erklärte sich das Reichsschatzministerium, wenngleich unter Protest, bereit, die Hälfte der Zusatzkosten gegen die Hälfte des Stromes zu tragen. Die Inbetriebnahme des Alzkanals, der eine Gesamtlänge von 16 Kilometern hatte, erfolgte im September 1922. Drei Monate später nahm das Alzkraftwerk seine Arbeit auf. Die Leitung

[187] Vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 175; Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 13.
[188] Vgl. HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 107-108.
[189] Vgl. ebd., S. 108 und HUW 1 C 26, Niederschrift über die Prüfung der Abrechnung der Farbwerke Höchst am 17. und 20. Januar 1922.
[190] Vgl. HUW 1 C 26, Niederschrift über die Prüfung der Abrechnung der Farbwerke Höchst am 17. und 20. Januar 1922.
[191] Zu den Verhandlungen der Wacker-Chemie mit den Farbwerken Hoechst siehe Kapitel B.3.1.
[192] Vgl. HUW 1 A 1, Handschriftlicher Brief an Freiersleben, 7. November 1966; HUW 1 C 26, Niederschrift über die Prüfung der Abrechnung der Farbwerke Höchst am 17. und 20. Januar 1922.

der Alzwerke lag in den Händen der Direktoren Dietz und Riedel.[193] Der Firmengründer Alexander Wacker erlebte beide Ereignisse nicht mehr.[194] Zum 4. Juni 1923 ging der Anteil des Reiches am Alzprojekt an die Vereinigte Industrieunternehmungen AG Berlin (VIAG) über.

Für ihre Expansion benötigte die Wacker-Chemie stetig mehr Energie, so dass die Abgabe der Hälfte der Alzenergie an den Staat zum ernsthaften Problem für das Unternehmen wurde. Obgleich das Alzwerk den größten Teil der Stromversorgung abdeckte, war die Wacker-Chemie trotzdem von vergleichsweise kostspieligen Zusatzlieferung anderer Energieanbieter abhängig. Im Jahr 1926 zählten zum Kreis der Energielieferanten, die zusammen rund 173,4 Millionen kWh nach Burghausen lieferten, das Schwarzbachwerk[195] (Bad Reichenhall) mit einer Liefermenge von 3,3 Millionen kWh, das Wiestalwerk[196] (Hallein bei Salzburg) mit 15,1 Millionen kWh, das Saalachwerk (Bad Reichenhall) mit 19,2 Millionen kWh und natürlich die Alzwerke mit 135,7 Millionen kWh. Die Alzwerke deckten zu dieser Zeit also gut 78 Prozent des Burghausener Bedarfs ab. Wie unentbehrlich das Alzwerk inzwischen für die Wacker-Chemie geworden war, zeigte sich 1924, als ein Hangabrutsch zwischen Burgkirchen und Hohenwart einen Bruch des Kanals über eine Länge von 180 Metern verursachte. Der damit verbundene Stromausfall bot dem Unternehmen Anlass zu größter Sorge und verringerte die Produktionszahlen des gesamten Geschäftsjahres deutlich.[197]

Betriebsteil	**kWh**
Ferrosilicium	64,7
Carbid	48,6
Chlorelektrolyse	27,7
motorische Betriebe	14,4
Elektrokessel	9,3

Tabelle 8: Stromverbrauch Burghausen 1926 nach Betriebsteil

Wie aus Tabelle 8 ersichtlich wird, hatte sich bei der Wacker-Chemie bis zur Mitte der 1920er Jahre mit dem Bereich Ferrolegierungen (zunächst Ferrosilicium) ein weiteres

[193] Zu Dietz sind im Firmenarchiv keine Angaben überliefert. Richard Riedel wurde am 5. Januar 1880 geboren. Von 1919 bis zum 31. Dezember 1952 war er Geschäftsführer der Alzwerke GmbH München. Er verstarb am 25. Mai 1957 (vgl. HUW 7 C 56, Mikrofiche Riedel und Wacker-Werkzeitung 2 (1950), S. 1).

[194] Vgl. HUW 1 C 6, Beitrag zur Geschichte des Wackerwerkes Burghausen, Gruber-Chronik, S. 4; HUW 1 C 25, Kurzes Memorandum über die Entstehung und Entwicklung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, 10. Dezember 1948.

[195] Das Werk wurde erst 1926 in Betrieb genommen (vgl. Hofmann, Salz, S. 2, zitiert nach http://www.heimatkundeverein-reichenhall.de/downloads/hb/ hb_1990_sechs. pdf [zuletzt am 26. Mai 2018]).

[196] Granigg, Wasserkraftnutzung, S. 59.

[197] Vgl. HUW 1 C 6, Beitrag zur Geschichte des Wackerwerkes Burghausen, Gruber-Chronik, S. 6 und Technischer Bericht des Jahres 1924 unter HUW 27 A 8. Details und Bilder des Hangabrutsches darüber hinaus in Südbayerische Chemie 8 (1934), S. 5.

Betätigungsfeld etabliert, in das 1926 bereits ein Großteil der Energie floss, an zweiter Stelle stand nun die Carbid-Produktion. Angesichts der günstigen Wirtschaftslage sollten nun weitere Betriebsvergrößerungen folgen. Für den Ausbau benötigte der Konzern jedoch die gesamte Alz-Energie. Es folgten jahrelange Verhandlungen mit dem Staat, in denen es der Wacker-Chemie gelang, sukzessive weitere Anteile an der Alzwerke GmbH und den dort produzierten Strommengen zu erhalten. Mit drei Verträgen, datierend auf Juli 1934, Dezember 1936 und Januar 1937, wurde die Wacker-Chemie schließlich zur alleinigen Gesellschafterin der Alzwerke, was mit dem alleinigen Nutzungsrecht der Wasserkräfte einherging.[198]

2.3 Elektrochemische Werke Breslau GmbH

Nachdem es sich abzeichnete, dass die Bauarbeiten am Alzkraftwerk nicht rechtzeitig zur Inbetriebnahme des Burghausener Betriebes fertiggestellt sein würden, und dass das kleine Carbidwerk in Lechbruck den Bedarf des neuen Stammwerkes nicht würde decken können, begab sich Dr. Alexander von Wacker noch während des Ersten Weltkrieges auf die Suche nach einem weiteren Produktionsstandort für Carbid. Da der Faktor Energieversorgung erneut ausschlaggebend für die Standortwahl war, entschied sich der Unternehmer für das bei Breslau gelegenen Tschechnitz. Dort versprach die Nähe zu den oberschlesischen Kohlerevieren eine günstige und langfristig garantierte Energie- und Rohstoffversorgung.

Zur Planung und Errichtung des neuen Betriebs gründete die ELH-Gruppe 1916 die Elektrischen Chemischen Werke Breslau GmbH, die später in Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, Schlesien umbenannt wurden. Die Verantwortung übernahm Hermann Hiller. Ein günstiger Vertragsabschluss mit dem Elektrizitätswerk Schlesien, das am gleichen Standort ein Kraftwerk unterhielt,[199] garantierte den Bezug von rund 8.500 Kilowatt Strom. Obwohl die Bauphase in den Krieg fiel, und man auf einem noch unerschlossenen Gelände bauen musste, wurde das Werk binnen eines Jahres fertiggestellt. Die Carbid-Produktion, die auf einer Ofenkonstruktion der Elektrobosna beruhte, konnte am 9. Juli 1917 in Gang gesetzt werden.[200] Ab diesem Zeitpunkt gingen regelmäßig Carbid-Lieferungen von Schlesien nach Oberbayern. Zudem bestanden

[198] Für den Vertrag aus dem Jahr 1934 vgl. HUW 4 B 7, Schreiben der Wacker-Chemie an ihre Gesellschafter, 9. Juli 1934.
[199] HUW 39 A 7-2, Niederschrift einer Besprechung am 31. August 1922.
[200] Es handelte sich um einen offenen Rund-Ofen mit drei Elektroden. Der Abstich erfolgte mit Hilfe einer Abstichelektrode, die nach dem Patent Helfenstein arbeitete (vgl. Wacker-Chemie, Werk und Wirken 2 (1984), S. 7).

Lieferverträge mit der Kriegschemikalien Aktiengesellschaft.[201] Von der Carbid-Produktion, die bei insgesamt 2.000 Monatstonnen Carbid lag, gingen rund 1.500 Tonnen nach Burghausen. Solange das Alzkraftwerk seine Arbeit noch nicht aufgenommen hatte, musste das Unternehmen die dadurch verursachten Transportkosten in Kauf nehmen, eine Dauerlösung stellte der kostspielige Bahnversand jedoch nicht dar.

Der Betrieb in Tschechnitz zählte rund 180 Belegschaftsmitglieder, deren Zahl nach Überwindung der schwierigen Nachkriegsmonate auf 300 Personen anstieg. Die Umstellung auf Friedensproduktion bedingte in der Folgezeit jedoch einen starken Rückgang der Carbidnachfrage, so dass die Tschechnitzer Carbidproduktion noch vor der Inbetriebnahme des Alzkraftwerkes 1921 eingestellt werden musste.[202] Der Großteil des Stammkapitals der Elektrochemischen Werke Breslau befand sich nach dem Tod Alexander von Wackers in den Händen der Familiengesellschaft (Wacker Erben GmbH).[203] Als der Tschechnitzer Betrieb im Jahr 1925 wieder aufgenommen wurde, pachtete die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie die Anlagen.[204] Im diesem Jahr übernahm Ludwig Hörmann[205] die Leitung des schlesischen Werkes. Zu seinen ersten Maßnahmen zählte die Umstellung des Herstellungsprogrammes. Denn Hörmann konzentrierte sich in der Folgezeit nicht mehr auf die Erzeugung von Carbid, er spezialisierte den Betrieb stattdessen auf die Herstellung von Ferrolegierungen. Randbereiche wie die Blechwarenherstellung oder Projekte zur Lederentfettung wurden reduziert oder ganz eingestellt. Beibehalten wurde hingegen die Ferrovanadium-Produktion. Ferner wurde das bestehende Arbeitsspektrum um weitere Ferrolegierungen, darunter beispielsweise niedriggekohltes Ferrochrom, ergänzt.[206] Eine besondere Rolle im Konzerngefüge der Wacker-Chemie spielte der Tschechnitzer Versuchsbetrieb, dessen Aufgabe es war, neue Verbindungen und Legierungen zu testen, bevor sie (an den anderen Standorten) in die Großproduktion gingen. Diese Entwicklung

[201] Die Kriegschemikalien AG war eine 1914 zur Bewirtschaftung chemischer Stoffe gegründete Kriegsgesellschaft. Obwohl die Aktien der Gesellschaft in den Händen von insgesamt 28 Unternehmen lagen, bestimmte die Kriegsrohstoffabteilung und die Kriegsämter über die Unternehmenspolitik der Kriegschemikalien AG (vgl. Wixforth, Kriegsgesellschaften, S. 92); vgl. auch die Verträge zwischen der Kriegschemikalien AG und den Elektrochemischen Werken Breslau vom 23. März 1917 und 8. November 1917 unter HUW 36 A 35. Zum Einfluss der Kriegsgesellschaften auf die Unternehmen arbeitete Stefanie van de Kerkhof, die sich hierbei jedoch auf die Schwerindustrie konzentriert (vgl. Kerkhof, Public-Private Partnership).

[202] Vgl. Wacker-Chemie, Werk und Wirken 2 (1984), S. 8.

[203] Das Stammkapital betrug 1935 insgesamt 300.000 Reichsmark, von denen 285.000 Reichsmark im Besitz der Alexander Wacker Erben GmbH waren, während die Wacker-Chemie einen Anteil vom 15.000 Reichsmark hielt (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. November 1935, S. 4).

[204] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 12. Dezember 1925, S. 14 und Wacker-Datenchronik, Eintrag zum 1. Januar 1925.

[205] Zu Hörmann siehe Kapitel B.3.3.2.1

[206] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1925, S. 33; Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 20.

wurde unter dem Nachfolger Hörmanns, Adolf Vogt, fortgesetzt, dessen Fachgebiet die Erzeugung spezieller Legierungen für die Stahlindustrie war.[207] Schließlich wurde auch der Carbid-Ofen zeitweise wieder in Betrieb genommen und wenige Jahre später um eine Anlage zur Herstellung von Beagid ergänzt.[208] Mitte der 1930er Jahre wurden die Geschäftsanteile der Familiengesellschaft schließlich ganz von der Wacker-Chemie erworben, die Eingliederung in den Konzern war damit abgeschlossen.[209]

Ab den 1930er Jahren erzeugte das Werk beinahe ausschließlich Ferrochrom für die deutsche Stahlindustrie, was es zum kriegswichtigen Betrieb im nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaftssystem machte.[210] Bevor die Industrieanlagen Ende Januar 1945 von der sowjetischen Armee besetzt wurden, gelang es der Werkleitung, einen Teil des Betriebes zu evakuieren. Der Befehl zur Räumung war am 24. Januar 1945 ergangen. Die Lastwagen und Züge verließen Tschechnitz in Richtung der Schwesternwerke in Mückenberg, wohin neben Belegschaftsmitgliedern, auch Teile des Inventars und Fertigwaren geschickt wurden. Die endgültige Besetzung des Tschechnitzer Werkes erfolgte am 20. Februar 1945. Die Beschlagnahme durch die Rote Armee leitete ebenso wie in Mückenberg das Ende der Zugehörigkeit zum Wacker-Konzern ein.[211]

2.4 Salzbergwerk Stetten

Stetten lieferte einen für die chemische Industrie außerordentlich wichtigen Rohstoff: Steinsalz. Nachdem die Wacker-Chemie auch Chlorkohlenwasserstoffe (CKW) dauerhaft in ihre Produktpalette aufgenommen hatte, benötigte das Unternehmen größere Mengen eben jenes Rohstoffes als Grundlage für ihre Chlorelektrolyse, wobei das am Standort Burghausen erzeugte Chlor wiederum dringend für die innovative Kunststoff- und Lösungsmittelsparte des Unternehmens benötigt wurde. Zur Unabhängigkeit vom Rohstoffmarkt und der langfristigen Sicherung der eigenen Rohstoffversorgung pachtete die Wacker-Chemie daraufhin Anfang März 1924 das Salzbergwerk und die Saline Stetten.

Das zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb an der Eyach bei Haigerloch gelegene Bergwerk war in preußischem Besitz und wurde seit dem 9. Oktober 1923 von der damals

[207] Hörmann wechselte im Anschluss nach Mückenberg. Zu Vogt siehe Kapitel B.3.3.2.3.
[208] Vgl. Wacker-Chemie, Werk und Wirken 2 (1984), S. 9.
[209] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. November 1935, Punkt 3, S. 4-5.
[210] Eine unternehmensgeschichtliche Untersuchung des Standortes und seiner Bedeutung für das deutsche Kriegswirtschaftssystem steht noch aus.
[211] Vgl. Wacker-Chemie, Werk und Wirken 2 (1984), S. 10.

neugegründeten Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft (Preussag) verwaltet.[212] Man hatte in der Region bereits auf Anregung Friedrich Wilhelms IV. (1795-1861) mit der Erforschung unterirdischer Bodenschätze begonnen. Maßgeblich daran beteiligt war der Geologe und Direktor des Oberbergamtes Bonn, Heinrich von Dechen (1800-1899).[213] Dabei stießen die ersten, in diesem Rahmen durchgeführten Bohrarbeiten in Stetten am 7. Oktober 1852 bei einer Tiefe von 123 Metern auf ein umfangreiches Salzlager. Die gefundene Salzquelle sollte den Speise- und Viehsalzbedarf der Hohenzollern-Gebiete decken, der zu diesem Zeitpunkt etwa 800 Tonnen jährlich betrug.[214] Nachdem man bei einer zweiten Probebohrung in 1,5 Kilometer Entfernung ebenfalls Salz gefunden hatte, fiel die Entscheidung für den Bau eines Salzbergwerkes. Mit der Errichtung wurde der königliche Obersteiger und Berggeschworene Raiffeisen, ein Bruder des Genossenschaftsgründers Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818-1888), betraut. Der erste Schacht verfehlte jedoch die Salzeinlagerungen. Erst der zweite Versuch, im Juli 1857, drang tatsächlich bis zu den Salzlagerstätten vor. Nun konnte mit dem Abbau begonnen werden. Die Eröffnung des Salinenbetriebs erfolgte 1858, ein Jahr später kam das erste Speisesalz aus Stetten in den Verkauf. Die Steinsalzfördermenge stieg im Laufe der Anfangsjahre deutlich an und lag im Jahr 1868 bei gut 4.000 Tonnen.[215] Im Jahr 1881 konnten aus dem Stettener Steinsalz bereits knapp 2.500 Tonnen Speisesalz gewonnen werden. Zusätzlich wurde in Stetten der Mineraldünger Hallerde erzeugt, dessen Herstellung jedoch wegen der großen Konkurrenz durch modernere Düngemittel wieder eingestellt wurde.[216]

Im Laufe der Zeit wurde das Salzbergwerk in Stetten dennoch zum Zuschussbetrieb für den preußischen Staat. Angesichts der wachsenden Finanzschwierigkeiten, für die man vor allem die Marktsituation und den steigenden Konkurrenzdruck verantwortlich machte, hatte die preußische Verwaltung bereits mehrfach die Stilllegung des Salzbergwerkes erwogen, bevor sie sich dann doch für eine Verpachtung der Anlage entschied.[217] Neben der Wacker-Chemie gab es noch zwei weitere Interessenten, von denen einer die Salzwerke Heilbronn AG

[212] Die süddeutschen Hohenzollern-Gebiete waren bereits 1848 in den preußischen Staat integriert worden. Abweichend hierzu wird im Vorwort das Datum 15. Februar 1924 für die Übernahme durch die Preussag genannt (vgl. Wacker-Chemie, Salzbergwerk Stetten, S. 8).
[213] Vgl. Wacker, 100 Jahre Salzwerk Stetten, Beilage zur Wacker-Werkzeitung 6 (1956), ohne Seitenzahl.
[214] Vgl. Wacker-Chemie, Salzbergwerk Stetten, S. 13 und Wacker-Chemie, Streusalz, ohne Seitenzahl.
[215] Zum Vergleich: die Förderrate heute liegt bei etwa 500.000 Tonnen Steinsalz jährlich (vgl. Wacker-Chemie, Salzbergwerk Stetten, S. 7); Zum Gewinnungsprozess und dem anschließenden Aufbereitungsverfahren (vgl. Informationsdienst Deutsche Salzindustrie, Salz, S. 51-52).
[216] Vgl. Wacker-Chemie, Salzbergwerk Stetten, S. 12-15.
[217] Vgl. Wacker, 100 Jahre Salzwerk Stetten, Beilage zur Wacker-Werkzeitung 6 (1956), ohne Seitenzahl.

gewesen war.[218] Offensichtlich konnte sich die Wacker-Chemie jedoch gegenüber ihren Mitbewerbern durchsetzen. Der im Beisein des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe im Februar 1924 unterzeichnete Vertrag zwischen der Wacker-Chemie und der Preussag Berlin umfasste den „Grundbesitz mit allen darauf befindlichen Baulichkeiten, Betriebseinrichtungen und sonstigen beweglichen und unbeweglichem Inventar sowie Bergwerksgerechtsnamen und allen ihm zustehenden oder eingeräumten Rechten“. Zu den Vertragsbestimmungen zählte eine festgelegte Laufzeit von 30 Jahren, die sich um jeweils zehn Jahre verlängern sollte, würde das Abkommen nicht spätestens fünf Jahre vor Ablauf der Vertragsdauer von einer der beiden Vertragsparteien gekündigt. Eine Stilllegung des Betriebs war bis Ende Februar 1930 vertraglich verboten. Der vereinbarte Pachtzins betrug jährlich 8.000 Goldmark und war in vierteljährlichen Abschlagszahlungen zu entrichten.[219]

Nach der Pachtübernahme ging die Wacker-Chemie dazu über, die Anlage zu modernisieren und die Infrastruktur vor Ort zu verbessern. Größere Investitionen waren notwendig, denn angesichts der geringen Förderleistung von 800 Monatstonnen Steinsalz und dem schlechten Zustand des Bergwerkes wäre der Betrieb auch für die Wacker-Chemie als Pächter ansonsten schnell unrentabel geworden. Ziel war es zudem, den überschüssigen Teil der Mehrproduktion zu verkaufen. Die Produktion sollte daher auf eine Höhe von 20.000 Jahrestonnen Steinsalz und 2.500 Tonnen Siedesalz gesteigert werden, für das im Vergleich zum Steinsalz beim Verkauf deutlich höhere Preise erzielt werden konnte. Diese internen Vorgaben wurden erstmals 1927, dem vierten Betriebsjahr durch die Wacker-Chemie, erreicht (vgl. Tabelle 9).

Jahr	Erzeugte Salzmenge in Jahrestonnen
1924[220]	10.603
1925	15.562
1926	16.828
1927	29.127
1928	28.975
1929	30.271
1930	30.110
1931	32.551

Tabelle 9: Produktionsmengen Stetten 1924-1931 anhand der Technischen Berichte

Um die Förderzahlen noch weiter zu steigern, wurde das mechanische Förderband 1933 durch ein elektrisches ersetzt und der Transport unter Tage von Pferden auf Maschinen

[218] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1923, S. 32.
[219] HUW 38 E 10, Pachtvertrag Wacker und Preussag vom 9. Februar 1924.
[220] Es handelt sich um die erzeugte Menge von neun Monaten, da der Betrieb erst im Frühjahr übernommen wurde (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1924, S. 26).

umgestellt.[221] Zum Jahresende 1925 arbeiten am Standort 40 Mitarbeiter, 1930 erreichte die Belegschaftsstärke mit 52 Personen ihren Höchststand.[222] Im Zweiten Weltkrieg lieferte Stetten Steinsalz nach Burghausen und an das bei Augsburg gelegene IG Farbenwerk in Gersthofen. Die Liefermengen schwankten zwischen 41.874 Tonnen (1942) und 43.123 Tonnen (1941) pro Jahr. Rund 15.000 Tonnen Steinsalz wurden so zwischen 1941 und 1943 jährlich an die IG Farben abgegeben.[223] Damit verdiente die Wacker-Chemie nach Abzug der Steuern 146.000 Reichsmark.[224]

Die Bedeutung des Bergwerkes für das Konzerngefüge spiegelte sich in der personellen Besetzung der Standortleitung wider: Die Zuständigkeit für alle Stettener Angelegenheiten lag bei der Hauptverwaltung in München, wobei die Verantwortung für das Bergwerk stets in den Händen einer technischen Führungskraft lag, die in der Regel den Rang eines Oberingenieurs bekleidete. Erster Betriebsleiter für die Wacker-Chemie wurde Diplomingenieur Hugo Rahm,[225] der bereits unternehmensintern Praxiserfahrung sammeln konnte, bevor er zum 6. März 1924 nach Stetten versetzt wurde. Ende 1951 ging die Leitung schließlich von Heinrich Römer[226] auf Richard Behles, dem ehemaligen Leiter des Ferrowerkes in Mückenberg, über.[227]

---

[221] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 28.

[222] Erst 1955 erhöhte sich die Anzahl noch einmal deutlich auf über 60 Mitarbeiter (vgl. Wacker-Datenchronik, Einträge zum 31. Dezember 1925, 31. Dezember 1930 und 31. Dezember 1955).

[223] Wie das Steinsalz aus Stetten dort weiterverarbeitet wurde ist nicht bekannt. Eine Untersuchung des Standortes steht ebenso wie im Falle des Elektroschmelzwerkes Tschechnitz noch aus.

[224] Vgl. HUW 38 E 12, Die wichtigsten Gesichtspunkte zur Frage der Liquidation des Salzwerkes Stetten, 5. Juli 1944, S. 1.

[225] Hugo Rahm wurde am 7. März 1889 in Barmen-Wuppertal geboren. Der Bürgerschule folgte der Besuch der Höheren Maschinenbauschule in Elberfeld-Barmen, dann das Abitur an der hiesigen Oberrealschule. 1910 besuchte er die Technische Hochschule Darmstadt, sein Studium zum Maschineningenieur absolvierte er jedoch an der Technischen Hochschule München, wo er 1914 die Vorprüfung und 1919 seine Diplom-Hauptprüfung mit gut bestand. In der Zwischenzeit diente er unter anderem als technischer Offizier. Er verließ die Armee als Leutnant der Reserve des Bayerischen Kraftfahr-Bataillons. Vor seiner Einstellung bei der Wacker-Chemie sammelte er bereits Berufserfahrung im Stadtbauamt Barmen oder bei den Deutschen Babcock u. Wilcox Werken. Ab Herbst 1919 war der gebürtige Rheinländer schließlich innerhalb der Wacker-Chemie als Konstrukteur im Münchner Büro, dann in der Leitung des Tschechnitzer Betriebs tätig. Rahm trat 1954 in den Ruhestand. Er verstarb am 19. Januar 1959 im Alter von 70 Jahren (vgl. HUW 13 A 7, Personalunterlagen OFK Rahm, darunter Mitteilung Nr. 87 an Personalabteilung, 4. März 1924 und Todesanzeige).

[226] Heinrich Römer wurde am 1. August 1909 in Lauf an der Pegnitz geboren. Wie zahlreiche seiner Kollegen bei der Wacker-Chemie hatte er an der Technischen Universität München Elektrotechnik studiert. Bevor er am 1. Januar 1937 als Ingenieur zur Wacker-Chemie kam, hatte er als Baureferendar bei der Reichsbahndirektion Nürnberg sowie als projektleitender Ingenieur bei Siemens-Schuckert gearbeitet. Nach seiner Einstellung wirkte er bei der Planung und Ausgestaltung neuer Projekte in der Münchner Hauptverwaltung mit, zu denen etwa auch das Chemowerk in Mückenberg zählte. Ende 1951 übernahm Römer die neu gegründete Elektroabteilung des Burghausener Werkes, bevor er 1972 in den Ruhestand trat. Römer verstarb am 3. April 2003 (vgl. HUW 4 C 2 und HUW 13 A 3, Personalunterlagen OFK Römer).

[227] Vgl. HUW 38 E 10, Schreiben des Trustees der Wacker-Chemie an das Salzwerk Stetten, 28. März 1952.

Gerade als man in München gerade mit der Projektierung eines zweiten, befahrbaren Schachts begonnen hatte, wurde das Stettener Bergwerk im Rahmen einer staatlichen Verlagerungsmaßnahme luftgefährdeter Betriebe und auf Grundlage des „Erlasses über die Verlegung kriegswichtiger Betriebe und Betriebsteile“ aus dem Jahr 1943[228] zum Aufnahmebetrieb der Berliner Barbara GmbH ernannt. Der Salzabbau wurde 1944 gestoppt. Im Falle einer Weigerung, die Anlagen der Barbara GmbH zur Verfügung zu stellen, drohte die Beschlagnahme des Bergwerkes. Mit dem Verlust der Steinsalz-Produktion gingen nicht nur finanzielle Einbußen einher, die Wacker-Chemie musste zudem einen neuen Lieferanten für das in der Burghausener Chlorelektrolyse dringend benötigte Steinsalz finden. Zwar war in diesen Fällen ein Ausgleich in Form einer staatlichen Entschädigung vorgesehen, doch hätte ein Produktionsstopp in Stetten internen Schätzungen zur Folge für die Wacker-Chemie dennoch einen jährlichen Verlust von 177.000 Reichsmark bedeutet.[229] Da man das Salz künftig über den Salzverband aus Heilbronn und Kaiserroda-Leimbach hätte beziehen müssen, ließ die Geschäftsleitung prüfen, ob es nicht wirtschaftlicher wäre, diese Situation zu nutzen, um sich endgültig aus dem Pachtvertrag mit der Preussag zu lösen. Die Alternative war eine Wiederinbetriebnahme der Salzförderung nach Kriegsende.[230] Zwar wurde der Wacker-Chemie eine Verbilligung des Salzpreises bei Fremdbezug durch den Verband in Aussicht gestellt, doch sprachen sich die Fachkräfte der Hauptverwaltung, Holz und Fähnrich, für die Weiterführung des Bergwerkbetriebs in Stetten aus. Neben dem günstigen Preis argumentierten sie vor allem mit dem „Vorteil der selbstständigeren Dispositionsmöglichkeit bei eigener Förderung“, also der Unabhängigkeit vom Rohstoffmarkt.[231] Trotz einiger Differenzen zwischen der Wacker-Chemie und dem zu verlagernden Betrieb über die Nutzung der Betriebsräume, Betriebsmittel und Arbeitskräfte ist es nie zu der angedrohten Beschlagnahme gekommen.[232] Dennoch ließ die Wacker-Chemie alle weiteren Ausbaupläne zunächst fallen. Wie weit die Verlagerung der Barbara GmbH nach Stetten letztlich fortgeschritten war, bleibt im Dunkeln, zumal das Werk am 20. April 1945 von französischen Truppen besetzt und im Zuge der Entflechtung der IG-Farben aus dem Konzern-Verbund ausgegliedert wurde.[233] Die bereits in den letzten Kriegsmonaten diskutierte Frage nach der Erneuerung oder Auflösung des Pachtverhältnisses stand im Zuge der Zerschlagung der IG-

[228] Vgl. Deutscher Reichsanzeiger Nr. 203 vom 1. September 1943.
[229] Vgl. HUW 38 E 12, Mitteilung Nr. 2919 an Freyer, 21. August 1944.
[230] Vgl. HUW 38 E 12, Die wichtigsten Gesichtspunkte zur Frage der Liquidation des Salzwerkes Stetten, 5. Juli 1944, S. 3.
[231] HUW 38 E 12, Mitteilung Nr. 2919 an Freyer, 21. August 1944 sowie der vorausgegangene Schriftvermerk Nr. 873 von Holz für Fähnrich, 16. Juni 1944.
[232] HUW 6 F 5, Niederschrift über die Besprechung in Stetten am 8. September 1944.
[233] Vgl. Wacker-Datenchronik, Eintrag zum 1. Januar 1947.

Farben erneut zur Debatte, wobei sich die Wacker-Chemie unter bestimmten Voraussetzungen zur Führung des Bergwerkes bereit erklärte, auch wenn es zu diesem Zeitpunkt noch unter französischer Kontrolle stand. Über die Zukunft des Bergwerkes fanden Ende 1950 Gespräche zwischen der Wacker-Chemie und dem Haut Commissariat de la République Française statt.[234] Man entschied sich in München, den Betrieb fortzuführen und kaufte ihn zehn Jahre später schließlich ganz.[235]

2.5 Acetylenwerk Röthenbach

Zum Herstellungsprogramm der Wacker-Chemie in Burghausen zählte gelöstes Acetylen, das auch als Dissousgas bezeichnet wurde. Es fand wie Beagid beim Autogen-Schweißen Verwendung.[236] Das Hauptabsatzgebiet dieses Produkts lag in Nordbayern, es wurde vor allem in die Industrieregion Nürnberg-Fürth geliefert. Dort saß mit der Reichsbahndirektion Nürnberg einer der wichtigsten Großabnehmer der Wacker-Chemie. Mit steigender Nachfrage wurde die ungünstige Frachtlage Burghausens zunehmend zum Problem, denn das Gas wurde in Stahlflaschen transportiert, die ein Leergewicht von 75 bis 80 Kilogramm aufwiesen. Dabei stand einer 40 Liter-Flasche lediglich eine Flaschenfüllung von etwa 6 Kilogramm gelöstem Acetylen gegenüber.[237] Angesichts dieses äußerst ungünstigen Nutzungsverhältnisses lohnte sich der weite Transport kaum, so dass die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie 1927 erwog, eine eigene kleine Abfüllanlage im mittelfränkischen Raum zu errichten.[238] Zur Diskussion standen dabei die Standorte Altdorf, Nürnberg und Röthenbach. Die Entscheidung fiel letztlich auf das zwölf Kilometer nordöstlich von Nürnberg gelegene Röthenbach an der Pegnitz. Das Betriebsgelände wurde vom Forstamt und der Post erworben. Die Bauplanung, die im März 1928 begann, übernahm der Prokurist Oberingenieur Max Abt und sein Mitarbeiter Eduard Kalb. Zum Betriebsleiter wurde mit Werkmeister Lipp ein erfahrener Mitarbeiter aus Burghausen ernannt.[239] Ein halbes Jahr später erfolgte der erste Spatenstich. Die technische Einrichtung wurde gemeinsam mit der Gesellschaft für Linde´s Eismaschinen AG, Höllriegelskreuth konzipiert; die Produktion lief schließlich am 10. Mai 1929 an. Ganz

[234] Zu den genannten Bedingungen zählte beispielsweise ein Sonderkündigungsrecht im Falle des Erlasses ungünstiger bergbaulicher Vorschriften (zweiter Schacht, Sicherungsmaßnahmen) oder die Abtretung des während der Beschlagnahme erzielten Gewinnes an die Wacker-Chemie (vgl. HUW 38 E 10, Schreiben des Trustees an Control Office Frankfurt, 23. Januar 1951. S. 1-2).
[235] Vgl. Wacker-Datenchronik, Eintrag vom 19. September 1960.
[236] Vgl. HUW 38 B 63, Textmanuskript zum Jubiläum Röthenbachs 1954, ohne Datum. S. 2.
[237] Gelöstes Acetylen konnte nicht hochkomprimiert werden, daher wurden die Flaschen mit dem gelösten Acetylen und Aceton befüllt.
[238] Vgl. HUW 37 F 4, Die Wacker-Chemie in Röthenbach 1928-1969, S. 1.
[239] Vgl. ebd., S. 3.

im Sinne des Verbundwirtschaftskonzeptes sollte das Werk mit staubförmigen Abfallcarbid aus dem Mückenberger Ferrowerk versorgt werden, das dort keine weitere Verwendung fand. In der Folgezeit entwickelte sich der Absatz äußerst positiv:

Jahr	Produktionsmenge in Kilogramm
1929	38.374
1930	56.470
1931	43.287
1932	47.566
1933	55.157
1934	77.866
1935	96.249
1936	135.842
1937	178.816
1938	193.246
1939	217.123
1940	226.092
1941	255.315
1942	247.748
1943	255.717

Tabelle 10: Erzeugung Röthenbach 1929-1934 anhand der Technischen Berichte

Im Geschäftsjahr 1933 waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise so weit abgeklungen, dass die Produktion mit gut 55.000 Kilogramm wieder den Stand von 1930 erreichte. Anschließend profitierte das Röthenbacher Werk ebenfalls von der steigenden industriellen Nachfrage, denn im Zuge der Aufrüstung herrschte ein hoher Bedarf an Flaschengas für Schweißzwecke, der nach Verkündigung des Vierjahresplanes 1936 noch einmal deutlich anstieg und das Werk an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit brachte. Nicht zuletzt deshalb sollte ein für Frühjahr 1937 geplanter Umbau des Leitungssystems dazu genutzt werden, die Gesamtleistung der Anlage zu verbessern. Angedacht war eine Erhöhung der Zahl der Füllstellen von 128 auf 156 Stück.[240]

Das Werk arbeitete nach Kriegsbeginn permanent am Limit und konnte trotz des hohen Arbeitskräftemangels in dieser Zeit die höchsten Fertigungsquoten erzielen (vgl. Tabelle 10). Durch die optimale Ausnutzung aller Kapazitäten, Überstunden und die stetige Verbesserung des technischen Equipments war es möglich, die hohe Nachfrage zu bedienen, die unter anderem daraus resultierte, dass Röthenbach der einzige Lieferant von gelöstem Acetylen für die „Rüstungs- und kriegswichtige Industrie des ganzen Wehrkreises XIII und in den

[240] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1936, S. 53.

umliegenden Regionen“ gewesen war.[241] In Relation zu diesen Zahlen und der Bedeutung des Betriebes war die Belegschaftsgröße des Acetylenwerkes erstaunlich klein. Noch am 31. Dezember 1930 arbeiteten in Röthenbach gerade einmal sechs Mitarbeiter, im Vergleich zur damaligen Gesamtbelegschaft der Wacker-Chemie, die sich auf 1.572 Mitarbeitern belief, ein nahezu verschwindend geringer Teil.[242] Ihren Höchststand erreichte die Beschäftigtenzahl in Röthenbach 1940 mit 19 Personen. An der Relation zur Gesamtbelegschaft der Wacker-Chemie hatte sich trotz der Verdreifachung der Mitarbeiterzahl indes nichts geändert.

Am 15. April 1945 wurde Röthenbach durch amerikanische Truppen besetzt. Während des Entflechtungsprozesses von der Wacker-Chemie abgespaltet, kehrte es ebenso wie das Salzbergwerk Stetten am 1. Juli 1951 zum Mutterkonzern zurück, wo es bis zum Verkauf an die Linde AG im Januar 1970 verblieb.[243]

2.6 Unternehmensbeteiligungen

Die Anzahl der Firmen und Gesellschaften, an denen die Wacker-Chemie beteiligt war, wuchs zwischen 1914 und 1945 kontinuierlich: Während die Wacker-Chemie 1927 an 18 Firmen Geschäftsanteile besaß, stieg ihre Zahl von 23 im Jahr 1936 auf 26 Beteiligungen im Jahr 1943 an.[244] Den Unternehmenskern bildeten 16 Firmen, die bereits in der Frühphase des Konzerns zum Unternehmen gehörten (vgl. Tabelle 11). Betrachtet man alle Tochtergesellschaften, Beteiligungen und Betriebsstätten, so lassen sich diese den Kategorien Produktion, Verkauf und Forschung zuordnen.

Die Mehrzahl der Beteiligungen diente der Förderung und Organisation des Verkaufs. Dabei nutzte die Wacker-Chemie verschiedene Vertriebskanäle. Zum einen war der Konzern mit anderen Unternehmen der chemischen Industrie in nationalen und internationalen Konventionen, Syndikaten und Kartellen organisiert, zum anderen vertrieb man die Produkte direkt oder mit Hilfe von Zwischenhändlern, Vertretern und Verkaufsbüros.[245] Eine langjährige Zusammenarbeit verband die Wacker-Chemie beispielsweise mit der Duisburger Handelsfirma Klöckner & Co., die gegen Provision den Verkauf von Ferrolegierungen

[241] HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1940, S. 60.
[242] Vgl. Wacker-Datenchronik, Eintrag zum 31. Dezember 1930.
[243] Vgl. ebd., Eintrag zum 1. Januar 1970.
[244] Mitgerechnet wurden in dem Fall auch die Unternehmen bzw. Firmen, an denen die Wacker-Chemie zu 100 Prozent beteiligt gewesen war, solange sie noch selbständig firmierten.
[245] Das für den Produktbereich Carbid zentrale Kartell war die Carbid-Vereinigung; vgl. hierzu HUW 1 D 15, Carbid-Vereinigung GmbH, Bericht über das Geschäftsjahr 1936 und vor allem die Studie Eckert, die Carbid-Vereinigung GmbH, passim.

(Ferrochrom, Ferromangan, Calciumsilicium) an die Stahlindustrie übernahm.[246] Der Absatz einer anderen wichtigen Ferrolegierung, dem Ferrosilicium, war auf Syndikatsebene geregelt. Dies bedeutete, dass die zu erwartende Verkaufsmenge unter den Erzeugern des Produktes in Form einer Quotenregelung aufgeteilt wurde. Die Zusammenschlüsse der Erzeugerfirmen basierten auf Aushandlungsprozessen und waren geprägt von der Suche nach einem für alle Produzenten lukrativen Status quo, der in der Regel nur durch Ausgleich und Kompromissbereitschaft erzielt werden konnte. Für die Wacker-Chemie übernahm der kaufmännische Geschäftsführer Wolfgang Freyer, der im Untersuchungszeitraum Präsident des internationalen Ferrosilizium-Syndikats gewesen war, einen großen Teil dieser Aushandlungsprozesse.[247] Wie der technische Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Johannes Hess, 1928 vor dem Enquete-Ausschuss erläuterte, ermöglichte die Bildung von Syndikaten den Produzenten „eine bessere Disposition im Fabrikationsprogramm und die frachtgünstigste Verteilung auf die verschiedenen Werke der Syndikatsmitglieder".[248] Hauptaufgabe der Verkaufs- und Verteilungssyndikate war es, die Marktabsatzverhältnisse im Interesse der Verbraucher, aber auch der erzeugenden Industrie zu regeln, „um Wirtschaftsstörungen zu vermeiden und ein gleichmäßiges Weiterarbeiten zu ermöglichen". Die „vernünftige Verteilung der Produkte" war nach Ansicht des Geschäftsführers „ebenso wichtig wie die wirtschaftlich günstige Fabrikation."[249] Das Kernprodukt Carbid vertrieben beispielsweise die internationale Association Generale du Carbure in Genf, die Carbidvereinigung GmbH in Berlin, der Carbidkontor mit Sitz in Nürnberg und die Allgemeine Carbidverkaufsgesellschaft in Berlin. Hinzu kamen Vereinigungen und Unternehmensbeteiligungen zum Vertrieb von Essigsäure sowie die Mitgliedschaften im Essigsäure-, Ferrosilicium-, und Ätznatron-Syndikat oder der Tri-Konvention für den Chlorkohlenwasserstoff Trichlorethylen, kurz Tri genannt. Zudem wurden für viele Erzeugnisse regelmäßig Preisvereinbarungen ausgehandelt und Lieferquoten für die einzelnen Erzeugerfirmen festgelegt. „Allerdings", merkte Johannes Hess an, „muss dabei immer ein Kampf um die Quoten geführt werden, denn jeder will möglichst viel für sich herausschlagen."[250]

Für den Direkt-Vertrieb ihrer Produkte unterhielt die Wacker-Chemie eigene Verkaufsbüros. Im Jahr 1940 arbeiteten in den Verkaufsstellen in Berlin, Frankfurt, Kassel, Düsseldorf,

[246] Die Provision für Klöckner betrug dabei 1935 drei bis vier Prozent (vgl. HUW 6 D 36, Schriftvermerk über das Vertreterabkommen mit Klöckner, 31. Mai 1935).
[247] Zu Wolfgang Freyer siehe Kapitel B.3.2, insbesondere 3.2.1.
[248] Hess, Dr. Alexander Wacker Gesellschaft, S. 359-367.
[249] Ebd.
[250] Ebd.

Krefeld, Leipzig, Hamburg, Nürnberg, Breslau insgesamt 30 Personen.[251] Daneben gab es vom Unternehmen beauftragte Vertreter, die den Vertrieb für einzelne Produkte oder in bestimmten Regionen übernahmen, für die keines der fest installierten Verkaufsbüros zuständig war. Auch der Verkauf im Ausland wurde, soweit er nicht durch Syndikate und Kartelle organisiert war, von Einzelpersonen und Händlerfirmen übernommen.[252] Diejenigen Gesellschaften, die primär der Produktion von elektrochemischen Erzeugnissen oder Strom dienten, gehörten ab der Mitte der 1920er Jahre in der Regel zu einhundert Prozent der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie. Sie waren strukturell und personell eng mit dem Mutterkonzern verbunden. Zu ihnen zählen die Elektrochemischen Werke Breslau GmbH, die Alzwerke GmbH und die Ferrowerk GmbH in Mückenberg.

Die dritte und kleinste Gruppe der Beteiligungen bildeten die Forschungseinrichtungen. Laut Statistischem Jahrbuch für das Jahr 1925 stammten 1913 7,1 Prozent, 1922 8,8 Prozent und 1925 8,5 Prozent aller in Deutschland erteilten Patente aus Bayern. Die Zahl der angemeldeten Gebrauchsmuster lag noch etwas höher, die der eingetragenen Warenzeichen ein bisschen niedriger.[253] Ein Teil dieser Patente beruhte auf den Forschungsleistungen zweier Laboratorien, die zwar selbständig firmierten, aber zu einhundert Prozent in den Händen der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie lagen. Es handelte sich um das bereits erwähnte 1903 gegründete Consortium für elektrochemische Industrie, das Anfang September 1918 seinen Sitz von Nürnberg in die Zielstattstraße 20 nach München verlegte, und die Chemische Forschungsgesellschaft (Cefo), die zusammen den innovativen Kern der Wacker-Chemie bildeten. Kleinere Laboratorien und Versuchseinrichtungen gab es zudem auch auf Standortebene, wobei sich die Forschungsabteilung in Mückenberg im Gegensatz zum Burghausener Laboratorium primär auf die Optimierung laufender Produktionsprozesse

[251] Vgl. HUW 4 A 21, Schreiben an die Verkaufsstellen bezüglich Soldatenbetreuung, 9. Mai 1940 und Wacker-Datenchronik, Eintrag zum 31. Dezember 1940.

[252] Derartige Vertreterabkommen sind unter HUW 32 B 27 überliefert. Als Beispiele können hier etwa die Firma Walter & Dummel für Ungarn oder die Firma Jenny & Vock für Griechenland dienen. Einen Ausnahmefall stellt ein Chemiker der Wacker-Chemie, Dr. Erich Baum, dar. Er erhielt 1933 einen Vertreter-Vertrag für die Region Palästina und Syrien. In den Kriegsjahren mussten die Handelspartner der Außenhandelsstelle für Südbayern gemeldet werden, die bei Bedenken den Abschluss oder die Verlängerung einer Handelsbeziehung ablehnen konnte. So geschehen etwa 1940 im Falle der Firma Jenny & Vock, da einer der beiden Besitzer, der Schweizer Fridolin Jenny, durch seine „deutschfeindliche Haltung“ aufgefallen war (HUW 32 B 27, Streng vertrauliches Schreiben der Außenhandelsstelle Südbayern, 12. Juli 1940). Im selben Jahr wurde auch die Zusammenarbeit mit dem für Litauen zuständigen Vertreter jüdischer Herkunft Jasuneris von der Wacker-Chemie aus „organisatorischen Gründen“ aufgekündigt. Jasuneris wurde anschließend 1940 in Kaunas verhaftet und verbrachte anschließend fünf Jahre im KZ Dachau. Seine nach Kriegsende gestellte Forderung auf Begleichung einer noch nicht erfüllten Provisionsforderung wurde vom Unternehmen mit Hinweis auf die Beschlagnahmung des Konzerns abgelehnt (vgl. Schriftwechsel der Wacker-Chemie mit Jasuneris aus den Jahren 1939, 1940, 1945 und 1946 unter HUW 32 B 27).

[253] Bayerisches Statistische Landesamt, Statistisches Jahrbuch 1926, S. 199.

konzentrierte und vergleichsweise wenig Grundlagenforschung betrieb. Zu den Firmen, deren Geschäftsanteile in den 1940er Jahren ganz in den Händen der Wacker-Chemie lagen, die aber weiterhin eigenständig firmierten, gehörten die Alzwerke GmbH, der Carbidkontor Nürnberg, die Chemische Forschungsgesellschaft, das Consortium für elektrochemische Industrie, die Drawingesellschaft sowie die elektrochemischen Werke Breslau GmbH.[254] Letztlich muss zu diesem Kreis auch die Elektroschmelzwerk Kempten AG gerechnet werden, an der die Wacker-Chemie mit 1.196.000 von 1.200.000 Reichsmark beteiligt war.

Firma	**1927**	**1932**	**1936**	**1943**
A. Schmidt, Wien	-	-	-	X
Allgemeine Carbidverkaufsgesellschaft, Berlin	X	X	X	X
Alzwerke GmbH, München	X	X	X	X
Association Generale du Carbure, Genf	X	X	X	X[255]
Baugesellschaft der Wackerwerke GmbH, Burghausen	X	X	Aufgelöst und in Besitz genommen (Gesetz über Kapitalgesellschaften)	Aufgelöst und in Besitz genommen (Gesetz über Kapitalgesellschaften)
Bayerische Düngekalk GmbH, München	-	-	-	X
Bayerische Essigessenzverkaufsgesellschaft Chr. Dederer GmbH, München[256]	X	X	X	X
Carbidkontor GmbH, Nürnberg	X	X	X	X
Carbidvereinigung GmbH, Berlin	X	X	X	X
Chemie-Ost GmbH, Berlin	-	-	-	X
Chemische Forschungsgesellschaft, München	-	-	X	X
Consortium für elektrochemische Industrie GmbH, München	X	X	X	X

[254] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1942, S. 55.

[255] Statt der Association Generale du Carbure wurde im Bericht nun das Office international du Carbure, Genf genannt. In beiden Fällen dürfte aber dasselbe internationale Carbidsyndikat gemeint sein.

[256] Die Verkaufsgesellschaft wurde 1837 von Johann Christian Dederer aus Schweinfurt gegründet. Sie wagte als eine der ersten Firmen 1877 den Vertrieb synthetisch erzeugter Essigsäure, welche ab 1917 ausschließlich von der Wacker-Chemie bezogen wurde. Im Jahr 1924 wurden die Wacker-Chemie mit der IG Farbenindustrie, der Degussa und der Lonza AG Gesellschafter der bis 1926 unter Chr. Dederer GmbH eingetragenen Gesellschaft (vgl. HUW 9 A 11, Unternehmensinterne Übersicht Stand Juni 1989, ohne Datum).

Decker & Co GmbH, Köln	X	X	X	X
Drawingesellschaft mbH München	X	X	X	X
Elektrochemische Werke Breslau	gepachtet (überwiegend im Besitz der Wacker Erben GmbH)	gepachtet	Geschäftsanteil der Familiengesellschaft übernommen	X
Elektroschmelzwerk Kempten AG	-	-	X	X
Essigsäuregesellschaft mbH, Frankfurt	X	X	X	X
Exportgemeinschaft für Zellwolle GmbH, Berlin	-	-	-	X
F. Gau J.E. Ranafier Nflg. GmbH, Altona	X	X	liquidiert	liquidiert
Ferrosilizium mbH, Wien	-	X	X	X
Ferrowerk Mückenberg GmbH	X	X	Aufgelöst und in Besitz genommen (Gesetz über Kapitalgesellschaften)	Aufgelöst und in Besitz genommen (Gesetz über Kapitalgesellschaften)
Fränkische Weinessig- und Konservenfabriken GmbH, Schweinfurt	-	-	X	X
Johs. Oswaldowski AG, Altona[257]	X	X	X	X
Kreisbaugesellschaft, Liebenwerda	-	-	-	X
Naumann & Rietz GmbH, Stettin	X	X	X	X
Obere Alz GmbH, München[258]	-	-	-	X
Offene Handelsgesellschaft Carl Timner, Berlin	-	-	-	X
Paul Eisenhardt & Co GmbH, Düsseldorf	X	X	X	X
Speyer & Grund GmbH, Frankfurt	X	X	X	X
Vereinigte Werkskonsumanstalten GmbH, Essen	X	-	-	-

Tabelle 11: Beteiligungen der Wacker-Chemie im Wandel 1927-1943 anhand der Kaufmännischen Berichte

[257] Zur 1889 in Altona gegründeten Essigfabrik Johs. Oswaldowski AG vgl. ebenfalls die unternehmensinterne Übersicht Stand Juni 1989 unter HUW 9 A 11, ohne Datum.

[258] Die Obere Alz GmbH wurde 1939 zusammen mit der Innwerk AG München gegründet. Das Stammkapital der Gesellschaft, die sich dem weiteren Ausbau von Wasserkraftwerken widmen sollte, betrug 100.000 Reichsmark. Der Anteil der Wacker-Chemie lag bei 49 Prozent (vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1942, S. 8).

Änderungen an der Anzahl der Beteiligungen ergaben sich durch Liquidation von Firmen, die aufgrund des „Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften“ und dem „Gesetz über Steuererleichterungen bei der Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften“, beide vom 5. Juli 1934,[259] ganz im Wacker-Konzern aufgegangen waren. Zu ihnen zählten die Ferrowerk GmbH in Mückenberg sowie die Baugesellschaft der Wackerwerke in Burghausen.[260] Zudem kamen ab 1939 neue, im Laufe des Kriegs gegründete Gesellschaften hinzu, deren Aufgabe in der Regel die Distribution von Rohstoffen und Fertigwaren (in und aus den besetzten Gebieten) war. Zu ihnen zählten die 1941 gegründete Export-Gemeinschaft für Zellwolle[261] oder die Chemie-Ost GmbH. Derartige Gesellschaften wurden nicht von der Wacker-Chemie selbst gegründet. Sie hatten den Charakter von Syndikaten und Konventionen, an denen sich die Unternehmen entsprechend ihrer Erzeugnisse und dem eigenen Marktanteil beteiligten. Die Wacker-Chemie besaß an beiden genannten Gesellschaften einen verhältnismäßig geringen Anteil: Im Falle der Export-Gemeinschaft für Zellwolle war es ein Anteil von 5.000 Reichsmark (an den insgesamt 85.000 Reichsmark Gesellschaftskapital), was einer Beteiligung von knapp sechs Prozent entsprach.[262] Bei der Chemie-Ost GmbH mit Sitz in Berlin handelte es sich um eine nach dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion gegründeten Ostgesellschaft.[263] Die Ostgesellschaften, die der „wirtschaftlichen Kollaboration“ und Eingliederung der sowjetischen Unternehmen in die deutsche Kriegswirtschaft dienten, sollten den Übergang der sowjetischen Planwirtschaft in die deutsche Privatwirtschaft gestalten. Sie wurden in Erfassungs- und Handelsgesellschaften, Betreuungsgesellschaften und Betriebsgesellschaften unterteilt. Die Chemie-Ost GmbH zählte wie die Soda und Ätzkalien-Ost GmbH, die Superphosphat-Ost GmbH oder die Stickstoff-Ost GmbH zu den Betreuungsgesellschaften.[264] Innerhalb der chemischen Industrie waren es vor allem die IG Farben, die die Integration der sowjetischen Wirtschaft forcierten und eine Vorreiterrolle im Aufbau der Ostgesellschaften einnahmen.[265] Andere deutsche

[259] Vgl. RGBl. I, Nr. 75 vom 6. Juli 1934, S. 569 bis 572.
[260] Zur Auflösung der Ferrowerk GmbH siehe Kapitel C.1.6.
[261] Der Gesellschaftsvertrag für diese Verkaufsgesellschaft wurde im Rahmen einer Sitzung der Fachabteilung Zellwolle am 16. April 1941 geschlossen (vgl. BArch R 8128/17720).
[262] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1941, S. 50.
[263] Die Ostgesellschaften und ihre Arbeit sind bislang nur unzureichend erforscht (vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 3, S. 307-344). Der Beschluss zur Errichtung der Ostgesellschaften erfolgte laut Eichholtz forciert durch die IG Farben von der Chemischen Großindustrie und dem Reichwirtschaftsministerium am 10. Juli 1941 (vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 2, S. 393).
[264] Vgl. HUW 16 A 35, Abschrift Liste der Ostgesellschaften Stand 20. November, ohne Jahreszahl [vermutlich 1941] und Eichholtz / Schumann, Neue Dokumente, S. 343-344.
[265] Vgl. Hayes, Industry and Ideology, S. 253-265; Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 2, S. 393.

Unternehmen zogen nach; so beteiligte sich etwa auch die Wacker-Chemie mit fünf Prozent an der Chemie Ost-GmbH.[266]

Ab 1933 bot die Arisierung jüdischen Eigentums deutschen Unternehmen eine weitere, vergleichsweise kostengünstige Expansionsmöglichkeit. Mit dem Zwangsverkauf jüdischer Wohnungen, Geschäfte und Firmen unter Wert war es nun nicht nur möglich, das eigene Betriebsvermögen zu vergrößern, den deutschen Käufern bot sich zudem die einmalige Gelegenheit, unliebsame Konkurrenz aufzukaufen.[267] Auch die Wacker-Chemie machte in zwei Fällen Gebrauch von dieser Option. Beim ersten Kaufprozess im Jahr 1936 handelte es sich um ein Gemeinschaftsprojekt mit den IG Farben, der Abteilung Holzverkohlung der Degussa (HIAG) und der Lonza AG. Das Kaufobjekt waren die 1845 gegründeten Weinbrennereien, Weinessig- und Likörfabriken L. Hirsch im unterfränkischen Schweinfurt. Die Eigentümer, die Brüder Ignaz und Justin Hirsch, veräußerten ihr Unternehmen nicht freiwillig. Erst als von Seiten der Gestapo Druck auf sie ausgeübt wurde, entschieden sie sich 1936 zum Verkauf ihrer Produktionsstätten in Schweinfurt und Düsseldorf. Die Brüder Hirsch verhandelten daraufhin mit der HIAG, die zugleich im Namen der IG Farben, der Lonza AG und der Wacker-Chemie agierte. Für knapp 453.000 Reichsmark gingen die Grundstücke, Betriebsanlagen, Rezepturen und Lieferverträge an die HIAG, die IG Farben, die Lonza sowie die Wacker-Chemie über. Justin Hirsch gelang die Emigration, Ignaz Hirsch verstarb im Ghetto von Lodz, wohin er 1941 von Düsseldorf aus deportiert worden war.[268] Die Übernahme der Weinessig- und Likörfabrik stand indes in enger Verbindung zum Essigsäure-Syndikat, an dessen Quotenregelung sich die Geschäftsanteile der Beteiligten orientierten.[269] Die Degussa erhielt laut Hayes 36 Prozent, die IG Farben 32 Prozent, die Lonza AG und die Wacker-Chemie je 16 Prozent.[270] Der Kaufvertrag datierte auf den 20. April 1936. Wenige Wochen später, am 6. Mai 1936, wurde auf Basis der alten Firma die neue Fränkische Weinessig- und Konservenfabrik GmbH gegründet, die von 1936 bis 1945 unter den Beteiligungen der Wacker-Chemie zu finden ist. Die Gesellschaft verfügte über ein Kapital in Höhe von 500.000 Goldmark. Dem Anteil der Wacker-Chemie entsprachen 80.400 Goldmark.[271] Die neuen Gesellschafter investierten umgehend in den Betrieb und stellten ein

[266] Dabei betrug der Anteil der Wacker-Chemie 1.000 Reichsmark bei einem Gesamtkapital von 20.000 Reichsmark (vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1941, S. 50).
[267] Eine Einführung zum Thema bieten Feldmann, Arisierung, S. 17-39 und Münzel, Wirtschaftselite, S. 156-159, 179-202. Zu den Nutznießern der Arisierung vgl. Kopper, Hauptprofiteure, S. 298-315.
[268] Vgl. Hayes, Degussa, S. 105.
[269] „Haben wir uns entsprechend unserer Quote im Essigsäuresyndikat beteiligt“ (HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1936, S. 11).
[270] Vgl. Hayes, Degussa, S. 105 und 359.
[271] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1936, S. 47.

Darlehen in Höhe von 750.000 Reichsmark zur Verfügung. Davon stammten 120.600 Reichsmark von der Wacker-Chemie.[272] Zwar wurde in den ersten beiden Geschäftsjahren ein Verlust erwirtschaftet, doch zahlte sich die Investition in die Fränkische Weinessig- und Konservenfabrik GmbH aus, die ab 1938 einen deutlichen Gewinn verbuchen konnte.[273]

Die Situation der verbliebenen jüdischen Unternehmer verschärfte sich durch die „Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden" vom 26. April 1938 spürbar. Nun waren sie gezwungen, ihren Besitz bei den „zuständigen höheren Verwaltungsbehörden" – in Bayern beim Regierungspräsidenten – anzumelden und bewerten zu lassen.[274] Eine Maßnahme, die dem Nationalsozialistischen Staat zu einen genauen Überblick über das jüdische Vermögen verhalf.[275] Der Verkaufsdruck auf die jüdischen Eigentümer verschärfte sich durch die Ereignisse im November 1938 (Novemberpogrome) noch einmal deutlich.[276] Mit der „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3. Dezember 1938 konnten Juden nun praktisch nicht mehr selbst über ihr Vermögen verfügen, da für jede Transaktion die Zustimmung der Behörden erforderlich war.[277] Nur wenige Tage vor diesem Datum, am 21. November 1938, adressierte der Geschäftsführer Johannes Hess ein Schreiben an die Gesellschafter der Wacker-Chemie, namentlich an die Wacker Erben GmbH, Bosch (IG Farben), Gajewski (IG Farben) und ter Meer (IG Farben), mit der Bitte um Einverständniserklärung zum Erwerb der Chemischen Fabrik Aubing Dr. M. Bloch, einem langjährigen Kunden der Wacker-Chemie.[278] Die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie hatte zuvor vor allem Essigsäure-Anhydrid nach Aubing geliefert. Die Besitzer der 1903 gegründeten chemischen Fabrik, die Familie Bloch, waren jüdischer Abstammung.[279] Im Zusammenhang mit dem Novemberpogrom am 9. November 1938 und der damit ausgelösten Arisierungswelle war dem Geschäftsinhaber Moritz Bloch und seinem

[272] Vgl. ebd., S. 11.
[273] 1936 und 1937 erwirtschaftete das Unternehmen einen Gesamtverlust von rund 28.000 Reichsmark, der sich 1938 in einen Gewinn in Höhe von 53.017 Reichsmark wandelte (vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1939, S. 11).
[274] Zur Arisierung in München vgl. die grundlegende Studie von Selig, Arisierung. Auf die Arisierung von Münchner Unternehmen konzentriert sich Moser, Verdrängung, S. 131-146.
[275] Vgl. RGBl. I 1938, S. 414-415.
[276] Um sie zum Verkauf ihres Besitzes zu zwingen, wurden zahlreiche jüdische Unternehmer im Rahmen der Novemberpogrome in ein Konzentrationslager verschleppt, zudem mussten alle Juden eine Zwangsabgabe in Höhe von 25 Prozent ihres Vermögens leisten (vgl. Feldmann, Arisierung, S. 19 und 22).
[277] Vgl. RGBl. I 1938, S. 1709-1712.
[278] Vgl. HUW 6 D 45, Brief Hess an die Gesellschafter der Wacker-Chemie, 21. November 1938.
[279] Die chemische Fabrik eröffnete ihren kleinen Betrieb 1903 in der Landsbergerstraße in Aubing. Der Produktionsschwerpunkt lag zunächst auf chemisch-technischen Erzeugnissen für die Leder-, Linoleum- und Papierindustrie. Bekanntheit erlangte in der Frühphase vor allem flüssiger Klebstoff. Das Geschäft expandierte schnell, was bereits 1905 einen Umzug in neue Räumlichkeiten erforderte. Im Jahr 1912 folgte die Eröffnung einer Zweigniederlassung in Hamburg (vgl. Kahn, Münchens Großindustrie und Großhandel, S. 113-114).

Sohn Kurt der Zutritt zur Firma verboten worden.[280] Das verhängte Betretungsverbot erhöhte den Druck auf den vor allem für seine Acetylsalicylsäure-Erzeugung bekannten oberbayerischen Arzneimittelhersteller und setzte ihn unter Druck, einen Käufer für sein Unternehmen zu finden.

Am Erwerb des Geschäfts zeigte sich die Pharmazeutische Abteilung der IG Farben in Leverkusen interessiert, die das Objekt gemeinsam mit der Wacker-Chemie erwerben wollte. Da die geschäftlichen Verbindungen der Wacker-Chemie nach Frankfurt, Hoechst, Ludwighafen und Wolfen zu diesem Zeitpunkt weitaus enger als zur IG Farben-Betriebsgruppe Niederrhein waren, erscheint die geplante Zusammenarbeit auf den ersten Blick ungewöhnlich, doch konnte man auch in diesem Fall an alte Geschäftsbeziehungen anknüpfen.[281] Womöglich beruhte die Zusammenarbeit auf der Vermittlung von Fritz ter Meer, der von Bayer in Leverkusen kam. Zudem spielten pharmazeutische Mittel bei der Wacker-Chemie zu diesem Zeitpunkt nur eine untergeordnete Rolle, wenngleich die Sparte auch hier im Aufschwung begriffen und äußerst erfolgsversprechend war. Die Erwägung überrascht nicht zuletzt auch deshalb, da die Geschäftsführung der Wacker-Chemie die Expansionsentscheidungen selbst im Bereich ihrer Kernprodukte in der Regel weniger risikofreudiger traf. Hier könnten allerdings die langjährigen Geschäftsbeziehungen zu Bloch den Ausschlag gegeben haben, zumal zu den Chemischen Werken in Aubing auch nach dem Zweiten Weltkrieg personelle Verbindungen bestanden.[282] Obwohl sich die IG Farben, vertreten durch Bosch und Gajewski, wenige Tage später schriftlich mit dem Vorhaben einverstanden erklärten, wurde der Kauf nicht getätigt – zumindest nicht durch die Wacker-Chemie oder durch die IG Farben.[283] Stattdessen übernahm mit der Berliner Schering AG ein weiterer langjähriger Geschäftspartner der Chemischen Fabrik Aubing zusammen mit der Firma Heyl & Co. Chemisch-Pharmazeutische Fabrik (Berlin) das Geschäft zu gleichen Teilen. Der neue Gesellschaftsvertrag wurde mit einiger zeitlicher Verzögerung Ende

[280] Vgl. Bloch / Knoch, Chemische Fabrik Aubing, S. 100.

[281] Die Wacker-Chemie produzierte während des Ersten Weltkrieges Aceton, das bei der Firma Bayer in Leverkusen als Rohstoff Eingang in die Produktion von Kautschukersatzprodukten fand. Siehe hierzu auch das Unterkapitel zur Errichtung des Burghausener Stammwerkes B.1.3.

[282] Nach dem Krieg wurden die vier im Zuge der Zwangsarisierung von der Schering AG und Heyl & Co. eingesetzten Geschäftsführer wieder entlassen und der Betrieb bis zur Zurückgabe an Kurt Bloch im Jahr 1949 einem Treuhänder unterstellt. Hier schließt sich der Kreis zur Wacker-Chemie, denn der Treuhänder Sorge erteilte 1947 Siegfried Balke, seit 1927 Chemiker in Aubing, Prokura. Bevor der damals parteilose Balke 1953 zum Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen (2. Kabinett Adenauer) ernannt wurde, wirkte er für kurze Zeit als Direktor in der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie, was erneut für eine enge Beziehung beider Unternehmen spricht (vgl. StA München, Amtsgericht München, Registergericht Nr. 289 Chemische Fabrik Aubing Gesellschaft mit beschränkter Haftung).

[283] Vgl. HUW 6 D 45, Schreiben Gajewskis an die Wacker-Chemie, 24. November 1938.

September 1939 unterzeichnet.[284] Woran die Verhandlungen Blochs mit der Wacker-Chemie und Leverkusen ergebnislos geblieben sind und warum sich der jüdische Eigentümer mit einem anderen Käufer verständigte, bleibt ebenso unbeantwortet wie die Frage, ob der Vorgang von behördlicher oder parteilicher Seite zugunsten der Schering AG beeinflusst wurde, oder ob die Wacker-Chemie der Schering AG freiwillig den Vortritt gab. Denkbar ist auch, dass die Wacker-Chemie nicht mit einem höheren Kaufangebot aus Berlin gleichziehen konnte oder wollte, und das Vorhaben an der angespannten finanziellen Situation der Wacker-Chemie Ende 1938/Anfang 1939 gescheitert ist.[285]

3. Unternehmensleitung und Entscheidungshierarchien

Einige Jahre nach Gründung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie Kommanditgesellschaft entschied sich ihr Gründer Dr. Alexander von Wacker aus finanziellen Gründen für eine Änderung der Unternehmensform. Aus der seit 1914 bestehenden Kommanditgesellschaft wurde Mitte Dezember 1920 eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), die den Namen Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie trug. Zu den vier Gesellschaftern zählte neben der Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie Kommanditgesellschaft und der Dr. Alexander Wacker Familiengesellschaft mit beschränkter Haftung, der Firmengründer selbst und seine Ehefrau, jeweils als Privatpersonen.[286]

Mit dem Wandel der Gesellschaftsform einhergingen tiefgreifende Veränderungen der unternehmensinternen Entscheidungsstrukturen. Der Firmengründer war nun nicht mehr „allein vertretungsberechtigter, persönlich haftender Gesellschafter“,[287] sondern musste seine Entscheidungsgewalt teilen. Die regelmäßig tagende Gesellschafterversammlung war laut

[284] Das Stammkapital der Chemischen Fabrik Aubing belief sich auf 600.000 Reichsmark. Über den Kaufpreis ist nichts bekannt. Für die Schering AG zeichneten das Vorstandsmitglied Hans Hartenstein sowie der Prokurist Eduard Ackermann, zudem Hans-Joachim Heyl den neuen Gesellschaftervertrag (vgl. StA München, Amtsgericht München, Registergericht Nr. 289 Chemische Fabrik Aubing Gesellschaft mit beschränkter Haftung). Zu diesem Zeitpunkt hatte der Sohn Blochs Kurt das Deutsche Reich bereits verlassen, der Vater emigrierte erst 1940 (vgl. Bloch / Knoch, Chemische Fabrik Aubing, S. 100).

[285] Wie aus den Protokollen der Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie hervorgeht, haben die hohen Investitionssummen die Liquidität des Konzerns besonders ab Mitte der 1930er Jahre stark eingeschränkt. So rief der kaufmännische Geschäftsführer Freyer schon im September 1938 zur äußersten Sparsamkeit auf und Bosch ermahnte im Namen der IG Farben „es sei ganz unmöglich, jetzt irgendetwas finanzieren zu können“. Trotzdem hatte Bosch der Übernahme der Chemischen Fabrik Aubing wenig später zugestimmt (HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 27. September 1938, S. 4-5).

[286] Vgl. Gesellschaftsvertrag der GmbH, Scan des Originals, das von der Rechtsabteilung der Wacker-Chemie in München aufbewahrt wird, S. 2. Eine Kopie des Vertrages befindet sich im Firmenarchiv unter HUW 1 B 10 (Urkundenexemplar von Elisabeth von Wacker) und 1 C 26 (Urkundenexemplar der Kommanditgesellschaft).

[287] Scan des Gesellschaftsvertrages der GmbH, S. 2.

Gesellschaftsvertrag das zentrale Gremium, in dem die Unternehmensentscheidungen künftig fallen sollten. Obwohl die Tagesordnungspunkte in der Regel bereits im Vorfeld der Sitzungen ausformuliert und vorverhandelt wurden, war die Gesellschafterversammlung nicht nur pro forma die maßgebliche Entscheidungsplattform. Repräsentiert wurde die neue Gesellschaft mit beschränkter Haftung durch ihre Geschäftsführer. Diese Funktion übernahmen Wolfgang Freyer und Johannes Hess. Zur Geschäftsführung im weiteren Sinne kann zudem das Direktorium gerechnet werden, das sich primär aus den Abteilungsleitern der Münchner Hauptverwaltung zusammensetzte. Nicht zur Geschäftsleitung zählten hingegen die Werkleiter, die in der Regel in erster Linie eine ausführende Rolle bei den standortpolitischen Unternehmensentscheidungen besaßen.

Nach langwierigen Verhandlungen trat wenige Wochen nach der Gründung der GmbH in einem zweiten Schritt neben die Gründerfamilie ein weiterer Gesellschafter, die Farbwerke Hoechst AG. Das Chemieunternehmen wurde somit, zumindest in der Theorie, gleichberechtigter Entscheidungsträger bei der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie mbH.[288] In der Praxis agierte die Wacker-Chemie zunächst jedoch weitgehend autonom. Nach dem Tod des Firmengründers wurden die wichtigsten Unternehmensentscheidungen durch Aushandlungsprozesse zwischen der Geschäftsführung und den Gesellschaftern getroffen. Die Entscheidungsfindung wurde dabei maßgeblich durch den technischen Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Johannes Hess, gestaltet, der zusammen mit Wolfgang Freyer und dem Münchner Direktorium einen Großteil der alltäglichen Unternehmensentscheidungen traf, während hingegen große und kostspielige Investitionsentscheidungen das Einverständnis der Gesellschafter erforderten.

3.1 Die Gesellschafter

3.1.1 Die Umstrukturierung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie 1920 / 1921

Den Vorstellungen des Firmengründers entsprechend sollte die Wacker-Chemie ursprünglich als reine Familiengesellschaft geführt werden.[289] Allerdings befand sich die Kommanditgesellschaft in einer angespannten Lage. Ihre Finanzkraft war erschöpft. Für die

[288] Zur Geschichte der Farbwerke Hoechst vgl. Bäumler, Rotfabriker; ders., Hoechst sowie Lindner, Hoechst.
[289] Vgl. HUW 1 C 25, Kurzes Memorandum über die Entstehung und Entwicklung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, 10. Dezember 1948, S. 2 sowie HUW 1 C 25, Das Verhältnis der Wackerchemie zur I.G., 28. Juli 1947, S. 1.

beiden Großinvestitionen, das Alzkraftwerk und den Ausbau der Burghausener Produktion, wurde, wie bereits erläutert, dringend frisches Kapital benötigt. Ferner mussten die vielversprechenden Forschungsergebnisse des Consortiums aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit zügig in wirtschaftlich profitable und technisch realisierbare Bahnen gelenkt werden. Auch hierfür wurde Kapital benötigt. Zeitgleich belastete die Nachkriegsinflation alle Finanzierungspläne Wackers, so dass sich dieser schließlich für eine Umwandlung der Kommanditgesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung entschloss. Wie viele Unternehmer nach dem Ersten Weltkrieg vollzog er damit den Schritt weg von der Personengesellschaft hin zur Kapitalgesellschaft.[290] Die Umstrukturierung des Unternehmens sollte in zwei Schritten erfolgen. Zunächst wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in München in das Handelsregister eingetragen, deren Gesellschaftsanteile in den Händen des Firmengründers der Wacker-Chemie selbst, seiner Ehefrau sowie der Familiengesellschaft lagen. Bei der Familiengesellschaft handelte es sich ebenfalls um eine GmbH mit Sitz in München. Das Stammkapital betrug 16 Millionen Reichsmark. Davon entfielen auf die bisherige Kommanditgesellschaft sieben, auf Alexander von Wacker persönlich vier, auf seine Ehefrau eine sowie auf die Familiengesellschaft ebenfalls vier Millionen Mark.[291] Als Unternehmensgegenstand der neuen GmbH wurden folgende Aufgaben definiert:

> „die Errichtung, der Betrieb, Erwerb und die Pachtung von chemischen und elektrochemischen Unternehmungen, sowie anderen Unternehmungen ähnlicher Art und die Beteiligung an solchen Unternehmungen, insbesondere der Fortbetrieb der bisher der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, Kommanditgesellschaft in Burghausen, gehörenden Fabrik in Burghausen“ sowie die „Ausnutzung von Wasserkräften“ und „der Betrieb von Handelsgeschäften jeglicher Art.“[292]

Die Kommanditgesellschaft brachte das im Geschäftszweck genannte Werk in Burghausen in die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie mbH ein. Auch die Zahlungsverpflichtungen der Kommanditgesellschaft an den Firmengründer, der der Gesellschaft Darlehen in Höhe von rund elf Millionen Mark gewährt hatte, gingen auf die

[290] Die Änderung der Gesellschaftsform von einer Personengesellschaft zur GmbH entsprach ganz dem Trend der Nachkriegs- bzw. Inflationszeit. Im Jahr 1925 gehörte die GmbH mit 38.294 Gesellschaften auf dem Reichsgebiet hinter der Offenen Handelsgesellschaft mit 66.823 Firmen zu den zwei beliebtesten Gesellschaftsformen in Deutschland. Nach 1933 sollte sich diese Entwicklung wieder umkehren, denn Kapitalgesellschaften entsprachen nicht der nationalsozialistischen Ideologie (vgl. Schmalenbach, Beteiligungsfinanzierung, S. 98 und 169).

[291] Vgl. Scan des Gesellschaftsvertrages, Paragraph 7, S. 3-4; Sonderdruck aus der Wacker-Werkzeitung 2 (1996), Ein frühes geglücktes Joint Venture, S. 1.

[292] Scan des Gesellschaftsvertrages, Paragraph 3, S. 3.

GmbH über.[293] Wacker hatte vier Millionen davon an die Familiengesellschaft und eine Million an seine Ehefrau abgetreten. Diese Darlehenssummen bildeten nun die jeweiligen Stammeinlagen. Auch die Stammeinlage von Dr. Alexander von Wacker als Privatperson, die sich ebenfalls auf vier Millionen belief, resultierte aus dieser Zahlungsverpflichtung der Kommanditgesellschaft bzw. der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Einlage der Kommanditgesellschaft wurde auf sieben Millionen festgesetzt. Ausdrücklich ausgeschlossen waren hingegen die Anteile der Kommanditgesellschaft an den elektrochemischen Werken Breslau.[294] Die Kommanditgesellschaft verfügte also zum Zeitpunkt der Gründung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung noch über eigenen Besitz, so dass es kaum verwundert, dass die Geschäftsleitung die Kommanditgesellschaft weiterbestehen und nicht im Handelsregister löschen ließ. Die Eigentümer wollten indes abwarten „bis alle Rechte, insbesondere die im Grundbuch eingetragenen, auf die GmbH überschrieben sein würden, und um sicher zu gehen, dass, falls irgendein Recht vergessen sein sollte, dies ohne formelle Schwierigkeiten“ nachzuholen wäre.[295]

Entscheidungsgremium der Gesellschaft wurde die Gesellschafterversammlung, in der die Gesellschaftsbeschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst wurden. Das entsprach im Vertrag vom Dezember 1920 einer Stimme pro 100.000 Mark Gesellschaftsanteile. Was wiederum bedeutete, dass der Kommanditgesellschaft die meisten Stimmanteile zustanden. Dr. Alexander von Wacker selbst und die Familiengesellschaft hatten die gleiche Anzahl an Stimmen, wobei der Firmengründer zugleich die Stimmenmehrheit in der Familiengesellschaft besaß und dort die Rolle des Geschäftsführers übernahm. Folglich konnte er bei den Abstimmungen über die Gesellschafterbeschlüsse der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH nicht nur auf seine eigenen Stimmanteile bauen, sondern auch auf diejenigen der Familiengesellschaft zählen. Zudem zeichnete er für die Kommanditgesellschaft. Rechnet man seine eigenen Anteile und die der Familiengesellschaft zusammen, konnte man Alexander Wacker auch ohne die Anteile der Kommanditgesellschaft nicht mehr überstimmen.[296] Die Zustimmung der vier Gesellschafter zur Bilanz und der Entlastung der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 1920

[293] Einen Teil dieser Forderungssumme hatte Dr. Alexander Wacker bereits als Kapitaleinlage für die wenige Tage zuvor gegründete Dr. Alexander Wacker Familiengesellschaft GmbH verwandt.
[294] Der Geschäftsanteil an den elektrochemischen Werken Breslau verblieb im Besitz der Kommanditgesellschaft und wurde somit auch nicht zum Bestandteil des späteren Vertrages mit den Farbwerken Hoechst (vgl. Scan des Gesellschaftervertrages, Paragraph 26, S. 13-14).
[295] HUW 1 A 11, Schreiben der Geschäftsführer Freyer und Hess an den General der Flieger Karl Eberth, 20. März 1939.
[296] Vgl. Scan des Gesellschaftervertrages, Paragraph 17, S. 11.

verdeutlicht seine exponierte Stellung: Drei von vier Unterschriften trugen den Namen Dr. Alexander von Wackers, der für sich als Privatperson, für die Kommanditgesellschaft und für die Familiengesellschaft unterschrieb. Die vierte Unterschrift stammte von seiner Frau Elisabeth.[297]

In einem zweiten Schritt sollte die Wacker-Chemie einen zweiten, finanzkräftigen Gesellschafter erhalten. Die Geschäftsleitung hatte daher schon lange vor der Gründung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie Vorgespräche mit einem anderen Großunternehmen der chemischen Industrie geführt. Es handelte sich um die Farbwerke Hoechst AG, vormals Meister Lucius & Brüning (Hoechst).[298] Die Aufnahme eines weiteren Teilhabers sollte das Kapital der Wacker-Chemie erhöhen und deren Liquidität verbessern. Nicht zuletzt deshalb knüpfte Wacker vor allem finanzielle Forderungen an den neuen Miteigentümer. Wacker entschied sich hierbei jedoch aufgrund der schlechten Erfahrungen mit der EAG gegen eine Bankengruppe.[299] Stattdessen ließ er Verhandlungen mit einem Konkurrenzunternehmen der chemischen Branche führen. Eine Entscheidung, die sicherlich durch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage forciert wurde. So litt die chemische Industrie besonders nach der Umstellung auf die Friedenswirtschaft um 1920 unter enormen Überkapazitäten und hohem Preisdruck. Der Markt war hart umkämpft – die nationale und internationale Konkurrenz groß. Die angespannte Nachkriegszeit förderte in vielen Branchen Zentralisierungstendenzen. Unternehmenszusammenschlüsse galten daher als probates Mittel, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Eine Zusammenarbeit brachte Vorteile, zumal die Wacker-Chemie und Hoechst über große gemeinsame Schnittmengen in ihrer Produktpalette verfügten. Sie forschten und arbeiteten überwiegend auf denselben elektrochemischen Feldern. Bei Acetaldehyd, Aceton und Essigsäure hatten sie die Produktion beinahe zeitgleich begonnen.[300] Allerdings befürchtete man bei Hoechst zu dieser Zeit, die Wacker-Chemie könnte auf den süddeutschen Chlor-Markt eindringen und damit noch größere Absatzschwierigkeiten bei den Farbwerken verursachen, die in diesem Bereich ohnehin schon mit Überkapazitäten zu kämpfen hatte.[301]

---

[297] Vgl. HUW 7 B 1, Erklärung der Gesellschafter, 31. Juli 1921.

[298] Laut Richard Weidlich von den Farbwerken Hoechst plante Alexander Wacker zunächst eine Zusammenarbeit mit Siemens (vgl. Weidlich, Farbwerke Hoechst, S. 31).

[299] Vgl. HUW 1 C 25, Das Verhältnis der Wackerchemie zur I.G., 28. Juli 1947, S. 2.

[300] Vgl. HUW 1 D 11, Schreiben von Werner Freiesleben (Wacker-Chemie) an das Werksarchiv der Hoechst AG, 11. November 1966; HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 109.

[301] Hoechst ging dabei von der zutreffenden Annahme aus, dass die Wacker-Chemie plane, sobald das Alzkraftwerk seine Arbeit aufnehmen werde, selbst Chlor in größeren Mengen zu erzeugen (vgl. Weidlich, Farbwerke Hoechst, S. 31-32).

Dennoch gab es auch marktpolitische Ziele, die für eine Verständigung sprachen. So kämpfte man beispielsweise bereits seit 1917 gemeinsam um eine steuerliche Gleichstellung der Erzeuger von synthetischer Essigsäure, zu denen beide Unternehmen gehörten, und den Gärungsessigherstellern, die diese Gleichstellung vehement ablehnten. Was die Essigsäure betraf, stand man nicht nur mit den Gärungsessigherstellern, sondern auch mit den sogenannten Holzverkohlern, wie etwa der Holzverkohlungs-Industrie AG (HIAG), in Konkurrenz.[302] Ein geschlossenes Auftreten gegenüber Dritten bot folglich sowohl für die Wacker-Chemie als auch für Hoechst eine Chance, die gemeinsamen Interessen erfolgreich durchzusetzen und so die eigene Marktposition zu stärken.

Zu einer ersten Annäherung der beiden Unternehmen war es noch vor Kriegsende gekommen. So fanden etwa am 28. Juni 1918 Gespräche statt, an denen für Hoechst das stellvertretende Vorstandsmitglied Richard Weidlich[303], für die Wacker-Chemie die beiden Geschäftsführer Freyer und Hess sowie ein nicht namentlich benanntes Mitglied der Gründerfamilie teilnahmen. Vor einer Einigung stand die Klärung der jeweiligen Tätigkeitsfelder und Festlegung der Marktanteile. Zu den zentralen Fragen gehörten ferner der Umgang mit dem Chlor-Überschuss und die Aufteilung des Essigsäure-Verkaufes. Ein Teil der Chlorproduktion sollte künftig in die Erzeugung von Chlorkohlenwasserstoffen, insbesondere Trichlorethylen, fließen. Einer der Vorschläge der Farbwerke war daher, auf die Erzeugung von Chlorkohlenwasserstoffen zu verzichten, solange sich die Wacker-Chemie im Gegenzug dazu verpflichtete das dafür benötigte Chlor von den Farbwerken zu beziehen. In beiden Fragen kam es Ende 1918 zu einer Verständigung, die vorsah, dass die Wacker-Chemie monatlich 100 bis 200 Tonnen Chlor aus dem zu Hoechst gehörenden Werk Gersthofen abnahm und dafür Essigsäure an die IG Farben liefern durfte.[304] Ein weiteres Thema, das die

[302] Zu den Auseinandersetzungen um die synthetische Essigsäure und den damit verbundenen Interessenskonflikten vgl. den Beitrag von Wagner, Verbände.

[303] Richard Weidlich, der am 21. April 1878 in Maulbronn geboren wurde, studierte in Berlin, Lausanne und Tübingen Jura. Im Jahr 1901 folgte seine Promotion. Nachdem er als Assessor am Amtsgericht in Stuttgart gearbeitet hatte, nahm er 1903 seine Tätigkeit in der Patentabteilung der Farbwerke in Höchst auf. Dank dieser Funktion dürfte er ein ausgesprochen guter Kenner der zeitgenössischen Forschungslandschaft gewesen sein und wird auf diese Weise auch mit der ELH-Gruppe bzw. dem Consortium in Berührung gekommen sein. Im Jahr 1911 zum Prokuristen ernannt, folgte die Berufung zum stellvertretenden Vorstandsmitglied im Jahr 1916. Weidlich war von 1926 bis 1930 ordentliches Vorstandsmitglied, zudem Teilnehmer am Arbeitsausschuss des Vorstandes und Vorsitzender der Patent-Kommission. Das Ausschuss- und Kommissions-System der IG Farben empfand er jedoch als lästig, begrenzte es doch den eigenen Entscheidungsspielraum. Der Erwerb eines geeigneten Geländes zur Errichtung des neuen IG-Verwaltungsgebäudes im Frankfurter Grüneburgpark gehörte ebenso zu seinen beruflichen Erfolgen wie die Verhandlungen mit der Wacker-Chemie. Weidlich saß unter anderem im Aufsichtsrat von Kalle, der AG für Stickstoffdünger Knapsack und war Mitglied des Beirates der Reichsmonopolverwaltung. Er verstarb im Februar 1960 (vgl. Weidlich, Farbwerke Hoechst, S. 33; Heine, Verstand & Schicksal, S. 152-153).

[304] Die Wacker-Chemie erhielt am Essigsäure-Bedarf der IG Farben eine feste Quote von einem Viertel der Verkäufe bzw. maximal 2.000 Jahrestonnen zugestanden, die Absätze auf dem freien Markt sollten zu

geplante Zusammenarbeit gefährdete, war die Synthese von Carbidsprit über die Hydrierung des Acetaldehyds, da beide Unternehmen 1920 ihr Interesse an einer eigenen Alkohol-Produktion bekundeten, wodurch ein erneuter Interessenskonflikt ausbrach.[305]

In welcher Form sich Wacker und Hoechst zusammenschließen würden, blieb zunächst ebenfalls offen. Während der Wacker-Chemie, vertreten durch ihre Geschäftsführer, eher „eine gewisse Arbeitsteilung" bzw. eine „ergänzende" Entwicklung vorschwebte, sprach man bei den Farbwerken in diesem Kontext zum ersten Mal von einer Kapitalbeteiligung an dem Münchner Unternehmen. Es folgte eine Phase intensiver Auseinandersetzung mit möglichen Gestaltungsformen der Zusammenarbeit.[306] Eine wichtige Rolle bei diesen Verhandlungen übernahm der Hoechster Betriebsleiter Paul Duden[307], dessen Forschungsschwerpunkt schon vor dem Ersten Weltkrieg auf der katalytischen Oxidation von Acetylen zu Acetaldehyd gelegen war.[308] Auch die Beteiligung Hoechsts an der AG für Stickstoffdünger in Knapsack trug die Handschrift Dudens, der sich zudem stark auf der Verbandsebene engagierte.

Zu den Hauptdiskussionspunkten zählten die künftige Stellung des Firmengründers sowie die rechtliche Ausgestaltung des Zusammenschlusses, also die Rechtsform der künftigen Gesellschaft. Während sich Hoechst zunächst sogar eine Übernahme der Wacker-Chemie vorstellen konnte, beanspruchte Alexander von Wacker die Mehrheit am Unternehmen für die Gründerfamilie und forderte mindestens 51 Prozent der Geschäftsanteile. Ferner müssten ihm

---

dreifünftel an Hoechst und zu zweifünftel an die Wacker-Chemie fallen (vgl. HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 110 und HUW 1 A 1, handschriftlicher Brief von einem unbekannten Absender an Freiersleben, 7. November 1966, S. 8-9).

[305] Bei Carbidsprit handelt es sich um Alkohol, der aus Calciumcarbid gewonnen wird. Interessant ist an dieser Stelle, dass Weidlich selbst im Gewerbeausschuss der Branntwein-Monopolverwaltung saß (vgl. Wenzel, Deutsche Wirtschaftsführer, Sp. 2409).

[306] Vgl. HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 111.

[307] Paul Duden war am 30. Oktober 1868 als Sohn des bekannten Gymnasialdirektors und Erfinder des gleichnamigen „Duden-Wörterbuchs" Konrad Duden im westfälischen Soest geboren worden. Das Chemie-Studium führte ihn nicht nur nach Marburg und Würzburg, sondern auch nach Genf, Jena und Göttingen. Während seiner Studienzeit lernte er Emil Fischer und Ludwig Knorr kennen. Nach seiner Promotion im Jahr 1892 lehrte er an der Universität in Jena, bevor er 1905 als Leiter des Zentrallabors bei den Farbwerken Hoechst eintrat. Er gilt als einer der „Väter der Acetylenchemie" und arbeitete auf demselben Gebiet wie die Chemiker der Wacker-Chemie. Duden war von 1926 bis 1932 Betriebsleiter der Betriebsgemeinschaft Mittelrhein, ordentliches Vorstandsmitglied der IG Farben und stellvertretender Vorsitzender des Technischen Ausschusses. Von 1930 bis 1932 war Duden zudem Mitglied des Zentralausschusses des Vorstandes der IG Farben, der aus dem Personalausschuss entstanden war. Duden saß im Aufsichtsrat bei Kalle und der AG für Stickstoffdünger Knapsack. Zudem engagierte er sich im Vorstand der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und wurde zum Ehrensenator der Universität Marburg ernannt. Als Duden 1932 in den Ruhestand ging, wurde Ludwig Hermann sein Nachfolger. Duden verstarb am 7. Februar 1954 (vgl. Heine, Verstand & Schicksal, S. 82-83 und Wenzel, Wirtschaftsführer, Sp. 497-498.). Duden, der nie NSDAP-Mitglied wurde, war unter anderem Vorsitzender des Vereins Deutscher Chemiker (1929-1937), Vizepräsident der Deutschen Chemischen Gesellschaft (1933-1934) und Vorsitzender der Fachgruppe Chemie im Nationalsozialistischen Bund Deutscher Techniker (1937-1938) gewesen. Welche Rolle er bei der Gleichschaltung und Arisierung des Verbandswesens spielte, beleuchtet Maier, Chemiker.

[308] Vgl. Fischer, Duden, S. 154.

„weitgehendste Vorrechte zugestanden werden“. Im Gegenzug war man in München bereit, den Farbwerken ein Vorkaufsrecht im Falle seines Todes einzuräumen. Offen blieb zugleich die Frage, ob die Wacker-Chemie nach dem Zusammenschluss mit Hoechst als Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Aktiengesellschaft firmieren sollte. Aus steuerrechtlichen Gründen und auf Anraten der Wacker-Chemie fiel die Wahl im Januar 1921 auf eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Nach einer Einigung sah es dennoch nicht aus. Nachdem es im Sommer 1920 bei den Farbwerken bzw. in der Interessengemeinschaft der Farbstoffindustrie, der Hoechst zu diesem Zeitpunkt angehörte, zu größeren Zweifeln an der geplanten Zusammenarbeit gekommen war, gerieten die Verhandlungen erneut ins Stocken. Selbst die Besichtigung des Burghausener Werkes durch die vier Hoechster Verhandlungsführer und späteren Teilnehmer der Wacker-Gesellschafterversammlungen, Paul Duden, Adolf Haeuser,[309] Richard Weidlich und Ludwig Hermann, den späteren Nachfolger Dudens,[310] Mitte Juli 1920, konnte der neuen negativen Stimmung gegenüber dem

[309] Adolf Haeuser, geboren am 26. November 1857 in Weilburg an der Lahn, studierte Jura und Chemie in Freiburg, Berlin und Bonn. Vor seinem Eintritt in die Farbwerke Hoechst 1889 arbeitete er als Gerichtsreferendar in Paderborn sowie als Assessor bei der Staatsanwaltschaft Wiesbaden. Als Justiziar des Chemieunternehmens wirkte er aktiv an der Gestaltung der verschiedenen Zusammenschlüsse wie dem Zweibund, Dreierverband, Dreibund oder der Zusammenarbeit mit der Wacker-Chemie mit. Er leitete in Höchst die Rechts- und Patentabteilung. Haeuser war nicht nur der Nachfolger von Herbert von Meister als Vorstandsvorsitzender bei Hoechst, sondern bekleidete auch in den anderen Gründerunternehmen und Sparten der IG Farben hohe Ämter. So war er etwa Mitglied des Cassella-Gesellschafterrates, Aufsichtsratsvorsitzender bei Kalle, Aufsichtsratsmitglied bei der BASF und der AG für Stickstoffdünger Knapsack. Ab 1926 hatte Haeuser einen Sitz im Aufsichtsrat und im Verwaltungsrat der IG Farben. 1930 wurde er Mitglied im neu gegründeten Zentral-Ausschuss der IG Farben. Ein ähnliches Engagement zeigt er auch außerhalb der IG Farben. So war er als Präsident der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, als Mitglied der Industrie- und Handelskammer Frankfurt, als Mitglied der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, als Vorsitzender des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie oder im Berufsverband der Chemischen Industrie gut vernetzt. Adolf Haeuser trat 1932 in den Ruhestand und verstarb am 13. März 1938 in Frankfurt am Main (vgl. Heine, Verstand & Schicksal, S. 202-204 und Wenzel, Wirtschaftsführer, Sp. 833-834).

[310] Der am 10. April 1882 in Memmingen geborene Ludwig Hermann durchlief in Höchst eine Bilderbuchkarriere. Nach dem Studium der Elektrochemie in München und der Promotion 1907 folgten erste Arbeiten an einer Chloralkali-Anlage. Diesem Arbeitsschwerpunkt blieb Hermann auch nach seiner Einstellung bei den Farbwerken im Jahr 1911 treu. Von 1919 bis 1929 leitete er das Werk Gersthofen, 1920 wurde ihm Prokura erteilt. 1930 kehrte er bereits zum stellvertretenden Direktor ernannt von Gersthofen nach Hoechst zurück. Seit 1926 stellvertretendes Vorstandsmitglied der IG Farben, wurde er als Nachfolger Dudens 1933 ordentliches Vorstandsmitglied. Wie Duden war auch er Mitglied des Technischen Ausschusses der IG Farben. In seine Zeit als Betriebsleiter der Betriebsgemeinschaft Mittelrhein (1933 bis 1938) fielen umfassende Modernisierungsmaßnahmen. Er starb am 31. Mai 1938 an Kehlkopfkrebs (vgl. Heine, Verstand & Schicksal, S. 89). Ludwig Hermann wurde wohl gegen den Willen des Höchster Führungskreises und auf Anraten Carl Boschs von der IG Farben-Spitze zum Nachfolger Dudens bestimmt. Hermann, den Lindner als „reaktionär-konservativ“ bezeichnet, lehnte die Weimarer Republik ab und wurde zum überzeugten Anhänger des Nationalsozialismus; er trat zum 1. August 1935 in die NSDAP ein, wobei sein Beitritt während des Aufnahmestopps ein Geschenk des Gauleiters gewesen sein soll (Lindner, Hoechst, S. 81-96).

geplanten Zusammenschluss bei der IG Farben nicht entgegenwirken.[311] Sogar die Weiterführung der Verhandlungen stand nun zur Diskussion:

> „erklärte auf der Heimfahrt Prof. Duden, das Risiko wäre viel zu groß. Dr. Haeuser schloss sich diesen Bedenken an. Es gelang aber Dr. Weidlich, das Einverständnis zu vorsichtiger Weiterführung der Verhandlungen zu erlangen, wobei sich besonders vom Rath seinem Standpunkt anschloss. Die Verhandlungen, die ursprünglich mit dem Ziel eines Gesamterwerbes oder mindestens eines Erwerbs der Majorität geführt wurden, mußten bald auf den Erwerb der 50%igen Beteiligung beschränkt werden, da Dr. von Wacker unbedingt daran festhielt.“[312]

Grundbedingungen einer Zusammenarbeit und gleichzeitig Hauptdiskussionspunkt war die Beteiligung des neuen Gesellschafters an den hohen Kosten, die sich aus dem Ausbau der Wasserkraftnutzung und der Überteuerung der Alzkraft-Anlagen ergaben. Einige Vertreter der IG Farben sahen in der Energieversorgung per Wasserkraft ein nicht kalkulierbares Risiko. Die Wacker-Chemie verwies jedoch gerade auf den günstigen Strompreis, der sich aus der Nutzung der Wasserkraft ergebe und betonte die wertvolle Unterstützung, die sich die Wacker-Chemie und das Knapsacker Werk der Hoechst AG gegenseitig zuteilwerden lassen könnten. Die Argumente überzeugten, so dass sich beide Parteien erneut an den Verhandlungstisch begaben. Daneben befürchtete Hermann, dass der Stinnes-Konzern ebenfalls Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Wacker-Chemie bekunden und Hoechst auf diese Weise eine neue, ernstzunehmende Konkurrenz auf dem chemischen Gebiet entstehen könnte. Diese Entwicklung erhöhte den Druck auf Hoechst und wirkte sich positiv auf den Verhandlungsabschluss aus.

Nachdem beide Seiten eine „prinzipielle Bereitwilligkeit“ zu einer Verbindung beider Unternehmen bezeugt hatten, trat man im Oktober 1920 schließlich in die entscheidende Verhandlungsphase ein. Hermann traf sich mehrfach mit Hess und erstellte auf Grundlage dieser Gespräche ein Gutachten, das den Farbwerken eine Beteiligung an der Wacker-Chemie nahelegte. Für Hermann war die günstige Wasserkraft ausschlaggebend, die Kosten hierfür würden sich, da schloss er sich ganz der Meinung der Wacker-Chemie an, schnell amortisieren. Einen weiteren Vorteil sah er im Erfahrungsaustausch beider Unternehmen. Mit der anvisierten „technische[n] Zusammenarbeit“ ließen sich die „höchsten wirtschaftlichen

[311] Anders in der Darstellung Weidlichs, der berichtet, dass zunächst nur er nach Burghausen eingeladen worden war. Den Eindruck, den er und seine Begleitung Hermann dort vom Wacker-Werk bekamen, war so gut, dass er sich ein weiteres Mal, nun mit Haeuser und Duden, zur Besichtigung nach Burghausen begab (vgl. Weidlich, Farbwerke Hoechst, S. 32).

[312] Erklärung Dudens nach der Besichtigung des Werks am 14. und 15. Juli 1920 (vgl. HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 112).

Leistung[en]“ erzielen.[313] Wenige Wochen später stimmte auch die IG Farben einer Beteiligung der Farbwerke an der Wacker-Chemie zu. In einer Besprechung der IG Farben am 1. Dezember 1920 hieß es abschließend:

> „Dem Abschluß eines Abkommen mit den Wacker-Werken aufgrund der von Hoechst geführten Vorverhandlungen wird grundsätzlich zugestimmt und eine Kommission, bestehend aus einem Vertreter von Hoechst, Ludwigshafen und Griesheim zur Besprechung der weiteren Einzelheiten eingesetzt.“ [314]

Wie Johannes Heß in einem Schreiben an Adolf Haeuser betonte, begrüßte die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit den Farbwerken in Höchst, sondern war zudem sehr an einer direkten Verbindung mit den IG Farben interessiert: „[…] legen wir erhebliches Gewicht auf die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zur I.G.“ Offensichtlich hatte man seitens der Wacker-Chemie schon seit geraumer Zeit versucht, eine Annäherung an den Großkonzern zu finden, doch wurde der Weg, wie Hess in einem Schreiben an Haeuser anmerkt, wohl erst durch die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung und der Beteiligung der Farbwerke an dieser Gesellschaft ermöglicht: „Ich nehme an, daß infolge dieser Neugründung, an der ihre Gesellschaft zur Hälfte beteiligt ist, die Schwierigkeiten beseitigt sind, die bisher diesem Ziele entgegen standen.“[315] Dies macht deutlich, dass die Umwandlung der Unternehmensform durch die Gründung der Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Dezember 1920 eine notwendige Vorstufe für die geplante Beteiligung der Farbwerke und grundlegend für künftige Investitionen der IG Farben war.

Am 18. Januar 1921 trat Hoechst der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, GmbH als Gesellschafter bei.[316] Die Farbwerke erwarben mit Zustimmung der IG Farben die Hälfte der Gesellschaftsanteile. Die Wacker-Chemie wurde mit 95,5 Millionen Mark bewertet, der aktuelle Kapitalbedarf bei 50 Millionen Mark angesetzt.[317] Bis auf die Geschäftsanteile an den Elektrochemischen Werken Breslau waren alle Besitzungen der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie Kommanditgesellschaft bereits mit dem Gesellschaftsvertrag vom 16. Dezember 1920 auf die neue Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergegangen. Eine zweite Ausnahme stellten nun die der Alzwerke

[313] HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 112-114.
[314] Ebd., S. 115.
[315] Ebd., S. 114.
[316] Vgl. Scan des Vertrages Wacker-Hoechst vom 18. Januar 1921, S. 1.
[317] Vgl. HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 114.

GmbH übertragenen Grundstücke dar.[318] Aufgrund der komplexen Finanzierung der Alzwerke unter staatlicher Beteiligung wurden schließlich zwei Verträge mit den Farbwerken Hoechst geschlossen: ein allgemeiner Vertrag sowie ein Wasserkraftvertrag.[319] Im ersten Vertrag einigte man sich auf ein ausgeglichenes Beteiligungsverhältnis. Die Gewinnausschüttung sollte ebenfalls zu gleichen Teilen erfolgen. Die Farbwerke erhielten dementsprechend 50 Prozent des Reingewinnes. Die andere Hälfte verteilte sich zu knapp 23 Prozent auf die Kommanditgesellschaft, knapp 13 Prozent erhielt Dr. Alexander von Wacker persönlich, gut drei Prozent standen seiner Ehefrau zu, während auf die Familiengesellschaft ebenfalls knapp 13 Prozent entfielen.[320] Zeitgleich erfolgte die erste Erhöhung des Stammkapitals, das von 16 auf 75 Millionen Mark erhöht wurde, wobei die 59 Millionen Aufstockung von den Farbwerken als Bareinlage eingezahlt wurden. Trotz der unterschiedlich hohen Einlagen, erhielten beide Gesellschafter das gleiche Stimmrecht. Anschließend wurden die Änderungen in den noch nicht ganz einen Monat alten Gesellschaftsvertrag der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH aufgenommen. Die Gesellschafter der GmbH, also die Kommanditgesellschaft, Dr. Alexander von Wacker und seine Ehefrau als Privatpersonen und die Familiengesellschaft, stimmten auf einer Gesellschafterversammlung am 18. Januar 1921 abschließend der Änderung des Stammkapitals, der Bareinlage der Farbwerke Hoechst und der Aufteilung der Gesellschaft auf zwei Gesellschafter zu, wobei die Kommanditgesellschaft, Dr. Alexander von Wacker und seine Ehefrau sowie die Familiengesellschaft künftig zusammen eine Stimme haben sollten. Die andere Stimme entfiel auf die Farbwerke Hoechst als neuen Gesellschafter. Für die Eigentümerfamilie entschied zunächst der Firmengründer, nach seinem Tod dessen Witwe und schließlich die Familiengesellschaft, die jedoch nur als Gesamtheit eine gemeinsame Stimme abgeben konnte.[321]

Damit verbunden war also auch ein Wandel der Unternehmensorganisation, denn statt einer Einzelperson (Unternehmensgründer) sollte nach dem Tode Dr. Alexander von Wackers mit der Wacker Erben GmbH eine juristische Person die Entscheidungsgewalt im Unternehmen ausüben.

[318] Vgl. HUW 1 C 26, Niederschrift über die Prüfung der Abrechnung der Farbwerke Höchst am 17. und 20. Januar 1922, S. 3.
[319] Eine Abschrift desselben befindet sich ebenfalls in HUW 1 C 26.
[320] Vgl. HUW 1 C 26, Abschrift des Protokolls der Gesellschafterversammlung, 18. Januar 1921, Punkt XI.
[321] Vgl. HUW 1 C 26, Abschrift des Protokolls der Gesellschafterversammlung, 18. Januar 1921.

Als sich die größten Firmen der chemischen Industrie am 2. Dezember 1925 zur IG Farbenindustrie AG (IG Farben) zusammenschlossen, brachten die Farbwerke Hoechst auch ihre Beteiligung an der Wacker-Chemie in den neuen Frankfurter Großkonzern ein. Mit der Umstellung auf die Goldmark betrug das Stammkapital der Wacker-Chemie 1925 schließlich 7,5 Millionen Mark, die jedoch entsprechend dem Stimmrecht gleichmäßig auf die beiden Gesellschafter verteilt wurden. Sowohl die Farbwerke als auch die Wacker Erben GmbH verfügten nun über einen Anteil am Stammkapital von 3,75 Millionen Goldmark.[322] Im Vertrag war zudem eine enge Zusammenarbeit beider Unternehmen im Bereich der Forschung und Entwicklung vorgesehen. Handelte es sich um gemeinsame Arbeitsgebiete, sollte ein Erfahrungsaustausch stattfinden, ferner wurde sichergestellt, dass sich die Firmen „unter günstigen Bedingungen" gegenseitig Lizenzen zur Nutzung von Herstellungsverfahren und Patenten erteilten. Die Farbwerke und die IG Farben hatten dabei jedoch von einer Verwertung neuer Wacker-Verfahren ohne eine ausdrückliche Genehmigung aus München abzusehen. Explizit fand auch das Carbidwerk Lechbruck Erwähnung. Die Pacht sollte unter der Prämisse einer völligen Übernahme des Betriebes durch die Wacker-Chemie bis in das Jahr 1935 verlängert werden. Zu diesem Zweck räumte Dr. Alexander von Wacker der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ein Vorkaufsrecht für die Lechbrucker Aktien ein.[323]

Da die Alzwerke GmbH nun ebenfalls einen zweiten Gesellschafter erhielt, regelte ein zusätzlich geschlossener Wasserkraft-Vertrag die Übernahme des Überteuerungsbetrages für das Wasserkraftwerk durch die Farbwerke bzw. die IG Farben. Paul Duden wurde IG Farben-intern zum zuständigen Vorstandsmitglied für die Belange der Alzwerke GmbH bestimmt; Haeuser saß darüber hinaus neben Johannes Hess und Wolfgang Wacker auch im Gesellschaftsrat der Alzwerke GmbH.[324] Die Wacker-Chemie sollte 50 Millionen Mark als A-fonds-perdu-Beitrag[325] erhalten, das darüber hinaus fehlende Kapital wurde als Darlehen mit einer Verzinsung von 6,5 Prozent ausbezahlt. Im Gegenzug verpflichtete sich die Wacker-Chemie Verhandlungen mit dem an den Alzwerken beteiligten Deutschen Reich aufzunehmen, um mehr als die dem Unternehmen zustehende Hälfte des Alzstromes zu

[322] Vgl. Sonderdruck aus der Wacker-Werkzeitung 2 (1996), Ein frühes geglücktes Joint Venture, S. 2.
[323] Vgl. Scan des Vertrages Wacker-Hoechst vom 18. Januar 1921, S. 2-3.
[324] Vgl. BArch R 8128/3259, Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Geschäftsführer der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main und ihrer direkten und indirekten Beteiligungen Stand 1930, S. 40, 70, 78 und 211. In einer anderen, undatierten Aufstellung wurde Haeuser jedoch als Mitglied des Aufsichtsrates der Alzwerke geführt (vgl. BArch R 8128/3798, Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstands der IG Farbenindustrie AG und ihre Zugehörigkeit zu anderen Gesellschaften und maßgeblichen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereinen, fol. 10).
[325] Bei einem A-fonds-perdu-Beitrag handelt es sich um einen verlorenen Zuschuss, der nicht zurückgezahlt wird (vgl. HUW 1 C 26, Abschrift des Wasserkraftvertrages vom 18. Januar 1921, Paragraph 1).

erhalten. Ein Teil der zusätzlichen Energie, 5.000 Kilowatt Gleichstrom, sollte der IG Farben zugutekommen. Diese würden ein Produkt bestimmen, das dann von der Wacker-Chemie im Umfang dieser Strommenge erzeugt und anschließend zum Selbstkostenpreis mit einem Gewinnaufschlag von zehn Prozent an die IG Farben geliefert werden sollte. Diese Passage bedeutete für die IG Farben ein willkommenes Schlupfloch, mit dem sie Einfluss auf das Herstellungsprogramm der Wacker-Chemie nehmen konnten.

Im Januar 1921 folgten weitere Verhandlungen über die Alzwerke mit dem Reichsschatzamt in Berlin, bei denen Wacker anbot, die noch ausstehenden Baukosten selbst zu übernehmen, wenn man dafür zwei Drittel der Wasserkraftenergie zugestanden bekommen hätte. Die Summe belief sich zu diesem Zeitpunkt auf einen Betrag von rund 100 Millionen Mark, der letztlich jedoch auf 200 Millionen, also einer Überteuerung von 170 Millionen Mark angestiegen war. Diese Option, die erst durch die Beteiligung der Farbwerke möglich geworden war, wurde jedoch nie genutzt. Der alte Vertrag blieb bestehen, das Reich bezahlte wie geplant die Hälfte der Kosten.[326]

Beteiligter	Einzelsummen	Gesamtsumme	Art des Kapitals
	15 Millionen		Erstes Darlehen
Reich	85 Millionen	100 Millionen	Hälfte der Überteuerung
Farbwerke / IG	50 Millionen		Verlorener Zuschuss
Farben	35 Millionen	85 Millionen	Verzinstes Darlehen

Tabelle 12:Aufteilung der Alzkraft-Kosten

Ohne die Beteiligung der Farbwerke Hoechst an der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie mit beschränkter Haftung hätte man das Alzkraftwerk vermutlich nicht fertigstellen können. Die Lösung war ideal, denn auf diese Weise musste sich die Wacker-Chemie nicht selbst an der Bezahlung der immensen Mehrkosten für das Alzkraftwerk beteiligen. Stattdessen verteilten sich die Gesamtkosten des Alzwerkes auf drei Beteiligte: die Wacker-Chemie, die Farbwerke Hoechst bzw. die IG Farben und das Reich (vgl. Tabelle 12:Aufteilung der Alzkraft-Kosten). Der Preis, den man aus Sicht des Firmengründers und der Familiengesellschaft dafür zahlte, war die Aufgabe des alleinigen Führungsanspruches und der Entscheidungshoheit über den Gesamtkonzern – ein Wehmutstropfen, mit dem sich die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie in der Folgezeit arrangierte und der letztlich nicht zum Nachteil für das Münchner Unternehmen werden sollte.

[326] Vgl. HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 115-116.

3.1.2 Gesellschafterversammlung und Gesellschafterbeschlüsse

Nach Kriegsende wurde der IG Farben-Konzern und seine Tochterfirmen zunächst beschlagnahmt und anschließend in einem langwierigen Verfahren in einzelne Unternehmen zerschlagen (Entflechtung).[327] Damit war auch die Zukunft der Wacker-Chemie ungewiss geworden. Sie hing maßgeblich von der Einschätzung des IG-Farben-Einflusses auf die Unternehmenspolitik der Wacker-Chemie ab. Wie abhängig war die Wacker-Chemie von der IG Farben und welchen Einfluss hatte der Chemiegigant auf die Unternehmenspolitik der Wacker-Chemie? Zur Beantwortung dieser Fragen lohnt ein Blick auf die Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie.

Schon Peter Waller vertrat in seiner zeitgenössischen Studie zur chemischen Industrie Deutschlands 1928 die Ansicht, dass die Wacker-Chemie im Gegensatz zu vielen anderen Unternehmen der Chemie-Branche zwar unabhängig von der Kalkstickstoffindustrie sei, dass sie aber als Teil des IG Farbenkonzerns nicht frei agieren könne. Als einziges wirklich unabhängiges Unternehmen, das frei in seinen Unternehmensentscheidungen war, betrachtete er die Carbidfabrik Whylen des Beersond-Konzerns.[328] Im Gegensatz zu Waller betonen die zahlreichen, im Kontext von Beschlagnahmung und Entflechtung der Wacker-Chemie entstandenen Nachkriegs-Darstellungen jedoch bewusst die große Unabhängigkeit der Wacker-Chemie vom Frankfurter Großkonzern. Ihrem Urteil nach sei die Beteiligung der Farbwerke Hoechst eine „reine Geldoperation“ gewesen.[329] Die Wacker-Chemie wäre nach dem Zusammenschluss nicht nur finanziell autonom geblieben, sie habe ferner auch ihre Unternehmenspolitik selbständig und frei von jeglicher Beeinflussung durch die IG Farben gestalten können. Dabei wurde argumentiert, den Farbwerken als Gesellschafter der Wacker-Chemie sei „keinerlei Kontrollrecht eingeräumt“ worden.[330] Auch die Strukturen und Unternehmensorganisation der Wacker-Chemie, allen voran die Zusammensetzung der Geschäftsführung, wäre nach dem Zusammenschluss unverändert geblieben. Zudem hätte die Wacker-Chemie eine eigene technische und kaufmännische Organisation aufrechterhalten. Inwiefern dies für die Zeit bis 1945 tatsächlich zutraf, soll ein Blick auf die

[327] Siehe Kapitel C.4.3.

[328] „Die Calciumcarbidindustrie steht in enger Verbindung mit der Kalkstickstoffindustrie, deren Vorstufe sie ist. Infolgedessen kommen als Produzenten des Carbids in erster Linie die Kalkstickstoffwerke in Betracht. Daneben gibt es einige wenige selbständige Betriebe, so u. a. die Dr. Alexander Wacker G.m.b.H. des Farbenkonzerns. Das einzige bedeutendere unabhängige Unternehmen ist die Carbidfabrik Whylen G.m.b.H. in Whylen-Baden.“ (Waller, Probleme, S. 72).

[329] HUW 1 C 25, Das Verhältnis der Wackerchemie zur I.G., 28. Juli 1947, S. 3.

[330] HUW 1 C 25, Kurzes Memorandum über die Entstehung und Entwicklung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, 10. Dezember 1948, S. 2.

Gesellschaftsstruktur der Wacker-Chemie, auf ihre Gesellschafterversammlung als zentrales Entscheidungsorgan, auf die Teilnehmer und das Zustandekommen der dort gefällten Beschlüsse klären, wobei zu überprüfen ist, ob die unternehmenspolitischen Entscheidungen der Wacker-Chemie tatsächlich frei von Vorgaben der IG Farben waren.

Die Versammlung der Gesellschafter war gemäß Paragraph 11 des Gesellschaftsvertrages vom 16. Dezember 1920 ebenso wie die beiden Geschäftsführer ein Organ der GmbH.[331] An den Versammlungen nahmen die Vertreter der Gesellschafter sowie die Geschäftsführer der Wacker-Chemie teil. In der ersten Sitzung waren dies neben dem Firmengründer, der zugleich im Namen seiner Frau, der offenen Handelsgesellschaft und der Familiengesellschaft zeichnete, Adolf Haeuser und der Betriebsleiter Paul Duden für die Farbwerke Hoechst, die beiden Geschäftsführer der Wacker-Chemie Johannes Hess und Wolfgang Freyer sowie Otto Wacker, der die Aufgabe des Protokollführers übernahm. Die ersten drei Zusammenkünfte, im Mai und November 1921 sowie im Februar 1922, fanden noch zu Lebzeiten Dr. Alexander Wackers statt, danach zählten in der Regel seine beiden Söhne, Otto und Wolfgang Wacker, als Vertreter der Familiengesellschaft, die Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Johannes Hess und Wolfgang Freyer, sowie Adolf Haeuser, Paul Duden und Richard Weidlich von den Farbwerken zum Teilnehmerkreis dieser Treffen.[332]

Ein weiterer Paragraph des Gesellschaftsvertrages regelte die Häufigkeit der Zusammenkünfte. Es sollte jährlich mindestens eine ordentliche Sitzung stattfinden. Die Geschäftsführer konnten jedoch, „wenn es ihnen im Interesse der Gesellschaft erforderlich“ erschien, ebenso wie Alexander von Wacker oder einer der „übrigen Gesellschafter gemeinschaftlich die Einberufung unter Angabe der Tagesordnung verlangen“.[333] Zwischen dem 18. Mai 1921 und dem 26. Juni 1943 trat die Gesellschafterversammlung insgesamt 51 Mal zusammen. Bei 48 Terminen handelte es sich um reguläre Gesellschafterversammlungen, drei Versammlungen waren Sondersitzungen.[334] In der Regel tagte man alle vier bis sechs Monate, wobei in keinem Jahr mehr als drei Sitzungen abgehalten wurden. Nach Kriegsbeginn sank die Zahl der Gesellschafterversammlungen deutlich. Während für das Jahr 1940 noch zwei Sitzungen des Gremiums protokolliert wurden, scheint es in den Folgejahren jeweils nur

[331] Vgl. Scan des Gesellschaftervertrages, Paragraph 11, S. 9.
[332] In der ersten und dritten Sitzung am 18. Mai 1921 und 24. Februar 1922 findet Otto Wacker als Protokoll- bzw. Schriftführer Erwähnung. Stimmführend im Namen der Familiengesellschaft agierte in diesen Sitzungen noch sein Vater, Dr. Alexander von Wacker. Sein Bruder Wolfgang nahm zum ersten Mal am 24. Februar 1922 im Rahmen der dritten Gesellschafterversammlung teil (vgl. HUW 7 B 1 und 7 B 2, Protokolle der Gesellschafterversammlungen 1921-1945).
[333] Scan des Gesellschaftervertrages, Paragraph 14, S. 9-10.
[334] Vgl. HUW 7 B 1 und HUW 7 B 2, Protokolle der Gesellschafterversammlung 1921-1945.

einen Sitzungstermin pro Jahr gegeben zu haben. Für die Jahre 1944 und 1945 reißt die Überlieferung schließlich ganz ab. Ob in diesen Jahren keine Sitzungen stattgefunden haben, ob es sich schlicht um eine Überlieferungslücke handelt oder ob die Akteure statt den offiziellen Versammlungen einen anderen, informellen Rahmen für ihre Gespräche und Verhandlungen wählten, muss offenbleiben.

Wie bereits erwähnt wurden die meisten Unternehmensentscheidungen der Wacker-Chemie in der Gesellschafterversammlung diskutiert und dort anschließend zur Abstimmung gebracht. Als Diskussionsgrundlage wurde eine Tagesordnung erstellt, die den Teilnehmern vorab zugesandt wurde. Wie aus dem Schriftwechsel der Geschäftsführung mit den Gesellschaftern hervorgeht, wurden viele der Tagespunkte bereits vorab erörtert und die jeweilige persönliche und unternehmerische Einstellung gegenüber den anstehenden Entscheidungen im Vorfeld offengelegt. Sondierungsgespräche und Vorbesprechungen waren nicht ungewöhnlich, so blieb Zeit zusätzliche Informationen einzuholen oder konträre Standpunkte zu klären, bevor es zur offiziellen Abstimmung kam. Allerdings gelang es bei weitem nicht immer, alle Differenzen im Vorfeld zu beseitigen. So kamen im Laufe der Sitzungen immer wieder neue Fragen und Themen auf, die zu spontanen Diskussionen oder auch Ad-hoc-Entscheidungen führten. Was die Quantität der Diskussionsbeteiligung einzelner Teilnehmer betrifft, so lassen sich hier kaum Aussagen treffen, da die Sitzungen in Ergebnisprotokollen festgehalten wurden und daher nur selten konkrete Redebeiträge wiedergeben. Dennoch lässt sich zumindest mit Hilfe des im Umfeld der Sitzungen entstandenen Schriftwechsels der Tenor der Sitzungen sowie die Motivation der Anwesenden und ihre Interessen nachvollziehen.

Feststeht, die Versammlungsteilnehmer hatten durch ihre Teilnahme in diesem Gremium einen besonderen Einfluss auf den unternehmensinternen Entscheidungsfindungsprozess der Wacker-Chemie. Untersucht man die Teilnehmer genauer, wird deutlich, dass ihr Kreis gerade in der Frühphase der GmbH (zwischen 1922 und 1930) äußerst konstant blieb. Die Farbwerke Hoechst wurden in diesem Zeitraum ausschließlich durch die drei maßgeblich am Zusammenschluss von 1921 beteiligten Führungskräfte Haeuser, Duden und Weidlich repräsentiert, die schon lange in einem ausgesprochen engen Verhältnis zu Johannes Hess und der Wacker-Chemie standen. Mit der Pensionierung Weidlichs im November 1930 erweiterte sich der Teilnehmerkreis um Ludwig Hermann, mit dem Johannes Hess auch privat freundschaftlichen Kontakt pflegte. Der Umgang miteinander war vertraut, der Ton freundschaftlich, selbst wenn die Vertreter aus Höchst Repräsentanten der Farbwerke und

damit auch der IG Farben blieben, deren Interesse sie zur Not auch gegen den Willen der Vertreter der Wacker-Chemie durchsetzen sollten. So war und blieb die IG Farben auch nach dem Zusammenschluss in vielen Produktbereichen hauptsächlich ein Konkurrent der Wacker-Chemie. Es erstaunt daher umso mehr, dass es den Beteiligten auch bei konträren Standpunkten meist gelang, für beide Seiten tragbare Kompromisse auszuhandeln. Weder aus den Sitzungsprotokollen noch aus dem Briefwechsel mit den Gesellschaftern gehen größere Diskrepanzen, Verstimmungen oder gar persönliche Antipathien hervor. Dies traf in besonderem Maß auf die Zusammenarbeit mit Haeuser und Duden zu, die beide sehr auf einen Ausgleich bedacht waren, und die sich mehr als Hoechster, denn als IG Farben-Vertreter verstanden.[335]

Insgesamt nahmen im Untersuchungszeitraum dreizehn Personen an den Gesellschafter-Versammlungen teil. Lässt man die ersten drei Sitzungen und die beiden Geschäftsführer der Wacker-Chemie einmal außen vor und betrachtet nur die Vertreter der beiden Eigentümergesellschaften, so ergibt sich folgendes Bild: Die Seite der Familiengesellschaft wurde durch die zwei Söhne des Firmengründers, Hoechst bzw. die IG Farben hingegen durch sieben ihrer obersten Führungskräfte vertreten. Vier von ihnen stammten von den Farbwerken, zwei von der BASF und einer von Bayer. Auffällig ist der Generationenwechsel der Jahre 1932/33, der zugleich mit einem Wechsel der Firmenzugehörigkeit verbunden war. Statt der alten Hoechster Riege, Haeuser und Duden, die in den Ruhestand gegangen waren, wohnten ab Juni 1933 führende Vertreter der BASF den Sitzungen der Wacker-Chemie bei.[336] Im Winter 1932 erschienen Haeuser und Duden zum letzten Mal auf der Gesellschafterversammlung.[337] Ihre Plätze gingen auf zwei hochrangige Vertreter der

[335] Ein typisches Beispiel hierfür liefert das Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. März 1930, in dem die Umarbeitung von ausländischem Carbidstaub zu Essigsäure zur Debatte stand. Die Verarbeitung wurde seit 1925 von der Wacker-Chemie vorgenommen, wobei sich die IG Farben 1930 vertraglich vorbehalten hatte, dieses Geschäft gegebenenfalls selbst zu tätigen. Für Hess war dieser Anspruch „ungerechtfertigt“, da die Wacker-Chemie durch ihre Forschungsarbeit dieses Veredlungsgeschäft technisch erst ermöglicht hatte. Obwohl für ihn die Angelegenheit eindeutig war, drückte Hess in der Gesellschafterversammlung vorsichtig „die Hoffnung aus, dass der Wackerchemie auch weiterhin dieses kleine Geschäft verbleibt.“ Haeuser stimmte der Bitte der Wacker-Chemie zu und versicherte, Hermann anzuweisen „im Sinne der Wackerchemie diese Angelegenheit mit der I.G. zu regeln“. Die IG Farben erscheint hier als weitere (dritte) Partei, von der man offensichtlich annahm, dass sie der Entscheidung der Hoechster Führungsriege folgen würde (HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. März 1930, S. 5-6).

[336] Wie bereits erwähnt, war Haeuser für Hoechst bzw. für die IG Farben zugleich Mitglied des Gesellschaftsrates der Alzwerke GmbH, diese Aufgabe übernahm fortan Ludwig Hermann (vgl. HUW 6 D 45, Schreiben des IG Farben Vorstandes an die Wacker-Chemie, 21. Februar 1933).

[337] Vgl. HUW 6 D 45, Schreiben des IG Farben Vorstandes an die Wacker-Chemie, 21. Februar 1933.

Badischen Anilin- und Sodafabrik (BASF) über: Fritz Gajewski[338] und Carl Bosch[339]. Nach 1933 bildete sich von Seiten des IG Farben-Konzerns eine neue Stammbesetzung für die Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie heraus: Carl Bosch, Fritz Gajewski und Ludwig Hermann. Nach dem Tod Hermanns im Mai 1938 erhielt nicht etwa sein Nachfolger in Höchst, Carl-Ludwig Lautenschläger (1888-1962)[340], oder dessen Stellvertreter, Chefingenieur Friedrich Jähne (1879-1965), sondern Fritz ter Meer aus Leverkusen den freien

[338] Fritz Gajewski wurde am 13. Oktober 1885 im preußischen Pillau geboren. Wie Bosch studierte er in Leipzig Chemie, wo er 1910 promovierte. Er trat 1912 in das Hauptlabor der BASF ein. Im Ersten Weltkrieg war Gajewski Feldapotheker und Leiter des chemischen Untersuchungslabors der 6. Armee. 1917 forderte ihn die BASF jedoch erfolgreich für die Betriebsleitung der Gasfabrik Oppau zurück, zwei Jahre später versetzte man ihn nach Leuna. Der Prokura-Erteilung 1922 folgte 1925 die Ernennung zum Direktor. Zugleich wurde er Assistent Boschs. 1928 übernahm er die technische Leitung der Agfa, 1930 dann die Leitung der Sparte III. Zu seinen wichtigen Positionen zählten ferner die Leitung der Betriebsgemeinschaft Berlin (alle Agfa-Werke), die Werkleitung der Filmfabrik in Wolfen, der Sitz im Aufsichtsrat der Dynamit Nobel und die Ernennung zum ordentlichen Vorstandsmitglied der IG Farben 1932. Neben der Sparte Film war sein Tätigkeitsfeld auch die Herstellung chemischer Fasern – zwei Gebiete, auf denen es Berührungspunkte zur Wacker-Chemie gab. Gajewski nahm zudem an zahlreichen IG-Farben Gremien teil, darunter dem technischen Ausschuss sowie dem Zentral- und Arbeitsausschuss des Vorstandes. Nachdem er vom Nürnberger Militärgericht freigesprochen wurde, übernahm er unter anderem die Rolle des Vorstandsvorsitzenden bei der Dynamit Nobel Troisdorf. Gajewski, der 1953 das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik verliehen bekam, ging 1957 in den Ruhestand und verstarb am 2. Dezember 1965 in Hahnwald (vgl. Heine, Verstand & Schicksal, S. 159-161 und Karlsch, Gajewski.).

[339] Carl Bosch, der am 27. August 1874 in Köln geboren wurde, begründete gemeinsam mit dem Vorsitzenden von Bayer, Carl Duisberg, die IG Farben. Er gilt als einer der bedeutendsten Chemiker seiner Zeit. Sein Onkel Robert (1843-1904) war der Begründer der Stuttgarter Magnetzünderfabrik Bosch. Nachdem Carl 1894 zunächst Hüttenwesen und Maschinenbau in Berlin-Charlottenburg studiert hatte, wechselte er zwei Jahre später für ein Chemie-Studium nach Leipzig. 1899 trat er bei der BASF ein, wo er 1902 zum Laborleiter aufstieg und 1911 Prokura erhielt. Bekannt wurde er vor allem durch die Hochdrucksynthese des Ammoniaks aus dem Wasserstoff und Stickstoff der Luft (Haber-Bosch-Verfahren). Während des Ersten Weltkrieges war das von ihm mitentwickelte Verfahren zur chemischen Erzeugung von Salpeter für die Sicherstellung der deutschen Munitionsproduktion unverzichtbar. In die Kriegsjahre fiel zudem die Errichtung des Leunawerkes, das von seinem Schüler, Carl Krauch, dem späteren Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, 1917 in der Nähe von Merseburg in Betrieb genommen wurde und für das Bosch als Geschäftsführer die Verantwortung trug. In Leuna erzeugte man mit Hilfe der sogenannten Kohleverflüssigung synthetisches Benzin, das sogenannte Leuna-Benzin. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Bosch zum Vorstandsvorsitzenden der BASF ernannt und nahm als Berater an den Waffenstillstandsverhandlungen in Spa und Versailles teil. Aufgrund seiner Leistungen auf dem Gebiet der Hochdrucksynthese erhielt er 1931 gemeinsam mit Bergius den Nobelpreis für Chemie. Von der Gründung der IG Farben bis zum Jahr 1935 war Bosch Vorstandsvorsitzender des Großkonzerns, nach dem Tod Duisbergs 1935 übernahm er dessen Vorsitz im Aufsichtsrat der IG Farben. Bei Bayer und Hoechst saß er im Aufsichtsrat. Zudem war er Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Mitglied in zahlreichen weiteren Aufsichtsräten, auch außerhalb der chemischen Industrie, wie etwa bei der Gewerkschaft Auguste Victoria, der Duisburger Kupferhütte, den Vereinigten Aluminiumwerken (VAW), der Rheinisch-Westfälischen-Sprengstoff AG, der Degussa, der Metallgesellschaft und der Dynamit Nobel. Bosch erhielt seiner Position entsprechend zwar den Titel eines Wehrwirtschaftsführers verliehen, stand dem Nationalsozialismus aber gerade in seinen letzten Lebensjahren deutlich ablehnend gegenüber. Er verstarb am 26. April 1940 (vgl. jüngst Kühlem, Carl Bosch, S. 211-226; Heine, Verstand & Schicksal, S. 70-73; Klemm, Carl Bosch, S. 478-479 und die etwas ältere Biographie von Holdermann, Carl Bosch).

[340] Die Nachfolge Hermanns sollte ursprünglich Gustav von Brüning antreten, der sich jedoch 1938 das Leben nahm. Mit Lautenschläger fand die IG Farben-Leitung einen Kompromisskandidaten, der sich jedoch nur schwer in seine neue Rolle einfand. Laut Lindner entsprach Lautenschläger eher dem Typus Gelehrter als einem Manager, so dass man bereits zu Beginn der 1940er Jahre dazu überging, Karl Winnacker auf die Nachfolge an der Spitze der Betriebsgemeinschaft vorzubereiten (vgl. Linder, Hoechst, S. 97-114).

Sitz.[341] Warum Lautenschläger nicht an den Sitzungen teilnahm, ist unklar. Der Befund passt jedoch gut zu dem Bild, das Lindner über den Nachfolger Hermanns zeichnet.[342] Durch diesen Austausch war nach 1938 kein Vertreter der Farbwerke Hoechst mehr an den Gesellschafterversammlungen in München beteiligt, was schon etwas kurios erscheint, bedenkt man, dass damit eine der beiden Vertragsparteien des Zusammenschlusses von 1921 überhaupt nicht mehr in den Sitzungen repräsentiert war. Diese Rolle hatte nun die IG Farben übernommen. Offensichtlich korrespondiert diese Zäsur mit dem Bedeutungsverlust der Farbwerke Hoechst bzw. der Betriebsgruppe Mittelrhein (Maingau) innerhalb des IG Farben-Konzerns.[343] Streng genommen war dies jedoch nicht konform mit den im Gesellschaftsvertrag festgehaltenen Vereinbarungen. Zwar konnte entsprechend einem Zusatz zum Paragraph 10 des Gesellschaftervertrages der Anteil der Farbwerke ohne die Zustimmung des zweiten Gesellschafters – zu diesem Zeitpunkt also der Familiengesellschaft – unter den Mitgliedsfirmen der IG Farben aufgeteilt werden, doch stünde selbst dann „die Vertretungsbefugnis bis zur Auflösung der Interessensgemeinschaft der Farbstoffindustrie ausschließlich der Firma Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning in Höchst a./M. zu.“[344] Warum die Farbwerke nach dem Tod Hermanns ganz auf ihren Vertretungsanspruch verzichtet haben, ist daher kaum nachvollziehbar.

[341] Der am 4. Juli 1884 in Uerdingen bei Krefeld geborene Fritz ter Meer war der Sohn von Edmund ter Meer, dem Mitbegründer der späteren Chemischen Fabrik Weiler-ter Meer. Fritz ter Meer gehörte also zu einer der Gründerfamilien der IG Farben. Ter Meer studierte Chemie und zwei Semester Jura in Tübingen, Gießen, Berlin sowie in Grenoble. Sein Promotionsverfahren schloss er 1909 bei dem Nobelpreisträger Emil Fischer in Berlin ab. Danach arbeitete er im Unternehmen des Vaters und überzeugte diesen zum Beitritt in die IG Farben, wo er als Mitglied einer Gründerfamilie der IG Farben direkt einen Sitz im Vorstand erhielt. Gefördert wurde er vor allem durch Carl Duisburg. Dieser hätte ihn gerne als Nachfolger Boschs im Vorstandsvorsitz der IG Farben gesehen, Bosch entschied sich stattdessen jedoch für Hermann Schmitz, mit dem er zuvor bereits eng zusammengearbeitet hatte. Ter Meer übernahm in der Folgezeit Führungsaufgaben in Leverkusen, wurde Vorsitzender des Technischen Ausschusses, Leiter der Sparte II, Mitglied des Zentralausschusses, Geschäftsführer des ersten Bunawerkes in Schkopau und führte erfolgreich die Verhandlungen mit dem US-Konzern Standard Oil über die Verwertung des von den IG Farben entwickelten Synthesekautschuks. Wenig Sympathie brachte er den Farbwerken Hoechst und den dortigen Führungskräften entgegen. Im Jahr 1943 verlagerte sich sein Arbeitsschwerpunkt nach Italien. Dort fungierte er als Generalbevollmächtigter für die chemische Industrie, die für deutsche Kriegszwecke „nutzbar“ gemacht werden sollte. Ter Meer war zudem am Aufbau des IG Farben-Werks in Auschwitz beteiligt. Nach Kriegsende wurde er im IG Farben-Prozess in den Anklagepunkten Raub und Plünderung sowie Versklavung für schuldig befunden und zu sieben Jahren Haft verurteilt, aus der er jedoch 1952 vorzeitig entlassen wurde. Bis zu seinem Tod am 21. Oktober 1967 war er weiterhin erfolgreich in der deutschen Wirtschaft (u. a. bei Bayer, der Waggonfabrik Uerdingen und der Commerzbank) tätig (vgl. Wex, ter Meer, Fritz). Zudem verfasste er ebenso wie Richard Weidlich eine autobiographische Schrift, die 1953 erschien (vgl. Ter Meer, IG-Farben-Industrie-Aktiengesellschaft).

[342] Vgl. Vortrag Lindner zu den Farbwerken in der Nachkriegszeit, gehalten am 3. Juni 2014 an der Universität Würzburg.

[343] Hoechst hatte in der Weltwirtschaftskrise den Anschluss verloren. Die Anlagen, die technische Ausstattung und die internen Strukturen mussten modernisiert werden (vgl. Vortrag Lindner zu den Farbwerken in der Nachkriegszeit, gehalten am 3. Juni 2014 an der Universität Würzburg und Lindner, Hoechst, S. 56-64 und 81).

[344] HUW 1 C 26, Abschrift des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom 18. Januar 1921, Punkt IV.

Die Mehrheit der BASF innerhalb der Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie wurde nach dem Tod Carl Boschs im Jahr 1940 durch die Berufung Hermann Schmitz[345] aufrechterhalten. Der Großkonzern entsandte ausschließlich hochrangige Vertreter nach München: Ter Meer leitete die Sparte II sowie den wichtigen Technischen Ausschuss (TEA), der unter anderem über die Investitionspolitik der IG Farben entschied, Gajewski stand der Sparte III sowie der Betriebsgemeinschaft Berlin vor und Schmitz war Vorsitzender des Zentralausschusses, dem auch Duden und ter Meer angehörten.[346] Bosch, ter Meer, Gajewski und Schmitz hatten, wie Johannes Hess, den Titel eines Wehrwirtschaftsführers[347] verliehen bekommen und übernahmen wichtige Funktionen innerhalb der IG Farben, für die sie sich 1947/1948 zusammen mit zwanzig weiteren Führungskräften des Konzerns im Nürnberger IG Farben-Prozess, dem sechsten der sogenannten Nachfolgeprozesse, verantworten mussten.[348] Zudem liegt der Verdacht nahe, dass die Vertreter der IG Farben in den

[345] Hermann Schmitz wurde am 1. Januar 1881 in Essen geboren. Bevor er 1905 die Handelsschule in Frankfurt besuchte, absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung bei der Arenbergischen AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, wo er zum Assistenten des Verwaltungsratsvorsitzenden wurde. Anschließend nahm Schmitz eine Stelle als Assistent bei der Metallurgischen Gesellschaft an. Dort förderte ihn der Aufsichtsratsvorsitzende Wilhelm Merton. Dieser ernannte Schmitz bereits 1906 zum Prokuristen der von ihm gegründeten Berg- und Metallbank. Schmitz, der sich zum Finanzexperten entwickelt hatte, wurde 1915 zum Reichskommissar für die chemische Produktion in der Kriegsrohstoff-Abteilung, wo er Carl Bosch kennenlernte. Nach dem Ersten Weltkrieg trafen sich beide bei den Waffenstillstandsverhandlungen wieder, bei denen Schmitz als Berater für Nitrate und Düngemittel fungierte. In der Folgezeit intensivierten sie ihre Beziehung, bis Bosch seinen Vertrauten Schmitz schließlich als Finanzchef der BASF, später des IG Farben-Konzerns, installierte. Schmitz wurde bereits 1919 ordentliches Vorstandsmitglied bei der BASF. Dass Schmitz als Gründer des Stickstoff-Syndikates auch die Verkaufsgemeinschaft Stickstoff leitete, erstaunt wenig. Zudem war er Mitglied des Arbeits- und Personalausschusses, Vorsitzender der Finanz- und Einkaufskommission sowie Leiter eines weiteren IG Farben-Leitungsgremiums, dem von ihm initiierten Kaufmännischen Ausschuss. Außerhalb des IG Farben-Konzerns wirkte er als Wirtschafts- und Finanzberater für die Regierung. Nicht zuletzt deshalb schlug man ihn 1931 für das Amt des Wirtschaftsministers vor. Diesen Posten lehnte er ab. Im Jahr 1935 wurde Schmitz Nachfolger seines Förderers Bosch als Vorstandsvorsitzender der IG Farben. Auch bei Schmitz ist die Liste der Aufsichts- bzw. Verwaltungsratssitze sehr lang. Viele dieser Unternehmen standen in geschäftlicher Beziehung zur Wacker-Chemie, so dass seine Vernetzung sicherlich auch der Wacker-Chemie zugutekamen. Exemplarisch seien an dieser Stelle die Dynamit Nobel, zu denen auch Johannes Hess in enger Verbindung stand, die Riebeck´sche Montan, die Rheinisch-Westfälische-Sprengstoff, die Rheinischen Stahlwerke, die Vereinigten Stahlwerke, Kalle, Norsk Hydro, Auguste Victoria, die Metallgesellschaft, Krupp, die Reichskreditgesellschaft sowie die Allianz-Versicherung erwähnt. Im Nürnberger Prozess wurde er 1948 wegen Plünderung und Raub zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Nach seiner vorzeitigen Haftentlassung nahm Schmitz erneut Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft ein, darunter 1952 die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Deutschen Bank Berlin (West) oder 1956 der Ehrenvorsitz des Aufsichtsrates der Rheinischen Stahlwerke. Hermann Schmitz verstarb am 9. Oktober 1960 (vgl. Heine, Verstand & Schicksal, S. 128-133).

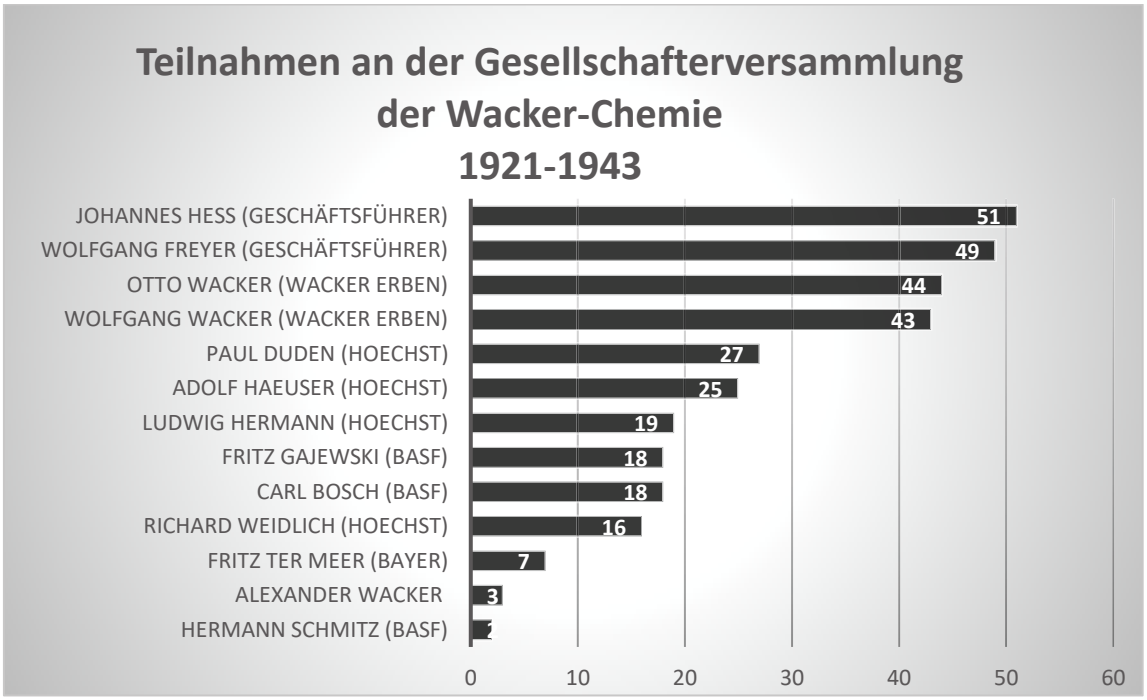
[346] Dem zentralen Führungsorgan der IG Farben, dem Arbeits-Ausschuss (AA) des Vorstandes standen zwei weitere Ausschüsse, der kaufmännische Ausschuss (KA) und der Technische Ausschuss (TEA), zur Seite. Nachdem es zu Streitigkeiten über die Effizienz des Arbeitsausschusses gekommen war, wurde 1930 der Zentral-Ausschuss als neues Spitzengremium unterhalb des Verwaltungsrates gebildet. Zur Organisation der IG Farben und ihrer Ausschüsse vgl. Plumpe, I.G. Farbenindustrie AG, S. 144-163, darunter auf S. 151 ein Organisationsschema.

[347] Zum Titel des Wehrwirtschaftsführers und der Verleihung an Johannes Hess siehe das Kapitel B.3.3.2 und 3.3.3.

[348] Während Gajewski in allen Anklagepunkten freigesprochen wurde, verurteilte der Gerichtshof ter Meer zu sieben und Schmitz zu vier Jahren Haft. Zum IG Farben-Prozess (vgl. Das Urteil im I.G.-Farben-Prozeß. Der vollständige Wortlaut mit Dokumentenanhang; Radant, Fall 6 sowie Priemel / Stiller, Nürnberger Militärtribunale).

Gesellschaftersitzungen der Wacker-Chemie versuchten, die Interessen ihrer jeweiligen Betriebsgemeinschaft umzusetzen. Ausschlaggebend für das individuelle Abstimmungsverhalten und damit für den gesamten Verlauf der Aushandlungsprozesse waren neben der Affinität zur eigenen Betriebsgemeinschaft auch die jeweilige Stellung innerhalb des IG Farben-Komplexes. Mit dem Rückzug Hoechsts aus der Gesellschafterversammlung dürften sich die beiden Geschäftsführer der Wacker-Chemie folglich nur schwer abgefunden haben. Zum einen trat mit ter Meer, Gajewski und Schmitz eine neue Generation des Manager-Typus auf die Bildfläche, die sich in ihren Verhaltensweisen, Einstellungen und Gepflogenheiten deutlich von denen der sogenannten alten Wirtschaftselite um Duden oder Bosch unterschieden, zum anderen hatte die Wacker-Chemie mit Hoechst zu diesem Zeitpunkt seit mehr als zehn Jahren eine enge und über weite Strecken sehr erfolgreiche Zusammenarbeit verbunden. Die personellen Beziehungen zu den Farbwerken reichten zum Teil weit über ein reines Geschäftsverhältnis hinaus, so pflegte Johannes Hess mit Paul Duden und Ludwig Hermann auch privat ein freundschaftliches Verhältnis.

Abbildung 3: Teilnehmer der Gesellschafterversammlung 1921-1943



Nimmt man die personelle Zusammensetzung der Gesellschafterversammlung in den Blick, so unterschieden sich die Teilnehmer auch hinsichtlich ihrer Altersstruktur, Ausbildung und dem Verlauf ihrer Karriere deutlich. Der älteste Teilnehmer war mit Jahrgang 1857 Adolf Haeuser, der jüngste mit dem Geburtsjahr 1891 Wolfgang Wacker. Dazwischen lag also fast eine ganze Generation. Zur zweiten Generation zählten neben Otto und Wolfgang Wacker

auch Fritz Gajewski und Hermann Schmitz. Zudem schien man bei der Auswahl der Repräsentanten, insbesondere auch bei der IG Farben, auf eine gewisse fachliche Eignung Wert gelegt zu haben. Der Personenkreis, der von den Gesellschaftern in dieses Gremium entsandt wurde, konstituierte sich überwiegend aus Chemikern. Sechs der neun Repräsentanten hatten Chemie studiert, davon alleine unter den IG Farben-Repräsentanten fünf von sieben. Ferner befanden sich mit Richard Weidlich und Otto Wacker zwei Juristen unter den Teilnehmern. Adolf Haeuser verfügte sowohl über eine juristische als auch über eine chemische Ausbildung. Nur Schmitz hatte kein Studium absolviert, er galt jedoch als ausgewiesener Finanzexperte.

Was die Anwesenheit bei den Sitzungen betrifft, so waren die beiden Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Hess und Freyer, wenig überraschend beinahe an allen Gesellschafterversammlungen anwesend. Hess verpasste im Untersuchungszeitraum keine einzige Sitzung, Freyer ließ sich nur zweimal krankheitsbedingt entschuldigen.[349] Als zweite Gruppe folgen die beiden Repräsentanten der Familiengesellschaft, die beinahe ebenso oft an den Zusammenkünften teilnahmen, wie die Geschäftsführer (vgl. Abbildung 3). Während Otto Wacker etwas häufiger in der Frühphase vertreten war, übernahm sein Bruder nach dessen Tod 1939 die alleinige Vertretung der Wacker-Erben GmbH. Mit etwas Abstand folgten die Vertreter aus Hoechst.

Als Debattierforum und Abstimmungsgremium war die Gesellschafterversammlung mitunter Austragungsort hitziger Aushandlungsprozesse. Den Vorsitz der Versammlungen führte laut Gesellschaftervertrag Dr. Alexander von Wacker, nach seinem Ableben stand dieses Recht seiner Witwe zu. Alternativ dazu konnten beide Eheleute eine andere Person mit dieser Aufgabe betrauen. Machten sie davon keinen Gebrauch, „so [wurde] der Vorsitzende von der Versammlung der Gesellschaft mit Stimmenmehrheit gewählt“.[350] Dr. Alexander von Wacker nahm bis zu seinem Tod an drei Versammlungen teil, agierte jedoch nur zwei Mal als deren Vorsitzender. Stattdessen führte Adolf Haeuser auf Wunsch des Firmengründers bereits in der zweiten Sitzung, die Mitte November 1921 stattfand, den Vorsitz. Diese Aufgabe erfüllte Haeuser auch nach dem Tod Wackers, so leitete er, nicht die Witwe Wackers, die Versammlungen in den folgenden zehn Jahren bis zu seinem eigenen Ausscheiden im Frühjahr 1933. Lediglich im Falle seiner Abwesenheit vertrat ihn Paul Duden. Es scheint, dass der Vorsitz bei den Gesellschafterversammlungen streng nach hierarchischen Kriterien

[349] Freyer fehlte an den Sitzungen vom 28. April 1924 und dem 24. April 1935.
[350] Scan des Gesellschaftsvertrages, Paragraph 18, S. 11-12.

vergeben wurde, so übernahm ihn nach Haeuser der Vorstandsvorsitzende der IG Farben, Carl Bosch. Nach dem Tod Boschs 1940 zählte Hermann Schmitz, der seit 1935 der Nachfolger Boschs als Vorstandsvorsitzender der IG Farben war, zweimal zu den Teilnehmern der Gesellschafterversammlung. Beide Male leitete er die Sitzung. War kein Vorstandsvorsitzender der IG Farben anwesend, fiel diese Aufgabe Fritz ter Meer zu, während Fritz Gajewski nie den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie führte. Theoretisch hätte dieser abwechselnd einem der Gesellschafter, also auch den Vertretern der Wacker Erben GmbH, zugestanden.[351] In der Praxis übernahmen jedoch weder Otto noch Wolfgang Wacker jemals selbst den Vorsitz bei den Versammlungen. Zum Prozedere gehörte es dennoch, dass sie dem jeweiligen Vorsitzenden ihre Zustimmung erteilen. So heißt es in den Protokollen explizit Haeuser, Bosch, ter Meer oder Schmitz übernehmen „auf Wunsch des Herrn Dr. Wacker“ oder „im Einverständnis mit“ den Familienmitgliedern den Vorsitz.[352]

Zu den Kernthemen in den Gesellschafterversammlungen gehörten: die Marktpositionierung der Wacker-Chemie in Zusammenarbeit oder auch in Konkurrenz zur IG Farben, Fragen der internationalen Märkte und des Umganges mit ausländischen Anbietern, die Preisgestaltung der Erzeugnisse, die Marktregulierung durch Syndikate, Vereinigungen oder Kartelle, die Vorbereitung und Ausgestaltung von Konventionen, die Absprache eines gemeinsamen Vorgehens gegen Dritte, die Entwicklung neuer Produkte, Preisfragen, der Rohstoff- und Zwischenprodukteaustausch zwischen beiden Unternehmen sowie die Realisierung und Erfolgskontrolle geplanter Projekte. Zusammenfassend lässt sich daher festhalten, dass sich ein Großteil der Besprechungen um Marktabsprachen und die Absprache einer gemeinsamen Unternehmenspolitik drehte. Der Großteil der Vorschläge und Anregungen kam von den beiden Geschäftsführern der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, Hess und Freyer. Sie wurden anschließend im Plenum zur Diskussion gestellt. Im Mittelpunkt der Aushandlungsprozesse stand Johannes Hess. Er wies das höchste Aktivitätsniveau in den Versammlungen auf und beanspruchte die meiste Redezeit, was wenig erstaunt, bedenkt man seine zentrale Rolle innerhalb der Wacker-Chemie. In der Gesellschafterversammlung sprach er für das Unternehmen, brachte Investitions- und Kreditanträge ein und erörterte notwendige marktgestalterische Maßnahmen aus Sicht der Wacker-Chemie. Er unterbreitete den Gesellschaftern die von der Geschäftsleitung konzipierten neuen Projekte und diente, wie sein Schriftverkehr verdeutlicht, als

[351] Vgl. HUW 4 B 26, Schreiben Sekretariat Hess an Sekretariat ter Meer, 14. November 1941.
[352] HUW 7 B 1 und HUW 7 B 2, Protokolle der Gesellschafterversammlungen 1921-1945.

Hauptansprechpartner für die IG Farben. Im Gegensatz zu den Vertretern der BASF oder der Hoechst AG hielten sich die Familienmitglieder während der Versammlungen, besonders in den späteren Jahren, im Hintergrund. Interventionen erfolgten von ihrer Seite vor allem bei allgemeinen unternehmenspolitischen Fragen, seltener bei Fragen der konkreten Ausgestaltung. Exemplarisch sei an dieser Stelle der Auszug aus dem Gesprächsverlauf der Sitzung vom 23. September 1927 zum Thema Schädlingsbekämpfungsmittel wiedergegeben. Offensichtlich ging es dabei um die Aufteilung des Marktes zwischen der Wacker-Chemie und der IG Farben. Eine in diesem Kontext von den Farbwerken vorgetragene Option war die Zusammenlegung der Verkaufsorganisation bzw. die Angliederung des Wacker-Vertriebes an die IG Farben-Verkaufsstelle:

> „Herr Prof. Dr. Duden erwähnt, dass es sich bei der Schädlingsbekämpfung um ein Geschäft handle, das grosse Reklame erfordert und dass die Wackerchemie deshalb mit der I.G. Verkaufsstelle zusammengehen solle, um doppelte Auslagen für Reklamekosten zu vermeiden. Die I.G. habe das Produkt in den Verkauf mit aufgenommen, aber vorsichtig, um keine Nackenschläge zu bekommen. Herr Dr. Wacker [Dr. Wolfgang Wacker, Anmerkung d. Verf.] entgegnet darauf, dass es entschieden leichter sei, das Mittel der Wackerchemie zu verkaufen, weil es vorzügliche Ergebnisse erziele und von den betroffenen Stellen direkt verlangt werde. Eine Reklame dafür sei nicht erforderlich. Das Mittel müsse aber momentan unbedingt von der Wackerchemie als bayerischer Firma verkauft werden, zumal das Absatzgebiet direkt vor München liege. Herr Geh. Rat Dr. Haeuser erklärt, es sei nicht gut, dass sich die Wackerchemie auch noch um die Schädlingsbekämpfung annehme, die Kosten seien im allgemeinen zu gross; wenn sie ihre Mittel aber in Kreise bringen wolle, wo keine grosse Propaganda notwendig sei, so leuchte dies ein. Die Hopfenbaugebiete in Bayern können seiner Ansicht nach der Wackerchemie frei bleiben. Es wird schliesslich vereinbart, dass sich die Wackerchemie mit dem Wackerkalk auf das Hopfenbaugebiet und die Nachtschattengewächse beschränkt, während der I.G. der Weinbau allein vorbehalten bleibt“.[353]

Die Frage nach dem eigenen Handlungsspielraum, der Souveränität und Unabhängigkeit der Wacker-Chemie von der Absatz- und Forschungspolitik der IG Farben kam in ähnlicher Weise beinahe in jeder Versammlung zur Sprache. Der geschilderte Gesprächsverlauf ist typisch für den Umgang mit unkomplizierten Konkurrenzsituationen. Bei Abgrenzungsfragen in umkämpften Sparten konnten die Diskussionen mitunter auch ein hitzigeres Gesprächsklima annehmen. Dabei wurde nicht immer eine Lösung gefunden. Einige Themen mussten wieder und wieder erörtert werden, bei anderen fanden die Beteiligten erst nach längerem Ringen außerhalb der Gesellschafterversammlung eine Lösung, in wieder anderen Fällen gab es letztlich überhaupt keinen Kompromiss. Selbst bei der Aufnahme neuer Forschungsarbeiten oder dem Erproben neuer Produkte im Probebetrieb müsse sich die

[353] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 23. September 1927, S. 7-8.

Wacker-Chemie mit den Stellen der I.G. verständigen, „die bereits auf diesem Gebiete tätig sind, um Konflikte zu vermeiden“, so die Ansicht Haeusers.[354] Für die Wacker-Chemie war weder die vollkommene Unabhängigkeit von den IG Farben möglich, noch konnten die IG Farben die Wacker-Chemie als abhängiges Unternehmen betrachten. Als Konsequenz fanden permanente Aushandlungsprozesse und ein reger Informationsaustausch statt, deren Aufgabe es ganz im Sinne einer „Leben-und-Leben-lassen-Regelung“ war, Kompromisse zu ermöglichen, mit denen schließlich beide Parteien zufrieden waren.

Das ambivalente Verhältnis zur IG Farben und die streckenweise zähen Aushandlungsprozesse der größenmäßig ungleichen Partner auf der Suche nach einem für beide Seiten profitablen Konsens durchzieht nicht nur die gesamte Zeitspanne von 1920 bis 1945, sondern bezog auch fast alle Produktbereiche mit ein. Zwar ist anhand der Versammlungsprotokolle und Niederschriften dem Zitat: „Die Geschäftsführung verfocht auch stets die Selbständigkeit der Wackerchemie“ im Allgemeinen zuzustimmen, doch kann die Aussage „und wehrte jeden Versuch irgendwelcher I.G-Stellen, sich in die Geschäftsführung einzumischen, stets erfolgreich ab“,[355] nicht unwidersprochen stehen gelassen werden. Schließlich wurden die Entscheidungen für oder gegen Neuinvestitionen oder die Förderung einer bestimmten Produktionslinie von den Gesellschaftern getroffen. Viele der Bauprojekte wurden über sogenannte Gesellschafterkredite finanziert, wobei es die Gesellschafterversammlung war, die über die von den Geschäftsführern vorgelegten Kreditgesuche der Wacker-Chemie entschied. Auch bei der Aufnahme von Grundschulden oder Hypotheken, wie etwa im Falle der Errichtung des Chemowerkes 1937, mussten beide Gesellschafter der Wacker-Chemie zustimmen. Erklärte ein Gesellschafter seine Zustimmung nicht, konnte das Vorhaben nicht realisiert werden.[356] Was dann tatsächlich auch hin und wieder eintrat, da einige Investitionsüberlegungen der Wacker-Chemie durch die Vertreter der IG Farben bereits in der Gesellschafterversammlung abgelehnt wurden.[357] Damit waren sie zunächst gescheitert, denn alle Anfragen bedurften des Einverständnisses beider Gesellschafter. Wurden die Anfragen in der Gesellschafterversammlung positiv beurteilt, gab es noch eine weitere Hürde, denn die Finanzierungsanträge der Wacker-Chemie mussten in

[354] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 16. Mai 1929, S. 11.
[355] HUW 1 C 25, Kurzes Memorandum über die Entstehung und Entwicklung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, 10. Dezember 1948, S. 2.
[356] HUW 6 D 45, Schreiben der Wacker-Chemie an Karl Bosch und die Wacker Erben GmbH mit Zustimmungserklärung, 17. März 1937.
[357] So zum Beispiel die Errichtung einer neuen Aceton-Fabrik in Burghausen. Diese Investition wurde von Haeuser auf der Gesellschafterversammlung im März 1928 vehement abgelehnt (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 4. März 1928, S. 8).

den entsprechenden Gremien der IG Farben, in erster Linie im zentralen technischen Ausschuss (TEA), diskutiert werden, wo sie ebenfalls zurückgestellt oder abgelehnt werden konnten.[358] Erhielt ein Investitionsantrag die Zustimmung der IG Farben trug diese 50 Prozent der Gesamtkosten – ein entscheidender Vorteil für die Wacker-Chemie, da diese angesichts ihrer Größe und finanziellen Ausstattung die eine oder andere Großinvestition nicht hätte selbst finanzieren können. Mit dem Ausbau der Standorte und den geplanten Produktionssteigerungen ab Mitte der 1930er Jahre stellte die eigene Liquidität für die Wacker-Chemie wie schon in den Jahren der Wirtschaftskrise ein großes Problem dar. Ohne die in diesen Jahren von der Familiengesellschaft und der IG Farben genehmigten Gesellschafterkredite hätten bereits begonnene Ausbauprojekte aus Geldmangel nicht mehr fertiggestellt werden können. Die Entwicklung der Wacker-Chemie wäre stagniert. Die IG Farben waren also zumindest was die Expansion der Wacker-Chemie betrifft, ein durchaus entscheidender Faktor.

Die Genehmigung der Finanzmittel durch die Vertreter der IG Farben konnte, wie etwa im Fall eines Kredits für einen elektrischen Kipp-Ofen im Jahr 1931, auch an bestimmte Bedingungen geknüpft werden. Bei diesen handelte es sich meist um Produktionseinschränkungen zur Verhinderung ungewünschter Konkurrenz durch die Wacker-Chemie.[359] Alternativ war es möglich, die Investitionen ohne Gesellschafterkredit direkt aus den Mittel der GmbH zu bestreiten, was zwar nicht zwingend die Zustimmung der Gesellschafter, sehr wohl aber eine ausreichend hohe Liquidität voraussetzte.

Galt es jedoch den gemeinsamen Marktanteil gegenüber einer dritten Partei zu verteidigen, verzichtete die Wacker-Chemie zuweilen auf ihre Unabhängigkeit, Vorrang hatte nun ein möglichst geschlossenes Auftreten gegenüber der Konkurrenz:

---

[358] In der Regel wurden die Kreditanträge der Wacker-Chemie gemeinsam mit denen der IG-Betriebsgemeinschaften und Standorte in den Sitzungen des Technischen Ausschusses behandelt (vgl. etwa BArch R 8128/74, Aufstellung der Kreditanforderungen zur Sondersitzung am 24. März 1938, fol. 407, 477-479, darunter Kreditforderungen für die Wacker-Werke in Burghausen und Stetten in Höhe von 228.500 Reichsmark, das genehmigte Gesamtkreditbudget lag indes bei 38 Millionen Reichsmark. Der IG Farbenanteil an den Wacker-Investitionen stellte also verhältnismäßig nur einen geringen Prozentsatz der gesamten Budgetplanung dar). Dort wurden sie i. d. R. genehmigt, in einigen Fällen, wie etwa beim Ankauf aller Anteile der Elektrochemischen Werke Breslau durch die Wacker-Chemie oder bei der Vergrößerung der Burghausener Vinylacetat-Anlage, die beide auf einer TEA-Sondersitzung im Oktober 1935 diskutiert wurden, jedoch auch zurückgestellt (vgl. BArch R 8128/53, Niederschrift der IG Farben-Sondersitzung vom 16. Oktober 1935, S. 8).

[359] Die IG Farben knüpften ihre Zustimmung an die Bedingung, dass man mit diesem Ofen kein reines Chrom oder Aluminium-Magnesium erzeugen würde (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. April 1931, S. 21).

> „Herr Geh. Rat Dr. Haeuser führt dann aus, dass sich bei den Verhandlungen mit der Rhodiaseta Divergenzen zwischen der I.G. und der Wackerchemie ergeben haben, teils habe Herr Weidlich, teils Herr Dr. Hess verhandelt. Herr Dr. Hess hat sich schon gestern damit einverstanden erklärt, dass wir nicht nebeneinanderlaufen, weil sonst gegenseitig schwere Benachteiligungen eintreten. Es darf nicht der Standpunkt vertreten werden, wir, die Wackerchemie, sind eine unabhängige Firmen und können tun, was wir wollen. In wichtigen Geschäften müsste man sich gegenseitig verständigen. Herr Dr. Hess hat aber gewünscht, dass diese Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeit beruhen müsse, was berechtigt ist.“[360]

Versuchte man gleichzeitig auf demselben, mitunter sowieso schon umkämpften Markt Fuß zu fassen, „[habe] die Wacker-Gruppe tatsächlich immer den Eindruck gehabt, dass die I.G. der Wackerchemie sehr oft entgegenarbeite. Nur darf bei dieser Verständigung die Wackerchemie nicht benachteiligt werden.“.[361] Unter den Vertretern der IG Farben herrschte bei derartigen Debatten nicht immer Einigkeit, so gingen auch in dem angesprochenen Fall die Einstellungen deutlich auseinander: „Herr Dr. Weidlich meinte, um eine automatisch arbeitende Verständigung zu erlangen, müssten wir uns kontingentieren. Herr Geh. Rat Dr. Haeuser ist nicht dieser Meinung. Man kann sich auch in einer Konkurrenz vernünftig verständigen. Es muss nur eine Sache des Vertrauens sein.“[362]

Während also die Unternehmensentscheidungen der Wacker-Chemie durchaus von der IG Farben als Gesellschafter des Unternehmens beeinflusst wurden, agierte der Konzern nach außen weiterhin selbständig und unabhängig von den IG Farben. Das Unternehmen und seine Vertreter handelten hier stets im eigenen Namen, nicht als Teil des IG Farben-Komplexes. Diese Wahrnehmung deckt sich mit der halbstaatlichen, staatlichen oder militärischen Überlieferung. So trat die Wacker-Chemie bei den Gesprächen und Verhandlungen mit den Planungs- und Bewirtschaftungsstellen nicht nur als eigenständige Firma auf, sie wurde auch unabhängig von den IG Farben gelistet und bewertet.[363]

---

[360] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 4. März 1928, S. 9-10.
[361] Ebd.
[362] Ebd.
[363] Exemplarisch seien an dieser Stelle die internen Übersichten der Reichsstelle Chemie (vgl. etwa R 8-VIII/458, Verzeichnis der Abwicklungsstelle Bereich Lösungsmittel), der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie (vgl. etwa die Übersicht Fremdstrombedarf Stand 7. Juli 1943 unter R 13-XII/183), des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau (vgl. etwa die Terminübersicht Sachgebiet Chemie des Karinhallplanes unter R 3112/89, fol. 4) oder des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion (vgl. etwa die Beiträge zur Luftschutzkartei vom 10. Januar 1943 unter R 3/1890, fol. 238) genannt, in denen die Wacker-Chemie als eigenständiger Posten, getrennt von den Anlagen der IG Farben, geführt wurde.

3.2 Die Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie bestand im Untersuchungszeitraum aus zwei Geschäftsführern. Im weiteren Sinne umfasste sie auch das sogenannte Direktorium, das aus den Abteilungsleitern und Prokuristen der Hauptverwaltung in München bestand. Die Geschäftsführer waren an die Weisungen der Gesellschafterversammlung gebunden.[364] Im Gesellschaftsvertrag der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH vom 16. Dezember 1920 wurden die beiden Direktoren und Prokuristen, Wolfgang Freyer und Johannes Hess, als Geschäftsführer der Wacker-Chemie eingesetzt.[365] Diese Funktion übten sie ohne Unterbrechung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 aus. Der Zusammenschluss mit Hoechst 1921 hätte zwar zu einer Veränderung der Unternehmensleitung führen können, denn gemäß einer Zusatzvereinbarung war die Ernennung eines dritten Geschäftsführers möglich, der dann von den Farbwerken bzw. der IG Farben berufen worden wäre. Doch von dieser Regelung, die nur in Kraft treten sollte, wenn „es sich im Hinblick auf die Lage und Ausdehnung der Geschäfte für zweckmäßig erweist", wurde nie Gebrauch gemacht.[366] Die Aufnahme der Farbwerke Hoechst als zweiten Gesellschafter wirkte sich also nicht auf die personelle Zusammensetzung der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie aus.

Die Geschäftsführer hatten ihre Büros in der Münchner Hauptverwaltung.[367] Beide vertraten das Unternehmen und seine Interessen gegenüber den Gesellschaftern oder nach außen, wie etwa bei der aktiven Mitarbeit an marktregulierenden Syndikaten und Konventionen oder im behördlichen Kontext, was eine hohe Reisetätigkeit zur Folge hatte. Der in dem Gesellschaftsvertrag der GmbH geregelte Vertretungsanspruch sowie ihre Zeichnungsbefugnis galten für beide Geschäftsführer zusammen oder auch für einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.[368] Ferner oblag ihnen die Gestaltung der Personalpolitik. Letztlich jedoch liefen bei den Geschäftsführern Wolfgang Freyer und Johannes Hess alle relevanten Unternehmensentscheidungen zusammen. Nur wenige Führungskräfte der Wacker-Chemie waren so lange und intensiv mit dem Firmengründer und der Firmengeschichte verbunden. Die in etwa gleich alten Geschäftsführer waren bereits

[364] Vgl. HUW 1 C 26, Abschrift des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom 18. Januar 1921, Punkt VII.
[365] Vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, S. 82.
[366] HUW 2 B 15, Verflechtung mit der Wackergesellschaft, ohne Datum, S. 116.
[367] Diese hatte ihren Sitz seit November 1919 in der Münchner Prinzregentenstraße. Das Anwesen war bei der Gründung der GmbH 1920 als Firmenbesitz durch die Kommanditgesellschaft eingebracht worden (vgl. Scan des Gesellschaftervertrages, Paragraph 8, S. 4).
[368] Vgl. Scan des Gesellschaftsvertrages, Paragraph 11, 12 und 13, S. 9.

Angestellte der Elektrizitäts-AG, vormals Schuckert & Co. gewesen. Scheinbar waren sie zeitgleich, im Jahr 1895, in das Nürnberger Unternehmen eingetreten und hatten so bereits die Vorläufer der späteren Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie kennengelernt.

Was ihren Führungsanspruch im Konzern betraf, so agierten beide Geschäftsführer laut Gesellschaftsvertrag gleichberechtigt.[369] Dennoch nahm Johannes Hess nicht nur in der zeitgenössischen Wahrnehmung, sondern auch in der Firmengeschichtsschreibung eine deutlich exponiertere Stellung als sein Kollege Wolfgang Freyer ein. Dies verwundert wenig, war es doch Hess, der nach dem Tod des Firmengründers zum führenden Kopf und Repräsentanten der Wacker-Chemie avancierte. Die Arbeitsgebiete und Aufgabenfelder der Geschäftsführer waren klar voneinander getrennt. Dabei unterscheidet die Firmengeschichtsschreibung die beiden Aufgaben- und Einflussbereiche der Geschäftsführer in kaufmännische und technische Belange. Danach fungierte Hess offiziell als technischer Geschäftsführer, während Freyer als kaufmännischer Geschäftsführer bezeichnet wird. Diese Einteilung greift allerdings zu kurz. Hess betreute im Konzern zwar tatsächlich den technischen Ausbau der einzelnen Betriebe und Standorte, sein Einflussbereich ging jedoch weit darüber hinaus. Er engagierte er sich zudem auch in kaufmännischen Belangen und vertrat die Interessen des Unternehmens nach außen. Um sich vor Ort persönlich ein Bild der Lage zu machen und im Gespräch mit den jeweiligen Mitarbeitern aktuelle unternehmenspolitische Fragen zu erörtern, bereiste er, im Gegensatz zu Freyer, regelmäßig die einzelnen Werke der Wacker-Chemie. Zwar traf Freyer im Rahmen der Syndikats- und Kartellverhandlungen ebenfalls auf Vertreter anderer Unternehmen, allen voran aus den Reihen der IG Farben, doch war Johannes Hess innerhalb der Wirtschaftselite seiner Zeit deutlich besser vernetzt. Nicht zuletzt aufgrund seiner guten Verbindungen, war es auch Hess, der für die Wacker-Chemie die Verhandlungsführung bei wichtigen Großkunden, wie etwa den rheinischen Stahlerzeugern, übernahm oder der nach 1933 die entscheidenden Verhandlungen in Berlin führte. Die Stärken Freyers wiederum lagen in der Gestaltung und Leitung marktregulierender Konventionen, Syndikate und Kartelle, außerdem übernahm er primär die Verwaltungsbelange des Konzerns. Hier spielte er eine aktive und zentrale Rolle. Der juristisch versierte Freyer führte, wie etwa am Beispiel des Bergwerkes in Stetten ersichtlich, in der Regel auch die Verhandlungen mit den Verpächtern und schloss die

[369] Paragraph 13 sah für den Fall einer Meinungsverschiedenheit unter den Geschäftsführern vor, dass jeder der beiden berechtigt ist, die Entscheidung der Gesellschafterversammlung einzuholen (vgl. HUW 1 C 26, Abschrift des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom 18. Januar 1921, Punkt VII).

Pachtverträge im Namen der Wacker-Chemie ab.[370] Es hat den Anschein, als wäre Freyer ab Mitte der 1930er Jahre ein Stück weiter in den Hintergrund getreten. Zwar engagierte er sich nach wie vor im Verkaufs- und Kartellwesen, vor allem bei Fragen der ehemaligen Kartellprodukte Carbid und Ferrosilicium, jedoch übernahmen andere, vor allem jüngere Führungskräfte, wie etwa Fahnler[371], Hörmann[372] und Kalb, die Interessenvertretung der Wacker-Chemie innerhalb des nationalsozialistischen Bewirtschaftungs- und Kriegswirtschaftsgefüges. Freyers Name wurde schließlich immer seltener in den Besprechungsprotokollen genannt. Wie die Besprechungsniederschriften zeigen, scheint sich Hess nach seiner Zeit als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie ebenfalls sukzessive aus Berlin zurückgezogen zu haben, an seiner Stelle werden als Teilnehmer wichtiger Planungsgespräche ebenfalls Fahnler, Hörmann und Kalb genannt.[373]

Die beiden Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Freyer und Hess, übten im Nationalsozialismus keinerlei Parteifunktion aus oder übernahmen politische (Ehren-)Ämter. Sie waren selbst zu keinem Zeitpunkt Mitglieder der NSDAP. Soweit bekannt wurde in dieser Hinsicht auch nie Druck auf die Geschäftsleitung des Konzerns ausgeübt.[374] Nur Hess war Mitglied einer Nationalsozialistischen Organisation, bei der es sich jedoch um die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) handelte. Allerdings trug Hess den Titel eines Wehrwirtschaftsführers. Dabei handelte es sich um einen (Ehren-)Titel, den das Reichswirtschaftsministerium oder aber auch das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) an wichtige Entscheidungsträger aus der deutschen Industrie verlieh. Bei Hess stammte der Vorschlag aus den Reihen des Reichswirtschaftsministeriums. Er erhielt ihn in seiner Zeit als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie.[375] Anfang Juli 1945 wurden beide

[370] Vgl. HUW 38 E 10, Pachtvertrag Wacker und Preussag vom 9. Februar 1924.

[371] Karl Fahnler, geboren am 20. Januar 1899 in Wien, kam 1924 zur Elektrobosna und wechselte 1927 zum Internationalen Ferrosilizium-Syndikat, das seinen Sitz in den Wiener Räumlichkeiten der Elektrobosna hatte. Dort arbeitete er eng mit Wolfgang Freyer, dem Leiter des Syndikats, zusammen. Mit der Auflösung des Internationalen Syndikats bei Kriegsbeginn 1939 wechselte Fahnler zur Wacker-Chemie nach München (vgl. HUW 13 A 1, Personalunterlagen OFK Fahnler; HUW 4 C 3, Sammlung Fahnler; Wacker-Werkzeitung 1 (1964), S. 3 und Wacker-Werkzeitung 2 (1968), S. 2).

[372] Zu Hörmann siehe Kapitel B.3.3.2.1

[373] Vgl. hierzu etwa die Unterlagen und Protokolle Fahnlers unter HUW 6 F 5 oder die Besprechungsniederschriften Kalbs unter HUW 28 A 18.

[374] Eine NSDAP-Mitgliedschaft war weder für eine Führungsposition innerhalb der Industrie noch für die Ausübung von Ämtern der gewerblichen Selbstverwaltung zwingend notwendig. Wie das Beispiel von Dr. Theo Goldschmidt zeigt, genehmigte das Nationalsozialistische Regime in Ausnahmefällen auch einem jüdischen Mischling ersten Grades die Ausübung leitender Tätigkeiten als Betriebsführer oder Vorstandsvorsitzender. Ein Ehrenamt in der Wirtschaftsgruppe bzw. in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft durfte ihm jedoch nicht übertragen werden (vgl. BArch R 13-XII/593, Aktenvermerk für den Leiter der Fachabteilung Ferrolegierungen Gehm, ohne Datum, fol. 122).

[375] Mit ihm waren bis zum Februar 1939 bereits elf weitere Industrielle und Manager der Wirtschaftsgruppe Chemie vom Reichswirtschaftsministerium zum Wehrwirtschaftsführer ernannt worden, darunter etwa der

Geschäftsführer von der amerikanischen Militärregierung entlassen. Zudem erhielten sie ein Zutrittsverbot für das Unternehmen. Beide Maßnahmen erfolgten nicht aufgrund eines militärischen Ranges, eines Parteititels oder aufgrund eines persönlichen politischen bzw. ideologischen Engagements, sondern gemäß den Bestimmungen der Generalverfügung Nr. 2 zum Militärgesetz Nr. 52 „Sperre und Kontrolle von Vermögen“,[376] Ziffer 5a zum Umgang mit IG Farben-Führungskräften. Praktisch zeitgleich erfolgte Ende Juni 1945 die Verhaftung beider Manager.[377] Wenig später wurden beide zudem in Untersuchungshaft genommen und in das Gefängnis Stadelheim überführt, wo sie dem Counter Intelligence Corps (CIC) zur Verfügung stehen sollten.[378] Ihre Entlassung fand ohne Verhandlung am 22. August 1945 statt.[379] Das Spruchkammerverfahren entlastete Hess vollständig, im Fall Freyers hat ein solches wohl gar nicht stattgefunden. Freyer und Hess, die schon längst das Pensionsalter erreicht hatten, waren nach ihrer vollständigen Rehabilitation für kurze Zeit als Berater für die Wacker-Chemie tätig. Eine Festanstellung lehnte die alliierte Kommission in Frankfurt ab. Hess und Freyer durften trotz mehrerer Anfragen der Wacker-Chemie keine offiziellen Funktionen mehr im Unternehmen übernehmen.[380]

3.2.1 Johannes Hess

Der gebürtige Schweizer zählte zu den engsten und langjährigsten Mitarbeitern des Firmengründers Alexander Wacker. Die Rolle, die er innerhalb der Wacker-Chemie, aber auch im Wirtschaftsleben seiner Zeit spielte, lässt sich nur schwer mit gängigen Kategorien beschreiben. Obwohl er selbst Angestellter des Konzerns war, trat er als Unternehmertyp alter

Vorgänger von Hess im Amt des Wirtschaftsgruppenleiters Clemm, aber auch Pfotenhauer, Merk, Schmitz und Bosch (vgl. BArch R 13-XII/542, Reichsgruppe Industrie an ihre Wirtschaftsgruppen, 4. Februar 1939).

[376] Die Verfügung, die zum 5. Juli 1945 in Kraft trat, lautete: „Die gesamte Leitung der I.G. Farbenindustrie A.G., auch einschließlich des Aufsichtsrats, Vorstands und das Direktorium und sonstiger beamteter und nicht beamteter Personen, die alleine oder in Gemeinschaft mit anderen ermächtigt sind, für die I.G. Farbenindustrie A.G. Verbindlichkeiten einzugehen oder für sie und in deren Namen zu zeichnen, wird hiermit abgesetzt, aus ihren Stellungen entlassen und ihrer sämtlichen Befugnis hinsichtlich der Gesellschaft oder deren Vermögen enthoben“ (vgl. eine leicht abgeänderte Variante des Verordnungstextes unter HUW 10 E 62, Aktennotiz wegen Dienstverhältnis Dr. Hess, 8. September 1948, Text der Verordnung im Anhang).

[377] Die Verhaftung fand bereits am 30. Juni in München statt (vgl. HUW 4 C 34, Schreiben des Burghausener Bürgermeisters, 6. Juli 1945).

[378] Ein offizieller Haftgrund wurde nicht angegeben. Die Rede war von einer Massenaktion, von der zahlreiche Industrielle und Manager betroffen waren. Im Haftverzeichnis wurde Haftgrund 295 angegeben (vgl. HUW 10 E 62, Aktennotiz wegen Dienstverhältnis Dr. H., 8. September 1948 sowie StA München JVA München Nr. 1398, Haftverzeichnis, das die Einträge Freyer und Hess enthält). Laut Gruber, dem damaligen Werkleiter in Burghausen, befand sich Hess 1946 erneut in Haft (vgl. Gruber, Gratwanderungen, S. 677).

[379] Vgl. StA München JVA München Nr. 1398, Haftverzeichnis.

[380] Vgl. HUW 10 E 62, Bestätigung vom 17. Januar 1951 und Gruber, Gratwanderungen, S. 700.

Schule auf, in seiner Person vereinten sich der Habitus einer konservativen Wirtschaftselite mit dem modernen Typus eines technikaffinen Managers.

Geboren wurde Johannes Hess am 8. November 1877 in Mühlau-Kyburg im Kanton Zürich. Die Familie legte viel Wert auf Bildung, Fleiß und Disziplin.[381] Nicht nur Johannes Hess, sondern auch seinem Bruder Erwin gelang der soziale Aufstieg.[382] Nur wenige Mitarbeiter kannten die Wacker-Chemie so gut wie Johannes Hess, der bereits 1895 im Alter von 19 Jahren nach einem zweijährigen Studium der Elektrotechnik am Technikum in Winterthur in die Nürnberger Firma Schuckert und Co. eingetreten war.[383] Ausgangspunkt seiner beruflichen Laufbahn, die ihn letztlich an die Spitze des Unternehmens führte, war das bereits erwähnte elektrochemische Laboratorium Schuckerts. Anschließend sammelte er im bosnischen Jaice erste praktische Erfahrungen bei der Errichtung eines Carbid-Betriebes, bevor ihn Alexander Wacker 1903 nach der Gründung des ELH-Konzerns mit der Leitung des Projektes in Lechbruck und der Suche nach einem Standort für die neue Familiengesellschaft Wackers betraute. Im selben Jahr heiratet Johannes Hess Pauline Mathilde Mauß. In der Folgezeit arbeitete Hess eng mit dem ältesten Sohn Wackers, dem 1914 verstorbenen gleichnamigen Alexander, zusammen. Bei der Konzeptionierung und Inbetriebsetzung des Elektrobosna-Werkes in Brückl machte sich Hess mit dem Betrieb einer Chlorelektrolyse-Anlage vertraut. Im Anschluss folgte der erste Höhepunkt seiner Karriere, die Ernennung zum Chefingenieur bzw. zum technischen Leiter der Elektrobosna in Wien, dem Herzen der ELH-Gruppe.[384] Mit seiner Tätigkeit in Jaice, Lechbruck und Brückl war Hess zum wichtigsten Experten für die Projektierung und den Aufbau neuer Standorte innerhalb des Unternehmens geworden. Als Ausdruck des Vertrauens bestellte Alexander Wacker Johannes Hess schließlich mit Wirkung zum 1. Januar 1917 zum technischen Geschäftsführer der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie.[385]

In den folgenden drei Jahrzehnten wurde der Konzern zu seinem Lebensmittelpunkt. Wie er selbst in seinem Spruchkammerverfahren beschrieb, verstand er die Betreuung und den Aufbau der verschiedenen Standorte, die erfolgreiche Unternehmenspolitik sowie das damit

[381] Erinnerung des Neffen von Johannes Hess, Erwin Weiss, Zeitzeugengespräch in Hamburg am 28. Oktober 2014.
[382] Unter dessen Leitung entwickelte sich die Brauerei Feldschlösschen in Rheinfelden zur größten Brauerei der Schweiz (vgl. Weiss, Erinnerungen, ohne Seitenangabe).
[383] Vgl. Freiesleben, Hess.
[384] Vgl. HUW 10 E 62, Decker an Bipartite Control Office Frankfurt wegen Dienstvertrag Hess, 18. November 1948 und Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 176.
[385] Vgl. Wacker / Falbesaner, Bildchronik, S. 13.

verbundene Wachstum des Wacker-Konzerns als sein Lebenswerk und Vermächtnis.[386] Hess war ein passionierter Ingenieur, fasziniert von der Innovationskraft und den technologischen Möglichkeiten seiner Zeit.[387] Dies spiegelte sich in der technischen Ausstattung der Wacker-Betriebe wider, für die er als technischer Geschäftsführer verantwortlich war. Er legte trotz der hohen Investitionskosten nicht nur Wert darauf, dass Betriebsausstattung, Apparate und Maschinen stets auf dem neuesten Stand der Technik waren, sondern unterwarf alle Anlagen und Produktionsverfahren einem permanenten Optimierungsprozess. Er schätzte Leistungsfähigkeit und das nicht nur bei der technischen Ausstattung. Aufgrund seiner hohen Ansprüche und seines fördernden wie fordernden Umgangs mit den Mitarbeitern soll ihm die Belegschaft der Wacker-Chemie den Beinamen „Stier von Uri“ gegeben haben.[388] Sein Leitmotiv war es, das Unternehmen „auf möglichst viele Füße zu stellen“[389], womit sicherlich vor allem die geschickte Ausdifferenzierung der Produktpalette zu verstehen ist, dank der es dem Unternehmen wiederholt möglich war, flexibel auf produktbezogene Absatzkrisen zu reagieren. Seinem Leitspruch „Um Gotteswillen nicht stille stehen“[390] gemäß trieben er und die Führungskräfte der Wacker-Chemie den Ausbau der Betriebsstätten auch während der Kriegsjahre voran.

Das Ehepaar Hess war kinderlos geblieben. Es verwundert daher wenig, dass Johannes Hess das Wachstum der Wacker-Chemie und insbesondere die Vergrößerung der Werke während seiner Zeit in der Geschäftsführung als sein eigentliches Erbe verstand. Besonders intensiv engagierte sich Hess für eine enge Verbindung der Industrie zur Wissenschaft sowie für die berufliche Ausbildung des Nachwuchses. Dabei beschränkte er sich nicht nur auf den Wacker-Konzern, sondern versuchte eine branchenweit gültige neue Ausbildungsregelungen einzuführen. Bei der Nachwuchsförderung ging es ihm nicht allein um die Etablierung bestimmter (Wissens-)Standards oder um die universitäre Ausbildung junger Akademiker, sondern auch um die praktische Allgemeinbildung der gewerblichen Lehrlinge. In diesem Kontext ist auch die von ihm selbst finanzierte Johannes-Hess-Stiftung zu sehen, die jungen Mitarbeitern aus Burghausen ab 1927 mittels Reisestipendien einen Besuch des Deutschen Museums in München ermöglichte und Ausbildungsstipendien an Werksangehörige und

[386] Vgl. StA München SpkA K 693.
[387] Vgl. ebd., S. 198.
[388] Ebd., S. 198.
[389] HUW 6 E 18, Handschriftliche Anmerkungen von Johannes Hess auf der Rückseite eines Redemanuskriptes anlässlich seines 60. Geburtstag 1937, ohne Datum.
[390] Vgl. HUW 6 E 18, Redemanuskript anlässlich eines Betriebsappells in Mückenberg, 16. Dezember 1943.

deren Kinder vergab, sofern deren finanzielle Lage es nicht gestattete, die zur Berufsausbildung notwendigen Mittel selbst zu stellen.[391]

Aufgrund seiner vielfältigen Interessen und seiner gesellschaftlichen sowie beruflichen Position übernahm Hess zahlreiche Ämter und Aufgaben in verschiedenen Gremien.[392] So war er beispielsweise Vorsitzender des Bundes der Freunde der Technischen Hochschule München, Vorstandsmitglied des Deutschen Museums[393] und Mitglied des Rotary-Clubs. Hess saß von 1941 bis 1945 im Aufsichtsrat des IG-Farben-Konzerns,[394] zudem war er Aufsichtsratsmitglied des Graphitwerkes Kropfmühl,[395] der Linde AG,[396] der Elektroschmelzwerke Kempten AG, der Dynamit Nobel Bratislava[397] und Mitglied des Landesausschusses Bayern der Dresdner Bank.[398] Auf Wissenschaftsebene engagierte sich Hess persönlich im Verwaltungsrat einiger wichtiger Forschungsgesellschaften: der Emil-Fischer-Gesellschaft, der Justus-Liebig-Gesellschaft sowie der Helmholtz-Gesellschaft. Die Forschungsabteilungen der Wacker-Chemie waren gut mit anderen universitären wie außeruniversitären Forschungseinrichtungen vernetzt. So bestand etwa eine enge Zusammenarbeit mit dem Inhaber des Lehrstuhls für physikalische Chemie an der Universität

[391] Zum 60. Geburtstag von Johannes Hess erhielt diese Stiftung als Geschenk der Gesellschafter der Wacker-Chemie eine Zuwendung von 30.000 Reichsmark (vgl. HUW 4 B 25, Schreiben Otto Wacker Carl Bosch, 22. Oktober 1937 und HUW 6 E 18, Redemanuskript von Johannes Hess anlässlich des Jahresrückblickes 1942, 30. Dezember 1942).

[392] Vgl. HUW 4 C 34, Aufstellung anlässlich des 65. Geburtstages von Johannes Hess.

[393] Johannes Hess wurde am 7. Mai 1942 gemeinsam mit dem Reeder Rudolf Blohm und dem Leiter der Siemens-Schuckertwerke, Rudolf Bingel, zum Vorstandsmitglied des Deutschen Museums ernannt (vgl. Wolff, Zenneck, S. 113). Hess wirkte auch nach 1945 weiter in der Leitung des Museums mit (zur Organisation des Deutschen Museums nach Kriegsende vgl. auch Mayr, Wiederaufbau, S. 53-54).

[394] Vgl. Hein, Verstand & Schicksal, S. 289-290.

[395] Im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft saßen unter anderem auch Wolfgang Freyer und der Bergassessor der Krupp AG, Gerhard Kyllmann (vgl. HUW 8 A 19, Schreiben der Graphitwerke Kropfmühl AG an die Aufsichtsratsmitglieder, 15. Dezember 1944). Kyllmann saß für die Krupp AG zudem im Aufsichtsrat der Chromasseo und wirkte aktiv am Import südosteuropäischer Rohstoffe (vor allem von Chromerz) nach Deutschland mit (vgl. Krupp WA 40 B Nürnberger Krupp-Prozess. Unterlagen der Verteidigung Nr. 1446, Übersicht über die wichtigsten Beteiligungen der Firma Krupp an ausländischen Unternehmungen, S. 15, März 1947). Zur Bedeutung des Chromerzes für die Wacker-Chemie siehe Kapitel C.2.1.2. Zur Geschichte des 1916 gegründeten Graphitwerkes vgl. Graphitwerk Kropfmühl AG, 50 Jahre.

[396] Mit Hess saß beispielsweise auch das Vorstandsmitglied der IG Farben, Bernhard Buhl im Aufsichtsrat der Linde AG (vgl. HUW 4 B 27, Buhl an Hess, 30. September 1940). Zur Geschichte der Linde AG vgl. auch Dienel, Linde AG. Dienel nennt als Berufungsjahr von Johannes Hess in den Aufsichtsrat der Linde AG das Jahr 1930 (hierzu vgl. Dienel, Linde AG, S. 66-67, auf S. 139 befindet sich ein Fotos des Aufsichtsrates aus dem Jahr 1932. Darauf Johannes Hess sitzend als zweiter von rechts, nicht wie fälschlicherweise in der Bildunterschrift angegeben als erster von links).

[397] Hess schied 1938 nach der Eingliederung Österreichs und den damit offensichtlich verbundenen (personellen) Umstrukturierungen bei der Dynamit Bratislava auf eigenem Wunsch aus dem Direktionsrat aus (vgl. HUW 4 C 24, Hess an Bosch, 9. Juli 1938). Zur Dynamit Nobel Bratislava in dieser Zeit vgl. auch Holec, Dynamit Nobel AG Bratislava, S. 141-160.

[398] Diese Berufung erfolgte bereits 1932 (vgl. HUW 4 B 28, Hess an Haeuser, 28. Juni 1932).

München, Professor Klaus Clusius (1903-1963)[399], der nach der Bombardierung Münchens sein Institut für Physikalische Chemie sogar in das Wacker-Werk Burghausen verlagerte.[400] Im Jahr 1923 erhielt Hess von der Technischen Hochschule München, mit der er sein Leben lang eng verbunden war, den Ehrendoktortitel "Dr. Ing. E.h.", 1928 den Titel eines Ehrensenators und 1936 den Rang eines Ehrenbürgers.[401] Neben der Technischen Hochschule München war es vor allem das Deutsche Museum, für das er sich ab 1924 leidenschaftlich engagierte. Als Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Vorstandsrates[402] wirkte er hier jahrelang aktiv an der Gestaltung des Museums mit.[403] Der Leiter des Deutschen Museums, Jonathan Zenneck (1871-1959), gehörte darüber hinaus auch zum privaten Freundes- und Bekanntenkreis der Familie Hess.[404]

Das Ehepaar bewegte sich im Umfeld der (Münchner) Wirtschafts- und Wissenschaftselite. Unter den Freunden befanden sich Mediziner und Professoren, auch Direktoren und Manager der IG Farben, jedoch nur wenige Politiker und Beamte.[405] Eine Ausnahme stellte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker (1882-1951), dar, der ebenfalls zum engeren Kreis um Johannes Hess zählte.[406] Auch Otto Ambros betrachtete Hess nach dem Tod seines Förderers Carl Bosch als Mentor, mit dem er regelmäßig Kontakt hielt. Gemeinsamer Nenner der Beziehung von Ambros und Hess scheint Carl Bosch gewesen zu sein, dem beide nahe standen, wie Ambros in einem Brief an Hess vermerkt: „Wir fühlen uns zu Ihnen gezogen, weil Sie Verständnis für unser Denken haben und als Freund unseres

[399] Klaus Clusius, 1936 auf den Lehrstuhl des emigrierten Kasimir Fajan nach München berufen, arbeitete in den 1930er Jahren unter anderem an der Separation stabiler Isotope und deren Anreicherung (vgl. Schwab, Georg Maria, Nachruf auf Klaus Clusius, in: Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1964, zitiert nach https://badw.de/fileadmin/nachrufe/Clusius%20Klaus.pdf [zuletzt am 18. November 2018]).

[400] Vgl. HUW 24 B 1, Vertrauliche Niederschriften der monatlich stattfindenden Forschungssitzungen, an den sowohl Clusius als auch Hess teilgenommen haben.

[401] Vgl. Falbesaner, Wacker-Chemie, S. 176 und Freiesleben, Hess.

[402] Hess fungierte zunächst als Schriftführer des Vorstandsrats (Mai 1933-Mai 1936), bevor er von Mai 1938 bis Mai 1942 das Amt des Vorsitzenden des Vorstandsrates ausübte, das formell die höchste Position im Deutschen Museum darstellte (vgl. HUW 4 C 34, Schreiben des Deutschen Museums an die Wacker-Chemie, 4. November 1995).

[403] Hess brachte sich beispielsweise bei der Umgestaltung und Neuplanung der Chemischen Ausstellungsabteilung des Deutschen Museums ab 1938 aktiv ein (vgl. Königsberger, Vernetztes System, S. 161-163).

[404] Vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 201.

[405] Vgl. HUW 4 B 26, Brief ter Meers an Hess, 23. Juli 1943 und HUW 4 B 27, Postkarte ter Meers, 24. Dezember 1940. Auch unter HUW 4 C 34 ist ein weiterer Teil der Korrespondenz mit Mitgliedern der IG-Farben-Führungsriege erhalten, darunter der Briefwechsel mit Paul Duden, Ludwig Hermann, Fritz ter Meer, Otto Ambros und anderen Mitgliedern der deutschen Industrieelite. Ein freundschaftliches Verhältnis verband ihn beispielsweise auch mit Heinrich Wieland (1877-1957), der 1927 den Nobelpreis für Chemie erhielt.

[406] Vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 418. Von Weizsäcker, dessen Einstellung und Rolle im Nationalsozialismus als umstritten gilt, wurde im sogenannten Wilhelmstraßen-Prozess, dem vorletzten der zwölf Nürnberger Nachfolgeprozesse, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu fünf Jahren Haft verurteilt. Zur Rolle von Weizsäckers im Diplomatischen Dienst vgl. Thielenhaus, Deutsche Diplomaten; Koerfer, Weizsäcker, S. 375-402 und Lindner, Ernst Heinrich von Weizsäcker.

verehrten Meisters Carl Bosch unsere Liebe zur alten „Badischen“ teilen“.[407] Infolgedessen unterstützte Ambros die Belange der Wacker-Chemie in den Kriegsjahren gemäß den Möglichkeiten, die ihm seine Führungsrolle bei der BASF bzw. der IG Farben eröffnete. So gab er unter anderem vertrauliche Informationen aus den staatlichen und militärischen Planungs- und Bewirtschaftungsinstanzen an Hess weiter oder unterstützte dessen Interessen in den Selbstverwaltungsorganen der deutschen Wirtschaft.[408] Der Kontakt blieb auch nach Kriegsende bestehen. Ein weiterer Top-Manager der IG Farben, Fritz ter Meer, lud das Ehepaar Hess für einen privaten Besuch auf sein Anwesen in Kronsberg ein.[409]

Im Gegensatz zu den meisten seiner Geschäftspartner war Hess nie Förderer oder Mitglied der NSDAP gewesen. Auch wenn er durch seine Position, wie etwa dem Amt des Wirtschaftsgruppenleiters, Zutritt zu den entscheidenden politischen und parteilichen Kreisen erhielt, suchte er nie aktiv deren Nähe. Seine politischen Beurteilungen waren durchschnittlich, großer Eifer für die nationalsozialistische Bewegung wurde ihm nie attestiert. Er verwende den deutschen Gruß und beflagge „ordentlich“, so dass man annehmen müsse, Hess erfülle „seine vollste Pflicht gegenüber dem neuen Deutschland“, so das Personalamt der Gauleitung München-Oberbayern über den Leiter der Wirtschaftsgruppe.[410] Eine andere Beurteilung seiner politischen Zuverlässigkeit formulierte zurückhaltender: Er sei ein „Mann der alten Schule“, der sich nicht so recht in die „nationalsozialistischen Gedankengänge einzuschalten weiß“.[411] Seine Frau Mathilde antwortete, von ihrem Neffen nach Adolf Hitler gefragt, mit dem Ausspruch: „Mit einem Proleten arrangiert man sich nicht“. Diese Formulierung dürfte die Einstellung der beiden zutreffend widerspiegeln. Nach der Machtergreifung sei ihr Leben doppelzüngig geworden, bemerkt Mathilde Hess; es falle ihr schwer, „diesem Volkshelden aufs Maul [zu] schauen.“[412]

[407] Vgl. HUW 4 C 34, Ambros und Wurster an Hess, 6. November 1942.
[408] Vgl. beispielsweise die Intervention von Otto Ambros bei Klaus Ungewitter im Kontext einer geplanten Umgestaltung der Acetaldehydverteilungssitzungen Ende August 1943 unter HUW 4 B 26, Schreiben Ambros an Ungewitter, 31. August 1943.
[409] Auf einer Postkarte, die auf der Vorderseite ein Bild der Villa Ter Meers in Kronberg zeigt, notierte Fritz ter Meer auf der Rückseite handschriftlich „Kronberg hofft auf Ihren Besuch, die Cigarren stehen bereit!“ (HUW 4 B 27, Postkarte ter Meer an Hess, 24. Dezember 1940). Einige Jahre später bot die Familie ter Meer den Eheleuten Hess erneut an, sie privat in Kronberg zu besuchen (vgl. HUW 4 B 26, Ter Meer an Hess, 23. Juli 1943).
[410] Vgl. BArch PK E 0062, Johannes Hess, Schreiben des Personalamts Gau München-Oberbayern, 17. Januar 1938.
[411] Vgl. ebd., Schreiben des Gauwirtschaftsberaters an das Gaupersonalamt München-Oberbayern, 30. September 1942.
[412] Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 203.

Privat hatten sich Johannes und Mathilde[413] Hess in einer großzügigen, bürgerlichen Jugendstil-Villa in München-Bogenhausen, Cuvilléstraße 27, eingerichtet, wo der bibliophile Hausherr eine exklusive Bibliothek sein eigen nannte.[414] Hess schätzte zudem die Kunstmalerei und förderte die Studien eines Münchner Künstlers in Rom.[415] Um die Villa auch nach Kriegsende behalten zu können, beherbergte das Ehepaar im Erdgeschoss das Schweizer Konsulat.[416] Neben dem Anwesen in München besaßen sie ein Ferienhaus auf dem Obersalzberg nahe Berchtesgaden.[417] Das Tannhäusl genannte Anwesen, das in Blickweite zum Berghof lag, sollte der Alterssitz des Ehepaares werden. Das Ehepaar Hess hatte sich zwischen 1924 und 1927 auf dem Obersalzberg niedergelassen und verkehrte dort unter anderem mit Carl von Linde, der Hess Ende der 1920er Jahre in den Aufsichtsrat seines Unternehmens berief.[418] Sooft sich ihm die Gelegenheit dazu bot und es ihm seine Position gestattete, zog sich Hess dorthin zurück. Dies blieb auch so, nachdem man der Familie, wie allen Bewohnern des Obersalzberges, nahegelegt hatte, ihr Anwesen zu verkaufen.[419] Der Grund und Boden des Tannhäusls sollte Teil einer neu geplanten SS-Kaserne werden.[420] Mathilde und Johannes Hess verkauften das Tannhäusl, blieben jedoch in Berchtesgaden, wo sie sich von der Entschädigungssumme ein neues Grundstück erwarben und gegenüber dem Watzmann das Haus Sonnmatt errichten ließen.[421]

Als Geschäftsführer eines erfolgreichen und kriegswichtigen Konzerns im nationalsozialistischen Wirtschaftssystem musste Hess eng mit Behörden und Militärverwaltung zusammenarbeiten, Festreden halten, Feierlichkeiten und Veranstaltungen ausrichten sowie den Kontakt zu Funktionären aus Wirtschaft und Politik pflegen.[422] In

---

[413] Geboren am 21. September 1883 als Pauline Mathilde Mauß in Heidelberg (vgl. StA München SpkA K 693, Polizeiamt München-Ost an Spruchkammer X, 13. Oktober 1947).

[414] Die Sammlung enthielt unter anderem Wiegedrucke aus der Frühzeit der Druckkunst, die Schedelsche Weltchronik und zahlreiche Merianbände (vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 98-99, 197).

[415] Vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 99.

[416] Vgl. Weiss, Erinnerungen, ohne Seitenzahl. Allerdings scheint ihnen dies nur für eine begrenzte Zeit gelungen zu sein. Nach Aussage des Burghausener Werkleiters Gruber musste die Familie Hess im November 1946 ihr Haus binnen zehn Tagen verlassen. Sie fanden anschließend bei Hermann Schürch, dem Leiter der Wacker-Bauabteilung in Burghausen, Obdach, bevor sie in eine deutlich kleinere Wohnung nach München zurückkehren konnten (vgl. Gruber, Gratwanderungen, S. 682).

[417] Vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 202-203, ebenso in Weiss, Erinnerungen; Beierl, Linde, S. 170 und Frank, Obersalzberg, S. 55.

[418] Vgl. Beierl, Linde, S. 170.

[419] Auch die befreundete Familie Linde musste ihr Baumgartlehen aufgeben (vgl. Beierl, Linde, S. 183-188).

[420] Nach den Schilderungen von Günther Weiss, kam es am Zaun des Tannhäusl-Grundstückes zu mehreren Begegnungen mit Adolf Hitler (vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 202). Zu den Baumaßnahmen am Obersalzberg in dieser Zeit vgl. auch Frank, Obersalzberg, S. 86-95.

[421] Vgl. Weiss, Wahrheit und Wirklichkeit, S. 203.

[422] Im Jahr 1938 fand der Abschluss der Jahrestagung des Bundes der Freunde der Technischen Hochschule München in der Villa der Eheleute Hess statt. Eingeladen waren neben Messerschmitt, Henkel und Boehringer auch der Leiter der Reichswirtschaftskammer Pietzsch und der spätere Reichsminister für Bewaffnung und

diesem Kontext ist auch der vom Reichswirtschaftsministerium verliehene Titel eines Wehrwirtschaftsführers und das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ohne Schwerter zu sehen, das er 1942 erhielt. Trotz der Nähe zum Regime ist von einer persönlichen Bereicherung mit Hilfe der Möglichkeiten, die der Nationalsozialismus (ihm) bot, nichts bekannt. Im Gegenteil, Hess scheint vor allem eines gewesen zu sein: unpolitisch.[423] Umso unverständlicher, beinahe absurd, muss ihm daher seine Entlassung am 5. Juli und seine Verhaftung 1945 erschienen sein.[424] Auch wenn er nach seiner Freilassung noch kurze Zeit als Berater für die Wacker-Chemie tätig war,[425] so haben ihm die Nachkriegsjahre und das Entnazifizierungsverfahren sehr zugesetzt, auch körperlich. Er starb am 3. Februar 1951 im Alter von 73 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalles.[426] Ähnlich wie Freyer hatte er jedoch zuvor bereits einen Großteil seiner Kraft verloren und lebte sehr zurückgezogen in seiner Bogenhausener Villa.[427]

Johannes Hess und die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie

Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung war eine aktive Mitwirkung in den Selbstverwaltungsgremien[428] der gewerblichen Wirtschaft eine der vielversprechendsten Möglichkeiten für deutsche Unternehmen, Einfluss auf die zunehmend staatlich gelenkten Produktionsentscheidungen und Ressourcenverteilung zu gewinnen. Nahm man diese Möglichkeit nicht wahr, lief das Unternehmen gegebenenfalls Gefahr, bei der Verteilung von Rohstoffen und Arbeitskräften unberücksichtigt zu bleiben, was angesichts des zunehmenden Arbeitskräfte- und Ressourcenmangels schnell zu einem Produktionsstopp und gar zum unternehmerischen Aus führen konnte. Allerdings wäre es falsch anzunehmen, die Führungskräfte der Wacker-Chemie hätten sich eben erst oder verstärkt nach 1933 angesichts

Munition Todt (vgl. HUW 6 E 24, Schreiben Hess, 18. November 1938 und handschriftliche Notiz mit den Namen der Gäste, 2./3. Dezember 1938).

[423] Auf Bitten Carl Duisbergs spendete Hess bei den Reichstagswahlen 1932 dem Hindenburg-Ausschuss für den zweiten Wahlgang eine nicht näher bezifferte Geldsumme (vgl. HUW 4 B 28, Schreiben Hess an Duisberg, 7. April 1932 und Dankesschreiben Duisberg an Hess, 11. April 1932).

[424] Vgl. HUW 10 E 62, Decker an IG Farben Control Office, 15. September 1945; laut Gruber, Gratwanderungen, S. 671 erfolgte die Verhaftung von Johannes Hess bereits am 1. Juli 1945; bis zu seiner Spruchkammerverhandlung am 20. Februar 1948 wurde er wiederholt inhaftiert (Gruber, Gratwanderungen, S. 677).

[425] Auch an den ersten Nachkriegssitzungen der Leitungsebene des Deutschen Museums nahm Hess teil (vgl. Mayr, Wiederaufbau, S. 157).

[426] Vgl. HUW 10 F 3, Brief [vermutlich von Decker]an Gustav Brecht, 3. Februar 1951.

[427] Erinnerung des Neffen von Johannes Hess Erwin Weiss, Zeitzeugengespräch in Hamburg am 28. Oktober 2014.

[428] Zum Begriff der Selbstverwaltung und der Bedeutungsverschiebung, die diese im Nationalsozialismus erfahren hat vgl. Haßmann, Staatliche Wirtschaftsführung, S. 19. In der Definition Haßmanns besaß die Selbstverwaltung keine „Selbständigkeit ab origine, sondern nur eine vom Staat verliehene Selbständigkeit. Selbstverwaltung bedeutet also nie und nimmer Freiheit vom Staat. Daraus folgt, daß auch die wirtschaftliche Selbstverwaltung nur tätig wird innerhalb einer ihr vom Staat zugestandenen Sphäre, die zu erweitern oder zu verengen allein dem Willen des Staates anheimgestellt ist“.

der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik oder aufgrund der sich im Zuge der beginnenden Aufrüstung für kooperationsbereite Firmen bietenden Chancen engagiert. Im Gegenteil, die Mitarbeit im Verbandswesen sowie die Teilnahme an der Ausgestaltung der aktuellen Wirtschaftspolitik hatten bei der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie bereits seit geraumer Zeit Tradition. Johannes Hess war 1929 nicht nur Vorsitzender der regionalen Gliederung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie (Sektion VIII München),[429] sondern zugleich Vorstandsmitglied der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie, Mitglied des Hauptausschusses des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie sowie Präsidialmitglied des Bayerischen Industriellen-Verbandes gewesen.[430] Hess, der nach dem Tod Alexander von Wackers zum führenden Kopf des Konzerns aufgestiegen war, besaß bereits in der Weimarer Republik einen festen Platz innerhalb der Selbstverwaltungsorgane der deutschen Industrie.

Die Ergebnisse der biographischen Untersuchung Eckerts zeigen, dass dies keine Ausnahme darstellt, sondern vielmehr den Gepflogenheiten der Branche entsprach. So handelte es sich bei den Spitzen der Haupt- und Wirtschaftsgruppen sowie den ihnen nachgeordneten Gruppen und Abteilungen beinahe ausschließlich um Mitglieder der alten Wirtschaftselite, die sich bereits vor der Machtergreifung im Verbandswesen engagiert hatten.[431] Für die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie und speziell im Fall Johannes Hess, der sich nach eigener Aussage zwar lange Zeit gegen eine Berufung gesträubt hatte, schließlich 1937 aber doch zum Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemie berufen wurde, kann man diese Aussage nur bestätigen.[432] Auch der langjährige Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Claus Ungewitter, war bereits seit 1920 Hauptgeschäftsführer des Spitzenverbandes gewesen.[433] Die Gesellschafter der Wacker-Chemie, Familiengesellschaft und IG Farben-Vertreter, scheinen hingegen nicht auf die Verbandsarbeit eingewirkt zu haben, zumindest geht eine Beeinflussung aus den überlieferten Quellen nicht hervor. Sie haben diese Aufgabe im Falle der IG Farben wohl ihren leitenden Angestellten überlassen. Ebenso wenig

[429] Zur regionalen Gliederung des Arbeitgeberverbandes vgl. Lindemann, Arbeitsverhältnisse, S. 906-907.
[430] Vgl. Wenzel, Wirtschaftsführer, Sp. 937-938.
[431] Vgl. Eckert, Reichsgruppe Industrie, S. 248-249.
[432] Vgl. HUW 6 E 18, Manuskript Hess zur Rede der Einführung als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, ohne Datum, vermutlich jedoch Ende November 1937.
[433] Der 1890 im oberösterreichischen Gmunden geborene Claus Ungewitter studierte Jura und Volkswirtschaft an den Universitäten Berlin, München und Königsberg. Berufserfahrung sammelte er nach seiner Promotion im Bankenwesen und der Maschinenbauindustrie. Nach dem Ersten Weltkrieg, aus dem er verletzt zurückkehrte, wirkte er bereits als Syndikus und Hauptgeschäftsführer des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. Ungewitter verstarb am 25. März 1946 in sowjetischer Gefangenschaft (vgl. Maier, Chemiker, S. 238).

nachweisbar ist ein aktives Engagement von Mitgliedern der Familiengesellschaft im Verbandswesen oder der späteren Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft.

Hinsichtlich der persönlichen Motive, ein Amt in der Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft zu übernehmen, lässt sich festhalten, dass ein derartiges Engagement stets der Stärkung der eigenen Position, dem Ausbau und der Pflege funktionierender Netzwerke sowie der Teilhabe an aktuellen Aushandlungsprozessen diente, sei es zur Ausgestaltung des Marktes oder zur Beeinflussung staatlicher Wirtschaftspolitik. Je stärker Staat und Partei in die Unternehmenspolitik eingriffen, desto mehr half die Mitarbeit in den entsprechenden Gremien der Wahrung unternehmerischer Handlungsspielräume gegenüber staatlichen Eingriffen oder parteipolitischen Maßnahmen. Zugleich trugen diese Aktivitäten natürlich auch zur Vernetzung bei. Andererseits erhielten die Wirtschaftsgruppenleiter keine finanzielle Vergütung für ihre Tätigkeit. Die Funktion wurde ehrenamtlich ausgeübt. Der persönlichen Bereicherung diente die Übernahme des Amtes also nicht. Der Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe hingegen, der zugleich den Prüfungsstellen vorstand, war als Angestellter der Wirtschaftsgruppe hauptamtlich tätig und bezog dafür Gehalt.[434]

Die Umstrukturierung des Verbandswesens

Ein Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik war die Neustrukturierung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft.[435] Der Selbstverwaltungsapparat sollte, so die zeitgenössische Zielvorgabe, dank einer neuen, strafferen Gliederung die „undurchsichtige Vielheit wirtschaftlicher Interessentenverbände“ der Weimarer Republik auflösen und „das ‚Werkzeug‘ darstellen, dessen der Reichswirtschaftsminister bedarf, um den Führungsanspruch des nationalsozialistischen Staates gegenüber der deutschen Wirtschaft verwirklichen zu können“. Zweck war die Schaffung eines „gefügigen Instrumentes“, das es dem Reichswirtschaftsministerium ermöglichte, „mit seinen Anordnungen jedes einzelne deutsche Unternehmen schnell und sicher zu erfassen und so in den Dienst der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu stellen“.[436]

[434] Vgl. Buhring, Wirtschaftsgruppen, S. 38 und Pietzsch, Organisation, S. 21.
[435] Zur Umgestaltung der Selbstverwaltungsorgane 1934 / 1935 vgl. Esenwein-Rothe, Wirtschaftsverbände, S. 16-56; Eckert, Reichsgruppe Industrie, S. 243-277; Kahn, Steuerung, S. 205-292; zudem aus zeitgenössischem Blickwinkel vgl. Reinhold, Rechtsform, S. 1-19; Guth, Reichsgruppe Industrie, S. 19-41 sowie Pietzsch, Organisation.
[436] Reinhold, Rechtsform, S. 20. Zum Aufbau und den Funktionen des Reichswirtschaftsministeriums vgl. die zeitgenössische Schrift von Ministerialrat Hans Quecke, Reichswirtschaftsministerium.

Die Anpassung erfolgte stufenweise. Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften Anfang Mai 1933 schloss sich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände im Juni 1933 mit dem Reichsverband der deutschen Industrie (RDI) zum Reichsstand der deutschen Industrie zusammen. Den nächsten Schritt zur Umgestaltung der Wirtschaftsverbände ermöglichte das „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“ vom 27. Februar 1934, das dem Reichswirtschaftsministerium (RWM) unter Kurt Schmitt (1886-1950) größeren Spielraum bei der angestrebten Umstrukturierung einräumte.[437] Das Gesetz ermöglichte es dem Reichswirtschaftsministerium künftig, Unternehmen an die Wirtschaftsverbände anzuschließen, die nun das alleinige Vertretungsrecht für die Betriebe ihres jeweiligen Wirtschaftszweiges besaßen.[438] Die Wirtschaftsverbände wiederum konnten vom Reichswirtschaftsministerium gegründet, aufgelöst oder zusammengelegt werden. Vorgesehen war eine Organisation der Wirtschaft in zwölf Hauptgruppen, die dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt waren. Sieben von ihnen bezogen sich auf die Industrie, wobei die Wacker-Chemie unter Hauptgruppe V fiel, die aus den Wirtschaftsgruppen Chemische Industrie, Papier-, Pappen-, Zellstoff und Holzstofferzeugung, Druck und Papierverarbeitung bestand.[439] An die Spitze der Hauptgruppe war Albert Pietzsch (1874-1957), der spätere Leiter der Reichswirtschaftskammer, berufen worden.[440] Zeitgleich wurde das Führerprinzip auch in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft eingeführt. Das alte Verbandswesen bestand im Nationalsozialismus zunächst weiter, erst mit einer von Hjalmar Schacht (1877-1970) am 27. November 1934 erlassenen Durchführungsverordnung zum „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft“[441] wurden die sieben industriellen Hauptgruppen zur Reichsgruppe Industrie zusammengeschlossen, in der durch Anordnung des Reichswirtschaftsministers am 12. Januar 1935 auch der Reichsstand der deutschen

[437] Vgl. RGBl. 1934 I, S. 185-186, im Wesentlichen Paragraph 1.

[438] Als Wirtschaftsverbände wurden im Gesetzestext solche Verbände und Vereinigungen von Verbänden definiert, „denen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange von Unternehmern und Unternehmungen obliegt“.

[439] Vgl. Pietzsch, Organisation, S. 14.

[440] Der am 28. Juni 1874 in Zwickau geborene Albert Pietzsch hatte an der TU Dresden Maschinenbau studiert bevor er 1900 seine Arbeit als Betriebsingenieur bei der Chemischen Fabrik Buckau aufnahm. Pietzsch spezialisierte sich in der Folgezeit auf die Herstellung von Wasserstoffperoxid und gründete zusammen mit seinem Schwager die elektrochemischen Werke München (EWM). Pietzsch, der früh mit Hitler in Kontakt getreten und bei dessen Putschversuch 1923 im Bürgerbräukeller anwesend gewesen war, trat 1927 erstmals der NSDAP bei und unterstützte Hitler jahrelang finanziell. Nach seiner Ernennung zum Präsidenten der Münchner IHK 1933 betätigte er sich als Verbandsfunktionär. Spätestens in dieser Phase dürfte er wiederholt mit der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie und Johannes Hess in Berührung gekommen sein. Pietzsch wurde Wirtschaftsberater im Stab von Rudolf Heß, siedelte nach Berlin über und wurde schließlich 1936 von Schacht zum Leiter der Reichswirtschaftskammer ernannt (vgl. IfZ Findmittel online, Bestand ED 458, Pietzsch Albert, S. 1-2, zitiert nach http://www.ifz-muenchen.de/archiv/ed_0458.pdf [zuletzt am 11. August 2016]).

[441] Vgl. RGBl. 1934 I, S. 1194-1199.

Industrie, als Nachfolger des RDI, aufging. Als Spitzenorganisation diente die Reichswirtschaftskammer. Sie war dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt und vereinte unter ihrem Dach sowohl eine fachliche als auch eine bezirkliche Gliederung. Die regionale Organisation der gewerblichen Selbstverwaltung, die Bezirksgruppen, fußte auf den für jeden Wirtschaftsbezirk etablierten Wirtschaftskammern.[442]

Die zweite, fachliche Gliederung fand ihren Ausdruck in der Errichtung von 28 Wirtschaftsgruppen.[443] Zur Reichsgruppe Industrie gehörten im Laufe der Zeit schließlich noch diverse Ausschüsse, wie etwa ein Rechts- oder ein Steuerausschuss.[444] Beruhte die Mitgliedschaft im Unternehmerverband vor den genannten nationalsozialistischen Umstrukturierungsmaßnahmen noch auf Freiwilligkeit, so wurde sie für die Unternehmen nun zur Pflicht.[445]

Das Reichswirtschaftsministerium hatte der Reichswirtschaftskammer, der Reichsgruppe Industrie und deren nachgegliederten Wirtschaftsgruppen eine Mittlerrolle zwischen Staat und Unternehmen zugedacht. In der Praxis entwickelten sich jedoch die Wirtschaftsgruppen zu den zentralen Lenkungsorganen, die in der Folgezeit nicht nur das Tätigkeitsfeld der alten

---

[442] Durch einen Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 7. Juli 1936 wurden die Bezirksgruppen der Reichsgruppe Industrie in die Industrieabteilungen der Wirtschaftskammern überführt. Zum Aufbau und zur Arbeitsweise der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Mitteldeutschland-Magdeburg, die für die Wacker-Chemie in Mückenburg zuständig war, vgl. BArch R 3101/9890, Merkblatt für die industriellen Firmen des Wirtschaftsbezirks, (handschriftlich ergänzt) vom 14. Februar 1942. Mit Zustimmung des Wirtschaftsgruppenleiters war es zudem möglich, die bezirklichen Gruppen der Wirtschaftsgruppe als Unterabteilung mit den Wirtschaftskammern zu verbinden. Die Umstrukturierung beschäftigte auch die Wacker-Chemie. Eine von der Rechtsabteilung des Konzerns nach Rückfrage in Berlin verfasste interne Stellungnahme, fragte nach der Rechtsgültigkeit der Neuerungen, wobei von vorne herein klar war, dass die Überlegungen theoretischer Natur sind und unabhängig vom Ergebnis keinerlei Konsequenzen daraus gezogen werden können. Zu den größten Kritikpunkten gehörte, dass die Industrieabteilungen über keine Mitgliederversammlungen verfügten, „dass die bezirklich-fachlichen Gliederungen ein Eigenleben neben den Industrieabteilungen führen“ würden und der Erlass keine Klarstellung der Neuorganisation des Selbstverwaltungsapparates darstellte, sondern „ohne umfassenden Kommentar“ irreführend und unverständlich sei. Die Industrieabteilungen wären der Betriebsnähe, dem Vorteil der regionalen Standesvertretung, beraubt. Laut Exposé der Wacker-Chemie ginge damit der Verlust der „persönlichen Vertrauenssphäre“ und die Zerstörung der „grosse[n] sachliche[n] Erkenntnisquelle“ einher. Kritisiert wurde zudem die Schwächung der „Bedeutung und Stellung der Reichsgruppe Industrie“. Im Fazit war die Rede gar von einer „völlige[n] Preisgabe der regionalen Industrievertretungen“ (HUW 6 F 4, Auszug aus dem Erlass und Stellungnahme der Rechtsabteilung zum Erlass, 10. und 11. Juli 1936). Im Frühjahr 1942 sollte der Aufbau der regionalen Gliederung entsprechend den Erfordernissen des Krieges erneut umstrukturiert werden. Die bezirkliche Organisation lag fortan nicht mehr bei den Wirtschaftskammern, sondern bei den neu gebildeten Gauwirtschaftskammern. Auch Johannes Hess hatte die regionale Gliederung 1942 als „ausbaufähig“ beschrieben. Das Manko wurde für ihn jedoch durch die bezirkliche Organisation des Generalbevollmächtigten für die Chemische Industrie ausgeglichen (vgl. Will, Selbstverwaltung, S. 249-252; HUW 6 E 18, Konzept der Abschiedsrede Hess zum Abschied vom Posten des Wirtschaftsgruppenleiters vom 28. April 1942, S. 1; zu den Wirtschaftskammern vgl. Stremmel, Kammern).

[443] Stand 1935 (vgl. Eckert, Reichsgruppe Industrie, S. 248).

[444] Vgl. Guth, Reichsgruppe Industrie, S. 65.

[445] Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte zuvor 70 bis 80 Prozent aller industriellen Betriebe erfasst (vgl. Guth, Reichsgruppe Industrie, S. 19-20).

Wirtschaftsverbände, sondern auch zunehmend staatliche Aufgaben übernahmen. Ihnen oblag die Betreuung der verschiedenen Fertigungszweige und damit einhergehend die Lenkung der Produktion mit Hilfe der Verteilung von Rohstoffen sowie die Vergabe von Produktionsaufgaben an ihre Mitgliedsfirmen, zu denen sie einen möglichst engen Kontakt halten sollten. Im Zuge der Aufrüstung wurden den Wirtschaftsgruppen weitere staatliche Aufgaben übertragen, so dass sich ihr Tätigkeitsfeld stetig vergrößerte. So fielen in den Bereich der Wirtschaftsgruppenleitung unter anderem Aufgaben der Rohstoff- und Devisenbewirtschaftung, der staatlichen Auftragsvergabe, der Kartellverwaltung, der Steuerung des Außenhandels – Import wie Export – sowie der Preisgestaltung. Ferner waren sie zur Beratung und Kontrolle ihrer Mitglieder befugt und erhielten Einblicke in deren Produktionsabläufe.[446] Auch Fragen des beruflichen Ausbildungswesens standen auf ihrer Agenda.

Die Wirtschaftsgruppen nahmen als Körperschaft des öffentlichen Rechts[447] unter Mitwirkung der Industrie, über deren realen Gestaltungsspielraum hier freilich zu diskutieren wäre, einen zentralen Platz innerhalb der staatlichen Wirtschaftssteuerung ein.[448] An der Spitze der Wirtschaftsgruppen standen in der Regel fachliche Koryphäen und Vertreter aus den Reihen der jeweiligen Branchenführer.[449] Sie wurden von der Reichsgruppe Industrie vorgeschlagen und anschließend durch das Reichswirtschaftsministerium ernannt. Zu den Organen der Wirtschaftsgruppe zählten neben dem Leiter auch der (Haupt-)Geschäftsführer

[446] Vgl. Eckert, Reichsgruppe Industrie, S. 250; Guth, Reichsgruppe Industrie, S. 42-64.

[447] Die Wirtschaftsgruppen „üben obrigkeitliche Befugnisse aus und erfüllen staatliche Aufgaben. Sie unterliegen der politischen Führung des nationalsozialistischen Staates und sind ihm gegenüber verpflichtet, ihren Lebenszweck zu erfüllen. Derselbe besteht in der Wahrnehmung öffentlicher Interessen und im Dienst am Volksganzen […] und sind daher Körperschaften des öffentlichen Rechts." (Reinhold, Rechtsform, S. 74).

[448] Nach einer Aussage des Degussa-Aufsichtsrates Fritz Roessler hatten „die Verbände in Wahrheit Nichts mehr zu sagen", es sei daher „ein Euphemismus" von „Selbstverwaltung der Wirtschaft" zu reden (vgl. Hayes, Degussa, S. 70). Gleichzeitig jedoch fürchtete Ungewitter, die Industrie würde „ihre Eigeninteressen den Erfordernissen des totalen Krieges [nicht] unterordnen" (Hayes, Degussa, S. 91). Wie aber sollte das gleichzeitig möglich sein? Laut Maier kämpft Ungewitter vor allem gegen den wachsenden Einfluss der IG Farben (vgl. Maier, Chemiker, S. 238). Wenn die Unternehmen innerhalb der Selbstverwaltungsgremien jedoch zu diesem Zeitpunkt über keinen Handlungsspielraum mehr verfügten, wären die Bedenken Ungewitters folglich mehr als überflüssig gewesen.

[449] Hayes betont die Dominanz der IG Farben innerhalb der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie sowie in den Spitzen ihrer Untergliederungen; vor allem, wenn man die Firmen mitzählt, an denen die IG Farben in größerem Umfang beteiligt gewesen war. Selbst die Kali Chemie gehörte zu 25 Prozent der IG Farben. Auch Johannes Hess findet bei Hayes als „head of an IG affiliate in Munich" Erwähnung (Hayes, Industry and ideology, S. 126). Obwohl Hess nicht als Vertreter der IG Farben gewertet werden kann. Seine Entscheidungen orientierte er stets an den Interessen und Bedürfnissen der Wacker-Chemie, nicht an denen der IG Farben, selbst wenn die Wacker-Chemie damit in Opposition bzw. Konkurrenz zur Unternehmenspolitik der IG Farben geriet.

sowie ein Beirat mit beratender Funktion.[450] Die Führungsaufgabe des Gruppenleiters umschrieb der Hauptgeschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, Karl Guth,[451] 1941 wie folgt:

> „Der Leiter hat die Gruppe im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen und die Angelegenheiten der Gruppe und ihrer Mitglieder unter Rücksichtnahme auf die Gesamtinteressen der gewerblichen Wirtschaft und unter Wahrung des Staatsinteresses zu fördern. Weisungen des Leiters, […], haben die Mitglieder zu folgen. Ihr Gehorsam kann notfalls durch Ordnungsstrafen oder ehrengerichtliche Verfolgung erzwungen werden."[452]

Die Wirtschaftsgruppenleiter sollten gemäß dem nationalsozialistischen Führergrundsatz alleine bestimmen und dabei die volle Verantwortung übernehmen. Sie agierten grundsätzlich, zumindest so das Ideal, unabhängig.[453] Zum ersten Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemie ernannte das Reichswirtschaftsministerium Bernhard Pfotenhauer aus der Geschäftsleitung der Chemischen Fabrik Merck in Darmstadt.[454] Pfotenhauer hatte bereits als Nachfolger von Albert Pietzsch die Hauptgruppe V, den Vorgänger der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, geleitet.[455] Ihm folgte nach einer verhältnismäßig kurzen Amtszeit Carl Adolf Clemm[456], Direktor der Kalichemie AG, nach.[457] Eine Amtsperiode belief sich auf zwei Jahre. Zum Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie wurde Claus Ungewitter bestellt, der diesen Posten bis zur Auflösung der Wirtschaftsgruppen 1945 behielt. Ungewitter war nicht nur Geschäftsführer und Leiter der Prüfungsstelle, vielmehr stand er mit seiner

---

[450] In den Jahren 1938/39 kam es im Zuge der Kriegsvorbereitungen zu einer Reihe von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung innerhalb der Reichsgruppe Industrie. Die Hauptgruppen wurden aufgelöst, die Anzahl der Wirtschaftsgruppen vergrößerte sich, es wurden Arbeitsgemeinschaften und Ausschüsse gebildet und schließlich der Beirat in einen engeren und einen großen Beirat aufgesplittert, dem alle Leiter der Wirtschaftsgruppen, der Industrieabteilungen, der Ausschüsse und die Mitglieder des engeren Rates angehörten. Auf Gruppenebene entsprach dies den Leitern der Untergliederungen wie Fachabteilungen und Fachgruppen (vgl. Eckert, Reichsgruppe Industrie, S. 252).

[451] Karl Guth (1889-1971) war mit der Schwester des späteren Wirtschaftsministers Ludwig Erhard verheiratet. Die Reichsgruppe finanzierte Erhard 1942 wiederum ein Institut für Industrieforschung (vgl. Schmidt-Klingenberg, Talisman, S. 96).

[452] Guth, Reichsgruppe Industrie, S. 32.

[453] Vgl. Pietzsch, Organisation, S. 21.

[454] Bernhard Pfotenhauer (1884-1945) wird als aggressiver Nationalsozialist beschrieben (vgl. Maier, S. 200-201).

[455] An dieser Stelle sei auf die seit 1915 bestehende enge Verbindung von Pietzsch zur Firma Merck und Pfotenhauer selbst verwiesen, der selbst wiederum im Aufsichtsrat der Firma Elektrochemische Werke München AG, Höllriegelskreuth von Pietzsch saß (vgl. IfZ Findmittel online, Bestand ED 458, Pietzsch Albert, S. 1, zitiert nach http://www.ifz-muenchen.de/archiv/ed_0458.pdf [zuletzt am 10. November 2016] sowie Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Band 2, Berlin 1931, S. 1408).

[456] Die beruflichen Anfänge Clemms (1886-1955) lagen in Mannheim beim Verein Chemischer Fabriken. Während des Ersten Weltkrieges in der Kriegsrohstoffabteilung tätig, wurde der Soda-Experte Clemm in den 1920er Jahren Vorstandsmitglied der Rhenania-Kunheim Vereinigte Chemische Fabriken AG, die 1928 mit der Kaliwerke Neu-Staßfurt - Friedrichshall AG fusionierte und fortan unter Kali Chemie AG firmierte. Clemm saß unter anderem im Vorstand der Kali Chemie und der Deutschen Solvay Werke (DWS), die selbst neben den IG Farben rund ein Viertel der Anteile der Kali Chemie besaß (vgl. Bertrams / Coupain / Homburg, Solvay, S. 285-287 und Balcar, Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938-1950, S. 88).

[457] Vgl. die Einleitung im Findbuch des Bestandes Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie (R 13-XII) im Bundesarchiv, verfasst von Karola Wagner 2009.

Ernennung zum Reichsbeauftragten Chemie an der Spitze der Überwachungsstelle Chemie (ab 1939 Reichsstelle).[458] Diese Ämterhäufung verlieh Ungewitter eine gewisse Macht, die durchaus die Einflussmöglichkeiten des ihm direkt vorgesetzten Wirtschaftsgruppenleiters übersteigen konnte, was dem Funktionär zwar eine Sonderstellung innerhalb der Wirtschaftsgruppe verschaffte, nicht selten aber auch zu Unstimmigkeiten innerhalb der Führungsspitze führte.[459]

Gemäß ihren Produktionsschwerpunkten war die Wacker-Chemie Mitglied der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, in die der 1877 gegründete Berufsverband Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands aufgegangen war. Der Konzern musste sich jedoch entsprechend seiner Erzeugnisse in allen relevanten Gruppen anmelden, wovon einige nicht in das Zuständigkeitsgebiet der Wirtschaftsgruppe Chemie fielen. Die Wacker-Chemie war 1934 schließlich Mitglied in sieben Gruppen, Fachschaften oder Reichsverbänden. Zur Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie traten die Fachgruppe Apparatebau der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau, die Reichsfachschaft Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung, die Wirtschaftsgruppe Textilindustrie, der Reichsverband der Kaufleute des Kolonial-, Feinkost- und Lebensmitteleinzelhandels, die Wirtschaftsgruppe Lebensmittel-Industrie sowie die Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel.[460]

Für die Wacker-Chemie ausschlaggebend blieb jedoch die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, die sich im Vergleich zum alten Verbandswesen deutlich vergrößert hatte.[461] Die fachliche Gliederung unterteilte sich in zahlreiche Sammel- und Fachgruppen, Fachabteilungen und Fachbereiche, deren Anzahl im Laufe der Jahre variierte.[462] Im Jahr 1944

[458] In der Regel leiteten Beauftragte des Reichswirtschaftsministeriums die Überwachungsstellen, nicht jedoch der Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe, dem ja schon die Prüfungsstelle zugeordnet war (vgl. Eckert, Reichsgruppe Industrie, S. 251; zu den Überwachungsstellen vgl. auch Quecke, Reichswirtschaftsministerium, S. 26-28). Im Jahr 1942 fanden Umstrukturierungen statt, die es ermöglichten, weitere staatliche Hoheitsaufgaben an die Wirtschaftsgruppen zu übertragen. Sie konnten nun wie im Falle der Wirtschaftsgruppe Elektroindustrie sogar die Rechte der Reichsstellen übernehmen (vgl. BArch R 13-XII/593, fol. 165). Auch im Bereich der chemischen Industrie wurden Befugnisse und Kompetenzen von der Reichsstelle auf die Wirtschaftsgruppe übertragen. Allerdings fand dies erst etwas später, nach dem Erlass des Reichsministers für Rüstungs- und Kriegsproduktion vom 29. Oktober 1943, statt (vgl. BArch R 3/476, Speer an Schlosser, 11. Januar 1944).

[459] Zu nennen wären unter anderem die Auseinandersetzungen Ungewitters mit Hermann Schlosser (vgl. Hayes, Degussa, S. 90-93) oder mit der Deutschen Chemischen Gesellschaft (Maier, Chemiker, S. 235-247). Zur Kritik Ungewitters am Aufbau und der Arbeitsweise der Wirtschaftsgruppe und den Umstrukturierungen, die für ihn einem massiven Bedeutungsverlust gleichkamen vgl. BArch R 3/472, Geheimer Vermerk Schiebers für Speer, 21. September 1944.

[460] Vgl. HUW 6 F 4, Mitteilung für die Direktion, 18. Oktober 1934.

[461] Hayes spricht in diesem Kontext von 14.000 Mitgliedern (vgl. Hayes, Degussa, S. 69).

[462] Im Jahr 1936 gliederte sich die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie in eine Sammelabteilung und zwölf Fachgruppen. Im April 1941 gehören ihr 17 Fachabteilungen, 9 Fachgruppen und 3 Fachuntergruppen an (vgl. Wagner, Einleitung Findbuch Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie).

war der Konzern nicht nur Mitglied in beiden Sammelgruppen, sondern zudem in sieben der 25 Fachgruppen angemeldet.[463] Als hauptbetreuende Stelle benannte die Wacker-Chemie entsprechend den eigenen Produktionsschwerpunkten die Fachgruppe 5 Karbidchemie. Die Pflichtmitgliedschaft in den Selbstverwaltungsorganen war nicht kostenfrei. Die Unternehmen mussten wie an die Industrie- und Handelskammern oder die Industrieabteilungen der zuständigen Wirtschaftskammern auch an die Wirtschaftsgruppen Mitgliedsbeiträge abführen.[464] Die Beitragshöhe ergab sich aus einem Grundbetrag und Ergänzungs- sowie Zusatzbeiträgen für bestimmte Fachgruppen, zu denen 1936 bis 1938 beispielsweise auch die Fachgruppe Karbidchemie gehörte. Der Grundbetrag orientierte sich an den Lohn- und Gehaltszahlungen des Unternehmens und damit letztlich an seiner Größe. Nachdem der Prozentsatz 1937/38 von 1,8 Prozent auf 2,4 Prozent erhöht worden war, lag der Mitgliedsbeitrag der Wacker-Chemie, der 1935 noch bei unter 10.000 Reichsmark gelegen war, schließlich bei einem Jahresbeitrag von 19.507 Reichsmark.[465]

Einerseits boten sich dem Unternehmen im Rahmen der Selbstverwaltung zwar gewisse Einflussmöglichkeiten, vor allem wenn sich Führungskräfte des Konzerns aktiv in den Gremien engagierten, die Firma zahlte andererseits aber einen steigenden Preis für eine Betreuung, die sie nicht nur nicht frei wählen, sondern der man sich nicht entziehen konnte. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen trug die Industrie folglich selbst dazu bei, das ungeliebte System zu finanzieren, das im Gegenzug tiefer und tiefer in die unternehmerischen Entscheidungsprozesse und Produktionsabläufe eingriff.

Die Amtszeit von Johannes Hess (1937-1942)

Im Jahr 1937 übernahm Johannes Hess die Nachfolge von Carl Adolf Clemm als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie. In seiner Amtszeit trat er für eine rege Beteiligung der Industrie in den Selbstverwaltungsgremien ein. Bei seinem Amtsantritt kündigte Hess an, diejenigen Vertreter der Mitgliedsfirmen für eine, mit seinen Worten „lebendige“ Mitarbeit gewinnen zu wollen, die ihm aufgrund ihrer Expertise am besten zur Bearbeitung der

[463] Es handelte sich um die Fachgruppe 1 Soda, Ätzkalien, Chlor, Salzsäure, Gruppe 5 Karbidchemie, Methanol und Holzverkohlung, Fachabteilung 6 Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredler, Fachgruppe 7 Technische Gase, Fachgruppe 8 Kunststoffe, Fachgruppe 11 Chemische Herstellung von Fasern und Fachgruppe 19 Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfungsmittel (vgl. HUW 7 C 51, Gareis an Schlosser, 24. August 1944).

[464] Vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk für Hess, 28. Juni 1938.

[465] Im gleichen Zeitraum stiegen die Beiträge der Wacker-Chemie an die Industrie- und Handelskammern in München, Nürnberg, Breslau, Hechingen, Halle, Krefeld und Frankfurt in Höhe von 5.118 Reichsmark (1935) auf 21.989 (1938/39) ebenfalls deutlich an (vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk für Hess, 28. Juni 1938).

anstehenden Aufgaben geeignet erschienen.[466] Dabei baute er auf die Erfahrung der Wirtschaftsvertreter und die Gepflogenheiten der Wirtschaftselite. Er rief zu "strengster Pflichterfüllung" auf und betonte zugleich, dass man dabei jedoch nie vergessen sollte, „die Kameradschaftlichkeit zu pflegen", denn die, so Hess weiter, erleichtere nicht nur die Zusammenarbeit, sondern auch das tägliche Leben sehr.[467] Was seinen Vorgänger betraf, so setzte Hess diesen Ansatz umgehend in die Tat um und bat Clemm, die Aufgabe seines zweiten Stellvertreters zu übernehmen und Mitglied im Beirat der Wirtschaftsgruppe zu bleiben.[468]

Wenngleich Hayes die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie als „nazitreu"[469] bezeichnet und die Berufung Hermann Schlossers von der Degussa zum Leiter der Wirtschaftsgruppe als Zeichen dafür wertet, „dass er [Schlosser] zunehmend bekannt und in politischen Kreisen ein willkommener Gesprächspartner wurde"[470], so war eine NSDAP-Parteimitgliedschaft dennoch nicht zwingend zur Ausübung dieser Leitungsfunktion notwendig.[471] Während Pfotenhauer ein überzeugter Nationalsozialist gewesen war und Ungewitter in enger Verbindung zur SS-Führung stand, besaß Johannes Hess, der zu dieser Zeit sowohl die Schweizer als auch die deutsche Staatsangehörigkeit besaß, keine NSDAP-Mitgliedschaft und stand auch sonst keiner parteilichen Organisation nahe – eine Ausnahme bildete lediglich seine NSV-Mitgliedschaft.[472] Soweit bekannt wurde ein Eintritt in die Partei, trotz seiner zahlreichen Ämter und Wirtschaftsposten oder angesichts der eher durchwachsenen politischen Beurteilungen seiner Person, nie von ihm eingefordert.[473]

---

[466] HUW 6 E 18, Manuskript Hess zur Rede der Einführung als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, ohne Datum, vermutlich jedoch Ende November 1937.

[467] HUW 6 E 18, Konzept des Trinkspruches von Hess im Rahmen seines Amtsantritts, 27. November 1937.

[468] Auch Pfotenhauer übernahm nach seinem Ausscheiden als Wirtschaftsgruppenleiter weiterhin Führungsfunktionen innerhalb der Wirtschaftsgruppe, so wird er beim Amtsantritt von Hess als Gruppenleiter genannt (vgl. HUW 6 E 18, Manuskript Hess zur Rede der Einführung als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, ohne Datum, vermutlich jedoch Ende November 1937). Im Herbst 1939 waren alle ehemaligen Leiter der Wirtschaftsgruppe Mitglieder des engeren Beirates der Wirtschaftsgruppe. Der Beirat bestand neben dem aktuellen Leiter der Wirtschaftsgruppe Hess aus von Schnitzler, Henkel, Pfotenhauer, Clemm und Pietzsch (vgl. Maier, Chemiker, S. 244).

[469] Hayes, Degussa, S. 49.

[470] Ebd., S. 36.

[471] Zwar begründeten ehemalige Wirtschaftsführer, wie beispielsweise Karl Merck, ihren Eintritt in die NSDAP als schiere Notwendigkeit und betonten die Koppelung ihrer Ämter an ein parteiliches Engagement, doch wie Maier zeigt, war dies tatsächlich kein Muss. Hitler selbst bestand 1933 / 1934 im Falle der führenden Vertreter in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr auf eine Parteimitgliedschaft. Als Gegenbeispiel zu Merck wäre etwa Paul Duden, Vorsitzender des Vereins Deutscher Chemiker und Freund von Johannes Hess, zu nennen (vgl. Maier, Chemiker, S. 200-201).

[472] Zu Pfotenhauer vgl. Hayes, Degussa, S. 238.

[473] Die im Bundesarchiv Berlin (ehemals BDC) überlieferten politischen Beurteilungen zu Hess schwanken zwischen Pflichterfüllung „gegenüber dem neuen Deutschland" und „Mann alter Schule, der sich in die nationalsozialistischen Gedankengänge nicht recht einzuschalten weiß" (BARch PK E OO62, Johannes Hess,

In die Amtszeit von Johannes Hess fiel die Phase verstärkter Kriegsvorbereitung. Hierzu gehörten beispielsweise Maßnahmen zur Sicherung der Produktion im Mobilisierungs-Fall (Mob-Fall), bei denen die fachliche Organisation der gewerblichen Wirtschaft vom Reichswirtschaftsministerium zusätzliche Aufgaben im Bereich der Rohstoffbewirtschaftung oder auch bei der Bearbeitung von Erzeugungsplänen sowie der Umlegung derselben auf die einzelnen Betriebe der Mitgliedsfirmen übertragen bekam.[474] Eng mit dem Amt des Wirtschaftsgruppenleiters verbunden waren nicht zuletzt auch zahlreiche Repräsentationspflichten, die Hess wiederholt in die Nähe hochkarätiger Politiker und Parteirepräsentanten führten. Die Beziehungen zum Reichswirtschaftsministerium und dessen nachgeordneten Stellen dürften sich, obwohl bereits vorher vorhanden, in dieser Zeit noch einmal intensiviert und den Bekanntheitsgrad von Hess auf Reichsebene erhöht haben. Nicht zuletzt dank dieser Verbindungen hatte er es als Wirtschaftsgruppenleiter geschickt verstanden, Führungskräfte der Wacker-Chemie an für den Konzern relevanten Stellen innerhalb der Selbstverwaltungsgremien zu positionieren.

Eine besonders wichtige, gerade für die Legierungs-Produktion des Ferrowerkes zentrale Fachabteilung war die der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie nachgegliederte Fachabteilung Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredler. Sie war vom Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Mitte Juni 1942 gegründet worden. Nach ihrer Errichtung wurde die Fachabteilung von der Reichsstelle für Eisen und Stahl umgehend mit der Bewirtschaftung von Chromerz und anderer kriegswichtiger Rohstoffe betraut. Die Mückenberger Produktionsbereiche Ferrochrom, Ferrosilicium und Calciumsilicium hingen folglich direkt von den dort getroffenen Entscheidungen und den, von der Fachabteilung an die Verbraucher zugeteilten Rohstoffmengen ab. Zum Leiter der Fachabteilung wurde der Geschäftsführer der Gesellschaft für Elektrometallurgie (GfE), dem größten Konkurrenten der Wacker-Chemie im Bereich der Ferrolegierungen, Dr. Heinz Gehm[475] bestellt. Ihm zur Seite standen als sein Stellvertreter Hermann Lang[476], der von den IG Farben Werken in Bitterfeld

insbesondere Schreiben der Personalabteilung der Gauleitung München-Oberbayern, 17. Januar 1938 und Personalamt Gauwirtschaftsberater an Gaupersonalamt München, 30. September 1942).

[474] Vgl. BArch R 8-VIII/82, Geheimes Schreiben des Reichswirtschaftsministers an die Reichsgruppe Industrie, 27. Januar 1939.

[475] Über Gehm ist nur wenig Biografisches bekannt. Geboren wurde er 1893. Im Jahr 1945 erfolgte seine Verhaftung durch die US-Armee (vgl. Bähr, u. a. Flick-Konzern, S. 884). Gehm wurde 1959 Aufsichtsratsvorsitzender bei der DEW Krefeld, zitiert nach http://www.zeit.de/1959/12/automation-allein-macht-nicht-selig [zuletzt am 10. September 2015]

[476] Hermann Lang war kein Aufsichtsrats- oder Vorstandsmitglied der IG Farben. Bei Heine, Verstand & Schicksal findet er keine Erwähnung. Er übernahm Ende 1936 in Nachfolge von Max Jaeger die Leitung des Bitterfelder Werkes Nord (vgl. Hackenholz, Bitterfeld, S. 248 und BArch R 13-XII/593, Gehm an Lang, 10. November 1943, fol. 91).

kam und selbst die Untergruppe Vanadium leitete, sowie als Geschäftsführer Paul Nehrenberg[477], ein diplomierter Volkswirt, der zuvor in der Geschäftsleitung der Wirtschaftsgruppe gearbeitet hatte und nun die Rolle des Geschäftsführers übernahm.[478] Die Fachabteilung war in mehreren Unterabteilungen organisiert: Ferrosilicium, Ferrochrom und Ferromangan, Vanadium, Wolfram und Molybdän sowie Desoxydationslegierungen. Im Oktober 1942 wurden zwei der vier Unterabteilungen – und zwar die beiden, die im direkten Produktionszusammenhang mit der Wacker-Chemie standen – vom kaufmännischen Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Wolfgang Freyer, geleitet.[479] Er war von Gehm kurz nach Gründung der Fachabteilung mit Schreiben vom 25. Juni 1942 berufen worden.[480] In der Unterabteilung Ferrochrom / Ferromangan übernahmen Müller von der GfE (Werk Weisweiler), in der Gruppe Ferrosilicium der Leiter der Verteilungsstelle der deutschen Ferrosilicium-Erzeuger, Paul, die Aufgabe des Stellvertreters Freyers.[481]

Obwohl Johannes Hess viel Zeit in Berlin, gerne im bekannten Hotel Adlon, verbrachte, blieb München sein Wohnsitz und Lebensmittelpunkt. Die Bau- und Mietsituation in der Hauptstadt beschäftigte ihn dennoch, wenngleich in einem anderen Kontext: In seine Amtszeit fielen die Planungen zum Umzug der Wirtschaftsgruppe in einen neuen Gebäudekomplex.[482] Diese war 1937 noch zusammen mit der Deutschen Chemischen Gesellschaft und der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in der Berliner Sigismundstraße untergebracht, wofür Hess der Straße im Rahmen seiner Antrittsrede den Namen „Straße der Chemie“ verlieh.[483] Im Frühjahr 1938 wurde klar, dass das in der Nähe des Potsdamer Platzes gelegene Gelände in der Sigismundstraße im Rahmen der Baumaßnahmen zur Neugestaltung

[477] Vgl. Kliemann / Taylor, Who is who, S. 1221 mit Verweis auf die 1. Auflage, S. 834.
[478] Vgl. HUW 10 C 45, Abschrift der Gründungsanzeige an die Herstellerfirmen von Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredler, 26. Juni 1942; LASA Mers. I 506 / 2355, Übersicht über den Aufbau der Fachabteilung, 28. Juli 1942.
[479] Vgl. LASA Mers. I 506 / 2355, Übersicht über den Aufbau der Fachabteilung, 28. Juli 1942.
[480] Vgl. BArch R 13-XII/593, Gehm an Freyer, 10. November 1943, fol. 94.
[481] Der Gruppe Ferrochrom, Ferromangan wurden als Herstellerfirmen neben der Wacker-Chemie und der GfE die Chemische Werke Falkenau (Aussig), die Elektro AG für angewandte Elektrizität (Oberlazisk), Th. Goldschmidt (Essen), die IG Farben (Frankfurt), Krupp Werk Söllingen (Essen), das Stahlwerk Mark, Metallurgie AG (Hamburg) sowie die Stickstoffwerke AG (Maria Rast) zugeordnet (vgl. BARch R 13-XII/593, Übersicht, ohne Datum, fol. 42), zur Gruppe Ferrochrom zählten die AG für Stickstoffdünger (Köln), die Chemische Werke Falkenau (Aussig), die Elektro AG für angewandte Elektrizität (Oberlazisk), die Donau-Chemie AG Werk Landeck (Wien), die Elektrochemischen Werke Hirschfelde (Hirschfelde), Krupp mit Werk Rheinhausen-Niederrhein (Essen), die Lonza-Werke Elektrochemische Fabriken GmbH (Weil a. Rhein) sowie die Witkowitzer Bergbau und Eisenhütten-Gewerkschaft (Witkowitz) (vgl. BArch R 13-XII/593, Übersicht, ohne Datum, fol. 43).
[482] Der Umzug verzögerte sich und war beim Rücktritt von Hess noch nicht vollzogen. So lautete die Anschrift der Wirtschaftsgruppe auch Ende 1943 noch Sigismundstraße 3 (vgl. BArch R 8-VIII/462, Aufruf Schlossers in Sammel-Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Ausgabe Dezember 1943/März 1944, S. 2).
[483] Vgl. HUW 6 E 18, Konzept des Trinkspruchs von Hess im Rahmen seines Amtsantritts, 27. November 1937.

der Reichshauptstadt geräumt werden musste. Eine neue, geeignete Unterkunft für die drei betroffenen Einrichtungen musste gefunden werden. Wie sich herausstellte, keine allzu leichte Aufgabe, denn der Neubau sollte zugleich alle „drei Säulen der Chemie“, wie Hess sie nannte, wieder an einer Adresse zusammenführen, möglichst repräsentativ sein und dabei die Bedeutung der chemischen Industrie für die deutsche Wirtschaft auch architektonisch unterstreichen. In der Folgezeit kam es über die Gestaltung des Neubaus zu größeren Auseinandersetzungen zwischen der Deutschen Chemischen Gesellschaft und dem Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe, Ungewitter, der seine Entscheidung zum Missfallen der berufsständischen Gesellschaft primär an den Bedürfnissen der Wirtschaftsgruppe orientierte. Hess stand den Wünschen der Deutschen Chemischen Gesellschaft zwar deutlich positiver gegenüber, konnte sich in dieser Kontroverse letztlich aber nicht gegen den ihm untergeordneten Geschäftsführer durchsetzen, was den Schatzmeister der Deutschen Chemischen Gesellschaft schließlich zu dem Urteil verleitete, Ungewitter sei gegenüber Hess eben doch der Stärkere.[484]

Eigentlich hatte Hess den Posten des Wirtschaftsgruppenleiters nach eigener Aussage bereits nach einer Amtsperiode niederlegen wollen, doch habe er sich dann letztlich auf Bitten des Reichswirtschaftsministeriums zu einer zweiten Amtsperiode bereit erklärt. Für eine Dritte stelle er sich jedoch nicht mehr zur Verfügung.[485] Im Hinblick auf die sich der Wacker-Chemie im Zuge dieser Personalbesetzungen bietenden Gestaltungsmöglichkeiten erscheint der Verzicht von Hess aus Unternehmensperspektive wenig nachvollziehbar. Noch im Oktober 1942 war Hess an Gehm mit der Bitte herangetreten, den Leiter der technischen Abteilung VIII der Wacker-Chemie, Hermann Hiller, in den Beirat der Fachabteilung Ferrolegierungen zu berufen. Gehm beabsichtigte, diesem Wunsch zu entsprechen.[486] Allerdings fand im Jahr 1942 eine weitere Welle tiefgreifender Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Organisation der gewerblichen Wirtschaft statt. Die Lenkung der Industrie sollte stärker an die Erfordernisse der Kriegswirtschaft angepasst und dabei der industrielle Output sowie die Produktionseffizienz gesteigert werden. Das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition (ab September 1943 Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion) unter Albert Speer (1905-1981) führte hierzu ab April 1942 Ausschüsse,

[484] Zur Diskussion rund um den Neubau vgl. Maier, Chemiker, S. 235-247, Zitat des Schatzmeisters auf S. 245.
[485] Vgl. HUW 6 E 18, Konzept der Abschiedsrede von Hess zum Abschied vom Posten des Wirtschaftsgruppenleiters vom 28. April 1942.
[486] Vgl. BArch R 13-XII/593, Gehm an Schmidt, 29. Oktober 1942, fol. 123, und Gehm an Hess, 4. September 1942, fol. 124.

Ringe und Lenkungsbereiche ein.[487] Im Sommer 1942 hatte es daraufhin Pläne innerhalb des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion gegeben, einen Ring Ferrolegierungen zu etablieren, der dem Hauptring Eisen angegliedert werden sollte. Der Ring hätte die Aufgaben der Fachabteilung übernommen und die Legierungsproduzenten somit enger an das Ministerium Speers gebunden. Gegen diesen Vorschlag wehrte sich Johannes Hess als Leiter der Wirtschaftsgruppe energisch. Zu diesem Zeitpunkt bestand bereits ein Arbeitsausschuss Ferrolegierungen beim Sonderausschuss Chemische Erzeugnisse im Hauptausschuss Wehrmacht- und allgemeines Gerät. An der Spitze des Arbeitsausschusses stand der Stellvertreter des Leiters der Fachabteilung Ferrolegierungen, Hermann Lang.[488] Eine enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium war also bereits dank dieser Personalunion gewährleistet, eine engere Bindung also nicht notwendig.[489] Eine Tatsache, die laut Hess selbst die Reichsvereinigung Eisen anerkannt hätte. Mit dem neuen Ring Ferrolegierungen würde den Verbrauchern (aus der Stahlindustrie) die Bestimmung über ihre Hilfsstoffe an die Hand gegeben werden, was sich nach Hess nur „hemmend auf die Unternehmerinitiative" auswirken müsste. Hess wandte sich mit seinem Protest direkt an den Leiter des Rüstungslieferungsamtes, Walter Schieber (1896-1960)[490]. Er betonte, dass die Verfahren zur Herstellung von Ferrolegierungen von der chemischen Industrie entwickelt wurden und bat als „Schöpfer des niedriggekohlten Ferrochroms und Calciumsiliciums" um eine Unterredung.[491]

Inwiefern die Rücktrittsentscheidung von Hess bereits mit diesen Umgestaltungsmaßnahmen und der zu erwartenden Angliederung an das Ministerium Speers in Zusammenhang steht, lässt sich aus den Quellen nicht erschließen. Auffällig bleibt indes der Zeitpunkt der öffentlichen Rücktrittserklärung von Hess, Ende April 1942, kurz nach der Berufung Speers. Mit der Entfernung zwischen seinem Lebensmittelpunkt München und Berlin begründete Hess dann auch die Abgabe von Aufgaben an andere Wirtschafts- und Wissenschaftsgrößen. So war er an Karl Quasebart (1882-1949) herangetreten, die Führung des Sonderausschusses

[487] Zum Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion unter Speer vgl. Janssen, Ministerium Speer.
[488] Im Juli 1943 gehörten dem Arbeitsausschuss außer der Wacker-Chemie noch 29 weitere Firmen an (vgl. HUW 16 A 35, Abschrift eines Schreibens des Arbeitsausschusses an die Mitgliedsfirmen, 10. Juli 1943).
[489] Personalunionen zwischen den Spitzen der fachlichen Gliederung der Wirtschaftsgruppen und dem entsprechenden Ring im System Speers waren vom Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion durchaus gewünscht (vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Band 2, Teil 2, S. 163).
[490] Zur Biographie Schiebers vgl. Sandgruber, Schieber, S. 247-276 und Klee, Personenlexikon, S. 533-534.
[491] HUW 4 C 20, Hess an Schieber, 1. August 1942. Ob und mit welchem Ergebnis dieses Treffen stattfand, ist unklar.

Chemische Erzeugnisse zu übernehmen, was dieser bereitwillig tat.[492] Hess hatte trotz seiner Tätigkeit als Leiter der Wirtschaftsgruppe letztlich keinerlei Aufgaben im Bereich der Ausschüsse und Ringe Speers übernommen. Ob dies in dem absehbaren Ende seiner Amtszeit oder einer wie auch immer gearteten Ablehnung der wirtschaftslenkenden Maßnahmen begründet lag, bleibt offen.

Obwohl Hess bereits im Frühjahr seinen Rücktritt verkündet hatte, bekleidete er das Amt noch einige Monate länger und legte es erst nach einer gut fünfjährigen Amtszeit zum Jahresende 1942 nieder. Sein Nachfolger, Hermann Schlosser aus dem Führungskreis der Frankfurter Degussa, trat den Posten schließlich im Januar 1943 an. Schlosser versuchte in der Folgezeit, die Wirtschaftsgruppe zugunsten des Präsidiums und der dort vertretenen Wirtschaftsvertreter umzubauen und geriet damit in Opposition zu Walter Schieber und Claus Ungewitter, dem bereits erwähnten Hauptgeschäftsführer und Reichsbeauftragten für Chemie.[493] Der Wirtschaftsgruppenleiter erhielt Unterstützung aus dem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und setzte sich durch. Hatte das Reichswirtschaftsministerium mit den Maßnahmen des Jahres 1942 bereits an Einfluss auf die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie verloren, so wurde diese mit dem „Erlass zur Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft vom 29. Oktober 1943“[494] organisatorisch endgültig vom Reichswirtschaftsministerium abgetrennt und der Amtsgruppe 4 Chemie des Rohstoffamts unter Hans Kehrl (1900-1984) zugeordnet.[495] Zudem übernahm die Wirtschaftsgruppe nun von der Reichsstelle Chemie die Rechte aus der Warenverkehrsverordnung, Tätigkeiten der Erzeugungslenkung und Aufgaben der Verlagerung von Aufträgen in die besetzten Gebiete.[496] Die Umstrukturierungsmaßnahmen sollten eine weitere Leistungssteigerung herbeiführen, wobei der Einfluss der Reichsstelle und somit auch die Macht Ungewitters deutlich verringert wurden, während das Aufgabenspektrum der Wirtschaftsgruppe wuchs und die Stellung des

[492] Zu dem in der Quelle (vgl. HUW 6 E 18, Konzept der Abschiedsrede Hess zum Abschied vom Posten des Wirtschaftsgruppenleiters vom 28. April 1942, S. 3) erwähnten Sonderausschuss Chemische Erzeugnisse hatte der Vorstandsvorsitzende der Auergesellschaft, Karl Quasebart (1882-1949), auch die Leitung des Sonderausschusses Gasschutz und Atemgerät, seinem Fachgebiet, übernommen. In diesem Rahmen nahm er im Mai 1943 an der Besprechung zu Fragen des Kampfstoffeinsatzes im Führerhauptquartier teil (vgl. Maier, Chemiker, S. 112-113 sowie Kahlert, Chemiker unter Hitler, S. 329); zu Quasebart vgl. auch Schmaltz, Kampfstoff-Forschung, S. 258-262.

[493] Zum Hintergrund der Auseinandersetzung vgl. Hayes, Degussa, S. 90-93.

[494] Zum Erlass zur Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft, der auch als Bandwurmerlass bezeichnet wurde vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. 2, Teil 2, S. 162-164.

[495] Kehrl verfasste über seine Tätigkeit als Leiter des Amtes eine autobiographische Schrift (vgl. Kehrl, Krisenmanager).

[496] Gemäß der Warenverkehrsverordnung hatte die Wirtschaftsgruppe nun das Recht, „Auskünfte zu fordern, Anordnungen zu erlassen, Herstellungsanweisungen zu erteilen, Herstellungs- und Errichtungsverbote sowie Vorschriften zur Typisierung zu erlassen“ (BArch R 3/476, Speer an Schlosser, 11. Januar 1944, S. 1).

Wirtschaftsgruppenleiters als „unmittelbares Vollzugsorgan“ Speers gefestigt wurde. Dieser hatte Schlosser, der sich fortan als „Produktionsbeauftragter des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion“ bezeichnete, nicht nur „alle Vollmachten […], die den Befugnissen [der] Ausschüsse und Ringe auf dem Gebiet der Produktion“ entsprachen, übertragen, sondern ihm auch das Weisungsrecht an die Bewirtschaftungsstellen erteilt, das zuvor in den Händen des Reichsbeauftragten gelegen war.[497]

Ende 1943 übernahm ein neunköpfiges Präsidium die Leitung der Wirtschaftsgruppe. Zu diesem zählte neben Schlosser und seinem Stellvertreter Fritz ter Meer, einem der IG Farben-Führungskräfte, die für den Frankfurter Chemiegiganten an den Gesellschafterversammlungen der Wacker-Chemie teilnahmen, auch Claus Ungewitter.[498] Im gleichen Zeitraum fand auf Weisung Schlossers auch innerhalb der Fachabteilung Ferrolegierungen eine Umgestaltung statt, bei der die Untergliederungen „nach Gesichtspunkten einer technischen Betreuung besonderer Fertigungsgebiete“ ausgerichtet wurden.[499] Ferner wurden die Mitgliedsfirmen der Wirtschaftsgruppe aufgefordert den Leitern der einzelnen Gruppen und Abteilungen alle relevanten Erzeugnisse zu melden, ansonsten liefen sie Gefahr, bei der Rohstoffzuteilung nicht länger berücksichtigt zu werden.[500]

Nach dem Rücktritt von Hess wurden einige Berufungen, die Vertreter der Wacker-Chemie betrafen, von Schlosser rückgängig gemacht.[501]. Hess selbst blieb als Obmann für den Gauwirtschaftskammer-Bezirk München-Oberbayern in der bezirklichen Gliederung der Wirtschaftsgruppe aktiv. In seinem Amt nicht bestätigt wurde Wolfgang Freyer, der die Leitung der Unterabteilungen Ferrosilicium und Ferrochrom abgeben musste.[502] Seine Aufgabe übernahmen in beiden Fällen Vertreter der Gesellschaft für Elektrometallurgie, der Firma also, der Gehm als Fachabteilungsleiter selbst vorstand und die letztlich als größter Konkurrent der Wacker-Chemie auf dem Legierungssektor zu bezeichnen ist. In dieser gerade für den Standort Mückenberg so wichtigen Fachabteilung gab es nun keinen Vertreter der Wacker-Chemie mehr. Auch die anderen, dem Münchner Unternehmen produktionstechnisch nahestehenden Fachgruppen, bei denen eine starke Vertretung der Wacker-Chemie zu

[497] BArch R 3/476, Speer an Schlosser, 11. Januar 1944, S. 2.
[498] Vgl. BArch R 8-VIII/462, Aufruf Schlossers in Sammel-Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Ausgabe Dezember 1943/März 1944, S. 1-2.
[499] BArch R 13-XII/593, Gehm an Freyer, 10. November 1943, fol. 94.
[500] Vgl. BArch R 8-VIII/462, Aufruf Schlossers in Sammel-Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Ausgabe Dezember 1943/März 1944, S. 1.
[501] Vgl. Hayes, Degussa, unter anderem S. 26-29; 49-51, 89-90.
[502] Zeitgleich wurde auch Hermann Lang seiner Pflichten entbunden (vgl. BArch R 13-XII/593, Gehm an Lang, 10. November 1943, fol. 91).

erwarten gewesen wäre (allen voran die Fachgruppe 5 Karbidchemie, Methanol und Holzverkohlung mit ihren drei Fachabteilungen Karbid, Karbidfolgeprodukten und Methanol und Holzverkohlung), setzten sich vor allem aus Mitgliedern der IG Farben bzw. der Degussa zusammen. Letztere dominierte entsprechend ihrer Produktpalette die Abteilung Methanol und Holzverkohlung und stellte den Leiter der Fachgruppe 5.[503] An den Besprechungen der Fachabteilung Karbidchemie in Berlin nahmen neben Alt und Ambros von den IG Farben in Ludwigshafen, Roth und Möller von den IG Farben in Höchst, Ludwigs von den IG Farben in Frankfurt, Fischer, Mureck und Hubert von der Degussa und Müller von den Lonza-Werken auch Hörmann und Kalb von der Wacker-Chemie teil.[504]

Einzig im Bereich der Kunststoffe (Fachgruppe 8) blieb die Wacker-Chemie in leitender Position vertreten. Hier engagierte sich Ludwig Hörmann, der zu diesem Zeitpunkt bereits stellvertretender Geschäftsführer der Wacker-Chemie gewesen war, als Kopf der Fachabteilung Acetylcellulose.[505] Wann er diesen Posten bekam, vor oder nach dem Rücktritt von Hess, ist unklar. Spätestens ab Juni 1944 hatte Hörmann zudem die Aufgabe eines Produktionssachverständigen für den Fachbereich Essigsäure und -anhydrid innerhalb der Fachgruppe 5 übernommen, die ihm der Leiter des Produktionsausschusses dieser Fachgruppe, Otto Ambros, zugedacht hatte.[506] In dieser Funktion war er beispielsweise für die Verteilung der Globalkontingente Soda an die deutschen Verbraucherfirmen verantwortlich. Soda diente vor allem zur Erzeugung von chloressigsaurem Natron.[507] Der Bereich Soda wurde vom Reichsbeauftragten Chemie Ungewitter an Hörmann übertragen. Hörmann diente der Wirtschaftsgruppe Chemie bei der Wacker-Chemie zudem als Ansprechpartner für das Meldewesen.[508] Zur selben Fachabteilung Karbidfolgeprodukte zählte der Fachbereich Chlorkohlenwasserstoffe, für den wiederum Eduard Kalb, Prokurist und Abteilungsleiter der Wacker-Chemie, zum Produktionssachverständigen berufen

[503] Zum Leiter der Fachgruppe 5 wurde Albert Fischer bestellt. Fischer war von 1930 bis 1945 Vorstandsmitglied der Degussa gewesen und wechselte 1948 in den Aufsichtsrat, wo er seine Karriere 1952 beendete. Zu Fischer vgl. Hayes, Degussa, S. 328, 429 und 431; BArch R 8-VIII/462, Aufruf Schlossers in Sammel-Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Ausgabe Dezember 1943/März 1944, S. 3 und BArch R 13-XII/203, Leiter der Fachgruppe 5 Fischer an die Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, 24. Juni 1944.

[504] Vgl. die Niederschriften der Besprechungen der Fachabteilung Karbidchemie unter HUW 28 A 18.

[505] Vgl. BArch R 8-VIII/462, Aufruf Schlossers in Sammel-Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Ausgabe Dezember 1943/März 1944, S. 4.

[506] Vgl. BArch R 13-XII/203, Leiter der Fachgruppe 5 Fischer an die Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, 24. Juni 1944.

[507] Vgl. BArch R 8-VIII/105, Ungewitter an Hörmann, 1. Februar 1945.

[508] Vgl. HUW 7 C 51, Gareis an Schlosser, 24. August 1944.

wurde.[509] In dieser Funktion nahm er an den Sitzungen des Produktionsausschusses der Fachgruppe 5 teil. Die Produktionsausschüsse der gewerblichen Selbstverwaltung tagten wöchentlich in Berlin.[510] Der bereits erwähnte Erlass Speers „über die Aufgabenverteilung in der Kriegswirtschaft", vom 29. Oktober 1943, hatte ihnen folgende Aufgaben übertragen, die sie zu wichtigen Gremien der zentralen Wirtschaftslenkung machten: Produktionsplanung, Überwachung der Durchführung der gestellten Produktionsaufgaben, „Beseitigung produktionshemmender Schwierigkeiten", Förderung von Rationalisierung, Verfahrensverbesserungen und Erfahrungsaustausch, Bearbeitung von Kapazitätserweiterungen, Produktionsverlagerungen sowie Stilllegungen. Einen Teil dieser Funktionen, die nun auf den technischen Sachverständigen übergingen, hatte zuvor der Leiter des Fachbereiches erfüllt. Eine der ersten Aufgaben Kalbs nach seiner Berufung war die Erstellung einer Jahresplanung. Zudem sollte zur Weiterleitung an die Reichsstelle Chemie ein Verteilungsplan ausgearbeitet werden. Gemäß seiner Position konnte Kalb die benötigten Informationen von den einzelnen Betrieben einfordern, dies wäre, so Ambros, jedoch kaum nötig, „da der gesamte Verkauf der wichtigsten Acetylenchlorkohlenwasserstoffe Trichlorethylen, Perchlorethylen und Hexachloräthan über die Wackerchemie läuft". Kalb visierte zudem eine enge Zusammenarbeit mit dem Leiter des technischen Büros Wolfgang Alt an. Dieser stammte wie Ambros von der IG Farben Ludwigshafen.[511] Mit Ingenieur Schmidt und Karl Fahnler waren darüber hinaus zwei Vertreter aus den Reihen der Wacker-Chemie in der zur Fachgruppe Chemische Erzeugung von Fasern gehörenden Fachabteilung Zellwolle aktiv.[512]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Wacker-Chemie entsprechend ihrer Produktpalette Mitglied in mehreren Wirtschaftsgruppen der Reichsgruppe Industrie gewesen ist und ihre Vertreter sich zudem in verschiedenen Untergliederungen des Selbstverwaltungsapparates engagierten, wobei Johannes Hess während seiner Amtszeit als Leiter der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie in den Jahren 1937 bis 1942 mit Sicherheit den größten Einfluss auf die Selbstverwaltung der gewerblichen Wirtschaft ausgeübt hat. In dieser Zeit gelang es ihm, mehrere Führungskräfte der Wacker-Chemie an für das Unternehmen wichtige Stellen innerhalb der Selbstverwaltungsorgane zu platzieren. Nach

[509] Vgl. BArch R 13-XII/203, Leiter der Fachgruppe 5 Fischer an die Geschäftsführung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, 24. Juni 1944.
[510] Die Produktionsausschuss-Sitzungen der Wirtschaftsgruppe Chemie fanden 1943 jede Woche Dienstagnachmittag und Mittwochvormittag im Gebäude der Kali-Chemie statt (vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk Nr. 377, 23. März 1943).
[511] Vgl. BArch R 13-XII/203, Ambros an Kalb, 15. März 1944.
[512] Vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk Nr. 153, 28. Februar 1941.

seinem Rücktritt Anfang 1943 nahm die aktive Beteiligung von Wacker-Mitarbeitern in der gewerblichen Selbstverwaltung wieder spürbar ab.

3.2.2 Wolfgang Freyer

Freyer wurde am 19. Juni 1879 in Nürnberg geboren. Nach dem Schulabschluss begann er 1895 eine kaufmännische Ausbildung bei der der Elektrizitäts-AG Schuckerts, bei der bereits sein Vater als Angestellter beschäftigt war.[513] Nachdem Freyer bei der EAG zum Prokuristen und Generalbevollmächtigten ernannt worden war, berief ihn Dr. Alexander Wacker 1917 zum kaufmännischen Geschäftsführer der noch jungen Wacker-Chemie.[514] Der Gesellschaftsvertrag vom 16. Dezember 1921 bestätigte diese Position. In sein Aufgabengebiet fiel die Absatzförderung und der Vertrieb der Wacker-Produkte. Freyer zeichnete sich durch eine aktive Mitarbeit an diversen marktregulierenden Zusammenschlüssen nationaler wie internationaler Erzeuger aus. Bei einigen dieser wichtigen Syndikate übernahm er die Leitung, so wirkte er ab 1923 beispielsweise als Vorsitzender des Essigsäure-Syndikats mit Sitz in Frankfurt oder als Präsident des Internationalen Ferrosilizium-Syndikats in Wien.[515] Darüber hinaus engagierte er sich innerhalb des nationalen und des internationalen Genfer Karbidsyndikats. Im Jahr 1928 wurde Freyer zum Konsul von Finnland ernannt, wobei unklar ist woher diese Verbindung nach Skandinavien stammt.[516] Im Jahr zuvor hatte er auf Betreiben der Vereinigung der Bayerischen Arbeitgeberverbände den Titel eines Kommerzienrates verliehen bekommen.[517] Die Industrie- und Handelskammer, deren Mitglied er bis 1933 gewesen war, hatte die Verleihung „auf das wärmste“ empfohlen. Ausschlaggebend für die Verleihung dieses Titels waren seine Verdienste um die bayerische Wirtschaft und seine Bemühungen um die Wohnungsfürsorge in Burghausen, für die er sich im Zuge seiner Tätigkeit bei der Wacker-Chemie eingesetzt hatte.[518] Die Industrie- und Handelskammer betonte, Freyer gehöre zu den ersten Gesellschaftskreisen, er habe nicht nur einen guten Ruf, sondern auch seine Finanzen seien „bestens geordnet“. Die Industrie- und Handelskammer war es auch, die Ende September

[513] Vgl. HUW 10 E 62, Entwurf eines Schriftsatzes über die beiden Geschäftsführer Freyer und Hess, 1. August 1945, S. 4.
[514] Vgl. HStA München MHIG 1460, Handschriftliche Ergänzungen zu den Daten betreff Herrn Direktor Freyer, 17. November 1927.
[515] Vgl. HUW 4 C 3, Nachruf ohne Datum, Anhang.
[516] Vgl. HUW 10 E 62, Notizen zum Werdegang Freyers und Hess, ohne Datum.
[517] Die Verleihung erfolgte zum 19. Dezember 1927 (vgl. HStA München MHIG 1460, Freyer Wolfgang, Direktor der Alexander Wacker-Werke in München und Krauss, Kommerzienräte, S. 454).
[518] Vgl. HStA München MHIG 1460, Schreiben des Präsidiums der Regierung von Oberbayern, 3. November 1927.

1927 an ihn herangetreten war, das peruanische Konsulat in München zu übernehmen. Eine Anfrage, die bei der Wacker-Chemie durchaus begrüßt wurde, da man den damit verbundenen Arbeitsaufwand für gering hielt und hoffte, „es dürfte vielleicht sogar bis zu einem gewissen Grad ein Vorteil für die Firma damit verbunden sein."[519] Diesen Posten hat er vermutlich nicht angenommen, zumindest findet das Angebot keine weitere Erwähnung. In den Jahren 1942/43 wurde Freyer auf Wunsch von Johannes Hess Leiter der Unterabteilung Ferrosilicium, Ferrochrom und Ferromangan der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie. Diese Funktion übte er bis zur Umstrukturierung der Fachabteilung Ferrolegierungen im November 1943 aus. Nachdem Hess seine Amtszeit als Wirtschaftsgruppenleiter nicht mehr verlängerte, bestätigte der neue Leiter der Wirtschaftsgruppe ihn jedoch nicht mehr in diesem Amt.[520] In den Kriegsjahren trat er, wie bereits erwähnt, zunehmend in den Hintergrund. Viele Verhandlungen, gerade mit den Ministerien und Behörden in Berlin, übernahmen jüngere Führungskräfte wie Karl Fahnler oder Eduard Kalb. Bei seiner Entlassung im Juli 1945 war Freyer 66 Jahre alt. Ab 1950 war er zwar noch einige Jahre als Berater für das Unternehmen tätig, lebte aber nach dem Verlust seiner Tochter sehr zurückgezogen.[521] Wolfgang Freyer verstarb am 26. Juli 1967.[522]

3.3 Das Direktorium und die Hauptverwaltung

Die Hauptverwaltung der Wacker-Chemie hatte ihren Sitz in der Münchner Prinzregentenstraße 20. Dort beherbergte sie das Direktorium und die kaufmännische Verwaltung der Wacker-Chemie, die in der Tat vollkommen unabhängig von den Verwaltungsstrukturen der IG Farben agierte. Die Hauptverwaltung umfasste unter anderem die Personalabteilung (Abteilung I), Finanz- und Rechnungswesen (Abteilung II), eine Rechtsabteilung (Abteilung X), den Einkauf (Abteilung III)[523] und die Verkaufsorganisation, die nach Inlands- und Auslandsverkauf unterschieden wurde, sowie eine technische Abteilung

[519] HUW 7 B 5, Schreiben an Dr. Haeuser, 30. September 1927.
[520] Vgl. BArch R 13-XII/593, Aufstellungen, ohne Datum, fol. 42-43 und Schreiben Heinz Gehms an Freyer, 10. November 1943, fol. 94.
[521] Vgl. HUW 10 E 62, Bestätigung vom 17. Januar 1951; Nachruf in der Wacker-Werkzeitung 8 (1967), S. 1.
[522] Vgl. HUW 4 C 3, Nachruf ohne Datum.
[523] Aufgrund der Luftangriffe auf München wurden der Einkauf und die Rechnungsprüfung der Hauptverwaltung am 9. September 1943 nach Ismaning verlagert (vgl. HUW 13 A 1, Brief von Fassong an die Wacker-Chemie, 17. Juni 1945).

(Abteilung VIII) und das Laboratorium[524] (Abteilung IX).[525] Im Untersuchungszeitraum bestanden insgesamt zehn Abteilungen, in denen Ende 1940 323 Mitarbeiter beschäftigt waren.[526] Die Abteilungsleiter der Hauptverwaltung, in der Regel Direktoren oder Prokuristen, zählten zum Kreis der wichtigsten Entscheidungsträger des Konzerns und gehörten damit zur Geschäftsleitung im weiteren Sinne. Ihr Besprechungsgremium waren die monatlich stattfindenden Abteilungsleitersitzungen, die zusammen mit Johannes Hess und den Stellvertretern der Abteilungsleiter stattfanden. Diese entwickelten sich zu einem zentralen Ort des unternehmensinternen Informationsaustausches, der eine effiziente Aufgabenverteilung nach Ressorts unterhalb der Ebene der Gesellschafterversammlungen ermöglichte. In ihnen erörterten die Führungskräfte alle aktuellen, für die Produktion relevante Themen (Rohstoffe, Personal, technische Ausstattung der Betriebsanlagen) und versahen die nachgeordneten Abteilungen und Sachbearbeiter mit den entsprechenden Weisungen. Nach Kriegsbeginn nahmen die Zuteilung von Rohstoffen und das Erreichen der Produktionssoll-Zahlen großen Raum in diesen Sitzungen ein. Bei den monatlich stattfindenden Treffen handelte es sich folglich um ein Besprechungsformat, dessen vorrangige Aufgabe es war, die auf der Ebene der engeren Geschäftsleitung getroffenen Entscheidungen in die Praxis, also in der Produktion und Verwaltung, umzusetzen. Der zweite Geschäftsführer, Wolfgang Freyer, beteiligte sich hingegen nicht an diesen Besprechungen.[527]

Nach der Firmenchronik Hohenleitners gab es im Jahr 1917 insgesamt vier Prokuristen, die alle ihre Prokura zum Stichtag 16. Juli 1917 erhielten. Neben Freyer und Hess verfügten auch die beiden Direktoren der Elektrobosna, Hugo Koller[528] und Heinrich Rosenbaum[529], über

[524] Erster Leiter des Münchner Laboratoriums war Felix Kaufler (1878-1957). Der geborene Wiener schied 1919 aus den Diensten der Elektrobosna aus und wechselte als Chefchemiker zur Wacker-Chemie nach München. Das Laboratorium befand sich zunächst in einem Hinterhaus der Augustenstraße und umfasste gerade einmal sechs Arbeitsplätze. Zu dem Aufgabenbereich des Chefchemikers zählte nach Firmenangaben die „chemische und technologische Kontrolle aller unserer elektrothermischen, elektrolytischen, anorganischen und organisch-synthetischen Betriebe, ferner die Verfolgung der Anwendung unserer Erzeugnisse, wie insbesondere der Lösemittel und Pflanzenschutzmittel. Herr Dr. Kaufler hatte die Aufsicht über die analytischen und Forschungslaboratorien zu führen und die Einführung neuer Erzeugnisse vorzubereiten. Außerdem hatte er die Leitung der Patent- und Literaturabteilung, sowie die Beratung unsrer kaufmännischen Abteilungen in chemischen Fragen zu besorgen“ (HUW 7 C 56, Mikrofiche Kaufler; HUW 39 A 7-13, Mitteilung an Hiller, Wolff, Kalb, Laboratorium und Abteilung Verkauf, ohne Datum und Wacker-Werkzeitung 7 (1958), S. 4).

[525] Der exakte Aufbau der Hauptverwaltung lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Das älteste erhaltene Organigramm stammt aus dem Jahr 1985 und greift den Stand von 1965 auf (vgl. HUW 4 F 47, Organisation der Hauptverwaltung München bis 1974, 15. Januar 1985).

[526] Vgl. Wacker-Datenchronik, Eintrag zum 31. Dezember 1940.

[527] Vgl. die von Fahnler erstellten Protokolle dieser Monatsbesprechungen aus den Jahren 1944 und 1945 unter HUW 7 E 16.

[528] Zu Koller siehe auch Kapitel B.1.3.

[529] Alexander Wacker brachte Heinrich Rosenbaum 1903 nach Wien, wo er für die ELH-Gruppe arbeitete. Als Alexander Wacker während des Ersten Weltkrieges seine österreichischen Unternehmen verkaufte, blieb Rosenbaum als kaufmännischer Direktor bei der Elektrobosna in Wien. Rosenbaum engagierte sich für die

diese Handlungsvollmacht. Die Entscheidung Wackers für Koller und Rosenbaum zeugt von den alten und sehr engen Geschäftsbeziehungen der Wacker-Chemie zur österreichischen Industrie, allen voran zur Elektrobosna, die wie die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie aus den gemeinsamen Wurzeln des ELH-Konzerns Wacker hervorgegangen war. Auch nach der Gründung der Wacker-Chemie und dem Verkauf der internationalen Betriebsstätten Wackers waren die engen personellen Verbindungen zwischen München und Wien offensichtlich nicht abgebrochen. Dem königlichen Kommerzienrat Rosenbaum verdankte die Wacker-Chemie in ihren Anfangsjahren viel, denn er war es, der einen großen Teil der Verhandlungen in Berlin führte, die der Wacker-Chemie die Errichtung des Burghausener Stammwerkes und des Alzkraftwerkes in den Kriegsjahren überhaupt erst ermöglichten.[530] Koller und Rosenbaum waren zugleich Geschäftsführer der Elektrochemischen Werke Breslau. Ihre Vollmachten für die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie erloschen zum 3. Juli 1922, kurz nach der Umwandlung der Kommanditgesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zum 1. Dezember 1924 gab es eine ganze Reihe neuer Prokura-Erteilungen, bei denen neben dem Sohn des Firmengründers Otto Wacker,[531] auch Max Abt, der Leiter der technischen Abteilung Hermann Hiller, Otto Heller[532] und Georg Wolff Berücksichtigung fanden.[533] Die Zahl der Direktoren vergrößerte sich im Laufe der Jahre stetig. In der Regel rückten Führungskräfte nach, die selbst aus der Gruppe der Abteilungs- oder Werkleiter stammten und sich durch eine lange Unternehmenszugehörigkeit auszeichneten. Viele der Führungskräfte waren kurz nach der Gründung der Wacker-Chemie, meist 1917, anlässlich des Produktionsbeginns des Burghausener Werkes in das Unternehmen eingetreten. Viele von Ihnen kamen aus dem Kreis der ELH-Gruppe Wackers, besonders häufig stammten sie von der Wiener Elektrobosna. Zu nennen wären hier etwa Hess, Hiller, Hörmann, Fahnler, Meerwald, Fähnrich und Kaufler. Im Januar 1942 hatte sich die Zahl der Prokuristen auf acht

Errichtung internationaler Syndikate. So wirkte er aktiv an der Gestaltung des Carbid- und des internationalen Ferrosiliziumsyndikats mit, dessen erster Präsident er wurde. Zudem war Rosenbaum maßgeblich an der Gründung der Stickstoff-Werke AG Ruse beteiligt und übernahm das Landecker Werk der Continentalen Gesellschaft für angewandte Elektrizität. Er verstarb am 17. Dezember 1928 (vgl. HUW 4 A 26, Nachruf Hess auf Rosenbaum, ohne Datum; Schreiben des Secretariat international du carbure de calcium Genf an seine Mitglieder, 20. Dezember 1920).

[530] Zum Engagement Rosenbaums in der Frühphase der Wacker-Chemie vgl. HUW 4 A 26 und 4 A 27.

[531] Otto Wacker war nicht nur in der Leitung des Wacker-Konzerns aktiv, 1930 wurde er zudem als Mitglied des Verwaltungsrates der Carbidwerke Deutsch-Matrei AG geführt (vgl. BArch R 8128/3259, Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Geschäftsführer der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main, S. 211).

[532] Otto Heller schied vermutlich 1939 aus den Diensten der Wacker-Chemie aus, sein Nachfolger wurde Hans Dorbert.

[533] Vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, S. 82.

erhöht, hinzukamen fünf Handlungsbevollmächtigte.[534] Zu den Prokuristen zählten neben den beiden Geschäftsführern, Wolfgang Freyer und Johannes Hess, die bewährten Führungskräfte Hans Dorbert,[535] Leopold Fähnrich,[536] Eberhard von Fassong,[537] Hermann Hiller, Hellmuth Holz, Eduard Kalb,[538] Otto Meerwald[539] und Wolfgang Wacker[540]. Zur Gruppe der Handlungsbevollmächtigten gehörten unter anderen Karl Fahnler und Ernst Schmidt[541].

[534] Vgl. HUW 40 F 4, Unterschriftenprobenblatt, 27. Januar 1942.

[535] Der am 28. August 1889 geborene Hans Dorbert leitete bis zum Eintritt in den Ruhestand 1950 den Inlandsverkauf der Wacker-Chemie. Auch er zählte zu den Führungskräften mit einer sehr langen Unternehmenszugehörigkeit, so war er bereits 1917 in die Verkaufsabteilung der Wacker-Chemie eingetreten. Im April 1939 erhielt er Prokura (vgl. HUW 7 C 56, Mikrofiche Hans Dorbert und Wacker-Werkzeitung 11 (1959), S. 1).

[536] Leopold Fähnrich wurde am 5. Oktober 1885 im böhmischen Trautenau geboren. Von 1903 bis 1905 hatte er an der technischen Hochschule Prag studiert. Im Anschluss arbeitete er von 1910 bis 1921 als Chefelektriker bei der Bosnischen Elektrizitäts AG Wien, für die er eine Handlungsvollmacht erhielt. 1920 folgte die Promotion. Im Anschluß bekleidete er bei der Elin AG für elektrische Industrie in Wien den Posten eines Direktors. Nach seiner Entlassung am 30. September 1945 zog Fähnrich nach Wien, wo sich schließlich seine Spur verliert (vgl. HUW 7 C 56, Mikrofiche Leopold Fähnrich).

[537] Der am 14. Juni 1884 in Berlin geborene Hans Eberhard von Fassong absolvierte die Offizierslaufbahn und erreichte 1937 den Rang eines Majors a. D. Er war Träger des königlichen Hausordens von Hohenzollern mit Krone und Schwertern. Von Fassong kam 1922 zur Wacker-Chemie. Ab 1926 wirkte er in der Einkaufsabteilung, deren Leiter er 1930 wurde. Damit verbunden war seine Ernennung zum Direktor. Von Fassong war seit 1933 Mitglied der NSDAP und des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps. Im September 1935 wurde er zum Sturmhauptführer im Stab der Kraftfahrtinspektion Süd ernannt (vgl. BArch SA-4000/135, Schreiben an die Kraftfahrinspektion Süd, 24. September 1935). In seiner Abteilung arbeiteten sowohl der langjährige Betriebsobmann der Wacker-Chemie Markel als auch mehrere Verfolgte des Nationalsozialismus, darunter ein jüdischer Mischling und ein Österreicher, der vor seiner Anstellung bei von Fassong 20 Monate in einem Konzentrationslager verbracht hatte (vgl. HStA München SpkA K 389). Von Fassong verstarb am 20. Dezember 1978 (vgl. HUW 13 A 1, Personalunterlagen OFK von Fassong, zudem Wacker, Werk und Wirken 7 (1974), S. 17 und 2 (1979), S. 21).

[538] Der am 16. Februar 1895 geborene Eduard Kalb wurde zum Jahresanfang 1939 Nachfolger Felix Kauflers, der zwar protestantisch getauft war, dennoch aber als Nichtarier seine Position zum 31. Dezember 1938 räumen musste, wobei Kalb nicht wie Kaufler den Posten des Chefchemikers übernahm. Offenbar waren die Abteilungen zum Teil umstrukturiert worden. Kalb war 1920 als Laboratoriumschemiker für Burghausen engagiert worden. 1922 stieg er zum Betriebsassistenten auf. Mit dem Posten des Abteilungsleiters Produktion war 1939 auch die Prokura-Erteilung verbunden. Am Ende des Entflechtungsprozesses im April 1953 stand die Beförderung Kalbs in den Rang eines Direktors. Zudem wurde er 1946 vom bayerischen Wirtschaftsministerium zum Sachverständigen im Arbeitsausschuss Forschungskontrolle beim Länderrat berufen. Ferner wirkte er aktiv in den Organen des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie mit. Er verstarb am 28. Juli 1965 (vgl. HUW 4 C 4. Wirtschaftspolitisches Rundschreiben des Vereins der Bayerischen chemischen Industrie Nr. 1 /55 vom 31. Januar 1955; Wacker-Werkzeitung 6 (1960), S. 2 und Wacker-Werkzeitung, 8 (1965), S. 3).

[539] Der spätere Geschäftsführer der Wacker-Chemie Otto Meerwald wurde am 15. März 1896 im böhmischen Budweis geboren. Seine Anstellung bei der Wacker-Chemie erfolgt 1917, bereits 1924 übernahm er die Leitung der Buchhaltung. 1930 erhielt er Prokura. Mit dem Abschluss des Entflechtungsprozesses im April 1953 wurde er gemeinsam mit Herbert Berg zum Geschäftsführer ernannt. Er verstarb am 12. Juli 1984 in München (vgl. HUW 4 D 40, Aktennotiz zu Otto Meerwald, ohne Datum; Wacker-Werkzeitung 3 (1956), S. 1 und Wacker-Werkzeitung 3 (1957), S. 1; zudem ein Fotodokument Meerwalds unter HUW 47 A 22.

[540] Zu Wolfgang Wacker siehe Kapitel B.1.4

[541] Laut mündlicher Mitteilung des Firmenarchives begann Schmidt (1893-1980) seine Laufbahn bei der Wacker-Chemie vermutlich im Jahr 1920 am Standort Burghausen. Dort war er am Ausbau des Carbid-Betriebes beteiligt. Nach seinem Wechsel in die Hauptverwaltung arbeitete er dort zunächst in der Lizenzabteilung, konzentrierte sich dann aber auf den Aufbau des Chlorkohlenwasserstoffbereichs, ferner übernahm er den Vorstandsvorsitz der Pensionskasse (vgl. auch Wacker, Werk und Wirken 10 (1973), S. 20 und 1 (1981), S. 18).

Für den Auf- und Ausbau der Werke waren die technische Abteilung VIII und der Zentraleinkauf die entscheidenden Anlaufstellen. Alle Anschaffungen mittlerer und größerer Ordnung wurden in München bearbeitet. Nach dem Einreichen der Anforderung durch die Werke erfolgte die Lieferantenauswahl und Bestellabwicklung durch Abteilung III, der Einkaufsabteilung,[542] die von Hans Eberhard von Fassong geleitet wurde. Bei größeren Investitionen oder Fragen der technischen Ausstattung der Betriebsanlagen erfolgten die Beschaffungsprozesse in enger Zusammenarbeit mit der technischen Abteilung VIII, die die Bauprojekte für den Konzern organisierte, und für das technische Equipment der Anlagen sorgte.[543] Mitarbeiter der Abteilung reisten an die jeweiligen Standorte, um mit den Verantwortlichen vor Ort Neuinvestitionen, Schwierigkeiten oder technische Verbesserungen zu erörtern.[544] Mit dem Steuern sämtlicher Baumaßnahmen und der Beschaffung der benötigten technischen Ausstattung (Maschinen und Apparaturen ebenso wie beispielsweise elektrische Installationen, Rohrleitungen, Fördermittel, Elektro-Öfen und Stahlkonstruktionen) übernahm die Abteilung Hermann Hillers eine zentrale Rolle im Verwaltungsapparat des Unternehmens. Die Stellung der Abteilung wurde im Frühjahr 1939 noch einmal durch eine neue Vorschrift verstärkt. Diese sah vor, dass die Überwachung und Koordination jeden Kredits durch einen Sachbearbeiter aus der Abteilung Hillers erfolgen musste. Der technische Angestellte übernahm dabei folgende Aufgaben: „[Er] hat Umfang der Arbeiten und Kostenschätzung vor Kredit-Erteilung zu prüfen, während der Laufzeit des Kredites die Mückenberger Arbeiten zu überwachen und nach Beendigung der Arbeiten für einen schnellen Kredit-Abschluß zu sorgen. Zum Schluß ist ihm die Kredit-Abrechnung zur technischen Durchsicht zugängig zu machen.“[545] Angesichts der rasanten Zunahme an Neuinvestitionen sprach sich die Abteilung VIII erfolgreich für eine Vereinheitlichung des Beschaffungsprozesses unter ihrer Führung aus und entwickelte sich auf diese Weise zu einer der wichtigsten Schalt- und Kontrollzentralen innerhalb der Wacker-Chemie. Die Leitung der

[542] Für einen detaillierten Überblick über die Einkaufsorganisation (vgl. HUW 6 F 5, Abteilung III, 15. Dezember 1942).

[543] Selbst der Kauf einer Zeichenmaschine für das Chemowerk wurde über die Münchner Einkaufsabteilung abgewickelt. Der Einkaufssachbearbeiter musste zudem die Auswahl des Lieferanten gegenüber der technischen Abteilung Hillers rechtfertigen (vgl. HUW 39 A 7-12, Mitteilung von Fassong an Abteilung VIII, 8. März 1937).

[544] Als Beispiel kann die Optimierung der Wasserversorgung des Chemowerkes dienen. Zu diesem Zweck reiste der Abteilungsleiter Hiller selbst mit Ingenieur Kindler nach Mückenberg (vgl. HUW 4 D 9, Besprechungsniederschrift, 23. Mai 1944). Für das breite Aufgabenspektrum der technischen Abteilung gibt es zahllose Belege. An dieser Stelle sei auf die mehrere Ordner umfassende, chronologisch fortlaufende Überlieferung der Abteilung unter HUW 39 A 7 verwiesen.

[545] HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk Schindelins für die Abteilung II und VII, 13. April 1939. Die Auszahlung des Kredites wurde nach wie vor von der Finanzabteilung veranlasst (vgl. HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk für Abteilung II, 4. Dezember 1939).

Einkaufsabteilung akzeptierte diesen Führungsanspruch der technischen Abteilung, bestand jedoch darauf, dass der Einkauf der Materialien und Einrichtungsgegenstände sowie die Preisverhandlungen mit den Verkäufern nach wie vor Aufgaben des Einkaufs blieben. Trotz dieser Einschränkung koordinierten Hiller und seine Mitarbeiter in der Folgezeit alle größeren Beschaffungsprozesse und Investitionen, was zu einer deutlichen Vereinheitlichung, einem besseren Überblick und letztlich auch zu einer effizienten Kontrolle des jeweiligen Gesamtprojektes führte.[546]

Bei der Wacker-Chemie war es lange Zeit unüblich, Führungskräfte von außen zu rekrutieren. Das Unternehmen bildete die Nachwuchskräfte vielmehr innerhalb des Konzerns aus, wo man sie gezielt auf ihre Aufgaben vorbereitete. Allerdings gab es ab 1938 angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels einige wenige Ausnahmen von dieser Praxis. So wurde beispielsweise der ehemalige Nürnberger Polizeipräsident und Regierungspräsident von Oberbayern Heinrich Gareis[547] direkt nach seiner Pensionierung, ohne vorher bereits Angestellter der Wacker-Chemie gewesen zu sein, als Abwehrbeauftragter eingestellt. Es handelte sich um eine Abteilung, die erst mit Kriegsbeginn 1939 in „größeren und sicherheitspolizeilich wichtigen Industriebetrieben“ zur Vorschrift wurde. Der Abwehrbeauftragte fungierte dabei als Schnittstelle zwischen der Betriebsleitung und der Gestapo. Eine seiner Hauptaufgaben war die Überprüfung und Kontrolle der Mitarbeiter, vor allem der ausländischen Arbeitskräfte.[548] Gareis verfügte allerdings bereits vor seiner Einstellung über gute Beziehungen zur Wacker-Chemie, schließlich war seine Frau Angestellte in der Hauptverwaltung. Zudem ist zu vermuten, dass er aus seiner Amtszeit als

[546] Vgl. den Schriftwechsel und die Aktenvermerke beider Abteilungen aus dem März 1938 unter HUW 39 A 7-12.

[547] Heinrich Gareis wurde am 30. März 1878 im oberfränkischen Burgebrach geboren. Er durchlief nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen, Berlin und Kiel die bayerische Verwaltungsbeamtenlaufbahn. 1923 wurde er zum Leiter der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth ernannt, 1928 folgte die Beförderung zum Polizeidirektor, am 1. November 1929 zum Polizeipräsidenten. Gareis wechselte zum Staatsministerium des Inneren nach München, wo er von 1934 bis 1940 als Leiter der Regierung von Oberbayern, ab 1940 als Regierungspräsident von Oberbayern fungierte (vgl. HStA München MInn 83621 und Deutinger, Regierungspräsidenten, S. 239-246). Direkt im Anschluss an seine Pensionierung stand er vom 21. August 1943 bis zum 30. Juni 1945 in den Diensten der Wacker-Chemie (vgl. unter anderem HUW 6 F 5, Schreiben Gareis an die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie betreff Ferngesprächs mit der Abwehrstelle des Generalkommandos, 6. Oktober 1943). Seine Rolle als Polizeidirektor und Polizeipräsident während der sogenannten Kampfzeit der NSDAP in Nürnberg, der Stadt der Reichsparteitage, ist umstritten. Gareis war nicht nur NSDAP-Mitglied, sondern bekleidete zudem den Rang eines SS-Oberführers. In den Quellen lassen sich unterschiedliche Begründungen für die 1943 erfolgte Abkehr Heinrich Gareis von der Politik finden. Sie reichen von Differenzen mit der regionalen Parteispitze bis hin zu finanziellen Unregelmäßigkeiten während seiner Regierungszeit. Von Mai 1945 bis Mai 1947 befand er sich in Internierungshaft. Die Spruchkammer München stufte ihn in die Gruppe der Mitläufer ein. Für die Wacker-Chemie war er nach Kriegsende nicht mehr tätig. Gareis verstarb am 22. Oktober 1951 in München (vgl. StA München, SpkA K 485 sowie BArch PK C 0031).

[548] Herbert, Fremdarbeiter, S. 135. Zur Tätigkeit des Abwehrbeauftragten vgl. insbesondere S. 301-304.

Regierungspräsident den Schwiegersohn des Firmengründers, General Carl Eberth, persönlich kennengelernt haben wird.

Ohne auf eine längere Betriebszugehörigkeit blicken zu können, erhielt auch Leopold Fähnrich im Herbst 1938 eine Stelle als Führungskraft bei der Wacker-Chemie. Sein Arbeitsvertrag enthielt bereits eine Zusage für die Prokura-Erteilung nach drei Monaten. Allerdings hatte Fähnrich mehr als zehn Jahre lang für die Elektrobosna gearbeitet. Zudem absolvierte er vor der eigentlichen Arbeitsaufnahme eine Art Ausbildungsreise, die ihn nach Burghausen, Mückenberg und Tschechnitz führte.[549]

3.4 Werkleiter

Die Wacker-Chemie wurde zentral von der Hauptverwaltung in München gesteuert. Das Ferrowerk Mückenberg galt lediglich als Betriebsstätte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie. Sie verfügte spätestens mit der Auflösung der Ferrowerk GmbH über keine eigene Rechtspersönlichkeit mehr.[550] Die Werkleiter des Ferro- und Chemowerkes trafen in der Regel keine eigenen unternehmenspolitischen Entscheidungen, stattdessen setzten sie die in München getroffenen Entscheidungen, Vorgaben und Anweisungen der Geschäftsleitung auf der Betriebsebene um. Die Werkleiter in Mückenberg hatten dabei, anders als am Standort Burghausen, einen relativ geringen Handlungsspielraum, der sich vor allem auf die praxisnahe Ausgestaltung der Vorgaben aus München beschränkte.[551] Sie waren prinzipiell eng an die Weisungen der Geschäftsleitung gebunden, die beinahe jeden Unternehmensbereich abdeckten. Selbst in den Bereichen Einkauf und Personal fielen die Entscheidungen in der Regel nicht am Standort selbst. Die Werkleitung unterbreitete der Personalabteilung in München lediglich Vorschläge für Einstellungen, Gehaltserhöhungen, Prämien oder den Erhalt von Sonderzahlungen, wie etwa der Mai-Zuwendungen. Sie nahm Bewerbungen entgegen und leitete diese nach München weiter. Die Stellenanzeigen selbst wurden von der Hauptverwaltung geschaltet, in der auch über die Einstellung oder Entlassung entschieden wurde. Ging es um Belange der

[549] Vgl. HUW 7 C 56, Mikrofiche Fähnrich, Schreiben Burghausen an Direktorium, 12. Oktober 1938.

[550] „… nur eine Betriebsstätte unserer Gesellschaft, also ohne eigene Rechtspersönlichkeit“ (HUW 35 D 46, Wacker-Chemie an das Landeswirtschaftsamt des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, 7. August 1942). Zur Auflösung der Ferrowerk GmbH siehe Kapitel C.1.6.

[551] Die Werkleitung in Burghausen scheint über deutlich mehr Entscheidungsfreiheit verfügt zu haben. Auch der Kontakt nach München war nicht zuletzt durch die räumliche Nähe bedeutend enger. Eine detaillierte Untersuchung der Entscheidungsstrukturen und Unternehmenspolitik steht für das Burghausener Stammwerk jedoch noch aus.

Führungskräfte, trafen die Geschäftsführer, gegebenenfalls nach Rücksprache mit den Gesellschaftern, die Personalentscheidungen. Bestimmte Einstellungsverfahren, wie etwa für ausländische Angestellte, bedurften zusätzlich der Zustimmung des Abwehrbeauftragten.

Die Vertreter der Werks- und Betriebsebene verhandelten nur mit lokalen und regionalen Behörden, und das in der Regel auch nur dann, wenn die Rahmenbedingungen und Gesamtkontingente zuvor von der Konzernleitung mit den zuständigen Stellen festgelegt worden waren. Die Werkleitung fungierte darüber hinaus als Ansprechpartner und Antragssteller für das zuständige Arbeitsamt, das Landeswirtschaftsamt oder den Treuhänder der Arbeit. Die Geschäftsleitung griff jedoch sofort ein, sobald die Verhandlungen auf regionaler Ebene ins Stocken gerieten. Das Hauptaugenmerk der Mückenberger Werkleitung lag folglich primär auf dem reibungslosen Ablauf der Produktion, auf der Koordination der dafür notwendigen Ressourcen und der Optimierung der lokalen Fertigungsprozesse. Die Werkleitung erfüllte keine Aufgaben im Bereich der Interessenvertretung oder der Verkaufsorganisation; diese wurden von der entsprechenden Abteilung der Hauptverwaltung und den Verkaufsbüros übernommen. Im Gegenteil, Kontakte zu den Kunden oder Händlerfirmen waren unerwünscht, selbst, wenn es sich dabei um Produkte handelte, die (nur) in diesem Werk erzeugt wurden. Jede derartige Kommunikation lief über die Hauptverwaltung in München, wo sie meist in das Aufgabengebiet von Eberhard von Fassong oder Eduard Kalb fielen.[552]

3.4.1 Gruppenmerkmale

Bei der Wacker-Chemie bestand ein wichtiger Aspekt der Personalpolitik darin, dass die Führungskräfte der Standort- und Betriebsebene nicht nur auf das Aufgabenspektrum in einem bestimmten Werk vorbereitet wurden, sondern dass ihre Ausbildung an möglichst vielen Standorten des Konzerns, in unterschiedlichen Produktbereichen und im Umgang mit verschiedenen Herstellungsverfahren stattfand (vgl. Tabelle 13). Die Führungskräfte sammelten so ähnlich moderner Trainee-Konzepte auf vielen Gebieten praktische Erfahrungen, was die Flexibilität ihrer Einsatzfähigkeit deutlich erhöhte. Anschließend konnten sie flexibel im Unternehmen eingesetzt werden. Keiner der Werkleiter wurde vom Arbeitsmarkt direkt für diese Position eingestellt. Alle Betriebs- und Werkleiter hatten zuvor

[552] „Wir haben es stets abgelehnt, daß zwischen Ihnen und den Verbrauchern oder auch unseren Vertretern ein unmittelbarer Schriftwechsel geführt wird. Lehnen Sie infolgedessen jedes derartige Ansinnen, von welcher Stelle es auch kommt, ab und verweisen Sie die betreffende Stelle an uns.“ (HUW 35 D 46, Schreiben Wacker-Chemie München an das Ferrowerk Mückenberg, 24. März 1942).

bereits für die Wacker-Chemie gearbeitet. Hermann Hiller und Josef Rambausek[553] waren zu Zeiten der ELH-Gruppe am Aufbau verschiedener Werke beteiligt gewesen. Auch der Leiter des Ferrowerkes, Richard Behles, hatte außer dem eigenen Betrieb in Mückenberg den Legierungsbetrieb in Tschechnitz kennengelernt, der mit einem anderen Herstellungsverfahren arbeitete. Paradigmatisch ist die Laufbahn Ludwig Hörmanns. Er übernahm an allen größeren Standorten der Wacker-Chemie Führungsaufgaben, bevor er schließlich ins Direktorium berufen und anschließend zum stellvertretenden Geschäftsführer aufgestiegen ist.[554] Dieses „Standort-Rotationsprinzip" kam noch einmal in den letzten Kriegsjahren zum Einsatz, als Johannes Hess 1944 anwies, die Leiter der Legierungsbetriebe in Tschechnitz und Mückenberg für einige Monate auszutauschen. Würde einer der Chemiker ausfallen, könnte der andere einspringen und auf diese Weise, ohne Zeit zu verlieren, die personelle Lücke schließen. Aufgrund dieser Anweisung wechselte Eduard Enk[555] nach Tschechnitz und Adolf Vogt von dort in das Ferrowerk nach Mückenberg.

Nimmt man die Karrierewege der Mückenberger Werkleiter in den Blick, dann wird deutlich, dass die Position des Werkleiters offensichtlich den Sprung ins Direktorium ermöglichte. So wurden nicht nur Hörmann und Rambausek zum Direktor ernannt, auch Behles erhielt Prokura. Signifikante Gemeinsamkeiten unter den Werkleitern gab es auch hinsichtlich ihrer regionalen Herkunft und der universitären Ausbildung. Die Mehrheit der Werkleiter stammte aus Bayern. Von den elf Genannten absolvierten acht (ganz oder zumindest teilweise) ihr Studium in München. Behles, Enk, Heckmaier, Papp, Kallas[556] und Vogt waren Absolventen

[553] Der am 13. Januar 1892 in Villach geborene Josef Rambausek studierte an der Technischen Hochschule Wien Maschinenbau. Er trat bereits 1915 in die Elektrobosna ein. Nach seiner Versetzung zur Wacker-Chemie 1916 übernahm er unter anderem in den Jahren von 1918 bis 1920 die Werkleitung in Tschechnitz. Ab 1920 war er in Burghausen tätig, wo er 1943 die Nachfolge Hörmanns als Werkleiter antrat. Nach Kriegsende wurde Rambausek, der Mitglied in zahlreichen nationalsozialistischen Gliederungen und Verbänden (unter anderem in der NSDAP, im Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, dem Kolonialbund oder dem Reichsluftschutzbund) gewesen war, entlassen. Offensichtlich wurde er durch das Spruchkammerverfahren, von dem keine Unterlagen erhalten sind, entlastet, denn nach der Pensionierung von Johannes Kallas übernahm er erneut die Werkleitung in Burghausen. Der Eintritt in den Ruhestand erfolgte Ende 1957. Rambausek verstarb am 21. November 1981 (vgl. BArch PK S 0008, Rambausek, Josef; HUW 4 C 5, Sammlung Rambausek und HUW 13 B 5, Personalunterlagen OFK Rambausek, darunter befindet sich unter anderem der Personalbogen, ein Lebenslauf sowie ein Nachruf).

[554] Vgl. HUW 7 B 2, Gesellschafterbeschluss im Anhang des Protokolls der Gesellschafterversammlung vom 26. Juni 1943.

[555] Zur Rolle Enks für den Wacker-Standort Mückenberg siehe Kapitel C.1.5.

[556] Johannes Kallas wurde 16. November 1883 im livländischen Kreis Fellin (Baltikum) geboren. In den Jahren 1913 und 1914 studierte Kallas an der Technischen Hochschule München, wo er 1915 bis 1917 Assistent im Wärmekraftlaboratorium bzw. dem Technischen Büro Oskar von Millers war. Zum 21. Mai 1917 erfolgte der Eintritt in die Elektrochemischen Werke Breslau. 1921 wurde Kallas zum stellvertretenden Werkleiter in Burghausen ernannt, 1945 übernahm er die Position des Werkleiters. Er wurde zum 31. Dezember 1951 pensioniert und verstarb am 8. Dezember 1952 (vgl. HUW 8 E 71, mit Lebenslauf und Personal-Kartei, jeweils ohne Datum; zudem Wacker-Werkzeitung 12 (1952), S. 2).

der Technischen Hochschule (TH) München, zu der die Wacker-Chemie enge Beziehung unterhielt. Was die Studienfächer betrifft, so hatten bis auf Behles (Maschinenbau) und Kallas (Elektrotechnik) alle Werkleiter in Mückenberg Chemie studiert.

Burghausen	Tschechnitz	Ferrowerk	Chemowerk
Pierstorff	Hiller	Behles	Papp
Gruber[557]	Rambausek	Hörmann	Heckmaier
Hörmann	Hörmann	Behles	
Rambausek	Behles	Vogt	
Kallas	Vogt		
	Enk		

Tabelle 13: Werkleiter der Standorte Burghausen, Tschechnitz und Mückenberg 1916-1945

Neben der jeweiligen Herkunftsregion war die Parteimitgliedschaft in der NSDAP ein weiterer gemeinsamer Nenner, denn alle fünf Leiter der beiden Mückenberger Werke (und ihre Betriebsleiter) waren Mitglieder der NSDAP gewesen. Betrachtet man die Altersstruktur, so zählte der 1875 geborene Pierstorff als ältester unter den Werkleitern zu einer anderen Generation als der jüngste Betriebsleiter Heckmaier, der zum Jahrgang 1906 zählte. Ein weiterer Werkleiter war noch in den 1870er Jahren geboren, vier in den 1880er, ebenfalls vier in den 1890er Jahren, zwei gehörten mit den Jahrgängen 1904 und 1906 definitiv zur zweiten Generation.

3.4.2 Kurzbiographien

Ludwig Hörmann

Bei dem am 23. Februar 1890 in München geborenen Ludwig Hörmann, dem ersten Werkleiter der Wacker-Chemie in Mückenberg, handelte es sich um einen derjenigen Führungskräfte, die durch eine besonders lange Betriebszugehörigkeit und sehr viel Konzernerfahrung hervorstechen. Hörmann dürfte von allen Werkleitern und Direktoren derjenige sein, der im Untersuchungszeitraum an den meisten Standorten eingesetzt worden war (vgl. Tabelle 13).

[557] Wolfgang Gruber, geboren am 12. Juni 1886 in Graz, trat zum 1. März 1919 als Betriebschemiker in das Burghausener Werk der Wacker-Chemie ein, das er schließlich von 1934 bis 1936 leitete. Von 1943 bis 31. Dezember 1952 war Gruber Chefchemiker im selben Werk. Er verstarb am 30. Mai 1971 (vgl. Gruber, Gratwanderungen, zudem HUW 7 C 56, Mikrofiche Gruber; HUW 4 C 3, Ausschnitt aus Oettinger und Burghauser Anzeiger Nr. 67 vom 11. Juni 1951; Wacker-Werkzeitung 7 (1971), S. 21 und 6 (1966), S. 3 sowie den Nachruf in Ausgabe 7 (1971)).

Nach dem erfolgreichen Studium der Chemie in München promovierte Hörmann 1912 in Gießen. Im Anschluss arbeitete er bis zu seiner freiwilligen Meldung zum Militär am 1. August 1914 im Außendienst bei der Chemischen Fabrik Weiler-ter Meer in Uerdingen (eine der Gründerfirmen der IG Farben). Aus dem Ersten Weltkrieg, in dem er beim 1. Bayerischen Feldartillerieregiment diente, kehrte er als Regimentsadjutant zurück.[558] Seit Juni 1919 im Münchener Laboratorium der Wacker-Chemie tätig, wechselte er 1921 als Chemiker nach Burghausen, wo er die Funktion eines Betriebsassistenten übernahm. Sein Tätigkeitsfeld umfasste dabei zunächst die Produktion des Grundstoffes Chlor in der sogenannten Chlorfabrik. Bereits 1922 wurde er als Werkleiter an den zu dieser Zeit im Ausbau begriffenen Standort Tschechnitz versetzt,[559] bevor er ab 1928 denselben Posten in Mückenberg einnahm.[560] Dort förderte er durch sein persönliches Engagement und die gestalterischen Möglichkeiten eines Werkleiters das Sport- und Freizeitangebot des Ferrowerkes. Dabei lassen sich zahlreiche Einrichtungen auf seine Initiative zurückführen, so etwa die Gründung des Werksportvereins Wacker 29 im Jahr 1929, dessen Ehrenvorsitz Hörmann übernahm. Vom 1. März 1936 bis zum 28. Februar 1943 wirkte er erneut am Standort Burghausen, dieses Mal jedoch als Werkleiter. Zeitgleich erfolgte die Verleihung des Direktorentitels. Die Bestellung zum stellvertretenden Geschäftsführer, die mit dem Recht einherging, die Wacker-Chemie gemeinsam mit einem anderen Geschäftsführer oder einem Prokuristen rechtswirksam zu vertreten, erfolgte per Gesellschafterbeschluss am 9. Februar 1943. Er übte diese Funktion bis zum Herbst 1945 aus.[561]

Die Beurteilung der politischen Einstellung Hörmanns ist nicht einfach, sein Verhalten und vor allem seine Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus erscheinen ambivalent. Zwar erfolgte der NSDAP-Eintritt, dem er nach eigener Aussage erst nach Aufforderung durch den Ortsgruppenleiter zustimmte, wie bei vielen der (Mückenberger) Führungskräfte erst nach der Lockerung des Aufnahme-Stopps zum 1. Mai 1937, doch engagierte sich Hörmann bereits zwischen 1935 und 1936 aktiv in der SA. Als SA-Obertruppführer leitete er eine Gruppe der Reiter-SA in Mückenberg. Seiner eigenen Angabe zufolge, war dieses Engagement jedoch nicht politisch motiviert, vielmehr seien „politisch ungebundene Kreise an ihn herangetreten, einen Reiterverein zu gründen“. Erst mit der Gleichschaltung sei der Verein dann in die SA überführt worden. Hörmann habe darin lediglich aufgrund seines Offiziersranges im Ersten

[558] Vgl. Wacker-Werkzeitung 1 (1969), S. 2.
[559] Hörmann arbeitete in Tschechnitz unter anderem an der Erzeugung von Ferrovanadin.
[560] Vgl. HUW 4 C 4, Sammlung Hörmann.
[561] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 9. Februar 1943, Anhang.

Weltkrieg die Position eines Obertruppführers erhalten. Den Ortswechsel zwischen Mückenberg und Burghausen habe er schließlich genutzt, um die Organisation zu verlassen.[562]

Auffällig sind seine zahlreichen weiteren Mitgliedschaften in folgenden NS-Organisationen und Vereinigungen, in denen er allerdings kein Amt ausübte: DAF, Kolonialbund, Reichsbund für Leibesübungen, Kriegerbund, RLB, Deutsche Jägerschaft und Verband deutscher Chemiker.[563] Für die NSV habe er laut Spruchkammerakten aktiv geworben und Belegschaftsmitglieder mitunter durch Druck zum Beitritt bewogen. Zudem soll er grundsätzlich freie Stellen nicht an politisch unliebsame Bewerber vergeben haben. Ferner hatte er im Fahrwasser von Johannes Hess einige Ämter in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft übernommen. So fungierte er laut Spruchkammerakten im Frühjahr 1943 als stellvertretender technischer Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie. In den Jahren 1944 und 1945 war er zudem als Produktionssachverständiger der Fachgruppe 5 der Wirtschaftsgruppe für den Bereich der Essigsäure und des Essigsäureanhydrids zuständig.[564] Hörmann nahm ab 1936 als Werkleiter in Burghausen die Funktion eines industriellen Abwehrbeauftragten wahr. Im September 1945 erfolgte seine Entlassung auf Veranlassung der Militärregierung (Gesetz Nr. 8). Innerhalb des Spruchkammerverfahrens stand auch sein Verhalten gegenüber den ausländischen Arbeitskräften während seiner Zeit als Werkleiter in Burghausen zur Diskussion.[565] Der 1945 im Werk Burghausen erfolgte Aufruf an die Belegschaft, sich beim Betriebsrat zu melden, falls jemand etwas zum Verhalten Hörmanns in den Jahren zwischen 1933 und 1945 beizutragen habe, blieb ebenso ergebnislos, wie die Befragung des Betriebsrates selbst, so dass der Kläger die Angelegenheit nicht weiterverfolgte. Zu einer Wiedereinstellung Hörmanns kam es laut Firmengeschichts-schreibung aufgrund seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr. Er verstarb am 11. Januar 1969.

---

[562] Vgl. StA München SpkA K 733, Stellungnahme Hörmanns.

[563] Das Urteil erfolgte am 1. März 1948. Während der Kläger die Einreihung in Gruppe III beantragt hatte, folgte die Spruchkammer dem Antrag Hörmanns auf die Einordnung in die 4. Gruppe der Mitläufer. Der zu verhandelnde Streitwert lag mit 48.500 Reichsmark relativ hoch. Mit dem Spruch der Kammer hatte Hörmann die Kosten des Verfahrens, die in der Regel fünf Prozent des Streitwertes betrugen, zu begleichen und eine Geldsühne von 2000 Mark zu entrichten (vgl. StA München SpkA K 733, Sühnebescheid-Spruch vom 1.März 1948).

[564] Vgl. BArch R 13-XII/203, Berufungsliste der Produktionssachverständigen Fachgruppe 5, 24. Juni 1944 und R 8-VIII/105, Schreiben an Hörmann bezüglich Übertragung Globalkontingente cal. Soda, 1. Februar 1945. Zum Engagement der Wacker-Führungskräfte in den Organen der gewerblichen Selbstverwaltung siehe auch Kapitel B.3.2.3.

[565] Als Zeugen traten unter anderem der Betreuer der zurückgebliebenen Griechen, Bulgaren und Italiener Panos Malakofis sowie der Burghausener Abteilungsleiter Ruckdäschel auf, die Hörmann sowohl ein korrektes Verhalten als auch eine zusätzliche Versorgung der Arbeitskräfte mit Lebensmitteln auf Firmenkosten bestätigten (vgl. StA München Spruchkammerakten K 733, Zeugenaussagen).

Richard Behles

Behles wurde als Sohn des Architekten Eugen Behles am 31. Januar 1895 in München geboren. Nach dem Besuch des örtlichen Gymnasiums, das er kurz vor Kriegsausbruch im Juli 1914 verließ, meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst. Aus diesem wurde er im Dezember 1918 im Range eines Leutnants der Reserve entlassen. Nach dem Abschluss seines Maschinenbau-Studiums an der Technischen Hochschule München trat er 1922 in die Dienste der Wacker-Chemie ein. Dort war er zunächst bis 1924 in der Abteilung Hermann Hillers (Abteilung VIII der Hauptverwaltung München) tätig. Im Anschluss folgte die Versetzung in den Tschechnitzer Carbid-Betrieb. In den folgenden Jahren arbeitete er abwechselnd am Standort Mückenberg, wo er das erste Mal im April 1927 die Leitung des Ferrowerkes übernahm, und im Tschechnitzer Werk der Wacker-Chemie. Dorthin kehrte er im November 1928 als Werkleiter zurück und blieb bis zu seiner erneuten Abberufung nach Mückenberg im Februar 1932. Behles übernahm als Betriebsleiter ebenfalls die Funktion eines industriellen Abwehrbeauftragten. Wie viele Führungskräfte der Wacker-Chemie trat er zudem zum Stichtag 1. Mai 1937 der NSDAP bei.[566] Darüber hinaus war Behles Mitglied der DAF (ab 1934), des NSV (ab 1937) und des RLB (ab 1937).[567] Offensichtlich war er nach der Übernahme der Werksanlagen durch die sowjetischen Besatzungstruppen wieder als Werkleiter bzw. Vermögensverwalter für das Ferrowerk eingesetzt worden.[568] Nachdem sich die Enteignung der beiden Mückenberger Werke abzeichnete, verließ Behles 1947 die sowjetische Besatzungszone und arbeitete im Anschluss als Personalreferent in der Hauptverwaltung München. Zum Leiter der Personalabteilung aufgestiegen unterstanden ihm auch das Versicherungswesen und die Betreuung der Wacker-Niederlassung Stetten. Im Zuge des Abschlusses des Entflechtungsprozesses und der damit verbundenen firmeninternen Umstrukturierungsmaßnahmen erhielt er im April 1953 Prokura.[569] Zu seiner Persönlichkeit bemerkte der langjährige Mitarbeiter des Ferrowerkes Josef Wimmer, dass seine Bescheidenheit schon fast in Selbstverleugnung übergegangen wäre. Vielmehr ist über sein Privatleben nicht bekannt. Aus seiner Ehe gingen drei, in den Jahren 1928, 1929 und 1934

[566] Seine Mitgliedsnummer lautete 4.226.513 (vgl. BArch NSDAP Ortskartei, Eintrag Behles).
[567] Der Streitwert des Spruchkammerverfahrens war auf 25.000 Mark festgelegt worden. Der als Mitläufer eingestufte Behles musste eine Geldsühne in Höhe vom 100 Mark entrichten (vgl. StA München, SpkA K 109, Behles, Spruch der Kammer München III vom 26. Juli 1948).
[568] Der Meldebogen ist Teil der Spruchkammerakte (vgl. StA München, SpkA K 109, Behles, Meldebogen ohne Datum).
[569] Vgl. Wacker-Werkzeitung 4 (1959), S. 3.

geborene Kinder hervor. Nach schwerer Krankheit verstarb der langjährige Werkleiter des Ferrowerkes schließlich im April 1959.[570]

Adolf Vogt

Geboren am 14. Februar 1898 im bayerischen Vilsbiburg wurde Adolf Vogt direkt nach der Beendigung seiner Schullaufbahn zum Kriegsdienst einberufen. Diesen leistete er während des Ersten Weltkrieges im 4. Bayerischen Feldartillerieregiment ab.[571] Nach dem Studium der Chemie und zwei Semestern Elektrotechnik an der Technischen Hochschule München (1919-1925) trat er zum 1. Februar 1925 in die Wacker-Chemie ein. Im Werk Burghausen arbeitete er zunächst an den Amalgam-Kochsalzzersetzerzellen, bis er Ende 1928 als Chemiker in die Leitung des Tschechnitzer Werkes versetzt wurde. Als in Tschechnitz der Carbid-Betrieb 1931 eingestellt wurde, beschäftigte sich Vogt vor allem mit der Entwicklung neuer Herstellungsverfahren für Ferrochrom. Er forschte unter Verwendung von technischem Sauerstoff und Vakuum an der Entkohlung des Roh-Ferrochroms und wirkte maßgeblich an der Entwicklung des Ellira-Schweißpulvers mit, das in der Folgezeit in Tschechnitz produziert wurde.[572] Für diese Versuche, die er am liebsten persönlich durchführte, stand er selbst am Schmelzofen.[573] Im Zuge der Austausch-Pläne der Geschäftsleitung trat Vogt 1944 seinen Dienst im Ferrowerk an, wo er auch das Kriegsende erlebte. Als die Demontage der Wacker-Werke in Mückenberg vorangeschritten war, forderten die sowjetischen Verantwortlichen nach Aussage seines Mitarbeiters Wimmer die verbliebenen Belegschaftsmitglieder auf, nach Schkopau zu gehen.[574] Vogt reiste daraufhin im November 1945 mit seiner Familie aus der sowjetischen Besatzungszone aus und trat 1948 als technischer Berater im Bereich Kunststoff erneut in die Dienste der Wacker-Chemie ein. In diese Zeit fiel auch die Entwicklung des sogenannten Plastifikators, einem Gerät zur besseren Verarbeitung des Vinnols. Ab 1953 übernahm er den Posten des Geschäftsführers der Elektroschmelzwerk Kempten GmbH. Im Rahmen dieser Position wirkte er aktiv am Aufbau des neuen Wacker-Werkes in Grefrath mit. Er starb nur wenige Monate nach seiner Pensionierung am 27. Juli 1963.[575]

[570] Vgl. ebd. Der Artikel stammt von Josef Wimmer, der lange Jahre als Chemiker eng mit Behles im Ferrowerk zusammengearbeitet hatte.
[571] Vgl. Wacker-Werkzeitung 8 (1963), S. 2 bzw. HUW 4 C 6, Sammlung Vogt.
[572] Zur Geschichte der Ellira-Produktion bei der Wacker-Chemie vgl. HUW 1 D 20, Erinnerungen von Dr. Miltschitzky, 8. August 1983.
[573] Vgl. Wacker-Werkzeitung 4 (1963), S. 2-3.
[574] Vgl. Wacker-Werkzeitung 8 (1963), S. 2.
[575] Vgl. ebd., S. 2; HUW 4 C 6, Sammlung Vogt und HUW 13 B 6, Personalunterlagen OFK Vogt.

Otto Papp

Im Firmengedächtnis und der Firmengeschichtsschreibung ist Papp kaum greifbar und das, obwohl er bereits 1919, also in der Frühphase der Wacker-Chemie, seine Arbeit als Chemiker in Burghausen aufgenommen hatte. Vermutlich ist diese Lücke der schlechten Quellenlage zuzuschreiben. Papp studierte an der Technischen Hochschule in München.[576] Er muss am Ersten Weltkrieg teilgenommen haben, da das Wehrbezirks-Kommando Traunstein ihn 1937 als Oberstleutnant der Reserve führte.[577] Am 1. April 1937 wurde er zum verantwortlichen Betriebsleiter für das Chemowerk Mückenberg bestellt. Zuvor arbeitete er in Burghausen unter Eugen Galitzenstein in der Abteilung O. In der Bauphase des Chemowerkes war er persönlich für die Einrichtung des Laboratoriums, der Schriftensammlung, des Kommunikationssystems sowie der Feuermelde- und Sicherheitsanlagen zuständig.[578] Über sein Privatleben oder seine Persönlichkeit ist wenig bekannt. Der am 18. Februar 1889 in München geborene Chemiker war evangelischer Konfession und hatte die Tochter des Münchner Hotelbesitzers Ludwig Hörmann, Berta Johanna, eine Schwester seines Vorgängers Dr. Ludwig Hörmann, geheiratet.[579] Die Eheleute hatten einen Sohn, Günter Papp, der am 26. Februar 1923 in Burghausen das Licht der Welt erblickte. Papp war Mitglied der DAF, des Bundes deutscher Techniker und ab 1. Mai 1937 der NSDAP. Über ein besonderes politisches Engagement, das seinen Freitod beim Einmarsch der sowjetischen Truppen in Mückenberg erklären könnte, ist nichts bekannt. Seine Motivation bleibt im Dunkeln.[580]

Josef Heckmaier

Joseph Heckmaier wurde am 20. Februar 1906 als Sohn eines Molkereibesitzers in München geboren. Seine schulische Laufbahn führte ihn über die Münchner Volks-, Real- und Oberrealschule zur Reifeprüfung, die er 1927 ablegte, und weiter zur Promotion an der Technischen Hochschule München im Jahr 1934. Seine Dissertation trug den Titel

[576] Vermutlich handelte es sich bei dem Verfasser der im Februar 1920 in den Berichten der deutschen chemischen Gesellschaft gemeinsam mit Kurt Brass eingereichten Schrift „Benzidino-chinone und Bis-chinonyl-benzidine als Küpenfarbstoffe. Aus dem chemisch-technischen Laboratrium der Technischen Hochschule München“ um Otto Papp.

[577] Vgl. HUW 8 F 1, Schreiben des Wehrbezirk-Kommandos an die Wacker-Chemie, 16. Februar 1937.

[578] Vgl. HUW 35 E 1, Richtlinien für die Führung der Baukonten Chemowerk, ohne Datum.

[579] Vgl. die Angaben im Lebenslauf seiner Dissertation „Studien in der Gruppe des Methylenblaus“ aus dem Jahr 1912. Hier nennt Dr. Ludwig Hörmann „Hotelbesitzer Ludwig Hörmann“ als Vater, S. 71.

[580] Vgl. BArch NSDAP Ortskartei, Eintrag Papp; LASA Mers. Amtsgericht Liebenwerda 6 VI, Akten über den Nachlass der Eheleute Papp, darunter die Geburtsurkunde des Sohnes Günter, fol. 19. Zum Selbstmord der Familie und ihrem Kontext siehe auch Kapitel C.4.2.

„Abbauprodukte des Chlorophylls“. Heckmaier hatte bereits 1931 seine Diplomhauptprüfung im Fach Chemie abgelegt und arbeitete ab 1932 als Assistent von Dr. Hans Fischer im organisch-chemischen Laboratorium der Technischen Hochschule. Zum 2. Mai 1934 trat er in die Wacker-Chemie ein. In seinem Dienstvertrag war die Rede von einer Position als Chemiker im Münchner Laboratorium. Diese Stelle sollte er im November desselben Jahres antreten. Dort forschte er unter der Leitung Felix Kauflers in den Bereichen Adol-Hydrierung, Herstellung von Oxyaminen aus Adol und Nutzung von Gignard-Reaktionen für die Herstellung aliphatischer Säuren.[581] Vor seinem Wechsel nach Mückenberg, wo er ab dem 1. August 1938 als Betriebsleiter im Chemowerk für die Trockenvergasung, Acetaldehyd-Reinigung und Teile der Sprit-Erzeugung verantwortlich sein sollte, absolvierte er wie Papp am Standort Burghausen, Abteilung O (Galitzenstein), und im Knapsacker Werk der IG Farben eine längere Einarbeitungs- und Vorbereitungsphase, in der er speziell das Knapsacker Hydrolverfahren kennenlernen sollte.[582] Im August 1938 heiratete der junge Chemiker.[583] Erst spät, im Jahr 1943, trat er der NSDAP bei.[584] Im Zuge des Rotationsprinzips wechselte Heckmaier 1944 vom Chemowerk in die Chlorfabrik des Ferrowerkes. Dort war er für die Chlorkohlenwasserstoffe verantwortlich. Nach Kriegsende verblieb er am Standort Mückenberg und koordinierte nach dem Selbstmord Papps für das Chemowerk die Demontage der Betriebsanlagen und die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Truppen. Im Herbst 1948 verließ er die Niederlausitz und kehrte nach München zurück. Anschließend machte er in Burghausen im Bereich Kunststoffe Karriere und wurde 1965 zum Chefchemiker des Stammwerkes ernannt.[585] Im Jahr 1969 folgte die Berufung zum Direktor. Heckmaier blieb bis zu seinem Ruhestand im Jahr 1971 im Werk Burghausen tätig.

[581] Eine Aufstellung der Patente Heckmaiers befindet sich im Firmenarchiv unter der Signatur HUW 4 C 4.
[582] Es handelte sich um ein Eisensulfatverfahren zur Herstellung von Acetaldehyd.
[583] Vgl. HUW 35 C 34, Personalunterlagen Heckmaier mit Personalbogen und Dienstvertrag.
[584] Der Beitritt erfolgte laut den Burghausener Arbeitern in Mückenberg, Brunnbauer, Straußberger und Buchner, auch nur „unter Druck der Partei“. Heckmaier war zudem Mitglied der NSV und des NSBdT (1941) (StA München SpkA K 651, Heckmaier, Meldebogen, 27. Oktober 1947)
[585] Sein Arbeitsschwerpunkt waren Hochpolymere, eine Weiterentwicklung des Polyvinylchlorids.

C) Produktion und Standorterweiterung

1. Die Ferrowerk GmbH – Etablierung der Wacker-Chemie im Ferrolegierungsgeschäft

Während des Ersten Weltkrieges zeigte sich deutschlandweit ein massiver Rohstoffmangel, der die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Weltmarkt und den internationalen Handelspartnern offenbarte. Die deutsche Kriegswirtschaft konnte ohne den Import von Rohöl, Kautschuk, Salpeter, Aluminium, Chrom, Zinn, Wolfram, Nickel oder auch Baumwolle nicht lange aufrechterhalten werden. Eine umso wichtigere Rolle fiel daher der (elektro-)chemischen Industrie zu, die mit ihrer hohen Innovationskraft zeitnahe Lösungen, vor allem aber Möglichkeiten zur chemischen Substituierung dieser Rohstoffe, bieten sollte. Einen Schwerpunkt bildeten dementsprechend die erst kurze Zeit zuvor entwickelten Syntheseverfahren, wie etwa die Erzeugung von Gummiersatz bzw. Methylkautschuk durch die Farbenfabriken Bayer in Leverkusen.[586] Aufgabe der chemischen Unternehmen und ihrer Forschungseinrichtungen war es, Ersatzstoffe für die dringend benötigten Importwaren zu entwickeln und in ausreichender Stückzahl zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wurden in den Kriegsjahren zahlreiche neue Produktionsstätten in Betrieb genommen, von denen sich eine erhebliche Anzahl in Mitteldeutschland befand.[587] Entscheidend für die Standortwahl war der geografische Vorteil dieser Region: Sie lag einerseits in unmittelbarer Nähe zu den großen Braunkohlevorkommen des Mitteldeutschen Reviers, zudem war sie infrastrukturell gut angebunden, galt aber auch als unerreichbar für feindliche Luftangriffe. Es verwundert also wenig, dass die mitteldeutschen Standorte strategisch wie wirtschaftlich besonders günstig bewertet wurden.[588] Zu den bekanntesten während des Ersten Weltkrieges im mitteldeutschen Raum entstandenen Neugründungen zählten die 1916 von der Badischen Anilin & Soda-Fabrik (BASF) errichtete Ammoniak Merseburg GmbH in Leuna, wo mit Hilfe der von Fritz Haber und Carl Bosch erfundenen Ammoniaksynthese Salpetersäure erzeugt wurde, oder aber das 1915 von der Bayerischen Stickstoffwerke AG Trostberg in Betrieb genommene Kalkstickstoffwerk in Piesteritz bei Wittenberg.[589] Nordöstlich von Bitterfeld,

[586] Vgl. Heim, Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung, S. 128.
[587] Eine Einführung bietet Lenz, Verlusterfahrung Landschaft, S. 51-59.
[588] Zum sogenannten Mitteldeutschland-Konzept vgl. die Sammelbände John, Mitteldeutschland; Richter / Schaarschmidt / Schmeitzner, Mitteldeutschland sowie Altenburg / Ehrlich / John, Nationale Identitäten.
[589] Zur Unternehmensgeschichte der BASF vgl. Abelshauser, BASF. Zur Geschichte des Standortes Piesteritz vgl. SKW Piesteritz, Stickstoffwerke Piesteritz; zur Ammoniak GmbH Leuna vgl. Onderka, Kraftstoffe sowie

am Rande der Dübener Heide, entstand im Jahr 1915 das zur AEG gehörende Kraftwerk Zschornewitz, das als bedeutender Energielieferant das Kalkstickstoffwerk in Piesteritz, aber auch Teile der Berliner Industrie versorgte.[590] Andere bereits bestehende Betriebe der chemischen Großindustrie erfuhren während des Ersten Weltkrieges erhebliche Erweiterungen, so etwa die elektrochemischen Werke in Bitterfeld, deren Chlorerzeugung ausgebaut und deren Betriebsanlagen in dieser Zeit um eine Aluminiumproduktion erweitert wurden.[591]

Nicht nur in der Region um Halle, Merseburg und Bitterfeld, dem Zentrum des sogenannten Mitteldeutschen Chemiedreieckes, sondern auch in der Niederlausitz, einer in unmittelbarer Nachbarschaft zum Lausitzer Braunkohlerevier gelegenen Grenzregion zwischen der preußischen Provinz Brandenburg und der preußischen Provinz Sachsen, entstanden kurze Zeit später neue Industrieansiedlungen. Zu ihnen zählte etwa das im Zuge des sogenannten Hindenburg-Programms errichtete Lauta-Werk der Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW)[592] oder das Ferrowerk der Firma Beer, Sondheimer & Co. (Beersond) in Mückenberg, in dem ab 1917 Legierungen für die Eisen- und Stahlindustrie produziert wurden.

1.1 Standort Mückenberg

Mückenberg, eine alte wendische Gründung, fand zum ersten Mal im Jahr 1278 urkundliche Erwähnung.[593] Der Name leitete sich von der dort gelegenen Mockenburg ab.[594] Der Ort, heute Lauchhammer-West, und seine unmittelbare Umgebung, das sogenannte Mückenberger Ländchen, blicken auf eine lange Montan- und Eisenverarbeitungstradition zurück.[595] Schon 1789 wurden Kohlevorkommen in Bockwitz, der Nachbargemeinde Mückenbergs, entdeckt.

Dassler / Kisan / Steinhausen, Leuna und Streller, VEB Leuna-Werke. Zur Nachkriegsgeschichte des Leuna-Werks vgl. die Veröffentlichung des Landeshauptarchives Sachsen-Anhalt: Lehmann / Schatz, Leuna.

[590] Vgl. Reiß, Zschornewitz. Zur Entwicklung der regionalen Energiewirtschaft siehe auch den Beitrag von Maier, Elektrizitätswirtschaft, S. 149-195.

[591] Zu den Werken in Bitterfeld vgl. Hackenholz, Bitterfeld; Tragsdorf, Bitterfelder Chronik und Raschen, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron.

[592] Vgl. Belli, Lautawerk.

[593] Vgl. Grundmann / Hanspach, Schraden, S. 151; Lehmann, Niederlausitz, S. 97 und 218 sowie: Südbayerische Chemie 2 (1929), S. 7.

[594] Als alternative Schreibweisen des Ortsnamens werden in der Literatur Muckenbergk, Mügkenberg, Mugkinberg, Mugkenberg, Mockenberg und Muckenberg genannt (vgl. Weser, Lauchhammer, S. 15).

[595] Zur Geschichte des Mückenberger Ländchens vgl. Bornschein, Heimatkunde Liebenwerda, S. 75-85.

Der erste namentlich überlieferte Bergwerkbesitzer war Graf Friedrich Heinrich Ludwig von Solms-Baruth (1795-1879), der ab dem Jahr 1844 im Kostebrauer Forst eine Grube betrieb.[596]

Der Braunkohlenabbau wurde in der Folgezeit zum Motor der Industrialisierung und prägt die Niederlausitz bis heute nachhaltig, auch wenn die Anfänge der lokalen Montanindustrie im Rückblick doch eher beschaulich wirken, da bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nur relativ geringe Mengen abgebaut wurden. Diese dienten der einheimischen Bevölkerung vor allem als Heizmaterial. Zwar zählte man zwischen 1870 und 1874 in der Umgebung von Lauchhammer bereits mehr als zwanzig Gruben, von denen jedoch nur ein kleiner Teil dauerhaft Bestand hatte. Mit dem Übergang zur weitaus effizienteren Tagebautechnik setzte ab 1888 auch in der Region um Senftenberg, Lauchhammer und Plessa der Kohlebergbau im größeren Stil ein. Zuvor war in den Jahren 1871 bis 1874 bereits die Eisenbahnlinie Ruhland-Falkenberg, die durch die kleine Gemeinde Mückenberg führte, erbaut worden. Die in Mückenberg errichtete Bahnstation konnte zunächst eingleisig, wenig später zweigleisig befahren werden. Mit der Anbindung an das Schienennetz war schließlich die infrastrukturelle Voraussetzung für die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe in Mückenberg geschaffen. Zu nennen wäre hier etwa die Braunkohle- und Brikett-Industrie AG (Bubiag), eine Tochtergesellschaft des Friedländer-Konzerns. Von der Bahnstation zweigte eine Nebentrecke zu den Betriebsanlagen der Bubiag ab, was auch dem später in unmittelbarer Nachbarschaft erbauten Ferrowerk eine direkte Gleisanbindung bot.[597]

Der Kohlebergbau im Mückenberger Ländchen war eng mit dem Namen Friedländer verbunden. Die Familie Friedländer besaß im oberschlesischen Gleiwitz eines der größten Kohlengroßhandelsunternehmen im Kaiserreich. Friedrich Victor (Fritz) Friedländer (1858-1917) musste nach dem frühen Tod des Vaters, der nach Zielenziger die oberschlesische Kohle in Berlin eingeführt hatte,[598] bereits in jungen Jahren das überschuldete Familiengeschäft übernehmen. 1890 verlegte Fritz Friedländer den Firmensitz von Gleiwitz nach Berlin. Er kaufte konkurrierende Handelsfirmen auf und sicherte sich mit Hilfe eines Netzes von Abnahmeverträgen und Geschäftszusammenschlüssen gegen den stetig wachsenden Preisverfall ab. Friedländer erweiterte das Familienunternehmen um zahlreiche Beteiligungen und Tochtergesellschaften.[599] Zu ihnen gehörte neben der Rybniker

[596] Diese Grube sollte Brennmaterial für die gräflichen Glashütten und die Spiegelmanufaktur liefern (vgl. Weser, Lauchhammer, S. 201).
[597] Eine Chronologie der Braunkohleförderung bis zur Gegenwart findet sich bei Weser, Lauchhammer, S. 220-228; Bilder der Brikettfabriken auf S. 212-213; zur Bahnanbindung vgl. Zeidler, Lauchhammer, S. 35.
[598] Zielenziger, Juden, S. 156.
[599] Vgl. Friedländer, Fritz von Friedländer-Fuld, S. 15 und 21.

Steinkohlengewerkschaft auch die im Jahr 1900 gegründete Bubiag mit ihren Kohleabbaustätten und den Brikettfabriken in der Mückenberger Region. Zudem verfügte er über ausgezeichnete Kontakte zur oberschlesischen Schwerindustrie. Dank dieser positiven Voraussetzungen entwickelte sich sein Unternehmen in der Folgezeit schließlich zu einem der erfolgreichsten Montankonzerne des Kaiserreiches.[600] Im Zuge seiner Unternehmensexpansion erwarb Friedländer von der Familie von Arnim für seinen geplanten Kohlebergbau einen Großteil des Rittergutes Mückenberg.[601] Der ersten von ihm im Mückenberger Ländchen in Betrieb genommenen Grube Bismarck bei Poley folgte 1897 der Aufschluss des Tagebaus Milly. Der bei Bockwitz gelegenen Abbaustätte wurde im darauffolgenden Jahr eine gleichnamige Brikettfabrik angeschlossen.[602] Insgesamt waren den Gruben und Tagebauen Friedländers sieben Brikettfabriken und drei Kraftwerke nachgegliedert, die der Versorgung des stetig steigenden industriellen Energiebedarfs dienen sollten. Im Jahr 1902 eröffnete die Grube Lauchhammer, 1911 begann man mit dem Bau der in Mückenberg gelegenen Brikettfabrik Nummer 65 Maria-Anna[603], die aus dem Rohbraunkohle-Tagebau Kleinleipisch gespeist wurde. Insgesamt arbeiteten 1890 im Lausitzer Revier bereits mehr als 60 Brikettfabriken. Die Ausbeute der 130 Braunkohlewerke, in denen etwa 15.000 Arbeitskräfte beschäftigt waren, betrug 1912 etwa 24 Millionen Tonnen Braunkohle.[604] Der Aufschwung der Braunkohleförderung riss auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht ab, im Gegenteil, nach Bayerl brachten „die 1920er und 1930er Jahre weiteres privates und staatliches Kapital in die Region und der Braunkohleabbau wurde durch

[600] Die jüdische Familie Friedländer konvertierte zum Christentum. Der am 30.August 1858 geborene Sohn Fritz wurde 1898 getauft. Friedländer heirate 1891 Milly Fuld und nannte sich fortan Friedländer-Fuld. Im Jahr 1906 verlieh man ihm den erblichen Adelstitel. Die Familie von Friedländer-Fuld lebte in einem standesgemäßen Palais am Pariser Platz in Berlin. Nach dem Tod Friedländers, der unter anderem Mitglied des preußischen Herrenhauses und Aufsichtsratsmitglied verschiedener Großunternehmen, wie etwa der Deutschen Bank oder der AEG, gewesen war, wurde das Vermögen durch die Friedländer-Vermögensverwaltung betreut. Alleinerbin des Unternehmers war die 1892 geborene Tochter Marie-Anne, die jedoch vor ihrer Emigration 1938 die Friedländer-Unternehmensanteile veräußern musste. Die Aktienmehrheit der Bubiag lag daraufhin in den Händen des schlesischen Schaffgotsch-Konzerns (vgl. Friedländer, Fritz von Friedländer-Fuld, passim; Zielenziger, Juden, S. 156; Perlick, Friedländer-Fuld, S. 456-457; vom Brocke / Laitko, Harnack-Prinzip, S. 208 und Fuchs, Jüdische Unternehmen, S. 184-185.

[601] Von den Grafen von Einsiedel war das Rittergut Mückenberg auf den langjährigen Landrat des Kreises Liebenwerda Rittmeister Ernst von Bredow übergegangen, der es anschließend an den Rittmeister von Wentzky und Petersheyde weiterveräußerte. Dieser wiederum verkaufte es schließlich an den Baron von Armin (vgl. Südbayerische Chemie 2 (1929), S. 7-8 sowie Weser, Lauchhammer, S. 15).

[602] Einen anschaulichen wie knappen Überblick zur 150-jährigen Geschichte des Braunkohlenbergbaus im Gebiet Lauchhammer, der mit der Stilllegung des Kleiwitzer Tagebaus Nord 1992 endete, bietet die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH mit ihrer Broschüre zum Braunkohlenbergbau im Raum Lauchhammer (vgl. Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH, Braunkohlenbergbau).

[603] In der Literatur findet man zudem die abweichenden Schreibweisen: Marie-Anne und Marianne.

[604] Vgl. Bayerl, Peripherie, S. 269.

einen gewaltigen Mechanisierung- und Modernisierungsschub vorangetrieben“.[605] So investierte auch der Friedländer-Konzern erneut. In den Jahren 1925 bis 1927 entstand eine weitere Brikettfabrik, die den Namen Emanuel II trug.[606] Die letzte von der Bubiag durchgeführte Betriebserweiterung, eine neue Fabrik Maria-Anna, wurde 1940 in Angriff genommen.[607] Als Verwaltungssitz der örtlichen Bubiag-Direktion, ab 1943 auch der ausgelagerten Berliner Hauptverwaltung, diente das Mückenberger Schloss, das wenige Tage nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen im April 1945 vollkommen ausbrannte und einige Jahre später abgerissen wurde.[608]

Noch weiter zurück reichen die Wurzeln der örtlichen Eisenindustrie. Im Jahr 1716 erwarb der einflussreiche sächsische Oberhofmarschall, wirklich Geheimer Rat, Ritter des dänischen Elefanten-Ordens sowie Träger des polnischen Ordens vom weißen Adler, Woldemar von Löwendal (1660-1740),[609] das Rittergut Mückenberg, das zunächst im Besitz der Burggrafen von Wettin, ab 1506 in den Händen der Herren von Schleinitz gelegen war. Zum Rittergut gehörten die umliegenden Dörfer Bockwitz, Gründewalde, Kleinleipisch, Naundorf und Zschiepkau.[610] Der aus dem dänischen Adel stammende von Löwendal machte am Hofe von August dem Starken (1670-1733) schnell Karriere und bekleidete ab 1707 unter anderem das Amt eines sächsischen Oberbergrat-Direktors. Er avancierte so zum ranghöchsten Beamten innerhalb des königlichen Berg- und Hüttenwesens.[611] Zum Besitz des Freiherrn zählte ferner das Landgut und Schloss Elsterwerda. Von Löwendal, der sich mit der Vergrößerung seines Besitzes finanziell übernommen hatte, verkaufte das 1717 von einem Mannlehen in ein Allodial-Rittergut umgewandelte Mückenberg kurze Zeit später an seine zweite Ehefrau,

---

[605] Ebd., S. 270.

[606] Zur regionalen Wirtschaftsgeschichte vgl. auch Bayerl / Maier, Niederlausitz. Speziell zur Geschichte des Niederlausitzer Kohlereviers vgl. unter anderem Bayerl, Braunkohleveredelung; ders., Industrialisierung und De-Industrialisierung, S. 89-163; Kahl / Bayerl, Braunkohlenverstromung. Einen Fokus auf die Arbeiterschaft im Revier legt der Sammelband Hübner, Niederlausitzer Industriearbeiter.

[607] Vgl. Weser, Lauchhammer, S. 15.

[608] Das Schloss, das als Verwaltungssitz der Bubiag diente, wurde an mehreren Stellen in Brand gesetzt. Die Ruinen standen bis in die Jahre 1955 / 1956. Lediglich die Mückenberger Schlosskirche ist bis heute erhalten geblieben (vgl. Grundmann / Hanspach, Schraden, S. 153-154).

[609] Sein Vater war der illegitime Sohn Friedrichs III. von Dänemark (1609-1670) mit der bürgerlichen Margarethe Pape Ulrich Friedrich Gyldenlöwe (1638-1704), der seit 1662 den Titel Freiherr von Löwendal trug (vgl. Menges, Löwendahl, S. 89-90).

[610] Die Herren von Schleinitz waren laut dem ehemaligen Oberfaktor bzw. Direktor der Lauchhammerwerke Trautscholdt, der 1825 eine erste Festschrift für das Eisenwerk vorlegte, in finanzielle Bedrängnis geraten und verkauften den Besitz für 65.000 Mariengulden inklusive Übernahme der aufgelaufenen rund 16.500 Mariengulden Lehenschulden (vgl. Trautschold, Geschichte und Feyer, S. 1-2). Zu der von Trautscholdt verfassten Unternehmensgeschichte vgl. auch Baxmann, Trautscholdtsche Firmengeschichte, S. 111-130.

[611] Zur Geschichte der Eheleute von Löwendal vgl. Köpping, Freifrau von Löwendal, hier S. 19 und Verlag Linke-Hofmann Lauchhammer, Lauchhammer, S. 3-6.

Benedicta Margaretha von Löwendal (1683-1776), eine geborene von Rantzau.[612] Die aus dem holsteinischen Uradel stammende Freifrau bezog nach der Übertragung des Besitzes auf sie im Sommer 1718 selbst das erbliche Rittergut und machte Mückenberg zu ihrem neuen Lebensmittelpunkt.[613] Als man beim Bau einer Brettmühle (durch Wasserkraft angetriebenes Sägewerk), auf ein größeres, die gesamte Umgebung durchziehendes Raseneisenstein-Vorkommen stieß, bewies sie wirtschaftlichen Spürsinn und ließ anstelle der Mühle den ersten Hochofen der Region bauen. Dieser ging am 25. August 1725 in Betrieb. Mit der Konzession des Landesherrn entstand so das erste Eisenhammerwerk.[614] Der Grundstein für den Industriestandort Lauchhammer, der von da an den Namen dieses Hammerwerkes trug, war gelegt. Zu den Hammerwerken, die stetig erweitert wurden,[615] kamen im Laufe der Zeit eine Gießerei, die Werkzeuge und Gebrauchsgegenstände für die eigenen Anlagen herstellte, und Stabhütten, die Rohware wie Barren und Platten zur Weiterverarbeitung oder für den Handel lieferten. Durch zahlreiche königliche Privilegien gefördert wurden Stab- bzw. Rundeisen, aber auch Alltagsgegenstände für die einheimische Bevölkerung produziert. Zu den Spuren, die die adelige Unternehmerin in den 51 Jahren ihres Wirkens hinterließ, zählten nicht nur die Eisenhütte mit den vier Hämmern, sondern auch der Neubau des Mückenberger Schlosses.[616] Der Lauchhammer entwickelte sich unter ihren Nachfolgern schließlich zu einer der bedeutendsten Eisenhütten Deutschlands.[617]

Mit dem Tod der Freifrau von Löwendal am 26. Juli 1776 war der gesamte Besitz an ihren Patensohn und Universalerben, Detlev Carl, ab 1745 Graf von Einsiedel (1737-1810), übergegangen, der den Hammerwerken den neuen Namen Gräflich Einsiedlsche Werke gab. Von Einsiedel begann kurze Zeit später mit der gezielten Förderung des Eisenhüttenwesens.[618] Hierfür arbeitete er eng mit der Bergakademie in Freiberg zusammen. Als zukunftsweisend erwies sich zudem die Einrichtung eines eigenen chemischen Laboratoriums zur Erforschung der Eisenerze im Jahr 1782. Graf von Einsiedel vergrößerte mit dem Bau des Spreewitzer Stabhammers bei Burghammer und der Errichtung eines Frischfeuers in Gröditz nicht nur die geerbten Betriebsstätten, sondern wirkte in seiner Funktion als Unternehmer, sächsischer Obersteuerdirektor, Minister im Geheimen Rat und Mitglied der Landesökonomie-,

[612] Vgl. Trautscholdt, Lauchhammer, S. 2.
[613] Nachdem es zunächst als wiederverkäufliches Gut an sie übertragen worden war, erfolgte im Jahr 1722 die Umwandlung von einem Mannlehen in ein erbliches Gut (vgl. Köpping, Freifrau von Löwendal, S. 28).
[614] Vgl. Grundmann / Hanspach, Schraden, S. 143.
[615] Oberhammer (1725), Mittelhammer bei Naundorf (1727), Unterhammer (1728) und Grünwaldhammer (1729).
[616] Vgl. Köpping, Freifrau von Löwendal, S. 46-49.
[617] Vgl. Uhlig, Von Einsiedel, S. 247.
[618] Vgl. Trautscholdt, Lauchhammer, passim.

Manufaktur- und Kommerziendeputation wesentlich am Auf- und Ausbau der sächsischen Wirtschaft in den Jahren des sogenannten Rétablissements mit.[619]

Teil der erfolgreichen Expansion war zudem die Etablierung des (Eisen-)Kunstguss in Lauchhammer, wodurch der Ort überregionale Bekanntheit erlangte.[620] Detlev Carl von Einsiedel verstarb am 18. Dezember 1810 auf seinem Gut in Mückenberg. Sein Sohn und Erbe, Detlev von Einsiedel (1773-1861), verstärkte die Bemühungen um den weiteren Ausbau und die Modernisierung der Betriebsstätten.[621] Nachdem 1842 der erste dampfbetriebene Hammer seine Arbeit aufgenommen hatte, liefen 1864 in der Gewerkschaft der gräflich einsiedelschen Eisenhütten, wie das Unternehmen seit 1840 hieß, bereits sechs Dampfmaschinen mit insgesamt 47 PS, dazu sechs Wasserräder und eine Turbine mit 15 PS. Mit dem Ende der Erzverhüttung in den Einsiedelschen Werken 1876 stellte schließlich auch der letzte Hochofen seine Arbeit ein.[622] Nach einer Phase der Stagnation und der finanziellen Schwierigkeiten wandelte sich zum Ausgang des 19. Jahrhunderts das Produktionsprogramm. So nahm 1910 beispielsweise eine Emaillierfabrik ihre Arbeit auf. Im Jahr 1911 folgte eine neue Stahlgießerei. Nach dem Tod des letzten Grafen von Einsiedel wechselten die Betriebe der bereits 1861 zur Aktiengesellschaft umgewandelten Lauchhammer-Gruppe noch mehrfach ihren Besitzer, bis sie schließlich 1922 mit der Breslauer Waggon- und Maschinenbaufabrik Linke-Hofmann fusionierte, die im Vorjahr die Aktienmehrheit übernommen hatte. Die Linke-Hoffmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft mit Firmensitz in Berlin umfasste elf Werke mit rund 25.000 Mitarbeitern,[623] bis sie 1926 mit den Werken in Riesa (Gröditz) und Burghammer in den neugegründeten Mitteldeutschen Stahlwerken (Mittelstahl) des Flick-Konzerns aufging. Diese waren ihrerseits zunächst Teil der Vereinigten Stahlwerke AG (Vestag), bevor es Flick im Rahmen des sogenannten Gelsenberg-Geschäftes 1931/32 gelang, die Mitteldeutschen Stahlwerke wieder aus der Vestag herauszulösen.[624] Die Wacker-Chemie verband zu den genannten Werken im

[619] Zur Biographie Detlev Carl von Einsiedels (1737-1810) und seinem Wirken vgl. Trautscholdt, Geschichte und Feyer, S. 18-19 sowie die Beiträge von Uhlig, Von Einsiedel und Remane, Detlev Carl von Einsiedel, S. 247-352 und 1-16 sowie Döhring / Schmidt, Einsiedel.

[620] Einen Überblick über die bekanntesten Werke des Lauchhammer Kunst- und Glockengusswerkes gibt Weser, Lauchhammer, S. 158-162. Zum Kunstguss in Lauchhammer vgl. zudem den Sammelband von Schmidt, Kunstguss und den Begleitband zur Ausstellung „Eisen Kunst Guss“ (vgl. Schlossbergmuseum Chemnitz, Eisenbildguss).

[621] Zu Detlev von Einsiedel (1773-1861) und seinem Wirken vgl. die Beiträge von Remane, der Sohn, S. 17-30 und Uhlig, Grafen von Einsiedel, S. 247-352 sowie Döhring / Schmidt, Einsiedel, S. 400-401.

[622] Vgl. Weser, Lauchhammer, S. 197.

[623] Zur wechselhaften Geschichte der Lauchhammer-Werke vgl. Verlag Linke-Hofmann Lauchhammer, Lauchhammer, S. 17-18 und Streubel, Eisenwerk Lauchhammer, S. 4-5, 10-11.

[624] Vgl. Bähr u. a., Flick-Konzern, S. 22-26.

Untersuchungszeitraum enge Lieferbeziehungen und hoffte, den Flick-Konzern als Kunden für die Mückenberger Ferrolegierungen gewinnen zu können. Zudem stammten die Stahlkonstruktionen der Neubauten (Ferro- und Chemowerk) von den Stahlwerken. Bei der Verteilung von Rohstoffen, Energie, Baumaterial und Maschinen im Rahmen der zentralen (Kriegs-)Bewirtschaftung oder der Zuteilung von Arbeitskräften konnten die benachbarten Rüstungsbetriebe Flicks ähnlich wie die Produktionsstätten der Bubiag jedoch schnell zu Konkurrenten für die Wacker-Werke werden.

Obwohl die Infrastruktur des Amtsbezirkes Mückenberg zwar ebenfalls vom steigenden Industrialisierungsgrad profitierte, war das im Kreis Liebenwerda gelegene Mückenberger Ländchen jedoch trotz der genannten positiven Wirtschaftsimpulse zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch vergleichsweise wenig erschlossen. In einer Landschaftsbeschreibung aus dem Jahr 1925 heißt es dazu:

> „Der landwirtschaftliche Rahmen […] war das ungeheure Waldgebiet der Niederlausitz, da wo die Schwarze Elster auf ihrem Weg von Senftenberg westwärts, vielarmig und träge sich in ausgedehnten Sümpfen verlierend, die Niederung durchströmte. Ungepflegter Erlenbusch und Kiefernwald, ein Paradies für die Tierwelt, umgaben den Fluss, ringsherum sich meilenweit zum Horizonte dehnend. Nur nördlich hoben sich sandige, mit Kiefern bestandene Hügel heraus.“[625]

Die kleine, in der Niederungslandschaft des sogenannten Schradens gelegene Gemeinde Mückenberg, war geprägt von den zahlreichen Zu- und Abflüssen der Schwarzen Elster, einem Nebenfluss der Elbe. Die Region glich einem „gewaltigen ungepflegten Sumpfwald“.[626] Dementsprechend schwierig war es, die Landschaft zu kultivieren, die noch nach der schrittweisen Regulierung des Flusses von häufigen und starken Hochwassern heimgesucht wurde. Der hohe Grundwasserspiegel stellte auch die ortsansässigen Unternehmen beim Ausbau ihrer Industrieanlagen vor große Herausforderungen, so lassen sich in den Geschäftsunterlagen der Wacker-Chemie wiederholt Klagen über die hohen Kosten finden, die zur Bewältigung der Wassermengen anfielen.

Gemäß den Beschlüssen des Wiener Kongresses ging der Kreis Liebenwerda 1815 von sächsischen in preußischen Besitz über. Er lag an der östlichsten Grenze der neu geschaffenen preußischen Provinz Sachsen und wurde verwaltungstechnisch dem Regierungsbezirk Merseburg angegliedert. Der Kreis Liebenwerda liegt in einer ausgesprochenen Grenzregion: zum einen in unmittelbarer Nachbarschaft zu den beiden preußischen Provinzen Brandenburg

[625] Verlag Linke-Hofmann Lauchhammer, Lauchhammer, S. 3.
[626] Uhlig, Von Einsiedel, S. 251. Zum Schraden vgl. Grundmann / Hanspach, Schraden, S. 49-50.

und Schlesien, zum anderen an der Grenze zum Königreich bzw. späteren Freistaat Sachsen. Das Rittergut Mückenberg bestand bis in die Weimarer Republik und wurde erst per Gesetzesbeschluss am 27. Dezember 1927 aufgelöst. Entsprechend dem amtlichen Aufteilungsplan wurde der Grundbesitz auf die benachbarten Gemeinden Mückenberg, Bockwitz, Dolsthaida und Grünwalde verteilt.[627] Die Anzahl der überwiegend protestantischen Bevölkerung im Kreis Liebenwerda hatte sich im Zuge der Industrialisierung zwischen 1871 und 1939 von 43.914 auf 88.320 Einwohner mehr als verdoppelt.[628] In Mückenberg selbst lebten um die Jahrhundertwende etwa 1.900 Personen, Ende der 1920er Jahre war ihre Anzahl auf rund 3.000 angestiegen (vgl. Tabelle 14).[629]

Gemeinde	**Einwohnerzahl (Stand 16. Juni 1925)**
Lauchhammer	1.237
Naundorf	2.844
Bockwitz	3.668
Kleinleipisch	1.114
Mückenberg Gemeinde	2.857
Mückenberg Gutsbezirk	506
Dolsthaida	1.101
Gründewalde	1.611

Tabelle 14: Einwohnerzahlen aus LASA Mers. C 50 Liebenwerda Nr. 40

Angesichts der bereits erwähnten Konkurrenzsituation zu anderen Großbetrieben der Region (Bubiag, Mitteldeutsche Stahlwerke, Lautawerk) klagte die Wacker-Chemie trotz des vorhandenen Arbeitskräftepotentials schon früh über Schwierigkeiten, geeignete Mitarbeiter zu finden. Die Zahl der Bewohner im erwerbsfähigen Alter bewegte sich im Kreis Liebenwerda mit 68,1 Prozent in etwa auf dem durchschnittlichen Provinz-Niveau. Mit 101,1 Einwohner pro Quadratkilometer war die Volksdichte im Vergleich zu den hochindustrialisierten Kreisen der Provinz Sachsen, wie etwa den Kreisen Zeitz (4.083), Weißenfels (2.109), Naumburg (1.983) oder Wittenberg (1.028) verhältnismäßig gering. Rund 24,1 Prozent der Bevölkerung lebte noch von der Land- und Forstwirtschaft, während es zu diesem Zeitpunkt in den Kreisen Weißenfels und Zeitz bereits weniger als zwei Prozent

[627] Akten zum Vorgang, darunter Kartenmaterial, befinden sich im Landesarchiv Sachsen-Anhalt Abteilung Merseburg (vgl. LASA Mers. C 50, Liebenwerda Nr. 40).
[628] Religionszugehörigkeit Stand 1933: evangelisch 76.446, katholisch 2.405, andere Christen 6, Juden 10 und Sonstige 1.433 (vgl. LASA MD C 20 IX 30, Unterlagen der regionalen Planung, statistische Erhebungen, fol. 2).
[629] Vgl. Zeidler, Lauchhammer, S. 7.

waren. Im kreisweiten Vergleich landete das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen mit 610 Reichsmark sowie das Gesamteinkommen je Haushalt mit 2.180 Reichsmark im Mittelfeld.[630] Neben der kriegsbedingten Förderung des Wirtschaftsraums gab es ab 1934 eine zweite Ausbauwelle der mitteldeutschen Industriekapazitäten.[631] Diese wurde durch die nationalsozialistischen Aufrüstungsbemühungen ausgelöst. Besonders der Auf- und Ausbau der IG Farbenwerke Leuna, Bitterfeld und Schkopau sowie die gezielte Förderung weiterer Branchen, wie etwa des Flugzeug- und Maschinenbaues, boten der chemischen Industrie zusätzliche Absatzmöglichkeiten und neue Kundenkreise, von denen auch der Standort Mückenberg bzw. die dort angesiedelten Wacker-Werke profitierte.[632] Dies galt vor allem für die besonders vielseitig verwendbaren chemischen Zwischenprodukte Acetaldehyd, Ethylalkohol und Chlor.

Die Niederlausitz entwickelte sich in den 1930er Jahren zu einem attraktiven Industriestandort für Unternehmen der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft. Damit einher ging ein kontinuierlicher Bevölkerungsanstieg. So vergrößerte sich die Einwohnerzahl Mückenbergs Anfang der 1940er Jahre schließlich auf gut 5.000 Personen.[633] Zu den Rüstungsbetrieben in unmittelbarer Nachbarschaft zählten unter anderem die kleine Mückenberger Firma Reinhold Laube oder aber auch das bereits erwähnte Lauchhammer-Werk der Mitteldeutschen Stahlwerke AG, in dem laut Rüstungskommando Halle unter anderem Pressen für Artillerie-Geschosse gefertigt wurden.[634] Die drei größten Arbeitgeber vor Ort waren schließlich die Mitteldeutschen Stahlwerke, die in Lauchhammer 1940 rund 4.000 Arbeitnehmer beschäftigten, gefolgt von der Bubiag Mückenberg mit 3.000 Arbeitskräften und der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, in deren Werke (Ferro- und Chemowerk) 1944 rund 2.000 Belegschaftsmitglieder, Kriegsgefangene und ausländische Zivilarbeiter arbeiteten.[635] Im Jahr 1935 wurde darüber hinaus im fünf Kilometer entfernten Schwarzheide (Ruhland) ein Hydrierwerk in Betrieb genommen. Es war das dritte, auf der „Verordnung über die Errichtung von Pflichtgemeinschaften in der Braunkohlenwirtschaft“

[630] Stand 1. Januar 1934 (vgl. LASA MD C 20 IX 30, Unterlagen der regionalen Planung, statistische Erhebungen, fol. 10).
[631] Vgl. Vesting, Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 30 und Lenz, Verlusterfahrung, S. 121-131.
[632] In dem zwischen Halle und Merseburg gelegenen Schkopau wurde das erste Synthesekautschukwerk des IG Farben-Konzerns errichtet. Der Baubeginn fiel auf das Jahr 1936. Für den Flugzeugbau wären etwa die Junkers Motorenbau GmbH oder die Junkers Flugzeugwerk AG in Dessau zu nennen, betroffen waren jedoch auch Sektoren wie die Feinmechanik und Optik (Zeiss) (vgl. Heß, Sachsens Industrie, S. 53-88 und Schulz, Rüstungsproduktion).
[633] Vgl. Zeidler, Lauchhammer, S. 7.
[634] Vgl. BArch RW 20-4 / 17, Rüstungsinspektion Dresden, Karte der Rüstungsbetriebe im Wehrkreis IV, ohne Datum.
[635] Vgl. Zeidler, Lauchhammer, S. 8.

beruhende Werk der Unternehmensgemeinschaft Braunkohle-Benzin-Aktiengesellschaft (Brabag), das mittels Kohleverflüssigung maßgeblich dazu beitragen sollte, eine autarke Benzinversorgung Deutschlands zu garantieren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte der Kreis Liebenwerda und somit auch Mückenberg zum neugegründeten Land Sachsen-Anhalt. Mit Bildung der Großgemeinde Lauchhammer am 20. Juli 1950 verschwand die Ortsbezeichnung Mückenberg im offiziellen Sprachgebrauch schließlich ganz, denn eine in diesem Kontext verfügte Namensänderung machte aus Mückenberg Lauchhammer-West, aus Bockwitz Lauchhammer-Mitte und aus Naundorf Lauchhammer-Ost. Erste Überlegungen zur Bildung einer Großgemeinde stammten jedoch aus einer früheren Zeit und gingen bereits auf die 1930er Jahre zurück. Ausgangspunkt der Überlegungen war ein im August 1938 gestellter Antrag des Mückenberger Amtsvorstehers zur Höherstufung der Ortsklasse. In der Begründung spielten neben der unmittelbaren Nähe der Ortschaften zueinander auch die ortsansässige Industrie und die daraus resultierenden Erwerbsstrukturen eine Rolle. Im Antrag hieß es dazu: „Infolge ihrer gleichen wirtschaftlichen Struktur und weil sie dicht aneinandergrenzen, dürfen die sechs Orte des Amtsbezirkes, der volkstümlich als Ländchen bezeichnet wird, nicht als einzelne Gebilde betrachtet werden, vielmehr sind sie ein Ganzes, ein Industriezentrum, das einer Stadt wie Senftenberg oder Finsterwalde entspricht.“ Zur Höherstufung der Ortsklasse kam es nicht. Der zuständige Landrat in Bad Liebenwerda entwickelte daraufhin jedoch die Idee eines Zusammenschlusses der betroffenen Gemeinden zu einer Großgemeinde. Dieser Vorschlag wurde zwar von der Gemeindevertretersitzung am 26. August 1938 zunächst abgelehnt, doch zwölf Jahre später wieder aufgegriffen und umgesetzt.[636] Zum ersten Bürgermeister Lauchhammers wurde Max Baer ernannt, der zum Kreis des lokalen kommunistischen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gehört hatte, zu dem auch Betriebsangehörige der Wacker-Chemie gezählt haben, und dasselbe Amt bereits für die Gemeinde Bockwitz bekleidete. Mit einer zweiten Verwaltungsreform zählte Lauchhammer ab 1952 schließlich zu dem neuen, im brandenburgischen Bezirk Cottbus gelegenen Kreis Senftenberg. Im Juli 1953 erhielt Lauchhammer das Stadtrecht verliehen. Seit 1994 trägt der Kreis Liebenwerda den Namen Oberspreewald-Lausitz-Kreis.[637]

[636] Vgl. Weser, Lauchhammer, S. 72.
[637] Vgl. Zeidler, Lauchhammer, S. 14.

1.2 Das Ferrowerk der Firma Beer, Sondheimer & Co.

Mit dem kriegsbedingten Anstieg der Eisen- und Stahlproduktion erhöhte sich im Ersten Weltkrieg auch die Nachfrage nach Legierungen aller Art. Das Legieren der Metalle diente der Veredelung und beeinflusste die jeweilige Schmelztemperatur, die Formbarkeit, die Festigkeitseigenschaften sowie das magnetische und elektrische Verhalten des Stahls.[638] Der Bedarf überstieg die deutschen Produktionskapazitäten bei weitem, so dass die Errichtung neuer Ferrolegierungswerke zum lohnenden Expansionsprojekt für Unternehmen der elektrochemischen Branche wurde.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Errichtung des kleinen Ferrolegierungswerkes in Mückenberg zu sehen. Die Wahl des Standortes dürfte den Eigentümern nicht schwergefallen sein, sie resultierte aus der Nähe zum Kohlerevier und der gewinnbringenden Zusammenarbeit zweier Unternehmen aus der Kohle- oder der Metallbranche. Das Werk war ein Gemeinschaftsprojekt der Firmen Beersond und Bubiag. Für beide Parteien lockte damit ein vielversprechendes Geschäft, denn einerseits stellte die Friedländer-Gruppe, zu der die Bubiag gehörte, der Beersond die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung, andererseits gewann Friedländer dadurch nicht nur einen neuen Großabnehmer für Kohle, Koks und Energie in unmittelbarer Nachbarschaft, sondern auch einen Geschäftspartner, der über weitreichende Erfahrungen im Bereich des Metallhandels und der Metallproduktion, vor allem aber auch über die nötigen Beziehungen zur Stahl- und Legierungsindustrie verfügte. Die enge Verzahnung der Unternehmen Beersond und Bubiag bei der Errichtung des Ferrowerkes schlug sich zunächst auch in der Namensgebung des jungen Unternehmens nieder, das bei seiner Gründung 1917 unter Konsortium Ferrowerk Bubiag firmierte.[639] Die Geschäftsleitung lag in den Händen von Leo Wreschner und dem schwedischen Ingenieur Richert von Koch.[640] Wreschner agierte für Beersond, von Koch war Angestellter der Bubiag. Auch die Hauptverwaltung des Ferrowerkes hatte ihren Sitz zunächst in Berlin.[641] Für die Wacker-Chemie war die Friedländer-Gruppe keine Unbekannte. Zum Konzern bestanden alte

[638] Einen Überblick über die zeitgenössische Eisenhüttentechnik bietet: Verein deutscher Eisenhüttenleute, Gemeinfassliche Darstellung, S. 1.

[639] Vgl. HUW 37 F 2, Abschrift eines Vertrages des Konsortium Ferrowerk Bubiag und der Bubiag über die Verlegung von Zu- und Abflussleitungen auf den Grundstücken der Bubiag, 19. März 1917.

[640] Richert von Koch war ein Freund und Geschäftspartner Robert Friedländer-Prechtls, der nach dem Tod seines Cousins Fritz von Friedländer-Fuld die Aufgabe des Testamentsvollstreckers übernommen hatte (vgl. Biografie Friedländer-Prechtls, zitiert nach http://www.beatrice vierneisel.de/namen/rfp-biografie.html [zuletzt am 5. Oktober 2016]).

[641] Vgl. HUW 37 F 2, Notiz der Bubiag für die Hauptverwaltung des Ferrowerkes Berlin betreff Arbeiter-Kolonie, 11. Juni 1918.

Geschäftsbeziehungen, deren Wurzeln bis in die Frühphase des Burghausener Werkes zurückreichten. So führte die Wacker-Chemie bereits im Juni 1917 erste Gespräche mit Friedländer.[642] Von diesem Zeitpunkt an versorgte das Berliner Unternehmen die Wacker-Chemie mit den wichtigen Rohstoffen Kohle und Koks; die zum Friedländer-Konzern gehörende Bubiag belieferte das benachbarte Ferrowerk mit Energie und Dampf.

Die Metallhandelsgesellschaft Beer, Sondheimer & Co. war 1872 von Isaac Leopold Beer (gestorben 1909) und Moses Tobias Sondheimer (gestorben 1892) in Frankfurt gegründet worden.[643] Beer und Sondheimer hatten zuvor eine Ausbildung in der Frankfurter Metallgesellschaft der Familie Cohen absolviert und dort Karriere gemacht. Bevor sie mit finanzieller Unterstützung der Mitteldeutschen Kreditbank und der Gebrüder Sulzbach ihre eigene Firma gründeten, hatten beide bei der Metallgesellschaft die Position eines Prokuristen bekleidet. Das junge Unternehmen Beer, Sondheimer & Co. florierte um die Jahrhundertwende und expandierte rasch. Für seine unternehmerischen Erfolge erhielt Beer den Titel eines Kommerzienrates verliehen.[644] Zum sichtbaren Ausdruck des Aufstiegs wurde der Umzug der Firma in ein repräsentatives Anwesen an der Bockenheimer Landstraße in Frankfurt – dem Handelszentrum der Mainmetropole. Zu Beginn der 1920er Jahre gehörten zur Geschäftsführung des Unternehmens: die Söhne des Firmengründers Albert Sondheimer (1876-1942)[645] und Nathan Sondheimer, ferner Leo Lippmann Wreschner,[646] Emil Beer (gestorben 1931), Hugo L. Beer (gestorben 1931), Ludwig Beer (gestorben 1924) und Edwin

[642] Vgl. HUW 6 E 18, Reisebericht Hess und Freyer über ihre Berlinreise, 15. Juni 1917. Die Wacker-Chemie stand darüber hinaus auch wegen der Tschechnitzer Koksversorgung in Kontakt mit dem Friedländer-Konzern (vgl. HUW 39 A 7-4, Schriftvermerk Abteilung Hiller für Direktion, 18. August 1925).

[643] Beide Unternehmen finden in der Literatur nur am Rande Erwähnung. Dies könnte sich jedoch in absehbarer Zeit mit der an der Universität Jena angesiedelten Arbeit „Die Braunkohlen- und Brikett-Industrie AG (Bubiag). Selbstbehauptung und Strategien in der Braunkohleindustrie Mitteldeutschlands 1926-1952“ von Björn Berghausen, Mitarbeiter des Brandenburgischen Wirtschaftsarchives, ändern (zitiert nach http://www.nng.uni-jena.de/Forschungsprojekte/Die+Bubiag.html [zuletzt am 16. Juni 2018]). Die wenigen bekannten Informationen zum Unternehmen Beer, Sondheimer & Co. liefern Hopp, Jüdisches Bürgertum, S. 77-81; Auerbach, Jews, S. 188-203, Becker, German metal traders, S. 66-85 und den Artikel von Marc Zirlewagen im Frankfurter Personenlexikon, zitiert nach http://frankfurter-personenlexikon.de/node/3822 [zuletzt am 18. November 2018]).

[644] Vgl. Auerbach, Jews, S. 198.

[645] Albert Sondheimer galt als besonders bibliophil, unter anderem stiftete er im Ersten Weltkrieg fahrbare Bibliotheken für die Soldaten. Die jüdische Familie Sondheimer wanderte 1932 zunächst nach Den Haag aus, im Jahr 1939 folgte die Emigration in die USA, wo Albert Sondheimer laut Auerbach 1941 verstarb (vgl. Jüdische Denkmäler in Frankfurt, zitiert nach: http://jd-f.de/web/index.php?option=com_content&task=view&id=44&Itemid=10 [zuletzt am 13. Juni 2015] und www.kfw./villa102/historie.html [zuletzt am 9. September 2015] sowie Auerbach, Jews, S. 200).

[646] Wreschner wurde 1903 Mitglied der Geschäftsleitung. Er emigrierte 1935 mit seiner Familie nach Amsterdam, wo er am 26. Juni 1937 verstarb. Seine Frau Fredericke und die gemeinsamen Töchter wurden im November 1943 deportiert. Während die Töchter die Befreiung des Konzentrationslagers Theresienstadt erlebten, kam die Mutter kurz vor Kriegsende im Konzentrationslager Ravensbrück ums Leben (vgl. Stolpersteine Frankfurt, zitiert nach: http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=1907322&_ffmpar[_id_inhalt]=13001889 [zuletzt am 1. März 2016]).

Feist, Sohn des 1891 zum Mitbesitzer ernannten Kommerzienrat Louis Feist (gestorben 1913).[647] Neben der Frankfurter Metallgesellschaft und der Firma Aron Hirsch & Sohn in Halberstadt zählte Beer, Sondheimer & Co. schließlich zu den drei bedeutendsten Metallhandelsfirmen Deutschlands. Bis zum Ersten Weltkrieg war das Unternehmen zudem international gut vernetzt. Es verfügte über weltweite Verbindungen, die bis nach Australien oder Bolivien reichten. Dort arbeitete man beispielsweise erfolgreich mit der Metallhandelsgesellschaft zusammen. Zudem besaß Beersond Firmenbeteiligungen in Italien, Österreich, Belgien und den USA. Beersond errichtete darüber hinaus im Laufe der Jahre mehrere Tochtergesellschaften und betrieb neben der etablierten Handelsgesellschaft auch eigene Produktionsstätten. Außer dem Ferrowerk Mückenberg zählte die Carbidfabrik Whylen zu den Produktionsstätten des Beersond-Konzerns.[648] Das Werk in Whylen spielte auch für die Wacker-Chemie eine gewisse Rolle. So war es für einige wichtige Produkte (wie etwa Carbid) ein ernstzunehmender Konkurrent. Zu den Unternehmensgründungen des Beersond-Konzerns, deren Aufgabe es war, den Metallhandel buchhalterisch von den Produktionsstätten abzutrennen, zählten beispielsweise die im Jahr 1906 geschaffene Tellus Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenindustrie sowie die spätere Betreiberin der Ferrowerk GmbH in Mückenberg, die Elektrometallurgie AG mit Sitz in Basel. Für die Interessen des Unternehmens in den französischen Kolonien wurde 1928 eigens die Soc. Anon. Atlas mit Sitz in Paris gegründet. Hierbei handelt es sich vermutlich um den Versuch, die während des Ersten Weltkrieges abgebrochenen internationalen Verbindungen erneut zu stärken. Trotz aller Bemühungen, die alten Geschäftsverbindungen zu reanimieren, schaffte es der finanziell angeschlagene Beersond-Konzern nicht durch die Weltwirtschaftskrise. Im Jahr 1930 musste das Frankfurter Unternehmen schließlich in Liquidation treten.[649]

Haupterzeugnis des von Beersond mitgegründeten Mückenberger Ferrowerkes sollte die Ferrolegierung Ferrosilicium sein. Ferrosilicium war zwar bereits 1810 von Jöns Jakob Berzelius (1779-1848) beim Schmelzen von Eisenoxyd mit Quarz und Kohle entdeckt worden, die Produktion im Elektro-Ofen setzte jedoch erst um 1900 ein. Die sinkende Nachfrage nach Calciumcarbid hatte zu freien Ofen-Kapazitäten in der elektrochemischen Industrie geführt, für die nun geeignete Produktionsalternativen gefunden werden mussten. Hier boten sich die ebenfalls durch einen endothermischen Prozess im Elektro-Ofen

[647] Edwin Feist emigrierte nach London, wo er nach Auerbach einen Chemikalienhandel betrieb (vgl. Auerbach, Jews, S. 200). Zur Familie Feist vgl. auch Hopp, Jüdisches Bürgertum, S. 79 und 222.
[648] Nach dem Bankrott des Beersond-Konzerns ging die Carbidfabrik Whylen in den Besitz der Degussa über (vgl. Hayes, Degussa, S. 104).
[649] Vgl. Auerbach, Jews, S. 200.

erzeugbaren Ferrolegierungen an. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die Aufrüstung im Kaiserreich, die zu einer steigenden Nachfrage der Stahlindustrie führte. Nachdem die erste Sorte mit einem Siliziumgehalt von 25 Prozent bei den Kunden guten Anklang gefunden hatte, drängten die Stahlwerke bald auf größere Liefermengen und andere, höherprozentige Ferrosilicium-Sorten. Die elektrochemische Industrie passte ihre Produktion den Kundenwünschen an und stellte sich auf die Herstellung von Ferrosilicium-Sorten mit 45, 75 und 90 Prozent Silicium ein, die in der Stahl- und Gusseisenherstellung als Vorlegierung dienten. In der Eisenmetallurgie wurde sie aufgrund der hohen Affinität ihres Silicium-Anteils zum Sauerstoff als Desoxidationsmittel eingesetzt. Zudem werden auf der Basis von Ferrosilicium bei der Metallschmelze sogenannte Impfmittel hergestellt, die den Keimzustand und somit die Qualität der Schmelze positiv beeinflussen sollten. Neben der Funktion als Reduktionsmittel diente Ferrosilicium auch als Legierungsmittel für Trafobleche, für korrosionsbeständige Stähle, Spezialwerkzeugstähle und Federstähle. Die elektrochemische Erzeugung im Lichtbogen-Ofen war sehr energieintensiv.[650] Um dennoch langfristig profitabel produzieren zu können, war eine kostengünstige Energieversorgung der Produktionsstätten unverzichtbar. Genau darin lag der entscheidende Standortvorteil der Gemeinde Mückenberg, denn hier konnte man in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Kohleabbaustätten und Brikettfabriken der Bubiag bauen. Von dieser stammte auch das im Gutsbezirk gelegene Baugelände des Ferrowerkes, ebenso wie ein Großteil der in den späteren Jahren zum weiteren Ausbau der Anlagen erworbenen Flächen.[651]

Die Fabrikgebäude wurden in einem Kiefernwald, dem sogenannten Lippenholz, zwei Kilometer nördlich von Mückenberg an der alten Poststraße in Richtung Grünwalde errichtet.[652] Die bis 1918 an das Ferrowerk aufgelassenen Parzellen umfassten rund 30 Hektar.[653] Die ältesten Bauscheine aus dem Frühjahr 1917 waren auf den Namen der Bubiag ausgestellt und enthielten die Erlaubnis zur Errichtung eines Schmelzwerkes auf eigenem Grund und Boden, unweit der Marie-Anne-Grube.[654] Das Ferrowerk erwarb von der Bubiag

[650] Vgl. Kaess, Technische Herstellung, S. 205-215.
[651] Vgl. HUW 36 A 27, Zeichnung der durch das Ferrowerk von der Bubiag für den Siliciumcarbid-Betriebsteil, für Siedlungsland und weitere Ausbauten wie der Chlorfabrik erworbenen Grundstücke, ohne konkretes Datum [1938] sowie die Unterlagen der Rechtsabteilung unter HUW 40 F 4.
[652] Vgl. Südbayerische Chemie 2 (1929), S. 7.
[653] Für das übernommene Gelände und die Gebäude wurde 1923 ein Wert von einer Million Mark angesetzt (vgl. HUW 37 F 2, Notiz der Bubiag an das Ferrowerk, 3. Juli 1918 und HUW 37 F 2, Schreiben des Ferrowerkes an das Grundbuchamt im Amtsgericht Elsterwerda, 12. Februar 1923).
[654] Vgl. HUW 35 D 19, Bauschein Nr. 7, 13. März 1917.

zudem das Recht, auf deren Grundbesitz ein Anschlussgleis zu errichten.[655] Angesichts der kriegsbedingt ständig wachsenden Nachfrage nach Legierungen drängte die Zeit und das neue Schmelzwerk musste möglichst schnell erbaut werden. Oberste Prämisse war wie bei der Errichtung des Wacker-Werkes in Burghausen ein frühestmöglicher Produktionsbeginn; die Ausstattung und Bauqualität der Gebäude wurde hingegen zur Nebensache, was nicht nur in Burghausen, sondern auch in Mückenberg Folgeinvestitionen nach sich zog. Angesichts der Dringlichkeit wurden wie ein Bauschein aus dem November 1917 nahelegt, bei der Errichtung des Werkes Kriegsgefangene eingesetzt. Über deren Herkunft und Anzahl ist nichts bekannt.[656] Mit von Koch in der Geschäftsleitung und dem Wirken des schwedischen Bauleiters, Wilhelm Paalzow, lag der Aufbau des neuen Ferrolegierungswerkes zunächst fest in skandinavischer Hand. Ihr Landsmann, der Metallurge Baron Beck-Friis,[657] setzte schließlich im Dezember 1917 als erster Betriebsleiter die Produktion in Gang.

Tatsächlich gelang es, die aus einem Haupt- und zwei Seitengebäuden bestehende Fabrikanlage binnen eines Jahres fertigzustellen. Einige Betriebsteile behielten deshalb einen provisorischen Charakter, ein Manko, das noch Jahre später bei den Werksbesichtigungen durch die Münchener Hauptverwaltung kritisch angemerkt wurde.[658] Allerdings bot das Gelände genug Raum für betriebliche Erweiterungen und war darüber hinaus per Bahngleis mit dem in unmittelbarer Nähe gelegenen Kraftwerk Marie-Anne verbunden. Von dort erhielt das Ferrowerk den benötigten Strom.[659] Die Rohstoffe wurden mit Hilfe elektrischer Windwerke über eine schräge Brücke in die Schmelzhalle transportiert und per Hand auf die Elektro-Lichtbogenöfen verteilt.[660] Die benötigte Energie wurde mittels verstellbarer Elektroden zugeführt. Verfahrenstechnisch folgte dem Schmelzprozess der Rohstoffe Quarz, Eisenspäne und Koks im Elektroschacht-Ofen anschließend das Abstechen des fertigen Ferrosiliciums.[661] Obwohl die Fabrikhalle für vier Öfen konzipiert wurde, errichtete man zunächst nur drei, der Vierte sollte im Folgejahr gebaut werden.[662] Im Jahr 1918 wurde

[655] Vgl. HUW 37 F 2, Schreiben Mückenbergs an die Bubiag, 26. Juni 1918 und HUW 40 F 4, Anschluß-Gleis, Abschrift des Gleisvertrages zwischen dem Konsortium Ferrowerk Bubiag und der Bubiag Berlin, 5. Mai 1917.
[656] Vgl. HUW 35 D 18, Bauschein Nr. 31 über die Errichtung einer Gefangenen-Baracke, 18. November 1917.
[657] Zu beiden Personen fehlen weiterführende biografische Angaben.
[658] Beispielsweise waren die sanitären Einrichtungen oder aber auch die Aufenthaltsräume der Belegschaft in Baracken untergebracht (vgl. HUW 40 F 4, Prüfungsbemerkung zum Baugesuch des Ferrowerkes, 29. November 1917 und HUW 35 D 19, diverse Baugenehmigungen).
[659] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg, 26. Oktober 1926.
[660] Vgl. ebd.
[661] Vgl. HUW 40 F 4, Beschreibung des Fabrikationsganges, 22. Februar 1918.
[662] Vgl. HUW 40 F 4, Beck-Friis an den Amtsvorsteher in Lauchhammer die Erweiterung der Hochofenbühne betreffend, 29. Juli 1918.

ausschließlich die 75-prozentige Ferrosilicium-Sorte hergestellt.[663] Die Belegschaftsstärke betrug zu diesem Zeitpunkt noch rund 70 Arbeitnehmer, für deren Unterbringung eine sogenannte Arbeiter-Kolonie geplant wurde.[664]

Die Lage des Werkes und seine infrastrukturelle Anbindung waren günstig: Es verfügte über eine direkte Gleisanbindung, die über den Bahnhof Mückenberg in das Fernstreckennetz mündete, mit nur 80 Kilometern war auch die Entfernung zur nächsten Wasserstraße, der Elbe, gering. Zudem befand sich das Werk unmittelbar an der Kreisstraße nach Grünewalde.[665] In der Anfangsphase besaß das Ferrowerk allerdings noch keine eigene Werkslokomotive, so dass der innerbetriebliche Rangierdienst wie auch der Zubringerdienst für die drei Kilometer vom Bahnhof Mückenberg in das Ferrowerk von der Bubiag übernommen wurde, was etliche Zusatzkosten verursachte.[666] Der Abhängigkeitsgrad des Ferrowerkes von der Bubiag war dementsprechend hoch, so beliefen sich die gesamten Verbindlichkeiten der Ferrowerk GmbH gegenüber der Bubiag noch 1922 auf etwas mehr als 130.000 Mark.[667] Die Zusammenarbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die finanzielle Ebene, es bestanden zudem enge Verbindungen im Bereich der Rohstoffversorgung. Der im Ferrowerk eingesetzte Koks stammte beispielsweise aus den Kokereien der Friedländer-Gruppe in Oberschlesien.[668]

Das Ferrowerk diente gemäß Paragraph 2 des Gesellschaftsvertrages aus dem Jahr 1920 der „Fabrikation von chemischen, elektrochemischen, metallurgischen und elektro-metallurgischen Produkten“. Gegenstand des Unternehmens waren ferner „der Handel mit solchen, mit Rohstoffen und Fabrikaten, der Erwerb anderer Unternehmen ähnlicher Art oder die Beteiligung an solchen.“ Hierzu konnte die Gesellschaft „auch die Vertretung anderer Unternehmen übernehmen und überhaupt alle Geschäfte eingehen, die geeignet sind, den Fabrikations- oder Handelsbetrieb der Gesellschaft zu fördern und gewinnbringend zu gestalten.“[669]

---

[663] Vgl. HUW 40 F 4, Beschreibung des Fabrikationsganges, 22. Februar 1918.
[664] Vgl. HUW 37 F 2, Notiz der Bubiag für die Hauptverwaltung Ferrowerk, 11. Juni 1918
[665] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht Nr. 955 über den Besuch beim Ferrowerk Mückenberg, 28. September 1926.
[666] Zum Preis von drei Reichsmark je Wagen (vgl. HUW 4 B 30, Bericht Nr. 955 über den Besuch beim Ferrowerk Mückenberg, 28. September 1926).
[667] Eine Aufstellung mit dem Titel „Wirkliche Gläubigerposten“ listet die drei höchsten, an das Ferrowerk gerichteten Gläubigerforderungen auf. Dabei handelte es sich um die der Elektrometallurgie AG mit 1,18 Millionen Mark, gefolgt von der Bubiag mit 133.393 Mark und Beersond mit einer Summe von 60.661 Mark (vgl. HUW 37 F 2, Schriftwechsel zwischen der Ferrowerk GmbH und Scherbel bezüglich der Steuererklärung für das Geschäftsjahr 1922, Anlage 1).
[668] Vgl. HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 2-4.
[669] HUW 37 F 2, Schriftwechsel zwischen der Ferrowerk GmbH und Scherbel bezüglich der Steuererklärung für das Geschäftsjahr 1922, darunter eine Kopie des Gesellschaftervertrages vom 8. April 1920, Blatt 1, Paragraph 2.

Aus unbekannten Gründen, naheliegend wäre aber der frühe Tod des Fritz von Friedländer-Fuld am 16. Juli 1917, vollzog sich allmählich eine deutliche Loslösung des Beersond-Konzerns von der Bubiag. Die geschäftliche Verflechtung Bubiag-Beersond zerfiel, was zum Ausscheiden der Bubiag aus dem Gemeinschaftsprojekt führte. Dieser Prozess mündete schließlich in der Änderung der Rechtsform und der Eintragung einer neuen Gesellschaft mit beschränkter Haftung in das Handelsregister Frankfurt am 25. Mai 1920. Aus dem Konsortium Ferrowerk Bubiag hatte sich die Ferrowerk GmbH entwickelt. Im Sommer desselben Jahres wurden zudem die letzten Grundstücke der Bubiag an die Ferrowerk GmbH übertragen.[670] Die neue Gesellschaft verfügte gemäß Gesellschaftsvertrag vom 8. April 1920 über ein Stammkapital von 300.000 Mark. Dabei hatte die Firma Beer, Sondheimer & Co. eine Stammeinlage von 299.000 Mark geleistet. Die restlichen 1.000 wurden von dem Beersond nahestehenden Frankfurter Kaufmann Eduard Feist eingezahlt.[671] Beersond wiederum übertrug ihre Gesellschafteranteile an eine Schweizer Tochtergesellschaft, die Elektrometallurgie AG in Basel.[672] Mit der Etablierung der Ferrowerk GmbH wechselten auch die Unternehmensführung sowie die Werkleitung in Mückenberg.[673] So wurde Leo Wreschner durch den Geschäftsführer der Elektrometallurgie, den Schweizer Chemiker Dr. Ludwig Scherbel, [674] ersetzt. Auch von Koch als Vertreter der Bubiag schied offensichtlich aus der Geschäftsleitung aus, die neben Ludwig Scherbel schließlich noch von dem Frankfurter Kaufmann, Robert Adler, wahrgenommen wurde. Im Mai 1920 übernahm der zuvor in der Carbid-Produktion Piesteritz tätig gewesene Ingenieur Arthur Walter die Betriebsleitung des Ferrowerkes von Beck-Friis. Die kaufmännische Leitung lag bereits ab diesem Zeitpunkt in den Händen von Wilhelm Koch,[675] der diesen Posten auch unter der Wacker-Chemie bis zur Enteignung der Betriebsanlagen im September 1948 behielt. Zunächst zum Nachlasspfleger

[670] Vgl. HUW 37 F 2, Schreiben der Firma Beersond an das Ferrowerk, Dr. von Koch und Ludwig Scherbel die Grundstücke in Mückenberg betreffend mit beiliegender Vollmacht für Arthur Walter, Wilhelm Koch und Ludwig Scherbel, 30. August 1920.

[671] Vgl. HUW 37 F 2, Schriftwechsel zwischen der Ferrowerk GmbH und Scherbel bezüglich der Steuererklärung für das Geschäftsjahr 1922, darunter eine Kopie des Gesellschaftervertrages vom 8. April 1920, S. 1, Paragraph 3 regelte die Höhe des Stammkapitals und der Einlagen.

[672] Vgl. HUW 10 E 30, ohne Titel. Es handelt sich um Unterlagen der Rechtsabteilung der Wacker-Hauptverwaltung München, darunter Kopien der Handelsregisterauszüge aus Frankfurt (Abteilung XIV). Zudem Lorenz, Industriegeschichte, S. 6-7.

[673] Vgl. HUW 37 F 2 Schreiben der Firma Beersond an das Ferrowerk, Dr. von Koch und Ludwig Scherbel die Grundstücke in Mückenberg betreffend, 30. August 1920 und HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 4.

[674] Die Suche nach weiteren biographischen Informationen verlief ohne Ergebnis. Geboren wurde Scherbel im Jahr 1861, verstorben ist er im Alter von 81 Jahren (vgl. HUW 40 F 4, Schreiben Weilands an die Wacker-Chemie, 10. März 1942). Vermutlich erlangte er den Doktoritel in Freiburg mit seiner Dissertation zum Thema „Beiträge zur Kenntnis des Amarins“.

[675] Über Wilhelm Koch ist nicht viel bekannt, nach Angaben des Firmenarchives ist er am 29. Oktober 1892 geboren worden und trat am 3. November 1919 in das Ferrowerk ein (vgl. HUW 7 C 56, Mikrofiche Koch).

der Liquidationsmasse, dann zum Werkleiter des Volkseigenen Betriebes bestellt, begleitete Koch das Ferrowerk schließlich auch auf seinem Weg zum Volkseigenen Betrieb (VEB).[676]

1.3 Vom Ferrosilicium-Syndikat zum Kauf der Ferrowerk GmbH

Zum Kreis der deutschen Ferrosilicium-Erzeuger zählte neben der Ferrowerk GmbH des Beersond-Konzerns auch die Wacker-Chemie. Dort hatten das elektrochemisch im Schmelzprozess aus Calciumoxid[677] und Koks gewonnene Calciumcarbid sowie dessen Folgeprodukte Acetaldehyd, Aceton[678], Essigsäure und Essigäther den Kern der Produktpalette gebildet, die bis zur Mitte der 1920er Jahre jedoch bereits um eine Reihe von Chlorkohlenwasserstoffen sowie die Erzeugung von Ferrolegierungen, zu denen auch Ferrosilicium gehörte, erweitert wurde.

Die Fertigung von Ferrolegierungen im Elektro-Ofen ähnelte dem Herstellungsverfahren von Carbid, so dass die Aufnahme von Ferrolegierungen in das Produktionsprogramm verfahrenstechnisch naheliegend war und ökonomisch sinnvoll erschien. Ein weiterer Vorteil war, dass die Wacker-Chemie dabei auf Erfahrungen und Personal aus der Zeit der ELH-Gruppe zurückgreifen konnte.[679] Das nötige Know-how war bereits vorhanden, da die Elektrobosna im Jahr 1915 bereits an drei ihrer Standorte Ferrosilicium produzierte: in Töll bei Meran, in Jajce und im österreichischen Werk Matrei.[680] Drittens eigneten sich Ferrolegierungen besonders gut für eine Erzeugung im Burghausener Werk, da bei ihnen die Frachtkosten keine „so grosse Rolle“ wie bei anderen Erzeugnissen spielten.[681] Der Standortnachteil Burghausens, seine relative Marktferne, wirkte sich bei den Ferrolegierungen aufgrund des relativ hohen Preisniveaus nicht so gravierend wie bei den meisten chemischen Zwischenprodukten aus.[682]

---

[676] Vgl. LASA Mers. C 129 Amtsgericht Liebenwerda, Abteilung 6 Akten über den Nachlass der Firma Dr. Alexander Wacker Chemo- und Ferrowerk, Schreiben Kochs, 27. September 1950, fol. 3.
[677] Auch bekannt als Branntkalk.
[678] Aceton war im Ersten Weltkrieg ein kriegswichtiges chemisches Produkt, Infolgedessen entwickelte es sich zum Haupterzeugnis der Wacker-Chemie in den Kriegsjahren 1916-1918. Siehe auch Kapitel B.1.3.
[679] Siehe Kapitel B.1.2.
[680] Vgl. HUW 23 D 11, Geschäftsbericht der Elektrobosna für das Jahr 1915, S. 49 und HUW 1 C 25, Kurzes Memorandum über die Entstehung und Entwicklung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, 10. Dezember 1948, S. 1.
[681] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 15. November 1921, S. 8.
[682] Der Frachtnachteil sank je höherprozentig das Ferrosilicium war; so lag er bei 45-prozentigem Ferrosilicium bei 0,5 Pfennigen, bei 75 prozentigem Ferrosilicium nur noch bei 0,25 Pfennigen pro aufgewandte Kilowattstunde (vgl. HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926).

Erste Erwägungen, Ferrolegierungen in die Produktpalette der Wacker-Chemieaufzunehmen, waren bereits Teil der frühen Ausbauprogramme, die in einem engen Zusammenhang mit der Fertigstellung des Alzwerkes und den damit einhergehenden zusätzlichen Energiemengen für das Burghausener Werk standen. Der Firmengründer Dr. Alexander von Wacker stimmte auf einer der ersten Gesellschafterversammlungen im Mai 1921 noch persönlich der Erzeugung von Ferrosilicium bei der Wacker-Chemie zu. Zur Voraussetzung machte er allerdings ein Abkommen mit Krupp. Zudem sollte der Verkauf der künftigen Ferrolegierungsproduktion langfristig durch den Beitritt der Wacker-Chemie zu einer von mehreren Hüttenwerken betriebenen Einkaufsgesellschaft gesichert werden.[683] Die Entscheidung über einen Einstieg der Wacker-Chemie in die Ferrolegierungs-Branche hing also von der Prognose an, wie gut es dem Unternehmen gelingen würde, sich als neuer Akteur am Markt zu etablieren. Wesentliche Faktoren hierbei waren die geschätzten Absatzchancen und Preiserwartungen. Als wirkliche Konkurrenz betrachtete die Wacker-Chemie im Frühjahr 1921 lediglich zwei Gruppen: zum einen den Stinnes-Konzern, zum anderen die im Protokoll der Gesellschafterversammlung nicht näher benannten österreichischen Werke. In Österreich stand der elektrochemischen Industrie besonders günstiger Strom aus Wasserkraft zur Verfügung, so dass die Wacker-Chemie mit der österreichischen Konkurrenz preislich nicht mithalten konnte. Bei Stinnes sah die Situation etwas positiver für die Wacker-Chemie aus. Hier glaubte man den Gestehungspreis des Konkurrenten unterbieten zu können. So zahlte die Wacker-Chemie zwar einen höheren Einkaufspreis für den Rohstoff Koks als Stinnes, kaufte im Gegenzug aber die Drehspäne billiger ein und produzierte nicht zuletzt dank der Alz-Wasserkraft deutlich günstiger als das Konkurrenzunternehmen.[684] Die technische Abteilung der Zentralverwaltung unter der Leitung von Hermann Hiller sprach sich angesichts dieser Aussichten direkt für die Einführung von Ferrosilicium aus und empfahl eine Produktionsmenge in Höhe von 500 Tonnen.[685] Mitte November desselben Jahres sahen die Planungen bereits die achtfache Menge, 4.000 Tonnen, Ferrosilicium vor.

Je nach Wasserlage rechnete man für die Zeit nach der Inbetriebnahme des Alzwerkes mit einer für das Werk Burghausen zur Verfügung stehenden Energiemenge von insgesamt 60 bis 100 Millionen Kilowattstunden. Diese Strommengen sollten nun möglichst rentabel auf

[683] Offensichtlich war an diesen Verhandlungen auch Knapsack beteiligt. Im Gegensatz zur Wacker-Chemie lehnte man dort allerdings die Lieferung von Ferrosilicium zu festen Preisen ab. Daraufhin beabsichtigte die Wacker-Chemie weitere Gespräche mit Krupp zu führen. Über den weiteren Verlauf ist nichts bekannt. Allerdings zählte Krupp später tatsächlich zu dem festen Abnehmerkreis der Wacker-Ferrolegierungen (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. Februar 1922, S. 10-11).
[684] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 18. Mai 1921, S. 5.
[685] Vgl. HUW 28 B 19, Bericht Nr. 454 Abteilung Hiller, 6. April 1921.

einzelne Produktionsbereiche verteilt werden. Die unkalkulierbaren Schwankungen – ein Wermutstropfen der preislich vorteilhaften Wasserkraft – sollte der Produktbereich Carbid abfedern. Die für die Erzeugung von Carbid angedachten Kilowattstunden würden je nach Wasserlage zwischen neun und 49 Millionen liegen, was einer Erzeugung von 2.000 bis 13.000 Tonnen Carbid entsprach. 15 Millionen Kilowattstunden würde das Unternehmen für den allgemeinen Bedarf an Licht und Kraft benötigen, sechs Millionen Kilowattstunden sollten der Chlor- und Ätznatron-Erzeugung zugutekommen. Der Großteil der durchschnittlichen Energiemenge würde mit 30 Millionen Kilowattstunden künftig jedoch in die Herstellung von Ferrolegierungen fließen, wobei alleine 25 Millionen Kilowattstunden für Ferrosilicium veranschlagt wurden.[686]

Nachdem diese neue Produktionsstrategie genehmigt und alle notwendigen Kalkulationen durchgeführt waren, führte die Wacker-Chemie erste Gespräche mit potentiellen Großkunden aus der Stahlindustrie. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen, denn sowohl die Gusstahlfabrik Felix Bischoff GmbH Duisburg als auch die Friedrich Krupp AG in Essen sowie die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik (Rheinmetall) Düsseldorf und die Gutehoffnungshütte Oberhausen (GHH) erklärten sich bereit, im Laufe des Jahres 1921 rund 1.500 Tonnen Ferrosilicium von der Wacker-Chemie abzunehmen, wenn diese die Lieferung garantieren könne.[687] Doch genau hier lag das Problem. Das Alzkraftwerk, dessen Energiemengen man zur Produktion des Ferrosiliciums benötigte, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Betrieb gegangen. Um den geplanten Einstieg nicht zu gefährden, wurde eilig nach einer Übergangslösung gesucht, die man schließlich in einem Abkommen mit der Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger in Köln fand. Die AG für Stickstoffdünger verkaufte der Wacker-Chemie vom 1. September 1921 an bis zum Jahresende 1922 monatlich 500 Tonnen 45-prozentiges Ferrosilicum, das die Wacker-Chemie anschließend an ihre neuen Kunden im Ruhrgebiet lieferte.[688] Mit diesem Vertrag konnte die Wacker-Chemie die Zeit bis zur Inbetriebnahme des Alzkraftwerkes überbrücken und trotzdem die Lieferbeziehungen zur Stahlindustrie aufbauen.[689]

Als man in Burghausen nach Inbetriebnahme des Alzwerkes 1923 selbst die Ferrosilicium-Produktion aufnahm, beschränkte man sich dort zunächst auf die Sorten mit 45 und 75 Prozent

[686] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 15. November 1921, S. 7.
[687] Vgl. HUW 10 A 34, Aktennotiz mit dem Titel „Beschluss“, ohne Datum.
[688] Vgl. HUW 10 E 34, Vertrag mit der Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger, ohne Datum.
[689] Zu den frühen Kunden der Wacker-Chemie zählte neben den genannten Stahlerzeugern auch die Oberpfälzer Maxhütte (vgl. HUW 10 E 34, Geheimrat Böhringer an Hess, 14. Januar 1927).

Silicium. Zu diesem Zweck hatte man einen der Carbid-Öfen umgebaut. Im Jahr 1925 erzeugte die Wacker-Chemie zudem eine sehr geringe Menge reines Silicium mit einem Silicium-Anteil von 90 oder mehr Prozent Silicium. Im Folgejahr gelang in Burghausen mit der Herstellung von 97-prozentigem Ferrosilicum ein weiteres Novum. Da es sich vermutlich um „das erste in Deutschland in grossem Masstabe hergestellte höchstprozentige Silizium" handelte, schickte die Geschäftsleitung eine Probe dieses Reinsiliciums an das Kaiser Wilhelm-Institut für Eisenforschung.[690] Trotz dieser Erfolge schwankten die Produktionszahlen in den ersten Jahren infolge der Hyperinflation und aufgrund des Alzkanalbruchs deutlich: 2.476 Tonnen (1923), 1.074 Tonnen (1924) und 639 Tonnen (1925). Nach diesem Tiefpunkt stieg die Produktion wieder an und erreichte im Berichtsjahr 1926 mit 3.425 Tonnen einen neuen Höchststand.[691] Geht man von einer internationalen Gesamtabsatzmenge von 80.000 bis 85.000 Tonnen 45-prozentiges Ferrosilicium aus,[692] so kann der Marktanteil der Wacker-Chemie im Ferrosilicium-Geschäft in der ersten Hälfte der 1920er Jahre jedoch als gering bezeichnet werden.

Die Rahmenbedingungen für das Ferrolegierungsgeschäft verschärften sich jedoch im Geschäftsjahr 1926, das bei der Wacker-Chemie von einem außergewöhnlich wasserreichen Sommer geprägt war. Der Wacker-Chemie stand nun erstmals ein großer Energieüberschuss zur Verfügung, der zu einer deutlichen Steigerung der Produktionszahlen in Burghausen führte. Da die Verkaufszahlen für Carbid gleichzeitig jedoch rückläufig waren, der Verkauf von Essigsäure keine weitere Umsatzsteigerung versprach und es zudem auf dem Chlorkohlenwasserstoffmarkt vermehrt zu Absatzschwierigkeiten kam, hatte die Wacker-Chemie die zusätzliche Energie unter anderem für die Herstellung von Ferrosilicium verwandt. Als weiteres Problem wurden Exporteinbußen im Trichlorethylenbereich genannt, die laut Geschäftsführung zum einen durch die Erhöhung des italienischen Zolls, zum anderen durch das Erstarken der italienischen Konkurrenz verursacht wurden. Zudem waren die zur selben Zeit geführten Verhandlungen über einen Beitritt der deutschen Erzeuger zum Internationalen Carbid-Syndikat gescheitert, da sich die Wacker-Chemie angesichts ihrer großen Lagerbestände nicht mit einer Quote von 1.600 Jahrestonnen einverstanden erklärte. Eine Verständigung mit der Konkurrenz auf dem Carbidmarkt war damit vorerst in weite

[690] HUW 10 A 34, Brief der Wacker-Chemie an Professor Friedrich Körber im Kaiser Wilhelm-Institut für Eisenforschung, 25. Juni 1926.
[691] Vgl. HUW 27 A 8, Technische Berichte für die Jahre 1923, S. 9; 1924, S. 10 und 1925, S. 12.
[692] Vgl. HUW 10 E 45, Protokoll über die Ferrosilizium-Verständigungssitzungen am 28. und 29. Juni 1926, S. 9 und HUW 10 A 2, Beilage II zum Generalvertrag zwischen mehreren Ferrosilicium-Fabrikanten, 15. Juni 1927, S. 21.

Ferne gerückt.[693] Die Lagerbestände wurden folglich zunehmend zum Problem und banden dringend benötigtes Kapital, so dass es aus Sicht der Geschäftsleitung nun umso wichtiger erschien, zeitnah vertraute Arbeitsgebiete auszubauen, in weitere Produktbereiche zu investieren oder in ganz neue Märkte vorzudringen.[694]

Zur Lösung der Absatzprobleme diskutierte man im Sommer 1926 innerhalb der Geschäftsleitung daher verschiedene Ansätze. Eine mögliche Strategie bestand in der technischen Optimierung bestehender Herstellungsprozesse. Um das Carbid in Zukunft günstiger herstellen zu können, wollte man im Burghausener Werk in einen neuen Kalkofen investieren. Auf diese Weise würde man die Rohstoffkosten deutlich senken können und somit gleichzeitig die Gesamtgestehungskosten des Carbids verringern.[695] Eine Investition, die sich innerhalb von zwei Jahren amortisiert hätte, so firmeninterne Schätzung.[696] Ferner überlegte die Wacker-Chemie, bereits aufgegebene Produktbereiche wie Aceton wieder in das Herstellungsprogramm zu integrieren. Allerdings versprach der Markt hierfür nur wenig Absatzchancen.[697] Eine weitere Option sah man in der Diversifikation des Produktionsprogramms, also in der Aufnahme neuer Produkte. Aus verfahrenstechnischer Sicht wäre etwa die Erzeugung von Kalkstickstoff naheliegend gewesen. Tatsächlich beschäftigte sich die Wacker-Chemie im Frühjahr 1926 mit der Frage, ob man die Errichtung einer eigenen Kalkstickstofffabrik planen und als Neuling in die Stickstoff-Branche einsteigen sollte. Allerdings war auch diese Sparte, deren Zukunft aus der Sicht von Johannes Hess mehr als ungewiss erschien, hart umkämpft.[698] Aus Kostengründen und aufgrund des hohen Risikos wurde das Projekt Kalkstickstoff schließlich in Absprache mit dem Vertreter der Farbwerke Paul Duden verworfen.[699] Sowohl im Carbid- als auch im Ferrosilicium-Geschäft standen zu dieser Zeit nationale wie internationale Gespräche der Erzeuger über die künftige Verteilung

[693] „Der Tri-Vorrat ist abnormal hoch. Die Ursache liegt darin, dass wir durch die Fabrikation von Bonelli, […] den italienischen Absatz verloren haben. Unsere Studien, über die Rückgewinnung dieses Absatzes sind noch nicht abgeschlossen“ (HUW 4 B 30, Schreiben des Direktor Hess an Professor Dr. Duden, 13. Oktober 1926 und HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1926, S. 6).

[694] Zum Ende des ersten Quartals 1926 erwartete man einen Carbidüberschuss von mindestens 1.000 Tonnen (vgl. HUW 6 E 18, Niederschrift für Freyer, ohne Datum und Erzeugungsprogramm Winter 1925/26, 5. Oktober 1925). Die Lagerbestände verringerten sich jedoch relativ schnell, so dass die Wacker-Chemie den Farbwerken im Oktober 1926 meldete, die Lagermengen seien sowohl für Carbid als auch für Ferrosilicium rückläufig. Der Carbidvorrat habe „an sich nichts Erschreckendes“ (HUW 4 B 30, Hess an Duden, 13. Oktober 1926).

[695] Die Gestehungskosten für eine Tonne Carbid beliefen sich 1939 auf durchschnittlich 115, 40 Reichsmark (vgl. Wildhagen, Calciumcarbid, S. 90-94).

[696] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. November 1926, S. 4 und 5 sowie HUW 4 B 30, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 13. Oktober 1926.

[697] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1926, S. 8.

[698] Kalkstickstoff hatte durch Kalksalpeter Konkurrenz bekommen. Die weitere Entwicklung auf dem Markt war ungewiss (vgl. HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926).

[699] Die Kosten in Höhe von insgesamt rund 1,2 Millionen Reichsmark erforderten einen sehr hohen Kapitalbedarf (vgl. HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926).

der Absatzmengen an.[700] Ohne die Option auf das Kalkstickstoff-Geschäft rückten andere Erzeugnisse, darunter Ferrosilicium, und die zeitgleich auf mehreren Ebenen stattfindenden Verhandlungen wieder ins Zentrum der unternehmenspolitischen Überlegungen. Es folgte ein regelrechtes Wettrennen um die Positionierung am Markt. Der Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Johannes Hess, beschrieb die Ausgangssituation 1926 mit dem Begriff „Kampf“:

> „Unter solchen Umständen wird der Wackerchemie wohl nichts anderes übrig bleiben, als für die Erhaltung ihrer Ferrosiliziumbasis zu kämpfen. Wie Ihnen bekannt ist, stehen wir ja in dieser Richtung zur Zeit im Kampfe und gestern und vorgestern haben Verhandlungen in Salzburg stattgefunden, um eine Verständigung auf internationaler Grundlage herbeizuführen und im Anschlusse daran vielleicht auch eine Verständigung in Deutschland zustande zu bringen“.[701]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Geschäftsleitung angesichts der Überproduktion 1926 zunächst eher risikoscheu verhielt und sich dementsprechend nicht für hohe Neuinvestitionen in fremde Sparten, sondern für eine gezielte Expansion im vertrauten Ferrolegierungsgeschäft entschied. Um die eigene Produktion im Legierungs-Bereich zu erhöhen, waren zwei Schritte notwendig: Erstens musste eine nationale und internationale Verständigung mit den Anbietern von Ferrosilicium erzielt werden, zweitens musste die Wacker-Chemie bei diesen Verhandlungen die Zustimmung der anderen Mitglieder zur Erhöhung ihrer Lieferquote erhalten. Der Zeitpunkt war ausgesprochen günstig, so fanden doch bereits seit Frühsommer 1926 unter den Ferrosilicium-Produzenten Gespräche über die künftige Marktgestaltung statt, die 1927 in der Neugründung eines internationalen Ferrosilicium-Syndikates mündeten.

Allerdings war es nicht nur die Wacker-Chemie, die bei den Salzburger Verhandlungen im Juni 1926 eine Erhöhung ihrer Quote anstrebte, auch die Gruppe der deutschen Erzeuger in ihrer Gesamtheit forderte gegenüber den internationalen Produzenten einen größeren Anteil am Gesamtkontingent ein. Gemeinsames Ziel aller Teilnehmer war es jedoch, durch eine Verständigung dem internationalen Preisdumping entgegenzuwirken, das inzwischen die gesamte Branche bedrohte. Am Verhandlungstisch saßen neben der Wacker-Chemie die beiden Knapsacker Werke der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE) sowie die AG für Stickstoffdünger und das Ferrolegierungswerk der Firma Beersond in Mückenberg, die zusammen die deutsche Gruppe bildeten. Zur Beersond-Gruppe, die der

[700] Auf dem Carbid-Sektor fand eine Einigung bereits im September 1926 statt (vgl. HUW 40 F 4, Vertrag deutscher Carbidfabrikanten und Nachtrag D zum Vertrag mit Einbeziehung internationaler Produzenten). Zur syndikatsmäßigen Aufteilung des Carbid-Absatzes während der Weimarer Republik vgl. Eckert, Carbid-Vereinigung, S. 67-100, 121-131.

[701] HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926.

Wacker-Chemie schon seit den frühen 1920er Jahren durch die gemeinsame Erzeugung von Ferrosilicium, aber auch durch die Versorgung des Stammwerkes Burghausen mit Quecksilber bekannt war,[702] gehörte neben der Ferrowerk GmbH, auch die bereits erwähnte Carbidfabrik Whylen, ein Konkurrenzwerk auf dem Gebiet der Acetylenchemie.[703] Als weitere Verhandlungspartner stießen die vier österreichischen Produzenten (Elektrobosna, Carbidwerk Deutsch-Matrei, die Stickstoff-Werke AG Ruse und die Continentale Gesellschaft für angewandte Elektrizität) sowie die beiden Schweizer Unternehmen (Elektrizitätswerk Lonza AG und das Berner Elektrische Werk) hinzu. Sieben norwegische und zwei schwedische Werke bildeten die skandinavische Gruppe. Dass in den Gesprächen jedoch die französischen und italienischen Hersteller nicht vertreten waren, stellte ein Problem dar, zumal gerade die Preispolitik der französischen Unternehmen mitverantwortlich für den rasanten Preisverfall gewesen war. Aufgrund ihrer Abwesenheit konnte mit ihnen allerdings keine Einigung erzielt werden.[704]

Ein erster, vom Geschäftsführer der Wacker-Chemie Johannes Hess dem Plenum vorgeschlagener Schritt war die Schätzung des aktuellen internationalen Ferrosilicium-Gesamtabsatzes, auf deren Grundlage anschließend die Kontingentsaufteilung erfolgen sollte. Die geschätzte Verkaufsmenge belief sich dabei auf 80.000 bis 85.000 Tonnen (umgerechnet auf 45-prozentiges Ferrosilicium).[705] Den größten Ferrosilicium-Bedarf erwartete man mit knapp 29.000 Jahrestonnen in Deutschland, es folgten Großbritannien mit 15.000 Tonnen, Belgien und Luxemburg auf Platz drei mit jeweils 5.400 Tonnen vor Österreich mit knapp 4.000 Tonnen.[706] Verteilungsgrundlage der neuen Quoten sollten die Lieferzahlen des Jahres 1925 (erneut umgerechnet auf die Sorte Ferrosilicium mit 45 Prozent Silicium-Anteil) sein.[707] Hier lag für die Wacker-Chemie jedoch das Hauptproblem. Man hatte aufgrund der geschilderten Verhältnisse mehr Ferrosilicium als in den Vorjahren produziert, das nun am Markt untergebracht musste. Zudem sollten die Ferrosilicium-Kapazitäten der Wacker-

[702] Vgl. HUW 10 A 34, Wacker an Beersond bezüglich Zollangelegenheiten Ferrosilicium, 15. März 1924 und HUW 39 A 7-1, Bericht Abteilung Hiller über schwebende Angelegenheiten, ohne Datum [etwa 1920].
[703] Im März 1936 wurde die Carbidfabrik Whylen allerdings von der Degussa übernommen (vgl. Hayes, Degussa, S. 104).
[704] Vgl. HUW 10 E 45, Protokoll über die Ferrosilizium-Verständigungssitzung in Salzburg am 28. und 29. Juni 1926, S. 1-2.
[705] Zu den von den Teilnehmern belieferten Ländern zählten neben Deutschland Großbritannien, Belgien, Luxemburg, Spanien, die Niederlande, Russland, Österreich, die Schweiz, Italien, Polen, Japan, Australien und Indien (vgl. HUW 4 B 29 und HUW 10 E 48, Niederschrift über eine Sitzung von Ferrosilicium-Fabrikanten in Salzburg, 28. Juni 1926, S. 2-3).
[706] Vgl. HUW 4 B 29 und HUW 10 E 48, Niederschrift über eine Sitzung von Ferrosilicium-Fabrikanten in Salzburg, 28. Juni 1926, S. 4.
[707] Vgl. HUW 10 E 45, Protokoll über die Ferrosilizium-Verständigungssitzung in Salzburg am 28. und 29. Juni 1926, S. 4 und 9.

Chemie gemäß Zielvorgabe der Geschäftsleitung künftig noch weiter ausgebaut werden. Tatsächlich hatte sich die Ferrosilicium-Jahresproduktion der Wacker-Chemie im Jahr 1926 auf 3.425 Tonnen 45-prozentiges Ferrosilicium und 2.494 Tonnen 75-prozentiges Ferrosilicium gesteigert.[708] Die Herstellungsmenge der 45-prozentigen Sorte hatte sich damit verfünffacht, die der 75-prozentigen Sorte verzehnfacht. Während die Wacker-Chemie 1925 mit 907 Tonnen Ferrosilicium mengenmäßig noch das Schlusslicht der deutschen Gruppe bildete (vgl. Tabelle 15), schob sich das Unternehmen im Folgejahr mit knapp 6.000 Tonnen bereits auf Platz zwei hinter die RWE. Die Mehrproduktion musste zwingend verkauft werden, was jedoch nicht möglich war, solange die Verhandlungspartner auf die Lieferzahlen von 1925 als Verteilungsschlüssel für den künftigen Absatz bestanden.

Hersteller	45er FeSi	75er FeSi	90er FeSi	Summe
AG Stickstoff Knapsack	802	137	175	1.114
RWE	8.576	-	-	8.576
Beersond Mückenberg	-	2.467	-	2.467
Wacker-Chemie	683	224	-	907
Summe	10.061	2.828	175	13.064

Tabelle 15: Produktionszahlen der deutschen Ferrosilicium-Erzeuger Stand 1925 in Tonnen

Die Wacker-Chemie hatte angesichts der ausgezeichneten Energieverhältnisse nicht nur große Mengen, sondern auch preisgünstig produzieren können. Trotz der im Vergleich überdurchschnittlich hohen Frachtkosten des Burghausener Werkes, die Differenz zu den geografisch günstiger gelegenen Konkurrenzwerken lag bei immerhin rund siebenundzwanzig Mark pro Tonne, konnte man gegenüber den anderen Herstellern einen deutlichen Preisvorteil verbuchen.[709] Die Vertreter der Wacker-Chemie, Freyer und Hess, beharrten daher in den Gesprächen konsequent auf eine Neuberechnung. Auch die RWE, Beersond und die AG für Stickstoffdünger erklärten sich mit dem Jahr 1925 als Referenzgröße nicht einverstanden.[710] Zu Beginn der Verhandlung forderte die Wacker-Chemie daher gemeinsam mit der deutschen Gruppe, dass die in Deutschland anfallenden Verbrauchsmengen auch den deutschen Erzeugern zugesprochen werden müssten. Zusätzlich beanspruchte man 40 Prozent des Gesamtabsatzes. Die ausländischen Werke hatten in der Vergangenheit 15.000 Tonnen Ferrosilicium nach Deutschland importiert, die nun zum

[708] Das Jahr 1925 schien zudem ein besonders ungünstiges Geschäftsjahr für die Wacker-Chemie gewesen zu sein, denn die Ferrosilicium-Erzeugungszahlen waren bereits 1923 bei 2.476 Jahrestonnen Ferrosilicium mit 45 Prozent Silicium gelegen und anschließend 1925 extrem abgesunken (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1926, S. 26).

[709] Vgl. HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926.

[710] Vgl. HUW 10 E 45, Protokoll über die Ferrosilizium-Verständigungssitzung in Salzburg am 28. und 29. Juni 1926, S. 10.

Missfallen der ausländischen Produzenten nach Ansicht der deutschen Gruppe an die deutschen Unternehmen abgetreten werden sollten.

Doch nicht nur die Wacker-Chemie hatte konkrete Zielvorstellungen, auch die Elektrobosna bestand während der Verhandlungen auf das gesamte österreichische Verkaufsgebiet und machte dies zu einer nicht verhandelbaren Bedingung für eine Verständigung. Ferner war man in Wien nicht bereit, auf den Export nach Deutschland zu verzichten.[711] Als Kompromisslösung bot man der deutschen Gruppe an, dass die internationalen Teilnehmer jeweils auf zehn Prozent ihres Umsatzes zugunsten der deutschen Gruppe verzichten würden. Damit hätte sich folgendes Bild ergeben: die norwegische Gruppe würde 36,1 Prozent, die deutsche Gruppe 26,5 Prozent, die beiden schwedischen Hersteller 18,24 Prozent plus dem eigenen Inlandsbedarf, die Elektrobosna 16,6 Prozent und die Lonza schließlich noch 3,5 Prozent des Absatzes erhalten. Nach der Ablehnung dieser Offerte durch die deutsche Gruppe standen die Verhandlungen kurz vor dem Scheitern, als die skandinavischen Produzenten schließlich einlenkten und einen Teil ihrer Quote anboten. Dieser Kompromiss brachte der deutschen Gruppe insgesamt 28 Prozent der Gesamtverkaufsmenge, so dass sich die Wacker-Chemie, die RWE, Beersond und die AG für Stickstoffdünger schließlich unter Vorbehalt mit dieser Lösung einverstanden erklärten. Zur Bedingung machten sie jedoch, dass auch das österreichische Verkaufsgebiet im aufzuteilenden Gesamtabsatz eingeschlossen sei, was den Interessen der Elektrobosna entgegenstand, mit der daraufhin keine Einigung erreicht werden konnte. Die Gespräche wurden um eine Woche vertagt. In der Zwischenzeit planten sich die deutschen Produzenten noch einmal separat zu verständigen.[712] Offensichtlich erklärte man sich letztlich doch mit dem Vorschlag einverstanden. Der Weg zu einer Einigung stand nun offen, auch das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Die deutschen Unternehmen erhöhten ihre Quote deutlich, die nun bei 22.800 Tonnen lag.[713]

Nun galt es diese Quote auf die deutschen Produzenten umzulegen. Doch auch innerhalb der deutschen Gruppe konnte kein gemeinsamer Nenner gefunden werden. Die Verhandlungen liefen zäh und ein tragfähiger Kompromiss schien in weite Ferne gerückt zu sein. Da unterbreitete Johannes Hess den Vorschlag, dass ein Werk der Gruppe zum Wohle aller deutschen Erzeuger seine Produktion einstellen sollte. In den Blick geriet dabei das Beersond-Konkurrenzwerk (Ferrowerk) in Mückenberg. Hess führte aus, „dass man einen Weg finden

[711] Vgl. ebd., S. 4-5.
[712] Vgl. ebd., S. 24-28.
[713] Vgl. HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926.

muss, um die Stilllegung dieses Werkes [Mückenberg, Anmerkung d. Verf.] zu erreichen. Vielleicht ist hierzu die Zahlung einer Abfindung erforderlich“.[714] Hintergrund dieser Aussage war eine Vereinbarung der Wacker-Chemie mit der AG für Stickstoffdünger, die besagte, „dass, falls es [der Wacker-Chemie, Anmerkung d. Verf.] gelingen sollte, die Fabrikation des Rh.W.E[.] und des Ferrowerk Mückenberg stillzulegen, die Quoten dieser beiden Werke hälftig geteilt werden“ sollten.[715] Die Wacker-Chemie erwog daraufhin Ende Juni 1926 den Konkurrenten Beer, Sondheimer & Co. ganz aus dem Ferrosilicium-Sektor zu drängen. Die Stilllegung der Beersond-Produktionsstätte in der Niederlausitz sollte so den Absatz der Wacker-Produktion gewährleisten. Beersond hatte zu diesem Zeitpunkt durchschnittlich rund 2.500 Tonnen 75-prozentiges Ferrosilicium erzeugt (vgl. Tabelle 15).[716] Erwähnenswert sind an dieser Stelle die komplexen unternehmerischen Beziehungen innerhalb der deutschen Gruppe: So lag die Aktienmehrheit der AG für Stickstoffdünger seit 1919 bei den Farbwerken Hoechst, die wiederum zu diesem Zeitpunkt bereits Gesellschafter bzw. Miteigentümer der Wacker-Chemie waren. Diese beiden, die Wacker-Chemie und die AG für Stickstoffdünger, hatten es sich also zum Ziel gesetzt, die deutsche Ferrosilicium-Quote untereinander aufzuteilen.[717] Ein guter Plan, dem jedoch die Einigung mit der RWE und Beersond mit seinem Werk in Mückenberg im Weg standen.

Die Wacker-Chemie sollte gemäß den bisherigen Absprachen mit der AG für Stickstoffdünger und der RWE ein Drittel der rund 22.000 Tonnen, also gut 7.000 Tonnen, erhalten. Damit wäre zumindest die Ferrosilicium-Produktion des Jahres 1926 am Markt untergebracht gewesen. Ziel der Wacker-Chemie war es aber, auf einen Gesamtanteil von siebzig Prozent des deutschen Kontingents zu kommen. Als Untergrenze erklärte man sich in der Münchener Geschäftsleitung allerdings auch bereit, den Anspruch auf bis zu zwei Drittel der deutschen Gesamtquote zu reduzieren. Die Wacker-Chemie war sich sicher, mit der RWE konkurrieren und diese letztlich dank der preiswerten Wasserkraftenergie aus dem Rennen drängen zu können. Die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft scheint die Situation ähnlich eingeschätzt zu haben, denn sie erklärte sich tatsächlich gegen Zahlung einer Entschädigung bereit, ihre Ferrosilicium-Produktion einzustellen, damit war der erste Teil des

[714] Ebd.
[715] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. November 1926, S. 6.
[716] Vgl. HUW 4 B 29, Schreiben Johannes Hess an Paul Duden, 30. Juni 1926.
[717] Mit eben diesem Argument begründete man auch die Zusammenarbeit: „dass es im Interesse von Stickstoff und der Wacker-Chemie also im Interesse der I.G. liege, die Verständigung zustande zu bringen“ (HUW 10 A 34, Schreiben der AG für Stickstoffdünger an die Wacker-Chemie, 16. September 1926). Offensichtlich wurden die Verhandlungen mit der RWE überwiegend durch die Stickstoff AG geführt (vgl. hierzu den Schriftwechsel zwischen der Wacker-Chemie und der AG für Stickstoffdünger unter HUW 10 A 34).

angestrebten Arrangements erfüllt.[718] Es folgten die ersten Verhandlungen mit der Beersond-Gruppe, die auf der Überzeugung beruhten, dass die Wacker-Chemie letztlich für das Ausschalten der deutschen Ferrosilicium-Konkurrenz weniger Kapital investieren müsse, als man für neue Großprojekte, wie etwa einer Kalkstickstoff-Fabrik, benötigt hätte. Zudem könne auf diese Weise die in Burghausen zur Verfügung stehende preiswerte Energie dauerhaft voll ausgenutzt werden. Diese Pläne wurden jedoch binnen kurzer Zeit verworfen, denn die Verhandlungen mit Beersond mündeten nicht etwa in der Stilllegung des Ferrowerkes, sondern in ihrer Übernahme durch die Wacker-Chemie, die dadurch in relativ kurzer Zeit und völlig unerwartet einen neuen Produktionsstandort hinzugewann.

Von den Vorgesprächen über die ersten Betriebsbesichtigungen bis hin zur endgültigen Kaufabwicklung vergingen nur wenige Wochen. Der eigentliche Übernahmeprozess erstreckte sich auf den relativ kurzen Zeitraum von September bis Anfang Dezember 1926. Die Entscheidungsgrundlage für die Geschäftsleitung bildeten dabei neben den allgemeinen marktpolitischen Erwägungen zwei Betriebsbesichtigungen des Ferrowerkes im Herbst 1926. Die erste wurde von der Wacker-Chemie, konkret von der technischen Abteilung unter Hermann Hiller, durchgeführt, die zweite durch Vertreter der Linke-Hoffmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft in Gröditz, die ihren Bericht ebenfalls den Geschäftsführern in München zukommen ließen.[719] Das Urteil fiel im Großen und Ganzen positiv aus. In beiden Fällen wurden die Standortvorteile Mückenbergs betont: „könnte das Werk bei den sonst günstigen Verhältnissen – billige Rohstoffe, sehr niedrige Löhne und günstige Frachtlage für das Fertigerzeugnis – vorteilhaft arbeiten.“[720] Nicht nur Strom und Koks ließe sich preiswert beziehen, auch der benötigte Quarz stammte aus dem nicht weit entfernten Hohenbocka, so dass beim Rohstoffeinkauf nur geringe Frachtkosten anfielen.[721] Auf der anderen Seite konnten die eigenen Waren preisgünstig per Bahn oder Schiff zu den Kunden transportiert werden. Zu ihnen zählten neben kleineren Abnehmern die Sächsischen Gußstahlwerke in Döhlen sowie die Linke-Hoffmann-Lauchhammer-Gruppe.[722]

[718] Die RWE sollte als Abfindung ein Drittel der Differenz zwischen Selbstkosten der AG für Stickstoffdünger und dem Nettoerlös erhalten (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. November 1926, S. 6).
[719] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht Nr. 955 über den Besuch beim Ferrowerk Mückenberg, 28. September 1926; ebenfalls unter HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg (zugesandt aus Gröditz), 26. Oktober 1926.
[720] HUW 4 B 30, Bericht Nr. 955 über den Besuch beim Ferrowerk Mückenberg, 28. September 1926.
[721] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg, 26. Oktober 1926.
[722] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht Nr. 955 über den Besuch beim Ferrowerk Mückenberg, 28. September 1926.

Allerdings kündigte sich bei diesen Werksbesichtigungen bereits die Notwendigkeit größerer Modernisierungsmaßnahmen an. Die Fabrikgebäude waren in einem schlechten Zustand. Nicht nur die Gebäude bedurften dringender Renovierung, auch die Öfen sollten wegen des sehr hohen und damit sehr kostspieligen Elektrodenverschleißes durch die Umstellung auf moderne Söderberg-Elektroden und die Verwendung von Holzkohle optimiert werden. Investiere die Wacker-Chemie zeitnah in den Standort, dann könnte das Werk durchaus profitabel produzieren, so die Expertise.[723] Dank dieser positiven Prognose für den Standort Mückenberg ging die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie schließlich dazu über, nicht die Stilllegung Mückenbergs, sondern eine Übernahme der gesamten Produktionsstätte zu erwägen. Der von der technischen Abteilung geschätzte Wert des Anlagevermögens des Ferrowerkes belief sich auf 178.000 Reichsmark, davon entfielen auf die neun Hektar Grundbesitz 18.000 Reichsmark, auf die Fabrikgebäude 35.000 Reichsmark, für die Baracken und Wohnhäuser wurden 45.000 Reichsmark angesetzt. Den höchsten Wert ermittelte man für die elektrische Ausstattung der Anlage.[724]

Während der Erwerb des Werkes noch weiterer Verhandlungen erforderte, drängte die Zeit bei der Übernahme der Mückenberger Ferrosilicium-Quote. Festgelegt wurde zunächst die Zahlung einer Entschädigungssumme in Höhe von 400.000 Reichsmark an Beersond, die von der Wacker-Chemie und der AG für Stickstoffdünger hälftig aufzubringen war. Die Wacker-Chemie zweifelte jedoch daran, dass der Kauf der Quote an sich bereits ausreichen würde, um die Konkurrenz- und Marktsituation dauerhaft zu beruhigen. Die Befürchtung von Johannes Hess war, dass „ein anderer Kraftkonzern, zu dem auch grosse Ferrosilicium-Verbraucher gehören, das Werk aufkaufen und seine eigenen Konzernwerke beliefern kann, wodurch eine erhebliche Schmälerung des deutschen Ferrosilicium-Marktes eintreten würde.“[725] Die beiden Geschäftsführer brachten daher erneut den Vorschlag ein, die Anlagen zu erwerben und selbst weiter zu betreiben. Derartige Großinvestitionen bedurften der Zustimmung der Gesellschafter. Die auf der Gesellschafterversammlung vom 5. November anwesenden Vertreter der Farbwerke Hoechst, Adolf Haeuser und Paul Duden, begrüßten den Vorschlag der Wacker-Chemie nachdrücklich. Ferner lag die Zustimmung Max Bachmanns von der

[723] Die Elektroden aus Graphit spielten eine große Rolle im Herstellungsverfahren, da sie die nötige Energie zuführten und damit den Schmelzprozess bei 2.000 Grad am Laufen hielten.
[724] Die Transformatoren- und Schaltanlage wurde mit 80.000 Reichsmark veranschlagt (vgl. HUW 4 B 30, Bericht Nr. 955 über den Besuch beim Ferrowerk Mückenberg, 28. September 1926).
[725] Ausgedrückt wird vor allem die Befürchtung, ein bisheriger Ferrosilicium-Abnehmer, der zudem als Energieerzeuger über kostengünstigen Strom verfüge, könnte die Legierung selbst produzieren und auf diese Weise den Absatzmarkt der Zulieferer massiv einschränken (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. November 1926, S. 7).

Aktiengesellschaft für Stickstoff vor. Bedenken bestanden von Seiten der Farbwerke offensichtlich nicht, auch nicht gegenüber dem damit angestrebten Marktvorteil für die Wacker-Chemie. Im Gegenteil, Haeuser sah die Angelegenheit so: „wenn die Wackerchemie das Geschäft billig macht, soll sie auch den Vorteil davon haben."[726] Günstig wurde die Übernahme des Ferrolegierungswerkes in der Tat, denn obwohl die Firma Beer, Sondheimer & Co. erst einige Jahre später in Liquidation trat, gaben bereits 1926 ökonomische Motive den Ausschlag für den Verkauf der Anlage an die Wacker-Chemie. Im Herbst des Jahres wurde allgemein von einem hohen Preisdruck innerhalb der Ferrolegierungsindustrie berichtet, der forciert durch die ausländischen Werke, vor allem durch die norwegische Konkurrenz, auf den deutschen Ferrosilicium-Erzeugern lastete. Zu diesem Zeitpunkt stellte das Werk in Mückenberg pro Monat rund 220 Tonnen Ferrosilicium her. Mit einem Verkaufspreis von 320 Reichsmark pro Tonne war der Erlös 1926 damit deutlich unter die Selbstkostengrenze gerutscht, die das Unternehmen mit 383 Reichsmark veranschlagt hatte (vgl. Tabelle 16).

Rohstoff	**Menge [kg / Kilowattstunden]**	**Preis in Mark**	**Summe Kosten in Mark**
Quarz	2.000	9,30	18,60
Koks	1.600	18,00	28,80
Späne	210	30,00	6,30
Elektroden	150	310,00	46,50
Strom	12.000	0,18	216,00
Löhne einschließlich sozialer Lasten			31,40
Hilfsstoffe			7,00
Gehälter			7,40
Sonstige Werbungsunkosten			12,00
Verpackung			9,00
Selbstkosten gesamt			**383,00**

Tabelle 16: Selbstkostenkalkulation Beersond für eine Tonne Ferrosilicium

Das Ferrosilicium-Geschäft war für Beersond folglich mehr als unrentabel geworden. Schließlich war die Rede gar von einem Gesamtverlust in Höhe von 100 Reichsmark pro Tonne.[727] Damit trat eine Situation ein, die für das finanziell ohnehin bereits angeschlagene Frankfurter Unternehmen nicht mehr tragbar war. Das Interesse Beersonds an einem Abschluss mit der Wacker-Chemie muss angesichts der prekären Situation groß gewesen sein.

[726] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. November 1926, S. 7.
[727] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg (zugesandt aus Gröditz), 26. Oktober 1926.

Nur so lässt sich der relativ geringe Kaufpreis in Höhe von 100.000 Reichsmark erklären, der damit deutlich hinter den Schätzungen des Anlagewertes (180.000 Mark) zurückblieb.

Die Übernahme des Ferrowerkes durch die Wacker-Chemie erfolgte auf mehreren Etappen: Zunächst ging es nur um den Kauf der Ferrosilicium-Quote. Diese lief auf das Unternehmen Beer, Sondheimer & Co., nicht auf die Ferrowerk GmbH, so dass die Wacker-Chemie mit dem Gesamtkonzern, zu dem auch der Produktionsstandort Whylen gehörte, einen entsprechenden Vertrag schließen musste. Beersond sollte in keinem seiner Werke, weder in Mückenberg noch in Whylen, künftig Ferrosilicium produzieren. Ein entsprechendes Abkommen wurde von Wolfgang Freyer ausgehandelt und am 9. November 1926 unterzeichnet. Gegen die Zahlung einer Summe von 400.000 Reichsmark, die bereits auf der Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie im November für den Erwerb der Beersond-Quote genehmigt worden war, verpflichtete sich Beersond zugleich im Namen der Elektro-Metallurgie AG Basel, die alle Gesellschaftsanteile der Ferrowerk GmbH besaß, sowie der Carbidfabrik Whylen, die Produktion der Ferrolegierung einzustellen.[728] Damit ging die Beteiligungsquote von 4.000 Tonnen auf die Wacker-Chemie über. Ferner waren der Beersond-Gruppe künftig auch Geschäftsbeteiligungen auf dem Ferrosilicium-Sektor untersagt. Damit war das Ziel der Geschäftsführung erreicht und die Frankfurter Firma dauerhaft als Konkurrent im Ferrolegierungsgeschäft ausgeschlossen.[729]

Beersond hatte allerdings auf eine Ausnahme bestanden: Der Carbidfabrik Whylen sollte es, falls es die Verhältnisse auf dem Carbidmarkt erfordern würden, gestattet werden, ab dem 1. Januar 1928 bis zu 1.500 Tonnen Ferrosilicium (mit einem Silicium-Gehalt von fünfundsiebzig Prozent) pro Jahr zu erzeugen. Trat diese Ausnahmeregelung in Kraft, musste sie der Wacker-Chemie jedoch eine Entschädigung in Höhe von 25 Reichsmark pro hergestellter Tonne bezahlen. Erst diese Maßnahme sicherte einen langfristigen Produktionsverzicht der Beersond-Gruppe, denn eine erneute Produktionsaufnahme von

[728] Direktor Freyer hatte die ursprünglichen Forderungen von Beer, Sondheimer & Co. nach jährlichen Zahlungen in Höhe von 180.000-200.000 Reichsmark deutlich herabsetzen können (vgl. HUW 4 B 30, Wacker-Geschäftsleitung an IG Farben Hoechst Direktionsabteilung, 29. November 1926).

[729] Vgl. HUW 40 F 4, HUW 10 A 34 und HUW 10 E 43, Vereinbarung vom 9. November 1926, in der es heißt: „Die Firma Beersond, also auch die Gesellschaften Elektro-Metallurgie und Ferrowerk Mückenberg verpflichten sich auf die Dauer von zehn Jahren, d. i. bis zum 31. Dezember 1936 in Deutschland Ferro-Silicium jeden Gehaltes und jeder Form (im Folgenden kurz Fesi genannt) weder direkt noch indirekt herzustellen und sich an keinem Unternehmen, das sich mit der Herstellung von Ferrosilicium in Deutschland befasst, weder direkt noch indirekt zu beteiligen."

Ferrosilicium durch Beersond erschien unter den gegebenen Umständen mehr als unwahrscheinlich:

> „Wenn durch eine unvernünftige Preispolitik des Syndikates in Zukunft Fantasiepreise verlangt werden, dann werden in erster Linie alle anderen in Frage kommenden Fabriken die Ferrosiliziumerzeugung früher aufnehmen als Whylen, weil sie keine Vorbelastung haben. Wir bildeten uns ein, gerade durch die Auferlegung der Entschädigung Whylen am besten auf die Dauer gebunden zu haben, denn jede andere Form hätte bei der bekannten Geschäftstüchtigkeit der Gegenseite sicher mit der Zeit irgendeinen Ausweg gelassen“.[730]

Die Zahlung der 400.000 Reichsmark ging zeitgleich mit der Tilgung des bereits vereinbarten Kaufpreises einher.[731] Dabei wurden folgende Modalitäten festgelegt: 200.000 Reichsmark waren in bar zu bezahlen, der Rest durch einen Dreimonats-Akzept, das um drei weitere Monate verlängert wurde. Hierfür hatte die Wacker-Chemie den Reichsbankdiskont zu vergüten. Die Hälfte der Kosten des Quotenankaufs sollte die AG für Stickstoffdünger tragen, die im Gegenzug die Hälfte der Mückenberger Quote erhalten sollte. Sowohl die Wacker-Chemie als auch die AG für Stickstoffdünger zahlten also 200.000 Reichsmark für eine fest vereinbarte zusätzliche Absatzmenge in Höhe von 2.000 Jahrestonnen. Auf diese Weise entfielen auf beide Unternehmen nun jeweils 7.860 Jahrestonnen des deutschen Ferrosilicium-Kontingents. Aus dem Schriftwechsel der Wacker-Chemie mit Hoechst geht allerdings hervor, dass die AG für Stickstoffdünger die Zahlung ihres Anteils erst Mitte Dezember und unter Vorbehalt einer nachträglichen Zustimmung durch Direktor Duden angewiesen hat. Dieser Schwebezustand war für die Wacker-Chemie finanziell durchaus problematisch, hatte man mit Quote und Kaufvertrag nun doch mehr Kapital investiert als ursprünglich vorgesehen.[732] Die Verzögerung war eingetreten, nachdem man erfahren hatte, dass es weitere Interessenten[733] für das Ferrolegierungswerk gibt und man infolgedessen die Option diskutierte, nachträglich von den mit Beersond geschlossenen Verträgen zurückzutreten. Da die AG für Stickstoffdünger ihren Unmut über die nach ihrer Ansicht zu teuer erworbenen Beersond-Quote Luft machte, entscheid sich die Wacker-Chemie dazu, der AG ihren Anteil

[730] HUW 4 B 30, Wacker-Geschäftsleitung an IG Farben Hoechst Direktionsabteilung, 29. November 1926.
[731] Der Kaufvertrag selbst ist nach Angaben des Firmenarchives nicht mehr erhalten.
[732] „Es sind dies für die Finanzverhältnisse der Wackerchemie grosse Beträge und wir wären in Verlegenheit gekommen […]. Von dem uns zustehenden Recht einen Wechsel zu begeben wollten wir keinen Gebrauch machen, da es der erste Wechsel gewesen wäre, den die Wackerchemie auf sich ausstellen lassen würde“ (HUW 4 B 30, Wacker an IG Farben Direktionsabteilung Höchst, 15. Dezember 1926).
[733] Die Rede ist vermutlich von den Linke-Hoffmann-Werken, die im Herbst 1926 selbst die Betriebsanlagen des Ferrowerkes besichtigt hatten (vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg (zugesandt aus Gröditz), 26. Oktober 1926).

(200.000 Reichsmark) zurückzuerstatten.[734] „Die Aussicht auf das Erscheinen eines neuen leistungsfähigen Produzenten“, also eines neuen, ernstzunehmenden Konkurrenten im Ferrosilicium-Geschäft, hatte die Entscheidung der Wacker-Chemie gefestigt, die damit ihre Flucht nach vorne antrat und die Ferrosilicium Quote schließlich selbst ausschöpfte.[735]

Was den Kauf des Ferrowerkes betraf, so standen der Wacker-Chemie zwei Optionen offen. Das Unternehmen stand vor der Wahl, entweder das gesamte Vermögen der Ferrowerk GmbH oder alle Gesellschaftsanteile an der Ferrowerk GmbH zu erwerben. Man entschied sich für die zweite Variante.[736] Die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie erwarb daher am 7. Dezember 1926 alle Gesellschaftsanteile der Elektro-Metallurgie AG Basel gegen eine Zahlung von 100.000 Reichsmark. Die Übertragung der Geschäftsanteile wurde zwei Tage später am 9. Dezember in München notariell beglaubigt und trat rückwirkend zum 1. Dezember 1926 in Kraft. Die Geschäftsführer der Ferrowerk GmbH, Leopold Oppenheimer und Ludwig Scherbel, traten zum 9. Dezember 1926 zurück, auch die Prokura von A. Horovitz[737] erlosch zu diesem Zeitpunkt. Die Farbwerke Hoechst erklärten erst am 16. Dezember 1926 telegrafisch ihr Einverständnis zum Ankauf Mückenbergs durch die Wacker-Chemie. Da der gesamte Kaufprozess jedoch mehr als eine Woche zuvor bereits abgewickelt war, erscheint dies kaum mehr als eine reine Formalie, zumal es nun ohnehin zu spät für einen Einspruch gewesen wäre.[738] Per Gesellschafterbeschluss wurden die beiden Geschäftsführer der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, Wolfgang Freyer und Johannes Hess, als neue Geschäftsführer der Mückenberger Ferrowerk GmbH ernannt. Oberingenieur Hermann Hiller erhielt Prokura.[739] In einem letzten Schritt verpachtete die Ferrowerk GmbH, deren Geschäftsanteile mittlerweile alle in den Händen der Wacker-Chemie lagen, „ihren gesamten Grundbesitz mit den darauf befindlichen Werkgebäuden und Anlagen“ an die Wacker-Chemie. Der Pachtvertag erlangte zum 1. Dezember 1926 Gültigkeit und schloss zudem die Nutznießung aller Rechte ein, die dem

[734] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 23. September 1927, S. 5. Auf Syndikatsebene änderte sich dadurch jedoch nichts. Die Beteiligungsziffer der AG für Stickstoffdünger blieb bestehen. Stattdessen hat die AG für Stickstoffdünger der Wacker-Chemie „einfach 2.000 t aus [ihrer] Quote übertragen, um auch weiterhin im Syndikats-Vertrag mit uns gleichgestellt zu erscheinen“ (HUW 10 E 38, Syndikats-Fragen, ohne Datum).

[735] HUW 4 B 30, Wacker an IG Farben Direktionsabteilung Höchst, 29. November 1926.

[736] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. November 1935, S. 5 und HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk Nr. 186, 22. Juli 1935, S. 1.

[737] Gemeint ist der Frankfurter Notar Abraham Horovitz (1880-1953) (vgl. Röder / Strauss, Biografisches Handbuch, S. 317).

[738] Vgl. HUW 7 B 5, Telegramm IG Hoechst an Wacker-Chemie, 16. Dezember 1926.

[739] Die Eintragung der neuen Geschäftsführer ins Handelsregister erfolgte jedoch erst zum 23. Dezember 1926 (vgl. HUW 40 F 4, Schreiben der Direktion Mückenberg an A. Horovitz, 17. Januar 1927 und HUW 10 E 30, Gesellschafterbeschluss vom 10. Dezember 1926, hier auch Kopien der Handelsregisterauszüge Frankfurt).

Ferrowerk zustanden. Hierfür hatte die Wacker-Chemie an die Ferrowerk GmbH einen jährlichen Pachtzins in Höhe von 24.000 Reichsmark zu entrichten.[740] Der Eintrag der Verlegung des Firmensitzes von Basel nach München in das Münchner Handelsregister im Mai 1927 schloss den Kaufprozess schließlich endgültig ab.[741]

Während die Wacker-Chemie 1925 mengenmäßig noch der kleinste der vier deutschen Ferrosilicium-Produzenten gewesen war, gelang es dem Münchner Unternehmen mit diesem Schachzug binnen kürzester Zeit, nicht nur zwei Konkurrenten vom Markt zu verdrängen, sondern den nationalen Markt auch langfristig nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Der Tragweite dieses Erfolges war man sich bei der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie durchaus bewusst:

> „Durch ihre Vereinbarung mit dem R.W.E und durch unsere Erwerbung von Mückenberg haben wir das gesteckte Ziel erreicht, zur Zeit die ganze deutsche Ferrosiliziumproduktion zu kontrollieren und die deutsche Quote zur Hälfte zwischen Stickstoff und uns zu teilen. Es zeugt von einer weisen Preispolitik die Ferrosiliziumfabrikation in Deutschland neu aufzunehmen“.[742]

1.4 Energielieferabkommen als Grundlage der frühen Expansion

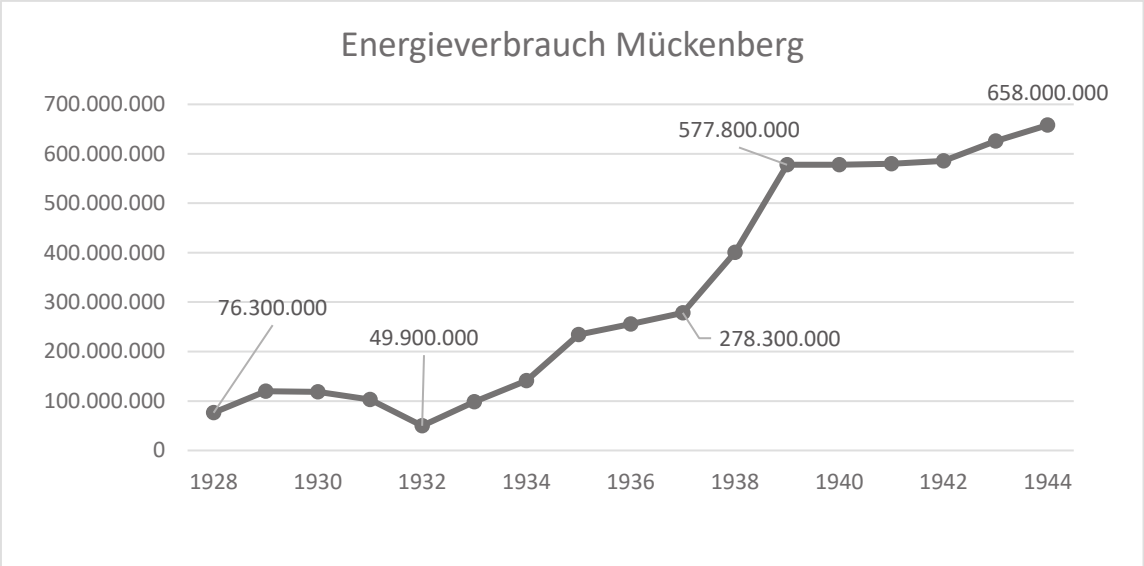
Der Vorteil des neuen Produktionsstandortes in Mückenberg beruhte im Vergleich zum Stammwerk in Burghausen auf der infrastrukturellen Anbindung durch den bereits vorhandenen Gleisanschluss der Bubiag, der vorteilhaften Lage zu den Rohstoff- und Absatzmärkten, wodurch das Unternehmen Fracht- und Versandkosten sparen konnte, und vor allem auf der unmittelbaren Nähe zum Lausitzer Braunkohlerevier. Das oberbayerische Werk hingegen musste die benötigte Energie weitestgehend aus Wasserkraft schöpfen, was, wie bereits verdeutlicht, mit größeren saisonalen Schwankungen der Energiemenge verbunden war. Die Anlagen des Alzwerkes konnten in den Sommermonaten oft nicht die Leistung erbringen, die für die wachsende Produktion von Nöten gewesen wäre. In der Niederlausitz hingegen stand der Wacker-Chemie eine kontinuierlich hohe und aufgrund der angebotenen Menge ebenso preiswerte Energie zur Verfügung. Da sowohl die elektrochemische Erzeugung des Carbids als auch die Herstellung der Ferrolegierungen eine sehr große Menge an Energie benötigten, waren ein preisgünstiger, kontinuierlicher Bezug

[740] HUW 40 F 4, Pachtvertrag zwischen der Ferrowerk GmbH und der Wacker-Chemie, 5. Dezember 1926.
[741] Vgl. HUW 40 F 4, Kopie des Auszugs aus dem Handelsregister München (Band 57, Nummer 24a).
[742] HUW 4 B 30, Wacker-Chemie an IG Farben Hoechst Direktionsabteilung, 29. November 1926.

des Stroms und dessen beinahe unbegrenzte Verfügbarkeit Grundvoraussetzung für den Erhalt der eigenen Wettbewerbsfähigkeit.

Die benötigten Strommengen waren enorm. So gingen 1926 von der Bubiag etwa 2,5 Millionen Kilowattstunden mit einer Stromspannung von 2.000 Volt an das benachbarte Ferrolegierungswerk. Die Spannung musste anschließend im Ferrowerk mittels Transformatoren auf die benötigten 100 Volt reduziert werden.[743] Anhand des Energieverbrauches des Ferrowerkes lassen sich Zäsuren und Krisen auf dem Absatzmarkt gut nachvollziehen, auch der Verlauf der Weltwirtschaftskrise mit seinem absoluten Tiefpunkt im Jahr 1932 zeichnet sich hierin deutlich ab (vgl. Abbildung 4). Der Stromverbrauch war auf dem Höhepunkt der Krise mit knapp 50 Millionen Kilowattstunden deutlich unter das Niveau der Vorjahre gefallen.

Abbildung 4: Graphik Energieverbrauch Mückenberg 1928 bis 1944 in kWh



Auch die Expansion nach 1933 wird am Energieverbrauch des Standortes sichtbar. So darf der gesteigerte Stromverbrauch bei gleichbleibenden Produktionsbedingungen als Parameter für einen spürbaren Produktionszuwachs gewertet werden. Den größten Zuwachs erfuhr der Energiebedarf mit der stufenweisen Inbetriebnahme des Chemowerkes sowie der E-Anlage des Ferrowerkes in den Jahren 1937-1939. Betrachtet man den Gesamtkonzern, so lässt sich festhalten, dass auf den Standort Mückenberg schließlich ein großer Teil des Gesamtenergieverbrauches der Wacker-Chemie entfiel, der im Jahr 1943 erstmals die Milliardengrenze überschritten hatte. Alle Standorte hatten binnen eines Jahres 1.013.881.144

[743] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg (zugesandt aus Gröditz), 26. Oktober 1926.

Kilowattstunden verbraucht, wobei die beiden Mückenberger Werke 625,6 Millionen Kilowattstunden verbrauchten.[744] Das entsprach knapp 62 Prozent des Gesamtverbrauchs der Wacker-Chemie. Welchen entscheidenden Anteil die Energiekosten an den Herstellungskosten von im Elektro-Ofen erzeugter Produkte hatten, zeigt die Selbstkostenkalkulation der Firma Beersond für die Erzeugung einer Tonne Ferrosilicium am Standort Mückenberg aus dem Jahre 1926 (vgl. Tabelle 16): Der Anteil der Stromkosten machte mit 216 Reichsmark gut 56 Prozent des errechneten Gestehungspreises von 383 Reichsmark pro Tonne aus. Die Energiekosten waren also mit Abstand der größte Faktor bei der Preiskalkulation. Umso wichtiger waren daher die Preisverhandlungen mit den Energieanbietern, bei denen die Geschäftsleitung erneut ein gutes Gespür zeigte und einen vielversprechenden Kompromiss mit der Bubiag fand.

Die Wacker-Chemie hatte bei Kaufabschluss vom Vorbesitzer einen Energielieferungsvertrag mit der Bubiag übernommen, der einen Strompreis von 1,8 Pfennige pro Kilowattstunde vorsah.[745] Nachdem Beersond bzw. die Betreibergesellschaft Elektrometallurgie AG Basel das Ferrolegierungswerk mit Verlust betrieben hatten und man nicht in eine ähnlich prekäre Situation geraten wollte, war man bei der Wacker-Chemie noch während der Kaufabwicklung dazu übergegangen, nach Einsparpotentialen und Optimierungsmöglichkeiten zu suchen. Dabei gerieten vor allem die Energiekosten in das Visier der Geschäftsleitung. Anfang Dezember 1926 entscheid man sich daher für Neuverhandlungen mit der Bubiag. Dabei gelang es dem kaufmännischen Geschäftsführer Freyer, den Preis deutlich zu senken. Er wurde um ein Drittel gekürzt und mit einer Laufzeit von fünf Jahren auf 1,2 Pfennige festgesetzt. Diese Vereinbarung sollte ab dem 1. Januar 1927 Gültigkeit erlangen. Die vertraglich geregelte Höchstabnahmegrenze lag bei 33,6 Millionen Kilowattstunden.[746] Der neue Vertrag bedeutete bei gleicher Fertigungshöhe alleine für den Produktionsbereich Ferrosilicium eine Ersparnis von etwa 200.000 Reichsmark pro Jahr. Die enorme Kostensenkung barg großes Potential, wie die Geschäftsführer den Gesellschaftern der Wacker-Chemie versicherten: „Wir glauben nicht, dass irgendwo in Deutschland zu diesem Preise elektrische Energie gekauft werden kann. Die Möglichkeit, von weiteren, z. Teil in

[744] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1943, S. 1.
[745] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg (zugesandt aus Gröditz), 26. Oktober 1926. Vertragsabschriften, darunter der Energieliefervertrag aus dem Jahr 1919, befinden sich unter HUW 40 F 4.
[746] HUW 39 A 7-5, Bericht Nr. 988 der technischen Abteilung, 16. Februar 1927.

Sicht stehenden Verbilligungen der Braunkohle-Stromerzeugung mit zu profitieren, wollen wir uns sichern."[747]

Angesichts dieser günstigen Konditionen stimmten alle Gesellschafter der Wacker-Chemie umgehend dem neuen Vertragswerk mit der Bubiag zu. Auch in Höchst wurde der Vertrag als äußerst günstig begrüßt.[748] Otto und Wolfgang Wacker als Vertreter der Wacker Erben GmbH visierten sofort eine längere Laufzeit an und bemerkten: „Sollte es möglich sein, den Lieferungsvertrag noch etwas zu verlängern, so würden wir dies begrüssen, weil nach unseren Informationen eine so günstige Gelegenheit, in dem frachtlich bevorzugten Mitteldeutschland sehr billigen Strom zu kaufen, nicht so schnell wiederkommen wird."[749] Dank des preiswerten Stroms sanken im Ferrowerk die Gestehungs- und Selbstkosten. Die Ersparnis machte sich dementsprechend bei energieintensiveren Erzeugnissen wie den Ferrolegierungen besonders deutlich bemerkbar. Die Wacker-Chemie konnte nun in Mückenberg preiswerter als an ihren anderen Standorten produzieren. Der günstige Energiepreis in Mückenberg hatte folglich nicht nur Auswirkungen auf die Standortentwicklung in der Niederlausitz, sondern auch auf die Erzeugung der anderen Wacker-Produktionsstätten. Was das Tschechnitzer Werk betraf, so diskutierte die Geschäftsleitung angesichts der Entwicklung in Mückenberg sogar die Schließung des gesamten Betriebs, da man dort den Strom nicht unter 1,6 Pfennige pro Kilowattstunde beziehen konnte.[750] In Tschechnitz fertigte man zu diesem Zeitpunkt vor allem Carbid und die Ferrolegierung Ferrovanadium. Die Stilllegung des Werkes wurde noch ein halbes Jahr später ernsthaft erwogen und letztlich erst aufgrund der hohen Kosten, die eine Überführung der Betriebsanlagen nach Mückenberg verursacht hätte, ad acta gelegt.[751] Zwar war der Umzug der Tschechnitzer Produktion nach Mückenberg und damit die Schließung des gesamten Standortes aus Kostengründen relativ schnell vom Tisch, nicht jedoch eine Teil-Verlagerung. Auf der Suche nach Optimierungsmöglichkeiten zur Kostenminimierung sollte das Wacker-Kernprodukt Carbid statt in Tschechnitz, wo es zudem seit geraumer Zeit technische Schwierigkeiten im Produktionsprozess gegeben hatte, künftig in Mückenberg

[747] HUW 4 B 30 und HUW 1 A 11, Schreiben Johannes Hess an Alexander Wacker Erben GmbH und IG Farben Hoechst Direktionsverwaltung, 6. Dezember 1926.
[748] Vgl. HUW 4 B 30, Schreiben IG Farben Hoechst an Wacker Erben GmbH und Wacker-Chemie, 9. Dezember 1926. Vorab erfolgte bereits die telefonische Bestätigung durch Paul Duden.
[749] HUW 7 B 5, Wacker Erben GmbH an IG Farben Hoechst Direktionsabteilung und Wacker-Chemie, 7. Dezember 1926.
[750] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1926, S. 37 und 38 sowie HUW 39 A 7-4, Bericht zur wirtschaftlichen Lage Tschechnitz, 31. Juli 1925.
[751] „In Mückenberg steht zwar noch billigerer Strom zur Verfügung, aber die Ueberführungskosten der Anlagen von Tschechnitz nach Mückenberg würden doch den Strompreis derart belasten, dass man zunächst besser in Tschechnitz weiterarbeitet" (HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. Mai 1927, S. 4-5).

hergestellt werden.[752] Schon kurze Zeit nach der Übernahme der Ferrowerk GmbH durch die Wacker-Chemie wurde die Mückenberger Produktpalette aufgrund der günstigen Energieabkommen mit der Bubiag bereits erheblich erweitert. Die Verlagerung der Carbid-Erzeugung nach Mückenberg stellte eine Zäsur dar und läutete die enorme Expansion des Standorts ein.

Eine neue Carbid-Produktion in Mückenberg veränderte nicht nur das unternehmensinterne Gefüge der Wacker-Chemie, sie beeinflusste zugleich den deutschen Carbid-Markt und führte zu Unruhe unter den anderen Anbietern. So wandte sich etwa der Vorstand der Bayerische Stickstoff-Werke AG, Nicodem Caro (1871-1935), mit der Bitte um Überprüfung dieses Vorganges an die Farbwerke Hoechst, als Gesellschafter der Wacker-Chemie. Die Stickstoff-Werke hatten mit Piesteritz einen Produktionsstandort in derselben Region, an dem überschüssiger Strom bereits zur Carbid-Erzeugung genutzt wurde. Um die Produktionsaufnahme im Ferrowerk und damit auch um neue Konkurrenz in der Region zu verhindern, bot Caro im Gegenzug für einen Produktionsverzicht an, der Wacker-Chemie bei Bedarf günstiges Carbid zur Verfügung zu stellen.[753] Für die Wacker-Chemie stellte dies jedoch ein vergleichsweise wenig reizvolles Angebot dar. Interessant wäre der Deal nur dann gewesen, wenn Caro bereit gewesen wäre, statt dem Carbid einen Teil der Alzwasserkraft, die den Bayerischen Stickstoffwerken zustand, an die Wacker-Chemie zu übertragen.[754] Scheinbar konnte oder wollte der Vorstand der Bayerischen Stickstoff-Werke AG dieser Forderung jedoch nicht entsprechen, so dass die bereits begonnenen Baumaßnahmen am Mückenberger Carbid-Betrieb ohne weitere Diskussionen oder Unterbrechungen fortgesetzt wurde.

Für das Carbid-Projekt mussten die bestehenden Betriebsanlagen entsprechend erweitert und auf das neue Produkt eingestellt werden. Ende 1927 begannen die Bauarbeiten am neuen Carbid-Betriebsteil, der im Namen der Wacker-Chemie und nicht auf Rechnung der Ferrowerk GmbH errichtet wurde.[755] Die Möglichkeit einer derartigen Vermischung von Eigentumsverhältnissen war im vierten Paragraphen des Pachtvertrages verankert worden. Dementsprechend war die Pächterin, also die Wacker-Chemie, berechtigt „Änderungen an den baulichen und maschinellen Einrichtungen der Pachtanlage“ vorzunehmen und mit Genehmigung der Ferrowerk GmbH „Neubauten zu errichten und neue maschinelle

[752] Vgl. HUW 39 A 7-5, Bericht Nr. 988 der technischen Abteilung, 16. Februar 1927.
[753] Vgl. HUW 4 B 33, Schreiben Caros an Duden, 9. März 1928.
[754] Vgl. HUW 6 E 18, Schriftvermerk für Freyer, 8. Mai 1928.
[755] Vgl. HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Hess, 26. April 1937.

Einrichtungen zu erstellen“. Die von der Wacker-Chemie während der Vertragslaufzeit errichteten Neubauten wären nach Ablauf derselben „zu angemessenen Bedingungen“ von der Ferrowerk GmbH zu übernehmen gewesen.[756] Dieser Fall trat jedoch durch die Auflösung der Ferrowerk GmbH und den Übergang ihres Vermögens an den Besitzer ihrer Geschäftsanteile, ebenfalls die Wacker-Chemie, nie ein.[757]

Im Kontext der Neuausrichtung ist die Übergabe der Werkleitung an einen ausgesprochenen Carbid-Experten, Richard Behles, zu sehen.[758] Der studierte Ingenieur war bereits 1922 in die technische Abteilung der Hauptverwaltung München eingetreten und nur kurze Zeit später in den Carbidbetrieb nach Tschechnitz versetzt worden, wo er jahrelang praxisnah Erfahrungen sammeln konnte. Behles wurde bereits im Frühjahr 1927, also noch vor dem Beginn der eigentlichen Baumaßnahmen, nach Mückenberg versetzt.[759] Bei dem Ausbau der Anlagen übernahm zudem neben der technischen Abteilung der Hauptverwaltung auch die Bauabteilung Burghausen große Teile der Planung und führte Überwachungs- und Kontrollaufgaben vor Ort aus. Die enge Zusammenarbeit verschiedener Abteilungen und Standorte der Wacker-Chemie bei der Ausführung derartiger Neubauprojekte führte zu einem regen Wissenstransfer und Fachkräfteaustausch innerhalb des Konzerns. Zwischen der Hauptverwaltung in München, den Abteilungen Elektrotechnik und Maschinenbau in Burghausen, Tschechnitz und dem Ferrowerk bildete sich im Laufe der Bauzeit ein regelrechter Kreislauf heraus, der nicht nur dazu diente, Rohstoffe, Material und Know-how, sondern auch Fachkräfte auszutauschen. Für die neue Produktion wurden Verfahrenstechniker und Chemiker der bereits gut eingespielten Betriebe in Burghausen oder Tschechnitz zur Beratung herangezogen und Facharbeiter aus den anderen Standorten zeitweise oder dauerhaft in die Niederlausitz versetzt. Darüber hinaus fanden regelmäßig Besprechungen aller Beteiligten mit Johannes Hess statt. Bei ihm, der das Werk in der Niederlausitz regelmäßig zu Besprechungs- und Besichtigungszwecken besuchte, liefen alle unternehmensinternen Kommunikationsprozesse zusammen.

Die bauliche Ausgestaltung erfolgte wie im gesamten Untersuchungszeitraum in enger Zusammenarbeit mit kleineren und größeren lokalen Firmen, so etwa mit der Baufirma Arthur

[756] HUW 40 F 4, Pachtvertrag zwischen der Ferrowerk GmbH und der Wacker-Chemie, 5. Dezember 1926.
[757] Zur Auflösung der Ferrowerk GmbH siehe Kapitel C.1.6.
[758] Der Betriebsleiter von Beersond Walter verließ das Ferrowerk. Die ursprünglich von der Wacker-Chemie geäußerte Sorge, er könnte sein Spezialwissen der Konkurrenz zur Verfügung stellen, wurde durch eine in der Branche übliche Vertragsklausel mit festgelegter Karenzzeit entschärft (vgl. HUW 4 B 30, Wacker-Chemie an IG Farben Hoechst Direktionsabteilung, 29. November 1926).
[759] Zu Richard Behles siehe Kapitel B.3.3.2.2.

Buchholz KG oder den Mitteldeutschen Stahlwerken, die unter anderem die Eisenkonstruktion für die neuen Betriebsteile lieferten. In den Verträgen mit den Baufirmen legte die Wacker-Chemie bestimmte Qualitätsstandards fest, auf deren Einhaltung größter Wert gelegt wurde. Bei der Firma Buchholz beispielsweise war eine Garantievereinbarung Vertragsbestandteil, mit der sich der ortsansässige Kleinbetrieb schriftlich zu einer sach- und fachgemäßen Ausführung der Maurerarbeiten sowie zur Verwendung erstklassigen und einwandfreien Materials verpflichtete. Selbst für die von der Wacker-Chemie zur Verfügung gestellten Baumaterialien hatte der Bauunternehmer die Verantwortung zu tragen. Würden sich im ersten Jahr nach Bauabnahme erste Mängel oder Schäden, die nicht auf eine „natürliche Abnutzung zurückzuführen sind" zeigen, hätte er sie nach Aufforderung durch die Wacker-Chemie kostenlos zu beseitigen. Für die Erfüllung dieser Ansprüche bürgte die Kreissparkasse Liebenwerda mit einem Höchstbetrag von 6.000 Reichsmark.[760]

Die Bauarbeiten zum neuen Betriebsteil zogen weitere Maßnahmen und Folgeinvestitionen nach sich, darunter etwa die Errichtung eines Vierfamilienhauses zur Unterbringung von Mitarbeitern und ihren Familien, die Anpassung der Wasser- und Stromversorgung, die Vergrößerung der Werkstätte sowie der Ausbau der Ankleide-, Bade-, Pausen- und Kantinenräumlichkeiten. In der Gesellschafterversammlung vom 23. September 1927 genehmigten die Gesellschafter für die Errichtung des Carbid-Betriebsteiles einen Kredit in Höhe von insgesamt 600.000 Reichsmark.[761] Dem gegenüber stand schließlich eine Kostenkalkulation in Höhe von knapp 743.000 Reichsmark. Alleine für die Carbidfabrik mit Ofenhaus, Rohstoffsilos, Kühlhalle und Lager wurden 577.000 Reichsmark veranschlagt. Zwar hätten es die Verantwortlichen vorgezogen, mit diesem Geld zusätzlich ein Haus mit Bade- und Ankleideräumen sowie eine neue Werkstätte zu bauen, doch reichte die genehmigte Kreditsumme hierfür nicht mehr aus. Die bestehende, eigentlich zu kleine Werkstätte wurde daher für rund 20.000 Reichsmark um eine Trommelwerkstatt ergänzt.[762] Aufgrund des Ankaufs der Beersond-Quote, der Übernahme der Gesellschaftsanteile und anderer aktueller Investitionen war die finanzielle Lage ohnehin schon angespannt, so dass hier kein Spielraum verblieb und der vorgegebene Kreditrahmen strikt eingehalten werden musste.[763] Zur Kalkulation gehörte mit 56.000 Reichsmark ferner der Posten „Erweiterung des

[760] HUW 40 F 4, Bürgschaftserklärung der Kreissparkasse Liebenwerda, 25. Oktober 1930.
[761] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 23. September 1927, S. 5.
[762] Vgl. HUW 39 A 7-5, Schriftvermerk der technischen Abteilung für die Direktion, 17. Oktober 1927.
[763] Die Wacker-Chemie hatte zeitgleich ein erfolgreiches Verfahren zur Spaltung der Essigsäure in Essigsäureanhydrid entwickelt. Dieses konnte nun im Großbetrieb umgesetzt werden, was zu einem weiteren Kapitalbedarf führte (vgl. HUW 7 B 1, Niederschrift über eine Besprechung der Gesellschafter der Wacker-Chemie am 17. März 1927, S. 1-4).

Hochspannungsnetzes“. Ziel derselben war es, die drei benachbarten Kraftwerke der Bubiag direkt an das Ferrowerk anzubinden.[764] Neben der Freileitung zur Bubiag baute man den Gleisanschluss des Ferrowerkes aus und verbesserte so die infrastrukturelle Anbindung des gesamten Werksgeländes. Ferner fand man gemeinsam mit der Bubiag einen Weg, die Energie in kontinuierlicher Stärke zur Verfügung zu stellen, was die Leistung der Öfen optimierte und die Ausbeute erhöhte.[765] Der neue Carbid-Schmelzofen ging schließlich am 1. Juli 1928 als Ofen V in Betrieb. Nachdem er wenige Wochen probeweise zur Herstellung von Ferrosilicium verwendet wurde, begann man nach der Fertigstellung der benötigten Brech- und Sichtanlage Mitte September 1928 Carbid zu erzeugen.[766] Der neue Ofen war deutlich leistungsstärker und arbeitete mit einer höheren Transformatorenleistung von 8.000 Kilovoltampere, wohingegen die alten Schachtöfen mit 5.600 Kilovoltampere betrieben wurden.[767] Von dem produzierten Carbid, insgesamt 5.766 Tonnen im Jahr 1928, ging nicht ganz die Hälfte in den Verkauf. Der Großteil wurde, wie schon von Tschechnitz aus, zur Weiterverarbeitung an das Werk Burghausen versandt.

Mit der erfolgreichen Inbetriebnahme des Carbid-Ofens war es wiederum nur naheliegend, auch eine der Weiterverarbeitungsstufen des Carbids, das sogenannte Beagid, in das Fertigungsprogramm des Ferrowerkes aufzunehmen. Die Wacker-Chemie hatte das in Form gepresste Carbid zuerst in ihrem Carbidwerk in Lechbruck hergestellt.[768] Das Beagid, mit dem durch einen Vergasungsprozess Acetylen freigesetzt wurde, verkaufte sich gut.[769] Die von der Wacker-Chemie eigens für diesen chemischen Vorgang gebauten Apparate[770] wurden vor allem beim Autogen-Schweißen eingesetzt. Aufgrund der hohen Nachfrage konnte Anfang April 1925 zudem eine zweite Presse im Werk Burghausen in Betrieb genommen werden.[771] Im Jahr 1927 lag die Jahreserzeugung der Wacker-Chemie schließlich bei insgesamt 2.650 Tonnen Beagid. Der Großteil davon (1.720 Tonnen) stammte aus dem Burghausener Werk.

[764] Die neue fünf Kilometer lange Freileitung wurde von der Wacker-Chemie errichtet. Der Ferrowerk GmbH gehörten die elektrischen Anlagen bis zu den Schalttafeln der Bubiag (vgl. Lorenz, Industriegeschichte, S. 9).
[765] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1927, S. 42.
[766] Vgl. HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 5.
[767] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1927, S. 42-43.
[768] Zum Carbidwerk Lechbruck siehe Kapitel B.2.1.
[769] Für den Verkauf war vor allem das Werk Lechbruck verantwortlich. Ein Teil des Vertriebes lief zudem über die Verkaufsstelle der Wacker-Chemie in Breslau. Während im Jahr 1923 gut 1.500 Tonnen Beagid abgesetzt wurden, erhöhte sich die Menge 1925 auf über 2.000 Tonnen (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1925, S. 28-29).
[770] Es handelte sich um Niederdruckentwickler mit geringer Nachvergasung, so dass bei ihrem Einsatz weniger Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden mussten und sie beim Schweißen daher leichter einsetzbar waren. Geräte dieser Art wurden im Jahr 1925 1.166 Stück vertrieben. Darüber hinaus gab es auch Acetylen-Entwickler zu Beleuchtungszwecken. Ihre Verkaufszahl lag mit knapp 300 (1925) allerdings deutlich niedriger (vgl. ebd., S. 29).
[771] HUW 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1925, S. 16.

Eine weitere Steigerung wäre an den Standorten Burghausen und Tschechnitz vor allem aufgrund des dortigen Einschicht-Betrieb nicht mehr möglich gewesen.[772] Um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden – für das Folgejahr wurde mit einem Beagid-Bedarf von 3.000 Tonnen gerechnet – entscheid sich die Geschäftsleitung dafür auch in Mückenberg eine kleine Presscarbid-Erzeugung zu installieren,[773] die ihre Arbeit am 19. November 1930 aufnahm.[774] Nun musste das Carbid nicht mehr zur Umarbeitung frachtkostenintensiv nach Burghausen transportiert werden, sondern konnte direkt am Herstellungsort in wenigen Schritten zum Pressling weiterverarbeitet werden.

Neuerung gab es darüber hinaus im Legierungsbetrieb. Die Herstellungsmenge an Ferrosilicium, das auch weiterhin in den vier von Beersond übernommenen Öfen fabriziert wurde, konnte deutlich gesteigert werden.[775] Die Anlage arbeitete an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Die Produktion lag im ersten Jahr nach der Betriebsübernahme durch die Wacker-Chemie bereits bei 4.900 Tonnen Ferrosilicium mit 45 Prozent Silicium, 726 Tonnen 75-prozentiges Ferrosilicium und 102 Tonnen mit 90 Prozent Silicium.[776] Nachdem man kleinere Umbaumaßnahmen an den Öfen des Altbaus vorgenommen und die Luftkühlung der Transformatoren verbessert hatte, war es schließlich gelungen, die Produktionsmenge noch einmal um mehr als 1.000 Jahrestonnen zu erhöhen.[777] Eine weitreichende Optimierung des Fertigungsprozesses erzielte man ferner durch die Neugestaltung der Rohstoffförderung. Durch diese Modernisierungsmaßnahme wurden schließlich einerseits weniger Arbeitsschritte benötigt, andererseits konnten die Abläufe wesentlich schneller ausgeführt werden und erforderten so weniger körperliche Arbeitskraft bzw. Arbeitsstunden, was ebenfalls Kosten senkte.

Die Betriebserweiterungen bedingten den Ausbau der Energieversorgung, so dass sich die Geschäftsleitung erneut gezwungen sah, mit der Bubiag in Verhandlungen zu treten. Ergebnis war ein Vertrag zur Erhöhung der Stromliefermengen, demzufolge der Wacker-Chemie ab 1. Juli 1930 noch einmal 8.000 Kilowatt mehr zur Verfügung standen. Dieses, auf November

[772] HUW 39 A 7-5, Schriftvermerk der technischen Abteilung München an die Abteilungen IV und VI der Hauptverwaltung sowie an Direktion, 8. September 1927 und 31. Dezember 1927.
[773] HUW 6 E 18, Fabrikationsprogramm 1928, 5. Januar 1928.
[774] Vgl. HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 6.
[775] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 23. September 1927, S. 4-5 sowie HUW 39 A 7-5, Schriftvermerk der technischen Abteilung München über die Situation in Mückenberg im ersten Halbjahr 1927, 19. September 1927.
[776] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1927, S. 42 und HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk Abteilung VIII für Hess, 26. April 1937.
[777] Umgerechnet auf Ferrosilicium mit fünfundvierzig Prozent Silicium-Anteil (vgl. 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1928, S. 47).

bzw. Dezember 1927 datierte Abkommen bildete die Grundlage für den weiteren Ausbau der Betriebsanlagen in Mückenberg.[778] Allerdings gab die vertraglich geregelte Mindestabnahmemenge auch einen festen Produktionsrahmen vor. Der zusätzliche Strom war verhältnismäßig teuer und durfte auf gar keinen Fall ungenutzt bleiben, so dass der neue Liefervertrag mit der Bubiag eine weitere Vergrößerung der Mückenberger Produktionskapazitäten zur Folge hatte. Die bisher im Ferrowerk getätigten Investitionen waren bis zum Jahreswechsel 1928/29 bereits auf 1,5 Millionen Reichsmark angewachsen, was zu einer gewissen Vorsicht bei der Planung künftiger Investitionen führte. Während 1927 daher zunächst keine nennenswerten Neubauten für das Ferrowerk verzeichnet sind, setzte ab 1928 tatsächlich eine zweite Welle von Baumaßnahmen ein. Von den knapp fünfzig im Einheitswertbescheid für den 1. Januar 1935 genannten Bauwerken des Ferrowerkes waren knapp die Hälfte im Jahr 1928 errichtet worden. Eine Erweiterung (der Lok-Schuppen) fiel auf das Jahr 1929, sieben weitere Gebäude wurden im Jahr 1930 eingeweiht.[779] Dem Ferrowerk standen 1929 schließlich zwischen 110 und 118 Kilowattstunden zur Verfügung. Damit hatte es den Standort Tschechnitz überholt und lag bereits nach zwei ganzen Geschäftsjahren konzernintern auf dem zweiten Platz hinter dem Burghausener Werk. Von dieser Strommenge wurden rund 48 Millionen Kilowattstunden für die Ferrosilicium- und 65 Millionen Kilowattstunden für die die Carbid-Produktion verwandt.[780] In letztere, so war man sich bei der Geschäftsleitung sicher, würden ab 1930 auch die zusätzlichen Energiemengen der Bubiag fließen. Doch hier irrte die Geschäftsleitung, sie hatten nicht mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise gerechnet, die auch das Ferrowerk in Mückenberg zu spüren bekam.

1.5 Standortpolitik in der Krise

Die Große Depression wirkte sich auch bei der Wacker-Chemie durch einen spürbaren Rückgang der Nachfrage aus.[781] Einzige Ausnahme stellte die Steinsalz-Förderung in Stetten dar, dort stiegen die Förderzahlen auch zu Beginn der 1930er Jahre weiter an. Von den

[778] Vgl. HUW 6 F 5, Übersicht der Stromlieferverträge mit der Bubiag, 1. September 1942 und HUW 40 F 4, Vertrag zwischen der Wacker-Chemie und der Bubiag unterzeichnet am 22. November (Bubiag, Berlin), bzw. am 9. Dezember 1927 (Wacker-Chemie, München).

[779] Vgl. HUW 40 E 16, Schreiben an die Werkleitung Ferrowerk bezüglich Einheitswertfeststellung, 12. März 1941.

[780] In Burghausen waren es 1929 je nach Wasserstand 150 bis 170 Millionen Kilowattstunden, in Tschechnitz 35 bis 48 Millionen und in Lechbruck 8 bis 10 Millionen (vgl. HUW 6 E 18, Fabrikationsprogramm 1929, ohne Datum).

[781] Vgl. Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume, S. 165-182 und zur Großen Depression im internationalen Kontext jüngst: Hesse / Köster / Plumpe, Weltwirtschaftskrise und Pressler, Weltwirtschaftskrise; einen allgemeinen Überblick zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft in der Weimarer Republik bietet Petzina, Zwischenkriegszeit.

sinkenden Verkaufszahlen war zunächst vor allem das Grundprodukt Carbid betroffen, das Ende der 1920er Jahre an den drei Standorten Burghausen, Lechbruck und Mückenberg erzeugt wurde.[782] Im Winter 1930 drohten zusätzlich zum allgemeinen Rückgang der Absatzzahlen auch die Carbid-Lieferungen an die IG Farben in Rheinfelden zu entfallen. Die Carbid-Vorräte stiegen „infolge der allgemeinen Depression in der Wirtschaftslage gewaltig".[783] Auch das internationale Carbid-Syndikat bekam die Auswirkungen der sinkenden Nachfrage zu spüren: Der Absatz des Jahres 1931 ging im Vergleich zum Referenzjahr 1929 um 22 Prozent zurück.[784] Nachdem 1931 die Lagerkapazitäten maximal ausgelastet und eine Aussicht auf Besserung der Absatzverhältnisse nicht zu erwarten war, reagierte die Unternehmensleitung mit einem drastischen Schritt: der Schließung des Carbidbetriebs in Lechbruck.[785] Die Entscheidung war nur konsequent, da Carbid im Mückenberger Ferrowerk deutlich preiswerter und stets in ausreichender Menge erzeugt werden konnte. Selbst wenn die Ware aus der Niederlausitz nach Oberbayern transportiert werden musste, lag der Preis noch deutlich unter den Lechbrucker Selbstkosten. Die Zahlen ergaben ein klares Bild, so dass es aus wirtschaftlicher Perspektive nur naheliegend war, dem Standort Mückenberg den Vorzug zu geben. Da die Lechbrucker Konzession allerdings an die Erzeugung von Carbid gebunden war – andere Produkte durften nicht fabriziert werden – sollte das gesamte Werk mangels Produktionsalternativen stillgelegt oder verkauft werden. Ähnlich erging es dem Tschechnitzer Betrieb, der aufgrund seines Potentials jedoch nicht stillgelegt, sondern zunächst in Reserve gehalten werden sollte.[786] Allerdings musste die Produktion in Tschechnitz 1932 letztlich doch bis auf einen kleinen Ferrolegierungsversuchsbetrieb stillgelegt werden.[787] Der Versuchsbetrieb dort hatte sich gut bewährt. So testete die Wacker-Chemie in ihrem niederschlesischen Betrieb seit Jahren neue Ferrolegierungen, bevor sie anschließend an anderen Standorten in die industrielle Großproduktion gingen, was angesichts der besseren Energie- und Kostenverhältnisse meist in Mückenberg geschah. Im Frühsommer 1927 erzeugte der Tschechnitzer Probebetrieb beispielsweise Ferrovanadium, Ferrochrom, Aluminiumsilicium und Calciumsilicium.[788]

[782] Während das Lechbrucker Carbid für den Verkauf in Bayern und Württemberg verwendet wurde, diente die Burghausener Produktion der Weiterverarbeitung auf organische Erzeugnisse. Das Mückenberger Carbid ging sowohl in den Verkauf als auch zur Weiterverarbeitung nach Burghausen (vgl. HUW 7 B 5, Schreiben der Wacker-Chemie an ihre Gesellschafter, 6. Juni 1931).
[783] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. November 1930, S. 5.
[784] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. April 1931, S. 5.
[785] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1931, S. 43.
[786] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. März 1930, S. 6.
[787] Unter anderem wurde an dem Versuchsofen mit Elektromagnesit experimentiert (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1932, S. 45).
[788] Vgl. HUW 39 A 7-5, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Johannes Hess, 30. Mai 1927.

Diese Legierungen gingen alle, die Vanadium-Verbindungen ausgenommen, ab 1935 im Ferrowerk in die Massenfertigung. Waren es 1929 in Tschechnitz noch 126 Mitarbeiter gewesen, so sank ihre Zahl angesichts der krisenbedingten Betriebsstillegung bis zum Ende des Jahres 1931 auf 17 Personen ab, darunter elf Arbeiter und sechs Angestellte.[789] In Tschechnitz blieb es auch nach der Weltwirtschaftskrise beim Aus für die Carbid-Produktion. Nach der Wiederinbetriebnahme des regulären Betriebs beschränkte sich dieser künftig ausschließlich auf den Bereich Ferrolegierungen.

Obwohl die Carbid-Produktion im Ferrowerk vorerst fortgesetzt wurde, erschien ihr Betrieb angesichts der anhaltend schlechten Konjunktur auch dort weiterhin fraglich. Allerdings befürchtete die Geschäftsleitung für den Fall einer Produktionsstillegung einen Rechtsstreit mit der Bubiag, denn die Stromlieferverträge sahen bezüglich der garantierten Mindestliefermengen keine Sonderregelungen im Krisenfall vor. Die vertraglich festgelegten Kilowattstunden mussten also so oder so von der Wacker-Chemie abgenommen werden, unabhängig davon, wie viel Strom sie für das Ferrowerk tatsächlich benötigte. Der Strom musste sogar bar bezahlt werden, ob man ihn nun nutzte oder nicht.[790] Die Stromverträge wurden folglich immer weiter zum Problem, besonders da man angesichts der positiven Zukunftserwartungen und Expansionspläne, wie bereits erwähnt, vor der Krise verbindliche neue Verträge mit dem Energielieferanten geschlossen hatte, die die Abnahmemenge erhöhten und ab 1930 umfangreiche zusätzliche Stromlieferungen an das Ferrowerk vorsahen. Letztlich entschied sich die Geschäftsleitung 1932 dazu, die Carbid-Produktion in Mückenberg ruhen zu lassen, zumindest solange bis sich die Lagerstände wieder etwas abgesenkt hatten.[791] Zwar wurde der Carbid-Betrieb zum Jahresanfang 1933 wieder aufgenommen,[792] doch hatten sich betriebsbedingte Entlassungen in der Zwischenzeit nicht vermeiden lassen. Lagen die durchschnittlichen Aufwendungen der Wacker-Chemie für Löhne und Gehälter auf den Gesamtkonzern bezogen 1929 noch bei über 300.000 Reichsmark (Löhne) bzw. über 200.000 Reichsmark (Gehälter), erreichte dieser Wert 1932 seinen Tiefststand mit rund 170.000 Reichsmark (Löhne) bzw. 160.000 Reichsmark (Gehälter), bevor er 1933 bereits mit knapp 217.000 Reichsmark (Löhne) bzw. 170.000 Reichsmark (Gehälter) wieder leicht anstieg.[793] Im Folgejahr lagen die Gesamtpersonalkosten (5,6 Millionen Reichsmark) in etwa auf dem

[789] Vgl. Wacker-Datenchronik, Eintrag zum Jahr 1931.
[790] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 2. November 1929, S. 4-5.
[791] Zu einem Rechtsstreit ist es nicht gekommen (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 17. September 1931, S. 3).
[792] Vgl. HUW 16 A 35, Bericht der technischen Abteilung über Mückenberg, 12. Juni 1933.
[793] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1934, S. 3.

Niveau von 1928 (5,96 Millionen Reichsmark), 1934 hatten sie mit 6,7 Millionen Reichsmark einen neuen Höchststand erreicht.[794]

Angesichts des Absatzrückganges versuchte die Wacker-Chemie umgehend eine Verständigung mit der Bubiag bezüglich der zu erwartenden Minderabnahme zu erreichen. Wirklich zielführend waren diese Verhandlungen jedoch nicht.[795] Eine Einigung war nur schwer zu erlangen, so dass sich die Verhandlungen in die Länge zogen. Eine weitere, wenn gleich eher symbolische Maßnahme war die Reduzierung der Pacht von 24.000 auf 20.000 Reichsmark.[796] Dies konnte angesichts der zu erwartenden Kosten für die Wacker-Chemie jedoch kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein sein. Trotz der angespannten Situation entscheid sich die Unternehmensleitung daher dafür, die geplante Standortexpansion auf gedrosseltem Niveau weiterzuführen. In der Folgezeit verringerte man das Investitionsvolumen, die Bauarbeiten konnten jedoch fortgesetzt werden. Noch 1930 wurde der neue Beagid-Betrieb gebaut und die Carbid-Produktion, das Verwaltungsgebäude und die Lagerkapazitäten vergrößert. Zudem optimierte die mechanische Ofenbeschickung als vielversprechende Rationalisierungsmaßnahme den Produktionsablauf. Die Zahl der neu errichteten Gebäude sank 1931 auf vier Objekte ab. Allerdings ruhten die Modernisierungsmaßnahmen nicht ganz, denn noch im selben Jahr wurden zwei Öfen des Altbaus auf fortschrittliche Söderberg-Elektroden umgerüstet und die Bauarbeiten an einem neuen Betriebsteil aufgenommen. Am Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wurden zwar noch einige Umbauten vorgenommen, an Neubauten waren jedoch nur zwei Lagerschuppen zu vermelden. Die geringste Bauaktivität fiel folglich auf die Jahre 1932 und 1933. Im Jahr 1933 wurde letztlich nur der Kantinen-Neubau fertiggestellt. Erst 1934 kam es schließlich zu einer zweiten Bau-Welle, in der mehr als zehn neue Gebäude errichtet wurden.[797]

Allerdings entschied sich die Konzernspitze angesichts der schlechten Konjunktur dafür, die 1929 erstmals diskutierte Idee, Carbid-Derivate wie Acetaldehyd, Essigsäure oder Essigäther in Mückenberg zu erzeugen, zunächst zurückzustellen. Diese Erweiterung der Mückenberger Produktpalette hätte einer Verlagerung der Burghausener Produktion in die Niederlausitz bedingt.[798] Den günstigen Gestehungskosten standen jedoch hohe Investitionskosten

[794] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht des Jahres 1939, S. 4).
[795] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. November 1930, S. 6.
[796] Vgl. HUW 40 F 4, Schreiben der Ferrowerk GmbH an die Wacker-Chemie, 10. Juni 1932.
[797] Vgl. HUW 40 E 16, Schreiben an die Werkleitung Ferrowerk bezüglich Einheitswertfeststellung, 12. März 1941.
[798] Vgl. HUW 10 E 1, Schreiben der Reichsbahndirektion Halle an Zentral-Tarifamt München betreff Ausnahmetarif für Carbid, 5. Juli 1930 und HUW 1 A 11, Schreiben der Wacker-Chemie an ihre Gesellschafter, ohne Datum [Oktober 1929].

gegenüber, die die finanziellen Möglichkeiten des Unternehmens zu diesem Zeitpunkt weit überschritten hätten. Alleine die Oxydationsanlage zur Erzeugung von Essigsäure wurde auf mindestens 600.000 Reichsmark geschätzt. Da die Absatzprognosen für den Essigsäuremarkt Ende der 1920er Jahre wenig vielversprechend waren, wurde das Essigsäure-Projekt wieder fallengelassen. Die Suche nach geeigneten Verarbeitungsmöglichkeiten für das Mückenberger Carbid erwies sich daraufhin als äußerst schwierig und bereitete der Unternehmensleitung einige Kopfschmerzen. Eine Stilllegung kam angesichts der Stromlieferverträge mit der Bubiag nicht in Frage, Carbid-Folgeprodukte kämpften genauso mit der sinkenden Nachfrage wie das Ausgangsprodukt. Optimismus und Anfangseuphorie waren gewichen, unternehmensintern hieß es nun: „Die Angelegenheit Mückenberg“ war „den Geschäftsführern keine erfreuliche Sache […] eine Menge Arbeit, Umständlichkeiten und Verdriesslichkeiten.“ Hinzu kam der Faktor Zeit. Man befürchtete angesichts der angespannten Marktsituation Auseinandersetzungen in den Syndikaten und Kartellen. Hierzu wird berichtet: „Herr Dr. Hess fürchtet sogar, dass die Wackerchemie schon etwas Zeit verloren hat und dass sie, wenn schwierige Zeiten einsetzen, nicht genügend gerüstet ist. […] eine Verwertbarkeit von Karbid, das in Mückenberg erzeugt und in Burghausen weiterverarbeitet wird, ist auf die Dauer nicht möglich.“[799]

War es zuerst nur die Suche nach rentablen Verwendungs- und Absatzmöglichkeiten für Carbid gewesen, die der Geschäftsleitung Anlass zur Sorge bereitete, so machte sich im Frühjahr 1930 der allgemeine Konjunktur-Rückgang mit all seinen negativen Auswirkungen spürbar. Ausmaß und Dauer der Depression waren zu diesem Zeitpunkt nicht abzuschätzen. Die Situation in den Augen der Geschäftsleitung nicht mehr kalkulierbar. Tatsache waren nur ein spürbares Minus im Umsatz und ein deutlicher Rückgang der Preise. In dieser Situation reagierte die Unternehmensleitung überraschend und genehmigte für Mückenberg weitere Kredite in Höhe von gut einer Million Reichsmark. Zudem wurde ein weiteres Investitionsvolumen von knapp vier Millionen Reichsmark bewilligt, aber zunächst zurückgestellt, darunter alleine zwei Millionen für die Weiterverarbeitung von Carbid in Mückenberg sowie die Aufstellung eines sechsten Ofens im Ferrowerk, dessen Kosten auf 250.000 Reichsmark veranschlagt waren.[800] Verunsichert von der Wirksamkeit dieser Strategie stand die Unternehmensleitung im Folgejahr Neuinvestitionen spürbar zögerlicher gegenüber und agierte risikoscheuer. Zur Bewältigung der Wirtschaftskrise griff das

[799] HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 2. November 1929, S. 5.
[800] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. März 1930, S. 7, 30-33.

Unternehmen daher auf weitere Maßnahmen und Einschnitte zurück: Nach dem Erlass der Devisenverordnung 1931 löste sie ihre Finanzreserven im Ausland auf und reduzierte ihre Gewinnausschüttung. Während den Gesellschaftern 1929 und 1930 noch zwölf Prozent Dividende gezahlt wurden, ging diese 1931 auf sieben Prozent zurück. 1933 lag die Ausschüttung bei acht, 1934 bei zehn Prozent.[801] Auf der anderen Seite band die gedrosselte Produktion weniger Betriebskapital. Einer Minderung der Einnahmen um 1,7 Millionen Reichsmark stand daher auf dem Höhepunkt der Krise 1932 eine Senkung der Ausgaben um immerhin 1,45 Millionen Reichsmark gegenüber.[802] Die Differenz konnte das Unternehmen ausgleichen. Allerdings blieb das Umsatzniveau auch 1933 noch hinter dem von 1929 zurück, eine Umsatzsteigerung konnte erst wieder 1934 verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr betrug der Zuwachs dann jedoch schon erstaunliche 22 Prozent. Auf die Umsatzmenge bezogen übertraf man 1934 wertmäßig sogar die Zahlen des Referenzjahres 1929, umsatzmäßig allerdings noch nicht.

Was die Ferrosilicium-Produktion betraf, so waren die Verhandlungen zur Gründung eines internationalen Ferrosilicium-Syndikats nach der Übernahme des Ferrowerkes Mückenbergs im Mai 1927 erfolgreich fortgesetzt worden.[803] Doch kämpfte man auch auf diesem Sektor ab 1930 mit einem spürbaren Absatzrückgang und sinkenden Preisen. Die Lage war so angespannt, dass man mit Ferrosilicium schließlich nach Aussage der Geschäftsführung keinen Verdienst mehr machen konnte.[804] Selbst der Gesamtabsatz des Syndikates war seit 1928 kontinuierlich gesunken: Während er 1928 noch rund 76.000 Tonnen betrug, lag er 1931 gerade noch bei 45. 000 Tonnen.[805] Im Zuge der Krise waren die Erträge des Ferrosilicium-Verkaufes in Deutschland von 204,07 Reichsmark pro Tonne im Jahr 1928 auf 187,78 Reichsmark 1930 und 157,98 Reichmark im Geschäftsjahr 1931 gefallen. Ihren Tiefststand erreichten die Ferrosilicium-Preise 1932 mit 152,14 Reichsmark. Dies entsprach verglichen mit dem Geschäftsjahr 1928 einem Preisverfall von 25 Prozent.[806] Angesichts dieser negativen Marktentwicklung war es unabhängig vom Standort, Burghausen oder Mückenberg, für die Wacker-Chemie unmöglich, weiterhin auf Ferrosilicium zu setzen und die Produktionszahlen auf diesem Gebiet hoch zu halten. Der Umsatzeinbruch bei Carbid, seinen Folgeprodukten und dem Ferrosilicium-Markt führte ab 1930 zur fieberhaften Suche nach geeigneten

[801] Die Zahlen stammen aus mehreren Protokollen der Gesellschafterversammlungen (vgl. HUW 7 B 1 und 7 B 2).
[802] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 30. Januar 1932, S. 5.
[803] Vgl. HUW 10 B 18, Präsenzliste der Ferrosilicium-Syndikat-Sitzungen, 13. bis 16. Mai 1927.
[804] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 17. September 1931, S. 7.
[805] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. April 1931, S. 7.
[806] Vgl. HUW 10 F 5, Fesi-Erlöse in Deutschland 1927-1933, ohne Datum [1934].

Alternativen. Als sich im Frühjahr 1931 keine Verbesserung abzeichnete reagierte das Unternehmen mit der Intensivierung seiner Forschungsleistung. Gesucht wurden vor allem Produktionsalternativen für den Standort Mückenberg:

> „Durch den Rückgang der Konjunktur sind wir in elektrischer Energie überreichlich eingedeckt. Da wir dieses Plus an elektrischer Energie bezahlen müssen und da mit einer längeren Dauer des Konjunktur-Rückganges gerechnet werden muss, so ist es unsere Pflicht, lohnende Beschäftigung für diesen Teil der Energie zu suchen. Wir sind nach dieser Richtung bereits tätig gewesen und haben aufgrund von Laboratoriumsversuchen mehrere Möglichkeiten in Aussicht.“ [807]

Im Anschluss an diese Ausführungen beantragten die Geschäftsführer einen Gesellschafterkredit in Höhe von knapp 200.000 Reichsmark zur Errichtung eines kippbaren Versuchs-Elektro-Ofens, mit dessen Hilfe die Forschungsergebnisse in der Produktion getestet werden sollten. Ein weiteres Mal hatte sich die intensive Förderung von Forschung und Entwicklung in der Geschichte der Wacker-Chemie als äußerst hilfreich erwiesen. Nur so war es dem Konzern schließlich möglich, flexibel auf Marktveränderungen zu reagieren und neue (Produktions-)Wege zu gehen. Der von der Geschäftsführung präferierte Lösungsansatz lag also auf der Diversifikation der eigenen Produktpalette. Für das Ferrowerk suchte man daher elektrothermisch erzeugbare Produkte und stieß einmal mehr auf den Bereich der Ferrolegierungen. Man begann mit mehreren Verbindungen zu experimentieren, darunter beispielsweise Ferromangansilicium, dessen Probe-Betrieb jedoch aufgrund des starken Preisverfalls schon nach kurzer Zeit wieder eingestellt werden musste.[808]

Betrachtet man die Produktbereiche, die am stärksten von den negativen Auswirkungen der Depression betroffen waren, so wird schnell deutlich, dass sich die Absatzschwierigkeiten vor allem auf die Produktion des Standorts Mückenberg ausgewirkt haben, da dort bis 1930 ausschließlich Carbid, Beagid und Ferrosilicium hergestellt wurden – Erzeugnisse, die von den Absatzeinbußen besonders stark betroffen waren. Gerade die Ferrosilicium-Produktion des Ferrowerkes hatte sich in den Jahren vor der Krise positiv entwickelt. Ausbeute und Gestehungskosten boten Anlass zur Zufriedenheit, so dass die Wacker-Chemie, vor die Wahl gestellt, schließlich die Ferrosilicium-Erzeugung in Burghausen einstellte. Dort gab es mit den Carbid-Folgeprodukten geeignete Alternativen, die den Wegfall des Ferrosilicium-Betriebes ausgleichen konnten: dort gingen daraufhin Essigsäureanhydrid, Acetylcellulose und Kupferkalk in die Herstellung. Der Ferrosilicium-Betrieb in Mückenberg blieb. Eine der Konsequenzen dieser Entscheidung war eine allmähliche Verlagerung des

[807] HUW 7 B 5, Schreiben der Wacker-Chemie an ihre Gesellschafter, 6. Juni 1931.
[808] Vgl. HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Hess, 26. April 1937.

Produktionsschwerpunktes im Werk Burghausen, weg von einfachen Grundprodukten wie Carbid, hin zu Derivaten und komplexeren Erzeugnissen, zu denen einige Jahre später die ersten Kunststoffe gehörten.[809]

Im Ferrowerk hingegen vergrößerte sich zu Beginn der 1930er Jahre die Sortenvielfalt des Ferrosiliciums erneut. Die Streuung sollte die Verkaufszahlen steigen lassen. So kam im Jahr 1931 zu den gängigen Sorten mit 45 bzw. 75 Prozent Silicium niedrigprozentiges Ferrosilicium mit 15 oder 25 Prozent Silicium pro Tonne Ferrosilicium hinzu.[810] Zwar gab es auch für die neuen Sorten einen Absatzmarkt, doch die Verkaufsmengen des niedrigprozentigen Ferrosiliciums wiesen deutlich räumliche Schwankungen auf: Der Umsatz in Westdeutschland blieb stark hinter den Erwartungen zurück, während er in Süddeutschland, Schlesien und Nordwestdeutschland sogar als schlecht bezeichnet wurde. Gute Verkaufswerte erzielte die Wacker-Chemie damit hingegen im Großraum Berlin.[811] Langfristig sah die Geschäftsleitung in den niedrigprozentigen Sorten angesichts der schwachen Verkaufszahlen und ihrer geringeren Gewinnspanne jedoch keine wirkliche Alternative zu den hochprozentigen Sorten, so dass man ihre Erzeugung nach dem Abklingen der Depression wiedereinstellte. Eine Erweiterung der Produktpalette wurde zugleich in die andere Richtung erwogen, zur Diskussion stand folglich auch die Produktion hochprozentiger Sorten. Nachdem mit dem Umbau des Ofens V die nötigen technischen Voraussetzungen hierfür geschaffen waren, gelang es im Ferrowerk ab 1932 zusätzlich Reinstsilicium herzustellen.[812] Allerdings gab es für das neuartige, hochwertige Ferrosilicium, das aus bis zu 98 Prozent Silicium bestand, zu dieser Zeit kaum Verwendungsmöglichkeiten,[813] so dass diese Sorten in den 1930er Jahren nur zeitlich begrenzt als Ergänzung zum gängigen Herstellungsprogramm dienten.[814] Offensichtlich erholte sich die Nachfrage der Stahlwerke nach den Standardsorten (45 und 75 Prozent Silicium) schnell. Zumindest stellte man in der Gesellschafter-versammlung bereits im September 1933 einen Kreditantrag für die Errichtung eines weiteren Ofens in Mückenberg, der ausschließlich für die Ferrosilicium-Erzeugung genutzt werden sollte. Einen Ofen für ein bestimmtes Produkt besaß zu diesem Zeitpunkt kein Werk der

[809] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 5. Januar 1929, S. 3-4.
[810] Vgl. HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Hess, 26. April 1937.
[811] Vgl. HUW 6 E 18, Notiz für Freyer, 25. September 1931.
[812] Vgl. HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Hess, 26. April 1937.
[813] Die Wacker-Chemie hatte schon ab dem Frühjahr 1931 erfolgreich Reinstsilicium herstellen können. Es fand erste Abnehmer in der Stahlindustrie, hinzukamen kleinere Mengen, die zur Erzeugung von Legierungen auf Aluminium-Basis oder von Sprengstoffen genutzt wurden (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. April 1931, S. 3).
[814] Im Sommer 1933 war die Erzeugung des hochprozentigen Ferrosiliciums bereits wieder eingestellt worden (vgl. HUW 16 A 35, Bericht der technischen Abteilung über Mückenberg, 12. Juni 1933).

Wacker-Chemie, in der Regel wurde zwischen Carbid und Legierungserzeugung je nach Bedarf gewechselt.[815]

Zur Strategie der Geschäftsleitung, die Produktpalette des Unternehmens in der Krise auf ein breiteres Fundament zu stellen, gehörte auch die Einführung zweier neuer Erzeugnisse im Ferrowerk. Es waren das Sondereisen Hämatit und die Ferrolegierung Ferrochrom. Beide Produkte wurden in einem Schmelzprozess gewonnen. Bei Hämatit handelt es sich um ein aus Schrott erschmolzenes graues Gießereiroheisen mit weniger als 0,1 Prozent Phosphor, das sich zu Beginn der 1930er Jahre bei den Gießereien relativ gut verkaufte, da es als Ersatz für deutsches Roheisen III diente. Die Etablierung der Wacker-Chemie im Hämatit-Geschäft war aufwendig und erforderte von den Vertriebsexperten viel Einfühlungsvermögen auf ihren Verkaufsreisen, aber es half, die Strommengen produktiv zu verarbeiten und somit die Krise relativ unbeschadet zu überwinden. Da man mit Hämatit jedoch nur vergleichsweise geringe Gewinne erzielen konnte, wurde die Produktion 1934, nach gerade einmal zwei Jahren wie bei den niedrigprozentigen Ferrosilicium-Sorten wieder eingestellt.[816]

Vollkommen anders gestalteten sich die Anfänge der Ferrochrom-Erzeugung in Mückenberg. Die Aufnahme in das Herstellungsprogramm war zwar ebenfalls ein Kind der Weltwirtschaftskrise, doch entwickelte sich Ferrochrom ab 1934 zunehmend zu einem unverzichtbaren Umsatz- und Gewinngaranten für das Unternehmen. Bei Ferrochrom handelte es sich wie bei Ferrosilicium um eine Legierung, die im Elektro-Ofen per Schmelzprozess gewonnen wurde und die man in der Stahlindustrie zur Veredelung der Stähle einsetzte. Rohstoff für die Herstellung von Ferrochrom war das Chromerz bzw. das in ihm enthaltene Mineral Chromit.[817] Je nach Kohlenstoffgehalt in der Legierung unterschied man Ferrochrom in die Sorten carburé, affiné und suraffiné. Wobei die erste Kategorie mit vier bis zehn Prozent Kohlenstoff am meisten, die letzte mit weniger als 0,5 Prozent am wenigsten

[815] Der Kredit diente zur Errichtung des sogenannten Ofens VI, der im Gegensatz zu dem 1928 in Betrieb genommenen Ofen V nur Ferrosilicium herstellen sollte. Begründet wurde die Investition damit, dass beim ständigen Umbau des Ofens V von Ferrosilicium auf Carbid jeweils Kosten in Höhe von 80.000 Mark anfielen. Die veranschlagte Investitionssumme von rund 480.000 Mark war also bereits mit sechs derartigen Umbauten wieder ausgeglichen (vgl. HUW 1 A 11, Kreditaufstellung, 13. September 1933; HUW 1 A 11, Erläuterungen zu den Kreditgesuchen, 15. September 1933 und HUW 1 A 11, Beilage zur Kreditaufstellung, 15. September 1933).

[816] Für das Absatzgebiet der Leipziger und Berliner Verkaufsstellen, die Regionen Sachsen, Berlin und Mecklenburg ging kalkulierte die Wacker-Chemie Anfang 1933 einen möglichen Monatsabsatz in Höhe von 500 Tonnen (vgl. HUW 6 F 4, Reisebericht von Fassong, 13. Februar 1933; HUW 6 F 4, Reisebericht von Fassong, 3. August 1933 sowie Verein deutscher Eisenhüttenleute, Gemeinfassliche Darstellung, S. 75).

[817] Auch Chromeisenstein genannt.

Kohlenstoff enthielt.[818] Das energieintensive Herstellungsverfahren für Ferrochrom war für den Standort Mückenberg kein Problem, im Gegenteil, dort war die Produktion von Ferrolegierungen angesichts der zur Verfügung stehenden Energiemengen wirtschaftlich äußerst sinnvoll, so dass es sich prinzipiell anbot: „die Erzeugung von Ferrolegierungen in der Hauptsache vom Werk Mückenberg durchführen zu lassen."[819]

Die Wacker-Chemie hatte Ferrochrom zunächst wie üblich im Tschechnitzer Versuchsbetrieb hergestellt. Dort gelang es bereits 1927, Ferrochrom mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,1 Prozent zu erzeugen.[820] Nach der Versuchsphase erfolgte im Dezember 1931 zeitgleich die Produktionsaufnahme in Mückenberg und Burghausen. Im Ferrowerk wurde hierzu ein neuer Betriebsteil (Ferrochrom-Ofen a) errichtet. Bis in das Jahr 1934 arbeitete man bei der Ferrochrom-Produktion in Mückenberg dennoch nach einem wenig wirtschaftlichen Verfahren, das die silicothermische Reduktion von Chromerz mit 75-prozentigem Ferrosilicium vorsah. Dabei wurden die Siliciumoxide mit Kalk abgebunden. Bei diesem Herstellungsprozess kam es nicht nur zu technischen Schwierigkeiten, auch das Ergebnis war nicht optimal, lieferte das Verfahren doch nur hochgekohltes Ferrochrom mit mehr als 0,15 Prozent Kohlenstoff.[821] Von besonderem Interesse waren jedoch die niedriggekohlten Sorten. Sie kamen als Zusatz bei der Erzeugung rostfreien Stahls oder Edelstahls zum Einsatz und erfreuten sich in der Stahlindustrie zunehmender Beliebtheit. Da sich der Preis des Ferrochroms nach dem Kohlenstoffgehalt richtete (je weniger Kohlenstoff, desto höher der Wert), erzielte das niedriggekohlte Ferrochrom oder auch Ferrochom suraffiné deutlich höhere Preise als die technisch einfacher zu erzeugenden höhergekohlten Sorten.[822] Zur Entkohlung des Ferrochroms hatte die Wacker-Chemie 1932 in Burghausen ein erfolgsversprechendes Verfahren entwickelt, das nach Erreichen der Produktionsreife auch in Mückenberg zum Einsatz kommen sollte.

Mit der Entwicklung des niedriggekohlten Ferrochroms bei der Wacker-Chemie ist vor allem ein Name verbunden: Eduard Enk. Er prägte den gesamten Produktbereich Legierungen wie

[818] Vgl. Pawlek, Metallhüttenkunde, S. 752-753 (Schema des Herstellungsverfahrens nach Durrer / Volkert) und Gocht, Metallmärkte, S. 86-100.
[819] HUW 1 A 11, Beilage zur Kreditaufstellung, 15. September 1933.
[820] Vgl. HUW 39 A 7-5, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Johannes Hess, 30. Mai 1927.
[821] Im April 1931 stellte die Wacker-Chemie für Mückenberg Walter Krellwitz zur Entwicklung eines Produktionsverfahrens für Ferrochrom ein, das einen Kohlenstoffgehalt von unter 0,1 Prozent aufweisen sollte. Nachdem es Krellwitz nicht gelang diese Bedingungen zu erfüllen, wurde sein Dienstvertrag nicht verlängert. Seine Tätigkeit für die Wacker-Chemie endete nach nur einem Jahr zum 30. April 1932 (vgl. HUW 35 C 27, Wacker-Chemie an Krellwitz, 26. Februar 1932).
[822] Zur Entkohlung des Ferrochroms vgl. die zeitgenössische Dissertation Petri, Entkohlung.

kein zweiter und gehörte in der expansiven Phase der 1930er Jahre zur jungen, aufstrebenden Generation künftiger Führungskräfte. Der am 21. August 1904 in München geborene Enk wuchs in Freiburg auf, wo er das humanistische Gymnasium besuchte, das er 1923 mit dem Abitur abschloss. Dem Studium der Chemie an der technischen Hochschule München folgte 1929 die Promotion. Seine Doktorarbeit befasste sich mit Eisentetra-Nitrosyl.[823] Zwischen der Promotion und dem Eintritt in die Wacker-Chemie am 1. März 1931 wirkte er am anorganischen Institut der Universität als Assistent bei Professor Wilhelm Manchot (1869-1945),[824] dem Vater Willy Manchots (1907-1985), der ebenfalls für die Wacker-Chemie am Standort Mückenberg tätig gewesen war, bevor er zum Henkel-Konzern wechselte.[825] Wilhelm Manchot hätte den jungen Chemiker, dem er nicht nur „grössten Fleiss und Gewissenhaftigkeit", sondern auch „besonderes experimentelles Geschick" bescheinigte, gerne habilitiert, dieser entschied sich jedoch gegen die Wissenschaft und für eine Karriere in der Industrie.[826] Seine Laufbahn bei der Wacker-Chemie begann Enk zunächst als Betriebsassistent in der Burghausener Carbidfabrik. Dort wurde er unter anderem mit der Aufgabe betraut, für die überschüssige Alzwerk-Energie sinnvolle und profitable Verwendungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dieser Auftrag führte ihn in den Legierungssektor und schließlich speziell zum Ferrochrom. Die Entwicklung eines neuen Verfahrens zur Erzeugung niedriggekohlten Ferrochroms machte unter seiner Regie schnell große Fortschritte. Auch bei der Markteinführung anderer Legierungen, wie etwa dem neuen Produkt Calciumsilicium, übernahm Enk eine führende Rolle.[827] Nach fünf Jahren im Stammwerk wechselte er 1936 „zur chemischen Unterstützung des stellvertretenden Betriebsführers" in das Ferrowerk und übernahm dort die Leitung des Legierungsbetriebes.[828]

---

[823] HUW 13 A 3, Personalunterlagen OFK Enk, darin Zeugnis des anorganisch-chemischen Laboratoriums der Technischen Hochschule München, März 1931.

[824] Wilhelm Manchot (1869-1945), der in Straßburg und München Chemie studiert hatte, promovierte 1895 bei J. Thiele. Nach seiner Habilitation 1899 in Göttingen untersuchte er kurz nach der Jahrhundertwende (bei H. Moissan) in Paris Siliciumverbindungen. Anschließend erhielt er 1903 seine erste Berufung als Professor an die Universität Würzburg, die er bereits zwei Jahre später wieder verließ, um eine Professur an der TH München anzunehmen. Dort wirkte er bis 1935. Manchot trug den Titel Geheimrat und war Mitglied der bay. Akademie der Wissenschaften (vgl. Priesner, Manchot, S. 7-8).

[825] Willy Manchot wurde am 10. Juli 1907 in Würzburg geboren. Im Juli 1934 promovierte er über die Darstellung von Rutheniumcarbonylen und -nitrosylen an der Technischen Hochschule München (ein Exemplar der Dissertation befindet sich in der Bayerischen Staatsbibliothek München). Anschließend trat er in die Wacker-Chemie ein, für die er wohl bis Ende Juni 1939 als Chemiker in Mückenberg tätig war (vgl. HUW 4 C 24, Johannes Hess an Hugo Henkel, 27. Mai 1938). Manchot war mit Sigrid Henkel verheiratet. Noch während seiner Zeit bei der Wacker-Chemie wurde er Aufsichtsratsmitglied der Henkel & Cie AG, nach 1939 trat er als Vertreter des Fritz Henkel-Familienzweiges in die Geschäftsleitung des Düsseldorfer Großunternehmens ein (vgl. Feldenkirchen / Hilger, Henkel, S. 84-91, 110-111). Die Wacker-Chemie stand mit der Henkel & Cie. GmbH bereits seit 1934 in einer Geschäftsbeziehung, denn Henkel war Lizenznehmer für das von der Wacker-Chemie patentierte Peracetat-Verfahren (vgl. HUW 10 E 9, Vertrag vom 4. Juli 1934).

[826] HUW 13 A 3, Personalunterlagen OFK Enk, darin Zeugnis Manchots, März 1931.

[827] Vgl. HUW 13 A 3, Personalunterlagen OFK Enk, Aktennotiz betreff Erfindervergütung, 17. Dezember 1951.

[828] HUW 35 C 34, Schreiben an Enk bezüglich Versetzung, 10. Februar 1936.

Kurze Zeit später wurde ihm aufgrund seiner vielseitigen Erfahrungen die Position des Chefchemikers übertragen. Ein besonderes Augenmerk legte er in der Folgezeit auf die Optimierung der Herstellungsverfahren und die Verbesserung der Analysemethoden. Wie einige seiner Mückenberger Kollegen trat Enk nach dem Aufnahmestopp, am 1. Mai 1937, der NSDAP bei.[829] Über ein darüberhinausgehendes politisches Engagement ist nichts bekannt. Der von Johannes Hess initiierte Führungsspitzenaustausch lenkte ihn im Jahr 1944 nach Tschechnitz. Im Zuge der Räumung des Tschechnitzer Betriebes kehrte Enk über Mückenberg wieder zurück nach Burghausen. Dort arbeitete er bis Kriegsende als Assistent der Werkleitung. Nach Kriegsende zunächst von den Militärbehörden entlassen, setzte er nach erfolgreicher Berufung im Herbst 1945 seine Arbeit für die Wacker-Chemie im Carbidwerk Burghausen fort.[830] Als Nachfolger Wolfgang Grubers übernahm er 1953 den Posten des Burghausener Chefchemikers. Unter seiner Leitung wurden in den 1950er Jahren besonders die Versuche mit Reinstsilicium forciert. Seinem Engagement für die Förderung der Silicium-Chemie und den damit verbundenen Erfolgen verdankte er am 1. Januar 1958 seine Ernennung zum Nachfolger Josef Rambauseks als Direktor und Werkleiter des Werkes Burghausen. Im Herbst 1968 wurde Enk schließlich zum Geschäftsführer der Wacker-Tochtergesellschaft Chemitronic bestellt.[831] Auch außerhalb der Wacker-Chemie erhielt er Anerkennung für seine Forschungsleistungen, so wurde ihm 1971 für seine Leistungen auf dem Ferrochrom-Gebiet der bayerische Verdienstorden zuteil. Diesem folgte im November 1972 die Verleihung der Diesel-Medaille des Instituts für Erfindungswesen e.V. für vielfältige Erfindungen auf dem Gebiet der reinsten chemischen Stoffe, insbesondere des Reinstsiliciums.[832] Privat engagierte er sich schon in seiner Mückenberger Zeit für die betrieblichen Freizeiteinrichtungen der Wacker-Chemie, sei es als Vorstand des Sportvereins oder als Gründer der Werkkapelle. Eduard Enk verstarb am 24. August 1982 in Freiburg.[833]

Das neue, von ihm maßgeblich mitentwickelte Ferrochrom-Verfahren führte über Ferrochromsilicium, das bei einem Chromgehalt von 40 bis 42 Prozent und 36 bis 38 Prozent Silicium nur 0,01 bis 0,04 Prozent Kohlenstoff enthielt. Erst durch diesen neuen Ansatz war es der Wacker-Chemie möglich geworden, Ferrochrom suraffiné effizient in der Großproduktion herzustellen. Das benötigte Ferrochromsilicium wurde in einem ersten

[829] Seine NSDAP-Mitgliedsnummer lautete 422623 (vgl. BArch NSDAP Ortskartei, Eintrag Enk).
[830] Vgl. HUW 8 C 44, Liste der Entlassenen nach Abteilungen Standort Burghausen, 22. Oktober 1945 und Liste der Berufungsgesuche, 24. Oktober 1945.
[831] Vgl. HUW 13 A 3, Personalunterlagen OFK Enk, darin Lebensbeschreibung, ohne Datum.
[832] Eine Übersicht seiner Erfindungen bzw. angemeldeter Patente samt Zeitungsausschnitten findet sich in HUW 4 C 3.
[833] Vgl. HUW 13 A 3, Personalunterlagen OFK Enk, Sterbeurkunde.

Produktionsschritt durch Reduktion von Chromerz, Quarz und Kohle im elektrischen Ofen gewonnen, anschließend in Tiegeln abgestochen und nach dem Erkalten mit Hilfe eines Kransystems in die Ferrochromanlage transportiert.[834] Dort erfolgte der zweie Produktionsschritt, die Entsilicierung, bei dem man durch Raffination des Ferrochromsiliciums mit Chromerz und Kalk schließlich Ferrochrom erhielt, dessen Kohlenstoffgehalt für gewöhnlich zwischen 0,04 und 0,1 Prozent lag.[835] Aufgrund ihrer deutlich höheren Chromausbeute überzeugte die neue Technik zudem wirtschaftlich. Zudem konnte ein Teil der beim Herstellungsprozess anfallenden chromoxydreichen Raffinationsschlacke erneut für die Ferrochromsilicium-Erzeugung herangezogen werden konnte. Mit dem Produktionsbeginn von niedriggekohltem Ferrochrom im Ferrowerk waren die Stromliefervereinbarungen mit der Bubiag erfüllt. Die ersten Chargen verließen das Ferrowerk Richtung Russland, der Kundenkreis erweiterte sich in der Folgezeit, besonders jedoch im Zuge der Aufrüstung, schnell.[836]

Zur Überbrückung der Absatzflaute erwog die Geschäftsleitung für den Standort Mückenberg zudem die Herstellung von Tonerde und die Weiterverarbeitung von Ferrochrom zu Chromsalz.[837] Beide Ideen wurden nicht umgesetzt.[838] Stattdessen verbreiterte man das Angebot an Legierungen weiter und ergänzte die Produktpalette um Kombinationen aus Silicium, Calcium und Aluminium, den sogenannten Dreistofflegierungen, die je nach Höhe des Aluminium-Anteils als Alsikal, Alsimin, Silical und Feralsit auf den Markt kamen.[839] Die Produktion war einfach, denn ein Produkt, das Calcium und Silicium miteinander verband, gab es bei der Wacker-Chemie bereits: Es hieß Calciumsilicium.[840] Dabei wurde das

[834] Vgl. HUW 36 A 46, Aktennotiz aus Tschechnitz, 16. Mai 1938.

[835] Eine kurze Beschreibung des Verfahrens befindet sich unter HUW 40 B 2, Ferrochrom und Chromanlage im Ferrowerk Mückenberg, ohne Datum.

[836] Die Verhandlungen bei der Handelsvertretung der UdSSR 1932 in Berlin führten Johannes Hess und Eberhard von Fassong. Zu den Teilnehmern zählte neben den Vertretern der Wacker-Chemie auch Direktor Neumann von der Klöckner-Stahlhandelsgesellschaft, die den Verkauf einiger Erzeugnisse der Wacker-Chemie aus dem Legierungsbereich übernommen hatte. Ziel der Besprechung war es, die Liefermenge des bestehenden Vertrages zu vergrößern und ein weiteres Abkommen für das Folgejahr abzuschließen. Im Gespräch waren dabei Liefermengen zwischen 750 und 1.500 Tonnen, die an Abnehmer in Russland gehen sollten (vgl. HUW 39 A 7-8, Reisebericht von Fassong für Freyer und Hess, 30. August 1932 und HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Hess, 26. April 1937, S. 5).

[837] Vgl. HUW 4 B 28, Schreiben der Wacker-Chemie an die IG Farben, 25. Juni 1932 und HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. Juni 1933, S. 5.

[838] Zur Erzeugung der Aluminium-Legierungen wurde im Mai 1932 ein Ofen des Altbaus umgebaut (vgl. HUW 4 B 28, Zusammenstellung der anzufordernden Gesellschafterkredite, 12. Mai 1932).

[839] Zur jeweiligen Zusammensetzung der Aluminiumlegierungen vgl. Leitner / Plöckinger, Die Edelstahlerzeugung, S. 149.

[840] Calciumsilicium wurde zum ersten Mal 1927 im Tschechnitzer Probebetrieb erzeugt. Vor 1934 gehörte Calciumsilicium jedoch nicht zum ständigen Produktionsprogramm der Wacker-Chemie (vgl. HUW 39 A 7-5, Schriftvermerk der technischen Abteilung für Johannes Hess, 30. Mai 1927).

Aluminium in die Abstichwanne des Elektro-Ofens gelegt, wo es sich beim Einlaufen des flüssigen Calciumsiliciums auflöste. Aufgrund der Vorerfahrungen mit Calciumsilicium konnte die Produktion der Dreistofflegierungen daher ohne große Neuinvestitionen oder zeitlichen Vorlauf direkt in Betrieb gehen. Eine Win-Win-Situation für die Wacker-Chemie, denn die Dreistofflegierungen erfreuten sich in den Stahlgießereien großer Beliebtheit. Dort machten sie das getrennte Hinzufügen von Aluminium und Silicium überflüssig und vereinfachten so die Stahlerzeugung.[841]

Trotz der erheblichen Erweiterung des Mückenberger Produktionsprogramms gelang es dem Ferrowerk nicht immer, die gesamte vertraglich festgelegte Strommenge der Bubiag zu verwerten. Zwischen 1930 und 1934 stand die Wacker-Chemie daher permanent in Verhandlungen mit der Bubiag über die Bezahlung nicht abgenommener Energiemengen. Dabei variierten die Lösungsansätze: Zu Beginn des Jahres 1931 konnte ein Viertel der Strommenge nicht abgenommen werden, die Bubiag stundete der Wacker-Chemie daraufhin 22 Prozent des Gesamtrechnungsbetrages (bis zu einer Summe von 200.000 Reichsmark), dann musste die Wacker-Chemie in Ratenzahlungen eintreten. Eine andere, 1931 diskutierte Lösung war ein Verzicht der Bubiag auf den Arbeitspreis für einen Teil der Lieferungen. Für die Jahre 1932 und 1933 wurde eine Gesamtsumme ausgehandelt, die anschließend in Monatsraten getilgt wurde. Das größte Defizit trat offensichtlich 1932 ein, denn auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise beliefen sich die Schulden der Wacker-Chemie bei der Bubiag auf inzwischen 316.205 Reichsmark. Nach einer weiteren Verhandlungsrunde wurde der zu zahlende Preis schließlich auf 120.000 Reichsmark reduziert. Im Folgejahr waren es noch 60.000 Reichsmark, die die Wacker-Chemie für die Minderabnahme im Jahr 1933 zahlen musste. Erst im Geschäftsjahr 1934 trat eine abrupte Kehrtwende ein: Während man im März noch über die Minderabnahme von 1933 diskutierte, sah man sich im zweiten Quartal 1934 gezwungen, mit der Bubiag bereits wieder über dringend benötigte Zusatzlieferungen zu diskutieren.[842] Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die aus der Krise heraus geborene Diversifikation das Warenangebot des Ferrowerkes perfekt ergänzte und so schließlich maßgeblich zum weiteren Aufschwung des Standortes beitrug.

[841] Vgl. HUW 40 B 2, Aktennotiz Alsikal, ohne Datum.
[842] Vgl. den umfangreichen Schriftwechsel zwischen der Bubiag und der Wacker-Chemie unter HUW 40 F 4.

1.6 Die Liquidation der Ferrowerk GmbH 1936

Die Ferrowerk GmbH bestand zunächst als Tochtergesellschaft unter dem Dach der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH mit Sitz in München weiter. Sie trat zum Beispiel als Eigentümer von Grundstücken oder Produktionsmitteln, bei Steuerangelegenheiten sowie als Gesellschafter der Chemischen Forschungsgesellschaft mbH (Cefo) in Erscheinung.[843] Ferner spielte sie eine Rolle als Vertragspartner bei nationalen und internationalen Syndikaten und Kartellen. So war die Ferrowerk GmbH etwa gemeinsam mit der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH Mitglied der Association General du Carbure in Genf.[844] Die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie unterzeichnete im Namen der Ferrowerk GmbH neue Verträge und führte die Geschäfte von München aus. Beim Neuabschluss des Ferrosilicium-Generalvertrags wurde das Mückenberger Werk lediglich als Produktionsstätte der Wacker-Chemie aufgelistet, die Ferrowerk GmbH selbst trat nicht mehr als Vertragspartner in Erscheinung.[845]

Bereits in einer der ersten Gesellschafterversammlungen am 18. März 1927 hatte die Wacker-Chemie als neuer Gesellschafter der Ferrowerk GmbH das Stammkapital der Gesellschaft von 300.000 auf 225.000 Reichsmark gesenkt.[846] Während das Fabrikgelände und die alten, noch von Beersond errichteten Produktionsanlagen weiterhin der Ferrowerk GmbH gehörten, wurden die nach 1926 erbauten Betriebsteile auf den Namen der Pächterin, also der Wacker-Chemie, errichtet, so dass es am Standort Mückenberg zu einer kaum abgrenzbaren Vermischung von Besitzrechten kam.[847] Es verwundert daher wenig, dass sich die Geschäftsleitung frühzeitig Vorschläge zur Verbesserung dieser ungünstigen Verhältnisse vorlegen ließ. Im Zentrum der Überlegungen standen dabei der Abbau von überflüssigen Verwaltungsstrukturen, die Verringerung des bürokratischen Aufwandes und somit auch der

[843] Die Chemische Forschungsgesellschaft mbH mit Geschäftssitz in München war am 27. März 1934 gegründet worden. Die Gesellschaft besaß zwei Gesellschafter: die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH und die Ferrowerk GmbH. Für beide zeichneten die Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Wolfgang Freyer und Johannes Hess. Der im zweiten Paragraphen des Gesellschaftervertrags geregelte Unternehmensgegenstand sah die Verfolgung der Fortschritte auf dem Gebiet der Chemie sowie die Auffindung und Ausarbeitung chemischer Verfahren und deren Verwertung vor. Das Stammkapital betrug 20.000 RM, davon entfielen auf die Ferrowerk GmbH 5.000 RM. Erster Geschäftsführer der Chemischen Forschungsanstalt wurde Willy O. Hermann. Nicht ganz neun Monate später, am 17. Dezember 1934, verkaufte die Ferrowerk GmbH ihren Anteil an die Wacker-Chemie (vgl. StA München, Amtsgericht München, Registergericht, HRB 668 Chemische Forschung GmbH; HUW 40 F 4, Notariatsurkunden zur Cefo, 27. März und 17. Dezember 1934 und Herrmann, Chemiker, S. 118).

[844] Vgl. HUW 40 F 4, Vertrag vom 4. April 1927.

[845] Vgl. HUW 10 A 2, Generalvertrag aus dem Jahr 1927.

[846] Vgl. HUW 10 E 30, Kopien der Handelsregisterauszüge.

[847] Vgl. HUW 39 A 7-10, interner Schriftvermerk Nr. 186, 22. Juli 1935, S. 1-2.

damit verbundenen Verwaltungskosten.[848] In der Folgezeit trat die Ferrowerk GmbH sukzessive in den Hintergrund. Diese Entwicklung ging so weit, dass es Mitte der 1930er Jahre schließlich unternehmensintern hieß, die Besitzgrenzen seien kaum noch feststellbar, der Name der alten Firma sei bedeutungslos geworden und man sehe keine relevanten Gründe mehr für das Fortbestehen der Ferrowerk GmbH. Die Auflösung der überflüssig gewordenen Gesellschaft erschien nur folgerichtig.[849]

Eine Liquidation hätte zwar durch das Wegfallen der parallelen Buchhaltung und der verworrenen Besitzrechte zu einer deutlichen Vereinfachung geführt, doch wäre die Löschung im Handelsregister mit hohen steuerlichen Kosten bzw. Nachteilen verbunden gewesen, die das Unternehmen nicht tragen wollte. So ließ man die Ferrowerk GmbH jahrelang weiter bestehen, auch wenn sie selbst kaum noch in Erscheinung trat. Erst mit dem „Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften“ und dem „Gesetz über Steuererleichterungen bei der Umwandlung und Auflösung von Kapitalgesellschaften“, beide vom 5. Juli 1934,[850] gewährte der Staat den Unternehmen eine Erleichterung bei der Änderung der Gesellschaftsform. Mit dieser Regelung sollten die Kapitalgesellschaften, denen es gemäß der nationalsozialistischen Ideologie an einer „klaren Ausprägung des Führerprinzips“ mangelte, während sie zugleich an der „Anonymität des Gesellschaftskapitals“ litten, in Personenunternehmen umgewandelt werden, da diese mit einer größeren persönlichen Verantwortung für den Unternehmer verbunden waren.[851] Als Anreiz für die Industrie lockten steuerliche Vergünstigungen, wie etwa die Reduzierung der Gesellschaftssteuer, der Grunderwerbssteuer sowie der Umsatz- oder Gewerbesteuer.[852] Die von Seiten des Staates gemachten Zugeständnisse konnten bis Ende des Jahres 1936 in Anspruch genommen werden. Ferner war es gemäß Paragraph 8 möglich, das Vermögen der Gesellschaft auf den alleinigen Gesellschafter zu übertragen. Im Falle der Ferrowerk GmbH also auf die Wacker-Chemie, die sich bereits kurz nach der Bekanntgabe des Gesetzes dazu entschloss, die ihr gebotene Möglichkeit zu ergreifen.

Die Liquidation der Ferrowerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die offiziell per Gesellschafterbeschluss vom 30. Juni 1936 entschieden wurde,[853] erfolgte schließlich problemlos innerhalb des vorgegebenen Zeitrahmens. Zuerst wurde die Ferrowerk GmbH

[848] Vgl. HUW 39 A 7-10, interner Schriftvermerk Nr. 186, 22. Juli 1935, S. 2.
[849] Vgl. HUW 6 F 4, Siliziumkarbidfabrik in Mückenberg, 30. März 1935.
[850] Vgl. RGBl. I, Nr. 75 vom 6. Juli 1934, S. 569-572.
[851] Boltz, Kapitalgesellschaften, S. 280.
[852] Eine Auflistung der steuerrechtlichen Vorteile findet sich gleichfalls unter HUW 39 A 7-10, interner Schriftvermerk Nr. 186, 22. Juli 1935.
[853] Vgl. HUW 40 F 4, Schreiben der Wacker-Chemie an die Association Generale du Carbure in Genf, 13. Juli 1936.

am1. Juli 1936 auf die Wacker-Chemie übertragen und dann einige Tage später, am 4. Juli, aus dem Münchner Handelsregister gelöscht.[854] Rechtsnachfolger für die laufenden Verträge wurde wie gesetzlich vorgesehen der Inhaber der Gesellschaftsanteile, die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie in München. Auch das Geschäftsvermögen, das sich laut Bilanz vom 31. Dezember 1934 auf 217.210 Reichsmark belief, wurde auf den Gesamtkonzern übertragen.[855] Nachdem die Ferrowerk GmbH aufgelöst worden war, stieg auch das Interesse der Wacker-Chemie, alle mit der ehemaligen Tochtergesellschaft verbundenen Verbindlichkeiten, Schulden und Verpflichtungen abzubauen bzw. aufzulösen. Zu den größeren Altlasten zählte das für Teile des Grundbesitzes auf die Dauer von 90 Jahren festgelegte Erbbaurecht des Vorbesitzers. Dieses war für einige Parzellen Ende Januar 1923 auf den Namen der Elektrometallurgie AG Basel ins Grundbuch eingetragen worden.[856] Die Elektrometallurgie AG hatte dementsprechend das Recht, „auf den bezeichneten Grundstücken Gebäude aller Art, insbesondere auch Wohngebäude zu errichten, bezw. zu erhalten."[857] Im Gegenzug dafür bezahlte die Elektrometallurgie jährlich einen Erbbauzins, der zunächst auf die „Höhe des amtlich festgestellten Preises für 35,75 Gramm Feingold" festgelegt war.[858]

Dass derartige Rechte überhaupt noch auf den Grundstücken lasteten, wurde der Wacker-Chemie erst bewusst, als einige der kleineren Grundstücke in den 1940er Jahren ihren Besitzer wechseln sollten.[859] Bei der geplanten Aufhebung dieser Rechte wurde es zum Problem, dass sowohl der Vorbesitzer, die Elektrometallurgie AG Basel, als auch deren Mutterkonzern Beer, Sondheimer & Co. inzwischen liquidiert waren.[860] Die Wacker-Chemie nahm daraufhin Mitte Juni 1941 Kontakt mit dem langjährigen Geschäftsführer der Elektrometallurgie AG Ludwig Scherbel in Basel auf. Dieser erklärte sich zwar kurze Zeit später mit einer Löschung einverstanden, doch das zuständige deutsche Amtsgericht wies darauf hin, dass in diesem Fall

[854] Vgl. HUW 40 F 4, Kopie des Auszugs aus dem Handelsregister München (Band 57, Nummer 24a) und HUW 40 F 4, Schreiben der Wacker-Chemie an das Münchner Gewerbeamt, 1. August 1936.

[855] Vgl. HUW 10 E 30, ohne Titel. Es handelt sich um Kopien von Auszügen einer Registratur der Rechtsabteilung in der Hauptverwaltung München und HUW 39 A 7-10, interner Schriftvermerk Nr. 186, 22. Juli 1935.

[856] Zu diesem Zeitpunkt agierten der Chemiker Ludwig Scherbel und der Kaufmann Robert Adler als Geschäftsführer der Ferrowerk GmbH, Leopold Oppenheimer als dessen Prokurist (vgl. HUW 40 F 4, Erbbauvertrag, 29. Januar 1923.)

[857] HUW 40 F 4, Paragraph 1 des Erbbauvertrags, 29. Januar 1923.

[858] HUW 40 F 4, Änderung des Erbbauvertrags vom 29. Januar 1923, hier Paragraph 6 des Verhandlungsprotokolls, 12. Oktober 1923.

[859] Beispielsweise bei der Übereignung von Wegeparzellen an den Kreis Liebenwerda im Juni 1941 (vgl. HUW 40 F 4, Schreiben der Wacker-Chemie an die Elektrometallurgie Basel, 14. Juni 1941).

[860] Beersond hatte bereits unter dem Zusammenbruch der internationalen Verbindungen im Ersten Weltkrieg gelitten und war nach einer kurzen Phase der Erholung 1929 nach rund sechzig Jahren Geschäftstätigkeit freiwillig in Liquidation getreten (vgl. Hopp, Jüdisches Bürgertum, S. 81).

„Vorsicht geboten“ sei und man daher „formstreng verfahren werde“. Damit hatte es nicht ganz unrecht. Da der tatsächliche Wert der Erbbaurechte nur schwer abzuschätzen war, genügte den deutschen Gerichten eine einfache Bestätigung der Liquidation des Schweizer Unternehmens nicht. Infolgedessen wurde das Auflösungsverfahren für die Wacker-Chemie aufwendiger und langwieriger als gedacht. Nachdem das Erbbaurecht einen Vermögenswert für das liquidierte Unternehmen darstellte, sollte sich der ehemalige Liquidator, Ludwig Scherbel, erneut zum Liquidator bestellen lassen und anschließend die Löschung des Erbbaurechtes vornehmen. Hierzu musste die Elektrometallurgie AG in Liquidation ausschließlich zur Durchführung dieser Aufgabe noch einmal in das Handelsregister eingetragen und anschließend umgehend wieder gelöscht werden.[861] Von der Anfrage nach Basel bis zur endgültigen Löschung des Erbbaurechtes vergingen folglich mehrere Monate. Hinzukam, dass Ludwig Scherbel am 15. Februar 1942 in Basel verstarb. Die Aufgabe übernahm sein Testamentsvolltrecker, Vermögensverwalter und langjähriger Stellvertreter Hans Weiland.[862] Die Streichung der auf die Elektrometallurgie AG in Basel als Vorbesitzer des Ferrowerkes eingetragenen Erbbaurechte erfolgte schließlich am 23. Juni 1942. Erst mit diesem Datum hörte die 1917 gegründete Ferrowerk GmbH tatsächlich auf zu existieren.[863]

2. Grundlagen der Produktion

Mit dem allgemeinen Konjunkturaufschwung und dem stetig steigenden Bedarf der Rüstungsindustrie nach Ferrolegierungen und chemischen Zwischenprodukten erholte sich die Nachfrage nach elektrochemischen Erzeugnissen aus Mückenberg nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise schnell. Die Auftragslage war gut und die Absatzmarkt-Prognosen vielversprechend. Das Ferrowerk produzierte binnen kürzester Zeit wieder an der Obergrenze seiner technischen Leistungsfähigkeit. Die Vollauslastung der Kapazitäten führte dazu, dass die Geschäftsleitung ab 1934 hohe Neuinvestitionen für ihren Standort in der Niederlausitz plante. Damit begann die zweite Phase der Standortexpansion.

Vor dem Ausbau der Betriebsanlagen musste jedoch sichergestellt werden, dass in Mückenberg ausreichend Rohstoffe, Arbeitskräfte und Energie zur Verfügung standen. Der Hauptfaktor, die Stromversorgung, konnte dabei dank der günstigen Verträge mit der benachbarten Bubiag und deren relativ hoher Flexibilität in Bezug auf kurz- und mittelfristige

[861] HUW 35 D 30, Interne Notiz zum Erbbaurecht der Elektrometallurgie, 19. Juli 1941.
[862] Vgl. HUW 40 F 4, Brief Hans Weilands an die Wacker-Chemie, 10. März 1942.
[863] Vgl. HUW 40 F 4, Amtsgericht Elsterwerda an die Wacker-Chemie, 24. Juni 1942.

Zusatzlieferungen zunächst als einigermaßen gesichert gelten.[864] Die Beschaffung der Rohstoffe allerdings war angesichts der Vielfältigkeit der benötigten Stoffe aufwendig und stellte die Geschäftsleitung zunehmend vor größere Herausforderungen. Zu den in Mückenberg benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen zählten unter anderem: Quarz, Sand, Eisen, Chromerz, gebrannter Kalk, Holzkohle, Eisenspäne, Elektroden, Gries-, Erbs- und Petrolkoks, Anthrazit, Sägemehl, Aluminium, Quecksilber, Salzsäure, Soda, Schwefel, Schwefelsäure, Steinsalz, diverse Öle, Zucker sowie die im eigenen Betrieb erzeugten Produkte Carbid, Chlor, Ferrochromsilicium und Ferrosilicium.[865] Dabei lagen die Bedarfsmengen, um die Größenordnung zu verdeutlichen, pro Monat bei 1.940 Tonnen Quarz[866], knapp 1.120 Tonnen Holzkohle[867], 3.300 Tonnen Anthrazit[868] und 1.420 Tonnen Chromerz[869]. Der Kalkbedarf beider Werke lag bei 280 Tonnen pro Tag.[870] Das Ladevolumen variierte zwar je nach (Bau-)Art des Transportmittels, doch wenn man von einem durchschnittlichen Ladevolumen von 15 Tonnen ausgeht, so trafen alleine für die genannten Rohstoffe rund 1.080 Wagen pro Monat bzw. 36 Wagen mit 15 Tonnen pro Werktag in den Mückenberger Wacker-Werken ein.[871]

2.1 Ressourcenmangel und Transportprobleme

Neben dem Arbeitskräftemangel, auf den an späterer Stelle noch einmal genauer eingegangen wird, bereitete die Beschaffung der benötigten Rohstoffe, allen voran bei den Massengütern Chromerz, Koks, Sand, Kalk oder Quarz, dem Unternehmen nach Verkündung des Vierjahresplans 1936, spätestens jedoch nach Kriegsbeginn, zunehmend große

[864] Zu den bestehenden Energielieferabkommen wurden 1934, 1936 und 1937 mehrere Zusatzverträge mit einer kürzeren Kündigungsfrist von drei Monaten geschlossen. Einen Überblick der neu hinzugekommen Verträge gibt es unter HUW 6 F 5, Stromlieferungsverträge mit der Bubiag, 1. September 1942. Schriftwechsel mit der Bubiag und die Vertragstexte befindet sich unter HUW 40 F 4, Stromlieferung.

[865] Vgl. HUW 39 A 7-13, Rohstoffpreise Stand Januar 1940, ohne Datum.

[866] Vgl. BArch R 13-XII/596, Rohstoffbedarf zur Herstellungsanweisung 6/35, Verbrauchszahl 1943, ohne Datum.

[867] Vgl. HUW 39 A 7-12, Mitteilung für Freyer, 13. Dezember 1937. Mit der Inbetriebnahme des Chemowerkes und der Vergrößerung weiterer Mückenberger Betriebsteile lag der Kohleverbrauch schließlich Ende 1944 bei 7.200 Tonnen monatlich (vgl. HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Direktorium Nr. 11, 3. Januar 1945) während die Einkaufsabteilung bei Kriegsbeginn noch von 7.000 Tonnen Holzkohle jährlich ausgegangen war (vgl. HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk Abteilung III, 21. November 1939).

[868] Vgl. HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk für Einkaufsabteilung, 26. Oktober 1938.

[869] Diese Menge wurde für die Erzeugung von 800 Monatstonnen Ferrochrom benötigt (vgl. BArch R 13-XII/596, Rohstoffbedarf zur Herstellungsanweisung 6/35, Verbrauchszahl 1943, ohne Datum)

[870] Vgl. BArch R 8-VIII/107, Besprechungsprotokoll der Wacker-Chemie mit der Rüstungsinspektion München, Vertretern des RLM und der Reichsstelle Chemie am 10. Dezember 1941 und HUW 6 F 5, Bericht für Hess zur Kalkversorgung, 24. April 1942.

[871] Dabei entsprachen 25 Wagen Kalk rund 380 Tonnen (vgl. HUW 6 F 5, Bericht für Hess zur Kalkversorgung, 24. April 1942). Bei den Kesselwagen für Flüssigkeiten lag das Ladevolumen mit 18 oder 19 Tonnen pro Wagen etwas höher (vgl. HUW 35 C 19, Bericht Nr. 2718 über eine Besprechung in Mückenberg, 31. Dezember 1943).

Schwierigkeiten. Selbst Alltägliches wie Holzstiele und Papiersäcke konnten in den Kriegsjahren zur begehrten Mangelware werden.[872] Die Bewirtschaftung durch zentrale staatliche oder halbstaatliche Stellen, wie etwa durch die Reichs-, Überwachungs- und Devisenstellen, aber auch durch Organe der gewerblichen Selbstverwaltung dehnte sich kontinuierlich aus und betraf von Jahr zu Jahr mehr Warengruppen. Zeitgleich verschärften sich die Bedingungen für den Erhalt der Rohstoffkontingente.[873] Nicht nur der Mangel an Roh- bzw. Hilfs-, Betriebs- und Baustoffen bedrohte den Betriebsablauf und führte zu Produktionsstilständen, auch Strommengen, Transportmöglichkeiten, Versandoptionen und Transportmittel, wie etwa Waggons, Kesselwägen oder Fässer, unterlagen der Bewirtschaftung und waren strikt kontingentiert, so dass sich auf dem Gebiet der Energieversorgung und der Logistik ebenfalls Verteilungskämpfe unter den Unternehmen (einer Region) bemerkbar machten.[874] Erschwerend kam hinzu, dass sich die staatliche bzw. militärische Versand-Priorisierung (für den Güterverkehr) entsprechend der Erfordernisse der Kriegswirtschaft kurzfristig ändern konnten. Dies führte sowohl bei den Absendern als auch bei den Empfängern der Waren zu Verwirrung über die Gültigkeit von Kennworten und Dringlichkeitsstufen.[875]

Da Kohle für die Wacker-Produktion einen besonderen, geradezu existentiellen Stellenwert besaß, beobachtete die Geschäftsleitung die Entwicklung auf dem Gebiet der Kohleversorgung besonders kritisch.[876] Für eine optimale Ausnutzung der Öfen benötigte die Wacker-Chemie hochwertige Anthrazitkohle mit niedrigem Gasanteil. Nur mit ihr war eine

[872] Vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk von Fassong an Hess, 11. August 1944; HUW 35 D 46, Aktennotiz Papiersäcke, 10. April 1943 und HUW 35 D 46, Niederschrift über eine Besprechung der Elektroschmelzwerke Kempten mit der Reichsstelle Chemie, 16. Juli 1942, S. 2.

[873] Zur Umstellung des Wirtschaftssystems vgl. Diehl, Transformation; Kahn, Steuerung, S. 417-420, 442-446. Zu den Devisen- und Überwachungsstellen vgl. auch Gäthgens, Warenbewirtschaftung, S. 28-61.

[874] Aus einer Stellungnahme des Einkaufsleiters der Wacker-Chemie, von Fassong, wird deutlich, dass es aus Unternehmenssicht bereits vor Kriegsbeginn größere Schwierigkeiten mit dem Güterverkehr der Reichsbahn gab (vgl. HUW 6 F 4, Unterlagen zum Rundschreiben Nr. 116 der Industrieabteilung der Wirtschaftskammer Bayerns, 10. Januar 1939 und Bericht von Fassongs, ebenfalls vom 10. Januar 1939). In den Kriegsjahren erhielt die Wacker-Chemie bei der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie schließlich wiederholt Absagen auf ihre Versandanfragen. Die Standardauskunft der Selbstverwaltungsorgane lautete: Sie „werden im Rahmen des Möglichen beliefert, irgendeine Zusage für verstärkte oder ausreichende Lieferung können nach Lage der Dinge nicht gemacht werden“ (HUW 28 A 18, Bericht Nr. 2605, 10. Juli 1942).

[875] Zu den zahlreichen Änderungen innerhalb der Dringlichkeitshierarchie zählte auch die im November 1944 auf Wunsch des Reichsverkehrsministeriums durchgeführte Unterteilung der „zur Beförderung in Behälterwagen zugelassenen Güter Teil 1, Abteilung B“ in die vier Gruppen Bauer (Güter, die in den PSV-Sektor eingehen oder über diesen verfrachtet werden müssen), A, B und C. Dabei fielen das Carbid und die Chlorkohlenwasserstoffe aus Mückenberg in die Gruppe A, während Acetaldehyd und Alkohol dem PSV-Sektor zugeordnet wurden (vgl. BArch R 8-VIII/461, Schreiben des Verkehrsreferates des Produktionsausschusses der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, 27. November 1944).

[876] Die Mückenberger Werke benötigten 1941 monatlich zusammen 5.350 Tonnen Steinkohle. In Burghausen waren es sogar 9.000 Tonnen (vgl. BArch R 8-VIII/107, Besprechung mit der Wacker-Chemie, 15. Dezember 1941).

hundertprozentige Ausbeute möglich. Bei minderwertigerem Koks lag die Ausbeute rund zehn Prozent niedriger. Angesichts der steigenden Rohstoff- und Kohleverknappung wirkte sich dieser an sich gering erscheinende Unterschied deutlich auf die Gestehungskosten und die Produktionsmenge aus. Gerade in Hinblick auf die Erfüllung staatlicher Produktionsvorgaben, die im Zuge der Aufrüstung stetig stiegen, wurde eine schlechtere Kohlequalität untragbar, so dass die Wacker-Chemie mehrfach bei den zuständigen Bewirtschaftungsstellen vorsprach und darauf hinwies, dass die Öfen die höherwertige Kohle benötigten, um das vorgegebene Mengensoll zu erreichen. Ohne die entsprechende Anlieferung hochwertiger Kohlesorten drohten der Wacker-Chemie Produktionsstillstände oder Minderungen[877] Angesichts der Ressourcen-Verknappung war nicht nur die Qualität, sondern auch die Herkunft des Rohstoffes durch das Unternehmen nicht mehr beeinflussbar. Je größer der Engpass, desto weniger Spielraum verblieb dem Konzern bei der Auswahl seiner Lieferanten. Die anhaltenden Lieferschwierigkeiten zahlreicher Handelspartner führten schließlich dazu, dass die Geschäftsleitung versuchte, mit Hilfe der Bewirtschaftungsstellen Druck auf die Lieferanten auszuüben oder sich neue Bezugsquellen (in den Kriegsjahren meist aus dem Ausland) zu erschließen. Als etwa die deutsche Verkaufsvereinigung Hohenbockaer Glassandgruben ihren Lieferverpflichtungen gegenüber der Wacker-Chemie nicht mehr nachkam und durch den Lieferverzug die gesamte Mückenberger Produktion bedroht war, hoffte die Wacker-Chemie mit Hilfe der Rüstungsinspektion einen Teil des im Ferrowerk benötigten Sandes aus Belgien beziehen zu dürfen – eine Notlösung, dem das Unternehmen selbst kritisch gegenüberstand, da man über keinerlei Informationen zum belgischen Lieferanten oder der Qualität der Ware verfügte.[878]

Im Zuge der Kriegswirtschaft wurden beinahe alle in Mückenberg benötigten Grundstoffe in das Bewirtschaftungs- und Kontingentierungssystem integriert, so dass der Einkaufsabteilung der Wacker-Chemie letztlich kaum noch Entscheidungsfreiheit verblieb.[879] Stahl- und Eisenkontingente waren besonders schwierig zu erhalten.[880] Sie wurden jedoch für die

[877] Vgl. HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Direktorium Nr. 8, 5. Oktober 1944.
[878] Vgl. HUW 35 D 46, Elektroschmelzwerke Kempten AG an die Werkleitung Ferrowerk, 18. Juli 1942.
[879] Für viele Engpasswaren und -produkte, wie Kohle aber auch Elektroden, wurden (Reichs-)Beauftragte ernannt (etwa HUW 6 F 5, Aktenvermerk Grafitelektroden, 12. November 1943). Zur Kriegswirtschaft vergleiche neben den drei Studien von Dietrich Eichholtz auch Brehmer, Lenkung, S. 68-88 und Pesch, Kriegswirtschaft ab 1942, S. 57-174.
[880] Schon vor Kriegsbeginn war es für die Bauprojekte ohne Kontrollnummern des Amts für Deutsche Roh- und Werkstoffe, also für Bauvorhaben, die nicht in das Dringlichkeitssystem eingegliedert waren, schwierig, vom Generalbevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung Kontingente zu erhalten (vgl. HUW 4 B 25, Jähne an Hess, 1. Februar 1938). Hinzu traten lange Lieferzeiten. Hier konnte die Wacker-Chemie allerdings auf ihre guten Verbindungen zur Stahlindustrie hoffen, denn viele der Lieferanten waren zugleich Kunden der

Erweiterung der Betriebsanlagen, bei denen man moderne Stahlkonstruktionen benutzte, dringend und vor allem in großen Mengen benötigt.[881] Zur Aufrechterhaltung der Produktion musste daher, ohne Rücksicht auf Herkunft und Qualität der Rohstoffe und Waren, das angenommen und verarbeitet werden, was den Werken von staatlicher Seite zugeteilt wurde. Da kein freier Rohstoffmarkt mehr existierte, gab es auch keine Alternativen, um sich selbst mit Grundstoffen zu versorgen. Keine Zuteilung bedeutete keine Belieferung mit Rohstoffen und damit gegebenenfalls den Stillstand der Produktion. Woher die Waren und Güter kamen, entschieden die Bewirtschaftungsstellen. Der in Mückenberg verwendete Koks beispielsweise stammte zunächst aus oberschlesischen Werken oder von der Deutschen Raffinerie AG (Deurag), musste ab 1943 jedoch aus Rumänien bezogen werden.[882] Selbst bei den wenigen nicht bewirtschafteten Rohstoffen, wie Kalk, verschlechterte sich die Versorgungslage kontinuierlich. Durch den enormen Bedarf überfordert, kamen die Kalkwerke nicht mehr mit den Lieferungen nach. Obwohl die Wacker-Chemie in Mückenberg im Jahr 1942 von sieben verschiedenen Kalklieferanten versorgt wurde,[883] begab man sich angesichts der sich abzeichnenden Schwierigkeiten bereits ab 1939 auf die Suche nach neuen Bezugsquellen, tragfähigeren Geschäftsbeziehungen und vor allem nach Erzeugern, die garantierte Liefermengen zusichern konnten.

Zudem erwog die Wacker-Chemie die Optimierung der vertikalen Integration durch den Erwerb eigener Kalkwerke oder -brüche. Dabei standen offensichtlich vor allem Beteiligungen an Kalkbrüchen in Bayern zur Diskussion. Besichtigt wurden zudem Kalkbrüche im Sudetenland, in Österreich und im Harz, wo sich der Leiter der technischen Abteilung Hiller und der verantwortliche Mückenberger Betriebsleiter Striebel durch den Kalkbruch und die Kalkofenanlage der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring führen ließen.[884] Ein geeignetes Objekt wurde offensichtlich jedoch nicht

Wacker-Chemie (vgl. unter anderem HUW 39 A 7-12, diverse Mitteilungen der Abteilung VIII den neuen Ferrochrom-Ofen in Mückenberg betreffend, 20. März 1937).

[881] Um die Mengenverhältnisse aufzuzeigen, sei an dieser Stelle auf eine Zusammenfassung der Technischen Abteilung aus dem Jahr 1941 hingewiesen, der zufolge die Acetaldehyderweiterung in Mückenberg rund 7.000 Tonnen Baueisen und knapp 12.000 Tonnen Maschineneisen erforderte. Für die Verdoppelung der Spritproduktion im selben Jahr wurden noch einmal 3.500 Tonnen Baueisen und 8.000 Tonnen Maschineneisen veranschlagt. Hinzukamen kleinere Mengen für die Vergrößerung der Chlorelektrolyse, den Ausbau der SiC-Anlage und den Carbidbetrieb in Burghausen (vgl. HUW 36 D 15, Zusammenfassung der Kosten und Eisenmengen aller Projekte für Mückenberg und Burghausen, 10. Dezember 1941). Zu den Schwierigkeiten der Eisen- und Stahlbewirtschaftung vgl. Hensler, Stahlkontingentierung, darin auf S. 36 eine Übersicht der deutschen Vorräte an Legierungsmetallen 1940-1944.

[882] Vgl. HUW 35 D 46, Niederschrift über eine Besprechung mit Hess in Mückenberg, 16. November 1943.

[883] Vgl. HUW 6 F 5, Berichte für Hess zur Kalkversorgung, 20 und 24. April 1942.

[884] Die Kalkwerke in Hohenelbe wurden durch Experten des Ferrowerkes besichtigt (vgl. HUW 16 A 35, 22. April 1941); zudem: HUW 16 A 35, Aktennotiz über Kalkbruch Grödig, 23. April 1941 und HUW 16 A 35, Bericht Striebels, 5. Juli 1941 und Bericht Hillers, 10. September 1941.

gefunden. Was für Kalk nicht gelang, verwirklichte die Wacker-Chemie bei den Rohstoffen Quarz und Chromerz, die in Siliciumcarbid- bzw. Legierungsproduktion benötigt wurden. So pachtete die Wacker-Chemie Mückenberg zur Quarzversorgung einen Steinbruch vom sächsischen Forstamt Frauenstein, der jedoch nur als Reserve erworben wurde. Dort fanden letztlich keine Abbautätigkeiten statt.[885] Zudem versuchte das Unternehmen ein eigenes Chromerzvorkommen im schlesischen Tampadel am Zobten zu erschließen und zur eigenen Rohstoffversorgung zu nutzen. Auch in diesem Fall beruhte die Entscheidung auf staatlichen Vorgaben. Die Chromerze in Tampadel waren von minderer Qualität mit niedrigem Chromgehalt und kaum für die Legierungsproduktion der Wacker-Chemie geeignet. Aus wirtschaftlicher Sicht war der Erzabbau dort daher wenig sinnvoll. Erst als der staatliche Druck auf die Legierungsproduzenten in den Kriegsjahren wuchs, auch äußerst minderwertige und somit unrentable Erzvorkommen auszubeuten, begann die Wacker-Chemie dort mit dem Abbau des Erzvorkommens.[886]

Ein weiteres Problem lag in der Planbarkeit der Rohstofflieferungen. Mit zunehmender Kriegsdauer konnte aus einem Rohstoffüberschuss binnen kürzester Zeit ein kompletter Lieferausfall werden oder umgekehrt. Die Gründe für einen Ausfall oder Rückstand des Zulieferers waren vielfältig und reichten von Produktionsstillständen durch Rohstoff- oder Arbeitskräftemangel, über fehlende Dringlichkeitsbescheinigungen und mangelnde Transportkapazitäten, bis hin zum Totalausfall durch Kriegs- oder Bombenschäden. Prognosen für den Rohstoffmarkt konnten daher nur kurzfristig getätigt werden. Selbst wohlwollende Zusagen der staatlichen und militärischen Planungsinstanzen waren meist unzuverlässig. Sie beruhten in der Regel auf optimistischen Schätzungen oder ließen aktuelle Transport- und Verteilungsprobleme außen vor. Da es sich in den Kriegsjahren bei beinahe allen in Mückenberg benötigten Rohstoffen um bewirtschaftete und kontingentierte Waren handelte, waren die Handlungsmöglichkeiten des Unternehmens stark eingeschränkt. Der Geschäftsleitung war daher bewusst, dass nur die staatlichen und militärischen Stellen bei Material-Engpässen unterstützend eingreifen und Druck auf die Lieferanten ausüben

[885] Der ab 1. Juni 1935 von der Wacker-Chemie für die Versorgung der Mückenberger Betriebe gepachtete Steinbruch am Weißen Stein grenzte an den Staatsforst Frauenstein. Die Pachtsumme betrug 200 Reichsmark jährlich zuzüglich Tonnenabgaben für den aus dem Bruch gewonnenen Quarz (vgl. HUW 36 A 21, diverser Schriftwechsel zwischen der Wacker-Chemie, dem sächsischen geologischen Landesamt, der Forstverwaltung, den angrenzenden Gemeinden und Besitzern der angrenzenden Grundstücke aus den Jahren 1935 bis 1940 sowie HUW 37 F 9, Pachtvertrag mit dem Forstamt Frauenstein für ein kleines Gelände, das als Zufahrt zum Steinbruch benutzt werden sollte, 4. Februar 1937).

[886] Zum Chromerzabbau in Tampadel siehe auch Kapitel C.2.1.2.9.

konnten.[887] Lediglich bei den Rohstoffen, an deren Disposition und Distribution das Unternehmen selbst beteiligt war, wie etwa dem Chromerz, ergab sich ein kleiner Spielraum für die Wacker-Chemie. Bei allen anderen Grundstoffen, wie etwa dem Quarzsand aus Schwarzkollm (Verkaufsvereinigung Hohenbocka), für die Siliciumcarbid-Erzeugung, deren Wochenbedarf bei 200 Tonnen lag, musste das Unternehmen permanent Kontakt zu den maßgeblichen Stellen (Landeswirtschaftsämter in Magdeburg und München[888], Rüstungsinspektion in Dresden und Verkehrsbeauftragter in Halle) halten, um dort persönlich ihre Interessen zu vertreten und dabei die Kriegswichtigkeit der eigenen Produktion zu betonen.[889]

Trotz der Transportschwierigkeiten mussten die Kunden der Wacker-Chemie in der Rüstungsindustrie, aus Mückenberger Perspektive insbesondere die Stahlproduzenten im Rheinland, fristgerecht und in ausreichender Stückzahl beliefert werden. Schon vor Kriegsbeginn wurde den Unternehmen vom Reichswirtschaftsministerium deshalb empfohlen, die verfügbaren Transportkapazitäten maximal auszunutzen. Die Bahnwagen sollten „über das Ladegewicht hinaus bis zur Tragfähigkeit“ ausgelastet werden.[890] Bei guter Verkehrslage wurde dem Unternehmen zudem nahegelegt, die eigenen Rohstofflager bis an die Grenzen der Lagerkapazitäten mit Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen aufzufüllen.[891] Die jeweilige Versandpriorität ergab sich aus den auf den Frachtbriefen eingetragenen Kennworten. Die Frachtbriefe mit Kennwörtern wurden entsprechend der Kriegswichtigkeit der Waren von den zuständigen Rüstungsinspektionen und Rüstungskommandos ausgegeben. Eine hohe Einstufung erfuhren dabei etwa die sogenannten Panzerblitz-Frachtbriefe, die der Wacker-Chemie von ihren Kunden aus der Stahlindustrie beschafft wurden und sehr begehrt waren.[892] Neben der Zuhilfenahme der IG Farben und ihres entsprechenden Einflusses erwartete die Wacker-Chemie gerade von Rüstungsfirmen und wichtigen Großkunden, wie etwa der Firma Krupp, entsprechende Unterstützung. Diese sollten ihren Einfluss beim

[887] Vgl. unter anderem den Schriftwechsel der Werkleitung Ferrowerk unter HUW 35 D 46, darunter ein Schreiben der Elektroschmelzwerk Kempten an das Werk in Mückenberg, 4. Juli 1942 sowie das Antwortschreiben der Werkleitung Ferrowerk, 7. Juli 1942.

[888] Die Zuständigkeit ergab sich durch den Münchner Geschäftssitz der Elektroschmelzwerk Kempten AG, der die Siliciumcarbid-Produktion des Ferrowerkes Mückenberg organisatorisch zugeordnet war. Zum Elektroschmelzwerk siehe Kapitel B.2.3 und C.3.2.2.

[889] Unterstützung für ihre Mückenberger Betriebsstätten erhielt die Wacker-Chemie in Transportangelegenheiten und bei der Beschaffung von Arbeitskräften unter anderem bei der Abteilung Luftwaffe der Rüstungsinspektion Dresden, zu der enger Kontakt gepflegt wurde (vgl. HUW 39 A 7-13, Bericht einer Besprechung mit Hess in Mückenberg, 29. Mai 1940). Auch mit dem zuständigen Verkehrsbeauftragten in Halle fanden „beinahe täglich“ Gespräche statt (HUW 35 D 46, Schreiben Ferrowerk an Elektroschmelzwerk Kempten, 7. Juli 1942).

[890] HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk für die Abteilungen II, III und IV, 30. August 1939.

[891] Gerade die verkehrstechnisch günstigeren Sommermonate sollten von den Unternehmen verstärkt genutzt werden (vgl. HUW 4 A 5, Rundschreiben Speers zur Bevorratung der Rüstungsindustrie mit Produktionsgütern und entsprechendes Schreiben der Wacker-Chemie an ihre Werkleiter, 24. Juni 1943).

[892] Vgl. HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Direktorium Nr. 8, 5. Oktober 1944.

zuständigen Rüstungskommando für einen reibungslosen Transport der Waren aus Mückenberg geltend machen. Das Beispiel der Frachtkennung verdeutlicht eine gängige Praxis der Unternehmen, die ohnehin ungeliebten polykratischen Strukturen des Bewirtschaftungssystems für die eigenen Zwecke auszunutzen. So bekam die Versandabteilung der Wacker-Chemie für ihre Transporte chemischer Zwischenprodukte meist das Kennwort des Generalbevollmächtigten Chemie „Krauch" zugeteilt, das in seiner Priorität jedoch hinter den Frachtbriefen mit der Kennung „Panzer-Programm" rangierte.[893] Hochpriorisierte Frachtbriefe hatte die Wacker-Chemie nur von ihrem Kunden, der Firma Krupp, erhalten, die diese wiederum vom für sie zuständigen Rüstungskommando bezogen hatten. Damit die Wacker-Chemie zukünftig selbst beim zuständigen Rüstungskommando die begehrten Panzer-Frachtbriefe beantragen konnte, übermittelte Krupp 1943 einige Auftragsnummern an die Wacker-Chemie, die sie den zuständigen militärischen Stellen anstelle der Kennung Krauch nennen sollte. Es stellte sich jedoch heraus, dass die von Krupp an die Wacker-Chemie weitergeleiteten Nummern nicht zu denjenigen gehörten, für die eine Panzer-Kennung galt. Damit scheiterte der Versuch der Wacker-Chemie, selbst in den Genuss der Frachtbriefe des Panzer-Programms zu kommen, die eine höhere Chance versprachen, auch bei Verkehrssperren oder unzureichendem Verladeraum den Transport aufrechterhalten zu können. Die hochpriorisierten Frachtbriefe mit entsprechender Auftragsnummer mussten weiter von Krupp beantragt werden, womit auch die Abhängigkeit der Wacker-Chemie von der Rüstungsindustrie bestehen bleib.[894]

Nach Kriegsbeginn traten in der Rohstoff- und Absatzlogistik jedoch neue Schwierigkeiten auf: Nun bereitete vor allem die Zurverfügungstellung von Transportmitteln wie Kesselwägen oder Blechtrommeln Probleme, von denen die Wacker-Chemie monatlich rund 10.000 Stück für den Versand ihres Carbides benötigte.[895] Zur mittelfristigen Lösung verhandelte die Wacker-Chemie deshalb einerseits mit den entsprechenden Behörden in Berlin, zum anderen zog das Unternehmen Zwischenlösungen, wie etwa die Anmietung von Kesselwägen, in

[893] Die Bezeichnung der Dringlichkeitsstufen variierte im Laufe der Kriegsjahre (vgl. HUW 35 A 40, Mitteilungen Nr. 8 des Gebechem vom 30. Januar 1942 über die Regelung des Güterverkehrs der kriegswichtigen chemischen Industrie).

[894] Vgl. HUW 35 D 46, Geheimes Schreiben der Wacker-Chemie an Krupp, 27. Dezember 1943.

[895] Erst die Einreihung der Wacker-Carbidproduktion in die „bevorrechtigte Wehrmachtsauftragsnummer SS 4927" führte im Oktober 1944 zu einer spürbaren Entlastung bei der Beschaffung von Feinblechen für Carbidtrommeln (vgl. HUW 35 E 48, Schreiben der Wacker-Chemie Hauptverwaltung an ihre Betriebsstätten, 17. Oktober 1944). Zuvor stand dem Unternehmen für Verpackungszwecke kein besonderes Kontingent zu (BArch R 8-VIII/107, Besprechungsprotokoll der Wacker-Chemie mit der Rüstungsinspektion München, Vertretern des RLM und der Reichsstelle Chemie am 10. Dezember 1941). Dennoch blieb die Versorgung problematisch: Anfang 1945 beliefen sich die noch offen Bestellungen für Trommeln auf 46.000 Stück (vgl. HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Direktorium Nr. 11, 3. Januar 1945).

Betracht. Eine weitere Option stellten Miettransportmittel dar, die bei der Wissenschaftlichen Forschungsgesellschaft (Wifo) beantragt werden konnten.[896] In diesem Zusammenhang fanden im Herbst 1944 Verhandlungen über die Anmietung von zwölf Wagons statt. Zur kurzfristigen Problembehebung entsandte das Ferrowerk bereits im Frühjahr 1941 einen ihrer Mitarbeiter zum „Suchen von Laugekesselwagen“ nach Leipzig und Saalfeld.[897] Dauerhafte Lösungen, wie etwa die Bestellung neuer Kesselwägen, benötigten viel Material und erforderten ein großes Kontingent Eisen. Die Beschaffung von Kesselwagen war zudem ein nicht zu unterschätzender Kostenpunkt, so waren zwischen 7.800 und 10.600 Reichsmark pro Kesselwagen zu entrichten. Zusätzlich musste die zuständige Reichsbahndirektion, im Falle Mückenbergs die Reichsbahndirektion Halle, die „Einstellung von Privatgüterwagen“ erst genehmigen.[898] Selbst für Blechtrommeln, die als Transportverpackung für Carbid und Beagid verwendet wurden, musste das Unternehmen eine sogenannte Blechquote beantragen.[899] Der Kauf von Transportmitteln gestaltete sich folglich in den Kriegsjahren besonders aufwendig und langwierig.[900] Dennoch verfügte die Wacker-Chemie in Mückenberg im Frühjahr 1945 noch über 35 Kesselwägen.[901] Hinzukam, dass der Warenversand zunehmend unter den Auswirkungen des Luftkrieges litt. In den letzten Kriegsjahren waren nicht nur die Transportmittel selbst, sondern auch der Güterverkehr per Schiene im Allgemeinen stark eingeschränkt. Güter- und Verkehrssperren, wie die des Herbstes 1944, brachten die gesamte Logistik zum Erliegen, zumal Militärtransporte im Zweifelsfall immer Vorrang vor industriellen Gütern besaßen.[902]

---

[896] Vgl. HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Direktorium Nr. 8, 5. Oktober 1944.

[897] HUW 35 A 8, Reisekostenabrechnung Tomaschek, 29. März 1941.

[898] Derartige Anträge aus den Jahren 1938 bis 1943 sind unter LASA DE, G 12 Reg. A Nr. 3801/ 11 und 12 überliefert.

[899] Schon vor Produktionsbeginn des Carbidofens im Chemowerk belief sich der Mückenberger Trommelbestand auf mehr als 100.000 Stück. Bis zur Inbetriebnahme sollten weitere 226.700 beschafft werden (vgl. HUW 39 A 7-12, Mitteilung an die Abteilung VIII, München 22. Februar 1938). Der Monatsbedarf an Karbidtrommeln lag im Oktober 1939 schließlich bei knapp 30.000 Trommeln (vgl. HUW 39 A 7-13, Trommelbedarf für Mückenberg, 19. Oktober 1939).

[900] Die Einkaufsabteilung der Wacker-Chemie orderte 1943 mehrere Kesselwägen für den Transport von Ätznatron bei der Waggonfabrik Raststatt. Der Auftrag wurde durch den Hauptausschuss Schienenfahrzeuge auf die Dessauer Waggonfabrik verlagert, die dafür unter anderem einen Eisenübertragungsschein über 22 Tonnen unlegierten Werkstoffs benötigte (vgl. LASA DE, I 409 Nr. 184, Bestellung der Wacker-Chemie, 25. März 1943). Bereits 1938 waren zwei Kesselwagen für Acetaldehyd, Essigsäure, Aceton und andere flüssige chemische Zwischenprodukte bei der Waggonfabrik Uerdingen bestellt worden. 1940 folgte eine Order über fünf Kesselwagen bei der Gothaer Waggonfabrik AG für Chlorkohlenwasserstoffe und Ätznatron, 1941 ein Kesselwagen von der Westwaggon AG Werk Gastell (vgl. LASA DE, G 12 Reg. A Nr. 3801/ 11, fol. 1, 38, 132, 199).

[901] Vgl. LASA DE, G 12 Reg. A Nr. 3801/ 11, Schreiben der Reichsbahndirektion Cottbus, 22. Juli 1946.

[902] Im Oktober 1944 war beispielsweise eine komplette Gütersperre in Richtung Westdeutschland verhängt worden, von der die Wacker-Chemie in Mückenberg besonders betroffen war.

Die Wacker-Chemie bewegte sich innerhalb des Bewirtschaftungssystems sowohl als Empfänger von Grundstoffen und Investitionsgütern als auch als Zulieferer für die weiterverarbeitende Industrie – sei es für die Chemische Branche oder die Stahlindustrie. Nicht nur die Produkte ihrer Zulieferer, auch die im Konzern selbst hergestellten chemischen Zwischenprodukte, wie etwa Aceton, Ferrochrom oder Polyvinylacetat waren bewirtschaftet. Dies hatte mehrere Konsequenzen: Gingen diese Zwischenprodukte wieder als Rohstoffe in den Herstellungsprozess der Wacker-Chemie ein, musste das Unternehmen selbst einen Antrag auf Kontingentszuweisung (für ihre eigenen Erzeugnisse) stellen. Auch die Empfänger und Preise dieser Produkte waren klar festgelegt, hier verblieb dem Konzern kein Spielraum.[903] Die Verwendung selbsterzeugter Chemikalien für die Weiterverarbeitung zu Derivaten oder zur Durchführung von Forschungsarbeiten musste, sofern sie generell der Bewirtschaftung unterlag, folglich in Kontingenten beantragt werden. Dies galt auch für eigene Produkte wie das vielseitig einsetzbare Vinnol, für das bei der Reichsstelle Chemie Freikontingente angefordert werden mussten.[904] Dieses für das Unternehmen äußerst nachteilige Verfahren führte zu einigen Schwierigkeiten, so stand im Sommer 1944 beispielsweise die Acetessigester- und Glybal-Produktion wegen unzureichender Spritzuteilungen still, obwohl die Wacker-Chemie den benötigten Sprit eigentlich in ihren Werken selbst erzeugte, diesen allerdings an die Reichsmonopolverwaltung abliefern musste.

Vom diesem Produktionsstillstand alarmiert intervenierte die Reichsstelle Chemie verärgert und bestellte einen Vertreter der Wacker-Chemie nach Berlin, der dort den Produktionsstillstand zu verantworten hatte. Von Seiten des Unternehmens entgegnete man der Anschuldigung, man habe nicht alles unternommen, um die Produktion aufrechterhalten zu können, damit dass, „die Reichsstelle hätte wissen müssen, daß bei unzureichender Spritzuteilung die Erzeugung eines Tages zum Erliegen kommen muss“, zumal die Wacker-Chemie bei der Reichsstelle bereits wiederholt erfolglos wegen der Erhöhung des eigenen Kontingentes vorgesprochen hatte. Im Ergebnis erhielt das Unternehmen zwar eine zusätzliche Lieferung, musste der Reichsstelle aber die Verwendung derselben restlos offenlegen und zudem „eine Aufstellung über die dieser Spritzuteilung entsprechenden Erzeugungsmöglichkeiten für die einzelnen Produkte“ einreichen.[905]

[903] Für Polyvinylacetat vgl. HUW 27 A 13, Lieferung und Selbstverbrauch von Polyvinylacetat, 11. März 1941.
[904] Vgl. HUW 28 A 18, Bericht Nr. 2605, 10. Juli 1942.
[905] HUW 28 A 18, Niederschrift über verschiedene Besprechungen in Berlin, 22. Juli 1944.

In einem anderen Fall reichten die Carbid-Kapazitäten des Chemowerkes für die neu geplante Essigäther-Anlage in Mückenberg nicht aus. Selbst die Umrüstung eines Ferrowerk-Ofens von Ferrosilicium auf Carbid schloss die Lücke nicht.[906] Carbid wurde zur Mangelware und die Weiterverarbeitung zu Acetaldehyd entsprechend den vorgegebenen staatlichen Planzahlen nicht mehr gewährleistet, so dass die eigene Produktion in den Kriegsjahren um Zukäufe von Fremd-Carbid aufgestockt werden musste.[907] Im Geschäftsjahr 1941 handelte es sich hierbei immerhin um knapp 8.000 Tonnen, was zu diesem Zeitpunkt etwa 11,5 Prozent der eigenen Carbid-Erzeugung entsprach. Die Menge des Zukauf-Carbids für Mückenberg schwankte zwischen 2.000 Tonnen 1942 und 9.000 Tonnen 1943. Der Carbid-Bedarf zur Erzeugung von chemischen Zwischenprodukten stieg ab 1943 noch einmal signifikant an. Im Zuge dessen erhöhte sich auch die Menge des von der Wacker-Chemie eingekauften Fremdcarbids auf mehr als 17.000 Jahrestonnen. Mehr als die Hälfte davon, gut 9.000 Tonnen, mussten an das Chemowerk Mückenberg geliefert werden. Zu den Bezugsquellen zählten zunächst die Carbidwerke in Ludwigshafen (IG Farben), Maria Rast (Stickstoff-Werke A. G. Ruse), Waldshut (Lonza) und Spremberg (Lonza). Hinzu kamen 1943 kleinere Lieferungen aus Schaffgotsch, Falkenau, Königshütte, Norwegen, Ober-Lazisk und Bata.[908] Im Folgejahr erhielt der Standort Mückenberg darüber hinaus zusätzliche Lieferungen aus dem IG Farben Werk Auschwitz, die mit 2.500 Jahrestonnen knapp die Hälfte des insgesamt bereitgestellten Fremdcarbids darstellten.[909] In anderen Fällen gab es sogar Anwendungsverbote. Sie regelten für welche Endprodukte der Rohstoff prinzipiell nicht eingesetzt werden durfte. So wurde Ende April 1941 etwa die Verwendung von Polyvinylchlorid für Schuhe und Schuhabsätze verboten. Da die Wacker-Chemie zu dieser Zeit mit Polyvinylchlorid für Schuhsohlen experimentierte, legte das Unternehmen mit dem Argument, Schuhsohlen würden in der Verordnung nicht explizit genannt und man habe schließlich ein Versuchskontingent für diesen Kunststoff, bei der Reichsstelle Chemie erfolgreich Einspruch gegen die Anwendung dieser Regelung ein.[910]

Ähnlich verhielt es sich mit der Beschaffung von Reparaturbedarf. Was die knappen Eisen- und Baustoffressourcen betraf, so stand die Wacker-Chemie im direkten Wettstreit mit

[906] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21. November 1940, S. 4.
[907] Diese Praxis wurde im Burghausener Werk bereits seit Jahren angewandt. Die dortige Abhängigkeit von der saisonal unterschiedlich hohen Wasserkraft führte zu enormen und letztlich kaum kalkulierbaren Schwankungen in der Erzeugungsmenge, so dass man dort langfristig auf den Zukauf von Carbid sowie die Lieferungen aus Mückenberg angewiesen war.
[908] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1943, S. 1 und 58.
[909] Vgl. HUW 4 C 19, Technischer Kurzbericht für das Jahr 1944, ohne Datum.
[910] Vgl. HUW 6 F 6, Bericht Nr. 2728, 7. Februar 1944 und HUW 27 A 13, Wacker-Chemie an Reichsstelle Chemie, 30. Mai 1941.

anderen Bedarfsträgern der Region. Da mangelnde Wartung und Modernisierung der Maschinen, Apparaturen, Öfen und technischen Einrichtungen häufig zu Betriebsstillständen führten oder gar die Betriebssicherheit gefährdeten, nutzte das Unternehmen deshalb alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um bei den entsprechenden Stellen genügend Kontingentzuweisungen für die technische Instandhaltung der Anlagen (sogenannte WB-Kontingente) zu erhalten. Die Zuständigkeitsgrenzen waren hierbei jedoch fließend. In der Regel mussten die Vertreter des Unternehmens an mehreren Stellen vorsprechen, um von einer der Behörden tatsächlich eine Zuteilung zu erhalten. Im Falle eines Kontingentes von 80 Tonnen Eisen und Stahl, das für Ersatz- und Reserveteile für die Hydrolanlage in Burghausen benötigt wurde, lehnte das Reichsamt für Wirtschaftsausbau die Anforderung der Wacker-Chemie ab und verwies das Unternehmen zurück an die Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie. Die Reichsstelle als Aussteller des Kontingents wäre dem Unternehmen jedoch deutlich lieber gewesen, denn dort waren die Kontingente, wurden sie denn bewilligt, in der Regel größer und die tatsächlichen Lieferchancen aufgrund der höheren Priorität der Reichsstelle gegenüber der Wirtschaftsgruppe um einiges höher.[911]

Auch die zunächst vielversprechende Kennzeichnung der einzelnen Betriebsteile als OKW-Spezialbetrieb brachten laut den Ausführungen des Einkaufsleiters der Wacker-Chemie „nur die Unterstreichung der Dringlichkeit für die Beschaffung solcher Produkte, die in die Erzeugung eingehen, bei uns also eigentlich nur Kalk, Kohle, Salz, allenfalls noch Absticheisen“ mit sich. Reparaturbedarf und Material zum Unterhalt der Anlagen fanden hierbei offensichtlich keine Berücksichtigung.[912] Mit zunehmender Kriegsdauer und anhaltender Vollauslastung der Anlagen häuften sich infolgedessen die Produktionsstillstände. Sie entwickelten sich zu einem ernstzunehmenden Problem.[913] Zusätzlich traten Betriebsstörungen bei der Bubiag auf, die eine Strom-Unterversorgung der Mückenberger Werke zur Folge hatte. Der Wacker-Chemie in Mückenberg standen kurz vor Kriegsbeginn im Juli 1939 rund 74.000 Kilowattstunden zur Verfügung, die allerdings nicht ausreichten, um die Anlagen voll auslasten zu können. Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die Stromkosten in Mückenberg bereits auf mehr als 2,2 Millionen Reichsmark.[914] Alleine der Carbid-Ofen des Chemowerkes benötigte 30.000 Kilowattstunden.[915] Bis zum Frühjahr 1942

[911] Vgl. HUW 39 A 7-13, Reisebericht Kalb und Kuglstatter, 25. Januar 1940.
[912] HUW 6 F 5, Schriftvermerk von Fassong an Hess, 20. Mai 1942.
[913] Im Jahr 1943 lag der durch technische Störungen und Reparaturen verursachte Produktionsausfall nur im Siliciumcarbid-Betriebsteil bei knapp zehn Prozent.
[914] Vgl. HUW 7 B 2, Verpflichtungen aus Strom-Lieferungsverträgen, 15. April 1939.
[915] Vgl. HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk Abteilung VIII, 13. Mai 1939.

war der Monatsbedarf des Ferro- und Chemowerkes Mückenberg noch einmal gestiegen und lag bei insgesamt 79.000 Kilowattstunden.[916] Angesichts des hohen Energiebedarfes im Rüstungskommando Halle sollte die Stromversorgung bereits seit geraumer Zeit ausgebaut werden.[917] Zwar konnte durch die Genehmigung der ASW als zweiten Stromlieferanten für Mückenberg und dem damit erfolgten Anschluss an das Fernnetz zwischen Lauchhammer und Gröditz tatsächlich etwas mehr Energie für das Ferro- und Chemowerk erhalten werden, doch blieb die Abhängigkeit vom Hauptlieferanten und Nachbarn, der Bubiag, groß.[918]

Auch andere Faktoren beeinflussten die Instandhaltung der Betriebsanlagen, so musste sich die Wacker-Chemie bei Wartungen und Reparaturmaßnahmen nach dem Energieversorger richten. Wurde bei der Bubiag eine Turbine überholt, fanden zeitgleich die notwendigen Wartungsabschaltungen an den Öfen im Ferro- und Chemowerk statt, um den Verlust an kostbarer Zeit und Strom so gering wie möglich zu halten.[919] Die Betriebssituation verschlechterte sich noch einmal deutlich durch die zunehmenden Luftangriffswarnungen, die ebenfalls zur Abschaltung oder zumindest zu einer Drosselung der Produktion führten. Angesichts der angespannten Lage bei der Energieversorgung fiel auch Strom unter die Bewirtschaftung. Wie gravierend der Energiemangel im Laufe des Kriegs wurde, geht aus einer Aufstellung der Wirtschaftsgruppe hervor: Statt den 10.650.000 für die Ferrochrom-Produktion in Mückenberg und Tschechnitz benötigten Kilowattstunden wurden im September 1942 nur 4.601.300 Kilowattstunden geliefert. Die Fehlmenge entsprach also quasi einer Monatsproduktion.[920]

---

[916] Vgl. BArch R 8-VIII/17, Vermerk über die Besichtigung der Mückenberger Wacker-Werke, 24. April 1942. Der Strombedarf der Mückenberger Werke war damit jedoch nicht überdurchschnittlich hoch, wie aus den monatlichen Übersichten des Statistischen Reichsamtes hervorgeht, belief sich der Strombedarf für die gesamte deutsche Erzeugung von Carbid im Carbidofen auf rund 463 Millionen Kilowattstunden (vgl. BArch R 3/1856, Monatliche Erhebung Juni 1944, ohne Datum, fol. 84).

[917] Es gab Bestrebungen des Oberkommandos der Wehrmacht und des Reichswirtschaftsministeriums „die Stromerzeuger und -verbraucher des ostelbischen Braunkohlegebiets“ zusammenzuschließen, die jedoch auch bei Kriegsbeginn noch nicht realisiert werden konnten. Die Mitteldeutschen Stahlwerke und die ASW planten zu dieser Zeit eine 100-KV-Leitung zwischen Gröditz und Lauchhammer zu installieren, an die nun auch die beiden Wacker-Werke in Mückenberg angeschlossen werden sollten. Ferro- und Chemowerk waren bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich mit den Anlagen der Bubiag verbunden gewesen (vgl. HUW 39 A 7-13, Schriftvermerke Abteilung VIII, 11. Oktober sowie 22. und 24. November 1939).

[918] Die angelieferte Stromleistung der Bubiag betrug im Herbst 1943 zwischen 78 und 80 MW. Diese Lieferungen waren ausreichend, so dass die Wacker-Chemie wieder auf die zusätzliche Energie der ASW verzichtet konnte, „was der ASW sehr erwünscht ist“ (HUW 35 D 46, Besprechung mit Hess in Mückenberg, 16. November 1943).

[919] Vgl. BArch R 8-VIII/107, Besprechungsprotokoll der Wacker-Chemie mit der Rüstungsinspektion München, Vertretern des RLM und der Reichsstelle Chemie am 10. Dezember 1941 und HUW 35 D 46, Niederschrift der Besprechung mit Hess in Mückenberg, 11. August 1943.

[920] Vgl. R 13-XII/598, Stromversorgung der Ferrochrom-Erzeuger Stand September 1942, ohne Datum, fol. 5.

Die im Zuge der Rohstoffbeschaffung geführten schriftlichen und mündlichen Verhandlungen mit Bewirtschaftungsstellen, Rüstungsinspektionen und anderen Behörden sowie die damit verbundenen Aushandlungsprozesse bedeuteten für das Unternehmen einen nicht zu unterschätzenden bürokratischen Mehraufwand. Täglich waren entsprechende Anträge und Eingaben zu erstellen und einzureichen. Es musste bei den Bewirtschaftungsstellen, Selbstverwaltungsorganen und Ministerien in Berlin vorgesprochen werden, auch die Vorgaben des staatlichen Berichtwesens waren zu erfüllen. Hinzukamen regelmäßige Besprechungstermine auf lokaler und regionaler Ebene sowie ein kaum noch überschaubarer Zusatzaufwand, der durch die strikten staatlichen Kontrollverfahren ausgelöst wurde. Als im Herbst 1942 schließlich durch die Reichsstelle Chemie von den Unternehmen zusätzliche Angaben über die erzeugten chemischen Produkte und deren Anwendungsbereiche gefordert wurden, beschwerte sich Otto Ambros (IG Farben) beim Reichsbeauftragten Chemie. Ambros sprach in seinem Schreiben sicherlich auch im Namen von Johannes Hess, wenn er aus Unternehmersicht bemerkte:

> „so muß ich doch stark betonen, daß allmählich der Anteil des kontrollierenden und schreibenden Personals ein Maß annimmt, das bei der Mangellage an produzierendem Personal ungesund erscheint. In den nächsten Tagen verlieren wir wiederum eine Reihe von Arbeitskräften und ich sehe nun große Gefahren, wenn diese Flut von Kontrollarbeit anwächst. [...] Ich möchte Sie also bitten, wenn es einigermaßen möglich ist, uns von derartigen Belastungen zu verschonen und darauf Rücksicht zu nehmen, daß die wenigen Kräfte, die noch verbleiben, für die Bewältigung der ungeheueren Sorgen im Arbeitseinsatz und zur Aufrechterhaltung der Produktion frei bleiben.“[921]

2.2 Das Beispiel Chromerz

2.2.1 Der Chromerzmarkt vor dem Zweiten Weltkrieg

Zu den Bodenschätzen, die in Deutschland überhaupt nicht vorkommen, denen aber eine „dominierende wirtschaftliche Bedeutung“ zukam,[922] zählt das zur Erzeugung chromhaltiger Ferrolegierungen für die Stahlindustrie wichtige Chromerz.[923] Das Chromerz musste folglich wie die meisten Eisenerze aus dem Ausland importiert werden. Die Währungskrise, der internationale Protektionismus, aber auch die durch die Aufrüstung angekurbelte Nachfrage

[921] Das Schreiben Ambros ging als Kopie an Johannes Hess (vgl. HUW 4 C 20, Ambros an Ungewitter, 12. Oktober 1942.
[922] Schlarp, Ausbeutung, S. 204.
[923] Da Chrom den Hauptträger aller Legierungsstähle darstellt und ohne Chrom eine hochentwickelte Rüstungsindustrie nicht aufrechterhalten werden kann (Denkschrift Speers vom 12. November 1943, zitiert nach Janssen, Ministerium Speer, S. 214).

nach Legierungen sowie das deutsche Außenhandelsdefizit sorgten in den 1930er Jahren für Spannungen auf dem Weltmarkt und Importschwierigkeiten bei den deutschen Erzeugern. Nach 1935 stiegen die weltweiten Chromerz-Verbrauchsmengen so stark an, dass eine Bedarfsdeckung aus den bestehenden Gruben nicht mehr gewährleistet war. Nachdem 1936 die gesamte internationale Chromerz-Fördermenge, die von den Experten der Wacker-Chemie fälschlicherweise auf 600.000 Tonnen geschätzt wurde,[924] verkauft war, entstand unter den Verbraucherländern ein erbitterter Konkurrenzkampf um den rüstungswichtigen Rohstoff. Die Folge waren enorme Preissteigerungen, die den Druck auf die deutsche Legierungsindustrie, darunter auch die Wacker-Chemie in Mückenberg und Tschechnitz, erhöhten.

Die drei größten Chromerzabbaugebiete Rhodesien, Neukaledonien und die Türkei förderten zusammen rund 600.000 Tonnen jährlich. Zwar war der Transportweg aus Jugoslawien und Griechenland für deutsche Unternehmen der kürzeste, doch bauten diese Länder nur 30.000 bzw. 50.000 Tonnen Chromerz jährlich ab.[925] Um den internationalen Bedarf zu decken, mussten die Förderquote erhöht und neue Abbaugebiete erschlossen werden. Allerdings waren aus Rhodesien und Neukaledonien prinzipiell keine höheren Chromerzmengen zu erwarten. Auch der größte jugoslawische Grubenbesitzer, die mazedonische Allatini Mines, plante eine Steigerung seiner Chromerzrate, doch war die Erhöhung erst für das Jahr 1938 geplant.[926] Der globale Wettstreit um die vorhandenen Ressourcen verschärfte sich daher bereits ab Ende 1936 noch einmal dramatisch: Der weltweiten Gesamtfördermenge von 850.000 Tonnen Chromerz standen Bestellungen in Höhe von 915.000 bis 935.000 Tonnen Chromerz gegenüber.[927] Schenkt man dem Zahlenmaterial der Minemet, einem Lieferanten der Wacker-Chemie, Glauben, so lag der deutsche Gesamtverbrauch nach Verkünden des Vierjahresplanes bereits mit weitem Abstand vor den Verbrauchszahlen anderer europäischer Länder (vgl. Tabelle 17). Im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich benötigten die deutschen Stahl- und Legierungsproduzenten zu diesem Zeitpunkt bereits die dreifache

[924] Vgl. HUW 27 D 11, Niederschrift Schindelins, 27. Januar 1937.
[925] Vgl. Schlarp, Ausbeutung, S. 204.
[926] Das Erz der Allatini-Minen war Wascherz mit einem Chromoxyd-Gehalt von nur rund 23 Prozent, so dass es nach der Förderung weiter aufbereitet werden musste. Hierzu diente eine Konzentrierungsanlage, die das Erz auf einen Chromoxyd-Wert von 50 Prozent anreicherte. Ein Ausbau dieser Anlage fand Ende 1936/Anfang 1937 statt (vgl. HUW 27 D 11, Niederschrift Schindelins, 27. Januar 1937).
[927] Vgl. HUW 6 F 4, Niederschrift Schindelins über eine Besprechung zwischen der Minemet, der Ferro-Metall & Pyrit AG sowie der Wacker-Chemie am 14. Oktober 1937. Noch heute gibt es eine Holdinggesellschaft mit dem Namen Minemet. Diese ist eine Tochtergesellschaft der französischen IMETAL-Gruppe. Ihr Aufgabenspektrum umfasst die Vertretung und den Handel von Nichteisenmetallen und anderer Erzeugnisse für die Industrie (zitiert nach http://europa.eu/rapid/press-release_IP-94-692_de.htm [zuletzt am 25. März 2016]).

Menge Chromerz. Größter Chromerzverbraucher waren indes die USA, die fast zwei Drittel des Chromerzes aufkauften.

Land /Region	Verbrauch in Tonnen
USA	600.000
Deutschland	120.000
Frankreich	45.000
Großbritannien	40.000
Schweden	30.000-40.000
Norwegen	30.000
Italien	25.000
Österreich	10.000-20.000
Polen	10.000
Tschechoslowakei	5.000

Tabelle 17: Internationaler Chromerzverbrauch 1937 nach Angaben der Minemet

Im Zuge des Wirtschaftswachstums stieg jedoch auch die deutsche Inlandsnachfrage an. Gleichzeitig stagnierte aufgrund des wachsenden internationalen Protektionismus und des Beibehaltens der Reichsmark-Goldparität der Export deutscher Güter ins Ausland. Damit vergrößerte sich das deutsche Handelsdefizit rasant. Die Importe mussten im Sinne einer ausgeglichenen Handelsbilanz gedrosselt werden, was sich allerdings bei rüstungsrelevanten Rohstoffen wie Eisen- und Chromerzen, die für die Stahlindustrie eine elementare Rolle spielten, nur schwerlich realisieren ließ, zumindest nicht, wenn die deutschen Aufrüstungspläne wie geplant durchgeführt werden sollten. Der sogenannte Neue Plan des deutschen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsministers Hjalmar Schacht (1877-1970) legte daher bereits im Herbst 1934 einen seiner Schwerpunkte auf die Absicherung der importabhängigen deutschen Rohstoffversorgung. Neben einer Bilateralisierung der Handelsbeziehungen sah er eine weitreichende Steuerung und Förderung des Außenhandels vor, bei dem die Importe rüstungsrelevanter Rohstoffe durch eine steigende Exportrate deutscher Fertigerzeugnisse und Investitionsgüter ausgeglichen werden sollten. Um den Abfluss an Gold und Zahlungsmitteln zu unterbinden, wurden die zwischen dem Deutschen Reich und seinen Handelspartnern getätigten Importe und Exporte in der Folgezeit mit Hilfe eines Clearing-Systems quasi bargeldlos abgewickelt.

Die Wacker-Chemie zählte zusammen mit der GfE zu diesem Zeitpunkt bereits zu den größten Ferrochrom-Erzeugern des Deutschen Reiches und plante, ausgelöst durch die hohe Nachfrage, ihre Kapazitäten weiter auszubauen. Der Chromerzgesamtbedarf des Unternehmens sollte sich dadurch bis zum Frühjahr 1936 auf über 1.500 Tonnen monatlich

erhöhen.[928] Zu den beim Einkauf des Chromerzes entscheidenden Faktoren zählte neben dem Preis auch die Qualität der Erze, die prinzipiell vom Chrom-Anteil bestimmt wurde. Chromerz konnte als Stückware oder Konzentrat eingekauft werden, wobei das Konzentrat schwieriger zu beschaffen und angesichts des höheren Chrom-Anteils teurer war. Nach der Ferrochrom-Erweiterung in Mückenberg lag der monatliche Bedarf des Ferrowerkes ab Oktober 1937 bei 690 Tonnen Stückerz und 950 Tonnen Konzentrat. Hinzu kamen auf Konzernebene noch 11.860 Tonnen Stückerz für Tschechnitz und 6.370 Tonnen Stückerz bzw. 390 Tonnen Konzentrat für das Burghausener Werk.[929] Insgesamt schätzte die Wacker-Chemie ihren Bedarf 1937 auf mehr als 25.000 Tonnen Stückerz und knapp 8.000 Tonnen Konzentrat jährlich. Die Beschaffung dieser Rohstoffmengen war angesichts der geschilderten Importschwierigkeiten problematisch, so dass die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie erwog, auch kleinere, risikobehaftete Erzposten „ohne Bindung an größere Schlüsse“ zu kaufen.[930]

Die drei Standorte, an denen die Wacker-Chemie Ferrochrom produzierte, Burghausen, Tschechnitz und Mückenberg, wurden nicht zwingend von denselben Händlerfirmen beliefert. Während für den Standort Burghausen aufgrund seiner räumlichen Nähe zu den südosteuropäischen Ressourcen und den damit verbundenen günstigen Frachtpreisen zu Beginn der 1930er Jahre vor allem das serbische Erz der Erzhütte Wien, aber auch das jugoslawische Erz der Firma Jorysch aus Basel in Betracht kam, war für die Ferrochrom-Produktionsstätte in der Niederlausitz auch der Bezug von Chromerz aus Übersee preislich attraktiv.[931] Während der Weltwirtschaftskrise hätte die Wacker-Chemie gerne Geschäftsbeziehungen nach Übersee geknüpft, um auf diese Weise vom Wertverlust des Pfundes zu profitieren, doch ließen sich diese Pläne offensichtlich nicht realisieren.[932] So stammte das Erz für die Mückenberger Produktion weiterhin überwiegend aus dem Königreich Jugoslawien. Zu den Lieferanten zählten die Erzhütte Wien, die Firma Klöckner sowie das Frankfurter Unternehmen Dietz.[933] Die Erzhütte vertrieb bis zum Ablauf ihres

[928] Vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk Schindelins für die Direktion, 16. Oktober 1935.
[929] Vgl. HUW 27 D 11, Voraussichtliche Stückerz & Konzentratsverbräuche bis 1. Januar 1938, 2. Dezember 1936.
[930] HUW 6 F 4, Schriftvermerk Schindelins für die Direktion, 16. Oktober 1935.
[931] Die Fracht für die Lieferungen der Erzhütte erhöhte sich bei einer Anlieferung nach Mückenberg um 13,20 Mark pro Tonne (vgl. HUW 39 A 7-8, Schriftvermerk Schindelins über die Chromerzpreise Stand August 1932, 3. August 1932).
[932] Vgl. ebd.
[933] Unter den Lieferanten wurden 1935 zudem die Händler Rawack & Grünfeld und Url in Pasing sowie die Firma Jevin aus Timisvara in Rumänien angeführt (vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk Schindelins für Direktor Hess, 4. Oktober 1935).

Vertrages mit der Wacker-Chemie 1937 das mazedonische Erz der Allatini Mines und der Chromasseo AD, zu der die bedeutende Chromerzförderstätte Jeserina gehörte.[934] Für Mückenberg wurde zeitweise auch asiatisches Chromerz eingekauft, das von der Firma Ferro-Metall & Pyrit mit Sitz in Berlin bezogen wurde.[935] Bei der Ferro-Metall & Pyrit, von der die Wacker-Chemie größere Lieferungen aus der Türkei erhielt, handelte es sich um einen langjährigen Geschäftspartner und den größten Chromerzlieferanten des Unternehmens.[936] Wie die Verhandlungen des Jahres 1936 zwischen der Ferro-Metall & Pyrit AG, dem französischen Direktor der Minemet Robin, der als Vertreter der türkischen Fethiye-Gruben agierte, und der Wacker-Chemie belegen, bemühte sich der Konzern sehr darum, so eng wie möglich mit den Händlern und Grubenbesitzern zusammenzuarbeiten, um die Rohstoffversorgung der eigenen Legierungsbetriebe langfristig zu sichern.[937] Über den Bezug türkischen Chromerzes wurde Ende 1936 zusätzlich mit der Hamburger Firma Siegmund Robinow & Sohn verhandelt.[938]

Im Zuge der wachsenden Nachfrage nach Chromerz, stiegen auch die Preise. Die Erzhütte Wien, deren Lieferungen vor allem nach Burghausen gingen, zog ihre Preise bereits 1934 deutlich an, woraufhin die langjährigen Geschäftsbeziehungen zur Wacker-Chemie zunächst abbrachen. In der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie vermutete man daraufhin, dass Wien nun wohl andere Legierungshersteller, wie etwa die Firmen Ruse und Aussig, bevorzugt belieferte und daher keinen wirklich großen Wert mehr auf die Zusammenarbeit mit dem bayerischen Unternehmen legte. Nachdem sich die deutschen Kunden auch auf dem türkischen Markt nicht gegen die internationale Konkurrenz durchsetzen konnten, wurden die Lieferungen aus dem Balkan immer wichtiger für die Wacker-Chemie, zumal sich das Chromerz der Erzhütte ohnehin besonders für die Verfahren in Burghausen und Tschechnitz, nicht jedoch für das Ferrowerk eignete. Zudem verfügten die südosteuropäischen Erze über den Vorteil des sicheren Landtransportes. Die Wacker-Chemie verzichtete daher nur ungern auf diesen Lieferanten. Da die Erzhütte jedoch die Bezahlung im Rahmen des jugoslawischen Clearings nicht akzeptierte – mit diesem Verfahren hätte der Lieferant die ihm zustehende Summe erst Monate später erhalten – scheiterten die weiteren Verhandlungen 1935. Der

[934] Vgl. HUW 27 D 11, Schriftvermerk der Abteilung VIII für die Direktion, 4. Dezember 1936.
[935] Vgl. HUW 39 A 7-8, Auszug aus der Erzliste, 3. August 1932.
[936] Im Oktober 1935 wurden beispielsweise 12.000 Tonnen türkisches Erz von der Ferro-Metall & Pyrit erwartet. Ebenfalls aus der Türkei kamen 1.000 Tonnen, die von der Firma Rawack & Grünfeld angeliefert werden sollten (vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk Schindelins für die Direktion, 16. Oktober 1935.
[937] Vgl. HUW 6 F 4, Besprechungsniederschrift Schindelins, 15. Oktober 1936.
[938] Vgl. HUW 27 D 11, Niederschrift Schindelins über ein Gespräch mit der Überwachungsstelle für Eisen und Stahl, 3. Dezember 1936.

Vorschlag der Erzhütte, das Geschäft über die Verkaufsorganisation der IG Farben Juganil abzuwickeln, ließ sich mit den geltenden deutschen Devisenvorschriften nicht vereinbaren.[939] Indem sie Chromerzangebote, die sie über ihre türkische Vertretung erhalten hatte, nach München weiterleitete, war die IG Farben der Wacker-Chemie dennoch bei ihrer Chromerzversorgung behilflich.[940] Auch bei der Verteilung der jugoslawischen Erzvorkommen spielte die IG Farben eine gewisse Rolle.[941] Wie aus einem Schreiben der Wacker-Chemie an Heinrich Gattineau (1905-1985) hervorgeht, verständigte man sich im Oktober 1937 darauf, dass die jugoslawischen Erzvorkommen künftig unter der Führung der IG Farben bzw. Heinrich Gattineaus „geprüft, und falls die Prüfung günstig ausfällt, deren Ausbeutung gefördert werden" sollte. Zuvor bereits hatten sich die Firmen Petric & Co. Zagreb und Harry Schoenbein Westerland-Sylt als Vertreter der Belgrader Mutual-Bank mit Chromerzangeboten an die Wacker-Chemie gewandt. Da es sich hierbei um neue, dem Konzern unbekannte Lieferanten handelte, musste das Chromerz erst geprüft werden. Diese Aufgabe wurde gleichfalls der IG Farben überlassen.[942]

Die hohe Nachfrage vor allem deutscher, amerikanischer und englischer Firmen und die dadurch steigenden Preise blieben für die Wacker-Chemie auch in der Folgezeit ein großes Problem.[943] Nicht nur der Preis für türkisches Erz, der sich innerhalb kürzester Zeit um fünf bis zehn Mark pro Tonne erhöht hatte, auch die Frachtkosten stiegen sprunghaft an. So war die Rede von einer Preiserhöhung der Schiffsfrachten um 75 bis 100 Prozent.[944] Ein Ende des Preisanstiegs war nicht vorhersehbar, wofür die deutschen Verbraucher die Überwachungsstelle verantwortlich machten. Selbst „die Überwachungsstelle für Eisen und Stahl, die seit einiger Zeit die in den Devisenanträgen genannten Preise genauestens prüft, lässt solche Preise zu", so die Kritik der Geschäftsleitung.[945] Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Ausbauplanungen[946] und dem Bedarf für die erst im Entstehen begriffenen Bereitschaftsanlagen, deren Bautermine und Umfang zu diesem Zeitpunkt nicht einmal feststanden, war der Gesamtrohstoffbedarf schwer kalkulierbar geworden. Sicher war nur, er

[939] Vgl. HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk Abteilung VIII, 30. September 1935.
[940] Vgl. HUW 4 B 25, Schreiben der IG Farben Einkaufsabteilung Frankfurt an Direktor Hess, 22. Januar 1936.
[941] Die IG Farben interessierte sich ebenfalls verstärkt für den Import von Rohstoffen aus Südosteuropa, so zum Beispiel für Molybdän, das unter anderem zu Hydrierungszwecken benötigt wurde (vgl. BArch R 13-XII/591, Hydrierungszwecke, ohne Datum, fol. 21-25 und Schreiben der IG Farben, 15. Oktober 1943, fol. 97).
[942] HUW 4 B 25, Schreiben Schindelins an Heinrich Gattineau, 16. Oktober 1937.
[943] Vgl. HUW 27 D 11, Niederschrift Schindelins über ein Gespräch mit der Überwachungsstelle für Eisen und Stahl, 3. Dezember 1936.
[944] Vgl. HUW 27 D 11, Schriftvermerk der Abteilung VIII für die Direktion, 3. Dezember 1936.
[945] Ebd.
[946] Die Rede war Ende 1936 von einem neuen Ofen „d" in Mückenberg.

würde definitiv überdurchschnittlich hoch ausfallen. Vom Jahresbedarf 1937, der auf 86.000 Tonnen Chromerz geschätzt wurde,[947] deckte die Wacker-Chemie 50 Prozent über sogenannte feste Käufe. Zusätzlich plante die Hauptverwaltung 10.000 Tonnen Chromerz ein, das im zweiten Halbjahr von der Minemet geliefert werden sollten. Doch auch die Lieferkapazitäten der Minemet waren mit diesem Lieferversprechen völlig erschöpft, so dass die noch fehlenden 32.000 Tonnen über andere Handelspartner beschafft werden mussten.[948] Nachdem 1936 der Hauptlieferant der Wacker-Chemie, die Berliner Ferro-Metall & Pyrit, ebenfalls die Grenzen seiner Lieferfähigkeit erreichte und keine Zusatzlieferungen übernehmen konnte, musste man in München, wenngleich mit Widerwillen, mit einer Reihe kleinerer Lieferanten verhandeln. Nach eigener Aussage trug die Wacker-Chemie damit zweifellos selbst „zusammen mit den Käufern in England, Amerika und Skandinavien zur sprunghaften Erhöhung der Preise bei.“[949] Zu den Anbietern, mit denen infolgedessen Verhandlungen aufgenommen wurden, zählten die Allatini Mines, von denen zuvor bereits über die Erzhüttte Wien Chromerz bezogen wurde. Das Verkaufsgespräch führte Schindelin[950] direkt mit dem Leiter der Gruben Hans Steiger.[951] Ein Vorteil der Wacker-Chemie war die gute Bahnanbindung der Werke, die den problemlosen Abtransport der Erze garantierte – ein Aspekt, auf den die Verhandlungspartner der Allatini Mines durchaus Wert legten. Zwar war die reguläre Fördermenge des Jahres 1937 bereits verkauft, doch wollte man der Wacker-Chemie gegebenenfalls Anteile an einer zusätzlich geplanten Fördermenge zukommen lassen. Von der Fördermenge 1938 wurde der Wacker-Chemie, sofern das Clearing-Verfahren es gestatte, 5.000 bis 6.000 Tonnen fest in Aussicht gestellt. Die Wacker-Chemie hatte also einen weiteren Lieferanten gewinnen können, wenngleich dieser erst in Zukunft Entspannung bei der Chromerzversorgung versprach. Unsicher blieb jedoch noch der Preis des Chromerzes, zumal auch die Grubenbetreiber weiter steigende Preisen ankündigten.[952] Ein Lösungsansatz zur raschen Senkung der Preise wäre laut Geschäftsleitung die gänzliche „Abstoppung des deutschen Bedarfs“ gewesen.[953] Diese erforderte zwar die Zusammenarbeit aller deutschen

[947] Als Bedarf wurden rund 30.000 Tonnen Chromerz für die Produktion und 55.000 weitere Tonnen für den Lagersollbestand angesetzt (vgl. HUW 27 D 11, Schriftvermerk der Abteilung VIII für die Direktion, 3. Dezember 1936).

[948] Vgl. HUW 27 D 11, Schriftvermerk der Abteilung VIII für die Direktion, 3. Dezember 1936.

[949]. Ebd.

[950] Zu seiner Rolle siehe auch Kapitel C.2.1.2.2

[951] Der am 11. Januar 1894 in Innsbruck geborene Hans Steiger war österreichischer Staatsbürger. Der studierte Ingenieur wirkte als technischer Direktor der Allatini Mines. Mit der Errichtung des österreichischen Konsulats in Skopje, dessen Leitung er 1929-1938 übernahm, erfolgte die Ernennung zum Ehrenkonsul (vgl. Dorner-Brader, Protokolle des Ministerrates, S. 439 und 753).

[952] Vgl. HUW 27 D 11, Niederschrift Schindelins, 27. Januar 1937.

[953] Als Maßnahme wurde „die Unterbrechung aller Anfragen, Käufe, Frachtenabschlüsse usw. [...].“ vorgeschlagen, zudem sollten „ebenso mit sofortiger Wirkung alle eingehenden Angebote von den Beteiligten

Verbraucher mit der staatlichen Überwachungsstelle, wäre gleichzeitig jedoch auch allen Beteiligten zugutegekommen.[954]

Angesichts der weiterhin angespannten Marktsituation setzte die Wacker-Chemie in der Folgezeit verstärkt auf das türkische Potential. Zu diesem Zweck fanden im Herbst 1937 weitere Gespräche über die künftigen Chromerzliefermengen zwischen der Minemet, die hierbei die türkischen Fethiye-Gruben vertrat, der Ferro-Metall & Pyrit AG sowie der Wacker-Chemie statt, die zu diesem Zeitpunkt der größte Kunde der Fethiye-Gruben war.[955] Nicht nur die Geschäftsbeziehung zur Erzhütte Wien hatte unter der Einführung des Clearing-Verrechnungssystems gelitten, auch die Verträge mit der Minemet ruhten deshalb zeitweise und sollten erst zum Geschäftsjahr 1938 erneuert werden. Die Minemet bot der Wacker-Chemie für das erste Halbjahr 10.000 Tonnen Erze an, davon 6.000 Tonnen hochwertige Chromerze mit einem Chromoxyd-Gehalt von 48 Prozent oder mehr. Auch die Bitte der Wacker-Chemie um weitere 10.000 Tonnen für das zweite Halbjahr und die Weigerung der Münchner Geschäftsleitung, 42-prozentiges Erz abzunehmen, stießen auf Verständnis seitens der Minemet. Dort war man offensichtlich trotz der hohen internationalen Nachfrage besonders an einem Geschäftsabschluss mit der Wacker-Chemie interessiert, ansonsten hätte man bei der Minemet diese Bedingungen kaum akzeptiert. Letztlich wurde sogar versucht „durch Tausch mit Lieferungen an andere Kunden“ bei der Dezember-Verschiffung zusätzlich noch 3.000 Tonnen Stückerz und 1.000 Tonnen Konzentrat für die Wacker-Chemie zu bekommen. Für dieses Entgegenkommen mussten die Zahlungsmittel allerdings sofort bereitgestellt werden. Die Zwischenfinanzierung erfolgte durch die Wacker-Chemie, die einen entsprechenden Antrag bei der Dresdner Bank stellte.[956] Die Einkaufsstrategie der Wacker-Chemie zeigte Wirkung. Zum Jahresbeginn 1938 lagerten bei der Wacker-Chemie schließlich knapp 14.000 Tonnen Chromerz, gut 6.500 Tonnen alleine am Standort Mückenberg. Hinzu kamen neue Einkäufe in Höhe von 19.250 Tonnen, so dass dem Unternehmen nun rund 33.000 Tonnen Chromerz zur Verfügung standen.[957]

---

abgelehnt werden“. Ein riskanter Vorschlag, bedenkt man die knappen Chromerz-Ressourcen und den großen Bedarf der deutschen Rüstungsindustrie an ferrochromhaltigen Legierungen (HUW 27 D 11, Schriftvermerk der Abteilung VIII für die Direktion, 4. Dezember 1936).

954 Vgl. HUW 27 D 11, Schriftvermerk der Abteilung VIII für die Direktion, 4. Dezember 1936.

955 „Wacker ist der grösste Abnehmer von „Minemet“ und soll auch in Zukunft im Rahmen der durch den Zahlungsverkehr gegebenen Möglichkeiten bevorzugt behandelt werden“ (HUW 6 F 4, Niederschrift Schindelins über eine Besprechung zwischen der Minemet, der Ferro-Metall & Pyrit AG sowie der Wacker-Chemie am 14. Oktober 1937).

956 Ebd.

957 Vgl. HUW 27 D 11, Aktennotiz ohne Titel, 24. März 1938.

2.2.2 Die Einkaufsspezialisten der Wacker-Chemie

Neben den Mitgliedern der Geschäftsleitung, Ludwig Hörmann und Wolfgang Freyer, waren es vor allem zwei jüngere Angestellte des Unternehmens, die sich im Bereich der Rohstoffbeschaffung besonders engagiert zeigten und den Großteil der Verhandlungen mit der Fachabteilung Ferrolegierung oder der Reichsstelle für Eisen und Stahl geführt haben. Einer der beiden war der bereits erwähnte Walter Schindelin,[958] der am 7. Oktober 1902 als Sohn des evangelischen Kaufmanns und Geschäftsführers Friedrich Schindelin im Wuppertaler Stadtteil Barmen geboren wurde. Nach dem Besuch der Volksschule und des humanistischen Gymnasiums nahm er im November 1921 das Studium der Elektrotechnik an der Technischen Hochschule München auf, das er nach acht Semestern erfolgreich mit seiner Diplomprüfung beendete. Es folgte die Promotion im Juni 1928. Dass er anschließend den Weg zur Wacker-Chemie gefunden hat, ist indes kein Zufall. Die Geschäftsleitung, insbesondere Johannes Hess, unterhielt eine enge Verbindungen zur Technischen Hochschule München, die sich in zahlreichen personellen Verbindungen widerspeigelte. So fanden zahlreiche junge Chemiker und Ingenieure ebenso wie Walter Schindelin, der im Juni 1928 in das expandierende Unternehmen eingetreten war, nach ihrem Studien- oder Promotionsabschluss bei der Wacker-Chemie eine Anstellung. Von besonderem Interesse für den international ausgerichteten Wacker-Konzern waren sicherlich die guten Fremdsprachenkenntnisse Schindelins, der neben Englisch auch Französisch sprach. Der Elektrotechniker verbrachte schließlich seine gesamte berufliche Laufbahn bei der Wacker-Chemie in München. Er arbeitete zunächst für die technische Abteilung VIII der Hauptverwaltung unter der Leitung von Hermann Hiller. In dieser Zeit bereiste er unter anderem die Werke in Tschechnitz und Mückenberg. Er half bei der Montage der großen Betriebserweiterung in Mückenberg 1935 vor Ort mit und war wesentlich an den Planungen des Chemowerkes beteiligt.[959] Seine Reisetätigkeit für den Konzern führte ihn darüber hinaus mehrfach ins Ausland.

Schindelin machte schnell Karriere im Unternehmen und wurde im April 1939 zum Handlungsbevollmächtigten ernannt. Nachdem er die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters übernommen hatte und als Beauftragter für die Reichsstelle bei der Chromerzbeschaffung auf „dem ehemaligen jugoslavischen [sic!] Gebiet“ tätig war,

[958] Eigentlich Hermann Walter Schindelin, Rufname Walter (vgl. HUW 13 B 5, Personalunterlagen OFK Schindelin).
[959] Vgl. HUW 39 A 7-10, Mitteilung Hillers an die Abteilung VI der Hauptverwaltung, 7. August 1935.

beantragte das Direktorium der Wacker-Chemie trotz Lohnstoppverordnung beim zuständigen Treuhänder der Arbeit in München für ihn eine Erhöhung seines Monatsgehaltes.[960] Eine seiner wichtigsten Aufgaben war die Teilnahme an den zentralen Besprechungen zum Thema Chromerzbewirtschaftung in Berlin. Dabei verfügte Schindelin als Beauftragter der Reichsstelle über bestimmte Vorrechte: Er konnte sich von den zuständigen Behörden etwa amtliche Statistiken zu den verschiedenen Erzlieferungen zusammentragen und vorlegen lassen, was gleichfalls für eine aktive Rolle Schindelins bei den Planungs- und Allokationsprozessen spricht.[961] Offensichtlich hatte es sogar ein Planungsgremium gegeben, das den Namen Schindelin-Ausschuss getragen hatte. Sein Engagement als Chromerzbeauftragter der Reichsstelle hatte nach Kriegsende keinerlei Konsequenzen.[962] Zwar wurde er am 5. Oktober 1945 auf Weisung des Sub-Control-Officers zunächst entlassen, zwei Wochen später jedoch bereits wieder rehabilitiert und in seine alte Position eingesetzt, da es sich bei der Entlassung um einen Irrtum gehandelt hatte.[963] Ab 1952 leitete er die Carbidabteilung in Burghausen, wo er auch nach seiner Pensionierung am 1. Oktober 1967 wohnen blieb. Über sein Privatleben ist nicht viel bekannt: Er wurde nach seiner Heirat im Januar 1931 Vater von fünf Kindern.[964] Auf der Arbeit galt er als unermüdlich. Lob erfuhr er vor allem für seinen „hohen Sachverstand“[965]. Dr. Walter Schindelin verstarb am 6. Dezember 1995 im Alter von 93 Jahren.[966]

Einen etwas anderen, nicht akademischen Weg zur Wacker-Chemie beschritt der zweite Einkaufsexperte Karl Fahnler, der am 20. Januar 1899 in Wien geboren wurde. Der Sohn eines katholischen Krankenkassenrevisors besuchte nach der Volks- und Bürgerschule eine dreiklassige kaufmännische Fortbildungsschule. Fahnler, der schon in jungen Jahren einen gewissen Ehrgeiz gezeigt hatte, arbeitete nach eigener Aussage „eifrig und unablässig“ an seiner weiteren Ausbildung.[967] Dafür besuchte er neben Matura-Vorbereitungskursen, Abend- und Sprachschulen als Gasthörer vier Semester lang Lehrveranstaltungen der

[960] Vgl. HUW 13 B 5, Schreiben der Geschäftsleitung an den Treuhänder der Arbeit im Arbeitsamt München, 15. Dezember 1941.
[961] Vgl. HUW 15 A 2, Bericht Schindelins über die Berliner Besprechungen, 26. Oktober 1942.
[962] Die Suche nach Walter Schindelin in den Beständen des ehemaligen BDC (Bundesarchiv Berlin) ergab keine Treffer. Zudem sind keine Entnazifizierungsunterlagen von ihm überliefert. Schindelin scheint vermutlich kein Parteimitglied der NSADP gewesen war. Gleiches gilt für Karl Fahnler.
[963] „Dass nach einer neuerlichen Mitteilung des Sub-Control-Officers vom 20. X. es sich bei dieser Anordnung um einen beim Military Government für den Stadtkreis München entstandenen Fehler handelt“ (HUW 13 B 5, Schreiben der Wacker-Chemie an Schindelin, 20. Oktober 1945).
[964] Die Ehefrau hieß (Veronika Frieda) Marie Luise Siebert und stammte aus Kassel-Wilhelmshöhe.
[965] HUW 13 B 5, Nachruf, 7. Dezember 1995.
[966] Vgl. HUW 13 B 5, Kopie der Sterbeurkunde, 7. Dezember 1995.
[967] HUW 13 A 1, Personalbogen, 2. Dezember 1939.

Staatswissenschaften (Volkswirtschaft) an der Wiener Universität. Die erste Station seines beruflichen Werdeganges führte ihn vom Wiener Fabriks- und Grosshandlungshaus in Kolonialware, wo er vom Kontoristen zum Bürochef aufgestiegen war, zum Korrespondenten und Abteilungsleiter mit Dispositionsrecht beim Wiener Bankkommissionsgeschäft Katz & Reich, bevor er als Beamter der Buchhaltung und Liquidator bei der Allgemeinen Depositenbank eine neue Anstellung fand. Auch er verdankte seine weitere Karriere den Fremdsprachenkenntnissen. So wechselte er 1924 zum Carbidwerk Deutsch-Matrei, wo er als Englisch-Französisch-Korrespondent arbeitete. Im Carbidwerk Matrei, einem Unternehmen der Elektrobosna, hatten zuvor bereits die beiden Direktoren der Wacker-Chemie, Hiller und Rambausek, ihre berufliche Karriere begonnen. Fahnler lernte dort zunächst den Ferrosiliciumverkauf kennen, war dann jedoch in der Buchhaltung tätig, wo er wiederum mit der Karbid-Gesellschaft in Berührung kam. Vermutlich lernte er in diesem Kontext auch Wolfgang Freyer kennen. Freyer wurde in der Folgezeit zum Förderer des jungen Österreichers und engagierte ihn 1927 als Sekretär des Präsidenten für das neu gegründete Internationale Ferrosilicium-Syndikat. Nach dem Tod Rosenbaums im Jahr 1929 übernahm Freyer den Posten des Syndikatspräsidenten und arbeitete folglich eng mit Fahnler zusammen. In den Folgejahren avancierte Fahnler ebenso wie sein Mentor zum Experten für Syndikats- und Kartellfragen. Schließlich wurde er im Frühjahr 1938 in die Leitung der Ferrosilicium Gesellschaft mbH berufen, für die er eine Handelsvollmacht besaß. Als das internationale Syndikat mit Kriegsbeginn aufgelöst wurde, wechselte Fahnler zur Wacker-Chemie nach München.

Der auf den 15. Januar 1940 datierte Arbeitsvertrag sah eine Beschäftigung Fahnlers als kaufmännischer Angestellter in der Hauptverwaltung vor. Dort setzte er seine praktischen Erfahrungen und Fähigkeiten im Bereich der modernen Büroführung, der Organisation, der Personalführung, der Disposition und der Rhetorik nicht zuletzt auch bei der Zusammenarbeit mit den Behörden und Bewirtschaftungsstellen gewinnbringend für das Unternehmen ein. Die bereits beim Arbeitsantritt garantierte Verleihung einer Handlungsvollmacht erfolgte nur ein halbes Jahr später, im Mai 1940. Zum Arbeitsfeld Fahnlers zählten der Verkauf von Carbid, Acetylen und Sauerstoff sowie die Carbidbeschaffung und der Chromerzeinkauf. Darüber hinaus arbeitete er an der Syndikatsverrechnung für Carbid und Ferrosilicium, bei der Tri-Konvention, der Zellwolle-Ausfuhr-Gemeinschaft und beim Essigsäure-Syndikat mit. Schließlich wurden ihm der gesamte Export, der Inlands- und Auslandsverkauf der Silicone und der Bereich des Reinstsiliciums zugeteilt. Nach Kriegsende setzte sich Fahnler „sehr stark für die Abwehr der Demontage des Carbidwerks ein.“ Zu den Höhepunkten seiner Karriere

bei der Wacker-Chemie zählten die Verleihung der Prokura im April 1953 und die Bestellung zum Geschäftsführer der Chr. Dederer GmbH, einer Tochtergesellschaft, die sich auf den Verkauf von Essigessenz spezialisiert hatte, im Mai desselben Jahres. Seine hohe Reisetätigkeit setzte er als Exportleiter fort. So reiste er zwischen 1948 und 1959 nicht nur nach Ungarn und auf den Balkan, sondern auch mehrfach nach England, Frankreich, Skandinavien, in die Schweiz, nach Italien und in die Benelux-Länder. Zudem war er Gründungsmitglied im Verband der chemischen Industrie, wo er seit 1949 dem Handelspolitischen Ausschuss angehörte. Die Wacker-Chemie vertrat er im Beratungsausschuss für Autogentechnik e.V. (BEFA) und als Delegationsführer der deutschen Chlorkohlenwasserstoff-Gruppe beim Bureau International Technique in Brüssel (BIT). Nach vierzigjähriger Tätigkeit für die Elektrobosna und die Wacker-Chemie trat er 1964 in den Ruhestand. Fahnler verstarb am 17. Februar 1968.[968]

2.2.3 Die Chromerzversorgung in den Kriegsjahren

Eine weitere Zäsur in der Chromerzversorgung der Wacker-Chemie stellte der Beginn des Zweiten Weltkrieges dar. Mit ihm brachen für die deutschen Legierungshersteller zahlreiche Bezugsmöglichkeiten, allen voran aus dem Überseehandel, weg, so dass sich die Versorgungslage der Ferrolegierungsindustrie noch einmal empfindlich verschlechterte. Der Kauf und Verbrauch des als äußerst rüstungswichtig eingestuften Chromerzes wurde in den Kriegsjahren folglich streng überwacht und (preislich wie mengenmäßig) bewirtschaftet.

Nachdem zahlreiche der herkömmlichen Bezugsmöglichkeiten entfallen waren, richtete sich der Blick der deutschen Chromerzverbraucher auf die Erzvorkommen in Südosteuropa, zumal der Landweg über den Balkan im Krieg als sicherster Transportweg galt. Den Stellenwert, den der jugoslawische Bergbau in der Folgezeit für die deutsche Kriegswirtschaft einnahm, hebt ein Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums hervor:

> „Die Erzeugnisse des Metallerzbergbaus des Südostraumes folgen sich nach ihrer Bedeutung für die deutsche Rüstungsindustrie in dieser Reihe: Chromerz, Molybdän, Antominerz, Wismut, Schwefelkies, Bleierz, Asbest, Bauxit, Glimmer, Kupfererz, Zinkerz. Am Allerwichtigsten ist Chromerz, da Chrom bei der Herstellung von Edelstählen durch andere Metalle nur in geringem Umfang ersetzt werden kann, wobei die Austauschmetalle selbst zu den Mangelmetallen gehören. Es gibt in Europa keine andere Möglichkeit, Chromerz zu gewinnen außer auf dem Balkan. Ausweichmöglichkeiten sind also keine vorhanden. Der Schutz des Chromerzbergbaus

[968] Vgl. Wacker-Werkzeitung 2 (1968), S. 2.

> und der Chromerztransporte muß daher als eine der vordringlichsten Aufgaben der deutschen Wehrmacht angesehen werden.“[969]

Ein Großteil der Chromerzimporte floss in die Legierungsproduktion. Daneben fand es auch in anderen Bereichen, wie etwa bei der Herstellung von Chrommagnesit-Steinen für die feuerfeste Industrie, Verwendung. Die chemische Industrie benötigte 1943 beispielsweise rund 2.000 Tonnen Chromerz monatlich, die deutschen Ferrochromproduzenten 8.500 Tonnen, die norwegische Ferrochromindustrie, die ebenfalls für Deutschland produzieren musste, noch einmal weitere 2.000 Tonnen, so dass sich damit für alle Sparten ein deutscher Gesamtbedarf von 163.000 Tonnen Chromerz jährlich ergab. Dies entsprach einem Bedarf von 13.500 Tonnen Chromerz monatlich, die es nun galt, vom Balkan oder der Türkei zu beschaffen.[970] Einer der staatlichen Lösungsansätze war die Reduzierung des Chromerzbedarfes durch Verwendungsverbote; so wurden in den Kriegsjahren für die feuerfeste Industrie nur noch in Ausnahmefällen Chromerzkontingente genehmigt.[971] Durch den Wegfall dieser Zuteilungen sank die Leistungsfähigkeit der in der Stahlerzeugung eingesetzten Martin-Öfen jedoch so gravierend, dass die Bewirtschaftungsstelle „im Zuge der Erhöhung der Stahlerzeugung der feuerfesten Industrie ein Chromerz-Kontingent von 1000 mot [zugebilligte], das aus den südgriechischen Gruben (Union Minière) gedeckt [wurde].“[972]

Größte Sorgen bereitete der Wacker-Chemie die Gefahr eines durch Rohstoffmangel hervorgerufenen Produktionsstillstandes, wie er bei einem Ausfall eines der Chromerzlieferanten, wie etwa der Türkei, schnell eingetreten wäre. Auch die griechischen Ressourcen waren nach Ansicht des Unternehmens für den deutschen Markt noch nicht voll ausgeschöpft worden, hier gab es noch Potential. So strebte die Wacker-Chemie in ihren Verhandlungen mit der Bewirtschaftungsstelle und dem Reichswirtschaftsministerium neben einer allgemeinen Erhöhung der Handelskontingente eine bessere strategische Ausrichtung des deutschen Chromerzeinkaufes an, für die man sich gegebenenfalls selbst auf Ministerialebene, also beim Reichswirtschaftsministerium, stark machen wollte. Die Gruben auf dem Balkan waren ein zu diesem Zeitpunkt „von den deutschen Händlern wenig gepflegtes Gebiet“, aus dem sich in den Augen der Geschäftsleitung im Notfall schnell

[969] BArch R 26-VI/675, Schnellbrief des Reichswirtschaftsministeriums, 29. August 1944.
[970] Vgl. HUW 15 A 2, Übersicht Schindelins über den Chromerzverbrauch in den Jahren 1943 und 1944, 16. Januar 1943.
[971] Vgl. BArch R 13-XII/568, Schreiben der Fachabteilung an die Außenstelle der Reichsvereinigung Eisen Böhmen und Mähren, 15. November 1943. Vergleiche hierzu auch den Akt BArch R 13-XII/594, der sich auf den Verbrauch von Chromerz für die Chrommagnesit-Stein-Erzeugung bezieht, an deren Verteilung die Wacker-Chemie allerdings nicht beteiligt gewesen zu sein scheint.
[972] HUW 15 A 2, Übersicht Schindelins über den Chromerzverbrauch in den Jahren 1943 und 1944, 16. Januar 1943.

größere Erzmengen nach Deutschland transportieren ließen. Diese Überlegungen der Wacker-Chemie deckten sich weitgehend mit den Vorstellungen der zuständigen Überwachungsstelle, die ebenfalls den Import von Bodenschätzen aus Jugoslawien und Griechenland stärken wollte.[973]

Um die Qualität des noch unbekannten Chromerzes aus Südosteuropa vorab zu überprüfen, schlug Schindelin vor, sich „mit einem Bergbau-Sachverständigen zu verbinden, der Berichte über die verschiedenen Gruben aus vorhandener Kenntnis oder durch Reisen in unserem Auftrage übermittelt.“[974] Indem die Wacker-Chemie den Sachverständigen beauftragen wollte, stellte das Unternehmen sicher, selbst die gewünschten Informationen zur Chromerzförderung in Südosteuropa zu erhalten. Es sollte bezüglich der Informationen nach Möglichkeit keine Abhängigkeit von Dritten entstehen. Wie es Schindelin formulierte, hätte die Wacker-Chemie damit „auch gegenüber den staatlichen Stellen eine bessere Stellung“. Andernfalls sah man sich davon bedroht, bei der Verteilung übergangen zu werden, zumal das Unternehmen ohnehin damit rechnete, „über kurz oder lang“ von staatlicher Seite gefragt zu werden, ob und wie der Konzern gedenke, künftig „Einfluss auf einzelne Gruben“ zu nehmen, insbesondere sollte die Wacker-Chemie ihr Interesse an diesen Abbaustätten bekunden.[975] Finanziell war die Bestellung eines eigenen Südost-Experten kein Nachteil, denn auch die Händler verrechneten dem Unternehmen die Unkosten für ihre Voruntersuchungen. Auf diese Weise wäre, so der Vorschlag Schindelins, der Vorgang direkt über die Wacker-Chemie gelaufen, die dadurch selbst alle Fäden in der Hand gehalten hätte.

Die Unternehmen, denen der Bezug von Chromerz genehmigt wurde, bekamen ein genau festgelegtes Kontingent von der zuständigen Bewirtschaftungsstelle zugewiesen, die zudem gemäß den gültigen Preisstoppverordnungen die Preisfestsetzung kontrollierte. Die Bewirtschaftung von Chromerz übernahm die Reichsstelle für Eisen und Stahl, bis sie diese Aufgabe an die am 16. Juni 1942 neu gegründete Fachabteilung Ferrolegierungen abtrat. An der Spitze dieser Untergliederung der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie stand der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Edelstahlwerke und Leiter der GfE, Dr. Heinz Gehm, der zugleich Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke (Vestag) war. Zum

[973] „Auch von ihnen wird dauernd gewünscht, dass wir den Erzimport aus dem Balkan fördern und zum anderen suchen diese Stellen bekanntlich nach Ausbeutung neuerer Fundstellen“ (HUW 27 D 11, Schriftvermerk Schindelins für Direktion, 15. Juli 1938).
[974] HUW 27 D 11, Schriftvermerk Schindelins für Direktion, 15. Juli 1938.
[975] „Wenn wir diesen Bestrebungen nicht wenigstens zu einem gewissen Grade nachgehen, könnte es leicht vorkommen, dass ohne unser Wissen Lieferungen vereinbart werden, zu deren Abnahme wir hinterher gezwungen sind, ähnlich wie das bei dem Allatini-Kauf der Fall war“ (HUW 27 D 11, Schriftvermerk Schindelins für Direktion, 15. Juli 1938).

Geschäftsführer wurde der Diplom-Volkswirt Nehrenberg bestellt.[976] Die „Verordnung zum Schutze der Rüstungswirtschaft“ vom 21. März 1942[977] und die „Anordnung Nr. 3“ der Reichsvereinigung Eisen zur Neuordnung der Meldepflicht für Stahlveredler und Ferrolegierungen vom 8. Juli 1943 verstärkten die Kontrolle des Warenverkehrs durch die Fachabteilung Ferrolegierung zusätzlich.[978] Zu den Aufgaben der Fachabteilung wiederum zählte die Verteilung und Freigabe der lieferbaren Chromerzmengen an die Produzenten, die damit verbundene Erteilung von Liefer- und Verbrauchsgenehmigungen – ohne eine entsprechende Genehmigung durfte keine Lieferungen empfangen werden – sowie die Kontrolle des Importverfahrens und der Chromerzpreise. Da die personelle Zusammensetzung wie in allen Selbstverwaltungsorganen der gewerblichen Wirtschaft üblich auf Führungskräften aus der Industrie beruhte, befand sich die Fachabteilung wiederholt in Opposition zum Reichswirtschaftsministerium, das die Ansicht vertrat, die Fachabteilung arbeite zu unternehmerfreundlich.

Was die Förderung und den Einkauf der Erze in Jugoslawien oder der Türkei betraf, konkurrierten die deutschen Firmen zumeist mit der englischen Legierungsindustrie, die ebenfalls versuchte, ihren Einfluss auf die dortigen Bergwerke auszudehnen und möglichst viel Chromerz in Südosteuropa einzukaufen. Obwohl die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei nach dem Ende des Ersten Weltkrieges über Bau-, Handels- und Kreditverträge intensiviert worden waren und Deutschland im Jahr 1932 zum wichtigsten Handelspartner der Türkei aufstieg, gelang es zunächst nicht, sich gegen die englischen Interessen am türkischen Chromerzmarkt durchzusetzen.[979] Zwar stammten vor Kriegsbeginn gut 50 Prozent der Chromerzimporte in Deutschland aus der Türkei und das türkische Guthaben erreichte im deutsch-türkischen Clearing-Verfahren bereits 1936 ein Plus von 91

[976] Vgl. HUW 10 C 45, Schreiben der Fachabteilung an die Herstellerfirmen von Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredlern, 26. Juni 1942.

[977] Mit der Verordnung des Führers zum Schutze der Rüstungswirtschaft vom 21. März 1942 sollten Verstöße gegen die Vorgaben der Rüstungsstellen besonders streng bestraft werden. Verboten waren vor allem Falschangaben bei Bedarf, Verbrauch und Lagermengen von Rohstoffen, Geräten oder Maschinen, aber auch bei der Bedarfs- und Bestandsmeldung von Arbeitskräften (vgl. Moll, Führer-Erlasse, S. 242).

[978] „sind von jetzt an u.a. die Meldungen über die Gewinnung, die Verarbeitung und den Verbrauch von Veredlungserzen der Fachabteilung Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredler der Wirtschaftsgruppe Chemie zu erstatten. Ebenso haben Erzeuger und Einfuhrhändler mit Ferrolegierungen und Legierungsmetallen künftig ihre Meldungen an die Fachabteilung Ferrolegierungen zu richten, während Verbraucher und Binnenhändler […] ihre Meldungen an die Fachgruppe Edelstahl der Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie zu erstatten haben.“ Festgeschrieben wurde neben der Meldepflicht auch die Pflicht zur Lagerbuchführung (vgl. exemplarisch für die Wacker-Chemie BArch R 13-XII/591, Antrag auf Freigabe von 4.000 Tonnen Veredlungserzen, Vorstoffen und Zwischenprodukten bei der Fachabteilung, 20. November 1943, fol. 218 und 219).

[979] „Bis 1938 baute Deutschland seine ökonomische Vormachtstellung in der Türkei erheblich aus. Der deutsch-türkische Handel vervierfachte sich seit 1933 und erreichte bei der türkischen Ein- und Ausfuhr fast 50 Prozent“ (Bürgel / Avebury, Türkeipolitik, S. 266).

Millionen Reichsmark,[980] doch sicherte sich Großbritannien die gesamte türkische Chromerzerzeugung der Jahre 1940 bis 1942. Andere Länder würden in diesen Jahren nicht beliefert werden – ein Horrorszenario für die deutschen Legierungshersteller. Kaum erfolgsversprechender sah es zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in den anderen südeuropäischen Abbauregionen aus: Zwar hatte das überwiegend agrarisch geprägte Jugoslawien im Mai 1934 einen Handelsvertrag mit dem Deutschen Reich abgeschlossen, der einen gegenseitigen Warenaustausch vorsah.[981] Zwei Jahre später war das Deutsche Reich mit einem Anteil von 23,7 Prozent immerhin der größte Abnehmer jugoslawischer Waren geworden.[982] Doch gewann Deutschland dadurch nicht den erhofften Einfluss auf den Abbau der jugoslawischen Bodenschätze. „Noch im Jahre 1937 befanden sich 89 % des Aktienkapitals des jugoslawischen Bergbaus in französischer und britischer Hand. In Makedonien war besonders der englische Konzern Allatini Mines aktiv“[983], in dessen Bergwerken mehrere tausend Bergarbeiter arbeiteten.[984]

Sowohl die deutsche Regierung als auch die Industrie bemühten sich in der Folgezeit um neue Handelsbeziehungen, um zusätzliche Vertragsabschlüsse, oder auch um Beteiligungen an jugoslawischen (Bergbau-)Unternehmen. Zu den Angeboten der deutschen Regierung zählte auch die geologische Untersuchung der jugoslawischen Chromerzvorkommen. Gleichsam kam es auf Anregung der deutschen Regierung zur Bildung der Jugochrom AG im August 1940. Diese gemeinschaftlich von den Reichswerken Hermann Göring und dem Krupp-Konzern geleitete Unternehmung sollte vor allem Krupp dabei helfen, die eigene Stellung im südosteuropäischen Bergbau auszubauen.[985] Im Verwaltungsrat saß der spätere Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft in Serbien, Franz Neuhausen.[986] Ende 1941 erfolgte die Umfirmierung in Deutsch-Bulgarische Chromerzbergbau AG (Chromag) mit Sitz

[980] Alleine der Wert der Chromerzlieferungen war in dieser Zeit von 35.000 Reichsmark 1929 auf 3,4 Millionen Reichsmark 1937 angestiegen.
[981] Vgl. Schönfeld, Rohstoffsicherungspolitik, S. 216.
[982] Vgl. ebd., S. 216-217.
[983] Die Allatini vollzog 1927 einen Besitzerwechsel. Im Jahr 1926 firmierte sie noch als Fratelli Allatini (vgl. BArch R 63/192, Schreiben der Erzhütte Wien an die Reichsstelle für Eisen und Stahl, 19. Mai 1941); vgl. auch Opfer-Klinger, Bulgarische Herrschaft, S. 233.
[984] Vgl. Boškovska, Makedonien 1918-1941, S. 196.
[985] „Später sollte die Jugochrom im deutsch besetzten Jugoslawien das Monopol für die Chromerzförderung erhalten“ (Opfer-Klinger, Bulgarische Herrschaft, S. 234). Die Bestätigung erfolgte durch den Vertreter der Vierjahresplanbehörde in Belgrad, Generalkonsul Neuhausen (vgl. Schönfeld, Rohstoffsicherungspolitik, S. 226).
[986] Freytag, Südosteuropa, S. 219.

in Sofia.[987] Trotz aller Bemühungen änderte sich die Situation erst grundlegend mit dem deutschen Balkanfeldzug Anfang April 1941.

Streit um das mazedonische Chromerz

Zu den Chromerzbergbau-Regionen auf dem Balkan zählten Albanien, Serbien, Bulgarien[988], Mazedonien und Nordgriechenland. Zu den wichtigsten Bodenschätzen aus dem serbischen Gebiet gehörten: Blei, Zink, Kupfer, Silber, Antimon, Wismut, Chrom, Schwefelkies und Bor, Rohglimmer, Asbest und Magnesit. Aus Mazedonien wurde Blei, Molybdän, Chrom Schwefelkies, Rohglimmer und Magnesit exportiert.[989] Aus Albanien stammte Chromerz und Magnesit.[990] Angesichts dieser Vielfalt wurde die Sicherung der jugoslawischen Rohstoffquellen für die deutsche Industrie ein Kriegsziel mit besonders hoher Priorität.[991] Die Frage, wem das rohstoffreiche Gebiet Mazedonien künftig zugesprochen werden sollte, den aus Albanien vordringenden Italienern oder den Bulgaren, die ihren Anspruch historisch begründeten, belastete die Planungen und bilateralen Bündnisgespräche bereits im Vorfeld des Balkanfeldzuges.

Nach der Kapitulation Jugoslawiens am 17. April 1941 verfügte zunächst das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt mit seinen nachgeordneten Stellen über die jugoslawische Bergbau- und Industrielandschaft. Eine zentrale Rolle nahm zudem das Auswärtige Amt unter der Führung von Dr. Carl August von Clodius (1897-1952) ein. Nachdem Bulgarien in den bilateralen Vorgesprächen Deutschland die Ausbeutung der Bodenschätze garantiert hatte, wurde der ursprüngliche Vorschlag des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes verworfen, die erzreichen Regionen rund um das mazedonische Ljuboten-Bergmassiv (nördlich von Skopje) sowie die serbischen Gebiete direkt unter deutsche Besatzung zu stellen. Stattdessen legten die deutschen Stellen nun großen Wert darauf, dass die Erzvorkommen im bulgarisch annektierten Raum lagen.[992] Die italienische Regierung unter Mussolini plante jedoch, die Grenze entlang des Ljuboten-Gebirgskammes zu ziehen und das gesamte Gebiet zu teilen.

[987] Für die Weiterführung der Pachtverträge war die offizielle Anerkennung durch das bulgarische Handelsministerium Voraussetzung. Da jedoch im Zuge des Balkanfeldzuges und der Aufteilung Jugoslawiens die Führung der Bergbücher nicht mehr konsequent erfolgte, griff Neuhausen unterstützend ein und beglaubigte die Verträge selbst (vgl. BArch R 26-VI/ 1057, Schreiben der Chromag an Neuhausen, 30. März 1942). Zur Chromag selbst vgl. auch Mollin, Montankonzerne, S. 197.

[988] Zu Bulgarien gehörten die Gruben Chromit, Kirkovo und Dobromirzi (vgl. R 3101/30893, Chromerzförderung im Südostraum Stand Juni 1942, ohne Datum, fol. 48).

[989] Vgl. BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 1. Oktober 1944, fol. 4-5.

[990] Die albanischen Chromgruben wurden von der Südostmontan GmbH betreut (vgl. BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 22. Juli 1944, fol. 63).

[991] Vgl. Opfer-Klinger, Bulgarische Herrschaft, S. 235.

[992] Vgl. Olshausen, Balkan, S. 200.

Damit hätten sich die Italiener einen Teil der Chromerzvorkommen gesichert, womit sich aber das Deutsche Reich nicht einverstanden erklärte.[993] Der Konflikt konnte nicht geklärt werden, so dass es in der Folgezeit entlang der Demarkationslinie wiederholt zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Italienern und Bulgaren kam. Eine Intervention deutscher Militärdienststellen war in dieser Angelegenheit zunächst zwar nicht intendiert, angesichts der hohen Relevanz für die deutsche Kriegsproduktion machte man bei der Chromerzfrage allerdings eine Ausnahme. In der Folgezeit wurde die Grenzlinie mehrfach verschoben. Das Auswärtige Amt bemühte sich um einen tragfähigen Kompromiss, doch blieb die Region Mazedonien einer der Hauptstreitpunkte in den Verhandlungen, die im Sommer 1941 zwischen Deutschland und Italien bzw. Deutschland und Bulgarien stattfanden. Obwohl das Auswärtige Amt ein Vorrücken italienischer Truppen und eine militärische Eskalation befürchtete, übergab es die umstrittene Region im Juni 1941 an Bulgarien, das damit zur Besatzungsmacht in Mazedonien wurde.[994] Eine Aufstellung aus dem Sommer 1941 verdeutlicht den Stellenwert dieser Region: Von den 139 bekannten jugoslawischen Erzvorkommen lagen 87 auf neubulgarischem Gebiet.[995] Bulgarien verfügte somit über den größten Teil der für die deutsche Kriegsindustrie wichtigen Chromerzminen. Möglich war dies nur dadurch geworden, dass sich die bulgarische Regierung schon im Vorfeld damit einverstanden erklärt hatte, „die Minen unter deutsche Verwaltung zu stellen und den Deutschen eine ungehinderte Förderung zu erlauben“.[996] Im Gegenzug forderte die bulgarische Regierung, dass die deutschen Firmen ihre Investitionen und Exporte über das bulgarische Clearing-Verfahren verrechneten.[997] Der erfolgreiche Balkanfeldzug hatte dem Deutschen Reich somit die Chromerzvorkommen in Mazedonien und Serbien gesichert.

Beim Einmarsch der deutschen Truppen waren die Bergwerke beschlagnahmt und „für die wichtigsten Abbaustätten“ ein kommissarischer Leiter bestimmt worden. Viele Anlagen waren gar nicht oder kaum zerstört, so dass die Bergwerke wieder unmittelbar ihre Arbeit aufnehmen konnten.[998] Zu den betroffenen Gruben zählten die Anlagen der Allatini Mines

[993] Die Chromerzvorkommen nordwestlich von Skopje hatte Oberst Wendt Anfang April 1941 als „unentbehrlich für die deutsche Kriegswirtschaft“ deklariert (vgl. Olshausen, Balkan, S. 268).
[994] Vgl. Olshausen, Balkan, S. 201.
[995] Vgl. Opfer-Klinger, Bulgarische Herrschaft, S. 236
[996] Schlarp, Ausbeutung, S. 204.
[997] Vgl. Seidler, Organisation Todt, S. 78.
[998] „daß die Chromerzgruben bis auf eine, allerdings die bedeutendste, unversehrt geblieben seien und in drei von sechs Gruben die Förderung schon wieder anlaufe“ (Bericht von Oberst Wendt für den Zeitraum 18. bis 24. April 1941, zitiert nach Olshausen, Balkan, S. 269).

und die Ljuboten A.D[999] sowie die Anlagen der Lojane und der Chromasseo (später Chromag) im Jerezina Revier (Valandovo und Trnava).[1000] Zur Allatini Mines gehörten ferner die Nebengesellschaften Lojane und Ljuboten.[1001] Aufbereitungsanlagen arbeiteten in Radusa und Zostov.[1002] Die größeren mazedonischen Abbaustätten lagen in Radusa und am Ljuboten. Kleinere Vorkommen gab es zudem in Lojane und Rabrovo.[1003] Die Allatini selbst umfasste die Grube Nada, den Tagebau Nada, die Gruben Orasje, Gorance, Raskop, Kafe Odjak sowie die Aufbereitungsanlage Radusa.[1004] Seit 1930 lag die Führung der Geschäfte der Ljuboten AG, die nach dem Balkanfeldzug in die Kategorie Feindvermögen fiel, ebenfalls in den Händen der Allatini. Zwischen beiden Unternehmen bestand ein noch vor der deutschen Besatzung am 1. April 1940 geschlossener Geschäfts- und Betriebsführungsvertrag.[1005] Zum kommissarischen Verwalter der Allatini wurde mit Wirkung zum 24. April 1941 Robert Dürrigl bestellt, der dem Betrieb bereits seit geraumer Zeit als Direktor vorstand. An den Besitzverhältnissen änderte sich im Falle der Allatini nichts. Sie blieb im Besitz der englischen Eigentümer, wurde aber als Feindvermögen beschlagnahmt und in der Folgezeit für die Zwecke der deutschen Kriegswirtschaft ausgenutzt.

Im Dezember 1941 schätzte Fahnler den aktuellen deutschen Verbrauch auf rund 10.000 Tonnen Chromerz pro Quartal. Zur Deckung dieses Bedarfes kalkulierte die Wacker-Chemie mit einer monatlichen Anlieferung von 5.000 Tonnen Chromerz aus dem Ausland. Davon sollte die Hälfte aus den Gruben der Allatini und der Chromasseo in Mazedonien stammen. Während für die jugoslawischen Erze dabei ein Durchschnittsgehalt von 40 Prozent angenommen wurde, lagen die 2.000 Tonnen, die aus Griechenland erwartet wurden, nur bei durchschnittlich 34 Prozent.[1006] Mit ihnen wurde folglich eine schlechtere Ausbeute erzielt. In den nächsten Jahren blieb der Anteil des jugoslawischen Chromerzes am Gesamtimport nach Deutschland in etwa auf gleicher Höhe. Den Hauptteil der Chromerz-Lieferungen an die

[999] Die Lojane AG besaß eine im Jahr 1928 in das Bergbuch von Skopie eingetragene „auf 50 Jahre erteilte Bergwerkskonzession im Gebiet süd-östlich des Ljuboten-Bergzuges von rund 84 Mill. Qm, dazu das alleinige Schürfrecht auf Chromerze im angrenzenden rund 208,7 Mill, qm umfassenden Gebiet“ (BArch R 26-VI/1054, Schreiben Dürrigls an Neuhausen als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien, 7. Juli 1942).

[1000] Später umbenannt in Chromerzbetriebe Dr. Ufer (vgl. BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 25. August 1944, fol. 39).

[1001] Vgl. BArch R 26-I/131, Schreiben des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau Südost an Dr. Gramsch bei der Vierjahresplanbehörde in Berlin, 13. Dezember 1944, fol. 41.

[1002] Vgl. BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, fol. 9, 1.Oktober 1944.

[1003] Vgl. Opfer-Klinger, Bulgarische Herrschaft, S. 235.

[1004] Vgl. BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 25. Juni 1944, fol. 79.

[1005] Vgl. BArch R 26-VI/1054, Vermerk ohne Titel, 19. Juli 1944.

[1006] Weitere 500 Tonnen mit einem Gehalt von 36 bis 38 Prozent wurden aus Bulgarien erwartet (vgl. HUW 10 A 32, Schriftvermerk Fahnler Nr. 274, 2. Dezember 1941).

deutsche Industrie trugen 1943 mit knapp 50 Prozent die mazedonischen bzw. neubulgarischen Erzeuger (vgl. Tabelle 18).

Abbaustätten	Erwartete Lieferungen in Tonnen 1943[1007]	Erzqualität	in %
Bulgarien	81.000	40%	48,8
Griechenland	28.000	37%	16,9
Türkei	28.000	47%[1008]	16,9
Albanien[1009]	25.000	30%	15,1
Serbien	2.800	37%	1,7
Tampadel (Wacker-Chemie)	1.350	25%	0,8
Gesamt	166.150	Ø 37%	

Tabelle 18: Europäische Chromerz-Fördermengen 1943 (Planzahlen)

Trotz allem reichten die Importmengen nicht aus, so dass auf zusätzliche Lieferabkommen mit der Türkei und dem mittlerweile italienischen Albanien nicht verzichtet werden konnte.

Qualität	Allatini	Ljuboten AG	Lojane	Chromag
Chromerz-Konzentrat in der Aufbereitung	9.225	0	0	0
Chromerz 20-30 %	28.149 (davon gingen 22.299 in die Aufbereitung	13.079	5.464	5.399
Chromerz 30-40%	1.641	1.162	1.260	29.131
Chromerz mehr als 40%	25.946	225	1.038	9.028
Summe	42.662	14.466	7.762	43.558

Tabelle 19: Chromerz-Mengen der jugoslawischen Gruben 1943

Zur Größenordnung der Gruben: In den Anlagen der Allatini arbeiteten deutlich mehr als 2.000 Mann, bei der Chromasseo hingegen rund 1.300 Arbeitskräfte.[1010] Bei Allatini wurde im Juni 1941 mit einer monatlichen Produktion von rund 3.000 Tonnen Erz

[1007] Gemäß einer späteren Statistik (Angaben im Rahmen des Chromerz-Führerprogramms 1944) stammten im Jahr 1943 gut 91.000 Tonnen Chromerz aus Mazedonien, 34.000 Tonnen aus Griechenland, 4.400 Tonnen aus Albanien und lediglich rund 4.300 Tonnen Chromerz aus Serbien. Die Förderquoten der meisten Regionen lagen indes deutlich höher: Mazedonien 121.522 Tonnen, Griechenland 37.864 Tonnen und Serbien 5.578 Tonnen. Aufgrund logistischer Schwierigkeiten konnten jedoch nicht alle Erze nach Deutschland abtransportiert werden (vgl. BArch R 26-VI/674, Aktenvermerk ohne Titel, 27. April 1944).

[1008] Die türkischen Lieferungen waren wegen ihres sehr hohen Chromgehaltes enorm wichtig für die deutschen Legierungshersteller und erfuhren daher eine besonders starke Nachfrage. Vertraglich zugesichert waren wohl 45.000 Tonnen, von denen jedoch nur ein Teil noch im Jahr 1943 erwartet wurde.

[1009] Diese Lieferungen verzögerten sich allerdings und trafen nicht in der erhofften Höhe ein.

[1010] Laut den Monatsberichten des Jahres 1944 arbeiteten im Tiefbau Nada 246 Personen, im Tagebau Nada 1.103 Mann, in Orasje 360, in Gorance 180 und in Raskop 73 Arbeitskräfte. Allerdings waren die Arbeiterzahlen im Laufe des Jahres 1944 deutlich angestiegen, so schwankte die Belegschaft in Gorance beispielsweise zwischen 150 und 190 Mann, in Orasje zwischen 250 (Januar und Juni) und 360 (Mai) Personen (vgl. BArch R 26-VI/674, Die Entwicklung der Chromerz-Tiefbaue im Radusa Revier, 25. Juli 1944).

unterschiedlichster Qualität gerechnet, dies entsprach einer Jahresförderung von 36.000 Tonnen.[1011] In der Folgezeit erhöhten sich die Förderzahlen durch Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen, so dass die Allatini 1943 schließlich gut 42.000 Tonnen mazedonisches Chromerz förderte (vgl. Tabelle 19).[1012]

Im Auftrag der Reichsstelle

Zur Ausnutzung und Verwertung der Bodenschätze mussten umgehend Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Zudem wurden Experten benötigt, die über Informationen zu den Abbaustätten und Kontakten zu den ausländischen Unternehmen verfügten. Die größten deutschen Konzerne entsandten daher Fachkräfte, die bereits über Erfahrung auf dem Balkan verfügten, zu den Wehrwirtschaftsstellen Südost.[1013] Zu ihnen zählte der für die Firma Krupp tätige Kriegsverwaltungsrat Ufer, der das Sachgebiet Bergbau-Chrom der Wehrwirtschaftsstelle Südost übernahm, ferner der langjährige Direktor der Allatini Mines, Hans Steiger, oder aber auch der bereits erwähnte Robert Dürrigl, der 1941 zum kommissarischen Verwalter der Bergwerke der Allatini Mines und der Ljuboten AG bestellt worden war.[1014]

Die in Deutschland mit der Rohstoff-Bewirtschaftung betrauten Reichsstellen schickten ebenfalls Mitarbeiter nach Serbien, um mit den handlungsbefugten Stellen vor Ort Gespräche über das weitere Vorgehen zu führen. Im Zentrum der Verhandlungen standen die Koordination des Rohstoffabbaus sowie der Versand der dringend benötigten Chromerz-Lieferungen nach Deutschland. Viele dieser Besprechungen fanden in der Nähe von Belgrad, in der Stadt Semlin statt, da der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft in Serbien, Franz Neuhausen, dort sein Hauptquartier im Gebäude des ehemaligen jugoslawischen Luftfahrtministeriums errichtet hatte. Neuhausen, als ehemaliger Generalkonsul mit der

[1011] Vgl. HUW 10 A 32, Vereinbarung zwischen dem Kommissariat für Erze und Metalle und der Wacker-Chemie als Beauftragte der Reichsstelle für Eisen und Stahl, 10. November 1941.
[1012] Vgl. BArch R 3/1967, Anlage 2 zu den Jahreszahlen 1943, fol. 163.
[1013] Vgl. Olshausen, Balkan, S. 265.
[1014] Dürrigl, geboren am 26. Mai 1891, war Beamter der Militärverwaltung im Rang eines Militärverwaltungsoberrates. Seine Heimatadresse lautete: Wien, Kap. Lt. A.D (vgl. BArch R 26-I/131, Personalien der MV-Beamten, Sachgebiet Metallerzbergbau, ohne Datum, fol. 63). Genannt wird Dürrigl auch bei Bajohr, Korruption, S. 222. hier findet er im Zusammenhang mit der Veräußerung von jüdischem Vermögen in Serbien Erwähnung: „Die Erlöse aus den Warenverschleuderungen wurden auf einem Sonderkonto deponiert. Schmuck und Wertgegenstände aus jüdischem Besitz verkaufte die Vermögensverwaltung des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft zum „Stoppreis“ an Angehörige der Besatzungsverwaltung.“ Diese Angaben beziehen sich nach Bajohr, Korruption, S. 222 (Fußnote 475) auf die im Bundesarchiv überlieferte Archivale R 2301/2073/2, fol. 409. Namentlich genannt wurden Güterdirektor Schwarzenbrunner und Militärverwaltungsrat Dürrigl.

jugoslawischen Wirtschaft durchaus vertraut,[1015] fungierte zudem als Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost – ein neugebildetes Amt, das die Bedeutung der Balkan-Erze für die deutsche Kriegswirtschaft unterstrich.[1016] Zu seinem engen Mitarbeiterkreis zählte der Leiter der deutschen Militärverwaltung Keyser.[1017]

Da die Chromerz-Bewirtschaftung in den Aufgabenbereich der Reichsstelle Eisen und Stahl fiel, gehörte sie zu denjenigen Stellen, die an den Verhandlungen der verschiedenen deutschen Behörden über die künftigen Distributionsbedingungen teilnahmen und direkt vor Ort Einfluss auf die Verteilung der Rohstoffe und Bergwerke nehmen konnten. Die Reichsstelle entschied sich, zwei mit der Materie vertraute Experten aus der Privatwirtschaft, Fahnler und Schindelin von der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, nach Semlin zu entsenden. Sie folgte damit dem allgemeinen Trend, für die Bewirtschaftung der eroberten Gebiete Fachkräfte einzusetzen, die bereits zuvor in engem Kontakt zur einheimischen Wirtschaft gestanden hatten oder zumindest über gute Wirtschaftsbeziehungen zu den mazedonischen Unternehmen verfügten. In den ersten Wochen nach der Kapitulation Jugoslawiens, als noch nicht festgelegt war, wie genau nun die Ausnutzung der südeuropäischen Ressourcen für die deutsche Industrie gestaltet werden sollte, hatte eine rege Kommunikation und ein permanenter Informationsaustausch zwischen den Behörden, dem Militär und verschiedenen deutschen Unternehmen stattgefunden, an dem sich auch die Wacker-Chemie beteiligte. Sie stand bezüglich der Chromerze darüber hinaus in Kontakt zu den Wehrwirtschaftsstellen in Jugoslawien, zum Reichswirtschaftsministerium, dem Oberkommando der Wehrmacht, der Reichsstelle für Eisen und Stahl sowie zu Krupp. Schindelin hatte erfahren, dass ein Vertreter des Krupp-Konzerns im Auftrag der Reichsstelle kurze Zeit nach der Eroberung Südosteuropas, Anfang Mai 1941, nach Griechenland und Jugoslawien gereist war. Diese Information löste bei der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie Diskussionen darüber aus, welche Strategie nun verfolgt werden sollten: Wollte die Wacker-Chemie die Gunst der Stunde nutzen, aktiv Einfluss auf die Geschehnisse vor Ort zu nehmen, oder doch lieber eine abwartende Position im Hintergrund einnehmen? Zur Debatte

[1015] Franz Neuhausen (1887-1966) war ein Protegé Görings, zudem NSFK-Obergruppenführer; seit 1934 Generalkonsul in Jugoslawien (vgl. Manoschek, Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung, S. 29). Zur deutschen Besatzungspolitik in Südosteuropa vgl. auch Seckendorf, Okkupationspolitik.

[1016] Vgl. BArch R 3/1967, Vorläufiger Bericht des Generalbevollmächtigten für Metallerzbergbau Südost, 17. September 1944, fol. 25.

[1017] Keyser zählte ebenso wie Dürrigl verwaltungstechnisch zur Gruppe der „dem GBM zur Verfügung gestellten Offiziere, Beamte und Stabshelferinnen“ (R 2/19564, Aufstellung des Personals Stand 1. April 1944, ohne Datum, fol. 13 und BArch R 26-I/131, Zivil-Personal der Dienststelle des Generalbevollmächtigten Stand 1. April 1944, ohne Datum, fol. 6).

stand unter anderem auch die Option, selbst in das Bergwerks- bzw. Chromerz-Geschäft einzusteigen, was von der Geschäftsleitung jedoch abgelehnt wurde:

> „Nach Erhalt der Nachricht, daß Herr Sohl von Krupp im Auftrag der Reichsstelle nach Griechenland und Jugoslawien gefahren sei, wurde in einer Direktionsbesprechung am 2. Mai festgelegt, daß wir uns nicht aktiv am Betrieb und Ausbau von jugoslawischen Gruben beteiligen sollen; auch für die Verhandlungen über den Kauf von Erz könnte seitens der Direktion keine Vollmacht gegeben werden. Da hiernach eine Reise nach Jugoslawien aus eigener Initiative zwecklos erschien, wurde die Entwicklung abgewartet und nur ein Brief an den Herrn Generalkonsul Neuhausen, als Bevollmächtigten für die jugoslawische Wirtschaft gerichtet.“ [1018]

Stattdessen nutzte man die Gelegenheit, Kontakt mit Belgrad aufzunehmen. Es folgte ein Telefonat mit Steiger, dem Beauftragten für Chromerz bei der Dienststelle Neuhausens, in dem Schindelin verdeutlichte, dass die Wacker-Chemie nun, wo die Gruben, wie Steiger ihm versicherte, unter deutscher Verwaltung standen, „selbstverständlich alles jugoslawische Chromerz, das in den Gruben anfällt, beziehen würde“. Steiger hingegen erklärte sich nicht zuständig und verwies auf den für die Verteilung verantwortlichen Sachbearbeiter Dr. Gemünd. In einem weiteren Telefonat mit der Reichsstelle für Eisen und Stahl erfuhr Schindelin zudem mehr über die Vorgänge in Athen:

> „habe er [Sohl, Anmerkung d. Verf.] alle Grubenbesitzer nach Athen kommen lassen und ihre Produktion auf 25 Jahre für Deutschland gekauft, gerade noch, bevor die Italiener Abschlüsse gemacht hätten. In einer Besprechung mit dem Reichsbeauftragten Dr. Kiegel und Herrn Hauptmann Baetz vom Oberkommando Wehrmacht sei besprochen worden, mir den Auftrag zu erteilen, die jugoslawischen Erze gleichfalls anzukaufen. Es sollten an verschiedenen Orten 8-12000 t Beutechromerz lagern.“ [1019]

Offensichtlich hatte Sohl, der Einkäufer der Krupp AG, nur griechisches Erz erworben, so dass das jugoslawische noch zur freien Disposition stand. Schindelin war gut über die Verhandlungsführung in Athen unterrichtet und bedauerte, nicht dieselben guten Bedingungen für seine Gespräche in Belgrad erwarten zu können. Der Grund für diese Prognose war einfach: Bulgarien konnte als Verbündeter des Deutschen Reiches nicht ebenso unter Druck gesetzt werden wie das okkupierte Griechenland:

> „Die Verträge über den Kauf des griechischen Erzes können leider keinen Maßstab für unsere Verhandlungen bilden, da sie unter starkem militärischen Druck unterzeichnet wurden, während die mazedonischen Gruben jetzt an Bulgarien gefallen sind, das sich einen ähnlichen Druck keineswegs gefallen lassen wird […] Von der Heeresverwaltung in Athen wurden sämtliche griechischen Chromerz-Produzenten zur Vorsprache bei Herrn Sohl aufgefordert. Nach einem gründlichen Zurechtstauchen konnte Herr Sohl sehr günstige Verträge […] abschließen.“

[1018] HUW 10 A 32, Niederschrift Schindelins über die Verhandlungen betreffend jugoslawischen Chromerzes, 7. Juni 1941.
[1019] Ebd.

Warum die Wahl der Reichsstelle auf Schindelin als Reichsbeauftragten in Belgrad fiel, ist nicht bekannt, vermutlich basierte die Entscheidung aber auf der guten Vernetzung der Wacker-Chemie und ihrer engen personellen Verbindungen zur Wirtschaftsgruppe Chemie.[1020] Zudem musste bei dem Münchner Unternehmen nicht die gleiche Machtkonzentration befürchtet werden wie sie durch die Wahl eines Vertreters aus den Reihen von Krupp entstanden wäre. Eine Rolle dürfte auch die langjährige Erfahrung der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie auf diesem Gebiet und die Bedeutung des Unternehmens im Legierungssektor gespielt haben. Trotz der Ernennung zum Reichsbeauftragten blieb die Unternehmensleitung in ihren Entscheidungen zurückhaltend und agierte risikoscheu. Selbst als man im Jahr 1942 mit der Idee, ein deutsches Konsortium für den Erwerb und Betrieb von Chromerzgruben auf dem Balkan zu gründen, an die Wacker-Chemie herantrat, die damit die Option erhalten würde, gemeinsam mit anderen deutschen Großunternehmen selbst in die Chromerzförderung einzusteigen, zog sie es vor, sich nicht selbst am Chromerzabbau zu beteiligen:

> „Das alte Krupp-Projekt soll jetzt verwirklicht werden und zwar in wesentlich größerem Rahmen unter Einbeziehung der Grube von Allatini Mines. […] Auf Grund der Feststellung, daß wir uns an keiner jugoslawischen oder auch bulgarischen Grube beteiligen wollen, werden wir Krupp die Initiative im Gruben-Projekt überlassen. Der Auftrag der Reichsstelle sieht vor, daß wir möglichst viel Erz und auf längere Sicht für den deutschen Bedarf kaufen.“[1021]

Das Projekt stellte in den Augen der Geschäftsleitung ein nur schwer überschaubares Risiko dar, so dass die Geschäftsführer ihrer überwiegend risikoscheuen Unternehmenspolitik entsprechend empfahlen, „dass die Wackergesellschaft sich möglichst nicht an diesem Consortium beteiligen soll, da das Arbeitsgebiet für sie zu entfernt liegt und ihre eigentliche Betätigung ist, Ferrochrom zu erzeugen, den Chromerzgrubenbau aber anderen hierfür besser geeigneten Unternehmen zu überlassen.“[1022]

Die Gespräche, an denen Fahnler und Schindelin im behördlichen Auftrag teilnahmen, fanden vom 18. bis 23. Juni 1941 in Semlin statt.[1023] Zu ersten Verhandlungen kam es nach einigen Vorgesprächen am 19. und 20. Juni auch mit Robert Dürrigl als kommissarischem Verwalter

[1020] Siehe Kapitel B.3.2.3.
[1021] HUW 10 A 32, Niederschrift Schindelins über die Verhandlungen betreffend jugoslawischen Chromerzes, 7. Juni 1941.
[1022] HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 9. Mai 1942, S. 3-4.
[1023] „Vorausgeschickt sei, dass wir (Dr. Schindelin und Fahnler) im Auftrage der Reichsstelle für Eisen und Stahl bzw. des O.K.H. und des R.W.M. nach Semlin reisten, um Chromerz einzukaufen“ (HUW 10 A 32, Schriftvermerk Fahnler Nr. 218 über Chromerzverhandlungen in Semlin, 30. Juni 1941).

der jugoslawischen Chromerz-Bergbauunternehmen (Allatini Mines Ltd., Ljuboten AG, Lojane und Chromasseo) sowie mit Dr. Ufer vom Wehrwirtschaftsstab. An den zwei Besprechungstagen standen vor allem die Modalitäten der mazedonischen Chromerz-Lieferungen nach Deutschland im Mittelpunkt. Zu den Themen zählten ferner die Sicherstellung des aktuellen Lagerbestandes, die künftigen Fördermengen, die Transportabwicklung, anstehende Modernisierungsmaßnahmen, die Bezahlung der Ware sowie der Erzpreis.[1024] Im Detail sahen die Vereinbarungen vor, die gesamten Lagerbestände der Allatini sicherzustellen und die Exporterze umgehend nach Deutschland zu abzutransportieren.[1025] Dort angekommen sollten sie ausschließlich der Reichsstelle für Eisen und Stahl zur Verfügung stehen. Die insgesamt rund 1.800 Tonnen Erze der Chromasseo waren zu diesem Zeitpunkt bereits beschlagnahmt und befanden sich teilweise im Verladeprozess, teilweise waren sie bereits durch die Rohstoffhandelsgesellschaft mbH (Roges)[1026] zum Weiterversand an den deutschen Verteilerbahnhof Nürnberg-Dutzendteich gebracht worden. Um einem möglichen Transport des Chromerzes nach Italien vorzugreifen, war das Erz unvermittelt und ohne Festlegung der Empfängerfirmen versandt worden. Strittig blieb daher die Frage, wer in diesem Fall die Mehrkosten für den Versand durch die Roges übernehmen sollte, das mazedonische Bergwerk oder das deutsche Unternehmen.[1027] Eine größere Menge (24 Waggons) dieser beschlagnahmten Chromerze, die aus den mazedonischen Chromasseo-Gruben stammten, ging an die Wacker-Chemie in Mückenberg. Eine Einigung bei der strittigen Kostenübernahme wurde allerdings nicht erzielt und das Thema vertagt.[1028]

Die laufende Produktion der Allatini lag bei rund 600 Tonnen Stückerz und 1.200 Tonnen Konzentrat monatlich. Bei der Chromasseo rechnete man mit 6.000 Jahrestonnen Stückerz. Der Transport der noch bei den Bergwerken eingelagerten Erze per Bahn sollte ab 1. Juli 1941 mit sieben Eisenbahnwaggons täglich einsetzen. Dürrigl avisierte einen monatlichen Abtransport von 3.000 Tonnen Erz. Der Chromerzversand genoss bei der zuständigen

[1024] Vgl. HUW 10 A 32, Niederschrift über die Besprechungen in Semlin wegen Chromerzlieferungen nach Deutschland, 20. Juni 1941.
[1025] Zum Stichtag 1. Juni 1941 lagerten bei der Allatini Mines 5.200 Tonnen Chromerz, das von dieser Regelung betroffen war, hinzukamen weitere 1.200 Tonnen Konzentrat in Saloniki.
[1026] Bei der Roges handelte es sich um eine bislang nicht wissenschaftlich erforschte Reichsgesellschaft, die wesentlich am Abtransport von Rohstoffen aus den besetzten Gebieten beteiligt war.
[1027] "Herr Schindelin macht darauf aufmerksam, dass man andererseits den Verbrauchern nicht zumuten kann, dass die durch die Roges gelieferten Erze den Verbrauchern wesentlich teurer zu stehen kommen, als Erze, die direkt von den Gruben bezogen wurden, zumal mit der Übernahme von Erzen vollkommen unbekannter Provenienz mehr Arbeit und Schwierigkeiten verbunden sind"(HUW 10 A 32, Niederschrift über die Besprechungen in Semlin wegen Chromerzlieferungen nach Deutschland, 20. Juni 1941).
[1028] Vgl. HUW 10 A 32, Schriftvermerk Fahnler Nr. 218 über Chromerzverhandlungen in Semlin, 30. Juni 1941.

Transportkommandantur in Belgrad dementsprechend höchste Priorität. Vom Oberkommando der Wehrmacht, das für die Versandabwicklung zuständig war, wurden im Sommer 1941 monatlich 2.000 Tonnen Chromerz in ihrem Transportprogramm eingeplant. Dennoch betrug die durchschnittliche Transportzeit der Erze nach Deutschland drei bis vier Wochen.[1029] Die Versandanzeigen dieser Lieferungen gingen an die Reichsbeauftragten bzw. an die Wacker-Chemie. Bei den ersten Lieferungen wurden folgende Legierungshersteller berücksichtigt: die österreichische Magnesit, die das gekörnte Erz erhielt, das Ferrowerk der Wacker-Chemie in Mückenberg, dem man das Konzentrat zuteilte, und das Elektrowerk Weisweiler der GfE, dem die Stückerze zugedacht waren.[1030]

Den größten Gesprächsbedarf verursachte allerdings die Klärung der Preisfragen und Eigentumsverhältnisse. Nach Angaben der Reichsbeauftragten „wurden die Preise von den alten Besitzern absichtlich in die Höhe geschraubt, um damit Lieferungen nach Deutschland zu unterbinden." Die deutschen Abnehmer seien dieser Preispolitik, die sich nicht auf gestiegene Selbstkosten begründete, sondern „ein Politikum darstellte", hilflos ausgeliefert, so dass es nun dringend notwendig sei, die alten Verträge zu annullieren und neue Preisverhandlungen zu führen.[1031] Zwar waren Fahnler und Schindelin bereit, die Preisverhandlungen sofort aufzunehmen, doch lehnte das der kommissarische Verwalter der Allatini Dürrigl ab, woraufhin sich die beiden Reichsbeauftragten selbst an den Generalbevollmächtigten Neuhausen mit der Bitte um Aufhebung der bestehenden Verträge wandten.[1032] In dem an Neuhausen verfasste Schreiben betonten Fahnler und Schindelin in ihrer Funktion als Vertreter der deutschen Verbraucher, dass die enorm hohen Preise der alten Verträge nicht das Ergebnis gestiegener Betriebskosten, sondern lediglich „Massnahmen des englischen Wirtschaftskampfes" gewesen seien. Sie stellten also keine Notwendigkeit dar und sollten ersetzt werden.[1033]

Die weiteren Gespräche fanden unter Teilnahme diverser deutscher Stellen und Behörden statt. So waren an den Verhandlungstagen die beiden Reichsbeauftragten sowie der

[1029] Vgl. HUW 10 A 32 Schreiben der Wacker-Chemie an die Fachabteilung Ferrolegierungen, 7. Juni 1943.
[1030] Vgl. HUW 10 A 32, Niederschrift über die Besprechungen in Semlin wegen Chromerzlieferungen nach Deutschland, 20. Juni 1941.
[1031] Ebd.
[1032] Mit dem Argument der dienstlichen Überlastung und enormer Verkehrsschwierigkeiten bestanden die Reichsbeauftragten zudem darauf, dass die weiteren Preisverhandlungen in Deutschland stattfinden sollten, so dass nicht nur sie, sondern dann Dürrigl die Reise auf sich nehmen müsste. Die Übergangslösung war ein Preis von 2.250 Lewa pro Tonne für 48-prozentiges Chromerz festgesetzt, zu zahlen per Akkreditiv bei der Bank Franco Serbe Skopje.
[1033] HUW 10 A 32, Schreiben der Beauftragten der Reichsstelle für Eisen und Stahl an den Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien, Gruppenführer Neuhausen, 21. Juni 1941.

kommissarische Verwalter und Kriegsverwaltungsrat Dr. Ufer anwesend. Hinzu kamen nun aber auch Neuhausen als Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien, der Leiter des Wehrwirtschaftsstabs in Serbien, Oberst Baumüller, der Leiter der Abteilung Rohstoffe im Wehrwirtschaftsstab, Hauptmann Eix, Hans Steiger[1034] in seiner neuen Funktion als Leiter der Abteilung Bodenschätze im Wehrwirtschaftsstab, Leutnant Petters von der Transportkommandantur in Belgrad, Oberkriegsverwaltungsrat Gemünd[1035] für die Handelsvertragsabteilung des Generalbevollmächtigten, Denker von der Roges (Belgrad), Pavlovic von der Banque Franco-Serbe in Belgrad sowie Soengen,[1036] der deutsche Bevollmächtigte bei der serbischen Nationalbank als Vertreter des Bankenwesens.[1037] Um die deutschen Firmen für die notwendigen Investitionen zu sensibilisieren, wurden bereits zu diesem relativ frühen Zeitpunkt notwendige Modernisierungsmaßnahmen thematisiert, wie etwa die Erhöhung der Liefermengen durch Motorisierung der Transportmöglichkeiten. Was die Preisgestaltung betraf, so lehnte Dürrigl eine Aufhebung der alten Verträge erneut mit dem Hinweis auf die enormen Preissteigerungen in Jugoslawien ab. Ufer schlug daraufhin vor, den alten Preis zumindest für die aktuellen Lieferungen aus den Lagerbeständen beizubehalten, was wiederum die Vertreter der Wacker-Chemie ablehnten. Es blieb also bis zur endgültigen Klärung, die binnen eines Monats in Deutschland stattfinden sollte, bei der Übergangslösung von 2.250 Lewa bzw. 1.400 Dinar pro Tonne. Dies entsprach rund 70 Reichsmark.[1038]

Eine neue Idee zur Preisgestaltung brachte Neuhausen selbst ein, als er die Einführung von zwei verschiedenen Preisen vorschlug. Mit der Grube könnte ein geringerer Verkaufspreis vereinbart werden," während irgendeiner Organisation ein separater Verkaufspreis als Fonds zur Verfügung gestellt werde. Aus diesem Fonds sollten dann Kredite an die Gruben gewährt werden, um zu erreichen, dass das Unternehmen möglichst stark verschuldet ist und dementsprechend bei der seinerzeitigen Übergabe in deutschen Besitz ein möglichst niederer Verkaufspreis erzielt werden kann."[1039] Zu einer Übernahme des englischen Unternehmens, die in diesen Verhandlungen ebenfalls lange diskutiert wurde, kam es zwar nie, aber ein Preissystem mit unterschiedlichen Tarifen sollte es ab 1943 mit Hilfe einer

[1034] Im Originaldokument Karl Steiger, hierbei muss es sich um einen Fehler in der Quelle handeln.
[1035] Dienststelle des Generalbevollmächtigten als Leiter der Hauptgruppe „Gewerbliche Wirtschaft" (vgl. BArch R 26-I/131, Zivil-Personal der Dienststelle des Generalbevollmächtigten Stand 1. April 1944, fol. 4).
[1036] In anderen Quellen auch Söngen; in der Literatur auch Söhngen; Direktor der Reichsbank, Beauftragter bei der serbischen Nationalbank; erhielt Bezüge über Haushalt Neuhausen (vgl. BArch R 26-I/131, Zivil-Personal der Dienststelle des Generalbevollmächtigten Stand 1. April 1944, fol. 4).
[1037] Vgl. HUW 10 A 32, Schriftvermerk Fahnler Nr. 218 über Chromerzverhandlungen in Semlin, 30. Juni 1941.
[1038] Dinar-Kurs während der Verhandlungen: eine Reichsmark entsprach 20 Dinar (vgl. HUW 10 A 32, Schriftvermerk Fahnler Nr. 218 über Chromerzverhandlungen in Semlin, 30. Juni 1941).
[1039] HUW 10 A 32, Schriftvermerk Fahnler Nr. 218 über Chromerzverhandlungen in Semlin, 30. Juni 1941.

Preisausgleichskasse tatsächlich geben. Zu den weiteren, in Semlin erörterten Themen zählten auch die beabsichtigte Umgestaltung der Jugochrom sowie die Grenzproblematik mit Italien. Als Neuerung war vorgesehen, die Jugomontan, die direkt dem Finanzministerium unterstand, zu einem Drittel an der neuen Jugochrom zu beteiligen. Den bisherigen Eigentümern, der Krupp AG und den Reichswerken Hermann Göring, verbliebe dadurch jeweils ein weiteres Drittel. Auf diese Weise wurde der staatliche Einfluss auf die Rohstoffsicherung gestärkt, zumal geplant war, dass die Jugochrom, nach der Umgestaltung, alle Chromerzgruben in Mazedonien übernehmen und eine Aufbereitungsanlage errichten sollte. Die neue Anlage sollte mittelfristig, sobald die Verarbeitung von 100.000 Tonnen Wascherzen gewährleistet gewesen war, die veraltete Aufbereitungsanlage der Allatini in Radusa ersetzen, der anschließend die Stilllegung drohte.[1040]

Nachdem im Juni 1941 keine Einigung bei der Preisfrage erzielt werden konnte, fanden im November erneut Verhandlungen in Semlin statt, an denen Schindelin und Fahnler teilnahmen. Dieses Mal trat mit dem Kommissariat für Erze und Metalle des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Belgrad eine neue Stelle in Erscheinung. Die Repräsentation des Kommissariats, das 1941 der Verwaltungsorganisation des Generalbevollmächtigten als Unterabteilung angefügt wurde, übernahm der bereits bekannte Hans Steiger.[1041] Im Vorfeld hatte die Reichsstelle den Auftrag der Wacker-Chemie und ihr Privileg, als einziges Unternehmen für den Einkauf und die Verteilung der Chromerze akkreditiert zu sein, gegenüber den Wehrwirtschaftsstellen Südost noch einmal ausdrücklich bestätigt.[1042] Das Ergebnis dieser zweiten Gesprächsrunde war eine am 10. November getroffene Vereinbarung über den Ankauf von Chromerz aus den Minen der Allatini Mines, der Ljuboten AG und der Lojane Grube, die zu diesem Zeitpunkt immer noch unter kommissarischer Verwaltung standen.[1043] Um noch einmal die Bedeutung des Chromerzabbaus für die deutsche Wirtschaft zu betonen, wurde den eigentlichen Vertragsbestimmungen eine Präambel vorangestellt: „Zweck dieser Vereinbarung soll sein, dem Reich möglichst viel Chromerz aus den genannten Gebieten zuzuführen. Der kommissarische Verwalter wird daher dafür sorgen, dass die Gruben ihre Produktion auf ein

[1040] Vgl. ebd.
[1041] Vgl. BArch R 26-VI/1057 und HUW 10 A 32, Vereinbarung zwischen dem Kommissariat für Erze und Metalle und der Wacker-Chemie als Beauftragte der Reichsstelle für Eisen und Stahl, 10. November 1941.
[1042] Vgl. HUW 10 A 32 Schnellbrief der Reichsstelle, 27. Oktober 1941 und BArch R 26-VI/1057, Schnellbrief an die Wacker-Chemie, 27. Oktober 1942.
[1043] Vgl. BArch R 26-VI/1044, Schreiben der Militärverwaltung an den Beauftragten Mazedonien, 6. August 1943.

Höchstmass bringen.“[1044] Im Grunde war damit auch die Hauptaufgabe des kommissarischen Verwalters beschrieben. Die Rolle der Wacker-Chemie wurde ebenfalls zum Vertragsbestandteil, als zu Beginn des zweiten Absatzes festgehalten wurde: „Die Reichsstelle für Eisen und Stahl hat die Wackerchemie mit dem alleinigen Einkauf und mit der Verteilung dieser Erze beauftragt.“ Damit trat nun an die Stelle der zwei Reichsbeauftragten Fahnler und Schindelin die Wacker-Chemie als Unternehmen, zudem änderte sich die Funktionsbeschreibung, denn zum Einkauf und Import der Erze trat nun auch die Verteilung des Chromerzes unter den deutschen Verbrauchern. Die Wacker-Chemie war zum Gruppeneinführer der Bewirtschaftungsstelle für Chromerze aus Mazedonien geworden.

Hinsichtlich der Qualität der Erze, von denen etwa 3.000 Tonnen monatlich zum Versand nach Deutschland gebracht werden sollten, wurde für Stückerz eine Untergrenze von 30 Prozent, bei Konzentraten mindestens 46 Prozent Chromoxyd festgelegt. Die Qualität der Erze bestimmte auch den Erzpreis (vgl. Tabelle 20), der, gestaffelt nach Güte, in fünf Kategorien und für jeweils 1.000 Kilogramm Trockengewicht, „frei verladen Abgangsstation einschließlich der mit der Verladung zusammenhängender Spesen, sowie der bulgarischen Zollspesen“ festgelegt wurde.[1045]

Kategorie	Chromoxyd-Gehalt mindestens	Preis 1941 Wacker-Kommissariat 10. 11.1941	Preise 1941 Kommissariat – kommissarischer Verwalter 21. 11.1941
Erzgruppe I	46%	95 RM	85 RM
Erzgruppe II	42%	80 RM	73 RM
Erzgruppe III	38%	66 RM	60 RM
Erzgruppe IV	34%	52 RM	48 RM
Erzgruppe V	30%	38 RM	35 RM

Tabelle 20: Ausgehandelte Chromerz-Preise

Als Versandstation wurde die jeweils dem Bergwerk nächstgelegene gewählt. Die Versicherung gegen Transportschäden und Kriegsrisiko trug der Empfänger. Das Chromerz aus Mazedonien war damit deutlich teurer als das von Sohl (Krupp) in Griechenland eingekaufte.[1046] Die Bezahlung der Ware erfolgte wie üblich per Akkreditiv bei der Kreditbank Skopje im Rahmen des deutsch-bulgarischen Clearings. Der Importeur musste in

[1044] HUW 10 A 32, Vereinbarung zwischen dem Kommissariat für Erze und Metalle und der Wacker-Chemie als Beauftragte der Reichsstelle für Eisen und Stahl, 10. November 1941.
[1045] Ebd.
[1046] Die Transportgenehmigungen bei direktem Bahnversand waren von der Wacker-Chemie vorzulegen. Zu den Preisen des griechischen Chromerzes (vgl. HUW 10 A 32, Niederschrift Schindelins über die Verhandlungen betreffend jugoslawisches Chromerz, 7. Juni 1941).

Vorausleistung gehen und vorab gegen die Aushändigung der Frachtbriefdoppel 90 Prozent des Basispreises zuzüglich der von der Bergbaugesellschaft verauslagten Fracht anweisen. In einem zweiten Schritt erfolgte die Begleichung der restlichen zehn Prozent nach der endgültigen Gewichts- und Qualitätsprüfung beim Kunden, unter Berücksichtigung der transportbedingten Gewichtsverluste, in einer gesonderten Buchung. Während die Preiskonditionen zunächst nur bis zum 31. März 1942 Gültigkeit besitzen sollten, galten die anderen Vereinbarungen prinzipiell für die Dauer des gesamten Krieges. Die Laufzeit hätte sich anschließend stillschweigend um jeweils ein Vierteljahr verlängern, wenn nicht einer der Vertragspartner einen Monat vor Beginn der Verlängerung neue Preisverhandlungen verlangte.[1047]

Offensichtlich kam es im gleichen Kontext zu einem zweiten Vertragsabschluss: Das Kommissariat schloss nur elf Tage später einen inhaltlich beinahe identischen Vertrag über den Chromerzankauf aus den Gruben der Allatini und Ljuboten mit dem kommissarischen Verwalter der Minen Dürrigl ab.[1048] Einziger, aber gravierender Unterschied – das Preisniveau. Das Kommissariat bezog die Erze bei dem kommissarischen Verwalter der Gruben im Schnitt acht bis zehn Prozent billiger, als es sie anschließend der Wacker-Chemie verkaufte. Das Kommissariat hatte sich folglich selbst in die Kaufabwicklung zwischen deutscher Gruben-Verwaltung und deutschen Importeuren eingeschaltet, während bei den ersten Gesprächen im Juni keine Zwischen- oder Händlerinstanz vorgesehen gewesen war. An diesem ohnehin schon hochgradig zweifelhaften Vorgang besonders pikant erscheint der Umstand, dass mit Steiger und Dürrigl zwei ehemalige Direktoren der Allatini Mines einen Vertrag miteinander schlossen, der eine war nun kommissarischer Verwalter der Allatini-Gruben, der andere stand in den Diensten der deutschen Wehrwirtschaftsstellen. Der Vorstellung, das Kommissariat könne im Stil einer Händlerfirma „den Verkauf der im bulgarischen Raum gewonnenen Erzeugnisse“ übernehmen, stand man in Berlin dementsprechend skeptisch gegenüber.[1049] Im gleichen Zeitraum, in denen auch die Preisverhandlungen mit der Wacker-Chemie bzw. der Reichsstelle stattfanden, wurde in Deutschland daher über die künftige Funktion des Kommissariats und dessen Kompetenzen

[1047] Vgl. HUW 10 A 32, Vereinbarung zwischen dem Kommissariat für Erze und Metalle und der Wacker-Chemie als Beauftragte der Reichsstelle für Eisen und Stahl, 10. November 1941.
[1048] Vgl. BArch R 26-VI/1057, Vereinbarung zwischen dem kommissarischen Verwalter der Minen und dem beim Generalbevollmächtigten angesiedelten Kommissariat, 21. November 1941.
[1049] Vgl. BArch R 26-VI/1057, Stellungnahme zu den einzelnen Punkten des fernmündlichen Gespräches zwischen K.V. Chef Dr. Bergemann und Dr. Richter des V.P, 13. November 1941, Niederschrift vom 19. November 1941.

diskutiert.[1050] Weitere Preisverhandlungen wurden Ende 1942 geführt. Zu diesem Zweck reisten die Vertreter der Wacker-Chemie, diesmal im Auftrag der Fachabteilung Ferrolegierungen, erneut nach Mazedonien, um bei den Bergwerksgesellschaften und Wehrwirtschaftsstellen vorzusprechen. Auch dieses Mal war ihre Aufgabe „die Führung von Verhandlungen über die Chromerzanlieferung, Transportfragen und Preisfestsetzung."[1051]

Die Wacker-Chemie als Betreuungsfirma mazedonischer Chromerzgruben und Gruppenimporteur der Bewirtschaftungsstelle (1941-1945)

Nach dem Balkanfeldzug und der Integration der jugoslawischen Gruben in das deutsche Kriegswirtschaftssystem übernahm die Wacker-Chemie wie vereinbart den Import der bei den mazedonischen Allatini Mines geförderten Chromerze nach Deutschland. Anschließend erfolgte nach Anweisung der Fachabteilung Ferrolegierungen die Verteilung auf die Verbraucher. In einem Schreiben der Wacker-Chemie an die Roges hieß es hierzu: „teilen wir Ihnen mit, dass wir im Auftrag der Fachabteilung Ferrolegierungen als Gruppeneinführer für die Chromerz-Produktion aus den Gruben der Allatini Mines in Mazedonien tätig sind."[1052] Die genaue Menge der auf diese Weise von der Wacker-Chemie nach Deutschland importierten Chromerze lässt sich heute nicht mehr beziffern.

Während sich die Handlungsspielräume der Unternehmen bezüglich ihrer Rohstoffversorgung im Laufe des Krieges sukzessive verringerten, bot die Betreuung der Chromerz-Gruben der Wacker-Chemie eine gute Möglichkeit, wieder mehr Einfluss auf die Verteilung der Chromerze zu gewinnen. Darüber hinaus konnte sie vom Import der Erze finanziell profitieren und gleichzeitig wichtige Aufgaben im Bewirtschaftungssystem übernehmen, die dem Unternehmen darüber hinaus den Zutritt zu weiteren staatlichen Planungs- und Verteilungsgesprächen ermöglichten. So verwundert es wenig, dass andere Firmen versuchten, diese Aufgabe anstelle der Wacher-Chemie übertragen zu bekommen. Im

[1050] „das Kommissariat für Erze und Metalle erweckt in Berlin Unbehagen. Die Reichsstelle für Metalle sei mit der Preispolitik des Kommissariats nicht zufrieden. V.P. hält diesen Punkt zumindest für erklärungsbedürftig und hält anscheinend auch den Verkauf der im bulgarischen Raum gewonnenen Erzeugnisse über das Kommissariat für problematisch." Zur Trennung der Einflusssphären mit Bulgarien hieß es weiter: „Ein Verkauf der Erzeugnisse der im neubulgarischen Gebiet gelegenen englischen Bergwerksgesellschaften Allatini Mines Ltd., Ljuboten AG und Zletovo Mines Ltd. über Sofia kommt wohl nicht in Frage. Im selbständigen Staat Bulgarien könnte ein deutsches Kommissariat für Erze und Metalle nicht aufgestellt werden. Es wäre daher der Verkauf und die Preisbildung der Erzeugnisse unter deutscher Verwaltung stehenden feindlichen Bergwerke der Kontrolle bulgarischer Behörden unterworfen, was nicht im Reichsinteresse gelegen wäre" (BArch R 26-VI/1057, Stellungnahme zu den einzelnen Punkten des fernmündlichen Gespräches zwischen K.V. Chef Dr. Bergemann und Dr. Richter des V.P, 13. November 1941 und Niederschrift vom 19. November 1941).

[1051] BArch R 13-XII/568, Schreiben der Fachabteilung an das Wehrwirtschaftsamt, 14. Dezember1942, fol. 818.

[1052] BArch R 121/1401 Teil 1, Schreiben der Wacker-Chemie an die Roges, 7. September 1944.

Fall der Allatini Mines war es die bereits erwähnte Handelsfirma Erzhütte Wien, die umgehend Anspruch auf dieses Privileg erhob, nachdem sie erfahren hatte, dass die Verwertungs- und Importrechte der Gruben im Zuge des Balkanfeldzuges neugeordnet wurden. Die Erzhütte begründete ihr Anliegen mit der langen und intensiven Geschäftsbeziehung zu den beiden in Mazedonien aktiven Bergbauunternehmen Allatini und Chromasseo. Offensichtlich war in Wien nicht bekannt, dass die Gruben bereits unter kommissarische Verwaltung gestellt und deutschen Firmen, genauer deutschen Chromerzverbrauchern bzw. sogenannten Umarbeitern, wie Krupp oder der Wacker-Chemie, zugeteilt worden waren. Während Krupp die ehemaligen Chromasseo-Gruben übernahm, erhielt die Wacker-Chemie die Verantwortung für die Anlagen der Allatini Mines. Die Erzhütte nutzte ihren Einfluss auf verschiedene staatliche und wirtschaftliche Stellen, wie etwa der Südosteuropa-Gesellschaft, die sich auf Bitten der Erzhütte schon im Mai 1941 an den Ministerialdirigenten in Belgrad Bergmann, an den Konsul der Deutschen Gesandtschaft in Sofia Walter und an den Ministerialrat Arlt im Reichswirtschaftsministerium gewandt hatte, und verfasste eigene Schreiben an das Reichswirtschaftsministerium, die Reichsstelle für Eisen und Metalle sowie an den Generalbevollmächtigten Neuhausen in Semlin. Arlt hatte sich schließlich, wie aus einem Telefonat Bergmanns vom 13. November 1941 hervorgeht, für eine Übernahme durch Krupp und die Reichswerke Hermann Göring – anstatt durch die Jugomontan –ausgesprochen und damit eine weitere Option zur Diskussion gebracht.[1053] Beide Vorschläge setzten sich jedoch nicht durch und die Betreuung der Allatini Mines verblieb bei der Wacker-Chemie. Vermutlich verfügte die Wacker-Chemie über bessere Beziehungen zu den Verantwortlichen, so zum Beispiel zu Steiger beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien oder zur Fachabteilung Ferrolegierung, andererseits könnte bei dieser Entscheidung auch die Zugehörigkeit der Wacker-Chemie zur deutschen Legierungsindustrie eine gewisse Rolle gespielt haben.[1054] Dieses Argument hätte jedoch auch für die Krupp AG gesprochen, zumal es tatsächlich einige Akteure – wohl innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums – gab, die das Pachtrecht der Allatini Mines lieber der Krupp AG übergeben hätten.[1055] Auch wenn der Ausbau der jugoslawischen Erzvorkommen als aufwendig und kostenintensiv galt, gingen die deutschen Firmen und kommissarischen Verwalter angesichts des gravierenden Chromerz-Mangels in Deutschland

[1053] Vgl. BArch R 26-VI/1057, Stellungnahme zu den einzelnen Punkten des fernmündlichen Gespräches zwischen K.V. Chef Dr. Bergemann und Dr. Richter des V.P vom 13. November 1941, Niederschrift vom 19. November 1941.
[1054] Siehe hierzu den Schriftwechsel der beteiligten Stellen unter BArch R 63/192, fol. 80-93 und 96-99.
[1055] Genannt werden Landwehr und Arlt (vgl. BArch R 26-VI/1057, Stellungnahme, 19. November 1941).

umgehend dazu über, Pläne und Maßnahmen für den Ausbau der Gruben zu erstellen. Für die Erweiterung und Optimierung der Förderung der Allatini Mines war die Wacker-Chemie der verantwortliche Ansprechpartner des kommissarischen Verwalters. Die notwendigen Investitionen waren bereits bei den ersten Verhandlungen in Semlin thematisiert worden. Dem Vierjahresplanbeauftragten Göring war die Bedeutung der Balkan-Ressourcen für die deutsche Kriegsführung bewusst; er mahnte die Wehrwirtschaftsstellen daher zur Effizienz:

> „Die deutsche Rüstungswirtschaft braucht grössere Mengen an kriegswichtigen Metallerzen. Die Bezüge aus dem Südosten müssen deshalb vermehrt und die im serbischen, mazedonischen und griechischen Raum betriebenen Aktionen deutscher Dienststellen und Firmen noch verstärkt werden. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, alles was der Südostraum aus eigener Kraft leisten kann ebenso wie die Hilfsmittel, die nur aus dem Reich kommen können, nach einheitlichen Gesichtspunkten mit dem Ziel zum Einsatz zu bringen, die gesamte Leistung schnell und nachhaltig zur Erhöhung der Versorgung des Reiches mit Metallerzen zu steigern.“[1056]

In der gleichen Anweisung errichtete Göring eine neue, den Vierjahresplanbehörden untergeordnete Dienststelle, die für eine "einheitliche Ausrichtung der im Südostraum angesetzten deutschen Dienststellen und Firmen" sorgen sollte – der Generalbevollmächtigte für den Metallerzbergbau Südost. Zum Generalbevollmächtigten, der Weisung von Göring erhielt und ihm direkt unterstand, ernannte er erneut Franz Neuhausen. Zur Stellung der neuen Dienststelle vermerkte der Reichsmarschall weiter: "Sämtliche militärischen und zivilen Dienststellen sind verpflichtet, die Arbeiten zur Steigerung der Einfuhr von Metallerzen aus dem Südostraum mit allen Mitteln zu fördern und dem Generalbevollmächtigten auf sein Ersuchen weitestgehende Hilfe und Unterstützung zu gewähren. Der Generalbevollmächtigte wird mit den deutschen militärischen und zivilen Dienststellen enge Fühlung halten."[1057]

Neuhausen, der nun nicht nur Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien, sondern auch Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost war sowie darüber hinaus in der Geschäftsleitung wichtiger Gesellschaften wie der Südostmontan saß, und die ihm unterstehende Verwaltung wurden zum Zentrum der Wehrwirtschaft in Südosteuropa. Um den Zugriff seiner Stellen zu optimieren, ernannte er zwei Monate später zwei neue, ihm nachgeordnete Beauftragte – einen in Mazedonien und einen in Griechenland. Dienststellenleiter des Beauftragten Mazedoniens des Generalbevollmächtigten für den

[1056] BArch R 26-VI/673, Abschrift eines Schreibens Görings an den Generalbevollmächtigten des Metallerzbergbaus sowie Funk, Speer, Milch und Körner, 9. Dezember 1942.
[1057] BArch R 26-VI/673, Abschrift eines Schreibens Görings zur Steigerung der Einfuhr von Metallerzen, 9. Dezember 1942.

Metallerzbergbau Südost mit Sitz in Skopje wurde Robert Dürrigl,[1058] zum Beauftragten für Griechenland mit Sitz in Athen ernannte er Kapitänleutnant von Bolfras.[1059] Zum Aufgabenspektrum Dürrigls äußerte sich Neuhausen wie folgt:

> „Sie haben in dieser Eigenschaft die Aufgabe, alle Massnahmen zu treffen und zu unterstützen, die eine Steigerung des Metallerzförderung aus dem mazedonischen Gebiet zum Ziele haben. Sie sind nach meinen Weisungen befugt, den dort eingesetzten deutschen Dienststellen und Firmen in Fragen des Metallerzbergbaus in Mazedonien Weisung zu erteilen. Die Gesamtplanung und Leistungssteigerung der Chromerzbergbaue habe ich für den Raum Südost meinem OKVRat Steiger übertragen. Diese Aufgabe hat er im Gebiet Mazedonien mit meinem Beauftragten Mazedonien und im Gebiet Griechenland mit meinem Beauftragten Griechenland in enger Zusammenarbeit und im Einvernehmen mit diesen durchzuführen.“[1060]

Hans Steiger, langjähriger Direktor der Allatini Mines, war aus dem englischen Unternehmen ausgeschieden und bei Neuhausen in Dienst getreten, „wo er insbesondere den Erwerb jugoslawischer Chromerzvorkommen bezw. Jugoslawischer Chromerze für Deutschland vorbereitet.“[1061] Mit der Ernennung Steigers zum Beauftragten für den Chromerzbergbau[1062] hatten nun alle beide – Dürrigl und Steiger – mehrere Funktionen und Aufgaben innerhalb der südosteuropäischen Wehrwirtschaftsverwaltung übernommen. In vielen Fragen waren sie die Ansprechpartner der deutschen Firmen, darunter auch der Wacker-Chemie.

Auf Wunsch Görings sollten von deutscher Seite große Investitionen in Jugoslawien getätigt werden. Nach Seidler lagen 1943 allein im Bereich des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien etwa 500 Einzelbaustellen zum Ausbau und der Optimierung der deutschen Rohstoffförderung.[1063] Die veraltete Fördertechnik, aber vor allem auch die unzureichenden Transportmittel bremsten die Lieferungen nach Deutschland enorm. Bei Chromasseo wurde davon ausgegangen, ohne Modernisierungsmaßnahmen mit Hilfe der üblichen Pferde-, Tragtier- und Ochsenkarren in den Sommermonaten – im Winter konnten gar keine Erze zum Versand gebracht werden – etwa 250 Tonnen monatlich abtransportieren zu können. Dies entsprach lediglich etwa einem Siebtel der Fördermenge. Eine Motorisierung des Transportwesens durch drei Lastwagen und die Errichtung einer Seilbahn hätte die

[1058] Vgl. BArch R 26-VI/673, Schreiben des GB Metallerzbergbau Südost an den Beauftragten Mazedonien Oberkriegsverwaltungsrat Dürrigl, 11. Februar 1943 und BArch R 26-VI/671, Übersichtslisten der am 8. August in der Dienststelle durch Feuer vorsätzlich vernichteten Geheimschreiben und Akten.
[1059] Vgl. BArch R 26-VI/673, Schreiben des GB Metallerzbergbau Südost an Kapitänleutnant von Bolfras, 11. Februar 1943.
[1060] BArch R 26-VI/673, Schreiben Neuhausen an Dürrigl, 11. Februar 1943.
[1061] BArch R 26-VI/1054, Geheimes Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums, 5. März 1940.
[1062] Vgl. BArch R 3101/30894, Reichswirtschaftsministerium Arlt an Neuhausen, 30. August 1943, fol. 114.
[1063] Eines der größten und bekanntesten Bauprojekte war die Kupfergewinnungsanlage in Bor (vgl. Seidler, Organisation Todt, S. 77).

monatliche Versandmenge mindestens vervierfacht.[1064] Zu den Stellen, die nach Aussage des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau Südost einen „besonderen Anteil am Ausbau und Betrieb des Südostbergbaus“[1065] hatten, zählten die Einrichtungen des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien, später der Chef der Militärverwaltung, der Wehrwirtschaftsstab Südost[1066] sowie seine nachgeordneten Stellen in Sofia als „deutscher Wehrwirtschaftsoffizier – Sofia (W.O)“ oder das Pendant in Athen (WO Athen).[1067] An den Modernisierungsarbeiten beteiligt, gerade wenn es sich um infrastrukturelle Maßnahmen handelte, war auch die Organisation Todt (OT), in Gestalt der Einsatzgruppe Südost und deren nachgeordneten Dienststellen. Die Organisaton Todt hatte bereits vor dem Balkanfeldzug Arbeiten in Rumänien und Bulgarien übernommen, darunter den Ausbau und die Modernisierung des bulgarischen Verkehrsnetzes. Nach dem Feldzug verlagerte sich der Tätigkeitsschwerpunkt jedoch auf die Infrastruktur Jugoslawiens, wofür ein OT-Einsatzstab in Belgrad unter der Führung von Diplom-Ingenieur Vogls, dem OT-Einsatzleiter,[1068] etabliert wurde.[1069] Für die wirtschaftlichen Belange, beispielsweise den Transport der Chromerze, ebenso von Belang wie für die militärische Logistik war die Instandsetzung der Straßen. „Die größte Zahl der Männer war jedoch weder im Straßen- noch im Eisenbahnbau eingesetzt, sondern bei der Erschließung jugoslawischer Rohstoffquellen, die zugunsten der deutschen Wirtschaft ausgebeutet werden sollten.“ Unter maßgeblicher Mithilfe der OT wurden auf diese Weise im Amtsgebiet des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien von Juli 1942 bis Dezember 1943 knapp 900.000 Tonnen Kupfer, etwa 670.000 Tonnen Blei und Zink sowie 269.000 Tonnen Chrom abgebaut.[1070]

Bei der Allatini wurde zur Erhöhung der Fördermengen in Nada die Erschließung eines neuen Tagebaus geplant, der zusätzliche 30.000 Tonnen Chromerz mit einer Qualität von rund 42 Prozent bringen sollte.[1071] Der Ausbau des Tagebaus, der letztlich eine Monatsförderquote von 8.000 Tonnen Chromerz erreichte und somit laut dem Generalbevollmächtigten für den

[1064] Man rechnete wohl mit 6000 Tonnen auf sechs Monate verteilt (vgl. HUW 10 A 32, Niederschrift über die Besprechungen in Semlin wegen Chromerzlieferungen nach Deutschland, 20. Juni 1941).
[1065] BArch R 3/1967, Vorläufiger Bericht des Generalbevollmächtigten für Metallerzbergbau Südost, 17. September 1944, fol. 24.
[1066] Der Wehrwirtschaftsstab Südost war im Mai 1941 in Belgrad eingerichtet und übernahm die Koordination der Rohstoffausnutzung.
[1067] Vgl. Opfer-Klinger, Bulgarische Herrschaft, S. 235.
[1068] Vgl. BArch R 3101/31165, Niederschrift, 8. April 1943, fol. 20.
[1069] Vgl. Seidler, Organisation Todt, S. 72.
[1070] Ebd., S. 77.
[1071] Vgl. BArch R 26-VI/1057, Schreiben der Wacker-Chemie an Oberkriegsverwaltungsrat Steiger, 13. Januar 1943.

Metallerzbergbau die „bedeutendste Chromerzfundstätte des Südostraums“ wurde,[1072] erfolgte mit Hilfe der Organisation Todt.[1073] Obwohl die Wacker-Chemie den Vorschlag unterbreitet hatte, war sie nicht an den in Skopie stattfindenden Besprechungen zum Tagebau Nada beteiligt, an denen nur Vertreter der OT, der kommissarischen Verwaltung und des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau teilnahmen.[1074] Die Erschließungs- bzw. Investitionskosten in Höhe von drei Millionen Reichsmark, so der Vorschlag der Wacker-Chemie, sollten in Form eines Preisaufschlages bei den Erzlieferungen auf die deutschen Verbraucherfirmen umgelegt werden. Die Preissteigerung sollte in mehreren Stufen erfolgen. So wurde vom 1. Oktober bis Jahresende 1942 mit einer Steigerung von 75 Prozent, für den Zeitraum vom 1. Januar bis Ende Juni 1943 von 100 Prozent kalkuliert. In der zweiten Jahreshälfte 1943 sollte dann die Rückkehr zum ursprünglichen Preis erfolgen.[1075] Doch nicht nur der Ausbau erforderte größere Finanzmittel, auch der laufende Geldbedarf war hoch. Der Geldbedarf der Allatini wurde auf 4.432 Reichsmark monatlich, derjenige der Lojane auf 526 Reichsmark monatlich geschätzt.[1076]

Preise, Empfänger, Umsatz und Gewinn

Wie aus den Akten der Fachabteilung Ferrolegierungen ersichtlich wird, waren die Chromerz-Preise bereits zwischen 1936 und Kriegsbeginn deutlich angestiegen. Die Tonne Chromerz lag am 17. Oktober 1936 bei etwa 120 Reichsmark und hatte im Sommer 1939 die 200 Reichsmark-Grenze überschritten. In den Kriegsjahren verschärfte sich die Preissituation und der Chromerz-Preis stieg bereits im ersten Kriegsjahr auf 250 Reichsmark an. Im Folgejahr betrugen die Preissteigerungen im Einzelhandel etwa zwanzig Prozent, im Großhandel rund dreißig Prozent.[1077] Auf dieser Höhe stagnierten die Preise bis zum Jahresbeginn 1942, dann wuchsen sie sprunghaft binnen kürzester Zeit auf 400 Reichsmark pro Tonne Balkan-Chromerz und knapp 450 Reichsmark für Chromerz-Lieferungen aus Griechenland an.[1078] Im Januar 1943 hieß es von Seiten der Wacker-Chemie, der Chromerz-Preis für Lieferungen aus Griechenland habe sich mittlerweile im Vergleich zum Friedenspreis verdreißigfacht.[1079] Eine

[1072] BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 25. August 1944, fol. 38.
[1073] Vgl. BArch R 3/1967, Vorläufiger Bericht des Generalbevollmächtigten für Metallerzbergbau Südost, 17. September 1944, fol. 25.
[1074] Vgl. BArch R 26-VI/1054, Aktenvermerk einer Besprechung zum Tagebau Nada, 21. Mai 1943.
[1075] Vgl. BArch R 13-XII/566, Schreiben der Wacker-Chemie an die Fachabteilung, 14. Januar 1943.
[1076] Vgl. BArch R 26-VI/1054, Beilage 5, Betriebs- und Investitions-Programm der Allatini, 7. September 1943.
[1077] Vgl. Olshausen, Balkan, S. 261.
[1078] Vgl. BArch R 13-XII/566, Preise für Veredlungserze, 15. Dezember 1942
[1079] In den Akten der Fachabteilung werden für griechisches Chromerz Anfang 1943 Preise bis zu 1.300 Reichsmark angegeben (vgl. BArch R 13-XII/588, Schreiben Freyers an die Fachabteilung, 25. Januar 1943).

Aufstellung der Chromerz-Preise für Lieferungen an den Standort Tschechnitz wies im Juni 1942 eine Preisspanne von 137 bis 300 Reichsmark pro Tonne für Erze der Qualitätskategorie 38 bis 46 Prozent aus, wobei die griechischen Anbieter noch einmal eine erhebliche Preissteigerung angekündigt hatten. Den Legierungsbetrieb der Wacker-Chemie in Tschechnitz erreichten zu dieser Zeit Erze aus den mazedonischen Allatini-Minen, aus den jugoslawischen Krupp-Anlagen, aus Bulgarien, Griechenland und Russland. Am teuersten war das Erz der griechischen Apostolides, die für 30-prozentiges Erz knapp 200 Reichsmark, für 44-prozentiges Erz 300 Reichsmark forderten. Am günstigsten war "Beuteerz" aus Russland, das bei 93 Reichsmark pro Tonne für 48-prozentiges Chromerz lag.[1080]

Während die Legierungsproduzenten über die stetig steigenden Einstandspreise für Chromerz und die Mehrkosten für die Verarbeitung minderwertiger Erze klagten, war die Stahlindustrie nicht mehr bereit, die permanent steigenden Preise für das Endprodukt – Ferrochrom – zu bezahlen. Eine Lösung, die stabile Preise garantierte, wurde jedoch erst 1943 gefunden, als eine neue Preisregelung zur finanziellen Entlastung des Ferrochromgeschäfts in Kraft trat:[1081]

> „Die deutschen Chromerz umarbeitenden Ferrolegierungswerke haben mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichskommissars für die Preisbildung für Chromerze einen festen Einstandspreis zugebilligt bekommen. Aufgrund dieses festen Chromerz-Preises erfolgt die Kalkulation des hergestellten Ferro-Chroms.“[1082]

Durch den Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 14. Dezember 1942[1083] wurde der Import von Wolfram-, Molybdän- und Chromerzen in das allgemeine Preisausgleichs-verfahren einbezogen und auf diese Weise eine Preisausgleichsregelung für Einfuhrwaren geschaffen, bei der die „Reichsstellen zur Festsetzung von Preisen für eingeführte Rohstoffe ermächtig“ wurden.[1084] Bei der Preisermittlung sollte vor allem auf die „Verkraftungsmöglichkeiten innerhalb der Weiterverarbeitungsstufen“ geachtet werden. Die Preissetzungskompetenz der Reichsstelle wurde, was die Legierungen betraf, an die Fachabteilung Ferrolegierungen übertragen. Die konkrete Ausgestaltung des Preisausgleiches wurde anschließend wochenlang zwischen den betroffenen Firmen und der Fachabteilung diskutiert, wobei der Fokus vor allem beim Hauptdiskussionspunkt, der Berechnungs-

[1080] Vgl. HUW 15 A 2, Gegenüberstellung der gegenwärtigen Chromerzpreise, 17. Juni 1942.
[1081] Vgl. HUW 27 A 8, Jahresüberblick 1943, S. 6.
[1082] BArch R 13-XII/568, Schreiben der Fachabteilung an Dr. Funder im Reichsamt für Bodenforschung, 5. August 1943, fol. 369.
[1083] Vgl. Erlass des RWM I Nr. 22930/ 42.
[1084] Rundschreiben 4/1943 der Fachabteilung Ferrolegierungen vom 15. Mai 1943 (vgl. BArch R 13-XII/566 sowie Schreiben der Fachabteilung an die Badische Wolframerzgesellschaft, 15. April 1944).

grundlage der neuen Preise, lag. Diesbezüglich konnte jedoch keine Einigung erzielt werden. Die Wacker-Chemie drängte auf einen raschen Ausgleich der Kosten. Das Unternehmen hatte zu diesem Zweck ein Zwei-Stufen-Modell für die Einführung des Preisausgleiches sowie die gesonderte Berechnung des Erzmehrverbrauches vorgeschlagen und anschließend für dieses Modell bei den anderen Ferrochromerzeugern aktiv geworben.[1085] Grundlage der Mehrpreisberechnung sollte der Vergleich der aktuellen Kosten mit den Einstandspreisen von 1936 sein. Die Entscheidung, auf welcher Grundlage die Verteuerung berechnet wird, lag letztlich jedoch beim Preiskommissar.[1086] Als Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Fachabteilung, des Reichswirtschafts-ministeriums und des Reichskommissars für die Preisbildung stattfanden, wurde im Rahmen der Ausgleichskasse ein sogenannter „Inlandseingangspreis“ festgelegt, der letztlich dem für die Edelstahlindustrie als Käufer der Legierungen noch tragbaren Preis entsprach und frei Empfangswerk galt.[1087] Die neuen Fixpreise erlangten zum 1. April 1943 Gültigkeit.[1088] Zu den Stopp-Preisen und der Errichtung der Ausgleichskasse für Chromerz traten feste Zuschläge auf den Ferrochrompreis, mit denen die Mehrkosten der Legierungserzeuger abgedeckt werden sollten. Sie beliefen sich für die Herstellung von Ferrochrom suraffiné auf 1,20 Reichsmark pro Kilogramm Reinchrom in der Legierung, für Ferrochrom affiné auf 90 Pfennige sowie für Ferrochrom carburé auf 85 Pfennige.[1089] Der Vorschlag sich einzig an den Zahlen der GfE zu orientieren, scheiterte an

[1085] Vgl. HUW 10 C 45, Schreiben der Wacker-Chemie an die GfE., 8. März 1943.

[1086] Vgl. HUW 10 C 45, Schriftwechsel zwischen der GfE., der Wacker-Chemie und dem Büro Zentraldirektor Platzers der Donau-Chemie im Dezember 1942.

[1087] Vgl. BArch R 13-XII/566, Schreiben der Fachabteilung an die Badische Wolframerzgesellschaft, 15. April 1944.

[1088] Wie aus dem Schriftwechsel mit der GfE hervorgeht, hatte die Wacker-Chemie gehofft, dass das neue Preisausgleichsverfahren deutlich früher – zum 1. Januar 1943 – seine Gültigkeit erlangen würde. Über die Funktionsweise des Verfahrens gibt ein Schreiben der Fachabteilung Ferrolegierungen an den Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien Aufschluss: „Der Herr Reichswirtschaftsminister hat am 14.12.1942 einen Erlass hinsichtlich der Preisausgleichsregelung für Einfuhrwaren herausgegeben. Überteuerte Erzeinfuhren werden gemäss diesem Erlass durch Gelder, die das Reich zur Verfügung stellt, verbilligt. In diesem Preisausgleichsverfahren sind mit Wirkung vom 1. April 1943 auch Chromerze einbezogen worden. Die Festlegung des von dem deutschen Verbraucher zu zahlendem Chromerz-Preises erfolgte durch uns mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums und des Herrn Reichskommissars für die Preisbildung. […] Falls eine Firma Chromerze aus dem Ausland einführt, hat sie für die Tonne Chromerz gemäss der Staffel den festgelegten Preis zu zahlen. Liegt der Einstandspreis über dem sogenannten Verkraftungspreis, erhält die einführende Firma einen Zuschuss aus der Preisausgleichskasse; liegt der Einstandspreis unter dem sogenannten Verkraftungspreis, hat die Firma die Differenz bis zu dem Verkraftungspreis an die Ausgleichskasse zu zahlen. Es ist uns nicht möglich, Ihnen einen Preis frei Abgangsstation zu benennen, da für die einzelnen Partien die Kosten je nach Transportweg und sonstigen Umständen sehr verschiedenartig sein können und ein Zurückrechnen für jede einzelne Partie auf Basis frei Abgangsstation erst nach Errechnung sämtlicher Einstands- und Nebenkosten möglich ist“ (BArch R 13-XII/568 Schreiben der Fachabteilung an den Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien, 7. September 1943).

[1089] Zusammensetzung der Aufschläge pro 100 kg Reinchrom: Suraffine = 0,85 Erzmehrpreis (100 kg Mehrverbrauch) + 0,35 RM Mehrverarbeitungskosten; affiné = 0,77 Erzmehrpreis (rund 90 kg Mehrverbrauch) + 0,13 RM Mehrverarbeitungskosten; carburé = 0,71 Erzmehrpreis (80 kg Mehrverbrauch) + 0,14 RM Mehrverarbeitungskosten (vgl. HUW 10 C 45, Aufstellung der Wacker-Chemie, 30. September 1943).

der Annahme, der Preiskommissar werde die Zahlen eines Unternehmens nicht als maßgebend für einen ganzen Industriezweig akzeptieren. Schließlich erfolgte die Berechnung des Aufschlages anhand der Mehrkosten-Schätzungen aller Ferrochromerzeuger, die sich ausgehend von den Werten aller Werke bemühen mussten, einen für alle akzeptablen Durchschnittswert festzulegen.[1090] Diese letztlich von der Stahlindustrie zu zahlenden Zuschläge erlangten zunächst für ein halbes Jahr Gültigkeit. Nach Ablauf dieser Frist sollte es der Ferrochromindustrie ermöglicht werden, gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen.[1091] Inlandspreis für Chromerz frei Verbraucherwerk entsprechend der Preisstopp-Verordnung:[1092]

Qualität des Chromerzes	**Preis pro Tonne**
Erz über 45 % Cr_20_3	250
Erz 40 bis 45 % Cr_20_3	215
Erz 35 bis 40 % Cr_20_3	195
Erz 30 bis 35 % Cr_20_3	160
Erz 25 bis 30 % Cr_20_3	125
Erz unter 25 % Cr_20_3	40

Tabelle 21: Übersicht der Inlandspreise-Preise für Chromerz nach Erzqualiät im Jahr 1943

Kosten, die der importierenden Firma über den Verkraftungspreis hinaus entstanden, sollten durch eine Preisausgleichskasse übernommen werden. Die ersten Ausgleichskassen wurden für Molybdän und Wolfram errichtet.[1093] Ende März 1943 erging darüber hinaus ein Erlass Görings, der die Verbilligung der deutschen Einfuhren aus den besetzten Gebieten vorsah. Zu den angesprochenen Regionen zählte neben Serbien auch Norwegen, aus dem unter anderem Ferrosilicium und Ferrochrom nach Deutschland importiert wurden.[1094] Unter Aufsicht der Wacker-Chemie wurden zwischen dem 1. Juli 1941 und dem 31. Oktober 1942 65.235 Tonnen Chromerz aus Mazedonien abtransportiert, von denen die Wacker-Chemie mit 23.490 Tonnen den größten Anteil erhielt.

[1090] Vgl. BArch R 13-XII/588, Schreiben Freyers an die Fachabteilung, 25. Januar 1943.
[1091] Vgl. BArch R 13-XII/566, Schreiben der Fachabteilung an die Badische Wolframerzgesellschaft, 5. April 1944 sowie HUW 10 C 45, Schriftvermerk Fahnler Nr. 273 zur Ausgleichskasse, 20. April 1943.
[1092] Vgl. BArch R 13-XII/566, Schreiben der Fachabteilung an die Chemischen Werke Aussig-Falkenau, 26. Juli 1943.
[1093] „Sämtliche Kosten, die dem Werk über diesen sogenannten Verkraftungspreis hinaus entstehen, werden soweit Einfuhren aus dem Ausland infrage kommen, aus der sogenannten Preisausgleichskasse des Reichswirtschaftsministeriums erstattet.“ (BArch R 13-XII/568, Schreiben der Fachabteilung an das Reichsamt für Bodenforschung, 5. August 1943, fol. 369-370).
[1094] Vgl. Erlass vom 26. März 1943: „Auf Vorschlag des Reichskommissars für die Preisbildung hat der Reichsmarschall entschieden, daß die besetzten Gebiete grundsätzlich verpflichtet sind, ihren Export nach Deutschland selbst soweit zu verbilligen, daß die Ware nicht teurer in den Verkehr kommt, als eine gleichartige deutsche“ (BArch R 13-XII/566, Schreiben der Eisen- und Stahlwerksgemeinschaft in der Reichsvereinigung Eisen an verschiedene Vertreter der Fachabteilung, ohne Datum).

		Verteilung nach Sorten an der jeweiligen Gesamtliefermenge			
Firma	**Liefermenge gesamt**	Konzentrat	40 Prozent	30 Prozent	20 Prozent
Wacker	23.490	56%	28%	10%	6%
GfE	16.308	7%	55%	25%	13%
IG	8.695	34%	27%	29%	10%
Wolframerzgesellschaft	7.773	14%	47%	28%	11
Maria Rast	6.500	1%	61%	38%	-
Elektro Ober-Lazisk	2.469	3%	36%	61%	-
Summe:	65.235	28%	40%	23%	9%

Tabelle 22: Chromerz-Lieferungen aus Mazedonien (Juli 1941Oktober1942) nach Empfänger

Es folgte der zweitgrößte deutsche Ferrochrom-Produzent – die Gesellschaft für Elektrometallurgie – mit 16.308 Tonnen vor den Werken der IG Farben und der Wolframerzgesellschaft, einer Tochtergesellschaft des Krupp-Konzerns.[1095] Doch nicht nur bei Quantität konnte sich die Wacker-Chemie durchsetzen, auch bei der Qualität der Chromerze erhielt sie mit weitem Abstand das meiste Konzentrat zugeteilt, das für die Ferrochrom-suraffiné-Produktion in Mückenberg benötigt wurde.

Die Transport- und Lieferzahlen entsprachen nicht den tatsächlichen Förderzahlen; ein Teil des Chromerzes floss in die Aufbereitungsanlagen, der andere war so minderwertig, dass die deutschen Legierungshersteller die Annahme und Verarbeitung verweigerten. Hinzu kamen Transportprobleme. So lag die Einfuhr neubulgarischer Erze durch die Wacker-Chemie im März 1943 gerade einmal bei 1.500 Tonnen monatlich, davon gingen 1.066 Tonnen an die GfE Bremen für Norwegen und 435 Tonnen an die IG Farben in Bitterfeld. Zudem wurden im gleichen Monat 900 Tonnen an die Chemischen Werke Aussig-Falkenau abgegeben.[1096]

Unternehmen	**Förderung 1943 in Tonnen**
Allatini Mines Ltd.	64.961
Ljuboten AG	14.466
Lojane	7.762
Chromag	43.558

Tabelle 23: Fördermenge nach Produzent 1943[1097]

Im letzten Kriegsjahr wurden zwei weitere Empfängerwerke, die Treibacher Chemische Werke AG und die oberschlesischen Stahlwerke Warthenau, beliefert.[1098] An der Logistik

[1095] Vgl. HUW 15 A 2, Aktenvermerk Fahnler für Hess, 19. Oktober 1942.
[1096] Vgl. BArch R 13-XII/583, VE-Fragebogen der Wacker-Chemie, 8. April 1943, fol. 190 und 191.
[1097] Vgl. BArch R 3/1967, Anlage 2 zu den Jahreszahlen 1943, fol. 163.
[1098] Vgl. BArch R 121/1401, Rechnungen der Spediteure und Versandanzeigen der Roges und BArch R 13-XII/568, Fachabteilung Ferrolegierungen an Reichsvereinigung Eisen, 1. November 1944, fol. 11.

beteiligten sich die Gebrüder Hertling, der Spediteur Hornbach und Schmitz und die Roges.[1099] Das Wacker-Werk Tschechnitz wurde zum Verteiler für die Lieferungen an die Elektrohütte Seebach der Treibacher Chemischen Werke, an die von dort aus drei Wagen täglich versandt wurden. Zwar sah die Regelung als Gruppeneinführer vor, dass die Wacker-Chemie die Zeitpunkte und den Umfang der Allatini-Lieferungen bestimmte, jedoch war es wohl auch zu Abrufen von minderwertigen Erzen ohne Wissen der deutschen Erzeuger oder der Wacker-Chemie durch die Reichsstelle gekommen, was zu einigem Durcheinander und Verzögerungen in der Produktion führte.[1100]

Die Gewinnspanne der Importeure war durch die Preisvorgaben des Preiskommissars geregelt. Jede Veränderung erforderte die Zustimmung der Preisbehörde. Die Preise waren gestaffelt und orientierten sich an der Höhe des Chromanteiles, also an der Qualität. Als der finanzielle Aufwand für die Importeure 1943 kriegsbedingt stark angestiegen war, schlug die für die Bewirtschaftung des Chromerzes zuständige Fachabteilung Ferrolegierungen dem Preiskommissar einen Pauschalverdienst von zehn Reichsmark pro Tonne vor, mit dem alle Kosten wie Gehälter, Mieten, Materialien, Spesen und Reisekosten abgegolten sein sollten.[1101] Die Wacker-Chemie empfing zwischen 1941 und 1944 nicht nur Chromerz-Lieferungen zur eigenen Verwendung, sondern verkaufte in ihrer Funktion als „Gruppeneinführer“ der Wirtschaftsgruppe einen Teil der Chromerz-Mengen für andere Unternehmen. Damit gelang ihr trotz Preisregelung ein stetig wachsender Umsatz, der seinen Höhepunkt 1944 mit 8.260.000 Reichsmark erreichte.[1102] In diesem Jahr erwirtschaftete die Wacker-Chemie 8,26 Prozent ihres Umsatzes mit dem Verkauf des importierten Chromerzes.

Geschäftsjahr	Umsatz Wacker-Chemie in Millionen	davon Chromerz
1941	92,80	0,66
1942	103,46	3,58
1943	116,40	5,51
1944	116,40	8,26

Tabelle 24: Chromerz-Umsatz der Wacker-Chemie 1941-1944

[1099] So lieferte die Roges im August 1944 netto 412 Tonnen bulgarisches Erz an die Wacker-Chemie in Tschechnitz und 758Tonnen im Zeitraum September bis November 1944 an das Werk in Mückenberg (vgl. BArch R 121/1401, Aktennotiz „Anlieferung bulgar. Chromerze an Dr. A. Wacker Mückenberg“, ohne Datum; zudem die Eingangsbestätigung der Wacker-Chemie, 7. November 1944; die Rechnung der Roges Nr. I 3224, 22. November 1944 und Eingangsbestätigung Tschechnitz, 26. August 1944).

[1100] Vgl. BArch R 13-XII/588, Schreiben der Wacker-Chemie an die Reichsstelle für Eisen und Stahl vom 11. August 1942.

[1101] Vgl. BArch R 13-XII/568, Schreiben der Fachabteilung an den Reichskommissar für die Preisbildung, 2. Oktober 1943, fol. 428.

[1102] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1944, S. 2.

Die Aufgabe der mazedonischen Gruben im Herbst 1944

Ab dem Sommer 1944 erschwerten die Kampfhandlungen in Südosteuropa die Abtransporte der Erze trotz hoher Transportpriorität massiv. Zudem brach der Kontakt zu den serbischen Chromerzgruben komplett ab, nachdem „über die Gegend dieser Gruben mehrfach die Kämpfe hinweggegangen sind".[1103] Mit dem Übertritt Bulgariens zu den alliierten Streitkräften und der Kriegserklärung an Deutschland vom 8. September 1944 kam es in den mazedonischen Gruben meist zum Betriebsstillstand. Die Gruben waren von bulgarischen Militäreinheiten – vor allem gegen Partisanenvorstöße[1104] – gesichert gewesen. Ein Schutz, der nun entfiel:

> „In Mazedonien hat sich der bulgarische Abfall besonders ungünstig ausgewirkt, weil hier sämtliche Sicherungstruppen von der bulgarischen Wehrmacht gestellt wurden, nach deren Abzug die Partisanen völlig freie Hand hatten. So mussten die kleineren deutschen Kommandos sofort abziehen und die Gruben den Banden überlassen, während die grösseren sich noch kurze Zeit halten konnten, hierbei an mehreren Stellen abgeschnitten oder eingeschlossen wurden und sich nur unter Kämpfen und Verlusten freikämpfen konnten. Das Bergbaubataillon – soweit in Mazedonien eingesetzt – erhielt endgültig am 9.9.44 vom Wehrmachtsbefehlshaber Mazedonien den Befehl, die Gruben zu verlassen und die Sicherung der Eisenbahn und Nachschubstrassen zu übernehmen."[1105]

Wie aus dem Bericht hervorgeht, wurden die Gruben am 9. September 1944 von der deutschen Militärverwaltung aufgegeben, um stattdessen die Bahnstrecken und die Nachschubversorgung zu sichern. Nach dem Abzug des Bergbaubataillons und dem Fernbleiben der Arbeiter in den kleineren Außengruben wurde die Lähmung der Gruben befohlen und an der Stilllegung der Wasserhaltung gearbeitet; eine Maßnahme, die das „Absaufen" der Anlagen bewirken sollte. Nichtsdestotrotz kam es nach dem Abzug der bulgarischen Kräfte zu Plünderungen, wie etwa in der Grube Lojane oder zu Kampfhandlungen, wie in Jezerina. Die noch verbliebenen Chromerz-Mengen sollten, soweit es die schwierige militärische Lage gestattete, in Zusammenarbeit mit der Heeresgruppe und dem General des Transportwesens umgehend ins Deutsche Reich versandt werden.[1106] Speer hatte bereits am 6. September entschieden, dass die Einheiten der OT aus dem Bergbau abkommandiert werden sollten, um sie in Ungarn oder in Deutschland einsetzen zu können.

[1103] BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 1.Oktober 1944, fol. 8.

[1104] Es war in den Gruben wiederholt zu Auseinandersetzungen mit Partisanen gekommen, die die Ausbeutung der Bodenschätze für deutsche Kriegszwecke sabotieren wollten. In Griechenland gestaltete sich die Situation im Herbst 1943 schwieriger als in Mazedonien; dort wurden bei „Bandenkämpfen" „auch deutsche Bergarbeiter aus Pionierabteilungen von den Partisanen getötet", so Fahnler (vgl. HUW 15 A 2, Fahnler Schriftvermerk Nr. 320, 28. September 1943).

[1105] BArch R 3/1967, Monatsbericht über den Metallerzbergbau im Südostraum, 1. Oktober 1944, fol. 8 und 9.

[1106] Vgl. ebd., fol. 9.

Zudem wurde die Bündelung der vorhandenen Kräfte im Raum Belgrad befohlen, „da es unter diesen Umständen nicht verantwortet werden konnte, dass wertvolle deutsche Fachkräfte und Sicherungstruppen an Betriebe gebunden werden, die keine Aussicht haben, die deutsche Kriegswirtschaft in absehbarer Zeit beliefern zu können […].“[1107]

Auch die Dienststellen der Verwaltung Südost wurden verlagert. Am 20. Oktober besetzte die sowjetische Armee gemeinsam mit Partisaneneinheiten Belgrad. Die Stelle des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau Südost wurde schließlich zum Stichtag 31. Dezember 1944 aufgelöst, nachdem sie durch den Kriegsverlauf überflüssig geworden war.[1108] Das Feindvermögen, zu dem auch die Allatini Mines zählten, sollte abgewickelt werden. Für die Abwicklung verantwortlich zeichnete der vermutlich vom Generalbevollmächtigten finanzierte kommissarische Leiter Dürrigl.[1109] Zur sogenannten „Feindvermögensabrechnung“ gehörten auch die letzten nach Deutschland versandten Erzlieferungen aus Griechenland, Albanien, Serbien und Mazedonien. Diese waren von der Roges unter dem Stichwort „Räumungsgut“ übernommen worden.[1110] Handelte es sich um Feindbetriebe, wie bei den Allatini Mines, so musste „befehlsgemäß eine besonders genaue Abrechnung vorgenommen werden.“ Hier trat die Wacker-Chemie ein letztes Mal in Erscheinung und führte zur Abstimmung der Daten Gespräche mit der Roges. Für die Abrechnung dieser letzten Lieferungen war es wichtig, zu ermitteln, von wo, in welcher Anzahl und mit welcher Nummer die durch die Roges getätigten Lieferungen stammten. Die Gespräche mit der Roges verliefen schleppend, so dass sich die Militärverwaltung Südost an die Wifo wandte, damit diese die Roges „mit entsprechender Weisung versehe“.[1111] Ein Teil der von der Roges abgewickelten Lieferungen erreichte auch das Ferrowerk in Mückenberg, so dass die Wacker-Chemie gebeten wurde, den Gehalt der Erze zu ermitteln, der zur Preisfestsetzung benötigt wurde.[1112] Offensichtlich hatte die Roges bei den

[1107] BArch R 3/1967, Vorläufiger Bericht des Generalbevollmächtigten für Metallerzbergbau Südost, 17. September 1944, fol. 22.
[1108] Vgl. BArch R 26-I/131, Tätigkeit und Auflösung der Dienststelle des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau Südost und des dazugehörenden Baubüros, 1944-1945.
[1109] Vgl. Personalliste BArch R 26-I/131, Ergebnis der Wiener Besprechungen vom 5. und 6. Dezember 1944, fol. 6 und fol. 33.
[1110] Vgl. HUW 7 E 24, Schreiben des Chefs der Militärverwaltung Südost Keyser an Direktor Wehling der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft, 14. Dezember 1944.
[1111] Ebd.
[1112] BArch R 13-XII/592, Eingangsmeldung aus Mückenberg über 37 Tonnen Anlieferung durch die Roges, fol. 217, 219 und 220 sowie Schreiben der Fachabteilung Ferrolegierungen an die Wacker-Chemie, 13. Dezember 1944, fol. 218.

Auflösungserscheinungen im Herbst 1944 mehr oder weniger einfach alles Erz, das zu diesem Zeitpunkt abtransportierbar erschien, ohne angemessene Erfassung verladen.

Weitere Chromerz-Lieferungen an die Wacker-Chemie in Mückenberg

Die Wacker-Chemie erhielt als zuständiger Importeur einen Großteil der Lieferungen der Allatini Mines, da sie jedoch nur einen begrenzten Einfluss auf die Verteilung dieser Erze nehmen konnte – die Entscheidung lag letztlich bei der Fachabteilung – war das Unternehmen auf weitere Zuteilungen von Chromerz durch die Bewirtschaftungsstelle angewiesen. Ein Großteil der nicht-mazedonischen Chromerze stammte aus der Türkei. Von dort wurden vor allem die für Mückenberg dringend benötigten hochwertigen Erze und das Konzentrat für die Ferrochrom suraffiné-Produktion erhalten. Neben den Lieferungen aus Mazedonien und der Türkei bezog das Unternehmen Chromerz aus Griechenland. Die exakten Mengen sind nicht rekonstruierbar. Ein Teil der Lieferungen erfolgte offensichtlich ohne Wissen der jeweiligen Empfängerfirmen, die Rede war "von unangemeldeten Eintreffen der griechischen Transportzüge".[1113] Zweifellos hätte das Unternehmen mehr Erz aus Nordgriechenland erhalten, wenn der Versand aus Griechenland nicht schon 1943 beinahe vollständig zum Erliegen gekommen wäre.[1114]

Zudem wurden Einzellieferungen von der Roges, wie etwa 86 Tonnen Chromerz im Mai 1942 oder einen Waggon Chromerz aus Russland, im selben Jahr angeliefert.[1115] Hier mussten trotz der guten Qualität pro Tonne lediglich 165 Reichsmark frei Verbraucherwerk gezahlt werden.[1116] Bei einer Lieferung der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost aus dem April 1944 lag der Preis für etwa 39-prozentiges Erz mit 195 Reichsmark pro Tonne frei Verbraucherwerk ebenfalls, wenn auch knapp, unter der 200-Reichsmark-Grenze.[1117] Andere Lieferungen der Roges, mit einem Chromerzgehalt von 40,14 Prozent, die im Herbst 1944 aus Pragerhof nach Mückenberg gingen, wurden mit 283 bzw. 256 Reichsmark pro Tonne berechnet.[1118] Hinzu kamen Lieferungen durch Gesellschaften, die speziell zur Verwertung

[1113] BArch R 13-XII/588, Schreiben der Wacker-Chemie an die Reichsstelle für Eisen und Stahl vom 11. August 1942.
[1114] Die nordgriechischen Erze mussten mit langen Autotransporten zu den Bahnverladestationen geliefert werden, wobei die Kolonnen häufig Ziele von Überfällen geworden sind (vgl. HUW 15 A 2, Besprechungsbericht über eine Sitzung bei der Fachabteilung Ferrolegierungen vom 5. April 1943).
[1115] Vgl. BArch R 13-XII/592, Schreiben der Fachabteilung Ferrolegierungen an die Roges vom 31. März 1943, fol. 9.
[1116] Vgl. BArch R 13-XII/592, Schriftwechsel zwischen der Roges und der Fachabteilung vom 1. Februar 1943 sowie Schreiben der Wacker-Chemie an die Fachabteilung vom 22. Januar 1943, fol. 16 und 230.
[1117] Vgl. BArch R 13-XII/592, Schriftwechsel der Fachabteilung mit der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft mbH Ost, 18. und 25. April 1944.
[1118] Vgl. BArch R 13-XII/592, Eingangsmeldungen vom 27. November 1944, fol. 219 und 220.

wirtschaftlicher Ressourcen in den besetzten Gebieten gegründet worden waren; darunter etwa von der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH (BHO),[1119] die einzige zum Abtransport von Rohstoffen in den Ostgebieten autorisierte Gesellschaft.[1120] Der Abtransport dieser erbeuteten Chromerze erfolgte häufig ohne Qualitätsbestimmung der Rohstoffe, zum Teil war es den Verantwortlichen nicht einmal bewusst, welche Art von Erzen sie aus den besetzten Ländern abtransportierten.[1121] Die Wacker-Chemie wurde mehrmals gebeten, anhand der Qualitätsprüfung nachträglich den Herkunftsort derartiger Lieferungen zu bestimmen.

Zur Versorgung der eigenen Betriebe mit Chromerz erwarb die Wacker-Chemie einen kleinen Chromerzbergbau im schlesischen Tampadel. Aus dem unweit von Breslau bzw. Tschechnitz am Zobten gelegenen Vorkommen ließen sich jedoch nur qualitativ minderwertige Chromerze gewinnen.[1122] Tampadel wurde daher auch erst im Zuge des massiven Chromerz-Mangels nach Kriegsbeginn und angesichts der staatlichen Anweisung, auch minderwertige Erze zu verarbeiten, für die Planungen der Wacker-Chemie relevant. Die Bestellung größerer Mengen Betriebsstoffe – Dieselöl und Benzin – beim zuständigen Landeswirtschaftsamt Breslau für den Chromerzbergbau Tampadel im Dezember 1941 legt nahe, dass der Abbau dort zu diesem Zeitpunkt bereits angelaufen war oder kurz bevorstehen musste.[1123] Ende Juli 1943 stellte die Wacker-Chemie beim Reichsamt für Bodenforschung einen Antrag auf Neugestaltung der Verrechnung von Gewinnungskosten aus dem Vorkommen Tampadel.[1124] Die hohen Erschließungskosten hatten zu Einstandspreisen geführt, die deutlich über den festgelegten Verkraftungspreisen lagen. Da es sich bei den dort abgebauten Erzen nicht um Einfuhren aus dem Ausland handelte, fielen die Mehrkosten nicht unter die Preisausgleichskasse des

[1119] Die ukrainische Wirtschaft sollte mit Hilfe der Ostgesellschaften wieder aufgebaut und für die deutsche Kriegsproduktion nutzbar gemacht werden: „Zur möglichst schnellen und wirkungsvollen Auswertung aller wichtigen Betriebe des Kohlen-, Eisenerz- und Manganerzbergbaus sowie der Eisen schaffenden Industrie wurde auf Grund einer Verordnung des Reichsmarschalls vom 27. Juni 1941 die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost mbH gegründet und zu ihrem Geschäftsführer Staatsrat Paul Pleiger […] bestellt. Gesellschafter der BHO waren neben dem deutschen Reich die Wirtschaftsgruppen Bergbau und Eisen schaffende Industrie sowie die Reichsgruppe Handel“ (BArch R 10-III/57, Gesammelte Zeitungsausschnitte zur Berg- und Hüttenwerksgesellschaft Ost vom Juni und September 1943, fol. 1).

[1120] Der im Gesellschaftsvertrag festgelegte Unternehmenszweck sah in erster Linie die Gewinnung, Aufbereitung, Verarbeitung, Verwertung und Verteilung von Kohle und Erzen vor (vgl. Riedel, Ukraine, S. 248).

[1121] Der Chromoxydgehalt musste anschließend sowohl der Fachabteilung als auch der Roges mitgeteilt werden (vgl. BArch R 13-XII/573, Schriftwechsel der Fachabteilung mit der Roges und R 13-XII/592, Schreiben der Fachabteilung an die Wacker-Chemie betreff Anlieferung von zwei Waggons unbekannter Güte durch die Roges, 5. April 1944, fol. 224 und Antwortschreiben des Unternehmens vom 1. September 1944, fol. 221).

[1122] Zur Lage und Qualität des Vorkommens vgl. Sprangenberg, Chromitlagerstätte.

[1123] Vgl. BArch R 13-XII/568, Fernschreiben des Landewirtschaftsamtes, 23. Dezember 1941, fol. 342.

[1124] Vgl. BArch R 13-XII/568, Schreiben der Fachabteilung an Dr. Funder im Reichsamt für Bodenforschung, 5. August 1943, fol. 369.

Reichswirtschaftsministeriums. Ein Vorschlag, dem die Wacker-Chemie positiv gegenüberstand, sah vor, die Mehrkosten für Erze aus deutschen Bergbaubetrieben über eine neue, vom Finanzministerium zu genehmigende Erzausgleichskasse zu decken. Auch in diesem Fall arbeitete die Wacker-Chemie eng mit der Fachabteilung Ferrolegierungen zusammen, die sich für das Vorhaben bei den relevanten Behörden einsetzte. Zur Vereinfachung der Erstattung beantragte die Fachabteilung Ferrolegierungen eine Übernahme der Mehrkosten durch das Reichsamt, das dank der Ausgleichskasse ja selbst kein Risiko eingegangen wäre.[1125] Das Reichsamt, das gegenüber der Wacker-Chemie seine generelle Bereitschaft signalisiert hatte, koppelte sein Einverständnis an das Zustandekommen eines Bergbaufonds im Reichswirtschaftsministerium[1126] und machte seine Zustimmung von zwei weiteren Bedingungen abhängig: erstens natürlich von der Zustimmung des Finanzministeriums und zweitens, von der Voraussetzung, dass die neue Ausgleichskasse einen reinen Reichsmittelfonds darstellen sollte.[1127] Die Frage der Kostenübernahme zog sich hin. Ende des Jahres war der Bergbaufonds schon längst eingerichtet, die Wacker-Chemie hatte jedoch trotz wiederholter Nachfrage noch keine Zusage zur Kostenübernahme erhalten.[1128]

In Tampadel wurden keine großen Mengen abgebaut; einen Teil verarbeitete der Legierungsbetrieb in Tschechnitz selbst, der Rest wurde eingelagert. In Tampadel lagerten zum Jahresende 1944 noch 1.187 Tonnen mit einem Chromoxydgehalt von 25,6 Prozent.[1129]

2.3 Arbeitskräfte

Die Versorgung der Produktionsstätten mit Arbeitskräften ist unabdingbare Grundvoraussetzung jeglicher Unternehmenspolitik. Die laufende Produktion benötigt neben Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen vor allem eine ausreichende Zahl an Arbeitskräften. Werden diese Voraussetzungen nicht erfüllt, muss die Produktion eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Der Unternehmenspolitik wäre damit ihr Gegenstand entzogen. Gleiches gilt für den Ausbau des Standorts und die Weiterentwicklung der Betriebsanlagen. Neben Bau- und Montagekräften musste weiteres, geeignetes Fach- und Hilfspersonal für die neuen

[1125] Vgl. ebd.
[1126] Vgl. HUW 15 A 2, Fahnler Schriftvermerk Nr. 320, 28. September 1943.
[1127] Vgl. BArch R 13-XII/568, Schreiben des Reichsamts für Bodenforschung an die Wacker-Chemie vom 10. August 1943.
[1128] Vgl. BArch R 13-XII/588, Schreiben der Wacker-Chemie an Dr. Funder im Reichsamt für Bodenforschung, 17. Dezember 1943.
[1129] Vgl. HUW 7 E 24, Aktennotiz Chromerzbestände, 20. Januar 1945.

Betriebsteile gefunden werden. Nicht nur die benötigte Energie konnte am Standort Mückenberg preisgünstig erworben werden, auch die Personalkosten waren vergleichsweise niedrig. Die Löhne variierten je nach Regionalklasse. Aufgrund der niedrigeren Ortsklasse lag das Lohnniveau in Mückenberg deutlich unter dem des oberbayrischen Werkes in Burghausen oder der Münchner Hauptverwaltung. Über die Notwendigkeit einer Senkung von Personalkosten wurde daher im Umfeld der Mückenberger Werke nie diskutiert. Sie lagen 1926 bei gerade einmal sechs bis acht Prozent der Selbstkosten pro erzeugter Tonne Ferrosilicium.[1130]

2.3.1 Belegschaftsentwicklung und Struktur

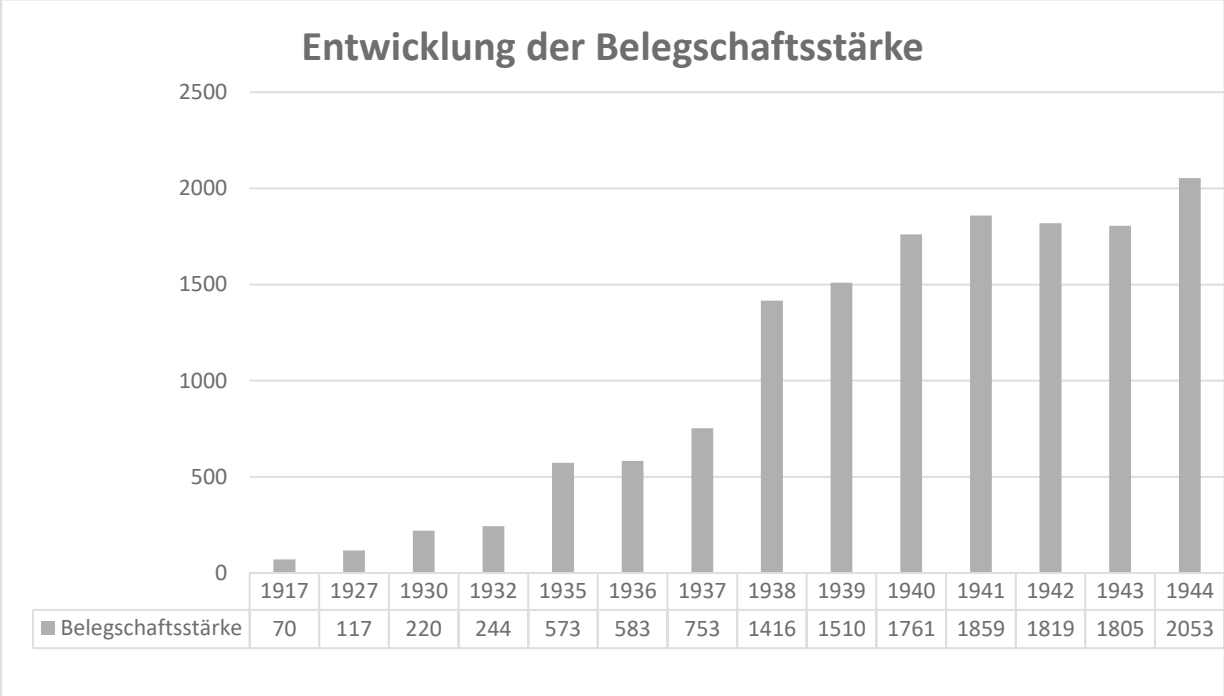
Größe und Entwicklung

Unmittelbar nach dem Kauf des Ferrowerkes fing die Wacker-Chemie mit den Modernisierungs- und Baumaßnahmen an, wodurch sich die Mitarbeiterzahl bereits im ersten Betriebsjahr deutlich erhöhte. Der Anstieg um 47 Arbeitskräfte erscheint zwar auf den ersten Blick relativ gering, doch in Relation zur Gesamtzahl der Beschäftigten ergab sich damit eine Steigerung von mehr als 60 Prozent. Mit den ersten Betriebserweiterungen verdreifachte sich die Belegschaftsstärke schließlich in den ersten vier Jahren. Waren es im Winter 1926 noch etwa 70 Belegschaftsmitglieder gewesen, so zählte das Ferrowerk 1930 bereits 220 Arbeitnehmer. Jede weitere Betriebsvergrößerung spiegelte sich in der Belegschaftsentwicklung wider: So korrespondiert die Mitarbeiterzahl des Jahres 1930 mit der Produktionsaufnahme von Carbid und Beagid. Die erste signifikante Zäsur im Jahre 1935, die mit der Verdoppelung der Arbeitnehmerzahl einherging, markierte das Ende der Weltwirtschaftskrise und die Wiederaufnahme der planmäßigen Standortexpansion ab dem Jahre 1934 (vgl. Abbildung 5). Diese bezog sich zunächst vor allem auf den Produktionsbereich Legierungen. Zwischen 1931 und 1933 musste zwar die geplante Standortexpansion auf ein Minimum gedrosselt werden, die Mitarbeiterzahl blieb jedoch dank der Diversifikations-Strategie der Geschäftsleitung weitgehend stabil.[1131] In den nächsten Jahren erhöhte sich die Belegschaftsstärke kontinuierlich. Die zeitlich dicht aufeinanderfolgenden Erweiterungen des Herstellungsprogramms um die Ferrolegierung Calciumsilicium und den Hartstoff Siliciumcarbid, das in einem eigenen Betriebsteil gefertigt

[1130] Vgl. HUW 4 B 30, Bericht über die Besichtigung des Ferro-Werkes in Mückenberg, 26. Oktober 1926
[1131] Siehe hierzu auch Kapitel C.1.5.

wurde, erforderte ebenso wie die Vergrößerung der Ferrochrom-Produktion zusätzliche Arbeitskräfte.

Abbildung 5: Entwicklung der Mückenberger Mitarbeiterzahlen 1917-1944



	1917	1927	1930	1932	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Belegschaftsstärke	70	117	220	244	573	583	753	1416	1510	1761	1859	1819	1805	2053

Einen enormen Anstieg brachte zudem die Errichtung eines zweiten Werkes, des Chemowerkes, in den Jahren 1937/38 am gleichen Standort mit sich. Die Belegschaftsstärke vergrößerte sich bereits während der Projekt- und Bauphase deutlich, mit Produktionsbeginn der Carbid-Anlage 1938 stieg sie dann signifikant an. Mit der Arbeitsaufnahme aller neuen Betriebsteile hatte sich die Gesamtbelegschaft der Wacker-Chemie in Mückenberg ein zweites Mal verdoppelt. Die Zahl der Belegschaftsmitglieder wuchs selbst in den ersten Kriegsjahren, trotz der Einberufungen zum Kriegsdienst, weiter. Sie stagnierte erst 1942 und verzeichnete 1943 einen kleinen Rückgang. Mit 2.053 Arbeitskräften (deutschen Arbeitnehmern, ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen) erreichte sie 1944 ihren absoluten Höchststand. Damit hatte sich die Belegschaftsstärke zwischen 1930 und 1944 fast verzehnfacht. Offensichtlich gelang es der Wacker-Chemie für die Mückenberger Betriebsteile auch in der Kriegswirtschaft, als es keinen freien Arbeitsmarkt mehr gab, von den Arbeitseinsatzbehörden zusätzliche Arbeitskräfte zu erhalten. Beide Werke verbuchten so noch einmal einen Zuwachs von mehr als einhundert Beschäftigten. Im Ferrowerk stieg die Zahl der Arbeiter von 987 Ende des Jahres 1943 auf 1.095 für das Jahr 1944 an. Im Chemowerk wurden zum 31. Dezember 1944 sogar 129 gewerbliche Arbeitnehmer mehr als im Vorjahr gezählt. Während im gleichen Zeitraum die Angestelltenzahl im Chemowerk

konstant blieb, konnte man im Ferrowerk auch hier einen Zuwachs von 13 Mitarbeitern verbuchen. Die Mückenberger Betriebsstätten folgten mit diesen Zahlen der Entwicklung des Gesamtunternehmens, das in allen Kriegsjahren einen Anstieg der Belegschaftszahl verzeichnen konnte. Der erfolgreiche Ausbau des Standortes veränderte auch die Relationen innerhalb des Gesamtkonzerns. Machten die Mitarbeiter des Ferrowerkes 1927 gerade einmal knapp 13 Prozent der Gesamtarbeitnehmerzahl der Wacker-Chemie aus, so stieg der Anteil Mückenbergs nach Eröffnung des Chemowerkes auf fast ein Drittel der Gesamtzahl an. Mehr Mitarbeiter zählte nur das Burghausener Werk, daran änderte sich auch in den Kriegsjahren nichts (vgl. Tabelle 25).

Jahr	Gesamtbelegschaft Wacker	Belegschaft Mückenberg	in %
1927	907	117	12,9
1939	4.705	1.510	32,1
1944	6.661	2.053	30,8

Tabelle 25: Anteil der Mückenberger Werke an der Gesamtbelegschaft der Wacker-Chemie

Obwohl man in Mückenberg 1944 einen Höchststand erreichte, sank der prozentuale Anteil der Mückenberger Belegschaft an der Gesamtpersonalstärke des Konzerns im selben Jahr sogar leicht ab. Für diesen Rückgang sind vielfältige Gründe anzuführen: So wird zum einen die Vergrößerung des Werkes in Burghausen (Werk West) das Verhältnis geändert haben,[1132] zum anderen wäre es denkbar, dass hier regionale Gegebenheiten zum Tragen kamen, wie etwa der verschärfte Arbeitskräftemangel in Mitteldeutschland, die damit einhergehende schlechtere Versorgung mit ausländischen Arbeitskräften, das niedrigere Lohnniveau der Region oder das Ergebnis einer weniger produktiven Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden.

Über die Frage, welcher Betriebsteil des Ferrowerkes[1133] die meisten Arbeiter beschäftigte, und während der Expansion den größten Zugewinn an Mitarbeitern verbuchen konnte, geben die jährlich erfolgten Meldungen an die Berufsgenossenschaft Auskunft. Vor allem der Produktionsbereich Ferrolegierungen konnte ein stetiges Wachstum für sich verzeichnen. Einen besonderen Zuwachs erfuhr er zwischen 1937 und 1938 (vgl. Tabelle 26). Hier wirkten

[1132] Im Juni 1942 wurde für das neue Werk West in Burghausen Richtfest gefeiert. Im Fokus des Ausbaues standen vor allem die Kunststoffe wie zum Beispiel die Vinnol-Produktion. Zur Entwicklung der Burghausener Belegschaftszahlen in den Kriegsjahren vgl. Grypa, Fremdarbeiter, passim.

[1133] Vgl. HUW 36 D 45, Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie – Löhne Ferrowerk. Das Chemowerk gab in seinen Meldungen nur Gesamtsummen an und nahm keine weitere Differenzierung vor.

sich der Ausbau der Ferrochrom-Produktion (Ofen B) und die Erweiterung der Siliciumcarbid-Herstellung (Erweiterung K 3) aus.[1134]

Jahr	Legierungen	Carbid / Beagid	Chlor und Lösungsmittel
1933	141	172	-
1934	274	167	-
1935	425	193	-
1936	516	124	-
1937	611	196	-
1938	1.093	206	-
1939	1.028	44	-
1940	1.092	31	79
1941	1.026	95	76
1942	723	95	73
1943	560	53	60

Tabelle 26: Belegschaft nach Betriebsteil im Ferrowerk Mückenberg

Der Rückgang ab dem Jahre 1942 ist den Abzügen durch Einberufungen zur Wehrmacht zuzurechnen. Ausländische Arbeitskräfte sind in diesen Zahlen nicht erfasst. Zudem mussten mit Inbetriebnahme der Chlorelektrolyse und des Chlorkohlenwasserstoff-Betriebes Mitarbeiter der laufenden Produktionen an diese neuen Bereiche abgegeben werden, sie wurden dem zeitgenössischen Sprachschatz entsprechend innerbetrieblich umgesetzt. Der Rückgang in der Carbid-Erzeugung spiegelt den Produktionsbeginn des Chemowerkes wider, denn das zur Weiterverarbeitung gedachte Carbid wurde ab 1938 primär in den neuen Anlagen hergestellt.

Arbeiter und Angestellte

Die Gesamtbelegschaft lässt sich in Arbeiter und Angestellte sowie gelernte Facharbeiter und ungelernte Hilfsarbeiter unterscheiden. Aufmerksamkeit verdient das Verhältnis der Angestellten im Vergleich zur Gesamtheit der Arbeiterschaft (vgl. Tabelle 27). Zu den Angestellten zählten Ingenieure, Techniker, Laborfachkräfte, Chemiker und kaufmännische Sachbearbeiter. Hinzukamen jedoch auch gewerbliche Arbeitnehmer mit Führungsverantwortlichkeit, wie Handwerksmeister und Vorarbeiter, die in der Regel, nachdem sie sich bewährt hatten, in ein Angestelltenverhältnis wechselten.[1135] Die Angestelltenzahlen wuchsen in beiden Werken im Zuge der zunehmenden Bürokratisierung

[1134] Die Ferrochromproduktion war zwischen 1935 und 1939 von 1.469 Jahrestonnen auf 9.319 Jahrestonnen gestiegen.
[1135] Vgl. HUW 35 C 34 und 35 C 35, Personalangelegenheiten.

kontinuierlich, wobei das Chemowerk im Verhältnis zu jedem Zeitpunkt mehr Angestellte beschäftigte als das Ferrowerk. Entsprechend der Betriebsstruktur dürfte es sich hierbei überwiegend um Chemiker, Techniker und Laboranten gehandelt haben. Mit zunehmender Bewirtschaftung war der Verwaltungsaufwand deutlich gestiegen, womit auch eine Erhöhung des Verwaltungspersonals nötig wurde. Während im Bereich der Arbeiter versucht wurde, die Einberufungen zur Wehrmacht durch ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene zu kompensieren, wurde im Angestelltenbereich offensichtlich die Mehrzahl der Fachkräfte als unentbehrlich für kriegswichtige Aufgaben anerkannt und unabkömmlich (uk) gestellt, was ihren Verbleib im Unternehmen bedeutete und die hohen Angestelltenzahlen während der Kriegsjahre erklärt.

Jahr	Ferrowerk Arbeiter	Ferrowerk Angestellte	Ferrowerk Angestellte in %	Chemowerk Arbeiter	Chemowerk Angestellte	Chemowerk Angestellte in %
1926[1136]	66	5	7,04			
1928	203	12	5,9	-	-	
1929	218	15	6,88	-	-	
1931	207	17	8,21	-	-	
1934	441	32	7,26	-	-	
1937	692	61	8,82	-	-	
1939	821	75	8,53	563	56	9,95
1940	1010	84	8,32	605	62	10,25
1941	1037	99	9,55	646	77	11,92
1942	996	99	9,94	641	83	12,95
1943	989	111	11,22	616	89	14,45
1944	1095	124	11,32	745	89	11,95

Tabelle 27: Entwicklung der Mückenberger Belegschaft nach Arbeiter und Angestellten

Dank der Jahresmeldungen an die Berufsgenossenschaft[1137] lassen sich die Angestelltenzahlen weiter differenzieren und den einzelnen Produktionsbereichen des Ferrowerkes Legierungen[1138], Carbidfabrik, Siliciumcarbid, Chlor und Lösungsmittel[1139] zuordnen. Im Jahr 1929 arbeitete von den 15 Angestellten genau ein Drittel in der Verwaltung, drei Jahre später waren es sieben von 13. Die größte Steigerung der Angestelltenzahl lässt sich für den Betriebsteil Legierungen feststellen.[1140] Im Jahr 1933 entfielen auf die

[1136] Vgl. HUW 39 A 7 (4-11), Aufstellung der Arbeiter und Angestellten des Ferrowerkes 1926 bis 1936. Die Zahlenangaben dieser Aufstellung weichen von den Tabellenangaben ab. Während sie bei den Angestellten in etwa auf gleicher Höhe liegen, ist die Arbeiterzahl deutlich niedriger. Auch andere Aufstellungen, wie etwa unter HUW 16 A 35, Bericht Ferrowerk für das Jahr 1938, S. 2 weichen ab. Die Abweichungen im Zahlenmaterial sind vermutlich den unterschiedlichen Erhebungsstichtagen und der Fluktuation geschuldet.

[1137] Vgl. HUW 36 D 45, Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie – Löhne Ferrowerk. Für das Chemowerk ist diese Unterscheidung nicht möglich.

[1138] Vor allem Ferrosilicium, Ferrochrom, Calciumsilicium.

[1139] Chlorkohlenwasserstoffe wie Trichlorethylen.

[1140] Entsprechend den verschiedenen Ausbaustufen, vor allem aber aufgrund der Ferrochrom-Erweiterung im Jahre 1938 (Ofen B) (vgl. HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 10).

Ferrolegierungen noch neun Angestellte, auf die Carbidfabrik 13 Personen. Zwei Jahre später hatte sich das Verhältnis bereits gewandelt: Man zählte 25 Angestellte im Legierungsbetrieb, von denen neun in der eigentlichen Verwaltung tätig waren und zwölf Angestellte in der Carbidfabrik, davon waren vier in der Verwaltung tätig. Offensichtlich wurde die eigenständige Administration des Carbidbetriebes im Jahr 1936 eingestellt, denn von den drei gemeldeten Angestellten wurde nun keiner mehr der Verwaltung zugeordnet. Es muss sich bei den verbliebenen Mitarbeitern daher folglich um Vorarbeiter oder Meister und mindestens einen zuständigen Chemiker, der als Experte für den Betrieb verantwortlich gewesen war, gehandelt haben. Die Zahl der Angestellten stieg in diesem Betriebsteil von 37 im Jahr 1936 auf 57 im Folgejahr und steigerte sich weiter auf 74 im Jahr 1939. Davon waren 23 in der Verwaltung tätig.

Für die Jahre 1928 und 1929 liegen Übersichten der Belegschaftszusammensetzung, die Rückschlüsse auf den jeweiligen Ausbildungsstand zulassen: Den 162 ungelernten Arbeitern standen Ende 1928 21 gelernte Arbeiter, 18 Vorarbeiter und zwei Meister gegenüber. Im Folgejahr waren es 121 ungelernte Kräfte sowie 19 gelernte Arbeiter und 19 Vorarbeiter. Die Zahl der Meister war gleichgeblieben.[1141] Die Quote der ungelernten Arbeiter lag demnach 1928 bei 64 Prozent, 1929 bei 60 Prozent. Weitere Daten, die die Ausbildungsstruktur berücksichtigen, sind nicht überliefert, allerdings geben die Aufstellungen einzelner Betriebsteile Anhaltspunkte über die Abteilungsstrukturen. Dabei fällt auf, dass die beiden neuen Produktionsbereiche des Chemowerkes (Trockenvergasung und Acetaldehyd) eine deutlich geringere Anzahl an Arbeitskräften benötigten als der Schmelzofenbetrieb des Ferrowerkes. Das verantwortliche Führungspersonal im gewerblichen Bereich (Meister und Vorarbeiter) lag auf etwa gleicher Höhe.

Betriebsteil	Meister	Vorarbeiter / Schichtführer	Laboranten	Arbeitskräfte gesamt
Carbid-Ofen V Chemowerk	1	3	2	108
Trockenvergasung Chemowerk	1	3	1	24
Acetaldehyd Chemowerk	1	3	2	34

Tabelle 28: Abteilungsstruktur am Beispiel des Chemowerkes

[1141] Vgl. HUW 39 A 7-7, Mitteilung Nr. 1074 Abteilung VI, 17. Mai 1930.

Herkunft und Wohnsitz

Die Belegschaft des Ferrowerkes stammte überwiegend aus der Region. Dies galt zumindest für die gewerblichen Arbeitnehmer und kaufmännischen Angestellten. Anders sah es bei den Akademikern (Chemiker und Ingenieure) aus, denn sie kamen so gut wie nie aus der unmittelbaren Umgebung, für sie war die Arbeitsstelle in Mückenberg in der Regel mit einem Umzug verbunden. Aus den Meldungen an die Landesplanungsgemeinschaft geht hervor, dass die absolute Mehrheit der Mitarbeiter nicht nur aus der direkten Umgebung Mückenbergs stammte, sondern auch überwiegend im Kreis Liebenwerda wohnte.[1142] Durch einen von der Firma finanzierten Werkverkehr wurden die Arbeitnehmer täglich per Sammelautobus zum Produktionsbetrieb gefahren.[1143] Selbst für diesen, durch das Unternehmen finanzierten Pendelverkehr wurde in den Kriegsjahren eine staatliche Einverständniserklärung benötigt, in diesem Fall von dem der Landesregierung nachgegliederten Bevollmächtigten für den Nahverkehr.[1144] Mit steigendem Arbeitskräftemangel erweiterten sich das Einzugsgebiet und der Entfernungsradius zwischen Wohnort und Arbeitsstätte. Obwohl die Zahl der Mitarbeiter, die nicht aus der Region stammten, verhältnismäßig gering blieb, kamen dennoch immer mehr Arbeitnehmer aus weiter entfernten Kreisen und Bezirken, wie etwa aus der Oberlausitz, Thüringen oder Schlesien.[1145] Im Jahr 1941 hatten 24 männliche Belegschaftsmitglieder ihren Wohnsitz in dem rund 50 Kilometer entfernten Hoyerswerda.[1146] Für dasselbe Jahr meldete das Ferrowerk die Beschäftigung von 99 Angestellten, von denen 46 Personen, also knapp die Hälfte, aus Mückenberg selbst stammten, während 21 aus den beiden Nachbargemeinden Bockwitz (10) und Grünewalde (11) in das Werk pendelten. Insgesamt wurden 73 der 99 Steuerkarten vom Finanzamt Liebenwerda ausgestellt, was knapp 73 Prozent aller Belegschaftsmitglieder entsprach.[1147] Ende 1942 wohnten 586 der insgesamt 654 deutschen Mitarbeiter des Ferrowerkes im Kreis Liebenwerda – eine Quote von knapp 90 Prozent.[1148]

[1142] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben des Ferrowerkes an die Landesplanungsgemeinschaft Cottbus, 29. Dezember 1942.
[1143] Vgl. HUW 37 F 9, Schriftwechsel mit den Firmen Lohrisch Autovermietung (1940), Schober Fahrzeughaus (1940), Gebrüder Schwiefert (1944), Dessauer Straßenbahn-Gesellschaft (1944), Wisnefski Lastfuhrunternehmen (1943) und der Gebrüder Schmale Spedition (1943).
[1144] Vgl. HUW 37 F 9, Schreiben des Sächsischen Ministers des Innern, Bevollmächtigter für den Nahverkehr an die Wacker-Chemie, 20. Februar 1943.
[1145] Vgl. HUW 35 D 30, Schriftverkehr der Wacker-Chemie mit den jeweiligen Finanzämtern bezüglich Steuerkarten 1941 / 1942.
[1146] Vgl. HUW 35 D 30, Schreiben der Wacker-Chemie an das Finanzamt Hoyerswerda, 9. Februar 1942.
[1147] HUW 35 D 30, Aktennotiz des Ferrowerkes zur Ablieferung von Steuerkarten für das Jahr 1941 an das Finanzamt Liebenwerda, ohne Datum.
[1148] HUW 35 D 46, Schreiben des Ferrowerkes an die Landesplanungsgemeinschaft Cottbus, 29. Dezember 1942.

Abgesehen davon, dass neu angestellte Fachkräfte meist zum Anlernen in das Stammwerk nach Burghausen geschickt wurden, bevor sie ihren Dienst im Ferro- oder Chemowerk Mückenberg antraten, wechselten im Zuge der Standorterweiterung zahlreiche Mitarbeiter aus dem oberbayerischen Werk vorübergehend oder dauerhaft nach Mückenberg. Die Praktik des unternehmensinternen Stellenplatzwechsels wurde vor allem im Rahmen der Errichtung des Chemowerkes 1938/39 und der Erweiterung des Ferrowerkes 1939/40 angewandt, als die Wacker-Chemie bereits massive Probleme damit hatte, geeignetes Personal für die neuen Anlagen zu finden. Zur Gruppe derjenigen, die dauerhaft in Mückenberg blieben, zählten in der Regel Arbeitnehmer mit Führungsaufgaben (beispielsweise Vorarbeiter und Meister) oder einem produktionsrelevanten Fachwissen (etwa Laboranten). Kurz- und mittelfristig wechselten zudem auch Bauspezialisten und Facharbeiter ihren Arbeitsort konzernintern.[1149] Sie kehrten nach Abschluss der Baumaßnahmen allerdings in der Regel an ihren Arbeitsplatz in Burghausen zurück. Als Exempel kann die Belegschaft der Acetaldehyd-Produktion dienen. Sie setzte sich bei Produktionsbeginn aus insgesamt 37 Mitarbeitern zusammen, von denen acht aus Burghausen stammten. Von ihnen blieben ein Meister, ein Laborant sowie drei Vorarbeiter langfristig im Chemowerk. Acht Facharbeiter des neuen Betriebsteils wurden im Gegenzug zum Anlernen in das Stammwerk geschickt.[1150] Insgesamt kamen also 43 Prozent der neuen Belegschaft entweder direkt aus Burghausen oder hatten dort eine gewisse Zeit zum Anlernen verbracht.[1151] Nicht zu vergessen, dass der Werkleiter des Chemowerkes, Otto Papp, selbst vor seinem Dienstantritt jahrelang als Chemiker im Stammwerk gearbeitet hatte.[1152]

Frauenanteil

Die Frauenquote der Gesamtbelegschaft in Mückenberg war niedrig, was allerdings als branchentypisch für die elektrochemische Industrie dieser Zeit gelten kann. Die meisten Informationen zur Anzahl weiblicher Angestellter und Arbeiterinnen stammen aus den ersten Betriebsjahren und beziehen sich daher ausschließlich auf das Ferrowerk (vgl. Tabelle 29). Für das 1938 errichtete Chemowerk existiert derartiges Datenmaterial nicht. Für den späteren Untersuchungszeitraum liegen grundsätzlich nur punktuell Informationen vor. Die Zahlen

[1149] Die gesamte Tragweite der Zusammenarbeit geht aus dem Schriftwechsel der Jahre 1938 / 1939 zwischen den einzelnen Abteilungen und Standorten unter HUW 6 E 9, HUW 39 A 7 (11-13) und HUW 35 E 1 hervor.
[1150] Anfang 1938 beabsichtigte das Chemowerk insgesamt rund 15 Arbeiter in das Burghausener Werk zu schicken (vgl. HUW 35 E 1, Schreiben des Chemowerkes an die Werkleitung Burghausen, 15. Januar 1938).
[1151] HUW 35 E 1, Schreiben Werk Burghausen an Chemowerk, 13. Dezember 1937, S. 6.
[1152] Zu Otto Papp siehe Kapitel B.3.3.2.4.

beziehen sich darüber hinaus auf die Gruppe der gewerblichen Arbeitskräfte.[1153] Die Frauenquote unter den Angestellten dürfte indes deutlich höher gewesen sein.

Jahr	deutsche Arbeiter	davon Frauen	in %
1929	218	28	12,84
1931	207	19	9,18
1933	313	6	1,92
1935	618	10	1,62
1942	633	41	6,48

Tabelle 29: Frauenanteil Ferrowerk

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise sank die Zahl der Arbeiterinnen erwartungsgemäß: Ihr Anteil hatte sich bis zum Jahr 1932 halbiert und lag bei rund sechs Prozent der Arbeiterschaft,[1154] verringerte sich kurze Zeit später noch einmal drastisch und mündete schließlich 1933 in unter zwei Prozent. Unter den Angestellten dürfte die Quote der Mitarbeiterinnen jedoch etwas höher gelegen haben. Ende 1928 waren 39 von 254 Belegschaftsmitgliedern, Ende 1929 noch 25 von 202 Mitarbeitern weiblich. Dies entsprach einer Quote von 15,4 und 12,4 Prozent. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte die Wacker-Chemie in ihren Standorten Stetten und Röthenbach gar keine Frauen, am Standort Tschechnitz lag die Quote mit 6,9 im Jahr 1928 und 4,6 für das Jahr 1929 ebenfalls deutlich niedriger als in Mückenberg.[1155] Gerade im kaufmännischen Bereich bzw. in der Verwaltung nahm die Anzahl der Mitarbeiterinnen bereits in den Vorkriegsjahren zu und stieg während der Kriegsjahre mangels männlicher Fachkräfte noch einmal weiter an.[1156] Dasselbe gilt für die Zeit nach 1939 auch für Arbeiterinnen in der Produktion oder den Wartungsbereich. So wurden 1943 fünf Belegschaftsmitglieder des Chemowerkes zu Maschinenwärtern der Linde-Sauerstoff-Anlage ausgebildet, darunter befand sich eine Frau.[1157] Im Ferrochrom-Betrieb Tschechnitz, der zwischen 1938 und 1943 eine Gesamtbelegschaft von rund 179 bis 190 Arbeitnehmern aufwies, und in seiner Struktur dem des Mückenberger Betriebes sehr ähnlich war, arbeiteten 1938 noch fünf Arbeiterinnen und vier weibliche Angestellte, 1940 waren es bereits 17 Arbeiterinnen und sechs weibliche Angestellte. Ihren Höhepunkt erreichte die

[1153] Das Zahlenmaterial stammt aus dem Schriftwechsel mit der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie. Vgl. HUW 36 D 45 und einer Aktennotiz des Ferrowerkes vom 3. März 1942 unter HUW 35 D 46. In der Gesamtzahl der deutschen Arbeitnehmer 1942 sind die Lehrlinge des Ferrowerkes berücksichtigt.
[1154] Angegeben wurden für das Jahr 1932 bei der Berufsgenossenschaft 13,2 weibliche Kräfte bei einer Gesamtzahl von 213,7 Arbeitern.
[1155] HUW 39 A 7-7, Mitteilung Nr. 1074 Abteilung VI, 17. Mai 1930.
[1156] Rekonstruierbar aus den wenigen überlieferten Personalakten, dem Schriftwechsel der Personalabteilung und Werkleitung in Mückenberg mit der Personalverwaltung in München (vgl. HUW 35 C 34 und 35 C 35, Personalangelegenheiten).
[1157] HUW 35 A 32, Jahresbericht der Linde-Anlage vom 30. März 1944, S. 2.

Frauenquote in diesem Betriebsteil 1941 mit 28 Arbeiterinnen[1158] und neun weibliche Angestellte. In den beiden Folgejahren sank die Anzahl der Arbeiterinnen auf 13 bzw. elf herab, während die Anzahl der weiblichen Angestellten konstant blieb.[1159]

Führungskräfte

Unter die Kategorie Führungspersonal fielen diejenigen Belegschaftsmitglieder, die in Mückenberg, sei es im Ferro- oder im Chemowerk, Führungsaufgaben im Bereich der Werks-, Betriebs- oder Fertigungsleitung übernahmen und innerhalb der Unternehmensstruktur über eine Entscheidungskompetenz und einen gewissen Gestaltungsspielraum bei der Bewältigung ihrer Aufgaben verfügten.[1160] Dies traf in der Regel auf Chemiker und Betriebsingenieure zu, deren gemeinsamer Nenner meist ein Hochschulabschluss war. Von den 39 namentlich bekannten Führungskräften sind nur 25 Geburtsdaten bekannt.[1161] Der älteste in dieser Gruppe, der Werkleiter des Chemowerkes, Otto Papp, war Jahrgang 1889, während die beiden jüngsten Führungskräfte, Hermann Buchholz und Robert Domes, im Jahr 1914 geboren wurden.

Die fachliche Ausrichtung der Betriebsingenieure war, den Bedürfnissen der Herstellungsverfahren und Produktionstechnik in der elektrochemischen Industrie entsprechend, in der Regel maschinenbaulicher oder elektrotechnischer Natur. Sechs Betriebsingenieure hatten Elektrotechnik, vier Maschinenbau studiert. Zwei Mitglieder des technischen Führungspersonals, Popp und Fritzweiler, schlossen ihr Studium sogar in beiden Fächern ab. Die Werkleiter am Standort Mückenberg waren ebenfalls naturwissenschaftlich oder technisch ausgebildet und stammten entweder aus der Berufsgruppe der Ingenieure oder

[1158] Ihnen standen allerdings 105 männliche deutsche Arbeiter gegenüber.
[1159] HUW 27 D 11, Vertrauliches Schreiben der Werkleitung Tschechnitz an die technische Abteilung VIII, 28. März 1944.
[1160] Bezüglich der Quellenüberlieferung, vor allem in Hinblick auf die biografischen Daten der Führungskräfte und leitenden Angestellten, lässt sich ein deutliches Gefälle zwischen Ferrowerk und Chemowerk erkennen. So gibt es für letzteres nur wenige, in der Regel bruchstückhafte Personalinformationen. Umfassendere biografische Daten sind meist nur für diejenigen Angestellten erhalten, die nach 1945 weiter für die Wacker-Chemie in Burghausen oder München tätig gewesen waren. Ein weiterer gravierender Unterscheid hinsichtlich der Überlieferungshäufigkeit lässt sich zwischen den Berufsgruppen feststellen, dementsprechend zwischen technischen Führungskräften, in der Regel Diplomingenieure, und der Gruppe der Chemiker. Letztere finden, nicht zuletzt aufgrund der nachhaltigen Wirkung ihrer Forschungsarbeit und den damit verbundenen finanziellen und rechtlichen Konsequenzen im Quellenmaterial häufiger Erwähnung. Sie nehmen zudem im Firmenbewusstsein einen größeren Raum ein. Ein weiterer, für den Umfang der Überlieferung nicht zu unterschätzender Faktor ist die Dauer der jeweiligen Betriebszugehörigkeit.
[1161] Einige der Führungskräfte werden nur in den (Zeitzeugen-)Darstellungen Kochs und Genetzkes zum Ferro- und Chemowerk genannt und lassen sich bisher an keiner anderen Stelle belegen. Dies trifft auf einen Großteil derjenigen zu, von denen selbst das Geburtsdatum unbekannt ist.

der Chemiker.[1162] Unter ihnen befand sich kein Vertreter aus dem kaufmännischen oder juristischen Bereich. Mit Papp, Enk, Heckmaier, Vogt und Hörmann wurde die Betriebsführerfunktion im Untersuchungszeitraum jedoch beinahe ausschließlich an Chemiker vergeben. Die einzige Ausnahme stellt der langjährige Leiter des Ferrowerkes, Richard Behles, dar, der Maschinenbau studiert hatte.

Interessant ist der Studienort der Führungskräfte, bei dem sich eine deutliche Präferenz feststellen lässt. Für 18 der Führungskräfte ist der jeweilige Studienort bekannt. Die Hochschulabsolventen teilen sich auf insgesamt sechs Standorte in Deutschland, Österreich und Schlesien auf. Die absolute Mehrheit der in Mückenberg angestellten Führungskräfte hatte in München studiert. Willy Manchot studierte sowohl in Würzburg als auch in München, so dass beide Orte in die Auswertung einflossen. Von den 13 Führungskräften, die ihr Studium in München abgeschlossen haben, waren zehn an der Technischen Hochschule München immatrikuliert, zu der die Wacker-Chemie über ihren Geschäftsführer Johannes Hess besonders enge Beziehungen hegte. Zudem dürfte es kaum Zufall sein, dass das Unternehmen einen Großteil seiner Nachwuchskräfte aus München, dem Sitz der Geschäftsleitung, rekrutiert hat, bedenkt man die räumliche Nähe und vor allem die engen Verbindungen des Direktoriums und der Forschungseinrichtungen zur Münchener Universitätslandschaft.

Untersucht wurde auch der Anteil an NSDAP-Mitgliedern unter den Führungskräften der Wacker-Chemie in Mückenberg. Aufgrund der bereits 1933 verordneten Aufnahmesperre für Neumitgliedschaften wurden in der Regel alle ab 1933 gestellten Mitgliedschaftsanträge erst zum 1. Mai 1937 bearbeitet, so dass zu diesem Datum eine größere Eintrittswelle in die NSDAP festzustellen ist. So auch unter den Mückenberger Führungskräften, wobei kein signifikanter Unterschied im Verhältnis zwischen Chemikern und Ingenieuren festzustellen ist. Nicht auf die Führungskräfte im engeren Sinne, jedoch auf die Gesamtheit der Angestellten des Ferrowerkes bezogen, waren im Sommer 1942 35 von 99 Angestellten, also gut ein Drittel der Mitarbeiter, Mitglieder der NSDAP gewesen.[1163] Auffälligkeiten gibt es wenig: Außer bei Fritz Popp, der sich nach eigener Aussage als Mitglied der Reichskriegsflagge am 9. November 1923 am Münchner Putschversuch beteiligt hatte, lassen sich für keine andere Führungskraft Hinweise auf ein politisches Engagement während der

[1162] Zu den Werkleitern des Ferro- und Chemowerkes siehe auch die Kurzbiographien im Kapitel B.3.3.2
[1163] Vgl. HUW 35 D 46, Vertrauliches Schreiben des Ferrowerkes an die Hauptverwaltung München vom 17. Juli 1942.

Kampfzeit der NSDAP (vor 1933) finden.[1164] Dementsprechend war offensichtlich kein Chemiker oder Ingenieur der Wacker-Chemie in Mückenberg schon vor der Machtergreifung der NSDAP beigetreten.

Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel

Dem Konjunkturanstieg ab 1933 folgte ein signifikanter Rückgang der Arbeitslosenzahlen, der in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre schließlich in der Vollbeschäftigung mündete.[1165] Während nach dem Ende der Weltwirtschaftskrise zunächst also genügend Arbeiter und Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, gestaltete sich die Suche nach Personal ab Mitte der 1930er Jahre je nach Branche und Region zunehmend schwieriger. Großbetriebe, wie die Bubiag, die Mitteldeutschen Stahlwerke oder die Elektrochemischen Werke in Bitterfeld, wurden zunehmend zu Konkurrenten der Wacker-Chemie bei der Anwerbung bzw. Zuweisung von Arbeitskräften. Die ohnehin angespannte Situation auf dem mitteldeutschen Arbeitsmarkt verschärfte sich nach Beginn des Zweiten Weltkrieges noch einmal dramatisch. Der Arbeitskräftemangel bedrohte jede weitere Unternehmensentwicklung, da ohne ausreichend Personal weder die laufende Produktion aufrechterhalten noch die längst geplanten Betriebsvergrößerungen bzw. Umsatzsteigerungen realisiert werden konnten. Damit wurde die niedrige Ortsklasse und das geringere Lohnniveau in Mückenberg schließlich sogar zum Problem für die Personalpolitik des Unternehmens, da das erlaubte Höchstgehalt im Wettstreit um die umworbenen Fachkräfte meist das ausschlaggebende Argument war. Die Wacker-Chemie bemühte sich daher für ihre Mückenberger Werke jahrelang um die Höherstufung des Bezirkslohntarifes für Arbeiter und Angestellte, zumal einige der benachbarten Unternehmen, wie etwa das nicht weit entfernte, jedoch bereits auf brandenburgischem Gebiet gelegene Lautawerk, bereits höher eingestuft worden waren. Das Anliegen entsprach jedoch nicht den Vorstellungen der DAF, die sich stattdessen zunächst für einen Ausbau der sozialen Zulagen aussprach.[1166] Neuerung traten schließlich erst in den Kriegsjahren ein. Während die Höherstufung für die Gruppe der Arbeiter von Ortsklasse drei

[1164] Fritz Popp wurde am 15. Juli 1900 im oberfränkischen Bindlach geboren. Er besuchte sowohl die Volksschule, als auch das Gymnasium in München, wo er im Anschluss an der Technischen Hochschule zehn Semester Maschinenbau und Elektrotechnik studierte. Wie viele Absolventen der TH München trat er direkt nach seinem Studienabschluss in die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie ein. Dort arbeitete er zunächst zwei Jahre lang in Tschechnitz und kurze Zeit in München, bevor er zum 1. April 1928 nach Mückenberg wechselte. Offensichtlich wechselte er jedoch 1938 nach Burghausen. Die Angabe zur Teilnahme am Hitler-Putsch stammt aus dem handschriftlichen Lebenslauf im Personalbogen Popps (vgl. HUW 35 C 27, Personalunterlagen Popp). Popp war darüber hinaus Mitglied der NSKK, der NSV und des NSRL. Das Spruchkammerverfahren stufte ihn als Mitläufer ein (vgl. StA München SpkA Altötting, K 3771).

[1165] Spoerer / Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 110.

[1166] Vgl. HUW 35 C 19, Niederschrift einer Besprechung mit Hess in Mückenberg vom 7. November 1940.

in Ortsklasse zwei bereits im Herbst 1941 genehmigt wurde, erfolgte diese für die Angestellten erst im Oktober 1943.[1167]

Nicht nur die Wacker-Chemie, sondern die Industrie in der gesamten Region kämpfte zunehmend damit, ihren Bedarf an gut ausgebildeten Mitarbeitern zu decken. Das „Wegengagieren von Fachkräften" durch Lockangebote anderer Unternehmen war für viele Firmen und Branchen zum Problem geworden. Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934,[1168] der Lohnstopp, die Vollmachten des Reichstreuhänders der Arbeit[1169] und dessen nachgeordnete Stellen, die Einführung des Arbeitsbuches 1935 und die Möglichkeit der Dienstverpflichtung ab Sommer 1938 waren staatliche Maßnahmen, die dazu dienten, den deutschen Arbeitsmarkt kontrollierbar zu machen und effizienter zu regulieren.[1170] Arbeitsplatzwechsel wurde erschwert, um den Wettbewerb um Arbeitskräfte innerhalb der Industriebranchen und -betriebe zu unterbinden. Schließlich bedurfte ein Wechsel sogar der Zustimmung der Arbeitsbehörde. Die Löhne und Gehälter wurden durch die Reichstarifordnung, bezirkliche Tarifregelungen und Anweisungen des Treuhänders festgelegt. Damit behielten die Firmen nur einen kleinen Gestaltungsspielraum bei der Einstufung des Arbeitnehmers in die jeweilige Tarifgruppe. Die Einstufung erfolgte in der Regel aufgrund der Art der Tätigkeit, Vorbildung und Berufserfahrung bzw. dem Alter des neuen Mitarbeiters. Einen gewissen Freiraum gewährten auch die von den Unternehmen zusätzlich zum Tariflohn gezahlten Betriebs- und Leistungszulagen. Auch die Wacker-Chemie nutzte diese Sonderzahlungen, um angesichts des Fachkräftemangels zusätzliche Anreize für künftige Arbeitnehmer zu schaffen und dem Unternehmen dadurch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Arbeitgebern der Region zu sichern.

Die im Zuge der Vollbeschäftigung einsetzenden „Verteilungskämpfe" waren laut Reichsgruppe Industrie die Ursache für die „Lohn- und Gehaltstreiberei", die „Unruhe in den

[1167] Vgl. HUW 35 D 46, Vertrauliches Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an die Personalabteilung der Hauptverwaltung München vom 29. Oktober 1943; HUW 35 D 46 und Antwortschreiben der Personalabteilung vom 5. November 1943.

[1168] Abgedruckt in RGBl. I 1934, S. 45.

[1169] Dieses Amt wurde relativ früh geschaffen durch das „Gesetz über Treuhänder der Arbeit" vom 19. Mai 1933 (vgl. RGBl. I 1933, S. 285).

[1170] Die Einführung des Arbeitsbuches und der Arbeitsbuchkartei am 26. Februar 1935 hatte dem Nationalsozialistischen Staat bereits den Zugriff auf den deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht und den Weg zu einer zentralen Steuerung desselben geebnet (vgl. RGBl. 1935 I, S. 311). Die Arbeitsplatzwahl wurde in der Folgezeit ausgehend von besonders rüstungsrelevanten Branchen, zunehmend beschränkt und ein Arbeitsplatzwechsel der Zustimmung der Arbeitsverwaltung unterworfen, so dass an dieser Stelle nur noch begrenzt von einem „freien Arbeitsmarkt" die Rede sein kann (vgl. Kranig, Arbeitsverfassung, S. 66-121 sowie Hachtmann, Industriearbeit, S. 37-50).

Belegschaften“ sowie die Nichteinhaltung von Lieferfristen.[1171] Um den Wettstreit der Unternehmen um Facharbeiter auf dem Arbeitsmarkt zu entschärfen, wurden vom Reichstreuhänder der Arbeit folglich Höchstgehälter für Ingenieure, Physiker, Chemiker und Architekten festgelegt.[1172] Derartig weitreichende staatliche Einflussmöglichkeiten auf die Lohngestaltung hatte die „Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938“ ermöglicht.[1173] Die Reglementierung verschärfte sich mit Kriegsbeginn. Ab Oktober 1939 bedurften alle Lohn- und Gehaltserhöhungen oder einmalige Zuwendungen, wie laufende Zusatzzahlungen, der Zustimmung des Reichstreuhänders. Zudem wurden Verstöße gegen den Lohnstopp ab September 1942 strikt und mit einem vergleichsweisen hohen Strafmaß geahndet.[1174] Da man am Standort Burghausen schon kurz vor der Weltwirtschaftskrise negative Erfahrungen mit der Rekrutierung von Facharbeitern gemacht hatte, setzte sich die Wacker-Chemie bereits früh mit dieser Problematik auseinander und entwickelte in der Folgezeit diverse Strategien zur Anwerbung und Bindung neuer Arbeitskräfte.

Umso weniger freie Arbeitskräfte es gab und umso mehr der Staat restriktiv in den Arbeitsmarkt eingriff, desto wichtiger wurden die vom Arbeitgeber gewährten finanziellen und sozialpolitischen Zusatzleistungen. In diesen Kontext fällt etwa auch die im Frühjahr 1937 von der Geschäftsleitung der Wacker-Chemie beschlossene Kinder-Zulage für Arbeiter.[1175] Neben die übliche Vergütung von Überstunden, Sonntagstunden und Nachtstunden traten nun zusätzlich Trennungs-, Wasch- und Urlaubsgelder, Erschwerniszulagen und besondere Unterstützungsleistungen wie die von der Wacker-Chemie gewährten Baudarlehen.[1176] Die Betriebszulagen, die den Mitarbeitern eines bestimmten Produktionsbereiches gezahlt wurden, variierten in ihrer Höhe je nach Betriebsteil und hingen im Wesentlichen von der erzielten Herstellungsmenge, der Ausbeute, der Zahl der Betriebsstörungen und anderen das Herstellungsverfahren positiv beeinflussenden Faktoren ab. Bei den Leistungsprämien handelte es sich hingegen um individuelle Zusatzzahlungen an einzelne Mitarbeiter, bei denen die jeweilige Leistung, das Verhalten oder die Treue zum

[1171] HUW 35 E 65, Schreiben der Abteilung Chemie der Bezirksgruppe Bayern der Reichsgruppe Industrie an die Wacker-Chemie mit dem Rundschreiben der Reichsgruppe Industrie zum Thema „Wegengagieren von Fachkräften“ im Anhang, 17. August 1936.
[1172] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Hauptverwaltung an die Werkleitung des Ferrowerkes, 19. Mai 1942 mit einem Abdruck der Neuregelung im Anhang.
[1173] Vgl. RGBl. I 1938, S. 6 sowie Kranig, Arbeitsverfassung, S. 84.
[1174] Vgl. HUW 35 D 46, Aktennotiz „Tätige Reue bei Vergehen gegen den Lohnstopp möglich“ Auszug aus einer Anordnung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz an die Reichstreuhänder der Arbeit, 15. Juli 1942.
[1175] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1937, S. 9.
[1176] Vgl. HUW 35 D 46, Interne Aktennotiz des Ferrowerkes, 16. Februar 1943.

Unternehmen vergütet wurden. Die Auszahlung von Leistungszulagen wurde mehrmals jährlich unternehmensintern überprüft und bedurfte ebenfalls der Zustimmung des Treuhänders der Arbeit. Um ein Zahlenbeispiel zu geben: Im Jahr 1940 beliefen sich die Ausgaben für Gratifikationen im Gesamtkonzern auf eine Millionen Reichsmark, für übertarifliche Zulagen wurden 1,1 Millionen Reichsmark ausgegeben, was zehn Prozent der in diesem Jahr ausgezahlten Löhne und Gehälter entsprach.[1177]

Im engen Zusammenhang mit der Vergabe von Baudarlehen steht der unternehmenseigene Wohnungsbau. Die Wacker-Chemie bemühte sich wie andere Industrieunternehmen bereits ab den 1920er Jahren um den Aufbau eigener Werkssiedlungen. Diese bestanden zum Großteil aus Ein- und Mehrfamilienhäusern mit einem Gartenstück und wurden in der Regel an Arbeitskräften in Schlüsselpositionen, wie etwa Betriebsmeistern und Schichtführern vergeben. Am Ende des Jahres 1942 gehörten der Wacker-Chemie schließlich 465 Wohnungen, für die das Unternehmen rund 3,7 Millionen Reichsmark aufgewandt hatte. Davon befand sich rund ein Drittel in Mückenberg, wo im Zuge der Errichtung des Chemowerkes eine große Anzahl Einfamilienhäuser entstanden war.[1178] Die Zahl der gewährten Baudarlehen lag mit insgesamt 549 noch einmal deutlich höher.[1179] Einen Anreiz boten zudem die Absicherung der Mitarbeiter durch einen 1940 im Registergericht des Amtsgerichts München eingetragenen Unterstützungsverein[1180] oder die Öffnung der betrieblichen Pensionskasse[1181] für alle Angestellten zum Januar 1943. Hinzutraten jährliche

[1177] Vgl. HUW 6 E 18, Redemanuskript des Neujahrs-Betriebsappells, 2. Januar 1940.

[1178] Bis Dezember 1943 hatte die Wacker-Chemie in Mückenberg 155 Wohnungen errichtet, die im Durchschnitt über einen Gartenanteil von 600 bis 1000 Quadratmetern verfügten. Davon wurden alleine 61 zwischen 1937 und 1939 gebaut, 52 weitere folgten noch in den ersten Kriegsjahren (vgl. HUW 6 E 18, Redemanuskript anlässlich eines Betreibsappells in Mückenberg, 16. Dezember 1943).

[1179] Vgl. HUW 6 E 18, Redemanuskript von Johannes Hess anlässlich des Jahresrückblickes 1942, 30. Dezember 1942.

[1180] Der Unterstützungsverein ging aus der 1924 begründeten Wohlfahrts- und Unterstützungskasse hervor. Er verfügte 1942 über ein Vermögen von rund vier Millionen Reichsmark. Sein Zweck war es "in Fällen unverschuldeter Not, Krankheit oder Hilfsbedürftigkeit Unterstützung zu gewähren", ferner im Todesfall ein Sterbegeld zu zahlen und den Familien im Falle von Arbeitsunfähigkeit oder Tod des Beschäftigten finanzielle Unterstützung zu gewähren. Für derartige Notlagen wurden beispielsweise 1942 155.000 Reichsmark aufgewandt (vgl. HUW 6 E 18, Redemanuskript von Johannes Hess anlässlich des Jahresrückblickes 1942, 30. Dezember 1942 und unternehmensinterne Übersicht Stand Juni 1989 unter HUW 9 A 11, ohne Datum).

[1181] Während bis zum 1. Januar 1943 nur Angestellten mit einem Monatsgehalt von über 500 Reichsmark das Recht auf Einzahlung in die Pensionskasse gewährt wurde, sah die Änderung nun vor, jeden Angestellten über 25 Jahren, der beim Eintritt in das Unternehmen jünger als 55 Jahre alt gewesen ist, in die Kasse Altersvorsorge aufzunehmen (vgl. die Satzung der Pensionskasse aus dem Jahr 1942 unter HUW 7 C 6; zudem HUW 6 E 18, Redemanuskript von Johannes Hess anlässlich des Jahresrückblickes 1942, 30. Dezember 1942 und unternehmensinterne Übersicht Stand Juni 1989 unter HUW 9 A 11, ohne Datum).

Zuwendungen an Weihnachten und am 1. Mai[1182] oder die Unterstützung der zur Wehrmacht eingezogenen Mitarbeiter.[1183]

Neben finanziellen Anreizen setzte die Wacker-Chemie zudem auf den Ausbau unternehmenseigener Gesundheits- und Freizeitangebote. Hier sind an erster Stelle Werksportangebote, Abendveranstaltungen, Betriebsausflüge und die Entsendung der Mückenberger Mitarbeiter in das Erholungsheim Hirschsprung bei Altenberg im Erzgebirge zu nennen, das zwischen Mai 1941 und Mai 1942 von mehr als 200 Mitarbeiter des Ferro- und Chemowerkes samt ihren Angehörigen genutzt wurde.[1184] Einen weiteren Lösungsansatz sah die Geschäftsleitung in der besseren Ausbildung der Arbeitskräfte, vor allem der Jugendlichen, um so eine „werktreue Belegschaft" etablieren zu können. Bei der Investition in entsprechende Lehrwerkstätten wies die Geschäftsleitung nachdrücklich darauf hin, dass man in Zukunft mit weitaus größeren Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Facharbeitern innerhalb der gesamten deutschen Industrie rechnen musste und sich daher die Investitionen in die Ausbildung junger Fachkräften langfristig lohnen würden.[1185] Der hohe Stellenwert der innerbetrieblichen Ausbildung spiegelte sich im kontinuierlichen Ausbau der Burghauser und Mückenberger Lehrwerkstätten wider, in denen Ende der 1930er bereits mehr als 180 Lehrlinge ausgebildet und geschult wurden.[1186]

Die meisten Klagen zur angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt bezogen sich wie bereits angesprochen auf die Gruppe der Fach- und Führungskräfte. Allerdings machte sich anlässlich der großen Standorterweiterungen 1938 zudem ein Mangel an ungelernten Arbeitskräften bemerkbar. Auf den Baustellen der Wacker-Chemie wurde Personal für Transportarbeiten in großer Zahl benötigt, das jedoch zum Tariflohn von 58 Pfennigen (Mückenberg) nicht zu finden war. Die Nachfragen der Wacker-Chemie beim zuständigen Arbeitsamt in Torgau verliefen erfolglos. Offensichtlich hätte man seitens des Unternehmens für diese Aufgaben gerne dienstverpflichtete Arbeiter beantragt, was ohne Einreihung des Chemowerkes in die Dringlichkeitslisten des Amtes für Wirtschaftsausbau jedoch nicht möglich war. Die Wichtigkeit des Bauprojektes war zu diesem Zeitpunkt noch nicht offiziell anerkannt worden:

[1182] Diese betrugen beispielsweise 1942 zusammen 1,3 Millionen Reichsmark (vgl. HUW 6 E 18, Redemanuskript von Johannes Hess anlässlich des Jahresrückblickes 1942, 30. Dezember 1942).
[1183] Diese erhielten neben finanziellen Zuwendungen beispielsweise auch Feldpostpäckchen zu Weihnachten (vgl. HUW 4 A 21, Schriftwechsel Feldpostpäckchen vom 5. und 19. Januar 1940).
[1184] Vgl. HUW 10 C 1, Schriftvermerk Unfallversicherung/Betriebsausflüge, 4. Mai 1942.
[1185] Vgl. HUW 7 B 5, Schreiben der Wacker-Geschäftsleitung an die Gesellschafter, 21. Januar 1930.
[1186] Vgl. HUW 39 A 7-12, Aktennotiz Lehrwerkstätten, 5. April 1938.

> „[…] das Arbeitsamt Torgau hat keine Möglichkeit, Arbeiter mit Verpflichtungsschein zuzuweisen, da der Betrieb des Chemowerkes noch nicht als staatspolitisch wichtig anerkannt ist. Wenn es gelänge, die Einreihung in diese Gruppe über das Amt für Wirtschaftsausbau zu erreichen, wäre dem Mangel wohl etwas leichter abzuhelfen. Da eine Entsendung von ungelernten Leuten aus Burghausen nicht in Frage kommt, bleibt nur zu hoffen, dass die in nächster Zeit erfolgenden Stilllegungen von Ziegeleien in der Umgebung […].“[1187]

Die Möglichkeiten innerbetrieblicher Umsetzungen waren ausgeschöpft. Die Wacker-Chemie hoffte daher auf die Stilllegung weniger kriegsrelevanter Betriebe, um selbst ausreichend Arbeitskräfte zugewiesen zu erhalten. Im Gegenzug war das Unternehmen offensichtlich bereit, die eigenen Bauprojekte in das staatliche Dringlichkeitssystem eingliedern zu lassen, obwohl dies zugleich mehr staatliche Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten auf die Unternehmenspolitik und eine engere Bindung an Ämter und Behörden bedeutete. Das Beispiel zeigt auch, dass die Führungskräfte der Wacker-Chemie durch regelmäßigen Kontakt zu den entsprechenden Stellen offensichtlich gut über das geplante Vorgehen der Arbeitsverwaltung informiert waren.

Eine weitere mögliche Lösung des Bauarbeitermangels bei Großprojekten wie dem Bau des Chemowerkes 1937/38, wurde bereits angesprochen: die Zuweisung per Verpflichtungsschein, auch bekannt als Dienstverpflichtung deutscher Arbeitskräfte. Sie wurde angesichts des eklatanten Arbeitskräftemangels mit Hilfe der ersten Dienstpflichtverordnung vom 22. Juni 1938[1188] ermöglicht. Ein entsprechender Antrag der Wacker-Chemie wurde genehmigt, das Chemowerk erhielt deutsche Arbeitskräfte, die zum Antritt auf der Baustelle verpflichtet wurden. Wie groß die Gesamtzahl der Dienstverpflichteten in den Werken der Wacker-Chemie Mückenberg insgesamt gewesen ist, lässt sich nicht mehr feststellen. Im Herbst 1938 sollten für die Errichtung des Chemowerkes vom Arbeitsamt einhundert Personen gestellt werden, was jedoch noch nicht bedeutete, dass diese auch tatsächlich im Werk eintrafen. An der Frage, in wie weit die Bereitstellung von Arbeitskräften durch das zuständige Arbeitsamt bis zum November 1938 bereits erfüllt worden war bzw. ob sich die Aussage auf „verpflichtete Leute“ und „Arbeitskräfte vom freien Markt“ oder eben nur auf Dienstverpflichtete – in diesem Fall wäre die Forderung im Sinne der Wacker-Chemie noch nicht erfüllt gewesen – bezog, entbrannte zwischen dem zuständigen Arbeitsamt in Torgau und der Wacker-Chemie Mückenberg ein Streit, der letztlich nur von der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau entschieden werden konnte. Zu

[1187] HUW 39 A 7-12, Niederschrift Nr. 142 über eine Besprechung der Burghausener Werkleitung in Mückenberg, 9. September 1938.
[1188] Abgedruckt in RGBl. 1938 I, S. 652.

wessen Gunsten die Auseinandersetzung letztlich ausging, bleibt offen. Fünfzehn Dienstverpflichtete hatten auf jeden Fall ihre Arbeit im Chemowerk bereits Mitte November aufgenommen, weitere „50 Mann mit Verpflichtungsschein“ waren nach Aussage des leitenden Ingenieurs, Rupprecht Fritzweiler, ebenfalls vom Arbeitsamt angewiesen worden.[1189] Angesichts dieser Zahlen ist anzunehmen, dass es sich bei der Gruppe der Dienstverpflichteten um eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Arbeitskräften gehandelt hat. Seltener und nur in den Kriegsjahren trat der umgekehrte Fall ein: Im Oktober 1943 musste beispielsweise eine 19 Jahre alte Mitarbeiterin per Verpflichtungsbescheid ihre Stelle bei der Wacker-Chemie in Mückenberg aufgeben, um ihren Dienst als Stabshelferin bei der Standortlohnstelle in Roßlau anzutreten.[1190]

Ende der 1930er mangelte es schließlich unabhängig von der jeweiligen Ausbildungsrichtung und Qualifikation in allen Arbeitsbereichen an Führungskräften, Handwerkern, Facharbeitern und Hilfskräften. Angesichts des Personalmangels wurden daher von der Wacker-Chemie ebenso wie von den meisten industriellen Großbetrieben verschiedene Maßnahmen diskutiert, die einem Rückgang der Produktionszahlen entgegenwirken sollten. Blieben die zur Verfügung stehenden Ressourcen und Arbeitskräfte auf gleicher Höhe, während die Herstellungsmenge zeitgleich erhöht werden sollten, dann musste die Effizienz gesteigert werden. Zu den vielfach diskutierten Optionen gehörte die Einführung des Akkordsystems zur Steigerung der Arbeitseffizienz.[1191] Allerdings eigneten sich nicht alle Produktionsbereiche und Aufgabenfelder für die Einführung der Akkordarbeit. Dementsprechend erhielt nur ein Teil der Belegschaft Akkord- oder Leistungszuschläge. Außen vor blieben meist zwangsläufig diejenigen Arbeiter, die in den Tagesschichten beschäftigt waren.[1192] Von der Akkordarbeit nicht betroffen waren in der Regel auch die Führungs- und Fachkräfte; sie erhielten Leistungszulagen und Erfolgsprämien. Einen Pilotversuch zur Akkordarbeit startete das Burghausener Werk.[1193] Aber auch das Chemowerk war an einer Einführung interessiert und entsandte einen Mitarbeiter zum

[1189] Vgl. HUW 35 E 1, Niederschriften Rambausek Nr. 166, 11. November 1938, S. 1 und Nr. 169, 17. November 1938, S. 1.
[1190] Vgl. HUW 35 C 34, Abschrift des Verpflichtungsbescheids, 17. Mai 1943.
[1191] Die Entlohnung im Akkordsystem erfolgt nicht pauschal anhand der aufgewandten Zeit, sondern anforderungs- und leistungsabhängig nach der erzielten Arbeitsmenge.
[1192] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Burghausen an die DAF Gauverwaltung Oberbayern, 13. Oktober 1943, S. 2.
[1193] Vgl. HUW 35 F 14, Mitteilung an die Werkleitung Burghausen vom 17. Oktober 1941; HUW 35 F 14, Mitteilung an die Werkleitung Burghausen vom 2. Juni 1942 und HUW 35 F 14, Schreiben der technischen Abteilung VIII vom 17. Dezember 1942.

Erfahrungsaustausch in den nahegelegenen Buna-Betrieb[1194] der IG Farben Schkopau. Dort war der auf Akkordsätzen beruhende Leistungslohn bereits eingeführt worden.[1195] In Schkopau erzielte das neue System bereits erste Erfolge und bewirkte eine dauerhafte Leistungssteigerung. Nachdem der Akkordlohn bei der Wacker-Chemie Burghausen erfolgreich beim Be- und Entladen, in den Werkstätten sowie bei Schlosserarbeiten getestet worden war und dadurch tatsächlich eine höhere Produktionsrate erreicht wurde, absolvierten drei Mitarbeiter des Chemowerkes 1944 eine REFA-Ausbildung,[1196] in der die Grundlagen und Anwendungsbereiche des Bewertungssystems vermittelt wurden.[1197] Ein Teil der bei der Wacker-Chemie eingesetzten Akkord-Tabellen stammten von der MAN oder der IG Farben.[1198] Nach Erfüllung aller Voraussetzungen und nachdem verschiedene Institutionen bereits wiederholt auf die Wichtigkeit dieser Maßnahme hingewiesen hatten, stand die Einführung in den Werkstätten des Chemowerkes zwar kurz bevor, sie wurde dann jedoch vom Kriegsende überholt.

Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft: Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene, Wehrmachtsstrafgefangene

Während von der Industrie immer höhere Produktionsmengen gefordert wurden, zog das Militär mit Kriegsbeginn, ab September 1939, jedoch mehr und mehr Arbeitnehmer zum Kriegsdienst ein. Dem industriellen Zusatzbedarf an Personal stand seit Mitte der 1930er Jahre ein steigender Arbeitskräftemangel gegenüber, der schon zu Friedenszeiten nur schwer ausgeglichen werden konnte. Als es offensichtlich wurde, dass der deutsche Arbeitsmarkt keine zusätzlichen Arbeitskräfte mehr zur Verfügung stellen konnte, wurde der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte und Kriegsgefangener forciert.[1199] Umso mehr, nachdem Rationalisierungsmaßnahmen wie die Einführung des Akkordsystems, die verstärkte Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte oder die Umsetzungen bzw. Auskämmaktionen, mit deren Hilfe Mitarbeiter weniger rüstungs- und kriegsrelevanter Branchen und Betriebe in

[1194] Butadien mit Natrium (von der IG Farben entwickelter Synthesekautschuk).
[1195] Vgl. HUW 35 D 46, Aktennotiz des Ferrowerkes vom 5. Dezember 1942 und HUW 35 F 14, Schreiben der Hauptverwaltung an das Chemowerk betreff Akkord-System vom 11. Dezember 1942.
[1196] Verband für Arbeitsgestaltung, Betriebsorganisation und Unternehmensentwicklung (gegründet 1924).
[1197] Vgl. HUW 35 F 14, Schreiben des Chemowerkes nach Burghausen, 2. März 1944.
[1198] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Burghausen an die DAF Gauverwaltung Oberbayern vom 13. Oktober 1943, S. 2.
[1199] Zum Arbeitseinsatz ausländischer Arbeitskräfte im Dritten Reich sind die Studien Ulrich Herberts grundlegend (vgl. Herbert, Reichseinsatz sowie Herbert, Fremdarbeiter). Auf regionale Aspekte nehmen unter anderem die Arbeiten von Andreas Heusler und Silke Schumann Bezug (vgl. Heusler, Ausländereinsatz und Schumann, Kooperation und Effizienz).

Rüstungsunternehmen oder Werke mit kriegswichtiger Produktion umgelenkt werden sollten, nur geringen Erfolg hatten. Die Lücken in der Arbeitskräfteversorgung bestanden fort.

Die Verteilung der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte verlief ähnlich der Verteilung von Roh- und Baustoffen entsprechend der Einstufung des Antragstellers in das aktuelle Dringlichkeitssystem. Arbeitskräfte, unabhängig von ihrer Herkunft oder dem Beschäftigungsverhältnis, wurden dem Unternehmen nur dann zugeteilt, wenn die Produktion des Betriebes nachweislich über eine entsprechend hohe Relevanz für das deutsche Kriegswirtschaftssystem verfügte und die Kriegswichtigkeit der Fertigung von staatlicher bzw. militärischer Seite offiziell bestätigt wurde. Die von der chemischen Industrie erzeugten Hauptprodukte untergliederten sich gemäß einer von der Reichsstelle Chemie 1941 herausgegebenen Aufstellung (Anlage zu Arbeitseinsatzfragen in der chemischen Industrie) in drei Gruppen, wobei für die Produkte der am höchsten priorisierten (vorrangigen) Gruppe A die Regelung „Kriegswirtschaftliche Notwendigkeit, bestehende Kapazität maximal ausnützen", für Gruppe B „wechselnde Erzeugung mit fluktuierendem Arbeiterbedarf" und für Gruppe C schließlich „durch Produktionsaufgabe bzw. Produktionsauftrag festgelegter Arbeiterbedarf" galt. Während Pharmazeutika beispielsweise in Gruppe C, Sprengstoffe, Klebestoffe, Salz- und Schwefelsäure aber unter Gruppe B eingruppiert waren, fanden sich beinahe alle in den Mückenberger Werken der Wacker-Chemie erzeugten Produkte in Gruppe A wieder, denn in diese oberste Kategorie fielen neben Acetaldehyd, Chlorkohlenwasserstoffe, Acetylenderivate, Carbid auch die Chloralkalielektrolyse, Ferrolegierungen oder Siliciumcarbid.[1200] Allerdings wurden die Einstufungs- und Ranglisten entsprechend der aktuellen Bedarfslage mehrfach angepasst, so dass auch die von den Bewirtschaftungsstellen und Arbeitseinsatzbehörden geförderten Produktionsschwerpunkte im Laufe der Jahre variierten. Zudem bedeutete eine hohe Priorität nicht zwangsläufig auch die Zuteilung der benötigten Arbeitskräfte.

Einberufungen und Umsetzungen

Mit Kriegsbeginn kam es ab September 1939 zu regelrechten Einberufungswellen. Diese wurden vor allem durch die zuständigen Rüstungskommandos, im Falle Mückenberg vom Rüstungskommando Halle, koordiniert.[1201] Einen Schutz vor dem Abzug der Arbeitskräfte zum Kriegsdienst bot die sogenannte Unabkömmlichstellung (Uk-Stellung). Dabei handelte

[1200] BArch R 8-VIII/14, Arbeitseinsatzfragen in der chemischen Industrie, Anlage, ohne Datum jedoch mit handschriftlichen Notizen, die das Jahr 1941 tragen.
[1201] HUW 35 D 46, Aktennotiz des Ferrowerkes, 3. März 1942.

es sich um eine Zurückstellung, die der Arbeitgeber beantragen konnte, um besonders wichtige, aber bereits zum Kriegsdienst aufgerufene Arbeitskräfte im Unternehmen zu binden. Der Verbleib in den Werken wurde vor allem Fach- und Schlüsselkräften gewährt, die aufgrund ihres spezifischen Fachwissens, ihrer Berufserfahrung oder der Stellung im Betrieb als unersetzlich galten. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt des Oberkommandos der Wehrmacht vergab im Rahmen dieses Verfahrens sogenannte OKW-Spezialbetriebsausweise, mit denen das begünstigte Unternehmen „Ausnahmen von der Einberufung wehrpflichtiger Gefolgschaftsmitglieder über das zuständige Rüstungskommando erwirken“ konnte.[1202] Die Erteilung erfolgte entsprechend der Kriegswichtigkeit eines bestimmten Betriebsteiles, nicht jedoch aufgrund der Wichtigkeit des Gesamtkonzerns, denn die Erteilung war produkt- und zweckgebunden. Zudem gab es diverse, zum Beispiel durch den Generalbevollmächtigten für die Chemische Industrie ausgehandelte Sonderregelungen, die der gesamten Branche für einen bestimmten Zeitraum Schutz vor weiteren Einberufungen boten. In gut begründeten Einzelfällen gelang dem Unternehmen auch die Rückholung von Belegschaftsmitgliedern aus dem Militärdienst.

Wie zu erwarten, stieg die Zahl der zum Militär Einberufenen in den ersten Kriegsjahren zunächst reichsweit an, stagnierte dann allerdings nach einem größeren Anstieg 1941/42 auf hohem Niveau. Im fünften Kriegsjahr 1944 waren rund ein Drittel aller Arbeitskräfte zur Wehrmacht eingezogen. Die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte lag zu jedem Zeitpunkt durchschnittlich unter der Einberufungsquote und konnte die Abgänge an Arbeitskräften aus der Wirtschaft nicht kompensieren. Das Missverhältnis musste zwangsläufig zur Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte nach Kriegsrelevanz des anfordernden Betriebes führen. Die Einberufungsquote der Wacker-Chemie lag in den ersten drei Kriegsjahren relativ konstant bei rund zwölf Prozent (vgl. Tabelle 30). Sie erhöhte sich erst 1942 signifikant, als sie sich schlagartig fast verdoppelte. Zwei Jahre später war knapp ein Drittel der Belegschaft des Gesamtkonzerns zum Kriegsdienst einberufen worden. Die ersten knapp 600 direkt nach Kriegsbeginn aus dem Unternehmen abgezogenen Mitarbeiter konnten zunächst nicht ersetzt werden, da ausländische Arbeitskräfte erst ab 1940 in den Werken der Wacker-Chemie eintrafen.

[1202] Die OKW-Spezialbetriebsnummern des Ferrowerkes lauteten 1390-242 für die Ferrolegierungen Ferrochrom und Ferrosilicium sowie 2703-242 für Siliciumcarbid, Chlorkohlenwasserstoffe und weitere Ferrolegierungen; die Nummer des Chemowerkes 3790-272 galt für Acetaldehyd, Carbidsprit und Calciumcarbid (vgl. HUW 10 C 44 OKW-Spezialbetriebsnummern, ohne Datum)

Jahr	Wacker gesamt	Ein-berufen	in %	Mücken-berg gesamt	Ein-berufen	in %	Burghausen gesamt	Ein-berufen	in %
1939	4.705	584	12,41	1.510	166	10,99	2.562	337	13,15
1940	5.191	624	12,02	1.761	226	12,83	2.715	292	10,75
1941	5.453	703	12,89	1.859	296	15,92	2.871	275	9,58
1942	5.810	1.313	22,60	1.819	499	27,43	3.233	629	19,46
1943	6.172	1.667	27,01	1.805	611	33,85	3.574	855	23,92
1944	6.681	2092	31,31	2.053	695	33,85	3.800	1.176	30,95

Tabelle 30: Einberufungsquote der Wacker-Chemie nach Werken

Nur durch verhältnismäßig hohe Zuteilungen von ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen – hinzu kamen in Burghausen Strafgefangene aus Bernau,[1203] in Mückenberg Wehrmachtsstrafgefangene aus Torgau[1204] – konnte die Einberufungsquote in der Folgezeit einigermaßen kompensiert werden. Ein Hinweis auf den Einsatz von KZ-Häftlingen, der unter bestimmten Voraussetzungen eine weitere Option gewesen wäre, wurde nicht gefunden.

Während Hilfsarbeiter im Verhältnis leichter zu ersetzen waren, konnte der Weggang erfahrener und mit der Materie vertrauter Angestellter, wie Chemiker oder Betriebsmeister, nur schwer ausgeglichen werden. Der Anteil der einberufenen Angestellten lag in den ersten Kriegsjahren über, ab 1942 dann unter dem Werksdurchschnitt. Dies spricht zudem dafür, dass zu Kriegsbeginn weniger Angestellte von den Behörden als unabkömmlich anerkannt wurden, sich ihre Zahl im Laufe des Krieges jedoch erhöhte. Aufgrund ihres spezifischen Wissens und der langjährigen Ausbildung waren Anträge auf Uk-Stellung von technischem (Führungs-)Personal und Akademikern erfolgsversprechender als die Anträge auf Zurückstellung von kaufmännischen Sachbearbeitern, von denen eine große Anzahl bereits zu Kriegsbeginn eingezogen wurde. Das Unternehmen war bemüht, möglichst viele seiner Mitarbeiter vom Kriegsdienst freistellen zu lassen, und stand daher in einem permanenten Kommunikations- und Aushandlungsprozess mit den Arbeitseinsatzbehörden, der Wehrkreisverwaltung und den Rüstungskommandos.

Die Anzahl der vom Unternehmen abzugebenden Mitarbeiter wurde von mehreren Faktoren bestimmt: den Geburtsjahrgängen der Belegschaftsmitglieder, dem Argumentationsgeschick

[1203] Grypa, Fremdarbeiter, S. 91.
[1204] Zu den Wehrmachtsstrafgefangenen siehe Kapitel C.1.2.4.

der Geschäftsleitung, der Branche des Betriebes, einer vorgegebenen Regionalquote, der Konkurrenz durch andere kriegswichtige Betriebe oder Rüstungsfirmen, die Stellung der Erzeugnisse innerhalb des Dringlichkeitssystems oder der Schwerpunktprogramme der Militärführung, wobei erfolgreiche Anträge auf Uk-Stellung der Mitarbeiter als Indiz kriegswichtiger Forschung und Produktion gewertet werden können.

Jahr	Ferro-werk	ein-berufen	in %	Chemo-werk	ein-berufen	in %	Burg-hausen	ein-berufen	in %
1939	70	12	17,14	56	5	8,93	381	54	14,17
1940	84	14	16,67	62	5	8,06	408	47	11,52
1941	99	16	16,16	77	7	9,09	413	46	11,14
1942	99	22	22,22	83	10	12,05	444	65	14,64
1943	111	27	24,32	89	11	12,36	458	77	16,81
1944	124	31	25,00	89	12	13,48	477	218[1205]	45,70

Tabelle 31: Einberufungsquote Angestellte

Auffällig ist, dass das Ferrowerk bei Kriegsbeginn innerhalb des Gesamtkonzerns die mit Abstand geringste Einberufungsquote aufwies (vgl. Tabelle 30 und Tabelle 31). Legierungen für die Stahlindustrie hatten offensichtlich eine hohe Priorität, die es der Geschäftsleitung vereinfachte, diesen Mückenberger Betriebsteil vor dem Abzug von Arbeitskräften durch Uk-Stellungen zu schützen.

Jahr	Ferrowerk	einberufen	in %	Chemowerk	einberufen	in %
1939	891	76	8,53	619	90	14,54
1940	1.094	118	10,79	667	108	16,19
1941	1.136	156	13,73	723	140	19,36
1942	1.095	283	25,84	724	216	29,83
1943	1.100	364	33,09	705	247	35,04
1944	1.219	426	34,95	834	269	32,25

Tabelle 32: Einberufungsquote Ferro- und Chemowerk Mückenberg

Selbst im Frühjahr 1942 standen 231 einberufenen Mitarbeitern 211 ausländische Arbeitskräfte und Kriegsgefangene gegenüber. Der Arbeitskräfteverlust durch Abzug zum Kriegsdienst war beinahe ausgeglichen worden (vgl. Tabelle 33).[1206] Im Gegensatz dazu verwundert die hohe Einberufungsquote des Chemowerkes, das in allen Kriegsjahren den höchsten Stand an zur Wehrmacht einberufenen Belegschaftsmitgliedern hatte (vgl. Tabelle 32).[1207]

[1205] Dieser Wert erscheint sehr hoch, wird allerdings übereinstimmend in den Technischen Berichten des Jahres 1944 und 1945 so angegeben (vgl. HUW 27 A 9, Technische Berichte der Jahre 1944 und 1945).

[1206] Vgl. HUW 35 D 46, Aktennotiz des Ferrowerkes, 3. März 1942.

[1207] Die höhere Einberufungsquote konnte zudem auch durch den Produktionsprozess selbst bedingt sein. Ein Herstellungsprozess, in dem leichter auf menschliche Arbeitskraft verzichtet werden konnte (z. B. auch durch Einsatz von Maschinen) oder die Arbeit auch durch ungelernte Kräfte ausgeführt werden konnte, eignet sich am besten, um die dem Unternehmen vorgegebene Quote zu realisieren.

Zeitpunkt	Arbeitskräfte gesamt	Zur Wehrmacht Einberufene kumuliert	Zur Wehrmacht Einberufene in %	Ausländische Arbeitskräfte gesamt	Davon Kriegs-gefangene	Ausländische Arbeitskräfte gesamt in %
Mai 1939	39,4	1,4	3,6	0,3	-	0,8
Mai 1940	36,0	5,7	15,8	2,6	0,0	7,2
Mai 1941	36,0	7,4	20,6	4,3	1,4	11,9
Mai 1942	35,4	9,4	26,6	5,5	1,5	15,5
Mai 1943	36,6	11,2	30,6	7,7	1,6	21,0
Mai 1944	36,5	12,4	34,0	8,9	1,9	24,4
Sept.1944	36,4	13,0	35,7	8,9	1,5	24,5

Tabelle 33: Übersicht Arbeitskräfte - Einberufene - Ausländische Arbeitskräfte Ferro- und Chemowerk

Eine Ausnahme bildete lediglich das Jahr 1944, in dem das Chemowerk nicht nur einen Zuwachs im Bereich der Arbeiterschaft verzeichnen konnte, sondern, entgegen dem allgemeinen Trend, eine sinkende Einberufungsquote aufwies. Dies dürfte im Zusammenhang mit der Wiederinbetriebnahme der Alkohol-Produktion im Sommer 1944 zu sehen sein, die eine hohe Priorität bei den Bewirtschaftungsstellen genossen hatte. Hinsichtlich der Höhe ihrer Einberufungszahl lagen die Werte der beiden Mückenberger Betriebe insgesamt klar über dem Durchschnitt des Gesamtkonzerns. Hatte das Unternehmen alle Möglichkeiten ausgeschöpft und konnte trotz Uk-Anträgen, innerbetrieblichen Umsetzungen, Dienstverpflichtungen, Sonderregelungen und OKW-Ausweisen den Bedarf an Personal nicht decken, so blieb noch die Option, bei den zuständigen Arbeitseinsatzbehörden Anträge auf Zuweisung ausländischer Arbeitskräfte zu stellen, wovon auch die Wacker-Chemie für ihren Standort Mückenberg Gebrauch gemacht hatte.

Ausländische Arbeitskräfte

Die in der deutschen Wirtschaft beschäftigten Ausländer bildeten eine in sich und auf mehreren Ebenen heterogene Gruppe. Sie unterschieden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Herkunftsländer, den Beweggründen für eine Beschäftigung im Deutschen Reich, der Anwerbepraxis oder dem Grad der Freiwilligkeit, sondern auch in ihrer Stellung innerhalb der nationalsozialistischen Rassenideologie. Dementsprechend stark divergierte der Rechtsstatus der Ausländer und mit ihm die Arbeits- und Lebensbedingungen in den Betrieben vor Ort. So lagen aus rein ideologischen und rassischen Gesichtspunkten sowohl der gesetzliche Lohn als auch der vorgeschriebene Verpflegungssatz der westeuropäischen Zivilarbeiter deutlich über

dem der Polen oder der sogenannten Ostarbeiter[1208]. Diese hatten zudem höhere Abgaben an das Finanzamt zu leisten, was den Lohn noch einmal empfindlich senkte. Auch die Art der Anwerbung oder der im Moment ihrer Verpflichtung auf die Arbeitskräfte ausgeübte Druck, der bis zu Zwangsmaßnahmen und Gewalt reichen konnte, variierte nach rassischen Gesichtspunkten und entsprechend der jeweiligen Nationalitäten.

In den letzten Friedensjahren stammten nur rund zwei Prozent der Arbeitnehmer aus dem Ausland. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte verlief angesichts der relativ hohen Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas zunächst problemlos. Eine Zäsur lässt sich hier erst nach Kriegsbeginn feststellen, denn mit der Besatzung der eroberten Gebiete war in aller Regel die Etablierung eines Anwerbesystems bzw. der Aufbau einer deutschen Arbeitsverwaltung verbunden. Die Methoden, Arbeitskräfte für die deutsche Industrie zu gewinnen, variierten je nach Land und Region stark. Nicht nur in Hinblick auf die Anwerbestrategien, sondern auch auf die Entlohnung und Behandlung der Arbeitskräfte muss vor allem nach westeuropäischen und (süd)osteuropäischen Ländern unterschieden werden. Nachdem die Freiwilligenquote in Polen und der Sowjetunion deutlich hinter den Bedarfszahlen (und den Erwartungen) zurückblieb, erhöhten die örtlichen Behörden den Druck auf die Zivilbevölkerung und griffen vergleichsweise früh zu härteren Zwangsmaßnahmen.[1209] Eine zweite Zäsur zeichnete sich mit der Berufung Fritz Sauckels (1894-1946) zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im März 1942 ab. Mit ihr ging eine erneute Verschärfung der Rekrutierungspraxis in den besetzten Ländern einher.[1210] Die ohnehin hohe Komplexität des Themas wird dadurch erhöht, dass sich die Vorgehensweisen, Richtlinien, Bestimmungen, aber auch deren Umsetzung in der Praxis des Arbeitseinsatzes im Laufe der Kriegsjahre und in Abhängigkeit zum Kriegsverlauf mehrfach veränderten. Tendenziell können normativ geprägte Begriffe wie Zwangsarbeiter[1211] oder

[1208] Zur Definition Ostarbeiter vgl. RGBl. Nr. 71, 1942, Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter (Gesetz vom 30. Juni 1942): Ostarbeiter sind diejenigen Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in den Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfaßt und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht in das Deutsche Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren gebracht und hier eingesetzt werden".

[1209] Vgl. Linne / Dierl, Kriegsbeute.

[1210] Vgl. Spoerer / Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 195-196.

[1211] Spoerer (vgl. Spoerer, Zwangsarbeit) definiert Zwangsarbeit mit Hilfe zweier Hauptkriterien. Zum einen über die rechtlich institutionalisierte Unauflöslichkeit des Arbeitsverhältnisses für eine nicht absehbare Dauer und zum anderen über die geringen Chancen, nennenswerten Einfluss auf die Umstände des Arbeitseinsatzes zu nehmen (S. 15). Den Kriterien folgend entwirft er vier Gruppen ausländischer Arbeitskräfte: erstens freiwillige ausländische Zivilarbeiter, zweitens Zwangsarbeiter mit etwas Einfluss auf ihre Existenzbedingungen bei normaler oder nur geringfügig erhöhter Sterblichkeit, drittens Zwangsarbeiter ohne nennenswerten Einfluss mit überdurchschnittlicher Sterblichkeit (zu ihnen zählen Zivilarbeiter aus Polen und

Sklavenarbeiter die großen Unterschiede innerhalb der Gruppe nicht wiedergeben. Sie werden der Uneinheitlichkeit einfach nicht gerecht und finden in dieser Arbeit daher keine Verwendung.[1212]

Zahl und Herkunft

Für die Werke der Wacker-Chemie in Mückenberg sind verschiedenste Arbeitsverhältnisse dokumentiert. Gruppen von zivilen, durch das Unternehmen oder staatliche Stellen angeworbenen Fachkräften aus Belgien und Frankreich waren ebenso im Betrieb beschäftigt, wie die, ausschließlich über die deutschen Arbeitsämter zugeteilten italienischen (gewerblichen) Arbeiter, Männer und Frauen aus Polen sowie der Ukraine oder die von der Wehrmacht betreuten Kriegsgefangenen. Zum Stichtag 31. Dezember 1940 fanden erstmals „Gefolgschaftsmitglieder fremder Nationalität" in den jährlich erstellten Technischen Berichten der Wacker-Chemie Erwähnung.[1213] Dabei wurde die Summe der ausländischen Arbeitnehmer und Kriegsgefangenen für das Gesamtunternehmen mit 267 Personen angegeben. Für das Ferrowerk zählte man 1940 120 Zivilarbeiter, im Chemowerk waren es 40. Während dem Burghausener Werk bereits 50 französische Kriegsgefangene zugeteilt worden waren, wurden zu diesem Zeitpunkt in Mückenberg noch keine Kriegsgefangenen eingesetzt.[1214] Zwar waren bei der Wacker-Chemie in der Hauptverwaltung München und im Werk Tschechnitz ebenfalls ausländische Arbeitnehmer beschäftigt, ihre Zahl ist in Relation zu den anderen Standorten des Konzerns jedoch sehr gering.[1215] Während Ferro- und Chemowerk 1940 und 1941 mehr ausländische Arbeitskräfte beschäftigten als das Burghausener Werk, wandelte sich dieses Verhältnis 1942 mit dem Ausbau der Kunststoff-Produktion bzw. des neuen Werkes West in Burghausen (vgl. Tabelle 34). Offensichtlich sorgte die hohe Kriegsrelevanz dieses Ausbauprojektes dementsprechend für eine hohe Zuteilung von Arbeitskräften.[1216]

---

der Sowjetunion) und viertens Zwangsarbeiter ohne jeglichen Einfluss und extrem hoher Sterblichkeit (S. 16 und 17).

[1212] In den zeitgenössischen Quellen werden sie kurz als „Ausländer" alternativ als „ausländische Arbeitskräfte", „ausländische Zivilarbeiter", „Gefolgschaftsmitglieder fremder Nationalität" bezeichnet oder direkt nach Herkunftsland „Italiener", „Bulgaren" usw. benannt.

[1213] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1940, Übersicht der ausländischen Arbeitskräfte, S. 63.

[1214] Zu den französischen Kriegsgefangenen in Burghausen vgl. Grypa, Fremdarbeiter, S. 107-116.

[1215] In den weiteren Betriebsstätten der Wacker-Chemie eingesetzte Ausländer: In der Hauptverwaltung handelte es sich um Angestellte aus Böhmen und Mähren, in Tschechnitz vor allem um polnische und sowjetrussische Arbeiter. Zahlen der Hauptverwaltung: 8 (1942), 12 (1943); in Tschechnitz: 17 (1940), 12 (1941), 52 (1942), 72 (1943).

[1216] Grypa, Fremdarbeiter, S. 3.

Jahr[1217]	Summe ausländischer Arbeitskräfte	davon Mückenberg in %	davon Burghausen in %
1940	267	59,93	33,71
1941	552	54,36	43,30
1942	1531	41,41	54,54
1943	1854	35,87	59,39

Tabelle 34: Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte innerhalb des Konzerns

Von den 6.172 Beschäftigten des Gesamtunternehmens fehlten 1943 dem Betrieb 1.667 Arbeitnehmer. Diese wurden allerdings durch 1.854 ausländische Arbeitskräfte ersetzt.[1218] Beide Produktionsstätten konnten trotz der erschwerten „Arbeitseinsatzlage" 1943 einen Zuwachs ihrer Gesamtbelegschaftsstärke verbuchen. Offensichtlich erhielt das Unternehmen ab dem Jahr 1942 deutlich mehr Arbeitskräfte als in den Jahren zuvor.[1219] Im Jahr 1944 machte der Ausländeranteil im Schnitt rund ein Viertel der Arbeitskräfte im Deutschen Reich aus.[1220] Die Quote der Wacker-Werke in Mückenberg übertraf diesen Wert bereits 1942 (vgl. Tabelle 33). Wie rasant die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in Mückenberg in diesem Jahr angestiegen war, verdeutlicht das Beispiel des Ferrowerkes: Anfang März 1942 waren unter den 962 Mitarbeitern 211 Ausländer und Kriegsgefangene, was einer Quote von 21,9 Prozent entsprach. Ende desselben Jahres arbeiteten im Ferrowerk 1.067 Belegschaftsmitglieder, von denen 413 aus dem Ausland stammten.[1221] Ihr Anteil an der Belegschaft des Ferrowerkes hatte sich damit auf 38,7 Prozent erhöht, darunter befanden sich 23,8 Prozent Kriegsgefangene.

Die beiden Mückenberger Werke der Wacker-Chemie wiesen im Vergleich zum Wert auf Reichsebene folglich eine überdurchschnittlich hohe Ausländerquote auf, die im Ferrowerk noch einmal deutlich über der Quote des Chemowerkes lag. Im vierten Kriegsjahr waren gut 40 Prozent der Belegschaft des Ferrowerkes ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene.

[1217] Jeweils zum 31. Dezember.

[1218] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1943, S. 68.

[1219] „Die ständige Steigerung unserer Umsätze seit 1933 wird voraussichtlich erstmal im Jahre 1944 keine Fortsetzung erfahren, da die Leistungsfähigkeit unserer Anlagen schon 1943 bis an die Grenzen angespannt war" (HUW 27 A 9, Jahresüberblick, Beilage des Technischen Berichts 1944, ohne Datum).

[1220] Spoerer / Streb, Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 197-198.

[1221] Dennoch weist gerade die Betriebsleitung des Ferrowerkes im Herbst 1942 auf die ständig kleiner werdende Arbeiterzahl hin: „Es ist nun festzustellen, daß die Zahl der im Ferrowerk arbeitenden Ausländer und Kriegsgefangenen dauernd abnimmt. Neben dem Ausscheiden durch Krankheit (auch einige Todesfälle sind zu verzeichnen), ist als wichtigster Grund für Entlassungen das Ablaufen der Verträge für ausländische Zivilarbeiter (Italiener und Ungarn) zu nennen" (HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September 1942).

Jahr[1222]	Summe ausländischer Arbeitskräfte in Mückenberg	Anteil an Belegschaft in %	Ferrowerk	Anteil an Belegschaft Ferrowerk in %	Chemowerk	Anteil an Belegschaft Chemowerk in %
1940	160	9,09	120	10,97	40	6,00
1941	300	16,14	206	18,13	94	13,00
1942	634	34,85	413	37,72	221	30,53
1943	665	36,84	460	41,82	205	29,08

Tabelle 35: Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Belegschaft der Werke

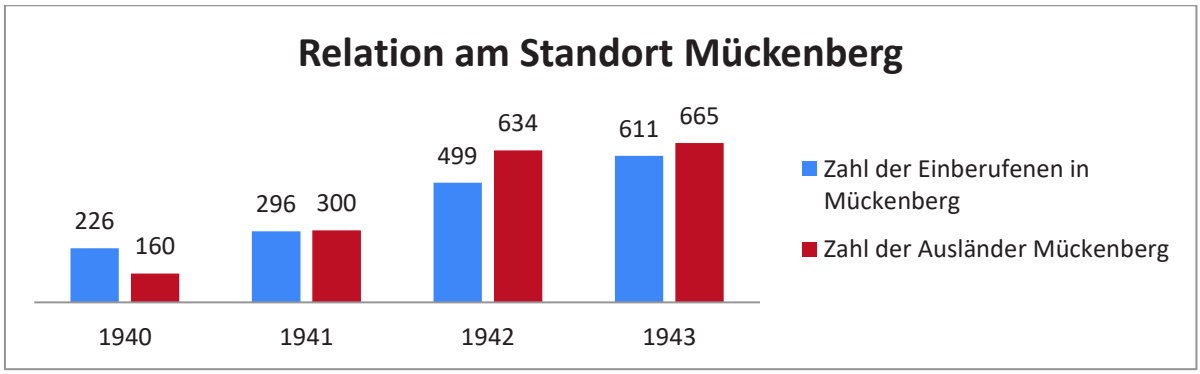
Auch innerhalb der chemischen Branche und im regionalen Vergleich lag die Ausländerquote der Wacker-Werke in Mückenberg über dem Durchschnitt wie aus dem Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Halle für die zweite Hälfte des Jahres 1942 hervorgeht: „Besonders hoch ist der Anteil an Ausländern bei der Deutschen Sprengchemie Moschwig mit 72,5% in der Füllanlage. In der Gross-Chemie liegt die Verhältniszahl niedriger und erreicht bei den Leuna-Werken 30%, ist aber bei der kontinuierlichen Fertigung in der Chemie ebenfalls als hoch anzusehen“.[1223]Während im Chemowerk in den Jahren 1940, 1941 sowie 1943 weniger ausländische Arbeitskräfte beschäftigt wurden, als deutsche Arbeitnehmer zum Militärdienst einberufen worden waren, bekam das Ferrowerk dauerhaft mehr Arbeitskräfte zugewiesen, als der Fertigung entzogen wurden (vgl. Abbildung 6). So wies das Ferrowerk im Vergleich zum Chemowerk einen deutlich höheren Anteil ausländischer Arbeitskräfte auf. Die Bedarfsanforderungen dieses Betriebsteiles wurden offensichtlich vordringlich bearbeitet und genehmigt. Insgesamt standen in Mückenberg den 296 Ende 1941 zur Wehrmacht einberufenen Belegschaftsmitgliedern 300 ausländische Arbeitskräfte gegenüber. Die Abgänge konnten also durch Zuteilung ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen werden. Im Jahr 1942 gestaltete sich das Verhältnis zwar insgesamt ungünstiger als in Burghausen, es lag aber dennoch bei 499 aus dem Betrieb abgezogenen deutschen Mitarbeitern zu 634 angeworbenen bzw. zugeteilten ausländischen Arbeitskräften.

Der Wacker-Chemie wurden also aufgrund der hohen Kriegswichtigkeit ihrer Ausbauprojekte, seien es die Anlagen in Burghausen oder Mückenberg, mehr Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt, als dem Betrieb durch Einberufungen, Auskämmaktionen und Dienstverpflichtungen entzogen wurden. Ohne diese Zuteilungen hätte das Unternehmen

[1222] Stichtag jeweils zum 31. Dezember.
[1223] BArch RW 21-25/12, Kriegstagebuch Rüstungskommando Halle, Eintrag Herbst 1942.

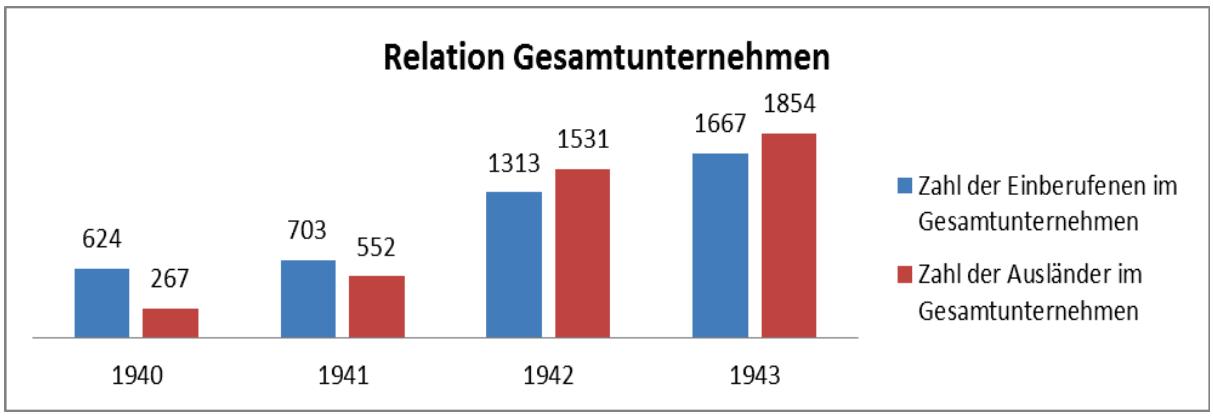
weder die laufende Produktion auf gleicher Höhe halten, geschweige denn, die neuen Bauprojekte fertigstellen können.

Abbildung 6: Relation: Einberufene - ausländische Arbeitskräfte in Mückenberg



Im Betriebsalltag und in der laufenden Produktion nahm das Zahlenverhältnis der ausländischen Arbeitskräfte zu deutschen Arbeitnehmern noch einmal ganz andere Dimensionen an, denn die gemachten Angaben bezogen sich auf die Gesamtbelegschaft mit Verwaltung, nicht allein auf die Produktion oder das Bauwesen, in denen die ausländischen Arbeitskräfte und Kriegsgefangenen eingesetzt waren. Unberücksichtigt bleibt auch der Krankenstand. So waren von den 542 Anfang März 1942 für das Ferrowerk als deutsche Arbeiter gemeldeten Beschäftigte nur 355 tatsächlich in der Fertigung eingesetzt. Diesen deutschen Arbeitern standen nun 197 ausländische Arbeiter und etwa 100 Wehrmachtsstrafgefangene gegenüber.[1224]

Abbildung 7:Relation: Einberufene - ausländische Arbeitskräfte Gesamtkonzern



Den niedrigsten Anteil an ausländischen Arbeitskräften wies das Chemowerk 1940 mit sechs Prozent auf. Ob dieser Wert nun ein Indiz für die Kriegswichtigkeit des Ferrowerkes ist, und

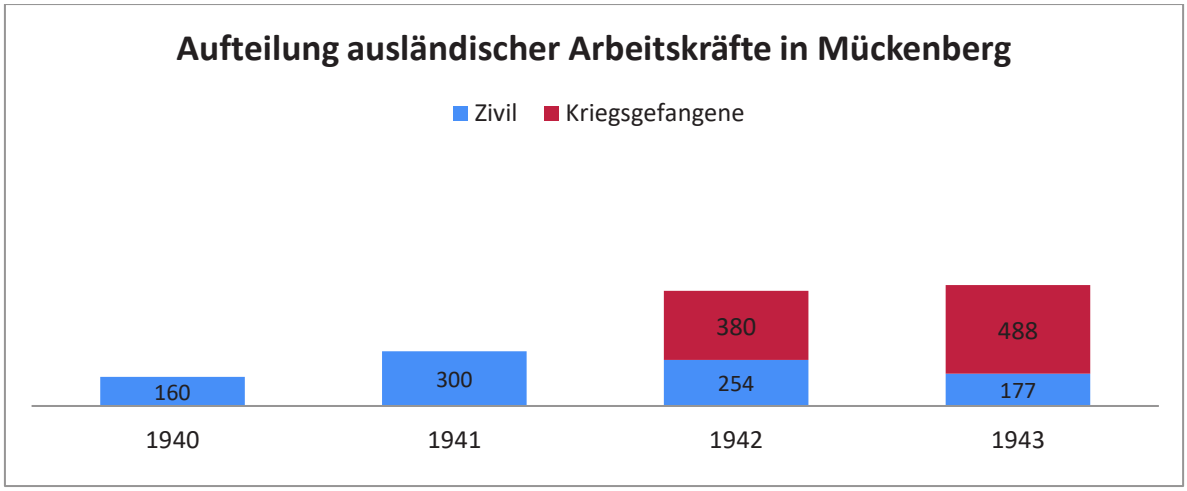
[1224] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an Abteilung VIII der Hauptverwaltung, 3. März 1942.

daher im Umkehrschluss von einer geringeren Priorität der Produktion des Chemowerkes ausgegangen werden muss, oder ob im Chemowerk aufgrund besonders kriegswichtiger Produktion und Forschung ein Einsatz von Kriegsgefangenen, besonders aus der Sowjetunion, zunächst nicht erlaubt gewesen ist, und die Zahlen deshalb auf diesem niedrigen Niveau lagen, bleibt offen.

Der Anstieg im Jahr 1942, der mit knapp fünfunddreißig bzw. dreißig Prozent auch im Chemowerk eine Verdoppelung des Ausländeranteils innerhalb der Gesamtbelegschaft mit sich brachte, ist auf den politischen Kurswechsel der staatlichen Behörden und Wehrmachtsstellen bezüglich des Einsatzes von Kriegsgefangenen in der Industrie zurückzuführen. Die Zuteilung ziviler Arbeitskräfte war zurückgegangen, so dass in der Industrie ab 1942 nur noch mit einer Bereitstellung von Kriegsgefangenen zur Bedarfsdeckung gerechnet werden konnte. In den Jahren 1942 und 1943 machten daher schließlich Kriegsgefangene den Großteil der ausländischen Belegschaft in Mückenberg aus (vgl. Abbildung 8). Im Ferrowerk waren Ende 1942 von den 413 gemeldeten ausländischen Arbeitskräften bereits 254 Kriegsgefangene.[1225] Trotz der fehlenden Zahlen für das Jahr 1944 dürfte sich diese Entwicklung fortgesetzt haben.

Die bei der Wacker-Chemie in Mückenberg beschäftigten Ausländer stammten aus Italien, Jugoslawien, Polen, der Ukraine, Belgien, Ungarn und Frankreich. Sogenannte Ostarbeiter werden in den Zusammenstellungen der Technischen Berichte für das Ferro- und Chemowerk im Gegensatz zu Burghausen nicht erwähnt.

Abbildung 8: Relation: Zivilarbeitskräfte - Kriegsgefangene in Mückenberg



[1225] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an die Landesplanungsgemeinschaft Brandenburg, 29. Dezember 1942.

Allerdings können gerade diese Berichte mit ihrer jährlichen Zählung zum 31. Dezember die besonders hohe Fluktuation unter den zivilen ausländischen Arbeitskräften nicht erfassen, so dass mitunter mangels ergänzender Quellenbestände einige Leerstellen offenbleiben müssen. Zwei der Momentaufnahmen zum Jahresende seien an dieser Stelle exemplarisch wiedergegeben:

Nationalität	Ferrowerk Stand 31. Dezember 1940	Chemowerk Stand 31. Dezember 1940	Ferrowerk Stand 31. Dezember 1943	Chemowerk Stand 31. Dezember 1943
Italiener	24	21	119	75
Jugoslawen	19	-	-	-
Polen	38	9	21	7
Ukrainer	4	3	3	-
Belgier	32	7	6	-
Ungarn	-	-	8	11
Kriegsgefangene Franzosen	-	-	75	37
Kriegsgefangene Sowjetrussen	-	-	179	89

Tabelle 36: Herkunft der ausländischen Arbeitskräfte Ferro- und Chemowerk

Dass ausländische Zivilarbeiter bereits vor dem Sommer 1940 von der Wacker-Chemie in Mückenberg beschäftigt wurden, lässt sich nicht ausschließen. Einen Quellenbeleg hierfür gibt es jedoch nicht. Der Plan der Geschäftsleitung, 30 jugoslawische Zivilarbeiter, die zuvor von der Reichsbahn beschäftigt wurden, im Mai 1940 von Oberbayern in die Niederlausitz zu schicken, konnte nicht umgesetzt werden.[1226] Daher gehörte zu den ersten ausländischen Arbeitskräften in Mückenberg schließlich eine Gruppe aus Italien, die im August 1940 in den Wacker-Werken eintraf. Es handelte sich um 25 Arbeiter,[1227] deren Reiseantritt vom Landesarbeitsamt Mitteldeutschland am 11. August veranlasst worden war.[1228] Die Mehrheit der Arbeitskräfte war für das Ferrowerk vorgesehen, fünf von ihnen nahmen ihre Arbeit im Chemowerk auf. Ende September 1940 waren im Ferrowerk 78 Polen, 28 Volksdeutsche, 6 Ukrainer und 48 Italiener beschäftigt.[1229]

[1226] Das Vorhaben scheiterte aufgrund der zu hohen Lohndifferenz (vgl. HUW 39 A 7-13, Schriftwechsel Abteilung III, Schriftvermerk, 18. Mai 1940).
[1227] Speziell zur Rolle der italienischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich vgl. Lang, Italienische Fremdarbeiter.
[1228] Die Reisekosten ab dem Grenzübergang Brenner musste die Empfängerfirma tragen. Die Rechnung vom 13. März 1941 betrug 417,50 Reichsmark (vgl. HUW 35 A 8, Kassenbelege). Zur Übernahme der Kosten durch die Unternehmen vgl. auch BArch R 11/1242, Arbeitseinsatz ausländischer gewerblicher Arbeitskräfte; hier: Einziehung der Reise- usw. Kosten von den aufnehmenden Betrieben, 3. April 1941, fol. 133-136.
[1229] Vgl. BArch RW 21-25/5, Vierteljahresbericht des Rüstungskommandos Halle für den Zeitraum 1. Juli bis 30. September 1940, fol. 163.

Arbeitskräfte aus Italien stellten auch in der Folgezeit eine wichtige Größe für den Mückenberger Betrieb dar. Als im Juli und September 1941 zwei größere Gruppen ausländischer Zivilarbeiter im Ferrowerk eintrafen, handelte es sich um 31 Ungarn und 75 Italiener. Aus den Anträgen auf Erteilung von Steuerkarten für diese Arbeitskräfte bei der Gemeinde Mückenberg lassen sich genaue Angaben über die Altersstruktur, Familienstand und Wohnort gewinnen.[1230] Die Ergebnisse stehen repräsentativ für die Zusammensetzung von Gruppen ausländischer Zivilarbeiter aus verbündeten oder befreundeten Staaten. Frauen befanden sich nicht unter ihnen. Die italienische Gruppe war sehr heterogen, der eine Teil stammte aus Nord-, der andere aus Süditalien.

Herkunftsland bzw. Ankunftsdatum	Anzahl	Alter unter 20	Alter unter 30	In %	Alter zwischen 30 und 40	In %	Alter über 50	In %	Familienväter in %
Süditalien									
Juli 1941	32	0	3	9,4	22	68,8	2		61
Norditalien									
September 1941	44	1	7	15,9	18	40,9	10		45
Ungarn									
September 1941	31	1	11	35,5	13	41,9	2		64

Tabelle 37: Struktur ausländischer Arbeitskräfte aus Italien und Ungarn (exemplarisch)

Die Mehrheit der Arbeiter hatte zuvor in einem urbanen Umfeld gelebt, viele von ihnen in Triest und Neapel. Knapp die Hälfte der insgesamt 107 Arbeiter war zwischen 30 und 40 Jahren alt (vgl. Tabelle 37). Die im Durchschnitt ältere Gruppe stellten die Norditaliener dar: Von 44 Arbeitern waren 29 bei Arbeitsantritt älter als 40 Jahre. Zu den wohl gesundheitlich leitungsfähigsten 20- bis 30-Jährigen gehörten bei den Süditalienern gut neun Prozent, bei den Norditalienern knapp 16 Prozent. Von den 31 Ungarn waren elf unter 30 Jahre alt. Die ältesten Arbeiter waren zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeit jeweils 54 (Süditalien), 58 (Norditalien) und 51 Jahre (Ungarn) alt. Sowjetische Kriegsgefangene wurden in Mückenberg ab Mitte 1942 beschäftigt, da sie zunächst nicht für den Einsatz in der Industrie vorgesehen waren. Diese politische Entscheidung wurde erst angesichts des bedrohlichen Arbeitskräftemangels in der Rüstungsindustrie und auf Druck der Wehrwirtschaftsstellen Monate nach Beginn des Russlandfeldzuges Ende 1941 per Führerbefehl revidiert.[1231] Laut Anweisung des

[1230] Vgl. HUW 35 D 20, Schreiben an die Bürgermeisterei, 30. Juli, 17. und 19. September 1941.

[1231] Vgl. BArch R 3/4032, Abschrift eines Schreibens des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, 24. Dezember 1941 fol. 57. Im Gegenzug musste jedoch mit der Abgabe anderer Arbeitskräfte gerechnet werden: „Die schwierige Arbeitseinsatzlage zwingt die deutsche Wirtschaft, in Zukunft in erhöhtem Maße sowjetische Kriegsgefangene oder russische Zivilpersonen einzustellen. […] kann mit der Zuweisung von anderen Kriegsgefangenen im Allgemeinen nicht mehr gerechnet werden. Diejenigen Betriebe, die zur Zeit noch belgische oder französische Kriegsgefangene beschäftigen, müssen damit rechnen, daß ihnen diese entzogen

Reichsministers für Bewaffnung und Munition sollten 400.000 russische Kriegsgefangene auf die Industriebetriebe verteilt werden.[1232] Obgleich ab Anfang 1942 auch in der chemischen Industrie Kriegsgefangene beschäftigt wurden, offenbaren die statistischen Unterlagen des Reichsarbeitsministeriums weiterhin erhebliche branchenspezifische Unterschiede:[1233]

Sektoren	Eingesetzte Kriegsgefangene	Davon sowjetische Kriegsgefangene
Landwirtschaft	802.446	116.431
Bergbau	67.224	38.976
Eisen, Stahl, Metall	270.421	8.671
Chemische Industrie	22.330	4.832

Tabelle 38: Übersicht Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen nach Branche

Zudem lassen sich in der Frühphase des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen auch regionale Diskrepanzen feststellen: Während im Bezirk des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland 1941 bereits 96.244 Kriegsgefangene beschäftigt waren, von denen gut ein Fünftel aus der Sowjetunion stammten, waren es im Bezirk Bayern nur 61.760, darunter 4.871 sowjetische Kriegsgefangene.[1234] Das Rüstungskommando Halle erhielt aufgrund der dort ansässigen Rüstungs- und kriegswichtigen Industriebetriebe (kl-Betriebe) im Allgemeinen größere Zuteilungen. Für den Zeitraum vom 14. bis 31. Juni 1942 wurden vom Rüstungskommando 22 sowjetische Kriegsgefangene auf die Rüstungsbetriebe, 175 auf die kriegs- und lebenswichtigen Werke verteilt, von denen einen Großteil die Wacker-Werke in Mückenberg erhielten.[1235] Dort hatte die Werkleitung bereits im März 1942 den Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen erwogen. Allerdings konnte diese Möglichkeit erst wahrgenommen werden, als sich die Gesetzeslage verändert hatte und die durch den zuständigen Abwehroffizier der Wehrmacht erlassenen restriktiven Anordnungen eine Lockerung erfahren hatten.[1236] Während kleinere Gruppen sowjetischer Kriegsgefangener von der Wacker-Chemie in Mückenberg tatsächlich bereits im November 1941 für

werden“ (HUW 8 C 46, Rundschreiben der IHK zu Nürnberg, Punkt 5: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen in der Wirtschaft, 15. Dezember 1941).

[1232] Vgl. BArch R 3/4032, Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen „Betrifft Russeneinsatz“, 19. Dezember 1941, fol. 45.

[1233] Vgl. BArch R 3901/20173, Statistisches Material zum Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft, ohne Datum.

[1234] Vgl. BArch R 3/4031, Aktenvermerk zur Unterbringung der Kriegsgefangenen Stand 1941, ohne Datum.

[1235] Im Gegensatz zu den Zuteilungen sowjetischer Kriegsgefangener, die zahlenmäßig relativ gering ausfielen, verteilte das Rüstungskommando Halle im Juni 1942 binnen einen Monats 4.030 russische Zivilarbeiter auf die Rüstungsbetriebe und kl-Betriebe (vgl. BArch RW 21-25/11, Wochenbericht des Rüstungskommandos vom 22. bis 28. Juni 1942, fol. 63).

[1236] „Der Einsatz von Russen wurde sowohl im Chemo- wie auch im Ferrowerk schon mehrfach erwogen. Neben sonstigen Bedenken war hindernd vor allem die Auskunft des Abwehroffiziers, der so einschränkende Bestimmungen für die Arbeit der Russen gegeben hatte, daß ein Arbeiten mit Russen für uns unmöglich wurde“ (HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an Abteilung VIII der Hauptverwaltung, 3. März 1942).

Baumaßnahmen eingesetzt worden waren, trafen größere Gruppen von Kriegsgefangenen erst gut ein Jahr später, im Juni 1942, ein.[1237] Sie wurden direkt im Ofenbetrieb beschäftigt. Mit ihrer Hilfe sollte, „falls eine genügende Zahl von ihnen für den Ofenbetrieb geeignet" war, die Inbetriebnahme eines stillstehenden Ofens ermöglicht werden.[1238]

Bei weitem waren nicht alle Anträge der Mückenberger Betriebe erfolgreich, denn der vom Unternehmen gemeldete Bedarf wurde von den Behörden streng überprüft. Im September 1941 beispielsweise wurden dem Chemowerk von den 100 angeforderten ungelernten ausländischen Arbeitskräften 60 gestrichen. Auf die als Bedarf gemeldeten 20 deutschen Arbeitskräfte verzichtete die Wacker-Chemie freiwillig, so dass von den 120 angeforderten Arbeitskräften nur ein Drittel der ursprünglichen Meldung als anerkannter Bedarf verblieben.[1239] Zur Unterstützung ihrer Mückenberger Anträge wandte sich die Wacker-Chemie daher an verschiedene staatliche und militärische Stellen, in deren Interesse die Aufrechterhaltung der Mückenberger Produktion lag: die Wirtschaftsgruppe Chemie[1240] oder deren Unterabteilungen wie die Fachabteilung Ferrolegierungen,[1241] die Rüstungsinspektion Dresden Abteilung Luftwaffe,[1242] das Rüstungskommando in Halle, den Sonderring Schleifscheiben beim Rüstungsministerium, das Oberkommando der Wehrmacht[1243] oder die Reichsstelle für Eisen und Stahl.[1244]

Arbeitsverhältnis

Den verschiedenen Herkunftsländern sowie dem jeweiligen Rechtsstatus als Zivilarbeiter oder Kriegsgefangener entsprechend unterschieden sich auch die Rahmenbedingungen und der Arbeitsalltag der Arbeitskräfte im Unternehmen. Nach Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen wurde auch hinsichtlich der behördlichen Zuständigkeit unterschieden: Während die

[1237] Die von sowjetischen Kriegsgefangenen durchgeführten Baumaßnahmen wurden fotografisch dokumentiert. Offensichtlich hatten sie im Winter 1941 primär an der Errichtung des Barackenlagers mitgewirkt (vgl. HUW 45 A 22, Ordner mit Fotos und dem „Verzeichnis der in der Bauperiode angefertigten Lichtbilder". In der Aufstellung sind 1.156 Bilder aufgeführt, die zwischen November 1927 und Oktober 1943 angefertigt wurden). Zur Ankunft der ersten größeren Gruppe sowjetischer Kriegsgefangene vermerkt die Werkleitung des Ferrowerkes: „seit dem 1. Juni [1942, Anmerkung d. Verf.] 70 Italiener und 129 russische Kriegsgefangene eingestellt wurden, während 42 Ausländer und 37 russische Kriegsgefangene entlassen werden mussten" (HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September 1942).
[1238] HUW 35 C 19, Niederschrift einer Besprechung mit Johannes Hess in Mückenberg, 20. Juni 1942.
[1239] Vgl. BArch RW 21-25/8, Wochenbericht des Rüstungskommandos Halle 7. bis 13. September 1941, fol. 86.
[1240] Vgl. HUW 35 C 19, Niederschrift Besprechung mit Hess in Mückenberg, 20. März 1941.
[1241] Vgl. HUW 36 D 45, Geschäftsleitung an Ferrowerk, 21. September 1942.
[1242] In diesem Fall ging es im Mai 1940 um den in Aussicht gestellten Erhalt von 50 Polen. Ob es sich dabei um Zivilarbeiter oder Kriegsgefangene handeln sollte, wird nicht thematisiert (vgl. HUW 39 A 7-13, Niederschrift einer Besprechung mit Hess in Mückenberg, 29. Mai 1940).
[1243] Vgl. unter anderem HUW 6 F 6, Bericht über die Besprechungen in Berlin, 23. Juni 1942.
[1244] Vgl. ebd.

Zuteilung der Arbeitskräfte und deren Verteilung auf die einzelnen Betriebe in die Verantwortung des Arbeitsamtes (Arbeitsamt Torgau) fielen,[1245] oblag die Verwaltung der Kriegsgefangen der Wehrmacht.[1246] Einer der Hauptansprechpartner für Fragen des Arbeitseinsatzes war daher das zuständige Rüstungskommando in Halle. Die in Mückenberg eingesetzten Kriegsgefangenen stammten aus dem Stammlager IV D in Torgau. Der Status von Kriegsgefangenen war durch „die zweite Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen" des Jahres 1929 international verbindlich festgesetzt worden. Dies galt nicht für sowjetrussische Kriegsgefangene. Offiziersränge waren laut internationalem Recht nicht zur Arbeit verpflichtet; zudem war laut Völkerrecht keine Beschäftigung der Kriegsgefangenen in der Rüstungsindustrie erlaubt. Für die sowjetischen Kriegsgefangenen galten jedoch besonders strenge Bedingungen, da sie nicht unter das Völkerrecht fielen. Zudem durften sie aus Sicherheitsgründen zuerst nicht in der Produktion tätig sein. Stattdessen wurden sie von der Wacker-Chemie vor allem für Baumaßnahmen oder in der Werkstatt eingeteilt. Allerdings wurde diese Regelung nicht immer eingehalten. Die deutsche Industrie, darunter auch die Wacker-Chemie, beschäftigte die Kriegsgefangenen dennoch in Betrieben mit kriegswichtiger Produktion.

Bis zum Verbot dieser Anwerbepraktiken durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz versuchte die Wacker-Chemie ebenso wie die Wirtschaftsgruppe Chemie,[1247] die Dienststellen des Generalbevollmächtigten für die chemische Industrie oder die Fachgruppe Chemie des Rohstoff- und Planungsamt im Ausland (vor allem in Belgien, Frankreich und Italien) selbst Zivilarbeiter anzuwerben.[1248] Nach dem Verbot sollten sich die

[1245] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an den Vorsitzenden der Rüstungskommission XI b Magdeburg, 11. März 1943: „Es ist deshalb unsere Aufgabe, mit allen Mitteln danach zu trachten, die Produktion auf ihrer bisherigen Höhe zu halten, wenn möglich diese noch zu steigern. Um die dafür notwendige Belegschaft im Werk zu haben, müssen wir die laufend aus dem Betrieb zur Wehrmacht einberufenen Gefolgschaftsmitglieder jeweils durch neue Arbeitskräfte ersetzen. Dies können bekanntlich unter den heutigen Umständen nur Ausländer und Kriegsgefangene sein, die wir durch das Arbeitsamt zugeteilt bekommen". Die lokalen Arbeitsämter waren den Landesarbeitsämtern untergeordnet. Für Mückenberg war dies das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland in Erfurt.

[1246] Zuständig war der Kommandeur der Kriegsgefangenen des jeweiligen Wehrkreiskommandos. Für Mückenberg hatte dieser seinen Sitz beim stellvertretenden Generalkommando in Dresden. Generalmajor von Block, der diese Position im Frühjahr 1943 bekleidete, plante das Kriegsgefangenenlager vor Ort zu besichtigen. Da er diesen Besuch in Mückenberg absagen musste, schickte ihm die Werkleitung ersatzweise Fotos der Anlage (vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Wacker-Chemie an den Kommandeur der Kriegsgefangenen Generalmajor von Block, 8. März 1943).

[1247] Vgl. HUW 6 F 5, Bericht Hörmanns über eine Reise nach Berlin und Mückenberg, 5. Mai 1944.

[1248] Zur Anwerbung in Italien vgl. beispielsweise BArch R 3/1890, Wochenberichte des Rohstoff- und Planungsamtes der Amtsgruppe Chemie für die Woche 10. bis 16. November 1944, fol. 17. Zur Beschränkung der Anwerbung auf die Auslandsdienststellen des Reichsarbeitsministeriums unter der Führung des Generalbevollmächtigen für den Arbeitseinsatz (vgl. BArch R 11/1242, Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 7. Mai 1942, fol. 12).

Unternehmen jedoch unter Androhung von Strafen nicht mehr in das Aufgabenfeld der Arbeitsverwaltung einmischen. Die Arbeitskräfte aus Ost- und Südosteuropa wurden von den Arbeitseinsatzbehörden für die Arbeit in der deutschen Industrie geworben, dienstverpflichtet oder deportiert. Über ein Engagement der Wacker-Chemie zur Gewinnung von osteuropäischen Arbeitskräften vor Ort ist nichts bekannt.

In der Regel konnte die Wacker-Chemie bei den Anträgen auf Zuteilung von Arbeitskräften nur die benötigte Gesamtzahl und den geforderten Beruf nennen. Dennoch fanden die Angaben wie Herkunftsland, Beruf und Ausbildung selten Berücksichtigung bei den Arbeitsämtern. Eine Wahlmöglichkeit oder eine Einflussmöglichkeit durch das Unternehmen auf die Herkunftsländer bestand nicht. In einigen Fällen herrschte bei der Werkleitung noch Unklarheit über das Herkunftsland, als der Arbeiter längst eingetroffen war.[1249] Lehnte der Betrieb Zuteilungen ohne triftigen Grund, wie etwa bestimmte Geheimhaltungsvorschriften, ab, lief er Gefahr, künftig nicht mehr bei der Verteilung der Arbeitskräfte berücksichtigt zu werden.[1250] Unterschieden wurde bei der Antragsstellung nur nach deutschen und ausländischen Arbeitskräften. Deutsche Arbeitskräfte wurden von den Arbeitseinsatzbehörden jedoch nur noch unter ganz bestimmten Voraussetzungen befürwortet, wie etwa für kriegsentscheidende oder sabotageempfindliche Produktionsbereiche. Für alle anderen Betriebsteile mussten ausländische Arbeitskräfte angefordert werden.

Die Verträge der Zivilarbeiter sahen in der Regel eine Arbeitsdauer von sechs Monaten vor. Nach Ablauf der Vertragsdauer konnten sie den Arbeitsplatz wechseln, eine Option, die meist aus finanziellen Erwägungen heraus wahrgenommen wurde. Die ausländischen Arbeiter sollten prinzipiell getrennt von der deutschen Belegschaft beschäftigt werden, mit der sie nach Möglichkeit gar nicht in Kontakt geraten sollten – ein Anspruch, der sich in der Praxis freilich nicht umsetzen ließ:

> „Bei den erstmaligen Einsatz von Kriegsgefangenen ist sehr großer Wert darauf gelegt worden, dass diese Leute streng getrennt von allen Übrigen und unter guter Bewachung arbeiten konnten. In dem Maße wie in zunehmender Menge Kgf. hineingebracht werden mußten, ist man gezwungen worden, von diesen Grundsätzen

[1249] So etwa im Fall Malota (vgl. HUW 35 D 30, Schreiben Ferrowerk an das Gemeindeamt Warthenau, 11. Juni 1942). Zur Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement Polen vgl. Dierl / Janjetović / Linne, Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik, S. 171-316.

[1250] Da die Wacker-Chemie ihren Gesundheitszustand nicht überprüfen konnte und annahm, dass die zugeteilten 100 sowjetischen Kriegsgefangenen krank sein könnten, hätte das Unternehmen die Kriegsgefangenen gerne abgelehnt, befürchtete aber „es wäre [ihnen] wieder als Sabotageversuch ausgelegt worden“ (HUW 6 F 5, Niederschrift über eine Besprechung in Stetten, 11. September 1944).

> immer mehr abzuweichen. Schließlich ist es soweit gekommen, dass die gewünschte Trennung weitgehend durchbrochen ist. Selbstverständlich ist dies ein unangenehmer Zustand und wir versuchen auch daher immer wieder die ursprüngliche Einteilung einigermaßen zu erreichen. Insbesondere vermeiden wir ein allzu großes Durcheinander der verschiedenen Kgf.- und Ausländersorten innerhalb eines Betriebes. So haben wir z.B. im Chrombetrieb keinen franz. Kgf., in der K-Anlage keine sowj. u. ital. Kgf., sondern nur franz. Kgf. usw. So erreichen wir wenigstens bis zu einem gewissen Grade einen getrennten Einsatz".[1251]

Dass eine strikte Trennung nach Nationalitäten und Rechtsstatus im Arbeitsprozess nicht sinnvoll, geschweige denn im Arbeitsalltag realisierbar war, erkannte auch der verantwortliche Abwehrbeauftragte der Wacker-Chemie, der zu dieser Thematik wie folgt Stellung bezog:

> „Dieser abwehrmässigen Forderung stehen jedoch vielfach die Notwendigkeiten des Arbeitseinsatzes entgegen. Wenn in solchen Fällen nach eingehender Prüfung auch die Bedenken gegen den gemeinsamen Einsatz im Interesse der Kriegswirtschaft zurückgestellt werden müssen, so muß trotzdem die grundsätzliche Forderung des getrennten Einsatzes nach einem Erlaß des OKW aufrecht erhalten und in allen Fällen berücksichtigt werden, in denen dies – gegebenenfalls nach entsprechenden Umsetzungen innerhalb des Betriebes – ohne Beeinträchtigung der Fertigung möglich ist".[1252]

Unter den Zivilarbeitern befanden sich auch ausländische Dienstverpflichtete wie das Beispiel Jan Dolniks aus Tschechien zeigt. Dolnik, der der Wacker-Chemie vom Arbeitsamt zugewiesen worden war, kam aus Hrottowitz in Tschechien, wo er am 19. Dezember 1921 als Sohn eines katholischen Maschinisten geboren worden war. Er gehörte zu den wenigen Ausländern, die über eine akademische Ausbildung verfügten. Dolnik hatte nach dem Abschluss des Gymnasiums in Trebitsch an der Höheren Chemischen Schule in Prag Chemie studiert. Wie aus seinem Verpflichtungsbescheid hervorgeht, wurde er vom Arbeitsamt Prag II, Abteilung für männliche Angestellte, für die Zeit vom 18. Juli 1943 bis Kriegsende als Chemiker für die Dr. Alexander Wacker Werke in Mückenberg verpflichtet. Mit 22 Jahren war er der jüngste Chemiker am Standort. Das System der Dienstverpflichtung beruhte auf der Regierungsverordnung „Massnahmen zur Lenkung der Arbeitskräfte" vom 4. Mai 1942. Auffällig ist in seinem Fall die kurze Zeit zwischen Verpflichtungsbescheid, 14. Juli 1943, und dem Zeitpunkt des Verpflichtungsbeginns vier Tage später. Dolnik traf am 18. Juli in Mückenberg ein und nahm die Arbeit am 19. Juli 1943 auf. Hätte der Verpflichtete seinen Dienst nicht angetreten, musste er mit einer Geldbuße in Höhe von bis zu 100.000 Kronen

[1251] HUW 35 D 46, Aktennotiz Werkleitung Ferrowerk: Behandlung und Einsatz der Kriegsgefangenen, 27. Dezember 1943.
[1252] HUW 35 D 46, Schreiben des Abwehrbeauftragter Gareis an die Werkleitung Ferrowerk, 17. Dezember 1943.

oder mit einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten rechnen. Laut den Angaben im Personalbogen sprach er nur gebrochen Deutsch und Spanisch.[1253] Untergebracht war er in einer Privatunterkunft.[1254] Er arbeitete als Laborant im Ferrowerk. Als technischer Angestellter gehörte Dolnik der Tarifgruppe C III an und sollte von der Wacker-Chemie ein monatliches Grundgehalt von 190 Reichsmark zuzüglich 21 Reichsmark Mehrarbeitspauschale gezahlt bekommen.[1255] Die Leistungszulage musste vom Treuhänder der Arbeit genehmigt werden, was dieser im Falle Dolniks allerdings ablehnte. Auf Anweisung des Treuhänders musste sein Lohn daher auf 185 Reichsmark und 20 Reichsmark Mehrarbeitspauschale reduziert werden.[1256]

Entlohnung

Die Entlohnung der westeuropäischen Zivilarbeiter war nicht einheitlich geregelt, so dass die Bezahlung starken Schwankungen unterworfen war. Allerdings hatte der Treuhänder der Arbeit Richtlinien erlassen, die sogenannten Höchsteinstell-Löhne für das jeweilige Wirtschaftsgebiet festschrieben. Der Spitzenlohn für ausländische gewerbliche Arbeiter lag im Gebiet Mittelelbe bei 74 Pfennigen, während für eine vergleichbare Arbeit in Potsdam 85 Pfennige und in Leipzig sogar 90 Pfennige bezahlt wurden.[1257] Zwar waren freiwillige Leistungszulagen durch das Unternehmen möglich, diese durften aber eine bestimmte Höhe nicht überschreiten und waren wie bereits erwähnt genehmigungspflichtig. Sowohl der Grundlohn als auch die Arbeitszeit der ausländischen Arbeitskräfte entsprachen den Vereinbarungen für deutsche Arbeitnehmer, wobei die Normalarbeitszeit bei 48 Stunden pro Woche lag. Diese konnte in den Kriegsjahren bei Bedarf jedoch auf bis zu 60 Stunden erhöht werden.[1258] Die ausländischen Arbeitskräfte waren Teil der deutschen Sozialversicherung, für die ihnen entsprechend Beiträge vom Lohn abgezogen wurden.[1259] Auch Zuschläge und Leistungszulagen, wie etwa für Mehrarbeit oder Trennungszulagen, wurden gewährt.

[1253] Vgl. HUW 35 C 34, Personalbogen Dolnik, 19. Juli 1943.
[1254] Vgl. HUW 35 C 34, Angabe im Personalbogen „Wohnung: bei Herrn Pilgrim, Mückenberg Markt 8“.
[1255] Wie aus einem Schreiben der Wacker-Chemie an das zuständige Arbeitsamt Torgau hervorgeht, wäre einem 24 Jahre alten Angestellten derselben Gruppe (C 3) ein Gehalt von 205 Reichsmark zugestanden. Da Dolnik diese Altersgrenze noch nicht erreicht hatte, liegt der gezahlte Lohn durchaus im Rahmen (vgl. HUW 35 C 34, Schreiben der Wacker-Chemie an den Beauftragten des Reichstreuhänders der Arbeit bzgl. Lohnhöhe Dolnik, Datum nicht lesbar).
[1256] Vgl. HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz, 1. September 1943.
[1257] Vgl. BArch RW 21-25/9, Kriegstagebuch der Rüstungskommission Halle, Vierteljahresbericht 1. Oktober bis 31. Dezember 1942.
[1258] Vgl. BArch R 11/1241, Merkblatt für ausländische gewerbliche Arbeitskräfte, Mai 1942, fol. 51.
[1259] Bei der Sozialversicherung und vor allem der Krankenversicherung gab es je nach Nationalität größere Unterschiede im Leistungsspektrum (vgl. BArch R 11/1241, Merkblatt für ausländische gewerbliche Arbeitskräfte, Mai 1942, fol. 51).

Gerade die Mückenberger Werke der Wacker-Chemie waren jedoch durch die geringere regionale Lohnklasse bei der Anwerbung benachteiligt, so dass manche ausländischen Arbeitnehmer eine Beschäftigung in der Niederlausitz von vorneherein ablehnten oder ihre Verträge nicht mehr verlängerten, wenn sie ein finanziell attraktiveres Angebot erhielten:

> „Die Leute waren im Einvernehmen mit dem Landesarbeitsamt Erfurt für Mückenberg vorgesehen. Da aber der Lohn in Mückenberg nur 58 Pfg. beträgt während sie bei der Bahn jetzt 79 Pfg. haben, würden die Leute auch nicht nach Mückenberg gehen. Nachdem der Lohn in Burghausen höher ist wie in Mückenberg, habe ich heute mit Herrn RR. Biegel vom Landesarbeitsamt Bayern wegen der Übernahme nach Burghausen gesprochen".[1260]

Diese Problematik traf vor allem auf die italienischen Arbeitskräfte in Mückenberg zu:

> „Sehr schwierig liegen auch die Verhältnisse bei den Italienern, die mit allen Mitteln nach Hause kommen wollen. Dem steht allerdings entgegen, daß sie von der Behörde (Landrat) die Genehmigung zur Fahrt nicht bekommen und außerdem die Reichsbahn an Italiener gegenwärtig keine Fahrkarten abgibt".[1261]

Dennoch sollte kein Druck auf die Zivilarbeiter aus dem verbündeten Italien ausgeübt werden:

> „Wegen Nichtverlängerung der Verträge mußten seit 1.6. insgesamt 42 ausländische Arbeiter entlassen werden. Mit dem Abgang von weiteren 13 Mann ist für die nächste Zeit zu rechnen.
>
> Selbstverständlich ist alles geschehen, um die Ausländer dazu zu bewegen, ihren Arbeitsplatz nicht zu verlassen, sondern freiwillig auch nach Ablauf des Vertrages im Werk weiter zu arbeiten. Außer den Bemühungen des Werkes sind hier auch die Versuche der DAF und einiger Herren der Confederatione, Halle, zu erwähnen, die Italiener zum Verbleiben an ihrer Arbeitsstelle zu bewegen. Leider waren diese Bemühungen zum großen Teil ergebnislos. Da also eine gütliche Einigung nicht möglich war, andererseits ein Zwang (der sicher auch unzweckmäßig wäre) nicht ausgeübt werden soll, so war das Ausscheiden dieser Leute nicht zu vermeiden".[1262]

Daraus resultierte eine hohe Fluktuation unter den Zivilarbeitern, die zum Problem für das Unternehmen und die gewohnten Arbeitsprozesse wurde: Die Arbeitskräfte mussten neu angelernt werden, was angesichts der personellen Unterbesetzung einen nicht zu unterschätzenden Mehraufwand bedeutete. Ihnen fehlten in der Regel trotz vorausgehender fachlicher Prüfung durch die Arbeitseinsatzbehörden die notwendige Ausbildung, Fachkenntnisse oder Arbeitserfahrung im Bereich der chemischen Industrie,[1263] zudem

[1260] HUW 39 A 7-13, Schriftwechsel Abteilung VIII, Schriftvermerk, 18. Mai 1940.
[1261] HUW 35 D 46, Niederschrift über die Besprechung während des Besuches von Johannes Hess in Mückenberg, 11. August 1943.
[1262] HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September 1942.
[1263] Im Rahmen des Anwerbeprozesses sollten der Gesundheitszustand der zivilen Arbeitskräfte sowie ihre fachliche Eignung überprüft werden (vgl. BArch R 11/1242, Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen vom 7. Mai 1942, fol. 14).

mangelte es an Sprachkenntnissen, was zu Verständigungsschwierigkeiten führte.[1264] Zwar waren Dolmetscher vor Ort, doch erhöhten die Verständigungsschwierigkeiten nicht nur den Arbeitsaufwand, sondern führten wie die Meldungen an die Berufsgenossenschaft chemische Industrie belegen, auch zu einem erhöhten Unfallrisiko.[1265]

Besondere Lohnsätze galten für Ostarbeiter und Polen, die in den sogenannten Polenerlassen vom 8. März 1940 und Ostarbeitererlassen vom 20. Februar 1942 geregelt waren.[1266] Ostarbeiter mussten mit der Ostarbeiterabgabe eine Sonderabgabe an das Finanzamt entrichten, im Gegenzug entfiel die Lohnsteuer. Nach Abzug dieser Sonderabgabe sowie der Kosten für Unterkunft und Verpflegung, die das Unternehmen vom Grundlohn abzog, blieb den Ostarbeitern im Vergleich zu den anderen zivilen Arbeitskräften deutlich weniger vom Bruttoverdienst, zumal sie zwar im Ausnahmefall Leistungszulagen, aber keine Zuschläge für Mehr-, Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit erhielten. Auch Trennungsgeld oder Zehrgelder durften ihnen aufgrund der Erlasse nicht ausgezahlt werden.[1267]

Während die ausländischen Zivilarbeiter ihr Entgelt regulär ausgezahlt bekamen, war es den Kriegsgefangenen strikt untersagt, über eine gültige Währung zu verfügen. Die Bestimmungen sahen vor, dass die Firmen die entsprechenden Lohnzahlungen an das Stammlager des Arbeitskommandos zu richten hatten. Die Kriegsgefangenen selbst erhielten daraufhin einen kleineren Teil ihres Verdienstes, in der Regel 20 Pfennige, als sogenanntes Lagergeld ausbezahlt. Der Rest wurde an die jeweilige Heimatadresse des Gefangenen überwiesen.[1268]

Die ausländischen Zivilarbeiter hatten zudem einen Anspruch auf Urlaub. Ob sie diesen als Heimfahrt in ihrem Herkunftsland verbringen konnten, hing im Wesentlichen von ihrer Nationalität und dem Zeitpunkt des Urlaubs ab, da von offizieller Seite immer wieder Urlaubssperren oder Reiseverbote ausgesprochen wurden, die eine Abreise der ausländischen

[1264] „Daß mit diesen Ersatzkräften die von früher her gewohnten Leistungen nur außerordentlich schwer erreicht werden können, ist bekannt“ (HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September 1942.

[1265] Zu den Unfällen mit Beteiligung ausländischer Arbeitskräfte vgl. den Schriftwechsel der Wacker-Chemie Mückenberg mit der Berufsgenossenschaft unter HUW 10 C 1.

[1266] Vgl. Entgelt-Tabelle für Ostarbeiter in der vom Reichsminister des Inneren Frick herausgegebenen Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 30. Juni 1942 zitiert nach RGBl. Nr. 71 vom 2. Juli 1942.

[1267] Vgl. Entgelt-Tabelle für Ostarbeiter, S. 2.

[1268] Vgl. BArch RH 49/42, Stalag IV D, Auszüge aus Befehlssammlungen, ohne Datum: „Im Interesse der Verwaltungsvereinfachung fällt die bisherige restlose Auszahlung des Arbeitsentgeltes an die Kgf. durch die Unternehmer weg. In Lagergeld ist nur der Betrag auszuzahlen, der nach Abzug der Überweisung in die Heimat übrigbleibt. […] Der Unternehmer überweist den Gegenwert an das Stalag“.

Arbeitskräfte verhinderten. Nicht alle ausländischen Arbeitskräfte kehrten von ihren Urlaubsfahrten an den Arbeitsplatz zurück. Die Motive für das Fernbleiben lassen sich nicht eindeutig benennen, zumal es auch hier individuelle Unterschiede gegeben haben dürfte. Zu den allgemeinen Motiven zählte mit Sicherheit das bereits angesprochene schlechte Lohnniveau in Mückenberg, auch private Gründe mögen eine Rolle gespielt haben. Daneben kann eine Unzufriedenheit mit der Arbeitsstätte an sich, der Unterkunft, der Verpflegung oder dem Arbeitsklima ebenso wenig ausgeschlossen werden. Häufig wurden den Zivilarbeitern wider die offiziellen Anweisungen bei der Anwerbung falsche Versprechungen bezüglich ihrer Löhne, Unterbringung, Freizeitgestaltung oder ihrer Bewegungsfreiheiten gemacht.[1269] Die Enttäuschung über die tatsächlichen Lebensbedingungen folgte vor Ort. Einige der vertragsbrüchigen Arbeitskräfte wurden offensichtlich unter Zwang vom zuständigen Arbeitsamt wieder an ihre Arbeitsstätte in Mückenberg zurückgebracht.[1270] In anderen Fällen wurde das Arbeitsverhältnis aufgelöst, wenn der Arbeiter nicht von seiner Heimfahrt zurückkehrte.[1271]

Neben der Fluktuation wurde auch der hohe Krankenstand zum Problem. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg hatte die Werkleitung des Ferrowerkes über die hohe Ausfallquote im Betrieb geklagt, mit Kriegsjahren verschlechterte sich die Situation jedoch noch einmal spürbar.[1272] Anfang 1942 sah sich die Allgemeine Ortskrankenkasse Kreis Liebenwerda angesichts „des beängstigend hohen Krankenstandes“ unter den Mitarbeitern des Chemowerkes veranlasst, Reihenuntersuchungen durchzuführen.[1273] Wie erfolgreich diese Maßnahmen waren, ist nicht bekannt. Im November 1944 lag die Krankenquote des Chemowerkes mit 4,28 Prozent zumindest wieder deutlich unter der Quote des Burghausener Werkes.[1274]

[1269] Dies widersprach den Anweisungen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und galt als „undeutsch“: „Jüdische Methoden der Menschenfängerei, wie sie aus dem kapitalistischen Zeitalter gerade in den demokratischen Staaten üblich gewesen sind, sind des nationalsozialistischen Grossdeutschen Reiches unwürdig“ (BArch R 11/1242, Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen vom 7. Mai 1942, fol. 12-16).

[1270] Der nicht zurückgekehrte und somit vertragsbrüchige Alois Nogly beispielsweise wurde durch das Arbeitsamt Rybnik „wieder in Marsch gesetzt“ (HUW 35 A 8, Schreiben des Arbeitsamtes Torgau an das Ferrowerk bezüglich Rückerstattung verauslagter Fahrtkosten).

[1271] Unter anderem vgl. HUW 10 C 1, Wacker-Chemie an die Berufsgenossenschaft, 6. Mai 1942.

[1272] Aufgrund von Einberufungen, Krankheit und Urlaub fehlten dem Ferrowerk in der laufenden Produktion zu diesem Zeitpunkt bereits 180 Mann.

[1273] Vgl. HUW 10 C 1, Schreiben der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Liebenwerda, 19. Februar 1942.

[1274] Vgl. HUW 35 A 22, Vertrauliche Aktennotiz zum Arbeitsausfall des Burghausener Werkes für die Zeit vom 1. bis 15. November 1944 mit handschriftlichem Vermerk zur Quote des Chemowerkes, ohne Datum. Zur Krankenquote im Burghausener Werk vgl. auch Grypa, Fremdarbeiter, S. 85-86.

Unterbringung und Versorgung

Voraussetzung für die Zuteilung von ausländischen Arbeitnehmern waren geeignete Unterbringungsmöglichkeiten, die der Firma nicht ohne weiteres zur Verfügung standen und im Laufe der Kriegsjahre zudem immer schwieriger zu beschaffen waren. Die Betriebsleitung in Mückenberg war daher von der Unterstützung lokaler Gastwirte abhängig, mit denen sie zunächst befristete Mietverträge für einzelne Räumlichkeiten abschloss. Im Sommer 1941 wurden beispielsweise im Hotel Richter, Bockwitz der „in der Gaststätte befindliche Saal mit Bühne“ und die „neben der Bühne befindlichen Zimmer“ angemietet. Die benutzbare Fläche wurde einschließlich Aufenthalts- und Essraum, Waschraum, Kohlenkeller und Toiletten mit 512 Quadratmetern angegeben. Für diese Räumlichkeiten wurde neben einem von der tatsächlichen Auslastung unabhängigen Grundbetrag von 2,5 Pfennigen je Quadratmeter, zuzüglich dem Ortszuschlag von zwanzig Prozent, auch eine zusätzliche „Pro-Kopf-Vergütung“ bezahlt.[1275]

Nachdem die Zahl der ausländischen Belegschaftsmitglieder nach Kriegsbeginn kontinuierlich angestiegen war, errichtete die Wacker-Chemie in Mückenberg ein sogenanntes Gemeinschaftslager, das eine Aufnahmekapazität von etwa 500 Mann hatte.[1276] Das dazu benötigte Gelände wurde von der Gemeinde Mückenberg gepachtet. Der entsprechende Vertrag datiert auf den 19. Dezember 1941 und erhielt seine Gültigkeit zum 1. Januar 1942.[1277] Das Lager wurde vermutlich kurze Zeit später, Mitte Februar, fertiggestellt und in Betrieb genommen.[1278] Bei einem Teil der benötigten Baracken handelte es sich um Leihbaracken der Firma Babcock.[1279] Ein zweites Lager sollte im Jahr 1943 am östlichen Rand

[1275] „Erfolgt eine Belegung des Saales, so wird der unter a) genannte Grundpreis weitergezahlt. Außerdem wird für die Belegung eine weitere Vergütung von 10 Pfg. je Kopf und Kalendertag für sonstige Dienstleistungen gewährt und zwar wie folgt: 1) bei einer Belegung von 1-30 Mann wird die Vergütung für mindestens 30 Mann gezahlt, 2) bei einer Belegung über 30 Mann wird die tatsächliche Kopfzahl zugrunde gelegt“ (HUW 37 F 9, Mietvertag mit dem Hotel Richter in Bockwitz, 13. November 1941).

[1276] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an den Vorsitzenden der Rüstungskommission XI b in Magdeburg, 11. März.1943.

[1277] Vgl. HUW 40 E 16, Aktenvermerk der Werkleitung Ferrowerk, 31.7.1943 und HUW 37 F 9, Pachtvertrag mit der Gemeinde Mückenberg, 19. Dezember 1941: „Die Wackerchemie ist berechtigt, auf dem Gelände ein Barackenlager für auswärtige Arbeiter zu errichten. […] Er läuft 5 Jahre nach Beendigung des gegenwärtigen Krieges ab und ist bis dahin unkündbar. Die Vertragschließenden sind sich darüber einig, daß das Lager alsbald abgebrochen wird, wenn eine Notwendigkeit für das weitere Bestehen des Lagers nicht mehr gegeben sein sollte“. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden zudem zwei Gasthöfe ausgebaut, in denen ausländische Arbeitskräfte untergebracht waren (vgl. HUW 16 A 35, Baubericht für das Jahr 1941). Eine Baubeschreibung ist unter HUW 40 E 16 überliefert.

[1278] „Das Arbeiterlager soll etwa am 8. ds. Mts. mit 140 Mann in Betrieb gehen“ (HUW 35 D 46, Schreiben der Abteilung VIII an das Ferrowerk, 4. Februar 1942.

[1279] Die Baracken stammten von der Firma Babcock-Werke in Oberhausen, von der 1942 zwei zusätzliche Baracken angemietet wurden (vgl. HUW 40 E 18 Schreiben der Wacker-Chemie an das Finanzamt Liebenwerda, 2. August 1943).

des Mückenberger Tagebaus errichtet werden, zumindest wurde ein Gelände, das Raum für sieben Baracken bot, von der Bubiag gepachtet.[1280]

Die Betreuung der zivilen ausländischen Arbeitskräfte und die Verwaltung des Gemeinschaftslagers oblagen der Deutschen Arbeitsfront (DAF).[1281] Der Verwalter war in der Regel ein Belegschaftsmitglied des Unternehmens, dem die Arbeitskräfte zugeteilt worden waren,[1282] so auch im Falle der Wacker-Chemie in Mückenberg.[1283] Die Zivilarbeiter sollten nach Möglichkeit getrennt nach Nationalitäten einquartiert werden.[1284] Während solche Regelungen im Allgemeinen bei den Westeuropäern weniger strikt eingehalten wurden, legte man bei den sowjetrussischen Kriegsgefangenen, die üblicherweise in geschlossenen Kolonnen von zwanzig Mann eingesetzt werden mussten,[1285] sowie bei den polnischen Arbeitern Wert darauf, sie sowohl von den deutschen als auch von den anderen ausländischen Arbeitsnehmern zu isolieren.[1286] Zur Frage der Auflagen bei der Unterbringung sowjetischer Kriegsgefangener bemerkte der Betriebsleiter des Ferrowerkes: „Es sind jedoch vor allem für die Unterkunft noch so einschränkende Bestimmungen maßgebend, daß zum gegenwärtigen

[1280] Der Pachtvertrag vom 11. Juni 1943 sowie eine Skizze des Lagers befindet sich In HUW 40 F 4.

[1281] „[…] während die soziale Betreuung der Schaffenden Führungsaufgabe der Partei ist, die ihrerseits die Durchführung der DAF überträgt. Die DAF überwacht also die Lager und erteilt Weisungen hinsichtlich der Menschenführung und sozialen Betreuung“ (HUW 35 A 40, Rundschreiben des Gebechem mit Auszügen aus der Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 8. Juni 1942 ebenso BArch R 11/1242, Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen vom 7. Mai 1942, fol. 15).

[1282] „Lagerführer werden in Zukunft von der DAF geschult und eingesetzt. […] Die Lagerführer sind als ehrenamtlich für die DAF tätig anzusehen, erhalten Dienstuniform und bleiben Gefolgschaftsmitglieder der Betriebe“ (HUW 35 A 40, Rundschreiben des Gebechem mit Auszügen aus der Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 8. Juni 1942).

[1283] Für die Zeit ab 1944 ist der Name des DAF-Lagerverwalters bekannt. Es handelte sich um Daniel Böhlen. Er wurde am 13. Dezember 1898 in Düren geboren. Sein beruflicher Werdegang lässt sich aufgrund des überlieferten Personalbogens wie folgt rekonstruieren: kein erlernter Beruf, 1928-1933 arbeitslos, 1933 Blechrichter bei den Dürener Metallwerken; ab November 1941 als DAF-Lagerführer bei der Gauverwaltung Halle/Saale tätig, Lehrgänge in der Gauschule Roitzsch. Er wurde als Angestellter der Wacker-Chemie in Mückenberg zum 1. Juni 1944 eingestellt (vgl. HUW 35 C 34, Personalangelegenheiten, Buchstabe B). Am 1. Mai 1937 trat er der NSDAP bei (vgl. BArch NSDAP-Zentralkartei 31XX C 0041). Gemäß der Aussage von Wilhelm Koch wurde Daniel Böhlen ebenso wie der Werksmeister Paul Lorenz bei dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Mückenberg Ende April 1945 denunziert und erschossen (vgl. HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 17).

[1284] „das anzunehmen ist, dass, so wie bisher, auch in Zukunft die Leute nicht alle derselben Nation angehören und infolgedessen die Ausnutzung des Barackenraumes nicht immer bis auf den letzten Platz erfolgen kann, halten wir es für notwendig, für die Unterbringung der Arbeitskräfte 4 Baracken aufzustellen […]“ (HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Mückenberg an den Vorsitzenden der Rüstungskommission XI b in Magdeburg, 11. März 1943).

[1285] Vgl. HUW 8 C 46, Rundschreiben der IHK zu Nürnberg, Punkt 5: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen in der Wirtschaft, 15.Dezember 1941.

[1286] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben des Abwehrbeauftragter Gareis an die Werkleitung Ferrowerk, 17. Dezember 1943: „Der gemeinsame Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern ist aus Gründen der Abwehr unerwünscht.“

Zeitpunkt der Einsatz von Russen für uns noch nicht in Frage kommt".[1287] Scheinbar änderte sich die Situation innerhalb kürzester Zeit, denn nur drei Monate später, im Juni desselben Jahres, trafen über hundert sowjetische Kriegsgefangene im Lager ein.

Dass die räumliche Trennung bei der Unterbringung der Kriegsgefangenen eingehalten wurde, belegen Fotografien aus dem Jahr 1943. Ein Bild trägt den Titel „Abgetrenntes Gefangenenlager im Gem. Lager". Das Kriegsgefangenlager stellte folglich einen eigenen, abgegrenzten und von der Wehrmacht bewachten Bereich innerhalb des Gemeinschaftslagers dar. Zu erkennen ist unter anderem das Schild am Eingang mit der Aufschrift „Kgf. Arb. Kdo.[1288] Mückenberg Wackerchemie". Zudem verweist ein Pfeil auf den rechts neben dem Kriegsgefangenenlager gelegenen Eingang des Gemeinschaftslagers. Den Vorschriften entsprechend war das Gelände mit einem Stacheldraht umgeben, der, um eine Flucht der Kriegsgefangenen ausschließen zu können, eine gewisse Mindesthöhe und nach innen abgebogene Enden haben musste.[1289] Die Baracken der Wachmannschaft glichen in Größe und Bauart denen der Kriegsgefangenen. Die genauen Belegungszahlen der Unterkunftsbaracken sind allerdings nicht bekannt. Während im Falle der Zivilarbeiter in der Regel von einer Belegung zwischen fünfzig und 60 Mann pro Baracke auszugehen ist, mussten sich bei den sowjetischen Kriegsgefangenen jeweils 80 bis 100 Mann eine Baracke teilen.[1290] Offensichtlich reichte die Kapazität des errichteten Lagers bereits nach einem Jahr nicht mehr aus, wie der Werkleiter Behles im März 1943 bestätigte: „In dem Ablauf dieser Dinge tritt nunmehr eine Stockung ein, da das Gemeinschaftslager, das wir für die fremden Arbeitskräfte eingerichtet haben, trotz seines großen Aufnahmevermögens (etwa 500 Mann) fast restlos besetzt ist".[1291] Um die stets größer werdende Zahl der ausländischen Arbeitskräfte adäquat unterbringen zu können, wurde daher im März 1943 für die Vergrößerung des Lagers eine Bedarfsmeldung über acht neue Baracken an die Rüstungskommission in Magdeburg

[1287] HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an Abteilung VIII der Hauptverwaltung, 3. März 1942.
[1288] Kriegsgefangenen-Arbeits-Kommando.
[1289] Vgl. BArch RW 21-25/12, Kriegstagebuch der Rüstungskommission Halle, Pläne der Lager Halle und Eilenburg, ohne Datum.
[1290] Bei der Erweiterung des Lagers 1943 waren vier Wohnbaracken für etwa 200 Mann vorgesehen, so dass eine Wohneinheit mit 50 Mann belegt gewesen wäre. Als die Nachkriegsnutzung der Baracken des Gemeinschaftslagers zur Diskussion stand, war die Rede von vier Baracken für rund 240 Mann (vgl. LASA MD K 31 / 456, Schreiben Behles an die Provinzverwaltung in Halle, 20. September 1946, fol. 104). In einem anderen Schreiben der Werkleitung des Ferrowerkes, die sich auf die Unterbringung von Kriegsgefangenen bezieht, ist allerdings die Rede davon, dass eine neue Baracke beim „Russenlager in Mückenberg" fertiggestellt wurde. Diese könne nach Anbringen der Betten bezogen werden, so dass das Werk „damit für weitere 80-100 Kriegsgefangene aufnahmefähig" geworden war. Hier wurde also von einer weitaus höheren Belegungszahl ausgegangen (vgl. HUW 35 D 46 Vertraulicher Schriftwechsel Heinrich Gareis mit Werkleitung Ferrowerk, 1. Oktober 1943).
[1291] HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an den Vorsitzenden der Rüstungskommission XI b in Magdeburg, 11. März 1943.

gerichtet.[1292] Für die erwarteten weiteren zweihundert Arbeitskräfte[1293] benötigte das Unternehmen vier Mannschaftsbaracken[1294] sowie je eine Waschbaracke, Abortbaracke, Wirtschafts- und Verwaltungsbaracke zusätzlich.[1295] Im Juni 1943 wurde daraufhin ein Pachtvertrag „über ein Gelände am östlichen Rand des Mückenberger Tagebaues zur Errichtung eines Gemeinschaftslagers für ausländische Arbeitskräfte“ mit der Braunkohlen- und Brikett-Industrie Aktiengesellschaft unterzeichnet.[1296]

Zur Ausstattung und Gestaltung des Gemeinschaftslagers in Burghausen äußerte sich der Werkleiter in Burghausen Josef Rambausek. Er beschreibt die Anordnung von Johannes Hess, die Wohnverhältnisse im sogenannten Ausländerlager durch Erweiterungs- und Modernisierungsmaßnahmen deutlich zu verbessern. Die Geschäftsleitung hätte dort nach Aussage Rambauseks rund 200.000 Mark für den Umbau der Wohn- und Sozialbaracken investiert. Unter anderem wurden eine Lagerschusterei, eine Schneiderei, eine Friseurstube, eine eigene Zahnstation, ein gemauertes Krankenrevier mit Badegelegenheit sowie eine Entlausungsanstalt errichtet. Ferner hätten die Räume Zentralheizung und ausreichend elektrisches Licht gehabt. Er berichtet weiter von Zweibettstellen[1297] und darüber, dass in keinem der Wohnräume mehr als sechzehn Personen zusammenleben mussten.[1298] Für das Gemeinschafts- und Kriegsgefangenenlager in Mückenberg sind bislang keine derartigen, konkreten Aussagen über die Belegung oder Inneneinrichtung der Baracken bekannt. Etwas Aufschluss gewährt lediglich ein Bild aus dem Jahre 1943, das den Titel: „Inneres einer Schlafstube, im Gem. Lager“ trägt.[1299] Es kann jedoch angenommen werden, dass sich zumindest der allgemeingültige Teil dieser Anweisungen (z. B. bezüglich der Behandlung von

[1292] Vgl. ebd.

[1293] Die Rüstungskommission XIb in Magdeburg hatte die für den Ausbau notwendige Bescheinigung, dass es sich bei den 200 Ausländern um einen sogenannten „anerkannten Kräftebedarf“ handelte, an den zuständigen Baubevollmächtigten in Magdeburg weitergeleitet (vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Rüstungskommission XI b an die Werkleitung Ferrowerk, 22. März 1943).

[1294] Die Baracken waren normiert; Wohnbaracken wurden mit unterschiedlicher Größe beispielsweise als Typ RL IV / 3 oder Typ RL IV / 4 vertrieben.

[1295] Obwohl die zusätzlichen ausländischen Arbeiter für Ferro und Chemowerk zugeteilt worden waren, fällt an dieser Stelle auf, dass der Schriftverkehr mit den Behörden nur über den Betriebsleiter des Ferrowerkes Behles lief. Offensichtlich hatte die Werkleitung des Ferrowerkes auch stellvertretend für das Chemowerk die Verwaltung des Gemeinschaftslagers übernommen. Bei der Erweiterung des Lagers 1943 tragen die Pläne und Skizzen, der Schriftwechsel sowie der Pachtvertrag mit der Bubiag den Namen des Ferrowerkes (vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Werkleitung Ferrowerk an den Vorsitzenden der Rüstungskommission XI b in Magdeburg, 11. März 1943).

[1296] Vgl. HUW 40 F 4, Rechtsangelegenheiten Karton 3, Pachtvertrag mit der Bubiag, 22. Juni 1943.

[1297] Auch bei den Betten auf Foto Nr. 5 aus dem Gemeinschaftslager Mückenberg handelt es sich um sogenannte Zweibettstellen.

[1298] StA München, Spruchkammerakten K 693 Johannes Hess, Eidesstattliche Erklärung Josef Rambausek, 17. Februar 1948.

[1299] HUW 45 A 22 Ordner C, Bild Nr. 1121.

ausländischen Arbeitskräften) von der Geschäftsleitung nicht nur auf einen Standort bezogen. Klar ist aber auch, dass sich die Standorte hinsichtlich ihrer örtlichen Gegebenheiten (Zustand der Anlagen, Löhne, Betreuung durch staatliche und militärische Stellen, Platzmöglichkeiten, Ernährungssituation etc.) deutlich voneinander unterschieden.

Laut Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten des Arbeitseinsatzes mussten „die Unterkünfte der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen hinsichtlich Ordnung, Sauberkeit und Hygiene vorbildlich und mit allem Notwendigen ausgestattet sein. […] Die Ausstattung muss zweckentsprechend sein, jedoch auf die kriegsbedingten Verhältnisse abgestellt bleiben".[1300] Allerdings war dem Unternehmen bei der Inneneinrichtung der Baracken und Versorgung der Arbeitskräfte mit Gebrauchsgütern ein gewisser Gestaltungsspielraum eingeräumt worden: „zum Beispiel richtet sich die Hergabe von Bettwäsche nach den Beständen der Betriebe". Hinsichtlich der Ausstattung der Kriegsgefangenen war in der Regel durch die lokalen Militärbehörden ein Mindestmaß festgelegt worden: „Im zivilen Arbeitseinsatz sind auch sowjetische Kgf. von den Unternehmern mit zwei Grobgarn-Decken auszustatten".[1301]

Die Versorgung mit Nahrungsmitteln oblag ebenso wie die Unterbringung und die Ausstattung mit Wäsche und Bekleidung dem Unternehmer.[1302] Menge und Qualität waren gemäß der Verpflegungssätze des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft geregelt, die im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz sowie dem Oberkommando der Wehrmacht erlassen worden waren.[1303] Das Unternehmen musste die Kosten für die Arbeits- und Berufskleidung tragen und durfte dies nicht vom Lohn der Kriegsgefangenen einbehalten.[1304] Die im Laufe der Kriegsjahre mehrfach geänderten Verpflegungssätze waren dabei gemäß der nationalsozialistischen Hierarchie kategorisiert

[1300] HUW 35 A 40, Rundschreiben des Gebechem mit Auszügen aus der Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 8. Juni 1942.
[1301] BArch RH 49/42, Stalag IV D, Auszüge aus Befehlssammlungen, ohne Datum.
[1302] Im Jahr 1942 waren die ausländischen Zivilarbeiter, da „die Beschaffung derartiger Sachen im Reich für sie zurzeit nicht möglich ist", angewiesen worden, bei ihrem Arbeitsbeginn geeignetes Schuhwerk und Bekleidung mit sich zu führen (BArch R 11/1242, Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 7. Mai 1942, fol. 14). Erreichten Arbeitskräfte vollkommen unvorbereitet die deutschen Betriebe, kann dies als Indiz einer übereilten und unerwarteten Abreise, im Sinne eine Deportation, gewertet werden.
[1303] „Die Verantwortung für die Unterkunfts- und Verpflegungseinrichtungen und deren Bewirtschaftung liegt weiter bei den Betrieben […]" (HUW 35 A 40, Rundschreiben des Gebechem mit Auszügen aus der Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 8. Juni 1942).
[1304] Vgl. R 12-I/335, OKW Kriegsgefangenenabteilung IV b Torgau, 20. Juli 1944.

nach „Deutsche und ausländische Zivilarbeiter“, „Nichtsowjetische Kriegsgefangene“ und „Ostarbeiter und sowjetische Kriegsgefangene“ und entsprechend der Schwere der Tätigkeit im Betrieb gestaffelt in „Normalarbeiter“, „Schwerarbeiter“ und „Schwerstarbeiter“.[1305] Falls möglich sollte auf die Ernährungsgewohnheiten der ausländischen Arbeitskräfte eingegangen werden, wobei der „Einsatz von Köchen aus den Heimatländern angestrebt [wurde]“.[1306] Bezüglich der tatsächlichen Lebensmittelversorgung durch die Wacker-Chemie gibt es für Mückenberg keine konkreten Angaben. Auch die Zuteilung der Nahrung erfolgte nach rassischen Gesichtspunkten. In der Hierarchie weit unten befanden sich die sowjetischen Kriegsgefangenen. In der Rüstungsindustrie erhielt ein Normalarbeiter ab Frühjahr 1942 2.600 Gramm Brot, 250 Gramm Fleisch, 130 Gramm Fett, 5.250 Gramm Kartoffeln und 110 Gramm Zucker pro Woche. Dies galt auch für sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene. Die Menge an Kartoffeln und Zucker blieb auch in den Gruppen „Schwerarbeiter“ und „Schwerstarbeiter“ gleich. Allerdings standen dem Schwerarbeiter 3.400 Gramm Brot, 400 Gramm Fleisch und 200 Gramm Fett zu.[1307] Die Versuche, Kriegsgefangenen Nahrungsmittel zukommen zu lassen, wurden wie ein Beispiel aus Burghausen zeigt unterbunden und streng bestraft:

> „Zwei weibliche Angestellte von Burghausen, die russischen Kriegsgefangenen Brot zugeworfen haben, wurden sofort in Haft genommen und haben eine entsprechende Strafe zu erwarten. Dieser Vorfall veranlasst uns, darauf hinzuweisen, dass es dringend notwendig ist, die Gefolgschaft wiederholt zu belehren, wie sie sich Kriegsgefangenen gegenüber zu verhalten hat. Wir bitten Sie, uns zu bestätigen, dass, wenn dies noch nicht geschehen ist, Ihrerseits das Erforderliche veranlasst wird, um derartige Vorkommnisse zu vermeiden“.[1308]

Bei der Bewertung des Inhaltes muss allerdings beachtet werden, dass sich der Vorgang auf sowjetrussische Kriegsgefangene bezog, die wie bereits verdeutlicht auf der niedrigsten Rangstufe der nationalsozialistischen Völkerhierarchie eingeordnet waren. Die ideologisch motivierte Hierarchisierung bedeutete für die Sowjetrussen die schlechteste Versorgung und die strengsten Bestimmungen unter den ausländischen Arbeitskräften. Verstöße gegen die Auflagen wurden ebenfalls strenger geahndet. Infolge der schlechten Versorgung in den Kriegsgefangenenlagern war der gesundheitliche Zustand vieler russischer Kriegsgefangener bei ihrer Ankunft in den Wacker-Werken Mückenberg mehr als kritisch gewesen, sie waren

[1305] Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit. S. 125.
[1306] HUW 35 A 40, Rundschreiben des Gebechem mit Auszügen aus der Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 8. Juni 1942.
[1307] Vgl. BArch RW 6/278, Allgemeines Wehrmachtsamt, Verpflegungssätze der Kriegsgefangenen und sowjetischen Zivilarbeiter, 17. April 1942.
[1308] HUW 35 D 46, Schreiben der Hauptverwaltung an die Werkleitung Ferrowerk, 16. Juli 1942.

wie auf den Fotografien zu sehen ist, ausgehungert und körperlich ausgezehrt. Angesichts der knappen Lebensmittelrationen, aber auch aufgrund der improvisierten und überfüllten Einrichtungen, war es der Wacker-Chemie nur bedingt möglich, die schlechte Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen wirksam zu verbessern.[1309] Einige von ihnen überlebten den Arbeitseinsatz nicht und verstarben während ihrer Zeit Mückenberg.[1310]

Behandlung und Vergünstigungen

Im Rahmen der staatlichen Vorgaben verblieben dem Unternehmen Handlungsspielräume bei der Verpflegung und Unterbringung ihrer ausländischen Arbeitskräfte, wobei sich zwangsläufig Einschränkungen durch den allgemeinen Nahrungs- und Textilmangel ergaben. Die ausländischen Arbeitskräfte aus den verbündeten Ländern erhielten wie die Arbeiter aus Westeuropa im Gegensatz zu den Kriegsgefangenen, Polen oder Ostarbeitern zusätzliche Vergünstigungen. Sie waren nicht nur finanziell bessergestellt, auch ihre Versorgungssätze lagen höher. Beispielsweise wurde den italienischen Belegschaftsmitgliedern die Möglichkeit geboten, für ihre Heimfahrten Lebensmittel zu erwerben. Überliefert ist unter anderem die Abgabe von zweihundert Dosen Fisch an italienische Arbeitskräfte im März des Jahres 1941.[1311] Am selben Tag zahlte die Wacker-Chemie an neun ihrer italienischen Arbeiter Urlaubsgeld in Höhe von jeweils dreißig oder fünfunddreißig Reichsmark aus.[1312] Ob diese Zusatzverpflegung auch anderen ausländischen Belegschaftsmitgliedern gewährt wurde oder sich die Vergünstigung speziell auf die Italiener beschränkte, ist nicht bekannt. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass das Unternehmen den ausländischen Arbeitskräften Kleidungsstücke und Schuhe verkauft oder überlassen hat. Von Anfang März 1941 stammt auch eine Rechnung über einhundert Paar Stoffsandalen, die möglicherweise (aufgrund der großen Bestellmenge) im Zusammenhang mit der Ausstattung ausländischer Zivilarbeitskräfte stand.[1313] Daneben ist eine Kassenquittung als Beleg des Verkaufes von Jacken an zwei polnische Arbeiter erhalten.[1314] Ferner wurden den ausländischen Arbeitnehmern, nicht jedoch Kriegsgefangenen, ebenso wie den deutschen Belegschaftsmitgliedern Maigratifikationen

[1309] Die Kriegsgefangenen haben sich beispielsweise selbst eine primitive Entlausungsanstalt gebaut (vgl. HUW 35 D 46, Besprechungsniederschrift, 21. Juli 1942).
[1310] Vgl. Email-Schriftwechsel mit dem Leiter des Dokumentations- und Informationszentrums Torgau (DIZ), Wolfgang Oleschinski, 19. September 2014 und LASA Mers. C 48 I e, Gräberliste der Zentralnachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegsgräber in Berlin für den Kreis Liebenwerda (1939-1944).
[1311] Vgl. HUW 35 A 8, Kassenbelege, Quittung vom 10. März 1941.
[1312] Vgl. HUW 35 A 8, Nachweis über Urlaubsgeld an folgende Italiener: Ghisolfi, Abba, Cutrone, Nembrini, Skotti, Christiani, Mazzarani, Furlan, Mariani, 10. März 1941.
[1313] Vgl. HUW 35 A 8, Kassenbelege, Rechnung vom 13. März 1941.
[1314] Vgl. HUW 35 A 8, Quittung, 31. März 1941.

ausbezahlt. Bei der Errechnung des Geldbedarfes für diese Sonderzuwendung im Jahr 1943 wurden neben den 806 deutschen Arbeitern des Ferrowerkes und ihrer Familien auch 28 ledige sowie 107 verheiratete ausländische Arbeiter und ihre 155 Kinder (unter 16 Jahren) berücksichtigt. Die Ausländer, die eine Gratifikation erhielten, stammten aus Italien, Frankreich, Ungarn, Kroatien und der Ukraine.[1315] Insgesamt wurden für die Sonderzahlungen an ausländische Arbeitnehmer 10.175 Reichsmark veranschlagt.[1316] Auch die Verteilung von Tabak und Ausgang bzw. zusätzlicher Freizeitausgleich waren gängige Belohnungspraktiken.[1317] Die Freizeitmöglichkeiten der Zivilarbeiter sollten dabei entsprechend „den kriegsbedingten Möglichkeiten“ und mit Rücksicht auf die nationalen Gepflogenheiten gestaltet werden.[1318] Die offiziellen Anweisungen sahen beispielsweise Lager-Zeitungen, Gesellschaftsspiele, Musizieren und Gesangsgruppen, Filmvorführungen und Rundfunkübertragungen vor.[1319] Einem Leistungsanreiz durch die Gewährung zusätzlicher Freizeitstunden stand die Geschäftsleitung im Falle der Kriegsgefangenen jedoch kritisch gegenüber.[1320]

Ausländische Arbeitskräfte stellten ein hohes Sicherheitsrisiko dar. Der Kontakt zu ihnen war deutschen Arbeitnehmern, vor allem was die Kriegsgefangenen anbelangte, untersagt.[1321] Die Überprüfung der ausländischen Arbeitskräfte übernahmen die Abwehrbeauftragten der Unternehmen, die für die Umsetzung staatlicher und militärischer Vorgaben im Umgang mit ausländischen Arbeitskräften, für den Schutz der Betriebe vor Sabotageakten oder vor der Weitergabe geheimer Information zuständig waren. In dieser Funktion agierten sie als Kontaktpersonen zur Gestapo. Unterstützt wurden sie in der betrieblichen Praxis vom Werkschutz; im Bereich der Kriegsgefangenen arbeiteten sie eng mit der Wehrmacht zusammen, die für die Bewachung des Kriegsgefangenenlagers zuständig war. Für die Wacker-Chemie übernahm diese Aufgabe ab dem Jahr 1943 der ehemalige

[1315] Vgl. HUW 35 D 46, Arbeiterstand 15. März 1943, ohne Datum.
[1316] Vgl. HUW 35 D 46, Aktennotiz Mai-Zuwendungen 1943, 9. April 1943.
[1317] Vgl. BArch R 11/1241, Richtlinien für den Arbeitseinsatz von Ostarbeitern in der Industrie, 22. August 1942, fol. 101.
[1318] Vgl. BArch R 11/1242, Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz über die Anwerbung, Betreuung, Unterbringung, Ernährung und Behandlung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen, 7. Mai 1942, fol. 16.
[1319] Vgl. BArch R 11/1241, Richtlinien für den Arbeitseinsatz von Ostarbeitern in der Industrie, 22. August 1942, fol. 101.
[1320] Aufgrund der großen Bedenken gegen diese Vergünstigungen entschied die Geschäftsleitung, zunächst die Berichte aus den Leuna-Werken der IG Farben abzuwarten, wo derartige Belohnungsverfahren probeweise durchgeführt wurden (vgl. HUW 35 D 46, Geschäftsleitung an Ferrowerk, 3. Dezember 1943).
[1321] „Die Unterkünfte, Arbeitsräume und sanitären Einrichtungen müssen derart beschaffen sein, daß eine Berührung der sowjetischen Kriegsgefangenen mit der zivilen Bevölkerung ausgeschlossen ist […]“ (HUW 8 C 46, Rundschreiben der IHK zu Nürnberg, Punkt 5: Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen in der Wirtschaft, 15. Dezember 1941.

Regierungspräsident Heinrich Gareis. Auch seine Hauptfunktion lag in der Koordinierung der Interaktionen zwischen Unternehmen, Behörden, Wehrmacht und Gestapo. In seine Zuständigkeit fielen zudem die Einhaltung der Geheimhaltungspflicht und die Kontrolle der Verwendung von Decknamen im Firmenschriftverkehr. Darüber hinaus zählte es im Allgemeinen zu dem Aufgabengebiet der Abwehrabteilung, die mit der Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte beauftragten Belegschaftsmitglieder, wie Lagerverwalter oder Vorabeiter, zu schulen, die Umsetzung der behördlichen Abwehrbestimmungen im Werk zu kontrollieren sowie getroffene Sicherheitsmaßnahmen zu überprüfen und diese gegebenenfalls zu optimieren.

Während Heinrich Gareis seinen Sitz in der Hauptverwaltung München hatte, übernahmen seine Stellvertreter vor Ort die Kontrolle und Ausführung der Anweisungen. Derartige Positionen wurden in den Kriegsjahren vorzugsweise mit pensionierten Staatsdienern wie Heinrich Gareis oder ehemaligen Offizieren der Wehrmacht besetzt. So verwundert es wenig, dass die "betriebliche Abwehr" in den beiden Mückenberger Werken zum einen von dem pensionierten Polizeirat Alfred Edelmann[1322] und zum anderen von Oberstleutnant a. D. Adolf Genschow[1323] übernommen wurde. Im Sinne einer Zentralisierung der Aufgaben und Abteilungen sollte Adolf Genschow nach Rücksprache mit Heinrich Gareis für Mückenberg eine Art Schaltzentralenfunktion übernehmen.[1324] Wie aus dem Schriftverkehr der Firma hervorgeht, besichtigte Heinrich Gareis im Oktober 1943 das Gemeinschaftslager und die Kriegsgefangeneneinrichtung des Ferro- und Chemowerkes selbst, wobei er die Vermutung

[1322] Der am 19. Oktober 1888 in Sitzenroda geborene Alfred Edelmann war 1924-1931 Polizeirat in Sensberg, ab 1933 Polizeirat in Stettin. Ab 1937 arbeitete er bei den Mitteldeutschen Stahlwerken in der Personalverwaltung. Von dort wurde er 1940 zur Wehrmacht einberufen. Edelmann war kein NSDAP-Mitglied (vgl. HUW 35 C 34, Personalunterlagen, Buchstabe E).

[1323] Adolf Genschow wurde am 18. April 1877 in Remplin (Mecklenburg) geboren. Januar 1898 trat er in das Infanterie Regiment von Alvensleben in Cottbus ein. Im Jahr 1899 wurde er zum Leutnant befördert. Anschließend war Genschow Offizier im Ostasiatischen Expeditionskorps. In dieser Funktion nahm er 1900 am sogenannten „Boxer-Aufstand" in China teil. Genschow meldete sich freiwillig bei der Schutztruppe in „Südwest- Afrika", bevor er 1911 seinen Militärdienst quittierte und eine Farm in „Südwest-Afrika" erwarb. Nach einem kurzen Aufenthalt in Brasilien kehrte er nach Deutschland zurück und trat am 1. Januar 1929 in die Hamburg-Amerika-Linie ein. Bevor er mit 60 Jahren aus dem Militärdienst ausschied, hatte er an den Feldzügen der Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion teilgenommen. Daneben war Genschow ab dem 1. April 1936 NSDAP-Mitglied (vgl. HUW 35 C 34, Personalunterlagen, Buchstabe G sowie BArch NSDAP-Zentralkartei 31XX H 0003).

[1324] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben Heinrich Gareis an Werkleiter Richard Behles, Dezember 1943: „Wir ersuchen Sie um Mitteilung, welches Aufgabengebiet Sie Herrn Oberstleutnant a.D. Genschow übertragen haben und wie er sich in dieses eingearbeitet hat. Falls er sich dafür als geeignet erweisen sollte und eine gute Zusammenarbeit mit den leitenden und maßgebenden Persönlichkeiten der Mückenberger Betriebe gewährleistet erschiene, hielten wir es für zweckmässig, sein Aufgabengebiet möglichst weit zu fassen und ihm mit der Zeit möglichst alle Aufgaben werkpolizeilicher Natur zu übertragen. Wir denken dabei an eine Zusammenfassung des Werkschutzes, Luftschutzes, Feuerschutzes, der Alarmeinheiten, der Beaufsichtigung der Kriegsgefangenen usw. unter einheitlicher Leitung."

äußerte, unter den sowjetischen Kriegsgefangenen könnte sich ein politischer Kommissar befinden.[1325] Dieser müsste, würde sich der Verdacht erhärten, gemäß der Vorschriften von den Kriegsgefangenen getrennt und an die Wehrmacht überstellt werden[1326]:

> „Schon kurz nach der Zuteilung des sog. Lagerältesten des Russenlagers wurde der Verdacht geäußert, daß es sich hier um einen russischen Kommissar handelt und dementsprechend alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Insbesondere wurde der Mann nicht zur Arbeit in der Fabrik beordert, sondern im Lager gelassen, da er dort einer schärferen Kontrolle unterliegt als im Werk. Darüberhinaus wurde er unauffällig von geeigneten Leuten, die von der Wehrmacht über den Abwehroffizier zur Verfügung gestellt wurden, beobachtet. Nicht zuletzt haben ihn auch einige deutsche Mannschaften des Wachkommandos, die russisch konnten, ohne daß dies bekannt war, beaufsichtigt. Bei allen diesen Untersuchungen konnte nie festgestellt werden, daß der Mann in irgend einer Weise sich verdächtig machen würde. Trotzdem ist zur Sicherheit dafür gesorgt worden, daß er unter den Russen Gegenspieler hat, sodaß er nicht die uneingeschränkte Führung der Russen übernehmen kann“.[1327]

Ein bestimmter Umgang mit den ausländischen Arbeitnehmern und den Kriegsgefangenen war den Unternehmen zum einen wie bereits erläutert durch die Bestimmungen der staatlichen und militärischen Behörden vorgeschrieben, zum anderen aber war er geprägt von der Furcht vor mangelnder Arbeitsleistung, gezielter Arbeitsverweigerung, Sabotage oder Unruhen unter den ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen. Die Abwehrbeauftragten überprüften daher das ausländische Personal bei der Aufnahme ihrer Beschäftigung im Werk,[1328] beobachteten das Verhalten der deutschen Belegschaftsmitglieder gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern[1329] und kontrollierten das Kriegsgefangenenlager.[1330]

Bei den Ostarbeitern und Polen wurden Regelverstöße den örtlichen Behörden gemeldet: Als sich ein polnischer Arbeiter 1943 von seinen Eltern Geld zuschicken ließ, erregte dies den Verdacht der DAF-Lagerverwaltung, „da Malinowski hier im Werk bestimmt soviel Geld verdient, wie er zum Leben braucht“. Der Betroffene wollte seinen Eltern für das Geld Lebensmittel kaufen und diese anschließend nach Polen schicken. Der Vorfall wurde der örtlichen Polizei gemeldet.[1331] Auch an anderer Stelle wurde auf innerbetriebliche

---

[1325] „Herr Gareis konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob der von dem wachhabenden Feldwebel zu besonderen Dienstleistungen herangezogene, auffallend diensteifrige und anscheinend sehr geweckte Russe ein politischer Kommissar sei“ (HUW 35 D 46, An die Werkleitungen Ferro- und Chemowerk betreff Werkbesuch, 27. September 1943).

[1326] Zur Problematik der politischen Kommissare und ihrer gezielten „Aussonderung“ vgl. Otto, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene, S. 59-84.

[1327] HUW 35 D 46, Vertraulicher Schriftwechsel Heinrich Gareis mit Werkleitung Ferrowerk, 1. Oktober 1943.

[1328] Vgl. HUW 8 C 46, Schreiben des Gebechem an das Werk Burghausen bzgl. dem Einsatz belgischer oder französischer Montagekolonnen, ohne Datum.

[1329] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Hauptverwaltung an die Werkleitung Ferrowerk, 16. Juli 1942.

[1330] Vgl. HUW 35 D 46, Vertraulicher Schriftwechsel Heinrich Gareis mit Werkleitung Ferrowerk, 1. Oktober 1943.

[1331] HUW 35 D 46, DAF- Lagerführer an den Amtsvorsteher Mückenberg, 20. März 1943.

Disziplinprobleme konsequent und mit Nachdruck reagiert. Dies traf besonders auf die sowjetischen Kriegsgefangenen und italienischen Militärinternierten zu. So wurde der Betriebs-Arbeitseinsatzingenieur und Leiter der Werkstätten des Ferrowerkes, Otto Klarmann, von der Werkleitung angehalten „mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß bei den Russen Ordnung herrscht."[1332] Als es in der deutschen Industrie zu Klagen über die Faulheit und Undiszipliniertheit der italienischen Militärinternierten kam, gab die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie ein Schreiben der Kriegsgefangenenabteilung des Oberkommandos der Wehrmacht an ihre Werkleiter mit der Anweisung weiter, gegebenenfalls danach zu handeln: „Wer sich nicht durchsetzt, treibt Sabotage an der deutschen Kriegsführung. Chef OKW deckt jeden, der seiner Autorität Geltung verschafft."[1333]

2.3.2 Wehrmachtsstrafgefangene

Neben den ausländischen Arbeitskräften bildeten die 1942 im Ferrowerk eingesetzten deutschen Wehrmachtsstrafgefangenen eine zweite Gruppe, für die besondere Arbeitsbedingungen und Vorschriften galten, und die nicht unter das übliche Lohn- und Tarifsystem der deutschen Belegschaftsmitglieder fielen. Die von den Militärgerichten verurteilten Wehrmachtsangehörigen verbüßten ihre Strafen in Wehrmachtsgefängnissen, Straflagern, Bewährungsbataillons oder Feldstrafgefangenenabteilungen.[1334] Da die Wehrmachtsgefängnisse nach Kriegsbeginn mit einer stetig wachsenden Überbelegung zu kämpfen hatten, während der Arbeitskräftemangel die Kriegswirtschaft lahmzulegen drohte, fanden die Häftlinge ab 1940 auch in der deutschen (Rüstungs-)Industrie Verwendung.[1335] Sie waren meistens in sogenannten Wehrmachtsgefangenen-Abteilungen (WGA) organisiert, die, ähnlich den ausländischen Kriegsgefangenen, in separaten Lagern auf dem Betriebsgelände untergebracht wurden, aber weiterhin dem zuständigen Wehrmachtsgefängnis unterstellt blieben.

[1332] HUW 35 C 34, Werkleitung an Klarmann, 30. März 1944.
[1333] HUW 35 E 48, Geschäftsleitung Hess und Hörmann an die Werke der Wacker-Chemie, 3. Juli 1944.
[1334] Mit einer Zuchthausstrafe verurteilte Wehrmachtsangehörige verloren ihre „Wehrwürdigkeit" und wurden der Reichsjustizverwaltung überstellt. Sie landeten in der Regel in speziellen Strafgefangenenlagern, die unter dem Begriff „Emslandlager" bekannt sind. Einen einführenden Überblick über den Strafvollzug der Wehrmacht bietet Wüllner, Wehrmacht "strafvollzug", S. 29-44. Für weiterführende Literatur vgl. die Einleitung der Herausgeber im selben Band, S. VII-XXVI.
[1335] So beispielsweise im Volkswagenwerk, bei der Messerschmitt AG Augsburg am Standort Obertaubling und Leipheim sowie im Buna-Werk Schkopau der IG-Farben (vgl. Siegfried, Zwangsarbeiter Volkswagenwerk, S. 214; Wolter, KZ-Außenlager Obertraubling, S. 24; Pabst, Messerschmitt, S. 75 und LASA Mers. I 528 Bestand Buna-Werke GmbH Schkopau, Akt 456 und 457.

Obwohl die Wacker-Chemie per zeitgenössischer Definition selbst kein Rüstungsbetrieb war und damit nicht zum Kreis der bei der Verteilung von Arbeitern hochpriorisierten Unternehmen zählte, hatte man angesichts des alarmierenden Arbeitskräftemangels für das Ferrowerk dennoch Strafgefangene beim Oberkommando der Wehrmacht beantragt. Die Verhandlungen verliefen positiv, die Militärverwaltung sagte der Wacker-Chemie für den 14. Januar 1942 zunächst 50 Wehrmachtsstrafgefangene zu. Das überzeugende Argument waren wohl die drohenden Produktionseinschränkungen im Carbid-Betrieb gewesen, ein Grund, den das Oberkommando der Wehrmacht als „stichhaltig anerkannt hat".[1336] Das Ferrowerk erhielt daraufhin Strafgefangene aus dem Wehrmachtsgefängnis in Torgau.[1337] Ihre Zahl schwankte in der Folgezeit zwischen 60 und 100 Häftlingen, die innerhalb des Betriebs eine Sonderkategorie bildeten, denn sie zählten weder zur regulären deutschen Belegschaft, noch zur Gruppe der Ausländer. Dennoch waren sie bewacht und separiert. Ihr Einsatzbereich war ebenso wie ihre Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die Strafgefangenen durften nur in der Tagesschicht und aus Gründen der Bewachung nicht einzeln im Betrieb arbeiten.[1338] Sie wurden daher im Ferrowerk als geschlossene Gruppe für zeitintensive Arbeiten wie dem Putzen des Ferrochroms[1339] und gemäß dem Antrag der Wacker-Chemie in der Carbid-Erzeugung eingesetzt.[1340] Wegen der vergleichsweise kleinen Gruppengröße waren sie jedoch nicht im Werk untergebracht, sondern wurden täglich mit dem Zug von Torgau zu ihrer mehr als 60 Kilometer entfernten Arbeitsstätte nach Mückenberg transportiert. Sie bildeten also keine eigene, beim Unternehmen angesiedelte Abteilung, wie etwa im IG Farben-Werk

[1336] HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September1942.

[1337] In Torgau lagen zwei der bei Kriegsbeginn insgesamt acht deutschen Wehrmachtsgefängnisse: Fort Zinna und Torgau-Brückenkopf. Aus welchem der beiden die im Ferrowerk eingesetzten Strafgefangenen stammten, ist nicht bekannt. Fort Zinna, das größte Militärgefängnis, diente als „Schaltzentrale und Umschlagplatz" für die Weiterverschickung der Verurteilten innerhalb des Lager- und Bewährungssystems der Wehrmacht. Da die Wehrmachtsgefangenen-Abteilung in Schkopau Fort Zinna zugeordnet war, erscheint dies auch im Falle des Ferrowerkes Mückenberg recht wahrscheinlich (vgl. LASA Mers. I 528 / 457, Mitteilung 11/42 der Rechts- und Sozialabteilung Schkopau, 27. Januar 1942, fol. 56). Im Jahr 1943 wurde zudem das Reichskriegsgericht von Berlin nach Torgau verlegt, so dass Torgau zum Zentrum des deutschen Wehrmachtstrafsystems avancierte.

[1338] Vgl. HUW 35 D 46, Besprechung mit Johannes Hess in Mückenberg, 8. Januar 1942.

[1339] Das Putzen des Ferrochroms sowie das anschließende Verpacken zählten zu den größten Zeit- bzw. Lohnposten bei der Erzeugung dieser Ferrolegierung. Der Lohnstundenaufwand bei der Herstellung von 100 Kilogramm Reinchrom in Ofen A belief sich im Juli 1944 auf insgesamt 7,99 Stunden, davon entfielen alleine 1,99 Stunden, also ein Viertel des Gesamtaufwands, auf das Putzen und Verpacken der Ware; der Ofengang an sich erforderte 1,88 Stunden, der Unterhalt der Anlage 1,61 Stunden. Es folgten deutlich kleinere Posten, wie etwa das Fördern der Rohstoffe mit 0,77 Stunden, Lager und Versand mit 0,55 Stunden oder das Fördern der Schlacke mit 0,53 Stunden (vgl. HUW 35 D 51, Bericht über den Chrombetrieb Monat Juli 1944, 26. August 1944). Bei 700 Tonnen Ferrochrom musste das Unternehmen so mit einem Einsatz von 45 Mann rechnen. Eine in Relation zum Arbeitskräftemangel viel zu hohe Zahl, die immer wieder zu Rationalisierungsaufforderungen und Ermahnungen aus der Hauptverwaltung in München führte (vgl. HUW 35 D 46, Abteilung VIII an Ferrowerk, 30. Januar 1942).

[1340] Vgl. HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September 1942 sowie HUW 35 D 46, Abteilung VIII an Ferrowerk, 4. Februar 1942.

Schkopau, das auch im Bereich des Rüstungskommandos Halle lag, oder wie bei der Messerschmitt AG in Obertraubling, die eigene Lager für Wehrmachtsstrafgefangene auf ihrem Betriebsgelände unterhielten. Das Buna-Werk Schkopau und Messerschmitt Obertraubling waren beide mit ihren mehr als 1.000 bzw. mehr als 2.000 Strafgefangenen zwar auch dem Torgauer Wehrmachtsgefängnis Fort Zinna zugeordnet, stellten aber angesichts ihrer Gefangenenzahlen eine ganz andere Größendimension dar.[1341] Selbst die Verpflegung der im Ferrowerk eingesetzten Gefangenen wurde vom zuständigen Wehrmachtsgefängnis geliefert. Dies erforderte eine aufwendige Logistik. Da Zugverspätungen zudem für Schwierigkeiten im Arbeitsablauf sorgten, erwog man bei der Geschäftsleitung in München, die Strafgefangenen direkt vor Ort unterzubringen.[1342] Der damit verbundene Mehraufwand hätte sich für die Wacker-Chemie allerdings erst ab einer deutlich größeren Gruppe Wehrmachtsstrafgefangener gelohnt, so dass diese Idee nicht weiterverfolgt wurde.[1343]

Bei den Unternehmen galten die Sträflinge mitunter als aufsässig, ein mangelnder Arbeitswille schien sich negativ auf ihre Arbeitsleistung auszuwirken, so der Vorwurf aus der Industrie.[1344] Bei den IG Farben in Schkopau waren der Belegschaft daher gemäß den gesetzlichen „Bestimmungen zum Verkehr mit Wehrmachtsstrafgefangenen“ private Unterhaltungen mit den Häftlingen, materielle Zuwendungen oder das Weiterleiten von Postsendungen untersagt. Zuwiderhandlungen wurden mit einer Anzeige geahndet, die empfindliche Strafen bis hin zur Verhängung einer Freiheitsstrafe nach sich ziehen konnten.[1345] Diese Bestimmungen dürften auch für den Arbeitseinsatz der Wehrmachtsstrafgefangenen in den Betrieben der Wacker-Chemie in Mückenberg Gültigkeit besessen haben. Über die Höhe der vom Ferrowerk gezahlten Entlohnung ist nichts bekannt, doch ist anzunehmen, dass sich der Lohnsatz in etwa auf der Höhe der vom Buna-Werk Schkopau an das Wehrmachtsgefängnis entrichteten 75 Pfennige pro Stunde für Fach- und Hilfsarbeiter bewegte. Beim Großteil der Wehrmachtsgefangenen handelte es sich um

[1341] Wolter, Obertraubling, S. 24 und LASA Mers. I 528 / 457, Mitteilung 11/42 der Rechts- und Sozialabteilung Schkopau, 27. Januar 1942, fol. 56.
[1342] Vgl. HUW 35 D 46, Abteilung VIII an Ferrowerk, 4. Februar 1942.
[1343] „Der Kommandeur des Militärstrafgefängnisses in Torgau, Oberstleutnant Kluth, wurde von uns ersucht, uns ein Strafgefangenenkommando für dauernd nach Mückenberg zu geben. […] Wir werden uns jedoch verpflichten müssen, eine verhältnismäßig große Zahl von Wehrmachtsstrafgefangenen hierher zu übernehmen, da für ein kleines Lager der Aufwand an Bewachungspersonal, Verwaltungskräften usw. zu groß sein würde“ (HUW 35 D 46, Niederschrift über den Besuch von Johannes Hess und Ludwig Hörmann in Mückenberg, 11. März 1943).
[1344] Siegfried, Volkswagenwerk, S. 214 und LASA Mers. I 528 / 457, Mitteilung 11/42 der Rechts- und Sozialabteilung Schkopau, 27. Januar 1942, fol. 56.
[1345] Vgl. LASA Mers. I 528 / 457, Bekanntmachung Nr. 63/42, 12. Juni 1942, fol. 31.

Arbeiter, für die dieselbe Arbeitszeit wie für zivile Arbeitskräfte galt.[1346] Im Gegenzug wurden dem Buna-Werk die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung von der Wehrmachtsstrafgefangenenabteilung mit 46 Pfennigen pro Mann und Tag vergütet. Diese Zahlungen entfielen im Falle des Ferrowerkes. [1347]

Im Oktober 1942 sollte der Einsatz der Strafgefangenen in der Industrie per OKW-Befehl beendet werden, wogegen die Wacker-Chemie sowohl beim Wehrmachtsgefängnis Torgau als auch beim Oberkommando der Wehrmacht Einspruch einlegte. Zu dieser Zeit arbeiteten die Wehrmachtsstrafgefangenen nicht mehr wie ursprünglich im Antrag angegeben in der Produktion, sondern wurden vor allem am Bau und in den Werkstätten eingesetzt.[1348] Als Ausgleich für den erwarteten Abzug wurden vom Konzern beim Arbeitsamt Torgau bzw. beim Landesarbeitsamt Erfurt umgehend 147 russische Kriegsgefangene beantragt.[1349] Der Einspruch der Wacker-Chemie gegen den Abzug der Wehrmachtsstrafgefangenen war angesichts der ab Mai 1942 forcierten Devise, möglichst viele dieser Strafgefangenen an der Ostfront einzusetzen, wenig erfolgsversprechend.[1350] Im Oktober 1942 war die Gruppe bereits wieder aus dem Ferrowerk abgezogen worden.[1351]

[1346] Zur Steigerung der Arbeitsleistung waren in Absprache mit dem Kommandanten des Gefängnisses Remlinger Akkordmehrverdienste und Leistungszulagen vorgesehen, von denen die Gefangenen bis zu 20 Reichsmark monatlich erhalten sollten. Über die maximale Höhe der Leistungszulagen wurde zwischen der Schkopauer Betriebsleitung und dem Torgauer Kommandanten, ab Anfang Februar 1943 Oberstleutnant Kluth, gestritten, bis sie schließlich auf 10 Reichsmark begrenzt wurde (vgl. LASA Mers. I 528 / 457, Aktenvermerk, 9. März 1943, fol. 2). Der Stundensatz französischer Kriegsgefangener lag zum selben Zeitpunkt mit 68 Pfennigen etwas niedriger (vgl. LASA Mers. I 528 / 457, Mitteilung 74/42 der Rechts- und Sozialabteilung Schkopau, 11. Juli 1942, fol. 23). Während Heinrich Remlinger nach Kriegsende als Kriegsverbrecher verurteilt und in der Sowjetunion hingerichtet wurde, blieb Kluth, der 1949 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt war, unbehelligt (vgl. Haase / Oleschinski, Torgau-Tabu, S. IX).

[1347] Vgl. LASA Mers. I 528 / 456, Vertrag über das Arbeitskommando, das dem Buna-Werk ab 10. April 1941 zur Verfügung gestellt wurde, fol. 1.

[1348] Vgl. HUW 35 D 46, Vertrauliche Aktennotiz der Werkleitung Ferrowerk, 23. September 1942.

[1349] Vgl. ebd.

[1350] Zu diesem Zweck wurden per OKW-Befehl vom 5. Mai 1942 Feldstrafgefangenenabteilungen eingerichtet (vgl. Wüllner, Torgau, S. 39). Bei Messerschmitt in Leipheim erfolgte der Abzug der Wehrmachtsstrafgefangenen in etwa zur gleichen Zeit wie in Mückenberg (vgl. Pabst, Messerschmitt, S. 75); in Obertraubling wurden die Wehrmachtsstrafgefangenen gleichfalls 1942 gegen russische Kriegsgefangene ausgetauscht (vgl. Wolter, KZ-Außenlager Obertraubling, S. 25); in Schkopau wurde die Wehrmachtsstrafgefangenenabteilung jedoch erst Monate später, mit Wirkung zum 15. Mai 1943, aufgelöst (vgl. LASA Mers. I 528 / 457, Aktenvermerk 16. April 1943, fol. 1).

[1351] Vgl. HUW 35 D 46, Abteilung VIII an Ferrowerk, 12. Oktober 1942.

3. Produktionsentscheidungen und Standortexpansion

3.1 Investitionstätigkeit

Die Wirtschaftskrise erreichte ihren Scheitelpunkt in den Wintermonaten 1931/32, eine allmähliche Stabilisierung des Marktes zeichnete sich Ende des Jahres 1932 ab. Inzwischen waren die Personalkosten der Wacker-Chemie von 6,16 Millionen Reichsmark (1928) auf 4,04 Millionen Reichsmark (1932) gesunken.[1352] Mit der Wirtschaftskrise waren folglich zahlreiche Entlassungen und deutlich geringere Sonderzahlungen (Maigratifikationen, Weihnachtsvergütung, Jubiläumsgaben und Familienunterstützungen) einhergegangen. Doch wie sah es mit der Investitionstätigkeit der Wacker-Chemie während und nach der Krise aus? Noch im Jahr 1930 genehmigte die Gesellschafterversammlung ungewöhnlich hohe Kredite für den Ausbau ihrer Standorte. Zu den bereits bewilligten Gesellschafterkrediten in Höhe von rund 2,87 Millionen Reichsmark kamen Neuinvestitionen in Höhe von 1,03 Millionen Reichsmark. Das Unternehmen investierte folglich während der Krise knapp vier Millionen Reichsmark in ihre Betriebsanlagen und technische Ausstattung.[1353] Anschließend stagnierte die Investitionstätigkeit und setzte erst im Mai 1932 wieder verstärkt ein.[1354] Aufgeschlüsselt nach Standort ergibt sich bei der Kreditvergabe während der Wirtschaftskrise ein eindeutiges Bild: Im Jahr 1930 flossen etwa 60 Prozent der Gelder in den Standort Mückenberg, 1932 waren es nur noch rund 35 Prozent. Um die der Bubiag vertraglich zugesicherte Mindestabnahmemenge an Strom auszulasten – eine Minderabnahme wäre mit erheblichen Zusatzkosten verbunden gewesen[1355] – musste die Geschäftsleitung die Betriebsanlagen des Ferrowerkes weiterausbauen und die Produktion auf möglichst hohem Niveau halten, was sich in den hohen Krediten des Jahres 1930 widerspiegelt. In Burghausen hatte man mit der Versorgung durch die unternehmenseigenen Alzwerke deutlich mehr Spielraum als in der Niederlausitz, wo man im Zuge des Aufschwungs noch kurz vor der Krise neue und vor allem höhere Stromverträge mit der Bubiag geschlossen hatte. Als sich die Wirtschaftslage allmählich entspannte, kehrte sich das Verhältnis zunächst wieder um, ein Großteil der Neuinvestitionen floss nun erst einmal in das Stammwerk nach Burghausen.

[1352] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1939, S. 4.
[1353] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. März 1930, S. 21-33.
[1354] Die in beiden Gesellschafterversammlungen des Jahres 1931 genehmigten Kredite beliefen sich insgesamt auf unter 650.000 Reichsmark.
[1355] Siehe auch Kapitel C.1.4 (Stromverträge) und C.1.5 (Standortpolitik in der Krise).

Nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise investierte die Wacker-Chemie weiterhin große Summen in die Diversifikation ihrer Produktpalette, den Ausbau der Betriebsanlagen, die Steigerung des Umsatzes und die Vergrößerung des eigenen Marktanteils. Zwischen 1934 und 1940 betrug das Gesamtinvestitionsvolumen des Konzerns knapp 50 Millionen Mark. In Folge der fortgesetzten Unternehmensexpansion stiegen die Herstellungsmengen in nahezu allen Produktbereichen der Wacker-Chemie an. In Mückenberg betraf dies vor allem den Legierungs- und Siliciumcarbid-Betrieb. Angelehnt an den Begriff, der von Adolf Hitler 1936 zur Beschreibung seiner Aufrüstungs- und Autarkiepolitik verwandt wurde, benutzte Johannes Hess den Ausdruck „Vierjahresplan“ im Rahmen einer im Frühjahr 1938 stattfindenden Gesellschafterversammlung, um das für die kommenden Jahre geplante Investitionsvolumen der Wacker-Chemie zu beschreiben.[1356] Ein Teil dieser „Aufgaben in den verschiedenen Werken“ bzw. die „in dieser Zeit notwendigen Bauten und Einrichtungen“ zu vorgesehenen Produktionserweiterungen waren bis zum Kriegsbeginn 1939 abgeschlossen, andere Projekte zwar begonnen, jedoch noch nicht fertiggestellt. Weitere Anlagen wurden langfristig projektiert oder aufgrund der wirtschaftlichen Situation zeitweise verschoben.

Zwar verteilten sich die geplanten Investitionen auf alle Standorte, doch lag ein deutlicher Schwerpunkt auf den beiden größten Werken – Burghausen und Mückenberg. Die Expansion beider Standorte wurde von der Geschäftsleitung über Jahre hinweg gezielt forciert. Zu den größten Projekten zählten die Errichtung des Mückenberger Chemowerkes 1937/38 sowie der Bau des Werkes West in Burghausen zu Beginn der 1940er Jahre. Besonders hohe Investitionen wurden folglich in den Jahren 1938 (Gesamtsumme 15,5 Millionen Reichsmark) und 1940 (Gesamtsumme 40 Millionen Reichsmark) getätigt. Davon entfielen auf die Mückenberger Werke 1938 rund 8,8 Millionen, 1940 17,7 Millionen Reichsmark.[1357]

Dem „Vierjahresplan“ folgte für den weiteren strategischen Ausbau der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie Ende 1940 der ebenfalls von Johannes Hess formulierte „Fünfjahresplan“. Zur der bereits investierten Summe von knapp 50 Millionen Mark sollten in den Folgejahren weitere Ausgaben in Höhe von 23 Millionen Reichsmark für den Ausbau der Standorte treten.[1358]

[1356] HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21. April 1938, S. 6.
[1357] Vgl. HUW 7 B 2, Kreditanforderungen 1938, 20. April 1938 und HUW 6 F 5, Schriftvermerk Laufende Kredite, 28. Oktober 1941.
[1358] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21. November 1940, S. 6.

Standort	Voraussichtliche Neuinvestitionen Stand Ende 1940[1359]	Laufende Kredite Stand Oktober 1941[1360]	Genehmigte Kredite Stand Mai 1942[1361]	Laufende Kredite Stand 1943[1362]
Burghausen	6.370.000	22.003.648	20.331.861	17.287.801
Ferrowerk	Keine Angabe	13.753.588	7.242.700	4.845.800
Chemowerk	1.172.000	4.001.693	3.309.500	3.736.000
Sonstige	Keine Angabe-	322.280[1363]	233.280[1364]	212.000[1365]
Gesamt	7.542.000	40.081.209	35.173.971	26.081.601[1366]

Tabelle 39: Zusammenstellung Investitionssummen 1940-1943

Entgegen den Erwartungen sank die Investitionstätigkeit der Wacker-Chemie in den späteren Kriegsjahren jedoch ab und erreichte diese Zielvorgabe nicht. Im Geschäftsjahr 1940 lag die Summe der geplanten Neuinvestitionen schließlich nur bei rund sieben Millionen Reichsmark. Aufgrund der zeitlichen Überschneidung zwischen laufenden Krediten, die bis zu ihrer vollständigen Tilgung über Jahre hinweg in den Finanzaufstellungen des Unternehmens Berücksichtigung fanden, und Neuinvestitionen blieb die Kreditbelastung dennoch insgesamt auf einem hohen Niveau (vgl. Tabelle 39).

Als Ausgangspunkt für die weitere Standortexpansion sollten daher zunächst die Missstände vor Ort behoben und dem Niveau des Gesamtkonzerns angepasst werden. Zu diesem Zweck bereisten Fachkräfte aus Burghausen und München das Mückenberger Werk. Ihr Urteil fiel wenig positiv aus: „Meine ersten Eindrücke die ich im Schwesterwerk Mückenberg gewann, waren […] nicht sehr erbauend, denn es zeigen sich noch überall Spuren einer veralteten Anlage, die bis heute trotz vieler Mühe und Kosten noch nicht endgültig aus der Welt

[1359] Hierbei handelt es sich um eine Aufstellung voraussichtlicher Neuinvestitionen, wie sie der Gesellschafterversammlung vorgelegt werden sollte, die darauf aufbauend über die Ausbauprojekte zu entscheiden hatte, so dass die hier angegebenen Werte einen Richtwert, nicht aber die konkrete Investitionssumme darstellen (vgl. HUW 35 F 14, Aktennotiz Ausbauprogramm, 6. November 1940). Die tatsächlich geleisteten Aufwendungen für den Ausbau der Betriebsanlagen lagen 1940 laut kaufmännischem Bericht bei 6,3 Millionen Reichsmark für das Gesamtunternehmen (vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1940, S. 1).

[1360] Vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk Laufende Kredite, 28. Oktober 1941.

[1361] Vgl. HUW 6 F 5, Stand der Kredite, 7. Mai 1942.

[1362] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1943, S. 63.

[1363] Die Summe ergibt sich aus den laufenden Krediten für die Werke in Tschechnitz (304.280 Reichsmark) und Röthenbach (18.000 Reichsmark) (vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk Laufende Kredite, 28. Oktober 1941).

[1364] Die Summe ergibt sich aus den Krediten für die Werke in Tschechnitz (215.280 Reichsmark) und Röthenbach (18.000 Reichsmark) (vgl. HUW 6 F 5, Stand der Kredite, 7. Mai 1942).

[1365] Die Summe ergibt sich aus den laufenden Krediten für die Werke in Tschechnitz (194.000 Reichsmark) und Röthenbach (18.000 Reichsmark) (vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1943, S. 63).

[1366] Den laufenden Krediten standen zu diesem Zeitpunkt genehmigte Tilgungen in Höhe von 3,21 Millionen Reichsmark gegenüber (vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1943, S. 63).

geschafft werden konnten."[1367] Allerdings entsprach der Zustand des Ferrowerkes trotz aller in den Folgejahren durchgeführten Kontrollen und aller zwischenzeitlich ausgeführten Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen selbst 1938 noch nicht dem von der Geschäftsführung geforderten Standard. Besonders im Vergleich zu dem als „Musterbetrieb sowohl hinsichtlich Qualität der Einrichtung wie des Personals" klassifizierten Stammwerk in Burghausen, schnitt das Werk in der Niederlausitz deutlich schlechter ab. Das Equipment war nicht „so mustergültig ausgeführt", auch bei der Instandhaltung kam es wohl zu Schwierigkeiten, wobei der Grund hierfür dem „nicht gleichwertigen und außerdem stark überlastet[en]" technischen Personal zugeschrieben wurde.[1368] Man müsse in Mückenberg nicht nur mehr kritisieren, so der zuständige Sachbearbeiter der Hauptverwaltung, es fehle auch an Ausbildung und Aufklärung der vor Ort zuständigen Fachkräfte.

Trotz der unvorteilhaften Ausgangslage vergrößerte sich das Ferrowerk in den 1930er Jahren kontinuierlich. Für alle Ausbauprojekte wurden zusätzliche Ressourcen benötigt. Genau das wurde jedoch zunehmend zum Problem. Da aufgrund des wachsenden Mangels an Rohstoffen und Arbeitskräften ab Mitte der 1930er Jahre immer mehr Waren, Roh- und Baustoffe in das staatliche Bewirtschaftungs- und Kontingentierungssystem eingegliedert wurden, war eine von staatlichen Stellen weitestgehend unabhängige Unternehmenspolitik in diesem Kontext kaum noch möglich. Die Entscheidungs- und Handlungsspielräume des Unternehmens wurden zunehmend eingeschränkter. Die Bewirtschaftung verschärfte sich in den Vorkriegsjahren und erreichte mit Kriegsbeginn ein neues Niveau. Ohne die Einreihung in die Dringlichkeitsstufen verfügten Bauvorhaben über keine Realisierungschance. Die Zuteilung von Baustoffen, Eisen und Stahl, aber auch von Arbeitskräften, hing, wie im letzten Kapitel bereits dargestellt, direkt von der Wichtigkeit des jeweiligen Vorhabens für die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft ab. Doch selbst eine hohe Priorität schützte das Unternehmen nicht automatisch vor Rohstoff- oder Baustoffmangel. Dasselbe galt für die Zuteilung von Arbeitskräften. Trotz aussichtsreicher Eingruppierung in die jeweiligen Bauprogramme war es für das Unternehmen daher von elementarer Bedeutung, den Kontakt zu den entscheidungsbefugten Stellen zu halten, um dort bei Schwierigkeiten umgehend für Unterstützung zu werben. In Hinblick auf die Ressourcenverteilung (darunter natürlich auch Baumaterial) wurde die Hervorhebung der eigenen Kriegswichtigkeit so zur Grundvoraussetzung. In den Kriegsjahren 1939 bis 1945 entwickelte sich aus dieser Situation

[1367] HUW 39 A 7-9, Bericht über die Eindrücke und Beobachtungen im Werk Mückenberg, 7. Mai 1934.
[1368] Die Besichtigungen fanden Ende September bis Mitte November 1938 statt (vgl. HUW 6 F 4, Wahrnehmungen bei den Werksbesuchen vorzulegen Direktor Heß, 18. Januar 1939).

heraus regelrechte Verteilungskämpfe innerhalb der verschiedenen Bedarfsträger-Gruppen, Branchen und Regionen. Andererseits bot der Staat der Industrie im Zuge der Aufrüstung besondere Anreize, um gewünschtes Investitionsverhalten zu fördern und belohnen. Finanzielle Erleichterungen und Subventionen stellten für die Unternehmen in der Folgezeit wichtige Investitionsimpulse dar, von denen sich, wie das Beispiel Chemowerk Mückenberg zeigt, auch die Investitionsentscheidungen der Wacker-Chemie leiten ließen. Der gezielte Ausbau des Standortes Mückenberg als Teil der Unternehmenspolitik soll daher anhand ausgewählter Produktlinien (SiC-Betrieb, Ferrolegierungen, Chemowerk und Chlor bzw. Chlorkohlenwasserstoffe) im Folgenden genauer untersucht werden.

3.2 Ein neues Produkt – Siliciumcarbid

3.2.1 Ein verlockendes Angebot

Die von der Bubiag in Aussicht gestellten Energiemengen und die günstige Bezugsbedingungen gestatteten es der Wacker-Chemie nach der Überwindung der Weltwirtschaftskrise die vorhandenen Produktionskapazitäten in Mückenberg zu vergrößern und den Einstieg in gänzlich neue Sparten zu erwägen. Prämisse der Geschäftsleitung blieb jedoch die elektrothermische Erzeugbarkeit der künftigen Produkte. Erweiterungen der Mückenberger Produktion sollten daher aus wirtschaftlichen Gründen entweder auf dem Grundprodukt Carbid basieren oder zumindest ebenfalls im Elektroofen erzeugbar sein. Auf der Suche nach geeigneten Expansionsoptionen experimentierte das Unternehmen in den 1930er Jahren mit der elektrothermischen Darstellung von Magnesium[1369] und Tonerde[1370] sowie der Herstellung von Ferrozirkon-Silicium.[1371] Als Kandidat wurde auch Siliciumcarbid (SiC) diskutiert.

Siliciumcarbid (SiC), auch Karborund genannt, ist ein nichtmetallischer Hartstoff, der durch Einschmelzen von Quarz, bzw. Sand und Kohlenstoff, bei rund 2.500 Grad nach dem Acheson-Verfahren im Elektroofen gewonnen wird. Folglich war seine Erzeugung sehr

[1369] Vgl. HUW 6 D 45, Ergänzung zur Niederschrift der Gesellschafter-Versammlung, 24. April 1935.
[1370] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung, 20. Juni 1933, S. 5.
[1371] Ferrozirkon-Silicium wurde ab 1932 in geringen Mengen am Standort Burghausen zunächst silicothermisch, dann per Kohlereduktion erzeugt. Im Jahr 1939 stellte das Unternehmen die kleine Produktion wegen Rohstoffmangels ein. Bis dahin hatte man insgesamt rund 300.000 Kilogramm hergestellt (vgl. HUW 6 E 8, Bericht Nr. 156, 28. September 1936 sowie HUW 4 C 19, Schriftvermerk Abteilung VIII für Hess, 28. September 1943).

energieintensiv.[1372] Dank seiner enormen Härte, die gerne mit der von Diamanten verglichen wird, und der hohen Hitzebeständigkeit wurde es primär in der Schleifmittelindustrie zur Herstellung von Schleifscheiben, Schleifpapieren und Schleiftuchen verwendet. Die Schleifscheiben wurden wiederum in Maschinenfabriken zur Bearbeitung von Stählen und Werkzeugen benötigt.[1373] Darüber hinaus verfügt der Stoff über eine gute Wärmeleitfähigkeit, Temperaturwechselbeständigkeit und chemische Widerstandsfähigkeit.[1374] Eine zunehmend wichtige Rolle spielte das Siliciumcarbid zudem als Betonhartstoff in der Bauindustrie, wo es vom Elektroschmelzwerk Kempten unter dem Handelsnamen „Kristallit" für verschleißfeste Straßen-, Boden- oder Treppenbeläge vertrieben wurde. Aufgrund seiner Feuerfestigkeit und der hohen Wärmeleitfähigkeit gehörte auch die keramische Industrie, neben den Stein- und Glasschleifereien, dem Druckgewerbe, der Farbenindustrie sowie Unternehmen der Dentalbranche zu seinem Abnehmerkreis.[1375]

So erfüllte Siliciumcarbid zwar die geforderten Kriterien, seine Erzeugung wurde jedoch aufgrund der fehlenden Erfahrung der Wacker-Chemie auf diesem Gebiet von der Geschäftsführung lange Zeit als zu risikobehaftet und vor allem zu kostenintensiv eingestuft. Die Arbeit an einem eigenen Verfahren, geschweige denn, die Errichtung einer eigenen Erzeugungsstätte kam daher für den Konzern zunächst nicht in Frage. Die Situation wandelte sich erst grundlegend, als 1933 eines der drei deutschen Siliciumcarbid-Werke, das Elektroschmelzwerk Kempten, zum Verkauf angeboten wurde.

[1372] Das Verfahren wurde nach dem amerikanischen Physiker Edward Goodrich Acheson (1856-1931) benannt. Acheson, der in den 1880er Jahren für Thomas A. Edison arbeitete, entdeckte das Siliciumcarbid 1891 bei dem Versuch, Kohlenstoff mit Aluminiumsilicaten zu verschmelzen, indem er elektrischen Strom durch einen Graphitstab fließen ließ. Dem Schmelzprozess wurde zur Auflockerung der Rohstoffmasse und besseren Entgasung Sägemehl sowie Kochsalz beigemischt, das die Verflüchtigung von Verunreinigungen fördern sollte. Die Reaktion folgt der Formel: $SiO2 + 3\ C = SiC + 2\ CO$. Die Elektroöfen, die eine Länge von 7,5 bis 8,5 Metern aufwiesen, wurden mit 1.700 bis 2.000 Kilowatt 39 Stunden lang in Betrieb gehalten. Dies entsprach einem Strombedarf von knapp 1.000 Kilowattstunden pro 100 Kilogramm hochwertigen Siliciumcarbids. Nach Abschaltung des Ofens kühlte dieser 12 Stunden lang aus, bevor die Seitenwände entfernt, das Siliciumcarbid mit Hilfe eines Krans ausgehoben und anschließend in die Putzhalle gefahren werden konnte. In der Regel wurde mit dieser Technik grünes Siliciumcarbid erzeugt. Die letzten Arbeitsschritte bestanden aus der Sortierung und dem Reinigen, bevor das Siliciumcarbid in der Mahlanlage verkleinert wurde (vgl. HUW 40 B 2, Zusammenfassung Karborund-Betrieb (K-Anlage), 15. August 1945 und HUW 39 A 7-12, Besprechungsniederschrift, 25. März 1937 sowie Wiberg, Lehrbuch, S. 918).

[1373] Vgl. HUW 35 D 46, Werkleitung Ferrowerk an den Kommandeur der Kriegsgefangenen im Wehrkreis IV Generalmajor von Block, 5. April 1943.

[1374] Vgl. HUW 40 C 22, ESK – mehr als 50 Jahre, S. 11.

[1375] Kemptener Siliciumcarbid wurde für das Druckgewerbe unter dem Namen „Reflexit", für die Farbenindustrie als „Silcar" vertrieben. Zu den einzelnen Verwendungsmöglichkeiten vgl. HUW 38 B 13, 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten – Von Traditionsprodukten zur Hochtechnologie; HUW 32 A 2, Werbeanzeige des Elektroschmelzwerkes Kempten, ohne Datum sowie HUW 32 E 46, Werbebroschüre Kristallit, ohne Datum und HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum.

Obwohl das von der deutschen Industrie benötigte Siliciumcarbid bis nach dem Ende des Ersten Weltkrieges aus dem Ausland importiert wurde (es stammte überwiegend aus Amerika),[1376] gestaltete sich der Markteintritt der am 23. Januar 1922 von Dr. Max Schaidhauf[1377] gegründeten Elektroschmelzwerk Kempten Aktiengesellschaft zunächst relativ schwierig.[1378] Da sich zahlreiche Elektroschmelzbetriebe mit der Umstellung von der Kriegs- zur Friedensproduktion nach 1918 auf die Suche nach neuen Betätigungsfeldern machten, vergrößerte sich nach Kriegsende der Kreis der Siliciumcarbid-Erzeuger um zwei weitere Unternehmen: die Lonza, zu der die Wacker-Chemie nicht zuletzt aufgrund ihrer gemeinsamen historischen Wurzeln in enger Geschäftsbeziehung stand, sowie die Schleifscheibenfabrik in Dresden-Reick. Die junge Elektroschmelzwerk Aktiengesellschaft musste sich folglich nicht nur gegen die bereits am Weltmarkt etablierten Anbieter, sondern auch gegen die zeitgleich entstehende neue Konkurrenz auf dem deutschen Markt behaupten.

Nachdem das Elektroschmelzwerk, dessen Aktienkapital sich 1922 auf zwei Millionen Reichsmark belief, den fünf Großaktionären aus Chemnitz und Plaue in den ersten vier Geschäftsjahren einen großen finanziellen Verlust beschert hatte, konnte 1926 erstmals ein bescheidener Überschuss erwirtschaftet werden. Mit knapp 6.000, 8.500 und 28.000 Reichsmark Reingewinn fielen die Bilanzen Kemptens in den Jahren 1927, 1928 und 1930 durchaus positiv aus, während die Geschäftsjahre 1929 und 1931 wieder einen negativen Jahresabschluss aufwiesen.[1379] Dieser wirtschaftlichen Instabilität sowie der Unerfahrenheit des Hauptaktionärs auf diesem Produktionsgebiet[1380] ist es wohl zuzuschreiben, dass das Elektroschmelzwerk mit seinen 67 Mitarbeitern Ende 1932 zum Verkauf stand. Zum Interessentenkreis zählte neben der Wacker-Chemie auch die Degussa, aus deren Umfeld der Gründer und Vorstand des Elektroschmelzwerkes Dr. Max Schaidhauf (1885-1975) stammte.[1381] Obwohl auch die Degussa ihr Interesse am Kauf des Elektroschmelzwerkes

[1376] Vgl. HUW 38 B 13, 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten – Von Traditionsprodukten zur Hochtechnologie, S. 4.

[1377] Nach erfolgreich absolviertem Abitur studierte der am 14. Januar 1885 in München geborene Max Schaidhauf in den Jahren 1906 bis 1910 an der TH München die Fächer Chemie und Elektrotechnik. Das Doktorexamen legte er bereit 1910 als Assistent von Prof. Wilhelm Muthmann zum Thema „Neue Reaktionen mit Natriumamid $NaNH_2$“ ab. Von 1911 bis 1922 bei der Degussa tätig, gründete er 1922 mit finanzieller Unterstützung des Schmirgelwerkes Dr. Rudolf Schönherr und der Tüllfabrik Flöha die Elektroschmelzwerk Kempten AG. Bis 1954 wirkte er als ihr Geschäftsführer, anschließend bekleidete er die Position des stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden, bevor er 1955 in den Ruhestand trat. Dr. Schaidhauf wurden mehrere Ehrungen zuteil, darunter 1959 die Verleihung des bayerischen Verdienstordens (vgl. Wacker, Werk und Wirken 1 (1975), S. 16 und 12 (1975), S. 21 sowie eine Lebensbeschreibung unter HUW 38 B 52).

[1378] Vgl. HUW 9 A 11, Unternehmensinterne Übersicht Stand Juni 1989, ohne Datum.

[1379] Vgl. HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum, S. 11-13.

[1380] Carl Siems war Tüllfabrikant und leitete eigentlich die 1907 gegründete Tüllfabrik Flöha AG.

[1381] Vgl. HUW 38 B 13, 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten – Von Traditionsprodukten zur Hochtechnologie, S. 4.

bekundet hatte und die Wacker-Chemie mit 580.000 Reichsmark nicht einmal den mit 780.000 Reichsmark veranschlagten Verkaufspreis bot, erhielt sie den Zuschlag. Das Münchner Unternehmen erwarb für 573.000 Reichsmark, davon 299.000 in Vorzugs- und 274.000 in Stammaktien,[1382] das Schmelzwerk Ende 1933, „bevor auf dem elektrothermischen Gebiet“ wie die Geschäftsleitung ausführte, „wieder neue Konkurrenz entstehen [würde]“.[1383] Die Entscheidungsträger hatten dabei durchaus langfristig und wettbewerbsstrategisch gedacht. So spielte neben der Diversifikation der eigenen Produktpalette die Regulierung der Marktsituation, das Verhindern zusätzlicher Konkurrenz im Kreise der elektrothermischen Industrie und somit gleichfalls auch das Vermeiden unangenehmer, meist äußerst langwieriger Aushandlungsprozesse um die Abgrenzung der Produktionsbereiche eine große Rolle. Zudem verfügte die Wacker-Chemie 1933 mit Burghausen und Mückenberg über zwei Standorte, an denen günstiger Strom, wie er zur Produktion eines derart energieintensiven Produktes benötigt wurde, vorhanden war. Mit Siliciumcarbid ließen sich zudem hohe Preise erzielen, mitunter lag der Verkaufspreis beim Fünffachen dessen, was man für eine Tonne Ferrochrom erzielte.[1384]

Von der Einholung des Einverständnisses der Gesellschafter im Juni 1933 bis zur ersten Versammlung der neuen Eigentümer vergingen schließlich rund sechs Monate. Diese Zeit wurde zur Klärung der Frage benötigt, ob die Wacker-Chemie überhaupt berechtigt war, in dieses Produktionsgebiet vorzudringen oder ob man damit gegen gültige Absprachen verstieß. Denn einer mit der Lonza getroffenen Regelung zufolge durfte sich die Wacker-Chemie bis zum Jahr 1937 nicht auf dem Gebiet der Siliciumcarbid-Erzeugung betätigen, was den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen bis zur letzten Minute gefährdete.[1385] Die Wacker-Chemie benötigte zwingend die Zustimmung des Schweizer Konkurrenten, ohne die das Geschäft nicht getätigt werden konnte. In dieser heiklen Situation überzeugte die auf Ausgleich bedachte Verhandlungsstrategie von Johannes Hess. Sie stellte eine Art Agreement-Politik dar und die guten persönlichen Beziehungen zur Lonza AG taten ihr übriges, so dass die Wacker-Chemie schließlich, wenngleich nach „einigen mühevollen Verhandlungen“, eine Einigung mit der Lonza erzielte. Der ausschlaggebende Punkt dabei

[1382] Vgl. HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum, S. 13.
[1383] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung, 20. Juni 1933, S. 8.
[1384] Im Jahr 1936 wurde der Verkaufspreis einer Tonne Ferrochrom mit 180 Reichsmark, der einer Tonne Siliciumcarbid mit 950 Reichsmark angesetzt (vgl. HUW 11 A 3, Auszug aus dem Reisebericht Dorberts, 18. Dezember 1936).
[1385] Die Vereinbarung war Teil eines Generalvertrages beider Firmen, der im Kontext der damals anstehenden Verhandlungen auf dem Essigsäure-Markt getroffen wurde. Den anvisierten Ausgleich erreichte man schließlich durch die Abgrenzung der jeweiligen Produktionsgebiete und die Festlegung von festen Lieferkontingenten.

war, dass das bestehende Marktgefüge durch den Erwerb einer bereits vorhandenen Produktionsstätte nicht verändert wurde. Nachdem die Lonza eine feste Aufteilung der künftigen Liefermengen zur Bedingung für ihre Zustimmung gemacht hatte, legte man schließlich fest, dass der deutsche Siliciumcarbid-Absatz beider Unternehmen in drei gleiche Quoten geteilt werden sollte, von denen ein Drittel künftig fix auf die Lonza entfallen sollte, die zur gleichen Zeit eine neue Produktionsstätte in Waldshut errichtete.[1386]

Erst jetzt konnte der Kauf des Elektroschmelzwerkes Kempten durch die Wacker-Chemie abgeschlossen werden. Mit dem Eigentümerwechsel wurde die innere Organisation weitgehend beibehalten. Dr. Max Schaidhauf behielt seine Position als Geschäftsführer, während der Aufsichtsrat jedoch neu besetzt wurde. In einer außerordentlichen Generalversammlung am 22. Dezember 1933 ernannte die Wacker-Chemie in ihrer Eigenschaft als neuer Eigentümer die beiden Geschäftsführer des Gesamtkonzerns, Johannes Hess und Wolfgang Freyer, sowie den Werkleiter des Stammwerkes in Burghausen, Hermann Pierstorff, zu Aufsichtsräten des Kemptener Elektroschmelzwerkes. Der zweite Aktionär, das Allgäuer Überlandwerk, das gleichzeitig alleiniger Stromlieferant des Elektroschmelzwerkes war,[1387] besaß einen Aktienanteil in Höhe von je 1.000 Reichsmark in Stamm- und in Vorzugsaktien.[1388] Zur Erinnerung, das Stammkapital der AG belief sich 1922 auf zwei Millionen Reichsmark, dementsprechend vernachlässigbar gering war der Einfluss des Allgäuer Überlandwerkes. Dies zeigte sich bereits bei der Berufung der Geschäftsleitung. Für diesen Posten war zunächst der Präsident des Überlandwerkes Böhm angedacht,[1389] der bei der endgültigen Besetzung der Geschäftsleitung jedoch keine Berücksichtigung mehr fand. Nach dem Unfalltod Pierstorffs 1936 rückte Otto Wacker, ein Sohn des Firmengründers Alexander von Wacker, in den Aufsichtsrat des Elektroschmelzwerkes nach.[1390] Im Mai 1937 wurde schließlich auch die Verwaltung des Elektroschmelzwerkes nach München verlegt. Mit

[1386] Vgl. HUW 7 B 2, Protokolle der Gesellschafterversammlungen, 24. November 1933, S. 3-4.
[1387] Zu den Bedingungen des Strombezuges (vgl. BArch R 8-VIII/17, Vermerk über die Besichtigung des Elektroschmelzwerkes Kempten am 15. Juli 1942).
[1388] Im Geschäftsjahr 1936 fiel die Aufteilung in Vorzugs- und Stammaktien weg. Das gesamte Aktienkapital in Höhe von 575.000 Reichsmark bestand fortan aus Stammaktien (vgl. HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum, S. 13 und 14).
[1389] Vgl. HUW 7 B 2, Protokolle der Gesellschafterversammlungen, 24. November 1933, S. 4.
[1390] Um auch weiterhin einen Sitz im Aufsichtsrat mit einem Familienmitglied zu besetzen, wurde Wolfgang Wacker schließlich im Juli 1939 für seinen verstorbenen Bruder in das Gremium bestellt (vgl. HUW 1 A 11, Schreiben der Geschäftsführer Hess und Freyer an Wolfgang Wacker, 20. Juli 1939).

der neuen Adresse „Prinzregentenstraße 18“ befand sie sich nun in unmittelbarer Nachbarschaft zur Hauptverwaltung des Wacker-Konzerns.[1391]

Wäre es nach dem Willen von Johannes Hess gegangen, hätte die Wacker-Chemie schon 1933 nicht nur das Elektroschmelzwerk Kempten, sondern auch gleich das zweite Siliciumcarbid-Werk, die „Elektro-Schleifmittel-Werke AG“ in Dresden-Reick, erworben. Die Aktien der Gesellschaft gehörten den „Vereinigten Carborundum- und Elektrit-Werken“ in Nové Benátky, die zu diesem Zeitpunkt wiederum in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Prager Bank für Handel und Industrie standen. Ein ungewöhnlich risikoreiches Vorhaben des sonst eher zurückhaltend agierenden Geschäftsführers. Kurz nach der Weltwirtschaftskrise überstieg der Kaufpreis von einer Million Reichsmark jedoch die finanziellen Möglichkeiten der Wacker-Chemie um ein Vielfaches. Alleine zur Aufrechterhaltung einer Kaufoption mussten 15.000 Reichsmark aufgebracht werden. Ein lohnendes Objekt wäre es zweifelsohne gewesen, nicht nur, um sich damit langfristig die Marktdominanz auf diesem Gebiet zu sichern, sondern auch da das Werk, dessen Produktionskapazität etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Erzeugungsmenge Kemptens umfasste, bereits einmal generalsaniert worden war und somit auf dem neuesten Stand der Technologie produzierte. Zu den Betriebsanlagen gehörte auch eine Schleifscheibenfabrik. Diese hätte der Wacker-Chemie über die Schleifmittelindustrie zugleich Zugang zum Absatzmarkt des Siliciumcarbids ermöglicht, woran Hess jedoch erstaunlich wenig Interesse zeigte. Auch in diesem Fall bevorzugte es die Geschäftsführung der Wacker-Chemie in die Fertigungsbreite, nicht in die Fertigungstiefe zu expandieren.[1392] Nachdem die IG Farben als Gesellschafter der Wacker-Chemie im Frühjahr 1934 eine finanzielle Beteiligung an dieser Kaufaktion abgelehnt hatte, scheiterte das Projekt „Elektro-Schleifmittel-Werke AG“ endgültig – wie bereits befürchtet – an den nötigen Geldmitteln.

3.2.2 Von Kempten nach Mückenberg

Wie sich schnell herausstellte, hatte die Wacker-Chemie mit ihrer Kaufentscheidung die richtige Wahl getroffen und dabei erneut auf eine Branche gesetzt, die im Nationalsozialismus einen starken Aufschwung erlebte. Die Schleifmittelproduktion profitierte wie die meisten elektrothermischen Betriebe von der neuen Wirtschaftspolitik und expandierte in der

[1391] Vgl. HUW 38 B 13, 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten – Von Traditionsprodukten zur Hochtechnologie, S. 5.
[1392] Zum diesem Vorgang vgl. die Protokolle der Gesellschafterversammlungen vom 24. November 1933, S. 5-6 und vom 20. April 1934, S. 11 unter HUW 7 B 2.

Folgezeit stark. Wie bei den Vorprodukten für die deutsche Stahlindustrie verdankte man dabei das deutliche Absatzplus zunächst der steigenden Inlandsnachfrage bei gleichzeitiger Drosselung der Einfuhr aus dem Ausland. Bereits im ersten Halbjahr 1934 lag die verkaufte Menge um 50 Prozent höher als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres. Die Anlage in Kempten produzierte zunächst 1.000 Jahrestonnen, denen ein möglicher Absatz von 1.400 Tonnen gegenüberstand. Nach dem ersten Geschäftsjahr wurde auf der Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie zum Thema Elektroschmelzwerk Kempten daher von einer „bemerkenswerten Verflüssigung" berichtet.

Neben der Tätigung von Sonderabschreibungen in Höhe von 20.000 Reichsmark war es der Wacker-Chemie daher möglich, 10.000 Reichsmark zusätzlich als Rückstellungen aufzubieten.[1393] Bereits im ersten Betriebsjahr diskutierte man, ausgehend von der positiven Entwicklung Kemptens und angeregt durch den Aufschwung der gesamten Branche, innerhalb der Gesellschafterversammlung der Wacker-Chemie daher die Erweiterung der Siliciumcarbid-Produktionskapazitäten. Der wenig risikofreudigen Unternehmensleitung, allen voran Hess, erschien die Zeit hierfür jedoch noch nicht reif genug zu sein. Der Geschäftsführer mahnte zur Vorsicht, solange man nicht wisse, wie sich der deutsche Außenhandel und die Binnennachfrage langfristig entwickeln würden. Die künftige Marktsituation wäre nur schwer abschätzbar. Bezweifelt wurde vor allem die Dauerhaftigkeit der eingeschlagenen Rüstungs- und Autarkiepolitik, die zu einer stark erhöhten Nachfrage deutscher Produkte und einer Drosselung des Imports geführt hatte. Nach eigener Aussage fehlte der Wacker-Chemie zu diesem Zeitpunkt noch der Mut zu derartigen Großinvestitionen. Der Aufwärtstrend hielt an und Siliciumcarbid entwickelte sich tatsächlich zu einem der wenigen in Deutschland elektrothermisch erzeugten Produkte, die über Potential für den Export ins Ausland verfügten. Als Anfang 1935 mit dem Beginn der Tilgung eines vom Vorbesitzer übernommenen Darlehens zudem ein weiterer finanziellen Erfolg gefeiert werden konnte, gab die Geschäftsführung der Wacker-Chemie schließlich grünes Licht zum weiteren Ausbau der Siliciumcarbid-Produktion.[1394]

Schon bei den Sondierungsgesprächen der Gesellschafter 1933, als der Erwerb Kemptens noch rein hypothetischer Natur gewesen war, behielt sich die Wacker-Chemie vor, mögliche Fabrikations-Steigerungen gegebenenfalls am Standort Mückenberg umzusetzen. Obwohl sowohl die Energieversorgung als auch die Frachtkosten deutlich für einen Ausbau der

[1393] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung, 20. April 1934, S. 11.
[1394] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 1. Februar 1935, S. 7-8.

Betriebsanlagen in der Niederlausitz sprachen, wurden weiterhin verschiedene Varianten und Standortüberlegungen diskutiert. So erwog die Geschäftsführung unter anderem die komplette Stilllegung der Kemptener Produktion, was sich laut internen Kalkulationen jedoch als finanziell äußerst nachteilig erwies, zumal schnell klar wurde, dass man bei einer dauerhaft hohen Nachfrage nicht wirklich auf die dortigen Kapazitäten verzichten konnte. Auf der anderen Seite schied ein weiterer Ausbau der Kemptener Anlage aufgrund der schlechten örtlichen Energieverhältnisse aus. Die Investitionskosten für eine Neuanlage in Mückenberg mit einer Kapazität von 1.400 kW lagen bei 600.000 Reichsmark, zudem verfügte das Gelände dort über weiteres Ausbaupotential, so dass die Entscheidung wie zu erwarten zugunsten der Niederlausitz ausfiel.[1395] Unter optimaler Ausnutzung der regionalen Gegebenheiten[1396] entschied man sich daraufhin für einen arbeitsteiligen Ansatz. Die neu zu errichtenden Betriebsanlagen in Mückenberg sollten Rohware erzeugen, die anschließend nach Kempten transportiert wurde, wo man die weniger energieintensive Weiterverarbeitung dieser Stückware in einer Aufbereitungsanlage vornahm.[1397]

Nachdem die Nachfrage weiterhin kontinuierlich stark anstieg, drängte die Zeit. Man konnte schließlich nicht riskieren, dass eines der Konkurrenzunternehmen aus derselben Erwartungshaltung heraus seine Kapazitäten ausbauen und den eigenen Marktanteil zu Ungunsten der Expansionschancen der Wacker-Chemie vergrößern würde. Der neue Werksteil des Ferrowerkes wurde daraufhin äußerst zügig binnen eines halben Jahres errichtet und bereits im Oktober 1935 als sogenannte K-Anlage des Ferrowerkes in Betrieb genommen. Die ungewöhnlich kurze Planungs- und Bauzeit spricht für eine tatkräftige Unterstützung der beteiligten Bewirtschaftungsstellen und somit zugleich für die hohe Priorität des Bauprojektes in den jeweiligen Bedarfsranglisten. Offen blieb zunächst jedoch die Organisationsform des neuen im südwestlichen Werksgelände gelegenen Betriebsteils. Diskutiert wurden zwei Möglichkeiten: Die Errichtung und Betriebsführung durch die Firma Wacker-Chemie bei gleichzeitigem Vertrieb durch das Elektroschmelzwerk oder die Option, die neue Anlage als Teil der „Elektroschmelzwerk Kempten Aktiengesellschaft“ errichten zu lassen. Hierfür reichte die Liquidität des Elektroschmelzwerkes jedoch nicht aus. Eine Aushilfsfinanzierung durch die Wacker-Chemie hätte zum einen hohe Kapitalverkehrssteuerabgaben verursacht,

[1395] Der Kostenvoranschlag musste nach oben korrigiert werden und lag schließlich bei 630.000 Reichsmark (vgl. HUW 6 F 4, Vorkalkulation Pierstorff zur Errichtung einer SiC-Anlage, 19. Juli 1934).
[1396] Gemeint sind in Mückenberg die ausreichenden Energieressourcen sowie die Nähe zum wichtigsten Rohstofflieferanten, der Verkaufsvereinigung Hohenbockaer Glassandgruben GmbH, in Kempten das Know-how und die bereits bestehenden Betriebsanlagen.
[1397] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934, S. 17.

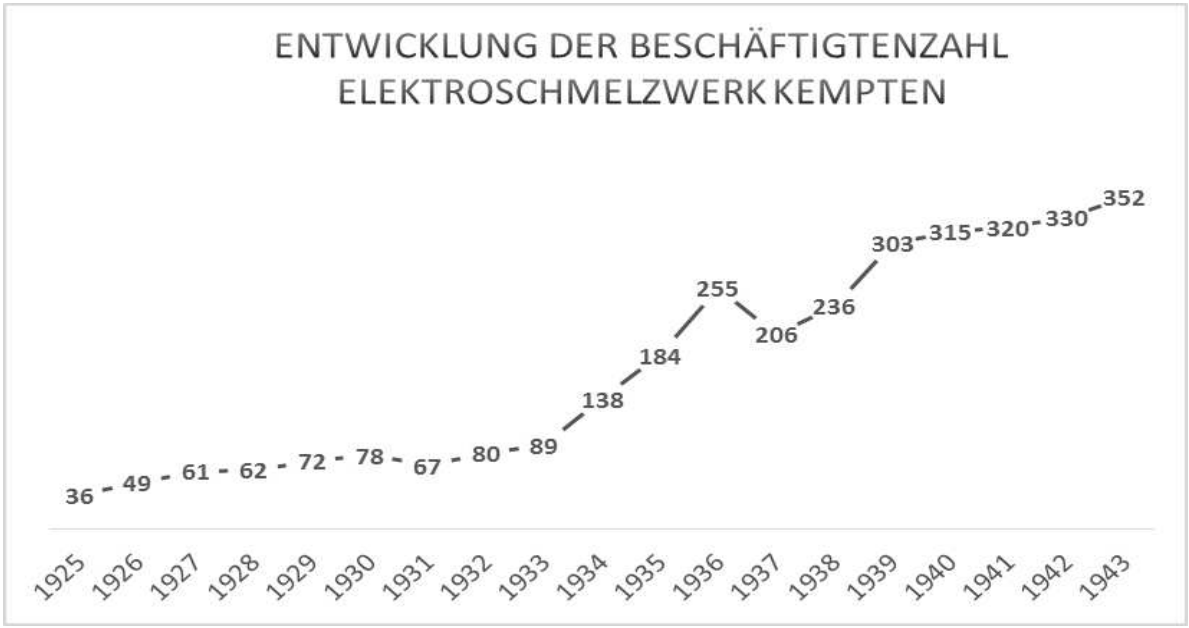
zum anderen wäre die Betriebsführung auch in diesem Fall bei der Wacker-Chemie gelegen.[1398] Zumal der formal zum Elektroschmelzwerk Kempten gehörende neue Betriebsteil nach seiner Inbetriebnahme eine Reihe vorhandener Einrichtungen des Ferrowerkes, wie etwa Wohlfahrtseinrichtungen, Werkstätten, Anlagen zur Wasser- und Stromversorgung oder Lager mitbenutzte und folglich keine klare Trennung zwischen dem Vermögen beider Gesellschaften gezogen werden konnte. Aus Gründen der Kostenersparnis entschied man sich daher für die erste Variante. Der Trend ging bereits in dieser Zeit zur Vereinfachung und Zentralisierung. Ein zusätzliches Argument dürfte die unnötige Verkomplizierung der Besitzverhältnisse, Organisation und Verwaltung gewesen sein. Der Betriebsbesitz des Ferrowerkes am Standort Mückenberg verteilte sich ohnehin schon auf zwei Gesellschaften (die Wacker-Chemie und die Ferrowerk GmbH), eine dritte hätte die komplexen Verhältnisse, die vor allem der Verwischung der Besitzgrenzen geschuldet war, nur zusätzlich erschwert. Die Wacker-Chemie tätigte die Investition daher in ihrem Namen und erbaute die Anlage. Zudem übernahm sie die Betriebsführung, während das Elektroschmelzwerk die Aufgaben einer Vertriebsgesellschaft wahrnahm und „die Ware im Namen und für Rechnung der Wacker-Chemie“ verkaufte. Dieser Schritt bedurfte ebenfalls der förmlichen Zustimmung durch die Lonza, die darin offensichtlich jedoch keine Probleme sah und ihr Einverständnis zeitnah erteilte.[1399]

In wechselseitiger Abhängigkeit wurden die beiden Anlagen – Mückenberg und Kempten – in den Folgejahren stetig erweitert. Die starke Nachfrage nach Siliciumcarbid erforderte den Ausbau der Kapazitäten in immer kürzeren Zeitintervallen, so dass Siliciumcarbid in Mückenberg letztlich zu demjenigen Produktionsbereich wurde, der von seiner Errichtung an bis in die letzten Kriegsmonaten hinein ununterbrochen vergrößert wurde. In den ersten Betriebsjahren erfuhr die K-Anlage jedes Jahr eine Erweiterung. Nach nur einem Betriebsjahr entstanden bereits zwei neue Öfen („K-2“), im Folgejahr 1937 genehmigten die Gesellschafter die Errichtung einer weiteren Gruppe von vier Öfen („K-3“), die im Frühjahr 1938 in Betrieb gingen.[1400] Die letzte Ausbaustufe wurde mit zwei Öfen 1944 vollendet („K-4“), so dass der Siliciumcarbid-Betriebsteil des Ferrowerkes nach einigen Umgruppierungen schließlich aus vier Ofengruppen mit jeweils drei Öfen bestand.[1401] Da sich

[1398] HUW 6 F 4, Siliziumkarbidfabrik in Mückenberg, 30. März 1935.
[1399] HUW 6 F 4, Schriftvermerk Nr. 172 für die Direktion der Wacker-Chemie, 13. März 1935.
[1400] Für die Erweiterung 1936 wurden Ausgaben in Höhe von 300.000 Reichsmark genehmigt, für den nächsten, 1937 realisierten Ausbauschritt ein Gesellschafterkredit in Höhe von 500.000 Reichsmark bewilligt (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 29. Dezember 1937).
[1401] Vgl. HUW 40 B 2, Zusammenfassung Karborund-Betrieb (K-Anlage), 15. August 1945.

das Endprodukt je nach Standort deutlich in seiner Qualität unterschied und Mückenberg das höherwertigere SiC erzeugte,[1402] verkleinerte sich der eigentliche Produktionsbetrieb in Kempten zunehmend. Während in Mückenberg immer mehr Ware erschmolzen wurde, übernahm Kempten fast ausschließlich die Aufbereitung der Rohware. Dabei stiegen die Jahresproduktionszahlen in Mückenberg laut dem firmeninternen Berichtswesen von gerade einmal 367 Tonnen im Jahr 1935 auf 3.608 im Jahr 1938 an.[1403] Eine Jahreserzeugung von über 4.000 Tonnen erreichte das Ferrowerk im zweiten Kriegsjahr. Anschließend pendelte sich die Produktion in der Folgezeit knapp unterhalb der 5.000-Tonnen-Grenze ein, bevor sie nach der Inbetriebnahme zwei neuer Öfen im Jahr 1944 mit 5.166 Jahrestonnen ihren Höchststand erreichte.

Abbildung 9: Belegschaftsentwicklung Standort Kempten 1925-1943



Für die Erzeugung im Ferrowerk sprachen neben der besseren Qualität auch die geringeren Gestehungskosten, mit denen die Allgäuer Anlage nicht konkurrieren konnte. So lagen neben den Rohstoff-, den Energie- und den Frachtkosten vor allem auch die Lohnkosten in Mückenberg deutlich unter denen in Kempten.[1404] Mit Inbetriebnahme der letzten Ausbaustufe beschäftigte die K-Anlage des Ferrowerkes insgesamt etwas mehr als einhundert

[1402] In Kempten fiel überwiegend schwarzes Siliciumcarbid an, während in Mückenberg die von der Schleifmittelindustrie zur Hartmetallbearbeitung begehrte, härtere grüne Sorte erzeugt wurde. (vgl. BArch R 8-VIII/378, Jahresbericht 1942 – Elektrokorund und Siliziumkarbid, ohne Datum).
[1403] Vgl. Die Technischen Berichte der Jahre 1935-1945 unter HUW 27 A 8 und 27 A 9.
[1404] Vgl. HUW 39 A 7-11, Kalkulation der Gestehungskosten im Vergleich Kempten –Mückenberg 1. Halbjahr 1936, 20. Oktober 1936.

Belegschaftsmitglieder. Sie zählte damit also zu den kleineren Produktionseinheiten in Mückenberg.[1405] In Kempten lag die Beschäftigtenzahl zu diesem Zeitpunkt bereits bei 352 Personen (vgl. Abbildung 9).[1406]

Anders als bei den Ferrolegierungen gingen für Siliciumcarbid zunächst keine staatlichen oder militärischen (Vergrößerungs-)Anfragen bei der Wacker-Chemie ein. Der Ausbau erfolgte dementsprechend aus eigenem Antrieb und wirtschaftlichem Kalkül. Auch von marktgestalterischen Instrumentarien wie Kartellen oder Syndikaten war keine Rede. Wie man an den Überlegungen der Wacker-Chemie sehen kann, hing die Entscheidung „Pro" oder „Contra" einer derartigen Großinvestition maßgeblich von der eigenen unternehmerischen Erwartungshaltung sowie den aktuellen Wirtschafts- und Absatzprognosen ab, die ihrerseits eng mit der staatlichen Devisenpolitik verknüpft waren. Eben jene Erwartungshaltungen gaben letztendlich bei allen Expansionsprojekten der Geschäftsführung den Ausschlag für das weitere Vorgehen des Unternehmens, unabhängig davon, ob sie von Seiten staatlicher oder militärischer Stellen angefragt bzw. in Auftrag gegeben wurden oder nicht. Bewertete die Geschäftsleitung die Erfolgsaussichten einer solchen Investition als positiv, so bewarb sich das Unternehmen aktiv um Unterstützung zur Vergrößerung der eigenen Kapazitäten. War dies nicht der Fall und die Prognosen eher negativ, versuchte man möglichen staatlichen Ausbauplänen mit wirtschaftlichen und technischen Argumenten entgegenzutreten. Gegebenenfalls verwies die Geschäftsführung dabei auf die vermeintlich bessere Eignung eines anderen Unternehmens. Dieses sollte dann anstelle der Wacker-Chemie die baulichen Erweiterungen vornehmen und so die Erfüllung der geforderten Sollzahlen übernehmen. Insbesondere in den Jahren von 1933 bis 1939 gab der unternehmerische Erfolg dieser Strategie recht; die Umsätze und Gewinne der Wacker-Chemie auf dem Gebiet der Siliciumcarbid-Erzeugung entwickelten sich gut.

3.2.3 Die Siliciumcarbid-Produktion in den Kriegsjahren

Bereits in den ersten Novembertagen 1939 verfügte der Reichsbeauftragte für Chemie die Erhöhung der Mobilisierungs-Aufgabe (Mob-Aufgabe) der Wacker-Chemie in Mückenberg für Siliciumcarbid von 280 auf 420 Tonnen monatlich.[1407] Mit Kriegsbeginn hatte sich der

[1405] Benötigt wurden neben dem Betriebsleiter ein Betriebsmeister, 60 Ofenarbeiter einschließlich der drei Schichtmeister, 15 Arbeitskräfte zum Putzen der Rohware sowie 25 weitere Männer für den Versand, den Mahlvorgang und die Aufbereitung des Graphits (vgl. HUW 40 B 2, Zusammenfassung Karborund-Betrieb (K-Anlage), 15. August 1945, S. 4).
[1406] Vgl. HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum, S. 8.
[1407] Vgl. HUW 39 A 7-13, Berichte der Abteilung VIII über ihre Gespräche in Berlin, 3. November 1939.

Verbraucherkreis für Siliciumcarbid durch die deutschen Zinkhütten erneut vergrößert, was zu einem weiteren Anstieg der Bedarfszahlen führte.[1408] Siliciumcarbid war kriegswichtig. Zu den besonders begehrten Materialien für die Rüstungsindustrie zählte auch das elektrothermisch erzeugbare Borcarbid, das branchenübergreifend als Ersatz für Arbeitsdiamanten Verwendung fand und ab 1940 vom Elektroschmelzwerk Kempten im Allgäu in kleiner Stückzahl erzeugt wurde.[1409] Da gerade die Schleifscheibenfertigung für die Rüstungsindustrie als unentbehrlich galt, wurde auch das Elektroschmelzwerk Kempten als Rohstofflieferant zum Wehrwirtschaftsbetrieb erklärt.[1410] Dabei ging es nicht nur um das notwendige Ausgangsmaterial zum Schleifen von Stahl für die Waffen- und Munitionsproduktion, sondern auch um das Bearbeiten von Leichtmetallen für die Flugzeugherstellung.[1411] Die Hersteller von Siliciumcarbid unterlagen der Bewirtschaftung durch die Fachabteilung Schleifmittel. Zur Koordination der deutschen Erzeugung mussten die Firmen ab Anfang 1942 monatliche Lieferpläne vorlegen, die dann „entsprechend der Bedarfslage“[1412] in Absprache mit der Fachabteilung Schleifmittel und der Fachgruppe Feuerfeste Industrie[1413] von der Reichsstelle bewilligt wurden. Trotz der Erhöhung der sogenannten Produktionsaufgaben konnten die insgesamt vier deutschen Siliciumcarbid-Produktionsstätten – Kempten, Mückenberg, Dresden-Reick und Waldshut – den Bedarf bei weitem nicht decken.[1414] Zivile Aufträge wurden nach 1939 überhaupt nicht mehr angenommen. In einem Schreiben des Bezirkswirtschaftsamtes München an die Reichsstelle Chemie aus dem Jahr 1941 hieß es, das Elektroschmelzwerk Kempten beliefere ausschließlich Rüstungsfirmen und sei daher „den Aufträgen der Dringlichkeitsstufe als gleichwertig zu bezeichnen“.[1415] Die für das Elektroschmelzwerk attestierte kriegswirtschaftliche Wichtigkeit dürfte im gleichen Maße für die Siliciumcarbid-Produktionsstätte des Elektroschmelzwerkes in Mückenberg Gültigkeit besessen haben.

An Schleifmitteln, Korund und Siliciumcarbid, wurden 1942 rund 31.100 Tonnen Normalkorund, 12.200 Tonnen Edelkorund und 11.865 Tonnen Siliciumcarbid erzeugt. Dem

[1408] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 31. Oktober 1939, S. 4.
[1409] Vgl. HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum, S. 5-6.
[1410] Vgl. HUW 38 B 13, 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten – Von Traditionsprodukten zur Hochtechnologie, S. 6.
[1411] Vgl. BArch R 8-VIII/378, Jahresbericht 1942 – Elektrokorund und Siliziumkarbid, ohne Datum.
[1412] Vgl. ebd.
[1413] Hier diente Siliciumcarbid zur Auskleidung hochbeanspruchter Öfen.
[1414] Vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Wacker-Chemie Mückenberg an das Wirtschaftsamt in Liebenwerda, 30. November 1943.
[1415] Vgl. BArch R 8-VIII/15, Schreiben des Bezirkswirtschaftsamtes München an die Reichsstelle Chemie, 20. Januar 1941.

gegenüber stand ein deutscher Verbrauch in Höhe von rund 12.300 Tonnen Siliciumcarbid, der sich auf 800 Tonnen in Stücken und etwa 11.500 in Körnung verteilte, wobei die stückige Ware ausschließlich von der feuerfesten Industrie abgenommen wurde.[1416] Die Differenz zwischen Erzeugung und Bedarf wurde durch den Import von Siliciumcarbid aus Norwegen ausgeglichen. Im Rahmen der Bewirtschaftung von Siliciumcarbid entfiel auf die Schleifmittelindustrie als vordringlicher Bedarfsträger 64 Prozent der Gesamtproduktion, gefolgt von der feuerfesten Industrie mit 21 Prozent, den sonstigen Verbrauchern mit zehn Prozent (beispielsweise aus der Glasindustrie) und der Baustoffindustrie mit fünf Prozent.[1417] Im dritten Kriegsjahr rechnete man damit, dass alleine der Jahresbedarf der Schleifmittelindustrie um weitere zehn Prozent ansteigen würde.[1418] In den folgenden Kriegsjahren wurde die deutsche Siliciumcarbid-Produktion daher an allen Standorten kontinuierlich ausgebaut.

Von dieser positiven Absatzentwicklung wollten auch das Elektroschmelzwerk bzw. der Mutterkonzern, die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie, profitieren. Bereits ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn diskutierte die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie daher eine weitere Vergrößerung der Siliciumcarbid-Erzeugung. In diesem Kontext wurde nun die Errichtung eines Siliciumcarbid-Betriebsteils in Tschechnitz bei Breslau, einem weiteren Standort der Wacker-Chemie, erwogen. Dort stellte der Konzern zu diesem Zeitpunkt ausschließlich hochgekohltes Ferrochrom her. Angedacht war eine Anlage zur Erzeugung von 450 bis 500 Monatstonnen, was in etwa der Höhe der damaligen Produktion des Mückenberger Betriebes entsprach. Teil des Projektes wäre ferner eine Aufbereitungsanlage gewesen, die es dem Unternehmen ermöglichen sollte, sowohl marktgängige Sorten als auch Siliciumcarbid in stückiger Form zu liefern. Angedacht war zudem eine eigene Werkssiedlung der Wacker-Chemie in Tschechnitz wie es sie in Burghausen und Mückenberg bereits gab.[1419] Über die technische Ausgestaltung der künftigen Anlage selbst herrschte Uneinigkeit. So kamen sowohl neun Öfen mit einer Leistung von je 2.000 kW in Frage, von denen immer drei gleichzeitig in Betrieb sein sollten, als auch größere

[1416] Die Schleifmittelindustrie achtete sehr auf die Qualität des Siliciumcarbids, da sie nicht alle anfallenden Körnungen verarbeiten konnte. Die Branche benötigte 60 Prozent ihres Bedarfes in der Körnungsqualität 46 bis 120, wobei mit dem Herstellungsverfahren nur 38 Prozent des Siliciumcarbids in dieser Körnung anfielen. Ein Problem, das sich angesichts der angespannten Rohstofflage nur schwer lösen ließ (vgl. BArch R 8-VIII/378, Jahresbericht 1942– Elektrokorund und Siliziumkarbid, ohne Datum).

[1417] Die Verteilung Stand 1942: Schleifmittel 7.375 Tonnen, Feuerfeste Industrie 2.416 Tonnen, Baustoffindustrie 535 Tonnen, Optische Industrie 40 Tonnen, sonstige Verbraucher 1.092 Tonnen (vgl. BArch R 8-VIII/378, Jahresbericht 1942 – Elektrokorund und Siliziumkarbid, ohne Datum).

[1418] Vgl. BArch R 8-VIII/378, Jahresbericht 1942 – Elektrokorund und Siliziumkarbid, ohne Datum.

[1419] Vgl. HUW 39 A 7-13, Niederschrift der Besprechung über das SiC-Bauvorhaben Kraftborn, 7. März 1940.

Öfen mit einer Aufnahme von 2.500 kW. Für den reibungslosen Betrieb der Anlage wären, so die Schätzung der technischen Abteilung, mehr als 200 Arbeiter und etwa 25 Angestellte und Führungskräfte notwendig. Allerdings wurde dieses Vorhaben nie umgesetzt. In Tschechnitz blieb es weiterhin ausschließlich bei der Ferrochrom-Erzeugung. Aus welchen Gründen dieses Expansionsprojekt im Frühjahr 1940 scheiterte ist nicht bekannt. Wirtschaftliche Gründe, wie etwa die Vorteile einen bereits bestehenden Betriebsteil weiter auszubauen, statt einen gänzlich neuen Produktionsstandort für dieses Erzeugnis zu etablieren, die Höhe der ortsabhängigen Selbstkosten, die Kosten der Energieversorgung sowie die nicht immer zielführende Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden mögen hierbei den Ausschlag gegeben haben. Davon profitierte einmal mehr der Standort Mückenberg. Nur etwa ein Jahr später wurde dort bereits eine weitere Ausbaustufe des Siliciumcarbid-Betriebes genehmigt und umgesetzt. Die Wacker-Chemie konnte so ihre Produktion auf diesem Gebiet noch einmal deutlich steigern, wenngleich die Erweiterung in Mückenberg nicht denselben Umfang erreichte, wie er ursprünglich für den Standort Tschechnitz geplant war.

Immerhin, die Kapazität des Mückenberger SiC-Betriebsteiles war bereits nach der dritten Ausbaustufe deutlich höher als die in Kempten selbst. Während sich die K-Anlage des Ferrowerkes aus drei Baugruppen mit insgesamt neun Öfen zusammensetzte, standen in Kempten nur sechs Einphasenwiderstandsöfen zur Verfügung.[1420] Bei einer Besichtigung des Elektroschmelzwerkes durch Vertreter der Reichsstelle Chemie im Juli 1942 wurde deutlich, dass das Kemptener Werk die im Mob-Plan vorgesehenen Erzeugungs- und Verbrauchsziffern nicht erreichen konnte, da es sich bei den Werten um „Spitzenleistungen für äußerst günstige Verhältnisse“ handelte. Die zunehmend schlechte Rohstoffversorgung, insbesondere mit Pechkoks und Dampfkesselkohle aus Oberschlesien, dem Ruhrgebiet oder von der Saar, und der massive Arbeitskräftemangel wirkten sich negativ auf die Produktionsleistung aus, so dass die Mengenvorgaben in den Kriegsjahren nicht erreicht wurden.[1421] Dasselbe galt für die K-Anlage in Mückenberg. Hier musste aufgrund des Arbeitskräftemangels im Sommer 1943 ein Teil der Produktion stillgelegt werden, was „im RWM ziemliche Aufregung verursacht [hatte].“[1422] Trotz der inzwischen alltäglichen

[1420] In jeder Baugruppe war jeweils ein Ofen in Betrieb, so dass bei einer Brenndauer von 40 Stunden in Kempten durchschnittlich 36 Ofenchargen monatlich geschmolzen werden konnten (vgl. BArch R 8-VIII/17, Vermerk über die Besichtigung des Elektroschmelzwerkes Kempten am 15. Juli 1942).

[1421] Mitte Juli 1942 waren die Koks- und Kohlereserven nach einer zögerlichen Zuteilung durch die Reichsstelle für Kohle auf einen nur wenige Wochen ausreichenden Bestand herabgesunken. Jede weitere Lieferverzögerung musste zwangsläufig zu Produktionsausfällen führen (vgl. BArch R 8-VIII/17, Vermerk über die Besichtigung des Elektroschmelzwerkes Kempten am 15. Juli 1942).

[1422] HUW 4 D 9, Notiz über Ferngespräch zwischen Hiller und Sandhoff von der Reichsstelle Chemie, 3. August 1943.

Material- und Personalschwierigkeiten wurden noch 1944 die beiden Betriebserweiterungen in Mückenberg und Dresden-Reick umgesetzt. Die letzte Ausbaustufe (K-4) war in Erwartung einer staatlichen Anfrage über eine weitere Erhöhung der Produktionsaufgabe bereits Ende 1941 eigeninitiativ von der Wacker-Chemie projektiert worden.[1423] Veranschlagt wurde diese Investition mit 550.000 Reichsmark.[1424] Zwar stiegen die Baukosten letztlich auf über 600.000 Reichsmark an, doch war ein Ausbau des Siliciumcarbid-Betriebsteiles im Vergleich zu anderen Projekten relativ unkompliziert und kostengünstig durchzuführen, da es sich lediglich um die räumliche Erweiterung einer bereits bestehenden Anlage handelte.[1425] Ein großes Problem stellte wie zu erwarten die Zuteilung von Baumaterial und Bauarbeitern dar. Während man in der Projektionsphase noch befürchtete, überhaupt keine Genehmigung für ein derart umfangreiches Bauvorhaben zu erhalten,[1426] sorgte sich die Geschäftsleitung nach Baubeginn um eine möglichst gute Einstufung des Projektes in die entsprechenden Bauranglisten, denn ohne hohe Dringlichkeitsstufe musste man angesichts des vehementen Eisen- und Baustoffmangels mit einer deutlichen Verzögerung der Ausführung oder gar einer Stilllegung des Bauvorhabens rechnen.[1427]

Die Siliciumcarbid-Erweiterung des Ferrowerkes, die rund 140 Tonnen Siliciumcarbid zusätzlich bringen sollte,[1428] wurde in ihrer Kriegswichtigkeit entgegen den Befürchtungen des Unternehmens nicht herabgestuft,[1429] so dass die neuen Öfen 11 und 12 im Juni 1944 in Betrieb gesetzt werden konnten. Die Erhöhung der Produktion lässt sich deutlich am Strombedarf der Anlage ablesen. Dieser stieg laut Unterlagen der Wirtschaftsgruppe von 4,63 Millionen kWh im ersten Quartal 1944 auf 6,03 Millionen kWh ab dem zweiten Quartal an. Mit diesem Wert wurde der Siliciumcarbid-Betrieb Mückenberg mit deutlichem Abstand zum größten Stromverbraucher unter den insgesamt elf gelisteten Schleifmittelherstellern. Auf Platz zwei folgte mit einem Verbrauch von 4,94 Millionen kWh das Elektroschmelzwerk Zschornewitz, das sich auf die Erzeugung von Korund spezialisiert hatte. Die

[1423] „Es ist zu erwarten, dass an uns die Anforderung gestellt wird, unsere Siliciumcarbid-Anlage in Mückenberg zu erweitern. Eine Erhöhung der Produktion um etwa 1/3 ist mit einfachen Mitteln durchzuführen. Die Projektierung ist im Gange, um bereit zu sein, wenn sich die Durchführung des Projektes als erforderlich zeigt“ (HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 11. November 1941, S. 4).
[1424] Vgl. HUW 36 D 15, Zusammenfassung laufender Kosten und Eisenmengen, 10. Dezember 1941.
[1425] Vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk für die Direktion, 12. August 1943.
[1426] Vgl. HUW 35 C 19, Niederschrift einer Besprechung mit Hess am 20. März 1941.
[1427] Vgl. HUW 6 F 6, Abteilung VIII Bericht über diverse Besprechungen in Berlin und Mückenberg, 23. Juni 1942.
[1428] Vgl. BArch R 13-XII/183, Elektrokorund Soll-Ziffern 1944, ohne Datum.
[1429] Der Erweiterungsbau der Siliciumcarbid-Anlage wurde im Winter 1943 in der Wehrkreisrangfolgeliste unter der Nummer XI 42 Ch a 4 gelistet (vgl. HUW 35 D 46, Schreiben der Wacker-Chemie Mückenberg an das Wirtschaftsamt in Liebenwerda, 30. November 1943).

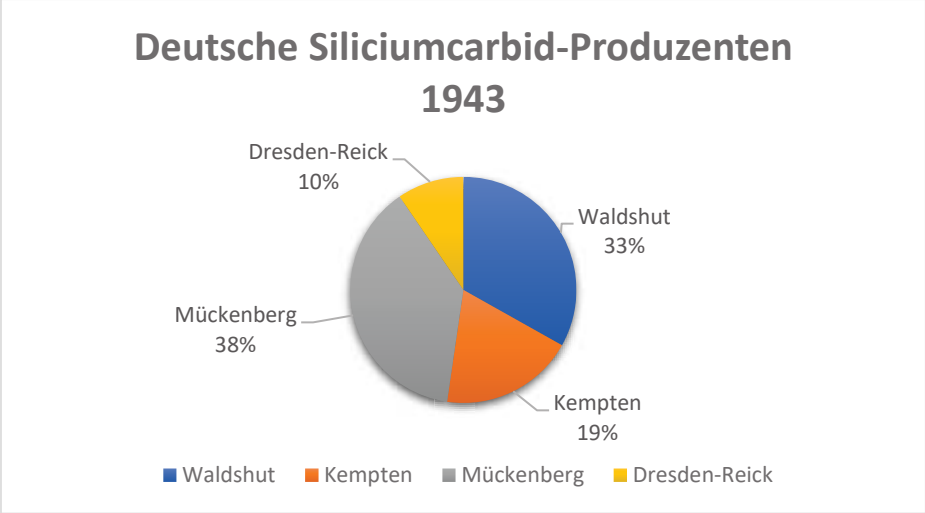
Schleifmittelwerke in Dresden-Reick benötigten für ihre Siliciumcarbid-Produktion 2,0 Millionen Kilowattstunden, die Lonza 3,26 Millionen Kilowattstunden und das Elektroschmelzwerk Kempten selbst 1,55 Millionen Kilowattstunden. Mit dieser reichsweit geplanten Vergrößerung der Produktionskapazitäten überschritt die deutsche Gesamtproduktion schließlich auch die 15.000 Jahrestonnen-Grenze, was einer Monatserzeugung von 1.265 Tonnen entsprach. Von den Vergrößerungen ausgespart blieb lediglich der deutsche Standort Waldshut der Schweizer Firma Lonza, der in den Jahren 1941 bis 1944 durchschnittlich 345 bis 355 Monatstonnen Siliciumcarbid erzeugte.[1430]

Um den stetig steigenden deutschen Bedarf zu decken, fanden im August 1944 erneut Gespräche zwischen Johannes Hess und dem Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion in Berlin statt.[1431] Zur Debatte stand eine weitere Ausbaustufe der Siliciumcarbid-Produktion, wobei die Entscheidung für den Standort Mückenberg bereits gefällt worden war.[1432] Würde das Projekt auch an anderer Stelle genehmigt und in das Mindestprogramm aufgenommen werden, dann sollten in Absprache mit dem Ministerium dort für rund vier Millionen Reichsmark eine neue Anlage (K-5) und eine Aufbereitungsanlage entstehen, wofür rund 2.000 Tonnen Bau- und Maschineneisen benötigt würden. Für die Finanzierung des Neubaus schlug Hess ein Darlehen der Wissenschaftlichen Forschungsgesellschaft vor. Zum ersten Mal wurde nun seitens der Wacker-Chemie argumentiert, dass die Anlage nach dem Krieg womöglich nicht weiter betrieben werden könne. Es war offensichtlich ein dem Kriegsbedarf geschuldetes Investitionsprojekt, das dann in Friedenszeiten zu einer unrentablen Überproduktion führen würde. Wider Erwarten stießen die wirtschaftlichen Bedenken der Wacker-Chemie im Ministerium Speers offensichtlich auf Verständnis, woraufhin die Wacker-Chemie einen Finanzierungsentwurf einreichen sollte. Trotz der Beteiligung von Dr. Schaidhauf lief die gesamte Korrespondenz über die Wacker-Chemie. Auch die Projektplanung lag in den Händen der Münchner Hauptverwaltung. Allerdings hatte diese Neuinvestition in den letzten Kriegsmonaten keinerlei Chance mehr auf ihre Umsetzung und wurde schließlich mit Kriegsende obsolet.

[1430] Vgl. BArch R 13-XII/183, Voraussichtlicher Strombedarf der Schleifmittelhersteller im Jahr 1944, 28. März 1944.
[1431] Vgl. HUW 7 E 22, Besprechungsniederschrift, 22. August 1944.
[1432] Zur Diskussion stand lediglich der genaue Standort in Mückenberg. Erwogen wurde hierbei einerseits eine direkte Erweiterung der bestehenden Anlagen des Ferrowerkes oder andererseits ein Neubau drei Kilometer westlich von Mückenberg, der zusätzlich eine Anbindung an das Schienennetz erfordern würde (vgl. HUW 7 E 22, Besprechungsniederschrift, 22. August 1944).

Wie hoch gestalteten sich nun die Anteile des Elektroschmelzwerkes Kemptens und des Mückenberger Siliciumcarbid-Betriebes an der deutschen Gesamterzeugung? Entsprechend einer Aufstellung der Wirtschaftsgruppe lag der Anteil der Elektroschmelzwerke Kempten AG an der deutschen Gesamterzeugung zwischen 55,3 im Jahr 1941 und 57,3 Prozent im Jahr 1943.[1433] Die Statistik hatte dabei die K-Anlage Mückenberg fälschlicherweise dem Elektroschmelzwerk Kempten untergeordnet – ein Fehler, der sich in den Aufstellungen der Wirtschaftsgruppe mehrfach finden lässt. Zudem deckt sich das Zahlenmaterial nicht ganz mit den Angaben der „Speziallisten für schutzbedürftige W-Betriebe" der Reichsstelle Chemie, dort war die Rede von einer Gesamtherstellungsmenge der Kemptener und Mückenberger Betriebe in Höhe von 870 Monatstonnen bzw. rund 10.000 Jahrestonnen Siliciumcarbid und dementsprechend einem Anteil an der deutschen Gesamterzeugung von 60 Prozent.[1434]

Abbildung 10: Verteilung der deutschen Siliciumcarbid-Produktion 1943



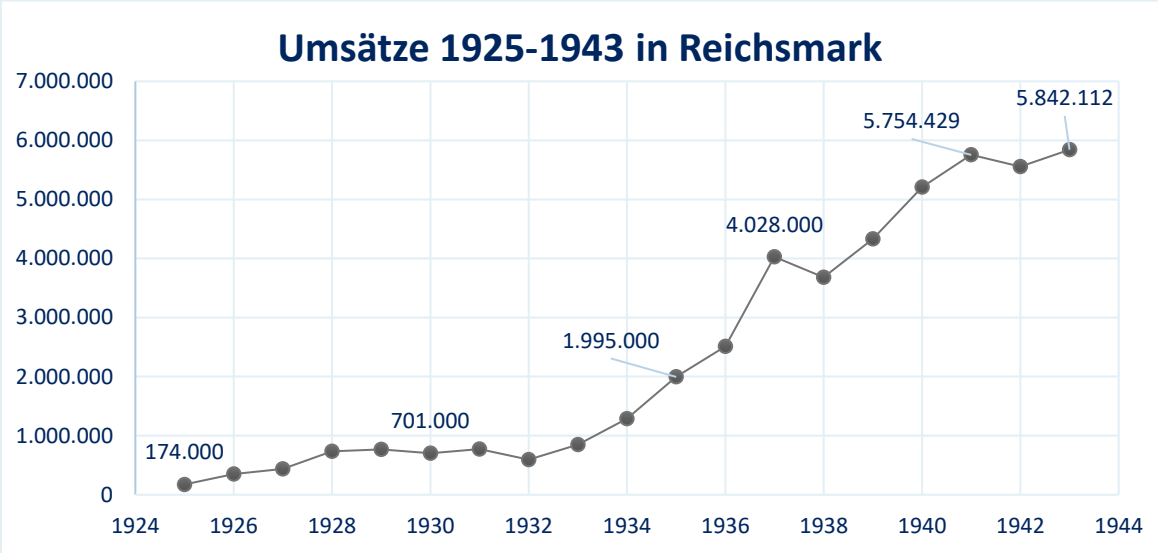
Diese Größenordnung wurde in der Realität jedoch nie erreicht. Das staatliche Zahlenmaterial beruhte mehr auf optimistischen Zielvorgaben als auf Fakten. Nach realistischen Schätzungen schwankte der Mückenberger Anteil an der deutschen Gesamterzeugung zwischen 37,6 und 39,95 Prozent (vgl. Abbildung 10). Ende 1944 produzierten das Elektroschmelzwerk Kempten und die K-Anlage in Mückenberg zusammen 8.520 Tonnen Siliciumcarbid. Bei einer Gesamtmenge von 15.180 Jahrestonnen entsprach dies einem Marktanteil von 56,13 Prozent. Somit lässt sich festhalten, dass der Siliciumcarbid-Betriebsteil des Ferrowerkes während des Zweiten Weltkrieges die größte Siliciumcarbid-Produktionsstätte Deutschlands darstellte, gefolgt vom Waldshuter Werk der Lonza, das rund ein Drittel der deutschen

[1433] BArch R 13-XII/183, Aktennotiz Schleifmittel, ohne Datum.
[1434] BArch R 8-VIII/23, Auszug aus den Speziallisten für schutzbedürftige W-Betriebe, ohne Datum [vermutlich 1943].

Gesamtproduktion beisteuerte. Nach der Inbetriebnahme der vierten Ausbaustufe erhöhte sich in den letzten beiden Kriegsjahren der Anteil des Mückenberger Siliciumcarbids auf über 40 Prozent, so zumindest die Planzahlen der Wirtschaftsgruppe.

Folgerichtig stiegen angesichts der erhöhten Kriegsnachfrage nicht nur die Produktionszahlen, auch der Umsatz und Gewinn entwickelte sich in den Kriegsjahren ausgesprochen positiv. Einen ersten Höhepunkt erreichten Umsatz und Reingewinn schließlich im Jahr 1941.[1435] Mit dem Verkauf von rund 7.500 Tonnen Siliciumcarbid generierte das Elektroschmelzwerk Kempten in diesem Jahr einen Umsatz von 5,75 Millionen Reichsmark (vgl. Abbildung 11).[1436]

Abbildung 11: Siliciumcarbid-Umsätze des Elektroschmelzwerkes Kempten

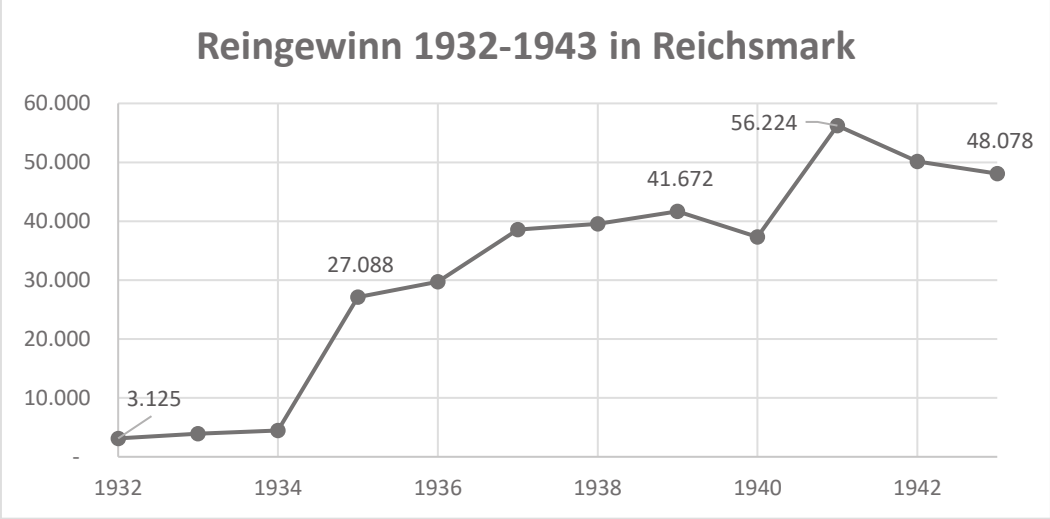


Von den erzielten Erlösen wurde laut Vertrag vom 1. Januar 1939 für das in Mückenberg gefertigte Siliciumcarbid ein bestimmter Satz als Verkaufsspannenanteil an den Wacker-Konzern abgeführt. Dieser lag zwischen 6,5 und 11.5 Reichsmark pro 100 Kilogramm Siliciumcarbid-Rohware.[1437] Im letzten Berichtsjahr 1943 hatte der Umsatz im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen: mengenmäßig um 2,5 Prozent, wertmäßig um fünf Prozent. Dies war den erneut leicht gestiegenen Verkaufspreisen für Siliciumcarbid zu

[1435] Die Daten stammen aus HUW 1 C 35, Elektroschmelzwerk Kempten – Chronik 1922-1944, ohne Datum und den unter HUW 38 B 15 überlieferten Bilanzen des Elektroschmelzwerkes.
[1436] HUW 38 B 15, Bericht der Chemischen Revisions- und Treuhand-Gesellschaft Berlin über eine Abschlussprüfung am 31. Dezember 1942, S. 3.
[1437] Vgl. ebd., S. 16-17.

verdanken, die 1942 eine durchschnittliche Höhe von 866,8 Reichsmark pro Tonne erzielten.[1438]

Abbildung 12: Entwicklung des Reingewinns Elektroschmelzwerk Kempten 1932-1943



Während das Elektroschmelzwerk Kempten sowohl in den beiden Anfangsjahren 1925 und 1926 als auch in den Krisenjahren 1929-1931 Verlust erwirtschaftete, lag der Reingewinn für das Unternehmen in den Kriegsjahren deutlich über dem Niveau der Vorkriegszeit, einzige Ausnahme stellte das Jahr 1940 dar (vgl. Abbildung 12).

3.2.4 Nachkriegszeit

Nach dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte in Kempten am 27. April 1945 wurde das Werk kurze Zeit später unter „Property Control“ gestellt und der bisherige Geschäftsführer Dr. Schaidhauf zum Treuhänder des Unternehmens bestellt. Mit Kriegsende war der geschäftliche Kontakt in die Niederlausitz abgebrochen, was für das Elektroschmelzwerk Kempten einem Verlust der kompletten Rohwaren-Produktion gleichkam. Zwar war es in den letzten Kriegswochen noch gelungen, den gesamten Mückenberger Siliciumcarbid-Vorrat, immerhin 650 Tonnen in 36 Bahnwaggons, ins Allgäu zu transportieren, doch beschäftigte diese Rohware die Kemptener Anlage nur für kurze Zeit. Um der dauerhaften Stilllegung zu entgehen, musste dringend eine Alternative gefunden werden. Auch in diesem Fall halfen alte Geschäftsverbindungen. Im Jahr 1947 standen in den teilweise stillgelegten Betriebsanlagen der Siemens-Plania AG in Meitingen bei Augsburg ungenutzte Grafitierungs-Öfen, die in Zusammenarbeit mit der Elektroschmelzwerk AG für die Produktion von

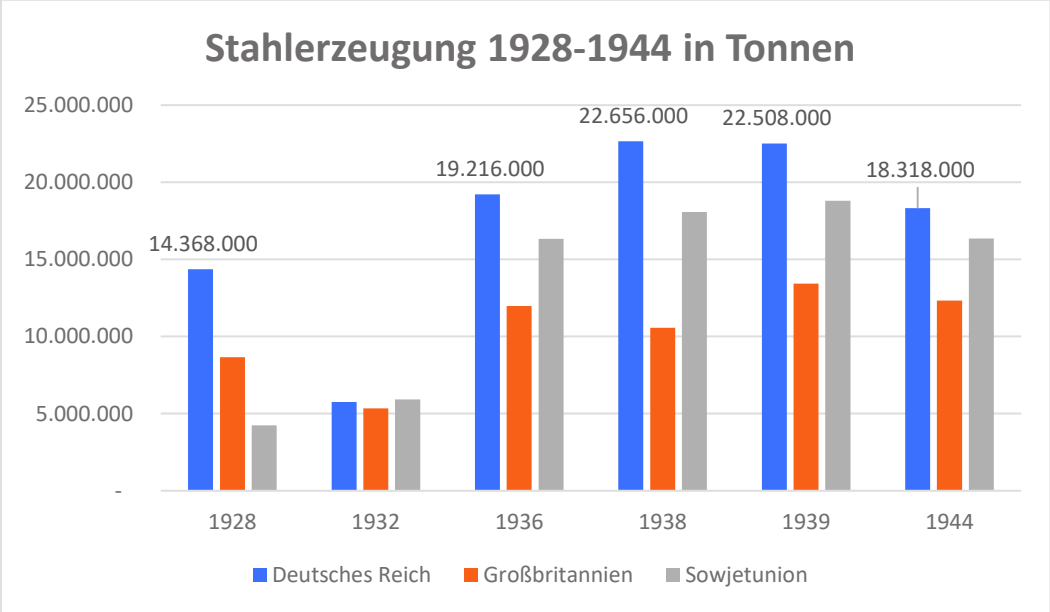
[1438] Vgl. ebd., S. 2.

Siliciumcarbid in Betrieb genommen wurden.[1439] Offensichtlich erfolgten im selben Jahr ebenfalls noch Lieferungen von Restbeständen der Wacker-Werke in Mückenberg, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits in Auflösung befanden, an die Siemens-Plania in Berlin.[1440] Die Anlage in Meitingen konnte jedoch nur eine vorübergehende Lösung darstellen, zumal die Siemens Plania 1951 den mit dem Elektroschmelzwerk getroffenen Vertrag zum Jahresende 1952 kündigte. Den Standort Mückenberg ersetzte schließlich ab 1952 ein neuer, binnen eines Jahres am Niederrhein in Grefrath errichteter Produktionsstandort.[1441] Nach der Verstaatlichung der Betriebe im Jahr 1948 wurde in Mückenberg überhaupt kein Siliciumcarbid mehr erzeugt. Das Elektroschmelzwerk in Kempten verblieb bis zum Verkauf an den amerikanischen Keramikhersteller Ceradyne Inc. im Juli 2004 im Wacker-Konzern.[1442]

3.3 Ferrolegierungen für die Stahlindustrie (1934 / 1935)

Ein zentrales Element der Rüstungsindustrie ist Stahl. Tatsächlich gelang es den drei weltgrößten Stahlproduzenten – Deutschland, Großbritannien und die Sowjetunion – ihre Produktionszahlen ab 1933 deutlich zu steigern (vgl. Tabelle 40).

Abbildung 13: Stahlerzeugung im Deutschen Reich, Großbritannien und der Sowjetunion 1928-1944



[1439] Vgl. HUW 40 C 22, ESK – mehr als 50 Jahre, S. 15.
[1440] Vgl. BArch R 8128/4107, Rechnungen Nr. 2039, Nr. 2061 und 2095 über insgesamt 236 Tonnen Siliciumcarbid.
[1441] Vgl. HUW 38 B 13, 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten – Von Traditionsprodukten zur Hochtechnologie, S. 7.
[1442] Vgl. Datenchronik der Wacker-Chemie, Eintrag Juli 2004. Heute gehört das ehemalige Elektroschmelzwerk Kempten zum US-amerikanischen 3M-Konzern und firmiert als 3M Technical Ceramics.

Dabei erreichte die Stahlerzeugung in Deutschland ihren Höhepunkt im Jahr 1938 (vgl. Abbildung 13). Setzt man die in Deutschland hergestellte Rohstahlmenge in Korrelation zur weltweiten Stahlerzeugung, so ergibt sich ein Anteil Deutschlands von 11,3 Prozent im Jahr 1932. Der Wert erhöhte sich im Jahr 1936 bereits auf 15,5 Prozent und lag im letzten Friedensjahr schließlich bei 20,6 Prozent lag.[1443] Zwei Jahre nach Verkündung des Vierjahresplanes machte die im Deutschen Reich hergestellte Stahlmenge also rund ein Fünftel der Weltproduktion aus (vgl. Tabelle 40).

Allerdings konnten die deutschen Erzeuger ihre Produktion nach Kriegsbeginn nicht mehr weiter steigern. Sie stieß an ihre Obergrenze und fiel im fünften Kriegsjahr weltweit hinter den Stand von 1936 zurück.

Land	**1928**	**1932**	**1936**	**1938**	**1939**	**1944**
Deutsches Reich	14.368.000	5.764.000	19.216.000	22.656.000	22.508.000	18.318.000
Frankreich	9.500.000	5.640.000	6.708.000	6.221.000	7.950.000	3.092.000
Großbritannien	8.656.000	5.346.000	11.972.000	10.564.000	13.433.000	12.337.000
Italien	2.097.000	1.497.000	2.106.000	2.322.000	2.283.000	1.025.000
Sowjetunion	4.251.000	5.927.000	16.339.000	18.068.000	18.796.000	16.350.000
Tschechoslowakei	1.980.000	661.000	1.501.000	1.762.000	2.292.000	1.673.000
Summe	**40.852.000**	**24.835.000**	**57.842.000**	**61.593.000**	**67.262.000**	**52.795.000**

Tabelle 40: Internationale Stahlerzeugung 1928-1944 in Tonnen

Mit der Stahlmenge stieg auch der Bedarf an den entsprechenden Ferrolegierungen. Die Nachfrage nach Ferrosilicium, Ferrochrom, Calciumsilicium und Dreistofflegierungen aus dem Mückenberger Ferrowerk setzte daher unmittelbar nach Überwindung der Weltwirtschaftskrise mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten ein. Sie übertraf den Bedarf der 1920er Jahre schnell und führte so zu neuen Expansionsplänen bei der Wacker-Chemie.

3.3.1 Erste Verhandlungen

Wie aus einem Besprechungsprotokoll vom 29. Dezember 1933 hervorgeht, wurden bereits Ende 1933 Sondierungsgespräche zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, dem Heereswaffenamt und der IG Farben in Berlin zum Thema „Versorgung der deutschen Stahlindustrie mit Legierungsmetallen“ geführt.[1444] Im Zentrum dieser Gespräche standen die

[1443] Zur Welterzeugung vgl. Länderrat, Statistisches Handbuch, S. 292.
[1444] Vgl. BArch R 8128/1420, Besprechungsprotokoll der IG Farben, 29. Dezember 1933, fol. 183-186.

wichtigen Legierungen Chrom, Molybdän, Vanadium, Wolfram, Nickel, Ferromangan und Ferrosilicium. Zu den drängendsten Fragen, die zwischen der Industrie und den staatlichen bzw. militärischen Stellen bei diesen Aussprachen zu klären waren, zählten neben Art und Größenordnungen deutscher Erzvorkommen, ihre Verwendbarkeit für die Stahlproduktion, die zu erzeugenden Rüstungsgüter auch die dafür benötigten Betriebsstätten, mögliche Importländer für Erze, die Besitzverhältnisse bei den ausländischen Lieferfirmen, international gültige Handelsvereinbarungen, der Jahresbedarf der deutschen Industrie sowie die Möglichkeit einen kompletten Jahresbedarf an Metallen in Deutschland zu bevorraten. Zum Erzeugerkreis der Legierungen Chrom und Ferrosilicium gehörte bekanntlich auch die Wacker-Chemie. Ein mit der IG Farben getroffenes Gentlemen Agreement regelte indes die Aufteilung des Legierungsmarktes zwischen beiden Unternehmen.[1445] Es sah vor, dass der Bereich Ferrolegierungen, solange er sich auf Chrom und Ferrosilicium bezog, ausschließlich in das Arbeitsgebiet der Wacker-Chemie fiel, wohingegen die Erzeugung der anderen genannten Metalle der IG Farben vorbehalten bleiben sollten. Als einer der deutschen Hauptproduzenten von Ferrolegierungen war die Wacker-Chemie so bereits kurz nach der Machtergreifung von den zwischen Staat, chemischer Industrie und Stahlindustrie stattfindenden Aushandlungsprozessen betroffen. Vertreter des Unternehmens waren in den Folgejahren selbst regelmäßig Teilnehmer an den Sondierungs- und Planungsgesprächen in Berlin und spielten dort durchaus eine aktive Rolle.

Die deutschen Stahl- und Legierungsproduzenten stießen in den 1930er Jahren auf verschiedene Probleme, insbesondere rangen sie mit den starken Preisschwankungen des internationalen Erzmarktes. Die gestiegenen Rohstoffpreise führten zu hohen Produktionskosten, denen häufig jedoch sinkende Verkaufspreise gegenüberstanden. Hinzu traten Devisenschwierigkeiten. Die Reglementierung des Außenhandels, wie sie schon 1931 mit der Bewirtschaftung von Devisen und der Einrichtung von Devisenstellen eingeführt worden war, erschwerte den Import der von der Stahlindustrie und den Legierungserzeugern zur Stahlproduktion benötigten Rohstoffe deutlich. Die neu errichteten Überwachungsstellen übernahmen zwar neben der anvisierten Exportförderung deutscher Waren auch Lenkungs- und Kontrollaufgaben bei der Steuerung der Waren- und Finanzströme, doch verschärfte sich trotz dieser Maßnahmen die Lage auf dem Rohstoffmarkt 1934 noch einmal erheblich. Während die Nachfrage nach Rüstungsgütern stark zugenommen hatte und die Produktionszahlen der Stahl- und Eisenerzeuger enorm gestiegen waren, neigten sich die zur

[1445] Vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937, S. 14.

Einfuhr der Rohstoffe benötigten Devisenreserven allmählich aber sicher dem Ende entgegen. Die Devisenengpässe betrafen nicht nur die Stahlindustrie, sondern auch Legierungsproduzenten wie die Wacker-Chemie. Es gelang den deutschen Außenhandels-Regulationsmechanismen auch in der Folgezeit nicht, das Problem wirksam zu beheben. Die daraufhin behördlich angeordnete Politik des Devisen-Sparens stand dem gesteigerten Rohstoffbedarf der Rüstungsindustrie diametral gegenüber und führte zu einer massiven, staatlich initiierten Einfuhrbeschränkung, infolgedessen der Import letztlich fast ganz zum Erliegen gekommen war. Firmenintern wird berichtet, die Situation habe sich derart zugespitzt, dass einige Stahlwerke beinahe ihren Betrieb hätten einstellen müssen.

Für die Vertreter der Reichsbank stellte nur die Kürzung der Einfuhr von Legierungsmetallen um 50 Prozent einen akzeptablen Lösungsansatz zur Eindämmung des Devisenproblems dar. Diese Entscheidung war jedoch in den Augen der Stahlindustrie „gleichbedeutend mit einer Wirtschaftskatastrophe“.[1446] Die staatlichen Stellen versuchten indes, die Verbraucher zur Verwendung deutscher Legierungen zu drängen, die preislich deutlich über den importierten ausländischen Legierungen lagen. Die Stahlindustrie war dementsprechend nicht bereit, die höheren Rohstoffkosten, wie sie durch die Abnahme deutscher Legierungen entstanden, zu tragen und verwies auf den Umstand, dass dem deutschen Warenexport in Höhe von zwei Milliarden Reichsmark lediglich ein Erz- und Metallimport von 360 Millionen gegenüberstünde. Die Devisenbilanz der Ferrolegierungsindustrie sei also sogar aktiv, die nötigen Einfuhrdevisen waren durch Exportdevisen gedeckt.[1447] Der hohe Rohstoffeinkaufspreis schade letztlich dem eigenen Exportgeschäft, “auf das von den Regierungsstellen der größte Wert gelegt würde“,[1448] so das Argument der Stahlwerke. Das Preisniveau deutscher Produkte steige durch diese Maßnahmen nur weiter an und führe dazu, dass die deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig wären, was sich im Gegenzug dann wiederum negativ auf die deutsche Exportrate auswirken würde. Die staatlichen Stellen lenkten trotz dieser von Seiten der Industrie geäußerten Bedenken nicht ein und bestanden zugunsten der Autarkiepolitik sowohl auf eine geringere Importrate als auch auf eine vergrößerte deutsche Legierungsproduktion. Die dem gesamten Bereich Legierungsmetalle monatlich bewilligte Devisenmenge wurde konsequent auf drei bis vier

[1446] HUW 4 B 7, Vorbesprechung der Ferrolegierungssitzung in Berlin zwischen Krupp, Wolframerz, Rheinmetall, Böhler, Röchlingstahl, Starck, Gesellschaft für Elektrometallurgie, Deutsche Edelstahlwerke, Stahlwerksverband und der IG Farben, 23. Mai 1934.
[1447] Vgl. HUW 4 B 7, Nachricht über ein Gespräch Rohlands (deutsche Edelstahlwerke) mit Lüttkes und den Vertretern der Reichsbank Weber und Waldeck, ohne Datum.
[1448] HUW 6 F 4, Besprechungsbericht mit der Vestag, 29. Oktober 1935.

Millionen Reichsmark reduziert. Die Vorgaben waren deutlich: „Es muss gespart werden. Auch die Legierungsindustrie muss Mittel und Wege finden, den Einfuhrbedarf zu reduzieren“. Vernickeln und Verchromen sollten ganz eingeschränkt werden. Eine erste Verschärfung der Beschaffungssituation wurde zum 1. Juni, spätestens 1. Juli 1934 erwartet.[1449]

Die angesprochenen Schwierigkeiten führten in der Folgezeit einerseits zu langwierigen Verhandlungen zwischen den Anbietern von Legierungen und ihren Verbrauchern in der Stahlindustrie sowie andererseits zu Gesprächen unter den deutschen Produzenten. Ihr Ziel war ein geschlossenes Auftreten aller Legierungserzeuger den anderen Parteien gegenüber.[1450] Zur Diskussion standen vor allem der Preis und die Menge der zu erzeugenden Legierungen, wofür ein Abgleich der aktuellen Produktionskapazitäten nötig wurde. Bei der Wacker-Chemie, die eigene Verhandlungen mit ihren Kunden führte, fand diese Problematik ab dem Frühjahr 1934 Erwähnung. Den Auftakt zu einer langen Reihe intensiver Gespräche zwischen dem Unternehmen und Vertretern der Stahlindustrie bildete eine Besprechung zwischen der Friedrich Krupp AG, der Wolframerz-Gesellschaft, Rheinmetall, Gebrüder Böhler & Co, Röchlingstahl, der Starck AG, der Gesellschaft für Elektrometallurgie, den Deutschen Edelstahlwerken, der IG Farben und dem Stahlwerkeverband im Mai 1934, bei der besonders auf die durch die Devisenlage und durch die aktuelle Preispolitik bedingte „Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Stahlindustrie und Ferrolegierungsindustrie“ verwiesen wurde.[1451] Den Verhandlungen vorausgegangen waren Preisstreitigkeiten, bei denen sich die Stahlerzeuger an das Reichswirtschaftsministerium gewandt und sich in Berlin über die Preispolitik der Legierungserzeuger beschwert hatten.[1452]

Das Amt überließ es daraufhin der Industrie eine gütliche Einigung zu finden, stellte aber das Eingreifen staatlicher Instanzen in Aussicht, falls es zu keiner befriedigenden Lösung kommen sollte.[1453] Die Androhung einer staatlichen Intervention verfehlte ihre Wirkung nicht.

[1449] HUW 4 B 7, Vorbesprechung der Ferrolegierungssitzung in Berlin, 23. Mai 1934.

[1450] In den Firmenakten sind mehrere Verhandlungsgespräche der Wacker-Chemie mit der Gesellschaft für Elektrometallurgie überliefert, in denen die jeweiligen Firmenvertreter Freyer, Krakenberger und Forcheimer versuchten, sich auf eine gemeinsame Strategie zu verständigen (vgl. diverse Aktennotizen und Reiseberichte Freyers unter HUW 6 D 11).

[1451] HUW 4 B 7, Vorbesprechung der Ferrolegierungssitzung in Berlin, 23. Mai 1934.

[1452] Vgl. HUW 6 D 33, Bericht über ein Treffen von Fassongs mit Vertretern der Gesellschaft für Elektrometallurgie am 12. März 1934 in Berlin, ohne Datum.

[1453] HUW 6 F 4, Besprechungsbericht mit der Vestag, 29. Oktober 1935. So auch bei späteren Verhandlungen, die immer wieder vertagt werden mussten, da zunächst keine Einigung erzielt werden konnte: „[…] im übrigen müsste eben die Vestag die Verantwortung den staatlichen Stellen zuschieben, die sich ja automatisch einschalten würden, nachdem eine Preiseinigung zwischen uns nicht zustande gekommen ist.“

In der Folgezeit sahen sich beide Seiten in dem gemeinsamen Ziel vereint, eine enge Zusammenarbeit anzustreben, „um der Überwachungsstelle die Arbeit zu erleichtern".[1454] Sowohl die Stahlerzeuger als auch die Legierungsproduzenten verlegten daraufhin als Zeichen des guten Willens ihre Verbandssitze nach Berlin. Ferner sollten gemeinsame Arbeitspläne erstellt und die aktuelle Vorratssituation überprüft werden. Im Gegenzug erwarteten die Unternehmen allerdings von staatlicher Seite eine Vereinfachung des komplizierten Devisenbewilligungsverfahrens.[1455] Der Devisengenehmigungsprozess blieb jedoch nach wie vor das staatliche Druckmittel schlechthin, um die Stahlerzeuger zum Einkauf deutscher Legierungen zu zwingen. Es wurde folglich nicht aus der Hand gegeben. Im Zweifelsfall wurde den Stahlwerken einfach keine Bewilligung erteilt. Vertreter der Vestag berichteten, „dass die Vestag durch Nichtbewilligung entsprechender Devisen gezwungener Massen [sic!] zu den hohen Preisen der Wackerchemie kaufen müsste." Diese Taktik wurde unter anderem beim Import von Ferrochrom und Calciumsilicium angewandt und förderte damit den Absatz der Wacker-Chemie.[1456]

Die Preisverhandlungen zwischen der Stahlindustrie und der Wacker-Chemie zögerten sich schließlich bis in den Herbst 1935 hinein. Besprechungsniederschriften des Unternehmens mit Vertretern der Vestag und Krupp belegen indes die schwierigen Aushandlungsprozesse um Preise und Liefermengen, die immer wieder abgebrochen und vertagt werden mussten. Das Hauptargument der Wacker-Chemie[1457] griff die Mehrkosten auf, die aufgrund der hohen Importkosten von den Legierungsherstellern selbst getragen werden mussten. Die Wacker-Chemie betonte dabei die wichtige Rolle der Legierungserzeuger für die nationalsozialistische Autarkiepolitik und verwies dabei auf den eigenen risikoreichen (finanziellen) Einsatz. Das Unternehmen bat deshalb um Verständnis für die, im Vergleich zu ausländischen Produkten, erhöhten Preise.[1458] Bei Besprechungen mit Krupp fanden Vertreter der Wacker-Chemie noch deutlichere Worte. Wolfgang Freyer betonte die Vorreiterstellung des Unternehmens, schließlich habe man als einzige deutsche Firma den Mut gehabt, auf eigene Verantwortung

[1454] HUW 4 B 7, Vorbesprechung der Ferrolegierungssitzung in Berlin, 23. Mai 1934.
[1455] Vgl. ebd.
[1456] HUW 6 F 4, Besprechungsbericht mit der Vestag, 29. Oktober 1935.
[1457] Für die Wacker-Chemie nahmen teil: Hess, Hiller, Freyer und von Fassong.
[1458] Vgl. HUW 6 F 4, Besprechungsbericht mit der Vestag, 29. Oktober 1935. Die Darstellung der eigenen Rolle innerhalb der deutschen Autarkiebemühungen als Verhandlungsargument: „Sowohl von Herrn Kommerzienrat Freyer, als auch von Herrn Direktor Hess wird erklärt, dass wir derselben Meinung wären, dazu gehörte aber, dass uns von den Verbraucherkreisen insbesondere von dem größten Verbraucher (Vestag) Verständnis entgegengebracht würde, nachdem ja schließlich wir mit unendlichen Opfern mit dazu beitrügen, die deutsche Wirtschaft von Einkäufen aus dem Ausland freizumachen, was ja bei den heutigen Devisenschwierigkeiten, die sicherlich nicht in allernächster Zeit behoben werden können, für die ganze Volkswirtschaft von größter Wichtigkeit sei."

und mit eigenen Finanzmitteln eine Anlage zur Produktion niedriggekohlten Ferrochroms zu errichten und diese bereits kurze Zeit später auf Anregung der Regierungsstellen erneut auszubauen, um die Legierungskapazität noch einmal deutlich zu steigern.[1459] Gleichzeitig warnte Freyer in Hinblick auf Ferrosilicium jedoch auch vor der Gefahr, die ausländischen Anbieter komplett „außen vor“ zu lassen, da die Bestimmungen des internationalen Syndikates immer noch gültig wären.[1460] Die Stahlerzeuger waren trotzdem nicht bereit, ihre Rohstoffe teurer als nötig einzukaufen. Die Vestag drohte daher im Gegenzug damit, dass es bereits Planungen zur Errichtung einer eigenen Ferrosilicium-Produktion gebe. Die Krupp AG hatte derartige Erwägungen bereits in die Tat umgesetzt, ihre neue Anlage zur Erzeugung von Ferrosilicium mit 45 und 90 Prozent Silicium sollte zum Jahresbeginn 1936 in Betrieb gehen.[1461] An einem Punkt allerdings bestand grundsätzlich Einigkeit: der Ausschluss staatlicher Stellen bei den Aushandlungsprozessen. So sollte trotz aller Diskrepanzen angestrebt werden, „dass Lieferfirmen und Verbraucher zu unmittelbaren Verständigungen kämen, wodurch dann die Einschaltung der staatlichen Stellen hinfällig würde.“[1462]

Abschließend lässt sich anmerken, dass die zu erreichenden Ziele – Einsparung von Devisen, Reduzierung der Rohstoffimporte, Produktionssteigerung und Exportförderung – zwar von staatlichen Stellen, insbesondere von den Bewirtschaftungsbehörden, vorgegeben waren, der Industrie allerdings zugleich die Möglichkeit eingeräumt wurde, sich untereinander zu verständigen und selbst eine wirtschaftlich rentable Lösung auszuhandeln, auch wenn dies mit der Drohung einer staatlichen Intervention im Falle einer Nichteinigung verbunden war.

3.3.2 Ferrosilicium

In den Verhandlungen des Frühsommers 1934 wurde gerade die Frage der Ferrosilicium-Produktion als besonders dringlich empfunden. Der internationale Ferrosilicium-Handel wurde bislang über das internationale Ferrosilicium-Syndikat abgewickelt, das erst kurze Zeit vorher, am 1. April 1934, um ein weiteres Jahr verlängert worden war.[1463] Die

[1459] Vgl. HUW 6 F 4, Besprechungsniederschrift mit Krupp, 29. Oktober 1935.
[1460] „Herr Kommerzienrat Freyer betonte, man könne schließlich die Ausländer nicht ganz ausschließen. Es bestehe ein internationaler Syndikatsvertrag, der gehalten werden muss. Irgendeine Einmischung von Regierungsstellen, wodurch auch nur andeutungsweise auf eine Änderungsmöglichkeit des Vertrages hingewiesen würde, könnte sehr leicht bei den ausländischen Lieferanten unangenehm bemerkt werden“ (HUW 6 F 4, Besprechungsniederschrift mit Krupp, 29. Oktober 1935).
[1461] Vgl. HUW 6 F 4, Besprechungsniederschrift mit Krupp, 29. Oktober 1935.
[1462] Ebd.
[1463] Die Quote der Wacker-Chemie betrug zu diesem Zeitpunkt im Syndikat 7.860 Tonnen von einer Gesamtsumme von 113.188 Tonnen aller Syndikatsmitglieder (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. April 1934, S. 7-8).

Unternehmensleitung der Wacker-Chemie wertete die sich verschärfenden Einfuhrbeschränkungen zunächst als „kurzfristige“ Reaktion auf die anhaltenden Devisenschwierigkeiten und ging von einem vorübergehenden Importstopp aus, der im Hinblick auf die Situation am internationalen Markt schnell behoben werden sollte. Das Syndikat musste nach Ansicht der Wacker-Chemie aufrechterhalten werden, um Preiskämpfe im Ausland zu verhindern, die den Markt nachhaltig hätten schädigen können, worunter gegebenenfalls auch die deutschen Firmen nach Beendigung der Importbeschränkungen zu leiden gehabt hätten.[1464] Indem sie die Marktentwicklung vor allem auf die Devisenlage zurückführte, unterschätzte die Geschäftsführung, in ihrer betriebswirtschaftlich orientierten Denkart, sowohl die Auswirkungen politischer und ideologischer Faktoren auf die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, als auch die Nachhaltigkeit des Problems. Offensichtlich war ihr das Ausmaß der angestrebten Aufrüstung nicht bewusst, zudem wurde verkannt, welchen Preis der Staat bereit war tatsächlich für die Autarkiepläne zu bezahlen. Dem Wunsch der Regierung nach einer weitgehenden Unabhängigkeit Deutschlands vom internationalen Rohstoffmarkt entsprechend sollte der Import künftig möglichst ganz eingestellt und die Versorgung der expandierenden Stahlindustrie langfristig durch deutsche Erzeuger gesichert werden, selbst wenn die Vergrößerung der deutschen Produktionskapazitäten mit einem erheblichen Subventionsaufwand für den Staat verbunden war. Eine besondere Rolle beim Ausbau der deutschen Ferrosilicium-Produktion fiel dabei den beiden großen Legierungserzeugern, der Wacker-Chemie und dem Knapsacker Werk der RWE zu.[1465]

Wie zu erwarten konnte der 1934 für Ferrosilicium-Einfuhren vorgesehene Devisenvorrat nur einen Bruchteil des tatsächlichen Importbedarfes decken. Die Abhängigkeit vom Ausland war hoch, denn zwischen 1924 und 1934 war der deutsche Ferrosilicium-Bedarf je nach Marktlage zu 48 bis 77 Prozent von ausländischen Lieferanten abgedeckt worden. Angesichts dieser Zahlen erwies sich ein kompletter Einfuhrstopp nicht sofort durchführbar, allerdings wurde der Import für das Jahr 1935 auf die Gesamtmenge von 12.000 Tonnen Ferrosilicium gedeckelt.[1466] Wie gehabt stand dem Beschaffungsproblem dementsprechend ein deutlich erhöhter Ferrosilicium-Bedarf bei den deutschen Stahlerzeugern gegenüber. Der Verbrauch von Ferrosilicium war binnen zwei Jahren von 16.000 Tonnen (1932), auf 48.000 Jahrestonnen angestiegen. Er hatte sich seit der Machtergreifung also verdreifacht. Der

[1464] Vgl. ebd.
[1465] Vgl. HUW 4 B 7, Niederschrift der Besprechung am 23. Mai 1934, ohne Datum.
[1466] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 1. Februar 1935, S. 10-12.

Lieferanteil der Wacker-Chemie lag bei 14.000 Jahrestonnen Ferrosilicium, der von Knapsack bei 10.000 Tonnen. Der gesamte deutsche Bedarf an Legierungen auf Ferrosilicium-Basis, einschließlich der Calciumsilicium-Legierungen, betrug in dieser Zeit umgerechnet 54.000 Jahrestonnen.[1467] Folglich lieferte die Wacker-Chemie gut ein Drittel der von der deutschen Industrie benötigten Menge. In einem Mitte Juli 1934 an die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie gerichteten Schreiben informierte die Überwachungsstelle für unedle Metalle als für die Planung und Koordinierung zuständige Behörde das Unternehmen über aktuelle Schwierigkeiten und bat die Firma um Hilfestellung bei der Beurteilung und Planung der künftigen Erzeugung:

> „Da der Devisenvorrat für Juli schon so gut wie ganz erschöpft ist und für August noch weniger zur Verfügung stehen wird, kommen weitere Einfuhrbewilligungen für den nächsten Monat nur in aller geringstem Umfang in Betracht. Bitte lassen sie mich doch freundlichst wissen, welche Produktionssteigerung seitens der deutschen Ferrosilicium-Werke bis Ende dieses Jahres vorgesehen ist bezw. Erfolgen kann.“[1468]

Die Wacker-Chemie stimmte zu und übernahm eine aktive Rolle bei der Bewirtschaftung. Sie arbeitete in der Folgezeit eng mit den staatlichen Stellen zusammen. So fanden von diesem Zeitpunkt an wiederholt Planungssitzungen zwischen der Wacker-Chemie als einem der Haupterzeuger von Ferrosilicium und dem Reichsbeauftragten der Überwachungsstelle für unedle Metalle statt, bei denen die Höhe der notwendigen Produktionssteigerung und die Auswirkungen der Expansionspolitik für die deutsche Industrie besprochen wurden. Zu der Erhöhung der Erzeugungsmengen bildeten die von der Überwachungsstelle zu genehmigenden Importmengen einen weiteren Diskussionsschwerpunkt. Nachdem die Wacker-Chemie mit dem Hinweis auf bestehende internationale Verträge und Lieferverpflichtungen bei der Behörde gegen eine vollständige Importsperre interveniert hatte, wurde das Unternehmen schließlich beauftragt, selbst „mit den ausländischen Lieferern wegen Ermässigung ihres Lieferrechtes nach Deutschland zu verhandeln.“[1469]

Im Ergebnis reduzierten die ausländischen Anbieter, wie vom Staat beabsichtigt, ihren Anteil am deutschen Markt unter der Bedingung, dass die aufgrund der Devisenbeschränkung gegenwärtig noch offenen Rechnungsbeträge umgehend beglichen würden. Das Ziel einer Produktionsverlagerung vom Ausland auf deutsche Betriebe war erreicht. Die sogenannte deutsche Gruppe musste künftig eine Mehrproduktion von mindestens dem Doppelten der

[1467] Vgl. HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk für die Direktion, 4. Mai 1935.
[1468] HUW 10 A 34, Schreiben des Reichsbeauftragten bzgl. der möglichen Produktionssteigerung, 13. Juli 1934.
[1469] Ebd.

bisherigen Ferrosilicium-Mengen liefern.[1470] Die ursprüngliche Quotenregelung besaß ab diesem Zeitpunkt für den deutschen Markt folglich praktisch keine Bedeutung mehr. Staatliche Vorgaben hatten die Marktsituation für die deutschen Erzeuger und somit auch der Wacker-Chemie grundlegend verändert. Als Folge dieser Politik kündigten einige der skandinavischen Mitglieder den Syndikatsvertrag zum Ablauftermin des aktuellen Vertrages ganz.[1471]

Dennoch hatte die Debatte um die Einfuhr von skandinavischem, vor allem norwegischem Ferrosilicium auch ein Jahr später keinen für alle beteiligten Parteien befriedigenden Abschluss gefunden. Noch im Frühjahr 1935 wurden Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium, der Devisenstelle, dem Reichwehrministerium, der Überwachungsstelle für Eisen und Stahl, der Stahlindustrie und den Ferrosilicium-Erzeugern zu diesem Problem geführt. Angesichts des rasch schwindenden deutschen Clearing-Guthabens wurden unter anderem Kompensationsgeschäfte, wie etwa die Lieferung deutscher Kohle oder Koks[1472] nach Norwegen sowie die Handels- und Liefermöglichkeiten für deutsche Waren im europäischen Raum, also Exporte in Länder wie Schweden, Finnland, der Schweiz oder Jugoslawien, thematisiert. Der Umstand, dass die norwegische Regierung Kompensationsgeschäfte außerhalb des Clearingverfahrens ablehnte, und sich das deutsche Guthaben ausgerechnet in Jugoslawien, einem der Hauptlieferanten für Erze, besonders schnell erschöpfte, reduzierte die Optionen für eine Bedarfsdeckung aus dem Ausland jedoch erheblich.[1473] Was als Ausweg verblieb, war die Erhöhung der deutschen Ferrosilicium-Produktion.

Nichtsdestotrotz barg diese staatlich verordnete Wirtschaftspolitik nicht nur Konfliktstoff, sie ermöglichte den Legierungsproduzenten dank des höheren Verbrauches und der gesteigerten Nachfrage nach deutschen Produkten die Steigerung ihrer Erzeugung, die Erhöhung des Absatzes und somit zumindest theoretisch, sollte sich das aktuell niedrige Preisniveau infolgedessen wieder erholen, die Option auf höhere Gewinne. Trotz dieser positiven Prognosen waren nicht alle etablierten deutschen Ferrosilicium-Erzeuger dazu bereit, ihre Produktion zu erweitern oder stillgelegte Kapazitäten wieder in Betrieb zu setzen. Schließlich stellten die Dauerhaftigkeit der Nachfrage und die Stabilität der Preise weiterhin große

[1470] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934, S. 5.
[1471] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 1. Februar 1935, S. 11.
[1472] Die deutsche Kohle- bzw. Kokslieferungen standen hierbei primär in Konkurrenz zu englischen Anbietern mit günstigeren Preisen.
[1473] Vgl. HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk für die Direktion, 4. Mai 1935.

Unsicherheitsfaktoren für die Industrie dar. Ebenso wie die RWE Knapsack, die zunächst kein Interesse an der Wiederinbetriebsetzung ihrer Ferrosilicium-Produktion zeigte, und stattdessen mehr Stickstoff auf den Markt bringen wollte, scheuten einige Unternehmen das damit verbundene wirtschaftliche Risiko, zumal die Gewinnspanne bei Ferrosilicium im Vergleich zu anderen elektrochemischen Erzeugnissen nicht sonderlich hoch war.[1474] Für den Produktionsbereich Ferrolegierungen lassen sich bei der Wacker-Chemie im Frühjahr 1935 folgende Verkaufspräferenzen festhalten:[1475] An erster Stelle stand Reinsilicium mit einem Erlös von 58 Pfennigen pro eingesetzter Kilowattstunde, ihm folgte Silical, eine Aluminium-Silicium-Legierung der Wacker-Chemie, mit etwa 42 Pfennigen pro eingesetzter Kilowattstunde, dann Ferrosilicium (75 Prozent Silicium-Anteil) mit 29 Pfennigen pro eingesetzter Kilowattstunde bei optimalen Gestehungskosten.

Wie aus dem Schlusssatz der entscheidenden Besprechung mit den Stahlerzeugern in den Räumlichkeiten des Reichswirtschaftsministeriums hervorgeht, mussten die unternehmerischen Bedenken dennoch ebenso wie das Problem der höheren Preise dem staatlich anvisierten Ziel der Einfuhrunabhängigkeit untergeordnet werden. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums äußerte sich dazu wie folgt: „dass der Fesi-Bedarf Deutschlands unter allen Umständen gedeckt werden müsste und dass, wenn die Fesi-Industrie dies nicht in irgendeiner Form leisten könnte, die Stahlindustrie von der Regierung gezwungen werden würde, entsprechende Anlagen zu bauen.“[1476] Die Wacker-Chemie hatte sich im Gegensatz zu anderen Erzeugern grundsätzlich dazu bereit erklärt, ihre Kapazitäten zu vergrößern, vorausgesetzt, es würde ihr vorzeitig ein Teil der Energie aus den Alzwerken zugebilligt, die allerdings bis zum Vertragsende 1938 der staatlichen Viag zustanden.[1477] Den geforderten Strom erhielt das Unternehmen nicht, offensichtlich wurde aber eine andere Lösung gefunden. Diese schloss die vier stillgelegten Öfen der RWE in die Planungen ein: Die Wacker-Chemie verpflichtete sich gegenüber dem Wirtschaftsministerium sowie dem Stahlwerksverband Mitte Mai 1935, gemeinsam mit der Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger, die Anlagen der RWE zu pachten und in Betrieb zu setzen und in einem zweiten Schritt die eigene Produktion zu erhöhen. Die Vereinbarung sah also vor, zunächst nur einen der Knapsacker Öfen für die Produktion von Ferrosilicium mit 45 Prozent Silicium in Betrieb zu nehmen, die anderen drei für den Fall, dass der Bedarf weiter steigt, in

[1474] Der Ferrosilicium-Erlös war von 204,07 Reichsmark pro Tonne im Jahr 1928 auf 154,65 Reichsmark 1933 gefallen (vgl. HUW 10 F 5, Aktennotiz Fesi-Erlöse, ohne Datum).
[1475] Vgl. HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk der Abteilung VIII, 18. April 1935.
[1476] HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk für die Direktion, 4. Mai 1935.
[1477] Vgl. HUW 4 B 7, Schreiben Hess an Hermann, 27. April 1935.

Bereitschaft zu halten und ggf. in Betrieb zu nehmen, vorausgesetzt, es stünden ausreichend Strommengen und deutsche Rohstoffe zur Verfügung. Einen Gewinn sollten beide Unternehmen dabei nicht aus den zusätzlichen Öfen ziehen dürfen. Im Gegenzug übernahm der Stahlwerksverband die Instandsetzungs- und Mehrkosten in einer vorab vertraglich garantierten Höhe von 200.000 Reichsmark. Der zweite Teil der Vereinbarung betraf, wie erwähnt, die Eigenproduktion beider Unternehmen. Während die Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger ebenso wie Knapsack 45-prozentiges Ferrosilicium erzeugen sollte, wurden für den Standort Mückenberg die Sorten mit 75 und 90 Prozent Silicium[1478] eingeplant. Nachdem im Ferrowerk bereits im Sommer 1934 ein neuer Ofen als bauliche Erweiterung des Carbidbetriebs errichtet worden war, folgte wie in den vorausgegangenen Verhandlungen vereinbart zur deutlichen Steigerung der deutschen Produktionsmenge im Juli 1935 ein zweiter neuer Ofen.[1479] Die getroffene Regelung sollte bis Anfang 1936 gelten und machten die Wacker-Chemie nach der Inbetriebnahme des neuen Ferrosilicium-Ofens in Mückenberg zum Branchenführer.[1480] Denn die Verteilung umgerechnet auf 45-prozentiges Ferrosilicium sah nun wie folgt aus:[1481]

Wacker-Chemie (mit 3 Öfen in Mückenberg)	2.000 Monatstonnen
Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger	750 Monatstonnen
RWE Knapsack	500-600 Monatstonnen

Tabelle 41: Verteilung der deutschen Ferrosilicium-Produktion 1935

Allerdings erwiesen sich die während der Weltwirtschaftskrise vorzugsweise erzeugten niedrigprozentigen Sorten (unter 45 Prozent Silicium-Anteil) nun bei den Stahlerzeugern als äußerst unbeliebt. Ihre Produktion wurde bei der Wacker-Chemie folglich sukzessive eingestellt. Auch die Herstellung der letzten niedrigprozentigen Sorte mit 15 Prozent Silicium-Anteil wurde im Herbst 1935 stillgelegt. Danach spielten niedrigprozentige Sorten keine Rolle mehr in der Produktpalette.

[1478] Die Erzeugung der höher prozentigen Sorten und des Reinsiliciums hatte die Wacker-Chemie während der Weltwirtschaftskrise eingestellt. Sie musste diese nun erst wieder in Betrieb nehmen.
[1479] Der 1934 errichtete Ofen VI konnte sowohl zur Herstellung von Carbid als auch zur Erzeugung von Ferrosilicium eingesetzt werden. Ofen VII wurde für die Produktion von Ferrosilicium, Calciumsilicium oder Alsikal betrieben. Allerdings erwies sich das häufige Umstellen der Öfen als äußerst unrentabel (Material und Arbeitsstunden), so dass mit einer Erhöhung der Ofenanzahl auch die Wahrscheinlichkeit stieg, je einen Ofen für ein bestimmtes Produkt in Betrieb zu lassen. Die Öfen des Altbaus, die zuvor Ferrosilicium produzierten, dienten nun der Herstellung von Ferrochromsilicium für die Ferrochrom-Produktion (vgl. HUW 39 A 7-12, Schriftvermerk der Abteilung VIII an Hess, 26. April 1937).
[1480] Vgl. HUW 10 A 34, Schreiben der Wacker-Chemie an das Wirtschaftsministerium, 14. Mai 1935.
[1481] Vgl. HUW 39 A 7-10, Bericht der Abteilung VIII, 2. April 1935.

3.3.3 Ferrochrom

Der deutsche Chrom-Bedarf wurde über drei Herstellungswege gedeckt: über Ferrochrom, Chrommetall aluminothermisch und Chrommetall elektrolytisch.[1482] Dabei entstand die Legierung Ferrochrom wie Ferrosilicium durch einen Schmelzprozess im Elektroofen. Zur Verteilung der Produktionsmengen bestanden auch hier Marktabsprachen in Form von nationalen wie internationalen Chromkonventionen. Ein Syndikat gab es nicht. Zu den Mitgliedern der internationalen Konvention zählten Ende 1933, neben Deutschland, auch Frankreich, Schweden, Norwegen, die Schweiz, Amerika sowie Italien als „unabhängiger" Außenseiter. An eine Unabhängigkeit Deutschlands vom Weltmarkt war indes auch hier nicht zu denken, da die Chromerze überwiegend aus dem Ausland importiert werden mussten. Allerdings sollte ab 1933 die Option genutzt werden, das Ferrochrom in Deutschland zu erzeugen, statt es wie zuvor in großen Mengen preisgünstig aus Schweden oder Norwegen zu importieren.[1483] Ein Teil wurde zudem von drei Schweizer Firmen – Gesellschaft für elektrochemische Industrie Liesberg, Lonza AG und Melectro-Métallurgie Monbouvon – an die deutschen Werke geliefert. Zwar gab es auch in Deutschland geringe Erzvorkommen, doch lag der jeweilige Chrom-Anteil weit unter dem der ausländischen Erze. Die schlechtere Qualität verringerte zum einen die Ausbeute, zum anderen führte es zu Problemen bei den Unternehmen, deren Betriebseinrichtungen nicht auf die Verarbeitung dieser minderwertigen Erze eingestellt waren.

Bei den bereits erwähnten Gesprächen mit der IG Farben in Berlin 1933 ließ sich der exakte Bedarf der deutschen Stahlindustrie an Ferrochrom und Chrommetallen nicht ermitteln. Der Erzeugergruppe gehörten neben Krupp, die Wacker-Chemie sowie die Gesellschaft für Elektrometallurgie mit ihrem Werk in Weisweiler an.[1484] Alle Sorten Ferrochrom zusammengenommen, lag der Jahresverbrauch 1930/31 bei den Großabnehmern, den Vereinigten Stahlwerken und Krupp, bei 1.299 bzw. 1.620 Tonnen, wovon ein Teil als Chromstahl wieder zurück in den Export floss. Da zu diesem Zeitpunkt bereits mit einem dauerhaften Anwachsen der Binnennachfrage gerechnet wurde, erörterten die entsprechenden Behörden die Errichtung neuer Ferrochromwerke. Zu den favorisierten Regionen zählte

[1482] Vgl. BArch R 8128/1420, Besprechungsprotokoll der IG Farben, 29. Dezember 1933, fol. 184.
[1483] Valutaschwache Länder profitierten vom niedrigen Preis ihrer Ware. Verstärkt wurde diese Diskrepanz zusätzlich durch die im Vergleich geringeren Produktionskosten, die sich aus der Nutzung von Wasserkraft und den kürzeren Transportwegen der Erze ergaben.
[1484] Vgl. HUW 27 D 11, Vorschläge für eine Erhöhung der Ferrochromerzeugung in Mückenberg, 24. Oktober 1934.

beispielsweise das Gebiet rund um die sogenannte Weserfestung.[1485] Erst mit der Errichtung der Überwachungsstellen 1934[1486] war es möglich geworden, den genauen Bedarf der Stahlindustrie zu ermitteln, der bei etwa 10.800 Tonnen Ferrochrom lag. Dem stand zu diesem Zeitpunkt eine geschätzte deutsche Erzeugung von knapp 8.000 Tonnen gegenüber.

Auch bei der Wacker-Chemie entstand 1935 der Eindruck, die Nachfrage nach Ferrochrom sei nicht nur stabil, sondern stetig weiter im Steigen begriffen.[1487] Diese Entwicklung schürte eine positive Erwartungshaltung bei der Geschäftsleitung in München. Die Wacker-Chemie erzeugte zu diesem Zeitpunkt nur die beiden Sorten Ferrochrom suraffiné (niedriggekohlt, mit einem Kohlenstoffgehalt von weniger als 0,5 Prozent) und Ferrochrom affiné (hochgekohlt, mit einem Kohlenstoffgehalt von 0,5 Prozent bis zwei Prozent). Dabei lag das Verhältnis der Produktionsmenge bei 40 zu 60 Prozent. Bei den höher gekohlten Ferrochromsorten (Ferrochrom carburé) waren die ausländischen Lieferanten deutlich günstiger. Infolgedessen wurden diese Legierungen nicht selbst erzeugt, sondern importiert. Auch die niedriggekohlten Sorten mit 0,06 bis 0,15 Prozent Kohlenstoff wurden 1933/Mitte 1934 noch nicht von deutschen Unternehmen produziert, auch wenn die Wacker-Chemie dazu technisch bereits in der Lage gewesen ist. Nach Meinung der Behörden sollte sich das zeitnah ändern und die Stahlwerke, ebenso wie es bereits bei Ferrosilicum gelungen war, dazu gebracht werden, ihre Legierungen künftig von den deutschen Firmen zu beziehen, auch wenn dann die Preise wieder entsprechend steigen würden. In diesem Kontext wurden auch Gespräche mit der Wacker-Chemie als einem möglichen Produzenten dieser Sorten geführt, die sich allerdings erst mit der (finanziellen) Unterstützung von Heereswaffenamt und Wirtschaftsministerium dazu bereit erklärte, die niedriggekohlten Ferrochromsorten in ihre Produktpalette aufzunehmen.

Um die bereits bestehende Diskrepanz zwischen Erzeugungs- und Verbrauchsmenge zu verringern, wurde indes eine Erhöhung der Ferrochrom-Produktion in Mückenberg erwogen.

[1485] Die Erzeugungsfähigkeit in Mückenberg sei zum jetzigen Zeitpunkt unbekannt, so das Protokoll (vgl. BArch R 8128/1420, fol. 186).

[1486] Die Errichtung der Überwachungsstellen erfolgte im Zuge des sogenannten Neuen Plans von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht (1877-1970), der darin ein wirksames wirtschaftslenkendes Instrument zur Verbesserung der deutschen Handelspolitik sah. Die neuen Grundsätze zur Verbesserung der schlechten Devisenlage traten im September 1934 in Kraft, darunter die „Verordnung über den Warenverkehr vom 4. September“, die „Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 11. September“ 1934, der „Erlass des Reichsfinanzministers an die Zollstellen betreffend die Devisenüberwachung bei der Einfuhr vom 15. September 1934“ und die „Verordnung über Preise für ausländische Waren vom 22. September 1934“. Zum Neuen Plan und den Aufgaben der Überwachungsstellen vgl. Ebi, Export, S. 117-191, insbesondere den Abschnitt zur Einfuhrregelung S. 128-132.

[1487] Bislang lag die Quote der Wacker-Chemie als Mitglied der Ferrochrom-Konvention bei 35 Prozent (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934, S. 5).

Die Wacker-Chemie war daher bereits im Sommer 1934 nach einer Gesprächsrunde mit Vertretern des Wirtschaftsministeriums und verschiedener militärischer Stellen in Berlin aufgefordert worden, dem von ihr gemachten Vorschlag einer Erweiterung Mückenbergs nun einen konkreten Kostenvoranschlag für eine Produktionsanlage mit der Kapazität von 3.500 Jahrestonnen folgen zu lassen.[1488] Dieser lag mit allen Nebenanlagen und der Errichtung im Ferrowerk bei einer Investitionssumme von 2,1 Millionen Reichsmark.[1489] Nach firmeninterner Aussage würden sowohl das Reichskriegsministerium als auch das Reichswirtschaftsministerium eine weitere Steigerung der Ferrochrom-Produktion bei der Wacker-Chemie „sehr begrüssen".[1490] Unter dem Versprechen, für einen Teil der Produktion einen höheren Preis als die ausländischen Anbieter zu erzielen, was einer Garantie der Wirtschaftlichkeit gleichkam, stimmte die Geschäftsleitung in München schließlich der Vergrößerung der Anlagen in Mückenberg zu. Im Verlauf der nächsten Monate wurden daraufhin verschiedene Ausbauvarianten mit unterschiedlich hohen Erzeugungsmengen diskutiert.[1491] Ebenfalls erwogen wurde die Gründung einer Reichsgesellschaft zur Durchführung eines Bereitschaftsanlagen-Projekts unter der Betriebsführung der Wacker-Chemie.[1492]

Vermutlich wäre die Errichtung einer reinen Bereitschaftsanlage angesichts der kontinuierlich steigenden Nachfrage bei gleichzeitiger Verringerung des Importes rasch obsolet geworden und die Anlage ohnehin permanent in Betrieb gegangen, so dass sich die Gesellschafter am 24. April 1935 darauf einigten, die anstehende Erweiterung der Produktionskapazität ohne

[1488] Vgl. HUW 27 D 11, Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums, 13. August 1934.
[1489] Vgl. HUW 27 D 11, Projektplanung und Kostenvoranschlag, 17. August 1934.
[1490] HUW 4 B 7, Schreiben der Geschäftsleitung an die IG Farben, 6. Juli 1935.
[1491] Vgl. HUW 28 B 20, Schriftvermerk betreff Bereitschaftsanlage, 27. Dezember 1934.
[1492] Die geplante Gesellschaft mit beschränkter Haftung sollte eine „interne Angelegenheit des Reiches" sein und über ein Kapitalvermögen verfügen, das den „Herstellungskosten der Bereitschaftsanlage einschließlich der dazugehörigen Kraftanlage und des erforderlichen Chromerzlagers" entspräche. Das Projekt sah vor, den Grundbesitz von der Wacker-Chemie als Verpächter zu übernehmen. Des Weiteren sollte das Unternehmen die Anlage planen und die Bauleitung übernehmen. Anschließend musste das Unternehmen durch einen vierwöchigen Probebetriebes nachweisen, dass die von der Wacker-Chemie errichtete Anlage den Vorgaben entspricht. Die Leistung des Unternehmens sollte in Höhe von zehn Prozent der Herstellungskosten vergütet werden. Ebenso die Betriebsführung, für die eine Barvergütung in Höhe von zehn Prozent der für den Probebetrieb auflaufenden Kosten vorgesehen war. Solange die Bereitschaftsanlage nicht in Betrieb ginge, sollte die Wacker-Chemie die Überwachung übernehmen. „Voraussetzung für die Betreibung der Bereitschafts-Anlage ist, dass durch entsprechende Drosselung der Einfuhr die gesamte Erzeugung der Anlage neben der schon bestehender Ferrochrom-Betriebe in Deutschland restlos und zu normalen Marktpreisen abgesetzt werden kann. Nur wenn und solange diese Bedingung erfüllt ist, kann die C.-GmbH [von der Wacker-Chemie] die Betreibung der Anlage verlangen. Die GmbH darf diese Anlagen weder selbst betreiben noch durch Dritte in diesen oder in ihrem eigenen Namen betreiben lassen." Die Hauptbestimmungen des Entwurfes sahen also vor, die Anlage nur in Betrieb zu setzen, wenn ihr Betrieb wirtschaftlich sinnvoll und rentabel wäre und sie keinen Konkurrenzkampf zu den etablierten Anbietern eröffne. Zudem blieb der Betrieb einzig der Wacker-Chemie überlassen (vgl. HUW 28 B 20, Richtlinien für einen Vertrag zur Gründung einer Reichsgesellschaft für die Errichtung einer Ferrochrombereitschaftsanlage in Mückenberg, 27. Dezember 1934).

staatliche Finanzmittel und ohne die Einschaltung einer Reichsgesellschaft in Angriff zu nehmen. Im Falle dieser ersten Ferrochrom-Erweiterung wurde letztendlich entschieden, die eigene (wirtschaftliche) Unabhängigkeit und Entscheidungshoheit zu bewahren, auch wenn dafür im Gegenzug auf die staatliche Subventionierung des Projekts verzichtet werden musste. Bei diesem unternehmensinternen Entscheidungsprozess schwang zudem die Hoffnung mit, die eigenen Herstellungsverfahren soweit zu optimieren, dass die Wacker-Chemie langfristig auch unter normalen Bedingungen auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig sein könnte. Zudem stärkte die neue Investition durch den damit verbundenen zusätzlichen Marktanteil die eigene Position in Hinblick auf künftige Aushandlungsprozesse. Auch gegenüber staatlichen oder militärischen Stellen konnte das Unternehmen dadurch anders auftreten, denn schließlich hatte man ja bereits guten Willen demonstriert.[1493] Dementsprechend wurde die Investitionssumme für einen neuen Elektro-Ofen umgehend genehmigt und dem Konzern von seinen Eigentümern als Gesellschafterkredit zur Verfügung gestellt.[1494]

Zu den Abnehmern von Ferrochrom mit einem Kohlenstoffgehalt zwischen 0,5 und maximal ein Prozent zählte die Firma Krupp, die sich bereits Ende 1933 in Berlin positiv über die niedriggekohlten Ferrochromsorten geäußert hatte und darin eine Verbesserung der Stahleigenschaften sah.[1495] Zum Kundenkreis gehörten auch die Mitteldeutschen Stahlwerke, die Vereinigten Stahlwerke und der Bochumer Verein.[1496] Ferrochrom suraffiné wurde beispielsweise an die Standorte Krefeld und Remscheid[1497] der Deutschen Edelstahlwerke geliefert.[1498] Auch im Ferrochrom-Bereich war es aufgrund der höheren Preise für deutsche Waren zu Auseinandersetzungen zwischen Anbieter und Verbrauchern gekommen, doch schien sich die Situation im Sommer 1935 allmählich zu beruhigen.[1499] Wie der Vertreter der

[1493] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934, S. 5-8.

[1494] „Bei der Regierung besteht die Absicht, eine Bereitschaftsanlage zu schaffen. Es herrscht die Meinung vor, dass man lieber die Anlage allein machen sollte, in dem finanziell möglichen Umfange“ (HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1935, S. 7).

[1495] Vgl. BArch R 8128/1420, Besprechungsprotokoll der IG Farben, 29. Dezember 1933, fol. 185.

[1496] Vertragsabschluss zwischen dem Bochumer Verein samt allen den Vereinigten Stahlwerken anhängenden Werke und der Wacker-Chemie zusammen mit der Gesellschaft für Metallurgie vom Januar 1934. Für die Wacker-Chemie führte die Verhandlungen von Fassong. Ergebnis war eine garantierte Bestellung über 85 Prozent des Jahresbedarfes der Werke bei der Wacker-Chemie und der GfE, wofür im Gegenzug eine hundertprozentige Lieferung zu den bereits bestehenden Konditionen garantiert wurde. Weitere Preiserhöhungen waren somit ausgeschlossen. Der Jahresbedarf wurde auf etwa 1.000 Tonnen Reinchrom angegeben. Der Vertrag hatte eine Laufzeit bis 1935, wenn ihn keine der Seiten bis zum 1. Oktober 1934 kündigen sollte (vgl. 6 F 4, Bericht über die Reise ins Ruhrgebiet, 19. Januar 1934).

[1497] Für das Bochumer Werk musste die Güte des Wacker-Ferrochroms zu diesem Zeitpunkt erst geprüft werden. Scheinbar war für die Bochumer Stahlproduktion die Einhaltung höherer Standards notwendig.

[1498] Vgl. HUW 6 F 4, Reisebericht von Fassong, 29. Juli 1935.

[1499] Nachdem die Preise immer weiter in die Höhe stiegen, kam es zu Gerüchten, die Stahlerzeuger wollten beim Reichswirtschaftsministerium gegen die Legierungserzeuger vorgehen. Die Wacker-Chemie befürchtete ernste

Wacker-Chemie, von Fassong, von seinen Besuchen bei den besuchten Kunden berichtet, standen sie ihm spürbar wohlwollend gegenüber, auch "die Preisfrage ist in den Hintergrund getreten und man hat Verständnis dafür gezeigt, dass das in Deutschland hergestellte Ferrochrom eben im Preis mit dem aus Skandinavien angebotenen, nicht Schritt halten könnte."[1500]

Um sich dem skandinavischen Ferrochrom hinsichtlich des Preises und der Qualität anzunähern, analysierten Experten der Wacker-Chemie schwedisches Ferrochrom, das ihnen für diesen Zweck von der Firma Krupp zur Verfügung gestellt worden war. Es zeigte sich, dass die Schweden mit einem anderen Herstellungsverfahren arbeiteten. Auf der Suche nach einer geeigneten, konkurrenzfähigen Erzeugungsmethode für niedriggekohltes Ferrochrom hatte die Wacker-Chemie daraufhin zunächst den Kauf einer norwegischen Lizenz erwogen. Allerdings gelang es den Chemikern und Ingenieuren der Wacker-Chemie überraschend schnell ein eigenes, im Jahr 1932 in Burghausen vom späteren Chefchemiker des Ferrowerkes und Betriebsleiter des Standortes Tschechnitz, Eduard Enk, entwickeltes silico-thermisches Verfahren soweit zu stabilisieren und zur technischen Reife zu bringen, dass es in der Großproduktion wirtschaftlich rentabel einsetzbar war.[1501] Die Erzeugung erfolgte über eine Zwischenstufe, das Ferrochromsilicium, das einen Chromgehalt zwischen 40 und 42 Prozent und einen Siliciumanteil von 36 bis 38 Prozent aufwies. Ferner war es mit der neuen Produktionsmethode technisch möglich, die bei der Raffination übrigbleibende chromoxydreiche Schlacke erneut in den Herstellungsprozess zu integrieren, so dass von einer deutlich höheren Chromausbeute dieses Verfahrens gesprochen werden kann.[1502] Für das Ferrochromsilicium war ein Teil des im eigenen Werk produzierten Ferrosiliciums notwendig, so dass bei der Ferrosilicium-Planung künftig auch der Eigenbedarf berücksichtigt werden musste. Dieser lag bei 1.600 Kilogramm Ferrosilicium für zehn Tonnen Schlacke und einer Tonne Koks. Damit war es den Chemikern schließlich möglich, den niedrigen Kohlenstoffanteil, der bei 0,01 bis 0,04 Prozent lag, im anschließenden Arbeitsschritt, der Raffination und sogenannten Entsilicierung des Ferrochromsiliciums mit Hilfe von Chromerz

Konsequenzen, sollten die Preise „absichtlich" weiter erhöht werden. In einem Gespräch mit Vertretern der Gesellschaft für Elektrometallurgie betonte Freyer, man müsse aufhören, die Kundschaft zu verärgern. „Die Taktik die die Elektrometallurgie einschlägt, die Preiserhöhung von einer ausländischen Firma vornehmen zu lassen, ist […] zu durchsichtig." Die Wacker-Chemie wandte sich schriftlich an die betreffende ausländische Firma und teilte mit, sie lehne weitere Preiserhöhungen ab (HUW 6 F 4, Bericht über die Reise in das Ruhrgebiet, 19. Januar 1934).

[1500] HUW 6 F 4, Reisebericht von Fassong, 29. Juli 1935.

[1501] HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 1. Februar 1935, S. 5.

[1502] HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 8; HUW 40 B 2, Aktennotiz Ferrochrom, ohne Datum und HUW 39 E 4, Schreiben Dr. Enk, 10. Februar 1959.

und Kalk auf dieser Höhe beizubehalten. Diese niedriggekohlten Sorten in größeren Mengen produzieren zu können, lohnte sich für das Unternehmen auch finanziell, da der Preis vom jeweiligen Kohlenstoffgehalt des Ferrochroms abhing und sich die Gewinnspanne bei sinkendem Kohlenstoffgehalt überproportional erhöhte. Mit den sehr niedriggekohlten Ferrochromsorten war dementsprechend viel Geld zu verdienen.

3.3.4 Aluminiumlegierungen und Calciumsilicium

Die sogenannten Dreistofflegierungen wurden am Unternehmensstandort Mückenberg bereits seit geraumer Zeit produziert und unter anderem als Silical vertrieben. Auch im Bereich dieser Legierungen, die mit einem gewissen Anteil Aluminium versehen wurden, stieg die Nachfrage von 1933 auf 1934 deutlich an.[1503] Für das Jahr 1935 wurde ein deutscher Silical-Absatz in Höhe von 2.000 Tonnen angenommen, der laut unternehmensinternen Schätzungen noch weiter steigern werde. Andererseits sollte die Produktion einer der Dreistofflegierungen, Feralsit, nach dem Geschäftsjahr 1934 eingestellt werden, da ihr Verkauf unrentabel für die Wacker-Chemie geworden war. Die Kunden mussten folglich auf Silical umsteigen, was den Bedarf an diesem Produkt noch einmal deutlich ansteigen ließ. Die Legierung Alsimin konnte nicht wie von staatlicher Seite gewünscht aus deutschen Rohstoffen erzeugt werden, so dass die Lonza beauftragt wurde, das Produkt für den Import nach Deutschland in der Schweiz zu erzeugen.[1504] Lediglich 1933 und 1936 wurden kleinere Mengen bei der Wacker-Chemie selbst produziert. Die genauen Herstellungszahlen dieser Dreistofflegierungen sind ebenso wie beim folgenden Produkt Calciumsilicium nur schwer zu ermitteln, da sie häufig in ein und demselben Ofen oder gar im Wechsel mit Ferrosilicium oder Carbid in der gleichen Ofenanlage erzeugt wurden.

Die dauerhafte Aufnahme von Calciumsilicium in die Produktpalette des Ferrowerkes wurde zum ersten Mal in der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934 diskutiert.[1505] Für die Wacker-Chemie war Calciumsilicium, das unter anderem bei Desoxydationsverfahren als Aluminium-Ersatz in der Stahlindustrie eingesetzt wurde, kein wirklich neues Arbeitsgebiet. So handelte es sich bei der elektrothermischen Erzeugung im Dauerbetrieb schließlich um eine in Burghausen entwickelte Methode. Die Produktion war letztlich aus Kostengründen und dem äußerst schlechten Preisniveau eingestellt worden.[1506] Der Jahresbedarf für den

[1503] Vgl. HUW 39 A 7-10, Schriftvermerk der Abteilung VIII, 18. April 1935.
[1504] Vgl. ebd.
[1505] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934, S. 5.
[1506] Vgl. HUW 16 A 35, Niederschrift Kallas Nr. 38, 16. März 1933.

deutschen Markt lag im Jahr 1934 bei etwa 1.800 Tonnen. Bis 1931 wurden die benötigten Mengen vollständig aus Frankreich importiert.[1507] Auch für diese Legierung sollte nach Angaben der Behörden die Einfuhr stark verringert und die deutsche Produktion gefördert werden. Nachdem sich die deutschen Lagervorräte erschöpft hatten und zeitgleich die Gestehungskosten für Calciumsilicium deutlich reduziert wurden, nahm die Wacker-Chemie die Herstellung von Calciumsilicium wieder auf. Das Unternehmen begab sich mit dieser Produktionsentscheidung in einen harten Preiskampf mit den ausländischen Anbietern. Auch von einem Aufwärtstrend der Bedarfszahlen war bei den Erzeugern zunächst wenig zu spüren, im Gegenteil, die Geschäftsleitung führte im Herbst 1933 bei Verhandlungen mit der GfE an, die in ihrem Werk Weisweiler selbst wieder mit der Calciumsilicium-Produktion begonnen und den Vertrieb für den ausländischen Anbieter Bozel-Malétra übernommen hatte, dass der deutsche Bedarf an Calciumsilicium für zwei Werke nicht ausreichen würde. Zumal die Verkaufspreise von Calciumsilicium von 550 Reichsmark 1932 auf 470 Reichsmark im Frühjahr 1934 gefallen waren.[1508] Offensichtlich lag der Bedarf 1933 noch deutlich unter dem oben genannten Niveau, denn zur Diskussion stand nun eine Verbrauchsmenge aller deutschen Stahlerzeuger von gerade einmal 600 Tonnen für den Zeitraum Januar bis Juni 1933.[1509] Bei den anschließend stattfindenden Verhandlungen beider Unternehmen zur Marktaufteilung stand das Angebot der Wacker-Chemie im Raum, auf eine eigene Ferromangan-Erzeugung zu verzichten. Im Gegenzug sollte ihr der gesamte deutsche Calciumsilicium-Absatz zugestanden werden. Die Gesellschaft für Elektrometallurgie bewertete diesen Vorschlag schlicht als „unannehmbar“.[1510] Nichtsdestotrotz konnte ein Kompromiss dahingehend erzielt werden, den Preiskampf untereinander zu beenden und „Wege zu finden, um auch der ausländischen Konkurrenz (Frankreich) entgegenzutreten.“ Zunächst sollte eine Verständigung mit den französischen Anbietern erfolgen, dann würde man wohl auch zu einer Einigung mit der Wacker-Chemie finden, so der Vertreter der GfE Grünfeld. Die Unternehmen kamen schließlich überein, dem französischen Konkurrenten eine Quote von 25 Prozent einzuräumen. Ob dieser Vorschlag von Bozel-Malétra angenommen wurde, geht aus dem Schriftwechsel allerdings nicht hervor.[1511]

[1507] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. September 1934, S. 5 und HUW 6 D 36, Aktennotiz Kalziumsilizium, 15. Oktober 1934.
[1508] Vgl. HUW 6 D 36, Aktennotiz Kalziumsilicium, 15. Oktober 1934.
[1509] Vgl. HUW 6 D 36, Verhandlungsniederschrift mit der Gesellschaft für Elektrometallurgie, 26. September 1933.
[1510] Im Verlauf der Verhandlungen standen schließlich zwei Drittel als Marktanteil für die Wacker-Chemie zur Diskussion (vgl. HW 6 D 36, Niederschrift über eine Besprechung mit Grünfeld, 26. September 1933).
[1511] Vgl. HUW 6 D 36, Verhandlungsniederschrift mit der Gesellschaft für Elektrometallurgie, 26. September 1933.

Da die Wacker-Chemie entsprechend einer Meldung an die Überwachungsstelle für unedle Metalle zu diesem Zeitpunkt allerdings lediglich eine Jahresproduktion von etwa 700 Tonnen aufwies und offensichtlich Potential in diesem Produktbereich sah, bot sie der zuständigen Behörde im Rahmen der Produktionsmengenplanung eine Erhöhung der Erzeugungsmenge am Standort Burghausen an. Im Gegenzug bestand sie erneut auf einen weiteren Anteil an der Alzenergie.[1512] Dieser Schritt wäre auf Kosten der deutschen Kalkstickstofferzeugung gegangen,[1513] so dass der Vorschlag der Wacker-Chemie mit Rücksicht auf die höhere Priorität des Düngemittels von der Behörde zunächst abgelehnt wurde. Stattdessen legte man der Wacker-Chemie nahe, den „Betrieb in Mückenberg auszudehnen".[1514] Die Geschäftsleitung erklärte dies für vollkommen abwegig, da das Unternehmen am Standort Mückenberg „selbstverständlich das letzte verfügbare Kilowatt bereits in Anspruch genommen habe[n]." Es bleibe der Behörde, so die Wacker-Chemie weiter, nichts weiter übrig, als den Import von Calciumsilicium auch weiterhin, mindestens bis zum Frühsommer 1935 zu gestatten, statt wie bisher geplant, durch staatliche Vorgaben einzuschränken.[1515] Der Bedarf pendelte sich im Folgejahr auf einem guten, aber nicht unerfüllbaren Niveau ein. Einige namhafte Kunden, wie etwa die Mannesmannröhrenwerke oder die Dortmunder Hoesch AG, hatten ihre Produktion auf die Verwendung anderer Legierungen umgestellt, so dass ihre Bestellungen für Calciumsilicium deutlich geringer als erwartet ausfielen. Nichtsdestotrotz konnte die Wacker-Chemie auch in diesem Bereich Umsatzplus erzielen und im Geschäftsjahr 1934 praktisch ihre gesamte Produktion absetzen.[1516] Zu den größeren Abnehmern des bei der Wacker-Chemie erzeugten Calciumsiliciums zählten 1935 die deutschen Edelstahlwerke in Krefeld und die Vereinigten Stahlwerke mit dem Dortmund-Hoerder Hüttenverein.[1517]

Die Überwachungsstelle vergab an die Hersteller bewirtschafteter Güter Liefergenehmigungen, die den Absatz des Produktes regelten. Auch der Preis konnte nicht frei gestaltet werden, sondern bedurfte der Genehmigung der Behörde. Um einen höheren Preis zu erzielen, argumentierte die Wacker-Chemie im Herbst 1934 daher, sie müsste die Tonne Calciumsilicium zu 610 Reichsmark, in pulverisierter Form zu mindestens 640

[1512] Vgl. HUW 6 D 36, Schreiben an die Überwachungsstelle für unedle Metalle, 25. Oktober 1934.
[1513] Wenn die Wacker-Chemie diese zusätzliche Energie bekommen hätte, fehlten diese im Umkehrschluss den Bayerischen Stickstoffwerken für ihre Kalkstickstoffproduktion.
[1514] HUW 6 D 36, Schreiben des Reichsbeauftragten für unedle Metalle, 12. November 1934.
[1515] Hess hatte die Absage bereits vorausgesehen, wie er in seinem Antwortschreiben bemerkt*:* „Sie sehen, dass meine Befürchtungen, dass man gegen die Kalkstickstoff-Erzeuger schwer aufkommen wird, sich bewahrheitet hat" (HUW 6 D 36, Antwortschreiben der Wacker-Chemie an den Reichsbeauftragten, 19. November 1934).
[1516] Vgl. HUW 4 C 1, Schriftvermerk für Hess, 25. Juni 1935.
[1517] Vgl. HUW 6 F 4, Reisebericht von Fassong, 29. Juli 1935.

Reichsmark verkaufen. Im Gegenzug sei sie jedoch grundsätzlich dazu bereit, durch Überprüfung der Gestehungskosten, den Beweis dafür zu erbringen, dass das Produkt tatsächlich nicht günstiger angeboten werden könne. Darüber hinaus muss die Wacker-Chemie für Calciumsilicium Förderprämien erhalten haben. Im Rahmen der Jahresplanung für das erste Quartal 1935 hieß es dementsprechend: "können wir nicht liefern, es sei denn, dass wir eine weitere Förderprämie von RM 100.--/ t erhalten (für den Transport von Karbid von Mückenberg nach Burghausen)."[1518]

Dank der Meldepflicht bei der Überwachungsstelle für Eisen und Stahl sind einige Aufstellungen erhalten, die Einblicke über Produktionshöhen, Produktionsstilllegungen, Lagervorräte, Verkaufszahlen oder Warenpreise geben und so ermöglichen, die Marktentwicklung und die Schwierigkeiten, die im Herbst 1935 auftraten, nachzuvollziehen. Die Wacker-Chemie hatte beispielsweise wiederholt versucht, bezüglich Calciumsilicium zu einem Vertragsabschluss mit der Vestag zu kommen. Der Jahresverbrauch der Vestag hatte für die Zeit von Herbst 1934 bis Herbst 1935 bei 1.928 Tonnen gelegen und würde, so die Prognose, auch für das Geschäftsjahr 1936 nicht unter diesen Wert sinken. Da die gesamte Monatserzeugung der Wacker-Chemie zwar inzwischen bei 90 bis 100 Tonnen lag, die geforderte Menge damit jedoch nicht erreicht wurde, konnte das Unternehmen der Vestag nicht garantieren, ihren Bedarf komplett erfüllen zu können. Des Weiteren hatte sich wohl die Vestag zuvor geweigert, ihre Bedarfsplanung offen zu legen oder gar einen Jahresabschluss mit der Wacker-Chemie zu tätigen. Als in den Verhandlungsgesprächen von der Vestag schließlich nicht einmal eine Abnahmeerklärung angeboten wurde, habe die Wacker-Chemie, wie sie der Überwachungsstelle mitteilte, über ihre „Erzeugung anderweitig verfügt". Es wurde also angenommen, dass sich die Vestag das Calciumsilicium anderweitig „gesichert" habe. Zur vorsorglichen Rechtfertigung des eigenen Handelns der Behörde gegenüber hieß es weiter: „Es konnte uns also nicht zugemutet werden, einen uns nicht bekanntgegebenen Bedarf der Vereinigten Stahlwerke in unser Fabrikationsprogramm mit einzubeziehen." Möglicherweise, um die aus der Stahlindustrie stammenden Kunden der Wacker-Chemie durch die Behörde ermahnen zu lassen, vielleicht aber auch, um die eigenen Entscheidungsfreiräume zu verteidigen, betonte man dabei, wie bereits zuvor, die eigene Rolle für das Marktgefüge und die bisher vom Unternehmen in dieser Sparte investierte (finanzielle) Leistung:

[1518] HUW 6 D 36, Aktennotiz Kalziumsilizium, 18. Oktober 1934.

> „Wir müssen dagegen Einspruch erheben, dass ein Teil der Stahlindustrie eine Deckung seines Kalziumsiliziumbedarfes von uns erwartet, ohne sich auch nur zu einem Jahresabschluss verpflichten zu wollen, ja sogar ohne uns ihren voraussichtlichen Bedarf bekanntzugeben. Wir haben, ohne Kosten zu scheuen, uns der gegenwärtigen Bedarfslage anzupassen versucht, was wir u. a. durch Aufstellung eines Fesiofens unter Beweis gestellt haben. Wir dürfen deshalb wohl erwarten, dass auch die Abnehmerseite ein gewisses Verständnis für unsere Bemühungen, ihren Anforderungen gerecht zu werden, aufbringt und uns unsere Entschlüsse erleichtert.“[1519]

Zeitgleich war der Wacker-Chemie auf dem Calciumsilicium-Sektor neue Konkurrenz entstanden, was den Druck auf die Geschäftsleitung doch deutlich erhöhte. Nicht nur der neue Erzeuger im sächsischen Hirschfelde, die Firma von Heyden, wurden zum Problem, auch die Gesellschaft für Elektrometallurgie erwog, ihre Kapazitäten für Legierungen deutlich zu erweitern.[1520] Über weitere Verhandlungen oder Gespräche mit staatlichen Stellen und Überwachungsbehörden ist nichts bekannt. Es ist zu vermuten, dass diesem Produktbereich unternehmensintern oder aber von Seiten der Behörden nicht die gleiche Priorität wie den Ferrolegierungen Ferrochrom und Ferrosilicium eingeräumt wurde. Eventuell gestalteten sich die Planungs- und Absatzorganisation dieses Produktes aber auch erheblich unkomplizierter bzw. boten weniger Raum für Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse. Für die Zeit bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges liegen kaum verlässliche Informationen zu diesem Produktbereich vor. Der Mückenberger Werkschronist Koch spricht in seiner Darstellung zum Ferrowerk indes von einer Gesamterzeugung an Calciumsilicium in Mückenberg von 50.000 Tonnen bis Kriegsende.[1521]

3.4 Ein neues Werk am gleichen Standort – das Chemowerk

Die Wacker-Chemie erbaute am Standort Mückenberg 1937/38, direkt neben ihrem 1926 erworbenen und kontinuierlich vergrößerten Ferrowerk, eine Anlage zur Erzeugung von Carbidsprit. Die neue Fabrik, das Chemowerk, wurde mit Hilfe staatlicher Finanzierung als Vierjahresplan-Bauobjekt realisiert. Es bestand aus mehreren Betriebsteilen, deren Herzstück ein großer, hochmoderner und besonders leistungsstarker Carbidofen war. Er sollte 80.000 Tonnen Calciumcarbid jährlich erzeugen, welches als Ausgangsprodukt für die Erzeugung von Carbidsprit diente.

Die Wacker-Chemie hatte bereits Erfahrung auf diesem Gebiet, schließlich produzierte sie bereits seit dem Ende des Ersten Weltkrieges zollüberwachten Carbidsprit, der von der

[1519] HUW 4 C 1, Schreiben der Wacker-Chemie an die Überwachungsstelle für Eisen und Stahl, 4. Oktober 1935.
[1520] Vgl. HUW 6 F 4, Zweite Besprechung mit der Vestag, 16. November 1935.
[1521] Vgl. HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 9.

Reichsmonopolverwaltung für Branntwein abgenommen wurde. Zwischen der Wacker-Chemie und der Reichsmonopolverwaltung bestanden daher ab den frühen 1920er Jahren enge Geschäftsbeziehungen.[1522] So arbeiteten im Jahre 1922 die Chemiker in Burghausen mit Vertretern des Reichsmonopolamtes zusammen, um die Arbeitsweise der Wacker-Reinsprit-Destillation zu optimieren.[1523] Fünf Jahre später erhielt die Wacker-Chemie den Auftrag, 8.000 Hektoliter Carbidsprit für das Amt zu erzeugen.[1524] Auch in den 1930er Jahren wurde am Standort Burghausen eine geringfügige Menge Carbidsprit produziert. Zwar waren es im Jahr 1937 noch rund 3.500 Hektoliter, doch die Menge sank stetig und belief sich nach der Inbetriebnahme des neuen Chemowerkes in Mückenberg im Jahre 1939 schließlich nur noch auf 1.350 Hektoliter.[1525]

Der Herstellungsprozess führt dabei ausgehend von Calciumcarbid über die Zwischenprodukte Acetylen und Acetaldehyd zu Carbidsprit – ein Verfahren, das noch aus der Frühzeit des Consortiums stammte.[1526] Auf das Gas Acetylen (auch Ethin genannt), das durch die chemische Reaktion von Carbid mit Wasser in der sogenannten Trockenvergasung gewonnen wurde, fußten letztlich die meisten Carbid-Derivate im Sortiment der Wacker-Chemie. Das chemische Zwischenprodukt Acetylen galt als besonders reaktionsfähig, so dass die Forscher schon früh begannen, Acetylen im Zusammenspiel mit verschiedenen anderen Elementen zu erproben. Auf diese Weise wurde etwa die Reaktion des Acetylens mit Salzsäure ausgetestet, die zum Vinylchlorid und durch Polymerisation weiter zu Polyvinylchlorid (PVC) führte. Die Additionsreaktion von Acetylen mit Essigsäure ergab monomeres Vinylacetat. Gemeinsam mit dem sogenannten Wacker-Schellack, der im Consortium bereits vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt wurde, bildeten diese die Ausgangsbasis der weiteren Kunststoffentwicklung bei der Wacker-Chemie. Kunststoffe erfuhren Ende der 1930er Jahre einen großen Aufschwung, der sich 1942 in der Errichtung

[1522] Die Behörde wurde im Jahr 1919 auf der Grundlage des „Gesetzes über das Branntweinmonopol“ vom 26. Juli 1918 in Berlin gegründet und gliederte sich organisatorisch in das Reichsmonopolamt und die Verwertungsstelle mit ihren Außenstellen. Die Reichsmonopolverwaltung unterstand wiederum dem Finanzministerium. Während der Verhandlungsphase mit der Wacker-Chemie leitete der 1873 auf Gut Schönmohr in Preußen geborene Eduard Nebelung die Reichsmonopolverwaltung für Branntwein. Er hatte die Präsidentschaft 1925 übernommen (zitiert nach https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0pa/adr/adrmr/kap1_2/para2_18.html [zuletzt am 18.11.2018]).

[1523] Vgl. HUW 39 A 7-2 Niederschrift Nr. 32, betreff Alkoholanlage in Burghausen am 31. März 1922 und Besprechungsbericht Nr. 27, 20. März 1922 mit Vertretern der Zollbehörde.

[1524] Vgl. HUW 1 A 11, Schreiben an die Gesellschafter der Wacker-Chemie, 19. Dezember 1927 und HUW 7 B 5, Antwortschreiben der Wacker Erben GmbH, 23. Dezember 1927.

[1525] Vgl. HUW 27 A 8, Technische Berichte der Jahre 1930 bis 1939.

[1526] Das vom Consortium entwickelte Verfahren ermöglichte der Lonza bereits 1917 den Abschluss eines Vertrags mit der Eidgenössischen Alkoholverwertung (vgl. Wanner, Lonza, S. 10).

eines neuen Fabrikteils, dem sogenannten Burghausener Werk West widerspiegelte.[1527] Obwohl der Standort Mückenberg ebenfalls alle Voraussetzungen für die Errichtung einer Kunststoff-Produktion besaß, verblieb dieser Produktionszweig während des gesamten Untersuchungszeitraumes ausschließlich im oberbayerischen Burghausen.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg synthetisierten die Chemiker auf der Suche nach Acetylen-Anwendungsmöglichkeiten in einer später berühmt gewordenen Synthese ein vielseitig einsetzbares chemisches Zwischenprodukt – den Acetaldehyd. Er entstand durch die Reaktion des Acetylens mit einem Wassermolekül. Das für die Massenerzeugung von Acetaldehyd in Großanlagen entwickelte Produktionsverfahren sah vor, das Acetylen durch eine schwefelsäurehaltige Lösung zu leiten. Die Lösung enthielt als Katalysator Quecksilber, das die Verbindung von Acetylen mit Wasser ermöglichte. Nach dem Katalysator benannt, hieß diese Prozedur Quecksilberoxydverfahren.[1528] In einem letzten Arbeitsschritt auf dem Weg zum Carbidsprit musste der Acetaldehyd hydriert werden. Im Anschluss erfolgten auf dem Weg zum reinen Äthylalkohol noch drei Reinigungsschritte: erstens die Abtrennung der Vorlaufbestandteile Aldehyd und Ester, zweitens die Zerstörung der unerwünschten Reste durch Lauge und Abtrennung der Nachlaufbestandteile, drittens die Entwässerung mit dem Wacker-Produkt Drawinol bzw. dem Lösungsmittel Trichlorethylen. Der dritte Schritt, auch Absolutierung genannt, sollte durch das Reichsmonopolamt, nicht durch die Wacker-Chemie erfolgen. Acetaldehyd diente innerhalb der Wacker-Produktion selbst als Ausgangsstoff für die Erzeugung zahlreicher weiterer Derivate, wie etwa Essigsäure, Essigäther oder Essigsäureanhydrid, der zur Herstellung von Acetylcellulose benötigt wurde. Aufgrund seiner vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten fand Carbidsprit selbst als Rohstoff bzw. Hilfsstoff bei der Erzeugung zahlreicher chemischer Produkte Verwendung, so dass er in beinahe allen industriellen Sektoren stark nachgefragt wurde. Die Wacker-Chemie benötigte ihn beispielsweise zur Erzeugung von Lösungsmitteln. Carbidsprit war jedoch nicht nur zur Herstellung von Genussalkohol, Brennspiritus, Lacken und Farben, pharmazeutischen Produkten und Sprengstoffen unverzichtbar, er wurde zudem auch für die deutsche Treibstoffversorgung relevant, wo er unter anderem als Beimischung für Flugzeugbenzin diente. Es verwundert also wenig, dass er in den nationalsozialistischen Wirtschaftsplanungen und im 1936 verkündeten Vierjahresplan eine zentrale Rolle einnahm.

[1527] In Ermangelung einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zur Standortgeschichte des Burghausener Werkes sei an dieser Stelle auf den Beitrag von Menig / Vissers, Werk Burghausen, S. 67-96 verwiesen.
[1528] Vgl. HUW 7 E 14, Ausführungen des Sachverständigen Dr. Ing. Hess, S. 1-2.

In der amtlichen Branntweinmonopol-Statistik wurde der Bereich „Alkohol aus Carbid“ unter der Kategorie „dem Reich zur Verarbeitung vorbehaltene Stoffe“ erfasst.[1529] Während die gewerbliche Erzeugung von Äthylalkohol aus Kartoffeln und vor allem aus Getreide in den 1930er Jahren beständig abnahm, stieg die aus Carbid gewonnene Menge synthetischen Alkohols ab 1933 deutlich an. Sie erreichte 1939/1940 mit 969.053 Hektolitern ihren absoluten Höchststand. Im gleichen Jahr lag die gewerbliche Erzeugung aus Kartoffeln nur noch bei 1.311 Hektolitern, die Herstellung aus Getreide bei 42.553 Hektolitern. Mit der Steigerung der Produktionsmenge war ein radikaler Wandel in der Herstellungsmethode verbunden. Ähnlich den staatlichen Bemühungen in anderen Wirtschaftsbereichen, wie etwa bei dem synthetischen Kautschuk oder bei der Benzinsynthese, sollte der Einsatz natürlicher Rohstoffe, in diesem Fall Kartoffeln und Weizen, zugunsten einer chemischen Synthese soweit möglich reduziert werden, um natürliche Ressourcen zu sparen und diese stattdessen bei der Lebensmittelversorgung einsetzen zu können. Gleichzeitig stieg die benötigte Menge an Alkohol als Roh-, Hilfs- oder Betriebsstoff im Rahmen der Aufrüstung- und Autarkieprogramme sprunghaft an.[1530]

Aus dem Reichsamt für wehrwirtschaftliche Fragen, Referat Chemische Industrie, sind für das Jahr 1936 Planungsunterlagen zu Äthylalkohol erhalten, aus denen klar hervorgeht, dass der Großteil der Jahresproduktion von 1936[1531] (62 Prozent) Treibstoffzwecken diente (vgl. Tabelle 42). An zweiter Stelle lag die Verwendung als Trinkbranntwein mit 17 Prozent. Auf dem dritten Platz folgten mit noch sechs Prozent der Einsatz bei der Äthylenoxyd-Erzeugung und dessen Derivate, wie etwa Äther und Äthylacetat. Mit nur vier Prozent rangierte die Essigerzeugung auf dem vierten Platz. Im Jahr 1936 wurden in der Sprengstoffindustrie zudem 3.239 Tonnen, für Nitrocellulose (Schießbaumwolle) benötigt.[1532]

Verbrauchszweck	**Menge in Tonnen**
Treibstoffzwecke	161.292
Trinkbranntwein	43.743
Äthylenoxyd und Derivate	14.402
Essigherstellung	10.582
Lack- und Anstriche	7.388
Nitrocellulose	3.488
Sprengstoffindustrie	3.239
Heilmittelindustrie	2.788

[1529] Zitiert nach Länderrat, Statistisches Handbuch, S. 333.
[1530] Vgl. HUW 6 E 18, Notiz über Spriterzeugung, 14. Oktober 1941.
[1531] Die deutsche Jahresproduktion lag zu diesem Zeitpunkt bei 294.638 Tonnen Äthylalkohol.
[1532] Nicht berücksichtigt wurde Brennspiritus, der zusammen mit dem „nicht ermittelter ind. Verbrauch“ bei 48.323 Tonnen lag (vgl. BArch R 8-VIII/457, Planung Äthylalkohol 1936, ohne Datum, fol. 29-30).

Celluloidindustrie	2.476
Kosmetische Industrie	2.422
Schmieröl	1.733
Linoleum, Wachstuch u. ä.	1.715
organ. Zwischenprodukte	1.589
Kunststoffe	1.089
Metallsalze	705
Klebstoff	670
Naturharzprodukte	635
ätherische Öle und Riechstoffe	543
Hilfsmittel für Leder- und Textilindustrie	543
Flotationsmittel	471
Wachserzeugnisse	404
Druckfarben- und Farbenwaren	389
Teerfarben	271
Photochemische Industrie	271
Acetylcellulose	258
Optische und feinmechanische Industrie	211
Seifen- und Waschmittel	198
Elektro-Maschinen-Apparatebau	196
Textilindustrie	134
Montanwachsindustrie	124
übrige Industrien	98
übrige chemische Industrie	88
Summe	**264.155**

Tabelle 42: Verteilung des Äthylalkohols nach Verbrauchszweck 1936 gemäß BArch R 8-VIII/457

3.4.1 Vorverhandlungen

Angesichts der bereits geschilderten Entwicklung erstaunt es wenig, dass eine schnelle Erweiterung der deutschen Alkoholerzeugung ab 1936 zu den dringlichen Projekten der nationalsozialistischen Wirtschaftsplanungen gehörte. Erste Anhaltspunkte für eine geplante Steigerung der Alkoholproduktion bei der Wacker-Chemie gab es ab Dezember 1935, als Johannes Hess von der entsprechenden Abteilung in Burghausen eine Übersicht der aktuellen Alkoholproduktion anforderte. Die Herstellungsmenge der Wacker-Chemie lag zu diesem Zeitpunkt bei etwa 10.000 Hektoliter jährlich.[1533] In den folgenden Monaten, genauer zwischen April und September 1936, wurden der Unternehmensleitung mehrere Kalkulationen zur Erhöhung der Kapazitäten bei der Spriterzeugung vorgelegt. Dabei sah der Hauptentwurf eine Verzehnfachung der Menge der Burghausener Alkoholerzeugung auf ein

[1533] Vgl. HUW 35 F 14, Bericht Nr. 232 über Karbidsprit-Herstellung, 17. Dezember 1935.

Volumen von 100.000 Hektoliter pro Jahr vor. Die dafür benötigte Investitionssumme lag nach ersten Schätzungen bei rund 1,1 Millionen Reichsmark, erhöhte sich in der Projektierungsphase jedoch auf 1,5 Millionen Reichsmark.[1534] Obwohl in Burghausen bereits Alkohol hergestellt wurde, erschienen die kalkulierten Ausbaukosten doch recht hoch. Die Acetaldehyd- und Wasserstoffmengen, die dort zur Verfügung standen, reichten nur für die Herstellung von maximal 70.000 Hektolitern Alkohol aus. Daher hätten auch beide Betriebsanlagen dringend einer Erweiterung bedurft. In diesem Kontext wurde zudem die Errichtung einer neuen Carbidfabrik mit einer Kapazität von 43.000 Tonnen erwogen.[1535] Die Geschäftsleitung diskutierte bereits ab 1929 über den Aufbau eines Acetaldehyd-Betriebes am Standort Mückenberg. Es gehörte dann aber zu denjenigen Projekten, die aufgrund der Wirtschaftskrise zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben wurden. Grund der neuen Kalkulationen war eine staatliche Anfrage: „Die Wackerchemie ist, ebenso wie die I.G., aufgefordert worden, Offerte auf die Herstellung von Branntwein aus Karbid abzugeben. Bei der Wackerchemie waren es 250.000 Jahres-hl, bei der I.G. 125.000 Jahres-hl. Die Wacker-Chemie hat 38 Rpfg. je hl, die I.G. 35,5 Rpfg. je hl verlangt.“[1536] Welche Stelle diese Anfrage an die Chemieunternehmen gerichtet hatte, geht aus der Niederschrift allerdings nicht hervor. Interessant ist jedoch das Vorgehen, den beiden potentiellen Erzeugern, der IG Farben und der Wacker-Chemie, in diesem Falle Konkurrenzunternehmen, Anfragen mit unterschiedlichen Anforderungen zukommen zu lassen.

Im Vergleich zur IG Farben lagen die Gestehungskosten der Wacker-Chemie trotz der größeren Herstellungsmenge, die normalerweise zu niedrigeren Preisen führte, über den Herstellungskosten der IG Farben, so dass die Wacker-Chemie den Alkohol zu einem höheren Preis anbieten musste. Da beide Unternehmen in der Regel die Preisgestaltung und ihr Marktverhalten aufeinander abstimmten, verwundert der Preisunterschied, der in diesem Fall ein Indiz für mangelnde Absprache bzw. echtes Konkurrenzverhalten sein könnte. Wie bereits bei den Ausbauplänen im Ferrolegierungssektor sahen die staatlichen Pläne auch in diesem Fall die Errichtung einer Bereitschaftsanlage vor. Die Wacker-Chemie erklärte sich prinzipiell damit einverstanden, eine Anlage mit einer Kapazität von 40.000 Hektolitern jährlich aus eigenen finanziellen Mitteln zu errichten. Das restliche Auftragsvolumen, das in den Bereich

[1534] Vgl. HUW 4 C 26, Bericht Schmidt für Hess und Freyer, 5. September 1936.
[1535] Vgl. HUW 35 F 14, Vertrauliche Aktennotiz, 24. April 1936; Zudem: HUW 36 D 12, Schriftvermerk für die Geschäftsführer Erweiterung der Burghausener Alkoholerzeugung, 22. August 1936; Ausbau der Karbidspritanlage Burghausen, Schriftvermerk für Hess und Freyer, 5. September 1936 und Vorläufiger Kostenanschlag über eine Karbidfabrik, 26. September 1936.
[1536] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung, 22. Oktober 1936, S. 10.

der Bereitschaftsanlage fallen würde, sollte hingegen vom Staat getragen werden. Die Wacker-Chemie plante den Betrieb nach der Inbetriebnahme entweder selbst zu führen oder die Anlagen zu pachten. Zwar hatte es zu diesem Thema erste Vorgespräche zwischen den Geschäftsführern und den Gesellschaftern der Wacker-Chemie gegeben, doch bestand von beiden Seiten zu diesem Zeitpunkt noch kein echtes Interesse an diesem Auftrag. Die Geschäftsleitung, die sowohl die Rentabilität als auch Zukunftsfähigkeit dieses Projektes bezweifelte, vermerkte abschließend: „Sehr begeisternd ist die Errichtung dieser Anlagen nicht, weil es sicher andere, billigere Wege für den Alkohol-Ersatz gibt.“[1537] Auch bei dieser Frage wurden folglich wirtschaftliche Faktoren in den Mittelpunkt des unternehmensinternen Entscheidungsfindungsprozesses gerückt. Die Entscheidungen wurden nach streng ökonomischen Grundsätzen getroffen. Von diesem Prinzip wich die Wacker-Chemie nicht ab, auch nicht im Falle staatlicher oder militärischer Anfragen.

Entgegen der Ende Oktober 1936 getätigten Aussage, die Wacker-Chemie habe kein allzu großes Interesse an dem staatlich nachgefragten Alkohol-Projekt, spricht ein Brief des Unternehmens an das Reichskriegsministerium Anfang November 1936 bereits eine andere Sprache.[1538] Wie aus dem Schriftstück hervorgeht, hatten offensichtlich Gespräche zwischen der Wacker-Chemie und dem Ministerium stattgefunden, darüber hinaus hatte ein Mitarbeiter des Reichskriegsministeriums, Regierungsrat Mureck, das Unternehmen bereits Anfang September, also mehr als sechs Wochen vor der angesprochenen Gesellschafterversammlung, besucht. Während die Überlegungen bisher von einer Produktionserweiterung am Standort Burghausen ausgingen, griff die Geschäftsleitung in ihrem Antwortschreiben an das Ministerium einen Alternativvorschlag auf, der „Möglichkeiten für die Erzeugung von jährlich 250.000 hl Sprit in Mückenberg (Niederlausitz)“ vorsah. Ob diese Planänderung auf eine Idee der Wacker-Chemie zurückging oder einem Wunsch der Behörde entsprach, muss an dieser Stelle offenbleiben. Für eine Initiative des Reichkriegsministeriums spräche der gewünschte und in dieser Zeitspanne durchaus gezielt geförderte Ausbau der Wirtschaftsregion Mitteldeutschland, während ein Eigeninteresse der Wacker-Chemie an der Wahl des Standorts Mückenberg, nicht zuletzt angesichts der günstigen Energieverhältnisse, ebenfalls denkbar wäre. Ganz in diesem Sinne versicherte die Unternehmensleitung, die Wacker-Chemie könne die Anlage neben den bereits bestehenden errichten, zumal das dafür notwendige „Gelände von 24 ha durch nicht sehr kostspielige Gleisanlagen und

[1537] Ebd.
[1538] Vgl. HUW 36 D 12, Schreiben der Wacker-Chemie an das Reichskriegsministerium, 3. November 1936.

Strassenverlegungen für industrielle Zwecke erschlossen werden könne.“ Darüber hinaus könnte sich in Mückenberg auch die Stromversorgung „voraussichtlich ohne Schwierigkeiten lösen lassen.“[1539]

Doch nicht nur die Standortwahl, sondern auch die anderen von der Wacker-Chemie angeführten Bedingungen, wichen zum Teil erheblich von den ersten Vorstellungen ab, wie sie in der angesprochenen Gesellschafterversammlung gegenüber den Vertretern der IG Farben geäußert wurden. Zum einen war inzwischen keine Rede mehr von der Errichtung einer Bereitschaftsanlage, zum anderen erklärte sich die Unternehmensleitung bereit, den Kauf des Geländes selbst durchzuführen. Man ging mit der Aussage, „wir sind bereit, die vollständige Anlage zur Herstellung von 250.000 hl Spiritus je Jahr auf unsere Kosten zu errichten […]“ schließlich sogar noch einen Schritt weiter.[1540] Statt der riskanten Errichtung einer Bereitschaftsanlage, deren Verwendung und Produktionsmengen nur schwer vorhersehbar waren, engagierte sich das Unternehmens nun gegenüber den staatlichen Stellen für eine vertragliche Absicherung, die das unternehmerische Risiko für die Wacker-Chemie dabei so gering wie möglich halten sollte. Um vertragliche Garantien zu erreichen, stellte die Unternehmensleitung den staatlichen Stellen daher folgende Bedingungen:

- der Abschluss eines langfristigen, über zehn Jahre laufenden Vertrages, der die Abnahme von 250.000 Hektolitern[1541] jährlich durch die Reichsmonopolverwaltung garantierte.
- ein staatliches Darlehen über elf Millionen Reichsmark zur Errichtung der Anlage. Bedingungen der Finanzierung: eine Verzinsung von 4,5 Prozent sowie eine Tilgung von jährlich einem Zehntel des Darlehensbetrages durch das Unternehmen.
- der Lieferpreis gestaltete sich flexibel. Das hieß, stiegen die Rohstoffpreise, Löhne oder Steuern, erhöhte sich auch der Preis dementsprechend, den die Reichsmonopolverwaltung der Wacker-Chemie pro Hektoliter zahlen musste.
- wären die Lieferungen, aus welchen Gründen auch immer, mengenmäßig geringer oder ganz ausgefallen, so erübrigten sich auch die Zinsen und Rückzahlungen pro rata

[1539] Ebd.
[1540] Ebd.
[1541] Bei einer Dichte des einhundertprozentigen Ethanols von 789 kg/m3 entsprechen demnach 10 Hektoliter (= 1.000 Liter = 1 m^3) 0,789 Tonnen. Die garantierte Abnahme der Reichsmonopolverwaltung von 250.000 Hektolitern entsprach folglich einem Gewicht von 19.725 Tonnen bzw. etwas mehr, da der Carbidsprit nicht einhundertprozentig war und das enthaltene Wasser eine höhere Dichte besitzt.

temporis[1542], ohne dass die Wacker-Chemie anschließend verpflichtet war, „die ausgefallenen Zahlungen nachzuleisten."

- die Reichsmonopolverwaltung trug die Risiken aus dem Stromlieferungsvertrag und bei einer möglichen Stilllegung der Anlage.

Im Falle der Annahme dieser Forderungen verpflichtete sich die Wacker-Chemie im Gegenzug zur Lieferung eines Carbidsprites mit einem Reinheitsgehalt von 99 Prozent Äthylalkohol für 36 Pfennige je Hektoliter. Das waren zwei Pfennige weniger als ursprünglich veranschlagt, womit sich die Frage stellt, ob dieses preisliche Entgegenkommen nicht als Indiz für die Absicht des Unternehmens, den Auftrag „um jeden Preis" erhalten zu wollen, zu werten ist. Zumal die dafür anzusetzende Investitionssumme aufgrund ihrer Höhe (vgl. Tabelle 43) für die Wacker-Chemie durchaus ein gewisses Problem darstellte.

Bereich		**Kosten in Reichsmark**
Karbidtrockenvergasungsanlage	Trockenvergasung	328.000
	Abgasanlage	20.000
	Gasbehälter	66.000
	Gebäudekosten	91.000
	Hydrolanlage, 3 Einheiten	1.100.000
Acetaldehydanlage mit Nebeneinrichtungen und Spritanlage	Quecksilber-Elektrolyse	240.500
	Alkoholanlage, 8 Einheiten	958.000
	Destillationsanlage	140.000
	Katalysatoren-Aufbereitung	86.500
	Gebäudekosten	589.200
Kosten für allgemeine Werksanlagen, Hilfs- und Wohlfahrtseinrichtungen, beinhaltet unter anderem: Geländeerwerb, Aufschließung, Gleisanlagen, elektrische Anlagen, Dampf- und Wasserversorgung, Wohlfahrtsgebäude[1543], Verwaltung, Werkstatt, Laboratorium		2.150.000
Gesamtkosten für diese Betriebsteile zusammen		**5.769.200 Reichsmark**

Tabelle 43: Baukostenaufstellung Chemowerk

[1542] Anteilmäßig auf einen bestimmten Zeitablauf bezogen.

[1543] Zu den Wohlfahrtsgebäuden zählten neben der Kantine und einem Badhaus, auch Werkswohnungen und Siedlungshäuser. Vorgesehen waren ein Werkleiterhaus, 6 Angestelltenhäuser und 20 Arbeiterhäuser (vgl. HUW 36 D 12, Kostenschätzungen, 29. Oktober und 4. November 1936).

Zur Einreichung des Projektes beim Ministerium mussten detaillierte Kostenschätzungen erstellt werden, die Ende Oktober / Anfang November 1936 zunächst eine Investitionssumme von rund 5,8 Millionen Reichsmark vorsahen. Diese nach Betriebsteilen gruppierte Schätzung scheint jedoch nur einen Teil der tatsächlichen Kostenfaktoren berücksichtigt zu haben, denn die Investitionssumme wurde zur gleichen Zeit in anderen Quellen mit rund elf Millionen Reichsmark angegeben. Eine von Johannes Hess handgeschriebene Notiz dürfte den tatsächlich kalkulierten Kosten wohl am nächsten kommen. Hess errechnete für die Carbidfabrik und für die dazugehörigen Anlagen 2,6 Millionen, für die Trockenvergasung 600.000, für die Acetaldehyd-Anlage 2,1 Millionen, für die Wasserstoffgewinnung 1,1 Millionen, und für die Alkoholanlage 1,5 Millionen. Zu diesen Investitionskosten in Höhe von 7,9 Millionen Reichsmark addierte der Geschäftsführer 3,5 Millionen für allgemeine Werkeinrichtungen sowie 600.000 für Grundstücke und Infrastruktur, so dass er abschließend zu einer Gesamtsumme von 12 Millionen Reichsmark gelangte.[1544]

Die ersten Ausgaben für das Projekt wurden Ende 1936 getätigt, nachdem die Gesellschafterversammlung einen Kredit für „Vorarbeiten zur Karbidsprit-Anlage“ in Höhe von 85.000 Reichsmark bewilligt hatte. Es handelte sich dabei um die Kosten für die Errichtung einer Versuchsanlage zur Erzeugung von 40.000 Hektoliter Carbidsprit am Standort Burghausen. Diese sollte der Sammlung von Erfahrungswerten mit Großanlagen dienen.[1545] Offensichtlich mussten die Kostenschätzungen für das Gesamtprojekt in der Folgezeit mehrfach nach oben korrigiert werden. Im Sommer 1937 ging das Unternehmen schließlich von 17 Millionen Reichsmark für die Errichtung eines neuen Werkes zur Sprit-Erzeugung aus. Scheinbar ließen sich die Gesamtkosten erst mittels Einzelplanbearbeitung und nach der Einholung mehrerer Kostenvoranschläge realistisch bewerten. Hinzu kamen die „Forderungen des Luftamtes, Arbeiterschwierigkeiten, Abwässererschwernisse“ und das Zurückbehalten einer Reserve.[1546] Ferner waren einige Posten ursprünglich zu gering oder gar nicht berechnet worden.[1547]

Wegen der jederzeit möglichen Kontrolle durch die Vierjahresplanbehörden musste auf die Einhaltung der Kostenvoranschläge bei diesem Projekt besonders strikt Wert gelegt werden. Entgegen der üblichen Gewohnheit, wurden daher bei den einzelnen Kostenpunkten der

[1544] Vgl. HUW 36 D 12, Handgeschriebene Notiz, ohne Datum.
[1545] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 29. Dezember 1936, S. 4.
[1546] Vgl. HUW 7 B 2, Mitteilung über die Sp-Anlage in Mückenberg, vorgelesen in der Gesellschafter-versammlung vom 3. September 1937.
[1547] Vgl. HUW 35 E 1, Vertrauliche Aktennotiz mit 17 Posten von Mehrkosten, 10. September 1938.

Kalkulationen die Sachbearbeiter namentlich angeführt, um „ihnen ihre Verantwortung besonders einzuprägen.“[1548] Im Frühjahr 1940 fand tatsächlich eine Sonderprüfung durch die Deutsche Revisions- und Treuhandaktiengesellschaft statt.[1549] Die Kosten waren zu diesem Zeitpunkt bereits auf 18.204.000 Millionen Reichsmark angestiegen, von denen die Errichtung allgemeiner Anlagen noch vor den Kosten für die Carbidfabrik oder der eigentlichen Spritanlage rangierten (vgl. Tabelle 44). Offensichtlich waren auch zu diesem Zeitpunkt noch einige Ergänzungen notwendig, so dass nach Schätzungen des Unternehmens zusätzlich noch einmal etwa 1.439.000 Reichsmark benötigt wurden. Schließlich lag das Gesamtprojekt „Carbidsprit-Anlage Mückenberg“ bei einer Gesamtinvestitionssumme von knapp 20 Millionen Reichsmark.[1550]

Betriebsteil	**Kosten in Prozent**
Gemeinsame Betriebsanlagen	23
Karbid	20
Sprit	19
Acetylen	13
Allgemeine Bauunkosten und unvollendete Bauten	11
Acetaldeyhd	9
Wohnhäuser	3
Grunderwerb und Aufschließung des Geländes	2

Tabelle 44: Baukosten Chemowerk nach Bereichen in Prozent

3.4.2 Ein Gespräch mit Carl Krauch – Die Spritanlage wird zum Vierjahresplan-Projekt

Die Projektplanung übernahm auf staatlicher Seite zunächst das Reichskriegsministerium, das weiterhin von Regierungsrat Mureck als Ansprechpartner der Wacker-Chemie vertreten wurde. Am 17. November 1936 teilte Mureck dem Unternehmen schließlich mit, er habe „in der Zwischenzeit mit allen interessierten Stellen wie Monopolverwaltung, Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe usw.“ gesprochen. Diese Aussage erweckt den Anschein, als ginge der Ausbau der deutschen Spriterzeugung und insbesondere die Wahl der Wacker-Chemie auf eine Initiative aus dem Reichskriegsministerium zurück, das im weiteren Verlauf der Gespräche tatsächlich darum bemüht war, andere investitionswillige staatliche Stellen zur Zusammenarbeit bei diesem Projekt zu bewegen – und damit natürlich auch die Kosten auf

[1548] HUW 35 E 1, Schreiben an von Fassong, 8. Januar 1938.
[1549] Vgl. BArch R 8135/5487, Bericht Nr. 12699 der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, 1. März 1940.
[1550] Vgl. ebd.

mehrere Schultern zu verteilen. Zeitgleich verhandelte wohl auch die IG Farben mit der Reichsmonopolverwaltung, wie aus einem Schreiben der Patentabteilung in Höchst hervorgeht. Ob in diesen Gesprächen chemische bzw. technische Verfahrensfragen diskutiert oder die Steigerung der Produktionskapazitäten bei der IG Farben erörtert wurde, bleibt unklar.[1551] Die wichtigste Voraussetzung für die Realisierung des Projektes und für eine zügige Umsetzung war jedoch seine Einordnung in die Bauvorhaben des Vierjahresplanes.

Zu diesem Zweck wurde die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie am 21. November 1936 zu einer Besprechung beim Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe[1552] gebeten, an der auch Mureck und sein Kollege Wissmann teilnahmen.[1553] Dieses Gespräch sollte nur den Auftakt zu einer ganzen Reihe weiterer Treffen und Verhandlungen zwischen den beteiligten Behörden und dem Unternehmen bilden. Alleine für den 23. November waren in Berlin drei Besprechungen zum Mückenberger Carbidsprit-Projekt anberaumt. Die entscheidende Aussprache war zweifellos diejenige, die unter dem Vorsitz Carl Krauchs im Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe stattfand. Der Gesprächsverlauf dieser, unter Beteiligung des Hauptreferat I des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, des Reichswehrministeriums, des Luftfahrtministeriums und der Wacker-Chemie,[1554] geführten Besprechung wurde von der Wacker-Chemie detailliert festgehalten und ist als fünfseitiges Protokoll überliefert. Aus der am 26. November 1936 gefertigten Niederschrift gehen die Interessen der einzelnen Akteure besonders deutlich hervor. Ausschlaggebend auf staatlicher Seite war Carl Krauch, der 1938 zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung ernannt wurde, und zugleich Leiter des Reichsamts für Wirtschaftsausbau war. Krauch eröffnete das Gespräch mit der Frage, ob es den Tatsachen entspräche, dass nur unzureichend Carbid für die Alkoholerzeugung zur Verfügung stehe. Er interessierte sich also zunächst dafür, ob die kostspielige Errichtung neuer Öfen zur Carbid-Herstellung eine Notwendigkeit darstelle und

[1551] Vgl. HUW 4 B 25, Vertrauliches Schreiben der Patentabteilung Hoechst an Hess, 25. November 1936.

[1552] Aus dem 1936 gegründeten Amt wurde 1938 die Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, die wiederum ab 1939 in Reichsamt für Wirtschaftsausbau (RWA) umbenannt wurde. Das Amt ist auf das Engste mit Carl Krauch verbunden, der 1936 bis 1938 Leiter der Abteilung Forschung und Entwicklung, ab 1939 Leiter des Reichsamtes war (vgl. das Forschungsprojekt von Sören Flachowsky an der Humboldt-Universität Berlin, zitiert nach https://www.geschichte.hu-berlin.de/de/bereiche-und-lehrstuehle/dtge-20jhd/forschung/abgeschlossene-forschungsprojekte/das-reichsamt-fuer-wirtschaftsausbau-als-forschungsbehoerde-im-ns-system-1 [zuletzt am 14. November 2016]). Zur Person Carl Krauchs vgl. Wankmüller, Krauch, S. 679-681.

[1553] Bei dieser Besprechung wurde zeitgleich der weitere Ausbau der Ferrolegierungskapazitäten erörtert (vgl. HUW 27 D 11, Schreiben des Reichskriegsministeriums (Mureck) an die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie, 17. November 1936).

[1554] Für das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe nahmen Major Czimatis und Dr. Eckell teil, aus dem Reichswehrministerium Dr. Romberg, aus dem Luftfahrtministerium Regierungsrat Heidenreich und für die Wacker-Chemie die Geschäftsführer Freyer und Hess sowie Ingenieur Schmidt (vgl. HUW 6 A 13, Niederschrift über die Besprechung betreffend Alkohol-Anlage Mückenberg in Berlin, 26. November 1936).

somit als unerlässlich zu betrachten wäre. Nachdem ihm Hess diese Annahme bestätigt hatte, sprach Krauch zunächst die alternative Möglichkeit an, Alkohol auf der Basis von Methan statt Acetylen zu erzeugen. Im Blick hatte er die Verwertung der Ruhrgebiet-Abgase, woraufhin Hess einwandte, dieses Erzeugungsverfahren sei mehr oder weniger noch in der Versuchsphase und damit äußerst risikoreich. Auf die Frage, wie es um die Finanzierung stünde, antwortete Hess knapp, die entsprechenden Vorschläge seien gemacht. An einer späteren Stelle räumte Hess jedoch auf die erneute Nachfrage Krauchs ein, dass die Wacker-Chemie für die geplante Anlagen kein Eigenkapital aufbringen könnte.

Während der Hauptteil der Unterredung von Krauch und Hess bestritten wurde, beteiligten sich Eckell und Czimatis zeitweise an dem Gespräch, die Vertreter des Reichswehr- sowie des Luftfahrtministeriums hielten sich weitgehend ganz heraus. Eine Frage, die von Eckell gestellt wurde, war, welche Faktoren die Wacker-Chemie veranlasst hatten, den Standort Mückenberg zu wählen. Hess führte daraufhin zwei Gründe an: Zum einen seien die Energieverhältnisse günstig und der Strompreis der Standortvorteil Mückenbergs schlechthin, zum anderen sei es „leichter, schneller und vorteilhafter Neues im Anschluss an Bestehendes“ zu errichten. Es folgten Nachfragen zur Energieversorgungssituation, zum Preisniveau des Carbidsprites und der voraussichtlichen Menge des zusätzlich benötigten Alkohols. Der tatsächliche Mehrbedarf an Äthylalkohol lag bei mindestens 80.000 Jahrestonnen. Ferner ging es um die Abklärung der Frage, ob die Errichtung neuer Anlagen tatsächlich notwendig wäre oder ob man stattdessen nicht besser die geplanten Zusatzmengen aus Holz gewinnen könne. Das Ergebnis fiel zugunsten des Carbidsprites und der Wacker-Chemie aus, da man bei der Alkohol-Herstellung aus Holz nur 60.000 Jahrestonnen aus den bestehenden Anlagen erhalten könne, damit dann aber keine weitere Vergrößerung mehr möglich war.

Eine Einigung bei der Übernahme des Projektes durch die Wacker-Chemie war bereits erzielt, als von Seiten des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe ein alternativer Vorschlag bezüglich des Standortes zur Diskussion gestellt wurde. In Konkurrenz zu Mückenberg trat nun das polnische Deschowitz (Zdzieszowice), an dem nach Schätzungen des Amtes etwa 50.000 der benötigten 80.000 Tonnen Sprit produziert werden konnten.[1555] Hess, der von dieser Idee wenig angetan war, argumentierte mit der Qualität der benötigten Rohstoffe. Der Harzer Kalk, der relativ nah zum Standort Mückenberg produziert werde, sei qualitativ deutlich hochwertiger als der oberschlesische Kalk. Nach den geschätzten Kosten beider

[1555] Am Ort gab es vermutlich bereits eine zur Schaffgotschen Unternehmensgruppe gehörenden Großkokerei und ein Elektrizitätswerk, in denen die oberschlesischen Rohstoffe der Region verarbeitet wurden.

Anlagen gefragt, bewertete Hess die Investitionssumme für Mückenberg mit elf Millionen Reichsmark für 20.000 Jahrestonnen Alkohol, im Falle Deschowitz seien ohne die nötigen Energieanlagen 25 Millionen zu veranschlagen. Die Errichtung am Standort Mückenberg war dementsprechend deutlich günstiger, woraufhin der Vertreter des Luftfahrtministeriums nachfragte, ob es sich letztlich um eine Carbidanlage für Kautschuk oder zur Spriterzeugung handeln sollte. Offensichtlich lag der Fokus der Bedarfs- und Verbrauchsplanungen zu diesem Zeitpunkt auf der Alkoholerzeugung, denn laut Krauch ging es bei dem Projekt um eine reine Carbidsprit-Produktionsstätte. Vom Geschäftsführer der Wacker-Chemie stammte schließlich der Vorschlag, die benötigte Erzeugungsmenge aufzuteilen. Er schlug Krauch vor, 20.000 Jahrestonnen am Standort Mückenberg und 30.000 Tonnen in Deschowitz erzeugen zu lassen. Die Anwesenden standen dieser Idee positiv gegenüber. So fragte der Amtsleiter nach, bis wann die Alkoholerzeugung in Mückenberg in Betrieb genommen werden könne, vorausgesetzt die Bauvorhaben würden durch Dringlichkeitsbescheinigungen unterstützt. Die optimistische Schätzung für Mückenberg lag bei einem Jahr.

Ein entscheidender Punkt der Verhandlungen schien erreicht, als Eckell den Geschäftsführer der Wacker-Chemie schließlich fragte, ob sein Unternehmen die Anlagen in Deschowitz in 15 Monaten aufbauen könnte. Hess erklärte daraufhin, das könne er nicht alleine entscheiden, zu dieser Frage müssten die Gesellschafter der Wacker-Chemie gehört werden. Dennoch bezog er klar Stellung gegen die Verantwortung für das Werk in Oberschlesien und merkte an: „Offengestanden wäre mir Mückenberg lieber." Woraufhin Krauch erwiderte, „dann macht es jemand anders". Von dieser Drohung wenig beeindruckt antwortete Hess leicht provokant und selbstbewusst: „Ich trete ganz gerne zurück, wenn es jemand anders ebenso gut macht." Dieses sichere Auftreten verfehlte seine Wirkung nicht und Hess wurde angeboten, beide Standorte aufzubauen. Nach der Beantwortung einiger technischer Fragen zu beiden Projekten, erkundigte sich der Geschäftsführer der Wacker-Chemie, danach warum das Reichsamt mit einem neuen Werk so nahe an die Grenze gehen wolle. In diesem Fall ergriff ausnahmsweise Major Czimatis das Wort und erläuterte die Beweggründe wie folgt: „Wir wollen für die Grenzmark etwas tun, außerdem ist die Energie schon vorhanden; Deschowitz liegt an der Oder, die Wasserverhältnisse sind demnach gut."[1556] Den darauf folgenden Einwurf Freyers, wie es denn dann mit dem Standort Tschechnitz aussähe, blockte Hess jedoch sofort mit dem Verweis auf die schlechten Wasserverhältnisse in der Breslauer

[1556] HUW 6 A 13, Niederschrift über die Besprechung betreffend Alkohol-Anlage Mückenberg in Berlin, 26. November 1936.

Region ab. Das Gespräch neigte sich dem Ende zu, als Krauch die beiden Vertreter der Wacker-Chemie bat, binnen einer Woche Bescheid zu geben, ob das Unternehmen an beiden Standorten – Mückenberg und Deschowitz – eine Alkohol-Produktion aufbauen könnte. Die Befähigung und den Willen zum Bau des Projektes in Mückenberg bekundete Hess sofort, für die Anlagen in Deschowitz wies er erneut auf die Notwendigkeit einer Absprache mit den Eigentümern des Unternehmens hin. Nachdem die Frage des Geschäftsführers nach einer möglichen Trennung der Projektverantwortlichkeit von Krauch positiv beschieden wurde, entschloss sich Hess endgültig und lehnte die Errichtung des oberschlesischen Werkes durch die Wacker-Chemie mit folgenden Worten ab: „Dann machen wir Mückenberg. Deschowitz kann von anderer Seite errichtet werden." Den Abschluss dieser Besprechung bildeten Bewirtschaftungs- und Finanzierungsfragen, wie etwa die Bereitstellung der Dringlichkeitsbescheinigungen. Die Rohstoffbedarfsplanungen und der voraussichtliche Devisenbedarf sollten dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, Hauptreferat I, der Abteilung von Czimatis, innerhalb von acht Tagen zugestellt werden. Mit dieser Vereinbarung endete die Besprechung.[1557]

Die Unternehmensleitung der Wacker-Chemie hatte ihren Wunsch, den eigenen Standort Mückenberg weiter auszubauen, erfolgreich durchsetzen und dabei die Verantwortung für ein zweites Werk nahezu problemlos ausschlagen können. Die Gründe von Johannes Hess, den Ausbau des zweiten Standortes abzulehnen, lagen wohl darin begründet, dass dem Unternehmen einerseits das finanzielle Risiko zu groß gewesen wäre und andererseits die personellen und technischen Kapazitäten der Wacker-Chemie zu diesem Zeitpunkt für zwei derartige Großprojekte nicht ausgereicht hätten. Hess beschloss daher, auf Nummer sicher zu gehen, und nahm von dem Angebot Abstand. Ein weiterer entscheidender Aspekt, dürfte die Abhängigkeit vom Staat gewesen sein, die jeder derartige Auftrag mit sich brachte. Mit jedem Vertrag, der den Staat als Kunden vorsah, und jeder staatlichen Finanzierung wuchs auch das Abhängigkeitsverhältnis des Unternehmens von den staatlichen Planung- und Lenkungsinstanzen. Mit einem zweiten Werk hätten die Behörden mehr Einfluss auf das Unternehmen in seiner Gesamtheit gewonnen. Diesen Preis wollte die Geschäftsleitung nicht zahlen, zumal es nicht absehbar war, wie weit die Behörden künftig Mitsprachemöglichkeiten bei Unternehmensentscheidungen eingefordert hätten. Darüber hinaus waren mit der Erzeugung von Carbidsprit nur verhältnismäßig geringe Gewinne zu erzielen. Was daraufhin

[1557] Vgl. ebd.

aus der Anlage in Deschowitz wurde, ob sie tatsächlich in Betrieb ging, und welches Unternehmen, die Leitung übernahm, ist nicht bekannt.

3.4.3 Eine Frage des Preises? Finanzierungsdebatte und Vierjahresplan

Dieser Besprechung folgten am gleichen Tag zwei weitere Unterredungen mit dem Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe sowie der Reichsmonopolverwaltung, in denen die weiteren Details erörtert wurden. Zu klären war die bislang nur vage umrissene Restfinanzierung bzw. die staatliche Subventionierung des Projektes sowie die Absicherung des Unternehmens mit Hilfe einer staatlichen Abnahmegarantie. Dabei handelte es sich durchaus um zwei gängige Verfahren, die Unternehmenspolitik mittels finanzieller Anreize in die gewünschte Richtung zu lenken und Unternehmen zu Großinvestitionen zu bewegen, die sie unter normalen Umständen nicht getätigt hätten.

In der Verhandlung mit der Reichsmonopolverwaltung wurden zunächst der mögliche Lieferbeginn,[1558] die Gesamtmenge und die Preisfrage erörtert. Es stellte sich dabei heraus, dass die von der Wacker-Chemie veranschlagten 36 Pfennige je Liter von anderen Anbietern auch bei der Abnahme kleinerer Mengen unterboten wurden, woraufhin sich eine Diskussion um den Reinheitsgehalt des Carbidsprites entspann. Hierbei wurden die Vertreter der Wacker-Chemie maßgeblich durch Eckell vom Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe sowie Ingenieur Rupprecht Fritzweiler[1559] von der Reichsmonopolverwaltung unterstützt. So war es ebenfalls Fritzweiler, der zur Konkurrenzfrage schließlich anmerkte: „Vielleicht befindet sich der andere Hersteller in günstigerer Lage; in Mückenberg muss die gesamte Anlage neu geschaffen werden.“[1560] Eckell fügte erläuternd hinzu, dass sowohl die Carbidproduktion als auch die Strombasis neu geschaffen werden müssen. Der Name des Mitbewerbers wurde nicht genannt. Denkt man allerdings an die Gesellschafterversammlung, bei der die Vertreter der IG Farben, nachdem beide Firmen um Angebote gebeten worden waren, einen niedrigeren Angebotspreis berechnet hatten als die Wacker-Chemie, scheint es naheliegend, dass es sich

[1558] Die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie bot an, „mit einer 40.000 hl Einheit vielleicht vorab ab Burghausen“ zu liefern, da die Erbauung dieser Einheit als Versuchseinheit sowieso notwendige werden würde. Man habe bisher keinerlei Erfahrung mit einer Großanlage sammeln können. Die jetzige Anlage erzeuge im Vergleich nur 10.000 Hektoliter. Interessant hierbei erscheint, dass die Versuchsanlage am Standort Burghausen und nicht direkt in Mückenberg aufgestellt werden sollte (vgl. HUW 6 A 13, Niederschrift über die Besprechung bei der Reichsmonopolverwaltung, 28. November 1936).

[1559] Rupprecht Fritzweiler war als Angestellter der Reichsmonopolverwaltung bereits bei den Verhandlungen mit der Wacker-Chemie beteiligt. Im Anschluss wurde er dem Unternehmen von der Reichsmonopolverwaltung für die Errichtung und Inbetriebnahme des Chemowerkes als Experte zugeteilt, bevor er schließlich ganz zur Wacker-Chemie wechselte und Betriebsingenieur im Chemowerk wurde.

[1560] HUW 6 A 13, Niederschrift über die Besprechung bei der Reichsmonopolverwaltung, 28. November 1936.

bei dem anderen Kandidaten um die IG Farben gehandelt hat.[1561] Angesichts dieser Ausgangsituation drängt sich zwangsläufig die Frage auf, warum die Wacker-Chemie trotz des höheren Preises diesen Auftrag erhielt und nicht das Unternehmen, das die günstigeren Konditionen bot. Eine eindeutige Antwort darauf geben die Quellen nicht. Allerdings ist davon auszugehen, dass letztlich doch mit beiden Unternehmen, der IG Farben und der Wacker-Chemie, Verträge geschlossen wurden, die im weitesten Sinne mit der Vergrößerung der deutschen Alkoholerzeugung in Zusammenhang standen. Vorstellbar ist darüber hinaus, dass die IG Farben zwar einen Teil der Mehrproduktion übernahm, die geforderte Gesamtliefermenge aber nicht alleine aufbringen konnte oder wollte. Für diese Variante spricht die von Ludwig Hermann getätigte Aussage, die IG Farben sei bei den späteren Verhandlungen bezüglich der Errichtung weiterer Carbidspritfabriken beim Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe nur als „beratender Ingenieur“ beteiligt gewesen und habe in dieser Funktion dafür gesorgt, dass ein anderer sächsischer Standort im Vergleich zur Wacker-Chemie schlecht dastehe. Die IG Farben, die den Gestehungspreis des Projektes im Auftrag des Staates schätzen und vergleichen sollte, setzte den Konkurrenzwert mit 40 bis 42 Reichsmark deutlich über dem von der Wacker-Chemie angegebenen Preis an. Dieser Kunstgriff der IG Farben trug entscheidend zum Zuschlag für die Wacker-Chemie bei.[1562] Ein weiterer und bereits häufig angesprochener Standortvorteil der Wacker-Chemie war zudem die geografische Lage Mückenbergs, ein anderer die Qualität der angebotenen Ware. Die Wacker-Chemie garantierte einen Reinheitsgehalt des Carbidsprites von mindestens 99 Prozent, wobei versucht werden sollte, letztlich sogar einen Reinheitsgehalt von 99,8 Prozent zu erzielen.[1563] Zur Klärung der Frage, ob sich ein derartig hoher Alkoholgehalt in der Produktion tatsächlich erreichen ließe, wurde das Unternehmen aufgefordert, zu Testzwecken

[1561] Auf Nachfrage von Johannes Hess beteuerte die Direktionsabteilung in Höchst, man habe der Monopolverwaltung bei den Verhandlungen über die Selbstherstellung von Spiritus einen Preis vom 34,40 pro Hektoliter nicht entwässertem Sprit geboten, habe dem Amt aber, entgegen den Vorwürfen der Wacker-Chemie, trotz Aufforderung durch die Behörde keine Gestehungskosten genannt oder gar den gewünschten Einblick in die Kalkulationsunterlagen gewährt.

[1562] Die Verhandlungen folgten damit der gängigen Vorgehensweise: Zunächst wurde bei den Bedarfsplanungen von den staatlichen Stellen der größte in Frage kommende Produzent, die IG Farben, als potentieller Anbieter bzw. Hersteller nachgefragt. Erst als die IG Farben den Auftrag nicht bearbeiten konnte oder wollte, sind die Ausbaupläne an andere Unternehmen herangetragen worden. Zum Schreiben Hermanns vgl. HUW 4 B 25 Schreiben der IG Farben Höchst an Hess, 1. März 1937.

[1563] Der von der Wacker-Chemie angebotene Reinheitsgehalt war überdurchschnittlich hoch, da sich durch Destillation üblicherweise nur eine Reinheit von 95,58% erzielen ließ. Über diesen Wert hinaus bildet Ethanol mit Wasser ein sogenanntes Azeotrop, das nicht weiter destilliert werden kann, sondern aufwendig und kostspielig durch den Einsatz von Trocknungsmitteln entwässert werden muss. Da im Gegensatz zu den von der Wacker-Chemie gebotenen 99,1 Prozent auch ein anderes Angebot mit einem Reinheitsgehalt von 94 Prozent diskutiert wurde, ist anzunehmen, dass es sich bei diesem um ein Konkurrenzprodukt handelte. Dies wiederum bestätigt den Qualitätsvorsprung der Wacker-Chemie beim Reinheitsgehalt des Carbidsprites, der zum maßgeblichen Entscheidungskriterium wurde.

umgehend einen Kesselwagen Carbidsprit an die Versuchsanlagen der Reichsmonopolverwaltung in Berlin Adlershof zu liefern.

Es brachte aber natürlich auch den Behörden gewisse Vorteile mit kleineren Unternehmen wie der Wacker-Chemie zusammenzuarbeiten, da diese letztlich weniger Druck ausüben konnten, als der Großkonzern IG Farben, dessen Mitarbeiter bereits in zahlreichen halbstaatlichen Behörden und Gremien vertreten waren. In Behördenkreisen gab es zudem Stimmen, die den Einfluss der IG Farben für zu groß hielten und ihn dementsprechend lieber etwas geschmälert sehen wollten. Mitunter baute man von staatlicher Seite in diesem Zusammenhang auf den größeren Abhängigkeitsgrad der Wacker-Chemie. Auf jeden Fall akzeptierte die Reichsmonopolverwaltung schließlich den von der Wacker-Chemie geforderten Preis in Höhe von 36 Pfennigen pro Liter, wenn im Gegenzug 99,8 prozentiger Alkohol geliefert werde, der frei von den üblichen Nebenbestandteilen, wie etwa Essigester, sein sollte.

Während sich die Reichsmonopolverwaltung im Verlauf des Gespräches umgehend mit einer zehnjährigen Abnahmegarantie einverstanden zeigte, verweigerte sie jedoch eine finanzielle Beteiligung an dem Carbidsprit-Projekt. Auch auf die Nachfrage des Reichsamtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, wie es um die generelle Bereitschaft zur Finanzierung stünde, verwies die Reichsmonopolverwaltung vehement darauf, dass man selbst keine Finanzierung übernehmen könne, da die Reichssteuergelder am Ende jeden Jahres abgeliefert werden müssten. Die Finanzierung der Vierjahresplananlage in Mückenberg blieb zunächst also ungeklärt. Zu dieser Debatte gesellten sich weitere Diskussionspunkte, wie etwa die Prüfung und Kontrolle der Unternehmensbuchführung oder die Frage möglicher Preisänderungen in Folge von Verfahrensverbesserungen. Nachdem die Problematik der Preisänderung durch eine vertraglich verankerte Loyalitätsklausel relativ einfach zu lösen war, führte die Kontroll-Thematik zu längeren Debatten. Der Geschäftsführer der Wacker-Chemie hielt eine wirtschaftliche Prüfung für nicht durchführbar und argumentierte selbstbewusst: „Unser Geschäft ist zu produzieren und nicht fortgesetzte Buchprüfungen über uns ergehen zu lassen.“ Zur Vereinfachung schlug Fritzweiler daraufhin die Trennung der neuen von den bestehenden Anlagen vor. Von dieser Idee vermutlich wenig angetan, räumte Hess schließlich die Möglichkeit einer Preisüberprüfung alle zwei bis drei Jahre ein. Die Überlegungen mündeten in dem Kompromiss, den Abnahmepreis zunächst für die Dauer von drei Jahren

festzusetzen und erst nach Ablauf dieser Frist, die erste Prüfung vorzunehmen.[1564] Im Ergebnis führte diese Gesprächsrunde zur Enttäuschung der Wacker-Chemie folglich nur zum Abschluss eines Liefervertrages, mit Abnahmegarantie und Loyalitäts- bzw. Revisionsklausel für technische Verbesserungen, aber nicht zur gesamten Finanzierung des Projektes durch den Staat. Die durch das Chemowerk erzielten Gewinne sollte allerdings als Eingeständnis an das Unternehmen zu 25 Prozent der Wacker-Chemie zugutekommen.[1565]

Nachdem die Reichsmonopolverwaltung eine Beteiligung an der Finanzierung des Projektes kategorisch abgelehnt hatte und auch die weiteren Nachfragen vom Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, das die Monopolverwaltung zum Einlenken bewegen wollte, negativ beschieden wurden, versuchte man in den folgenden Tagen einen für beide Seiten tragbaren Kompromiss zu finden. Einzig ein von militärischer Seite[1566] in Aussicht gestellter Kredit über fünf Millionen Reichsmark galt zu diesem Zeitpunkt bereits als gesichert. Die Restfinanzierung musste, so der Vorsitzende des Rohstoffamtes Kurt Lange, „im Rahmen des Vierjahresplanes entschieden werden. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind“, könne er die Finanzierung zusagen. Hess versuchte den Druck auf die Behörden zu erhöhen, indem er auf den Zeitplan, die bereits laufenden Versuche und die anstehenden Verhandlungen mit den Energielieferanten hinwies. Er betonte zudem, nachdem Lange weitere Gespräche zwischen dem Finanzministerium, dem Reichsmonopolamt und dem Reichsamt für Deutsche Roh- und Werkstoffe angekündigt hatte, der Abnehmer, also die Reichsmonopolverwaltung, sei dem Unternehmen „als Geldgeber willkommener.“[1567]

Eine Woche später trafen sich die Vertreter der Wacker-Chemie erneut mit Lange und Eckell vom Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe in Berlin. Auch bei dieser Besprechung stand die bislang ungeklärte Finanzierungsfrage im Vordergrund. Nach der Möglichkeit einer Beteiligung des Unternehmens an den Kosten gefragt, verwies Hess darauf, dass die Wacker-Chemie mit den Ferrolegierungen und der Zellwolle „völlig in Anspruch genommen“ wäre. Die Summe der durch den Ausbau dieser Produktionsbereiche entstandenen Belastungen liege bei mittlerweile 3,5 bis 5 Millionen Reichsmark. Die Liquidität des Unternehmens sei damit ausgereizt. Das Argument zeigte nur bedingt Wirkung, denn es folgte ein Appell des

[1564] Tatsächlich ist aus dem Jahre 1940 ein Bericht (Nr. 12699) der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft Berlin über die bei der Wacker-Chemie Chemowerk Mückenberg vorgenommene Sonderprüfung überliefert (vgl. BArch R 8135/5487, ohne Datum).
[1565] HUW 6 A 13, Niederschrift über die Besprechung bei der Reichsmonopolverwaltung. 28. November 1936.
[1566] In den Quellen ist die Rede vom „Wehrwirtschaftsstab“ oder „W.St.B.“, das Geld stammte aus dem Etat Murecks, dem verantwortlichen Kontakt der Wacker-Chemie im Reichskriegsministerium.
[1567] HUW 6 A 13, Niederschrift über die Besprechung betreffend Finanzierung im Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe, 30. November 1936.

Vorsitzenden des Rohstoffamtes an die Verantwortung der Wirtschaft und die Unmöglichkeit alle Vierjahresplan-Maßnahmen aus Staatsmitteln zu realisieren. Von einer Verschwendung oder gar vorschnellen Finanzierungszusage seitens der staatlichen Stellen kann also zumindest am Beispiel der Carbidsprit-Verhandlungen mit der Wacker-Chemie keine Rede sein. Vor allem, wenn man die Zähigkeit der Unterredungen, die Hartnäckigkeit der Monopolverwaltung und die im Gespräch getätigten Ausführungen Langes berücksichtigt, der noch einmal betonte: „Die finanziellen Anforderungen an das Reich, die der Vierjahres-Plan mit sich bringt, sind zu gross, wenn alles aus Reichsmitteln bezahlt werden sollte. Es muss angestrebt werden, möglichst viel aus Mitteln der Industrie bezw. durch Bankkredit zu beschaffen.“[1568]

Der Wacker-Chemie blieb keine Wahl, wollte sie das Geschäft tätigen, so lenkte sie dementsprechend ein. Zur Diskussion stand daraufhin eine Beteiligung des Unternehmens mit zwei bis drei Millionen Reichsmark, die man sich nach Ansicht der Behörde über Bauwechsel oder andere Kredite, zur Not auch per Reichsbürgschaft beschaffen sollte. Freyer und Hess hingegen beharrten auf eine Beteiligung der Reichsmonopolverwaltung, besonders da die Bubiag, im Gesprächsprotokoll als „unsere Freunde“ bezeichnet, für die Errichtung der nötigen Kraftanlagen 7,5 Millionen Reichsmark aufbrachten,[1569] die die Wacker-Chemie „indirekt durch die Verpflichtung der Stromabnahme auch belasten.“ Aus Unternehmenssicht hatte man also bereits mehr als genug investiert und war zudem noch bereit gewesen, ein hohes unternehmerisches Risiko ohne konkrete Zusage einzugehen. Das Amt betonte im Gegenzug erneut die Rolle der Behörde und die Bedeutung des Projektes für den Vierjahresplan:

„Präsident Lange: Der Vierjahresplan ist etwas Aussergewöhnliches. Wir müssen über die Schwierigkeiten hinwegkommen. […]
Dr. E.: Sie würden uns die weiteren Verhandlungen erleichtern.
Dr. H.: Wir haben die Nachteile von langfristigen Verträgen, insbesondere Stromlieferungsverträgen zur Genüge erfahren.
Präsident Lange: Die Frage des Risikos soll in ihrem Sinne geregelt werden.
Komm-Rat. Freyer: Wir haben im Rahmen des Vierjahres-Planes soviel übernommen, dass wir nicht mehr leisten können.
Dr. E.: Nur Aufträge aus diesem Hause können als im Rahmen des Vierjahres-Planes gegeben bezeichnet werden.“[1570]

[1568] HUW 6 A 13, Niederschrift der Besprechung im Reichsamt für Deutsche Roh- und Werkstoffe, 30. November 1936.
[1569] Somit lagen die Gesamtkosten des Carbidsprit-Projektes unter Miteinbeziehung der neuen Kraftanlagen bei 18,5 Millionen Reichsmark (vgl. HUW 6 A 13, Niederschrift der Besprechung im Reichsamt für Deutsche Roh- und Werkstoffe, 30. November 1936).
[1570] HUW 6 A 13, Niederschrift der Besprechung im Reichsamt für Deutsche Roh- und Werkstoffe, 30. November 1936.

Nachdem zum wiederholten Male versichert wurde, dass man ohne die Gesellschafter befragt zu haben, keine Aussage treffen könne, beteuerte Lange, die Wacker-Chemie sei im Falle der Reichsbürgschaft doch „nur ausführendes Organ bezw. Treuhänder, das Reich tritt als Bürge auf."

Man trennte sich schließlich auch bei dieser Besprechung ohne konkretes Ergebnis. Während Hess und Freyer selbst noch einmal bei der Reichsmonopolverwaltung vorsprechen wollten, baten sie die Vertreter des Reichsamtes für Deutsche Roh- und Werkstoffe zusätzlich mit Dr. Ernst vom Reichsfinanzministerium zu reden, dem die Reichsmonopolverwaltung unterstand. Wie aus dem innerbehördlichen Schriftverkehr hervorgeht, war man allerdings auch dort nicht bereit, von einer Beteiligung der Wacker-Chemie in Höhe von zwei bis drei Millionen Reichsmark abzuweichen. Gemäß diesen Plänen hätten noch drei bis vier Millionen Reichsmark gefehlt, die entweder „aus Mitteln des Monopolamtes, da dies an der neu aufzubauenden Industrie besonders interessiert ist, gegeben werden oder aus den zur Verfügung stehenden Bankgeldern (145 bzw. 100 Mill.-Fonds). Falls das Rohstoffamt Wert darauf legen sollte auf das Monopolamt zurückzugreifen, so soll zunächst eine Besprechung unter Beteiligung des Präsidenten Nebelung, des Ministerialrat Wolf und des Ref. I/1 des Reichsfinanzministeriums im Rohstoffamt stattfinden."[1571]

Offensichtlich gab es entgegen dieser Aussage auch für das Monopolamt die Möglichkeit, das Carbidsprit-Projekt finanziell zu unterstützen. Aus dem Vermerk gehen zudem die Akteure und Entscheidungsstrukturen klar hervor. Nachdem sich die Reichsmonopolverwaltung, insbesondere Präsident Nebelung, dennoch nicht gewillt zeigte, die Finanzierung mitzutragen, schaltete das Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe das Rohstoffamt (Reichswirtschaftsministerium) und das Finanzministerium ein, deren Vertreter die Entscheidung zugunsten einer staatlichen Finanzierung beeinflussen sollten. Die militärischen Stellen hatten mit einer Darlehenszusage der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft (Wifo)[1572] über fünf Millionen Reichsmark aus Mitteln des Wehrwirtschaftsstabes ihren Beitrag bereits geleistet und hielten sich dementsprechend bei den weiteren Verhandlungen im Hintergrund.

[1571] BArch R 2/4, Interne Aktennotiz, 2. Dezember 1936.
[1572] Die wissenschaftliche Literatur zur Wifo ist sehr übersichtlich (vgl. Götz, Reichsache Wifo; Wilhelm, VTG und mit einigen hilfreichen Anmerkungen versehen auch Hopmann, Industrieverwaltungsgesellschaft).

3.4.4 Vertragsvarianten und Auftragserteilung

Während der erste Kontakt zur Wacker-Chemie bezüglich der Vergrößerung der Alkohol-Produktion vom Reichkriegsministerium aufgenommen worden war, kam das entscheidende Schreiben am 17. Dezember 1936 vom Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, der zentralen Planungsbehörde des Beauftragten für den Vierjahresplan Hermann Göring.[1573] Es betraute die Wacker-Chemie nun offiziell mit der Errichtung einer Carbidsprit-Anlage:

> „Unter Bezugnahme auf ihr Angebot vom 3.11 d. J. an den Reichskriegsminister und die verschiedenen Besprechungen im Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, bitte ich Sie, unverzüglich alle Massnahmen in die Wege zu leiten, um die Errichtung der Karbid-Sprit-Anlage in Mückenberg/Lausitz mit einer Leistung von 250.000 hl Sprit durchzuführen.“[1574]

Das Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe, später Reichsamt für den Wirtschaftsausbau, war die zentrale Stelle für alle Großinvestitionen des Vierjahresplanes und mit der Auftragserteilung an das jeweilige Unternehmen befugt. Die Finanzierung des Projektes war zu diesem Zeitpunkt allerdings immer noch nicht abschließend geklärt. Als sicher konnte, auch wenn die Bedingungen noch nicht schriftlich fixiert waren, nur das Darlehen der Wifo über fünf Millionen Reichsmark gelten. Im nächsten Schritt sollte mit der Deutschen Revisions- und Treuhand AG ein Vorvertrag vereinbart werden. Zur Klärung der restlichen Finanzierung, veranschlagt wurden noch etwa sechs bis sieben Millionen Reichsmark, waren noch weitere Verhandlungen zwischen der Wacker-Chemie und der Behörde vorgesehen, die ihrerseits durchblicken ließ, „dass die Finanzierung in irgendeiner Weise durch [das] Amt sichergestellt wird“, die Wacker-Chemie aber dennoch bat „nochmals zu prüfen, in wieweit sich [die] Firma an dieser Restfinanzierung aus eigenen Mitteln beteiligen will.“ Beinahe ermahnend fügte Johannes Eckell vom Reichsamt hinzu, er „erwarte, dass die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie G.m.b.H. im Interesse der Durchführung dieser Aufgabe des Vierjahresplanes, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung einsetzen wird.“ Es ist anzunehmen, dass Eckell als ehemalige Führungskraft der IG Farben in der Lage war, die Kosten, den Aufwand und die finanziellen Ressourcen der Wacker-Chemie korrekt einzuschätzen. Zudem hatte er im Umfeld Carl Krauchs bereits einige Erfahrung auf dem Gebiet der Ausbauplanung und Investitionslenkung sammeln können.

[1573] Das Schreiben kam von Johannes Eckell (geboren 26. Mai 1903), dem Leiter der Abteilung Chemie im Reichsamt für Wirtschaftsaufbau und Referatsleiter beim Reichswirtschaftsministerium. Er verfügte über enge Kontakte zu Carl Krauch, der IG Farben, insbesondere zur BASF und der Vermittlungsstelle „W“ in Berlin. Innerhalb des Ministeriums galt Eckell als BUNA-Sachverständiger (vgl. Klee, Personenlexikon, S. 125 und Ritschl, Reichswirtschaftsministerium, S. 200).

[1574] HUW 36 D 12 und 4 C 26, Schreiben des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe an die Wacker-Chemie, betreffs Errichtung einer Karbid-Sprit-Fabrik in Mückenberg, 17. Dezember 1936.

Abschließend betonte er in seinem Schreiben die Dringlichkeit des Vorhabens und forderte zur Eile auf. So bat er darum, „die Projektierung der Anlage beschleunigt durchzuführen und gegebenenfalls bestellreife Projekte sofort in Auftrag zu geben, um auf jeden Fall zu vermeiden, dass irgendwelche Verzögerungen eintreten.“[1575]

Nach Erhalt des Schreibens ging die Unternehmensleitung an die ersten Projektierungs- und Organisationsaufgaben. Noch im selben Monat wurde die Errichtung der Versuchsanlage in Burghausen in Angriff genommen und die bereits laufenden Verhandlungen mit der Bubiag bezüglich zusätzlicher Strommengen forciert. Die Vorverhandlungen waren bereits abgeschlossen, das Energiereferat im Wirtschaftsministerium hatte die für das Projekt benötigte neue 15.000 kW-Turbine der Bubiag genehmigt, auch der Zweite Antrag auf eine 25.000 kW-Turbine schien auf einem guten Wege. Es fehlte lediglich der offizielle Abschluss des neuen Stromlieferungsvertrages.[1576] Nicht nur von Unternehmensseite, auch bei den Reichsbehörden sind zahlreiche Überarbeitungs- und Ausfertigungsvarianten der Verträge überliefert, was auf einen langwierigen und diskussionsreichen Aushandlungsprozess zwischen der Wacker-Chemie und den beteiligten staatlichen Stellen hinweist. Die Verhandlungen begannen 1936 relativ zügig, erreichten bereits im Winter 1936 einen ersten Höhepunkt, zogen sich dann aber noch mehr als ein Jahr lang hin. Der meiste Schriftwechsel zwischen den Behörden (insbesondere mit der Reichsmonopolverwaltung und dem Amt für Deutsche Roh- und Werkstoffe) und der Wacker-Chemie ist für das Jahr 1937 erhalten. Insgesamt gab es mehr als vier vollständige Vertragsausfertigungen, die jeweils wieder abgeändert werden mussten und wiederholt mit vielen kleineren und größeren Ausbesserungen versehen hin und her geschickt wurden. Zur Diskussion standen dabei unter anderem folgende drei Organisationsmodelle:[1577]

- Das Unternehmen baut die Anlage selbst und „gliedert sie in ihre Organisation, wie jede ihrer Fabrik-Anlagen, ein.“
- Das Unternehmen gründet eigens für diesen Geschäftszweck eine GmbH mit einer Stammeinlage von eine Million Reichsmark („Einmann-Gesellschaft“).
- Das Unternehmen gründet gemeinsam mit dem Deutschen Reich eine GmbH, die Stammeinlage läge jeweils bei 500.000 Reichsmark („Zweimann-Gesellschaft“).

[1575] HUW 36 D 12 und 4 C 26, Schreiben des Amts für deutsche Roh- und Werkstoffe an die Wacker-Chemie, betreffs Errichtung einer Karbid-Sprit-Fabrik in Mückenberg, 17. Dezember 1936.
[1576] Vgl. HUW 36 D 12, Schreiben der Bubiag, 29. Dezember 1936 und Antwortschreiben der Wacker-Chemie, 31. Dezember 1936.
[1577] HUW 36 D 12, Bemerkungen betreff Errichtung eines neuen Werkes, 6. Januar 1937.

Besonders interessant ist die Überlegung, zusammen mit dem Reich eine gemeinsame Gesellschaft für das Carbidsprit-Projekt zu gründen. Bei den ohnehin großen wirtschaftlichen Bedenken und dem Wunsch nach weitreichender Unabhängigkeit, verwundert es jedoch wenig, dass die Wacker-Chemie das neue Werk in Eigenregie errichten und führen wollte; lediglich zur Finanzierung und zur Minimierung des Geschäftsrisikos sollte auf den Staat zurückgegriffen werden. Genau dieser Punkt gestaltete sich jedoch weiterhin problematisch, denn offensichtlich hatte sich das mittlerweile in die Verhandlungen eingeschaltete Finanzministerium besonders vehement für eine finanzielle Beteiligung der Wacker-Chemie ausgesprochen. Für das Unternehmen war die Beschaffung der geforderten Eigenmittel in Höhe von zwei Millionen Reichsmark angesichts der angespannten Finanzsituation des Unternehmens Anfang 1937 jedoch äußerst schwierig. Das Finanzloch war nicht zuletzt dadurch entstanden, dass die Firma in den vorausgegangenen Jahren bereits hohe Neuinvestitionen getätigt hatte und dabei an ihre Grenzen gestoßen war.[1578] Vor die Wahl gestellt, dem Drängen des Ministeriums nachzugeben oder das Projekt aufgeben zu müssen, entschieden sich die Gesellschafter der Wacker-Chemie in einer Sondersitzung Ende Januar 1937 dazu, dass sich der Konzern am Sprit-Projekt in Höhe von mehreren Millionen Reichsmark beteiligen würde.[1579] Die Entscheidung war damit zwar getroffen, die Modalitäten, wie dies zu bewerkstelligen sein sollte, blieben jedoch weiterhin offen.

Die angespannte Finanzsituation bei der Wacker-Chemie verschärfte sich in den Folgemonaten noch dadurch, dass das Unternehmen die Baumaßnahmen wie gewünscht zügig begonnen und infolgedessen zahlreiche Maschinen, Apparate und andere Einrichtungen in Auftrag gegeben hatte, sich zeitgleich aber die Verhandlungen mit den staatlichen Stellen weiter in die Länge zogen, so dass der Konzern bis dato noch kein Geld erhalten hatte. Im Frühjahr 1937 war die Rede von unbezahlten Bestellungen in Höhe von zwei bis drei Millionen Reichsmark, wenige Monate später, im Sommer 1937, sprach man bereits von Aufträgen im Wert von sieben Millionen Reichsmark.[1580] Die Summe hatte sich also binnen kürzester Zeit mehr als verdoppelt. Diese Problematik bildete in den Gesellschafterversammlungen „öfters den Gegenstand langer Diskussionen“ zwischen den

[1578] Die schwierige Finanzsituation hatte sich, zumindest laut internen Schätzungen, auch ein Jahr später nicht wirklich entschärft: „[…] die finanzielle Lage der Wackerchemie sehr angespannt ist. Es ist daher stärkste Sparsamkeit am Platze, zumal die Möglichkeit mehr zu verdienen, sehr begrenzt ist“ (HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 27. September 1938, S. 4).

[1579] An dieser Sitzung nahm Carl Bosch persönlich teil (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 20. Januar 1937).

[1580] Vgl. u. a HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937, S. 6.

Geschäftsführern, der Wacker Erben GmbH und den Vertretern der IG Farben.[1581] Nachdem die Wifo auf die Notwendigkeit einer zusätzlichen Sicherung ihres Darlehens bestanden hatte, wobei die Wacker-Chemie die von der Forschungsgesellschaft gemachten Vorschläge, wie etwa eine „Sicherungsübereignung gelieferter Anlageteile“ oder ein „Schuldanerkenntnis nebst der Unterwerfung unter eine sofortige Zwangsvollstreckung“, als „dem Stand unserer Firma nicht angemessene“ Methoden abgelehnt hatte, bat die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie die IG Farben um die Übernahme einer einfachen, nicht selbstschuldnerischen Bürgschaft.[1582] Gajewski lehnte dies jedoch im Namen der IG Farben nachdrücklich mit dem Argument, dass dem Beteiligungsverhältnis der IG Farben an der Wacker-Chemie höchstens eine Bürgschaft über die Hälfte der geforderten Summe entspräche, ab und bemerkte weiter: „aber auch hierfür besteht vorderhand bei der I.G. keine Neigung.“[1583]

Eine Entspannung trat schließlich erst im Spätsommer 1937 ein, als den Gesellschaftern der Zahlungseingang von einer Million Reichsmark aus dem Darlehen der Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft gemeldet wurde.[1584] Ein weiterer offener Punkt war die Frage, ob die Wacker-Chemie über die beim Herstellungsprozess des Sprites anfallenden Nebenprodukte frei verfügen konnte. Die Vertragsbestimmungen waren hier eindeutig:

> „Erzeugnisse, die nicht zwangsläufig als Nebenprodukte anfallen, dürfen während der Dauer des Vertrages ohne schriftliche Zustimmung des Rohst.Amts nicht hergestellt werden, auch dann nicht, wenn die vorhandenen Anlagen nicht voll ausgenützt sind. Ausgenommen sind die Massnahmen z. Unterbringung des bei der Trockenvergasung gewonnenen Kalks (z. B. Kalkverkauf oder Karbiderzeugung).“[1585]

Aufgrund der Bewirtschaftungsregelungen für chemische Produkte, wie etwa Lösungsmittel, mussten auch die zwangsläufig anfallenden Nebenprodukte gemeldet werden und unterlagen der staatlichen Kontrolle. Allerdings ist kein Fall bekannt, in dem das Amt der Wacker-Chemie tatsächlich Vorschriften bezüglich der Nebenprodukte gemacht oder gar ein Verbot ausgesprochen hätte. Die Wacker-Chemie konzipierte die Betriebsteile zudem so, dass dort mehr als die vom Reichsmonopolamt geforderten Mengen produziert werden konnten. Laut den Technischen Berichten hätten zur Erzeugung der festgelegten Spritmenge auch 31.000 Jahrestonnen Carbid ausgereicht, während es der Carbid-Ofen in den Jahren 1941 bis 1944

[1581] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1937, S. 5.
[1582] Vgl. HUW 4 B 25, Schreiben der Wacker-Chemie an Hermann, IG Farben Höchst, 12. Juli 1937.
[1583] Die Vertreter der IG Farben wollten sich vielmehr selbst ein Bild der Situation machen und baten daher um Einsicht in die Verträge (vgl. HUW 4 C 24, Antwortschreiben der IG Farben, 17. Juni 1937).
[1584] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937, S. 6.
[1585] HUW 7 B 2, Mitteilung über die Sp-Anlage in Mückenberg, vorgelesen in der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937.

tatsächlich auf durchschnittlich 70.000 Jahrestonnen brachte. Hier stellt sich die Frage, ob dies im Wissen und mit Einverständnis der Behörde erfolgte. Aus den Schlussbemerkungen des Sonderprüfungsberichtes von 1940 ging jedenfalls eindeutig hervor, dass die Bewilligung der zusätzlich benötigten Gelder – immerhin hatte man die Kostenvoranschläge in der Zwischenzeit noch ein weiteres Mal um knapp zwei Millionen Reichsmark nach oben korrigieren müssen – davon abhingen, ob die „Aufwendungen in vollem Umfang als erforderlich betrachtet werden". Überprüft wurde also auch, inwiefern die Überkapazitäten des Karbidwerkes als betriebsnotwenig anerkannt werden mussten. Diese Entscheidung sollte vermutlich innerhalb des Finanzministeriums getroffen werden und schien für die Wacker-Chemie positiv ausgegangen zu sein.[1586]

Die Finanzierung der Vierjahresplan-Neuinvestition Chemowerk Mückenberg wurde schließlich über drei Wege gesichert: neun Millionen Reichsmark durch eine Reichsbürgschaft (für ein Darlehen eines Bankenkonsortiums), auch „R. B. Darlehen" genannt, ferner fünf Millionen Reichsmark durch ein direkt ausgezahltes Darlehen der Wifo und drei Millionen Reichsmark sollte die Wacker-Chemie als Eigenkapitalanteil beisteuern. Der Darlehensvertrag mit der Wifo wurde offiziell am 11. August 1937 geschlossen. Er sah die Auszahlung der Gesamtsumme in Teilbeträgen, nach Einreichung der Belege für getätigte Bestellungen und geleistete Zahlungen, noch vor der Auszahlung des R. B. Darlehens" oder der Zahlung des Eigenkapitals vor. Zu den Darlehensbedingungen zählten ferner eine Verzinsung von vier Prozent, Rückzahlungsbeginn mit Produktionsaufnahme sowie die Möglichkeit einer vorzeitigen Tilgung. Diese hatte jedoch bis spätestens zum Ende des Jahres 1954 zu erfolgen. Zins- und Tilgungspflicht waren gekoppelt an die Abnahme des Carbidsprites zu einem festgelegten Preis durch die Reichsmonopolverwaltung und entfielen für die Dauer von Erzeugungs- oder Abnahmeunterbrechungen. Für das Darlehen des Bankenkonsortiums trat das Reich als Bürge ein. Es sollte zur Auszahlung gelangen, wenn nachgewiesen werden konnte, dass die von der Wifo bereitgestellten fünf Millionen Reichsmark tatsächlich bereits in das Projekt investiert wurden. Dabei wurde der Vierjahresplan ausdrücklich als Grund für diese Neuinvestition benannt: „Die Errichtung des Spritwerks und die Erfüllung seiner Aufgaben werden durch die Ziele des Vierjahresplanes bestimmt. Das Spritwerk dient daher in erster Linie dem Volksganzen und ist in wirtsch. Form

[1586] Vgl. BArch R 8135/5487, Bericht Nr. 12699 der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft, 1. März 1940; BArch R 2/47, Auszüge desselben im Schriftverkehr des Reichfinanzministeriums. Zur Notwendigkeit der Sonderprüfung vgl. auch BArch R 2105/2199, Schreiben an die Wacker-Chemie, 12. August 1941.

zu betreiben. Dieser Grundsatz ist Voraussetzung des Vertrages und Grundlage für seine Gestaltung, Erfüllung u. Auslegung.“[1587]

Zur Sicherung des staatlichen Anspruchs folgte die Eintragung einer Grundschuld in Höhe von insgesamt 14 Millionen Reichsmark.[1588] Das Darlehen selbst wurde mit einem Prozent über dem Reichsbankdiskont verzinst und sollte in Raten bis spätestens 1946 abgezahlt werden. Dem Unternehmen zur Sicherheit diente die Abnahmegarantie der Reichsmonopolverwaltung, die generell die Erzeugung von Alkohol bewilligen musste. Die von der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein erteilte Genehmigung zur Produktion von 250.000 Hektolitern Sprit bezog sich nur auf die Wacker-Chemie bzw. deren Rechtsnachfolger. Eine Weiterveräußerung dieses Rechtes war indes ausgeschlossen.[1589] Die Eintragung ins Handelsregister wurde im Sommer 1938 getätigt, wobei die beiden Geschäftsführer der Wacker-Chemie, Hess und Freyer, der künftige Werkleiter Papp sowie der für die Spritanlage verantwortliche, technische Betriebsleiter Fritzweiler Handlungsvollmachten erhielten.[1590]

3.3.5 Bauphase und Produktionsbeginn

Nach ersten Vorarbeiten wie Holzfällerarbeiten, dem Abstecken des Geländes oder dem Vorbereiten der Baustelle, begannen die eigentlichen Baumaßnahmen am 14. Januar 1937.[1591] Große Schwierigkeiten bereitete der Bauleitung das Grundwasser sowie die Rohwasserversorgung des neuen Werkes: Das Gelände musste wegen des enorm hohen Grundwasserstandes mit insgesamt 25.000 Kubikmetern Erdmasse aufgeschüttet werden,[1592] während das benötigte Kühlwasser über ein Rohrleitungsnetz vom Tagebau der Bubiag in Kleinleipisch in das neue Werk geleitet werden musste.[1593] Das Chemowerk war großzügig angelegt; an Bauplatz mangelte es nicht. Das Werksgelände von etwa 24 Hektar Fläche konnte der Bubiag für 800 Reichsmark pro Hektar problemlos abgekauft werden. Dadurch entstanden Grundstückskosten von 19.000 Reichsmark, ohne Berücksichtigung des auf dem Grundstück enthaltenen Baumbestandes. Für diesen waren laut Forstgutachten noch einmal rund 16.000

[1587] HUW 7 B 2, Mitteilung über die Sp-Anlage in Mückenberg, vorgelesen in der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937.
[1588] Vgl. HUW 4 B 25, Schreiben der Wacker-Chemie an Hermann, IG Farben Höchst, 12. Juli 1937.
[1589] Vgl. HUW 7 B 2, Mitteilung über die Sp-Anlage in Mückenberg, vorgelesen in der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937.
[1590] Vgl. HUW 40 F 4, Anerkennung der Eintragung ins Handelsregister durch die Sparkasse Liebenwerda, 28. November 1938 und Bestätigung der Unterschriftenproben durch das Postscheckamt, 23. August 1938.
[1591] Vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, hier Notiz vom 23. Oktober 1939.
[1592] Vgl. HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 3.
[1593] Vgl. ebd., S. 4 und 9.

Reichsmark an die Bubiag zu entrichten.[1594] Die Bubiag lieferte nicht nur den notwendigen Strom, sondern übernahm auch die Dampf- und Wasserversorgung des neuen Werkes.[1595] Ferner wurde das neue Werk an das bereits bestehende Schienennetz angeschlossen und war so wie das Ferrowerk direkt mit der Bubiag verbunden. Entsprechend der mitten durch das neue Werk verlaufenden Bahngleise war das Chemowerk in zwei Betriebsanlagen unterteilt. Die Nordfabrik umfasste vor allem den Carbidbetrieb und dessen nachgegliederte Einrichtungen, so dass dieser Bereich der Anlage als „elektrothermischer Betriebsteil" bezeichnet wurde. In der sogenannten Südfabrik fanden hingegen die Bereiche Acetylen, Acetaldehyd und nicht zuletzt auch die Spriterzeugung selbst ihren Platz.[1596] Eine bauliche Besonderheit stellte hierbei eine neue, erstmals 1934 im IG Farben-Werk Wolfen angewandte und von den Vereinigten Stahlwerken errichtete Stahlkonstruktion in der Südfabrik dar. Neben der älteren Massivbauweise wurde nun ein Stahlskelett mit 38 Zentimeter dicken Umfassungen errichtet, das als technisches Novum auf zahlreichen Fotos dokumentiert wurde.[1597] Nach Angaben des Werkschronisten Genetzke belief sich der umbaute Raum auf 295.617 Kubikmeter. Bei der Errichtung der Anlage wurden ferner 5.000 Tonnen Baustahl und 330 Tonnen Betonrundeisen verbaut,[1598] für die das Unternehmen dementsprechend hohe Vierjahresplan-Kontingente erhielt.[1599]

Nach Abschluss der Baumaßnahme nahmen die einzelnen Betriebsteile etappenweise die Erzeugung auf. Als erstes ging der neue Carbidofen VIII nach dreizehnmonatiger Bauzeit im August 1938 in Betrieb. Der offene Rundofen mit Tiegelabstich war für eine Stromaufnahme von 33.000 Kilowatt konzipiert. Im Jahre 1939 verbrauchte er mit rund 220 Millionen Kilowattstunden alleine 38 Prozent der am Standort Mückenberg zur Verfügung stehenden Energiemengen. Mit einer Leistungsfähigkeit von 80.000 Jahrestonnen Carbid galt er zu diesem Zeitpunkt als „größter Carbidofen Europas".[1600] Bis zur Fertigstellung der restlichen Betriebsanlagen wurde das im Chemowerk erzeugte Carbid nach Burghausen geliefert, denn

[1594] Da auf dem erworbenen Grund zusätzlich Grunddienstbarkeiten, Wegerechte, Kohleabbaugenehmigungen und andere Privilegien abgelöst werden mussten, verzögerte sich jedoch die Eintragung in das Grundbuch (vgl. HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 2-3).
[1595] Vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, hier Notiz vom Datum 23. Oktober 1939.
[1596] HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 5.
[1597] Vgl. HUW 1 C 32, Anmerkungen Ingenieur Peters zur Darstellung Genetzkes, 6. Dezember 1960.
[1598] Vgl. HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 5.
[1599] Die Vierjahresplankontingente waren durch Kontrollnummern, die aus einer Buchstaben-Zahl-Kombination bestanden gekennzeichnet. Diese begannen mit „M.G.X.X" (vgl. unter anderem HUW 39 A 7-12, Mitteilung Schindelin an Abteilung III, 30. Juni 1938 oder HUW 6 F 4, Schindelin an Hess, 13. Juni 1939).
[1600] HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 5 und HUW 1 C 36, Heckmaier „Die Ostwerke – das Chemowerk ", S. 6.

dort fehlte allein für das Jahr 1939 eine Carbidmenge in Höhe von rund 14.000 Tonnen.[1601] Im Herbst 1938 vermeldete man den Gesellschaftern der Wacker-Chemie schließlich „die Bauarbeiten selbst [seien] im wesentlichen zu Ende.“[1602] Der Aldehyd-Betrieb ging im Frühjahr 1939 in Betrieb. Zu ihm zählte die Acetylen-Entwicklungsanlage,[1603] die am 18. März den Betrieb aufnahm, ebenso wie die zwei Tage später in Gang gesetzte Acetaldehyd-Anlage. In diesem Betriebsteil wurden zwei Reaktionssysteme errichtet, die nach einem Verfahren von Knapsack arbeiteten, was ein Novum für die Wacker-Chemie darstellte. In den kleinen Kesseln der Anlage, die aus Burghausen geliefert wurde, produzierte das Chemowerk anfänglich etwa 35 Tagestonnen, in den größeren Kesseln wurden schließlich bis zu 74 Tagestonnen Acetaldehyd erzeugt, so dass man bereits im ersten Betriebsjahr insgesamt 13.155 Tonnen Acetaldehyd herstellen konnte.[1604] Die eigentliche Spriterzeugung nahm ihre Produktion am 8. Mai 1939 auf, einige Tage später wurden die Destillationsapparate in Gang gesetzt. Die Anlage bestand aus fünf Hydrierungsöfen.[1605] Im Jahr 1939 wurden mit den neuen Anlagen bereits 148.858 Hektoliter Rohsprit mit einem Reinheitsgrad über 98 Prozent gewonnen, von denen 144.058 Hektoliter vertragsgemäß an die Reichsmonopolverwaltung geliefert wurden. Die Wacker-Chemie hatte 1940 also Menge und Qualitätsvorgaben der Reichsmonopolverwaltung erfüllt (vgl. Tabelle 45).

Jahr	Rohsprit	Ablieferung	Reinsprit
1939	148.858	144.058	?
1940	247.561	245.520	228.538
1941	144.590	143.756	142.751
1942	165	-	-
1943	430	-	-
1944	82.407	?	80.239

Tabelle 45: Spriterzeugung und-ablieferung Chemowerk 1939-1944 in Hektolitern

Über die Endabnehmer der Alkohol-Erzeugung ist nur wenig bekannt. In den Quellen wird in der Regel nur die Reichsmonopolverwaltung als Kunde genannt. Lediglich ein Versandausweis aus dem Jahre 1940 führt einige Empfänger des in Mückenberg erzeugten

[1601] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 27. September 1938, S. 3.
[1602] Vgl. ebd., S. 4.
[1603] Die Idee, am Standort Mückenberg eine Acetylen-Dissous-Anlage zu errichten war bereits wesentlich älter, denn schon im Jahr 1929 wurde über ein derartiges Projekt diskutiert, das aufgrund hoher anderweitiger Finanzausgaben und im Zuge der Weltwirtschaftskrise zurückgestellt, aber nicht vergessen wurde (vgl. HUW 7 B 1, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 16. Mai 1929, S. 3).
[1604] HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 7 und HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1939.
[1605] Vgl. HUW 1 C 32, Genetzke, Chemowerk, S. 8 und HUW 1 C 36, Heckmaier „Die Ostwerke – das Chemowerk “, S. 6.

Branntweins auf: der Monopolbetrieb Götte & Zimmermann in Halberstadt, die Verwertungsstelle der Monopolverwaltung in Berlin und die Verwertungsstelle in Breslau, an die zumindest zu diesem Zeitpunkt der Großteil des Mückenberger Alkohols geliefert wurde. Im September 1940 kamen insgesamt knapp 1,7 Millionen Liter bzw. 17.000 Hektoliter zum Versand. Zwei weitere Kunden, die zusammen knapp 60.000 Liter unvergällten Branntwein bezogen, waren der Monopolbetrieb L. Brüggemann in Heilbronn und die Verwertungsstelle in Leipzig.[1606] Einen Hinweis auf die Verwendung des Carbidsprites für Treibstoffzwecke liefert eine firmeninterne Niederschrift über eine Besprechung mit Johannes Hess bezüglich der Spritanlage Mückenberg. Die Unterredung fand zum Jahresende 1936, also genau in der entscheidenden Verhandlungsphase zwischen der Wacker-Chemie und dem Reichsamt für Wirtschaftsausbau, statt. Diskutiert wurden die „früheren und kürzlich angestellten Versuche zur Überführung von Karbidsprit in Treibstoffspiritus." Ob das Chemowerk schon 1937 primär für Treibstoffzwecke errichtet wurde, ist ungewiss, es würde jedoch die Aufnahme der Investition in den Vierjahresplan und die Teilnahme des Luftfahrtministeriums bei den Besprechungen im Winter 1936 erklären. Zur Realisierung des Vorhabens hieß es weiter: „Die Projektierung einer Anlage, welche eine den Vorschriften des Monopolamtes entsprechende Ware liefern würde, bildet heute kein Wagnis mehr."[1607] Vielleicht noch nicht 1937, jedoch spätestens im Jahr 1942 wurde der Carbidsprit aus dem Chemowerk für Treibstoffzwecke verwendet.[1608]

3.3.6 Acetaldehyd statt Carbidsprit

Der für die Herstellung von Carbidsprit aus Calciumcarbid erzeugte Acetaldehyd zählte kurz nach Kriegsbeginn selbst zur Gruppe der dringend benötigten chemischen Zwischenprodukte. Ebenso verhielt es sich mit seinem Ausgangsprodukt Carbid. Acetaldehyd wurde zum Großteil auf Basis von Carbid, in geringen Mengen auch mittels Holzverkohlung erzeugt. Sein Jahresbedarf lag 1936 bei 57.000 Tonnen. Die Anwendungsmöglichkeiten von Acetaldehyd reichten von der Herstellung von Lösungsmitteln und Lacken, über pharmazeutische Produkte

[1606] Vgl. HUW 35 C 19, Versandausweis Monat September 1940, ohne Datum.
[1607] HUW 35 F 14, Niederschrift Nr. 205, Besprechung mit Hess wegen Spritanlage Mückenberg, 28. Dezember 1936.
[1608] Vgl. BArch RW 19/2508, Anlage zum Antrag auf Dienstverpflichtung von acht Chemiehilfswerklern, 27. Juni 1942, fol. 83.

bis hin zur Erzeugung von Sprengstoffen, Alkohol und Kunststoffen. Eine besondere Bedeutung erwuchs ihm durch seine Rolle bei der Kautschuksynthese.[1609]

Kurz nach Kriegsbeginn fragte das Oberkommando des Heeres bei der Wacker-Chemie 350 Monatstonnen Essigsäure und 175 Monatstonnen Acetaldehyd an, woraufhin das Unternehmen erklärte, dass diese Mengen nicht mehr mit den bestehenden Anlagen produziert werden konnten.[1610] Wiederum ein halbes Jahr später, im Frühsommer 1940, vermeldete die Geschäftsleitung zur aktuellen Situation ihrer Carbidsprit-Produktion: „Mit Rücksicht auf die derzeit herrschenden Knappheiten an verschiedenen chemischen Produkten wird immer wieder versucht zu erreichen, dass das Chemowerk die Spiritus-Herstellung ganz oder teilweise einschränkt, um die Vorprodukte für andere Erzeugnisse zu verwenden. Bislang ist es gelungen, diesen Bestrebungen zu begegnen."[1611] Offensichtlich wurde von staatlicher Seite ernsthaft erwogen, die Alkohol-Erzeugung zugunsten von Acetaldehyd einzustellen, der zu diesem Zeitpunkt besonders dringend bei der IG Farben benötigt wurde. Die Anlage war noch nicht lange in Betrieb, das Personal allmählich eingespielt und das Verfahren sukzessive optimiert worden. Jede Umstellung bedeutete einen personellen wie finanziellen Mehraufwand. Der Liefervertrag mit der Reichsmonopolverwaltung ermöglichte indes eine langfristige und sichere Planung auf einem guten Preisniveau. Die Sprit-Erzeugung selbst lief indes nach Plan und überstieg die Produktionshöhe des Vorjahres deutlich. Da die Unternehmensleitung daher einen wirtschaftlichen Nachteil in der Stilllegung dieser Produktion sah, widersetzte sich die Wacker-Chemie diesen Plänen zunächst erfolgreich

Im April 1941 fragte die IG Farben bei der Wacker-Chemie zusätzlich Carbid als Ausgangsstoff für ihre Buna-Produktion an.[1612] Für diese Zusatzlieferungen kam zunächst der Burghausener Ofen V in Betracht, der allerdings bis zur Fertigstellung eines weiteren Legierungsofens im Konkurrenzwerk der GfE in Böhlen noch Ferrosilicium erzeugen sollte. Der Mangel an Acetaldehyd war enorm, was wiederum die Bewirtschaftungsstellen alarmierte.[1613] Gleichzeitig wurde auf Reichsebene aber auch mit einer Erhöhung der Sprit-

[1609] Vgl. BArch R 8-VIII/457, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung und Statistik Acetaldehyd Jahr 1936, ohne Datum, fol. 18.
[1610] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 31. Oktober 1939, S. 10.
[1611] HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 6. Juni 1940, S. 9-10.
[1612] Zur Entwicklung der Buna-Herstellung im Nationalsozialismus (vgl. BArch R 3112/16, Aktennotiz Buna-Erzeugung, ohne Datum, fol. 4-42).
[1613] Vgl. HUW 4 B 26, Schreiben Ambros an Eckell, 16. April 1941.

Erzeugung von 57.000 Hektolitern gerechnet.[1614] Trotz dieses Dilemmas bewerteten die Planungsstellen den Acetaldehyd-Bedarf für die Lösungsmittel- und Bunaproduktion der IG Farben offensichtlich als vordringlich, so dass an die Wacker-Chemie die behördliche Anweisung erging, die Sprit-Erzeugung des Chemowerkes bis zum 13. August 1941 einzustellen.[1615] Stattdessen sollte aus dem Carbid des Chemowerkes Acetaldehyd produziert werden, das dann tatsächlich in erster Linie an die IG Farben zu liefern war. Weiterer Widerstand war zwecklos, der Anordnung musste Folge geleistet werden. Für die nun einsetzenden Acetaldehyd-Lieferungen an IG Farben-Werke, sollte die Wacker-Chemie von den IG Farben Carbid-Ausgleichslieferungen erhalten. Diese Absprache funktionierte in der Praxis jedoch nur schlecht. Statt einer Vollerstattung trafen bei der Wacker-Chemie zumeist weniger als 50 Prozent der eigentlich vereinbarten Menge ein.[1616]

Angesichts des relativ hohen Anteils der Alkohol-Erzeugung am Gesamtumsatz des Unternehmens, verwundert es wenig, dass die Geschäftsleitung nicht bereit gewesen war, den Alkohol-Betrieb einzustellen (vgl. Tabelle 46).

Jahr	Gesamtumsatz in Reichsmark	davon Carbidsprit	Anteil in %
1939	74.760.000	5.760.000	7,7
1940	85.250.000	9.930.000	11,7
1941	92.800.000	5.730.000 (Carbidsprit) 4.250.000 (Acetaldehyd)	6,2 4,6
1942	103.460.000	250.000 (Carbidsprit) 11.560.000 (Acetaldehyd)	0,24 11,2

Tabelle 46: Anteil der Mückenberger Sprit-Erzeugung am Umsatz der Wacker-Chemie

Aus den Betriebszahlen geht allerdings auch klar hervor, dass das Chemowerk, ob es nun nur die Vorstufe Acetaldehyd oder auch Alkohol herstellte, ab 1940 stets mehr als zehn Prozent des Gesamtumsatzes der Dr. Alexander Wacker-Gesellschaft ausmachte (vgl. Tabelle 46). Auch mit einer Carbiderzeugung von knapp 100.000 Jahrestonnen stellten die beiden Mückenberger Werke der Wacker-Chemie im Jahr 1943 rund zehn Prozent der deutschen Gesamtproduktion her (vgl. Tabelle 47).[1617]

[1614] Eingeplant waren hier vor allem Produktionsstätten wie das tschechische Krumau (Memel), das österreichische Krems oder Steyrermühl (vgl. BArch R 3112/93, Planungen des 2. Vierjahresplans, ohne Datum, fol. 27).
[1615] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1941, S. 63.
[1616] Vgl. ebd., S. 1-2.
[1617] Vgl. BArch R 8-VIII/23, Speziallisten der Reichsstelle Chemie für schutzbedürftige W-Betriebe, 11. Juni 1943, S. 2.

Jahr	Erzeugungsmenge Ferrowerk	Carbid Chemowerk	Carbid Wacker Mückenberg gesamt
1939	0	66.815	66.815
1940	0	61.172	61.172
1941	9.122	68.658	77.780
1942	32.479	65.436	97.915
1943	30.699	68.192	98.891
1944	30.448	68.491	98.939

Tabelle 47: Carbid-Produktionsmenge Mückenberg 1939-1944 in Tonnen

Neben den IG Farben-Werken wurde auch der Burghausener Betrieb über Jahre hinweg weiter mit Carbid aus Mückenberg versorgt, wobei die zu transportierenden Mengen stetig anstiegen. Im Jahr 1929 wurden gut 4.000 Tonnen, 1938 bereits 20.000 Tonnen Carbid per Bahn von Mückenberg nach Burghausen gebracht.[1618] Mit der Errichtung der neuen Mückenberger Betriebsteile (Chemowerk und E-Anlage[1619]) ergaben sich neue Produktionsvoraussetzungen, die größere Nachfolgeinvestitionen, wie etwa die Errichtung einer Anlage zur Weiterverarbeitung von Chlor auf Chlorkohlenwasserstoffe, mit sich brachten.[1620] Mückenberg lag frachtgünstig, die Weiterverarbeitung des Carbids im eigenen Betrieb war daher naheliegend. Nach der geplanten Errichtung einer Essigäther-Anlage sollten die sonst nach Burghausen transportierten rund 18.000 Tonnen Carbid in Mückenberg selbst umgearbeitet und von dort aus an die Kunden versandt werden. Essigäther konnte entweder aus Acetaldehyd oder durch Veresterung von Holzesssig erzeugt werden. Zu den Hauptabnehmern zählten die Lack- und Anstrichmittelindustrie, die Hersteller von Speziallösungsmitteln, Produzenten von Linoleum und Acetatessigester.[1621]

[1618] Für die Carbid-Transporte hatte die Wacker-Chemie einen Sondertarif mit der Reichsbahn vereinbart. Durch diesen Ausnahmetarif sanken die von der Reichsbahn in Rechnung gestellten Frachtkosten für diese Strecke von 3,25 Reichsmark pro 100 kg auf 2,26 Reichsmark, was eine Vergünstigung von immerhin 30 Prozent darstellte. Der Transport war günstiger, als der erforderliche Ausbau der Mückenberger Werke, um das Carbid vor Ort weiterverarbeiten zu können. Im Jahr 1939 waren diese Sonderkonditionen ausgelaufen, es standen Neuverhandlungen mit der Reichsbahndirektion an. Ob der Ausnahmetarif letztlich verlängert wurde, ist nicht bekannt. Anzunehmen ist jedoch, dass der Folgetarif weniger günstig ausgefallen wäre und darin einer der Beweggründe lag, die entsprechenden Weiterverarbeitungsanlagen nun doch vor Ort zu errichten, statt das Carbid weiterhin zu höheren Frachtkosten nach Süddeutschland zu transportieren (vgl. HUW 10 E 1, Schriftverkehr bezüglich Ausnahmetarif 12 B 10, hier Entwurf eines Schreibens an die Reichsbahndirektion, 20. Februar 1939).

[1619] Zur E-Anlage, in der Chlor und Chlorkohlenwasserstoffe produziert wurden siehe das folgende Kapitel C.3.5.

[1620] Im Jahr 1930 hätte eine derartige Vergrößerung etwa zwei Millionen Reichsmark erfordert, nun sei die Investitionssumme auf ein Fünftel, auf 400.000 Reichsmark, gesunken, so die Angaben des Unternehmens (vgl. HUW 10 E 1, Entwurf eines Schreibens an die Reichsbahndirektion, 20. Februar 1939).

[1621] Vgl. BArch R 8-VIII/457, Reichsamt für wehrwirtschaftliche Planung und Statistik, Essigäther Jahr 1936, ohne Datum, fol. 237.

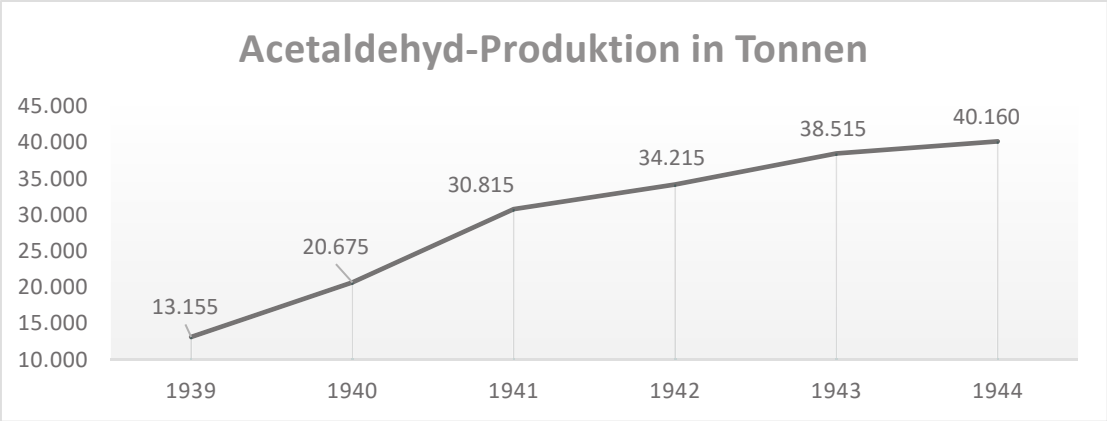
Für die Essigäther-Produktion benötigte das Chemowerk jedoch mehr Carbid als es selbst produzieren konnte, so dass der Bestand in den Kriegsjahren durch Zukauf von Fremdcarbid aufgestockt werden musste.[1622] Im Geschäftsjahr 1941 waren dies knapp 8.000 Tonnen, was zu diesem Zeitpunkt rund 11,5 Prozent der eigenen Carbid-Erzeugung entsprach. Parallel zum Carbid-Bedarf der Wacker-Chemie stieg auch die Menge des zugekauften Fremdcarbids. Sie lag 1943 schließlich bei mehr als 17.000 Jahrestonnen, wovon gut 9.000 Tonnen für das Chemowerk bestimmt waren.[1623] Das von der Wacker-Chemie eingekaufte Carbid stammte zunächst aus den Carbidwerken in Ludwigshafen (IG Farben), Maria Rast (Stickstoff-Werke A. G. Ruse), Waldshut (Lonza) und Spremberg (Lonza). Als Bezugsquellen kamen 1943 kleinere Lieferungen aus Schaffgotsch, Falkenau, Königshütte, Norwegen, Ober-Lazisk und Bata hinzu.[1624] Im Folgejahr erhielt das Chemowerk darüber hinaus Lieferungen aus dem IG Farben Werk Auschwitz, die mit 2.500 Tonnen knapp die Hälfte des insgesamt für Mückenberg bereitgestellten Fremdcarbids in diesem Jahres stellten.[1625] Im Jahr 1942, noch vor der Inbetriebnahme der Essigäther-Erzeugung, wurden die knapp 9.000 in Mückenberg erzeugten Monatstonnen Carbid auf folgende Produkte weiterverarbeitet: Acetaldehyd (rund 70 Prozent mit 2.800 Tonnen), Schweißcarbid / Beagid (15 bis 20 Prozent mit maximal 1.500 Tonnen), Calciumsilicium und Trichlorethylen (jeweils sechs Prozent). Die deutsche Gesamterzeugung lag im Herbst 1943 bei 125.000 Tonnen monatlich.[1626]

Im Laufe des Jahres 1944 sollten reichsweit mehrere neue Carbid-Werke in Betrieb gehen und sich die Produktionsmenge damit nach Angaben des Fachgruppenleiters Ambros vervielfachen.[1627] Das von den Planungsinstanzen anvisierte Ziel konnte jedoch aufgrund des Ausfalls des Knapsacker Werkes nie wirklich erreicht werden, im Gegenteil, die Produktionszahlen sanken im November auf 109.000 Tonnen ab.[1628] Neben der Stilllegung der Alkohol-Produktion zugunsten der Acetaldehyd-Erzeugung wirkten sich auch die Investition von 800.000 Reichsmark für die Erweiterungen der Acetaldehyd-Anlage (1941 und 1943) deutlich auf die Acetaldehyd-Jahresproduktionsmenge der Wacker-Chemie aus (vgl. Abbildung 14). In den Monaten, in denen frei von technischen Störungen, Reparaturen oder Energiemangel produziert werden konnte, wurden in Mückenberg Spitzenwerte von bis

[1622] Zur Errichtung der Essigäther-Produktion in Mückenberg siehe das folgende Kapitel C.3.4.7.
[1623] Die Fremdcarbid-Lieferungen an das Chemowerk betrugen 1941 knapp 8.000 Tonnen, 1942 gut 2.000 Tonnen und lagen 1944 schließlich noch bei 5.600 Tonnen.
[1624] HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1943, S. 1 und 58.
[1625] Vgl. HUW 4 C 19, Technischer Kurzbericht für das Jahr 1944, ohne Datum.
[1626] Vgl. BArch R 8-VIII/24, Schutzbedürftige W-Betriebe, im Herbst 1943, S. 4.
[1627] Vgl. BArch R 13-XII/125, Notizen über die Sitzung des Produktionsausschusses, 6. Juni 1944.
[1628] Vgl. BArch R 3/1890, Wochenberichte des Rohstoff- und Planungsamts der Amtsgruppe Chemie, Woche 10. bis 16. November 1944, fol. 17.

zu 4.000 Monatstonnen Actaldehyd gemeldet.[1629] Im Jahr 1943 beispielsweise erzeugte das Chemowerk 38.515 Tonnen der Wacker-Jahresproduktion von insgesamt 60.872 Tonnen, was immerhin einem Anteil von 63,3 Prozent an der Gesamtproduktion des Unternehmens entsprach.[1630] Auf die im deutschen Reich insgesamt produzierte Menge umgelegt entsprachen diese Werte rund 15 Prozent der deutschen Erzeugung.[1631] Im Folgejahr machte die Mückenberger Acetaldehyd-Produktion immer noch 61 Prozent der Herstellungsmenge der Wacker-Chemie aus.

Abbildung 14: Entwicklung der Mückenberger Acetaldehyd-Produktion 1939-1944



Die Mückenberger Aldehyd-Produktion verbuchte damit nach der Einstellung der Weiterverarbeitung zu Alkohol einen Umsatz von 11,56 Millionen im Jahr 1942, 8,97 Millionen 1943 und schließlich 7,20 Millionen Reichsmark im vorletzten Kriegsjahr. Im Geschäftsjahr 1943 gingen beispielsweise 52 Prozent des erzeugten Acetaldehyds in den Versand zum Kunden, 48 Prozent (34.000 Jahrestonnen) wurden innerhalb des Unternehmens weiterverarbeitet. Im Folgejahr sank die Abgabe an die Aldehyd-Verbraucher auf rund 35 Prozent herab. Die Weiterverarbeitung des Acetaldehyds erfolgte innerhalb des Unternehmens zu über 50 Prozent auf Essigäther, das im Chemowerk ab dem Jahr 1943 als Lösungsmittel im Rahmen des sogenannten Lackplanes hergestellt wurde,[1632] gefolgt von Essigsäure, einem Produkt das im Gegensatz dazu überhaupt nicht am Standort Mückenberg erzeugt wurde.[1633] Aldehyd konnte nicht nur zu Essigäther weiter verarbeitet werden, allerdings wurden Acetaldehyd-Derivate, wie Aceton und Butanol, aber auch der

[1629] Zum gleichen Zeitpunkt lag man in Burghausen bei einer Herstellungsmenge von 2.400 Monatstonnen Acetaldehyd (vgl. HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Nr. 6 Direktorium, 17. August 1944).
[1630] HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1943, Allgemeiner Überblick, S. 2-3 und 60.
[1631] BArch R 8-VIII/23, Speziallisten der Reichsstelle Chemie für schutzbedürftige W-Betriebe, 11. Juni 1943, S. 2.
[1632] Vgl. HUW 7 E 16, Niederschrift einer Besprechung mit Hess, 6. Dezember 1944.
[1633] Ein Plan der Geschäftsleitung zur Errichtung einer Essigsäure-Anlage in Mückenberg wurde indes nicht realisiert.

Wackerschellack nicht in Mückenberg, sondern am Standort Burghausen erzeugt. Wie beim Carbid wurden auch bei der Acetaldehyd-Produktion nicht die Herstellungszahlen erreicht, die zur Weiterverarbeitung benötigt wurden, so dass Aldehyd zugekauft oder gegen die Lieferung anderer chemischer Zwischenprodukte eingetauscht werden musste. Als Bezugsquelle diente erneut die IG Farben, in dem Fall das Werk der Anorgana GmbH Gendorf, das frachtgünstig zum Burghausener Werk lag.[1634] Hinzu kamen Aldehydtransporte zu Umarbeitungszwecken. So lieferte das Chemowerk im ersten Jahr nach Stilllegung der Alkohol-Erzeugung Acetaldehyd an das Stammwerk Burghausen, an die Buna-Werke Hüls und Schkopau und an andere nicht näher bezeichnete IG Werke zur Erzeugung von Lösungsmitteln, aber auch zur Umarbeitung auf Lösungsmittel, die anschließend an die Wacker-Chemie zurückversandt wurden.[1635] Zudem wurde bei der Wacker-Chemie Carbid zu Acetaldehyd auf fremde Rechnung umgearbeitet; es ist zu vermuten, dass es sich hierbei ebenfalls um die IG Farben handelte. Der Großteil der Mückenberger Acetaldehyd-Erzeugung mit 76 Prozent ging jedoch im Jahr 1943 an die IG Farben-Standorte Hüls und Schkopau, es folgten die Lieferungen an Hoechst mit elf Prozent und an die Firma Paraxol, einem Tochterunternehmen der Degussa, mit vier Prozent.[1636] Welche Bedeutung die Buna-Fabrikation der IG Farben für das Mückenberger Chemowerk hatte, wird besonders gut an den Dimensionen der Mückenberger Erzeugung 1944 deutlich, die zugleich den Höhepunkt der Aldehyd-Produktion am Standort darstellt.

Gesamtproduktion Chemowerk 1944	**Verwendungsart**		**Verteilung**
40.000 t	Auslieferung: 23.000 t	Buna	20.000 t
		Paraxol	1.800 t
		Hoechst	600 t
		Degussa	600 t
	Weiterverarbeitung am Standort: 17.000 t	Essigäther	10.300 t
		Alkohol	6.700 t

Tabelle 48: Verteilung der Acetaldehyd-Erzeugung 1944 nach Verwendungszweck

Die Lieferungen aus Mückenberg, die auch in den Kriegsjahren kontinuierlich weiter stiegen, waren für die weiterverarbeitenden Firmen (im Rüstungsbereich) unersetzlich, sei es bei der Verwendung für Synthesekautschuk oder für Lösungsmittel. Sie wurden als „wertvolle[r]

[1634] Im Jahr 1944 wurden beispielsweise gut 4.200 Tonnen Acetaldehyd von Gendorf nach Burghausen abgegeben (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1944, S. 2).
[1635] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1941, S. 67.
[1636] Auf Konzernebene lag der an die IG Farben gelieferte Aldehyd-Anteil bei 85 Prozent.

zusätzliche[r] Beitrag der Wackerchemie für diese äußerst kriegswichtigen Sektoren“ klassifiziert.[1637] Zusammengefasst fand der Mückenberger Acetaldehyd also folgende Verwendungen:

- Abgabe an die IG Farben für Buna
- Abgabe an die IG Farben für Lösungsmittel
- Abgabe an die IG Farben zu Umarbeitungszwecken, anschließend Rückbelieferung an die Wacker-Chemie
- Abgabe an andere Abnehmer (z. B. Paraxol, Degussa)
- Weiterverarbeitung innerhalb des Unternehmens
    - Am Standort selbst: Essigäther
    - Lieferungen nach Burghausen: Lösungsmittel, Kunststoffe u. a

3.3.7 Wiederinbetriebnahme der Alkohol-Erzeugung

Der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung beantragte im Sommer 1942 die Wiederinbetriebsetzung der Mückenberger Carbidsprit-Erzeugung. Neben der Weiterverarbeitung des Alkohols in der chemischen Industrie wurde er zu diesem Zeitpunkt unter anderem für die Pulver- und Sprengstoff-Produktion, für Verbandstoffe, für Arzneimittel, als Reinigungsmittel, als Kühl- und Schmierflüssigkeit oder als Trinkbranntwein (für die Wehrmacht) benötigt; für letzteres eignete sich der im Chemowerk synthetisch erzeugte Carbidsprit allerdings nicht. Die deutsche Gesamtmenge war zu gering, um alle Bedarfsträger zu versorgen, so dass einige Branchen gezwungen wurden, ihren Bedarf um bis zu 40 Prozent zu reduzieren bzw. auf Ersatzstoffe umzustellen.[1638]

Im Brennjahr 1941/1942 wurden von den 2,8 Millionen zur Verfügung stehenden Hektolitern Spiritus 1,3 Millionen aus Kartoffeln[1639], 390.000 aus Lufthefe, 340.000 aus Laugen, 310.000 aus Melasse, 70.000 aus Holz und nur 50.000 Hektoliter aus Carbid gewonnen. Vor der Stilllegung des Mückenberger Betriebes waren es noch 240.000 Hektoliter Sprit aus Carbid.[1640] Von dieser Alkoholmenge benötigte die Chemische Industrie 1,4 Millionen Hektoliter,[1641] die Metallbearbeitung, Optik und Elektroindustrie 333.000 Hektoliter; 400.000

[1637] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1942, S. 2.
[1638] Vgl. BArch RW 19/2508, Rüstungsamt an OKH, 13. Juni 1942, fol. 137.
[1639] Aus zehn Tonnen Kartoffeln entstand eine Tonne Alkohol, das entsprach zwölf Hektolitern (vgl. BArch RW 19/2508, Spritversorgung im Brennjahr 1941/42, 27. März 1942, fol. 251).
[1640] Vgl. BArch R 2105/2191, Abschrift eines Schreibens der Reichsmonopolverwaltung, 1. Oktober 1941.
[1641] Hier floss der Alkohol unter anderem in die Herstellung von Kunststoffen, Äthylen, Fotoartikeln, Sprengstoffen, Lacken, Druckfarben, Pharmazeutika, Chloräthylen, Essigester, Wasch- und

Hektoliter wurden als Trinkbranntwein, 125.000 Hektoliter als Essigbranntwein verteilt. Zudem dienten 400.000 als Brennspiritus, 12.000 als Frostschutz und 130.000 Hektoliter für Kraftsprit, also für Treibstoffzwecke.[1642] Nachdem eine weitere Reduzierung des Alkoholverbrauchs nicht mehr möglich war,[1643] musste die Wacker-Chemie ihre Carbidsprit-Produktion auf „Weisung des RfRuK“ zum August 1944 tatsächlich wieder aufnehmen.[1644] Im selben Monat sollten bereits 800 bis 1.000 Tonnen Alkohol die Anlage verlassen. Für den Hektoliter erhielt das Unternehmen die Gestehungskosten und einen zusätzlichen Aufschlag von 1,50 Reichsmark vergütet.[1645]

Zu den in der Spriterzeugung zwangsläufig entstehenden Nebenprodukten zählten die chemischen Stoffe Essigäther, Butanol, Essigsäureäthylester, Acetylacetat und Äthyläther.[1646] Wie sich schnell herausstellte, war die beim Produktionsprozess im Chemowerk anfallenden Mengen jedoch deutlich geringer als erwartet. Sie waren begehrte Zwischenprodukte und wurden nach Burghausen geliefert, solange sie in Mückenberg nicht verarbeitet werden konnten.[1647] Nachdem die Carbidsprit-Produktion in Mückenberg eingestellt worden war und Johannes Hess aufgrund der rapide steigenden Nachfrage nach Lösungsmitteln wie Essigäther von einer „zwingenden Notwendigkeit“ sprach,[1648] die Kapazitäten der Wacker-Chemie in diesem Sektor auszubauen, wurde die Errichtung eines Essigäther-Betriebsteils, in dem der Essigäther über Acetaldehyd gewonnen werden sollte, am Standort Mückenberg in Absprache mit den Vertretern der IG Farben beschlossen. Die Dimensionen der Anlage wurden während der Bauplanungsphase wiederholt der steigenden Nachfrage angepasst und nach oben

Körperpflegemitteln und Laborzwecken (vgl. BArch RW 19/2508, Spritversorgung im Brennjahr 1941/42, 27. März 1942, fol. 251).

[1642] Vgl. BArch RW 19/2508, Aktennotiz Spiritus, 1. Mai 1942, fol. 226.

[1643] Eine Übersicht der Zuteilungen und Kürzungen für das 4. Quartal 1943 befindet sich unter BArch R 2105/2086, Nicht zur Veröffentlichung gedachte Branntweineinteilung, September 1943.

[1644] Vgl. HUW 4 C 19, Technischer Kurzbericht für das Jahr 1944, ohne Datum.

[1645] Für die Preisfrage war in diesem Fall wohl Direktor Riedel zuständig, der weiter ausführte: “Bis zur Feststellung der Gestehungskosten nach Ablauf des Betriebsjahres wird ein Übernahmepreis auf Grundlage des zuletzt festgestellten in der Höhe von ungefähr RM 40,60 je hl berechnet“ (HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Nr. 6 Direktorium, 17. August 1944).

[1646] Vgl. die Monatsberichte des Carbidsprit-Betriebes unter HUW 35 C 17.

[1647] Neben dem Äthylalkohol fanden auch Acetaldehyd, Aceton, Benzol, Essigsäure und Essigsäureanhydrid als Rohstoffe Eingang in die Pulver-, Spreng-, Kampf- und Nebelstoff-Produktion (vgl. BArch RW 19/2508, Voraussichtlicher Rohstoffbedarf IV. Quartal 1941, ohne Datum [vermutlich März 1941], fol. 258).

[1648] Der Bedarf an Essigäther steige täglich, so die Geschäftsleitung (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21. November 1940, S. 4).

korrigiert,[1649] bis diese schließlich auf 800 Monatstonnen konzipiert wurde,[1650] um so das Burghausener Werk zu entlasten. Das Projekt würde sich folglich auch bei einem Rückgang der Essigäther-Nachfrage amortisieren, da es dem Burghausener Betrieb Handlungsspielraum bei seiner weiteren Herstellungsplanung ermöglichte. Für eine Erzeugung von 400 Monatstonnen wurde eine Investitionssumme von einer Million Reichsmark veranschlagt, wenig später war diese Summe bereits auf 1,5 Millionen Reichsmark angestiegen.[1651] Letztlich lagen die Kosten bei rund 1,71 Millionen Reichsmark.[1652] Nachdem die Bauarbeiten 1942 abgeschlossen waren, wurde mit der Montage der Anlage begonnen. Die Essigätheranlage in Mückenberg ging schließlich im Mai 1943 in Betrieb. Damit wurde dieses stark nachgefragte Produkt innerhalb des Unternehmens nun an zwei Standorten, Burghausen und Mückenberg, erzeugt. Ein lohnender Schachzug, denn die Mückenberger Essigätherproduktion wirkte sich in der Folgezeit mit knapp 3,5 Millionen (1943) und 6,76 Millionen Reichsmark (1944) ausgesprochen positiv auf den Gesamtumsatz des Konzerns aus.[1653] Mit der IG Farben wurde im Sommer 1942 zudem vereinbart, dass 400 bis 450 Monatstonnen Wacker-Acetaldehyd durch die IG Farben in Höchst zu Lösungsmittel umgearbeitet werden sollten.[1654] Die Nachfrage blieb hoch, so dass der für die Planungen zuständige Produktionsausschuss im Herbst 1944 eine Erzeugung von 2.000 Tonnen durch die Wacker-Chemie vorsah, woraufhin das Unternehmen intern erklärte, die Firma werde nur 1.600 Tonnen davon herstellen.[1655] Ob und wie man diese eigenmächtige Entscheidung über eine Minderproduktion gegenüber dem Produktionsausschuss rechtfertigte, ist nicht bekannt. Auch für die anderen, im Herstellungsprozess anfallenden Nebenprodukte wurde die Weiterverarbeitung in Mückenberg erwogen, die dafür notwendigen Investitionen allerdings auf die Nachkriegszeit verschoben, was sie mit der Demontage und Enteignung der Mückenberger Werke schließlich obsolet machte.

[1649] Im Jahr 1940 rechnete die Wacker-Chemie mit einer Produktion von 400 Monatstonnen, plante allerdings bereits ein Gebäude für die doppelte Erzeugungsmenge. Im Folgejahr wurde die Anlage schließlich direkt mit 800 Monatstonnen veranschlagt (vgl. HUW 35 F 14, Aktennotiz Ausbauprogramm, 6. November 1940).
[1650] Im Technischen Bericht des Jahres 1943 ist allerdings die Rede von einer Steigerung der Gesamtproduktion um 1.000 Monatstonnen durch die neue Mückenberger Anlage (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1943, S. 61).
[1651] HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 21. November 1940, S. 4.
[1652] HUW 6 F 5, Schriftvermerk für Direktion, 12. August 1943.
[1653] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännische Berichte der Jahre 1943 und 1944.
[1654] HUW 28 A 18, Besprechung Kalb, Bericht Nr. 2605, 10. Juli 1942.
[1655] HUW 7 E 16, Monatsbesprechung Nr. 8 Direktorium, 5. Oktober 1944.

3.5 Chlor und Chlorkohlenwasserstoffe

Die Herstellung von Chlorkohlenwasserstoffen war auf das Engste mit der Entwicklung der Chlorproduktion bei der Wacker-Chemie verbunden. Die Chemiker des Consortiums und der Hauptverwaltung erhielten schon früh den Auftrag, Weiterverarbeitungsmöglichkeiten für diese Grundchemikalie zu suchen, denn mit jeder weiteren Verarbeitungsstufe wuchs in der Regel auch der Gewinn des Unternehmens.[1656] Hinzu kamen Einnahmen für Patente und Lizenzen. In erster Linie diente ein breites Spektrum an Derivaten jedoch der eigenen Absicherung bei Marktschwankungen. Auch auf Umsatzeinbrüche konnte so flexibel reagiert werden, denn je breiter die Produktpalette, desto geringer die Marktabhängigkeit. Dementsprechend gehörte die Erzeugung von Chlor schon früh zum Sortiment der Wacker-Chemie. Im November 1921 nahm eine aus sechs Billiter-Zellen bestehende Chlorelektrolyse erstmals ihre Produktion am Standort Burghausen auf und erzeugte neben Chlor auch Wasserstoff und Natronlauge, aus der im Anschluss Ätznatron[1657] gewonnen wurde. Als Roh- und Hilfsstoffe wurden für das Chlorelektrolyse-Verfahren vor allem Steinsalz, Bariumcarbonat und Bariumchlorid sowie elektrische Energie benötigt. Die Wacker-Chemie verwandte hierfür das im firmeneigenen Bergwerk in Stetten gewonnene Steinsalz, das in Wasser aufgelöst als Sole bzw. Natriumchlorid-Lösung die Basis für die anschließende Elektrolyse bildete. Bei dieser wurde das Natriumchlorid mit Hilfe einer endothermen Reaktion durch das Hinzufügen von elektrischer Energie in seine Bestandteile aufgespalten. Auf diese Weise stellte die Wacker-Chemie in Burghausen bereits zwischen der Inbetriebnahme der Chlorelektrolyse und dem Jahr 1936 8.500 Tonnen Chlor her. Die Anlage erweiterte sich dank der vielseitigen Verwendungsmöglichkeiten des Chlors und dank des wachsenden Absatzes seiner Derivate, wie etwa des Wacker-Chlorkalks, des Ätznatrons und der verschiedenen Chlorkohlenwasserstoffe auf 120 Zellen (Stand 1937). Ab der Errichtung der sogenannten E-Anlage als Betriebsteil des Ferrowerkes 1939/40 produzierte die Wacker-Chemie an zwei Standorten große Mengen von Chlor und Chlor-Derivaten. Folgeprodukte wie die Chlorkohlenwasserstoffe, die nach der Anzahl der jeweiligen Chlormoleküle entweder „Tetra“, „Di“, „Tri“, „Penta“ oder „Hexa“ genannt wurden, entstanden durch die Verbindung von Chlorgas mit Acetylen. Diese Chlorkohlenwasserstoffe mussten aufgrund ihrer Neuartigkeit vom Unternehmen zunächst stark beworben werden. Letztlich wurden sie von der Rüstungsindustrie jedoch erst aufgrund der staatlich angeordneten

[1656] Vgl. hierzu die autobiographische Schrift Herrmann, Chemiker, S. 32-33.
[1657] Siehe auch Kapitel C.3.5.3.

Einsparungsmaßnahmen bei Treibstoffen und Sprit im größeren Stil nachgefragt. Sie fanden dort vor allem Verwendung als Benzinersatzstoffe, in Großwäschereien dienten sie zudem als Lösungs- und Entfettungsmittel. In den Kriegsjahren wurden Chlorkohlenwasserstoffe schließlich selbst zur Mangelware. Sie wurden ebenfalls kontingentiert bzw. mussten durch alkalische oder anorganische Reinigungsmittel ersetzt werden. Das umsatzstärkste Produkt aus dem Bereich der Chlorkohlenwasserstoffe war das als „Wacker-Tri“ vertriebene Trichlorethylen.

3.5.1 Die Errichtung der „E-Anlage“ als Teil des Ferrowerkes

Der gestiegene Bedarf salzarmen Ätznatrons bzw. die Nachfrage nach Natronlauge durch das Syndikat deutscher Soda-Fabriken[1658] verhalf den Chlorkohlenwasserstoffen erstmals zu steigenden Verkaufszahlen und einer positiven Absatzentwicklung. Dies eröffnete der Wacker-Chemie wiederum weitere Expansionsmöglichkeiten, so dass das Unternehmen in den 1930er Jahren auf die gestiegene Nachfrage mehrfach mit der Erhöhung ihrer eigenen Chlorerzeugung reagierte. Dies ging zwangsläufig mit der Vergrößerung der Chlorkohlenwasserstoff-Fabrikation einher, da die Weiterverarbeitung des Chlors zu Chlorkohlenwasserstoffen „Hauptabnehmer“ der zusätzlich erzeugten Mengen war, während die Natronlauge an das Syndikat geliefert wurde. Da es sich hierbei um einen effizienten Produktionskreislauf handelte, bei dem das anfallende Chlor im eigenen Betrieb in Chlorkohlenwasserstoffe weiterverarbeitet und das Ätznatron an die entsprechenden Verbraucher verkauft wurde, waren die jeweiligen Expansionsentscheidungen eng aneinandergekoppelt. Der gesteigerte Absatz von Trichlorethylen führte bereits Ende 1936 zu einer weiteren Vergrößerung der Produktionsanlagen.[1659] Die grundsätzliche Entscheidung, die Chlor-Kapazitäten der Wacker-Chemie auszubauen, führte folglich auch zu einem Anstieg der Chlorkohlenwasserstoff-Fabrikation und umgekehrt. Beide Sparten ergänzten sich perfekt. Dies änderte sich letztlich erst, als das Chlor in den Kriegsjahren selbst zur Mangelware wurde und in die Reihe der bewirtschafteten Chemikalien aufgenommen wurde. Auch bei der Wacker-Chemie zeichnete sich eine gravierende Unterversorgung ab. Trotz des

[1658] Für scheinbar neu errichtete Soda-Werke benötigte das Syndikat bereits Ende 1935 ein größeres Volumen an Zellstoffwolle und bot der Wacker-Chemie eine Quote von 3500 Tonnen am Mehrbedarf an. Nachdem man die wirtschaftlichen Risiken eines weiteren Ausbaus der Ätznatron-Produktion unter den Gesellschaftern diskutiert hatte und der Beschluss gefasst worden war, dass es taktisch unklug wäre, zu diesem Zeitpunkt abseits des aktuellen Markt-Trends zu stehen, zumal sich der Chlorkohlenwasserstoff-Absatz ebenfalls positiv entwickelte, genehmigte die Versammlung einen Gesellschafterkredit in Höhe von 750.000 Reichsmark zum Ausbau der Burghausener Chlorelektrolyse (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. November 1935, S. 6-7).

[1659] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 29. Dezember 1936, S. 7.

stetigen Ausbaus dieses Produktionsbereiches bestand Johannes Hess deshalb im Frühjahr 1937 darauf, dass „die Chlor-Versorgung des Werkes Burghausen unbedingt gebessert werden [muss]. Bei einem Monats-Absatz von 1.000 t Tri hat die Wacker-Chemie nur einen Lagerbestand von etwa 64 t.“[1660]

Bei diesen Überlegungen erwies es sich als äußerst hilfreich, dass die Bubiag der Wacker-Chemie Mückenberg zum 1. Juli 1937 und 1. Januar 1938 insgesamt 20.000 weitere Kilowattstunden zur Verfügung stellte, die zum einen in die Carbid- und zum anderen in die Legierungsproduktion fließen sollten. Von den zusätzlichen Energiemengen blieb rund ein Zehntel übrig und ermöglichte es der Geschäftsleitung so, eine weitere Verbreiterung des eigenen Sortiments zu erwägen. Etwa zur selben Zeit übernahm das Unternehmen die volle Alzkraft-Strommenge von der VIAG, so dass der im Verlauf des Jahres 1938 an beiden Standorten vorhandene Stromüberschuss für eine weitere Expansion der Wacker-Chemie genutzt werden konnte.[1661] Trotz der zusätzlichen Engergie für den Standort Burghausen entschied sich die Geschäftsführung im April 1937, eine Erweiterung wenn dann in Mückenberg und nicht in Burghausen durchzuführen.[1662]

Inzwischen hatte sich die Chlor-Versorgungslage wie erwartet zugespitzt. Trotz zusätzlicher Chlor-Lieferungen an die Wacker-Chemie durch die IG Farben verursachte der Mangel an Elektrolyse-Kapazität schließlich massive Lieferungsschwierigkeiten im Tri- und Ätznatron-Bereich.[1663] Auf diesem Gebiet hatten jedoch die jahrelangen Bemühungen des Unternehmens um eine Etablierung der Wacker-Produkte erst kürzlich Früchte getragen,[1664] so dass aus wirtschaftlicher Sicht nicht nur die Chlor- und Ätznatronkapazitäten, sondern auch die Chlorkohlenwasserstoffe eine Vergrößerung erfahren mussten, um die jeweils stetig steigende Nachfrage bedienen zu können. Eine Nicht-Belieferung der neu gewonnenen Tri-Kunden wäre äußerst ungeschickt gewesen, zumal die Geschäftsleitung die Entstehung neuer Konkurrenz auf diesem Gebiet befürchtete, wenn sie dem Bedarf nicht selbst gerecht werden konnte. Aus den Burghausener Anlagen heraus, so waren sich die Gesellschafter einig, konnte dieser Mehrbedarf jedenfalls nicht mehr gedeckt werden. Aufgrund dieser unternehmerischen Erwägungen und den neuen Entwicklungen am deutschen Markt unterbreitete die

[1660] HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1937, S. 3.
[1661] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 22. Oktober 1936, S. 3.
[1662] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 24. April 1937, S. 9.
[1663] In einem Schreiben der Geschäftsleitung war die Rede von einem künftigen ungedeckten Bedarf an Ätznatron in Höhe von rund 2.000 Tonnen für das Jahr 1938, der von der Wacker-Chemie noch zu liefern sei (vgl. HUW 4 C 2, Schreiben der Geschäftsleitung an die Gesellschafter, 2. Dezember 1937).
[1664] Erwähnt wird die Umstellung „tausender von Firmen auf die Verwendung von Tri“ (HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937, S. 7).

Geschäftsführung den Eigentümern der Wacker-Chemie schließlich den Vorschlag, am Standort Mückenberg eine Chlor-Elektrolyse mit 30 Bädern aufzustellen. Diese Idee wurde von den Gesellschaftern einstimmig begrüßt und umgehend genehmigt. Man rechnete mit Baukosten in Höhe von 1,5 Millionen Reichsmark und einer Bauzeit von etwa 18 bis 24 Monaten.[1665] Für den Betrieb der Chlorelektrolyse wurden 15 Arbeiter benötigt. Die Kalkulation sah neun Schichtarbeiter, zwei Tagarbeiter, zwei Schlosser und einen Meister vor.[1666]

Im Folgejahr hatte sich die Finanzsituation des Unternehmens aufgrund ihrer hohen Investitionstätigkeit allerdings derart verschlechtert, dass einige Projekte und die dazugehörigen Gesellschafterkredite zurückgestellt werden mussten. Allerdings blieb das mittlerweile als E-Anlage“ bezeichnete Chlor-Ausbauprojekt „zur Herstellung des Chlors für die Tri-Versorgung“ von diesen Sparmaßnahmen ausgenommen. Die Anlage wurde weiterhin mit einer Investitionssumme von 4,1 Millionen Reichsmark projektiert, was deutlich über der geschätzten ersten Kalkulation lag. Die Kosten sollten gestückelt und auf die Jahre 1938, 1939 und 1940 umgelegt werden. Die Aussage des Geschäftsführers, diese Anlage sei „mit allen Mitteln zu fördern“, verdeutlicht zudem die hohe Bedeutung dieses Projektes für die Wacker-Chemie,[1667] die nicht zuletzt auf einer äußerst positiven Rentabilitäts-Prognose beruhte: Die Wacker-Chemie ging davon aus, mit der E-Anlage einen jährlichen Mehrerlös von 920.000 Reichsmark erzielen zu können.[1668]

Von einer staatlichen Anfrage oder einer finanziellen Unterstützung war im Gegensatz zu anderen Projekten der Jahre 1936 bis 1944 in diesem Fall jedoch keine Rede, so dass davon auszugehen ist, dass die staatlichen, militärischen oder gewerblichen Selbstverwaltungs- und Planungsorgane dem Chlor- und Chlorkohlenwasserstoff-Bereich zu diesem Zeitpunkt vermutlich noch keine nennenswerte Aufmerksamkeit schenkten. Das Interesse und die Initiative für die Chlorkohlenwasserstoff-Erweiterung gingen also ausschließlich vom Unternehmen selbst aus. Hinzu kam, dass die Wacker-Chemie die Produktion und den Absatz

[1665] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 3. September 1937, S. 7. Es handelte sich vermutlich um eine Kalkulation ohne Gebäudekosten oder Aufwendungen für die Rohstoffzufuhr, wie es eine ähnliche Schätzung von 1,5 Millionen Reichsmark aus dem Jahr 1940 vermuten lässt, die sich unter anderem aus folgenden Werten zusammensetzte: Tetra-Anlage 300.000 RM, Per-Anlage 300.000 RM, Tri-Anlage 200.000 RM, Unvorhergesehenes 175.000 RM, Elektrische Verteilung 75.000 RM, Lager und Versand 60.000 RM, Acetylentrocknung 50.000 RM und Kalkmilchbereitung 40.000 RM (vgl. auch HUW 35 F 14, Aktennotiz zur Tri-Anlage, 1. April 1940).
[1666] Vgl. HUW 36 E 5, Aktennotiz E-Anlage, 13. August 1938.
[1667] HUW 6 E 9, Niederschrift über eine Besprechung mit Hess, 12. September 1939.
[1668] Vgl. HUW 4 C 23, Brief der Geschäftsleitung an die Gesellschafter, 25. Oktober 1938.

dieser Erzeugnisse nach Möglichkeit eigenständig organisieren wollte. Anders verhielt es sich für den Bereich „Ätznatron“, hier hätte man gerne auf staatliche Förderungen zurückgegriffen. Die Notizen eines Angestellten aus der Wacker-Hauptverwaltung München zu einem Vortrag[1669] des späteren Leiters des Rohstoffamtes, Hans Kehrl, legten allerdings doch ein gewisses staatliches Interesse an diesem Bereich nahe: „Der künftige Ausbau der Zellwolle-Erzeugung Deutschlands muss nach einem einheitlichen Plan erfolgen, Initiative von Seiten der Industrie ist erwünscht, aber vor Inangriffnahme eines Bauvorhabens ist es notwendig, bei der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau nachzufragen, ob der Plan in den gesamten Rahmen passt.“[1670] Kehrl erwartete im Jahr 1938 also nicht nur ein hohes Engagement von der Industrie, sondern forderte auch eine zentrale Lenkung der Neuinvestitionen für diesen Produktbereich. Für einige Unternehmen hatte diese Politik bereits zu ökonomischen Schwierigkeiten geführt, so im Falle der Kali-Chemie, die laut eigener Aussage „mit Rücksicht auf das Zellwolle-Programm“ Kehrls ihre Chlor-Kapazitäten erweitert hatte und nun unter einer Überproduktion an Chlor litt. Für das Chlor suchte die Kali-Chemie nun geeignete Absatzmöglichkeiten, zu denen auch der Trichlorethylen-Markt zählte, weswegen sich das Unternehmen schließlich im Sommer 1938 mit der Wacker-Chemie in Verbindung setzte. Die Wacker-Chemie erklärte sich in diesen Gesprächen jedoch nicht dazu bereit, die eigene Chlorproduktion zu bremsen. Die Antwort der Wacker-Chemie lautete daher, das Unternehmen „habe mit unsäglichen Opfern den Tri-Absatz in jahrelanger, zäher Aufbauarbeit geschaffen und es sei ein ganz merkwürdiges Verlangen, dass gerade die Wackerchemie ihre Erzeugung drosseln solle, damit sich eine andere Erzeugung in das gemachte Bett setzen könne.“[1671]

Im Gegenteil, die Bauarbeiten zur Chlorerweiterung (Errichtung der E-Anlage in Mückenberg) hatten unlängst mit dem Bodenaushub des Chlorgebäudes am 2. Mai 1938 begonnen. Ihm folgten eine Woche später die ersten Baumaßnahmen für das neue ebenfalls zur E-Anlage gehörende Laboratorium, das seinen Platz in einem eigenen, mehrstöckigen Gebäude auf dem neuerschlossenen Werksgelände fand. Das Labor war es auch, das als erste Einrichtung des neuen Werksteils seinen Betrieb am 13. März 1939 aufnehmen konnte.[1672]

[1669] Der Vortrag wurde anlässlich der Mitgliederversammlung der Fachgruppe „Chemische Herstellung von Fasern“ am 20. September 1938 gehalten.
[1670] HUW 6 F 4, Vertrauliche Notiz Schmidt, 28. September 1938.
[1671] HUW 6 F 4, Unterlagen Freyer, Niederschrift über eine Besprechung mit der Kali-Chemie, 27. Juli 1938.
[1672] Zum Neubau des Laboratoriums erschien ein Artikel in der Südbayerischen Chemie 10 (1940), S. 3-4, der vor allem die moderne und großzügige Bauart des Gebäudes betont: Das alte Laboratorium des Ferrowerkes sei zwar bereits zweimal erweitert worden, habe aber mit den Erfordernissen des Betriebes nicht mehr mithalten können. Im neuen Gebäude fanden auf zwei Etagen nicht nur diverse Sozial- und Lagerräume sowie mehrere Versuchsräume, sondern auch ein sogenannter Stinkraum, ein Wägeraum, eine Probenzerkleinerung, eine

Die Verantwortung für den hoch- und tiefbaulichen Teils des Projektes lag in Burghausen. Insgesamt wurden gut 63.000 Quadratmeter Raum umgebaut, dabei wurden 720 Tonnen Baustahl verarbeitet und bis zu 130 „Bau- und Stahlleute“ zeitgleich auf der Baustelle beschäftigt. Die Bausumme belief sich ohne weitere Kosten, wie sie etwa noch für die Inneneinrichtung oder Apparaturen anfielen, auf rund 1,06 Millionen Reichsmark, wovon knapp 230.000 Reichsmark alleine für die Stahlkonstruktion veranschlagt wurde.[1673] Die Bauzeit der Gesamtanlage erstreckte sich auf die Jahre 1938 bis 1940, wobei die Kalkmilchanlage sowie der Tri- und Tetra-Betrieb ihre Produktion erst Anfang April 1940 aufnahmen. Die Chlorfabrik bzw. Chlorelektrolyse folgte wenige Wochen später am 24. April 1940.[1674] Im Sommer des gleichen Jahres meldete die technische Abteilung, es seien mittlerweile 27 der geplanten 30 Zellen mit einer Belastung von etwa 14.000 Ampere in Betrieb, die 500 Monatstonnen Natronlauge mit einer Konzentration von 50 Prozent erzeugten.[1675]

Während der gesamten Bauzeit und der Inbetriebnahme dieser Neuanlage bestand reger Kontakt zu den entsprechenden Experten der IG Farben, welche die Einrichtung geliefert hatten. Statt den mittlerweile technisch überholten Billiter-Zellen sollten in Mückenberg genauso wie in den bereits sanierten Anlagen in Burghausen moderne Amalgam-Zellen Verwendung finden, die von der IG Farben lizensiert und nach dem Leverkusener Modell erbaut worden waren.[1676] Eine Zelle bestand jeweils aus einem länglichen, gummierten Eisentrog, wobei die nicht gummierte eiserne Bodenplatte, über die kontinuierlich Quecksilber lief, als Kathode diente, an der das Natrium entstand, das sofort mit dem Quecksilber weiter zu Natrium-Amalgam (NaHg) reagierte. In die Sole eingetauchte Graphitplatten, durch die der Gleichstrom in die Salzlösung eintrat, übernahmen folglich die Funktion der Anode, an der das Chlor entsteht. Das Quecksilber wurde, nachdem es einen Zersetzer[1677] durchlaufen hatte, wieder in den Elektrolyse-Prozess integriert. Diese neuartigen Zellen ermöglichten die Erzeugung einer kochsalzfreien Lauge mit einem Natrongehalt von mindestens 50 Prozent. Sie benötigten keine Eindampfstation für die Dünnlauge mehr und

Dunkelkammer und vor allem die Bibliothek Platz. Kernstück des Gebäudes stellte das 30 x 12 Meter große mit 28 Arbeitsplätzen ausgestattete analytische Labor dar.

[1673] HUW 36 A 20 und 38 B 42, Übersicht über die technischen Baukosten der E-Anlage, 30. April 1940.

[1674] Noch im Sommer 1939 ging man von einer Inbetriebnahme zum 1. Januar 1940 aus (vgl. auch HUW 27 A 8, Technischer Bericht 1939, S. 46).

[1675] HUW 39 A 7-13, Niederschrift Nr. 74 über eine Besprechung in Mückenberg, 18. Juli 1940.

[1676] An die IG wurden für die Nutzung des Verfahrens 120.000 Reichsmark Lizenzgebühren bezahlt (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 23. April 1936, S. 8).

[1677] Im Zersetzer wurde das Natrium-Amalgam durch Hydrolyse mit Wasser zu Quecksilber, Natronlauge und Wasserstoff zersetzt.

konnten so bei Bedarf im Gegensatz zu den Billiter-Zellen abgestellt werden.[1678] In der Verantwortung der Ingenieure von Bayer lag nicht nur die Leitung bei der Aufstellung der Bäderanlage, sondern auch die Kontrolle der Zellblock-Baustelle und die Stellung geeigneten Personals für den Produktionsbeginn (z. B. Richtmeister und Chemiker).[1679]

Einen beachtlichen zusätzlichen betrieblichen und wirtschaftlichen Vorteil ermöglichte die Verbundwirtschaft der neuen E-Anlage mit dem Chemowerk: Chlor- und Trifabrik erhielten den für ihre Produktion notwendigen Sauerstoff, Stickstoff, Dampf und das Acetylen aus dem benachbarten Chemowerk. Wie günstig sich dieser Kreislauf auf die Betriebskosten auswirkte, verdeutlicht der Vergleich zwischen Investitionskosten in Höhe von 20.000 Reichsmark, die primär dem Bau eines entsprechenden Leitungssystems geschuldet waren, und der jährlichen Kostenersparnis in Höhe von 28.000 Reichsmark für den Bezug von etwa 36.000 cbm Sauerstoff und 9.000 cbm Stickstoff.[1680]

3.5.2 Chlor

Die gesamte Mückenberger Chlor-Produktion diente ausschließlich der Weiterverarbeitung zu Chlorkohlenwasserstoffen. Von einem Versand des Chlors an andere Verbraucher war zunächst keine Rede. Nachdem Chlor bewirtschaftet wurde und der Bedarf der chemischen Industrie ständig stieg, wurden die jeweiligen Erzeugungsmengen von den Lenkungsinstanzen genau erfasst und die Verteilung der Gesamtmenge über die Reichsstelle Chemie oder die Amtsgruppe Chemie abgewickelt. Wie eine Gegenüberstellung der Verbrauchsmengen von 1936 und Anfang 1939 zeigt, meldeten alle Verbraucher im Zuge der Aufrüstung höhere Bedarfszahlen, die einzige Ausnahme stellte die Magnesium-Erzeugung dar (vgl. Tabelle 49). [1681] Einen besonders hohen Zuwachs erfuhren die Abnehmergruppen Teerfarben, Kunststoffe, Lösungsmittel, Textil, Export und militärische Verwendungszwecke. Obwohl die Produktion von Chlor ab 1939 noch einmal deutlich gesteigert werden konnte, blieben die Herstellungsmengen, wie sich aus den Unterlagen der Reichsstelle Chemie errechnen lässt, jedoch klar hinter ihrem Soll-Ziel zurück.[1682] Das zur Verfügung stehende Chlor reichte nicht aus, um den gesamten industriellen Bedarf zu decken,

[1678] Vgl. HUW 1 C 57, Elektrolyse Chlor-C, S. 2-8 mit einer Graphik zur Höhe der Chlorproduktion bei der Wacker-Chemie 1921-2000 auf S. 6
[1679] Diverse Reiseberichte und Gesprächsprotokolle sind unter HUW 35 E 1 überliefert, so auch Bericht Nr. 209, 28. November 1939.
[1680] Vgl. HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk Dr. Schindelin an Hess, 10. März 1939.
[1681] Vgl. BArch R 8-VIII/457, Aktenmaterial der Reichsstelle Chemie zur Chlor-Planung, ohne Datum, fol. 194.
[1682] Vgl. BArch R 8-VIII/116, Großdeutsche Chlorerzeugung 1943, Unterlagen Zander, 30. Dezember 1943 und R 8-VIII/461, Aufstellung der Grundchemikalien, ohne Datum.

so dass weitere Betriebsvergrößerungen geplant wurden. So blieb der Neubau in Mückenberg bei weitem nicht die einzige Maßnahme zur Förderung der Chlorproduktion.

Verbrauchergruppe	Menge 1936	Menge Anfang 1939
Anorganisch	14.000	19.700
Teerfarben	13.500	24.200
Übrige organische	14.400	27.800
Frostschutz	-	14.400
Kunststoffe	1.700	10.700
Buna	-	5.500
Sonst. Chemisches und Verschiedenes	17.400	18.300
Tri und Per	17.000	24.200
Lösungsmittel	12.500	37.000
Metalle und Verbindungen	13.900	19.400
Magnesium	17.200	6.000
Zellstoff und Papier	40.200	55.400
Textil	6.600	17.600
Lebensmittel	4.900	6.500
Sanitäre Zwecke	1.800	3.200
Militärisch	4.500	14.900
Ausfuhr	29.400	47.800

Tabelle 49: Staatliche Chlor-Verteilung nach Verbrauchergruppen 1936 und 1939 in Tonnen

In den Jahren 1936 bis 1940 konnte, laut Unterlagen des Amts für Wirtschaftsausbau, durch die Inbetriebnahme oder Erweiterung der Anlagen in Bitterfeld,[1683] Leverkusen, Ludwigshafen, Schkopau, Höchst, Gersthofen, Ammendorf, Zscherndorf, Osternienburg, Burghausen, Knapsack und Mückenberg eine Steigerung der deutschen Chlor-Produktion um 144.600 Jahrestonnen erzielt werden.

Monatsdurchschnitt 1939	28.600 t
Monatsdurchschnitt 1940	30.700 t
Monatsdurchschnitt 1941	34.800 t
Monatsdurchschnitt 1942	36.900 t
Monatsdurchschnitt 1943	41.000 t

Tabelle 50: Deutsche Chlorproduktion (Monatsdurchschnitte 1939-1943)

[1683] Bitterfeld diente als Standort für mehrere chemische Fabriken, so begünstigten sich dort die Werke der IG Farben und das Werk der Kali-Chemie (vormals Neu-Stasssfurt) dank des Rohstoff- und Zwischenprodukte-Transfers wechselseitig (vgl. auch Hackenholz, Bitterfeld, S. 340).

Eine weitere Vergrößerung der Produktionsmenge um 128.000 Jahrestonnen wurde für Ende 1941/Anfang 1942 erwartet.[1684] Offensichtlich traten hierbei jedoch einige Verzögerungen auf, ein deutliches Plus wurde erst 1943 erreicht (vgl. Tabelle 50).

Die deutsche Gesamtchlorproduktion schwankte 1943 zwischen knapp 38.000 und 43.500 Tonnen, was einer durchschnittlichen monatlichen Produktion von etwa 41.000 Tonnen entsprach. Zu den größten Chlor-Produzenten zählten die IG Farben mit ihren Werken in Bitterfeld, Gendorf, Höchst, Hüls, Leverkusen, Ludwigshafen, Rheinfelden und Schkopau, die Th. Goldschmidt mit Werk Ammendorf, ebenso die Kali-Chemie mit ihrem Werk Zscherndorf sowie die Wacker-Chemie, die ihr Produktionsvolumen beständig steigern konnte und die bestehenden Chlorelektrolysen in Burghausen und Mückenberg kontinuierlich ausbaute.[1685] Eine weitere Gruppe bildeten sechs Papier- und Zellstofffabriken, die für den eigenen Bleichbedarf zusammen rund 9.000 Tonnen Chlor herstellten. Hinsichtlich der Produktionshöhe standen die IG Farben Werke Bitterfeld, Schkopau und Gendorf an der Spitze der genannten Standorte. Die IG Farben lieferte nach Unterlagen der Reichsstelle Chemie 1940 immerhin rund 64 Prozent der Gesamtmenge, wobei auch hier der überwiegende Teil des Chlors im Unternehmen selbst verblieb und dort direkt weiterverarbeitet wurde.[1686] Neben dem Eigenverbrauch spielte hierbei auch eine Rolle, dass es sich bei Chlor um ein hochgiftiges Gas handelt, das aufgrund seiner Eigenschaften nicht gerne über weite Strecken transportiert wurde. Wurden lange Wege dennoch in Kauf genommen, spricht dies umso stärker für einen großen Bedarf bei gleichzeitigem Chlor-Mangel. Die Chlorerzeugung per Elektrolyse war bekannt für ihren enorm hohen Energiebedarf. Ihr Verbrauch machte 15 Prozent der gesamten von der chemischen Industrie benötigten Strommengen aus. „Die großen Anlagen liegen aus diesem Grunde in den bekannten Zentren der elektrochemischen Industrie“.[1687] Dies stimmt mit den Erzeugungszahlen durchaus überein. So war der mit

[1684] Maßgeblich waren hier die Anlagen in Heydebreck, Radebeul, Leverkusen, Ludwigshafen II, Rheinfelden, Gersthofen, Höchst und Aussig (vgl. BArch R 3112/93, Planungen des 2. Vierjahresplans, ohne Datum, fol. 28 und 55).

[1685] Vgl. BArch R 8-VIII/457, Aktenmaterial der Reichsstelle Chemie zur Chlor-Planung ohne Datum, fol. 179-180. Im Vergleich wurde die größte Chlor-Menge am IG Farben Standort Bitterfeld erzeugt, dort waren es 3.600 Monatstonnen, gefolgt von den IG Farben Werken Gendorf mit 3.500 Tonnen und Leverkusen mit 3.250 Tonnen. In dieser Auflistung wurde die Wacker-Chemie mit einer Produktion von 1.250 Tonnen für das Werk in Burghausen und 900 Tonnen für den Standort Mückenberg angeführt.

[1686] „Für die Industrie der Alkalielektrolysen ist im allgemeinen charakteristisch, dass die das Chlor verarbeitenden Betriebe den Elektrolyseanlagen angegliedert sind. Die Errichtung der Anlagen steht daher zum mindesten in neuerer Zeit in engem Zusammenhang mit dem Eigenverbrauch an Chlor, während die Natronlage zum weitaus grösseren Teil zum Absatz bestimmt ist“ (BArch R 8-VIII/116, Die Industrie der Alkalielektrolysen, 12. November 1941). Diese Aussage trifft zu einhundert Prozent auf die Produktion der Wacker-Chemie in Mückenberg zu.

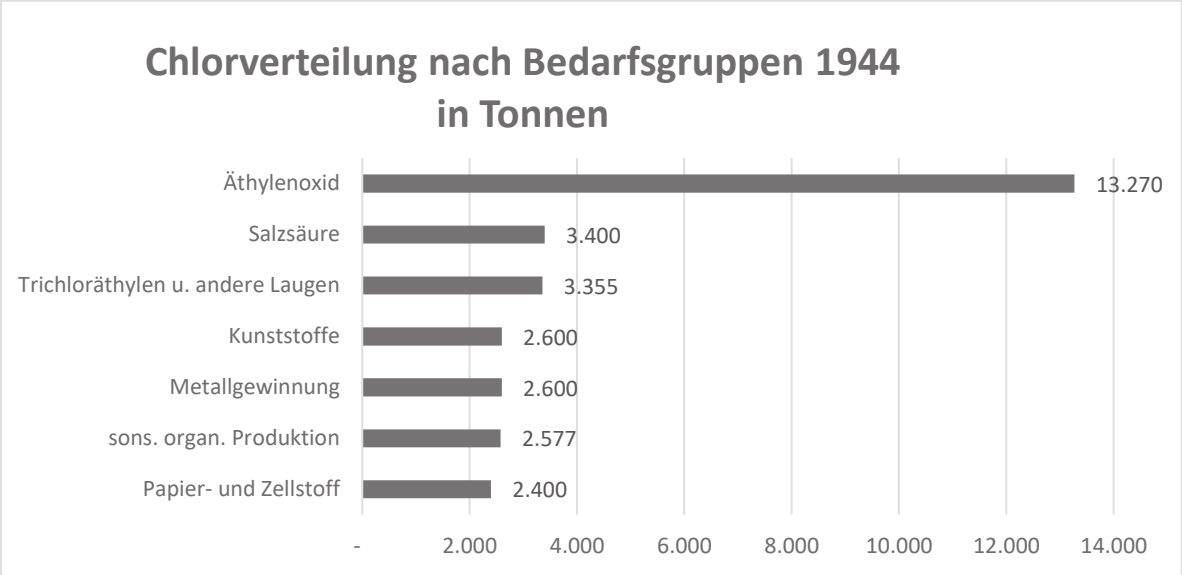
[1687] Vgl. BArch R 8-VIII/116, Die Industrie der Alkalielektrolysen, 12. November 1941.

weitem Abstand größte Chlorerzeuger, das Werk Bitterfeld, das 23 Prozent der deutschen Gesamtchlormenge herstellte. Im Jahr 1944 wurde an diesem Standort eine Chlormenge von 77.000 Jahrestonnen produziert, in Schkopau knapp 50.0000, in Gendorf immerhin noch 42.000 Tonnen. Im Vergleich dazu lagen die beiden Wacker-Werke, Burghausen mit 15.120 Tonnen und Mückenberg mit 8.925 Tonnen, gerade einmal im unteren Mittelfeld.[1688] Zusätzlich zum Ausbau der deutschen Chlor-Kapazitäten wurde Chlor aus Frankreich, den Niederlanden, Italien, Finnland, dem Generalgouvernement, Rumänien und der Slowakei importiert, wobei es sich bei den Lieferungen aus dem Generalgouvernement und Rumänien um Einzellieferungen in unbedeutender Höhe handelte. Den höchsten Importanteil mit einem Jahresliefersoll von 6.000 Tonnen verbuchte Frankreich.[1689] Im Juli 1944[1690] blieb die Chlor-Erzeugung in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Es wurden 43.000 Tonnen Chlor erzeugt, hinzukamen Importe in Höhe von 917 Tonnen,[1691] so dass der deutschen Wirtschaft insgesamt rund 44.000 Tonnen Chlor zur Verfügung standen. Während der Großteil dieser Menge für die Herstellung von Ethylenoxid benötigt wurde, entfielen auf den Bereich „Chlorkohlenwasserstoffe“ noch 3.355 Tonnen, der damit den dritten Platz unter den Bedarfsgruppen einnahm (vgl. Abbildung 15). Neben der Industrie entwickelte sich das Militär zu einem der Hauptabnehmer von Chlor. Laut Munitionserzeugungsplan des 4. Quartals 1943 wurde Chlor zur Herstellung von Ethylenoxid[1692] benötigt (vgl. Abbildung 15), das dann wiederum bei der Erzeugung von Diglykol[1693] und Glycol (für Pikrinsäure) Verwendung fand. Zudem flossen 10.000 bis 14.000 Tonnen Chlor in die Produktion von Kampf-, Entgiftungs- und Nebelstoffen.[1694]

Der anhaltende Bedarf an Chlor beeinflusste auch die weitere Standortpolitik der Wacker-Chemie. Um „später von der Chlorzufuhr unabhängig zu sein“, wurde nicht einmal zwei Jahre nach der Inbetriebsetzung der Mückenberger Chlorelektrolyse, die auf eine Kapazität von 450 Monatstonnen Chlor ausgelegt war, bereits die Verdoppelung dieser Anlage diskutiert.[1695]

[1688] Vgl. BArch R 8-VIII/116, Stand der Chlor-Kapazitäten, Aktennotiz Bitterfeld, 30. Dezember 1943.
[1689] Vgl. BArch R 8-VIII/65, Übersicht Chlor des statistischen Zentralreferats für das Jahr 1944, 15. Ausfertigung, ohne Datum.
[1690] Vgl. BArch R 3/353, Aufkommen und Verteilung von Chlor, 27. September 1944.
[1691] Mit beiden Werten lag man unterhalb der vorgegebenen Soll-Plan-Zahlen.
[1692] Das durch Oxidation von Ethen gewonnene Ethylenoxid bzw. Äthylenoxid wurde als Ausgangsstoff für Textilhilfsmittel benutzt. Zudem konnte es weiterverarbeitet und durch Hydrierung zu Glycol umgewandelt werden, das dann wiederum zur Herstellung von Weichmachern und Sprengstoffen benötigt wurde (vgl. Brinkmann, Kritik, S. 18).
[1693] Für 3.600 Tonnen Diglycol wurde die dreifache Menge an Chlor (knapp 9.000 Tonnen) benötigt.
[1694] BArch R 3/1890, Vorproduktebedarf für den Munitionserzeugungsplan, ohne Datum, fol. 481.
[1695] Die erste Nachfrage von Johannes Hess nach dem Rohstoffbedarf für eine Verdoppelung der Mückenberger Chlorelektrolyse stammte bereits aus dem November 1939. Für den Ausbau der Chlorfabrik, der Tetra- und Tri-

Abbildung 15: Staatliche Chlorverteilung (Amtsgruppe Chemie) Juli 1944



Offensichtlich war die Wacker-Chemie immer noch auf zusätzliche Chlor-Lieferungen anderer Erzeuger, wohl vor allem aus den Reihen der IG Farben, angewiesen und wollte hier mit möglichst geringem (finanziellen) Aufwand Abhilfe schaffen. Als probates Mittel stand dann die Vergrößerung einer bereits bestehenden Anlage im Raum.[1696] Die Unternehmensleitung entschied sich hierbei früh für den Ausbau der Mückenberger Bäderanlage. Projektiert wurde das Bauvorhaben im Jahr 1941. Eine Kreditbewilligung für die Chlorerweiterung in Höhe von 1,3 Millionen Reichsmark trägt das Datum 12. Januar 1942, der Baubeginn wurde mit August 1942 angegeben. Der Antrag auf Erteilung einer vorläufigen Bauerlaubnis im Rahmen des gewerbepolizeilichen Genehmigungsverfahrens wurde zum 1. Juni 1942 gestellt. Eine zehn Tage später bei der Wacker-Chemie eingetroffene Antwort des Regierungspräsidenten von Merseburg betont die Bedeutung des Projektes: „Mit Rücksicht darauf, daß aus zwingenden wehrpolitischen Gründen die unverzügliche Erweiterung der Chlorelektrolyse-Anlage notwendig ist, erkläre ich mich mit Ermächtigung des Reichswirtschaftsministers mit der Ausführung der baulichen Maßnahmen […] einverstanden.“[1697] Die Genehmigung war zunächst vorläufig und mit einigen Auflagen verbunden; so musste das Vorhaben, insbesondere die vom Unternehmen erstellten Baupläne, einem Prüfingenieur zur Vorprüfung vorgelegt werden. Vorgesehen waren 35 neue Zellen,

Anlage wurden von der entsprechenden Burghausener Abteilung (Rambausek) unter anderem 1.100 Tonnen Eisen, 15 Tonnen Blei sowie 10 Tonnen Aluminium veranschlagt (vgl. HUW 35 F 14, Schreiben der Abteilung E an Hess, 30. November 1939).

[1696] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 11. November 1942, S. 4.

[1697] HUW 35 D 46, Schreiben des Regierungspräsidenten an die Wacker-Chemie, 13. Juni 1942.

was quasi eine Verdoppelung der bestehenden Kapazität entsprach.[1698] Diese erzeugten im Schnitt etwa 500 Monatstonnen Chlor zusätzlich.[1699] Offensichtlich machte die Verdoppelung der Chlorelektrolyse trotz der Material- und Arbeitskräfte-Engpässe bauliche Fortschritte. Für das Chlor-Projekt waren 150 Tonnen Baueisen und 800 Tonnen Maschineneisen erforderlich.

Auch bei diesem Projekt handelte es sich um eine Initiative des Unternehmens selbst – also keine von außen, sei es durch staatliche Stellen, das Militär oder von Seiten der IG Farben an die Firma herangetragene Anfrage. Daher musste die Gesellschaft selbst aktiv werden, um die jeweiligen Entscheidungsträger von der Sinnhaftigkeit und dem wehrwirtschaftlichen Nutzen dieses Projektes zu überzeugen. Ohne staatliche Unterstützung war eine Realisierung des Bauprojektes in Kriegszeiten aussichtlos. Als erstes fanden daher Gespräche mit dem Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung statt, der das Projekt genehmigte und in die entsprechenden Ranglisten eingliederte. Allerdings wurde die Erweiterung der Chlorelektrolyse in Mückenberg laut Aussage der Geschäftsleitung in die Bauranglisten leider „recht ungünstig eingestuft".[1700] Hauptargument scheint die Einfachheit bzw. kostengünstige und baustoffarme Ausführungsoption des Ausbaus gewesen zu sein, da das Unternehmen bereits bei der Errichtung der Chlorfabrik die allgemeinen und Versorgungs-Anlagen auf eine Erweiterung der Kapazitäten hin konzipiert hatte.[1701] Aus Sicht des Generalbevollmächtigten waren vergleichsweise wenig Mittel dafür nötig. In einer späteren Rangliste, dem „Gesamtverzeichnis der Programmbauten des GebeChem" Stand vom 1. August 1944, erscheint das Vorhaben im Bereich der Rüstungsinspektion XIb unter der Kategorie „Stufe I". Wie die meisten Bauprojekte der Rangliste lief auch das Mückenberger unter der Hauptbedarfsträgergruppe „Ch", die Kennziffer für den Bereich des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, was sich an der alten

[1698] Vgl. HUW 35 F 14, Schreiben Direktion München an Burghausen Abteilung D und Ferrowerk, 12. Januar 1942.

[1699] Für eine Chloranlage dieser Größenordnung mit einer Kapazität von 500 Monatstonnen und einem Eigenkraftwerk, ohne Infrastrukturmaßnahmen und allgemeine Einrichtungen bzw. Sozialbauten, kalkulierte die Münchner Abteilung VIII insgesamt 4,3 Millionen Reichsmark, wobei knapp einer Million auf den Posten Dampferzeugung, gut 500.000 Reichsmark auf die Stromerzeugung und etwa 2,5 bis 2,6 Millionen auf die Chlorfabrik selbst entfielen (vgl. HUW 16 A 35, Überschlägige Kostenschätzung, 11. September 1942).

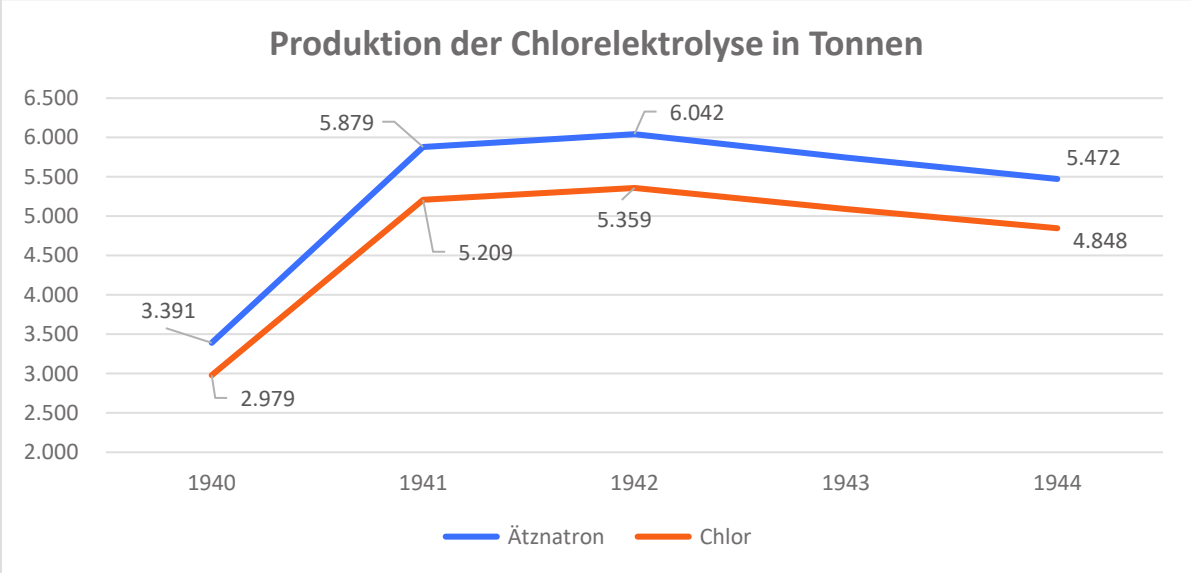
[1700] HUW 35 C 19, Niederschrift einer Besprechung mit Hess in Mückenberg, 20. Juni 1942.

[1701] Als Beleg für die Eigeninitiative und den Argumentationsgang der Geschäftsführung kann ein Schreiben des Unternehmens an das Reichsamt für Wirtschaftsausbau aus dem August 1941 gelten, in dem die Unternehmensleitung ihr Vorhaben wie folgt begründet: „Im Hinblick auf die gesteigerten Anforderungen an Chlor und Ätznatron erlauben wir uns Ihnen beifolgend einen Vorschlag für die Verdoppelung der Leistung unserer bestehenden Chlorelektrolyseanlage in Mückenberg/Niederlausitz zu unterbreiten. Das jetzt in Mückenberg vorhandene Gebäude ist seinerzeit so ausgelegt worden, daß ohne besondere baulichen Veränderungen die Erhöhung der Leistung auf die doppelte Chlor- und Ätznatronmenge möglich ist. Der größte Teil der Anlagen für Rohstoff-, Strom- und Fertigprodukttransport ist bereits vorhanden" (HUW 36 D 16, Schreiben der Wacker-Chemie an das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, 30. August 1941).

Dringlichkeitsbezeichnung „XIb Ch a 3018“ ablesen ließ.[1702] Gleichzeitig mit der Mückenberger Erweiterung wurden die Chlor-Kapazitäten an anderen Produktionsstätten, wie etwa in Zscherndorf oder Duisburg, vergrößert.[1703]

Laut dem Gesamtverzeichnis kostete der Ausbau in Mückenberg lediglich 263.000 Reichsmark. Auf welche Kostengruppe sich diese Angabe bezog ist fraglich, lagen die tatsächlichen Baukosten doch deutlich höher. In anderen Kalkulationen war die Rede von rund 2,3 Millionen, von denen der Großteil für Maschinen veranschlagt wurde. Den mit Abstand größten Posten stellte erwartungsgemäß die Errichtung der Bäderanlage dar. Für diesen Kostenpunkt wurde 1,2 Millionen Reichsmark berechnet. Ein hoher Kostenfaktor waren zudem die 25 Tonnen Quecksilber, die für die Amalgam-Anlage erforderlich waren. Das in dieser Höhe zu Kriegszeiten nicht leicht zu beschaffende Quecksilber, das ebenfalls kontingentiert war, sollte von der Agfa Berlin in Form von etwa 700 Flaschen zu einem Preis von 370.000 Reichsmark geliefert werden.[1704]

Abbildung 16: Entwicklung der Chlor- und Ätznatronproduktion in Mückenberg 1940-1944



Trotz der Erweiterung konnte nach 1941 keine nennenswerte Produktionssteigerung erzielt werden. Im Gegenteil nach 1942 sanken die Erzeugungszahlen laut technischen Berichten wieder ab und erreichten 1944 mit einer Jahresproduktion von unter 5.000 Tonnen ihren

[1702] Alternativ gab es die Optionen „E“ für das Reichsamt für Wirtschaftsausbau oder „C“ für Chemie (vgl. BArch R 3112/74, fol. 93).
[1703] Vgl. BArch R 3112/42, Anlage 4, zum Plan für die Eisenverteilung des GBChem I/1943, 18. Dezember 1942.
[1704] Vgl. HUW 36 D 16, Abteilung VIII, Unterteilung der Kosten für die Bäderanlage, 26. September 1941.

Tiefststand (vgl. Abbildung 16). Nach der Verdoppelung der Chloranlage war kein weiterer Ausbau am Standort vorgesehen.[1705]

Ein Hauptgrund für umfangreiche Reparaturmaßnahmen lag in der Chlorzellen-Gummierung. Diese musste, bestand sie aus Naturkautschuk,[1706] etwa alle sechs Jahre, bestand sie aus Buna, dem Synthesekautschuk der IG Farben, sogar alle zwei bis drei Jahre erneuert werden. Angesichts des zeitgleichen Ausbaus der deutschen Kapazitäten meldeten alle Chlorelektrolysen nahezu gleichzeitig Reparaturbedarf an. Die Neuverkleidung wurde jedoch nur von einer Firma, den Harzer Achsenwerken, ausgeführt, die aufgrund der zahlreichen Anfragen und vor allem wegen des eigenen Arbeitskräftemangels nicht mit der Erledigung der Aufträge nachkam. Infolge der noch ausstehenden Reparaturen belief sich die Fehlziffern an Chlor im Frühjahr 1944 bereits auf 1.200 Tonnen der deutschen Monatserzeugung.

3.5.3 Ätznatron

Ätznatron (NaOH) war in zahlreichen Branchen als Rohstoff oder Hilfsmittel erforderlich, es wurde allerdings primär in der Textilindustrie zur Erzeugung von Zellwolle (Spinnfasern) benötigt, zudem fand es Verwendung bei der Seifen- und Waschmittelfabrikation, in Färbereien sowie bei der Herstellung von Kunstseide und Soda bzw. Natriumcarbonat.[1707] Erzeugt wurde die Natronlauge in Chlorelektrolysen (z.B. durch die Wacker-Chemie oder die IG Farben in Bitterfeld, Schkopau und Gendorf) oder in sogenannten Kaustizier-Anlagen, von der die größte in Bernburg (Deutsche Solvay) stand.[1708] Gut zwei Drittel des Ätznatrons entstand durch Erzeugung in Chlorelektrolysen, knapp ein Drittel wurde mit Hilfe von Kaustizierung erzeugt.[1709]

Der Bedarf an Ätznatron hatte sich schon vor Kriegsbeginn im Zuge der Aufrüstung deutlich gesteigert. Zwischen den Jahren 1936 und 1940 machte er einen Sprung von über 100 Prozent. Im Jahre 1936 wandte sich daher das deutsche Soda-Syndikat als treibende Kraft an die Wacker-Chemie und teilte ihr die Erhöhung der Ätznatron-Lieferquote mit. Um dieser Aufforderung nachzukommen, musste die Chlorelektrolyse um fünf weitere Zellen erweitert

[1705] Vgl. BArch R 3/352, Planungsunterlagen Chlor der Amtsgruppe Chemie, 18. November 1944 mit Angaben zum Langfristigen-Soll und Wunschprogramm.
[1706] Dieser wurde noch in der Vierjahresplanphase verwandt (vgl. BArch R 13-XII/201, Schreiben Vorländers an den Leiter des Produktionsausschusses Herrn Ungewitter, 6. März 1944).
[1707] Vgl. HUW 1 D 15, Chronik Hohenleitner, S. 78 und HUW 4 E 29, Wacker-Büchl, S. 31.
[1708] Vgl. BArch R 8-VIII/115, Meldungen über Produktion und Lagerbestand Ätznatron, 20. Juli 1944.
[1709] Im Mai und Juni 1944 lag das Verhältnis bei gut 47.000 Tonnen zu knapp 21.000 Tonnen.

werden.[1710] Zwei Jahre später wurde die Lieferquote der Wacker-Chemie bereits auf 830 Monatstonnen festgesetzt, was einer Jahreserzeugung von rund 9.950 Tonnen Ätznatron entsprach. Damit lag die geforderte Liefermenge der Wacker-Chemie deutlich über der tatsächlichen Herstellungsmenge, die zu diesem Zeitpunkt knapp 700 Monatstonnen betrug.[1711] Um die gewünschten Zahlen zu erreichen, stand bei der Wacker-Chemie folglich eine bauliche Erweiterung der Chlorelektrolyse an, die erneut am Standort Mückenberg durchgeführt werden sollte.[1712] Noch innerhalb der Projektierungsphase des E-Werkes wurde mit einer Ätznatron-Erzeugung von 15 Tonnen täglich gerechnet.[1713] Während zu Beginn der Chlor-Produktion verdünnte Lauge von Mückenberg nach Burghausen versandt wurde, stellte Johannes Hess diese Lieferungen kurze Zeit später aufgrund der hohen Frachtkosten wieder ein.[1714] Anders als die IG Farben, die 65 Prozent ihrer eigenen Produktion für die unternehmensinterne Weiterverarbeitung zu Zellwolle, organischen Zwischenprodukten, Farbstoffen und Cyannatrium verbrauchte, ging die Mückenberger Ätznatron-Produktion komplett in den Versand. Der Absatz des nicht zum Eigenverbrauch der Industrie bestimmten Ätznatrons wurde durch das Syndikat Deutscher Ätznatronfabriken organisiert, in dem die Deutsche Solvay maßgebend war.[1715] In der Folgezeit gingen die in Mückenberg erzeugten rund 500 Monatstonnen Ätznatron (in Form von 50 prozentiger Lauge) ausschließlich an die Zellwollindustrie. Zum Kreis der Großabnehmer des Mückenberger Ätznatrons zählte die Schlesische Zellwolle AG in Hirschberg[1716] sowie die Zellwolle AG in Plauen.[1717] Durch den weiteren Ausbau der Chlorelektrolyse verdoppelte sich die Kapazität bis zum Frühjahr 1942 und erreichte ihr Maximum, das – zumindest theoretisch – bei 1.000 Monatstonnen lag. Dieser

[1710] Nachdem die Quote zunächst auf 2.875 Tonnen erhöht wurde, von denen die Wacker-Chemie 2.500 Tonnen liefern wollte, folgte binnen kurzer Zeit eine zweite Steigerung der gewünschten Menge auf 4.000 Tonnen Ätznatron. Das Unternehmen gab daraufhin fünf weitere Amalgam-Zellen bei der IG Farben in Auftrag und bestätigte damit die geforderte Menge in Zellwollqualität liefern zu können (vgl. HUW 4 C 25, Schreiben Hess an Hermann in Höchst, 22. Juli 1936).

[1711] Vgl. HUW 6 F 3, Bericht der Abteilung VI, 24. September 1937.

[1712] Hierauf drängte auch das Syndikat deutscher Ätznatronfabriken, das sich im Oktober 1938 mit folgenden eindringlichen Worten an die Wacker-Chemie wandte: „Wir möchten Ihnen im Hinblick auf diese Lage die dringliche Notwendigkeit vor Augen führen, die Erzeugungsmöglichkeiten von Ätznatron bis zum Äussersten auszunutzen und, soweit Erweiterungen vorgesehen sind, deren Fertigstellung mit allen Mitteln vorwärts zu treiben, damit wir die an uns gestellten Anforderungen auch restlos zu erfüllen in der Lage sind. Es darf höheren Ortes nicht etwa der Eindruck entstehen, dass unsere Industrie den an sie gestellten Ansprüchen nicht gerecht werden kann“ (HUW 4 C 23, Brief der Geschäftsleitung an die Gesellschafter, 25. Oktober 1938).

[1713] Vgl. HUW 35 E 1, Schriftvermerk Abteilung VIII, 27. Oktober 1937.

[1714] Vgl. HUW 6 E 9, Niederschrift 45 über eine Besprechung mit Hess, 15. Mai 1940.

[1715] Vgl. BArch R 8-VIII/116, Die Industrie der Alkalielektrolysen, 12. November 1941.

[1716] Im Jahr 1943 schließlich einziger Abnehmer des Mückenberger Ätznatrons (vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1943, S. 55).

[1717] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1941, S. 60 und Technischer Bericht für das Jahr 1942, S. 60.

Wert war jedoch nur unter guten Bedingungen zu erreichen, im Kriegsalltag konnte er so nie dauerhaft erzielt werden (vgl. Abbildung 16).[1718]

Insgesamt standen den deutschen Verbrauchern in den Jahren 1943 und 1944 im Durchschnitt rund 59.000 Monatstonnen zur Verfügung.[1719] Ihren Höhepunkt hatte die deutsche Ätznatron-Erzeugung bereits im Jahre 1942 mit einer Gesamtproduktion von 760.000 Tonnen erreicht, nachdem für Ende 1941/Anfang 1942 bereits ein Produktionsplus von 46.000 Jahrestonnen aus den Anlagen Bernburg und Nestomitz erwartet wurde.[1720] Davon fabrizierten die IG Farben Werke entsprechend der Höhe ihrer Chlor-Produktion die größte Ätznatronmenge. Im Jahr 1943 führte der IG Farben-Standort Bitterfeld (rund 60.000 Jahrestonnen) die Liste der größten Ätznatron-Produzenten an, gefolgt von den IG Farbenwerken in Schkopau (knapp 50.000 Jahrestonnen), Gendorf (rund 47.000 Jahrestonnen) und Leverkusen (rund 43.000 Jahrestonnen). Bei Ätznatron ergab sich als Ergebnis der Elektrolyse zwangsläufig eine ähnliche Position wie für Chlor: Burghausen erzeugte rund 16.000 Jahrestonnen, Mückenberg knapp 6.000 Jahrestonnen.[1721] Im Geschäftsjahr 1943 stellte die E-Anlage Mückenberg auf diese Weise immerhin gut drei Prozent der Gesamterzeugung des Deutschen Reiches her, die 1943 bei 707.972 Tonnen Ätznatron lag.[1722] Damit zählten die zwei Standorte der Wacker-Chemie, was ihre Ätznatron-Erzeugung betraf, nicht zum Spitzenfeld. Ihre Produktion war zwar wichtig, aber nicht ausschlaggebend für die Versorgung der deutschen Industrie.

In welche Sparten dieses Ätznatron innerhalb der Kriegswirtschaft floss, zeigen zwei Beispiele aus den Jahren 1942 und 1945, bei denen es sich um Aufstellungen der Wirtschaftsgruppe Chemie (vgl. Tabelle 51)[1723] sowie der Reichsstelle Chemie (vgl. Tabelle 52)[1724] handelt. Hauptabnehmer waren mit 49 (1942) bzw. 43 Prozent (1945) erwartungsgemäß die Sektoren Kunstseide sowie die Zellwolle-Produktion,[1725] zu deren Lieferanten die Wacker-Werke Mückenberg zählten. Beide Verbrauchergruppen benötigten

[1718] Vgl. BArch R 8-VIII/17, Vermerk der Reichsstelle Chemie über die in Mückenberg durchgeführte Betriebsbesichtigung am 23. April 1942.
[1719] Vgl. BArch R 8-VIII/115, Planungsunterlagen der Reichsstelle Chemie, ohne Datum.
[1720] Dies entsprach 1942 einem Monatsdurchschnitt von gut 63.000 Tonnen Ätznatron. Im Jahr zuvor war man lediglich auf eine Produktion von 630.000 Jahrestonnen bzw. einer Monatserzeugung von 52.500 Tonnen gekommen (vgl. BArch R 3112/66, Chemischer Erzeugungsplan Stand Januar 1942, ohne Datum, fol. 6 und BArch R 3112/93 Planungen des 2. Vierjahresplans, ohne Datum, fol. 28).
[1721] Vgl. BArch R 8-VIII/115, Ätznatron – Erzeugung 1943 und voraussichtliche Erzeugung 1944, Abt. Zander, ohne Datum.
[1722] Vgl. BArch R 8-VIII/23, Speziallisten der Reichsstelle Chemie für schutzbedürftige W-Betriebe vom 11. Juni 1943, S. 2.
[1723] BArch R 13-XII/175, Ätznatron Verbrauchsaufgliederung 1942 vom 29. Juni 1943.
[1724] BArch R 8-VIII/115, Planungsunterlagen der Reichsstelle Chemie, ohne Datum.
[1725] Der Bereich selbst lag 1942 bei einer Jahreserzeugung von 394.800 Tonnen (vgl. BArch R 3112/66, Chemischer Erzeugungsplan Stand Januar 1942, fol. 6).

eine sehr hohe bzw. sehr reine Ätznatronqualität von mindestens 98 Prozent, die nur von moderneren Anlagen erreicht werden konnte, die wie die Mückenberger Chlorelektrolyse mit einem Quecksilberverfahren arbeiteten.[1726]

Verbrauchergruppe	**1942**
Zellwolle und Kunstseide	351.484 t
sonstige chemische Industrie	145.397 t
Ausfuhr	46.331 t
Handel sonst. Industrie	43.836 t
Seifen und Waschmittel	40.415 t
Zellstoff und Papier	24.312 t
Treibstoff	16.195 t
Eigenverbrauch für Sole und Wasserreinigung	12.306 t
sonstige Textilindustrie	10.915 t
Aluminium	9.362 t
Lieferungen i. d. Protektorat	5.702 t
Phosphate	5.217 t
Pharmazeutische Industrie	4.455 t
Sonstige Metallindustrie	3.374 t
Lebensmittelindustrie	3.061 t
Ostland	924 t
Mineralfarben	910 t
Sprengstoff	436 t

Tabelle 51: Staatliche Ätznatron-Verteilung nach Bedarfsgruppen 1942

Der Bereich „sonstige Chemie“ wurde nicht genauer definiert, bezieht sich allerdings vermutlich auf die Erzeugung chemischer Produkte, bei denen das Ätznatron als Zwischenprodukt in den weiteren Erzeugungsgang einfloss. Auch bei der Sprengstoff- und Pulver-Erzeugung spielte Ätznatron eine gewisse Rolle, allerdings wurden von dieser Branche nur geringe Mengen benötigt. Der Export von Ätznatron spielte keine merkliche Rolle, sein Wert sank von knapp 8 Prozent im Jahr 1939 auf fünf Prozent im Folgejahr.[1727] Die im Deutschen Reich erzeugte Menge Ätznatron blieb jedoch wie die Chlor-Produktion weit hinter dem jeweiligen Plan-Soll zurück. Bei Chlor-Engpässen, wie etwa im Winter 1944, wurde anderen Bedarfsträgern der Vorzug gegeben, so rangierte dann die Soda-Produktion

[1726] Vgl. BArch R 8-VIII/116, Die Industrie der Alkalielektrolysen, 12. November 1941.
[1727] Vgl. ebd.

deutlich vor der Ätznatronerzeugung, was zeitnah zu einem deutlichen Absinken der Ätznatronmengen führte.[1728]

Verbrauchergruppe	Erstes Halbjahr 1945
Kunstseide und Zellwolle	180.000 t
Sonstige Chemie	162.500 t
nicht eindeutig zuzuordnen	30.000 t
Papier- und Zellwolle	15.000 t
Mineralöl	15.000 t
Pulver- und Sprengstoffe	8.400 t
Textilwaren	3.600 t
Lebensmittel	1.500 t

Tabelle 52: Staatliche Ätznatron-Verteilung nach Bedarfsgruppen 1945

Die Wichtigkeit der Ätznatron-Produktion für die Kriegsindustrie spiegelte sich nichtsdestotrotz in der Anerkennung dieses Produktionszweiges als kriegsentscheidend wider.[1729]

3.5.4 Chlorkohlenwasserstoffe

Die Reaktion des gasförmigen Chlors mit dem ebenfalls gasförmigen Acetylen führt zu Tetrachlorethan,[1730] dem Ausgangstoff für die anschließende Weiterverarbeitung auf die Folgeprodukte Tri-, Tetra- oder Perchlorethylen[1731] (Tri und Per). Zu den im Herstellungsprozess benötigten Roh- Hilfs- und Betriebsstoffen zählten unter anderem feuchtes Acetylen, Ätzkalk, getrocknetes Chlor, Dampf, Wasser und Strom. Das gesamte in der Mückenberger Chlorelektrolyse produzierte Chlor wurde wie bereits erwähnt vor Ort für die Erzeugung der Chlorkohlenwasserstoffe benötigt. Die Chlorkohlenwasserstoff-Produktion, die zunächst als Notlösung zur Verarbeitung des überschüssigen Chlors gedacht war, entwickelte sich ab Mitte der 1930er Jahre zu einem Produktionsbereich mit großem Umsatzwachstum. Der Aufschwung dieser Sparte war der von den nationalsozialistischen

[1728] Die Erzeugung lag beispielsweise im Dezember 1944 beispielsweise bei 47.600 Tonnen, während das Plan-Soll 75.500 Monatstonnen vorsah (vgl. BArch R 3/1890, Wochenberichte des Rohstoff- und Planungsamts der Amtsgruppe Chemie, Woche 24. bis 30. November 1944, fol. 12).

[1729] Diese Einstufung des Wacker-Ätznatrons erfolgte durch die Reichsstelle für Seide, Kunsteide und Zellwolle auf Weisung des Reichswirtschaftsministeriums im Sommer 1941 (vgl. HUW 8 C 46, Bestätigung des Reichsbeauftragten für Seide, Kunstseide und Zellwolle über die Einstufung der Wacker-Zellwolle-Produktion als kriegsentscheidend, 17. Juni 1941).

[1730] Die entsprechende Summenformel lautet C2H2Cl4.

[1731] Aus 100 Tonnen Tetra konnten etwa 94 Tonnen Per erzeugt werden (vgl. HUW 35 F 14, Aktennotiz zur Tri-Anlage, 1. April 1940).

Bewirtschaftungsbehörden geförderten Umstellung von Reinigungsbenzin auf die nicht brennbaren Chlorkohlenwasserstoffe, insbesondere auf Tri und Per, geschuldet. Die Wacker-Chemie hatte zuvor bereits jahrelang bei potentiellen Abnehmern und den entsprechenden Behörden und Gremien für diese Ersatzstoffe geworben und sich entsprechend um den Einsatz der Wacker-Chlorkohlenwasserstoffprodukte bemüht.[1732]

Chlorkohlenwasserstoffe wurden im Consortium der ELH-Gruppe bzw. der Wacker-Chemie bereits ab 1905 erprobt. Allerdings konnten Tri und Per anfänglich nur im diskontinuierlichen Betrieb hergestellt werden, erst Ende 1931 nahm eine kontinuierliche Umsetzungskolonne ihre Arbeit auf.[1733] Ende des Geschäftsjahrs 1934 lag der deutsche Tri-Bedarf nach Schätzung der Verkaufsabteilung bei etwa 900 Tonnen pro Monat, wovon die Wacker-Chemie einen Anteil von 600 Tonnen lieferte.[1734] Tri und Per wurden zunächst vor allem an Wäschereien und Textilreinigungen verkauft. Die Wacker-Chemie produzierte jedoch nicht nur die Chlorkohlenwasserstoffe, sondern auch die zu ihrer Anwendung benötigten Reinigungsapparate. In der Werkstatt des Burghausener Werkes entstanden Maschinen und Apparate wie Tri-Waschmaschinen, Tauchmetallreiniger, Metallentfettungs- und Putztuchreinigungsanlagen. Diese Geräte wurden zwar nicht am Standort Mückenberg erzeugt, aber gemeinsam mit den dort erzeugten Chlorkohlenwasserstoffen von den Verkaufsstellen und Vertretern beworben und vertrieben. Während der europäische Chlorkohlenwasserstoffmarkt zunächst von einer Überproduktion und heftigen Konkurrenzkämpfen geprägt war, meldete die Verlaufsabteilung der Wacker-Chemie 1938 plötzlich eine derart hohe Nachfrage, dass die Werkstätten mit der Waschmaschinen-Produktion nicht mehr nachkamen. Vertreter der Wacker-Chemie hatten deutschlandweit jahrelang unzählige Reinigungsfirmen bereist und intensive Gespräche mit den Einkäufern der meist kleinen bis mittelgroßen Betriebe geführt. Nun konnten die dadurch gewonnenen Aufträge nicht mehr unternehmensintern abgearbeitet werden, so dass in Zukunft mit Maschinen-Fabriken zusammengearbeitet werden sollte.[1735] Bei den Reinigungs- oder (Metall-)Entfettungsmitteln stand die Wacker-Chemie, ähnlich wie auf dem Lösungsmittel-

[1732] Für das Geschäftsjahr 1938 schätzte man den Absatz von „Wacker-Tri“ auf immerhin 17.000 Tonnen (vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk für Hiller, 29. Januar 1938).
[1733] Vgl. HUW 4 C 21, Umsetzung Tetrachloräthan zu Trichloräthylen, ohne Datum.
[1734] Vgl. HUW 6 F 3, Mitteilung Nr. 1930 Abteilung VI an Hess vom 24. September 1934.
[1735] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 27. September 1938, S. 7.

Sektor, in direkter Konkurrenz zur IG Farben, die unter anderem mit ihrem Produkt Asordin um die gleiche Verbrauchergruppe warb.[1736]

Die Mückenberger „Trifabrik“

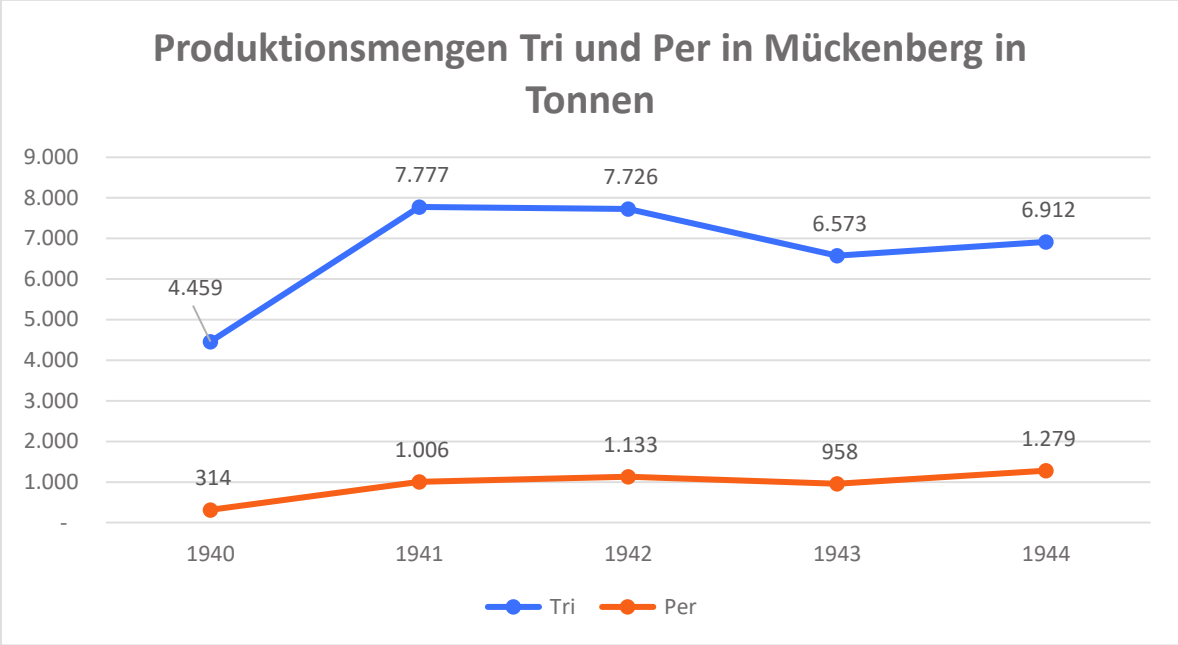
Was den Ausbau der Chlorkohlenwasserstoffe in Mückenberg betrifft, so beabsichtigte die Unternehmensleitung dort zunächst nur ein Zwischenlager zu errichten. Aufgrund der günstigen Lage sollte am Standort Burghausen produziertes Trichlorethylen zur Frachtkostenersparnis in der Niederlausitz gelagert und von dort aus an die Kunden in Mittel- und Norddeutschland ausgeliefert werden.[1737] Angedacht war die Lagerung von etwa 1.000 Tri-Fässern à 200 Litern.[1738] Offensichtlich wurde jedoch bereits 1936 eine am Standort Burghausen ausrangierte Kolonne mit einer Tagesleistung von 20 Tagestonnen nach Mückenberg gebracht, diese dort aber zunächst nicht in Betrieb genommen.[1739] Mit der Entscheidung, im Ferrowerk eine weitere Chlorproduktion hochzuziehen, änderte sich die Ausgangssituation grundlegend, nun erschien es aus betriebswirtschaftlicher Sicht im Sinne der Verbundwirtschaft zwingend notwendig, der Mückenberger Chlorelektrolyse einen Chlorkohlenwasserstoff-Betriebsteil nachzuordnen. Bis zum Sommer 1939 drängte die Geschäftsleitung daher darauf, den Produktionsbeginn der Tetra-Tri-Anlage in Mückenberg „möglichst zu beschleunigen.“[1740] Während die Tri-Produktion ebenfalls als Teil des Ferrowerkes in unmittelbarer Nähe zur Chlorfabrik, von der sie ihre Rohstoffe bezog, Platz gefunden hatte, beschloss die Geschäftsleitung eine andere Chlorkohlenwasserstoff-Produktion, die Per-Erzeugung, zunächst in Burghausen zu belassen.[1741]

In sogenannten Tetra-Tri-Umsetzungskolonnen wurde das „Roh-Tri“ produziert, das im nächsten Fertigungsschritt destilliert werden musste. Auf diese Weise konnten bei guten Produktionsbedingungen aus rund 1.000 Tonnen Tetra schließlich 750 Tonnen Tri erzeugt werden.[1742] Die Tetra-Anlage in Mückenberg ging Anfang 1940 in Betrieb. Im ersten Jahr nach der Inbetriebnahme konnten rund 450 Tonnen Tri monatlich hergestellt werden. Ziel war

[1736] So beispielsweise bei der Berlin-Suhler Waffen- und Fahrzeugwerke Simson & Co., einem potentiellen Großkunden, mit dem beide Unternehmen zähe Verhandlungen führten. Auch bei der Reichsbahn schien die IG Farben versucht zu haben, Asordin statt Tri einzuführen (vgl. etwa HUW 6 F 3, Reisebericht Dorbert Nr. 1947, 7. April 1936).
[1737] Für die hierfür nötigen Lagerkapazitäten wurde ein Gesellschafterkredit in Höhe von 40.000 Reichsmark genehmigt (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 29. Dezember 1936, S. 12).
[1738] Vgl. HUW 39 A 7-11, Abteilung VI an Abteilung VIII, 1. Dezember 1936.
[1739] Vgl. HUW 4 C 21, Umsetzung Tetrachloräthan zu Trichloräthylen, ohne Datum.
[1740] HUW 39 A 7-13, Niederschrift Nr. 128 über eine Besprechung in Mückenberg, 13. Juli 1939.
[1741] Vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 31. Oktober 1939, S. 14.
[1742] Berücksichtigt man bei dieser Reaktion die Molekulargewichte (168 g/mol für Tetra und 131,5 g/mol für Tri) bedeutet dies eine sehr hohe Ausbeute von 95,8 Prozent.

es, mittelfristig in der sogenannten Tri-Fabrik insgesamt sechs Tetra-Systeme aufzustellen, deren Produktionsvolumen im kontinuierlichen Betrieb bei 750 Monatstonnen Tri bzw. einer Tagesleistung von 35 Tonnen Tetra lag (vgl. Abbildung 17). In der Regel waren jedoch nicht alle Systeme dauerhaft in Betrieb, meist fanden nur vier Tetra-Systeme zeitgleich Verwendung, was die Produktionszahlen wieder etwas absenkte.

Abbildung 17: Chlorkohlenwasserstoff-Produktion Mückenberg 1940-1944



Der Chlorkohlenwasserstoff-Betriebsteil wuchs aufgrund der dauerhaft hohen Nachfrage stetig weiter, so wurde noch 1940 ein weiteres, gebrauchtes Tetra-System aus Burghausen nach Mückenberg verlagert. Ende 1940 erreichte die Anlage schließlich mit 1.100 Monatstonnen Tetra und 825 Monatstonnen Tri einen kurzfristigen Höhepunkt, bevor Chlormangel und Transportschwierigkeiten die Produktionsmenge wieder absinken ließen. Die Produktion blieb daher deutlich hinter ihren Möglichkeiten zurück und pendelte sich erst im Folgejahr auf einem höheren Niveau ein (vgl. Abbildung 17).[1743] Im Vergleich dazu lag die Monatserzeugung des oberbayerischen Stammwerkes Ende 1940 mit maximal 2.300 Tonnen Tetra und 1.720 Tonnen Tri deutlich über dem Produktionsdurchschnitt der Mückenberger E-Anlage.[1744] Genügte die Eigenchlorerzeugung nicht, wurde zur Herstellung der Chlorkohlenwasserstoffe weiterhin Flüssigchlor hinzugekauft.[1745] Im Geschäftsjahr 1941 waren es immerhin knapp 5.000 Tonnen Chlor, also beinahe die gleiche Menge wie die

[1743] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1940, S. 50.
[1744] Vgl. HUW 36 E 7-c, Aktennotiz Chlorkohlenwasserstoffe, 8. Oktober 1940.
[1745] Vgl. die Technischen Berichte des Unternehmens unter HUW 27 A 8 und 27 A 9.

Jahreserzeugung der Mückenberger Chlorelektrolyse selbst, die eingekauft werden mussten. Als Hauptlieferanten fungierten die IG Farben sowie die Kali-Chemie in Bitterfeld.[1746]

Ab den Jahren 1938/1939 wirkte sich die politische Situation, vor allem jedoch der Anschluss Böhmen und Mährens an das Deutsche Reich, positiv auf den Absatz der Chlorkohlenwasserstoffe aus. So fanden im Frühjahr 1939 Besprechungen zwischen der Wacker-Chemie, der IG Farben, der Firma Heyden und den Chemischen Werken Aussig über den Tri-Absatz in der Tschechoslowakei und dem Sudetengau statt.[1747] Scheinbar waren von den Verbrauchern mittlerweile derart große Mengen angefordert worden, dass man neben der Errichtung des E-Werkes in Mückenberg und dem Ausbau der Kapazitäten in Bitterfeld[1748] und Schkopau[1749] auch das Werk in Aussig zur Produktion von Chlorkohlenwasserstoffen bewegen wollte. Die Verhandlungen mündeten in einem am 7. März 1939 geschlossenem Vertrag, der in Aussig künftig tatsächlich eine Produktion von 50 Tonnen monatlich vorsah. Über die „Unterbringung der Tri-Produktion“ fanden zeitgleich Planungsgespräche zwischen der IG Farben und der Wacker-Chemie statt. So entwarf man gemeinsam einen Erzeugungsplan für das Jahr 1939. Zu den Herstellern von Chlorkohlenwasserstoffen zählten nun die IG Farben, die Wacker-Chemie, Aussig und die Kali-Chemie. Eine kleinere Rolle spielte zudem der Import aus Italien. Von dort wurden rund 35 Tonnen monatlich nach Deutschland eingeführt.[1750]

Die Wacker-Chemie rechnete damit, dass die Nachfrage noch weiter ansteige, nachdem der Absatz von Tri und Per schon 1938 etwa 20.000 Tonnen, also rund 1.700 Tonnen monatlich, betragen hatte. Die Erzeuger rechneten mit einem Zuwachs von rund 20 Prozent für 1939 und zusätzliche 20 Prozent für das Jahr 1940. Insgesamt verteilte sich die Herstellungsmenge 1939 auf die Anbieter wie folgt: 2.000 Tonnen monatlich von der Wacker-Chemie (Burghausen und Mückenberg), 1.400 Tonnen von den IG Farben (Rheinfelden und Bitterfeld), 100 Tonnen aus Neu-Stassfurt und 50 bzw. 20 Tonnen Aussig.[1751] Darüber hinaus griffen auch in dieser

[1746] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht für das Jahr 1941, S. 61.
[1747] Vgl. HUW 6 F 4, Schriftvermerk über die Besprechung mit den Chemischen Werken Aussig, 7. März 1939.
[1748] Geplante Steigerung im zweiten Halbjahr 1940 für Bitterfeld um 350 Monatstonnen.
[1749] Am IG Farben Standort Schkopau begann die Tri-Produktion im September 1941 mit 100 Monatstonnen, die schließlich auf 300 Tonnen gesteigert werden sollte (vgl. HUW 4 B 26, Schreiben Ambros an Hess, 21. Juni 1941).
[1750] HUW 6 F 4, Überlegungen mit den Herren Direktoren Horstmann und Borgwardt der I.G. Farbenindustrie AG über die Unterbringung der Tri-Produktion, 9. März 1939.
[1751] HUW 39 A 7-13, Niederschrift über eine Besprechung zwischen der IG Farben und der Wacker-Chemie, 23. Februar 1939 und HUW 6 F 4, Überlegungen mit den Herren Direktoren Horstmann und Borgwardt der I.G. Farbenindustrie AG über die Unterbringung der Tri-Produktion, 9. März 1939. Daraus geht hervor, dass der Anteil Aussigs von ursprünglich 50 auf 20 Monatstonnen reduziert wurde.

Sparte Liefer- und Quotenvereinbarungen zwischen der Wacker-Chemie und den IG Farben. Die Rede war von einem Verhältnis von 600 zu 1000.[1752] Wie in vielen Sparten, in denen sowohl die Wacker-Chemie als auch die IG Farben als Erzeuger in Erscheinung traten, verschwammen auch im Chlorkohlenwasserstoff-Bereich die Grenzen zwischen Marktabsprache, gemeinsamem Agieren gegenüber Dritten und Konkurrenz.

Mit Kriegsbeginn veränderte sich die Absatzsituation für Tri- und Perchlorethylen noch einmal dahingehend, dass die französische Konkurrenz ihren Absatz in einigen Staaten, wie etwa dem Baltikum oder Skandinavien, vollkommen aufgab und zudem in anderen Ländern deutliche Absatzeinbußen verzeichnen musste. Infolgedessen verdoppelte sich der Export der Wacker-Produkte in die „neutralen Länder Europas".[1753] Es ist anzunehmen, dass diese günstige Entwicklung auch den weiteren Ausbau der Chlorkohlenwasserstoff-Produktion am Standort Mückenberg positiv beeinflusste. Dort entstand nun doch eine kleine Per-Produktion. Im Jahr 1940 war bereits die Rede vom „weiteren Ausbau der Per-Anlage Mückenberg" gewesen, die im Jahr 1941 schließlich dank zwei Rührkesseln und einer zusätzlichen Kolonne aus Burghausen mit einer Leistung von immerhin 100 Monatstonnen in Betrieb gesetzt werden konnte (vgl. den Anstieg der Produktionszahlen in Abbildung 17). Hinzu kamen die Versuche, einen weiteren Chlorkohlenwasserstoff, das Penta, im kontinuierlichen Betrieb herzustellen. Die Tri-Kolonne stammte aus dem Burghausener Stammwerk, ebenso wie die Apparate der Per-Produktion oder Teile der Tetra-Systeme. Damit wurde angesichts der kriegsbedingten Bezugsschwierigkeiten vermieden, eine neue Anlage zu bestellen oder lange Wartezeiten bei Baumaterialzuteilungen in Kauf zu nehmen.[1754] Jedoch wurden alleine für den Anschluss eines Tetra-Systems dennoch mindestens 3.500 Kilogramm Eisen benötigt, die man sich von den entsprechenden Stellen genehmigen und zuteilen ließ.[1755] Offensichtlich bestand auch von Seiten der Bewirtschaftungsstellen großes Interesse an Chlorkohlenwasserstoffen, denn die deutsche Herstellungsmenge sollte im Rahmen des „Wehrwirtschaftlich neuen Erzeugungsplanes" durch die Inbetriebnahme einer weiteren IG

[1752] HUW 6 F 4, Überlegungen mit den Herren Direktoren Horstmann und Borgwardt der I.G. Farbenindustrie AG über die Unterbringung der Tri-Produktion, 9. März 1939.
[1753] Die Rede war von 510 statt 225 Tonnen für September/Oktober 1939 (vgl. HUW 7 B 2, Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 31. Oktober 1939, S. 6).
[1754] Bereits bei der Ersteinrichtung der E-Anlage 1938 wurde die für Mückenberg bestellte Kolonne nach Burghausen geliefert, im Gegenzug sollte die „kleine Burghausener Kolonne" nach Mückenberg versandt werden (vgl. HUW 39 A 7-12, Niederschrift Nr. 17 über eine Besprechung mit Hess, 9. Februar 1938).
[1755] Für den Ausbau der Chlorkohlenwasserstoffe waren dies die Organisation des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung oder das Reichsamt für Wirtschaftsausbau (vgl. HUW 36 E 7-c, Aktennotiz Chlorkohlenwasserstoffe, 8. Oktober 1940).

Farben-Anlage in Rheinfelden noch einmal deutlich gesteigert und um 3.000 Jahrestonnen erhöht werden.[1756]

Trotz der zunächst günstigen Export-Optionen[1757] blieb der Markt für Lösungsmittel und Benzinersatzstoffe weiterhin umkämpft. Nicht einmal zehn Monate vor Kriegsbeginn analysierte die Verkaufsabteilung der Wacker-Chemie den deutschen Markt für Tri- und Perawin-Waschmaschinen, der auf das engste mit einer Absatzsteigerung der eigenen Chlorkohlenwasserstoffe verbunden war, wie folgt: es gäbe 1.700 chemische (Groß-)Reinigungen und 900 Großwäschereien, zusammen etwa 2.600 Firmen, die für Anlagen zur Reinigung mit Chlorkohlenwasserstoffen in Frage kommen. Von diesen Betrieben waren 250 Firmen bereits Abnehmer des Wacker-Tri oder Perawins, 93 Firmen verwendeten hingegen das IG Farben-Konkurrenzprodukt, so dass gemäß der unternehmensinternen Schätzung noch etwa 1.530 Betriebe für die Umstellung auf unbrennbare Lösungsmittel zu gewinnen waren. Dies entsprach etwa einer Absatzmöglichkeit von 2.200 Maschinen. Allerdings sah man darüber hinaus noch Potential, denn die Reinigung von „Uniformen des Heeres, des Arbeitsdienstes und der Reichsbahn, die Lederbekleidung von motorisierten Truppen und der Kriegsmarine“ sowie die der „Industrietextilien, wie Arbeiterschutzanzüge, Putztücher usw.“ waren in diesen Überlegungen noch nicht berücksichtigt worden. Auch in diesen Bereichen rechnete die Wacker-Chemie mit steigenden Umsatzzahlen für Reinigungsmaschinen und Chlorkohlenwasserstoffe.[1758] Wie sehr sich die getroffene positive Prognose gerade in Hinblick auf die zuletzt genannten, noch nicht berücksichtigten militärischen und industriellen Großverbraucher nach Kriegsbeginn bewahrheiteten, zeigen die späteren Absatzzahlen und Kundenlisten der Wacker-Chemie im nächsten Kapitel.

Chlorkohlenwasserstoffe in der Kriegswirtschaft

Gestaltete sich der Absatz von Chlorkohlenwasserstoffen vor Kriegsbeginn noch schwierig für die Wacker-Chemie, so profitierte sie nach 1939 umso mehr von diesen Ersatzstoffen, die spätestens ab 1943 selbst zur Mangelware wurden.

[1756] BArch R 3112/93, Planungen des 2. Vierjahresplans, ohne Datum, fol. 26.
[1757] Für den Tri-Absatz der Wacker-Chemie spielte das Ausland stets eine große Rolle, so stand das Unternehmen in den Jahren 1938 und 1939 beispielsweise an der Spitze der Trichlorethylen-Importeure in die Niederlande. In Konkurrenz zu den Firmen Solvay und Pechiney exportierte die Wacker-Chemie 1938 alleine 263 der insgesamt eingeführten 549 Tonnen Tri. Auch in Skandinavien versuchte der Vertrieb die Wacker-Lösungsmittel verstärkt am Markt zu platzieren (vgl. HUW 6 F 5, Trichloräthylen-Lieferungen nach Holland, ohne Datum und HUW 6 F 3, Reisebericht Dorbert, 7. Februar 1939).
[1758] HUW 6 F 3, Schriftvermerk Dorberts für Oberingenieur Wolff, 22. Dezember 1938.

Direkt nach Kriegsbeginn fanden Verhandlungen der Wacker-Chemie mit Vertretern der Reichsstelle Chemie, vertreten durch Dr. Pillau und Dr. Radhausen, sowie mit dem Oberkommando der Wehrmacht, vertreten durch Dr. Holl, bezüglich neuer Lieferbedingungen für Tri und Per statt. Die Chlorkohlenwasserstoffe sollten nun flächendeckend zur Uniformreinigung eingesetzt werden. Außerdem wurden sie im großen Maßstab zu Entfettungszwecken in der Rüstungsindustrie und der Munitionsproduktion benötigt, was das rege Interesse des Militärs an diesen Produkten begründete. Auch hier sollten nun Dringlichkeitsbescheinigungen zur Hierarchisierung der Bedarfsträger eingeführt werden. Der Vorschlag der Wacker-Chemie sah vor, die Abnehmer in sieben Gruppen einzuteilen. Nur die Kunden der ersten und zweiten Gruppe konnten bereits „vordringliche Wehrmachtsaufträge“ nachweisen, so dass sie auch künftig voll beliefert werden sollten. Für die restlichen Bedarfsträger waren Nachweise der Reichsstelle Chemie erforderlich. Für sie sollte letztlich nur ein kleinerer Teil der Chlorkohlenwasserstoff-Produktion einkalkuliert und bereitgestellt werden. Die übrigen Abnehmer „werden […] nach unserem besten Wissen entsprechend ihrem Bedarf und unseren Liefermöglichkeiten beliefert“, so der vom Unternehmen formulierte Passus. Händler sollten gemäß ihrer Bestellmenge des Jahres 1938 bemessen werden. Auf diese Weise konnte die Wacker-Chemie den Ansprüchen der Rüstungsindustrie und der hoch priorisierten Kunden nachkommen und trotzdem im Falle überschüssiger Kapazitäten die Möglichkeit behalten, den „freien Markt“ zu beliefern, ohne dass man hierzu wiederum verpflichtet wäre.[1759] Dieses Beispiel verdeutlicht einmal mehr die aktive Beteiligung des Unternehmens an der Ausgestaltung des Bewirtschaftungssystems und veranschaulicht den verbliebenen Einfluss der Industrie auf die staatlichen und halbstaatlichen Planungs- und Distributionsinstanzen.

Um den Einfluss der Konkurrenzfirmen in diesem Sektor, allen voran den der IG Farben,[1760] zurückzudrängen, wurden von der Wacker-Chemie auch nach Kriegsbeginn weiterhin

[1759] HUW 39 A 7-13, Schriftvermerk Abteilung VIII für das Direktorium und die Abteilungen IV und IX, 24. November 1939.

[1760] Die IG Farben besaß ebenfalls ein Tetrachloräthan-Verfahren, was wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Unternehmen führte. Im Laufe der 1920er und 1930er Jahre gab es unterschiedliche Abmachungen zur Marktaufteilung im Bereich der Lösungs- und Waschmittel. Im Jahr 1928 beispielsweise wurde zunächst vereinbart, dass der ausländische Markt dem IG Farben Tetrachlorkohlenstoff überlassen werden solle, die Wacker-Chemie hingegen zur „alleinigen Bearbeitung“ den deutschen Markt für ihr Wacker-Tri erhalten sollte. Offensichtlich gab es zeitweise (Beispiel vom Januar 1939) zudem auch zwischen der IG Farben und der Wacker-Chemie Lieferungen von Tri und Per (vgl. HUW 6 F 4, Aktennotiz mit Vorsprung und Minderlieferung der IG an Tri und Per, 9. Januar 1939 und HUW 4 B 33, Niederschrift über eine Besprechung zwischen den IG Farben und der Wacker-Chemie, 21. Mai 1928).

intensiv Vertreterbesuche[1761] und eine aktive Neukundenakquise durchgeführt. In den Kriegsjahren fanden Zuteilungen der Chlorkohlenwasserstoffe über die Reichsstelle statt. Hier galten die Bedingungen des freien Wettbewerbs nicht, vielmehr teilte die Reichsstelle den Verbrauchern bestimmte Kontingente zu, die in einer festgelegten Höhe von der Wacker-Chemie zu produzieren und auszuliefern waren. Im Chlorkohlenwasserstoff-Bereich gab es passend zum bereits erwähnten Vorschlag der Wacker-Chemie gleichzeitig einen kleinen freien Markt und einen Kreis umkämpfter Unternehmen, die noch keine Chlorkohlenwasserstoffe als Wasch- und Lösungsmittel benutzten. Schon im Herbst 1939 hatte die Reichsstelle für Chemie bei der Wacker-Chemie einen Mindestbestand von Tri eingefordert, den Hess jedoch für zu hochhielt und stattdessen die Auslieferung der Lagervorräte anordnete. In den Folgejahren vergab die Reichsstelle Chemie sogenannte Globalkontingente, welche die Höhe des monatlichen Kontingents für die Verbraucher festlegten. Sie bestimmte hierfür einige Firmen, die anhand von Lieferlisten die festgelegten Anteile an die jeweiligen Abnehmer verteilen sollten. Bei Trichlorethylen und Perchlorethylen waren dies 1944 die Chemischen Werke Aussig-Falkenau für den Sudetengau und das Protektorat und die Wacker-Chemie für das Reichsgebiet.[1762]

Die Wacker-Chemie spielte zudem eine aktive Rolle bei der 1943 geplanten Neuorganisation der Chlorkohlenwasserstoff-Bewirtschaftung. Nachdem die Chlorkohlenwasserstoffe selbst zur Mangelware entwickelt hatten, sollten die organischen Entfettungsmittel nun wieder gegen alkalische bzw. anorganische Reinigungs- und Lösungsmittel ausgetauscht werden. Die groß angelegte Aktion wurde als Gemeinschaftsaufgabe der Reichsstelle Chemie, des technischen Präsidialausschusses der Wirtschaftsgruppe Chemie, des Oberkommandos der Wehrmacht und des Munitionsausschusses im Rüstungsministerium gesehen. Bei den Planungen sollten sich daher möglichst alle in Frage kommenden Stellen beteiligen, um schnell effektive Lösungen zu finden. Schließlich musste unter anderem damit gerechnet werden, dass eine Umstellung der Reinigungsmittel auch apparative Veränderung in den Wäschereien und Rüstungsbetrieben nach sich ziehen würde, für die folglich auch genügend

[1761] Mit dem Verkauf in der Region um Mückenberg betraut war ein sonst unbekannter Vertreter namens Lindner, der seinen Sitz in Dresden hatte. Angestellte aus der Hauptverwaltung, die mit ihrem Fachwissen die Verkaufsgespräche positiv beeinflussen und bei technischen Fragen zum Produkt unterstützend eingreifen sollten, bekleideten als Anwendungstechniker die jeweiligen regionalen Vertreter. So z. B. auch Hans Dorbert, der mit Lindner auf Verkaufstour in die Lausitz und nach Thüringen fuhr (vgl. HUW 6 F 3, Abschnitt Dorbert, hier Reisebericht Nr. 1966, 8. Juni 1936). Oft wurden zusätzlich Chemiker, vermutlich aus dem Münchner Laboratorium, bei Verfahrens- und Anwendungsfragen zu den Verbrauchern geschickt.

[1762] Vgl. BArch R 8-VIII/105, Schreiben an das OKW, 30. August 1944.

Maschineneisen-Kontingente zur Verfügung stehen mussten.[1763] Und natürlich spielte hier auch der Faktor Zeit eine gewisse Rolle. Zu den Beratungen wurden daher auch einzelne Firmen wie die Wacker-Chemie hinzugezogen, deren Expertise die Entscheidungsgrundlage für die beteiligten Behörden und Ämter bildete.[1764] Zur Durchführung der Beschlüsse sollten verschiedene Kommissionen eingesetzt werden. Zum Vorsitzenden der Kommission, die sich primär mit Fragen der praktischen Prüfung auseinandersetzen und als Ansprechpartner für die Einzelfirmen fungieren sollte, wurde Oberingenieur Eduard Kalb von der Wacker-Chemie ernannt.[1765] Eine andere, technische Kommission sollte mit Führungskräften der IG Farben, Henkel & Cie. und den Wöllner Werken besetzt und um Vertreter aus dem Kreis der Verbraucher (Heinkel Flugzeugwerke, Forschungsanstalt Polte und Daimler-Benz AG) ergänzt werden.[1766] Die Wacker-Chemie hatte den möglichen Austausch von organischen Mitteln zugunsten anorganischer Produkte bereits seit geraumer Zeit in enger Zusammenarbeit mit den IG Farben und Henkel diskutiert und überprüft. Zunächst wurde ein Fragebogen an alle Verbraucher versandt, anschließend zur Überprüfung der technischen Brauchbarkeit Kontakt zu mehreren Forschungseinrichtungen, wie etwa dem Physikalischen Institut der Preußischen Versuchs- und Forschungsanstalt für Milchwirtschaft, aufgenommen.[1767] Über den weiteren Verlauf der Aktion geben die Quellen keine Auskunft, so dass offen bleiben muss, in wie weit diese Pläne in die Tat umgesetzt wurden.

Die Wacker-Chlorkohlenwasserstoffe waren für die Rüstungs- und Kriegsindustrie vor allem als Ersatzstoff für Benzin, Benzol und Petroleum von Interesse, wo sie unter anderem in der Metall- und Flugzeugindustrie für Entfettungszwecke verwendet wurden.[1768] In den Kriegsjahren gingen der Industrie allmählich die Lösungsmittel aus, so dass beispielsweise auch das ohnehin nur in geringen Mengen produzierte Per strikt bewirtschaftet wurde. Im Jahr 1941 wurden schließlich alle Kunden der Wacker-Chemie gebeten nach Möglichkeit auf andere Lösungs- oder Waschmittel umzusteigen. Davon betroffen waren unter anderem auch die Junkers Werke.[1769] Dennoch stieg der Per-Bedarf kontinuierlich weiter, so dass das

[1763] Anstelle der Metallentfettungsapparate mit Tri und Per sollten nun wieder alte Verfahren und bereits außer Betrieb gesetzte oder beschädigte Geräte genutzt werden (vgl. HUW 6 F 5, Reisebericht Nr. 2717, 25. November 1943).
[1764] Vgl. BArch R 13-XII/175, Schreiben an die Reichsstelle Chemie, 13. August 1943.
[1765] Vgl. BArch R 13-XII/175, Schreiben an Kalb, 14. August 1943.
[1766] Die Firma Junkers lehnte mit Hinweis auf ihre enorme Arbeitsbelastung ab.
[1767] Vgl. BArch R 13-XII/175, Schreiben an Reimann junior bezgl. Industriereiniger, 18. September 1943.
[1768] Vgl. HUW 6 F 5, Entwurf eines Schreibens an die IHK München, ohne Datum.
[1769] Zu den Kunden, die ihre Waschanlage umrüsten mussten, zählten die Junkers Werke in Köthen und Magdeburg, die statt knapp 60 Tonnen Per monatlich, nun nur 80 Tonnen Tri verwenden durften. Gleiches gilt für die Vereinigten Flugmotoren-Reparaturwerkstätten Leipzig, die von Wacker-Per auf Lauge umsteigen sollten (vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk Dorbert, 20. Oktober 1941).

Unternehmen auf die zusätzliche Produktion am Standort Mückenberg angewiesen war, die vor allem im Jahr 1941, nach Abschluss der Inbetriebnahme und Einarbeitungsphase der E-Anlage, einen großen Sprung gemacht hatte (vgl. Abbildung 17). Eine größere Bedeutung im militärischen Bereich erhielt das Wacker-Trichlorethylen zudem ab 1943 beim Bewachsen von Patronen. Während an die Industrie zu diesem Zeitpunkt wie bereits geschildert die Direktive herausgegangen war, bei der Produktion nach Möglichkeit Lösungsmittel (darunter auch Tri und Per) einzusparen, gab es aufgrund eines innovativen Verfahrens zum Bewachsen von Munition mit der deutschen Patronenindustrie nun einen neuen und besonders kriegswichtigen Abnehmer für das Trichlorethylen. Kurze Zeit später gingen einige der Tri-Lieferungen, die durch die Reichsstelle Chemie oder den Hauptausschuss Munition des Rüstungsministeriums bei der Wacker-Chemie abgerufen wurden, an munitionsfertigende Firmen, wie etwa die Metallwarenfabrik Huck, die Kabel- und Metallwerke Neumeyer und die Dynamit AG, alle drei mit Sitz in Nürnberg.[1770] In anderen Firmen wie der Deutschen Waffen- & Munition Berlin wurde das Trichlorethylen auch für die Zünder benutzt. Nach Einschätzung der Wacker-Verkaufsabteilung lag der Jahresbedarf an Trichlorethylen für das Bewachsen von Patronenhülsen insgesamt bei gut 2.000 Tonnen, einem im Vergleich zur Gesamtmenge durchaus beachtlichem Posten. Allerdings erklärte Kalb in seiner Funktion als Vertreter der Wacker-Chemie dem zuständigen Sachbearbeiter in der Reichsstelle Chemie, dass das Unternehmen aufgrund mangelnder Chlorzuteilungen diesem wichtigen Mehrbedarf nicht gerecht werden könne, es sei denn die Behörde erhöhe die entsprechenden Zuweisungen.[1771] Infolgedessen wurde dem Chlor-Bedarf der Wacker-Chemie eine höhere Priorität zugestanden. Dennoch war der sich in den späteren Kriegsjahren trotz des gesteigerten Bedarfs abzeichnende Rückgang der Tri-Produktion vor allem dem Chlormangel bei der Wacker-Chemie geschuldet. Immerhin wurden nach technischem Stand Ende 1937 pro Tonne Trichloräthylen 1,19 Tonnen Chlor, pro Tonne Perchlorethylen schon 1,48 Tonnen Chlor benötigt.[1772] Angesichts dieser Zahlen kamen die Chlorelektrolysen in Burghausen und Mückenberg dem eigenen Chlorbedarf schon seit geraumer Zeit nicht mehr hinterher.[1773] Für das Unternehmen wurde es in der Folgezeit immer schwieriger, Chlor in Form von Flüssigchlor und in größeren Mengen einzukaufen bzw. zugeteilt zu bekommen, ein Problem,

[1770] Sehr zum Ärgernis der Wacker-Chemie verwendeten die Firmen jedoch Apparate der Schweizer Konkurrenzfirma Technochemie, mit denen das Tri nicht wirklich effizient eingesetzt werden konnte, und die so den guten Ruf des Produktes gefährdeten. Auch hier hatten militärische Stellen ihre Finger im Spiel, denn die Bestellungen im Ausland erfolgten teilweise auf Anregung des OKH (vgl. HUW 6 F 5, Dorbert Reisebericht Nr. 2720, 17. Januar 1944).
[1771] Vgl. HUW 6 F 5, Reisebericht Dorbert Nr. 2713 a, 23. November 1943.
[1772] HUW 4 C 24, Schreiben Hess an Hermann, 26. November 1937.
[1773] Vgl. HUW 27 A 8, Technischer Bericht des Jahres 1943, S. 3.

das sich nicht nur auf die Produktion der Wacker-Chemie auswirkte. So war beispielsweise in den Planungsunterlagen des Statistischen Zentralreferats des Lenkungsbereichs Chemie zunächst ein Bedarf an Chlor für die deutsche Trichlorethylen-Fabrikation von knapp 65.000 Tonnen vorgesehen worden, zugeteilt wurden allerdings jedoch nur knapp 41.000 Tonnen.[1774] Während zunächst also die Bemühungen Kalbs, die entsprechenden Bewirtschaftungsstellen und Unternehmen vom Einsatz des Wacker-Tris als Ersatzstoff für Benzin zu überzeugen, erste Früchte trugen, erweiterte sich der Kundenstamm[1775] der Wacker-Chemie in den Kriegsjahren noch einmal deutlich.[1776]

Die Bestellungen und Anfragen, wie etwa von der Harburger Ölwerke, bei der Fachgruppe nahmen im Laufe des Jahres 1942 ebenfalls zu.[1777] Die beiden größten deutschen Per-Verbraucher waren nach den offiziellen Akten des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes mit weitem Abstand Junkers und BMW (vgl. Tabelle 53).[1778] Hauptabnehmer für Wacker-Tri waren die Siemens-Werke, die Metallwaren und Rüstungsfirma Hugo Schneider (Hasag) sowie die Chemische Fabrik Zschimmer & Schwarz. Zu den kleineren aufgrund ihrer geringen Liefermenge nicht aufgelisteten Abnehmern gehörten weitere Werke der Flug- und Fahrzeugindustrie, wie etwa die BMW Flugmotorenwerke, Junkers, die Ford-Werke Köln, MAN sowie die deutsche Reichsbahn. Im pharmazeutischen Gebiet zählte neben der Schering AG auch E. Merck Darmstadt zu den Abnehmern von Trichlorethylen. Interessant erscheinen zudem die bereits genannte Deutsche Waffen- & Munition mit einem Verbrauch von etwas mehr als sechs Tonnen monatlich und die Hoesch AG mit neun Tonnen. Einige der von der Wacker-Chemie vertriebenen Reinigungsprodukte, wie das lösungsmittelsparende Industrie-Reinigungsmittel „W30“ enthielten Trichlorethylen als Hauptbestandteil. Das nicht brennbare

[1774] Vgl. BArch R 8-VIII/65, Übersicht Chlor des statistischen Zentralreferats für das Jahr 1944, 15. Ausfertigung, ohne Datum.

[1775] Zu ihm zählten neben vielen kleineren Fabriken auch die Deutsche Reichsbahn, die Kodak AG, die Junkers-Werke oder die Robert Bosch AG. Dort wurden Wacker-Produkte unter anderem zur Reinigung von Schutzanzügen, Putztüchern und zur Metallentfettung verwendet. Das zu reinigende Volumen lag bei bis zu 80.000 Putztüchern und 4.000 Schutzanzügen, wofür die entsprechenden Waschanlagen sowie Chlorkohlenwasserstoff-Produkte erforderlich waren (vgl. HUW 6 F 3, Reisebericht Dorbert Nr. 1947, 7. April 1936).

[1776] Die Wacker-Chemie nutzte letztlich mehrere Vertriebsoptionen bzw. agierte innerhalb unterschiedlicher Netzwerke: Zum einen haben auf Provision arbeitende (freie) Vertreter den Kunden und potentiellen Abnehmern zu Verkaufszwecken regelmäßig Besuche abgestattet und versuchten dabei neue Kunden zu akquirieren oder den Absatz der Wacker-Chlorkohlenwasserstoffe bzw. der Waschmaschinen zu erhöhen. Zum anderen reisten technische Fachkräfte und Ingenieure der Hauptverwaltung zu den Kunden, um diese zu beraten und über neue Maschinen oder Verfahren zu informieren. Drittens sprachen Führungskräfte des Unternehmens bei den wichtigsten Bewirtschaftungsstellen und Organisationen vor, um den generellen Einsatz der Chlorkohlenwasserstoffe als Lösungs- oder Benzinersatzmittel zu forcieren.

[1777] Vgl. HUW 6 F 5, Bericht Dorbert für Hess, 10. Juli 1942.

[1778] Zusammenstellung aus verschiedenen Planungsunterlagen des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes (vgl. BArch RW 19/3305 und 3306).

Produkt war aufgrund seiner öl-, fett- und schmutzreinigenden Wirkung gerade in Zeiten knapper Lösungsmittelzuteilungen ebenfalls ein gewinnversprechendes Erzeugnis.

Kunde	**Monatstonnen Per**
Junkers Köthen, Magdeburg	59
BMW Flugmotorenwerke Berlin, Eisenach, München	54,3
Bergmann E.W. Berlin	15,8
Siemens Schuckert Nürnberg	15,5
Vereinigte Flugmotoren Reparatur-Werke Leipzig	15,5
Klöckner Flugmotorenbau Hamburg	15
Union-Gesellschaft Sils Fröndenberg	11,6
Vereinigte Deutsche Metallwerke Frankfurt	11,6
Pommersche Motorenbau Altdamm	8,8
Hugo Schneider (HASAG) Leipzig	8,2
Spindler AG Berlin	7,8
Johannes Schäfer Gartz + Stettin	7,7
Heinrich Diehl, Nürnberg	7,6
Mansfeld AG Hettstadt	7,1
Erhard Heidenheim	7
Ehrhardt Seifenfabrik Berlin	6
Schering AG Berlin	6
Siemens Apparate-Maschinen Berlin	5,7
Sachsenwerk Radeburg	5,5
Brennabor Brandenburg	5,4
Maybach Motorenbau Friedrichshafen	5,1
C. Rauch Ulmer Schraubenfabrik Ulm	5
AEG Berlin + Henningsdorf	4,9
Nürnberger Schraubenfabrik Nürnberg	4,7
Deutsche Reichsbahn Köln	4,2
Gebr. Heyne Offenbach	4
Gebr. Junghans Schramberg	3,5
Chemische Fabrik Pfersee Augsburg	3,3
Gesellschaft zur Verwendung chem. Erzeugnisse München	3,3
H. Th. Böhme Chemnitz	3,2
Breuer-Werke Höchst	3,2
Weber & Co. Berlin	3,2
Süddeutsche Bremsen AG München	2,3
Siemens & Halske Berlin	1,9
MAN	1,4
Rinker GmbH Neubrandenburg	1,2
Aug. Würth München	0,5
Summe	**336**

Tabelle 53: Kunden Chlorkohlenwasserstoff (Per) der Wacker-Chemie

Kunde	Monatstonnen Tri
Siemens & Halske Arnstadt + Berlin	44,3
Hugo Schneider (HASAG) Altenburg + Leipzig	38,1
Siemens-Schuckert-Werke Berlin	35
Zschimmer & Schwarz Chemnitz	23
Bergmann E.W. Berlin	20,8
Asid-Serum Berlin	20,2
Sager&Wörner München	19
A. Pretzsch München	17
Adam Opel Rüsselsheim	15,8
Langbein-Pfannhauser-Werke Leipzig	15,1
Vereinigte Deutsche Metallwerke Heddernheim	15
Accumulatorenfabrik AG Hagen	14,7
H.Hagmeier Leipzig	14,2
Carl Freudenberg Weinheim	13,5
Sachsenwerk Radeberg	12,9
Continental Gummi Hannover	12,3
Knackstedt & Fricke Langenhagen	12
Zöllner-Werke Berlin	12
H.Th. Böhme Chemnitz	11,8
AEG Berlin & Henningsdorf	11,6
Hans Heinrich-Hütte Langelsheim	11,1
Stock & Co. Berlin	11
Krupp Essen	10,9
Drägerwerk Lübeck	10,5
Neusser Papierfabrik Neuss	10,5
C.O Raspe & Co. Peitz	10,5
August Enders AG Oberrahmede	10,2
Emil Köster AG Neumünster	10,2
Deutsche Vaccum Öl-AG Hamburg	10
Gebr. Junghans AG Schramberg	10
Zeiss-Ikon Dresden	10
Summe	**481,6**

Tabelle 54: Kunden der Chlorkohlenwasserstoffe (Tri) der Wacker-Chemie

4. Kriegsende und Nachkriegsjahre (1945-1953)

4.1 Luftschutzmaßnahmen und Bombenschäden

Großbetriebe der chemischen Industrie wurden in den Kriegsjahren angesichts ihrer hohen Kriegswichtigkeit zu bevorzugten Zielen alliierter Luftangriffe, sie mussten daher möglichst umfassend und effizient geschützt werden. Diese Aufgabe übernahmen im Falle der Wacker-Werke Mückenberg der Werksluftschutz und die Flugabwehrabteilungen der Luftwaffe. Von

anderen Maßnahmen, wie etwa dem Verdunkeln von Lichtquellen, waren alle Bürger, Haushalte und Industrieanlagen betroffen. Sie gehörten in den Kriegsjahren zum Alltag.

Selbst Fliegeralarme, bei denen je nach Alarm-Stufe eine Notbelegschaft den Betrieb überwachte oder gedrosselt weiterproduziert werden konnte, verursachten Produktionseinschränkungen, die das Erreichen der vorgegebenen Erzeugungsmengen unmöglich machten.[1779] Bei Bombenschäden an der technischen Ausstattung war es dem Unternehmen zumeist nicht möglich, die zerstörten Maschinen und Apparate zeitnah zu ersetzen, was erneut zu langen Produktionsstillständen führte. Regionen mit einer hohen Konzentration an Industriebetrieben, wie etwa das mitteldeutsche Industriegebiet oder der Dresdener Raum, waren besonders gefährdete Zonen. Obwohl die beiden Mückenberger Werke zwischen den beiden genannten besonders bedrohten Gebieten lagen, fanden bis zum Frühjahr 1945 keine Luftangriffe auf diese Industrieanlagen statt. In den meisten Betriebsteilen des Ferro- und Chemowerkes konnte daher bis zum Schluss, das heißt bis zur Lähmung des Betriebes im Frühjahr 1945, produziert werden. Damit unterschieden sich die Wacker-Werke von anderen Anlagen in der Region, wie etwa dem Hydrierwerk der Brabag in Schwarzheide, das häufig Ziel alliierter Luftangriffe war. Vielleicht war es Glück, ebenso möglich ist, dass den Alliierten Luftstreitkräften entweder der exakte Standort der Wacker-Chemie oder ihre Relevanz für die Kriegsproduktion nicht bekannt war, zum anderen bot die Lage der Betriebe in einem Waldgebiet einen gewissen natürlichen Schutz. Hinzukamen Luftschutzmaßnahmen, die im Laufe der Kriegsjahre mehrfach erweitert wurden.[1780] So gehörten die „Luftschutzmaßnahmen der Werke des chemischen Erzeugungsplanes“ zu den wenigen Bauprogrammen, die 1944 überhaupt noch beantragt und durchgeführt werden

[1779] Abgeschaltet oder gedrosselt wurden trotz des höheren Risikos für die Belegschaft zunächst nur die sehr hell brennenden Öfen des Ferrochrom- oder Siliciumcarbid-Betriebes (vgl. HUW 35 C 19, Schreiben Ferrowerk an Direktorium, 23. September 1940). Eine Zusammenstellung der Stillstände des Mückenberger Beagidbetriebes verdeutlicht indes die Ausmaße der Produktionsausfälle, so stand der Beagid-Betrieb im August 1944 zweimal, im September 1944 an drei aufeinanderfolgenden Tagen wegen Fliegeralarm still (vgl. HUW 40 B 2, Zusammenstellung der Stillstände Beagid August und September 1944, ohne Datum).

[1780] Die Baumaßnahmen zum „Schutz der Gefolgschaft“ sowie der Produktionsanlagen, vor allem bei den als sogenannte Engpass-Betriebe eingestuften Werke, sollten umgehend beginnen. Dabei durfte „auf keine Entscheidung irgendwelcher Art“ gewartet werden, die Maßnahmen seien „gedeckt durch den Auftrag des G.B. Chemie“ und damit sofort umzusetzen (BArch R 3/360, Schreiben des Generalbevollmächtigen für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, 9. Dezember 1943, S. 1). Auch die Mückenberger Werke nannten dem G.B. Chemie Ende Mai 1944 eine Summe von 434.000 RM, die für Baumaßnahmen des Luftschutzprogramms benötigt wurden (vgl. HUW 4 D 9, Aktenvermerk über eine Reise Hillers nach Mückenberg, 31. Mai 1944). Im Juli desselben Jahres standen sie gemeinsam mit dem Werk in Burghausen auf einer Liste „derjenigen Werke, die durch das Referat Sonderluftschutz beim Produktionsausschuss der Wirtschaftsgruppe chemische Industrie nochmal überprüft werden sollen“ (HUW 39 E 10, Zusammenstellung der zu überprüfenden Werke als Anhang zum Schreiben des Leiters Referat Sonderluftschutz der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie Rieß an die Wacker-Chemie Burghausen, 21. Juli 1944).

konnten.[1781] Die staatlichen Luftschutz-Richtlinien mussten strengstens befolgt werden, bei Nichteinhaltung drohte der Baustopp. Bei Bauprojekten beeinflussten Aspekte des Luftschutzes folglich zunehmend die Standortentscheidung.

Die Luftwaffe stationierte zum Schutz der Industrieanlagen in Mückenberg Flakabteilungen, für die das Unternehmen Quartiergeld zahlte, und errichtete Flakgeschütze.[1782] Bei den beiden Wacker-Werken in Mückenberg waren es 1940 drei Geschütze, die jedoch um ein zusätzliches verstärkt werden sollten.[1783] Darüber hinaus wurde für die Werksanlage im Herbst 1944 ausgehend vom Rohstoffamt beim Rüstungsamt eine Wehrmachtsvernebelung beantragt. Man teilte der Betriebsleitung jedoch gleichzeitig mit, dass es an der dafür notwendigen Nebelsäure mangle und die Anlage daher stattdessen vorerst eine sogenannte Behelfsvernebelung erhalte. Zur Beschleunigung des Vorhabens wurden das Ferro- und das Chemowerk in die beim Luftflottenkommando geführte „Liste der in Kürze zu vernebelnden Objekten" aufgenommen.[1784] Einige Wochen später zeigte diese Maßnahme bereits Wirkung: Die Wacker-Chemie Mückenberg sollte nun in das Nebelgebiet der benachbarten Brabag einbezogen werden. Die nächsten Nebelgeräte der Brabag befanden sich jedoch in drei Kilometer Entfernung, so dass in der Zwischenzone mehrere sogenannte Riegel aufgestellt wurden, von denen einer aus etwa zehn Nebelwerfern bestand, die eine gleichmäßige Bedeckung von Ferro- und Chemowerk ermöglichten. Zudem mussten sich die beiden Werke um eine eigene Behelfsvernebelung bemühen.[1785]

Zu den Luftschutzvorkehrungen, die darüber hinaus von Seiten des Werkes getroffen werden mussten, zählten bauliche Einrichtungen wie Luftschutzbunker, splittersichere Deckungsgräben, Schutzzellen für die Brandwache und Splitterschutzwände, aber auch die Aufstellung eines eigenen Werkluftschutzes.[1786] Die Männer des Werkluftschutzes (35 Mann für das Ferrowerk und 23 Mann für das Chemowerk) dienten als zusätzliche Brandwachen

[1781] Das neue Luftschutzprogramm 1944 sah ein Bauvolumen von rund 435.000 Reichsmark für beide Werke vor, nachdem der Magazinbau für das Chemowerk doch nicht – wie ursprünglich vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau gefordert – gestrichen werden musste. Zum Vergleich der Größenordnung: Genehmigt wurde auch das Luftschutzprogramm für Burghausen mit 1,2 Millionen Reichsmark (vgl. HUW 6 F 5, Schriftvermerk über Berlin-Reise Hörmanns, 9. Juni 1944).

[1782] Vgl. HUW 35 A 8, Überweisungsbeleg an das Luftgaupostamt Dresden in Höhe von 407,45 RM für die Flakabteilung, 6. März 1941.

[1783] Vgl. HUW 35 C 19, Brief der Wacker-Chemie, 29. September 1940.

[1784] BArch R 3/1890, Schreiben an den Betriebsführer der Wacker-Chemie in Mückenberg, 4. September 1944, fol. 276.

[1785] Vgl. HUW 39 E 10, Geheimschreiben Werkleitung Mückenberg an Direktion München, 12. Oktober 1944.

[1786] Vgl. HUW 39 E 10, Kallas (Werk Burghausen) an Chemowerk, 15. November 1944 und HUW 35 F 14, Richtlinien des Reichsministers für Rüstung und Kriegsproduktion für den Aufbau von Anlagen des chemischen Erzeugungsplanes, 3. Mai 1944.

und mussten sich bei Fliegeralarm umgehend auf das Betriebsgelände begeben.[1787] Im Gegenzug dazu verließen die Mitarbeiter, die nicht in den weiterarbeitenden Betrieben, wie etwa am Schmelzofen oder in der Elektrolyse beschäftigt waren, die Arbeitsstätte. Sie fanden Zuflucht in den Schutzräumen des Werkes oder wurden in die Werkssiedlung entlassen. Zur Ausrüstung des Werkluftschutzes gehörten Schutzmasken, Feuerwehrstahlhelme, Sauerstoffatmungsgeräte, Schutzanzüge, Verbandsmaterial, Luftschutzhausapotheken und andere Sanitätswaren sowie diverses Werkzeug.[1788] Angesichts der im Alarmfall überfüllten Schutzräume und den bei anderen Industrieanlagen beobachteten schweren Bombenschäden[1789] entschied sich das Unternehmen zu einer neuen Vorgehensweise im Alarmfall. Ab September 1944 sollten alle Belegschaftsmitglieder die Betriebsanlage in Zusammenarbeit mit der benachbarten Bubiag verlassen und sich 1.000 Meter entfernt in das Waldgebiet verstreuen.[1790] Ausnahmen bildeten lediglich die Notbelegschaft, Brandwachen und Beobachtungsposten.[1791] Die Entscheidung darüber, auch produktionstechnisch sensible Fertigungsbereiche abzustellen, lag in den Händen der beiden Werkleiter. Beurteilten sie die Situation als „unmittelbare Gefahr für das Werk“, konnten sie im „gegenseitigen Einvernehmen“ und in Absprache mit der Bubiag, die aufgrund der engen produktions-

[1787] Die Zahlen entsprechen dem Stand von November 1943 (vgl. HUW 35 D 46, Papp an Abteilung VIII, 4. November 1943). Hinzu traten weitere Schwierigkeiten, so sah der örtliche Luftschutzleiter und Amtsvorsteher der Gemeinde Mückenberg in den beleuchteten Fahrrädern, die von den Werkluftschutzkräften dazu benutzt wurden, um von ihren Wohnungen ins Werk zu fahren, eine große Gefahr und forderte von der Wacker-Chemie, den Werkluftschutz auf dem Werksgelände zu kasernieren. Hierfür waren jedoch keine Räumlichkeiten vorhanden. Auch der Vorschlag der Werkleitung, sie zeitversetzt in der sogenannten Luftgefahrenzeit in das Werk fahren zu lassen, wurde offensichtlich nicht aufgegriffen, so dass die Werkluftschutzkräfte schließlich aufgefordert wurden, sich zu Fuß oder mit unbeleuchteten Rädern in das Werk zu begeben (vgl. HUW 35 D 46, Wacker-Chemie Personalabteilung an den Amtsvorsteher der Gemeinde Mückenberg, 8. November 1943). Im Vergleich zu anderen chemischen Großbetrieben war die Zahl der Werkluftschutzkräfte in Mückenberg gering. Direktor Biedenkopf des IG Farben-Werkes in Schkopau berichtete anlässlich eines Besuches in Burghausen von einer ganz anderen Dimension: Schkopau hätte bei einer Belegschaftsstärke von 12.000 Arbeitskräften 650 kasernierte Werkluftschutzkräfte, zudem 75 Mann Berufsfeuerwehr und 120 Reservefeuerwehrleute (vgl. HUW 35 E 48 und 39 E 10, Bericht über den Besuch Biedenkopfs in Burghausen, 22. August 1944).

[1788] Innerhalb des Werkluftschutzes wurden mehrere Sanitätstrupps gebildet (vgl. HUW 35 E 1, Aufstellung der für den Werksluftschutz zu beschaffenden Ausrüstungsgegenstände, 28. Oktober 1938).

[1789] Die Werkleiter Papp und Behles hatten im Juni und August 1944 die Gelegenheit, die durch einen Luftangriff im Juni zerstörten Anlagen der Brabag zu besichtigen (vgl. HUW 35 E 48, Bericht der Brabag-Besichtigung, 5. Juni 1944 und HUW 39 E 10, Bericht der Besichtigung an das Direktorium, 10. August 1944).

[1790] Bei gezielten Angriffen auf die Werksanlagen hielt man die Luftschutzräume für gefährdet; zudem ging man im Falle eines amerikanischen Luftangriffes vom Abwurf eines sogenannten „Bombenteppichs“ aus, bei dem die Gefahrenzone erst nach circa einem Kilometer Entfernung endete. Als wirksam und unbedingt nötig erachtete man daher die Zerstreuung der Belegschaft und die Vermeidung größerer Menschenansammlungen (vgl. HUW 39 E 10, Geheimes Schreiben an die beiden Werkleiter, 11. August 1944).

[1791] Zur Notbelegschaft des Chemowerkes zählten 25 Mann. Im Ferrowerk dürfte ihre Zahl entsprechend der dortigen Produktion (Chlorelektrolyse, Legierungen) höher gewesen sein. (vgl. HUW 35 E 1, Aufstellung der für den Werksluftschutz zu beschaffenden Ausrüstungsgegenstände, 28. Oktober 1938).

technischen Vernetzung ebenfalls von diesen Maßnahmen betroffen war, den gesamten Betrieb stilllegen lassen.[1792]

Auch die Bombardierung durch die 8. United States Army Air Force am 17. März 1945 hatte ursprünglich der Brabag-Anlage in Schwarzheide gegolten. Aufgrund schlechter Sichtverhältnisse, die vermutlich durch die bereits erwähnten massiven Verneblungsmaßnahmen hervorgerufen wurden, konnte die Brabag nicht bombardiert werden, so dass man Alternativziele suchte, zu denen schließlich auch das Ferro- und Chemowerk in Mückenberg gehörten. Ein Großteil der Bomben verfehlte die Werksanlagen und landete im nahe gelegenen Seewald.[1793] Im Ferrowerk, auf dessen Gelände 46 Treffer verzeichnet wurden, verursachte der Luftangriff nur Sachschaden. Zerstört wurden hier vor allem Fenster und Teile der Betriebseinrichtung, wobei die K-Anlage mit ihrer Siliciumcarbid-Produktion den größten Schaden erfuhr.[1794] Das Chemowerk, das ebenfalls rund 40 Einschläge meldete, hatte neben mehreren Leichtverletzten, zwei mittelschwerverletzte Mitarbeiter, die zur Notbelegschaft des Carbidofens gehörten, zwei schwerverletzte Passanten, die auf der Straße vor dem Werk Schutz gesucht hatten, sowie einen toten Russen zu beklagen.[1795] Verletzte gab es auch in der Werkssiedlung, wo zwei Häuser der Münchner Straße vollständig zerstört wurden.[1796]

4.2 Das Kriegsende in Mückenberg

Neben den durch Luftangriffe verursachten Produktionseinschränkungen bedrohte vor allem das Ausbleiben dringend benötigter Rohstoffe den Betrieb. Von der Zerstörung der Infrastruktur war in erster Linie der Schienenverkehr betroffen, so dass nur noch wenige Lieferungen im Werk eintrafen oder die Anlagen verlassen konnten.[1797] Die Versorgungslage war extrem angespannt. In den letzten Kriegsmonaten waren beinahe alle Rohstoffe und

[1792] Stellten die beiden Wacker-Werke als Direktabnehmer der Strommengen ihren Betrieb ein, musste die Bubiag ihre Produktion ebenfalls auf ein Minimalmaß drosseln. Die Bubiag sollte daher in die Entscheidung eingebunden werden; diese konnte jedoch im Notfall auch ohne ihr Einverständnis getroffen werden (vgl. HUW 6 F 5, Niederschrift einer Besprechung Hörmanns mit den Werkleitern in Mückenberg, 28. September 1944).

[1793] Vgl. Weser, Lauchhammer, S. 16; eine detailliertere Schilderung des Luftangriffs findet sich bei Lorenz, Industriegeschichte, S. 39-41.

[1794] Die zerstörten Fensterfronten bereiteten anschließend enorme Schwierigkeiten bei der geforderten Verdunklung der Werksanlagen (vgl. HUW 35 E 48, Abschrift eines vertraulichen Berichts der Werkleitung Ferrowerk an das Direktorium München, 18. März 1945).

[1795] Der Russe, von dem unklar bleibt, ob es sich um einen Kriegsgefangenen oder Zivilarbeiter handelte, hatte sich laut Bericht des Werkleiters „während des Angriffes noch im Gelände herumgetrieben“ (HUW 35 E 48, Bericht des Werkleiters über die Schäden im Chemowerk, 17. März 1945).

[1796] Vgl. HUW 39 E 10, Niederschrift über die Besichtigung der Bombenschäden, 31. März 1945.

[1797] Vgl. HUW 4 C 19, Reise- und Besprechungsbericht Hörmann, 18. Februar 1945.

Materialien zur Mangelware geworden. Die Wacker-Chemie machte daher Ende 1944 bei der IHK Halle-Merseburg auf den spärlichen Eingang von Kohle, Koks und Kalk aufmerksam und sprach von einer damit verbundenen Produktionsminderung von 20 Prozent.[1798] Endgültig zum Erliegen kam die Erzeugung schließlich, als die Region mit dem Heranrücken der Front zu „gefährdetem Gebiet“ erklärt wurde, und die Betriebe die Anweisung zur Stilllegung der Anlagen erhielten. So auch bei der Wacker-Chemie.[1799] Die Werkleiter waren am 8. Februar zu einer Sitzung mit der Gauwirtschaftskammer und dem Wirtschaftskommando nach Halle zitiert worden, in der man festlegte, dass die Anlagen künftig so präpariert sein mussten, dass man sie nach Aufforderung binnen drei Stunden lahmsetzen konnte.[1800] Die Arbeit im Werk wurde in der Folgezeit Stück für Stück eingestellt, die Anlagen wurden etappenweise abgebaut, wobei die letzten Betriebsteile erst kurz vor dem Einmarsch der Sowjetarmee wirklich stillgelegt wurden.[1801] Ein Teil der Maschinen und Apparate, darunter die Beagid-Pressen, eine Bäderreihe der Chlorelektrolyse, Trafos und Kessel wurde als sogenanntes Räumungsgut nach Burghausen oder Kempten versandt. Das Ferrowerk, in dem dieselben Legierungen wie in Tschechnitz produziert wurden, war zudem als Aufnahmeort für das per Bahn oder LKW von dort abtransportierte Räumungsgut bestimmt worden.[1802] Mit ihm traf eine Gruppe von Arbeitskräften aus Tschechnitz ein, deren Unterstützung in Mückenberg mehr als willkommen war, zumal man zur gleichen Zeit 70 sowjetische Kriegsgefangene an das Stalag in Torgau zurückgeben musste.[1803] Die zusätzlichen Wagen und Kisten wurden nun gemeinsam mit dem Mückenberger Transportgut zum Versand gebracht. Dabei erreichte ein Großteil sein Ziel nicht.[1804] Auch Fertigprodukte, wie etwa Legierungen, schickte man noch

[1798] Vgl. LASA Mers. C 110 / 794 Bericht über die wirtschaftliche Lage im Bezirk der Gauwirtschaftskammer Halle-Merseburg, Anfang Januar 1945.
[1799] Vgl. Kommission für Betriebsgeschichte, VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, S. 14.
[1800] Vgl. HUW 4 C 19, Reise- und Besprechungsbericht Hörmann, 18. Februar 1945.
[1801] Lorenz gibt an dieser Stelle die Schilderung des Meister der Lehrwerkstatt, Alfred Queitsch, wieder (vgl. Lorenz, Industriegeschichte, S. 41-42). Offensichtlich wurde das Chemowerk zuerst stillgelegt. Es stellte seinen Betrieb zum 17. März 1945 ein (vgl. HUW 11 A 3, Bericht der Verkaufsstelle Leipzig an die Direktion in München nach einem Besuch in Mückenberg, 1. März 1946).
[1802] Die Werkleitung hatte zusammen mit dem Rüstungskommando Breslau einen detaillierten, als „geheime Kommandosache“ eingestuften Plan zur Lähmung, Räumung und Zerstörung des Tschechnitzer Wacker-Werkes entworfen. Für die Lähmung waren sechs Tage, für die Räumung mehrere Wochen vorgesehen (vgl. HUW 36 A 36, Ablaufplan und Auflistungen, ohne Datum). Das Ferrochrom aus Tschechnitz sollte per Sonderzug nach Mückenberg transportiert werden, was angesichts der angespannten Verkehrslage zu hitzigen Diskussionen zwischen der Wacker-Chemie, der Reichsbahn und der Reichsvereinigung Eisen führte (vgl. HUW 4 C 19, Abschriften empfangener und gesendeter Telegramme, 24. Januar bis 3. Februar 1945).
[1803] Es handelte sich um 26 deutsche Arbeitskräfte, darunter neun Angestellte. Von den Arbeitern wurden dem Ferrowerk zwölf, dem Chemowerk sechs Mann zugeteilt. Vier Mitarbeiter, darunter der stellvertretende Werkleiter Jansen und der Betriebsobmann Wilde, waren noch einmal nach Tschechnitz zurückgekehrt, um bei der Verladung zu helfen (vgl. HUW 4 C 19, Reise- und Besprechungsbericht Hörmann, 18. Februar 1945).
[1804] Selbst die Suche nach den unterwegs verlorengegangenen Wagen an mehreren bayerischen Bahnhöfen blieb erfolglos (vgl. HUW 7 E 24, Wacker-Chemie Burghausen an Schindelin, 24. April 1945). Achtzehn voll

auf den Weg zu den Kunden. War das nicht möglich, suchte man nach alternativen Einlagerungsmöglichkeiten.[1805] Für den Abtransport wurden, wenn verfügbar, Sonderzüge eingesetzt, die jedoch nur schwer zu erhalten waren. Sie mussten dementsprechend ein aufwendiges Genehmigungsverfahren durchlaufen. Der Transport von Legierungen und Siliciumcarbid etwa erforderte intensive Vorgespräche mit der Reichsvereinigung Eisen. Stimmte diese zu, wandte sich die Reichsvereinigung an das Rüstungsamt im Reichministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Erst wenn man auch hier die Zustimmung erhielt, konnte ein entsprechender Antrag bei der zuständigen Reichsbahndirektion gestellt werden. Bei Einzelwagen, die nicht mit den Sonderzügen befördert werden konnten, benötigte das Unternehmen zudem Kennzettel, die den Gütern eine hohe Transportpriorität bescheinigten. Zu diesen zählten beispielsweise die Panzer- oder Panzerblitz-Kennzeichnungen, die ebenfalls vom Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion ausgegeben wurden. Das erforderte jedoch gesonderte Antragsformulare, die zuvor von einem Mitarbeiter der Wacker-Chemie im Verkehrsbüro der Wirtschaftsgruppe besorgt werden mussten.[1806] Derartige Abläufe bedeuteten also einen hohen, zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Unternehmen, was angesichts des akuten Arbeitskräftemangels in den Kriegsjahren durchaus zum Problem werden konnte und zu Kritik von Seiten der Industrie führte.

Die 1. Ukrainische Front erreichte nur wenige Stunden nach dem Abzug der deutschen Truppen in der Nacht vom 21. auf den 22. April 1945 Mückenberg.[1807] In vielen Nachbargemeinden hatten Bürger weiße Fahnen gehisst, um Kampfhandlungen zu verhindern; so beispielsweise in Bockwitz, Gründewalde, Lauchhammer und Schwarzheide. Zu Kämpfen kam es hingegen in Kleinleipisch, Dolsthaida und Mückenberg.[1808] Die Bewohner des Mückenberger Ländchens suchten dabei Schutz in den Betriebsanlagen der Bubiag. Dort sollen sich mehrere hundert Menschen tagelang in einem Bunker der Brikettfabrik Emanuel versteckt haben. Ob dies auch für die beiden Wacker-Werke in

beladene LKW scheinen das Werk bei Breslau überhaupt nicht mehr verlassen zu haben (vgl. HUW 7 E 24, Fernschreiben Mückenberg an Direktorium, ohne Datum).

[1805] Vgl. HUW 35 E 48, Hörmann an die Werkleitungen Mückenberg, 21. Februar 1945; HUW 7 E 24; Wacker-Chemie München an Ferrowerk per Kurier, 5. April 1945. Eine detaillierte Aufstellung, welche Gegenstände nach Burghausen versandt werden sollten, befindet sich unter HUW 35 D 48, Übersicht Schindelins, 3. Februar 1945; für eine weitere umfangreiche Liste, der in Kisten per LKW und Bahn vom Ferrowerk abtransportieren Gegenstände vgl. HUW 36 D 11.

[1806] HUW 4 C 19, Reise- und Besprechungsbericht Hörmann, 18. Februar 1945.

[1807] Für einen knappen Überblick zur militärischen Lage im Kreis Liebenwerda vgl. Rick, Liebenwerda und Schweinitz 1945-1949, S. 41-47.

[1808] Vgl. Kommission für Betriebsgeschichte, VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, S. 10.

Mückenberg zutraf, lässt sich nicht sagen. Auf jeden Fall haben sich dort zu diesem Zeitpunkt Flüchtlinge aus dem geräumten Tschechnitzer Werk befunden, von denen sich die meisten später auf den Weg nach Süddeutschland machten.[1809] Ferro- und Chemowerk wurden noch am 22. April von der Roten Armee besetzt und galten ab diesem Zeitpunkt gemäß Befehl 124 „Über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien in Deutschland“ vom 30. Oktober 1945 als beschlagnahmt.[1810]

Die Zustände in den ersten Tagen der Besatzung waren chaotisch. Es kam zu Plünderungen und Ausschreitungen.[1811] Neben der Roten Armee und den sich zurückziehenden deutschen Truppen befanden sich auch zahlreiche ausländische Arbeitskräfte auf den Straßen, die zuvor in den Industrieanlagen der Region beschäftigt gewesen waren. Sebastian Rick erwähnt in seiner Studie zur Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande, dass einige dieser Ausländer sich an dem Aufsichtspersonal der Betriebe für ihre schlechte Behandlung rächten und Mitglieder des Wachpersonals beim Einmarsch der Sowjetarmee töteten. In Bockwitz und Mückenberg seien laut Sterbebüchern vier Aufseher von Polen und Italienern ermordet worden.[1812] Von Vorfällen berichtet auch der Leiter der kaufmännischen Verwaltung des Ferrowerkes, Wilhelm Koch, der sich selbst zu diesem Zeitpunkt in Mückenberg befand. Seiner Aussage nach wurden der DAF-Lagerführer Daniel Böhlen sowie der Werkmeister Paul Lorenz,[1813] beide Angestellte des Ferrowerkes, bei dem Einmarsch der sowjetischen Armee in Mückenberg Ende April 1945 „denunziert und erschossen“.[1814] Von wem genau, präzisiert Koch nicht. Als Lagerführer war Böhlen bei der Wacker-Chemie Mückenberg für die zivilen ausländischen Arbeitskräfte verantwortlich gewesen. Koch erwähnt jedoch weitere

[1809] Ein Bericht zur Räumung des Tschechnitzer Werkes am 26. Januar 1945 findet sich bei den Unterlagen des damaligen Werkleiters und Augenzeugen Eduard Enk. Die Rede war von 23 Mann sowie 105 Frauen und Kinder, die nach ihrer Flucht aus Tschechnitz Zuflucht in den Mückenberger Werken fanden. Enk betont in seinem Bericht auch die „hervorragende“ Unterstützung durch die im Werk beschäftigten Polen und Ostarbeiter (HUW 13 A 3, Bericht über die Räumung des Wackerwerkes Kraftborn, 4. Februar 1945).

[1810] Vgl. LASA MD K 6, Nr. 1926, Aktenvermerk der Unterabteilung Sicherung der Wirtschaft Halle, 30. Januar 1945, fol. 94; zudem auch BArch DY 30/IV 2/2.022/4 (alte Signatur) bzw. die neue Signatur DY 30/67773, darin Wortlaut des Befehls, S. 1-7 (zitiert nach http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bmer/mets/dy30bmer_004/index.htm?target=midosaFraContent&bbacklin=http://www.argus.bstu.bundesarchiv.de/dy30bmer/index.htm-kid-baebfc66-36ce-4551-b2ce-dcc41f4c15e0&sign=DY%2030/IV%202/2.022/4 [zuletzt am 16. Oktober 2016]).

[1811] Zu den Plünderungen vgl. auch den kurzen Bericht Josef Wimmers in der Werkzeitung der Wacker-Chemie Ausgabe 12 (1967) „Dreimal dem Tod entronnen“, S. 7.

[1812] Vgl. Rick, Liebenwerda und Schweinitz 1945-1949, S. 92. Im Sterberegister des Standesamtes Lauchhammer findet sich zudem unter Nr. 83 ein Eintrag, dass Oberingenieur Senft von Polen erschlagen wurde. Welcher Firma Senft angehörte, bleibt unerwähnt (vgl. LASA Mers. C 131 II, Sterberegister Nr. 2909).

[1813] Lorenz, der am 22. Juli 1880 geboren wurde, war 1926 noch von Beersond eingestellt worden und gehörte damit zum Kreis der langjährigsten Mitarbeiter des Ferrowerkes.

[1814] HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 17.

Mitarbeiter, die beim Einmarsch der sowjetischen Truppen starben: Karl Pätz[1815] wurde „beim Feindeseinmarsch auf der Dorfstrasse“ erschossen, ein weiterer, Schoeperl, galt seit dem Einmarsch als verschollen und ein Vorarbeiter des Ferrowerkes wurde auf dem Nachhauseweg vom Werk ebenfalls erschossen.[1816] Andere Einwohner begingen Suizid. Im Nachbarort Lauchhammer zählte man in diesen Tagen siebzig Selbstmorde.[1817] Zu denjenigen, die nach dem Einzug der Rotarmisten in Mückenberg freiwillig aus dem Leben schieden, gehörten neben dem Mückenberger Amtsvorsteher Zimmermann und der Familie des erschossenen Karl Pätz auch der Werkleiter des Chemowerkes, Otto Papp, der sich mit seiner Ehefrau Berta und seiner Mutter direkt am 22. April 1945 das Leben nahm.[1818] Damit zählte die Familie Papp zu den 369 Personen, die sich in den beiden Kreisen Schweinitz und Liebenwerda, zu dem auch die Gemeinde Mückenberg zählte, am Tag der Besetzung selbst töteten bzw. zu den 573 Einwohner, die sich im Kreis Liebenwerda insgesamt bis zum 1. September 1945 das Leben nahmen.[1819]

Zeitgleich versuchte eine siebenköpfige Gruppe rund um den ehemaligen kommunistischen Provinziallandtagsabgeordneten und Organisator des kommunistischen Widerstandes im Mückenberger Ländchen, Paul Paulick, erste Verwaltungsstrukturen zu schaffen.[1820] Diese sollten vor allem der Sicherung der Nahrung, der Instandsetzung der zerstörten Infrastruktur und der Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit dienen. Wenig später kam die offizielle Bestätigung durch den Ortskommandanten für Lauchhammer, der Paul Paulick zum Bürgermeister für Mückenberg und Max Baer zum Bürgermeister von Bockwitz ernannte.[1821]

[1815] Von Pätz ist ein Personalbogen aus dem Jahr 1936 erhalten. Pätz wurde am 1. September 1902 in Stassfurt geboren. Er arbeitete als Chemotechniker im Laboratorium. Für die Wacker-Chemie in Mückenberg war er bereits seit 1. März 1926 tätig. Nach eigenen Angaben gehörte er von 1919 bis 1930 dem Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten an. Im November 1933 trat er der SA bei. Offensichtlich engagierte er sich für den Luftschutz, so war er 1936 bereits stellvertretender Luftschutzleiter des Ferrowerkes und stellvertretender Ortsgruppenführer im Reichsluftschutzbund (vgl. HUW 35 C 35, Personalbogen, 22. September 1936).

[1816] Laut Recherche in den Beständen des ehemaligen BDC (Bundesarchiv Berlin) waren sowohl Pätz, als auch Böhlen und Lorenz nach dem Ende des Aufnahmestopps zum 1. Mai 1937 Mitglied in der NSDAP geworden. Pätz und Lorenz erscheinen zudem in einer undatierten Aufstellung zur NSDAP-Mitgliedschaft der Angestellten des Ferrowerkes (vgl. HUW 35 D 46, Liste NSDAP-Mitgliedschaften, ohne Datum).

[1817] Allerdings ohne Angabe eines genauen Zeitraumes (vgl. Kommission für Betriebsgeschichte, Bergarbeiterland in Volkeshand, S. 11). Zum Phänomen des Massenselbstmordes am Ende des 2. Weltkrieges und der frühen Nachkriegszeit vgl. Huber, Untergang. Zu den Selbstmorden in der Region vgl. auch Rick, Liebenwerda und Schweinitz 1945-1949, S. 96-106.

[1818] Vgl. LASA Mers. Amtsgericht Liebenwerda 6 / VI, Akten über den Nachlaß der Eheleute Papp, darunter Sterbeurkunden, 4. Dezember 1945, fol. 16-17; ferner auch HUW 1 C 32, Koch, Ferrowerk, S. 17.

[1819] Mit der Auswertung der Sterbebücher gelingt es Rick zu zeigen, dass die Selbstmordrate nicht, wie vielleicht anzunehmen, am Tag des Einmarsches der Sowjetarmee am höchsten gewesen war, sondern ihren Höhepunkt vielmehr in den ersten Tagen danach erreichte. (vgl. Rick, Liebenwerda und Schweinitz 1945-1949, S. 102-104).

[1820] Rick, Liebenwerda und Schweinitz 1945-1949, S. 30.

[1821] Vgl. Kommission für Betriebsgeschichte, VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, S. 12 und 13.

Die Ortskommandantur in Mückenberg leitete Major Iwan Petrowitsch Pachomow,[1822] der in seinem zweiten Befehl vom 24. April 1945 nicht nur die Abgabe sämtlicher Waffen, die Registrierung aller Druckereien und Vervielfältigungsmaschinen, sondern auch die Registrierung aller Sowjetbürger sowie die Weiterproduktion sämtlicher Betriebe forderte.[1823]

4.3 Das Erbe der IG Farben

Bei Kriegsende war das Fortbestehen des Unternehmens fraglich geworden, ebenso der Verbleib der Tochterfirmen und Beteiligungen beim Konzern. Ob und wie es mit dem Unternehmen weitergehen sollte, lag in den Händen der alliierter Besatzungspolitik. Verschärft wurde die Verunsicherung dadurch, dass die Kommunikationswege zwischen den einzelnen Standorten zunächst ganz unterbrochen, danach zumindest stark eingeschränkt waren. Erst als geflüchtete Mitarbeiter aus Tschechnitz und Mückenberg mit ihren Angehörigen in Bayern eintrafen, drangen vereinzelte Nachrichten über die Vorgänge in den Zweigwerken bis zur Münchner Unternehmenszentrale durch. Die Informationen waren jedoch inoffiziell und meist nicht wirklich aktuell. Nicht selten war man bei der Wacker-Chemie daher auf Auskünfte durch andere Unternehmen, wie etwa der IG-Farben, angewiesen.[1824] Erst nach einigen Wochen hatte sich ein neues Kommunikations- und Informationsnetz etabliert, das einen rudimentären Nachrichtenaustausch zwischen den Standorten zuließ.

Die alliierten Nachkriegsplanungen, wie sie im Potsdamer Abkommen vom 17. Mai 1945 dokumentiert sind, waren geprägt von den Ideen einer Dezentralisierung und Dekartellierung der deutschen Industrie. Eine übermäßige Konzentration der Wirtschaft sollte künftig verhindert, der Einfluss von Großunternehmen im Allgemeinen zurückgedrängt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen damit bewusst verringert werden. Auf der Agenda dieser zunächst von amerikanischer Seite forcierten Politik stand daher unter anderem die sogenannte Entflechtung der Montan- und Stahlindustrie. Zeitgleich waren jedoch auch das Bankenwesen sowie die Chemische Industrie ins Visier der Alliierten geraten. Die Auflösung bestehender Konzerne, wie etwa der Vereinigten Stahlwerke AG, der

[1822] Stand November 1945 (vgl. Foitzik, Sowjetische Kommandanturen, S. 295).
[1823] Vgl. HUW 40 B 2, Befehl Nr. 2 des Ortskommandanten von Mückenberg, 24. April 1945.
[1824] Die Führungsebene der chemischen Großbetriebe halfen sich in dieser Phase gegenseitig, die spärlich eintreffenden Nachrichten aus der SBZ zu bündeln und an andere Unternehmen weiterzuleiten. Nur so konnten die Vorgänge in der SBZ rekonstruiert und Einfluss auf die neuesten Entwicklungen genommen werden.

Flick KG oder auch der IG Farbenindustrie AG wurden zu vordringlichen Zielen der gemeinsamen Besatzungspolitik.

Seit 1921 waren die Farbenwerke Hoechst zu fünfzig Prozent an der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie beteiligt, daher fiel auch die Wacker-Chemie unter die für den IG Farben-Konzern festgelegten alliierten Richtlinien. Eine Vorreiterrolle nahm hierbei die US-Zone ein. Dort zählte zu den ersten Maßnahmen die „Allgemeine Vorschrift Nr. 2 zur Durchführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung", die am 5. Juli 1945 in Kraft trat.[1825] Mit ihr wurde die Beschlagnahme des IG Farben-Vermögens innerhalb der amerikanischen Besatzungszone festgelegt.[1826] Die Leitung und Kontrolle des IG Farben-Konzerns sowie dessen gesamter Besitz wurden an den Militärgouverneur übergeben. Die Geschäftsleitung, darunter der Vorstand, der Aufsichtsrat sowie das Direktorium verloren ihre Befugnisse. Ziel dieser Maßnahmen war es, „diese Industrie und damit das Kriegspotential, das sie darstellt, zu beseitigen." Diese Politik ging von der Annahme aus, dass die IG Farben maßgeblich an dem „Aufbau und der Aufrechterhaltung des deutschen Kriegsapparates", beteiligt gewesen war; ferner, dass der Konzern durch seine internationale Vernetzung und eine das deutsche „Streben nach Welteroberung" unterstützende Unternehmenspolitik das Wirtschaftswachstum anderer Länder gehemmt und ihre „Verteidigungskraft wissentlich" geschwächt habe. Auf denselben Vorwurf berief sich das Gesetz Nummer 9 des Alliierten Kontrollrats vom 30. November 1945, durch das die amerikanische Vorgehensweise schließlich nachträglich in allen vier Besatzungszonen Gültigkeit erlangte.[1827] Mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 9 ging die Verfügungsgewalt über den gesamten Unternehmenskomplex auf den Alliierten Kontrollrat über. Dieser Schritt sollte „jede künftige Bedrohung seiner Nachbarn oder des Weltfriedens durch Deutschland unmöglich zu machen". Die Auflösung des IG Farben-Konzerns war nicht nur ein Hauptanliegen alliierter Wirtschaftspolitik, sondern wurde zugleich Teil des geltenden Besatzungsrechts. Artikel drei der Einzelbestimmungen legte die Zurverfügungstellung des (Betriebs-)Vermögens für Reparationszwecke, die Zerstörung ausgesprochen rüstungsrelevanter Betriebsteile, die „Aufspaltung der Eigentumsrechte", die „Liquidierung aller Kartellbeziehungen" sowie die

[1825] In Paragraph 2 der Generalverfügung Nr. 2 vom 5. Juli 1945 heißt es: „Die Leitung und Kontrolle der I.G. Farbenindustrie A.G. und der Besitz ihres gesamten Eigentums in der U.S.-Zone werden hiermit durch den Militär-Governeur, U.S.-Zone beschlagnahmt", ferner legte Paragraph 5a die Absetzung und Entlassung aller alleinig oder zu zweit zeichnungsberechtigten Mitglieder der IG Farben-Verwaltung fest. Davon betroffen war auch der Aufsichtsrat, das Direktorium oder der Vorstand. Als Mitglied des IG-Farben-Aufsichtsrates fiel auch Johannes Hess unter diese Regelung (vgl. vollständiger Text der Verfügung unter HUW 10 E 62).
[1826] Vgl. I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Liquidation, Entflechtung und Liquidation, Anlage Nr. 1.
[1827] Abgedruckt im Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 2 vom 30. November 1945, S. 34-36.

Kontrolle der künftigen Produktion und Forschungstätigkeit fest. Zur praktischen Umsetzung und Überwachung dieses Forderungskataloges sollte ein entsprechend der vier Besatzungszonen beschickter vierköpfiger Ausschuss gebildet werden. Innerhalb der Zonen fiel die Zuständigkeit für die IG Farben-Werke künftig in die Hand eines sogenannten Kontrolloffiziers.[1828]

Von einer gemeinsamen alliierten Herangehensweise oder einheitlichen Entflechtungs-praxis kann jedoch nicht die Rede sein: Anders als in der amerikanischen Besatzungszone, wo man eine Auflösung der Farbwerke Hoechst diskutierte, legte man in der britischen Besatzungszone von Anfang an Wert darauf, dass die ehemaligen Betriebsgemeinschaften der IG Farbenindustrie AG möglichst intakt bleiben sollten. Für die amerikanischen Verantwortlichen blieb die Vermeidung größerer Unternehmenskonzentrationen oberste Priorität. Doch sollten auch in der amerikanischen Zone die IG Farben-Konzern-Nachfolgefirmen wirtschaftlich stabil genug sein, um selbständig agieren und überleben zu können. Erfüllte ein Unternehmen diese Vorgaben nicht, drohte die Liquidation oder die Angliederung an eine größere Gesellschaft. In der sowjetischen Besatzungszone wurden andere Strategien verfolgt, die in der Regel in die Enteignung und Überführung der betroffenen Werke in sogenannte Volkseigene Betriebe (VEB) mündeten.

Obwohl die Alliierten die Auflösung der IG Farben in mehrere, an den Gründungsfirmen und bisherigen Betriebsgemeinschaften orientierten Nachfolgeunternehmen bereits 1945 beschlossen und gesetzlich verankert hatten, entwickelte sich der Entflechtungsprozess der IG Farben zu einem langwierigen, von der jeweiligen wirtschaftspolitischen Zielsetzung der Besatzungsmächte abhängigen Verfahren, das schließlich erst im Jahr 1953, nach acht Jahren zäher Debatten und Verhandlungen, abgeschlossen werden konnte. Sein Verlauf spiegelt den durch die Anfänge des Kalten Krieges bedingten Wandel der alliierten Deutschlandpolitik wieder und war auf das Engste mit den Entwicklungen auf dem Parkett der internationalen Politik und dem Werden der frühen Bundesrepublik verbunden. Zwar konnte man angesichts des einsetzenden Wandels in der amerikanischen Wirtschaftspolitik schließlich von einem Weiterbestehen der Wacker-Chemie ausgehen, doch herrschte sowohl über die künftige Unternehmensform als auch über die Dimensionen des Konzerns noch lange Unklarheit.

[1828] Der bevollmächtigte US-Militärgouverneur Lucius D. Clay (1897-1978) übertrug diese Befugnisse an Oberst Edwin S. Pillsbury, der somit zum ersten „Aufsichtsoffizier“ für die IG Farben in der amerikanischen Besatzungszone wurde. (vgl. HUW 10 E 62, Verfügung Clays, 5. Juli 1945).

Für die Wacker Chemie bedeutete dies konkret, dass das Unternehmen (die Münchner Hauptverwaltung und das Burghausener Werk, die beide in der amerikanischen Besatzungszone lagen) zum 5. Juli 1945 unter amerikanische Verwaltung gestellt wurde. Die Tochtergesellschaften und Beteiligungen wurden vom Konzern getrennt. Zur Entflechtung der IG-Farben wurde das IG Farben Controll Office etabliert. Die Wacker-Chemie mit ihren noch verbliebenen knapp 2.200 Mitarbeitern lag daraufhin im Verantwortungsbereich der bayerischen Unterabteilung, dem Bavarian IG Farben Control Office unter der Leitung von Major Harry H. Cottingham.[1829] Bereits im Juni 1945 waren die beiden Geschäftsführer Hess und Freyer sowie die Werkleiter in Burghausen Rambausek und Anselm verhaftet worden. Die Verhaftung der beiden Geschäftsführer erfolgte auf Grundlage der Ziffer 5a der Generalverfügung Nummer 2 zum Militärregierungsgesetz Nummer 52. Sie wurden nach einer zweimonatigen Haft im Untersuchungsgefängnis zwar schnell wieder entlassen, durften anschließend jedoch nicht mehr im Unternehmen angestellt sein.[1830] Für sie wurden die beiden Abteilungsleiter der Hauptverwaltung, Hermann Hiller und Hellmuth Holz,[1831] von der US-Administration mit Wirkung zum 1. Oktober 1945 zu Geschäftsführern der Wacker-Chemie ernannt.[1832] Im Rahmen größerer Umstrukturierungsmaßnahmen wurde das Bavarian IG Farben Control Office im Juli 1947 aufgelöst. Die Kontrolle und Steuerung der IG Farben in der Bizone erfolgte nun zentral von Frankfurt aus. Statt dem amerikanischen Kontrolloffizier übernahm nun ein deutscher Treuhänder die Leitung der Wacker-Chemie. Dieses Amt an der Spitze des Unternehmens lag bis zum Abschluss des Entflechtungsprozesses 1953 in den Händen des ehemaligen bayerischen Ministerialrates Rudolf Decker (1875-1953).[1833] In dieser Funktion wurde ihm vom US-Control Office „das Eigentum an dem unbeweglichen und beweglichen Vermögen“ der Wacker-Chemie übertragen, wobei der Kontrolloffizier

[1829] Vgl. Wacker-Chemie, Erfolgsformel, S. 105.
[1830] Johannes Hess erhielt 1950 allerdings die Genehmigung, für die Wacker-Chemie als Berater tätig zu sein.
[1831] Hellmuth Holz wurde am 26. März 1895 als Sohn eines Kaufmanns geboren. Zwischen den Jahren 1913 und 1921 studierte er Rechtswissenschaften in Genf, Jena und Oxford, wo er während des Ersten Weltkrieges in verschiedenen Zivillagern interniert wurde. Holz trat zum 13. März 1922 als juristischer Sachbearbeiter bei der Wacker-Chemie ein. Er arbeitete eng mit dem kaufmännischen Geschäftsführer Wolfgang Freyer zusammen. In der Folgezeit wurde er Leiter der Rechtsabteilung und Prokurist. Holz verstarb am 30. April 1979 in München (vgl. HUW 10 A 6, Kurzer Lebenslauf, ohne Datum; Wacker, Werk + Wirken 6 (1979), S. 21).
[1832] Vgl. HUW 10 A 6, Decker an Tierney, Office of Military Government München, 31. August 1947.
[1833] Der bayerische Verwaltungsbeamter, Rudolf Decker, wurde am 11. März 1875 in Rathskirchen (Pfalz) geboren. Während des Ersten Weltkrieges in der Kriegswirtschaftsverwaltung tätig, ab 1918 im Rang eines Oberregierungsrates, ab 1919 dann Abteilungsleiter im bayerischen Handelsministerium, im November desselben Jahres zum Ministerialrat befördert. Decker schied 1924 aus dem Staatsdienst aus und engagierte sich stattdessen an der Spitze der staatlichen Bayernwerk AG, für die er zuvor bereits nebenamtlich im Vorstand tätig gewesen war. Decker, der während der Nationalsozialistischen Diktatur Teil des konservativen Widerstandes um Franz Sperr gewesen war und daher als politisch vollkommen unbelastet galt, schied Ende 1946 aus der Führung der Bayernwerk AG aus und übernahm die Treuhänderschaft für die Wacker-Chemie in München. Nicht ganz ein halbes Jahr nach dem Ende dieser Tätigkeit verstarb Decker am 23. August 1953 (vgl. Unger, Staatsministerium, S. 361-365 und Wacker-Werkzeitung 4 (1950), S. 1).

jedoch jederzeit dazu berechtigt blieb, die Rückgabe des Eigentums anzuweisen. Hauptaufgabe des Treuhänders war in der Folgezeit die Überprüfung der Eigentumsverhältnisse und die Erstellung einer Vermögensübersicht der Wacker-Chemie in Zusammenarbeit mit den beiden Geschäftsführern.[1834]

Auch in Burghausen wurden, wenngleich nicht in denselben Dimensionen wie in Mückenberg, Demontagen durchgeführt.[1835] Zu den zu leistenden Wiedergutmachungsmaßnahmen, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollen, zählte auch die „Nutzbarmachung" des technischen und naturwissenschaftlichen Wissensstandes sowie der Innovationskraft deutscher Forschung und Entwicklung durch die Besatzungsmächte. In den westlichen Zonen begaben sich sogenannte intelligence teams in den Betrieben auf die Suche nach verwertbaren Informationen, wobei besonders die Patente und das Forschungsequipment der chemischen Industrie zum Gegenstand dieser „geistigen Reparationen"[1836] wurden. Solche Besuche alliierter Spezialisten fanden auch im Burghausener Werk der Wacker-Chemie statt. Die auf diese Weise erzwungenen Begegnungen boten zugleich eine Chance zur ersten Annäherung und bildeten so häufig den Auftakt zu einem neuen internationalen Kommunikationsprozess.[1837] Allerdings teilten nicht alle Beteiligten diese positive Sicht der Dinge. Für den Chefchemiker und ehemaligen Leiter des Burghausener Werkes Gruber waren diese „Schnüffelkommissionen" vielmehr Teil alliierter Schikane.[1838] In den Mückenberger Werken dürfte der zuständige sowjetische Werkskommandant recht schnell einen Überblick über die Produktionsverfahren und Techniken gewonnen haben.

Die Entflechtung der IG Farben war für die Wacker-Chemie mit der Entlassung aus alliierter Kontrolle und dem Erhalt der Selbständigkeit zum 27. März 1953 abgeschlossen. Damit endete auch die Zeit der Treuhänderschaft. Die Geschäftsleitung lag fortan wieder in den Händen der gesetzlich vorgeschriebenen Organe, den Geschäftsführern und der Versammlung der Gesellschafter. Die Geschäftsanteile gingen zurück an die Wacker-Erbengemeinschaft und an Hoechst, wobei die Wacker-Erben unter der Geschäftsführung von Wolfgang Wacker 51 Prozent und Hoechst 49 Prozent der Anteile erhielten. Kurze Zeit später fand die erste Gesellschafterversammlung nach Kriegsende statt, auf der die Gesellschafter den

[1834] Die gesamten 23 Paragraphen, die sowohl Rechte als auch Pflichten des Treuhänders definieren, und von Decker am 7. Juli 1947 unterzeichnet wurden, befinden sich in einer Abschrift unter HUW 10 A 6.
[1835] Vgl. Wacker-Chemie, Erfolgsformel, S. 124.
[1836] Vgl. Stokes, Erbe, S. 47.
[1837] Zum Besuch eines französischen Investigating Teams 1946 vgl. etwa HUW 10 D 10, Aktennotiz, 22. November 1946 und Wacker-Chemie, Erfolgsformel, S. 110.
[1838] Doch selbst Gruber bemerkt, dass einige Firmen daraufhin Verfahren der Wacker-Chemie erwarben und Verträge mit dem Unternehmen schlossen (vgl. Gruber, Gratwanderungen, S. 669)

Firmennamen in Wacker-Chemie GmbH umwandelten und mit Herbert Berg und Otto Meerwald zwei neue Geschäftsführer ernannten.[1839] Im Jahr 1958 stieg der Anteil der Hoechst AG an der Wacker-Chemie wieder auf 50 Prozent. Dieses Besitzverhältnis und auch die Geschäftsform der GmbH hatten anschließend Bestand bis in das Jahr 2001, als die Gründerfamilie zunächst ein Prozent, 2005 alle Anteile am Unternehmen zurückerwarb. Nach der Umwandlung der Wacker-Chemie in eine Aktiengesellschaft im selben Jahr folgte schließlich 2006 der Gang an die Börse.

4.4 Demontage

Angesichts der immensen Zerstörung und der hohen Menschenverluste, die der Einmarsch der deutschen Truppen in der Sowjetunion verursacht hatte, waren dort schon früh Forderungen nach Entschädigung und Wiedergutmachung laut geworden. Die Leistung umfangreicher Reparationen wurde zum wesentlichen Bestandteil der sowjetischen Deutschlandpolitik. Zur Umsetzung dieser Ansprüche war daher bereits 1942 die „Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung der Verbrechen der deutschen faschistischen Eindringlinge“ ins Leben gerufen worden.[1840] Darüber hinaus begannen zwei Jahre später Volkskommissariate mit ihrer Arbeit an einer Aufstellung, die diejenigen deutsche Unternehmen und Betriebe auflistete, deren Demontage „zum Wohle der sowjetischen Wirtschaft als erforderlich“ anzusehen war.[1841] Die im Februar 1945 in Jalta vom Leiter der Sonderkommission Reparationen, Iwan M. Maisky, verkündeten sowjetischen Forderungen waren hoch: Reparationsleistungen im Wert von zehn Milliarden US-Dollar, eine Verringerung der deutschen Industriekapazität auf 20 Prozent und der Einsatz von zwei bis drei Millionen Deutschen von bis zu zehn Jahren Zwangsarbeit in der Sowjetunion.[1842] Bis 1947 war daher das Requirieren modernster Technik und Maschinen zur Überführung in die Sowjetunion sowie die Zerstörung des rüstungswirtschaftlichen Potentials Deutschlands Kern der sowjetischen Besatzungspolitik und Handlungsmaxime der Verwaltung.

Da die Besatzungsmächte unterschiedliche (wirtschafts-)politische Ziele vertraten, einigten sie sich letztlich nie auf ein Gesamtvolumen der Entschädigungsleistungen. So konnte in Jalta nur das Grundkonzept der Entschädigungen beschlossen werden, welches Reparationen in

[1839] Vgl. Wacker-Chemie, Erfolgsformel, S. 130-135.
[1840] Zu den Ursprüngen der sowjetischen Demontagepolitik vgl. das gleichnamige Kapitel bei Karlsch / Laufer, Demontagen, S. 33-44.
[1841] Arnold, Archivinventar, S. XXII.
[1842] Vgl. ebd., S. XXIII.

Form von Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion sowie „die Gestellung deutscher Arbeitskräfte für den Wiederaufbau“ vorsah.[1843]. Dass die sowjetische Armee in den besetzten Ostgebieten, aber auch in Berlin, bereits vor der Konferenz von Potsdam (im Sommer 1945) mit einer ersten Demontagewelle begonnen hatte, verhinderte letztlich das Zustandekommen einer für alle Besatzungszonen einheitlichen Regelung. Das Ausmaß dieser frühen sowjetischen Maßnahmen schildert Karlsch in seiner Studie wie folgt: „innerhalb kürzester Zeit demontierte die Besatzungsmacht im Mai und Juni 1945 unter Anleitung von 70 000 aus der Sowjetunion entsandten Experten in einer ersten `Trophäenaktion´ Hunderte Einrichtungen und Betriebe, insgesamt 3,6 Millionen Tonnen Ausrüstungen. Die Berliner Westsektoren verloren innerhalb weniger Wochen über 50% ihrer Industriekapazität, mindestens ebenso hoch waren später auch die Verluste im Ostsektor“[1844]

Zeitgleich liefen auch die regulären, planmäßigen Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) an. Diese systematischen Demontagen dauerten mit unterschiedlicher Intensität bis März 1946 fort. Plünderungen, Zerstörung, Ausschreitungen und die rigorose Umsetzung der Demontagepolitik führten zu verstärkten Protesten seitens der westlichen Besatzungsmächte. Ob die sowjetischen Behörden in Deutschland überhaupt eine überlebensfähige Wirtschaft hinterlassen würden, war mehr als fraglich geworden. Auch die Potsdamer Konferenz brachte keine Einigung bei dieser Frage. So war eine gemeinsame alliierte Reparationspolitik nur wenige Monate nach Kriegsende bereits in weite Ferne gerückt. Zwar verständigte man sich darauf, dass jede Besatzungsmacht ihre Reparationsansprüche aus der eigenen Zone decken sollte und diese maximal 25 Prozent der Industrieeinrichtungen umfassen durften, über Entnahmen aus der wieder anlaufenden Wirtschaftsproduktion oder der Entsendung deutscher Arbeitskräfte konnten jedoch keine für alle Zonen verbindliche Vereinbarungen getroffen werden. „Mit dem Potsdamer Reparationskompromiss“, so bilanziert Arnold, „war eine wirtschaftliche Orientierung der Zonen an der jeweiligen Besatzungsmacht und – mittelfristig – die ökonomische Teilung Deutschlands vorgezeichnet.“[1845]

An der Spitze der sowjetischen Besatzungsadministration stand die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, kurz SMAD, mit Sitz in Berlin-Karlshorst.[1846] Für die

[1843]Vgl. ebd., S. VIII.
[1844] Karlsch / Laufer, Demontagen, S. 57.
[1845] Arnold, Archivinventar, S. XXV.
[1846] Zur Geschichte und Struktur der SMAD vgl. Broszat / Weber, SBZ-Handbuch; Möller, SMAD-Handbuch und Creuzberger, Sowjetische Militäradministration. Zudem auch Hoffmann, Wirtschaftsverwaltung.

beiden Wacker-Werke in Mückenberg war auf Länderebene zudem die Vertretung der sowjetischen Militäradministration in Halle zuständig. Ansprechpartner für das Unternehmen und maßgeblich für die Entscheidungen auf unterster Verwaltungsebene waren ferner der Kreiskommandant und die Kreiskommandantur. In einigen größeren Industrieanlagen, wie etwa im Falle des Ferro- und Chemowerkes, wurde zudem ein Werkskommandant eingesetzt. Für die Demontage vor Ort zuständig waren sogenannte Trophäenkommissionen. Allerdings waren die Spielräume der lokalen Besatzungsbehörden durch strikte Vorgaben aus Moskau begrenzt, so dass auf lokaler Ebene geführte Verhandlungen den betroffenen Unternehmen meist wenig Aussicht auf Erfolg versprachen. Werk- und Kreiskommandanturen waren Ausführungs- und Überwachungsorgane, die gemäß den planwirtschaftlichen Vorgaben zur Anzahl der zu demontierenden Werke oder der Menge der abzutransportierenden Güter und Maschinen handelten. Eine flexible Änderung dieser Anweisungen, beispielsweise der Anordnung eines Demontagestopps, war auf den unteren Verwaltungsebenen so gut wie chancenlos. Für solche Anliegen musste man sich an die SMAD-Spitze in Karlshorst wenden. Jedoch war der Erfolg der jeweiligen Eingabe bzw. des gemachten Einspruchs nicht abschätzbar, mitunter konnte er für den Antragsteller sogar gefährlich sein.[1847]

Von den Demontagen waren beinahe alle Großbetriebe der SBZ betroffen. Unter die Betreuung des im Februar 1945 vom staatlichen Komitee für Verteidigung (GKO) eingerichteten Sonderkomitees fielen laut Karlsch 6.000 Betriebe, knapp 3.500 davon wurden demontiert. Gemäß der regionalen Verteilung der Industriekapazitäten waren von der sowjetischen Demontagepolitik vor allem die Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen betroffen.[1848] Darunter befanden sich von Anfang an nicht nur Rüstungswerke, sondern auch Unternehmen der Konsumgüterindustrie und metallurgische Betriebe. Die Demontagen waren über weite Strecken mit einem organisatorischen Chaos verbunden, so verkündete der Leiter der SMAD, Wassilij Danilowitsch Sokolowski (1897-1968), mehrfach irrtümlicherweise ein Ende der Demontagen.[1849] Als die sowjetische Militäradministration erkannt hatte, dass die rigorosen Eingriffe einen gravierenden Rückgang der Wirtschaftskraft verursachten, wich man schließlich von der radikalen Reduzierung der Industriekapazitäten zugunsten eines

[1847] "[…] und allein die Einlegung dokumentiert angesichts der drohenden Strafen ein stupendes Maß an Mut oder auch Verzweiflung, weil die Beteiligten damit rechnen mussten, vom NKWD als `Saboteure´ der Reparationspolitik zur Verantwortung gezogen zu werden" (Arnold, Archivinventar, S. XXVI).

[1848] Karlsch / Laufer, Demontagen, S. 45, 49-50, darin auf S. 55 enthalten ist eine differenzierte Aufstellung der Betriebe in Demontage mit Stand November 1945, eine Liste der in Sachsen-Anhalt demontierten Betriebe befindet sich auf den S. 237-246, darunter auch das Chemowerk auf S. 243.

[1849] Wassilij Danilowitsch Sokolowski hatte 1946 Georgi Konstantinowitsch Schukow (1896-1974) an der Spitze der SMAD und als Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungskräfte in der SBZ abgelöst.

überlebensfähigen Wirtschaftsgefüges ab. Der Wandel in der Zielsetzung der sowjetischen Demontagepolitik zeichnete sich schließlich im Befehl vom 5. Juni 1946 „Über den Wirtschaftsplan der Sowjetischen Besatzungszone im 3. Quartal 1946“[1850] ab, der die Umwandlung der wichtigsten deutschen Betriebe in sogenannte Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) vorsah, wobei man unter sowjetischen Aktiengesellschaften nach deutschen Recht gegründete Kapitalgesellschaften verstand, die nun offiziell in den Besitz der Sowjetunion übergingen und von der SMAD geleitet wurden.[1851] Statt einem schnellen und umfassenden Abbau der Industrieanlagen sollte die Wirtschaft in der SBZ nun langfristig gesteuert und für die Belange der Sowjetunion gewinnbringend genutzt werden.[1852] Eine weitere Kursänderung erfolgte mit der Einführung der D-Mark in den Westzonen. So konzentrierte sich die SMAD ab Sommer 1948 auf eine allgemeine Verbesserung der ökonomischen Lage in der SBZ. Ziel war es, mit den Westzonen, die bereits hunderttausende Flüchtlinge aus dem Osten aufgenommen hatten, konkurrenzfähig zu bleiben. Der Gesinnungswandel kam jedoch zu spät, die Industriekapazität der SBZ hatte sich infolge der strikten Demontagepolitik bereits um etwa 50 Prozent reduziert.[1853]

Während die Demontage des Ferrowerkes bereits am 25. Juni 1945 begonnen hatte, fing man im Chemowerk erst einige Wochen später, am 10. Juli 1945, mit den Abbaumaßnahmen an. Ab Dezember 1945 standen beide Werke, laut Firmenkorrespondenz, unter Zwangsverwaltung.[1854] Selbst ein Jahr später konnte die in Mückenberg verbliebene Werkleitung, Josef Heckmaier und Richard Behles, noch nicht absehen, wann die Demontagen abgeschlossen sein würden. Nicht einmal, ob noch weitere Betriebsteile zum Abbau bestimmt werden sollten, konnte zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit gesagt werden.[1855] Bis zum August 1946 waren alleine auf dem Gelände des Chemowerkes mehr als 4.000 Tonnen Stahlkonstruktionen entfernt worden. Abgebaut wurde grundsätzlich alles, was

[1850] Vgl. BArch DX 1/162, Sammlung SMAD-Befehle.

[1851] Vgl. Vesting, Zwangsarbeit im Chemiedreieck, S. 31-34. Die beiden Wacker-Werke wurden nie einer Sowjetischen Aktiengesellschaft angegliedert, im Gegensatz etwa zu den von Hackenholz untersuchten elektrochemischen Werken in Bitterfeld, die zur SAG Kaustik gehörten (vgl. Hackenholz, Bitterfeld 1945-1952, S. 55-70) oder etwa dem Synthesewerk in Schwarzheide (Brabag), den Leuna-Betrieben in Merseburg, den Stickstoffwerken in Piesteritz oder der deutschen Celluloidfabrik in Eilenburg (vgl. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Chemische Industrie, S. 12-16).

[1852] Vgl. Arnold, Archivinventar, S. XXVII.

[1853] Vgl. ebd., S. XXVIII.

[1854] Vgl. HUW 11 A 3, Bericht der Verkaufsstelle Leipzig an die Direktion in München nach einem Besuch in Mückenberg, 1. März 1946.

[1855] Noch 1947 hieß es hierzu in einem Bericht der Industriegruppe Chemie: “Es erscheinen ununterbrochen alle möglichen russischen Beauftragten, um weiteres Material auszubauen. […] Hier wird alles, was irgendwie an Rohrleitungen, Armaturen und ähnlichen Dingen brauchbar ist, abtransportiert“ (vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Bericht über den Werksbesuch in Mückenberg von der Industriegruppe Chemie, 29. Mai 1947, fol. 49)

verwertbar erschien, auch Metallstücke des Innenausbaus, wie etwa Rohrleitungen. Weniger aufwendig gestaltete sich der Versand der Lagervorräte. So wurde das Hilfsstoff- und Ersatzteillager im Wert von rund 800.000 Reichsmark einfach komplett beschlagnahmt und in die Sowjetunion verschickt.[1856] Ebenso wurde 1946 mit den restlichen 2.100 Tonnen Ferrochrom, Calciumsilicium und Siliciumcarbid verfahren, die zusammen einen Wert von mehr als 1,1 Millionen Reichsmark hatten.[1857] Der Abtransport der Lagerbestände erfolgte jedoch nicht nur durch die SMAD, hier bediente sich auch die Kreisverwaltung in Liebenwerda mit Hilfe ihres Wirtschaftsberaters, der unter anderem sehr interessiert an den Koks-Vorräten der Werke war.[1858] Bei der Demontage unterschied man nach dem Verhältnis des Umfanges der abgebauten Betriebsteile zur Gesamtgröße der Anlagen in Teil- und Volldemontagen, wobei sowohl das Ferrowerk mit einer Demontagerate von 85 Prozent bei den Gebäuden und 100 Prozent bei der Einrichtung als auch das Chemowerk mit 80 bzw. 90 Prozent als volldemontiert galten. Mit diesen Werten rangierten die beiden Werke der Wacker-Chemie im Vergleich zu anderen Betrieben der chemischen Industrie in Mitteldeutschland im oberen Bereich, so betrug die durchschnittliche Demontage-Rate nach Karlsch in Leuna Merseburg 45 Prozent, in Piesteritz 70 Prozent, in den Bitterfelder Werken 55 Prozent, bei der Agfa Farben in Wolfen 50 Prozent, bei der Agfa Film sogar nur 25 Prozent und in den Buna-Betrieben Schkopau ebenfalls nur rund 20 Prozent.[1859]

Zu Beginn des Jahres 1947 waren im Ferrowerk noch 33, im Chemowerk 66 Arbeitskräfte beschäftigt, 18 davon waren Frauen.[1860] Die wichtigste verbliebene Baueinheit war eine 100 kV-Umspannstation, die über die Bubiag zur Stromversorgung der Provinz Sachsen-Anhalt beitragen sollte.[1861] Der Leiter des Chemowerkes Heckmaier hielt ein Fortbestehen des Chemowerkes angesichts dieser Situation für mehr als unwahrscheinlich:

> "Nach Abschluss der Demontage stehen dem Werk keine Produktionsmittel mehr zur Verfügung, desgleichen kann von einer Weiterführung des Betriebes infolge völliger Demontage nicht gesprochen werden. Ausser des gesamten Maschinenparks wurde auch die Stahlkonstruktion der wesentlichen Betriebsgebäude ausgebaut. Lediglich die

[1856] Vgl. Kreisarchiv Elbe-Elster BALie 622, Sequester-Akte, detaillierte Aufstellung der demontierten Betriebsanlagen, 12. August 1946.
[1857] Vgl. HUW 11 A 3, Auszüge aus dem Reisebericht Dorberts (Hauptverwaltung München), 18. Dezember 1946.
[1858] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Besprechung mit dem Werkleiter des Chemowerkes Koch, 18. Februar 1947, fol. 73.
[1859] Vgl. Karlsch / Laufer, Demontagen, Tabelle S. 246.
[1860] Vgl. Kreisarchiv Elbe-Elster BALie 622, Sequester-Akte, darin Abschrift der Inventarlisten des Ferro- und Chemowerkes an das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Abteilung Wirtschaft / Reparationen in Halle, 14. Februar 1947.
[1861] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Wacker-Werke Mückenberg an Industriewerke der Provinz Sachsen Industrie Gruppe Chemie, 13. Januar 1947, fol. 78 und Betriebsbeschreibung, 9. Oktober 1946, fol. 97.

> Gebäude der früheren Äthylacetat-Anlage, der Wasserstofferzeugung und der Linde-Anlage sind bis auf die Fenster vollständig. Von der Kontaktaufbereitung, Rohsprit-, Reinsprit- und Katalysator-Herstellung stehen noch die Gebäudewände, während Karbidofen, Acetylen, Roh- und Reinaldehyd-Erzeugungsanlage dem Boden gleich gemacht sind".[1862]

Zum Gesamtwert der Demontagen in Ferro- und Chemowerk gibt es kein einheitliches Zahlenmaterial. Eine Aufstellung der Werkleitung aus dem Jahre 1947 beziffert die Gesamtsumme auf rund 41,6 Millionen Reichsmark. Berücksichtigung fanden dabei die abtransportierten Fertigwaren, die Gebäude, Produktionsmittel wie Maschinen und Apparate sowie Roh- und Hilfsstoffe. Dabei entfielen auf das Ferrowerk circa 21,7 Millionen, auf das Chemowerk 19,9 Millionen. Den wertmäßig größten Verlust stellten die Produktionsmittel dar, ihr Wert belief sich für beide Werke zusammen auf 29,4 Millionen.[1863]

4.5 Enteignung

Am Übergang zur Planwirtschaft stand in der SBZ die Aufhebung bestehender Besitzverhältnisse zur Umverteilung von Grund und Boden sowie die Verstaatlichung der Wirtschaftsbetriebe. Erste Verordnungen zur Durchführung der geplanten Enteignung wurden von der Provinz Sachsen[1864] bereits am 3. September 1945 erlassen. Zur Durchführung der Bodenreform wurden in den Gemeinden sogenannte Bodenkommissionen eingerichtet, die die Verteilung der Neubauernstellen oder Vergrößerung der Kleinbauernhöfe koordinieren sollten. In Mückenberg meldeten sich 33 Kleinbauern, unter denen anschließend knapp 135 Hektar aus dem Grundbesitz der Bubiag verteilt wurden.[1865] Für den Grundbesitz der Wacker-Chemie in Mückenberg ist ein derartiger Vorgang indes nicht überliefert.

Die rechtlichen Grundlagen zur Enteignung der Industrie mittels Umwandlung der Werke in volkseigene Betriebe, also Staatsbesitz, waren schon mit dem SMAD-Befehl Nr. 124 des Jahres 1945 geschaffen worden und wurden mit Befehl Nr. 64 „Beendigung der Sequester-Verfahren in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands" vom 17. April 1948[1866] noch einmal bekräftigt. Die Enteignung setzte zeitlich parallel zur noch nicht vollständig

[1862] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Betriebsbeschreibung, 9. Oktober 1946, fol. 98.
[1863] Kreisarchiv Elbe-Elster BALie 622, Sequester-Akte, Werkleitung Ferro- und Chemowerk an die Kreisverwaltung, 31. Januar 1947.
[1864] Zu der von der sowjetischen Besatzungsmacht im Juli 1945 wieder gegründeten Provinz Sachsen gehörte auch das Land Anhalt, während der Regierungsbezirk Erfurt nun Thüringen zuerkannt wurde. Nach den Landtagswahlen im Oktober 1946 änderte sich die Bezeichnung auf „Provinz Sachsen-Anhalt", bevor die ehemalige preußische Provinz Sachsen im Juli 1947 den Namen „Land Sachsen-Anhalt" erhielt.
[1865] Vgl. Zeidler, Lauchhammer, S. 18.
[1866] Vgl. BArch DO 3/46, fol. 18-19.

abgeschlossenen Demontage ein. Von der Überführung waren rund 10.000 Betriebe betroffen, darunter auch die beiden Werke der Wacker-Chemie in Mückenberg, für die der Befehl Nr. 124 und dessen offizielle Bestätigung im Jahr 1948 die Beschlagnahme sämtlicher Vermögenswerte bedeutete.[1867] Gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 9 unterstanden die beiden Mückenberger Werke der Entscheidungshoheit des sowjetischen Kontrolloffiziers in Berlin. Dies brachte dem Unternehmen in der SBZ zunächst gewisse Vorteile im Vergleich zu anderen Betrieben. So konnte sich die Wacker-Chemie bei der im Herbst 1945 einsetzenden Enteignungswelle gegenüber der sächsischen Landesverwaltung auf eben jenen Umstand berufen.[1868] In anderen Fällen konnte die Werkleitung die aus den Zerstörungen und der Demontage resultierenden Forderungen Dritter zu Händen und in die Verantwortung des sowjetischen Kontrolloffiziers weiterleiten.[1869]

Um einen möglichst reibungslosen Übergang zur Planwirtschaft zu gewährleisten, wurden den betroffenen Werken meist ein Berater aus den Reihen der Ortskommandantur zur Seite gestellt. Während bei der Enteignung der Unternehmen häufig Unklarheit über die jeweilige Zuständigkeit herrschte, gingen die Betriebe der IG Farben in der Regel in das Eigentum der SMAD über und wurden in die bereits erwähnten sowjetischen Aktiengesellschaften umgewandelt.[1870] Diese Regelung fand jedoch keine Anwendung in den beiden Mückenberger Werken der Wacker-Chemie. Dort herrschte lange Zeit Unklarheit darüber, welchen Status das Ferro- und Chemowerk eigentlich hatten. Informationen flossen nur spärlich, selbst die Werkleitung in Mückenberg hatte bis zum Eintreffen der Enteignungsurkunde keine wirkliche Gewissheit. Sofort nach Bekanntwerden der drohenden Enteignung hatte die Wacker-Chemie (die Werkleitung in Mückenberg sowie die Konzernzentrale in München) mehrfach und auf verschiedenen Ebenen Protest gegen diese Pläne erhoben. Der Einspruch ging unter anderem an den Kontrolloffizier der IG Farben, an die deutsche Zentralverwaltung, Abteilung für Beschlagnahme und Sequestrierung oder an den Präsidenten der Provinz Sachsen-Anhalt,

[1867] Vgl. Arnold, Archivinventar, S. XXVIII und HUW 39 D 86, Abschrift der Enteignungsurkunde, 6. September 1948.

[1868] Die Enteignungen setzten beim sächsischen Bankenwesen ein und konnten von mehreren Akteuren unterschiedlicher Ebenen ausgesprochen werden. Dabei standen sich nicht nur die Landesverwaltung und die SMAD gegenüber; bis zur Festlegung klarer Kompetenzen wurde ein Betrieb mitunter sogar zweimal – durch den hiesigen Bürgermeister und die zuständige Landesverwaltung – beschlagnahmt. Zur Problematik der Beschlagnahmepraxis in der SBZ vgl. Thüsing, Präsidium, S. 59-63.

[1869] Oberst Adolf Christoforitsch Bajar (geb. 1896) war der sowjetische Vertreter innerhalb der IG-Farben-Kontroll-Kommission des Alliierten Kontrollrates und Mitglied der sowjetischen Arbeitsgruppe Dekartellierung (vgl. Foitzik, Sowjetische Militäradministration, S. 437, 438 und 457 sowie Foitzik, Sowjetische Interessenpolitik, S. 376).

[1870] Vgl. Stokes, Erbe, S. 48.

Hauptabteilung für Wirtschaft. Er blieb in allen Fällen wirkungslos.[1871] Auch der Informationsaustausch mit der Regierung des 1947 neugebildeten Landes Sachsen-Anhalt in Halle gestaltete sich besonders schwierig. Obwohl eine Enteignung beider Werke durch die Provinz Sachsen-Anhalt zum ersten Mal in der zweiten Jahreshälfte 1946 ausgesprochen wurde, blieben die Verhältnisse auch in der Folgezeit weiterhin ungeklärt.[1872] Der Anteil der IG Farben an den Betriebsanlagen der Wacker-Chemie, also 50 Prozent, blieb weiterhin von der Enteignung durch die Provinz Sachsen-Anhalt ausgenommen, da diese Vermögensmasse nach wie vor der Verfügungsgewalt des Kontrolloffiziers unterstand. Die andere Hälfte der Anlagen fiel als landeseigener Betriebe in die Zuständigkeit der Industriewerke (IW) Sachsen-Anhalt, im Falle der Wacker-Chemie also in die Verantwortlichkeit der Unterabteilung Industriegruppe Chemie in Halle, was die Gesamtsituation für die Wacker-Chemie deutlich verkomplizierte.

Ferro- und Chemowerk galten folglich als teilenteignet.[1873] Noch im November 1947 wurde die Werksanlage in den Listen der Landesverwaltung als „ruhende[r] Betrieb“ geführt. Die Werke waren zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits „bis auf geringe Reste von Gebäuden demontiert.“[1874] Obwohl ein Demontageabschlussschein nicht vorlag, wurden Ferro- und Chemowerk anschließend der Vermögensverwaltung zugeteilt.[1875] Die Wacker-Chemie legte erneut Widerspruch ein und begründete diesen damit, dass eine Überführung in Volkseigentum ohne die Zustimmung des Kontrolloffiziers überhaupt nicht wirksam wäre. Daraufhin folgte die Auskunft, die Entscheidung sei noch nicht getroffen.[1876] Der Kontrolloffizier ließ sich von einem Rechtsanwalt, mit dem auch die Wacker-Chemie in Kontakt stand, regelmäßig einen Bericht über die Situation in den beiden Werken geben und unterstützte das Argument des Unternehmens.[1877] Bajar betonte noch Ende Juli 1948, die

[1871] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Schreiben Wacker München an IW Chefdirektion, 2. Mai 1947, fol. 27.
[1872] Erster Erlass über die Enteignung des Betriebes gemäß „Verordnung betreffend die Überführung sequestrierter Unternehmen und Betriebe in das Eigentum der Provinz Sachsen“ vom 30. Juli 1946 (vgl. LASA MD, K 31, Nr. 1709, fol. 18) Zu der dennoch vorherrschenden Unsicherheit vgl. HUW 11 A 3, Auszüge aus dem Reisebericht Dorberts (Hauptverwaltung München), 18. Dezember 1946.
[1873]Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Abwicklungsstelle Neuordnung und Wirtschaft des Innenministeriums der Provinzial-Regierung Sachsen-Anhalts an die Gruppe Chemie der Industriewerke, 28. Juni 1947, fol. 40.
[1874] LASA MD K 31, Nr. 456, Schreiben Wacker Mückenberg an IW vom 30. November 1946, fol. 85.
[1875] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Aktennotiz Industriewerke, 6. November 1947, fol. 8.
[1876] Vgl. HUW 39 D 86, Aktennotiz Nr. 371 einer Besprechung zwischen der Rechtsabteilung und den Mückenberger Werkleitern Behles und Heckmaier, 6. September 1948.
[1877] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Bericht über den Werksbesuch in Mückenberg von der Industriegruppe Chemie, 29. Mai 1947, fol. 49.

ehemaligen IG Farben-Werke unterständen ihm alleine, Änderungen an den Eigentumsverhältnissen seien bisher nicht eingetreten.[1878]

Die Entscheidung zur Enteignung der Wacker-Chemie muss letztlich mit der Verkündung des Befehls Nr. 64 im Frühjahr 1948 gefallen sein. Während die entsprechende Urkunde der Verwaltung der Wacker-Werke in Mückenberg offensichtlich erst am 18. Oktober 1948 zuging, hieß es auf behördlicher Ebene bereits im März 1948: „die Anteile der Alexander Wacker Erben [sind] im Lande Sachsen-Anhalt rechtskräftig enteignet, die Enteignung ist von der SMAD bestätigt."[1879] Die Enteignungsurkunde traf wohl erst am 18. Oktober 1948 bei der Werkleitung in Mückenberg ein.[1880] Sie trägt die Unterschriften des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener (1881-1958) sowie des Innenministers Robert Siewert (1887-1973), und ist auf den 6. September 1948 datiert.[1881] Der Treuhänder der US-Administration, Rudolf Decker, setzte das Bipartite Control Office in Frankfurt am 27. Oktober vom Erhalt der Enteignungsurkunde in Kenntnis und verwies auf die erfolglosen Einsprüche des Unternehmens. Er argumentierte erneut, dass die auf Befehl des obersten Chefs der SMAD erfolgte Enteignung das Kontrollratsgesetz Nr. 9 vollkommen missachte. Doch aller Protest blieb wirkungslos, nicht nur in Mückenberg.

Von der Beschlagnahme betroffen war zudem die Kleinsiedlung mit ihren 82 Häusern. Sie wurde wie die Produktionsanlagen der Entscheidungshoheit des Unternehmens entzogen. So teilte man der Wacker-Chemie mit, dass die Mitteldeutsche Heimstätte GmbH Halle durch eine im August 1945 vom Präsidenten der Provinz Sachsen erlassenen Verordnung als Treuhänder für die Siedlung eingesetzt worden war. Diese Anordnung betraf alle Wohnsiedlungen, „deren bisherige Eigentümer oder Siedlungsträger zu bestehen aufgehört haben oder in ihrer Verfügungsgewalt über ihr Eigentum beschränkt waren, sei es durch Beschlagnahme oder Enteignung des Vermögens oder aus sonstigen Gründen."[1882] Die Wacker-Chemie erhob auch hiergegen ebenfalls erfolglos Einspruch. Nach der Enteignung begann das Amtsgericht Liebenwerda „auf Ersuchen des Sächsischen Innenministeriums" mit der Änderung der Grundbucheintragungen. Eigentümer der Grundstücke war künftig „das

[1878] Vgl. HUW 39 D 86, Wacker an die Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 16. September 1948.
[1879] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Schreiben der Mitteldeutsche Heimstätte GmbH, Treuhandstelle für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen Halle, 17. März 1948, fol. 1 und HUW 39 D 86, Abschrift der Urkunde mit Begleitschreiben Kochs an die Hauptverwaltung der Wacker-Chemie in München, 18. Oktober 1948.
[1880] Vgl. HUW 39 D 86, Begleitschreiben zur nach München versandten Abschrift der Urkunde, 18. Oktober 1948.
[1881] Vgl. HUW 38 B 41, Enteignungsurkunde vom 6. September 1948.
[1882] HUW 38 B 40, Mitteldeutsche Heimstätte Halle an die Wacker-Chemie München, 14. Januar 1948.

Volk“. Auch hier erhob die Wacker-Chemie nach Bekanntwerden sofort Einspruch, der jedoch vom Amtsgericht mit dem Hinweis, eine Rückgängigmachung der Umschreibung wäre nicht mehr möglich und das Unternehmen könne aber gemäß Paragraph 899 BGB die Eintragung eines Widerspruches bewirken, abgewiesen wurde.[1883] Landesrechtliche Anordnungen seien unrechtmäßig, die Werke unterständen nach wie vor dem Kontrolloffizier in Berlin, so erneut das Argument der Wacker-Chemie, die noch einmal Protest bei der Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme in Berlin, bei der Deutschen Wirtschaftskommission und dem sowjetischen Kontrolloffizier einlegte.[1884]

Nach der Enteignung wurde für die Liquidationsmasse auf Antrag des Finanzamtes beim zuständigen Amtsgericht Bad Liebenwerda ein sogenannter Nachlasspfleger beantragt. Diese Aufgabe übernahm der ehemalige kaufmännische Leiter des Ferrowerkes Wilhelm Koch. Er sollte als Ansprechpartner und zustellungsberechtigter Vertreter anstelle der Wacker-Chemie fungieren. Steuerrechtlich wurde er nie belangt, da die Vermögensmasse der aufgelösten Betriebe für eventuelle Forderungen ausreichte. Die Pflegschaft endete 1950.[1885] Die Werke firmierten in der Folgezeit als „Vereinigung volkseigener Betriebe Chemie, Metallurgie und Maschinenbau Elektrochemische Werke Mückenberg“. Der Verlust der drei Werke in Tschechnitz und Mückenberg war ein herber Schlag für das Unternehmen. Die Rede war von einem Verlust von 50,5 Prozent des Gesamtvermögens der Wacker-Chemie. Nach Umlage und Abzug der Sonderabschreibungen entsprach dies sogar einem nominellen Verlust von 57 Prozent des Gesellschaftskapitals.[1886]

4.6 Fortbestehen als volkseigener Betrieb

Die Demontagetrupps hatten das Gelände noch nicht verlassen, als sich die Werkleitung des Ferrowerkes schon an die IHK in Halle mit der Bitte um Wiederaufnahme einer kleinen Produktion wandte. Zu diesem Zeitpunkt waren gerade noch zwölf Mann im Ferrowerk beschäftigt.[1887] Man hatte mit der Erlaubnis der beiden sowjetischen Werkskommandanten in der Schlosserei eine kleine Werkstatt eröffnet, mit der die noch verbliebenen Arbeitskräfte

[1883] HUW 39 D 86, Schriftwechsel der Wacker-Chemie mit dem Bipartite Controll Office vom 17. und 23. November 1948.
[1884] Vgl. HUW 39 D 86, Schreiben Decker an Amtsgericht Bad Liebenwerda, 6. Oktober 1948 und HUW 39 D 86, Decker an das Bipartite Control Office in Frankfurt, 27. Oktober 1948.
[1885] Vgl. LASA Mers. C 129 Amtsgericht Liebenwerda, Az. 6 VI 112/49, passim. Zum Ende der Pflegschaft vgl. Brief Kochs an das Amtsgericht, 8. Oktober 1950, fol. 4.
[1886] Vgl. HUW 4 C 21, Wertberechnung des I.G.-Anteils an der Wackerchemie, 4. Februar 1946.
[1887] Vgl. LASA MD, K 6, Nr. 1926, Aktenvermerk der Unterabteilung Sicherung der Wirtschaft Halle, 30. Januar 1945, fol. 94.

finanziert werden mussten.[1888] Nachdem die Demontagearbeiten Mitte Januar 1946 zumindest für das Ferrowerk als beendet galten, beantragte die IHK mit Unterstützung der Provinzialverwaltung in Halle und der Zentralverwaltung der deutschen Industrie in Berlin bei der Sowjetischen Militäradministration der Provinz Sachsen umgehend die Freigabe einer Werkhalle zur Erzeugung von Beagid.[1889] Dass dieser Antrag erfolgreich war, erstaunt nicht, zumal in den ehemaligen Wacker-Werken die einzige Beagid-Presse der sowjetischen Zone stand. In der Nachkriegszeit waren Beagid und Carbid begehrte Mangelwaren, die nicht nur angesichts des großen Reparaturbedarfes dringend für autogene Schweiß- und Schneideapparate benötigt wurden. Der Werkleiter des Chemowerkes Heckmaier plante daher nach einer gewissen Anlaufzeit, in der das benötigte Carbid zunächst von benachbarten Fabriken angeliefert werden sollte, im Chemowerk selbst wieder einen Carbidofen zu betreiben. Darüber hinaus war das Ferrowerk Teil des Waggonreparatur-Programms, das Chemowerk Sammelstelle für Fuselöl geworden.[1890] Es konnte also auch nach der Demontage in einem relativ kleinen Maßstab weitergearbeitet werden. Allerdings musste die SMAD, als der Demontage-Trupp nach Verlassen des Werkes durch eine sowjetische Bewachungseinheit unter der Führung Kapitän Ramasanows ersetzt wurde, das Ferrowerk erst einmal offiziell freigeben und in die Hände einer deutschen Betriebsleitung legen, bevor mit der geplanten Produktion begonnen werden konnte.[1891] Der Antrag wurde genehmigt, der Betrieb, so weit möglich, wieder aufgenommen. Die Leitung des Ferrowerkes übernahm erneut Richard Behles. In der Folgezeit blieb es nicht bei der Erzeugung von Carbid und Beagid. So sahen die Planzahlen für beide Werke im dritten Quartal 1948 neben 100 Tonnen Beagid auch kleinere Mengen Butylacetat, Amylalkohol, Amylacetat und Lösungsmittel für Nirtrolacke und Harze vor. Außer bei Beagid lag die Produktionsmenge der anderen Stoffe jedoch deutlich unter zehn Tonnen.[1892]

Da das Chemowerk einerseits vollständig demontiert und der verbliebene Rumpfbetrieb des Ferrowerkes andererseits nur minimale Mengen produzieren konnte, ging man bei der Wacker-Chemie zunächst davon aus, dass, wenn überhaupt, nur ein kleiner Nachfolgebetrieb

[1888] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Wacker-Werke Mückenberg an Industriewerke der Provinz Sachsen Industrie Gruppe Chemie, 13. Januar 1947, fol. 78.
[1889] Vgl. den Schriftwechsel der Wacker-Chemie und der IHK vom 16. November 1945 und 8. Februar 1946 unter LASA MD, K 34, Nr. 333, fol. 95, 97 und 109 sowie das Schreiben beider Wacker-Werke an die Industriewerke der Provinz Sachsen Industriegruppe Chemie, 9. Oktober 1946, S. 2 in LASA MD K 31, Nr. 456, fol. 95.
[1890] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 456, Abschrift Industriewerke Abteilung 12 an Mückenberg, 14. Juni 1947, fol. 46.
[1891] Vgl. LASA MD, K 6, Nr. 1926, Besuchsbericht des Ferrowerkes Amt für Technik, 29. Januar 1945, fol. 95.
[1892] Vgl. LASA MD K 31, Nr. 1678, Auflistung IW vom 18. Mai 1948, 17. und 23. November 1948, fol. 118.

auf dem Gelände entstehen würde. Im offiziellen Schriftwechsel traten die ursprünglich getrennten Werkleitungen daher bereits ab 1946 als eine Einheit auf. Doch es kam anders: Aufgrund der günstigen Standortfaktoren entstanden auf dem ehemaligen Gelände der Wacker-Chemie zu Beginn der 1950er Jahre gleich zwei volkseigene Betriebe.[1893] Im Bereich des demontierten Chemowerkes wurde gemäß der Anweisung des DDR-Ministerrates 1951 mit dem Bau einer Großkokerei begonnen.[1894] Aufgabe dieses sogenannten Schwerpunktbetriebes war es, aus Braunkohle hüttenfähigen Hochtemperaturkoks (BHT) zu erzeugen.[1895] Nachdem die benötigten Grundstücke an den VEB Braunkohlewerk (BKW) Lauchhammer übertragen worden waren, begann im Oktober 1951 der Abriss der restlichen Werksanlagen durch einen Bautrupp von rund 300 Arbeitskräften.[1896] Zwischenzeitlich arbeiteten beinahe 4.000 Arbeitskräfte auf der Baustelle mit. Entscheidend für die Wahl des Standortes war die Nähe zu den beiden Tagebauen in Kleinleipisch und Klettwitz, wo besonders asche- und schwefelarme Braunkohle abgebaut werden konnte. Der auf dem ehemaligen Gelände des Chemowerkes erzeugte Koks sollte der Eisenproduktion dienen, wo er „mit hohem Heizwert und ohne Stichflamme“ brannte.[1897] Der Neubau war im Juni 1952 schließlich soweit abgeschlossen, dass die erste Ofeneinheit ihre Arbeit aufnehmen konnte.[1898]

Von der Allgemeinen Carbid-Verkaufs-Gesellschaft in Berlin erfuhr die Wacker-Chemie im Oktober 1951 zudem, dass sich auch das Ferrowerk „wieder im Aufbau“ befand. Dort sollten künftig unter der Leitung des bisherigen Chefs der kaufmännischen Abteilung des Spremberger Lonza-Werkes jährlich rund 7.000 Tonnen Ferrosilicium produziert werden, das in den nicht weit entfernten Produktionsstätten der ehemaligen Mitteldeutschen Stahlwerke AG dringend benötigt wurde.[1899] Die Informationen waren richtig. Auf dem Betriebsgelände des Ferrowerkes ging am 26. April 1952 das neue VEB Ferrolegierungswerk Mückenberg mit

[1893] Ursprünglich sollten beide Werke zusammengelegt werden, da sich ein Wiederaufbau des Chemowerkes nach Abschluss der Volldemontage nicht mehr lohnte (vgl. LASA MD, K 6, Nr. 1926, Aktenvermerk der Unterabteilung Sicherung der Wirtschaft Halle, 30. Januar 1946, fol. 94).
[1894] Bayerl, Braunkohleveredelung, S. 180.
[1895] Zur Entwicklung dieser Technologie und ihrer Anwendung in der Großkokerei Lauchhammer vgl. Osburg / Petzold, BHT-Kokereien, S. 179-197.
[1896] Zur Übertragung der Grundstücke vgl. LASA MD, K 3, Nr. 10958, Innenministerium der Deutschen Demokratischen Republik an Landesregierung Sachsen-Anhalt, Amt zum Schutze des Volkseigentums, 18. Oktober 1951, fol. 14.
[1897] Zeidler, Lauchhammer, S. 165; zum Aufbau der Großkokerei auch Kommission für Betriebsgeschichte, VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, S. 96-102 und Baxmann, Biotürme, S. 37-56.
[1898] Vgl. LASA MD, K 6, Nr. 1926, Aktenvermerk der Unterabteilung Sicherung der Wirtschaft Halle, 30. Januar 1945, fol. 94.
[1899] Für das Ferrolegierungswerk war zunächst nur ein Ofen mit einer Jahresleistung von 1.800 Tonnen vorgesehen, angesichts der steigenden Stahlproduktion beschloss der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik jedoch die Kapazität auf knapp 8.000 Jahrestonnen zu erhöhen. Die Mittel hierfür stammten aus der Reserve des Investitionsplanes von 1951 (vgl. BArch DC 20-I/3 64, Entwurf des Beschlusses, 7. August 1951).

einem Elektroschmelzofen zur Erzeugung von Ferrosilicium in Betrieb.[1900] Der Betrieb sollte weiter ausgebaut werden, wofür laut Vertrauensmann der Allgemeinen Carbid-Verkaufs-Gesellschaft schon 1952 rund 1,8 Millionen Mark eingeplant wurden.[1901] Allerdings gab es zu dieser Zeit Schwierigkeiten in der Energieversorgung, so dass der weitere Ausbau vorerst verschoben werden musste.[1902] Die Zugehörigkeit des Ferrolegierungswerkes innerhalb der übergeordneten Organe der DDR-Planwirtschaft wechselte nach der Inbetriebnahme mehrfach. Bei Produktionsbeginn gehörte es zur Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Eisen-, Ferrolegierungs- und Walzwerke (EFW) Leipzig, die aber bereits im Gründungsjahr des Ferrolegierungswerkes wieder aufgelöst wurde. Im Jahr 1950 wurde das Ferrolegierungswerk dem Ministerium für Industrie, Abteilung Metallurgie unterstellt und an die VVB Vesta in Leipzig angliedert.[1903]

Hatte das Ferrolegierungswerk in den 1960er Jahren noch mehrere hundert Mitarbeiter beschäftigt, so waren es bei seiner Stilllegung im Herbst 1991 nur noch 110 Arbeitnehmer.[1904] Auch die auf dem ehemaligen Gelände des Chemowerkes gelegene Kokerei Lauchhammer stellte ihren Betrieb im Oktober 1991 ein. Es folgte der Rückbau und die Sanierung des Industriegeländes und damit einhergehend der Abriss der Anlagen.[1905] Die Wiedernutzbarmachung des Areals ist inzwischen so weit vorangeschritten, dass sich auf dem Gelände unter anderem ein Industriepark sowie ein vom Bund Naturschutz gepflegtes Neuteichgebiet befindet.

[1900] Zur weiteren Entwicklung des Ferro- und Chemowerkes in der DDR vgl. Lorenz, Industriegeschichte, S. 46-49.
[1901] Gottfried Vopel von der Allgemeinen Carbid-Verkaufs-Gesellschaft in Berlin informierte die Wacker-Chemie zu dieser Zeit regelmäßig über die ihm durch einen Vertrauensmann in der DDR zugetragenen Erkenntnisse zu den ehemaligen Wacker-Werken in Mückenberg (vgl. den Schriftwechsel zwischen Vopel und der Wacker-Chemie aus den Jahren 1951 und 1952 unter HUW 10 E 22).
[1902] Vgl. Lorenz, Industriegeschichte, S. 47.
[1903] Zur Rechtsträgeränderung 1950 vgl. LASA MD, K 3, Nr. 10958, VVB Chemie Sachsen-Anhalt an Amt zum Schutze des Volkseigentums, 30. Oktober 1950, fol. 50.
[1904] Vgl. Lorenz, Industriegeschichte, S. 64.
[1905] Vgl. Lorenz, Industriegeschichte, S. 64-66; zum Braunkohlenkombinat Lauchhammer in den Jahren 1956 bis 1963 vgl. Kommission für Betriebsgeschichte, Bergarbeiterland in Volkeshand, S. 138-221.

D) Schlussbetrachtungen

Die Wacker-Chemie erzeugte im Untersuchungszeitraum eine breite Palette verschiedenster chemischer (Zwischen-)Produkte. Wie die einzelnen Produktions- und Investitionsentscheidungen der Wacker-Chemie für den Standort Mückenberg gezeigt haben, unterlagen die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche Handeln und die unternehmenspolitischen Entscheidungen der Konzernleitung zwischen dem ausgehenden Kaiserreich und der frühen Nachkriegszeit einem signifikanten Wandel. Die Unternehmenspolitik orientierte sich bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung ausschließlich am Markt, der aber für einen Großteil der (elektro-)chemischen Erzeugnisse durch Syndikate, Kartelle und Konventionen geregelt war. Die entsprechenden Vereinbarungen hierfür wurden von den jeweiligen Produzenten selbst ausgehandelt. Dieser Mechanismus blieb auch in den Jahren der Weltwirtschaftskrise wirksam, obwohl diese bereits verstärkt staatliche Eingriffe in das Wirtschaftssystem mit sich brachte. Ab 1933 beeinflussten und beschränkten die nationalsozialistische Subventionspolitik, die sukzessive Verschärfung des Bewirtschaftungssystems sowie die zentrale staatliche Produktionslenkung die Neuinvestitionen der Wacker-Chemie auf bestimmte rüstungs- und kriegsrelevante Bereiche und nahmen so Einfluss auf die Unternehmenspolitik. Nach Verkündigung des Vierjahresplanes 1936 hing die Unternehmensentwicklung, wie letztlich die gesamte geschäftliche Existenz des Konzerns, von der Bedeutung der jeweiligen Produktpalette für die Rüstungs- und Kriegswirtschaft ab. Angesichts der sich stetig zuspitzenden Mangelwirtschaft steuerten Dringlichkeitsstufen und Ranglisten die Zuteilung der kontingentierten Ressourcen an die Unternehmen. Die Bewirtschaftung der Märkte, die Steuerung der Industrie mittels Anreiz- und Strafpolitik sowie die zentrale Lenkung der Produktionsprozesse erreichten in den Kriegsjahren ihren Höhepunkt.

Trotz dieser Einschränkungen und Vorgaben wurden die Entscheidungen der Geschäftsleitung bei der Wacker-Chemie weiterhin von ökonomischen Maximen und Marktprognosen geleitet. Erschien eine staatliche oder militärische Anfrage aus wirtschaftlicher Sicht oder in Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens in der Friedenswirtschaft nicht sinnvoll, lehnte die Wacker-Chemie das entsprechende Vorhaben entweder ab oder schlug den Behörden ein anderes Unternehmen zur Realisierung des Projektes vor. Übernahm man die Umsetzung selbst, ließ sich der Konzern die langfristige Wirtschaftlichkeit durch Garantien und Subventionen absichern. In anderen Fällen erklärte

sich das Unternehmen ohne Einschränkungen zu einem Ausbau der eigenen Kapazitäten bereit oder trug bestimmte gewinnversprechende Investitionspläne selbst an die Behörden heran. Das Unternehmen und seine Führungskräfte befanden sich folglich in einem permanenten Aushandlungsprozess mit den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft, den staatlichen Ämtern und Ministerien sowie den unterschiedlichsten militärischen Stellen, in denen wiederum meist auch Vertreter der Großindustrie saßen. Dabei verfolgte die Wacker-Chemie ihre Interessen nicht nur bei der staatlichen Produktions- und Investitionsplanung, sondern auch bei der Verteilung von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen oder Arbeitskräften, bei deren Beantragung die Kriegswichtigkeit des eigenen Produktionsprogramms dargelegt werden musste. Bei der Verteilung von Rohstoffen wirkte die Wacker-Chemie, wie das Beispiel Chromerz zeigt, selbst mit. Mitglieder der Geschäftsleitung engagierten sich zudem in verschiedenen Planungs- und Besprechungsausschüssen, in denen die Produktionsmengen der deutschen Industrie festgelegt, Produktionsschwierigkeiten erörtert sowie die Umlegung der Soll-Zahlen auf die jeweiligen Einzelbetriebe entschieden wurden. Das Engagement des Konzerns in diesen Gremien betraf vor allem zentrale Produkte des eigenen Herstellungsprogramms, wie etwa Acetaldehyd, Ferrolegierungen oder Kunststoffe. So gewannen nach 1933 die nationalsozialistischen Programme und Zielvorgaben zwar Einfluss auf die Forschungs- und Produktionsschwerpunkte der Wacker-Chemie, eine Anpassung der Produktpalette erfolgte jedoch nicht. Das Herstellungsprogramm änderte sich weder durch die nationalsozialistischen Aufrüstungsbemühungen noch durch die Eingliederung in das Kriegswirtschaftssystem. Die Produkte selbst blieben gleich, nur die Produktionsmengen und Produktionsschwerpunkte variierten nach Kriegsbeginn entsprechend der staatlichen und militärischen Nachfrage. Als einzige Ausnahme hiervon könnte der Erwerb der Elektroschmelzwerke Kempten AG im Jahre 1933 gewertet werden, mit dem die Neuaufnahme von Siliciumcarbid in das Produktionsprogramm einherging, und was 1935 schließlich auch zur Errichtung einer Siliciumcarbid-Anlage am Standort Mückenberg führte. An dieser Stelle muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Wacker-Chemie die Aufnahme dieser Sparte in ihre Produktpalette bereits Jahre zuvor erwogen, dann aber aus Finanzmangel nicht realisiert hat. Zudem ist Siliciumcarbid aus produktionstechnischer Sicht dem Herstellungsprozess der Ferrolegierungen ähnlich, so dass die getroffene Entscheidung als naheliegend bezeichnet werden kann. Zumindest stellt sie keine Überraschung dar.

In den Kriegsjahren produzierte die Wacker-Chemie rund dreißig (elektro-)chemische Erzeugnisse.[1906] Davon wurden dreizehn am Standort Mückenberg hergestellt; Ferrosilicium, Calciumsilicium, Aluminiumlegierungen und Ethylalkohol sogar ausschließlich dort.[1907] Zur Verdeutlichung der Dimensionen: Das Ferrowerk erzeugte 1944 eine Ferrochrom-Menge in Höhe von rund 5.000 Tonnen Reinchrom jährlich. Hinzu kamen rund 6.000 Tonnen Ferrosilicium, 8.000 Tonnen Calciumsilicium bzw. Dreistofflegierungen, 5.000 Tonnen Siliciumcarbid, 5.500 Tonnen Ätznatron, 5.000 Tonnen Chlor, 7.000 Tonnen Trichlorethylen, 1.300 Tonnen Perchlorethylen und 30.000 Tonnen Carbid.[1908] Auf Carbid basierte auch die Produktion des Chemowerkes, die sich im selben Jahr auf circa 68.500 Tonnen Carbid, 25.000 Kubikmeter Acetylen, 40.000 Tonnen Acetaldehyd, 80.000 Hektoliter Ethylalkohol sowie gut 10.000 Tonnen Essigether belief. Während das Ferrowerk 1944 etwa 27.000 Tonnen Ferrolegierungen erzeugte, hatte sich die E-Anlage Mückenberg auf die Herstellung von Chlorkohlenwasserstoffen eingespielt. Das Chemowerk produzierte große Mengen chemischer Zwischenprodukte, der Tschechnitzer Betrieb stellte Ferrolegierungen und Schweißpulver her und das Stammwerk in Burghausen forcierte den Ausbau der Kunststoffe und Kunstfasern. Obwohl die Produktionsstandorte des Konzerns auf diese Weise allmählich einen Arbeitsschwerpunkt entwickelten, beruhten viele der Erzeugnisse nach wie vor auf dem Ausgangprodukt Carbid, von dem die Wacker-Chemie noch dreißig Jahre nach ihrer Gründung insgesamt 170.000 Tonnen jährlich erzeugte.[1909]

Die Chlorkohlenwasserstoffe, die bei der Reinigung von Uniformen oder zur Entfettung von Patronenhülsen Verwendung fanden, dienten zwar ebenso wie der im Chemowerk erzeugte Ethylalkohol, der zur Treibstoffherstellung genutzt wurde, dem Kriegszweck, doch wurden sie nicht direkt an das Militär, sondern an Verbraucher wie Wäschereien, Rüstungsbetriebe oder die staatliche Reichsmonopolverwaltung geliefert. Trotz ihrer Funktion als Zulieferer von Zwischenprodukten für Rüstungsbetriebe wie Krupp oder die IG Farben Schkopau waren die beiden Wacker-Werke in Mückenberg damit nach zeitgenössischer Definition keine

[1906] Vgl. die Technischen Berichte der Jahre 1939 bis 1945 unter HUW 27 A 8 (1918-1943) und 27 A 9 (1944-1956).
[1907] Nicht berücksichtigt wurde hierbei Ferrochromsilicium, das zwar ebenfalls nur im Ferrowerk produziert wurde, aber nicht in den Verkauf gelangte, sondern wiederum der Erzeugung von Ferrochrom diente. Ethylalkohol wurde 1942 und 1943 nicht nur im Chemowerk, sondern in vernachlässigbar geringen Mengen (175 und 23 Hektoliter) auch in Burghausen hergestellt. 1944 wurde der Alkohol-Betrieb dort jedoch wieder eingestellt. Was die Produktion von Siliciumcarbid betrifft, verlagerte sich zwar die Produktion sukzessive von Kempten nach Mückenberg, die Bearbeitung des Rohmaterials erfolgte jedoch weiterhin überwiegend im Allgäu.
[1908] Die Zahlen stammen aus dem Technischen Bericht des Jahres 1944 unter HUW 27 A 9 und wurden gerundet.
[1909] Vgl. HUW 27 A 9, Technischer Bericht 1944, S. 43-53.

Rüstungsbetriebe. Vielmehr galten sie aufgrund ihrer zentralen kriegswirtschaftlichen Bedeutung als kriegs- und lebenswichtiger Betrieb und wurden als OKW-Spezialbetrieb klassifiziert. Die einzigen belegten Direktlieferungen von Mückenberg an die Wehrmacht bezogen sich auf Carbid. Dort diente es nachweislich zu Beleuchtungszwecken. Auch die Verwendung von Presscarbid als Schweißmittel ist denkbar.[1910] Allerdings wurde der Verkauf von Carbid zu Beleuchtungszwecken auch in den Kriegsjahren von den etablierten Kartellen, in diesem Fall der Carbid-Vereinigung GmbH, organisiert, in der neben der Wacker-Chemie 1942 neun weitere Carbid-Produzenten zusammengeschlossen waren. Da die Carbid-Produktionsmenge in Mückenberg meist ohnehin zu gering und zudem für die Weiterverarbeitung zu Acetaldehyd im eigenen Betrieb unentbehrlich war, ging von dort aus im Vergleich zum Standort Burghausen deutlich weniger Carbid in den Verkauf: Von den im vierten Quartal 1942 durch die Wacker-Chemie ausgelieferten knapp 400 Tonnen Carbid stammten beispielsweise 287 Tonnen aus Burghausen und 112 Tonnen aus Mückenberg. Damit wurden zwischen 1942 und 1944 folgende Wehrmachtsdienststellen versorgt: der Heimatgerätepark der Technischen Truppen in Coswig, die Kriegsmarinewerft in Kiel, das Baulager der Luftwaffe in Smolensk, das Heereszeugamt in Königsberg, die Heeresstandortverwaltung Neuhammer sowie die Luftzeuggruppe I in Gutenfeld.[1911] Die Carbid-Lieferungen aus Mückenberg an diese Wehrmachtsdienststellen waren folglich vergleichsweise gering und führten daher wohl nicht zu einer Einstufung als Rüstungsbetrieb. Mit der Anerkennung als Rüstungsbetrieb oder als kriegs- und lebenswichtiger Betrieb eng verbunden war die Betreuungsfrage. Während die Rüstungsbetriebe in den Verantwortungsbereich der Wehrmacht fielen, verblieben die Zuliefererwerke, zu denen Ferro- und Chemowerk zählten, beim Reichswirtschaftsministerium bzw. waren den jeweiligen Industrie- und Handelskammern zugeordnet.[1912]

Die Einstufung in das Dringlichkeits- und Bewirtschaftungssystem erfolgte in der Regel produktbezogen und bestimmte die Zuteilung von Arbeitskräften sowie die Versorgung der Werke mit den notwendigen Rohstoffen, Apparaturen, Versandoptionen und Strom. Die

[1910] Für die Wintermonate rechnete die Wehrmacht 1942 beispielsweise mit monatlich knapp 2.000 Tonnen Carbid zu Beleuchtungszwecken (vgl. HUW 10 C 44, Schreiben der Carbid-Vereinigung GmbH an ihre Mitgliedsfirmen, 23. Dezember 1942). Die Wacker-Chemie lieferte darüber hinaus Ellira-Schweißpulver an die Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven. Von welchem Standort diese Lieferungen versandt wurden, ist nicht bekannt (vgl. HUW 7 E 24, Aufstellung unerledigter Ellira-Aufträge, ohne Datum, [aus dem Kontext vermutlich März 1945]).

[1911] Vgl. HUW 10 C 44, Karbidlieferungen an Wehrmachtdienststellen, ohne Datum.

[1912] Die Industrie- und Handelskammer Halle war es auch, die das Ferrowerk im September 1939 als Wehrwirtschaftsbetrieb (W-Betrieb) anerkannte (vgl. HUW 10 C 44, IHK Halle an Richard Behles, 16. September 1939).

Wacker-Chemie stellte Erzeugnisse unterschiedlich hoher Relevanz für die Kriegswirtschaft her. Aufgrund der Wichtigkeit der meisten Produkte erhielt sie schließlich eine Priorität, die der eines Rüstungsbetriebes sehr nahekam. Der reibungslose Ablauf und das Erreichen der vorgegebenen Soll-Zahlen lagen folglich im Interesse des Militärs und der Behörden, wie etwa den Bewirtschaftungsstellen, dem zuständigen Rüstungskommando oder den Arbeitseinsatzbehörden.

Rohstoffe und Arbeitskräfte waren Grundvoraussetzungen für die Produktion, die vom Unternehmen benötigt und daher auch angenommen wurden. Aus heutiger Perspektive stand die Geschäftsleitung der Wacker-Chemie nach Beginn des Zweiten Weltkrieges daher vor der Wahl, entweder die Produktion zu drosseln bzw. ganz einzustellen oder die ihr nun von der Arbeitsverwaltung zugeteilten Arbeitskräfte anzunehmen. Innerhalb des Unternehmens wurde diese Problematik jedoch nicht oder zumindest nicht schriftlich fixiert diskutiert. Erst die Zuteilung ausländischer Arbeitskräfte ermöglichte es der Wacker-Chemie, in den Kriegsjahren weiter zu produzieren und steigende Umsätze zu erzielen. Dabei hätte es das Unternehmen in mehrfacher Hinsicht vorgezogen, deutsche Arbeitnehmer zu beschäftigen: Einerseits waren ausländische Zivilarbeiter in der Regel nicht kostengünstiger als deutsche Mitarbeiter, andererseits mussten die ausländischen Arbeitnehmer angelernt werden. Hinzukamen Sprachschwierigkeiten, ein erhöhtes Unfallrisiko und Zusatzkosten für Dolmetscher. Einige Gruppen trafen ohne geeignete Bekleidung oder wie im Falle der sowjetischen Kriegsgefangenen unterernährt und nicht leistungsfähig in den Werken ein. Ihr Einsatz war aus der Perspektive der Unternehmensleitung nicht effizient, zudem mit hohen Zusatzkosten für die Unterbringung, Verpflegung und Ausstattung verbunden.[1913] Hinzu kam ein nicht zu unterschätzender bürokratischer Aufwand für die nichtdeutschen Belegschaftsmitglieder, der nicht nur personelle Ressourcen, sondern auch zusätzliche finanzielle Mittel band.

Ferro- und Chemowerk Mückenberg spielten für den Konzern nicht nur aufgrund ihrer Produktionskapazitäten und der dort erzielten Produktionsergebnisse eine wichtige Rolle, sie trugen darüber hinaus maßgeblich zur positiven Umsatzentwicklung der Wacker-Chemie bei (vgl. Tabelle 57).[1914] Die Expansion des Unternehmens spiegelte sich sowohl im Umsatz, dem

[1913] Eine Wohnbaracke kostete je nach Größe 12.000 bis 18.000 Reichsmark zuzüglich 6.000 bis 8.000 Reichsmark für die Inneneinrichtung. Für die Krankenbaracke des Gemeinschaftslagers bezahlte die Wacker-Chemie 15.000 Reichsmark (vgl. HUW 10 C 1, Aktennotiz Feuerversicherung Gemeinschaftslager, 13. Mai 1942).

[1914] Beide Mückenberger Werke wurden im Juli 1942 aufgrund ihrer Kriegswichtigkeit vom Landeswirtschaftsamt Magdeburg angehalten, ihre Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte nicht mehr zu

Gewerbekapital als auch dem Gewinn der Gesellschaft wider (vgl. Tabelle 55).[1915] Nach eigener Einschätzung verdankte die Gesellschaft den kontinuierlichen Unternehmenserfolg bis 1945 (vgl. Abbildung 18) einerseits ihrer langjährigen Entwicklungs- und Forschungsarbeit, die innerhalb des Konzerns stets einen hohen Stellenwert eingenommen hatte, andererseits der erfolgreichen strategischen Unternehmenspolitik.[1916]

Betrachtet man die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen der Wacker-Chemie im Untersuchungszeitraum genauer, stellt man fest, dass der Konzern seinen höchsten Zugewinn im Jahr 1939 verzeichnete. Er stieg laut den kaufmännischen Berichten des Unternehmens von 61,06 Millionen auf 74,76 Millionen Reichsmark an, was einem Umsatzplus von 13,7 Millionen bzw. einer Steigerung um 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entsprach (vgl. Tabelle 56).[1917] In einem Schreiben an die IG Farben ging die Geschäftsführung sogar von noch höheren Werten aus (vgl. Tabelle 55).[1918] Einen Großteil dieses Zugewinns erwirtschaftete der Standort Mückenberg: Während im Mai 1939 der Beginn der Carbidsprit-Lieferungen aus Mückenberg an die Reichsmonopolverwaltung einen deutlichen Zugewinn mit sich brachte, sah die Geschäftsleitung auch im Folgejahr den Hauptgrund für die steigenden Umsätze im Produktionsbeginn der Chlor- und Chlorkohlenwasserstoff-Erzeugung des Ferrowerkes.[1919]

Jahr	Umsatz	Gewerbekapital	Steuerpflichtiger Gewinn
1938	64.910.000	36.229.000	12.895.000
1939	77.744.000	58.617.000	15.389.000
1940	88.568.000	65.423.000	18.104.000
1941	100.131.000	77.028.000	19.886.000
1942	109.921.000	76.238.000	20.284.000

Tabelle 55: Umsatz - Gewerbekapital - Gewinn der Wacker-Chemie 1939-1944 in Reichsmark

Der Verkauf von Carbidsprit aus Mückenberg machte 1939 mit 5,76 Millionen Reichsmark der insgesamt 13,7 Millionen beinahe die Hälfte des Umsatzplus aus. Im Geschäftsjahr 1940 überschritt der Umsatz des Gesamtkonzerns (einschließlich des Absatzes der

veröffentlichen, auch die Handelsregistereintragungen sollten künftig Beschränkungen unterliegen und für Dritte nicht einsehbar sein. Rechtsgrundlage für die Außerkraftsetzung der handelsrechtlichen Vorschriften „aus Gründen der öffentlichen Ordnung“ waren die Gesetze vom 30. September 1936 über „die Einsicht in gerichtliche öffentliche Bücher und Register“ sowie die „Verordnung über die Befreiung von der Einhaltung handelsrechtlicher Vorschriften“ vom 15. Januar 1940, abgedruckt in: RGBl. I (1936), S. 853 und RGBl. I (1940), S. 196.

[1915] Vgl. HUW 4 B 26, Schreiben der Wacker-Chemie an Hermann Schmitz, 18. Januar 1944.

[1916] Vgl. ebd.

[1917] Vgl. Zahlen der Kaufmännischen Berichte für die Jahre 1938 und 1939 unter HUW 7 E 41.

[1918] Vgl. HUW 4 B 26, Schreiben der Wacker-Chemie an Hermann Schmitz, 18. Januar 1944.

[1919] Vgl. HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1940, S. 1.

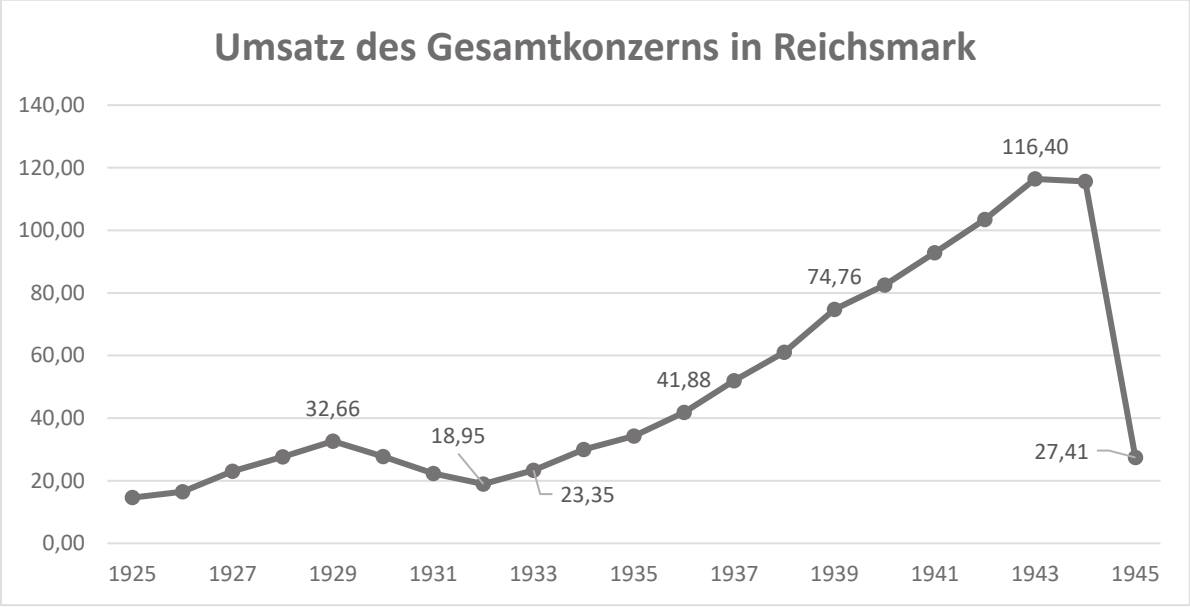
Elektroschmelzwerk Kempten AG) schließlich erstmals die 100-Millionen-Grenze. Das Umsatzplus 1941 war den Produktionssteigerungen in den Bereichen Lösungsmittel, Kunststoffe und dem Auslandsabsatz zu verdanken.[1920]

Jahr	Umsatzsteigerung in Millionen	Umsatzsteigerung im Vergleich zum Vorjahr in Prozent
1939	13,7	22,4
1940	7,75	10,4
1941	10,30	12,5
1942	10,65	11,5
1943	12,94	12,5
1944	-0,76	Stagnation
1945	-88,23	Umsatzverlust

Tabelle 56: Umsatzsteigerungen 1939-1945 in Millionen Reichsmark

Angesichts der positiven Geschäftsentwicklung gelang es der Wacker-Chemie bereits 1942 den für die Investitionen in Mückenberg (Chemowerk) aufgenommenen Reichskredit zu tilgen.[1921]

Abbildung 18:Umsatzentwicklung 1925-1945 in Millionen Reichsmark



Mit der Inbetriebnahme des Vinnol-Betriebsteils in Burghausen und der Essigether-Anlage in Mückenberg verbesserte sich der Umsatz des Konzerns auch 1943 trotz neuer Preissenkungen und dem Zukauf teurer Strommengen weiter. Ein niedriger Lagerbestand und eine

[1920] Vgl. ebd. für das Jahr 1941.

[1921] Damit war 1943 nur noch der Wifo-Kredit über fünf Millionen Reichsmark offen (vgl. HUW 7 E 41, Schreiben Gajewskis nach Übermittlung des Jahresberichtes mit Glückwünschen für das gute finanzielle Ergebnis der Wacker-Chemie, 30. Dezember 1942 und HUW 27 A 8, Jahresüberblick 1943, S. 6).

zurückhaltende Investitionspolitik erhöhten zudem die Liquidität des Unternehmens. Die flüssigen Mittel stiegen daher von zwei Millionen Reichsmark 1942 auf sieben bis acht Millionen Reichsmark 1943 an. Die Produkte des Chemowerkes Acetaldehyd (sechs Prozent), Essigether (sechs Prozent) und Carbidsprit (drei Prozent) machten im Folgejahr rund fünfzehn Prozent des Gesamtumsatzes der Wacker-Chemie aus. Das Chromerz-Geschäft stellte sechs Prozent.

Die Umsatzsteigerungen beruhten auf der Expansion aller Standorte, einzige Ausnahme bildete das Salzbergwerk Stetten, dessen Umsatz von 341.152 Reichsmark im Geschäftsjahr 1934 auf 192.637 Reichsmark 1939 absank (vgl. Tabelle 57).[1922] Einen signifikanten Einschnitt in der Umsatzentwicklung stellte die Inbetriebnahme des Chemowerkes dar. Während der Standort Mückenberg in seiner expansiven Phase 1934 bis 1938 zwischen 22 und 30 Prozent des Gesamtumsatzes erwirtschaftete, erhöhte sich der Mückenberger Anteil durch das zweite Werk auf 35 Prozent mit deutlicher Tendenz nach oben. Ebenfalls einen sehr beachtlichen, beinahe sprunghaften Zugewinn erzielte der Standort Tschechnitz. Ausgehend von knapp 13.000 Reichsmark 1934, stieg der Umsatz hier in nur wenigen Jahren auf über vier Millionen Reichsmark an. Parallel zur Umsatzsteigerung wuchsen jedoch auch die vom Unternehmen zu leistenden Abgaben. Körperschaftssteuer und steigender Kriegszuschlag sorgten dafür, dass sich der Gewinn nicht proportional zum Umsatz entwickeln konnte (vgl. Abbildung 19). Auch die Verkaufspreise sanken weiter.

Jahr	Umsatz Konzern	Burghausen	Tschechnitz	Ferrowerk	Chemowerk	Mückenberg in %
1934	30.010.764	20.021.797	12.724	6.622.690	-	22,1
1935	34.259.373	20.440.061	394.173	9.634.031	-	28,1
1936	41.884.589	24.138.497	1.186.846	11.568.346	-	27,6
1937	51.935.467	29.845.761	2.921.982	12.881.063	-	24,8
1938	61.067.844	32.690.159	3.843.993	18.378.768	-	30,1
1939	74.762.744	38.369.087	4.044.812	20.669.997	5.768.995	35,4

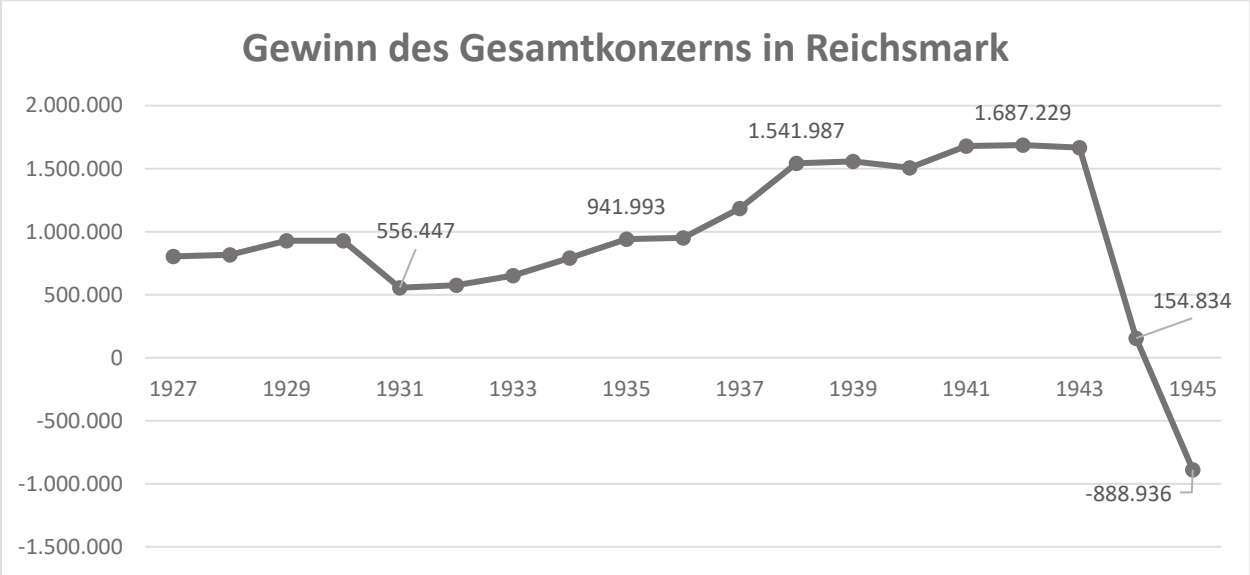
Tabelle 57: Umsatz nach Standorten 1934-1939 in Reichsmark

Diese Entwicklung setzte sich in den späteren Kriegsjahren fort: So stieg der Umsatz 1942 zwar um acht Prozent, der steuerpflichtige Gewinn jedoch nur um etwa 1,5 Prozent.[1923] Im gleichen Jahr enttäuschte auch die schlechte Ferrochrom-Erzeugung, die 1942 ihren Tiefstand erreichte. Die mit der Einfuhr des Erzes und der Verarbeitung minderwertiger Erze

[1922] HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht des Jahres 1939, S. 17.
[1923] HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1942, S. 1-2.

verbundenen Zusatzkosten sollten im Folgejahr durch eine neue Preisregelung gemildert werden, die den Mehrverarbeitungskosten der Produzenten Rechnung trug.

Abbildung 19: Gewinnentwicklung 1927-1945



Der Reingewinn des Unternehmens, der 1937 erstmals die Eine-Million-Grenze überschritt, entwickelte sich angesichts der hohen Abgaben und Verbindlichkeiten, gemessen am Umsatz, mäßig und erreichte seinen Höhepunkt, zeitlich versetzt, im Jahr 1942, bevor er 1944 massiv einbrach und sich 1945 zum Verlust entwickelte. Rote Zahlen hatte die Wacker-Chemie zuvor nur infolge der Hyperinflation 1923 und 1924 geschrieben, selbst in den Jahren der Weltwirtschaftskrise konnte ein Gewinn erwirtschaftet werden. Eine Zugewinnsumme in Höhe von rund 357.00 Reichsmark bzw. 234.000 Reichsmark, wie etwa in den Jahren 1937 und 1938, konnte in den Kriegsjahren jedoch gleichfalls nicht mehr erzielt werden. Lag der Gewinn 1942 noch bei knapp 1,7 Millionen Reichsmark, so gelang es dem Unternehmen im Geschäftsjahr 1944 nur noch, ein Plus von rund 155.000 Reichsmark zu erwirtschaften. Auch der Umsatz stagnierte im vorletzten Kriegsjahr. Erhöhte Kosten, wie etwa für die Unterbringung und Versorgung der ausländischen Arbeitskräfte, höhere Strompreise, gestiegene Rohstoffpreise bei gleichzeitiger Senkung der Verkaufspreise[1924] oder aber auch die bereits erwähnten kriegsbedingten Steuererhöhungen reduzierten den Unternehmensgewinn nun deutlich. Hinzu kamen in den späteren Kriegsjahren eine zwangsweise Verlagerung des Produktionsschwerpunktes auf weniger ertragreiche

[1924] Hiervon besonders hart getroffen wurde der noch junge Bereich der Kunststoffe. Für Vinnol vgl. etwa HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1944, S. 1.

Erzeugnisse sowie zahlreiche Betriebsunterbrechungen durch technische Störungen und Fliegeralarme.[1925]

Jahr	Gewinn in RM	Veränderung in RM	Umsatzrentabilität (Prozent)
1933	650.682	+75.115	2,79
1934	790.402	+139.720	2,64
1935	941.993	+151.591	2,75
1936	950.371	+8.378	2,26
1937	1.184.580	+234.209	2,28
1938	1.541.987	+357.407	2,53
1939	1.558.718	+16.731	2,08
1940	1.507.360	-51.358	1,83
1941	1.679.505	+172.145	1,81
1942	1.687.229	+7.724	1,63
1943	1.667.914	-19.315	1,43
1944	154.834	-1.513.080	0,13
1945	-888.936	-1.043.770	-

Tabelle 58: Umsatzrentabilität der Wacker-Chemie 1933-1945

Im Ergebnis bedeutete dies, dass von der Wacker-Chemie zwar auf der einen Seite von Jahr zu Jahr mehr Waren produziert und abgesetzt wurden, was den Umsatz kontinuierlich steigen ließ, dass auf der anderen Seite damit jedoch nicht zwangsläufig auch eine Steigerung des Gewinnes verbunden war (vgl. Tabelle 58). Betrachtet man beispielsweise die Umsatzrentabilität, fällt auf, dass diese mit Kriegsbeginn kontinuierlich sank (vgl. Tabelle 58). Während sie im letzten Friedensjahr 1938 noch bei 2,53 Prozent lag, unterschritt sie bereits 1940 die Zwei-Prozent-Grenze und fiel bis 1944 auf 0,13 Prozent herab. Die höchsten Umsatzrenditen wurden folglich in den expansiven Jahren nach der Weltwirtschaftskrise erzielt, in denen das Unternehmen massive Investitionen getätigt hatte. Einen deutlichen Einschnitt für den Gesamtkonzern brachte das letzte Kriegsjahr mit sich. Bereits in den ersten Monaten 1945, in denen noch regulär produziert wurde, erschwerten die Produktionsausfälle zunehmend den Betrieb. Darüber hinaus hemmten Transportschwierigkeiten den Versand der Ware.

Mit der Besetzung der Standorte Tschechnitz (Ende Januar 1945) und Mückenberg (20. April 1945) durch die sowjetische Armee brach schließlich mehr als die Hälfte des Unternehmens-

[1925] HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht für das Jahr 1944, S. 1.

umsatzes weg.[1926] Der Verlust lag bei gut einer Million Reichsmark, wobei der Absturz bereits 1944 erfolgte, als man im Vergleich zum Vorjahr 1,5 Millionen weniger Gewinn erzielen konnte (vgl. Abbildung 19). Laut einer Auflistung für die Feststellung und Beweissicherung von Vermögensschäden in der SBZ entfielen bei der Gewinnverteilung für die Steuerbilanz auf das Ferrowerk 24 Prozent, auf das Chemowerk 29 Prozent und auf Tschechnitz ein Prozent.[1927] Setzt man also den Gewinn in Relation zum jeweiligen Anlagevermögen der Standorte, erwirtschafteten die Werke in Mückenberg 1944 zusammen mehr als die Hälfte des Gesamtgewinns der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie. Dieser Gewinnanteil brach mit der Besetzung und Enteignung der drei Werke vollständig weg, auch die hohen, für den Ausbau dieser Standorte in den Jahren von 1933 bis 1944 getätigten Investitionen konnten sich nun nicht mehr wie geplant amortisieren.

Um die Frage zu klären, ob sich die Wacker-Chemie unternehmerisch selbst tragen könnte, wurde die finanzielle Situation des Unternehmens im Zuge der Entflechtung (1945-1953) genauestens überprüft. Neben den Kennzahlen Umsatz, Gewinn und Rentabilität spielten hierbei auch die Höhe des Eigenkapitals sowie sogenannte stille Reserven eine Rolle. Die Bewertung ergab bei der Handelsbilanz ein Reinvermögen von 18,5 Millionen Reichsmark, bei der Steuerbilanz jedoch ein Vermögen von 39,4 Millionen. Die Differenz stellte eine stille Reserve in Höhe von 20,9 Millionen Reichsmark dar.[1928] Aufgrund der positiven Bilanzen gelang es der Wacker-Chemie, einen Großteil ihrer Verbindlichkeiten (z.B. das Reichsdarlehen zur Errichtung des Chemowerkes) in den Kriegsjahren vorzeitig zu tilgen und damit Schulden abzubauen.[1929] Auch die Gewinnausschüttung an die Gesellschafter entwickelte sich positiv. Angesichts der Geschäftsentwicklung des Jahres 1941, beschloss die Gesellschafterversammlung die Auszahlung einer Dividende in Höhe von 1,6 Millionen Reichsmark.[1930] Zudem bot sich 1941 die Möglichkeit, die in den 1930er Jahren gebildeten versteckten Gewinne bzw. stille Reserven durch die „Verordnung zur Begrenzung von Gewinnausschüttungen“ (Dividendenabgabeverordnung) vom 12. Juni 1941[1931] –

[1926] „Die Abrechnungsunterlagen von diesen Werken sind im Jahr 1945 nicht mehr eingegangen, so dass wir über die vor der Besatzung vorhandenen Vorräte usw. keine Aufschreibungen besitzen“ (HUW 7 E 41, Kaufmännischer Bericht des Jahres 1945, S. 1).
[1927] Vgl. HUW 11 A 3, Anlage Gewinnverteilung zur Feststellung und Beweissicherung von Vermögensschäden in der SBZ auf Grund des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz vom 22. Mai 1965, ohne Datum.
[1928] Vgl. HUW 10 F 3, Brief an Brecht, 27. Februar 1950.
[1929] Vgl. HUW 7 B 2, Niederschrift der Gesellschafterversammlung vom 11. November 1941, S. 3.
[1930] Vgl. HUW 7 B 2, Niederschrift der Gesellschafterversammlung vom 9. Mai 1942, S. 3. Bereits 1938 wurde aufgrund der Bilanz 1937 ein Gewinn in Höhe von 1.038.000 Reichsmark an die Gesellschafter ausgeschüttet (vgl. HUW 7 B 2, Niederschrift der Gesellschafterversammlung vom 21. April 1938, S. 4).
[1931] Abgedruckt in: RGBl. I 1941; Nr. 67, S. 323-327. Zur Wirkung vgl. Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 118-121 und Schmalenbach, Beteiligungsfinanzierung, S. 167-168.

rückwirkend zum Geschäftsjahr 1940 – aufzulösen und in die Erhöhung des Stammkapitals einfließen zu lassen. Die Dividendenabgabeverordnung führte mit der Höchstgrenze für Dividendenausschüttungen praktisch eine zusätzliche Kriegsgewinnsteuer für Großunternehmen ein, ermöglichte diesen jedoch gleichzeitig durch Erhöhung des Gesellschaftskapitals, in der Regel des Aktienkapitals, die Senkung der Gewinnausschüttungen.[1932] Die Wacker-Chemie nutzte, wie viele deutsche Groß-unternehmen, diese Chance und erhöhte gemäß Paragraph 8 „Berichtigung des Gesellschaftskapitals“ ihr Stammkapital von 7,5 Millionen auf 40 Millionen Reichsmark.[1933]

Diese deutliche Aufwertung des Geschäftsvermögens wurde nach Kriegsende zur Basis des Neuanfangs. Erst die positive Finanzlage der Wacker-Chemie ermöglichte es dem Unternehmen, seine Souveränität auch im Zuge der Entflechtung der IG Farben zu bewahren. Die im Untersuchungszeitraum getroffenen unternehmenspolitischen Entscheidungen waren erfolgreich und tragfähig gewesen. Sie ließen die Wacker-Chemie selbst den Verlust der Werke in Mückenberg und Tschechnitz verkraften. Die Untersuchung der einzelnen Entscheidungsprozesse hat gezeigt, dass es neben den politischen, staatlichen und militärischen Vorgaben und Investitionsanfragen vor allem der Geschäftsführer Johannes Hess gewesen war, der die Unternehmenspolitik der Wacker-Chemie nachhaltig prägte. Auch die IG Farben war als Miteigentümerin – nicht nur in Hinblick auf die Genehmigung der Gesellschafterdarlehen – im Untersuchungszeitraum ein wichtiger Einflussfaktor für die unternehmenspolitischen Entscheidungen der Wacker-Chemie. Beide in ihrer Größe und dem Einfluss auf Behörden und Ämter ungleiche Unternehmen verband ein ambivalentes Verhältnis. Zwischen Konkurrenz und Zusammenarbeit waren es meist mühsam erzielte Kompromisse, die der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie schließlich die Unabhängigkeit vom Frankfurter Großkonzern bewahrten.

Aushandlungsprozesse bestimmten nicht nur die komplexe Beziehung der Wacker-Chemie zur IG Farben, sondern die gesamte Praxis der Marktgestaltung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Auch die Handlungsspielräume der Unternehmen im Nationalsozialismus beruhten in der Regel auf Ergebnissen von Aushandlungsprozessen. Hier bewiesen die Führungskräfte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie

[1932] Diese Möglichkeit wurde von zahlreichen deutschen Unternehmen und Banken ergriffen, unter anderem auch von Flick (vgl. Bär, Flick, S. 499), BMW (vgl. Werner, Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit, S. 125), Dr. Oetker (vgl. Finger / Keller / Wirsching, Dr. Oetker, S. 502) und den Regionalbanken (vgl. Möller, Regionalbanken, S. 211).

[1933] Die notarielle Beurkundung erfolgte in der Gesellschafterversammlung am 11. November 1941 (vgl. HUW 7 B 2, Niederschrift der Gesellschafterversammlung vom 11. November 1941, S. 3).

besonderes Geschick. Ihr Taktieren zwischen Staat und Politik ermöglichte dem Konzern im Einverständnis mit seinen beiden Eigentümern – den Wacker Erben und den Farbwerken Hoechst bzw. der IG Farben – über alle Zäsuren des Untersuchungszeitraums hinweg eine erfolgreiche Unternehmenspolitik, die das Fundament für die weitere Unternehmens-entwicklung der Wacker-Chemie in der Nachkriegszeit bildete.

E) Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Ungedruckte Quellen

1 A 1	Herr Arnold – Geschichte Wacker Konzern	1894 - 1966
1 A 11	Familie Wacker – Erbengemeinschaft	1922 - 1954
1 A 25	Karl Fahnler – Die "Elektrobosna" 1963. 2. verbesserte Aufl. (Manuskript) 1967. Chronik	1963; 1967
1 B 1	Dr. Voege – Interne Chronik Teil I-VIII, von Dir. Wacker korrigiert, Kommentar von Dr. Striebel in Band VII; in Teil VIII, S. 661-810 Anhang „Listen von Consortiums- und Wacker-Patenten“	1960 - 1963
1 B 4	Geschichte der Lonza, auch Elektrobosna und Hafslund – Schriftverkehr	1897 - 1964
1 B 10	Handakte Alexander Wacker mit Gesellschaftsvertrag, Handelsregister-Eintragung	1920
1 C 6	Diverse Artikel über Geschichte und Chronik der Firma, Beschreibungen Produkte und Werkgebäude Burghausen, Gruber-Chronik (Enk-Chronik)	1930 - 1953
1 C 25	Chronik Firma, I.G., Umwelt (Geruch), Berufsgenossenschaft, Betriebsarzt, Berufskrankheiten, vorbeugende Unfallverhütung, Arbeitsordnung	1926 - 1947
1 C 26	Festschrift 50 Jahre Wacker-Chemie von Dr. W. Freiesleben: Im Wandel gewachsen	1914 - 1964
1 C 32	Manuskripte nebst Beilagen der Chroniken über Ferrowerk und Chemowerk Mückenberg von Wilhelm Koch bzw. K. Genetzke	1959
1 C 35	Chronik Elektroschmelzwerk Kempten von Schumacher 1944/59 (Kopie)	1922 - 1959
1 C 36	Chronik Ostwerke, Manuskript von Dr. Heckmaier	1982 - 1983
1 C 50	75 Jahre Consortium von Dr. Manfred Wick	1978
1 C 57	Chronik der Chlor-Alkali-Elektrolyse Chlor-C von Karl Heinz Fahrmeier (= Dokumente aus dem Unternehmensarchiv, Bd. 5)	2003
1 D 11	Festrede zum 20jährigen Bestehen der Wacker-Werke von Dr. Johannes Hess	1936
1 D 15	Sonderdrucke über Wacker-Chemie von 1920 und 1925	1920 - 1938
1 D 20	Dr. Miltschitzky, Chronik; Schweißpulver (Ellira) und andere elektrothermische Produkte in Tschechnitz und Burghausen	1937 - 1970
1 E 7	Kurz-Chronik der Wacker-Chemie aus dem Nachlaß von O.I. Behles	1911 - 1925
1 E 42	Chronik Geschichte der Essigsäure 1910 - 2006 von Herrn Dietmar Neumann (= Dokumente aus dem Unternehmensarchiv, Bd. 7)	2007
1 E 52	Arbeitsunterlagen zur Chronik von Hr. Helmut Schaab	2003
2 A 4	Beagidchronik	1957

2 A 12	Prospekt Beagid-Anwendung der Bosnischen Elektricitäts-Aktiengesellschaft Betrieb Lechbruck: Beleuchtungsanlagen, Schweißapparate	vor 1905
2 B 15	Zustandekommen der Verflechtung Wacker - Hoechst	1918 - 1921
4 A 5	Kriegswirtschaft	1939 - 1945
4 A 21	Arbeitsfront – Schriftverkehr – Obmann	1939 - 1940
4 A 26	Kommerzienrat Rosenbaum – Wien	1920 - 1929
4 A 27	Kommerzienrat Rosenbaum – Wien	1916 - 1919
4 B 7	I.G. Schriftverkehr	1933 - 1935
4 B 25	Schriftverkehr I.G. u. a.	1936 - 1938
4 B 26	Dr. Hess - Schriftverkehr mit I.G. u. a.; Wertberechnung des I.G. Anteils an der Wacker-Chemie mit Notiz aus Vorstand 1941	1941 - 1946
4 B 27	Schriftverkehr I.G.	1938 - 1940
4 B 28	Dr. Hess - Schriftverkehr I.G.	1931 - 1933
4 B 29	Schriftverkehr – Berichte – Niederschriften	1926
4 B 30	Schriftverkehr – Berichte – Niederschriften	1926
4 B 33	Schriftverkehr – Berichte – Niederschriften	1928
4 C 1	Schriftverkehr – Berichte – Niederschriften	1935
4 C 2	Lebensbeschreibungen OFK – Fragebogen – Bilder	ab 1970
4 C 3	Lebensbeschreibungen Führungskräfte A – G (Zeitungsartikel-Ausschnitte)	ab 1970
4 C 4	Lebensbeschreibungen Führungskräfte H – L (Zeitungsartikel-Ausschnitte)	ab 1970
4 C 5	Lebensbeschreibungen Führungskräfte H – L (Zeitungsartikel-Ausschnitte)	ab 1970
4 C 6	Lebensbeschreibungen Führungskräfte S – Z (Zeitungsartikel-Ausschnitte)	ab 1970
4 C 19	Kalb-Berichte – Schriftverkehr – Berichte - Gesellschafterversammlung	1943 - 1945
4 C 20	Kalb-Berichte – Schriftverkehr – Gesellschafterversammlung	1940 - 1942
4 C 21	Kalb-Berichte – Verträge – Produktzahlen – Pläne für Fertigerzeugnisse 1946 – Entflechtung – Änderung des Firmennamens	1946 - 1953
4 C 22	Kalb-Berichte 1954 – ENI-Bericht – Literatur – Aldehyd-Verfahren	1953 - 1960
4 C 23	Kalb-Bericht - Schriftverkehr (auch Gesellschafter)	1938 - 1939
4 C 24	Kaufler-Bericht – Produkte aller Werke – Schriftverkehr – Gesellschafterversammlung	1937 - 1938
4 C 26	I.G.-Zeit – Schriftverkehr – Kreditansuchen	1935 - 1936
4 C 34	Dir. Dr. Johannes Hess "Geburtstags-Gratulationen", „sonstiges“, „späte Ehrungen“	1927 - 1937; ca. 1950
4 D 9	Berichte von Abt. VIII	1936 - 1945
4 D 40	Dir. Dr. Otto Meerwald, Ehrenbürgerverleihung, Burghausen	1961
4 E 29	Wacker-Büchl	1952
4 F 47	Organisationspläne Wacker-Konzern	1953 - 1986
6 A 13	Alkohol- und Ferrolegierungsherstellung in Mückenberg. Verhandlungen bzw. Finanzierung	1936 - 1937

6 D 11	Manuskript Rundfunksendung Südostbayerisches Chemiedreieck.	1970
6 D 33	Aldehyd GmbH, Geschäftsführerbeschlüsse A – J	1960 - 1977
6 D 36	Handakte J. Hess betr. Kalziumsilizium	1932 - 1943
6 D 45	Briefe mit den Gesellschaftern	1933 - 1943
6 E 8	Niederschriften über die Besprechungen mit Dir. Hess, außerdem Berichte über Produkte und Reisen	1933 - 1936
6 E 9	Niederschriften über die Besprechungen mit Dir. Hess, außerdem Berichte über Produkte und Reisen	1937 - 1940
6 E 18	1. Teil – Johannes Hess, Manuskripte zahlreicher Reden. 2. Teil - Johannes Hess, Besprechungen und Reiseberichte	1936 - 1944
6 E 24	Schriftverkehr, Zeitungsausschnitte über "Bund der Freunde der Technischen Hochschule". Akt von Dr. Hess als 1. Vorsitzenden	1937 - 1941
6 F 3	Besprechungsberichte der Münchener (Hauptverwaltung) "Herren", Abteilungsleiter und ähnl. über Allfälliges aus ihrem Ressort.	1933 - 1939
6 F 4	Besprechungsberichte der Münchener (Hauptverwaltung) "Herren", Abteilungsleiter und ähnl. über Allfälliges aus ihrem Ressort.	1933 - 1939
6 F 5	Besprechungsberichte der Münchener (Hauptverwaltung) "Herren", Abteilungsleiter und ähnl. über Allfälliges aus ihrem Ressort.	1940 - 1944
6 F 6	Besprechungsberichte der Münchener (Hauptverwaltung) "Herren", Abteilungsleiter und ähnl. über Allfälliges aus ihrem Ressort.	1940 - 1944
7 B 1	Gesellschafterversammlungen – Protokolle	1921 - 1935
7 B 2	Gesellschafterversammlungen – Protokolle	1931 - 1944
7 B 5	Briefe mit den Gesellschaftern. Einverständnisse zu Absichten.	1926 - 1932
7 C 6	Satzung der Pensionskasse	1942
7 C 51	Schriftverkehr mit verschiedenen Gremien und Behörden zur Abkommandierung von Werksangehörigen zur Wehrmacht und deren Ersatz	Feb. 1944 – Jan. 1945
7 C 56	Microfiche-Karten (Microfiche-Kartei) von oberen Führungskräften aus dem OFK-Büro	1938 - 1992
7 E 14	Enquete-Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft mit ausführlichem Referat von Johannes Hess	1928-1930
7 E 16	Monatsbesprechungen: Versorgung, Produktion	1944 - 1945
7 E 22	Besprechung Johannes Hess in Berlin wegen SiC-Produktions-Anlage in Mückenberg	1944
7 E 24	Allfälliges gegen Kriegsende. Sehenswerte Mappe	1945
7 E 41	Kaufmännische Berichte und Jahresabschlüsse	1930 - 1958
8 A 19	Graphitwerk Kropfmühl AG, Bilanzen etc., Aufsichtsratvorsitzender Johannes Hess.	1944 - 1945
8 C 44	Handliste Entnazifizierung	1945 - 1947
8 C 46	Personalangelegenheiten: Wehrpflicht, Einberufung, Personalbestand, Kriegsgefangene im 2. Weltkrieg, Verordnungen der Staatsregierung.	1939 - 1945

8 E 71	Persönliche Unterlagen incl. Lebenslauf von Oberingenieur Hans Kallas	1904 - 1942
8 F 1	Interne und externe Korrespondenz zu Personalangelegenheiten	1918 - 1940
9 A 11	Datensammlung von HV-RW Beteiligungen und Töchter	1986 - 1989
10 A 2	General – Vertrag – Ferrosilicium	1927
10 A 6	I.G. Controll Office	1945 - 1948
10 A 32	Ferrochrom	1924 - 1942
10 A 34	Ferrosilicium	1921 - 1941
10 B 18	Protokoll vom Ferrosilicium Syndikat	1927
10 C 1	Versicherungswesen - Berufsgenossenschaft - Unfallanzeigen - Krankenkassen etc.	1941 - 1942
10 C 11	Die Organisation des Karbidverkaufs in Deutschland von Karl Fahnler	1964
10 C 44	Karbidlieferungen an Reichsbahn und Wehrmacht – Karbidkontor	1940 - 1944
10 C 45	Chromerzausgleichskasse	1942 - 1943
10 D 10	Besatzungsangelegenheiten (Personallisten auch Ausländer)	1946 - 1948
10 E 1	Ausnahmetarif der Reichsbahn für Kalziumkarbid	1930 - 1940
10 E 9	Handakte Dr. Holz, Vertragsentwürfe und Aktennotizen betr. Produkte, von Ferrochrom bis Essig	1928 - 1940
10 E 22	Briefwechsel mit Carbidvereinigung bzw. Allg. Carbid – Verkaufs-Gesellschaft, Berlin mit Informationen über ehemal. Werk Mückenberg	1948 - 1952
10 E 30	Auszüge aus dem Archiv von HV-RA u. a. Aceton, Ferrowerk Mückenberg.	1915 - 1940
10 E 34	Tetra- Tri- Penta- Per Lizenzanalyse USA und Verfahrensbeschreibung	1962
10 E 38	Ferrosilicium (FeSi)-Syndikat, Monatsausweise, Sitzungsprotokolle (Dir. Freyer)	1926 - 1937
10 E 45	Ferrosilicium - Verständigungssitzung in Salzburg	1926
10 E 48	I.G. Farben Controll Office, Frankfurt. Schriftverkehr.	1952
10 E 62	Johannes Hess und W. Freyer, Haftentlassung, Wiedereinstellung.	1945 - 1951
10 F 3	I.G. Entflechtung FARDIP-Schriftverkehr, Berichte	1949 - 1951
10 F 5	Preisüberwachung der Verkaufsprodukte	1934 - 1941
11 A 3	Unterlagen zur Enteignung der Werke in Mückenberg; Tschechnitz wird erwähnt.	1946 - 1969
13 A 1	Unterlagen des OFK-Büros bzw. der Pensionskasse über ehemalige obere Führungskräfte bei WACKER (Personalakten)	ohne Datum
13 A 3	Unterlagen des OFK-Büros bzw. der Pensionskasse über ehemalige obere Führungskräfte bei WACKER (Personalakten)	ohne Datum
13 A 7	Unterlagen des OFK-Büros bzw. der Pensionskasse über ehemalige obere Führungskräfte bei WACKER (Personalakten)	ohne Datum
13 B 5	Unterlagen des OFK-Büros bzw. der Pensionskasse über ehemalige obere Führungskräfte bei WACKER (Personalakten)	ohne Datum
13 B 6	Unterlagen des OFK-Büros bzw. der Pensionskasse über ehemalige obere Führungskräfte bei WACKER (Personalakten	ohne Datum
15 A 2	Chromerz, Lieferung, Preise, Gewinnung mit Balkan-Karte	1942 - 1944

16 A 35	Berichte aus allen Werken. Hauptsächlich Karbid, Ferrochrom. Jahresberichte	1933 - 1943
23 D 11	Trichloräthylen (Tri)	1976
24 B 1	Besprechungsprotokolle Direktion München	1939 - 1944
27 A 8	"Technische Berichte", enthalten Produktionsgeschehen, Personal- und andere Statistiken der Werke:	1918 - 1943
27 A 9	"Technische Berichte", enthalten Produktionsgeschehen, Personal- und andere Statistiken der Werke	1944 - 1956
27 A 13	Schriftwechsel - Prod. Meldungen Dir. Kalb - Dr. Unterguggenberger - Deutscher Reichsanzeiger	1939 - 1941
27 D 11	Ferrochrom, Berichte, Schriftverkehr	1934 - 1944
28 A 18	Besprechungs- Berichte von O. J. Kalb (Leiter der Abteilung IX) aus dem Geschehen in den Werken sowie JG und Regierungsstellen.	1940 - 1944
28 B 19	Kostenanschläge für Produktionserweiterung hinsichtlich Stromangebote. Wohnungsfrage.	1921 - 1922
28 B 20	Projekt Chromanlage in Mückenberg	1934
32 A 2	Prospekte – Anwendung – Produkte	1940 - 1941
32 B 27	Diverse Verkaufskorrespondenz von Karl Fahnler	1926 - 1963
32 E 46	Kristallit (SiC)-Werbung und materialtechnische Prüfung	2939 - 1941
35 A 8	Buchungsbelege	1940 - 1941
35 A 22	Werkleitung-Schriftverkehr	1943 - 1945
35 A 32	Jahresberichte Abt. R, S (Fortschrittsbericht)	1943 - 1947
35 A 40	Korrespondenz mit dem Gebechem (Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung)	1941 - 1944
35 C 19	Berichte	1939 - 1944
35 C 27	Personalangelegenheiten (ausgeschiedene Mitarbeiter)	1928 - 1945
35 C 34	Personalangelegenheiten A – L	1927 - 1944
35 C 35	Personalangelegenheiten M – Z	1927 - 1944
35 D 18	Bauscheine und -Pläne	1917 - 1918
35 D 19	Bauzeichnungen und Genehmigungen	1918 - 1919
35 D 20	Bauakten Wasserreinigung	1935
35 D 30	Grundstücks- und Steuerangelegenheiten	1940 - 1942
35 D 46	Vertrauliche Briefe	1942 - 1943
35 D 48	Schriftwechsel-Anweisungen	1944
35 D 51	Bericht über Chrombetrieb	1940 - 1945
35 E 1	Betriebsberichte	1936 - 1940
35 E 48	Berichte, Schriftverkehr Arbeitszeit, Belegschaft, Entlohnung	1941 - 1945
35 E 65	Schriftverkehr Werkleitung	1934 - 1948
35 F 14	Vertrauliche Akten Abt. R, Personelles (Kurzarbeit 1931), Schriftverkehr, Anlagenplanung, Kostenvoranschläge, Planung für Mückenberg	1931 - 1945
36 A 20	Zusammenstellung Baukasten mit Anlagenbildern	1938 - 1940
36 A 21	Erschließung Quarzgestein Lichtenberg; Schriftverkehr.	1935 - 1940
36 A 27	Umlegung des Heuweges	1941 - 1942
36 A 35	Schriftverkehr	1916 - 1935
36 A 36	Pläne über Werksräumung	1944

36 A 46	Genehmigung Anlage für Ferrochrom	1938
36 D 11	Die letzten Tage des Chemowerkes	1945
36 D 12	Planung Karbidspritzanlage, Schriftverkehr, Berichte	1934 - 1937
36 D 15	Ausbau Acetaldehyd-Anlage	1941 - 1942
36 D 16	Verdoppelung Chlorelektrolyse	1941
36 E 5	Schriftverkehr Vinna, von den Anfängen bis zu Lizenzanlagen auch Vinyllaurat.	1926 - 1960
36 E 7 (c)	Besprechungen mit HV, Dir. Hess, Dr. Kaufler - hauptsächlich Abt. G Produktionsprogramme Werk Burghausen.	1937 - 1940
37 E 37	Besprechung in Wien, A. Wacker, Elektrobosna über Ausbau der Alzwasserkräfte	1914
37 F 2	Grundstücks- und Steuerangelegenheiten Ferrowerk Mückenberg	1918 - 1923
37 F 4	Chronik Werk Röthenbach	1928 - 1969
37 F 9	Pacht- und Mietverträge – Schriftverkehr	1918 - 1944
38 B 13	Firmenporträt - Elektroschmelzwerk Kempten GmbH – Zertifizierung nach DIN ISO 9001 - Alle vier ESK-Standorte – Delfzijl, Grefrath, Kempten und München. - Moderne Werkstoff-Technologie - 75 Jahre Elektroschmelzwerk Kempten 1997 (deutsch und englisch) - 50 Jahre Werk Grefrath – 25 Jahre Elektroschmelzwerk Delfzijl 1973 - 1998	1985; 1989; 1995; 1997, 2012
38 B 15	ESK-Aufsichtsrat, Geschäftsbericht, Jahresabschlußprüfung	1938 - 1944
38 B 40	Werkswohnungen, Besitzverhältnisse	1941 - 1957
38 B 41	Kopie der Urkunde über die Enteignung der Mückenberger Werke	1948
38 B 42	Die Baukosten der Werksgebäude nebst Bildern	1937 - 1940
38 B 52	Bemerkenswerte Ereignisse (zum 75. Firmenjubiläum)	1964 - 1988
38 B 63	25 Jahre Werk Röthenbach Manuskripte einer Rede	1954
38 E 4	Chronik des Wasserbaubüros München der Elektrobosna. Alzbegehung 13.06.1911	1909 - 1916
38 E 10	Französische I.G. Kontrolle. Schriftverkehr Pachtvertrag von 1924.	1949 - 1952 (1924)
38 E 12	Drohende Stillegung des Salzbergwerkes	1944
38 E 31	Vorbereitung des Besuchs von König Ludwig III. Schriftwechsel Alexander Wacker – Johannes Hess	1918
38 E 51	Sanierung Oberwasserkanal, Leistungsverzeichnis.	1955
39 A 7	Handakte O. I. Hiller, Rambausek, Kallas. Berichte und Niederschriften, Produktion und technische Produkte	1919 - 1940
39 D 86	Schriftverkehr Beschlagnahme	1948
39 E 4	Korrespondenz Werkleitung Burghausen	1958 - 1960
39 E 10	Werkschutz im 2. Weltkrieg	Okt. 1943 - März 1945
40 B 2	Unterlagen, Jahresberichte und Monatsberichte zur Erzeugung von verschiedenen Legierungen im Ferrowerk Mückenberg.	1942 - 1943
40 C 22	"Mehr als 50 Jahre" – Chronik des Werkes Grefrath der heutigen ESK-SIC-GmbH, von Erhard Stolz	Dez. 04

40 E 16	Finanzangelegenheiten (Steuer, Einheitsbewertung) für das Werk Mückenberg (Ferrowerk und Chemowerk) und Röthenbach	Apr. 1932 - Okt. 1943
40 F 4	Rechtsangelegenheiten zum Werk Mückenberg (Ferrowerk, Chemowerk)	1917 - 1944
45 A 22	Bilder vom Ferrowerk Mückenberg - Bauberichte	1927 - 1943
47 A 22	Bilder von der Hauptverwaltung München	1934 - 1970

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde (BArch)

Zentral- und Ortskartei NSDAP

31XX C 0041	NSDAP-Zentralkartei, Daniel Böhlen	-
31XX H 0003	NSDAP-Zentralkartei, Adolf Genschow	-
3200	NSDAP-Ortskartei, Richard Behles,	-
3200	NSDAP-Ortskartei, Otto Papp,	-
3200	NSDAP-Ortskartei, Eduard Enk	-

Ministerrat der DDR

DC 20-I/3 64	36. Sitzung der Regierung der DDR vom 09.08.1951	1951

Zentrale Deutsche Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme

DO 3/46	Dienstliche Mitteilungen, Rundschreiben und Informationen der DWK, Bd. 2	Feb. 1948 - Sept. 1949

Sammlung SMAD-Befehle

DX 1/162	SMAD-Befehl Nr. 0177/46 vom 5. Juli 1946: Über den Wirtschaftsplan der Sowjetischen Besatzungszone im 3. Quartal 1946	1946

Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

DY 30/67773	Durchführung der Befehle der SMAD Nr. 124 und 126 über die Sequestrierung, Konfiskation in der sowjetischen Besatzungs-zone	1945; 1947 - 1949

Reichsfinanzministerium

R 2/4	Reisen Schwerin von Krosigks, Bd. 3	1943 - 1945
R 2/47	Karbidspirituserzeugung – Restfinanzierung der Karbidspiritusanlage in Mückenberg der Firma Dr. Alexander Wacker, Gesellschaft	1936 - 1943
R 2/19564	Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost - Haushaltsangelegenheiten	(1942) 1944

Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion

R 3/352	Planung, tatsächliche Erzeugung und Brennstoffbedarf für die Erzeugungsbereiche Buna, Methanol, Stickstoff, Salpetersäure, Chlor, Ätznatron, Schwefelsäure, Bd. 2	1944
R 3/353	Planung, Aufkommen und Verteilung – Ätznatron, Chlor, Chlorsulfatsäure, Holzkohle	1944
R 3/360	Unterlagen für die Luftschutzmaßnahmen der Werke des chemischen Erzeugungsplans	Dez. 1943
R 3/472	Chemie- und Kunststoffindustrie, Bd. 2: Organisation im Sektor Chemie - Schriftwechsel	1944 - 1945
R 3/476	Chemie- und Kunststoffindustrie, Bd. 1: Angelegenheiten des Arbeitsgebietes Chemie - Produktion, Kontigentierung, Verteilung von einzelnen Chemieprodukten	1943 - 1944
R 3/1856	Chemie- und Kunststoffindustrie, Bd. 5: Planungs-, Erzeugungs- und Bedarfszahlen zur Produktion von Carbid (Karbid) und Kalkstickstoff, Ferrocilicium und Chrom	1938; 1940 - 1945
R 3/1890	Planung und Entwicklung in der chemischen Industrie – Wochenberichte des Rohstoff- und Planungsamtes	1943 - 1944
R 3/1967	Monatsberichte des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau Südost	1943 - 1944
R 3/4031	Unterbringung russischer Kriegsgefangener	1941 - 1942
R 3/4032	Einsatz russischer Kriegsgefangener beim Bau der Reichsautobahn, Bd. 2	1941 - 1942

Reichsstelle Chemie

R 8-VIII/14	Kennzeichnung und Einstufung der Erzeugung nach ihrer Dringlichkeit, Bd. 1	1940 - 1941
R 8-VIII/15	Kennzeichnung und Einstufung der Erzeugung nach ihrer Dringlichkeit, Bd. 2	1940 - 1941
R 8-VIII/17	Besichtigung von Betrieben, insbesondere Überprüfung ihrer Energieversorgung	1941 - 1942
R 8-VIII/23	Verzeichnis der luftschutzbedürftigen W-Betriebe im Bereich der Reichsstelle, Bd. 1	1943
R 8-VIII/24	Verzeichnis der luftschutzbedürftigen W-Betriebe im Bereich der Reichsstelle, Bd. 2	1943
R 8-VIII/65	Statistische Übersichten, Bd. 15	1941 - 1944
R 8-VIII/82	Geheime Runderlasse des Reichswirtschaftsministeriums zur Vorbereitung der Mobilmachung und wehrwirtschaftlichen Planung, Bd. 3	1938 - 1939
R 8-VIII/105	Kontingente chemischer Erzeugnisse für Reichsgruppen, Wirtschaftsgruppen, Fachgruppen usw. der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, Bd. 1: Reichsgruppen usw. Buchstaben A - E	1944 - 1945
R 8-VIII/107	Einsatz von Acetaldehyd, Derivaten von Acetaldehyd und Verbindungen, die aus Acetaldehyd hergestellt werden	1940 - 1943

R 8-VIII/115	Bewirtschaftung von Ätznatron und anderen chemischen Erzeugnissen.- u. a. Verteilung von Globalkontingenten, Monatsmeldungen über Verbrauch, Ausfuhr, Erzeugung, Bedarf, Verwendungszwecke, Bd. 1: Ätznatron, Ätzkali, Alkali- und Chlorprodukte, Aluminiumsulfat	1942 - 1945
R 8-VIII/116	Bewirtschaftung von Ätznatron und anderen chemischen Erzeugnissen.- u. a. Verteilung von Globalkontingenten, Monatsmeldungen über Verbrauch, Ausfuhr, Erzeugung, Bedarf, Verwendungszwecke, Bd. 2: Chlor, Chlorate, Glykol, Natriumbicarbonat, Pottasche, Tetrachlorkohlenstoff, Chemikalien für Backpulver- und Feuerlöschmittel	1942 - 1945
R 8-VIII/378	Jahresberichte und Rohstoffbilanzen für einzelne Chemikalien (Sammlung von Berichten und Bilanzen)	1939 - 1943
R 8-VIII/457	Statistik über Bedarf, Produktion, Vorratshaltung, Verbrauch, Ein- und Ausfuhr chemischer Stoffe (Handakten Pillau), Bd. 2	1936 - 1945
R 8-VIII/458	Statistik über Bedarf, Produktion, Vorratshaltung, Verbrauch, Ein- und Ausfuhr chemischer Stoffe (Handakten Pillau), Bd. 3	1936 - 1945
R 8-VIII/461	Handakte Dr. Ungewitter (Reichsbeauftragter für Chemie)	1936 - 1947
R 8-VIII/462	Handakte Bürger	1939 - 1945

Reichsvereinigung Eisen

R 10-III/57	Aufgaben der Berg- und Hüttengesellschaft	Juni/Sept. 1943

Reichswirtschaftskammer

R 11/1241	Anwerbung, Unterbringung, Arbeitseinsatz und Behandlung von ausländischen Zivil- und Zwangsarbeitern in Deutschland und den besetzten Gebieten – Grundsätzliche Bestimmungen sowie Einsatz bei einzelnen Firmen, Bd. 1	1941 - 1942
R 11/1242	Anwerbung, Unterbringung, Arbeitseinsatz und Behandlung von ausländischen Zivil- und Zwangsarbeitern in Deutschland und den besetzten Gebieten - Grundsätzliche Bestimmungen sowie Einsatz bei einzelnen Firmen, Bd. 2	1941 - 1942

Reichsgruppe Industrie

R 12-I/335	Versorgung ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener mit Kleidung und Schuhwerk	1942 - 1944

Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie

R 13-XII/125	Chemische Produktion und deren Bewirtschaftung (Handakten Wittmeyer)	1942 - 1945
R 13-XII/175	Herstellung und Verbrauch von Dachpappe, Stickstoff, Karbid, Mehlschönungsmitteln, Gelatinewalzen, Walzenmasse und Industriereinigungsmitteln	1943

R 13-XII/183	Stromverbrauch und -bedarf der chemischen Industrie für einzelne Produktionen, Bd. 1	1943 - 1945
R 13-XII/201	Organisation, Erzeugung und Verteilung von Erzeugnissen einzelner Fachgruppen der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Bd. 1: Fachgruppe 1: Soda, Ätzalkalien, Chlor, Salzsäure und verwandte Erzeugnisse	1944 - 1945
R 13-XII/203	Organisation, Erzeugung und Verteilung von Erzeugnissen einzelner Fachgruppen der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, Bd. 3: Fachgruppe 3: Stickstoff, Fachgruppe 4: Düngemittel, Fachgruppe 5: Karbidchemie, Methanol und Holzverkohlung, Fachgruppe 6: Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredler	1944 - 1945
R 13-XII/542	Einsatz der Organisationen der gewerblichen Wirtschaft für wehrwirtschaftliche Zwecke sowie Maßnahmen zur Geheimhaltung und Abwehr - Wehrwirtschaftlicher Schriftwechsel mit der Reichsgruppe Industrie und mit Behörden	1937 - 1943
R 13-XII/566	Preisgestaltung für Veredelungserze (Wolfram-, Molybdän- und Chromerz) – Allgemeines und Firmen A - Z	1942 - 1944
R 13-XII/568	Einfuhr von Chromerzen aus Griechenland und Bulgarien, Ausfuhr von Rutil aus Norwegen - Alphabetischer Schriftwechsel mit Militär- und Zivilbehörden	1941 - 1944
R 13-XII/573	Zusammenarbeit mit der Rohstoff-Handels-GmbH (ROGES) bei der Zuteilung von Veredelungserzen (Wolfram u. a.) aus Beutebeständen (ABC der beteiligten Firmen)	1942 - 1944
R 13-XII/583	Bestands-, Zugangs- und Abgangsmeldungen für Veredelungserze.- Sammlung von Fragebögen der Veredelungserz-, Handels- und Verarbeitungsfirmen	März 1943
R 13-XII/588	Bewirtschaftung von Chrom - Schriftwechsel mit einzelnen Handels- bzw. Verarbeitungsfirmen, Bd. 4	1939 - 1944
R 13-XII/591	Einfuhr von Veredelungserzen, insbes. Fragen der Bereitstellung von Devisen – Allgemeines	1942 - 1945
R 13-XII/592	Einfuhr von Chrom- und Titanerzen aus Erfassungen Ost, Südost und Süd durch Vermittlung der Rohstoff Handels GmbH (ROGES) - Beteiligte Firmen A – Z	1942 - 1944
R 13-XII/593	Errichtung der Fachabteilung Ferrolegierungen, Stahl- und Leichtmetallveredler bei der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie.- Übertragung von Bewirtschaftungsbefugnissen durch die Reichsvereinigung Eisen	1942 - 1943
R 13-XII/594	Zuteilung von Chromerz – Verarbeitende Firmen A – Z	1939 - 1945
R 13-XII/596	Verbrauchsmeldungen der Ferrolegierungswerke	1944
R 13-XII/598	Strombedarf der Ferrolegierungshersteller	Sept. - Nov. 1942

Beauftragter für den Vierjahresplan

R 26-I/131	Auflösung der Dienststelle des Generalbevollmächtigten für den Metallerzbergbau Südost (GBM), Franz Neuhausen, und des dazugehörenden Baubüros (Handakte Ministerialdirektor Dr. Friedrich Gramsch)	1944 - 1945

Beauftragter für den Vierjahresplan – Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft in Serbien

R 26-VI/1044	Südost Montan GmbH, Bd. 4	Juni 1943 - Okt. 1943
R 26-VI/671	Vernichtung von Akten und Schriftstücken	1941 - 1944
R 26-VI/673	Generalbevollmächtigter für den Metallerzbergbau Südost in Griechenland	1943 - 1944
R 26-VI/674	Chromerzbergbau in Serbien, Mazedonien, Albanien und Griechenland	April 1944 - Sept. 1944
R 26-VI/675	Kriegsbedingte Probleme bezüglich des Metallerzbergbaus	1944
R 26-VI/1054	Allatini Mines Ltd.; Skopje	1941 - 1944
R 26-VI/1057	Chromerzbergbau	1941 - 1943

Südosteuropa-Gesellschaft

R 63/192	Otto Braun bis Ferngas Schlesien AG	1940 - 1944

Industriebeteiligungsgesellschaft mbH (Abwicklung ehemaliger Reichsgesellschaften)

R 121/1401	Chromerzlieferungen aus Bulgarien	1941 - 1945
R 121/1470	Handakte (Rohstoffhandelsgesellschaft GmbH)	1948 - 1956

Reichsmonopolverwaltung für Branntwein

R 2105/2191	Erzeugung von Sprit	1937 - 1942
R 2105/2199	Tageskopien der Verwertungsstelle, Bd. 1	1940 - 1942

Rechnungshof des Deutschen Reiches

R 2301/2073	Kanzlei- und Registraturbeamte– Prüfungen beim Rechnungshof	1929 - 1944

Reichswirtschaftsministerium

R 3101/30893	Chromerzbergbau in Südosteuropa - Gewinnung und Abtransport, Bd. 1	1942 - 1943
R 3101/31165	Bedeutung des Südostraumes für die deutsche Bergwirtschaft (Geheimstücke)	1939 - 1943
R 3101/9890	Einzelne Wirtschaftskammern, Bd. 8/2	1940 - 1942
R 3101/30894	Chromerzbergbau in Südosteuropa - Gewinnung und Abtransport, Bd. 2	1943 - 1944

Reichsamt für Wirtschaftsausbau

R 3112/16	Tätigkeitsberichte des Leiters der Ausbaureferate bzw. Ausbaudezernate der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau (bis Febr. 1938: Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe)	1940

R 3112/42	Grundlegende wehrwirtschaftliche Planungen und Aufstellung von Produktionsprogrammen, insbes. auf dem Chemiesektor (vermutl. Handakten Dr. Ritter)	1942 - 1943
R 3112/66	Durchführung des Chemischen Erzeugungsplans als Teil des Vierjahresplans	Jan. 1943
R 3112/74	Gesamtverzeichnis der Programmbauten des GebeChem bzw. RAW nach Wehrkreisen bzw. OT-Einsatzbereichen geordnet, Stand 1.8.1944.- Anlage zur Denkschrift "Weiterführung des Chemischen Erzeugungsplanes ab III. Quartal 1944"	1944
R 3112/89	Planungen und Maßnahmen zur Durchführung von Produktionsprogrammen und Industrieausbauplänen insbesondere für die Sachgebiete Mineralöl, Buna, Leichtmetalle, Chemie, Pulver, Sprengstoff und Kampfstoff einschl. Vorprodukte	Jan. - Nov. 1939
R 3112/93	Planungen des "2. Vierjahresplans"	1940 - 1944

Reichsarbeitsministerium

R 3901/20173	Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern in der Kriegswirtschaft, Bd. 11	1942

IG-Farbenindustrie

R 8128/53	Bd. 15: Technischer Ausschuss.- Sitzungsprotokolle, Tagungsunterlagen	1935 - 1937
R 8128/74	Bd. 8: Sitzungsprotokolle und Protokoll-Auszüge verschiedener Kommissionen und Ausschüsse	1937 - 1938
R 8128/1420	Verbindung zum Heereswaffenamt	1931 - 1936
R 8128/3259	Vorstandsmitglieder, Aufsichtsratsmitglieder, Geschäftsführer der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt/Main und ihrer direkten und indirekten Beteiligungen	Okt. 1930
R 8128/3798	Mitglieder des Aufsichtsrates und Vorstands der IG Farbenindustrie AG und ihre Zugehörigkeit zu anderen Gesellschaften und wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereinen, Bd. 2	1927
R 8128/4107	Siemens-Plania AG, Berlin.- Forderungen und Rechnungen	1948 - 1951
R 8128/17720	Exportgemeinschaft für Zellwolle GmbH, Berlin	1941 - 1944

Deutsche Revisions- und Treuhand AG

R 8135/5487	Dr. Alexander Wacker, Gesellschaft für elektrochemische Industrie GmbH, München, Chemowerk Mückenberg	1939

Sammlung Berlin Document Center

R 9361-I/45344	Von Fassong, Hans Eberhard	-

R 9361-II/1039917	Rambausek, Josef	-
R 9361-II/277939	Gareis, Heinrich	-
R 9361-II/381338	Hess, Johannes	-
R 9361-II/412531	Hiller, Hermann	-
R 9361-III/566709	Von Fassong, Hans Eberhard	-

Bundesarchiv, Militärarchiv Freiburg (BArch)

Einrichtungen des Kriegsgefangenenwesens des Heeres

RH 49/42	Auszug aus den Befehlssammlungen	25. Aug. 1943 - 7. Jul. 1944

OKW / Allgemeines Wehrmachtamt mit nachgeordnetem Bereich

RW 6/278	Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im allgemeinen sowie Arbeitseinsatz in Industrie und Landwirtschaft	1941 - 1942

OKW / Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt

RW 19/2508	Alkohol-Spiritus-Erzeugung, Anforderung, Zuteilung und Verwendung, Bd. 1	1942
RW 19/3305	Tri- und Perchlorayethylen sowie Tetrachlorkohlenstoff, Bd. 1	1941 - 1943
RW 19/3306	Tri- und Perchlorayethylen sowie Tetrachlorkohlenstoff, Bd 2	1942 - 1943

Rüstungsinspektion IVa (Dresden) und IVb (Reichenberg)

RW 20-4/17	Kriegstagebuch der Rüstungsinspektion IV a (Dresden), Bd. 3	1943

Rüstungskommando Halle

RW 21-25/5	Kriegstagebuch mit Anlagen, Bd. 5	Okt. - Dez. 1940
RW 21-25/8	Kriegstagebuch mit Anlagen, Bd. 8	Juli - Sept. 1941
RW 21-25/9	Kriegstagebuch mit Anlagen, Bd. 9	Okt. - Dez. 1941
RW 21-25/11	Kriegstagebuch mit Anlagen, Bd. 11	Apr. - Juni 1942
RW 21-25/12	Kriegstagebuch mit Anlagen, Bd. 12	Okt. - Dez. 1942

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA)

MHIG 1460	Freyer Wolfgang, Direktor der Alexander-Wacker-Gesellschaft in München	1927
MInn 83621	Personalakte Gareis, Heinrich	1901-1949

Staatsarchiv München (StAM)

AG München Registergericht Nr. 289	Chemische Fabrik Aubing Gesellschaft mit beschränkter Haftung	-
AG München HRB Nr. 668	Chemische Forschungsgesellschaft GmbH	-
JVA München 1398	Gefangenenverzeichnis	-
SpkA Altötting K 3771	Spruchkammerakten Popp, Fritz	-
SpkA K 109	Spruchkammerakten Behles, Richard	-
SpkA K 389	Spruchkammerakten von Fassong, Hans Eberhard	-
SpkA K 485	Spruchkammerakten Gareis, Heinrich	-
SpkA K 651	Spruchkammerakten Heckmaier, Josef	-
SpkA K 693	Spruchkammerakten Hess, Johannes	-
SpkA K 733	Spruchkammerakten Hörmann, Ludwig	-

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg (LASA Mer)

C 48 I e Nr. 1247	Regierung Merseburg, Polizeiregistratur, Gräberlisten des Zentralnachweisamtes für Kriegsverluste und Kriegsgräber in Berlin für den Kreis Liebenwerda	1939 - 1944
C 50 Nr. 40	Landratsamt und Kreiskommunalverwaltung Liebenwerda, Auflösung des Gutsbezirks Mückenberg, Spezialia	1928 - 1929
C 110 Nr. 794	IHK Halle, Wirtschaftliche Lageberichte	1940 - 1944
C 129 6 / VI	Amtsgericht Liebenwerda Abteilung 6, Akten über den Nachlass der Firma Dr. Alexander Wacker Chemo- und Ferrowerk	1949 - 1950
C 131/ II Nr. 2909	Regierungsbezirk Merseburg, Sterberegisterzweitschriften Lauchhammer	1945
I 506 Nr. 544	IG Farbenindustrie AG, Chemische Werke Bitterfeld, Korrespondenz mit der Alexander Wacker Gesellschaft	1920 - 1937
I 506 Nr. 2355	IG Farbenindustrie AG, Chemische Werke Bitterfeld, Korrespondenz über Ferrochrom	1942 - 1943
I 528 Nr. 456	Buna Werke GmbH, Schkopau, Schriftwechsel der Wehrmachtsgefangenenabteilung	1941 - 1942

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Magdeburg (LASA MD)

C 20 IX Nr. 30	Oberpräsident, Landesplanungsgemeinschaft, Regionale Planungen, statistische Erhebungen	1935 - 1938
K 3 Nr. 10958	Ministerium des Innern, Ferro- und Chemowerk GmbH, Inh. Dr. Alexander Wacker; Mückenberg	1948 - 1952
K 6 Nr. 1926	Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Sicherungsakten Firmen Fa - Fo	1946 - 1950
K 31 Nr. 456	Industrie-Werke Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), Verwaltung des Ferro- und Chemiewerkes Mückenberg	1946 - 1948
K 31 Nr. 1678	Industrie-Werke Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), Sequestration und Verwertung sequestrierter Betriebe	1947 - 1948
K 31 Nr. 1709	Industrie-Werke Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), Ferrowerk und Chemiewerk Mückenberg	1946 - 1947
K 34 Nr. 333	Industrie- und Handelskammer Sachsen-Anhalt, Halle (Saale), Demontage und Wiederaufnahme der Fabrikation einzelner Firmen	1945 - 1946

Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Dessau (LASA DE)

G 12 Reg. A Nr. 3801/11	Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Halle (Bestand) Einstellung von Privatgüterwagen der Fa. Dr. Alexander Wacker, Gesellschaft für elektrotechnische Industrie GmbH in München, Werk Mückenberg (Niederlausitz)	1938 - 1946
G 12 Reg A Nr. 3801/12	Deutsche Reichsbahn. Reichsbahndirektion Halle (Bestand) Einstellung von Privatgüterwagen der Fa. Dr. Alexander Wacker, Gesellschaft für elektrotechnische Industrie GmbH in München, Werk Mückenberg (Niederlausitz)	1942 - 1943
I 409 Nr. 184	Dessauer Waggonfabrik (Bestand) Bestellung: Dr. A. Wacker Elektronische Industrie München	1943

Kreisarchiv Elbe-Elster

BALie 622	Rat des Kreises, Bad Liebenwerda, Sequester-Akte Ferro- u. Chemowerk	1946 - 1948

2. Gedruckte Quellen

Ausführungen des Sachverständigen Johannes Hess über die Produktions- und Absatzverhältnisse der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie mbH in München, 10. Dezember 1928, in: Die deutsche Chemische Industrie. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Gewerbe, Industrie, Handel und Handwerk (III. Unterausschuß). Berlin 1930, S. 359-367.

Bayerisches Statistische Landesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Bayern. 17. Jahrgang 1926. München 1926.

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): Die chemische Industrie in der sowjetischen Besatzungszone (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland). Bonn 1952.

Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts, Bd. 58), hg. v. Andreas Thüsing. Göttingen 2010.

Das Urteil im I.G.-Farben-Prozeß. Der vollständige Wortlaut mit Dokumentenanhang. Offenbach 1948.

Dorner-Brader, Eszter: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung V, Bd. 2. Wien 1986.

„Führer-Erlasse“ 1939-1945: Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll. Stuttgart 1997.

I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Liquidation (Hg.): Bericht über die Entflechtung und Liquidation. Vorgelegt aus Anlass der ordentlichen Hauptversammlung am 27. Mai 1955. Frankfurt am Main 1955.

Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets (Hg.): Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944. München 1949.

Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. 2 (L-Z). Berlin 1931.

Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944-1954. Dokumente (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 19), hg. v. Jan Foitzik. München 2012.

Trautschold, Johann Friedrich: Geschichte und Feyer des ersten Jahrhunderts des Eisenwerkes Lauchhammer, Schloss Mückenberg am 25. August 1825, hg. als Facsimile-Nachdruck vom Kunstguss-Museums Lauchhammer. Lauchhammer 1996.

Weiss, Erwin: Manuskript Erinnerungen 1926-1956, ohne Datum (übereicht am 28. Oktober 2014, nachträglich abgedruckt in: Neue Arzberger Hefte, Bd. 5. Arzberg 2016).

Zeitungen und Gesetzblätter:

- Amtsblatt des Kontrollrats
- Der Spiegel
- Die Zeit
- Reichsgesetzblatt
- Reichsanzeiger
- Südbayerische Chemie (Werkzeitung der Wacker-Chemie 1926-1945)
- Wacker-Werkzeitung (1949-1969)
- Wacker, Werk und Wirken (1970-1997)

3. Literatur

Abelshauser, Werner (Hg.): Die BASF - Eine Unternehmensgeschichte. München 2002.

Abelshauser, Werner / Hesse, Jan-Otmar / Plumpe, Werner (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Essen 2003.

Altenburg, Detlef / Ehrlich, Lothar / John, Jürgen (Hg.): Im Herzen Europas. Nationale Identitäten und Erinnerungskulturen. Köln / Weimar / Wien 2008.

Ambrosius, Gerold / Petzina, Dietmar / Plumpe, Werner (Hg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen. München 1996.

Auerbach, Siegfried M.: Jews in the German Metal Trade, in: Leo Baeck Institute, Yearbook X. New York 1965, S. 188-203.

Bagel-Bohlan, Anja E.: Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939 (= Beiträge zur Wehrforschung, Bd. 24). Koblenz / Bonn 1975.

Bähr, Johannes: „Corporate Governance“ im Dritten Reich. Leitungs- und Kontrollstrukturen deutscher Großunternehmen während der nationalsozialistischen Diktatur, in: Werner Abelshauser / Jan-Otmar Hesse / Werner Plumpe (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Essen 2003, S. 61-80.

Bähr, Johannes, u. a. (Hg.): Der Flick-Konzern im Dritten Reich. München 2008.

Bähr, Johannes / Erker, Paul: NetzWerke. Die Geschichte der Stadtwerke München. München 2017.

Bähr, Johannes / Erker, Paul / Rieder, Maximiliane: 180 Jahre KraussMaffei. Die Geschichte einer Weltmarke. München 2018.

Bajohr, Frank: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt 2001.

Balcar, Jaromir: Panzer für Hitler. Traktoren für Stalin. Großunternehmen in Böhmen und Mähren 1938-1950. München 2014.

Bäumler, Ernst: Die Rotfabriker. Familiengeschichte eines Weltunternehmens. München u.a.1988.

Bäumler, Ernst: Farben, Formeln, Forscher: Hoechst und die Geschichte der industriellen Chemie in Deutschland. München u. a. 1989.

Baxmann, Matthias: Zur Dokumentation eines frühindustriellen Wirtschaftswunders in Sachsen. Die Trautscholdtsche Firmengeschichte über das Gräflich-Einsiedlsche Eisenwerk in Lauchhammer, in: Ulrich Heß / Petra Listewnik / Petra Michael Schäfer (Hg.): Unternehmen im regionalen und lokalen Raum 1750-2000 (= 3. Unternehmensgeschichtliches Kolloquium 2001 in Chemnitz). Leipzig 2004.

Baxmann, Matthias: Castel del Monte oder Symbol einer devastierten Industrie. Die Biotürme in Lauchhammer, in: Frank Norbert Hagel (Hg.): Türme – Schornsteine – Industrie-Mühlen – Land-Art. Bedeutung und Bewertung von Landmarken in der Kulturlandschaft (= Kulturlandsforschung und Industriearchäologie. Beiträge der Geographie, Bd. 2). Norderstedt 2006, S. 37-56.

Bayerl, Günter / Maier, Dirk (Hg.): Die Niederlausitz vom 18. Jahrhundert bis heute. Eine gestörte Kulturlandschaft? (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 19). Münster u. a. 2002.

Bayerl, Günter: Die Niederlausitz. Industrialisierung und De-Industrialisierung einer Kulturlandschaft, in: Blätter für Technikgeschichte 65 (2003), S. 89-163.

Bayerl, Günter (Hg.): Braunkohleveredelung im Niederlausitzer Revier. 50 Jahre Schwarze Pumpe (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 34). Münster u. a. 2009.

Bayerl, Günter: Peripherie als Schicksal und Chance. Studien zur neueren Geschichte der Niederlausitz (= Die Niederlausitz am Anfang des 21. Jahrhunderts, Bd. 1). Münster u. a. 2011.

Becker, Kristiane: Mohr, Jacob Christian Benjamin, in: NDB 17 (1994), S. 709.

Becker, Susan: The German metal traders before 1914, in: Geoffrey G. Jones (Hg.): The multinational traders. London 1998.

Beierl, Florian: Carl von Linde. Erfinder, Unternehmer und Tourismuspionier am Obersalzberg. Essen 2012.

Belli, Peter Josef: Das Lautawerk der Vereinigte Aluminium-Werke AG von 1917 bis 1948. Ein Rüstungsbetrieb in regionalen, nationalen, internationalen und politischen Kontexten (zugleich ein Beitrag zur Industriegeschichte der Niederlausitz). Berlin / Münster 2012.

Berghahn, Volker R. / Unger, Stefan / Ziegler, Dieter (Hg.): Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 11). Essen 2003.

Berghoff, Hartmut: Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt. Hohner und die Mundharmonika. Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte (1857-1961). Paderborn 1997.

Berghoff, Hartmut / Vogel, Jakob (Hg.): Wirtschaftsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels. Frankfurt / New York 2004.

Berghoff, Hartmut (Hg.): Marketinggeschichte. Die Genese einer modernen Sozialtechnik. Frankfurt / New York 2007.

Berghoff, Hartmut: Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung. 2. Aufl., Berlin / Boston 2016.

Bertrams, Kenneth / Coupain, Nicolas / Homburg, Ernst: Solvay. History of a Multinational Family Firm. New York 2013.

Best, Sabrina: Das Consortium für elektrochemische Industrie von 1903 bis 1918, in: Dietmar Grypa (Hg.): Studien zur Geschichte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie (= Dokumente aus dem Unternehmensarchiv, Bd. 9). Burghausen 2018, S. 1-30.

Beyer, Walter: Wer war Bronica Koller? Zum Werk einer bedeutenden Künstlerin, in: Neue Galerie der Stadt Linz (Hg.): Künstlerinnen. Österreich – 20. Jahrhundert. Erika Giovanna Klien (1900-1957), Bronica Koller (1863-1934), Birgit Jürgenssen, Elfriede Trautner, Barbara Pflaum. Linz 1983, S. 26-34 und 64-65.

Blaich, Fritz: Wirtschaft und Rüstung im „Dritten Reich“ (= Historisches Seminar, Bd. 1). Düsseldorf 1987.

Bleidick, Dietmar: Die Ruhrgas 1926 bis 2013. Aufstieg und Ende eines Marktführers (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 30). Berlin 2017.

Bloch, Sabine / Knoch, Peter: Die chemische Fabrik Aubing, in: Bernhard Schoßig (Hg.): Ins Licht gerückt – jüdische Lebenswege im Münchner Westen. Eine Spurensuche in Pasing, Obermenzing und Aubing. München 2008, S. 99-101.

Boltz, Heinz: Die Umwandlung von Kapitalgesellschaften. Nach dem Gesetz vom 5. Juli 1934, in: Archiv für die civilistische Praxis 141 (1935), S. 280-326.

Borchardt, Knut: Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Weltwirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre, in: ders. (Hg.): Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 50). Göttingen 1982, S. 165-182.

Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der I.G. Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. 3. Aufl., Frankfurt 1981.

Bornschein, Otto: Heimatkunde für den Kreis Liebenwerda, Bd. 2. Liebenwerda 1929.

Boškovska, Nada: Das jugoslawische Makedonien 1918-1941. Eine Randregion zwischen Repression und Integration (= Zur Kunde Südosteuropas, Bd. II/39). Wien 2009.

Brehmer, Günter: Grundzüge der staatlichen Lenkung der Industrieproduktion in der deutschen Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 (unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der elektrotechnischen Industrie). München 1968.

Brinkmann, Sabine: Das Dritte Reich und der synthetische Treibstoff: Eine Kritik der Forschung aus chemietechnischer Sicht, in: Akkumulation 15 (2001), S. 16-23.

Brocke vom, Bernhard / Laitko, Hubert (Hg.): Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte. Das Harnack-Prinzip. Berlin 1996.

Broszat, Martin / Weber, Hermann (Hg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. München 1990.

Buchheim, Christoph: Einführung in die Wirtschaftsgeschichte. München 1997.

Budraß, Lutz: Flugzeugindustrie und Luftrüstung in Deutschland 1918-1945 (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 50). Düsseldorf 1998.

Bühring, Otto H. J.: Wesen und Aufgaben der industriellen Wirtschaftsgruppen als fachliche Spitzengliederungen der Industrie im Rahmen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, Diss. masch. Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Berlin 1940.

Bürgel, Rudolf / Avebury, Eric Reginald Lubbock (Hg.): Die deutsche Türkeipolitik und ihre Auswirkungen auf Kurdistan. Quellentexte von 1837 bis 1996. Stuttgart 1997.

Conze, Eckart, u. a. (Hg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Bonn 2011.

Creuzberger, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Melle 1991.

Daßler, Jürgen / Kisan, Werner / Steinhausen, Manfred: Leuna. Metamorphosen eines Chemiewerkes, hg. im Auftrag der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben von der Leuna-Werke GmbH. 2. Aufl., Halle 2000.

Deutinger, Stephan: Heinrich Gareis, in: Die Regierungspräsidenten von Oberbayern im 19. und 20. Jahrhundert, hg. im Auftrag von Werner-Hans Böhm durch Stephan Deutinger / Karl-Ulrich Gelberg / Michael Stephan. München 2005, S. 238-246.

Diehl, Markus Albert: Von der Marktwirtschaft zur nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Die Transformation der deutschen Wirtschaftsordnung 1933-1945 (= Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 104). Stuttgart 2000.

Dienel, Hans-Liudger: Die Linde AG. Geschichte eines Technologiekonzerns 1879-2004. München 2004.

Dierl, Florian / Janjetović, Zoran / Linne, Karsten (Hg.): Pflicht, Zwang und Gewalt. Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik im deutsch besetzten Polen und Serbien 1939-1944. Essen 2013.

Döhring, Walter / Schmidt, Gerhard: Einsiedel, Detlev Karl Graf von, in: NDB 4 (1959), S. 399-400.

Donges, Alexander: Die Vereinigte Stahlwerke AG im Nationalsozialismus. Konzernpolitik zwischen Marktwirtschaft und Staatswirtschaft (= Familie – Unternehmen – Öffentlichkeit: Thyssen im 20. Jahrhundert, Bd. 1). Paderborn 2014.

Ebi, Michael: Export um jeden Preis. Die deutsche Exportförderung von 1932-1938 (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 174,2). Stuttgart 2004.

Eckert, Elaine: Die Carbid-Vereinigung GmbH (1921-1958). Ein Beitrag zur Geschichte der Kartelle in Deutschland (= Historische Studien der Universität Würzburg, Bd. 11). Regensburg 2014.

Eckert, Rainer: Die Leiter und Geschäftsführer der Reichsgruppe Industrie, ihrer Haupt- und Wirtschaftsgruppen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1979), S. 248-249.

Eichholtz, Dietrich / Schumann, Wolfgang (Hg.): Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Berlin 1969.

Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft. 3 Bde. Berlin 1971, 1985 und 1996.

Erbe, Réne: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie. Zürich 1958.

Erker, Paul: Industrieeliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936-1945. Passau 1994.

Erker, Paul: Aufbruch zu neuen Paradigmen. Unternehmensgeschichte zwischen sozialgeschichtlicher und betriebswirtschaftlicher Erweiterung, in: AfS 37 (1997), S. 321-365.

Erker, Paul: Industrie-Eliten im 20. Jahrhundert, in: ders. / Toni Pierenkemper (Hg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 39). München 1999, S. 1-18.

Erker, Paul: „A New Business History"? Neuere Ansätze und Entwicklungen in der Unternehmensgeschichte, in: AfS 42 (2002), S. 557-604.

Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945 (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge, Bd. 37). Berlin 1965.

Falbesaner, Egon: Die Wacker-Chemie und ihr Gründer. Zum 75jährigen Firmenjubiläum, in: Oettinger Land 9 (1989), S. 173-190.

Feldenkirchen, Wilfried / Hilger, Susanne: Menschen und Marken. 125 Jahre Henkel 1876-2001. Düsseldorf 2011.

Feldhaus, Franz Maria: Schuckert, Johann Sigmund, in: ADB 55 (1910), S. 616.

Feldmann, Gerald D.: Finanzsituationen und ‚Arisierung' in Deutschland und Österreich, in: Entehrt. Ausgeplündert. Arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden (= Veröffentlichungen der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, Bd. 3), hg. v. der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg, bearb. v. Andrea Baresel-Brand. Magdeburg 2005, S. 17-39.

Fiedler, Martin: Die 100 größten Unternehmen in Deutschland – nach der Zahl ihrer Beschäftigten – 1907, 1938, 1973 und 1995, in: ZUG 44 (1999), S. 32-66.

Finger, Jürgen / Keller, Sven / Wirsching, Andreas: Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933-1945. 2. Aufl., München 2013.

Fischer, Ernst: Duden, Paul, in: NDB 4 (1959), S. 154.

Flachowsky, Sören: Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat (= Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bd. 3). Stuttgart 2008.

Flößermuseum Lechbruck (Hg.): Lechbruck. Industriestandort oder Feriendorf? Lechbruck 2010.

Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 44). Berlin 1999.

Foitzik, Jan (Hg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltungen in der SBZ und frühen Diktatur. Dokumente (= Texte und Materialien zur Zeitgeschichte, Bd. 19). Berlin / München / Boston 2015.

Forstmeier, Friedrich / Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Düsseldorf 1975.

Frank, Bernhard: Obersalzberg. Geheime Regierungsstadt Hitlers. Berchtesgaden 2004.

Frei, Norbert / Schanetzky, Tim (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen 2010.

Freiesleben, Werner: Hess, Johannes in: NDB 9 (1972), S. 8-9.

Freytag, Carl: Deutschlands "Drang nach Südosten". Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der "Ergänzungsraum Südosteuropa" 1931-1945 (= Zeitgeschichte im Kontext, Bd. 7). Göttingen 2001.

Friedländer, Robert: Fritz von Friedländer-Fuld und die deutsche Wirtschaft. Berlin 1918.

Fuchs, Konrad: Jüdische Unternehmen im deutschen Groß- und Einzelhandel dargestellt an ausgewählten Beispielen, in: Werner E. Mosse / Hans Pohl (Hg.): Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 64). Stuttgart 1992, S. 177-195.

Gähtgens, Wolfgang: Die rechtlichen Grundlagen der Warenbewirtschaftung, in: Probleme der gelenkten Wirtschaft, hg. v. der Wirtschafts-Hochschule Berlin. Berlin 1942, S. 28-61.

Gaul, Claus-Martin: Die industriellen Anlageinvestitionen und ihre Steuerung in Deutschland von 1933 bis 1939. Ein Beitrag zur wirtschaftshistorischen Analyse des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus (= Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 7). Hamburg 2004.

Geer, Johann Sebastian: Der Markt der geschlossenen Nachfrage. Eine morphologische Studie über die Eisenkontingentierung in Deutschland 1937-1945 (= Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Heft 14). Berlin 1961.

Göbel, Elisabeth: Neue Institutionenökonomik. Konzeption und betriebswirtschaftliche Anwendungen. Stuttgart 2002.

Gocht, Werner (Hg.): Handbuch der Metallmärkte. Erzvorkommen, Metallgewinnung, Metallverwendung, Preisbildung, Handelsregelungen. Berlin u. a. 1985.

Götschmann, Dirk: Wirtschaftsgeschichte Bayerns. 19. und 20. Jahrhundert. Regensburg 2010.

Götz, Hans-Dieter: Geheime Reichsache Wifo. Geschichte und Geschichten aus der Werksiedlung und dem Tanklager in Unterpfaffenhofen-Germering-Krailling seit 1934. Germering 2009.

Granigg, Bartel: Die Wasserkraftnutzung in Österreich und deren Geographische Grundlagen. Wien 1925.

Gruber, Wolfgang: Gratwanderungen. Lebenserinnerungen von Wolfgang Gruber (1886-1971). Pionier, Alpinist und Chefchemiker. München 2018.

Grundmann, Luise / Hanspach, Dietrich (Hg.): Der Schraden. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme im Raum Elsterwerda, Lauchhammer, Hirschfeld und Ortrand (= Landschaften in Deutschland, Bd. 63). Köln u. a. 2001.

Grypa, Dietmar: Studien zu Kriegsende und Neuanfang im Landkreis Altötting (= Burghauser Geschichtsblätter, Bd. 46). Burghausen 1991.

Grypa, Dietmar: Kampfzeit und Machtergreifung der NSDAP in Burghausen (= Burghauser Geschichtsblätter, Bd. 52). 2. verbesserte Aufl., Burghausen 2001.

Grypa, Dietmar: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene im Werk Burghausen der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie (1940–1945) (= Burghauser Geschichtsblätter, Bd. 55). Burghausen 2014.

Grypa, Dietmar (Hg.): Studien zur Geschichte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie (= Dokumente aus dem Unternehmensarchiv, Bd. 9). Burghausen 2018.

Guth, Karl: Die Reichsgruppe Industrie. Standort und Aufgabe der industriellen Organisation (= Schriften der Hochschule für Politik, Neue Folge, Teil 2: Schriften zum Staatsaufbau, Bd. 55 und 56). Berlin 1941.

Haase, Norbert / Oleschinski, Brigitte (Hg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtsstrafsystem NKWD-Speziallager DDR-Strafvollzug. 2. Aufl., Leipzig 1998.

Hachtmann, Rüdiger: Industriearbeit im „Dritten Reich". Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933-1945 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 82). Göttingen 1989.

Hachtmann, Rüdiger: Wissenschaftsmanagement im "Dritten Reich". Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 15). 2 Bde. Göttingen 2007.

Hackenholz, Dirk: Die elektrochemischen Werke in Bitterfeld 1945-1952. Unternehmen der SAG „Kaustik", in: Beiträge zu Bitterfeld-Wolfener Industriegeschichte 8 (2000), S. 55-70.

Hackenholz, Dirk: Die elektrochemischen Werke in Bitterfeld, 1914-1945 - ein Standort der IG-Farbenindustrie AG (=Forschungen zur Neuesten Geschichte, Bd. 3). Münster 2004.

Hagen, Antje: Deutsche Direktinvestitionen in Großbritannien 1871-1918 (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Bd. 97, Neue Folge Bd. 3). Stuttgart 1997.

Haßmann, Heinz: Staatliche Wirtschaftsführung und wirtschaftliche Selbstverwaltung. Vortrag über die Stellung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsordnung. Braunschweig 1941.

Hayes, Peter: Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era. Cambridge 2001.

Hayes, Peter: Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft. 2. Aufl., München 2005.

Heim, Susanne: Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933 bis 1945 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 5). Göttingen 2003.

Heine, Jens Ulrich: Verstand & Schicksal. Die Männer der I.G. Farbenindustrie A.G. (1925-1945) in 161 Kurzbiographien. Weinheim u. a. 1990.

Hellmond, Peter / Schnurpfeil, Dieter: Acetylenchemie. Carbid und Acetylen. Herstellung und Reaktionen. Leipzig 1986.

Hensler, Ulrich: Die Stahlkontingentierung im Dritten Reich (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 174). Stuttgart 2008.

Herbert, Ulrich: Europa und der „Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991.

Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Bonn 1999.

Herrmann, Willy Oswald: Vom Ringen mit den Molekülen. Mein Leben als Chemiker. Düsseldorf 1963.

Heß, Ulrich: Sachsens Industrie in der Zeit des Nationalsozialismus. Ausgangspunkte, struktureller Wandel, Bilanz, in: Werner Bramke / Ulrich Heß (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Sachsen im 20. Jahrhundert. Leipzig 1998, S. 53-88.

Hesse, Jan-Otmar / Köster, Roman / Plumpe, Werner (Hg.): Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939. Frankfurt 2014.

Heusler, Andreas: Ausländereinsatz. Zwangsarbeit für die Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt München, Bd. 1). München 1996.

Hildebrand, Karl Friedrich: Die Generale der deutschen Luftwaffe 1935–1945. Teil 2, Bd. 1 (Abernetty - v. Gyldenfeldt). Osnabrück 1990.

Hofmann, Fritz: Das Salz und die Wärmepumpe, in: Heimatblätter, Beilage des Reichenhaller Tagblatt und des Freilassinger Anzeigers 6 (1990), S. 1-3.

Hofmann, Rudolf: Corporate Governance. Überwachungseffizienz und Führungskompetenz in Kapitalgesellschaften. München 1998.

Holdermann, Karl: Im Banne der Chemie. Carl Bosch. Leben und Werk. Düsseldorf 1953.

Holec, Roman: Die Fabrik Dynamit Nobel AG in Bratislava in drei hintereinander existierenden Staaten (1914-1939), in: Jutta Günther / Dagmara Jajesniak-Quast (Hg.): Willkommene Investoren oder nationaler Ausverkauf? Ausländische Direktinvestitionen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert (= Frankfurter Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Ostmitteleuropas, Bd. 11), S. 141-160.

Hölz, Christoph: Gründerzeit und Jugendstil. Peter Behrens und die Villa Wacker in Lindau. München 1997.

Hoffmann, Dierk (Hg.): Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ / DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis (= Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917-1990, Bd. 3). Berlin / Boston 2016.

Hopmann, Barbara: Von der Montan zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916-1951. Stuttgart 1996.

Hopp, Andrea: Jüdisches Bürgertum in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert (= Frankfurter historische Abhandlungen, Bd. 38). Stuttgart 1997.

Huber, Florian: Kind, versprich mir, dass du dich erschießt. Der Untergang der kleinen Leute 1945. 4. Aufl., Berlin 2015.

Hübner, Peter: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935-1970. Studien zur Sozialgeschichte (= Zeithistorische Studien, Bd. 7). Berlin 1995.

Informationsdienst Deutsche Salzindustrie (Hg.): Salz I – Geschichte und Bedeutung. Bonn, o. J.

Janssen, Gregor: Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg. Berlin 1968.

John, Jürgen (Hg.): „Mitteldeutschland“ Begriff – Geschichte – Konstrukt. Rudolstadt 2001.

Junggeburth, Tanja: Stollwerck 1839–1932. Unternehmerfamilie und Familienunternehmen (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 225). Stuttgart 2014.

Kaess, F.: Die technische Herstellung des Ferrosiliziums, in: Marcello Pirani (Hg.): Elektrothermie. Die elektrische Erzeugung und technische Anwendung hoher Temperaturen. 2. Aufl., Berlin / Göttingen / Heidelberg 1960, S. 205-215.

Kahl, Dieter / Bayerl, Günter: Braunkohlenverstromung im Lausitzer Revier. Die Geschichte ehemaliger Braunkohlenkraftwerke (= Geschichte des Bergbaus in der Niederlausitz, Bd. 10). Cottbus 2009.

Kahlert, Heinrich: Chemiker unter Hitler. Wirtschaft, Technik und Wissenschaft der Deutschen Chemie von 1914 bis 1945. Langwaden 2001.

Kahn, Daniela: Die Steuerung der Wirtschaft durch Recht im nationalsozialistischen Deutschland. Am Beispiel der Reichsgruppe Industrie (= Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 212, zugleich Europa der Diktatur, Bd. 12). Berlin 2006.

Kahn, Julius: Münchens Großindustrie und Großhandel. 2. Aufl., München 1913.

Karlsch, Rainer / Laufer, Jochen (Hg.): Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944-1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen (= Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 17). Berlin 2002.

Karlsch, Rainer / Maier, Helmut (Hg.): Studien zur Geschichte der Filmfabrik Wolfen und der IG Farbenindustrie AG in Mitteldeutschland (= Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte, Bd. 2). Essen 2014.

Karlsch, Rainer: Fritz Gajewski (1885-1965) – charismatischer Manager in einem multidivisionalen Konzern? Ein Beitrag zur Unternehmensführung der IG Farbenindustrie AG 1928-1939, in: ders. / Helmut Maier (Hg.): Studien zur Geschichte der Filmfabrik Wolfen und der IG Farbenindustrie AG in Mitteldeutschland (= Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte, Bd. 2). Essen 2014, S. 91-130.

Karlsch, Rainer / Kleinschmidt, Christian / Lesczenski, Jörg / Sudrow, Anne: Unternehmen Sport. Die Geschichte von adidas. München 2018.

Kehrl, Hans: Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen. Düsseldorf 1973.

Kerkhof van de, Stefanie: Von der Friedens- zur Kriegswirtschaft. Unternehmensstrategien der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Kaiserreich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (= Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, Bd. 15). Essen 2006.

Kerkhof van de, Stefanie: Public-Private Partnership im Ersten Weltkrieg? Kriegsgesellschaften in der schwerindustriellen Kriegswirtschaft des Deutschen Reiches, in: Hartmut Berghoff / Jürgen Kocka / Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 20). München 2010, S. 106-133.

Keuth, Heinz: Sigmund Schuckert – ein Pionier der Elektrotechnik. Berlin 1988.

Klee, Ernst: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt 2003.

Klemm, Friedrich: Bosch, Carl, in: NDB 2 (1955), S. 478-479.

Kliemann, Horst G. / Taylor, Stephen S.: Who is who in Germany? 3. Aufl., München 1964.

Kloss, Albert: Von der Electricität zur Elektrizität. Ein Streifzug durch die Geschichte der Elektrotechnik, Elektroenergetik und Elektronik. Basel / Boston / Stuttgart 1987.

Kocka, Jürgen: Bodenverluste und Chancen der Wirtschaftsgeschichte, in: VSWG 82 (1995), S. 501-504.

Koerfer, Daniel: Ernst von Weizsäcker im Dritten Reich: Ein deutscher Offizier und Diplomat zwischen Verstrickung und Selbsttäuschung, in: Uwe Backes / Eckhard Jesse (Hg.): Die Schatten der Vergangenheit: Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus. Frankfurt / Berlin 1990, S. 375-402.

Kohl, Ulrike: Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht (= Pallas Athene, Bd. 5). Stuttgart 2002.

Kölbel, Richard: Schuckert, Johann Sigmund, in: NDB 23 (2007), S. 627-628.

Kommission für Betriebsgeschichte (Hg.): Bergarbeiterland in Volkeshand. Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer Bd 2., Berlin 1970.

Königsberger, Karen: „Vernetztes System“? Die Geschichte des Deutschen Museums 1945-1980. Dargestellt an den Abteilungen Chemie und Physik (= Geschichtswissenschaften, Bd. 22). München 2009.

Kopper, Christopher: Wer waren die Hauptprofiteure der „Arisierungen“? Zu neuen Forschungen über eine alte Kontroverse, in: Hartmut Berghoff / Jürgen Kocka / Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 20). München 2010, S. 298-315.

Köpping, Reinhard: Erz und Adel. Zum Leben und Wirken der Freifrau von Löwendal. Husum 2010.

Kranig, Andreas: Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr. 47). Stuttgart 1983.

Krasny, Elke: Museum macht Geschlecht, in: Viktor Kittlausz / Winfried Pauleit (Hg.): Kunst, Museum, Kontexte. Perspektiven der Kunst- und Kulturvermittlung. Bielefeld 2006, S. 52-53.

Krauss, Marita (Hg.): Die bayerischen Kommerzienräte. Eine deutsche Wirtschaftselite. München 2016.

Kühlem, Kordula: Carl Bosch (1874-1940). Zwischen Höhen und Tiefen, in: Patrick Bormann / Judith Michel / Joachim Scholtyseck (Hg.): Unternehmer in der Weimarer Republik (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Bd. 35). Stuttgart 2016, S. 211-226.

Lang, Ralf: Italienische „Fremdarbeiter“ im nationalsozialistischen Deutschland 1937-1945. Frankfurt 1996.

Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (Hg.): Der Braunkohlenbergbau im Raum Lauchhammer. Brieske 1998.

Leeb, Emil: Aus der Rüstung des Dritten Reiches (Das Heereswaffenamt 1938-1945). Ein authentischer Bericht des letzten Chefs des Heereswaffenamtes (= Wehrtechnische Monatshefte, Beiheft 4). Berlin 1958.

Lehmann, Jana / Schatz, Marion: Leuna zwischen Wiederaufbau und Wendezeit 1945-1990. Erfurt 2006.

Lehmann, Rudolf: Geschichte der Niederlausitz. Berlin 1963.

Leitner, Franz / Plöckinger, Erwin: Die Edelstahlerzeugung. Schmelzen, Giessen, Prüfen. Wien 1950.

Lemmes, Fabian: „Ausländereinsatz“ und Zwangsarbeit im Ersten und Zweiten Weltkrieg: neuere Forschungen und Ansätze, in: AfS 50 (2010), S. 395-444.

Lenz, Gerhard: Verlusterfahrung Landschaft. Über die Herstellung von Raum und Umwelt im mitteldeutschen Industriegebiet seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts (= Edition Bauhaus, Bd. 4). Frankfurt / New York 1999.

Lillteicher, Jürgen (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das „Dritte Reich“. Berlin 2006.

Lindemann, Otto: Die Arbeitsverhältnisse und die Arbeiterpolitik in der chemischen Industrie. Diss. masch. Universität Hamburg. Berlin 1928.

Lindner, Rolf: Freiherr Ernst Heinrich von Weizsäcker, Staatssekretär Ribbentrops von 1938 bis 1943. Lippstadt 1997.

Lindner, Stephan H.: Hoechst. Ein I.G.-Farben-Werk im Dritten Reich. München 2005.

Linne, Karsten / Dierl, Florian (Hg.): Arbeitskräfte als Kriegsbeute. Der Fall Ost- und Südosteuropa 1939-1945. Berlin 2011.

Lorentz, Bernhard: Industrieelite und Wirtschaftspolitik 1928-1950. Heinrich Dräger und das Drägerwerk. Paderborn u. a. 2001.

Lorentz, Bernhard / Erker, Paul (Hg.): Chemie und Politik. Die Geschichte der chemischen Werke Hüls 1938-1979. Eine Studie zum Problem der Corporate Governance. München 2003.

Lorenz, Herbert: Industriegeschichte Ferrowerk / Chemowerk Mückenberg. Beersond - Wacker - VEB. Lauchhammer 2003.

Lubinski, Christina: Familienunternehmen in Westdeutschland. Corporate Governance und Gesellschafterkultur seit den 1960er Jahren (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 21). München 2010.

Maier, Helmut: „Lauchhammer“, „Döbern“ und „Ragow“: Imaginäre und reale Verknotungen der Niederlausitzer Landschaft in die Elektrizitätswirtschaft des 20. Jahrhunderts, in: Günter Bayerl / Dirk Maier (Hg.): Die Niederlausitz vom 18. Jahrhundert bis heute. Eine gestörte Kulturlandschaft? (= Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Bd. 19). Münster u. a. 2002, S. 149-195.

Maier, Helmut: Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung 1900-1945/48 (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 16). Göttingen 2007.

Maier, Helmut: Chemiker im Dritten Reich. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat. Weinheim 2015.

Manoschek, Walter: Serbien ist judenfrei. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941 / 1942 (= Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes). 2. Aufl., München 1995.

Marsch, Ulrich: Zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Industrieforschung in Deutschland und Großbritannien 1880-1936 (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 47). Paderborn u. a. 2000.

Mayr, Otto: Wiederaufbau. Das Deutsche Museum 1945-1970. München 2003.

Menges, Franz: Löwendahl, Woldemar Graf von, in: NDB 15 (1987), S. 89-90.

Menig, Georg / Vissers Maximilian: Das Werk Burghausen der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie – ein Rüstungsbetrieb? in: Dietmar Grypa (Hg.): Studien zur Geschichte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie (= Dokumente aus dem Unternehmensarchiv, Bd. 9). Burghausen 2018, S. 67-114.

Möller, Horst / Tschubarjan, Alexandr O. (Hg.): SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945-1949. München 2009.

Möller, Horst: Regionalbanken im Dritten Reich. Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Bayerische Vereinsbank, Vereinsbank in Hamburg, Bayerische Staatsbank 1933 bis 1945. Berlin 2015.

Mollin, Gerhard Th.: Montankonzerne und "Drittes Reich": der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936-1944 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 78). Göttingen 1988.

Mommsen, Hans / Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996.

Moser, Eva: „…geht damit in arischen Besitz über.“ Die Verdrängung der Juden aus der Münchener Wirtschaft, in: Entehrt. Ausgeplündert. Arisiert. Entrechtung und Enteignung der Juden (= Veröffentlichungen der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste, Bd. 3), hg.

v. der Koordinierungsstelle für Kulturgutverluste Magdeburg, bearb. v. Andrea Baresel-Brand. Magdeburg 2005, S. 131-146.

Münzel, Martin: Die jüdischen Mitglieder der deutschen Wirtschaftselite 1927-1955. Verdrängung – Emigration – Rückkehr. Paderborn 2004.

Neitmann, Klaus / Laufer, Jochen (Hg.): Demontagen in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin 1945-1948. Sachthematisches Archivinventar bearb. v. K. J. Arnold. Berlin 2014.

Office of Military Government for Germany, Unites States (OMGUS) (Hg): Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG – September 1945, hg. von Hans Magnus Enzensberger. Nördlingen 1986.

Olshausen, Klaus: Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, Bd. 14). Stuttgart 1973.

Onderka, Erika / Meinl, Wolfgang: Kraft aus Kohle und Öl. 70 Jahre Kraftstoffe aus den Leuna-Werken. Halle 1997.

Opfer-Klinger, Björn: Im Schatten des Krieges. Besatzung oder Anschluss Befreiung oder Unterdrückung? Eine komparative Untersuchung über die bulgarische Herrschaft in Vardar-Makedonien. 1915-1918 und 1941-1944 (= Studien zur Geschichte, Kultur und Gesellschaft Südosteuropas, Bd. 3). Münster 2005.

Osburg, Walter / Petzold, Günter: Zur Entwicklung der BHT-Kokereien in Lauchhammer und Schwarze Pumpe, in: Bayerl, Günter (Hg.): Braunkohleveredelung im Niederlausitzer Revier. 50 Jahre Schwarze Pumpe. Münster u. a. 2009, S. 179-200.

Osterloh, Jörg / Wixforth, Harals (Hg.): Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im „Dritten Reich“ und in der Bundesrepublik Deutschland (= Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts, Bd. 23). Frankfurt / New York 2014.

Otto, Reinhard: Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte). München 1998.

Pabst, Martin: Willy Messerschmitt. Zwölf Jahre Flugzeugbau im Führerstaat. Oberhaching 2007.

Pawlek, Franz: Metallhüttenkunde. Berlin / New York 1983.

Perlick, Alfons: Friedländer-Fuld, Friedrich Viktor von, in: NDB 5 (1961), S. 456-457.

Pesch, Martin: Struktur und Funktionsweise der Kriegswirtschaft in Deutschland ab 1942. Unter besonderer Berücksichtigung des organisatorischen und produktionswirtschaftlichen Wandels in der Fahrzeugindustrie (= Wirtschafts- und Rechtsgeschichte, Bd. 12). Köln 1988.

Peschke von, Hans-Peter: Elektroindustrie und Staatsverwaltung am Beispiel Siemens 1847-1914. Frankfurt / Bern 1981.

Petri, Josef: Über die Entkohlung von Ferrochrom. Diss masch. Technische Universität Darmstadt. Gelnhausen 1935.

Petzina, Dietmar: Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936. Entstehung, Verlauf, Wirkungen. Diss. Masch. Wirtschaftshochschule Mannheim 1965.

Petzina, Dietmar: Die Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der Nationalsozialistische Vierjahresplan (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Nummer 16). Stuttgart 1968.

Petzina, Dietmar: Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit (= Wissenschaftliche Paperbacks Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 11). Wiesbaden 1977.

Pierenkemper, Toni: Was kann eine moderne Unternehmensgeschichte leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: ZUG 44 (1999), S. 15-31.

Pierenkemper, Toni: Unternehmensgeschichte. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse (= Grundzüge der modernen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 1). Stuttgart 2000.

Pierenkemper, Toni: „Moderne“ Unternehmensgeschichte auf vertrauten (Irr-)Wegen? in: ZUG 57 (2012), S. 70-85.

Pietzsch, Albert: Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft (= Schriften der Hochschule für Politik II., Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches, Heft 20). Berlin 1938.

Plumpe, Gottfried: Die IG Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik, Politik 1904-1945. Berlin 1990.

Plumpe, Werner: Perspektiven der Unternehmensgeschichte, in: Günther Schulz (Hg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven. Stuttgart 2004, S. 403-425.

Pohl, Hans / Habeth, Stephanie / Brüninghaus, Beate (Hg.): Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933-1945. Eine Dokumentation (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 47). Stuttgart 1986.

Pohl, Hans: Zwischen Weihrauch und Wissenschaft? Zum Standort der modernen Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkemper, in: ZUG 44 (1999), S. 150-163.

Pressler, Florian: Die erste Weltwirtschaftskrise. Eine kleine Geschichte der großen Depression. München 2013.

Priemel, Kim Christian / Stiller, Alexa: NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung. Hamburg 2013.

Priesner, Claus: Manchot, Wilhelm, in: NDB 16 (1990), S. 7-8.

Quecke, Hans: Das Reichswirtschaftsministerium – Werdegang und Stand der Wirtschaftsverwaltung. Berlin 1941.

Radant, Hans (Hg.): Fall 6. Ausgewählte Dokumente und Urteil des IG-Farben-Prozesses. Berlin 1970.

Raschen, Hermann: 75 Jahre Chemische Fabrik Griesheim-Elektron. Griesheim 1938.

Rauh-Kühne, Cornelia / Ruck, Michael (Hg.): Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930-1952 (= Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, Bd. 1). München 1993.

Reinhold, Günther: Die Rechtsform der Wirtschaftsgruppen des organischen Aufbaues der gewerblichen Wirtschaft. Dresden 1939.

Reiß, Herlind: Kraftwerk und Kolonie Zschornewitz. 1915 – vita communis & vita reducta – 1994. Dessau 1995.

Remane, Horst: Detlev Carl von Einsiedel (1737-1810) der Vater. Ein Lebensbild, in: ders. / Sybille Fischer (Hg.): Das Eisenwerk Lauchhammer unter den Grafen von Einsiedel. Festschrift 20 Jahre Kunstgussmuseum Lauchhammer 2013. Freiberg 2013, S. 1-16.

Richter, Michael / Schaarschmidt, Thomas / Schmeitzner, Mike (Hg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert. Dresden 2007.

Richter, Rudolf / Furubotn, Eirik: Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung. Tübingen 1999.

Rick, Sebastian: Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande. Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz in der sowjetischen Besatzungszone 1945-1949 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts, Bd. 58). Göttingen 2016.

Riedel, Matthias: Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine (1941-1944), in: VfZ 21 (1973), S. 245-284.

Ritschl, Albrecht (Hg.): Das Reichswirtschaftsministerium in der NS-Zeit. Wirtschaftsordnung und Verbrechenskomplex (= Wirtschaftspolitik in Deutschland 1917-1990, Bd. 2). Berlin / Boston 2016.

Röder, Werner / Strauss, Herbert A. (Hg.): Biografisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1 (Politik, Wirtschaft, öffentliches Leben). München u. a. 1980.

Sandgruber, Roman: Dr. Walter Schieber. Eine nationalsozialistische Karriere zwischen Wirtschaft, Bürokratie und SS, in: Reinhard Krammer (Hg.): Der forschende Blick. Beiträge zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert. Festschrift für Ernst Hanisch zum 70. Geburtstag (= Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Bd. 37). Wien 2010, S. 247-276.

Scherner, Jonas: „Ohne Rücksicht auf Kosten?“ Eine Analyse von Investitionsverträgen zwischen Staat und Unternehmen im „Dritten Reich“ am Beispiel des Förderprämienverfahrens und des Zuschussvertrags, in: JWG 2 (2004), S. 167-188.

Scherner, Jonas: Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 174). Stuttgart 2008.

Schlarp, Karl-Heinz: Ausbeutung der Kleinen, in: Johannes Bähr (Hg.): Das Europa des "Dritten Reichs". Recht, Wirtschaft, Besatzung (= Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, Bd. 181). Frankfurt 2005, S. 187-215.

Schlossbergmuseum Chemnitz (Hg.): Eisenbildguss in Lauchhammer um 1800. Begleitband zur Ausstellung Eisen, Kunst, Guss im Schloßbergmuseum Chemnitz, 15. Mai - 15. August 2004. Chemnitz 2004.

Schmalenbach, Eugen: Die Beteiligungsfinanzierung. 9. Aufl., Köln / Opladen 1966.

Schmaltz, Florian: Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus: Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie (= Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 11). Göttingen 2005.

Schmidt, Martin H. (Hg.): Kunstguss in Lauchhammer 1784 bis heute. Norderstedt 2011.

Scholl, Stefan: Begrenzte Abhängigkeit. „Wirtschaft“ und „Politik“ im 20. Jahrhundert (= Historische Politikforschung, Bd. 23). Frankfurt / New York 2015.

Schönfeld, Roland: Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien. 1934 - 1944, in: VfZ 3 (1976), S. 215-258.

Schröter, Harm G.: Die Institutionalisierung der Unternehmensgeschichte im deutschen Sprachraum, in: ZUG 45 (2000), S. 30-48.

Schulz, Heinz: Rüstungsproduktion im Raum Dresden 1933-1945 (= Militärhistorische Schriften des Arbeitskreises Sächsische Militärgeschichte e. V., Bd. 11). 2. Aufl., Dresden 2005.

Schumann, Silke: Kooperation und Effizienz im Dienste des Eroberungskrieges: Die Organisation von Arbeitseinsatz, Soldatenrekrutierung und Zwangsarbeit in der Region Chemnitz 1939-1945 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts, Bd. 61). Göttingen 2016.

Seckendorf, Martin u. a (Hg.): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941–1945) (= Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 6). Berlin / Heidelberg 1992.

Seherr-Thoß, Hans Christoph Graf von: Knappich, Jacob, in: NDB 12 (1979), S. 157-158.

Seidler, Franz W.: Die Organisation Todt. Bauen für Staat und Wehrmacht 1938-1945. Koblenz 1987.

Selig, Wolfram: „Arisierung“ in München. Vernichtung jüdischer Existenz 1937-1939. Berlin 2004.

Siegfried, Klaus-Jörg: Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945. Frankfurt / New York 1988.

Siemens Schuckertwerke AG (Hg.): Die Entwicklung der Starkstromtechnik bei den Siemens-Schuckertwerken zum 50-jährigen Jubiläum 1866 - 1903 - 1953. Berlin 1953.

Sikora, Miroslaw: Die Waffenschmiede des "Dritten Reiches": Die deutsche Rüstungsindustrie in Oberschlesien während des Zweiten Weltkrieges (= Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte, Bd. 3). Essen 2014.

SKW Piesteritz (Hg.): 80 Jahre Stickstoffwerke Piesteritz. Ein Geschichtsbuch zum Chemiestandort. Piesteritz 1995.

Smolka, Wolfgang J.: Alexander von Wacker. Das Leben eines Industriepioniers. München 1990.

Spiliotis, Susanne-Sophia: Verantwortung und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft. Frankfurt 2003.

Spoerer, Mark: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925-1941 (= Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte Nr. 123). Stuttgart 1996.

Spoerer, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945. Stuttgart / München 2001.

Spoerer, Mark / Streb, Jochen (Hg.): Neue deutsche Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 2013.

Spoerer, Mark: C & A. Ein Familienunternehmen in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien. München 2016.

Sprangenberg, Karl: Die Chromitlagerstätte von Tampadel am Zobten, in: Zeitschrift für Praktische Geologie 51 (1943), S. 13-35.

Stadler, Daniela: Johann Sigmund Schuckert (= Frankens große Namen, Bd. 4). Nürnberg 2000.

Stokes, Raymond G.: Divide and Prosper. The Heirs of I. G. Farben under Allied Authority. Berkeley 1988.

Stokes, Raymond G.: Primat der Politik – Primat der Technik. Das Verhältnis von Industrie und Staat im nationalsozialistischen Deutschland am Beispiel der IG Farbenindustrie AG, in: Jürgen Lillteicher (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das „Dritte Reich“. Berlin 2006, S. 44-59.

Stokes, Raymond G.: Das industriepolitische und technische Erbe der IG Farbenindustrie AG, in: Rainer Karlsch / Helmut Maier (Hg.): Studien zur Geschichte der Filmfabrik Wolfen und der IG Farbenindustrie AG in Mitteldeutschland (= Bochumer Studien zur Technik- und Umweltgeschichte, Bd. 2). Essen 2014, S. 39-54.

Stratmann, Friedrich: Chemische Industrie unter Zwang? Staatliche Einflußnahme am Beispiel der chemischen Industrie Deutschlands 1933-1949. Stuttgart 1985.

Streller, Karl-Heinz / Maßalsky, Erika: Geschichte der VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“ 1916 bis 1945. Leipzig 1989.

Stremmel, Ralf: Kammern der gewerblichen Wirtschaft im "Dritten Reich“. Allgemeine Entwicklungen und das Fallbeispiel Westfalen-Lippe (= Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Bd. 25). Dortmund / Münster 2005.

Streubel, Helmut: 275 Jahre Eisenwerk Lauchhammer (= Aus der Geschichte der Ortsteile der Stadt Lauchhammer, Bd. 19). Lauchhammer 2000.

Taussig, Rudolf: Die Industrie des Kalziumskarbides (= Monographien über angewandte Elektrochemie, Bd. 51), Halle a. d. Saale 1930.

Teltschik, Walter: Geschichte der deutschen Großchemie. Entwicklung und Einfluß in Staat und Gesellschaft. Weinheim 1992.

Ter Meer, Fritz: Die IG-Farben-Industrie-Aktiengesellschaft. Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung. 2. Aufl., Düsseldorf 1953.

Thielenhaus, Marion: Zwischen Anpassung und Widerstand: Deutsche Diplomaten 1938-1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt. 2. Aufl., Paderborn 1985.

Thomas, Georg: Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918-1943/45) (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 14) hg. v. Wolfgang Birkenfeld. Boppard am Rhein 1966.

Tooze, Adam: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. München 2006.

Tragsdorf, Birgit: Bitterfelder Chronik. 100 Jahre Chemiestandort Bitterfeld-Wolfen. Bitterfeld-Wolfen 1993.

Treue, Wilhelm: Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, in: VfZ 2 (1955), S. 184-210.

Turner, Henry: Unternehmer unter dem Hakenkreuz, in: Lothar Gall / Manfred Pohl (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 1). München 1998.

Uhlig, Heinz Dieter: Die Grafen von Einsiedel und die montanindustrielle Entwicklung des heutigen Nordostsachsens und Südbrandenburgs im 18. und 19. Jahrhundert, in: Horst Remane / Sybille Fischer (Hg.): Das Eisenwerk Lauchhammer unter den Grafen von Einsiedel. Festschrift 20 Jahre Kunstgussmuseum Lauchhammer 2013. Freiberg 2013, S. 247-352.

Unger, Michael: Das bayerische Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe. Organisation, Personal und Mittelstandspolitik des Wirtschaftsressorts 1919-1933 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 137). München 2009.

Urban, Thomas: Zwangsarbeit bei Thyssen. „Stahlverein“ und „Baronkonzern“ im Zweiten Weltkrieg (= Familie – Unternehmen – Öffentlichkeit: Thyssen im 20. Jahrhundert, Bd. 2). Paderborn 2014.

Verein deutscher Eisenhüttenleute (Hg.): Gemeinfassliche Darstellung des Eisenhüttenwesens. 14. Aufl., Düsseldorf 1937.

Verlag Linke-Hofmann Lauchhammer (Hg.): 200 Jahre Lauchhammer. Lauchhammer 1925.

Vesting, Justus: Zwangsarbeit im Chemiedreieck. Strafgefangene und Bausoldaten in der Industrie der DDR. Berlin 2012.

Vogel, Johann Heinrich / Schulze-Altenburg, Armin: Carbid und Acetylen als Ausgangsmaterial für Produkte der chemischen Industrie. Leipzig 1924.

Wacker-Chemie (Hg.): Streusalz aus Stetten. 50 Jahre Wacker in Stetten, München o. J. [1974].

Wacker-Chemie (Hg.): 75 Jahre Wacker. Bildchronik eines Unternehmens. München 1989.

Wacker-Chemie (Hg.): Salz der Erde – 150 Jahre Salzbergwerk Stetten. Haigerloch-Stetten 2004.

Wacker-Chemie (Hg.): Menschen, Märkte, Moleküle – Die Erfolgsformel Wacker Chemie 1914-2014. München 2014.

Waeser, Bruno: Die Luftstickstoff-Industrie. Mit Besonderer Berücksichtigung der Gewinnung von Ammoniak und Salpetersäure. Berlin / Leipzig 1922.

Wagenführ, Rolf: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945. 2. Aufl., Berlin 1963.

Wagner, Doris: Die Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie und die Verbände der chemischen Industrie, in: Dietmar Grypa (Hg.): Studien zur Geschichte der Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie (= Dokumente aus dem Unternehmensarchiv, Bd. 9). Burghausen 2018, S. 115-130.

Wagner-Kyora, Georg: Vom „nationalen“ zum „sozialistischen“ Selbst. Zur Erfahrungsgeschichte deutscher Chemiker und Ingenieure im 20. Jahrhundert (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Bd. 28). Stuttgart 2009.

Waller, Peter: Probleme der deutschen Chemischen Industrie. Halberstadt 1928.

Wankmüller, Arnim: Krauch, Carl, in: NDB 12 (1979), S. 679-681.

Wanner, Gustav Adolf: 75 Jahre Lonza AG. Basel 1972.

Weidlich, Richard: Aufzeichnungen Farbwerke Hoechst, o. O. [Privatdruck Ingeborg Seggermann] 2011.

Weiher, Siegfried / Goetzeler, Herbert: Weg und Wirken der Siemens-Werke im Fortschritt der Elektrotechnik 1847-1980. Ein Beitrag zur Geschichte der Elektrotechnik (= Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 21). 3. Aufl., Wiesbaden 1981.

Weiss, Karl Günther: Wahrheit und Wirklichkeit. Der Weg aus den Weltkriegen in die Soziale Marktwirtschaft und eine künftige Weltordnung. Homburg 1996.

Welsch, Fritz: Geschichte der chemischen Industrie. Abriß der Entwicklung ausgewählter Zweige der chemischen Industrie von 1800 bis zur Gegenwart. Berlin 1981.

Wenzel, Georg: Deutsche Wirtschaftsführer. Hamburg 1929.

Werner, Constanze: Kriegswirtschaft und Zwangsarbeit bei BMW (= Perspektiven, Schriftenreihe des BMW Group Archivs, Bd. 1). München 2006.

Weser, Isolde: Lauchhammer. Geschichten einer Stadt. Horb am Neckar 2003.

Wex, Manuela: ter Meer, Fritz, in: NDB 16 (1990), S. 606-608.

Wiberg, Nils u. a. (Hg.): Lehrbuch der anorganischen Chemie. 102. Aufl., Berlin / New York 2007.

Wildhagen, Max: Handbuch der technischen Elektrochemie, Bd. 5 (Die Anwendung der elektrothermischen Verfahren in der chemischen Industrie), Teil 1: Calciumcarbid und Karbidindustrie. Leipzig 1953.

Wilhelm, Herbert: Freiheit zum Wagnis. Die historische Entwicklung der VTG. Hamburg 1976.

Will, Martin: Selbstverwaltung der Wirtschaft. Recht und Geschichte der Selbstverwaltung in den Industrie- und Handelskammern, Handwerksinnungen, Kreishandwerkerschaften, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern. Tübingen 2010.

Winterstein, Axel: Joseph Anton von Maffei und Hugo von Maffei. Sie machten der Eisenbahn Dampf, in: ders. (Hg.): Erfinder in München. Genies - Querköpfe - Tüftler. Landsberg 1997, S. 41-46.

Wischermann, Clemens / Patzel-Mattern, Katja / Lutz, Martin / Jungkind, Thilo (Hg.): Studienbuch institutionelle Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte (= Perspektiven der Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6). Stuttgart 2015.

Wixforth, Harald: Gründung und Finanzierung von Kriegsgesellschaften während des Ersten Weltkriegs, in: Hartmut Berghoff / Jürgen Kocka / Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaften im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Österreichs und Deutschlands (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 20). München 2010, S. 81-105.

Wöhe, Günter / Döring, Ulrich: Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. 24. Aufl., München 2010.

Wolff, Stefan L.: Jonathan Zenneck als Vorstand des Deutschen Museums, in: Elisabeth Vaupel / Stefan L. Wolff (Hg.): Das Deutsche Museum in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Bestandsaufnahme (= Deutsches Museum Abhandlungen und Berichte, Neue Folge Bd. 27). Göttingen 2010, S. 78-126.

Wolter, Heike (Hg.): „Wenn der Krieg um 11 Uhr aus ist, seid ihr um 10 Uhr alle tot!“. Sterben und Überleben im KZ-Außenlager Obertraubling. Salzburg 2011.

Wüllner, Fritz: Der Wehrmacht “strafvollzug“ im Dritten Reich. Zur zentralen Rolle der Wehrmachtsgefängnisse in Torgau, in: Norbert Haase / Brigitte Oleschinski (Hg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtsstrafsystem NKWD-Speziallager DDR-Strafvollzug. 2. Aufl., Leipzig 1998, S. 29-44.

Zahn, Peter: Sigmund Schuckert 1846-1895. Ausstellung der Stadtbibliothek Nürnberg. Zum 125. Geburtstag. Nürnberg 1971.

Zeidler, Kristiane: 50 Jahre Stadt Lauchhammer in Fakten und Zahlen, hg. vom Kultur- und Heimatverein Lauchhammer e. V. Lauchhammer 2003.

Zeumer, Sandra: Die Nachfolge im Familienunternehmen. Drei Fallbeispiele aus dem Bergischen Land im 19. und 20. Jahrhundert (= Beiträge zur Unternehmensgeschichte, Bd. 30). Stuttgart 2012.

Ziegler, Dieter: Wider die „verhängnisvolle Planwirtschaft". Nationalsozialistische Neuordnungspläne für die Kohlewirtschaft 1933 bis 1937, in: Hartmut Berghoff / Jürgen Kocka / Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme. Beiträge zur Unternehmensgeschichte Deutschlands und Österreichs (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 20). München 2010, S. 253-274.

Zielenziger, Kurt: Juden in der deutschen Wirtschaft. Berlin 1930.

F) Anhang

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Beschäftigtenzahl der Firma Schuckert & Co. bzw. EAG 30
Tabelle 2: Produktpalette der Wacker-Chemie 1917 und 1920 42
Tabelle 3: Belegschaftszahlen 1916-1928 43
Tabelle 4: Standortübersicht der Wacker-Chemie (1916-1945) 49
Tabelle 5: Belegschaftszahlen nach Standorten 1925-1940 50
Tabelle 6: Produktion Lechbruck in Tonnen 53
Tabelle 7: Apparate-Verkauf 1925-1929 53
Tabelle 8: Stromverbrauch Burghausen 1926 nach Betriebsteil 57
Tabelle 9: Produktionsmengen Stetten 1924-1931 anhand der Technischen Berichte 62
Tabelle 10: Erzeugung Röthenbach 1929-1934 anhand der Technischen Berichte 66
Tabelle 11: Beteiligungen der Wacker-Chemie im Wandel 1927-1943 71
Tabelle 12: Aufteilung der Alzkraft-Kosten 88
Tabelle 13: Werkleiter Standorte Burghausen, Tschechnitz und Mückenberg 1916-1945 . 141
Tabelle 14: Einwohnerzahlen 156
Tabelle 15: Produktionszahlen der deutschen Ferrosilicium-Erzeuger Stand 1925 173
Tabelle 16: Selbstkostenkalkulation Beersond für eine Tonne Ferrosilicium 178
Tabelle 17: Internationaler Chromerzverbrauch 1937 nach Angaben der Minemet 223
Tabelle 18: Europäische Chromerz-Fördermengen 1943 (Planzahlen) 240
Tabelle 19: Chromerz-Mengen der jugoslawischen Gruben 1943 240
Tabelle 20: Ausgehandelte Chromerz-Preise 249
Tabelle 21: Übersicht der Inlandspreise-Preise für Chromerz im Jahr 1943 259
Tabelle 22: Chromerz-Lieferungen aus Mazedonien (Juli 1941Oktober1942) 260
Tabelle 23: Fördermenge nach Produzent 1943 260
Tabelle 24: Chromerz-Umsatz der Wacker-Chemie 1941-1944 261
Tabelle 25: Anteil der Mückenberger Werke an der Gesamtbelegschaft 269
Tabelle 26: Belegschaft nach Betriebsteil im Ferrowerk Mückenberg 270
Tabelle 27: Entwicklung der Mückenberger Belegschaft nach Arbeiter und Angestellten. 271
Tabelle 28: Abteilungsstruktur am Beispiel des Chemowerkes 272
Tabelle 29: Frauenanteil Ferrowerk 275
Tabelle 30: Einberufungsquote der Wacker-Chemie nach Werken 288
Tabelle 31: Einberufungsquote Angestellte 289
Tabelle 32: Einberufungsquote Ferro- und Chemowerk Mückenberg 289
Tabelle 33: Arbeitskräfte - Einberufene - Ausländische Arbeitskräfte
Ferro- und Chemowerk 290
Tabelle 34: Verteilung der ausländischen Arbeitskräfte innerhalb des Konzerns 293
Tabelle 35: Anteil der ausländischen Arbeitskräfte an der Belegschaft der Werke 294
Tabelle 36: Herkunft der ausländischen Arbeitskräfte Ferro- und Chemowerk 297
Tabelle 37: Struktur ausländischer Arbeitskräfte aus Italien und Ungarn (exemplarisch) .. 298
Tabelle 38: Übersicht Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen nach Branche 299
Tabelle 39: Zusammenstellung Investitionssummen 1940-1943 324
Tabelle 40: Internationale Stahlerzeugung 1928-1944 in Tonnen 346
Tabelle 41: Verteilung der deutschen Ferrosilicium-Produktion 1935 356

Tabelle 42: Verteilung des Äthylalkohols nach Verbrauchszweck 1936 370
Tabelle 43: Baukostenaufstellung Chemowerk 374
Tabelle 44: Baukosten Chemowerk nach Bereichen in Prozent 376
Tabelle 45: Spriterzeugung und-ablieferung Chemowerk 1939-1944 in Hektolitern 394
Tabelle 46: Anteil der Mückenberger Sprit-Erzeugung am Umsatz der Wacker-Chemie .. 397
Tabelle 47: Carbid-Produktionsmenge Mückenberg 1939-1944 in Tonnen 398
Tabelle 48: Verteilung der Acetaldehyd-Erzeugung 1944 nach Verwendungszweck 401
Tabelle 49: Staatliche Chlor-Verteilung nach Verbrauchergruppen 1936 und 1939 412
Tabelle 50: Deutsche Chlorproduktion (Monatsdurchschnitte 1939-1943) 412
Tabelle 51: Staatliche Ätznatron-Verteilung nach Bedarfsgruppen 1942 421
Tabelle 52: Staatliche Ätznatron-Verteilung nach Bedarfsgruppen 1945 422
Tabelle 53: Kunden Chlorkohlenwasserstoff (Per) der Wacker-Chemie 434
Tabelle 54: Kunden der Chlorkohlenwasserstoffe (Tri) der Wacker-Chemie 435
Tabelle 55: Umsatz - Gewerbekapital - Gewinn der Wacker-Chemie 1939-1944 467
Tabelle 56: Umsatzsteigerungen 1939-1945 in Millionen Reichsmark 468
Tabelle 57: Umsatz nach Standorten 1934-1939 in Reichsmark 469
Tabelle 58: Umsatzrentabilität der Wacker-Chemie 1933-1945 471

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht Produktpalette der Wacker-Chemie 8
Abbildung 2: Beagid-Entwickler, gefertigt in Lechbruck, in der Mitte die zylinderförmigen Beagid-Patronen 52
Abbildung 3: Teilnehmer der Gesellschafterversammlung 1921-1945 96
Abbildung 4: Graphik Energieverbrauch Mückenberg 1928 bis 1944 in kWh 183
Abbildung 5: Entwicklung der Mückenberger Mitarbeiterzahlen 1917-1944 268
Abbildung 6: Relation: Einberufene - ausländische Arbeitskräfte in Mückenberg 295
Abbildung 7: Relation: Einberufene - ausländische Arbeitskräfte Gesamtkonzern 295
Abbildung 8: Relation: Zivilarbeitskräfte - Kriegsgefangene in Mückenberg 296
Abbildung 9: Belegschaftsentwicklung Standort Kempten 1925-1943 335
Abbildung 10: Verteilung der deutschen Siliciumcarbid-Produktion 1943 342
Abbildung 11: Siliciumcarbid-Umsätze des Elektroschmelzwerkes Kempten 343
Abbildung 12: Entwicklung des Reingewinns Elektroschmelzwerk Kempten 1932-1943 . 344
Abbildung 13: Stahlerzeugung im Deutschen Reich, Großbritannien und der Sowjetunion 1928-1944 345
Abbildung 14: Entwicklung der Mückenberger Acetaldehyd-Produktion 1939-1944 400
Abbildung 15: Staatliche Chlorverteilung (Amtsgruppe Chemie) Juli 1944 415
Abbildung 16: Entwicklung der Chlor- und Ätznatronproduktion in Mückenberg 1940-1944 417
Abbildung 17: Chlorkohlenwasserstoff-Produktion Mückenberg 1940-1944 425
Abbildung 18: Umsatzentwicklung 1925-1945 in Millionen Reichsmark 468
Abbildung 19: Gewinnentwicklung 1927-1945 470

Abkürzungsverzeichnis

ADB	Allgemeine deutsche Biographie
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
Aufl.	Auflage
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
BMW	Bayerische Motorenwerke
Bubiag	Braunkohle- und Brikett-Industrie AG
Buna	Butadien mit Natrium (Synthesekautschuk)
CKW	Chlorkohlenwasserstoffe
DAF	Deutsche Arbeitsfront
Degussa	Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt
DEW	Deutsche Edelstahlwerke
EAG	Elektrizitäts-Aktiengesellschaft
Ebd.	ebenda
Elektrobosna	Bosnischen Elektrizitäts-AG
ELH	Elektrobosna-Lonza-Hafslund
fol.	Folio
GB	Generalbevollmächtigter
GebeChem	Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GfE.	Gesellschaft für Elektrometallurgie
Ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Hg.	Herausgeber
HRB	Handelsregister Abteilung B (Kapitalgesellschaften)
HStA	Hauptstaatsarchiv
HUW	Historisches Unternehmensarchiv der Wacker Chemie AG
I.G. Farben	Interessengemeinschaft Farbenindustrie Aktiengesellschaft
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IHK	Industrie- und Handelskammer
JBW	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
Kdo.	Kommando
kg	Kilogramm
Kgf.	Kriegsgefangener
kl	kriegs- und lebenswichtig
kW	Kilowatt
kWH	Kilowattstunden
LHASA	Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt
NDB	Neue deutsche Biographie
Nr.	Nummer

NSBdT	Nationalsozialistischer Bund deutscher Technik
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSKK	Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps
NSRL	Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OFK	Obere Führungskräfte
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OT	Organisation Todt
Per	Perchlorethylen
PS	Pferdestärke
RWE.	Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
RDI	Reichsverband der Deutschen Industrie
RGBl	Reichsgesetzblatt
RM	Reichsmark
Roges	Rohstoff-Handelsgesellschaft mbH, Berlin
RWM	Reichswirtschaftsministerium
S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMA	Sowjetische Militäradministration
SpkA	Spruchkammerakten
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsarchiv
Stalag	Stammlager
t	Tonne
TH	Technische Hochschule
Tri	Trichlorethylen
TU	Technische Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
Uk	unabkömmlich
VEB	Volkseigener Betrieb
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vgl.	Vergleiche
VIAG	Vereinigte Industrieunternehmungen AG
VJP	Vierjahresplan
VSWG	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
Wacker-Chemie	Dr. Alexander Wacker Gesellschaft für elektrochemische Industrie
W-Betrieb	Wehrwirtschaftsbetrieb
Wifo	Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte